



4725-9762

**Verzeichnis**  
der  
**Verhandlungs-Gegenstände**  
der  
**Stadtverordneten-Versammlung**  
zu  
**Braunschweig**  
im Jahre 1910/1911.

100R328

---

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei in Braunschweig.



# Uebersicht

der

## Verhandlungs-Gegenstände.

### A. Nach der Zeitfolge.

#### I. 21. April 1910.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters . . . . .	2
2. Antrag Möhle: Befreiung der Grundbesitzer von der Streupflicht . . . . .	3
3. Antrag Altmann: Aenderung des Wahlrechts bei den Landtagswahlen . . . . .	4
4. Eingemeindung von Flächen in das Stadtgebiet . . . . .	15
5. Gemeinde-Kirchensteuer für 1910/11 . . . . .	15
6. Besserungen in der Schule an der Ottmerstraße . . . . .	16
7. Um- und Erweiterungsbauten in der Schule an der Wilhelmstraße . . . . .	17
8. Erweiterungsbauten in der Schule am Südklint . . . . .	18
9. Erweiterung des Lichtwerkes an der Wilhelmstraße . . . . .	19
10. Erweiterung des Lagerplatzes am Wesibahnhofs . . . . .	24
11. Erhebung einer Klage . . . . .	25
12. Verpachtung einer Fischerei . . . . .	25
13. Zuschuß für die Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Elektrotechniker . . . . .	26
14. Uebersicht über die Kosten für Instandsetzung verschiedener Straßen . . . . .	27
15. Ankauf eines Grundstücks . . . . .	27
16. Antrag Löschnigk: Bessere Beleuchtung zweier Plätze . . . . .	28
17. Antrag Friede: Instandsetzung eines Weges . . . . .	29
18. Anlegung von Schrebergärten . . . . .	29
19. Einholung von Gutachten über die Abgänge der Kiepsfelder . . . . .	29

#### II. 26. Mai 1910.

20. Neuwahl von Kommissions- und Deputationsmitgliedern . . . . .	36
21. Wahl zweier Vertreter zu dem braunschweigischen Städtetage . . . . .	38
22. Ablösung eines dem städtischen Armenhause zustehenden Anspruchs . . . . .	38

	Seite
23. Verwilligung der Mehrkosten für häufigere Reinigung der Schulräume . . . . .	38
24. Antrag Fricke: Instandsetzung eines Weges . . . . .	39
25. Gesuch der Lehrer an der städtischen Gewerbeschule um Neuregelung ihrer Vergütungen . . . . .	39
26. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen von 1907/08 . . . . .	40
27. Verbesserung der Straßenbeleuchtung . . . . .	40
28. Nachverwilligung von Kosten für den Umbau der Neustadtmühle . . . . .	41
29. Instandsetzung der Malertwete . . . . .	42
30. Aenderung der Kassen- und Rechnungsführung bei den Gas- und Wasserwerken . . . . .	43
31. Grunderwerb zur Erweiterung des Zentralfriedhofes . . . . .	45
32. Nutzbarmachung der Räume des Neustadtrathauses zu Schulzwecken . . . . .	52
33. Errichtung weiterer Sammelzellen in der Frauenbadeanstalt . . . . .	56
34. Ankauf eines Grundstücks an der Helmstedterstraße . . . . .	58
35. Ankauf eines Grundstücks an der Kastanienallee . . . . .	58
36. Ausbau der projektierten Straße Nr. 555 . . . . .	61
37. Teilnahme städtischer Beamten an verschiedenen Ausstellungen . . . . .	61
38. Abrechnung über die Instandsetzung verschiedener Straßen . . . . .	62
39. Erwerb einer Grundfläche an der Geystraße . . . . .	62
40. Teilnahme eines Hilfsbeamten an einem Ausbildungskursus . . . . .	63
41. Antrag Sander: Verbesserung der Straßenbeleuchtung . . . . .	63
42. Anfrage Lübke: Durchführung der Gließmaroder Straßenbahnlinie zum Hauptbahnhofe . . . . .	64

### III. 23. Juni 1910.

43. Errichtung eines Anbaues an das städtische Krankenhaus und Vergebung der Arbeiten an einen Generalunternehmer . . . . .	68
44. Zuschuß zum Verbandstage des Grundbesitzervereins . . . . .	90
45. Zuschuß zum Verbandstage der Deutschen Müller . . . . .	90
46. Zuschuß zum Sängersfeste des Harzer Arbeiter-Sängerbundes . . . . .	91
47. Instandsetzung der Lindentwete . . . . .	97
48. Instandsetzung der Abelnkarre . . . . .	98
49. Instandsetzung der Kupfertwete . . . . .	98
50. Instandsetzung der Bodstwete . . . . .	99
51. Ankauf einer Grundfläche beim Lagerplatze am Westbahnhofe . . . . .	99
52. Zuschuß an den Blindenverein . . . . .	99
53. Aenderweite Nutzung des am Augustplatze gelegenen Platzes . . . . .	100
54. Stadtseitige Uebernahme eines Wegekreuzens . . . . .	101
55. Antrag auf Entsendung von Beisitzern zu dem Verbandstage der deutschen Gewerbe gerichte . . . . .	102
56. Anschaffung einer Koksbruchmaschine . . . . .	103
57. Anschaffung einer Turmuhr für die Jakobikirche . . . . .	104
58. Aenderung des Fußbodenbelags in einer Schulturnhalle . . . . .	104
59. Instandsetzung einer Straße am Neustadtrathause . . . . .	105
60. Instandsetzung der Kaiserstraße . . . . .	106

	Seite
61. Aufhebung der Teilstrecke eines Interessentenweges . . . . .	106
62. Ankauf zweier Flächen zur Wallstraße . . . . .	106
63. Gehaltsaufbesserung für die Oberlehrer . . . . .	107
64. Uebernahme der Eisenbittelerstraße . . . . .	112
65. Beteiligung an der internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden . . . . .	114
66. Ausbau der Glückstraße . . . . .	117
67. Inlandsetzung des Kadeklints und der Straße Am neuen Petritore . . . . .	118
68. Ankauf von Flächen an der Bodestraße usw. . . . .	118
69. Ausbau der projektierten Straße Nr. 205 a . . . . .	119
70. Ausbau der projektierten Straße Nr. 541 . . . . .	120

#### IV. 1. September 1910.

71. Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf dem Ruchfäntchenplatze und dem Petritormalle . . . . .	123
72. Uebersicht über die bei den einzelnen städtischen Betrieben im Rechnungsjahre 1909/10 gezahlten Löhne . . . . .	124
73. Erhöhung der Armenunterstützungen . . . . .	125
74. Erwerb von Grundflächen an der Korfesstraße . . . . .	129
75. Unterbringung der von Schülern der städtischen Realschule benutzten Räder . . . . .	130
76. Anlegung eines Radfahrweges auf der Hamburgerstraße . . . . .	131
77. Ausbau der Voigts-Rheßstraße zwischen Marienstraße und Kastanienallee . . . . .	132
78. Abänderung der Eingangstür im Neubau des Lehrlingsheims . . . . .	132
79. Abschluß eines Haftpflichtversicherungsvertrages . . . . .	133
80. Befestigung der Lindentwete . . . . .	136
81. Baulichkeiten auf dem Pflagehausgrundstücke . . . . .	138
82. Abrechnung über die Kosten des Neubaus eines Schulhauses für die Hilfsschule . . . . .	138
83. Abrechnung über die Kosten des Neubaus der Realschule . . . . .	138
84. Abrechnung über die Kosten der Baulichkeiten auf dem Grundstücke der Direktion der Licht- und Wasserwerke und der höheren Mädchenschule . . . . .	138
85. Beitritt der Stadt in den Niedersächsischen Ausschuß für Heimatschutz . . . . .	139
86. Uebertragung eines Ausgabepostens aus dem vorjährigen Voranschlag in den diesjährigen Voranschlag . . . . .	140
87. Kanalverlängerung auf der Helmstedterstraße . . . . .	140
88. Inbetriebnahme dreier Laternen auf dem Ribbageshäuserwege . . . . .	141
89. Inbetriebnahme einer Laterne an der Diekerwegstraße . . . . .	142
90. Ankauf eines Grundstücks an der Broitzemerstraße . . . . .	142
91. Austausch von Grundflächen an der Frankfurterstraße . . . . .	152
92. Aufnahme eines Prozesses . . . . .	152
93. Ankauf eines Automobilwagens . . . . .	156
94. Schaffung einer neuen Messerkontrollleurstelle . . . . .	159
95. Erklärung der Voigts-Rheßstraße zwischen Marienstraße und Kastanienallee zur Ortsstraße . . . . .	159
96. Antrag Böschig! Neupflasterung der Straße Am neuen Petritore bis zum Kadeklint . . . . .	160

	Seite
97. Antrag Sander: Belegung des südlichen Fußweges der Cellerstraße vom Amalienplatz bis zur Landeseisenbahn mit Platten	160
98. Anfrage Ackenhause: Zurücksetzung der Front des Neubaus Ecke Rattreppeln und Münzstraße	161

## V. 6. Oktober 1910.

99. Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf dem Petritorwall	164
100. Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz	166
101. Erwerb einer Fläche an der Wörth- und Kapellenstraße	167
102. Antrag des Stadtverordneten Sander auf Instandsetzung des südlichen Fußweges der Cellerstraße zwischen Amalienplatz und Landeseisenbahn	167
103. Änderung der Ordnung des Stadthaushaltswesens	169
104. Erweiterung des Lichtwerks an der Wilhelmstraße	170
105. Um- und Erweiterungsbauten der Bürgerschule an der Wilhelmstraße	180
106. Anschluß der Gemeinde Gliesmarode an das städtische Kanalsystem	180
107. Stadtseitige Beteiligung an der „Internationalen Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr“	192
108. Abänderung der Fluchtlinie und Anordnung eines Vorgartens für eine Teilstrecke der Goslarischenstraße, bezw. der projektierten Straße Nr. 363	193
109. Gewährung eines außerordentlichen Zuschusses an den Männer-Turnverein	193
110. Erweiterung der Befugnisse einer Deputation	194
111. Neuregelung der Besoldungsverhältnisse einiger städtischen Beamten, der Oberlehrer usw.	197
112. Ausbau der Durchbruchstraße zwischen Langestraße und Hintern Brüdern	207
113. Verwilligung der Mittel zur Besoldung zweier Oberlehrer an der städtischen höheren Mädchenschule	212
114. Antrag Ackenhause: Befestigung des östlichen Fußweges der Salzbadlumerstraße von der Elmstraße ab	212
115. Antrag Schmidt, betr. vermehrte Fleischproduktion auf dem Kieselgute	213
116. Anfrage Wesemeier, betr. Entlassung eines städtischen Maschinisten	214
117. Anfrage Henking, betr. Ankauf der Papieschen Tongrube	216

## VI. 20. Oktober 1910.

118. Nachruf für den verstorbenen Stadtrat Geheimrat Max Fiedel und Einsetzung einer gemischten Deputation zur Regulierung seines Nachlasses	220
119. Sicherung von Bauforderungen	223
120. Ausbau des Cyriakrings zwischen Heinen- und Blumenstraße	233
121. Antrag Ackenhause: Instandsetzung einer Teilstrecke der Salzbadlumerstraße	234
122. Rechnungsabschlüsse der städtischen Licht- und Wasserwerke mit Einschluß der Mühlen	234
123. Mitteilung über den Ausfall zweier Prozesse	239
124. Verwilligung eines fortlaufenden Jahresbeitrages für die „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“	239

125. Erhöhung des Zuschusses zur katholischen Schule . . . . .	240
126. Rechnungsabschlüsse für 1909/10 . . . . .	243
127. Anschaffung einer Schreibmaschine . . . . .	247

## VII. 18. November 1910.

128. Beschlußfassung über das Begräbnis des Ehrenbürgers Wilhelm Raabe . . . . .	249
--	-----

## VIII. 24. November 1910.

129. Antrag des Stadtverordneten Schmidt auf Einführung einer Schweinezucht und -Mästerei auf dem Kieselgute . . . . .	254
130. Anderweite Nutzung der Kellerräume der Schule an der Eßternstraße . . . . .	261
131. Austausch zweier Flächen an der Waterloostraße . . . . .	261
132. Berechnung des Staatszuschusses bezüglich des Feuerlöschgebäudes . . . . .	261
133 Mitteilung über die Fortführung der Straßenbahnlinie Giesmarode-Ruhfäntchenplatz bis Friedrich-Wilhelmsplatz . . . . .	262
134. Aufstellung einer Laterne am Nordende der Geyßstraße . . . . .	273
135. Desgleichen am Mittelwege . . . . .	274
136. Uebernahme einer Laterne am Riddagshäuserwege . . . . .	274
137. Aenderung des Kandelabers auf dem Ruhfäntchenplatze . . . . .	275
138. Anbringung von Schutzvorrichtungen an den Straßeneisenbahnwagen . . . . .	276
139. Baulichkeiten auf dem Feuerlöschgrundstücke . . . . .	280
140 Anschluß eines auf Rühmer Feldmark gelegenen Grundstücks an das Lichtwerk . . . . .	282
141. Ausbau der Straße Nr. 411 . . . . .	282
142. Ankauf von Flächen an der Voigts-Rhetzstraße . . . . .	282
143. Nutzung des Südfischen Hauses an der Adolfsstraße . . . . .	283
144. Teilweise Uebernahme von Kosten für die Verlegung von Gas- und Wasserrohren auf dem Riddagshäuserwege auf die Stadt . . . . .	287
145. Abänderung der Lieferungsbedingungen und des Konzessionsvertrages des Lichtwerks . . . . .	288
146. Errichtung eines Neubaus auf dem Schulgrundstücke am Südklint . . . . .	290
147. Ersatzwahlen für Kommissionen und Deputationen . . . . .	291
148. Beitritt der Stadt zur Historischen Kommission für die Provinz Hannover . . . . .	292
149. Zahlung eines Jahresbeitrages an den Verband niederländischer Arbeitsnachweise . . . . .	292
150. Aenderung des Teilortsbauplans bezüglich der Straße 44 a . . . . .	293
151. Annahme einer Hilfskraft für die Stadtbibliothek . . . . .	294
152. Anfrage Bunge: Arbeitsüberhäufung der Beamten in der städt. Rechtsauskunftsstelle betreffend . . . . .	295
153. Antrag Bunge: Herstellung einer Ueber- oder Unterführung des Weges an der Kreuzung der Weststraße mit der Landeseisenbahn . . . . .	297
154. Anfrage Fricke über den Stand der Bahnloßfrage . . . . .	297

## IX. 5. Januar 1911.

155. Antrag des Stadtverordneten Bunge, den Uebergang über die Landeseisenbahn an der Weststraße betr. . . . .	301
--	-----

	Seite
156. Herrichtung einer Beleuchtungsanlage und Anschaffung einiger Geräte für die Turnhalle an der Ottmerstraße . . . . .	302
157. Belassung des neugewählten Magistratsmitgliedes Dr. Konegen in der Deputation für Prüfung der Schutzvorrichtungen an Straßenbahnwagen . . . . .	303
158. Antrag der betr. Anlieger auf Herrichtung von geräuschlosem Pflaster für den Straßenzug Damm—Gutfiltern . . . . .	303
159. Verlegung und Auswechselung von Wasserhauptrohren und Neuverlegung von Gasrohren . . . . .	306
160. Beteiligung der Stadt am Reingewinn des Lichtwerks . . . . .	307
161. Umbau des Bransebades an der Kaiserstraße . . . . .	318
162. Instandsetzung der Treppenhäuser im Feuerlöschgebäude und eines Teiles des Hofes . . . . .	320
163. Austausch von Flächen zweier Grundstücke an der Julius- und Hedwigstraße . . . . .	320
164. Erwerb eines Grundstücks zum Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Helmsiedter- und Hochstraße . . . . .	322
165. Verwilligung von Mitteln zur Errichtung eines Denksteins im Prinz-Albrecht-Park . . . . .	324
166. Anderweite Regelung der Hundehaltung im Nachtwachdienste . . . . .	333
167. Nächtliche Bewachung des städtischen Museums . . . . .	336
168. Ausbau der Cellerstraße zwischen Neustadttring und Landeszeilenbahn . . . . .	337
169. Aufnahme einer in nördlicher Fortsetzung des Hagenrings nach dem Biernöderwege führenden Parallelstraße zum Bültenweg in den Ortsbauplan . . . . .	339
170. Ausbau der verlängerten Bammelsburgerstraße sowie der Straßen 235—236 . . . . .	340
171. Erwerb und Verkauf von Flächen zum Ausbau der Straßen 240—241 und 235—236 . . . . .	341

## X. 19. Januar 1911.

172. Herstellung des Verbindungsweges zwischen Zietzenstraße und Kastanienallee . . . . .	345
173. Anderweitige Befestigung des Amalienplatzes . . . . .	348
174. Zuschuß zur Unterhaltung einer Auskunfts- und Fürsorgestelle zur Bekämpfung der Tuberkulose . . . . .	353
175. Wasserzufuhr für das Lichtwerk an der Wilhelmstraße . . . . .	358
176. Aufnahme der projektierten Straße Nr. 560 in den Ortsbauplan und Anordnung von Vorgärten für dieselbe . . . . .	359
177. Ankauf von Flächen zum Ausbau des nördlichen Teiles der Waterloostraße . . . . .	359
178. Anordnung von Vorgärten für verschiedene Straßen . . . . .	360
179. Verwilligung einer Entschädigung für einen von der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke an das Stadtssekretariat abgetretenen Geldschrank . . . . .	366
180. Verwilligung von Mitteln für Einführung von Haushaltungsschulen an den mittleren Bürgerschulen . . . . .	367
181. Errichtung einer Knabenmittelschule . . . . .	369
182. Umwandlung der städtischen Mädchenschule in eine Mittelschule . . . . .	389
183. Anordnung offener Baumwege für die verlängerte Bammelsburgerstraße . . . . .	390
184. Instandsetzung des Platzes vor der St. Jakobikirche . . . . .	390

185. Aenderung der Fluchtlinie eines Theiles der Schöppenstedterstraße und Verkauf von Straßenterrain derselben Straße	392
186. Antrag Frede: Ergänzung der Wohnungsaufsicht in der Richtung der Wohnungspflege	393
187. Antrag Kalm: Einführung von Haushaltsunterricht an sämtlichen städtischen Mädchenschulen	394

## XI. 23. Februar 1911.

188. Errichtung einer Knaben-Mittelschule	399
189. Umbau des Renstadrathhauses	407
190. Antrag des Deutsch-vaterländischen Arbeiter-Vereins auf Erhöhung des orts- üblichen Tagelohns für erwachsene männliche Arbeiter	407
191. Reparatur eines Badeofens in der 5. unteren Bürgerschule	410
192. Antrag des Stadtverordneten Frede auf Ergänzung der bestehenden Wohnungs- aufsicht	411
193. Gewährung eines Zuschusses an den Verkehrsverein	422
194. Gewährung eines Zuschusses an den Verband reisender Kaufleute	423
195. Legung eines Abzugskanals in der projektierten Straße Nr. 31	424
196. Anschaffung eines Schwimmbaggers	424
197. Erhebung einer Feststellungsklage wegen Verwendung von Straßenbaukautionen	424
198. Ausführung von Bauarbeiten im Katskeller	428
199. Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Hof- und Cellerstraße	430
200. Ankauf eines Grundstücks an der Pflegehausstraße	437
201. Erweiterung der städtischen Mädchenfortbildungsschule	440
202. Ausbau der Straße 205 a	444
203. Stadtseitige Beteiligung an der Herausgabe eines Werkes	444
204. Aufnahme eines Prozesses	446
205. Entwässerung des städtischen Spielplatzes an der Juliusstraße	447
206. Stadtseitiger Verkauf eines Böschungstreifens am Weidenringe	448
207. Antrag Leue, östliche Ausmündung der Nordstraße betreffend	448

## XII. 9. März 1911.

208. Ergänzungswahl zur Schulkommission	451
209. Fortführung der Straßenbahnlinie Glicsmarode-Ruhfäutchenplatz bis Friedrich- Wilhelmsplatz	451
210. Bauliche Aenderungen im Hause Kreuzstraße 111a	453
211. Beseitigung des Mühlgengebäudes in Eisenblüttel	454
212. Antrag des Stadtverordneten Kalm auf Einführung des Haushaltsunter- richts in sämtlichen städtischen Mädchenschulen	455
213. Unterstützung des Braunschv. Frauenvereins	457
214. Aenderweite Befestigung des Dammes und Gutfiltern	458
215. Antrag des Vereins der Haus- und Grundbesitzer des Hofe- und Wilhelmitor- bezirks wegen Ausbaues des Altstadtrings bis zur Broikemerstraße	460

	Seite
216. Antrag eines Interessenten auf Kanalisierung und Ausbau des Hafenwinkels	461
217. Erwerb einer Fläche zur Verbreiterung des Bienröderweges	462
218. Verlegung eines Wasserrohrs in der Helenenstraße	462
219. Aenderung des Ortsbauplans bezüglich der Korfesstraße	463
220. Ankauf von Flächen zum Ausbau eines Teiles des Ghyriaßrings	463
221. Verwilligung von Mitteln für Anschaffung von Hinweiseshildern auf Feuer- und Unfallselder	464
222. Sicherung des städtischen Archivs	465
223. Einsprache gegen den Ortsbauplan östlich des Bültenweges	466
224. Einsprachen gegen die Anordnung der offenen Bauweise für die verlängerte Bammelsburgerstraße	466
225. Einsprachen gegen die Anordnung von Vorgärten für die Salzdhallumer- und Wolfenbüttelerstraße	467
226. Anderweitige Befestigung des Amalienplatzes	468
227. Instandsetzung des Wohnhauses auf dem Schulgrundstücke an der Leopoldstraße	468
228. Gewährung eines Zuschusses für den Kinderchor	476
229. Antrag des Stadtverordneten Leue auf Instandsetzung der Einmündung der Nordstraße in den Bültenweg	478
230. Ankauf von Flächen an der Mönchstraße	479
231. Verlegung des Gashauptrohrs im östlichen Fahrwege des Eisenbahnparks	479
232. Verkauf von zum Züldischen Nachlasse gehörigen Grundstücken	480
233. Maßnahmen gegen das Feilhalten von Schundliteratur	482
234. Entscheidung über eine Einsprache gegen die Berechnung des Wassergeldes	492
235. Aenderung im Betriebe der Volksküche und bauliche Arbeiten im ehemaligen Standesamtsgebäude	492
236. Erwerb eines Grundstückes	494
237. Zulegung des Grabens Nr. 721 zum Stadtgebiete	496
238. Erweiterung der Beleuchtungsanlage im städtischen Museum	496
239. Antrag Ribbentrop, die Veteranen vom 1870/71 betreffend	497
240. Antrag Kalm's, Erbauung einer Badeanstalt mit Jahresschwimmbad betr.	498

### XIII. 20. März 1911.

241. Beratung des Stadthaushaltsplans für 1911/12	502
242. Verwilligung eines Beitrages zu den Kosten des 12. deutschen Historikertages	536
243. Antrag Loeßhigt, betreffend die Verbreiterung der Okerbrücken	536

### XIV. 30. März 1911.

244. Antrag des Stadtverordneten Kalm's auf Errichtung einer Badeanstalt mit Jahresschwimmbad	538
245. Kanalisierung einer Teilstrecke der Straße Nr. 353	544
246. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Nordstraße zwischen Spargelstraße und Bültenweg	544
247. Ausdehnung der sonntäglichen Besuchszeit des städtischen Museums	545



	Seite
248. Auswechslung des Wasserhauptrohres in der Eulenstraße . . . . .	546
249. Verlegung eines Wasserhauptrohres in der Gellerstraße . . . . .	546
250. Antrag eines Einwohners auf Rückerstattung einer hinterlegten Straßenbau- kaution . . . . .	547
251. Antrag des Stadtverordneten Loeßhigt auf Verbreiterung der staatlichen Brücken . . . . .	547
252. Ausbau des Altstadttringes bis zur Broigemerstraße . . . . .	550
253. Ausbau des Verbindungswegs zwischen Zietzenstraße und Kastanienallee . . . . .	556
254. Ueberlassung des Platzes am Eisenbütteler Wege an den Verband Braun- schweiger Regelfluts zum 15. deutschen Bundesfesten . . . . .	557
255. Erwerb einer Fläche an der Karlstraße . . . . .	558
256. Abrechnung über den Ausbau verschiedener Straßen . . . . .	558
257. Festsetzung der Gemeinde-Kirchensteuer für das Jahr 1911/12 . . . . .	559
258. Abschluß von Unternehmer-Verträgen . . . . .	559
259. Erlassung eines Teiles der Straßenbaukosten für ein Grundstück an der Katha- rinenstraße . . . . .	560
260. Antrag des Stadtverordneten Kieke, Bau von kleinen Wohnungen seitens der Stadt betreffend . . . . .	562

## B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Ablösung eines Anspruchs 38.

Abrechnung über Straßenbaukosten und Gebäude 62, 138, 138, 138.

Anderweite Nutzung eines Grundstücks am Augustplatz 100.

Anfragen der Herren:

Ackenhausen: Zurücksetzung einer Straßenfront 161;

Bunge: Arbeitsüberhäufung bei der Rechtsankunftsstelle 295;

Fricke: Stand der Bahnhofsfraße 297;

Henking: Ankauf einer Tongrube 216;

Lübke: Durchführung der Gliesmaroder Straßenbahnlinie zum Hauptbahnhof 64;

Wesemeier: Entlassung eines Maschinisten 214.

Ankauf von Grundstücken und Straßenflächen 27, 58, 58, 62, 99, 101, 106, 118, 129, 142, 167, 282, 322, 341, 359, 437, 462, 463, 479, 494, 544, 558.

Anlegung von Schrebergärten 29.

Anschlagläulen betr. 526.

Anschluß von Gliesmarode an das Kanalsystem 180.

Anträge der Herren:

Ackenhausen: Befestigung eines Fußweges 212, 234;

Agmann: Aenderung des Wahlrechtes bei den Landtagswahlen 4;

Bunge: Wegeüberführung an der Weststraße 297, 301;

Frede: Ergänzung der Wohnungsaufsicht 393, 411;

Fricke: Instandsetzung eines Weges 29, 39;

Kalms: Einführung von Haushaltsunterricht 394, 455,

Erbauung einer Badeanstalt 498, 538;

Leue: Ausmündung der Nordstraße 448, 478;

Löschig: Bessere Beleuchtung zweier Plätze 28,

Neupflasterung am Radeflinte 160,

Verbreiterung der Okerbrücken 536, 547;

Möhl: Befreiung der Grundbesitzer von der Streupflicht 3;

Nibbentrop: Veteranen von 1870/71 betr. 497;

Nieße: Bau von kleinen Wohnungen 562;

Sander: Belegung eines Fußweges mit Platten 160, 167,

Verbesserung der Straßenbeleuchtung 63, 164;

Schmidt: Aenderungen auf dem Nieselgute 213, 254.

Archiv betr. 465.

Armenhaus betr. 38.

Armenunterstützungen betr. 125.

Aufhebung von Wegen 106.

Ausbau von Straßen und Plätzen 61, 117, 119, 120, 132, 207, 233, 282, 337, 340, 444, 460, 461, 550, 556, 558.

Ausbildungskursus betr. 63.

Ausstellungen betr. 61, 114, 192.

Austausch von Grundstücken 152, 261, 320.

Automobilwagen-Ankauf 156.

Badeanstalten betr. 56, 318, 498, 538.

Baggerbeschaffung 424.

Bahnhofesfrage betr. 297.  
 Bauforderungs-Sicherungen 223.  
 Bauten in städtischen Gebäuden 16, 17, 18,  
 138, 180, 453, 454, 492.  
 Bedürfnisanstalten betr. 514.  
 Beleuchtung von Straßen und Plätzen 28, 40,  
 63, 123, 141, 142, 164, 166, 273,  
 274, 274, 275.  
 Besserungen in Schulen 16, 17, 18, 38, 104,  
 130, 138, 302, 410.  
 Bewachung des städtischen Museums 336.  
 Blindenvereine betr. 99.  
 Brausebäder betr. 318.  
 Brückenverbreiterung betr. 527, 536, 547.  
 Bundesregeln betr. 557.  
 Denkstein im Prinz Albrecht-Park 324.  
 Deputationen betr. 36, 191, 291.  
 Eilboten-Institut betr. 451.  
 Eingemeindung von Flächen in das Stadt-  
 gebiet 15, 496.  
 Einsprüche gegen den Ortsbauplan usw. 466,  
 466, 467, 492.  
 Elektrotechniker-Verband betr. 26.  
 Entlassung eines Arbeiters 214.  
 Entwässerung eines Spielplatzes 447.  
 Erhöhung der Armenunterstützungen 125.  
 Erweiterung des Lichtwerkes 19, 170.  
 Erweiterung des Stadtgebietes 15, 496.  
 Erwerb von Grundstücken und Straßenflächen  
 f. Ankauf von . . .  
 Feuerwehr betr. 261, 280, 320, 464, 519.  
 Fischereiverpachtung 25.  
 Fortbildungsschule für Mädchen 440.  
 Frauenbadeanstalt betr. 56.  
 Frauenverein betr. 457.  
 Friedhof betr. 45.  
 Gas- und Wasserwerke betr. 43, 138, 159,  
 234, 287, 306, 366, 479, 533.  
 Gehaltsaufbesserungen betr. 107, 197.  
 Gemeinde-Kirchensteuer 15, 559.  
 Generalunternehmer betr. 68.

Gesuche hiesiger Einwohner 34, 68, 102, 122,  
 123, 164, 300, 344, 399, 450, 451,  
 460, 461, 501, 538, 547.  
 Gesuche von Beamten u. Lehrern 2, 3, 39, 164.  
 Gewerbegericht betr. 102.  
 Grundbesitzerverein betr. 90, 122.  
 Gutachten über die Abgänge der Kieselfelder 29.  
 Haftpflichtversicherungs-Vertrag 133.  
 Handelsschule betr. 344, 399.  
 Harzer Arbeiter-Sängerbund betr. 91, 122.  
 Haushaltungsschulen-Einrichtung 344, 367,  
 394, 399, 455.  
 Heimatschutz betr. 139.  
 Herstellung von Verbindungswegen 345, 430.  
 Historikertag betr. 536.  
 Historische Kommission betr. 292.  
 Hundehaltung im Nachtwachdienst 333.  
 Instandsetzung von Straßen, Wegen und  
 Plätzen 27, 29, 39, 42, 62, 97, 98, 98,  
 99, 105, 106, 118, 131, 136, 160, 167,  
 212, 234, 300, 303, 348, 390, 458,  
 468, 478.  
 Internationale Ausstellung für Reise- und  
 Fremdenverkehr 192.  
 Jakobikirche betr. 104, 390, 494.  
 Jüdel-Ehrung und -Nachlaß betr. 220, 283,  
 450, 480.  
 Kanalanlagen betr. 140, 180, 424, 544.  
 Katholische Schule betr. 240.  
 Kaufmännische Fortbildungsschule betr. 344,  
 399.  
 Kinderchor-Unterstützung 476.  
 Kirchen betr. 104, 390, 494.  
 Kirchensteuer-Festsetzung 15, 559.  
 Klageerhebung 25, 152, 239, 424, 446.  
 Knaben-Mittelschule betr. 369, 399.  
 Kotsbrechmaschine-Beschaffung 103.  
 Kommissionswahlen 36, 291, 451.  
 Krankenhausanbau betr. 68.  
 Kunstverein betr. 518.  
 Lagerplätze betr. 24, 99.  
 Landtagswahlrecht betr. 4.

# XIV

Lehrerverhältnisse betr. 39, 107.  
 Lehrlingsheim betr. 132.  
 Lichtwerk (elektr.) betr. 19, 170, 282, 288,  
 307, 358.  
 Lichtwerke (städt.) betr. s. Gaswerke.  
 Lohnverhältnisse betr. 2, 34, 124, 300, 407,  
 533.

Mädchen-Fortbildungsschule betr. 440.  
 Männer-Turnverein betr. 193.

Messe betr. 514.  
 Messerkontrollenstelle 159.  
 Mittelschule-Einrichtung 369, 389, 399.  
 Mühlengebäude-Beseitigung 454.  
 Müller-Verbandstag betr. 90.  
 Museum betr. 336, 496, 545.

Nachlaß-Verwaltung 220.  
 Nachrufe 220, 249, 398.  
 Nachwachdienst betr. 333.  
 Neustadtmühle betr. 41.  
 Neustadt-Rathaus betr. 52, 407.  
 Niedersächsishe Arbeitsnachweise 292.  
 Niedersächsischer Ausschuß für Heimatschutz  
 139.

Oberlehrerstellen-Schaffung 212.  
 Oberbrücken-Verbreiterung 527, 536, 547.  
 Ordnung des Stadthaushaltswesens 169.  
 Ortsbauplan-Änderungen 15, 161, 193, 293,  
 339, 359, 390, 392, 463, 466, 466,  
 467, 494, 496.  
 Ortsstraßen-Aufnahme 159.  
 Ortsüblichen Tagelohn betr. 407.

Pflasterung (s. auch Instandsetzung) von  
 Straßen betr. 160, 303.  
 Pflegehaus betr. 38.  
 Plattenbelag auf verschiedenen Straßen 160,  
 167, 212, 234.  
 Prinz Albrecht-Gedenkstein 324.  
 Prozeß Aufnahme 25, 152, 239, 424, 446.  
 Prüfung von Stadthaushaltsrechnungen 40,  
 243.

Quellwasser-Deputation betr. 34.

Raabe-Ehrung 249, 300.  
 Radfahrweg-Anlegung 131.  
 Ratskeller betr. 428.  
 Realschule betr. 130.  
 Rechnungsabschlüsse betr. 40, 234, 243.  
 Rechtsauskunftsstelle betr. 68, 295, 344.  
 Reinigung von Schulräumen 38.  
 Reitwege betr. 300.  
 Rieselgut betr. 29, 213, 254, 528.  
 Rückerstattung einer Kaution 547.

Schreibergärten betr. 29.  
 Seidemaschinen-Beschaffung 247.  
 Schulen betr. 16, 17, 18, 38, 52, 104, 130,  
 138, 138, 180, 212, 240, 261, 290,  
 302, 344, 367, 369, 389, 399, 410,  
 440, 453, 455, 468.  
 Schnobliteratur-Bekämpfung 482, 530.  
 Schweinezucht-Einführung 213, 254.  
 Schwimmbagger-Beschaffung 424.  
 Sicherung von Bauforderungen 223.  
 Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 122.  
 Spielplatz-Entwässerung 447.  
 Staatszuschuß zum Feuerlöschgebäude 261.  
 Stadtbibliothek betr. 294.  
 Stadthaushaltsplan für 1911/12 502.  
 Stadthaushaltsrechnungen-Prüfung 40, 243.  
 Stadthaushaltswesen betr. 169.  
 Städtetag betr. 38.  
 Straßenbahn betr. 64, 262, 276, 303, 450, 451.  
 Straßenbaukosten-Erlaß 560.  
 Straßenbeleuchtung betr. 28, 40, 63, 123,  
 141, 142, 164, 166, 273, 274, 274, 275.  
 Straßen usw., die behandelt sind:  
 Abelnsarre 98;  
 Adolfsstraße 283;  
 Altstadttring 460, 550;  
 Amalienplatz 348, 468;  
 Augustplatz 100;  
 Bammelsburgerstraße 340, 466;  
 Beckenwerferstraße 27;  
 Bertramstraße 62;  
 Biernöderweg 462;  
 Boockswete 99, 559;  
 Bodestraße 118;  
 Broitzemerstraße 142;

Bültzenweg 466;  
 Campestraße 360;  
 Cellerstraße 160, 167, 337, 430, 546;  
 Cyriaksring 233, 463;  
 Damm 303, 458;  
 Diesterwegstraße 142;  
 Echternstraße 261, 521;  
 Eisenbüttelestraße 112, 557;  
 Elmstraße 360;  
 Eulenstraße 546;  
 Frankfurterstraße 152;  
 Friedrich-Wilhelmsplatz 28, 166, 306;  
 Garliche 62;  
 Gehjosestraße 62, 273;  
 Glückstraße 117;  
 Gostardeststraße 193.  
 Gildenstraße 62;  
 Hagenring 339;  
 Hamburgerstraße 131, 306;  
 Hafenwinkel 461;  
 Hedwigstraße 320;  
 Helenenstraße 462;  
 Helmstedterstraße 27, 58, 140, 322,  
 360;  
 Hennebergstraße 361;  
 Hildesheimerstraße 559;  
 Hintern Brüdern 207, 527;  
 Hochstraße 322;  
 Hutfiltern 303, 458;  
 Jakobstraße 27;  
 Jöddenstraße 105;  
 Juliusstraße 320, 447;  
 Kaiserstraße 106, 318;  
 Kapellenstraße 167;  
 Karlstraße 558;  
 Kastanienallee 58, 345, 556;  
 Katharinenstraße 560;  
 Kattrepeln 161;  
 Korffstraße 129, 463;  
 Kreuzstraße 453;  
 Küchenstraße 27;  
 Kupferwete 98, 559;  
 Langestraße 207, 527;  
 Leonhardplatz 29, 39;  
 Lindentwete 97, 136, 559;  
 Madamenweg 306;

Malertwete 42;  
 Martinikirche, a. d. 521;  
 Mittelweg 29, 274;  
 Mönchstraße 62, 479;  
 Münzstraße 161;  
 Nickelnkult 27;  
 Nordstraße 448, 478, 544;  
 Obergstraße 361;  
 Ottmerstraße 16, 302;  
 Petersilienstraße 62;  
 Petristraße 306;  
 Petritor, am 118, 160;  
 Petritorwall 40, 63, 123, 164;  
 Pflegehausstraße 437;  
 Radeklint 62, 118;  
 Rantheimerweg 360;  
 Riddagshäuserweg 141, 274, 287;  
 Roßstraße 430;  
 Ruhfäntchenplatz 28, 40, 123, 275;  
 Salzdahlumerstraße 212, 234, 360, 467;  
 Schöppnerstedterstraße 392;  
 Südklint 18, 290;  
 Theaterwall 101;  
 Voigte-Neßstraße 132, 159, 282;  
 Wallstraße 106;  
 Waterloostraße 261, 359;  
 Wenderring 448;  
 Weststraße 297, 301;  
 Wilhelmstraße 17, 19, 170, 180;  
 Wörthstraße 167;  
 Wolfenbüttelestraße 361, 467;  
 Zietzenstraße 345, 556  
 Straßenfront-Zurücksetzung 161.  
 Straßenpflasterung (s. auch Instandsetzung)  
 160, 303.  
 Straßenreinigung 517.  
 Straßenüberführung an der Weststraße 297,  
 301.  
 Streupflicht der Grundbesitzer 3.  
 Teilnahme von Beamten an Ausstellungen  
 und Kursen 61, 63.  
 Tongrube betr. 216.  
 Tuberkulose-Bekämpfung 353, 398.  
 Turmuhren-Beschaffung 104.  
 Turnhallen betr. 302.

Überlassung eines Platzes zum Bundesfesten 557.

Übernahme von Straßen und Wegen 101, 112.

Überzicht über die gezahlten Löhne 124.

Übertragung eines Ausgabepostens 140.

Unfallmelder betr. 464.

Unternehmerverträge betr. 559.

Verband Braunschweiger Regelflubs 557.

Verband reisender Kaufleute 423.

Verband niedersächsischer Arbeitsnachweise 292.

Verbesserung der Straßenbeleuchtung 28, 40, 63, 123, 141, 142, 164, 166, 273, 274, 274, 275.

Verbindungswegs-Herstellung 345, 430.

Vergebung von Bauarbeiten 68.

Verkauf von Grundstücken 341, 392, 448, 480.

Verkehrsverein betr. 422, 444, 450.

Verpachtung einer Fischerei 25.

Veteranen-Fürsorge 497.

Volksküche betr. 492.

Volkswohlfahrt betr. 239.

Vorgärten-Anordnung 359, 360, 467.

Vormundschaftsweisen betr. 531.

Vorsitzenden-Wahl 2.

Wahl des Vorsitzenden 2.

Wahlrechts-Änderung 4.

Wahl von Kommissions- und Deputations-Mitgliedern 36, 194, 291, 451.

Wahl von Vertretern zum Städtetage 38.

Wasserwerk usw. betr. 43, 138, 234, 287, 306, 366, 462, 492, 546, 546.

Wohnungsaufsicht betr. 393, 411.

Wohnungsbau betr. 562.

Zeitschrift „Deutschland“ betr. 444.

Zentralfriedhof betr. 45.

Zentralstelle für Volkswohlfahrt 239.

Zuschüsse für Vereine und Verbände 99, 193, 239, 292, 422, 423, 457, 476.

Zuschüsse für Jahresversammlungen 26, 90, 90, 91, 122, 536.

Zuschuß für die katholische Schule 240.

# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten**

**zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 21. April 1910.

### **Tagesordnung:**

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters . . . . .	Seite 2
II. Antrag Röhl: Befreiung der Grundbesitzer von der Streupflicht . . .	3
III. Antrag Aßmann: Aenderung des Wahlrechts bei den Landtagswahlen	4
IV. Eingemeindung von Flächen in das Stadtgebiet . . . . .	15
V. Gemeinde-Kirchensteuer für 1910/11. . . . .	15
VI. Besserungen in der Schule an der Ottmerstraße. . . . .	16
VII. Um- und Erweiterungsbauten in der Schule an der Wilhelmstraße . .	17
VIII. Erweiterungsbauten in der Schule am Südfint . . . . .	18
IX. Erweiterung des Lichtwerkes an der Wilhelmstraße . . . . .	19
X. Erweiterung des Lagerplatzes am Westbahnhofe . . . . .	24
XI. Erhebung einer Klage . . . . .	25
XII. Verpachtung einer Fischerei . . . . .	25
XIII. Zuschuß für die Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Elektro- techniker . . . . .	26
XIV. Uebersicht über die Kosten für Instandsetzung verschiedener Straßen . .	27
XV. Ankauf eines Grundstücks . . . . .	27
XVI. Antrag Löschigk: Bessere Beleuchtung zweier Plätze . . . . .	28
XVII. Antrag Fricke: Instandsetzung eines Weges . . . . .	29
XVIII. Anlegung von Schrebergärten . . . . .	29
XIX. Einholung von Gutachten über die Abgänge der Rieselfelder . . . . .	29

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Schöttler.

Entschuldigt die Herren Buchler, Koch, Löhnefink, Schmidt und Weichsel.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich eröffne die Sitzung als die erste des neuen Finanzjahres und ersuche Sie, zunächst die Wahl eines Vorsitzenden und dessen Stellvertreters vorzunehmen. Es ist mir mitgeteilt worden, daß Herr Meyerhoff als am 9. Juni 1842 geboren das älteste Mitglied der Versammlung ist. Sollte einer der Herren etwa noch älter sein, so bitte ich, sich zu melden. Da das nicht der Fall zu sein scheint, so ersuche ich Herrn Meyerhoff, das Alterspräsidium zu übernehmen und die Wahl zu leiten. (Geschicht.)

### I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Herr Meyerhoff: Ich bitte um Vorschläge.

Herr Fricke: Ich beantrage, die beiden bisherigen Vorsitzenden durch Zuruf wiederzuwählen.

Herr Meyerhoff: Erfolgen noch andere Vorschläge? Das ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, die für die Wiederwahl der beiden bisherigen Vorsitzenden sind, die Hand zu erheben. Die Herren Hauswaldt und Dr. Wolters sind mit Mehrheit wiedergewählt worden. Ich bitte Herrn Hauswaldt, den Vorsitz zu übernehmen. (Geschicht.)

Herr Hauswaldt: Ich nehme die Wahl mit Dank Ihnen gegenüber an. Zunächst möchte ich fragen, ob Sie mit der Tagesordnung, wie ich sie aufzustellen mir erlaubt habe, einverstanden sind. Da ich seit dem 1. d. Mts. nicht mehr Vorsitzender war, so hatte ich eigentlich kein Recht, die Tagesordnung aufzustellen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, so nehme ich an, daß Sie mit der Tagesordnung einverstanden sind.

Es sind inzwischen folgende Sachen eingegangen:

1. Gesuch der in den städtischen Regiebetrieben beschäftigten Arbeiter, in dem gebeten wird, die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld aus der Stadtkasse zu ersehen. Da ein gleiches Schreiben bei dem Magistrate eingegangen ist, so geht dieses Schriftstück zu den Akten.

2. Gesuch der Lehrer an der städtischen Gewerbeschule um Neuregelung ihrer Remunerationssätze. Ich überweise dieses Gesuch der Finanzkommission zur Vorberatung.



3. Eingabe des Rendant Kuhlmann, der für die ihm bei Gelegenheit seines 50jährigen Dienstjubiläums bewiesene Anerkennung und Ehrung dankt.

Wir können nunmehr in der Tagesordnung fortfahren.

## II. Antrag Möhle: Befreiung der Grundbesitzer von der Streupflicht.

Der in der Sitzung vom 17. Februar d. Js. — Seite 555 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bemüht zu sein, Mittel und Wege herbeizuführen, die es ermöglichen, daß die Grund- resp. Hauseigentümer von der Verpflichtung des Bestreuens der Fußwege bei eintretender Winterglätte entbunden werden und solche von der Stadtverwaltung übernommen werde.“

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Mann: Der § 78 der Straßenpolizeiverordnung, die vor nicht langer Zeit hier beraten und festgestellt wurde, legt den Eigentümern der Grundstücke oder deren Vertretern die Verpflichtung auf, bei eintretender Winterglätte die Fußwege zu bestreuen. Aus Anlaß des von Herrn Möhle eingebrachten Antrages hat der Magistrat bei einer Reihe anderer Städte nach den einschlägigen Bestimmungen gefragt. Darauf sind folgende Antworten eingegangen: München, Hannover, Stettin, Dresden, Stuttgart, Halle a. S. und Leipzig haben erwidert, daß die Anlieger gezwungen seien, die Fußwege bei eintretender Glätte zu bestreuen. In Kassel kann die Streupflicht gegen Zahlung einer Entschädigung durch die Stadt übernommen werden, jedoch bleibt die Haftpflicht den Anliegern überlassen. Berlin hat vor 60 Jahren den Versuch gemacht, die Streupflicht stadtseitig zu übernehmen, jedoch hat man den Versuch wegen der daraus sich ergebenden Schwierigkeiten wieder aufgegeben. Die Kommission war einstimmig der Meinung, daß es unmöglich sei, die Arbeiten stadtseitig zu übernehmen, weil es dadurch notwendig werde, ständig eine große Zahl von Arbeitern zur Verfügung zu haben, die bei eintretender Winterglätte das Bestreuen der Fußwege ausführen müßten. Das würde aber für die Stadt eine unverhältnismäßig große Last bedeuten, weil die Arbeiter während des ganzen Winters bereitgehalten werden müßten. Aus allen diesen Erwägungen, die eine lange Diskussion veranlaßten, hat sich der Herr Antragsteller gemüßigt gesehen, den Antrag bis auf eine spätere Zeit zurückzuziehen, die dessen Durchführung eher ermöglichen würde.

Vorsitzender: Der Antrag ist damit für uns erledigt; ich kann dazu auch das Wort nicht weiter erteilen.

### III. Antrag **Alßmann**: Aenderung des Wahlrechts bei den Landtagswahlen.

In der Sitzung vom 24. Februar 1910 — Seite 594 des Berichtes — hat Herr **Alßmann** folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Herzoglichen Landesregierung vorstellig zu werden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um für die Landtagswahlen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzuführen.“

Namens der Statutenkommission berichtete hierüber Herr **Henking**: Meine Herren! Diesem Antrage liegt die leidige Tatsache zugrunde, daß unser Landtagswahlgesetz vom 6. Mai 1899 sich im großen ganzen nur geringer Beliebtheit erfreut. Sie wissen, daß der Hauptgrund zu dieser ungünstigen Beurteilung darin liegt, daß die von früher her übernommene indirekte Wahl in dem Gesetze noch teilweise zum Ausdruck kommt. Es muß aber hier daran erinnert werden, daß aus der Mitte der Landesversammlung selbst heraus und zwar vom Abgeordneten **Hauswaldt** im Januar 1908 ein Antrag auf Aenderung dieses Wahlgesetzes eingebracht wurde. Es ist daraufhin eine Wahlrechtskommission von sieben Mitgliedern ernannt worden, die sich mit der Sache befaßt hat und bereits am 25. März 1908 dem Landtage eine neue Vorlage zugehen ließ, die mit 37 von 45 Stimmen genehmigt und durch den Ausschuß schon im Mai desselben Jahres dem Herzoglichen Staatsministerium eingereicht wurde. Dieser Antrag bezweckt unter Beibehaltung des Dreiklassenwahlsystems statt der zurzeit für die Wahl von 30 durch die Städte und das Land zu gleichen Teilen zu wählenden Abgeordneten noch gültigen indirekten Wahl durch Wahlmänner die direkte Wahl einzuführen und zugleich der ersten Klasse 10 Prozent, der zweiten 20 Prozent und der dritten die übrigen 70 Prozent der Wähler zuzuteilen, außerdem aber ein Pluralwahlrecht einzuführen, dahingehend, daß die Wähler erster Klasse drei Stimmen, die der zweiten Klasse zwei Stimmen und die der dritten Klasse eine Stimme erhalten.

Ueber das Schicksal dieses Antrages verlautete lange Zeit nichts. Erst auf eine erneute Anfrage in der Sitzung vom 10. März. d. J. gelegentlich der Staatsberatung ist dann durch Herrn Staatsminister von **Otto** geantwortet worden, daß das Herzogliche Staatsministerium bei der Schwierigkeit der Materie zurzeit noch nicht in der Lage sei, eine bestimmte Vorlage zu machen. Die Bearbeitung des einschlägigen Materials liegt noch in den Händen der Justizkommission des Landtages, die eventuelle Eingaben zu der Sache zu berücksichtigen noch in der Lage sein würde.

Der Antrag der Landtagswahlrechtskommission zeigt, der historischen Entwicklung allerdings stark Rechnung tragend, entschieden eine Verbesserung des früheren Zustandes, und zwar hauptsächlich durch den geplanten Fortfall der allseits verhaßten indirekten Wahl und der Wahlmänner. Ich glaube, niemand in Stadt und Land wird diesen Wahlmännern eine Träne nachweinen. Aber es war zu erwarten, daß auch diese Vorlage, trotzdem sie einstimmig durch die Kommission der Landesversammlung zugehen und mit großer Mehrheit angenommen wurde, auch eine wesentliche Besserung gegenüber dem jetzigen Zustande enthielt, doch von vielen Seiten scharfe Angriffe erfahren würde, naturgemäß aber ganz besonders von der Seite, die dem Herrn Antragsteller persönlich nahesteht. Als Folge solcher Kritik liegt uns der Antrag des Herrn Altmann vor, und es fragt sich nun, meine Herren, wie Sie sich zu dem Antrage stellen wollen.

Wenn Sie den Antrag Altmann nochmals genauer durchsehen, so werden Sie finden, daß er verschiedenes enthält, was in dem zurzeit gültigen Gesetze oder doch wenigstens in der eben bezeichneten Vorlage bereits enthalten ist, nämlich in erster Linie die Forderung des geheimen und dann auch die des direkten Wahlrechtes, die beide zum Teil schon rechtsgültig sind, denn 18 Abgeordnete werden bereits direkt gewählt. Es bleibt aber noch die wichtigste, nämlich die radikale Forderung auf Herbeiführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes über.

Sie werden wohl in der Mehrzahl mit mir der Ansicht sein: Gleiche Rechte setzen gleiche Pflichten voraus. Wo die gleichen Pflichten nicht erfüllbar sind, können naturgemäß auch nicht gleiche Rechte beansprucht werden. Auf die große Verschiedenheit von Bildung und Besitz, auf die höchst verschiedenartigen Leistungen seitens der verschiedenen Berufsclassen gegen den Staat kann hier nur ganz kurz hingewiesen werden; sie begründen meines Erachtens zur Genüge die verschiedenartigsten Ansprüche und Gegenleistungen. Ich würde es z. B. für eine Ungerechtigkeit ansehen, wenn ein 25jähriger lediger Arbeiter, der unsterblich bald hier, bald dort lebt, und sich naturgemäß noch in der Sturm- und Drangperiode befindet und sich den Wind noch um die Nase wehen lassen muß, wenn er ein ordentlicher Kerl werden will, mit einem 50jährigen, seit langen Jahren in seinem Wohnorte ansässigen Familienvater dasselbe Wahlrecht erhalten und damit denselben Einfluß auf den Gang der Staatsmaschine haben soll. Ähnliche Beispiele könnte man noch mehr anführen. Wenn der verantwortungsvolle Leiter eines großen Fabrikbetriebes dasselbe Wahlrecht haben soll, wie sein Pfortner oder Ausläufer, oder wenn es bei der Ausübung des Wahlrechtes ganz gleichgültig sein soll, ob jemand 3000 M an Steuern zahlt, oder nur 3 M, oder aber gar nichts. Ich glaube, meine Herren, die größere Anzahl von Ihnen wird diese Auffassung wohl billigen und mit mir sagen: Man soll die Stimmen nicht

nur zählen, sondern auch wägen. Es würde uns als ganz verfehlt erscheinen, etwa einfach das Reichstagswahlrecht auf die Einzelstaaten zu übertragen. Bei der großen Verschiedenheit der beiderseitigen Wirkungskreise würde das die größten Ungerechtigkeiten im Gefolge haben. Diesen Standpunkt hat die Kommission in ihrer großen Mehrheit gebilligt und hat mich beauftragt, Sie zu bitten, den Antrag Alßmann in der vorliegenden Form abzulehnen.

Aber, meine Herren, es drängt sich nun die Frage auf, einmal, ob die vorhin erwähnte geplante Aenderung des Wahlgesetzes auch Gesetz werden wird, und ob dieses dann den heutigen Ansprüchen von Stadt und Land genügen würde, sodann aber auch, ob wir als Stadtverordnete das Recht haben, in dieser in erster Linie den Landtag angehenden Frage nach Aenderung des Landtagswahlrechtes Anträge an den Stadtmagistrat zu stellen.

In der Statutenkommission ist diese Frage unbedingt bejaht; denn im § 51 der Städteordnung vom 18. Juni 1892 heißt es: „Behuf Förderung der Wohlfahrt der Stadt und der Gemeindegensossen . . . sind die Stadtverordneten befugt, Anträge zu stellen und dem Stadtmagistrate zur Zustimmung und Ausführung vorzulegen.“ Sie werden wohl alle ohne Ausnahme mit uns der Ansicht sein, daß von dem Schicksal der Wahlrechtsvorlage die Wohlfahrt unserer Stadt und ihrer Bewohner wesentlich mit bedingt wird, daß es unser aller Pflicht ist, die Quellen der Unzufriedenheit nach Möglichkeit zu verstopfen und berechnigte Ansprüche der verschiedenen Bevölkerungsschichten an das Wahlrecht so weit irgend möglich in Erfüllung gehen zu lassen. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß es, da es noch nirgends in der Welt ein vollkommenes Wahlrecht gibt, eine ungeheuer schwierige Aufgabe ist, die die Landesvertretung und die Landesregierung zu lösen haben. Wie steht es nun bei uns? Die aus einem Wahlgesetze hervorgehende gesetzgebende Körperschaft soll doch, so wünschen wir wenigstens, ein möglichst gutes Spiegelbild der wichtigsten Berufsarten des betreffenden Landes darstellen, sie soll eine wirkliche Volksvertretung sein und die in dem Volke lebenden Kräfte und Anschauungen in engem Rahmen gleichsam aufweisen. Wie steht es damit bei unserm Landtage? Wir finden dort 19 Landwirte, 14 Beamte und Studierende, 9 Vertreter der Industrie und 5 Vertreter des Mittelstandes oder des Handwerkes. Dabei muß es dem Fernstehenden naturgemäß auffallen, daß kein einziger Vertreter der 3. Klasse, kein Repräsentant der sogenannten Arbeiterklasse im gewöhnlichen Sinne des Wortes vorhanden ist. Man kann es daher wohl verstehen, warum in dieser wichtigen Gruppe unserer Bevölkerung deshalb eine tiefe Verstimmung herrscht. Wir wollen bedenken, daß in den letzten Jahrzehnten unsere Arbeiter durch die gewaltige Entwicklung von Technik, Handel und Industrie vieles gelernt und sich, das ist doch unbedingt zuzugeben, durch den organischen Zusammenschluß und

große Opferfreudigkeit eine beachtenswerte Stellung im Staatsleben errungen haben. Ist es nun wohl zu verwundern, daß viele von ihnen in ihren Ansprüchen, wie das in den übrigen Bevölkerungsschichten auch der Fall ist, die Neigung zeigen, über Maß und Ziel hinauszuschießen, daß sie, irregeleitet durch populäre Schriften, das Wissen und Können der Menschen überschätzen? Ich gehöre zu denen, die sagen, man gebe ruhig ihren Vertretern, aber wohlgerne den Auserwählten ihrer Arbeitsgenossen, die Gelegenheit, in die gesetzgebenden Körperschaften hineinzukommen und sich dort zu überzeugen, einerseits von der Schwierigkeit der vorliegenden Arbeiten, andererseits von der gewissenhaften Pflichterfüllung und dem redlichen Streben der dort tätigen Personen. Das wird wesentlich dazu beitragen, daß das zurzeit mangelnde Vertrauen zwischen den einzelnen Bevölkerungsklassen und zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern langsam zurückkehrt oder sich doch bessert.

Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß bei Annahme der Wahlrechtsvorlage und Einführung des Pluralwahlrechtes es sehr wohl möglich ist, bei gutem Willen einige geeignete Kandidaten auch der dritten Klasse durchzubringen, was bisher infolge Starrsinns der einzelnen Beteiligten kaum vorgekommen ist, so würde es doch noch besser sein, wenn Mittel und Wege gefunden würden, um allen Schichten der Bevölkerung besser als wie bisher die Möglichkeit zu gewähren, geeignete Vertreter in den Landtag zu entsenden. An dem Grundsatz, daß der gewählte Abgeordnete nicht etwa nur Klassenvertreter ist, sondern die Interessen der Gesamtheit der Bevölkerung des Staates wahrzunehmen hat, soll und darf darum nicht gerüttelt werden. Ich gestehe aber, daß es mir lieber wäre, statt des Klassen- oder Berufswahlsystems ein stark ausgebildetes Pluralwahlsystem zu erhalten: Auf Einzelheiten einzugehen, ist hier aber weder Zeit noch Ort. Das ist eine schwierige Aufgabe, die erst allmählich, nicht von heute auf morgen, zu lösen ist.

Die Statutenkommission hat sich nun auf Grund einer längeren Beratung entschlossen, Ihnen folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen. Der Antrag, der absichtlich ganz allgemein gehalten ist, weil wir uns sagten, es sei besser, nur allgemeine Richtungslinien anzugeben, als positive Vorschläge zu machen, lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung lehnt zwar den Antrag Abmann ab, hält aber eine Aenderung des Landtagswahlgesetzes vom 8. Mai 1899 in der Richtung für dringend geboten, daß die indirekten durch direkte Wahlen ersetzt werden. Ferner empfiehlt sie eine Fortentwicklung des Wahlrechtes in der Richtung, daß allen Schichten der Bevölkerung besser als bisher die Möglichkeit gegeben wird, Vertreter in den Landtag zu senden.“

Zum Schluß hat die Statutenkommission noch eine Bitte an die geehrte Versammlung zu richten. Im Hinblick auf die Tatsache, daß eine Aenderung und Verbesserung der jetzigen Verhältnisse in unserm Sinne nur unter Mitwirkung der jetzigen Mitglieder der Landesversammlung möglich sein wird, ist es aus naheliegenden Gründen dringend geboten, bei der etwa folgenden Besprechung sich möglichst jeder persönlich-verletzenden Kritik zu enthalten: fortiter in re, suaviter in modo, fest in der Sache, aber milde in der Behandlung! Die Befolgung dieses wichtigen Satzes jetzt und immerdar wird uns um so eher zu dem Ziele bringen, ein den heutigen Zeitverhältnissen und den Wünschen unserer Mitbürger entsprechendes Wahlrecht zu erlangen, soweit sie eine gesunde Fortentwicklung unseres Wahlrechtes erstreben!

Herr Ribbentrop: Ich kann mich dem Votum der Statutenkommission nicht anschließen. Im § 1 der Städteordnung heißt es: „Jede Stadt hat das Recht, innerhalb der durch das Gesetz festgestellten Schranken alle ihre Gemeindeangelegenheiten . . . selbständig zu verwalten . . .“ Hier handelt es sich aber nicht um eine Gemeindeangelegenheit, sondern um eine Staatsangelegenheit, die nicht vor das Forum der Stadtverordneten gehört. Auch der § 51 der Städteordnung bietet hierzu keine Handhabe. Ich beantrage daher, den Antrag Aßmann zurückzuweisen.

Vorsitzender: Als der Antrag gestellt ist, hat sich diese Frage mir natürlich auch aufgedrängt. Ich habe mich darüber unterrichtet, und habe auch mit dem Vorsitzenden des Magistrats deswegen Fühlung genommen, denn ich halte es nicht für opportun, daß wir uns dieserhalb mit dem Magistrate in Zwiespalt setzen. Der Herr Oberbürgermeister war aber mit mir der Ansicht, daß der Antrag sehr wohl vor das Forum der Stadtverordneten gehöre; da nun die Statutenkommission ebenso entschieden hat, so möchte ich bitten, unsere Rechte nicht unnützlich zu beschränken, denn die sind so schon nicht allzu groß. (Zustimmung.) Sollte indessen die Mehrheit der Versammlung sich auf den Standpunkt des Herrn Vorredners stellen, so würde damit der Antrag ausgeschlossen sein.

Herr Aßmann: Ich möchte vorschlagen, dem Antrage Ribbentrop nicht zuzustimmen. Es ist schon richtig angedeutet, was sollen wir unsere geringen Rechte noch selbst beschränken? Es ist bereits vom Herrn Vorsitzenden und Referenten ausgeführt worden, daß der Antrag sehr wohl in den § 51 der Städteordnung hineingepaßt, indem man sagen kann, daß es zur Förderung der Wohlfahrt der Stadt gehört, wenn solche Zustände beseitigt werden und das Wahlrecht zum Landtage, das allgemein als Stein des Anstoßes betrachtet

werden kann, der Jetztzeit entsprechend geändert wird. Der Herr Referent hat auch schon betont, daß heute eine Ungleichheit in der Vertretung der verschiedenen Berufsstände vorhanden ist und daß der § 51 deshalb für uns in Anspruch genommen werden kann, denn wenn Frieden im Gemeinwesen herrscht, so muß auch der Wohlstand dadurch gefördert werden. Deshalb bitte ich nochmals, dem Antrage Ribbentrop nicht Folge zu leisten.

**Vorsitzender:** Wir können darüber abstimmen. Ich möchte noch besonders bemerken, daß uns der Magistrat mit dieser formalen Frage nicht abweisen wird. Wer ist für den Antrag Ribbentrop? Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt. Wir können nun in die weitere Behandlung des Antrages Kßmann eintreten.

**Herr Kßmann:** Der Herr Referent ist auf die Sache näher eingegangen und hat die einschlägigen Verhältnisse erwähnt, die zu dem Antrage geführt haben, wie ich ihn im Einverständnis meiner politischen Freunde gestellt habe. Es erscheint dem Herrn Referenten und der Mehrheit der Statutenkommission anstößig, daß in dem Antrage das gleiche Wahlrecht gefordert wird. Der Herr Referent hat davon gesprochen, daß gleiche Rechte auch gleiche Pflichten bedingen und es sich nicht vereinbaren ließe, wenn man dem Reichen und dem Armen das gleiche Wahlrecht gäbe, wenn also derjenige, welcher 3000 Mark Steuern zahle und derjenige, welcher nur 3 Mark oder gar keine Steuern zahle, das gleiche Recht haben sollten, an der gesetzgebenden Maschine mitzuarbeiten. Das wäre eine ungleiche Verteilung der Pflichten, aber eine gleiche Verteilung der Rechte, was der Referent für unrichtig hält. Die Sache liegt aber tatsächlich anders. Wenn wir hier von gleichen Pflichten reden, so kommt es darauf an, ob alle Einwohner des Staates nach ihrem Vermögen zur Steuer herangezogen werden. Wenn wir hier den Maßstab ansetzen und einen Vergleich zwischen den großen und den geringen Einkommen ziehen wollen, so glaube ich mit Recht behaupten zu können, daß diejenigen, die ein minderes Einkommen haben im Verhältnis zu den Lasten, die ihnen auferlegt werden, mindestens dasselbe tragen, wenn nicht mehr, als die Besitzer der großen Einkommen. Demjenigen, der 3000 Mk. Steuern bezahlen muß, wird dies nicht so schwer fallen, wie dem armen Teufel, der nur wenig verdient und 3 Mk. Steuern zahlen muß. Es fragt sich also, ob Sie das als eine gleiche Pflicht betrachten wollen, das liegt natürlich in der Auffassung jedes einzelnen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß es einem Arbeiter, der ein geringes Einkommen hat, schwerer fällt 3 Mk. Steuern zu bezahlen, als dem Reichen, der in der glücklichen Lage ist, 3000 Mk. Steuern bezahlen zu müssen. Von diesem Gesichtspunkte aus sollte man das

also nicht beurteilen, sondern nur von dem Gesichtspunkte aus, ob die verschiedenen Schultern je nach ihrer Tragfähigkeit gleichmäßig belastet sind. Hiervon ausgehend könnte man sehr wohl sagen, daß das noch nicht der Fall ist, und nach oben hin eine weitere Belastung eintreten könnte, ohne davon sprechen zu können, daß die Reichen unnötig belastet würden.

Der Herr Referent hat auch davon gesprochen, daß Bildung und Besitz einen Vorzug haben und auch das Alter und die Wohnungsdauer dabei mitsprechen müßten, wir sollten die Stimmen nicht zählen, sondern wägen. Wenn wir aber von dem Gesichtspunkte ausgehen, so können wir unmöglich zu diesen Schlüssen kommen. Wenn wirklich die Stimmen der Reichen und Armen, der Alten und Jungen, der Ansässigen und nicht Ansässigen gleiche Geltung erhielten, so würde meiner Meinung nach niemals der Fall eintreten, daß dadurch das Land finanziell und wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden könnte. Wenn das der Fall wäre, so dürfte der Deutsche Reichstag anders gearbeitet haben, als es tatsächlich geschehen ist. Es wird außer mir und meinen Freunden noch manchen geben, der mit den Arbeiten des Deutschen Reichstages nicht einverstanden ist, namentlich aber mit den angenommenen Steuern, aber trotzdem ist das Reich daran noch nicht zugrunde gegangen. Das Spiegelbild des Herrn Referenten dürfte deshalb zu weit gegriffen und zu sehr von der Mengftlichkeit diktiert sein, daß nämlich die große Masse des Volkes das Übergewicht bekommen und alles drüber und drunter gehen würde. Die arbeitende Bevölkerung würde hierdurch wohl kaum jemals die Macht bekommen, um dann vernichtend zu wirken, das wird wohl niemand von Ihnen annehmen, sondern die Arbeiter würden nach wie vor im Interesse des Volkes und der Allgemeinheit dahin zu wirken suchen, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse gesund bleiben und jeder sich wohl im Staate fühlen kann. Wenn der Herr Referent wünscht, daß die auswählten Vertreter der Arbeiter in den Landtag hineinkämen, so verstehe ich nicht recht, wie das gemeint ist. Er sprach von den Wählern der dritten Klasse und fügte dabei ein, daß diese Wähler heute keinen nennenswerten Erfolg erzielt haben. Das ist bekannt. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet wird jeder, der unser Wahlgesetz kennt, wissen, daß bei den Stadtverordnetenwahlen Leute, die über 5000 Mk. Einkommen haben, mit in der dritten Klasse wählen, so daß jemand mit diesem Einkommen in gewissem Sinne auch als Arbeiter angesehen werden kann. In diesem Sinne ist der Gebildete, der Arzt, selbst der Oberbürgermeister als Arbeiter anzusehen, denn sie alle arbeiten. Wenn wir die Berufsinteressen zusammenlegen wollen, so werden Sie kaum erwarten können, daß sich die Interessen dieser Arbeiter mit den Interessen der werktätigen Arbeiter decken. Deshalb darf man die Grenze der Arbeiter nicht so weit ziehen, als es vom Herrn Referenten geschehen



ist, wenn wir von unseren Dreiklassenwählern sprechen wollen. In diesem Sinne dürfen wir die Vertretung der dritten Klasse nicht auffassen, sonst dürfte niemand davon in den Landtag kommen.

Von dem Herrn Referenten war auch gesagt worden, er wollte lieber das Pluralwahlrecht haben, als ein Einheitsstimmrecht. Ob das eine Verbesserung bedeuten würde, glaube ich kaum. Das möchte wohl den Interessen des Referenten entsprechen und der Mehrheit der Kommission, ich glaube aber kaum, daß solches Wahlrecht, das dem neuen sächsischen Landtagswahlrecht gleichen würde, zum sozialen Frieden führen könnte. Jedenfalls ist im Lande allgemein die Ansicht vertreten, daß die große Masse des Volkes dabei auch mitzureden hätte. Wenn wir einem einzelnen ein hundertfaches Recht geben wollen, an der Landesmaschinerie mitwirken zu können, so würde das die große Masse des Volkes nicht billigen können. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich von Ihrem Standpunkte abzugehen und meinem Antrage etwas mehr Entgegenkommen zu zeigen. Mit dem Referenten möchte ich darauf hinweisen, daß im Landtage und im Lande überhaupt nicht immer die Stimmung geherrscht zu haben scheint, wie es heute der Fall ist, denn es hat sich wiederholt gezeigt, daß im Landtage für das allgemeine Stimmrecht mehr Meinung als zurzeit vorhanden gewesen ist.

In der Sitzung des Landtages vom 11. September 1848 wurde ein provisorisches Wahlgesetz beschlossen, wonach der Landtag aus 54 Abgeordneten bestehen sollte. Von diesen sollten die Städte 20 — die Hauptstadt 8 — wählen. Der Landtag trat nur einmal zusammen und machte das spätere Wahlgesetz, welches bedeutend schlechter ausfiel, als das provisorische Wahlgesetz, aus dem der Landtag hervorgegangen war. Wo in einem Kreise zwei Abgeordnete zu wählen waren, wurde der eine durch allgemeine, direkte und geheime Wahl gewählt und zwar von den männlichen Einwohnern über 25 Jahre. Wählbar war, wer 25 Jahre alt war, ein Jahr im Lande wohnte, die bürgerlichen Ehrenrechte besaß und nicht unter Kuratel stand. Darüber sind jetzt 62 Jahre vergangen, und noch heute muß man lebhaft dafür arbeiten, um das geheime und gleiche Wahlrecht zu erhalten. Man will eben nicht zugeben, daß das förderlich für das Land sei.

Nach 1848 kam dann die Reaktion, die das Wahlgesetz vom 30. November 1851 schuf. Bei diesem Wahlgesetze ging man gegen die 1848 geäußerte Meinung wieder zurück, und selbst diejenigen, die sich vorher für ein besseres Wahlgesetz ausgesprochen hatten, ließen sich durch die Verhältnisse beeinflussen und traten mehr oder weniger mit ihrer Ansicht zurück. Auf diese Weise bekamen wir das Wahlgesetz, das bis zum Jahre 1899 bei uns Geltung gehabt hat. Es ist bezeichnend, daß ähnliche Anregungen, wie sie jetzt wiederholt geäußert werden,

schon in dem damaligen Landtage ausgesprochen wurden. Auf die Anregung des Landtagsabgeordneten Lucius, auch dem Arbeiterstande Rechte einzuräumen, antwortete der spätere Oberbürgermeister von Braunschweig, Caspari: „Der Arbeiterstand könne eine Vertretung im Landtage nicht finden, indem in dieser Klasse des Volkes entweder der gute Wille oder genügende Einsicht fehle.“ Man hört das auch heute noch oft sagen, jedoch bedeutet es ein Verkennen der ganzen Verhältnisse und zeigt die Tatsache, daß man mit der Arbeiterschaft nicht genügend in Berührung steht. Wo heute nach 60 Jahren diese Ansicht noch besteht, müssen sich deren Vertreter um das öffentliche Leben wenig gekümmert haben, sonst können sie nicht mehr glauben, daß in der Arbeiterschaft genügende Kraft und guter Wille fehlt, um im Landtage eine Vertretung ihres Standes oder doch der allgemeinen Interessen der dritten Klasse zu bekommen. Ich fasse meine Stellung in der Stadtverordneten-Versammlung nicht so auf, daß wir hier nur für die Arbeiterschaft sitzen, sondern so, daß wir für die Interessen der Allgemeinheit einzutreten und danach zu entscheiden haben, was sich für das Wohl und Wehe der Einwohnerschaft empfiehlt; ich erwarte aber auch, daß es im Landtage ganz genau so sein würde, wenn ein Vertreter der Arbeiterschaft hineinkäme. Das Wahlgesetz von 1851 war tatsächlich originell und Sie haben dessen Kuriosa ja selbst mit durchgemacht. Ich hatte z. B. das Vergnügen, danach zweimal das direkte Wahlrecht ausüben zu können, einmal als Stadtverordneter und dann als Vertreter eines höchstbesteuerten Gewerbebetriebes, außerdem aber noch als Urwähler bei der direkten Wahl. Diese Kuriositäten sind durch das Gesetz von 1899 wohl geändert worden, sonst aber hat man nicht viel gebessert.

An Anläufen, das Wahlgesetz zu ändern, hat es in der Zeit bis zum Jahre 1899 nicht gefehlt, aber ohne damit irgend welchen Erfolg zu erzielen. So stellte der Abgeordnete Baumgarten aus Hasselfelde in der Sitzung vom 8. März 1864 den Antrag, die Zahl der Wahlberechtigten der wissenschaftlichen Berufsstände zu vermehren, und der Abgeordnete Häusler beantragte in der Sitzung vom 9. März 1864, daß die Abgeordneten der Stadt- und Landgemeinden durch direkte Wahlen gewählt würden. Beide Anträge wurden aber abgelehnt. Im Jahre 1867 nahm Baumgarten den Antrag Häusler in erweiterter Form wieder auf, und wies dabei auf das allgemeine Wahlrecht des norddeutschen Bundes hin, auch führte er als Gegenstück die allgemeine Wehrpflicht ins Feld und erklärte, daß diese die beste Gewähr für eine friedliche Entwicklung des Volkslebens biete. Es ist nicht zu verkennen, daß durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht der Arbeiterstand mehr belastet ist, als die Besitzenden. Letztere sind in der Lage, sich durch ihr Vermögen eine bessere Schulbildung anzueignen, wenn sie nicht ganz mit Dummheit geschlagen sind, als die ärmeren Klassen und können sich

dadurch die Möglichkeit verschaffen, einjährig zu dienen, während der Arbeiter zwei oder drei Jahre dienen muß. Es ist also eine Tatsache, daß auch auf diesem Gebiete die Pflichten für die Minderbesitzenden größer sind, als für die Besitzenden, weshalb die Arbeiterklasse zum Staatswesen mindestens soviel beitragen muß, wie die Klasse der Besitzenden, indem sie Gut und Blut für das Vaterland opfern muß. Deshalb glaube ich, daß es angebracht ist, das allgemeine, gleiche Wahlrecht einzuführen.

Der Antrag Baumgarten wurde indessen wieder abgelehnt. Anfangs Dezember 1872 ging sodann eine Petition aus den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel an den Landtag ab zum Zwecke der Aenderung des Wahlgesetzes. Gewünscht wurde ein zeitgemäßes Wahlgesetz, gegründet auf direktes Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe. Trotzdem die Forderung eine sehr bescheidene war, wurde auch dieser Antrag verworfen. Die Kommission befürwortete wohl eine Revision des Wahlgesetzes, aber am 8. März 1873 lehnte die Landesversammlung den Kommissionsantrag ab, nahm indessen am 11. März die Verhandlung darüber wieder auf. Anfang Oktober desselben Jahres ging sodann dem Ausschusse der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes zu, wonach die Zahl der Abgeordneten auf 33 herabgesetzt werden sollte, und zwar sollte die Hälfte davon aus den Wahlen der Höchftbesteuerten und der wissenschaftlichen Berufsstände, die andere Hälfte aber aus den allgemeinen Wahlen durch geheimes und direktes Wahlrecht hervorgehen. Die Meinung hierfür ist also wiederholt hervorgetreten und man ist diesem Wahlsystem nicht immer so abhold gewesen, wie jetzt; auch die Regierung war nicht abgeneigt, dieser Vorlage die Zustimmung zu geben, sie ging sogar soweit, daß sie selbst weitergehenden Wünschen der Kommission versprach Rechnung zu tragen. Da kamen die Reichstagswahlen von 1873, die 352 000 sozialdemokratische Stimmen brachten, und nun war es mit einer Aenderung des Wahlgesetzes vorbei. Ich folge bei meinen Ausführungen den Aufzeichnungen des früheren Landyndikus Rhamm, der Ihnen allen wohl ein unverdächtiger Zeuge sein wird.

Am 7. März 1876 beantragte der Abgeordnete Kunkin, daß ein ähnlicher Gesetzentwurf wieder eingebracht werden sollte, jedoch ging der Antrag nicht durch. In der Zwischenzeit sind dann wohl kleine Aenderungen an dem Wahlgesetz vorgenommen, jedoch hatten sie auf das gleiche und direkte Wahlrecht keinen Bezug. So kam dann die Aenderung des Wahlgesetzes vom 6. Mai 1899, die ebenfalls keine besondere Besserung brachte und die Schönheiten der heutigen Wahlordnung noch an der Stirne trägt. Sie wissen, welche Schwierigkeiten es macht, sich durch das Labyrinth der Ungleichheiten dieses Gesetzes durchzuarbeiten.

Nach der Volkszählung von 1905 hatten die braunschweigischen Städte zusammen 228 592 Einwohner, die sich auf die Stadt Braunschweig mit 136 397 Einwohnern und auf die übrigen Städte mit 92 195 Einwohnern verteilen. Die Stadt Braunschweig hat 8 Abgeordnete zu wählen, die übrigen Städte 7, mithin wählten in Braunschweig 17 049 Einwohner und in den übrigen Städten 13 170 Einwohner einen Abgeordneten. Braunschweig hätte demnach seiner Einwohnerzahl gemäß einen Abgeordneten mehr zu wählen gehabt. Wenn wir also von gleichen Rechten und Pflichten sprechen wollen, so dürfen wir dabei das heutige Wahlgesetz auf unsere jetzigen Verhältnisse nicht anwenden. Würden wir die aufkommenden Steuersummen zum Vergleich heranziehen, so zählt die Stadt Braunschweig im Verhältnis zu den übrigen Städten und Gemeinden des Landes eine bedeutend größere Summe, als ihr nach ihrer Einwohnerschaft zukommen würde, wenn wir also die Leistungen der Stadt Braunschweig in Betracht ziehen, so wird jeder zugeben müssen, daß die Stadt bei unserem heutigen Wahlgesetze schlecht wegkommt. Nach dieser Richtung hin müßte gearbeitet werden: Das größte und stärkste Gemeinwesen des Landes müßte im Wahlgesetze besser berücksichtigt werden.

Aus allen diesen Gründen bitte ich, meinen Antrag trotz des Antrages der Statutenkommission anzunehmen. Ich erkenne an, daß in dem Antrage der Kommission immerhin schon eine Menderung in der Auffassung der Versammlung insofern zu erblicken ist, als man der von mir angeschnittenen Frage sympathischer gegenübersteht, als es früher der Fall gewesen ist. Die allgemeine Aufregung und Bewegung über die Ungerechtigkeit des bestehenden Wahlrechtes besteht bekanntlich nicht allein in Braunschweig, sondern auch in Preußen. Wenn nun von einer Stelle aus gesagt wurde, die Arbeiter würden sich niemals beruhigen und befriedigt erklären, und wenn der Herr Referent meint, die Arbeiter würden am Wahlgesetze immer noch etwas auszusetzen haben, auch wenn der Antrag Ahmann zur Durchführung käme, so möchte ich darauf erwidern, daß die Arbeiterschaft in bezug auf das Wahlrecht zufrieden gestellt sein würde, sobald mein Antrag zur Durchführung gelangt. Man geht fehl, wenn man glaubt, der Arbeiter sei nicht zufrieden, auch wenn man ihm das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht geben würde. Versuchen Sie es einmal und werden Sie in der Richtung vorstellig, daß dem Antrage Folge gegeben wird, und ich glaube sehr wohl, daß die Arbeiterschaft dann zufriedengestellt sein wird.

Vorsitzender: Da sich niemand weiter zum Worte meldet, kommen wir zur Abstimmung. Der Antrag Ahmann ist der weitestgehende, er würde deshalb zuerst zur Abstimmung gelangen, und darauf die Resolution der Kommission. Wer ist für den Antrag Ahmann? Das ist die Minderheit, der Antrag ist abgelehnt.

Herr Aßmann (zur Abstimmung): Mit Rücksicht darauf, daß eine möglichst einheitliche Willensfindung der Versammlung zustande kommt, werden wir jetzt, nachdem mein Antrag abgelehnt ist, für den Antrag der Kommission stimmen.

Der Antrag der Statutenkommission wird darauf einstimmig angenommen.

#### IV. Eingemeindung von Flächen in das Stadtgebiet.

Am 27. Mai 1909 stimmte die Versammlung dem Vorschlage des Magistrates zu, eine bestimmte Grundfläche dem Stadtgebiete zulegen zu lassen und dafür der Gemeinde Delper ein Abfindungskapital von 17 000 *M* zu zahlen. Die Versuche des Magistrates, die Herzogliche Baudirektion dazu zu bewegen, daß eine Strecke der Staatsstraße der Stadt zu Eigentum überwiesen werde, sind gescheitert. Die Mißstände, die sich verschiedentlich daraus ergeben haben, daß im Stadtgebiete Staatsstraßen vorhanden sind, lassen es unter den obwaltenden Umständen nicht wünschenswert erscheinen, jene Straßenstrecken mit einzugemeinden. Neuerdings mit der Herzoglichen Kreisdirektion und der Gemeindevertretung von Delper gepflogene Verhandlungen haben nun zu einer Einigung dahin geführt, daß eine andere Grenzlinie gewählt und die Abfindungssumme auf 16 700 *M* herabgesetzt wird. Der Magistrat empfiehlt, diesem Abkommen zuzustimmen, jedoch mit dem Vorbehalte, daß eine Straßenfläche der Stadtgemeinde zu Eigentum übertragen werde. Mit Rücksicht darauf, daß diese Fläche erst in den letzten Jahren neu mit Kleinpflaster belegt ist, schlägt der Magistrat vor, auf Zahlung einer staatlichen Entschädigung für die Uebernahme der Straßenunterhaltungslast zu verzichten. Bemerkt wird dabei, daß der Feldweg „am Schweineanger“ bereits zum Stadtgebiete gehört.

Die Versammlung wird ersucht, der Eingemeindung der betreffenden Flächen sowie der Zahlung einer Abfindungssumme von 16 700 *M* an die Gemeinde Delper unter dem angegebenen Vorbehalt zuzustimmen und gutzuheißen, daß für die Unterhaltung der letzterwähnten Straßenstrecke eine Entschädigung stadtseitig nicht beansprucht werde.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr W o l t e r s berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

#### V. Gemeinde-Kirchensteuer für 1910/11.

Der Magistrat überreicht der Versammlung den vom Kirchenkassenkollegium im Einvernehmen mit dem Magistrate aufgestellten Voranschlag der Gemeinde Kirchenkasse für das Rechnungsjahr 1910/11 zur Kenntnissnahme. Der

Boranschlag schließt in der ordentlichen Einnahme und Ausgabe mit 220 100 *M.*, im Extraordinarium aber auf beiden Seiten mit 382 000 *M.* ab. Zur Deckung des Fehlbetrages sind 140 000 *M.* durch die Gemeinde-Kirchensteuer aufzubringen. Diese Steuer ist in den letzten beiden Jahren in Höhe von 7 Prozent der Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben. Da die Annahme des gleichen Prozentsatzes für 1910/11 auch unter Berücksichtigung der durch die Höhe der Einnahmen der einzelnen Steuerpflichtigen bedingten Steigerung der Gemeinde-Einkommensteuer, nur auf eine Einnahme von höchstens 133 000 *M.* gerechnet werden kann, so ist zur Herbeiführung des Ausgleichs zwischen den Einnahmen und Ausgaben eine Erhöhung auf 7½ Prozent um so mehr erforderlich, als die Rechnung der Gemeinde Kirchenkasse für 1909/10 voraussichtlich mit einem geringen Fehlbetrage abschließen wird. Die Versammlung wird daher um Erteilung der Zustimmung dazu erjucht, daß für das Rechnungsjahr 1910/11 eine Kirchensteuer in Höhe von 7½ Prozent der den Pflichtigen zur Last fallenden Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde.

Herr *Wolters* empfiehlt namens der Finanzkommission die Genehmigung der Vorlage, die sodann von der Versammlung beschlossen wird.

## VI. Besserungen in der Schule an der Ottmerstraße.

Es hat sich herausgestellt, daß die sechs Classen der Bürgerschule an der Ottmerstraße im Winter schlecht warm zu bekommen sind. Zur Abstellung dieses Mißstandes könnte die jetzt in der Schule befindliche Feuerluftheizung durch eine zweite Heizanlage und zwar eine Niederdruck-Dampfheizung ergänzt werden, jedoch wird es von der städtischen Bauverwaltung für ausreichend gehalten, die sechs Classen dadurch besser zu erwärmen, daß dort Doppelfenster angebracht werden. Der Magistrat gibt anheim, der Anbringung von Doppelfenstern in den sechs Classen zuzustimmen und dafür die Summe von 3600 *M.* zu bewilligen.

Herr *Frühling*: Die Baukommission hat die Bedürfnisfrage in vollem Umfange anerkannt. Es sind allerdings erhebliche Beträge, die jetzt von uns für die drei, in den Punkten VI bis VIII der Tagesordnung behandelten Schulen gefordert werden, die Kommission ist aber der Meinung gewesen, daß wir uns jetzt, wo keine neuen Schulen gebaut würden, der alten Schulen erinnern und hier Verbesserungen eintreten lassen möchten. In dem vorliegenden Falle schließt sich die Baukommission der Magistratsvorlage an und gibt die Bewilligung der geforderten Summe anheim.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

## VII. Um- und Erweiterungsbauten in der Schule an der Wilhelmstraße.

Ueber die geplanten Um- und Erweiterungsbauten in der Bürgerschule an der Wilhelmstraße macht die städtische Bauverwaltung folgende Vorschläge: Das auf dem Rötterschen Grundstücke befindliche Vorderhaus, in dem sich die Wohnung für den Schuldiener einrichten läßt, ist beizubehalten und ein neu zu errichtendes Klassengebäude hoffentlich einzugliedern. Gleichzeitig wird das südliche Seitengebäude der Schule mit niedergelegt, damit ein den heutigen Anforderungen entsprechender, von der Sonne ausreichend beschienener Spielplatz geschaffen werden kann. Im Kellergechoße ließe sich neben dem Kesselhause für die Zentralheizungsanlage auch noch eine Schulküche einrichten, die von den Schülerinnen der Fortbildungsschule mit benutzt werden könnte. In dem straßenseitigen Hauptgebäude der Schule würde der abgängige Schornstein zu beseitigen und eine Zentralheizung anzulegen sein, ferner ist es notwendig, für den Schuldiener ein besonderes Dienstzimmer einzurichten, in dem er sich während der Schulstunden aufhalten und auch den Eingang des Schulhauses überwachen kann. Hierzu würde sich das jetzige Lehrerinnenzimmer eignen. Für die Lehrerinnen läßt sich im ersten Obergechoße neben dem Treppenhause, unter Inanspruchnahme eines Teiles des Vorplatzes ein neues, gesunder gelegenes Zimmer schaffen. Auch würde dort ein größerer Garderobenraum für die benachbarten Klassenzimmer einzurichten sein. Ferner erscheint es notwendig, die von der Fortbildungsschule benutzten Räume im zweiten Obergechoße des Schulhauses zu verbessern und zu erweitern. Auch ist auf eine Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes der architektonisch hervorragenden Diele und des Treppenhauses Bedacht genommen. Als sehr wünschenswert ist auch eine sachgemäße Zustandsetzung und Vermalung der Außenseiten des alten Schulhauses zu bezeichnen. Die Kosten für die sämtlichen Erweiterungs- und Umbauten sind auf 120 000 M. angenommen.

Vom Magistrate wird anheimgegeben, zuzustimmen, daß die Kosten des aufgestellten Projektes behufs endgültiger Beschlußfassung über seine Ausführung veranschlagt werden.

Herr Frühling: Die in Vorschlag gebrachte Anordnung findet im Prinzip die Billigung der Baukommission, sie hat jedoch Bedenken getragen, die alte Treppe im zweiten Obergechoße des alten Schulhauses beizubehalten, weil diese ganz dunkel, winlig und feuergefährlich ist. Auch sind wir der Meinung gewesen, daß oben mehr Licht geschaffen und der neue Gebäudeteil mit dem alten Hauptgebäude in organische Verbindung gebracht werden muß. Dem letzteren Punkte standen die Bedenken entgegen, daß die Etagen des alten Gebäudes in anderer Höhe liegen, als im neuen Gebäude, jedoch läßt sich auch hier

Abhilfe schaffen. Die Bauverwaltung hat nun im Einverständnis der Baukommission einen abgeänderten Entwurf vorgelegt, und letztere empfiehlt Ihnen, die Bearbeitung des Kostenanschlages nach diesem zweiten Entwurf vornehmen zu lassen. Außerdem wünscht die Baukommission, daß, wenn einmal gebaut wird, auch der Turnsaal in einen guten Zustand versetzt wird, indem auf der einen Seite noch Fenster eingebrochen werden, damit er nicht nur von der Nordseite Licht erhält. Es muß dann allerdings die Vorhalle weggenommen werden, jedoch läßt sie sich an anderer Stelle wieder anbringen. Auch die Herstellung des alten herrlichen Gebäudes möchte die Baukommission befürworten und wünschen, nachdem wir am Südklinte so gute Erfahrungen damit gemacht haben, daß die erforderlichen Mittel aufgewendet werden, um das Gebäude in seiner alten schönen Pracht wiederherzustellen.

Die Baukommission empfiehlt deshalb, dem Antrage des Magistrates zuzustimmen mit der Maßgabe, daß das spezielle Projekt nach dem abgeänderten Entwurfe bearbeitet werde, daß gleichzeitig eine Umänderung der Turnhalle behufs besserer Beleuchtung stattfinde und daß endlich auch das alte Gebäude wieder in der alten Weise, entsprechend dem Schulgebäude am Südklinte, hergestellt werde. Die überschläglich auf 120 000 M angenommene Bausumme wird allerdings wohl überschritten werden, wenn den Wünschen der Baukommission entsprochen wird.

Die Vorlage wird in der von der Baukommission befürworteten Form von der Versammlung angenommen.

### VIII. Erweiterungsbauten in der Schule am Südklint.

Die städtische Bauverwaltung hat einen Vorentwurf, betreffend die Errichtung einer Turnhalle verbunden mit Brausebad und Schulküche für die Bürgerschule am Südklint eingereicht. Der Magistrat gibt anheim, zuzustimmen, daß wegen dieser Baulichkeiten ein Projekt nach Maßgabe der vorgelegten Zeichnung angefertigt werde und die Kosten hierfür sowie für die baulichen Aenderungen des mittleren Schulgebäudes und Erweiterung des Schulhofes veranschlagt werden.

Herr Frühlings: Die Vorlage hat in der Baukommission Bedenken insofern hervorgerufen, als angenommen wurde, daß die Turnhalle besser auf der anderen Seite des Schulgrundstücks liegen würde. Wir können indessen dort jetzt nicht bauen, weil sonst zunächst das Nachbargrundstück erworben werden müßte. Die Kommission ist aber zu der Ueberzeugung gekommen, Ihnen auch diese Vorlage zur Annahme empfehlen zu können.

Die Versammlung stimmt der Vorlage zu.



## IX. Erweiterung des Lichtwerkes an der Wilhelmstraße.

Ungeachtet der erheblichen Erweiterung, die das Lichtwerk im Jahre 1908/09 erfahren hat, beabsichtigt die hiesige Straßeneisenbahn-Gesellschaft eine abermalige Vergrößerung des Werkes. Zu dem Zwecke ist das Grundstück Wilhelmstraße 62 für 80 000 *M* angekauft worden. Die genannte Gesellschaft hat nun gebeten, ihr die Zuschreibung eines entsprechenden Teiles dieses Kaufpreises sowie der Kosten für den geplanten Erweiterungsbau zum Anlagekapitale zuzusichern. Die bedarfsmäßige Erweiterung des Lichtwerkes wird, wie der Magistrat ausführt, zugestanden werden müssen, auch wenn dadurch den städtischen Gaswerken eine lästige Konkurrenz erwachsen sollte. Der Magistrat war aber im Zweifel darüber, ob es empfehlenswert sei, eine Erweiterung des bestehenden Werkes, für das die Kohlenzufuhr und die Zuleitung des Kühlwassers erschwert ist, vorzunehmen, und ob nicht vielmehr die Errichtung eines zweiten Werkes an einer günstiger gelegenen Stelle den Vorzug verdiene. Nach der gutachtlichen Äußerung der städtischen Bauverwaltung ist die Erweiterung des jetzigen Werkes empfehlenswert, und auch der Magistrat neigt dieser Ansicht zu, zumal die Straßeneisenbahn-Gesellschaft selbst zurzeit die Errichtung eines zweiten Werkes für unzweckmäßig und unvorteilhaft erachtet. Da es sich aber bei dem vorliegenden Projekte um eine Erweiterung handelt, die nach den Vorprojekten fast einer Verdoppelung des Umfanges des bestehenden Werkes gleichkommt, so legt der Magistrat Wert darauf, die von ihm erbetene Zustimmungserklärung im Einvernehmen mit der Versammlung abzugeben. Die Genehmigung würde der Magistrat davon abhängig machen, daß das ganze Grundstück Nr. 62 als Zubehör des Lichtwerkes behandelt und somit, falls die Stadt das letztere übernehmen sollte, in seinem ganzen Umfange für den Kaufpreis von 80 000 *M* in das Eigentum der Stadt übergehen würde.

Hiernach wird die Versammlung ersucht, sich zu der geplanten Erweiterung des Lichtwerkes gutachtlich zu äußern.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters: Dem Projekte sind nähere technische Unterlagen oder irgend welche finanziellen Unterlagen nicht beigelegt, so daß in dieser Richtung eine Prüfung nicht vorgenommen werden kann.

Nach dem mit der Straßeneisenbahn-Gesellschaft am 16. Juni 1898 abgeschlossenen Vertrage ist dieser eine Konzessionsdauer von 35 Jahren zuerkannt worden. Innerhalb dieser Zeit hat die Stadt das Recht, das Lichtwerk nach den festgestellten Werten abzüglich einer bestimmten Amortisationsquote zu erwerben. Die Staffelung der Quote ist so bemessen, daß das Werk nach Verlauf

von 35 Jahren kostenlos in den Besitz der Stadt übergehen würde. Das Lichtwerk hat jetzt folgende Größe und Leistungsfähigkeit: Es besteht aus vier Wasserrohrkesseln von 1430 qm Heizfläche, und hat im Jahre 1908/09 919 Doppeladungen Braunkohlen verbraucht. Der Wasserverbrauch beträgt täglich 2000 Kubikmeter oder im ganzen Jahre rund 600 000 Kubikmeter. Es hat vier Tandem-Maschinen, die mit den Dynamomaschinen von 1850 Kilowatt zusammengeköpelt sind. Von besonderem Interesse ist die Wertberechnung des Werkes: am 1. April 1909 hat dessen Wert 3 293 270 *M* betragen, den Betrag der letzten Vergrößerung von 1908/09 einbegriffen.

Die Finanzkommission hat in Übereinstimmung mit dem Magistrate angenommen, daß man das Bedürfnis nach Vermehrung der elektrischen Energie anerkennen müsse, und daß man bei Beurteilung dieser Frage Rücksichten auf den Betrieb, die Absatzverhältnisse und den Gewinn der städtischen Gaswerke nicht nehmen dürfe. Nachdem einmal dem Lichtwerke die Konzession erteilt worden ist, erscheint es nicht angängig, zu sagen, Ihr sollt jetzt mit einer Vergrößerung des Betriebes aufhören. Auch darf die Stadt keine Bedenken tragen, der Vergrößerung zuzustimmen, obwohl sie eventuell gezwungen wäre, demnächst ein Werk zu übernehmen, das die doppelte Größe des heutigen Werkes besitzen würde. Auch dieser Gesichtspunkt darf nicht ausschlaggebend sein bei der Beurteilung der Vorlage. Die wichtigste von allen hierbei in Betracht kommenden Fragen ist die, ob es richtig ist, die Erweiterung des Lichtwerkes auf dem alten Platze vorzunehmen, oder ob es im Interesse der Stadt zweckmäßiger erscheint, auf einem passender gelegenen hiesigen Grundstücke ein vollständig abgetrenntes zweites Lichtwerk zu errichten. Da indessen für beide Fälle die nötigen Unterlagen in technischer und finanzieller Beziehung nicht vorhanden sind, so kann sich die Finanzkommission nach keiner Richtung hin über das vorliegende Projekt, noch viel weniger aber über die wichtige Frage der eventuellen Abtrennung eines neuen Lichtwerkes schlüssig machen. Innerhalb der Kommission sind darüber verschiedene Meinungen geäußert worden, alle Mitglieder mußten aber bekennen, daß es sich nur um Mutmaßungen handeln konnte, weil eben die nötigen Unterlagen fehlten. Die Freunde der Erweiterung des Lichtwerkes an der gegenwärtigen Stelle führten als wichtiges Argument an, daß jede Zentralisierung eines Betriebes in den Anlage- und Betriebskosten sich billiger stellen werde. Ganz besonders würden aber bei der Vereinigung beider Werke die Anlagekosten deshalb erheblich billiger werden, weil, was bei zwei getrennten Lichtwerken nötig sei, die Anlage eines neuen Speisefabelnetzes vollständig weg falle. Auch die Rentabilitätskosten würden sich bei einem einheitlichen Lichtwerke wesentlich günstiger stellen, weil dadurch eine große Menge von Personal gespart würde, das sonst notwendig sein würde.

Andererseits sagten die Freunde der Abtrennung eines neuen Lichtwerkes, daß man bei einem passender gelegenen Grundstücke eine Menge Kosten spare, besonders bei der Kohlenzufuhr. Das jetzige Lichtwerk müsse seinen gesamten Kohlenbedarf mit der Achse anfahren lassen, während durch einen Gleisanschluß eine Menge Fuhrkosten wegfielen. Die Wasserbeschaffung mache dem Lichtwerke gegenwärtig noch keine Schwierigkeiten, werde aber das Werk in seinem Umfange verdoppelt, so werde auch die Möglichkeit des Wasserbezuges schlechter, denn der Windenmühlengraben, dem das zur Kondensation erforderliche Wasser jetzt entnommen werde, würde für ein so erheblich erweitertes Lichtwerk, das täglich 4000 Kubikmeter Kondenswasser beanspruche, nicht genügen. Als wichtigster und schwerwiegendster Punkt wurde aber für die Abtrennung angeführt, ein zweites Lichtwerk habe den wesentlichen Vorteil, daß im Falle höherer Gewalt, wie bei Blitzschlag, Unwetter, Ueberschwennungen wie am 1. Juli 1891 usw. zwei getrennte Werke eine größere Gewähr für die Stadt böten, als ein zusammenhängendes Werk. Selbstverständlich könnten dadurch auch beide Werke gleichzeitig vernichtet oder doch vorläufig unbrauchbar gemacht werden, aber die Möglichkeit, daß ein Werk erhalten bleibe, spreche doch sehr mit.

Wir hatten in der Finanzkommission den dringenden Wunsch, dem Magistrate anheimzugeben, uns in die Lage zu versetzen, daß wir die zur Beurteilung der Frage nötigen technischen und finanziellen Unterlagen erhalten. Deshalb möchten wir empfehlen, der Straßeneisenbahn-Gesellschaft aufzugeben, für beide Arten der Betriebsvergrößerung — also für die Betriebserweiterung an dem jetzigen Platze des Lichtwerkes und für die Aufführung eines zweiten selbständigen Lichtwerkes — vollständige Projekte, also nicht nur Vorprojekte, mit Zeichnungen, ausführlichen Kostenanschlägen und Rentabilitätsberechnungen einzureichen. Auch wurde gewünscht, daß Kostenanschläge von mehreren Bauunternehmern und Fabriken angefordert und hiernach endgültige Zahlen den beiden Projekten zugrunde gelegt würden. Nach diesem Beschlusse hat die Finanzkommission eine nähere Erörterung des jetzigen Vorprojektes unterlassen; sie hat vielmehr beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, dem Magistrate folgende gutachtliche Aeußerung zu übermitteln:

„Ueber die beantragte Erweiterung des Lichtwerkes an der Wilhelmstraße gibt die Stadtverordneten-Versammlung folgende gutachtliche Aeußerung ab:

1. Die Versammlung vermag zu dem eingereichten Vorprojekte der Straßeneisenbahn-Gesellschaft, dem nur unzureichende technische und keine finanziellen Unterlagen beigelegt sind, nicht Stellung zu nehmen. Das übergebene Material ermöglicht auch nicht die notwendige Prü-

fung der Frage, ob nicht statt der beantragten Erweiterung der Neubau und Betrieb eines zweiten Lichtwerkes auf einem passend gelegenen andern hiesigen Grundstücke im Interesse der Stadt zweckmäßiger ist.

2. Die Versammlung empfiehlt, der Magistrat möge der Straßeneisenbahn-Gesellschaft anheimgeben, für beide Arten der Betriebsvergrößerung vollständige Zeichnungen nebst Kostenanschlägen und Gewinnberechnungen einzureichen und sich vorher mit dem Magistrate über die Wahl des Platzes für ein etwaiges zweites Lichtwerk zu verständigen.“

Ich empfehle, das zu beschließen.

Herr Sander: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob durch diese Vergrößerung des Lichtwerkes die Konzessionsdauer hinausgeschoben wird, ob also die Frist von 35 Jahren, nach der die Stadt das Werk unentgeltlich in Besitz nehmen kann, durch die hier geplante Vergrößerung verlängert wird.

Herr Meyerhoff: Der Herr Referent sagte, das Lichtwerk würde durch die geplante Erweiterung um das Doppelte vergrößert werden. Dadurch darf aber nicht die Meinung aufkommen, daß hiermit auch die Kosten des Werkes verdoppelt werden, denn es könnte jemand annehmen, daß wieder ein Opfer von drei Millionen gefordert würde. In dieser Summe ist nämlich meines Wissens auch das ganze Kabelnetz enthalten, während die Bausumme eine weit geringere ist.

Die Finanzkommission hat sodann beschlossen, der Straßeneisenbahn-Gesellschaft aufzugeben, noch ein zweites Projekt auszuarbeiten. Da das Werk auf jeden Fall teurer wird, wenn es nicht zentralisiert bleibt, so möchte ich wünschen, daß der Gesellschaft wohl aufgegeben würde, einen genauen Kostenanschlag über die Erweiterung des Werkes einzureichen, nicht aber auch, noch ein zweites Projekt daneben zu stellen. Ein zweites Werk dahin zu verlegen, wo es Bahnanschluß habe, geht schon wegen der Verteilung des Stromes nicht gut. Ferner würde es zur Ausarbeitung eines zweiten Projektes immerhin erforderlich sein, ein Grundstück dafür schon jetzt fest ins Auge zu fassen, denn man kann nicht ein solches Projekt machen, ohne ein Grundstück zu haben mit günstigen Wasser- und Kohlenzufuhrverhältnissen. Deshalb könnte die Finanzkommission diesen Punkt in ihrer Resolution recht gut fallen lassen. Es wird sich dabei doch immer um die Zentralisation des Werkes handeln, das andere wird ein Nebenwunsch bleiben, den weder die Straßenbahn, noch wir erfüllen können, weil es zu teuer wird.

Herr Wolters: Zunächst möchte ich Herrn Sander erwidern, daß nach § 11 des mit der Straßeneisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages bei der Amortisation und Feststellung der Werte die ursprünglichen Anlagen und die etwa später genehmigten Erweiterungen hinsichtlich der Konzessionsdauer bzw. Abfindungssumme gesondert berechnet werden, so daß also von dem Zeitpunkt der Inbetriebsetzung solcher Erweiterung die Frist zu laufen beginnt.

Auf die Ausführungen des Herrn Meyerhoff bezüglich des Wertes der Anlagen ist mir eine sichere Antwort nicht möglich, weil dazu die finanziellen Unterlagen fehlen. Nach der von mir unter der Hand eingeholten Auskunft wird die hier geplante Erweiterung etwa 2 200 000 M betragen, so daß es sich gegen den bisherigen Wert um eine Million Unterschied handelt. Sodann fragte Herr Meyerhoff nach der Stelle für das zweite Lichtwerk. Ich bin nicht befugt, darüber hier in öffentlicher Sitzung zu sprechen, aber ich kann mitteilen, daß solche Stelle bereits in Aussicht genommen ist. Jedenfalls — und darin gipfelt der Antrag der Finanzkommission — muß man sich über solchen Platz vorher verständigen. Wenn Herr Meyerhoff dringend empfiehlt, vom Neubau eines zweiten Lichtwerks abzugehen, so kann ich mit großer Freude bekennen, daß ich grundsätzlich auf demselben Standpunkte stehe, während die Finanzkommission als solche gemäß meinem Berichte beide Projekte ausgearbeitet wissen will. Daß eine Abtrennung auf eine andere Stelle mehr, mutmaßlich das Doppelte der Erweiterung kostet, läßt sich annehmen, jedoch müssen wir das abwarten, bis uns die beiden Projekte vorliegen. Es ist der Wunsch der Finanzkommission, sich wegen der von Herrn Meyerhoff angeregten Punkte zunächst die nötigen Unterlagen zu verschaffen.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e h e r: Der Magistrat hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß eine Erweiterung des vorhandenen Lichtwerkes das richtige sein würde. Als ich indessen vorgestern abend aus der Sitzung der Finanzkommission kam, bin ich in meiner Ansicht doch wesentlich nach der anderen Richtung hin beeinflusst worden. Es wurden dort so schwerwiegende Bedenken gegen die Erweiterung geltend gemacht, daß ich mir sagte, im allgemeinen mag der Magistrat wohl immer recht haben, aber in diesem Falle hat er doch vielleicht nicht ganz recht gehabt. (Heiterkeit.) Ich verstehe aber nicht recht, weshalb Herr Meyerhoff nicht wenigstens die Ausarbeitung eines zweiten Projektes mit in den Kauf nehmen möchte. Wenn ich etwas gegen einander abwägen will, so muß ich die beiden in Betracht kommenden Größen haben. Nachdem der Herr Referent gesagt hat, er wäre jetzt zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein selbstständiges zweites Werk das Doppelte eines Erweiterungsbaues kosten würde, also 4 400 000 M, neige ich der

Ansicht zu, daß wir uns in diesem Falle nicht allein auf das Gutachten des Lichtwerkes und der Straßenbahn beschränken dürfen, sondern eventuell noch von anderer Stelle ein Projekt ausarbeiten lassen müssen, um einen klaren Einblick in die Verhältnisse zu gewinnen.

Vorsitzender: Die persönliche Ansicht des Herrn Referenten in Ehren, wir waren aber in der Finanzkommission wohl einstimmig der Ansicht, wenn wir ein Urteil haben wollten über zwei Möglichkeiten, daß wir über beide Möglichkeiten ausgearbeitete Pläne haben müssen. Sonst liefere ich mich in die Hände der Straßeneisenbahn-Gesellschaft, und das will ich nicht. Wir können sehr liebenswürdig gegen die Straßeneisenbahn-Gesellschaft sein, aber so liebenswürdig wie Herr Meyerhoff möchte ich denn doch nicht sein. Erst nach der Ausarbeitung auch des zweiten Projektes bin ich in der Lage, über beide Möglichkeiten ein Urteil abgeben zu können.

Herr Löschigk: Wir haben anerkannt, daß die Lage des Lichtwerkes an seiner gegenwärtigen Stelle nicht besonders gut ist und haben uns gewundert, daß es überhaupt dorthin gelegt worden ist. Wir haben hier die Interessen unserer Stadt zu vertreten, und von diesem Standpunkte aus müssen wir uns sagen, daß das Lichtwerk nach 15 Jahren nochmals vergrößert werden muß, wozu an der jetzigen Stelle der Raum fehlt. Deshalb muß das Werk nach einer praktischeren Stelle verlegt werden, wo es beliebig vergrößert werden kann, was hier nicht möglich ist. Aus diesen Gründen ist es richtiger, die betreffende Stelle schon jetzt zu suchen.

Die von der Finanzkommission vorgeschlagene Resolution wird hierauf von der Versammlung zum Beschlusse erhoben.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Dr. Wolters, übernimmt den Vorsitz.

## X. Erweiterung des Lagerplatzes am Westbahnhofe.

Von den im Jahre 1903 zur Erweiterung des städtischen Lagerplatzes am Westbahnhofe angekauften 1 ha 29 a 59 qm sind 78 a 70 qm bis zum 1. Oktober 1909 zum Jahrespreise von 50 M für 25 a an die Gärtner Keller und Peters verpachtet gewesen. Da die östliche Teilfläche von 26,16 a dem Lagerplatz zugelegt werden muß, so ersucht der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Restfläche von 52,54 a an den bisherigen Pächter Keller bis 1. Oktober 1911 zum Jahrespreise von 50 M für 25 a weiter verpachtet, die übrige Fläche von 26,16 a aber dem Lagerplatz zugelegt werde.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Friede berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

## XI. Erhebung einer Klage.

Nach einer dem Magistrate gewordenen Mitteilung benutzt der Pächter des Grundstücks Heinrichshafen den auf dem Grundstücke der früheren herrschaftlichen Mehlmühle in Eisenbüttel befindlichen Brunnen mit und nimmt ein Recht zu solcher Benutzung in Anspruch, weil dem Grundstücke Heinrichshafen eine entsprechende Gerechtsame zustehe. Auf eine Anfrage bei der Eigentümerin des Grundstücks, Aktienbierbrauerei Streitberg, erfolgte die Antwort, daß ein auf Erziehung gestütztes Recht in Anspruch genommen werde. Da es sich hier um ein Recht an einem fiskalischen, späterhin im Eigentume der Stadtgemeinde stehenden Grundstücke handelt, so würde nach der Ansicht des Magistrates nur die außerordentliche Erziehung des gemeinen Rechts in Frage kommen. Wie im weiteren ausgeführt wird, wird jedoch auch diese Erziehung bestritten. Da der Streitberg aber ein solches Recht behauptet hat, so hält es der Magistrat für angezeigt, durch gerichtliches Urteil das Nichtbestehen dieses Rechtes festzustellen.

Die Versammlung wird ersucht, zuzustimmen, daß gegen die Aktienbierbrauerei Streitberg Klage darauf erhoben werde, daß dem Grundstücke Heinrichshafen ein Recht auf Mitbenutzung des betreffenden Brunnens nicht zustehe.

Herr Voge gibt namens der Statutenkommission anheim, den Antrag zu genehmigen, was seitens der Versammlung geschieht.

## XII. Verpachtung einer Fischerei.

Die der Stadt gehörige Fischereigerechtsame in der Oker zwischen dem Münzberge und der Einmündung der Schunter in die Oker ist bis zum 31. März 1910 an den Kaufmann Richard Eichler verpachtet gewesen. Der Pachtpreis betrug für die ersten drei Jahre je 100 *M*, für die folgenden drei Jahre je 150 *M* und für die letzten drei Jahre je 200 *M*. Trotz öffentlicher Ausschreibung haben sich jetzt nur zwei Personen um die Fischerei beworben, nämlich der Generalagent Döhler und der bisherige Pächter Eichler. Der erstere hat einen Pachtpreis von 50 *M*, der letztere 100 *M* jährlich geboten.

Dem Ersuchen des Magistrates, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Kaufmann Richard Eichler die betreffende Fischerei bis zum 31. März 1916 für den Preis von 100 *M* jährlich überlassen werde,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr L ö s c h i g k berichtet, zu.

### XIII. Zuschuß für die Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Elektrotechniker.

Die 18. Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Elektrotechniker wird vom 25. bis 28. Mai d. Js. in Braunschweig stattfinden. Von beteiligter Seite wird gebeten, die Stadt möchte zu den durch die Tagung entstehenden nicht unbeträchtlichen Ausgaben von etwa 12 000 *M* einen Zuschuß leisten, was etwa in der Weise geschehen könnte, daß sie die Kosten einer von der Firma (George Westermann herauszugebenden Festschrift „Erinnerungen an Braunschweig“ übernimmt. Es ist in Aussicht genommen, jedem Festteilnehmer ein Exemplar der auf 1 *M* sich stellenden Schrift zu behändigen, so daß bei 400 bis 600 Teilnehmern die Zuschußleistung der Stadt sich auf 400 bis 600 *M* belaufen würde. Der Magistrat hält die Gewährung eines Zuschusses seitens der Stadt für angezeigt und ersucht die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß zur Bezahlung der herauszugebenden Festschrift dem hiesigen Ortsausschusse ein Zuschuß bis zu 600 *M* zur Verfügung gestellt werde.

Herr Leue: Die Finanzkommission gibt anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Probst: Ich will mich nicht gegen die Bewilligung aussprechen, aber doch zu bedenken geben, daß im Laufe des Sommers hier noch andere Vereine tagen werden, z. B. der Grundbesitzerverein und der Apothekerverein. Die Apotheker der Stadt Braunschweig bilden für den hier stattfindenden Tag ein Komitee. In der von diesem abgehaltenen Sitzung wurde auch vorgeschlagen, dieses Werk den einzelnen Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, jedoch wurde mehr oder weniger wegen der großen Kosten davon abgeraten, denn es kann sich dabei um eine Ausgabe von 400 bis 500 *M* handeln. Wenn nun aber die Stadt einem Vereine einen Zuschuß in der Höhe gibt, so werden die anderen Vereine wohl mit der gleichen Bitte hervortreten, und es würde dann nicht mehr als recht und billig sein, ihnen ebenfalls solchen Zuschuß zu gewähren. Ich bin nicht beauftragt, das hier anzuregen, aber es ist sehr wohl möglich, daß die anderen Vereine mit derselben Bitte kommen werden.

Herr Ribbenroop: Ich halte es für selbstverständlich, auch den anderen Vereinen eventuell eine derartige Gabe zu verwilligen. Bei solchen Veranstaltungen werden seitens der gastgebenden Stadt immer irgend welche Dedikationen bewilligt. Die Ausgabe steht jedenfalls in keinem Verhältnis zu den Summen, die bei den Veranstaltungen in die Stadt hineinfließen. Sodann ist auch noch der weitere Nutzen davon zu erwarten, daß unsere Stadt durch die Festschrift und durch die Festteilnehmer außerhalb immer mehr bekannt wird.

Die Magistratsvorlage wird hierauf genehmigt.



#### XIV. Uebersicht über die Kosten für Instandsetzung verschiedener Straßen.

In Befolgung der Bestimmungen im § 19 der Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten vom 25. April 1904 hat die städtische Bauverwaltung nach beendigter Instandsetzung der Beckenwerkerstraße, der Jakobstraße, des Mickelnkufks und der Küchenstraße eine vergleichende Zusammenstellung der anschlagsmäßigen und der aufgewendeten Kosten zu den betreffenden Hauptrechnungen aufgestellt. Der unter den städtischen Behörden getroffenen Vereinbarung gemäß läßt der Magistrat die vier Nachweisungen der Versammlung zur Kenntnisaahme zugehen.

Herr Fr ü h l i n g: Die Baukommission hat besondere Bemerkungen an die Vorlage nicht zu knüpfen gehabt. Es wird Sie vielleicht interessieren, wenn ich Ihnen die anschlagsmäßige und die wirkliche Bausumme jeder der vier Straßen mitteile. Es haben betragen bei

	die anschlagsmäßige Bausumme	die wirkliche Bausumme
der Beckenwerkerstraße . . . . .	34 100 <i>M</i> ,	34 021 <i>M</i> ,
der Jakobstraße . . . . .	12 000 <i>M</i> ,	10 382 <i>M</i> ,
dem Mickelnkufk . . . . .	16 800 <i>M</i> ,	14 815 <i>M</i> ,
der Küchenstraße . . . . .	16 300 <i>M</i> ,	15 698 <i>M</i> .

Diese Zahlen ergeben ohne weiteres, daß die Ausgaben vollständig im Rahmen der Verwilligung erfolgt sind. Bemerkungen sind nicht daran zu knüpfen.

Herr W e s e m e i e r: Ich möchte Gelegenheit nehmen, anzufragen, weshalb die Hammelsburgerstraße, die erst vor drei Jahren neu gemacht ist, schon wieder vollständig aufgerissen und neu gepflastert wird? Es muß dort irgend etwas fehlerhaft gemacht sein, sonst könnte die Stadt solche Kosten nicht schon wieder aufwenden.

Die Vorlage gilt damit als erledigt.

Der Vorsitzende, Herr S a u s w a l d t, übernimmt den Vorsitz wieder.

#### XV. Ankauf eines Grundstücks.

Im Auftrage des Landgerichtsdirektors Hildebrand bietet Herr Justizrat Silberschmidt der Stadt das Nachlaßgrundstück des verstorbenen Finanzrats a. D. Hildebrand, Helmstedterstraße 8, mit sämtlichem Zubehör zum Preise von 75 000 *M* an und ersucht um Bescheid auf das Angebot. Der Magistrat gibt anheim, ihn zum Ankauf des Grundstücks, dessen stadtseitiger Erwerb zum

Ausbau der projektierten Straße 535 (Verbindungsstraße zwischen Hochstraße und Kastanienallee) erforderlich ist, zu ermächtigen. Der Kaufwert des Grundstücks sei im Jahre 1905 auf 90 000 *M* geschätzt worden.

Herr Frühlings: Die Baukommission hält diesen Preis noch für zu teuer und beantragt, die Zustimmung zu dem Ankauf des Grundstücks nur dann zu erteilen, wenn es für etwa 65 000 *M* zu haben sein wird. Das ist eine angemessene Summe, die auch zu erreichen sein wird.

Der Antrag der Baukommission wird genehmigt.

## XVI. Antrag Löschig: Bessere Beleuchtung zweier Plätze.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, den Kandelaber auf dem Ruhfäutchenplatz neben der Preßgasbeleuchtung brennen zu lassen und für bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelm-Platzes an der südwestlichen Seite Sorge zu tragen.“

Herr Löschig (zur Begründung): Die Preßgasbeleuchtung ist auf der Straße vorzüglich wirkend. Auf dem Ruhfäutchenplatz macht es aber einen traurigen Eindruck, daß der auf dem Platz stehende Kandelaber nicht brennt, und er ist außerdem verkehrshinderlich. Wenn ein Fuhrwerk vom Marktplatz oder von der Gasparistraße herkommt, so ist es abends bei nicht brennendem Kandelaber schwer zu erkennen. Sollte das Anzünden des Kandelabers nicht für nötig gehalten werden, so bitte ich, ihn wenigstens zu entfernen und den Platz für den Verkehr frei zu geben.

Was den Friedrich-Wilhelm-Platz betrifft, so hat es sich ergeben, daß an seiner Südwestseite vor dem Meyersfeldschen Hause die Beleuchtung gegen den übrigen Teil des Platzes sehr zurücksteht. Die ganzen alten Laternen sind nach Einführung der Preßgasbeleuchtung entfernt worden und nur die eine Laterne vor dem Meyersfeldschen Grundstück ist stehen geblieben. Hierdurch wird anerkannt, daß die betreffende Stelle ohne diese Laterne nicht hell genug beleuchtet wird, deshalb bedauere ich, daß sie nicht angezündet wird. Ich bitte zu prüfen, ob hier nicht eine Besserung eintreten kann.

Herr Oberbürgermeister Rethemeyer: Ich möchte dazu bemerken, daß ich die von Herrn Löschig schon früher geäußerten Wünsche der Deputation bereits überwiesen habe, die sich voraussichtlich schon morgen mit der Sache befassen wird.

Herr Löschig: Dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

## XVII. Antrag Friede: Zustandsetzung eines Weges.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den östlichen Fuß- und Fahrweg neben dem Leonhardsplatze so herzustellen zu lassen, daß er auch bei Regenwetter zu begehen und zu befahren ist.“

Herr Friede (zur Begründung): Wer einmal Gelegenheit gehabt hat, bei schlechtem Wetter vom Altwiefringe nach dem Schilldenkmale zu gehen, der wird bemerkt haben, daß es kaum möglich ist, dort ohne Wasserstiefel durchzukommen. Da der Platz von Kindern und sonstigem Publikum stark benutzt wird, so möchte ich bitten, die Straße so zu befestigen, daß man trockenen Fußes dort gehen kann.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

## XVIII. Anlegung von Schrebergärten.

Die Versammlung wird ersucht, sich mit der Anlage von Schrebergärten auf dem vormals Weberschen, jetzt städtischen Grundstücke am Mittelwege einverstanden zu erklären und zu deren Einrichtung 1500 *M* zur Verfügung zu stellen. Es würden im ganzen 70 einzelne Parzellen vorgesehen werden, deren Größe zwischen 100 und 249 qm schwankt. Die Kosten entstehen durch die Herstellung von Einfriedigungen, Anlegung von Wegen und durch die Herrichtung einer Zapfstelle der Wasserleitung in dem nördlichen Teile des Grundstücks.

Herr Friede: Die Baukommission hat die Vorlage beraten und empfiehlt deren Genehmigung. Die Gärten sollen zum Preise von 5 *§* für 1 qm und an städtische Arbeiter zur Hälfte dieses Preises abgegeben werden.

Der Vorlage wird zugestimmt.

## XIX. Einholung von Gutachten über die Abgänge der Kieselfelder.

Herr Oberbürgermeister K e t m e y e r: Ich möchte die geehrte Versammlung bitten, zu gestatten, hier noch eine Sache vorzutragen, die Eile hat. Sie ist gestern erst beim Magistrate eingegangen und heute in der Magistratssitzung vorgetragen worden. Die Herren erinnern sich, daß wir im vorigen Jahre in der Nähe von Hülperode einige 30 Morgen Land auf der Westseite der Cellerstraße angekauft und sodann beschlossen haben, unter Hinzunahme eines Stückes des Kieselfeldes, zusammen etwa 40 Morgen, zu drainieren und für die Kieselung einzurichten. Die hierzu erforderlichen Arbeiten sind im Herbst des

vorigen Jahres begonnen worden. Am 26. November 1909 lief sodann hier ein Schreiben des Königlichen Landrats von Gifhorn ein, in dem auf die Belästigungen und die Gefahren hingewiesen wurde, die den durch die Erweiterung der städtischen Kielesfelder im preussischen Gebiete betroffenen Bewohnern der dortigen Gegend erwüchsen; gleichzeitig wurde der Magistrat ersucht, von der beabsichtigten Ausdehnung der Kielesfelder nach der preussischen Seite hin abzusehen oder, soweit die Arbeiten dazu schon aufgenommen seien, sie einzustellen, „andernfalls würde ich mich“, so schreibt der Königliche Herr Landrat, „im gesundheitspolizeilichen Interesse genötigt sehen, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen. (Rufe: Oho!) Von der dortigen Entschliessung ersuche ich, mir innerhalb einer Woche Mitteilung machen zu wollen.“ (Rufe: Oho!) Andere Verhandlungen darüber waren mit dem Königlichen Landrat von Gifhorn nicht vorhergegangen.

Der Magistrat hat die Verfügung beantwortet durch eine Klage beim Bezirksausschuß Lüneburg, die darauf gerichtet war, die Verfügung des Königlichen Landrats von Gifhorn aufzuheben. Der Bezirksausschuß war der Ansicht, daß die Verfügung noch nicht so geartet wäre, um dagegen eine Klage nach Maßgabe des preussischen Gesetzes anstellen zu können. (Heiterkeit.) Bitte, meine Herren, lachen Sie nicht, es handelt sich hier um eine Rechtsauffassung, über die sich streiten läßt. Der Bezirksausschuß gab anheim, die Klage zurückzuziehen und bemerkte, er hätte die Sache an den Herrn Regierungspräsidenten abgegeben, der sie weiter untersuchen würde. Wir haben die Klage aber nicht zurückgezogen, weil möglicherweise die höheren Instanzen anderer Ansicht sein und uns daraus Nachteile erwachsen könnten. Wir haben erklärt, daß einstweilen auf die Klage nicht verfügt zu werden brauchte in der Erwartung, daß der Herr Regierungspräsident von Lüneburg die Sache in die Hand nehmen würde. Das ist geschehen, und es hat bereits ein Lokaltermin stattgefunden. Der Herr Regierungspräsident, nebenbei ein äußerst liebenswürdiger Herr, war der Ansicht, daß es richtig sein würde, ein Gutachten über die streitige Frage beizubringen und zwar sowohl von dem Herzoglichen Landesmedizinalkollegium, als auch von der Königlich Preussischen Versuchs- und Prüfungsanstalt für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Berlin. In diesen beiden Gutachten sollte festgestellt werden, ob die Schäden tatsächlich durch die Kielesfelder hervorgerufen werden könnten, die nach der landrätlichen Verfügung zu befürchten sein sollen. Der Magistrat hat dem Ersuchen Folge geleistet und sich mit einem entsprechenden Schreiben an die beiden Behörden gewandt.

Ich will dabei bemerken, daß wir der Ansicht waren, wir hätten eine Genehmigung zur Anlage von Kielesfeldern an sich überhaupt nicht einzuholen,

denn es gibt kein Gesetz weder in Preußen noch in Braunschweig, das zur Anlage eines Rieselfeldes eine ausdrückliche Genehmigung fordert. Es könnte sich dabei nur um die Frage der Ableitung der Abwässer in einen öffentlichen Flußlauf handeln, jedoch kommt das hierbei nicht in Frage, weil die Einleitung innerhalb des braunschweigischen Gebietes erfolgen sollte, nämlich in den Neue-De-Kanal.

Nun ist uns jetzt ein Schreiben zugegangen von der Versuchs- und Prüfungsanstalt für Wasserversorgung und Abwäasserbeseitigung in Berlin des Inhalts, daß sie bereit wäre, das Gutachten zu erstatten, sofern der vorgelegte Herr Minister seine Zustimmung dazu geben würde, woran aber nicht zu zweifeln sei. Wir hatten uns natürlich bereit erklärt, die aus der Untersuchung entstehenden Kosten zu übernehmen. Die Anstalt schreibt darauf, sie hielte es für nötig, daß eine gründliche Untersuchung erfolge, damit die Sache ein- für allemal klar- gestellt würde. Es würden deshalb verschiedene Mitglieder der Behörde entsendet werden müssen, nämlich ein hygienisches, ein wasserchemisches und ein abwässertechnisches Mitglied. Es wird weiter eine Gebührenordnung beigefügt, in der die einzelnen Sätze für Untersuchungen nach bestimmten Richtungen hin enthalten sind. Endlich wird darauf hingewiesen, daß die Untersuchungsanstalt für ein solches Gutachten liquidiert 30 *M* pro Tag des Arbeitsaufwandes, während die Beamten pro Tag 20 *M* pro Person neben den Reisekosten erhalten. Die Kosten würden also den Betrag von 200 *M* jedenfalls überschreiten.

Der Magistrat würde demnach zunächst die Zustimmung zur Aufwendung der Kosten einzuholen haben. Sie werden solchem Antrage wohl zustimmen, denn es handelt sich dabei um eine für uns sehr wichtige Angelegenheit, nämlich die Frage, ob wir unsern Rieselbetrieb nach der der Stadt entgegengesetzten Seite weiter ausdehnen dürfen oder nicht. Gerade in der Richtung nach Norden wird der Stadt stets geeigneter Sandboden zum Kauf angeboten, während nach der der Stadt zu gelegenen Seite geeigneter Boden zu billigem Preise nicht zu haben ist. Im Jahre 1894 ist uns auf Grund eines vom Reichsgesundheitsamte erstatteten Gutachtens die Konzession zur Anlage der Rieselfelder erteilt worden, worin zum Ausdruck gebracht worden ist, daß mit der Verieselung zwar gewisse Belästigungen, aber keine gesundheitsschädlichen Folgen verbunden sind. Der Magistrat steht deshalb auf dem Standpunkte, daß der Stadt die Ausdehnung der Rieselfelder in der Provinz Hannover auch ferner gestattet werden wird. Wir müssen uns jedoch den Anordnungen der dortigen Behörden fügen und die Gutachten einholen. Ich kann nicht angeben, wie hoch sich die Kosten der Gutachten belaufen, ich möchte Sie aber trotzdem bitten, dem Magistrate die erforderlichen Mittel unbeschränkt zur Verfügung zu stellen.

Herr Henning: Wir werden nicht umhin können, das Gutachten einzuholen und es kann uns nur lieb sein, wenn von einer anderen Behörde das Gutachten, das wir von unseren hiesigen Sachverständigen bekommen haben, bestätigt werden sollte. Aus diesem Grunde möchte ich bitten, die Summe anstandslos zu bewilligen.

Der geforderte Kredit wird darauf zur Verfügung gestellt, und sodann die Versammlung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6 $\frac{3}{4}$  Uhr.

---

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 26. Mai 1910.

#### Tagesordnung:

I.	Neuwahl von Kommissions- und Deputationsmitgliedern . . . . .	Seite 36
II.	Wahl zweier Vertreter zu dem braunschweigischen Städtetage . . . . .	" 38
III.	Ablösung eines dem städtischen Armenhause zustehenden Anspruchs . . . . .	" 38
IV.	Verwilligung der Mehrkosten für häufigere Reinigung der Schulräume . . . . .	" 38
V.	Antrag Friede: Instandsetzung eines Weges . . . . .	" 39
VI.	Gesuch der Lehrer an der städtischen Gewerbeschule um Neuregelung ihrer Vergütungen . . . . .	" 39
VII.	Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen von 1907/08. . . . .	" 40
VIII.	Verbesserung der Straßenbeleuchtung . . . . .	" 40
IX.	Nachverwilligung von Kosten für den Umbau der Renstadtmühle . . . . .	" 41
X.	Instandsetzung der Kaserne . . . . .	" 42
XI.	Änderung der Kassen- und Rechnungsführung bei den Gas- und Wasserwerken . . . . .	" 43
XII.	Grunderwerb zur Erweiterung des Zentralfriedhofes . . . . .	" 45
XIII.	Nutzbarmachung der Räume des Renstadtrathauses zu Schulzwecken . . . . .	" 52
XIV.	Errichtung weiterer Sammelzellen in der Frauenbadeanstalt . . . . .	" 56
XV.	Ankauf eines Grundstücks an der Helmstedterstraße . . . . .	" 58
XVI.	Ankauf eines Grundstücks an der Kastanienallee . . . . .	" 58
XVII.	Ausbau der projektierten Straße Nr. 555 . . . . .	" 61
XVIII.	Teilnahme städtischer Beamten an verschiedenen Ausstellungen . . . . .	" 61
XIX.	Abrechnung über die Instandsetzung verschiedener Straßen . . . . .	" 62
XX.	Erwerb einer Grundfläche an der Gehhofstraße . . . . .	" 62
XXI.	Teilnahme eines Hilfsbeamten an einem Ausbildungskursus . . . . .	" 63
XXII.	Antrag Sander: Verbesserung der Straßenbeleuchtung . . . . .	" 63
XXIII.	Anfrage Lübbe: Durchführung der Glesmaroder Straßenbahnlinie zum Hauptbahnhofe . . . . .	" 64

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele und Wagner.

Entschuldigt die Herren Akenhausen, Bähr, Bues, Göcke und Kalm s.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und bemerkt folgendes: Zunächst heiße ich die beiden Herren, die durch Wahl in unsere Mitte gekommen sind, nämlich die Herren Kaufmann Wilhelm Eckhardt und Bankier Ernst Buch, in unserer Versammlung herzlich willkommen und hoffe, daß ihre Tätigkeit der Stadt zum Segen gereichen möge.

Sodann habe ich den Eingang folgender Sachen mitzuteilen:

1. Einladung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt zur Teilnahme an den hier Anfang Juni stattfindenden Verhandlungen. Die Einladung wird zur Einsichtnahme ausgelegt.

2. Mitteilung des Magistrates, daß dem früher geäußerten Wunsche der Versammlung Rechnung getragen und der Höchstlohnfuß der Feuerwehrlente von 1600 *M* auf 1700 *M* erhöht worden sei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zur Abgabe einer Erklärung

Herr Fröhling: Im Auftrage der Quellwasserdeputation habe ich hier folgende Erklärung abzugeben:

Die Braunschweigische Maschinenbauanstalt hat öffentlich und privat die Quellwasser-Deputation angegriffen und unterstellt, daß bei Vergebung der Arbeiten für das neue Wasserwerk die Braunschweigische Industrie nicht die Berücksichtigung erfahren hätte, die sie gerechterweise verlangen könne, und im besonderen eine größere Arbeit, die nach dem Ausfalle der Submission eigentlich der Maschinenbauanstalt hätte übertragen werden müssen, dieser nicht übertragen, sondern nach auswärts vergeben sei. Dabei hat die Maschinenbauanstalt unterstellt, daß diese Entscheidung veranlaßt sei, einmal durch Sachunkennntnis und Unfähigkeit der Deputation und andererseits durch persönliche Motive einzelner Mitglieder, die ihren Grund in Voreingenommenheit und Konkurrenzrücksichten hätten.

Der Vorwurf vollständiger Sachunkennntnis und Unfähigkeit, abgeleitet daraus, daß die Deputation über die vorliegenden Leistungen der Herren Direktoren der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt wesentlich anders geurteilt hat, als diese selbst, hat die Mitglieder der Deputation nicht weiter berührt, wir



legen diesem Vorwurf kein Gewicht bei und wollen darüber mit den Herren Direktoren der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt nicht rechten. Aber dem weiteren Vorwurfe niedriger und unlauterer Motive gegenüber glauben wir nicht schweigen zu dürfen. Es ist deshalb diese Angelegenheit in der letzten Sitzung der Quellwasserdeputation nochmals zur Sprache gekommen und die 6 Herren, die Sie aus Ihrer Mitte in die Quellwasserdeputation entsandt haben, haben einstimmig beschlossen und mich beauftragt, diese Angelegenheit vor Ihnen klarzulegen und Ihnen, meine Herren, Rechenschaft zu geben über unsere Handlungsweise in dieser Sache und die Gründe, die uns dabei geleitet haben.

Bei der in Rede stehenden Vergebung hat es sich in der Hauptsache gehandelt um die Ausführung einer elektrischen Anlage mit Hochspannungsmotoren und um Hochdruckpumpen. Diese Anlagen müssen später ununterbrochen Tag und Nacht in Betrieb gehalten werden und der unge störte Betrieb des Wasserwerkes wird abhängig sein von deren einwandsfreier Ausführung.

Die Deputation ist deshalb der Meinung gewesen, daß bei Vergebung dieser Arbeit größte Vorsicht zu herrschen habe und daß für die Uebertragung nicht in erster Linie der Preis ausschlaggebend sein dürfte, sondern die Güte der uns gemachten Vorschläge und die darin enthaltene Sicherheit für die Ausführung.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die Deputation in die Prüfung der einzelnen Angebote eingetreten. Ich bemerke dabei, daß es den anbietenden Werken überlassen war, besondere Vorschläge über die Art der Ausführung zu machen und entsprechend zu erläutern.

Eine Voreingenommenheit gegen die Braunschweigische Maschinenbauanstalt hat in keiner Weise obgewaltet, im Gegenteil, es ist bei der Prüfung in der Deputation allseitig zum Ausdruck gekommen und auf das wärmste empfohlen, die Arbeit, wenn irgend möglich, der Maschinenbauanstalt als einem einheimischen Werke, zu übertragen. Leider hat sich aber bei der Prüfung des Angebotes der Maschinenbauanstalt ergeben, daß das vorgelegte Projekt nicht einwandsfrei war, sondern im Gegenteil zu schweren Bedenken Veranlassung gab. Dazu kam als weiterer erschwerender Umstand, daß eine frühere Lieferung der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt für den Umbau der Neustadtmühle, bestehend in einem Gleichstrommotor, nicht einwandsfrei ausgeführt war und zu Differenzen Veranlassung gegeben hat.

Trotzdem ist die Deputation über das Angebot der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt nicht gleich hinweggegangen, sondern sie hat ihre Entscheidung ausgesetzt, um der Maschinenbauanstalt durch Einforderung von ergänzenden Projekten Gelegenheit zu geben, ihr Angebot zu verbessern und die vorhandenen Anstände zu beseitigen.

Dieses Vorgehen ist wohl allein schon ohne weiteres der Beweis dafür, daß die Unterstellungen der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt gegenstandslos sind und von Voreingenommenheit und niedrigen Motiven bei den Deputationsmitgliedern gegenüber der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt nicht die Rede sein kann.

Leider hat dann das Resultat dieser Maßnahme unseren Erwartungen nicht entsprochen. Die Braunschweigische Maschinenbauanstalt hat ihr Angebot weder wesentlich verbessert, noch die erhobenen Anstände und Mängel beseitigt, und es ist deshalb der Deputation zu ihrem Bedauern nichts anderes übrig geblieben, als das Angebot der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt abzulehnen und die Arbeit derjenigen Fabrik zu übertragen, die im Gegensatz zu der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt ein einwandsfreies Angebot gemacht hatte, das ohne Widerspruch allseitig als das beste anerkannt wurde.

Der Beschluß ist einstimmig oder fast einstimmig gefaßt worden.

Dies, meine Herren, haben wir Ihnen zu der Angelegenheit zu erklären, es ist der Hergang und die Begründung für unsere Entscheidung, die zu den bedauerlichen Angriffen geführt hat. Wir bedauern lebhaft, daß wir diese Angelegenheit mit den für die Braunschweigische Maschinenbauanstalt so wenig schmeichelhaften Gründen hier öffentlich haben klarstellen müssen. Wir haben uns aber dazu gezwungen gesehen durch das Vorgehen der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt, die deshalb auch die Schuld hierfür ihren eigenen Direktoren und nicht wieder anderen zur Last legen möge. —

Vorsitzender: Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

## I. **Neuwahl von Kommissions- und Deputationsmitgliedern.**

Vorsitzender: Durch das Ausscheiden der Stadtverordneten Koch und Weichsel ist die Ergänzung einiger Kommissionen und Deputationen erforderlich geworden. Im Namen der Finanzkommission werde ich mir erlauben, entsprechende Wahlvorschläge zu machen, jedoch bleibt es jedem Mitgliede der Versammlung unbenommen, auch seinerseits Vorschläge zu machen.

Für die Statutenkommission wird an Stelle des Herrn Weichsel Herr Dr. Wolters in Vorschlag gebracht. Damit würde letzterer in drei Kommissionen sitzen, was nicht für angezeigt gehalten wird. Wir ersuchen daher, Herrn Dr. Wolters aus der Baukommission zu entlassen. Werden andere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Erhebt sich Widerspruch gegen die Wahl durch Zuzuf? Nein. Wer ist für die Wahl des Herrn Dr. Wolters in die Statutenkommission? Herr Dr. Wolters ist gewählt.

In die Baukommission sind für die Herren Koch und Wolters zwei neue Mitglieder zu wählen. Vorgeschlagen werden die Herren Möhle und Tolle.

Herr Möhle bittet, von seiner Wahl abzusehen, weil er von Bausachen nichts verstehe, und dafür Herrn Göcke zu wählen.

Vorsitzender: Wir haben immer Wert darauf gelegt, in die Baukommission nicht nur Bauhandwerker abzuordnen, wenn ich persönlich auch gegen die Wahl des Herrn Göcke nichts einzutenden habe. Da gegen die Wahl des Herrn Tolle kein Widerspruch erhoben worden ist, so frage ich, ob Sie Herrn Tolle in die Baukommission wählen wollen? Herr Tolle ist gewählt. Da als Ersatz für Herrn Koch verschiedene Herren in Vorschlag gebracht worden sind — es wurden die Herren Göcke, Lübke und Busch genannt — so muß durch Stimmzettel abgestimmt werden. (Geschicht.) Es haben Stimmen erhalten die Herren Busch 13, Göcke 9 und Lübke 7, demnach hat Stichwahl zwischen den Herren Busch und Göcke stattzufinden. (Geschicht.) Gewählt ist Herr Busch mit 20 von 31 abgegebenen Stimmen.

In die Schulkommission ist für Herrn Koch ein Mitglied zu wählen. Vorgeschlagen wird Herr Probst. Da auch die Herren Mohr und Jasper vorgeschlagen sind, hat Stimmzettelswahl stattzufinden. (Geschicht.) Es haben Stimmen erhalten die Herren Probst 13, Mohr 11 und Jasper 7, so daß Stichwahl zwischen den Herren Probst und Mohr vorzunehmen ist. (Geschicht.) Gewählt ist Herr Mohr mit 20 von 31 abgegebenen Stimmen.

In die Deputation für das städtische Museum wird an Stelle des verstorbenen Rentners Magnus Herr Leue vorgeschlagen. Andere Vorschläge werden nicht gemacht. Sind Sie mit der Wahl des Herrn Leue einverstanden? Herr Leue ist gewählt.

Für die Marktdputation wählt die Versammlung an Stelle des Herrn Koch durch Zurfur Herr Hesse.

Aus der Parkdeputation scheiden die Herren Koch und Rentner Magnus aus. Als Ersatz werden vorgeschlagen die Herren Frühling, Ohlen-dorf, Henking, Tolle und Ribbentrop. Gewählt werden mit 17 und 16 von 31 Stimmen die Herren Frühling und Ohlen-dorf. Weitere Stimmen erhalten die Herren Henking (10), Tolle (7), Ribbentrop (6), Meyerhoff (2) und Hesse, Löschig und Mohr (je 1), während ein Zettel nur mit einem Namen beschrieben war.

In die Armen-direktion wählt die Versammlung für Herrn Koch durch Zurfur Herr Mohr.

Für die *Veranlagungskommission* werden an Stelle des Herrn Koch vorgeschlagen die Herren Busch und Ohlendorf. Durch Stimmzettel wählt die *Versammlung* Herrn Busch.

Damit ist dieser Punkt erledigt.

## II. Wahl zweier Vertreter zu dem braunschweigischen Städtetage.

Vorsitzender: Der Magistrat ersucht, für den am 17. und 18. Juni in Bad Harzburg stattfindenden braunschweigischen Städtetag zwei Vertreter zu wählen. Da es sich bei den Verhandlungen hauptsächlich um die Besprechung von Baufragen und um Fragen der Hygiene handelt, so sind mir als geeignete Vertreter die Herren Kleinfnecht und Lübke genannt worden. Die Wahl findet durch Stimmzettel statt, weil noch mehrere Vorschläge gemacht werden. Gewählt werden die Herren Kleinfnecht mit 23 und Lübke mit 22 von 31 abgegebenen Stimmen. Weitere Stimmen entfallen auf die Herren Jasper (8), Frühling und Böckigt (je 2), Fricke, Meyerhoff, Möhle und Probst (je 1); ein Zettel trug nur einen Namen.

## III. Ablösung eines dem städtischen Armenhause zustehenden Anspruchs.

Dem städtischen Armenhause steht gegenüber dem Waisenhanse B. M. V. der Anspruch auf jährliche Lieferung von zehn Schock Wasen zu. Da das Waisenhaus seine Forsten zu verkaufen beabsichtigt, so hat dessen Direktorium mit dem Magistrat Verhandlungen wegen der Ablösung dieser Lieferung angeknüpft und sich auf Grund einer eingehend begründeten Schätzung des Oberförsters Hassebrauk, wonach der jährliche Gesamtwert der Leistung auf 36 *M* anzunehmen ist, zur Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von 1200 *M* erboten. Da diese Schätzung dem Magistrat angemessen erscheint, so hält dieser für unbedenklich, auf den Vorschlag einzugehen, und ersucht, sich mit der Ablösung der Lieferung gegen Zahlung von 1200 *M* einverstanden zu erklären.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Mohr berichtet, stimmt die *Versammlung* der Vorlage zu.

## IV. Bewilligung der Mehrkosten für häufigere Reinigung der Schulräume.

Von der städtischen Bauverwaltung sind Ermittlungen darüber angestellt worden, welche Mehrkosten durch eine dritte wöchentliche Reinigung der Klassenzimmer in den städtischen Schulen entstehen. Nach der Dienstordnung für die Schuldienen müssen jetzt die mit Linoleum belegten Klassenzimmer täglich, die mit Holzfußböden versehenen Klassenzimmer wöchentlich zweimal gereinigt wer-

den. Die in Frage stehende dritte wöchentliche Reinigung würde sich demnach nur auf die letztgedachten Klassenzimmer zu erstrecken haben. Hierfür würde ein Betrag von 954 *M* aufzuwenden sein. Da der Zeichensaal und die Lehrmittelzimmer jetzt in gleicher Weise, wie die Schulklassen gereinigt werden müssen, eine dritte wöchentliche Reinigung dieser Räume aber ebenfalls als sehr wünschenswert bezeichnet wird, so würden hierfür noch weitere 134 *M* aufzuwenden sein.

Dem Antrage des Magistrats auf Bewilligung von insgesamt 1088 *M* stimmt die Versammlung nach Empfehlung durch die Schulkommission, für die Herr Möhle berichtet, zu.

### V. Antrag Fricke: Instandsetzung eines Weges.

In der Sitzung vom 21. April d. Js. — Seite 29 des Berichtes — hat Herr Fricke folgenden Antrag gestellt:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den östlichen Fuß- und Fahrweg neben dem Leonhardsplatze so herzustellen zu lassen, daß er auch bei Regenwetter zu begehen und zu befahren ist.“

Herr Riecke: Die Baukommission hat sich mit dem Antrage beschäftigt, ihn aber in dieser Form abgelehnt. Wenn dem Antrage im vollen Umfange stattgegeben werden sollte, so bedeutet das eine Verlängerung des Altemwiekringes, wozu ein Anlaß zurzeit noch nicht vorliegt. Im Einverständniß mit dem Antragsteller hat die Kommission den Antrag dahin abgeändert, daß gebeten werden soll, den Fuß- und Radfahrerweg so instand zu setzen, um diese Wege auch bei schlechtem Wetter benutzen zu können. Die Baukommission gibt anheim, den Antrag in dieser Form zu genehmigen,

was seitens der Versammlung geschieht.

### VI. Gesuch der Lehrer an der städtischen Gewerbeschule um Neuregelung ihrer Vergütungen.

Herr Wolters: Die remuneratorisch besoldeten Lehrer der städtischen Gewerbeschule haben an die Versammlung unterm 5. April d. Js. ein, schon in der letzten Sitzung erwähntes Gesuch — Seite 2 des Berichtes — um Aufbesserung ihrer Besoldungssätze gerichtet und eine Abschrift des Gesuches dem Magistrat vorgelegt. In dem Gesuch ist erwähnt, daß der Magistrat eine Eingabe derselben Herren vom Januar 1909 abgelehnt habe, und zwar mit der Begründung, man könne dem Gesuche zurzeit nicht näher treten, besonders in Rücksicht

darauf, daß die städtischen Behörden sich erst kürzlich schließig gemacht haben, der Errichtung einer Pflichtfortbildungsschule bedingungsweise näherzutreten. Falls nun die Vorbedingungen, insbesondere auch die Beteiligung des Staates in finanzieller Beziehung, erfüllt werden sollten, so würde ein bezüglich der Besoldung der hier in Frage kommenden Lehrkräfte gefaßter Beschluß auch präjudizell auf die Besoldung der Lehrkräfte an der Pflichtfortbildungsschule wirken. Aus diesem Grunde hat sich die Finanzkommission auf den Standpunkt des Magistrates gestellt und empfiehlt, das Gesuch einstweilen zurückzustellen. Vom Vertreter des Magistrates wurde gelegentlich der Kommissionsberatung auch erwähnt, daß eine Antwort der Regierung auf unsere damals gestellte Anfrage wohl in nächster Zeit zu erwarten sei und demnach dann auch über das hier vorliegende Gesuch beraten werden könne.

Die Eingabe wird dem Kommissionsantrage gemäß zurückgestellt.

## VII. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen von 1907/08.

Der Magistrat legt die über die Verwaltung des städtischen Haushalts geführten Rechnungen für das Jahr vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 mit den betreffenden Voranschlägen der Versammlung zur Prüfung vor.

Herr **Leue**: Ich habe im Auftrage der Finanzkommission die Prüfung der Rechnungen in üblicher Weise vorgenommen, indem ich Stichproben auf deren Richtigkeit gemacht habe. Hierbei hat sich nichts zu erinnern gefunden, so daß ich namens der Finanzkommission bitte, die Entlastung aussprechen zu wollen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

## VIII. Verbesserung der Straßenbeleuchtung.

Der Versammlung wird anheimgegeben, der Anbringung einer doppelstammigen oder von zwei einflammigen Preßgaslampen an dem in der Mitte des Ruhfäutchenplatzes stehenden Wandelable und der Umwandlung der innerhalb der Anlagen vor dem Grundstück der Landesversicherungsanstalt dicht an der Bahnbahn stehenden einflammigen in eine zweiflammige Laterne zuzustimmen.

Wegen Verbesserung der Beleuchtung des Friedrich-Wilhelm-Platzes behält sich der Magistrat weitere Anträge bis auf weiteres vor.

Herr **Löschigk** empfiehlt namens der Finanzkommission Genehmigung der Vorlage.

Herr **Sander**: Ich möchte betreffs der Beleuchtung der Straße am Petri-torwall gegenüber dem Gebäude der Landesversicherung die Bitte aussprechen,

beide dort stehende Laternen in zweiflammige umzuändern. In der dort liegenden Straßenbahnweiche muß der eine Wagen sehr häufig lange auf den andern warten, wodurch das Licht der einen Straßenlaterne der anderen Straßenseite genommen wird. Diesem Uebelstande würde durch die zweite Laterne leicht abgeholfen werden können.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Wir haben wegen der Kosten in der Vorlage nichts gesagt, weil die Einheitsätze feststehen und die geringfügigen Kosten für die Brenner usw. der Direktion der Licht- und Wasserwerke überlassen werden können. Was die von Herrn Sander beantragte Vermehrung der Brenner in den Laternen betrifft, so möchte ich bitten, diesbezüglich einen förmlichen Antrag zu stellen. Es handelt sich um innenstädtische Laternen, zu deren Kosten der Staat beitragen muß, nachdem die Herzogliche Polizeidirektion sich mit ihrer Anbringung einverstanden erklärt hat.

Herr *Meyershoff*: In der Vorlage handelt es sich um die Laterne am Jährdamm linker Hand, wenn man aus dem Petritore geht, nicht weit von dem Hause des Polizeiwachmeisters. (Widerspruch.) Die Verbesserung ist in Aussicht genommen, um die Ausfahrt nach der Brücke mehr zu erhellen. Dagegen ist bei der Straßenbahnweiche keine Verbesserung der Beleuchtung vorgesehen.

Auf Empfehlung des Herrn *Vorsitzenden* wird zum Zwecke weiterer Erhebungen die Vorlage in die Finanzkommission zurückverwiesen.

### **IX. Nachverwilligung von Kosten für den Umbau der Neustadtmühle.**

Bei dem Umbau der Neustadtmühle ist eine Ueberschreitung der veranschlagten Baukosten um 21 599,15 *M* entstanden. Der Magistrat bemerkt dazu, daß eine genaue Veranschlagung der Baukosten bei der Eile, mit der der Umbau der Mühle betrieben wurde, nicht möglich war; er gibt daher anheim, die mehr verbrauchte und ausreichend begründete Summe nachzuverwilligen.

Herr *Wolters*: Die Baukommission hat außer den vom Magistrat für die Ueberschreitung vorgebrachten Gründen noch den weiteren Grund als zutreffend anerkennen müssen, daß bei dem eigenen Charakter des Baues, bei dem sich maschinelle und bauliche Teile so sehr durchdringen, der Anschlag so genau nicht hat aufgestellt werden können. Auch haben außergewöhnliche Umstände die Kosten des Umbaues in die Höhe getrieben. Mit dem Wegreißen der vorhandenen Baulichkeiten haben sich eine Anzahl neuer Sachen hervorgekehrt, die von vornherein wohl hätten in Betracht gezogen werden können, die aber bei Berücksichtigung aller Umstände nicht in der Form hätten in Aussicht genommen werden können, wie sie sich hinterher erwiesen haben. Im einzelnen ist die Ueberschreitung der Baukosten in folgender Weise begründet worden:

Beim Kap. I „Müllereieinrichtung“ beträgt die Mehrausgabe 13 100 *M*, wovon allein 6900 *M* auf die Siloeinrichtung usw. entfallen. Der Grund hierfür liegt darin, daß erst mit der Demontage der alten Maschinenteile ein Einblick in den Umfang der Änderungen hat gewonnen werden können. Für Montage-löhne sind 3900 *M*, für Klempnerarbeiten 950 *M* und für Reservewalzen 1350 *M* Mehrausgaben erwachsen. Die Beschaffung von Reservewalzen ist erst nachträglich für notwendig gehalten, in der Erwägung, daß bei einem solchen Großbetriebe sich auch ein bedeutender Verschleiß einzustellen pflegt. Im Kap. II „Turbinenanlage“ sind für Fundamentierungsarbeiten 150 *M* mehr verbraucht worden. Beim Kap. IV beträgt die Mehrausgabe 7500 *M*. Davon entfallen 4000 *M* auf Löhne. Diese Mehraufwendung ist dadurch entstanden, daß beim Abbruch der alten Turbinen und der Montage der Müllereianlage eine größere Anzahl Tischler nötig waren, um die Anlage rechtzeitig fertigzustellen. Zu diesem Zwecke sind 35 bis 40 Gesellen hiesiger Tischlermeister der Stadt aus Gefälligkeit, allerdings gegen hohen Stundenlohn, zur Verfügung gestellt worden. Die Ausgabe hierfür entfällt zum Teil auch auf Kapitel I. 3500 *M* Löhne sind für das Aufreißen und Wiederverlegen alter Fußböden und für Verlegung neuer Fußböden ausgegeben worden. 2950 *M* entfallen auf unvorhergesehene Fälle, nämlich auf Verbesserung der Dachisolierung, Einrichtung von Lukarnenfenstern und Oberlichtern, auf Beschaffung von Kleiderchränken, Herstellung von Betonfußböden im Erdgeschoße usw.

Die Baukommission ist der Ueberzeugung, daß die Ueberschreitung der Umbaukosten nach allen Richtungen hin gerechtfertigt erscheint, daß irgend welcher Vorwurf wegen nicht sorgfältiger Kostenanschläge gegen niemand erhoben werden kann und daß die ausgeführten Arbeiten hinterher durchaus richtig und ordnungsmäßig hergestellt worden sind; sie empfiehlt deshalb, die Ueberschreitung des Anschlages nachträglich gutzuheißen. In dem Berichte der Direktion der Licht- und Wasserwerke ist darauf hingewiesen worden, daß durch die neue Betriebseinrichtung ein wesentlich höherer Gewinn der Neustadtmühle erzielt worden sei, als man im Etat vorgeesehen habe, indem an Stelle der ausgeworfenen 8000 *M* rund 32 000 *M* erwachsen seien.

Die Vorlage wird hierauf genehmigt.

## X. Instandsetzung der Malertwete.

Unter Ueberreichung eines Entwurfs zur Instandsetzung der Malertwete eruchtet der Magistrat, das mit dem Kostenanschlage vorgelegte Projekt zu genehmigen. Die entstehenden Kosten belaufen sich auf 2500 Mk., wovon die Stadt 14 000 zu übernehmen haben würde.



Die Instandsetzung ist derart geplant, daß in der Straßenlage ein 1,75 m breiter Streifen aus Gußasphalt auf Betonunterlage hergerichtet wird, der zum Gehen und Befahren benutzt werden kann. Beiderseits soll dieser Streifen durch Bordsteinen aus Eisenbeton abgegrenzt werden. Die zwischen Bordsteinen und Häusern verbleibenden schmalen Streifen sollen ebenfalls mit Gußasphalt befestigt werden. Dabei will man die Oberfläche der Treppe so viel heben, daß die in dieselbe hineinragenden Trittschwellen in Fortfall kommen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

## **XI. Änderung der Kassen- und Rechnungsführung bei den Gas- und Wasserwerken.**

In der Sitzung vom 21. März 1910 — Seite 602 des Berichtes — hat sich die Versammlung damit einverstanden erklärt, daß der größere Teil der Kassengeschäfte der Gas- und Wasserwerke mit Einschluß des Koksverkaufs aus dem Direktionsgebäude nach dem Rathause verlegt würde, und daß unter Beibehaltung der kaufmännischen Buchführung die Jahresabschlüsse in gleicher Weise einer Nachprüfung unterzogen würden, wie die Jahresrechnungen der übrigen städtischen Betriebsverwaltungen. Die hierauf bezüglichen Anweisungen sind indessen einstweilen nicht ergangen, weil bei Entwerfung der Verfügungen Zweifel darüber auftauchten, ob die Einrichtungen praktisch sein würden. Nach nochmaliger Prüfung der Frage sieht sich der Magistrat jetzt veranlaßt, seine früheren Vorschläge im Einvernehmen mit der Verwaltungsdeputation wie folgt zu ändern:

Wenn die Rechnungsführung und ein Teil der Kassengeschäfte nach wie vor im Verwaltungsgebäude verbleiben, so wird dadurch naturgemäß die Erledigung dieser Geschäfte erschwert. Insbesondere gegen die Zerreißung der Kassengeschäfte sind von dem Stadtkämmerer die ernstesten Bedenken erhoben worden. Diese Bedenken werden nachhaltig nur dann beseitigt, wenn man die gesamte Verwaltung der Werke in eine Betriebsverwaltung und eine Kassenverwaltung zerlegt und mit der letzteren die Rechnungsführung verbindet. Der Verkauf der von der Direktion vertriebenen Handelsartikel wird allerdings auch künftig gegen bar an Ort und Stelle stattzufinden haben; die Erledigung aller anderen durch die Kassen- und Rechnungsführung bedingten Geschäfte würde durch die örtliche Trennung nicht nennenswert beeinträchtigt und könnte von drei Beamten, die fortan dem Stadtkämmerer zu unterstellen sein dürften, sehr wohl besorgt werden. Wegen ihrer auf die Kammereikasse zu übernehmenden Besoldung würde die von beiden Werken zu zahlende Verwaltungsgebühr ent-

sprechend zu erhöhen sein. Der erforderliche Raum im Rathhause ist vorhanden, es würden nur einige Schränke sowie ein Tresen zu beschaffen sein.

Schon früher ist die Frage erörtert, ob es sich empfiehlt, die kaufmännische Buchführung beizubehalten. Der Magistrat verkennt ihre Vorzüge und Vorteile für kaufmännisch geleitete Geschäfte keineswegs, kann aber den Betrieb der Gas- und Wasserwerke als solches nicht ansehen; er empfiehlt daher die Einführung der Verwaltungs-Buchführung, wie sie auch bei den übrigen städtischen Betrieben eingeführt ist. Diese Buchführung ist einfacher und die Zahl der Beamten wird infolgedessen verringert werden können. Außerdem spricht zugunsten der Verwaltungs-Buchführung, daß nicht nur gelernte Kaufleute oder doch solche Persönlichkeiten, die die kaufmännische Buchführung gründlich erlernt haben, dazu verwendet werden können.

Wenn dem Vorschlage, die Verwaltungs-Buchführung einzuführen, zugestimmt wird, so würde auch eine besondere Ordnung, welche die Grundsätze für die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke enthält, kaum erforderlich sein; vielmehr dürften die Vorschriften im § 20 Nr. 4 des Verwaltungsstatuts vom 31. März 1893, des Statuts über Unterhaltung eines Ausgleichsfonds vom 29. März 1909 und der Ordnung für das Haushaltswesen der Stadt Braunschweig vom 5. Oktober 1893 genügen. Sollten gleichwohl noch einzelne Vorschriften erforderlich werden, so können sie jederzeit erlassen werden. Die Erstattung der Jahresberichte mit Gewinn- und Verlustrechnungen und Bilanzen soll neben den vorläufigen Abchlüssen und Jahresrechnungen wie bisher erfolgen. Die Verwaltung der Neustadtmühle würde nach wie vor unter Aufsicht der Verwaltungsdeputation durch den Direktor der Gas- und Wasserwerke zu erfolgen haben, die Kassen- und Rechnungsführung aber gleichfalls der Stadthauptkasse zu übertragen sein.

Der Versammlung wird Zustimmung dazu anheimgegeben, daß die Kassen- und Rechnungsführung der Gas- und Wasserwerke, abgesehen vom Kleinverkauf der Handelsartikel, nebst der Kassen- und Buchführung für die Neustadtmühle mit der Stadthauptkasse verbunden und die kaufmännische Buchführung durch die Verwaltungs-Buchführung ersetzt werde.

Herr Leue: In der Finanzkommission waren die Ansichten, ob die kaufmännische Buchführung der Verwaltungs-Buchführung vorzuziehen sei, geteilt, jedoch hat sich die Kommission nicht näher darauf eingelassen, diese Frage zu entscheiden, sondern sie war in ihrer Mehrheit der Ansicht, daß der Vorschlag anzunehmen sei. Die Kommission hat aber ausdrücklich betont, daß die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung in bisheriger Weise geführt würde, so daß nach dieser Richtung hin eine kaufmännische Aufmachung stattfindet. Zus-

besondere würde auch das Recht der Versammlung, über die Höhe der Zurückstellungen zu bestimmen, durch die Aenderung nicht berührt werden. Unter dieser ausdrücklichen Voraussetzung empfiehlt die Kommission, der Vorlage zuzustimmen,

was seitens der Versammlung geschieht.

## XII. Grunderwerb zur Erweiterung des Zentralfriedhofes.

Die Friedhofsdeputation hält eine nochmalige Erweiterung des Zentralfriedhofes für erforderlich, und es ist zu dem Zwecke der Ankauf einer weiteren Fläche des Klosterguts Niddagshausen im Umfange von 4 ha 3 a 59 qm in Aussicht genommen. Nachdem von der jüdischen Gemeinde für die nördlich der Moritzburg gelegene Fläche ein Preis von 3000 *M* für 25 a gezahlt worden ist, hat Herzogliche Kammer den gleichen Preis auch für die erstgedachte Fläche gefordert. Daneben soll dem Pächter für Gail und Gare sowie Räkung eine Entschädigung von 356 *M* gezahlt, eine Holzbude umgesetzt und für Ableitung des Wassers der vorhandenen Drainage gesorgt werden. Der Magistrat hält den Preis zwar für hoch, fürchtet aber, daß bei der Enteignung in Form von Entschädigung für Wertminderung usw. möglicherweise eine höhere Summe sich ergeben würde, und hat deshalb im Einvernehmen mit der Friedhofsdeputation beschlossen, die Forderungen zu bewilligen. Da hierdurch die Friedhofshauptkasse und somit indirekt auch die Gemeine Kirchenkasse dauernd belastet wird, so hält der Magistrat für angezeigt, die Zustimmung der Versammlung zu dem geplanten Grunderwerb einzuholen. Indem noch darauf hingewiesen wird, daß im Jahre 1912 die Verschonungszeit der belegten Grabstellen abgelaufen sein wird und daß daher eine weitere Ausdehnung des Zentralfriedhofes nunmehr ausgeschlossen sein dürfte, gibt der Magistrat anheim, dem Grunderwerbe zuzustimmen.

Herr *W o n e g e n*: Die Baukommission hat auch die Frage erörtert, ob es etwa zweckmäßig wäre, gleich ein größeres Terrain bis zu dem Wege hin zu erwerben. Nach Kenntnis der vorliegenden Verhältnisse hat die Kommission aber von der weiteren Verfolgung dieses Gedankens Abstand genommen, sie schlägt daher vor, dem Ersuchen des Magistrats zuzustimmen.

Herr *J a s p e r*: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die neu zu erwerbende Länderei ohne weiteres der Kirchenkassenverwaltung überwiesen werden soll, oder ob sie noch bis dahin vorbehalten bleiben kann, daß wirklich ein Bedürfnis zur Benutzung der Fläche zu Begräbniszwecken sich herausstellt.

Dieses letztere möchte ich befürworten. Die Bestechungskosten sind allerdings ziemlich hoch, aber ich will trotzdem nicht gegen den Erwerb sein, sondern ich möchte nur dafür eintreten, das Land der Friedhofsverwaltung nicht ohne weiteres zur Verfügung zu stellen. Die Verhältnisse können sich inzwischen möglicherweise außerordentlich ändern. Nach dem Verwaltungsberichte des Stadtmagistrates über die Jahre 1901 bis 1906 — ein neuerer Bericht steht noch aus — ist in stetigem Umfange die Zahl derjenigen Beisetzungen gestiegen, die nicht ohne weiteres einer der hiesigen Stadtkirchen angehören. Im Jahre 1901/02 waren dafür 2500 *M* an die Kirchenkasse abzugeben und jetzt ist diese Summe bereits auf 6800 *M* gestiegen; es ist also mehr als eine Verdoppelung der Summe eingetreten. Daraus leite ich her, daß in unserer Stadt das Begräbniswesen auch äußerlich von dem Zusammenhange mit der Kirche getrennt werden müßte. Nach dem Landesgesetze ist es allerdings erforderlich, den Kirchen die benötigten Begräbnisstellen zur Verfügung zu stellen, aber es wird kein Hindernis vorhanden sein, das Begräbniswesen selbst in die Hand zu nehmen und zwar aus rein praktischen Erwägungen heraus. Wenn sich in steigendem Umfange das Bedürfnis herausstellt und wenn auch sonst ein Interesse an der öffentlich-politischen Gemeindeverwaltung vorhanden ist, so empfiehlt es sich schon aus hygienischen und sonstigen Gründen, das Friedhofswesen selbst in die Hand zu nehmen. Ich möchte daher bitten, nicht ohne weiteres über die Grenze dessen, wozu wir genötigt werden können, hinauszugehen und die Länderei der Kirchenkassenverwaltung nicht schon jetzt zur Verfügung zu stellen, sondern damit noch zu warten.

Ich möchte dies besonders auch damit begründen, daß Erörterungen im Gange sind, die auch die Feuerbestattung hier ermöglichen sollen. Man weiß allerdings noch nicht, wie sich die Kirche dazu stellen wird, denn es sind von den verschiedensten Vertretern der Kirche sehr abweichende Anschauungen darüber laut geworden; ich würde es deshalb für verfehlt halten, wenn die Stadt ohne Gegenleistung die Länderei weggeben wollte.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Herr Dr. Jasper hat bei seinen Ausführungen eins übersehen, nämlich, daß der Magistrat diese Vorlage Ihnen nur deshalb gemacht hat, weil sie in ihren Wirkungen Einfluß hat, auf Ihr demnächstiges Bewilligungsrecht bezüglich der Kirchensteuer. Die Genehmigung zum Erwerbe dieser Fläche durch die Versammlung würde, da es sich hierbei um eine kirchliche Maßnahme handelt, meines Erachtens an sich nicht notwendig gewesen sein; es ergibt sich jedoch eine Schwierigkeit dabei, auf die ich noch kommen werde und die es wünschenswert erscheinen läßt, die Zustimmung der Versammlung einzuholen.

Was zunächst die Hauptbedenken des Herrn Dr. Jasper betrifft, nämlich die Länderei dem Kirchenverbande nicht sofort zu überweisen, so mache ich darauf aufmerksam, daß die Sache so doch nicht liegt. Die Friedhofsdeputation hat den Antrag auf Erwerb weiterer Länderei nur gestellt, weil ein dringendes Bedürfnis vorliegt, den Friedhof bald zu erweitern, und der Magistrat hat diesem verhältnismäßig kostspieligen Erwerbe auch nur aus diesem Grunde zugestimmt. Augenblicklich ist wohl noch genügendes Terrain vorhanden, aber in absehbarer Zeit wird es daran fehlen. Es muß jetzt schon der letzte Plan in Angriff genommen werden und eine Hinausschiebung der Ueberweisung des Terrains hat wirklich keinen Zweck. Ich wüßte nicht, was die Friedhofsdeputation anfangen sollte, wenn sie keine Gelegenheit mehr hat, die Toten zu bestatten. Bisher hat die Deputation stets den Grundsatz befolgt, die Erwerbungen zur Erweiterung des Friedhofes tunlichst immer so zeitig vorzunehmen, daß im Laufe des Winters, wenn an der Pflege der Gräber nicht viel zu tun ist, die Leute angemessen beschäftigt werden können mit der Herrichtung der Wege usw. In solchem Falle kann man viel besser disponieren und die Arbeiten im Herbst und Winter mit Ruhe ausführen lassen. Aus diesem Grunde ist die Sache etwas beschleunigt worden; die Arbeit kann dann schon im nächsten Herbst beginnen, während die Deputation gewünscht hätte, daß sie schon im vorigen Herbst in Angriff genommen wäre. Herr Dr. Jasper hat zur Begründung seiner Bedenken ferner darauf hingewiesen, daß das Aufkommen aus der Gebühr für Leichen solcher Personen, die hiesigen Kirchen nicht angehören, so sehr gestiegen sei. Das hat vielleicht darin seinen Grund, daß ich als Vorsitzender der Deputation bei den Anträgen auf Genehmigung der Zulassung auswärtig verstorbener Personen etwas weitherziger vorgegangen bin. Es handelt sich dabei regelmäßig um solche Personen, die nicht wegen der Schönheit unjeres Friedhofs hier beigesetzt werden sollen, sondern weil deren Angehörige hier wohnen. Bei solchem Wunsche soll man aber den Angehörigen entgegenkommen.

Von der Deputation ist als Grundsatz aufgestellt worden: Wer hier nicht wohnt und hier also keine Steuern bezahlt, für den ist die doppelte Gebühr zu entrichten, wenn er hier beerdigt werden soll, deshalb wird für auswärtige Leichen die doppelte Gebühr erhoben. Es handelt sich dabei auch regelmäßig um Leute, die zu den ganz armen nicht gehören. Nur hierdurch kommen die höheren Summen ein. Dabei hat mir übrigens der Gedanke fern gelegen, durch die Maßnahme höhere Summen in die Friedhofskasse zu bringen.

Ferner hat Herr Dr. Jasper empfohlen, die Frage zu erörtern, ob man nicht der Kirche, wie sie es verlangen kann, ein entsprechendes Terrain überweisen und daneben einen rein weltlichen Friedhof schaffen solle. Diese Frage ist auch neuerdings wieder in der Kommission des Landtages eingehend erörtert

worden. Wenngleich meiner Ansicht nach die rechtliche Möglichkeit dazu vorliegt, so glaube ich doch nicht, daß sich die große Mehrheit der hiesigen Einwohnerschaft auf diesen Standpunkt stellen wird. Einmal würden dadurch erheblich höhere Verwaltungskosten entstehen, denn es müßten zwei getrennte Verwaltungen eingerichtet werden, und außerdem steht die größere Zahl der Einwohner auf dem Standpunkte, daß eine Mitwirkung der Kirche bei den Begräbnissen nicht entbehrt werden kann. Es gibt vielleicht Leute, die bei den Begräbnissen keinen Prediger haben wollen, aber der Mehrheit dürfte es doch wohl nicht behagen, ihn zu missen.

Ich wüßte auch gar nicht, weshalb wir uns von der Kirche vollständig emanzipieren sollen. Sie wissen alle, die Sache ist hier so geregelt, daß eine gemeinsame Deputation, bestehend aus Vertretern des Kirchenverbandes und der städtischen Behörden, die Verwaltung des Friedhofs besorgt, und ich trage, trotzdem ich Vorsitzender dieser Deputation bin, keine Bedenken, zu erklären, daß unsere Friedhofsverwaltung ganz gut im Gange ist. (Zustimmung.) Daß ab und zu einmal Sachen vorkommen, die zu Differenzen führen, ist unvermeidlich, das kommt überall vor, aber der Friedhof als solcher erfreut sich doch allgemeiner Anerkennung, und insbesondere wird die Tätigkeit des Friedhofsverwalters allgemein als mustergültig anerkannt. Meiner Ansicht nach würde eine Trennung ohne weiteres möglich sein, obwohl wir uns dadurch in Gegensatz zur Kirche stellen. Wenn wir uns die Sache Geld kosten lassen wollen und legen einen vollständig selbständigen Friedhof an, so kann die Kirche nichts dagegen machen, aber eine Auseinandersetzung wegen des vorhandenen Friedhofs ist ohne Zustimmung der Kirche nicht zu erlangen, und ob sie ihre Zustimmung dazu geben würde, weiß ich nicht. Die Stadt hat auch insofern kein finanzielles Interesse an der Sache, als die Kirche gegenüber der Stadtgemeinde sehr nobel gewiesen ist. Die Kirche kann von der Stadt die Ueberweisung eines Platzes zur Benutzung verlangen; wenn aber der Platz als Friedhof wieder eingeht, so fällt er in das Eigentum der Stadt zurück. Wir haben es hier anders gemacht. Hier hat die Stadt etwa 300 000 *M* für den gesamten Friedhof aufgewendet und die übrigen Kosten zu 600 000 *M* sind aus den Gebühren für den Friedhof aufgebracht worden. Es konnte sogar hier und da die Vermutung entstehen, als hätte die Stadt dem Kirchenverbande gegenüber nicht ganz ihre Schuldigkeit getan, aber die Vertreter des Kirchenverbandes haben sich nicht auf diesen Standpunkt gestellt, und wir haben solches auch nicht zu besorgen.

Daß sich bei der Frage der Feuerbestattung gewisse Unzuträglichkeiten mit dem Kirchenverbande ergeben können, erkenne ich an, aber wir haben wohl trotzdem Aussicht, daß den in dieser Beziehung geäußerten Wünschen, nämlich die Feuerbestattung auch hier ins Leben zu rufen, mit der Zeit Rechnung ge-

tragen wird. Der Magistrat hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es in mancher Beziehung wünschenswert wäre, hier die Feuerbestattung zuzulassen und daß hierbei auch finanzielle Gründe mit in Betracht kommen. Der Zentralfriedhof hat ein erhebliches Stück Geld gekostet, und wenn die in der Kommission geäußerten Befürchtungen, daß die Wiederverwendung der benutzten Gräber auf Schwierigkeiten stoßen sollte, begründet sein sollten, so würden wir einer erheblichen Erweiterung des Friedhofs Folge geben müssen. Es liegt also in der Tat kein Grund vor, den von Herrn Dr. Jasper geäußerten Befürchtungen zuzuneigen. Im übrigen ist der ganze Zentralfriedhof auf den Namen der Stadtgemeinde in das Grundbuch eingetragen, weil der Kirchenverband nicht die Rechte einer juristischen Person besitzt, und das wird auch mit dem hier neu zu erwerbenden Stücke geschehen.

Herr J a s p e r: Ich pflichte dem Herrn Oberbürgermeister darin bei, daß wegen des bestehenden Teiles des Zentralfriedhofs eine Auseinandersetzung mit dem Kirchenkastenverbände nur mit seiner Zustimmung erfolgen kann. Im übrigen ist von dem Herrn Oberbürgermeister gegeben worden, daß das Friedhofswesen zurzeit noch eine kirchliche Angelegenheit ist, daß aber rechtlich die Möglichkeit besteht, daneben auch einen weltlichen Friedhof zu schaffen. Damit ist indessen nicht gesagt, daß diejenigen, die dem Kirchenverbände angehören und auf diesem Friedhofe bestattet werden wollen, der Mitwirkung des Seelsorgers zu entbehren brauchen. Gerade ein paritätischer Friedhof würde jedem Glaubensbekenntnis Rechnung tragen, ohne daß dort eine bestimmte Kirche allein das Regiment hat. Ein Vorgehen in der von mir gewünschten Richtung scheint mir insofern sehr angebracht zu sein, als man dann dieser Möglichkeit nicht durch Preisgabe eines großen Geländekomplexes wiederum Hindernisse für unabsehbare Zeiten entgegenstellt. Auch würde man der Durchführung der Feuerbestattung, die der Herr Oberbürgermeister in dankenswerter Weise in Aussicht gestellt hat, Schwierigkeiten bereiten, wenn man das neue Gelände der Kirchenkastenverwaltung ohne weiteres preisgibt. Im Jahre 1905/06 balancierte der Haushaltsetat der Friedhofsverwaltung mit 135 000 *M.*, diese Summe wird inzwischen wohl noch weiter gestiegen sein, so daß wir jetzt etwa 150 000 *M.* werden annehmen können. Das ist aber ein Jahresumfah, bei dessen Regelung eine stärkere Mitwirkung der Versammlung als wünschenswert bezeichnet werden muß.

Obwohl der Herr Oberbürgermeister meinte, es wäre an der jetzigen Friedhofsverwaltung nichts zu tadeln, so muß ich doch bekennen, daß ich verschiedenes daran zu tadeln habe. Es betrifft dieses z. B. die Art und Weise, wie die Begrabnisse in den verschiedenen Klassen geregelt werden, ebenso die erste Ein-

richtung der Gräber, Dinge, die von mir schon bei früherer Gelegenheit zur Sprache gebracht worden sind, wobei der Herr Oberbürgermeister sagte, er wäre wohl bereit, Aufklärung darüber zu geben, jedoch gehe das die Versammlung eigentlich nichts an. Jedenfalls ist es ein unliebsames Ding, wenn in derartigen, die Gemeinde angehenden Sachen die Einwirkung der Stadtvertretung nur eine äußerst geringe ist. Ferner stehe ich auf dem Standpunkte der Unentgeltlichkeit des Begräbniswesens, wenn es mir auch nicht zweifelhaft ist, daß dieselbe nicht durchgeführt werden wird. Jedenfalls würde es sich auch vom hygienischen Standpunkte aus rechtfertigen lassen, diesen Gedanken durchzuführen.

Es ist auch nicht zu verkennen, daß die Mischung der verschiedenen Glaubensbekenntnisse, auch wenn man noch so sehr weitherzig seitens des Landesluthertums ist, durch die Freizügigkeit stetig zunimmt. Mag man auch die hanoverschen Lutheraner und die preussischen Uniten als Mitglieder der Landeskirche zählen; es sind doch in wachsender Zahl katholische und jüdische Mitbürger sowie Dissidenten und andere Glaubensbekenntnisse vorhanden, die jetzt, wenn ihre Kirchengemeinschaft nicht selbst einen Friedhof unterhält, nach den Worten des Herrn Oberbürgermeisters die doppelten Gebühren auf dem Zentralfriedhofe bezahlen müssen. (Widerspruch.) Der Herr Oberbürgermeister hat besonders erklärt, es wären die Sätze für diejenigen Toten, die nicht einer der hiesigen Stadtkirchen angehörten, auf das Doppelte erhöht worden. (Rufe: Auswärtige!) Wenn sich das nur auf von auswärts hergebrachte Tote bezieht, so würde diese Kritik allerdings hinfällig werden. Ich möchte nochmals bitten, meinen Wünschen Rechnung zu tragen. Da kein unmittelbar dringendes Bedürfnis vorliegt, den Friedhof für das nächste Jahr schon zu vergrößern, so ist praktisch nichts vergeben, und es bleibt abzuwarten, wie die Kirchengemeindeordnung im Landtage verabschiedet wird.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich verstehe nicht, weshalb wir mit der Ueberweisung des Landes an den Kirchenverband warten sollen. Was sollen wir denn in der Zwischenzeit mit dem Lande machen? Die Friedhofsdeputation hat uns erklärt, sie müßte das Terrain haben, um genügendes Land zur Bestattung der Toten zu besitzen, also weshalb sollen wir noch abwarten? Wir müssen auch berücksichtigen, daß hier einmal eine Epidemie ausbrechen kann; wenn wir auch alle wünschen werden, daß Gott es verhüten möge, so müssen wir uns doch darauf einrichten. Ein Warten mit der Ueberweisung der 16 Morgen hat also gar keinen Zweck. Herr Dr. Jasper hat weiter darauf hingewiesen, weshalb die Einrichtung eines kommunalen Friedhofes wünschenswert wäre, jedoch dürfte es keinen Zweck haben, darauf noch eingehend zurück-



zukommen. Uebrigens sind Andersgläubige zur Bestattung auf dem Zentralfriedhofe zugelassen, wenn z. B. der Ehegatte dort schon begraben liegt. Es ist mir auch nicht ein einziger Fall bekannt, daß das Begräbniß eines Dissidenten auf dem Zentralfriedhofe nicht zugelassen wäre; sondern es ist nur als Grundsatz aufgestellt worden, daß die Verpflichtung zur Aufnahme solcher Leichen nicht besteht, die einer Konfession angehören, welche hier einen besonderen Friedhof unterhält. Das halte ich auch für gerechtfertigt, denn wie kommen wir dazu, für andere Religionsgemeinschaften einen Friedhof zu beschaffen? Die Zahlung der doppelten Gebühr haben wir nur dann gefordert, wenn Leichen auswärts verstorbener Personen hier beigesetzt werden sollen.

Was die weitergehende Mitwirkung der Versammlung an dem Friedhofswesen betrifft, so muß ich darauf hinweisen, daß die erste Friedhofsordnung mit Zustimmung der geehrten Versammlung erlassen worden ist, die Herren damals also keine Bedenken gegen die heutige Einrichtung gefunden haben. Hiernach gehört der Vorsitzende des Magistrates und ein Mitglied der Versammlung zur Deputation. Wenn die geehrte Versammlung in ihrer Mehrzahl Wert darauf legen sollte, die Deputation anders zusammenzusetzen, so läßt sich darüber sprechen, ob nicht mehrere Mitglieder der Versammlung in die Deputation geschickt werden sollen. Ich muß allerdings das Bedenken dagegen vorbringen, daß die Deputation dann ein bißchen groß wird und dadurch die Geschäfte erschwert werden.

Herr Mohr: Als Vorstandsmitglied des Feuerbestattungsvereins habe ich mich gefreut, aus dem Munde des Herrn Oberbürgermeisters gehört zu haben, daß in Aussicht steht, hier in absehbarer Zeit ein Krematorium zu erhalten. Wenn ich die etwas abwehrende Bewegung des Herrn Oberbürgermeisters richtig deute, so wird die Sache allerdings nicht allzu schnell gehen. Seit der letzten Besprechung dieses Gegenstandes in der Versammlung sind wir eigentlich noch nicht weiter damit gekommen. Nach der Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters soll im Herbst mit der Planierung des neuen Stückes vom Zentralfriedhofe begonnen werden, ich möchte daher die Bitte an die Friedhofsdeputation und den Magistrat richten, bei dieser Planierung den späteren Platz für das Krematorium und den Urnenhain mit vorzusehen zu wollen, damit hinterher nicht gesagt werden kann, es sei über diese 16 Morgen Land schon verfügt worden, wir hätten mit unseren Wünschen früher kommen müssen. Ich will also nur eine kleine Anregung gegeben haben, damit uns dieser Vorwurf demnächst erspart wird. Wenn Ministerium und Konsistorium wollen, so habe ich die Hoffnung, daß wir in Jahr und Tag sehen können, wohin unser Krematorium kommen wird. Warum sollten wir hiermit auch auf Preußen warten? Wir können

selbst ein Geschäft mit dem Krematorium machen. Wenn die Sache rasch durchgeführt wird, so kommen uns für zwei bis drei Jahre die ganzen Städte der Umgebung Braunschweigs, wie Hildesheim, Hannover, Goslar, Magdeburg usw. mit ihren Einäscherungen und wir können daraus nur Nutzen ziehen. In Chemnitz sind während der ersten Jahre aus dem Krematorium 22 000 *M* Ueber-schuß erzielt worden; ich sollte daher meinen, daß wir auch hier mit dem Krematorium noch ein ganz nettes Geschäft machen könnten.

Herr L ö j s i g t: Ich möchte hinzufügen, daß uns schon zu Lebzeiten des Oberbürgermeisters Bockels zugesichert wurde, es sollte bei Erweiterung des Zentralfriedhofes auf die Errichtung eines Krematoriums Rücksicht genommen werden. Deshalb ist der von Herrn Mohr geäußerte Wunsch durchaus angebracht. Es wäre wirklich gut, wenn wir damit bald einen Schritt vorwärts kämen.

Die Magistratsvorlage wird hierauf genehmigt.

### **XIII. Nutzbarmachung der Räume des Neustadtrathauses zu Schulzwecken.**

Der Direktor der städtischen Bürgerschulen hat gebeten, das Neustadtrathaus für Zwecke der hiesigen Bürger- und Fortbildungsschulen zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Schaffung eines Sammlungs- und eines Übungsraumes für Chemie und Physik, um einen größeren Raum zur Vorführung von physikalischen Versuchen mit teuren und stadtseitig nur einmal zu beschaffenden Apparaten, sowie zur Vorführung von Lichtbildern, auch könnte der Raum zu kleineren Versammlungen der wissenschaftlichen Abteilungen des Lehrervereins usw. benutzt werden. Endlich bedarf die Bibliothek des Lehrervereins eines Ortes, an dem sie dauernd verbleiben kann. Hierzu würden zwei Räume erforderlich sein. Die am Orte befindliche Jugendschriften-Kommission des hiesigen Lehrervereins besitzt ebenfalls eine Bibliothek, für deren Unterbringung in einem geeigneten Räume Sorge getragen werden muß. Endlich besteht hier der Anfang eines Schulmuseums, für dessen Unterbringung die Räume des Neustadtrathauses sehr geeignet sein würden.

Auf Veranlassung des Magistrates hat die städtische Bauverwaltung einen Umbauentwurf ausgearbeitet, dem folgende bauliche Aenderungen zugrunde liegen: Tieferlegung des Fußbodens in dem mittleren Langbaue um 0,85 m. In Verbindung hiermit steht die Beseitigung der durch Holzpfeiler nebst Unterzügen unterstützten Balkendecke des großen Lagerkellers und deren Ersatz durch eine auf Mauerpfeilern ruhenden massiven Decke. Ferner Ueberdachung des durch eine Mauer gegen die Straße abgegrenzten Hofes an der Ostseite des Gebäudes und die Vereinigung des dadurch gewonnenen Raumes mit dem

früheren Bibliotheksaale. Herrichtung eines geräumigen Treppenhauses an der Südwestecke des Hauses. Schaffung einer größeren Vorhalle hinter dem an der Nordseite des Gebäudes gelegenen Haupteingange. Nutzbare Herstellung der an der Nordwestecke des Gebäudes im Erdgeschoße gelegenen Räume und deren feuer sicherere Abgrenzung gegen die Durchfahrt nach dem inneren Hofe. Neubau eines Abortgebäudes auf dem inneren Hofe, sowie Herrichtung einer Speisekammer für den Diener. Endlich noch Anlage einer Zentralheizung, Einrichtung einer Heizkammer und Einbau einer Zugangstreppe.

Die Kosten für diese baulichen Aenderungen werden auf 35 000 bis 40 000 *M* überschläglich angenommen.

Der Magistrat crachtet im Einvernehmen mit dem Schulvorstande die Erfüllung des Wunsches des Schuldirektors als im Interesse des städtischen Schulwesens liegend, und hält auch den geplanten Umbau schon deshalb für nötig, um das Gebäude überhaupt nutzbar zu machen. Indem noch darauf hingewiesen wird, daß der 73 qm große Vortragsaal im Obergeschoße auch für mancherlei sonstige gemeinnützige Zwecke sehr brauchbar sein würde, gibt der Magistrat anheim, der Ausarbeitung eines genauen Projektes und Kostenanschlages zuzustimmen.

Herr Fröhling: Die Baukommission hält den vorläufigen Plan für geeignet, um daraufhin einen definitiven Plan auszuarbeiten; es wird deshalb die Annahme des Vorschlages empfohlen. Bemerken möchte ich hierbei noch, daß in dem Hause eine Dienerwohnung bleiben muß, die dort schon recht lange vorhanden ist. Die Etagenhöhe beträgt aber nur 2,5 m. Diese Höhe ist bekanntlich ausnahmsweise zulässig. Da nun der Diener mit der Wohnung zufrieden ist, ja sogar eine Wohnung in einem neueren Hause ausgeschlagen hat, so ist die Baukommission der Meinung, hieran nichts zu ändern.

Herr Lübke: Es kann im allgemeinen nur mit Freuden begrüßt werden, wenn das altherwürdige und für die Geschichte der Stadt bedeutsame Gebäude für den angeregten Zweck benutzt wird; ich freue mich deshalb, daß man auf den Gedanken gekommen ist, hier ein Schulmuseum einzurichten, da die Verzettlung der Sammlungen in den einzelnen Schulgebäuden nicht gut ist. Nur wegen der Art der Ausföhrung hätte ich einige leise Bedenken zu äußern. Wenn man das Gebäude für ein Museum einrichten will, so täte man gut, den jetzigen Mittelhof in einen Oberlichthof einzurichten. Die Ueberdeckung des Hofes ließe sich mit geringen Kosten herstellen. Wenn man dann die unteren Räume von dem Mittelhofe aus durch große Oeffnungen zugänglich machte, so könnte man für das Museum einen großen brauchbaren Mittelraum schaffen. Nicht so günstig scheint es mir zu sein, den kleinen Hof mit Oberlicht versehen zu wollen.

Unglücklich scheint mir außerdem der Gedanke zu sein, in den alten Hof die Aborteinrichtung einbauen zu wollen. Das ließe sich doch wohl besser einrichten. Ich möchte glauben, daß bei einer nochmaligen Bearbeitung des Projektes sich bessere und praktischere Verwertungsmöglichkeiten schaffen ließen, namentlich wenn Skizzen nach verschiedenen Richtungen hin vorgelegt würden. Ich würde hierbei sogar den Weg einer beschränkten Konkurrenz nicht für verfehlt halten. Das Gebäude repräsentiert einen ganzen Stadtteil von Braunschweig, und es ist kein weggeworfenes Geld, wenn man sich mit dem Gebäude etwas eingehender beschäftigt. Es müßte hier etwas Schönes und Ganzes geschaffen werden, das dem Neustadtrathause auf lange Zeit seine frühere Bedeutung wiedergibt.

Herr Fr ü h l i n g: Die Anregungen des Herrn Lübke sind auch in der Kommission in ähnlicher Weise besprochen worden. Was die Rugbarmachung des Hofes als Lichthof betrifft, so war davon abgesehen worden, weil die Freilassung des Hofes wegen etwaiger Feuergefährdung für nötig gehalten wurde. Die anderweite Anlegung der Abtritte war auch von uns vorgeschlagen worden. Da hier aber nur die Grundlage für das Projekt gegeben ist und letzteres erst ausgearbeitet werden soll, so sind wir auf dessen Einzelheiten nicht näher eingegangen, sondern haben uns das vorbehalten, bis ein wirkliches Projekt vorliegt. Der weitere Vorschlag des Herrn Lübke, eine Konkurrenz auszuschreiben, ist nicht zu verwerfen, jedoch möchte ich anheingeben, einen entsprechenden Antrag später zu stellen, da die Sache immer noch ausgeschrieben werden kann. Jedenfalls haben wir in der Kommission als Prinzip festgelegt, danach zu sehen, daß möglichst wenig an dem alten Gebäude geändert wird, damit wir nicht einen Neubau bekommen, bei dem nur einige alte Steine von dem jetzigen Gebäude Verwendung gefunden haben, sondern daß das Gebäude erhalten bleibe. Darum möchte ich Annahme der Vorlage empfehlen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich möchte ebenfalls bitten, von dem Konkurrenzausschreiben in diesem Falle abzusehen. Es läßt sich nicht leugnen, daß ein Konkurrenzausschreiben unter Umständen von großem Wert sein kann, aber die Sache hat auch ihre Nachteile. Wir haben es einmal bei der Jakobikirche durchgemacht, und ich muß offen gestehen, ich hätte nicht geahnt, daß die sachgemäße Behandlung eines Konkurrenzausschreibens eine derartige kolossale Arbeit machen würde. Wenn es sich um Schaffung neuer Werte handelt, ist ein solches Ausschreiben recht gut, aber hier handelt es sich nur um die anderweite Ausgestaltung des Innern eines vorhandenen Gebäudes, und ich meine, wenn unter solchen Umständen die städtische Bauverwaltung mit dem Magistrate und der Versammlung zu der Ansicht kommt, daß ein Projekt gut sei, so könnte man

es auch als gut ansehen und genehmigen. Sollte Ihnen aber nachher das Hauptprojekt nicht gefallen, so wird sich der Magistrat nicht auf den Standpunkt stellen, daß Sie einmal das Vorprojekt genehmigt hätten und daher auch das Hauptprojekt genehmigen müßten; wir stehen vielmehr auf dem Standpunkte, daß wir uns diese Sache, deren Ausführung durchaus keine Eile hat, dreimal überlegen können und daß wir den Wünschen der Versammlung gern Rechnung tragen werden.

Herr Lübke: Ich habe nicht unbedingt eine Konkurrenz ausgeschrieben wissen wollen, sondern nur geglaubt, darauf hinweisen zu müssen, daß die Anlage der Aborte eine spätere Verwendungsmöglichkeit des Hofes etwas präjudizierte. Wenn Herr Frühling sagte, man wäre davon abgekommen, den Hof zu überbauen und zwar aus Gründen der Feuerficherheit, so meine ich, daß die Feuerwehr unklug handeln würde, wenn sie im Falle eines Brandes in den Hof fahren wollte; das Gebäude ist so klein, daß es von allen Seiten mit der Spritze behandelt werden kann. Wenn man einen Oberlichtraum schafft, wie das im Kunstgewerbemuseum in Berlin und in Hamburg geschehen ist, und wenn man die hofseitigen Wände weiter öffnet, so tut man damit dem Aeußeren des Gebäudes keinen Zwang an. An diesem Aeußern möchte ich auch nichts geändert haben; das Gebäude ist für uns ein historisches Denkmal aus alter Zeit, dessen Aeußeres jedes Projekt schonen muß. Ich glaube nur, daß die hier vorliegenden Möglichkeiten noch nicht erschöpft sind, weshalb ich mich für das Vorprojekt nicht recht erwärmen kann.

Herr Oberbürgermeister Köttemeyer: Ob Sie demnächst das Projekt, das wir Ihnen vorlegen werden, nochmals als Vorprojekt behandeln wollen, oder als endgültiges Projekt, soll uns ganz gleichgültig sein. Wir haben schon in der Baukommission gehört, daß es einerlei ist, ob das zweite Projekt endgültig ausgearbeitet wird, oder ob nochmals eine andere derartige Skizze hergestellt wird, die eine genaue Veranschlagung der Kosten ermöglicht. Gegen die sonstigen baulichen Einrichtungen des Gebäudes habe ich von Herrn Lübke Einwendungen nicht gehört. Er bemängelt allerdings die Anlage der Bedürfnisanstalten auf dem Hofe, jedoch läßt sich dies nicht vermeiden, weil man die Aborte nicht in die Schulräume hineinlegen kann. Die Vorschrift des Gesetzes geht dahin, daß nur ein Viertel eines Grundstückes bebaut werden soll, wir müßten also erst die Genehmigung zur Bebauung des ganzen Grundstückes einholen, die allerdings wohl erteilt werden würde. Wenn Sie jetzt in das Gebäude kommen, so werden Sie finden, daß dort die Luft regelmäßig schlecht ist. Die Räume sind zu tief und außerdem ist das Haus rings von hohen Gebäuden eingeschlossen, so daß die Ventilation infolgedessen höchst mangelhaft ist. Man

könnte sich wohl helfen mit der Einrichtung einer künstlichen Ventilation, jedoch scheint es mir wünschenswerter zu sein, den Hof nicht zu überdachen, damit die Ventilation besser wird. Wenn Herr Lübbe indessen Wert darauf legt, so will ich gern dem Magistrat anheimgeben, diese Frage mit erörtern zu lassen. Die Ueberdachung des Hofes würde allerdings zur Folge haben, die Bedürfnisanstalten dort verschwinden zu lassen.

Herr Lübbe: Ich lege Wert darauf, diese Frage zu prüfen. Es müssen dort natürlich Lüftungskanäle eingeführt werden. Die naturwissenschaftlichen Präparate haben stets einen üblen Geruch an sich, so daß der Aufenthalt in einem solchen Museum gerade nicht sehr angenehm ist, wenn nicht regelmäßig und tüchtig gelüftet wird.

Vorjehender: Da die Vorlage keine Festlegung der Versammlung bedeutet, so ist es noch nicht an der Zeit, die von Herrn Lübbe vorgebrachten Einzelheiten zu beraten.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

#### XIV. Errichtung weiterer Sammelzellen in der Frauenbadeanstalt.

Bei Vorlegung eines Entwurfs zur Errichtung von zwei weiteren Sammelzellen für die Frauenbadeanstalt im Bürgerparke und die damit im Zusammenhang stehende Einrichtung eines Sonnenbades, bemerkt die städtische Bauverwaltung, daß die dadurch entstehenden Kosten auf 5000 *M* ermittelt worden sind. Die Sammelzellen sollen auf dem zwischen der jetzigen Ostseite der Frauenbadeanstalt und den alten Ziltern gelegenen Terrain in einer Größe von je 6,50 m Länge und 5,30 m Breite in ähnlicher Weise zur Ausführung gebracht werden, wie die auf der Badeanstalt bereits vorhandenen Zellen, und vermögen jede etwa 30 bis 35 Personen aufzunehmen.

Der Magistrat ersucht, sich mit der Ausführung der Anordnung II einverstanden zu erklären und die dafür erforderlichen 5000 *M* zu verwilligen, da ein Bedürfnis zu einer solchen Erweiterung der Anstalt sich im vergangenen Jahre geltend gemacht habe.

Herr Konegen: Die Baukommission hat der Vorlage zugestimmt und empfiehlt deren Annahme.

Herr Kleinflecht: Die Einrichtung der Frauenbadeanstalt ist seinerzeit mit großer Freude begrüßt worden, und ich habe auch viel lobenswertes darüber gehört. Ein Punkt ist aber von vielen Seiten gerügt, daß nämlich das Wasser zu flach sei und die Mädchen überall stehen könnten. Wenn ich mich recht erinnere, ist auch schon darüber gesprochen worden, daß die Bassins aus-

gebaggert werden sollten. (Rufe: Ist bereits geschehen!) Ich habe aber noch in diesen Tagen die Klage gehört, daß die jungen Mädchen dort nicht schwimmen könnten, weil das Wasser zu flach sei und daß sich eine Dame beim Kopfsprung auf den Kopf gestoßen habe. Die Ausbaggerung muß, wenn sie schon erfolgt ist, nicht gründlich genug geschehen sein.

Vorsitzender: Ich weiß, daß das Bassin in der Mitte so tief ist, daß die Mädchen dort nicht mehr stehen können.

Herr Bürgermeister Meyer: Wahrscheinlich ist Herrn Dr. Kleinfnecht von solchen Damen Bericht erstattet worden, die die Anstalt in diesem Jahre noch nicht besucht haben. Wir haben die Ablassung der Oker neulich benutzt, um mit 40 bis 50 Mann das Schwimmbassin und auch das Bassin für Nichtschwimmer möglichst gründlich zu reinigen. Diese Reinigung hat allerdings nicht so weitgehend stattfinden können, als wenn die Oker für 8 Tage abgelassen gewesen wäre, immerhin ist ein so großer Tiefstand erreicht worden, daß Leute von unserer Größe bei Betreten des Schwimmbassins sofort ertrinken würden, wenn sie nicht schwimmen können. Außerdem ist in Aussicht genommen, daß die Stadt einen Bagger beschafft, um das Flußbett leichter und gründlicher reinigen zu können. Vielleicht werden wir der Versammlung noch vor den Ferien eine Vorlage darüber machen.

Herr Löhnefink: Ich möchte mich den Ausführungen des Herrn Dr. Kleinfnecht anschließen. Ich habe noch in allerletzter Zeit gehört, daß die Mißstände in bezug auf eine erhebliche Verschlammung der Badeanstalt weiter bestehen, und ich möchte auch bitten, baldmöglichst Abhilfe zu schaffen.

Herr Henking: Nach Ausweis des Planes sollen die neuen Sammelzellen nach Norden zu geöffnet sein. Das kann ich nicht für eine günstige Anlage halten. Meiner Ansicht nach wäre es richtiger, sie so zu legen, daß sie nach Süden oder Osten zu geöffnet würden. Wir haben vorherrschend Westwinde, gegen die man die Hallen und auch das Sonnenbad schützen muß. Wer selbst öfter ein Sonnenbad genommen hat, weiß, wie wohltuend ein solches Bad auf den Körper wirkt.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich glaube, daß der Ideengang des Herrn Dr. Henking auf falschen Voraussetzungen beruht. Es ist in Aussicht genommen, das ganze Sonnenbad mit einer Planke zu umgeben, wodurch der Aufenthalt in dem Bade gegen den Wind genügend geschützt wird. Die Aufstellung der Sammelzellen ist aber deshalb so gewählt worden, weil es wünschenswert erschien, den badenden Personen vom Wasser aus den Blick nach den Zellen-

zugängen offen zu lassen. Ich glaube nicht, daß die Windrichtung von solchem Einfluß sein kann, um die Benutzung des Sonnenbades gefährden zu können.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

### **XV. Ankauf eines Grundstücks an der Helmstedterstraße.**

In der Sitzung vom 21. April d. Js. — Seite 27 des Berichtes — hatte die Versammlung beschlossen, das Hildebrandtsche Grundstück an der Helmstedterstraße anzukaufen, sofern es für den Preis von etwa 65 000 *M* käuflich sein sollte. Der Vertreter der Hildebrandtschen Erben bietet jetzt das Grundstück zum Preise von 67 500 *M* zum Kauf an, und der Magistrat empfiehlt, sich mit diesem Preise einverstanden zu erklären.

Herr *Fricke* befürwortet namens der Baukommission die Genehmigung des Antrages.

Herr *Böhnefink*: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, welchen Zwecken der Ankauf des Grundstücks dienen soll.

Herr *Fricke*: Da die Howaldtstraße so steil nach der Helmstedterstraße abfällt, daß sie nicht befahren werden kann, so soll über das Hildebrandtsche Grundstück hinweg eine Durchgangsstraße nach der Helmstedterstraße zu angelegt werden.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

### **XVI. Ankauf eines Grundstücks an der Kastanienallee.**

In südlicher Verlängerung der Biethenstraße ist durch den Ortsbauplan eine 14 m breite Verbindungsstraße zwischen Howaldtstraße und Kastanienallee (Straße Nr. 47) vorgesehen. Das dort vorliegende Verkehrsbedürfnis ist indessen nach der Ansicht des Magistrates nicht so groß, daß um deswillen eine Fahrstraße als nötig erachtet werden könnte, insbesondere aber dann nicht, nachdem der Ankauf und Ausbau des Hildebrandtschen Grundstücks (Nr. XV der Tagesordnung) beschlossen worden ist. Es genügt vielmehr die Schaffung einer dem Fußgängerverkehr dienenden Verbindung im Zuge der Biethenstraße. Die Versammlung wird daher ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Straße Nr. 47 des Ortsbauplanes aufgehoben und durch einen 5 m breiten Fußsteig ersetzt werde.

Sollte diesem Ersuchen entsprochen werden, so wird weiter beantragt, zuzustimmen, daß das zur Anlage jenes Fußsteigs allein in Betracht kommende, den Erben der Frau Pastor Wiskens gehörige Grundstück Kastanienallee Nr. ass. 3424 zum Preise von 28 000 *M* stadtsseitig erworben werde. Die in



Vorschlag gebrachte Lage des Fußsteiges gestattet nicht nur, daß das Wilkenssche Wohnhaus stehen bleiben, sondern auch, daß aus dem nach der Helmstedterstraße zu gelegenen Teile des Grundstücks noch ein Bauplatz gewonnen werden kann. Ueber den Ausbau des Fußsteiges wird noch eine besondere Vorlage ergehen.

Herr Mehrhoff: Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und empfiehlt deren Genehmigung. Es war wohl eine Stimme dafür, die Fahrstraße hier beizubehalten, doch meinte die Mehrheit, daß es mit Rücksicht auf die über das Hildebrandsche Grundstück zu legende Straße genüge, wenn hier nur ein Fußsteig geschaffen werde.

Herr Lübke: Ich habe persönlich den Eindruck, daß der Durchbruch in einer Breite von 5 m reichlich schmal sei und der Finanzminister hierbei zu sehr den Daumen auf dem Beutel gehabt habe. Deshalb möchte ich beantragen, die Vorlage nochmals in die Baukommission zurückzuweisen, um zu prüfen, ob es nicht vorzuziehen sei, eine breitere Straße anzulegen.

Herr Fröhling: Diese Frage ist in der Baukommission bereits eingehend erörtert worden, weshalb eine Zurückweisung der Vorlage an die Kommission keinen Zweck haben würde. Die Baukommission würde genau dasselbe beschließen, da neue Gründe nicht vorgebracht worden sind. Ich bitte daher, die Zurückverweisung abzulehnen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Breite von 5 m ist durch die dortigen örtlichen Verhältnisse gegeben, indem der Zwischenraum zwischen dem Hause und der nördlichen Grenze des Nachbargrundstücks 5 m beträgt. Wäre der Raum breiter, so hätten wir auch eine größere Breite für den Weg vorgeschlagen. Andererseits stehen wir auf dem Standpunkte, daß der Weg breit genug ist, um den dafür in Frage kommenden Verkehr zu tragen. Es handelt sich dabei nur um den Aufschluß der Zietzenstraße mit ihren 3 bis 4 Häusern, der Giersbergstraße mit etwa 5 Häusern und der Hochstraße mit 8 Häusern. Die für den Durchgang in Betracht kommende Einwohnerzahl ist also nur verschwindend gering.

Herr Mehrhoff: Ich bin derjenige gewesen, der in der Kommission dafür eintrat, die Straße Nr. 47 nicht aufzuheben, aber trotzdem vorläufig nur einen Fußweg anzulegen; jedoch muß ich zugeben, daß die Möglichkeit einer späteren Verbreiterung der Straße uns immer noch bleibt. Die Anregung des Herrn Lübke würde bei der demnächstigen Beratung des Projektes anzubringen sein. Ich habe mich dem Votum der Baukommission hinterher angeschlossen.

Herr Lübke: Es ist schwer, in den paar Minuten das Projekt nach allen Richtungen hin genau zu prüfen. Meiner Meinung nach wird die Straße auch

benußt werden, wenn sie angelegt wird. Da ich mich in dieser Annahme aber irren kann, so habe ich Zurückverweisung an die Kommission beantragt, denn bei der Anlegung neuer Straßen bin ich nicht dafür, Tweten zu schaffen, sondern befahrbare Straßen. Daß die Schaffung einer Straße dort schon jetzt notwendig ist, habe ich nicht behaupten wollen, aber es kann erwünscht sein, dort später eine Durchfahrt zu erhalten. Ich würde es deshalb für richtiger halten, wohl das Grundstück anzukaufen, aber sich nicht auf einen Durchgang von 5 m festzulegen. Vielleicht könnte man heute beschließen, die Straße auf 8 m anzulegen, aber vorläufig nur auf 5 m auszubauen.

Herr Friede: Es ist selbstverständlich, daß die Baukommission sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt hat. Herr Lübke geht von einer falschen Voraussetzung aus. Wir haben eben das benachbarte Hildebrandsche Grundstück angekauft, um dort eine Straße durchzulegen und können doch unmöglich dicht daneben noch eine Straße schaffen. Das wäre mehr als Luxus. Wenn der Magistrat beschlossen hat, den Anwohnern zu Liebe dort noch einen 5 m breiten Fußweg zu schaffen, so dürfte das in jeder Beziehung genügen. Mit der Genehmigung des Ankaufs des Hildebrandschen Grundstücks ist dieser Durchbruch illusorisch geworden.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Eigentümer des Wilkenschen Grundstücks haben uns dieses zum Kauf angeboten. Der Magistrat hat sich auf den Standpunkt gestellt, zu sagen: wenn wir das Grundstück zu einem angemessenen Preise bekommen können, so sind wir nicht abgeneigt, es zu erwerben, sofern eine Änderung des Ortsbauplanes in der Richtung beschlossen wird, daß über das Grundstück nicht eine breite Fahrstraße angelegt werden soll, sondern die Stadt sich mit einem schmaleren Fußwege begnügt. Der Ortsbauplan muß also geändert werden, und diese Änderung ist für uns Voraussetzung für den Ankauf des Grundstücks. Im übrigen würde dem, was Herr Lübke sich für die Zukunft ausmalt, in keiner Weise vorgegriffen, wenn die Herren heute die Änderung des Ortsbauplanes beschließen, wie sie von uns beantragt wird. Nach zehn oder zwanzig Jahren können wir den Ortsbauplan bei eintretender Notwendigkeit immer wieder ändern. Weshalb sollen wir heute aber das Haus abreißen, ohne daß dazu eine Notwendigkeit vorliegt?

Herr Lübke: Ich ziehe unter diesen Umständen meinen Antrag zurück.

Herr Möhle: Nach der Äußerung des Herrn Bürgermeisters Meyer scheint die Stadt mit dem Plane umzugehen, den rechts vom Gebäude liegenden Teil des Grundstücks als Bauplatz verwenden zu wollen. Wenn das der Fall sein sollte, so würde dann allerdings an der Breite des Weges nichts mehr zu ändern sein.

Herr Bürgermeister M e h e r: Es handelt sich dabei nur um einen Bauplatz. Da dieser Bauplatz ohne Genehmigung der Versammlung nicht anderweit verwendet werden kann, so wird Ihnen neben dem Projekte über den Ausbau des Fußsteiges demnächst eine Vorlage über die Verwendung des Restgrundstücks zugehen. Sollte die Versammlung dann etwa meinen, den Bauplatz für die Stadt behalten zu müssen, so wird er nicht verkauft, sondern anderweit, vielleicht zu Schrebergärten usw., genutzt werden.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

### **XVII. Ausbau der projektierten Straße Nr. 555.**

Anlässlich der Verhandlungen über die kürzlich von den städtischen Behörden beschlossene Aufnahme der Straße Nr. 555 in den Ortsbauplan hat der Eigentümer des Grundstücks, über das der Straßenzug läuft, Malermeister Sander, beantragt, die Straße auf seine Kosten als Ortsstraße auszubauen. Da gegen den Antrag sprechende Bedenken nicht vorliegen, so hat der Magistrat mit Herrn Sander wegen Ausbaues der Straße einen Unternehmervertrag abgeschlossen, dessen Genehmigung anheimgegeben wird.

Auf Antrag der Baukommission, für die Herr R i e f e berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

### **XVIII. Teilnahme städtischer Beamten an verschiedenen Ausstellungen.**

Im Mai und Juni 1910 findet in Berlin eine allgemeine Städtebau-Ausstellung statt, deren Besichtigung durch einige städtische Beamte vom Magistrat empfohlen wird. Es dürften dazu in erster Linie der Leiter und die vier Abteilungspräsidenten der städtischen Bauverwaltung, sowie das in der Hauptsache mit Baufragen beschäftigte Mitglied des Magistrates geeignet erscheinen. Von diesen sechs Beamten sollen fünf nach Berlin und einer (Herr Baurat Menadier) nach Brüssel zum Besuche des dort vom 31. Juli bis 7. August 1910 stattfindenden internationalen Straßenkongresses entsandt werden. Die Dauer des Besuches wird für Berlin auf 4 Tage, für Brüssel auf eine Woche zu bemessen sein. Dem Antrage des Magistrates, sich mit der Besichtigung der beiden Veranstaltungen einverstanden zu erklären, sowie die dazu erforderlichen Mittel im Betrage von 650 M zu bewilligen,

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Finanzkommission, für die Herr J a s p e r berichtet.

## XIX. Abrechnung über die Instandsetzung verschiedener Straßen.

In Befolgung der Bestimmungen des § 19 der Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten vom 25. April 1904 hat die städtische Bauverwaltung nach vollendetem Ausbau bzw. beendeter Instandsetzung verschiedener Straßen vergleichende Zusammenstellungen der anschlagsmäßigen und der wirklich aufgewendeten Kosten aufgestellt. Hiernach handelt es sich um folgende Straßen und Summen:

Straße	Anschlag M	Wirkliche Ausgabe M	Minder-Ausgabe M
Bertramstraße zwischen Gerstäcker- und Leonhardstraße . . . . .	25 000	23 384,94	1 615,06
Kadellint (südlicher Teil) . . . . .	7 800	7 796,22	3,78
Garfläche . . . . .	9 000	6 984,94	2 015,06
Güldenstraße zwischen Sonnenstraße und Südklint . . . . .	41 000	36 621,81	4 378,19
Mönchstraße . . . . .	15 800	13 272,35	2 527,65
Petersilienstraße . . . . .	10 000	9 398,63	601,37

Die Versammlung erhält diese Zusammenstellung zur Kenntnissnahme.

Herr Fr ü h l i n g: Die Baukommission hat die Vorlage durchgesehen und nichts dazu zu bemerken gefunden; sie beantragt daher, die Vorlage damit als erledigt anzusehen. Es ergibt sich aus der Zusammenstellung, daß mit den bewilligten Summen in jeder Beziehung vorschriftsmäßig verfahren ist.

Die Vorlage gilt als erledigt.

## XX. Erwerb einer Grundfläche an der Gehsostraße.

Der Gehsostraße nördlich vorgelagert befindet sich eine äußerlich als deren Teil erscheinende Grundfläche, die gleichzeitig mit der genannten Straße durch die Stadt ausgebaut ist, sich aber bis heute noch im Eigentume der Landeseisenbahn-Gesellschaft befindet. Die Unterhaltung der auf der Fläche vorhandenen Straßenbefestigung erfolgt durch die städtische Bauverwaltung, doch zahlt die Gesellschaft dafür jährlich 65 M. Unter Hinweis darauf, daß dieser Straßenzug für Verlegung des Hauptgasrohrs, des Kanals, der Wasserleitung, sowie der Straßenbahngleise in gleicher Weise in Anspruch genommen sei, wie die anstoßende Gehsostraße, hat die Direktion der Braunschw. Landeseisenbahn gebeten, ihr denselben ohne Gegenleistung abzunehmen und in eine städtische Straße umzuwandeln. Der Magistrat ersucht, dem stadtseitigen Erwerbe, sowie

der Uebernahme der Unterhaltung der betreffenden Fläche unter der Bedingung zuzustimmen, daß die durch eine bessere Befestigung des östlichen Fußweges später erwachsenden Kosten von der Landeseisenbahn getragen werden.

Herr F r i e: Die Baukommission hat anerkannt, daß die Landeseisenbahn im Rechte ist und daß es sich empfiehlt, ihr hier entgegenzukommen, zumal sie uns ebenfalls entgegengekommen ist, indem sie gestattet hat, das Hauptkanalrohr durch den Bahnkörper zu legen, wodurch uns viele Kosten erspart wurden. Es wird beantragt, der Vorlage zuzustimmen,

was seitens der Versammlung geschieht.

## XXI. Teilnahme eines Hilfsbeamten an einem Ausbildungskursus.

Vor der Eröffnung der städtischen Rechtsauskunftsstelle hat der leitende Bureaubeamte Bruno Müller einen vom „Sozialen Museum“ in Frankfurt a. M. veranstalteten Ausbildungskursus mit gutem Erfolge besucht. Vom 19. September bis 8. Oktober wird dort wieder ein derartiger Kursus abgehalten. Es erscheint dem Magistrate ratsam, den zweiten Beamten der Rechtsauskunftsstelle, Hilfschreiber Vogelsang, daran teilnehmen zu lassen. Die Kosten würden sich aus 30 M Einschreibgebühr, sowie etwa 220 M Diäten und Reisekosten zusammensetzen. Dem Antrage des Magistrates, die Verwilligung der erforderlichen Mittel auszusprechen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr J a s p e r berichtet, zu.

## XXII. Antrag S a n d e r: Verbesserung der Straßenbeleuchtung.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Verbesserung der Straßenbeleuchtung am Petritortwalle dahin auszuweiten, daß die andere der für die Verbesserung in Aussicht genommenen gegenüberstehenden Laternen ebenfalls für zwei Glühstrümpfe hergerichtet werde.“

Der schon bei Punkt VIII der heutigen Tagesordnung begründete Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

### XXIII. Anfrage L ü b k e: Durchführung der Gliesmaroder Straßenbahnlinie zum Hauptbahnhofe.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft darüber zu geben, ob Aussicht vorhanden ist, daß die Linie Gliesmarode—Ruhfäutchenplatz der elektrischen Straßenbahn bald bis zum Hauptbahnhofe durchgeführt wird?“

führt Herr L ü b k e folgendes aus: Es ist schon geraume Zeit her, daß wir uns über diesen Gegenstand unterhalten haben. (Sitzung vom 3. Februar 1910, Seite 514 des Berichtes.) Damals war die Versammlung allgemein der Ansicht, daß diese Durchführung ein dringendes Bedürfnis sei. Es wurde uns gesagt, daß erst Verhandlungen mit den beteiligten Behörden stattzufinden hätten. Inzwischen sind nun schon wieder mehr als drei Monate verstrichen, ohne daß Abhilfe geschaffen ist. Die Bevölkerung des Fallerzlebertordistriktes hat sich zwar ein klein wenig beruhigt, und zwar liegt das nur daran, daß inzwischen die wärmere Jahreszeit herangekommen ist, in der man ein längeres Warten auf den Wagen nicht so unangenehm empfindet. Auch will ich anerkennen, daß die Verwaltung der Straßenbahn jetzt Sorge trägt, daß die Anschlüsse pünktlicher funktionieren, als früher, und man daher mit der Straßenbahn nicht mehr Zeit gebraucht, als wenn man zu Fuß nach dem Bahnhofe geht. Während der Pfingsttage ist mir allerdings aufgefallen, daß die Fürsorge der Straßenbahn-Verwaltung während des großen Pfingstverkehrs für die Anwohner der Gliesmaroder Linie sehr gering gewesen ist. Als ich nach dem Hagenmarkte kam und wollte in dem Anschlußwagen nach dem Bahnhofe weiter fahren, war dieser voll besetzt, so daß ich schließlich zu Fuß den Bahnhof zu erreichen suchen mußte. Ein solcher Zustand ist als ein angenehmer nicht zu bezeichnen; es hätte wenigstens ein Anhängewagen verfügbar sein müssen. Jedenfalls regt dieser Vorfall zum Nachdenken darüber an, ob die Linie nicht wenigstens versuchsweise einmal bis zum Bahnhofe durchgeführt werden könnte. Am Abend desselben Tages hatte ich mehr Glück: ich stieg auf dem Bahnhofe in einen Wagen der Stadtparklinie, sah indessen auf dem Friedrich-Wilhelm-Platze eine Menschenmauer stehen, die der Beförderung harnte, aber wegen Mangels an genügenden Wagen nicht befördert werden konnte. Auch dieser Fall dürfte Veranlassung geben, darauf zu dringen, daß wir vom nordöstlichen Stadtteile aus eine Verbindung nach dem Hauptbahnhofe erhalten. Bei der Beratung der Bahnhofsvorlage sind uns seinerzeit sehr rosigte Bilder über eine Straßenbahnverbindung zwischen dem Bahnhofe in Eisenbüttel und dem Stadttinnern gemalt worden, die ich damals schon bezweifelte, jetzt aber noch viel mehr anzweifeln muß.

Herr Bürgermeister Meyer: In der Sitzung vom 3. Februar d. Js. ist nicht allein diese Frage behandelt worden, sondern es wurden noch verschiedene andere Punkte als vielleicht ebenso wichtig angesehen, und es wurde dem Magistrate anheimgegeben, wegen aller dieser Sachen mit der Direktion der Straßeneisenbahngesellschaft in Verbindung zu treten. Das ist geschehen. Die Direktion hat auch schnell geantwortet, und die Sachen sind darauf der städtischen Bauverwaltung zur Aeußerung zugegangen, deren Antwortschreiben dem Magistrate seit drei Tagen vorliegt. Ich kann daraus mitteilen, daß die städtische Bauverwaltung die von der Straßenbahn hervorgehobenen Schwierigkeiten, die der Fortführung der Gliesmaroder Linie bis zum Hauptbahnhofe entgegenstehen, anerkennt. Sie bestehen in folgendem: Einmal reichen die Anlagen auf dem Bahnhofsterrain nicht aus, um dajelbst eine dritte Linie einmünden zu lassen; es werden deshalb eventuell Erweiterungsanlagen geschaffen werden müssen, und diese können nur wieder mit Genehmigung der Staatseisenbahn ausgeführt werden. Ob diese solche gestattet, kann nicht mit Sicherheit angenommen werden. Außerdem ist noch eine technische Schwierigkeit vorhanden, die sich aus der Weichenanlage vor dem Hotel Monopol ergibt. Diese ist schon jetzt dadurch reichlich kompliziert, daß die Weiche bereits von drei Linien passiert wird; wenn nun noch eine vierte Linie dorthin gelegt wird, so wird die Passage noch erheblich erschwert werden, und es wird auf die Weiche ein so starker Verkehr kommen, daß Verkehrsstörungen wohl unausbleiblich sind. Von der Verwaltung der Straßenbahn ist auch in Erwägung genommen, die Gliesmaroder Linie auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz endigen zu lassen; aber es ist das nur dann möglich, wenn neue Anlagen für ein Standgleis geschaffen werden.

Diese ganzen Fragen sind nicht so einfach und leicht, daß sie sich in vier Wochen vollständig erledigen ließen. Ich bedaure selbst, daß die Sache länger gedauert hat, als es im Interesse der Beteiligten wünschenswert erscheint, jedoch liegt die Verzögerung nicht beim Magistrate. Ich hoffe, daß ich bald nähere Auskunft geben kann.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 7¼ Uhr.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 23. Juni 1910.

### Tagesordnung:

I. Errichtung eines Anbaues an das städtische Krankenhaus und Vergebung der Arbeiten an einen Generalunternehmer . . . . .	Seite 68
II. Zuschuß zum Verbandstage des Grundbesitzervereins . . . . .	" 90
III. Zuschuß zum Verbandstage der Deutschen Müller . . . . .	" 90
IV. Zuschuß zum Sängerkette des Harzer Arbeiter-Sängerbundes . . . . .	" 91
V. Instandsetzung der Lindentwete . . . . .	" 97
VI. Instandsetzung der Abefnarre . . . . .	" 98
VII. Instandsetzung der Kupfertwete . . . . .	" 98
VIII. Instandsetzung der Bodstwete . . . . .	" 99
IX. Ankauf einer Grundfläche beim Lagerplaze am Weßbahnhofo . . . . .	" 99
X. Zuschuß an den Blindenverein . . . . .	" 99
XI. Adereweite Nutzung des am Augustplaze gelegenen Plazes . . . . .	" 100
XII. Stadtseitige Uebernahme eines Wegestreifens . . . . .	" 101
XIII. Antrag auf Entsendung von Weßigern zu dem Verbandstage der deutschen Gewerbeberichte . . . . .	" 102
XIV. Anschaffung einer Kotsbrechmaschine . . . . .	" 103
XV. Anschaffung einer Turmuhr für die Jakobikirche . . . . .	" 104
XVI. Aenderang des Fußbodenbelages in einer Schulturnhalle . . . . .	" 104
XVII. Instandsetzung einer Straße am Neustadtrathause . . . . .	" 105
XVIII. Instandsetzung der Kaiserstraße . . . . .	" 106
XIX. Aufhebung der Teilstrecke eines Interessentenweges . . . . .	" 106
XX. Ankauf zweier Flächen zur Wallstraße . . . . .	" 106
XXI. Gehaltsaufbesserung für die städtischen Oberlehrer . . . . .	" 107
XXII. Uebernahme der Eisenbüttelerstraße . . . . .	" 112
XXIII. Beteiligung an der internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden . . . . .	" 114



XXIV.	Ausbau der Glückstraße. . . . .	Seite 117
XXV.	Instandsetzung des Radeflints und der Straße am neuen Petritore . . . . .	" 118
XXVI.	Ankauf von Flächen an der Bodelstraße usw. . . . .	" 118
XXVII.	Ausbau der projektierten Straße Nr. 205 a. . . . .	" 119
XXVIII.	Ausbau der projektierten Straße Nr. 541 . . . . .	" 120

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Netemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Akenhausen, Fricke, Kalms, Konegen, Löhnefinke, Löschigk, Mohr und Ribbentrop.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung mit der Bekanntgabe folgender Eingänge:

1. Erster Geschäftsbericht der städtischen Rechtsauskunftsstelle, der allen Mitgliedern der Versammlung zugegangen ist.
2. Gesuch des Malers Richard Becker um Unterstützung von Arbeiter-Gesangvereinen bei Abhaltung eines Sängerbundesfestes.

Der erstere Gegenstand gilt als erledigt, sofern nicht jemand Bemerkungen daran zu knüpfen hat, der letztere wird am Schlusse der Tagesordnung vorge-  
tragen werden.

Hierauf wird zur Erledigung der Tagesordnung übergegangen.

## **I. Errichtung eines Anbaues an das städtische Krankenhaus und Vergebung der Arbeiten an einen Generalunternehmer.**

Der starke Personenbestand des städtischen Pflege-, Armen-, Siechen- und Krankenhauses bringt es mit sich, daß dort nicht selten bei dem Auftreten ansteckender Krankheiten Schwierigkeiten wegen der Unterbringung der Kranken oder Krankheitsverdächtiger entstehen. Besonders häufig verursacht das seit fünf Jahren in Betrieb genommene neue städtische Kinderheim, in dem sich regelmäßig etwa 180—190 Kinder befinden, der Anstalts-Verwaltung beim Ausbruch von Masern, Scharlach, Diphtherie, Stiechusten und dergl. erhöhte Sorge, weil die Gefahr der Weiterverbreitung der Krankheit mit allen verfügbaren Mitteln verhindert werden muß. Wenn auch das Herzogliche Krankenhaus, das Krankenhaus vom Roten Kreuz und das Marienstift bei Bedarf dankenswerter Entgegenkommen durch Uebernahme von Kranken gezeigt haben, so handelt es sich doch vielfach um leichtere Beobachtungsfälle, in denen

die Ueberführung in eine andere Anstalt nicht angebracht ist. Das Streben der Verwaltung muß deshalb in erster Linie dahingehen, auf dem Anstaltsgründstücke selbst Vorkehrungen zu besitzen, die eine Behandlung jener Pfléglinge ermöglichen. In notdürftiger Weise ist dies bisher durch Benutzung einer vor längeren Jahren angeschafften, inzwischen abgängig gewordenen Baracke geschehen, die nördlich vom Hauptgebäude des städtischen Krankenhauses nahe am Okerufer aufgestellt war und 20 Kranken Unterkunft gewährte. Im Herbst v. J. ist an ihrer Stelle eine der beiden Döckerischen Holzbaracken aufgeführt und in Benutzung genommen, weil die Unterbringung ansteckend Erkrankter dies nötig machte. Vom ärztlichen Standpunkte aus wird gegen eine dauernde Verwendung solcher Baracken eingewendet, daß sie im Sommer leicht zu heiß, im Winter leicht zu kalt sind, und daß eine vollständige Beseitigung dieses Mangels durch bautechnische Maßregeln nur schwer und mit verhältnismäßig hohen Kosten möglich ist.

Diese Erwägungen haben den Magistrat im Einvernehmen mit der Pflegehausdeputation und der Armendirektion dahin geführt, statt eines Notbehelfs mit Holzbaracken eine dauerhaftere und gegen die Witterungseinflüsse besser geschützte Unterkunft zu wünschen. Im Voranschlage des Haushaltsplans für das Jahr 1909/10 war bei den Ausgaben der Pflegehauskasse die Erbauung einer Steinbaracke als Ersatz für die unbrauchbar gewordene alte Baracke vorgesehen. Vorschläge wegen des hierfür ausgeworfenen, zur Verfügung der städtischen Behörden gebliebenen Betrags von 15 000 M sind indessen im laufenden Rechnungsjahre nicht mehr gemacht worden, weil der Magistrat inzwischen die Ueberzeugung erlangt hatte, daß es zweckmäßiger sein werde, mit der Verbesserung der Krankenunterkunft die Schaffung von Wohn- und Schlafräumen für die Schwestern vom Roten Kreuz und für etwa 6 bis 8 Hausmädchen der Anstalt zu verbinden und ein aus zwei Stöckwerken bestehendes, beiden Aufgaben gemeinsam dienendes Bauwerk aufzuführen zu lassen. Zurzeit sind 16 Schwestern und Lehrschwestern vom Roten Kreuz im städtischen Betriebe beschäftigt. Es liegt auf der Hand, daß es ihnen nach den Anstrengungen und Aufregungen des Dienstes dringend erwünscht sein muß, Erholung und Schlaf entfernt von den Krankenhausräumen zu finden. Bisher sind die Schwestern in Wohn- und Schlafzimmern untergebracht, die inmitten der übrigen Räume des Krankenhauses liegen, in denen sie also trotz aller Bemühungen mancherlei Störungen und Beeinträchtigungen ihrer Ruhe und Behaglichkeit während der Freistunden ausgesetzt sind. Es kam darauf an, die Unterbringung der Schwestern so zu gestalten, daß sie in der Erholungszeit nicht zu weit von der Stätte ihrer Tätigkeit entfernt und doch gegen nachteilige Einflüsse nach Möglichkeit geschützt sind. Dieser Anforderung wird ein der Versammlung

überreichter Vorentwurf der städtischen Bauverwaltung gerecht: er plant die Aufführung eines zweistöckigen Bauwerks nördlich vom Hauptkrankenhaus an derselben Stelle, an der bisher die Döcker'sche Baracke aufgestellt worden ist, und er sieht im Erdgeschoß mehrere durch Zwischenwände teilbare, für zwanzig Betten berechnete Krankenräume nebst Wärter-, Badezimmer und Klosetts, im Obergeschoß aber für 13 Schwestern eine Anzahl von Zimmern und im Dachgeschoß 4 Schlafräume für die bis jetzt im Siechenhause untergebrachten Anstaltsmägde vor. Die Verbindung zwischen dem für die Schwestern bestimmten Stockwerk und dem Hauptkrankenhaus soll durch einen Ueberbau hergestellt werden, unter dem eine Durchfahrt erhalten bleibt. Der Anschluß des Ueberbaus an das Hauptkrankenhaus läßt sich durch Verlegung eines Badezimmers nebst den davorliegenden kleinen Räumen (mit Klosett und Ausgußbecken) ohne erhebliche Schwierigkeiten bewerkstelligen.

Die Gesamtkosten sind auf 53 400 *M* berechnet. Dazu werden, da ein Teil der Einrichtungsgegenstände aus den vorhandenen Gebäuden verfügbar ist, etwa 4000 Mark für die innere Einrichtung kommen.

Falls die Versammlung mit der Errichtung des Bauwerks grundsätzlich einverstanden ist, hält der Magistrat es für zweckmäßig, bei der Ausführung, zumal da es sich nicht um ein besonders umfangreiches und kostspieliges Bauwerk handelt, den Versuch zu machen, ob nicht die Herstellung rascher und wohlfeiler als bisher durch Uebertragung der gesamten Arbeit an einen leistungsfähigen Unternehmer erzielt werden kann. Die Belastung der städtischen Bauverwaltung mit anderen Neu- und mit Unterhaltungsbauten hat häufig ein Hinausschieben des Zeitpunkts der Fertigstellung zur Folge gehabt, während gerade im vorliegenden Falle eine Beschleunigung wegen der Ansteckungsgefahr anzustreben ist. Außerdem bietet, wie sich bei ähnlichen Ausführungen anderwärts gezeigt hat, das Ineingreifen der verschiedenen zur Fertigstellung gehörenden Tätigkeiten unter der verantwortlichen Leitung eines einzigen Hauptunternehmers manchen Vorteil, der es ihm ermöglicht, billiger zu bauen, ohne daß dadurch die Beschaffenheit des Bauwerks beeinträchtigt wird. Es versteht sich von selbst, daß in den Bedingungen, deren Abfassung im einzelnen der Magistrat sich vorbehält, auf die einwandfreie Herstellung sorgfältig Bedacht genommen und dem Unternehmer eine durchaus gediegene Ausführung in derselben Weise zur Pflicht gemacht wird, wie sie bei den sonstigen stadtsseitig ausgeführten Bauten üblich ist.

Die Vergebung wird so vorzubereiten beabsichtigt, daß etwa drei hiesige als leistungsfähig bekannte Unternehmer aufgefordert werden, Entwürfe nebst Kostenanschlägen und Erläuterungen einzureichen, und daß der Magistrat alsdann im Einverständnis mit der Versammlung bestimmt, welchem

dieser Unternehmer die Ausführung unter entsprechenden Bedingungen übertragen werden soll.

Es wird daher ersucht,

1. der Aufführung des Anbaues an das städtische Krankenhaus zu einem Kostenbetrage von 57 400 *M* nach dem Vorentwurfe zuzustimmen,
2. sich damit einverstanden zu erklären, daß die gesamte Ausführung an einen leistungsfähigen Unternehmer vergeben wird, und daß der Magistrat die Vergabung, vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung der städtischen Behörden über die Persönlichkeit und die Bedingungen, entsprechend vorbereitet.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Fr ü h l i n g: Der Begründung in der Vorlage haben wir nichts hinzuzusetzen, wir halten sie für zutreffend und ausreichend zur Motivierung des Bauwerkes. Die Baukommission empfiehlt Ihnen daher im Prinzip das Einverständnis auszusprechen und sich auch weiter damit einverstanden zu erklären, daß die G e s a m t a u s f ü h r u n g des Bauwerkes vergeben werde. Auch die Begründung dieses Antrages ist in der Vorlage ausführlich gegeben. Im Prinzip waren die Mitglieder der Baukommission im allgemeinen damit einverstanden, daß es zweckmäßig sei, einen solchen Versuch zu machen. Dagegen wurden aber Einwände erhoben, dahingehend, daß durch die Vergabung einer solchen Arbeit an einen Generalunternehmer eine Schädigung der kleineren Handwerksmeister eintreten könnte. Dieser Punkt ist sehr eingehend besprochen und die Möglichkeit solcher Schädigung durchaus nicht von der Hand gewiesen, vielmehr sorgfältig geprüft worden. Dabei ist die Baukommission zu dem Beschlusse gekommen, Ihnen den Versuch zu empfehlen, aber daran das Ersuchen zu knüpfen, die zu stellenden Bedingungen so einzurichten, daß unter allen Umständen die Güte der Ausführung dieselbe sei, wie bei den anderen städtischen Bauten und daß jede Preisdrückerei, die den Handwerksmeistern auferlegt werden könnte, durch entsprechende Bedingungen ausgeschlossen sein soll. Die Baukommission hat gemeint, daß mit solcher Verlaufsulierung es wohl angezeigt wäre, den Versuch zu machen, da hierdurch eine wesentliche Förderung des städtischen Bauwesens zu erhoffen sei. Dabei ist zu bemerken, daß die Herren es immer noch in der Hand haben, über die ausführenden Bedingungen zu entscheiden, weil jetzt nur zugestimmt werden soll, den Versuch zu machen und den Magistrat zu ermächtigen, eine Vergabung der Arbeiten auszuschreiben und der Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Etwasige Bedenken hiergegen würden dann zweckmäßig anzubringen sein. Vorläufig haben wir geglaubt, die Rücksicht auf die

Handwerksmeister dadurch befunden zu sollen, daß wir alle Preisdrückerei durch entsprechende Bedingungen ausgeschlossen sehen wollen. Der Baukommission ist vom Magistrat die Zusage gemacht worden, daß ihren Wünschen entsprochen werden solle.

Herr Sander: Ich will nicht gegen Punkt 1 der Vorlage sprechen, aber ganz entschieden mich gegen Punkt 2 verwahren. Es ist mir unbegreiflich, daß in einer Zeit wie der jetzigen der Magistrat uns mit derartigen Experimenten kommt, wobei das Handwerk gewissermaßen untergraben wird. Alle Behörden sind bestrebt, das Handwerk zu heben und zu fördern, und es muß mich wundern, daß der Magistrat uns jetzt mit einer derartigen Vorlage kommt. Ich habe Erfahrungen im Handwerk und weiß, daß solche Bestrebungen das Handwerk untergraben, weil es dadurch dem Großunternehmertum vollständig ausgeliefert wird. Es ist selbstverständlich, daß der Unternehmer, der den Bau übernehmen würde, soundso viel Handwerker zu Preisforderungen veranlassen und die Arbeit dann rücksichtslos dem billigsten geben würde. Ob darunter nicht auch die Güte der Arbeit leiden würde, will ich dahingestellt sein lassen. Im vorigen Jahre haben wir hier über die Erhöhung der Beamten- und Lehrergehälter beraten, und der Landtag hat das jetzt ebenfalls getan, alles ist eben bestrebt, seine Verhältnisse zu bessern, sogar die Krone verlangt mehr Geld für ihre Leistungen, deshalb wundere ich mich umsomehr, daß man uns in solchen Zeiten mit solchen Experimenten kommt, die dem kleinen Handwerkerstande den Lebensnerv unterbinden.

Wenn der Magistrat zur Begründung seines Antrages sagt, er wolle schneller bauen, so ist mir das ebenfalls unverständlich. Geht mir das Bauen als Bauherr nicht schnell genug, so bringe ich Feuer dahinter; ich wüßte nicht, daß ein Unternehmer sollte rascher bauen können, als die städtische Bauverwaltung. Ich bin fest überzeugt, daß das nicht der Fall ist. Andererseits hieß es früher immer, es solle nicht so rasch gebaut werden, die Stabilität des Gebäudes leide darunter, heute aber soll alles in vier Wochen unter Dach sein. Ob ein solches Vorgehen richtig ist, will ich dahingestellt sein lassen. Sodann gedenkt der Magistrat durch die neue Maßnahme billiger zu bauen. Ich hatte einmal Gelegenheit, hier über das Submissionswesen zu sprechen und konnte dem Herrn Oberbürgermeister erwidern, daß wir bei dem Submissionsverfahren gute Erfahrungen gemacht haben und damit zufrieden sind; jetzt will er aber noch billiger bauen. Auf wessen Kosten geht das? Nur auf Kosten des kleinen Unternehmertums: es geht auf die Knochen der Arbeiter und die Existenz des kleinen Handwerksmeisters. Ich muß entschieden warnen und möchte dringend bitten, das Experiment nicht mitzumachen. Das Handwerk befindet sich jetzt in

schlechten Erwerbsverhältnissen: die teuren Preise der Materialien, die hohen Arbeitslöhne, die sozialpolitischen Lasten drücken das Handwerk derartig, daß der kleine Handwerker nicht noch eine Minderung seines Verdienstes vertragen kann. Ich möchte bitten, die Sache in bisheriger Weise zu behandeln und die Arbeit durch den Ausschuß zu vergeben.

Herr Lübbe: Ich bin damit einverstanden, daß die Baracke massiv gebaut wird; ich möchte mich aber mit aller Entschiedenheit gegen die Vergabung der Arbeit in Generalsubmission aussprechen. Es heißt, der Bau wäre sehr eilig, nun, seit  $\frac{1}{4}$  Jahre befindet sich die Vorlage in unseren Händen und ist noch nicht beraten. Wenn aber so viel Zeit bis zur Beratung vergehen darf, so kann die Vorlage unmöglich eilig sein. Wenn weiter gesagt wird, die städtische Bauverwaltung sei überlastet, so frage ich mich, wovon? Wir haben einen so großen Etat an Baubeamten und führen doch zurzeit keine großen Bauten aus. Im Stadtbauamt kann zurzeit von Ueberlastung gewiß keine Rede sein, denn die private Bautätigkeit ist so gering, daß man meinen sollte, daß die mit der Prüfung der Gesuche beauftragten Beamten beinahe feiern müßten. Es werden dort jedenfalls Beamte nicht voll beschäftigt, zum mindesten kann man nicht behaupten, daß die Beamten der städtischen Bauverwaltung überlastet sind. Ferner heißt es in der Vorlage, daß der Bau einem geeigneten Unternehmer übertragen werden solle, um die Arbeit schneller zu fördern. Ich kenne hier aber keinen Generalunternehmer; wir haben hier zwei Maurermeister, die zugleich Steinmetzmeister sind und zwei Zimmermeister, die zugleich Tischlermeister sind. Wenn nun also die Zusammenfassung von Handwerkern bei uns nicht existiert, woher soll dann die Beschleunigung des Baues kommen? Wird etwa der Tischlermeister zu größerer Eile angetrieben, wenn ihm die Arbeit von einem Maurermeister übertragen wird, als wenn er die Arbeit unmittelbar von der Stadt erhält? Das glaube ich nicht. In praxi führt die Sache dahin, wenn die Arbeit an einen Generalunternehmer vergeben wird und dieser sie wieder an andere Unternehmer vergibt, daß die städtische Bauverwaltung gar nicht imstande ist, den Schuldigen zu ermitteln, der eine schlechte Arbeit geliefert hat, da jeder die Schuld auf den andern schieben wird. Ich halte deshalb dieses Verfahren vom praktischen Standpunkte aus für unzumutbar und verfehlt. Es heißt, die Arbeit solle in ihrer Güte nicht gemindert werden, und man will das dadurch zu erreichen suchen, daß man dieselben Bedingungen vorschreibt, wie bei dem bisherigen Verfahren. Wenn dies Ziel dadurch erreicht werden könnte, daß man Paragraphen schreibt, so würden alle Arbeiten gut. Wer nicht bei der Arbeit selbst aufpaßt und nicht jeden Fehler im Entstehen bekämpft, ist längst darunter durch. Wenn die Arbeit fertig ist, kann selbst ein erfahrener

Sachverständiger nicht mehr unterscheiden, ob sie ganz gut ausgeführt ist, das zeigt sich oft erst nach Jahren. Die neue Einrichtung führt nur zur Pflücherei. Der General-Unternehmer drückt auf die Preise und die Handwerker können die Arbeit dafür nicht gut machen, müssen also sehen, wie sie an der Güte der Arbeit sparen.

Es wird auch gesagt, die Stadtbaubewaltung arbeite nicht schnell genug. Dann müßte die vorgesetzte Instanz dafür sorgen, daß sie besser organisiert wird. Seit sechs Jahren liegt ein Antrag der Stadtverordneten vor, die städtische Bauverwaltung neu zu organisieren. Die Bauverwaltung hat meines Wissens auch Vorschläge gemacht für eine Neuordnung; ich habe aber von der Sache nichts mehr gehört, und ich möchte bei dieser Gelegenheit fragen, weshalb die anderweite Organisation nicht erfolgt ist, zumal, wenn dort so schwere Uebelstände eintreten, daß ein Privatmann die Stelle der städtischen Bauverwaltung übernehmen soll. Ein ganz verkehrter Weg! Das schlimmste würde dabei sein, daß die minderfinanzkräftigen Handwerker abhängig würden von einem großen Handwerker. Das würde ich für falsch halten, und das würde auch den Bestrebungen zum Wohle des Handwerks widersprechen. Es wird immer mit Recht von den Handwerkern dagegen Front gemacht, daß in den Bedingungen über die Vergütung solcher Arbeiten Gesamtpositionen gemacht werden. Wenn nun die Aufstellung einzelner Positionen von den Handwerkern gefordert wird, so ist es doch wohl richtig, ihnen solche Arbeit direkt zu übergeben und nicht eine Zwischeninstanz zu schaffen.

Meines Erachtens wird auch die Stellung der städtischen Baubeamten durch solches Vorgehen verschlechtert und herabgedrückt. Ueberall in Deutschland regen sich die Architektenvereine und fordern durch Beschlüsse, daß die Stellung der Baubeamten und Architekten innerhalb der Verwaltungsbehörden eine andere und zwar eine gehobenere werden möchte. Man versteht nicht, daß die höheren Baubeamten, welche dieselbe Vorbildung haben, wie die juristischen Beamten, eine dienende Stellung haben und nicht Mitglieder des Magistrates werden sollen. Nirgends steht es aber in der Beziehung schlechter, als hier. Es ist kaum eine Stadt in Deutschland von der Größe Braunschweigs, bei der nicht der Vorstand der Bauverwaltung zugleich Mitglied des Magistrates wäre. Unter den Baubeamten haben sich, wie z. B. in Baden, schon Leute befunden, die Ministerstellen bekleiden, und in Frankreich ist das ganz selbstverständlich, weshalb soll ein solcher Beamter nicht auch hier Mitglied des Magistrates werden können?

Herr Frühl ing: Gegenüber Herrn Sander, der erklärte, es sei zweifellos, daß der Unternehmer rücksichtslos dem Billigsten die Arbeit gebe, möchte ich bemerken, daß das selbstverständlich nicht sein soll. Eins haben beide

Herrn übersehen, daß es sich nicht lediglich darum handelt, die Arbeit in Generalentreprise zu vergeben, sondern einen konkurrierenden Entwurf für die Sache zu bekommen. Es sollen dazu im wesentlichen Architekten herangezogen werden. Man hat gerade hier den Weg deshalb vorgeschlagen, weil das von der städtischen Bauverwaltung vorgelegte Projekt es wünschenswert erscheinen ließ, auch einmal ein anderes Projekt zum Vergleich zu erhalten. Es ist hier eine nicht leicht zu lösende Aufgabe gestellt worden, die dahin geführt hat, daß der Entwurf in mancher Beziehung Anstoß erregt hat und es wünschenswert erscheinen ließ, einmal eine andere Meinung zu hören. Wir wollten drei konkurrierende Entwürfe haben, unter denen wir den besten aussuchen konnten. Es wurde deshalb empfohlen, diesen Versuch zu machen, und die Baukommission hat das Vorgehen auch für vorteilhaft gehalten. Die Bedenken der beiden Vorredner, daß dadurch eine Erniedrigung des Handwerks und eine Schmälerung im Gewinne einträte, sind auch in der Baukommission besprochen worden; wir haben aber gemeint, diese Bedenken dadurch aus der Welt schaffen zu können, daß wir uns vorbehalten, später über die eingereichten Entwürfe einen definitiven Beschluß zu fassen und es dadurch in der Hand haben, solche Sachen zu vermeiden. Wir würden uns heute also nicht binden in der Vergabung der Arbeiten, wenn uns hinterher die Projekte nicht passen.

Vorsitzender: Der Antrag 2 der Vorlage sagt wörtlich, wir möchten uns damit einverstanden erklären, daß die gesamte Ausführung an einen leistungsfähigen Unternehmer vergeben werde. Das ist aber etwas anderes, als Ihr Referat, welches nur Konkurrenzentwürfe haben will. Letztere Forderung würde die hier vorgebrachten Einwendungen gar nicht treffen.

Herr Frühlings: Das kommt daher, daß sich der betreffende Satz in der Zuschrift des Magistrates nicht ganz deckt mit dem Wortlaute des Antrages 2. Aus diesem Grunde habe ich auch geglaubt, die Sache noch einmal so eingehend begründen zu sollen, wie es geschehen ist. Die Kommission hält sich an die Erläuterung, in der genau gesagt worden ist, wie die Vergabung vorbereitet werden soll, und das befürwortet sie auch.

Vorsitzender: Um hier nicht gegen zwei Sachen zu kämpfen, die mit einander nichts zu tun haben, wäre es doch wohl richtiger, wenn wir uns darauf beschränkten, unsere Zustimmung zu dem Antrage des Herrn Referenten zu geben.

Herr Frühlings: Im dem Sinne hat auch die Baukommission beschlossen.

Herr Stadtrat von Frankenber: Ich kann die Darlegungen des Herrn Vorredners in allen wesentlichen Punkten bestätigen, und ich freue mich,



daß sein fachverständiges Urteil den Versuch des Magistrates billigt und sich auch die Mehrheit der Baukommission ihm angeschlossen hat. Es handelt sich hier, wie ich besonders betonen möchte, um einen Versuch und nicht um eine grundlegende Aenderung des Verfahrens bei der Vergebung städtischer Bauarbeiten. Dazu liegt kein Grund vor. Immerhin ist die Angelegenheit bei einem Gegenstande von 57 000 Mark nicht so bedeutungsvoll, daß zu so beweglichen Klagen Anlaß gewesen wäre, wie sie Herr Sander hier vorgebracht, oder zu den Ausführungen des Herrn Lübke, der die Sache zum Anlaß nimmt, um die Frage der Zuziehung von Baubeamten in den Magistrat hier aufzurollen. So gefährlich ist die Sache nicht. Es handelt sich hier lediglich um vorbereitende Maßregeln. Der Magistrat will versuchen, durch Verhandlung mit leistungsfähigen Firmen zu erfahren, ob es möglich sein wird, der Gefahr vorzubeugen, die von Herrn Sander so lebhaft besorgt wurde, nämlich eine Schädigung der kleinen Handwerker herbeizuführen. Wer die Maßnahmen des Magistrates im Laufe der letzten Jahrzehnte verfolgt hat, wird sagen müssen, nichts liegt dem Magistrate ferner, als den Mittelstand zu bedrücken. Davon kann also schlechterdings keine Rede sein. Daß wir aber eine gewisse Beschleunigung in der Ausführung des Baues wünschen, wird uns niemand verdenken können, namentlich bei dem stürmischen Drängen der Aerzte nach Abhilfe. Unsere Vorlage ist anfangs April der Versammlung zugegangen. Es war der Wunsch eines der Herren, die Angelegenheit nicht in der vorigen Sitzung zu erörtern, und nichts, als die schuldige Rücksicht gegen den Herrn gab die Veranlassung, die Sache nicht übers Knie zu brechen. Aus diesem Gesichtspunkte der Rücksichtnahme auf einen, dem Handwerkerkreise angehörenden Herrn kann man aber der Vorlage nicht einen Strich drehen, sondern es ist jetzt erst recht dringlich, Mittel und Wege zu finden, um Abhilfe zu schaffen. Ich kann auch nicht annehmen, daß durch die Vorlage eine Perle aus der Krone der städtischen Bauverwaltung herausfielen, auch ist nicht zu besorgen, daß der Magistrat der städtischen Bauverwaltung eine Verkürzung ihrer Machtbefugnisse angedeihen lassen wollte. Ich möchte bitten, der Vorlage zuzustimmen, damit wir möglichst bald im Interesse der Schwestern und Kranken Abhilfe schaffen können.

Herr Meyerhoff: Ich bin in der Baukommission gegen die Vorlage gewesen, und ich erhebe auch hier meine warnende Stimme. Durch die Bestrebungen der Handwerker geht es wie ein roter Faden, selbständig zu bleiben, und das ist auch heute ihr lebhafter Wunsch. Das preußische Kriegsministerium, die Post- und die Eisenbahnverwaltung sind angewiesen worden, ihre Arbeiten nicht in Sammelpositionen zu vergeben, sondern in Einzelpositionen, und hier will die Stadtverwaltung einen Generalunternehmer engagieren? Herrn Pro-

fessor Lübke stimme ich auch darin bei, daß es sich um eine Spitze gegen das Stadtbauamt handelt, das ist nicht wegzuleugnen. Das Stadtbauamt genügt verschiedenen Ansprüchen nicht, und nun wollen wir ihm einen Stein in den Weg legen. Herr Nieke war in der Kommission für eine gewisse Abänderung der Vorlage, aber die Herren von der Seite dürften gar nicht für die Vorlage sein, weil der große Unternehmer infolge seiner Geldmacht viel eher in der Lage ist, den Arbeiter zu „machen“, als wenn ein Duzend kleinere Unternehmer bei einem Bau beschäftigt sind, die keinen Trumpf gegen die Arbeiter ausspielen können. Also schon aus Selbsterhaltung müßten die Herren gegen die Vorlage sein. Ich kann auch die von Herrn Frühling beantragte Fassung des Punktes 2 nicht anerkennen, denn so lange der Passus in der Vorlage nicht gefallen ist, „durch Uebertragung der gesamten Arbeit an einen leistungsfähigen Unternehmer“, ist für mich die Vorlage unannehmbar. Was nützt es, wenn in der Vorlage hervorgehoben wird, wir meinen es nicht so böse: wenn wir A gesagt haben, müssen wir auch B sagen. Sobald der Keil in den Organismus des Stadtbauamtes getrieben ist, ist auch der Unfriede zwischen Magistrat und Stadtbauamt herbeigeführt. Ich habe schon früher gesagt, wenn das Stadtbauamt zu langsam baut und die Beamten überlastet sind, oder sie können nicht leisten, was gefordert wird, so steht dem Magistrate das Recht zu, Hilfsbeamte anzunehmen, die remuneriert werden, wie es die Militärbaubehörde und andere Bauverwaltungen machen. Ein anderer gangbarer Weg ist der, den die braunschweigische Staatsverwaltung eingeschlagen hat: eine hiesige Firma hat für die Staatsverwaltung die Saline Schöningen gebaut, sie hat den Bau entworfen, den Kostenanschlag gemacht, aber die Arbeiten nicht direkt zu vergeben gehabt; dies hat sich die höhere Instanz vorbehalten. Wenn das Stadtbauamt überlastet ist, oder man will einmal ein anderes Bild, so kann man auch diesen Weg beschreiten, aber man soll nicht einem einzelnen Meister den ganzen Bau in Entreprise geben, nachdem sogar das Privatpublikum davon abgegangen ist. Mir hat ein hiesiger Tischlermeister einmal gesagt, dies ist auch Eichenholz, aber sehen Sie sich an, wie es heute schon aussieht. Und dem wollen wir uns in der Stadtverwaltung aussetzen? Uebernimmt solchen Bau ein Zimmermeister, so veranlagt er seine Zimmerarbeiten sehr niedrig, um den Verdienst vielleicht an den Tischler- und Malerarbeiten herauszuholen. Wenn Sie das wollen, können Sie auch einen Tischlermeister auffordern, den Bau zu übernehmen, oder die Handwerkskammer, die Ihnen ebenfalls gute Projekte und preiswerte Sachen liefern wird. In diesem Falle kriegt derjenige die Arbeit, der gut arbeitet.

Folgen wir dem Magistrate, so wissen wir nicht, wie Herr Professor Lübke schon sagte, wer bei etwaigen Mängeln die Schuld trägt: der Generalunternehmer, oder die einzelnen ausführenden Meister. Mit der Beschreibung dieses

Weges sind Sie auf der schiefen Ebene angekommen. Ermächtigen Sie den Magistrat, ein Projekt ausarbeiten zu lassen, aber nicht demjenigen, der den Preis davonträgt, die Ausführung zu übertragen, sondern die Vergebung der Arbeiten in die Hände der bestehenden Kommission für die Vergebung städtischer Bauarbeiten zu legen. Es wurde gesagt, solchen Unternehmer, wie bei der Jakobikirche finden wir nicht wieder; ich weiß nicht, ob ich dieser Äußerung eine größere Bedeutung beilegen soll, denn bisher habe ich immer gehört, daß darüber die größte Zufriedenheit herrschte. Ueber Ansichten soll man nicht streiten, und über die Jakobikirche kann man verschiedener Meinung sein, aber solche Kirche wie diese, baut sich Braunschweig nicht wieder!

Vorsitzender: Die Debatte würde sich vereinfachen lassen, wenn der Herr Referent den Punkt 2 fallen ließe.

Herr Frühl ing: Es sollen zunächst nur Entwürfe und Kostenanschläge eingezogen werden, worauf uns eine neue Vorlage gemacht werden soll, damit wir entscheiden, welchem Unternehmer die Ausführung übertragen werden soll.

Herr Sander (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, über diese interessante Sache noch weiter zu debattieren.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Ich hatte schon in der Kommission den Antrag gestellt, den Passus wegzulassen, welcher Antrag aber nicht angenommen wurde. Beschließen Sie doch, den Magistrat zu ermächtigen, drei Firmen aufzufordern zur Ausarbeitung von Projekten, und alles weitere einer späteren Versammlung vorzubehalten.

Herr Lübke (zur Geschäftsordnung): Ich möchte fragen, ob der Entwurf irgend welche Gültigkeit haben soll?

Herr Frühl ing: Herr Meyerhoff hat in der Baukommission keinen Antrag gestellt, sondern nur seine Meinung geäußert.

Vorsitzender: Wenn die Kommission nicht in der Lage ist, den Punkt 2 zu streichen, so müssen wir natürlich darüber abstimmen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Ich möchte zunächst darauf aufmerksam machen, daß die Vorlage des Magistrates den Gegenstand der Beratung bildet, nicht der Antrag der Kommission. Sodann möchte ich Herrn Meyerhoff ersuchen, doch nicht dem Magistrate Motive unterzuschieben, die ihm fern gelegen haben. Er meint, der Magistrat wollte dem „Stadtbauamte“ oder richtiger der städtischen Bauverwaltung etwas am Zeuge flicken. Das würde

der Stellung des Magistrates, als der vorgesetzten Behörde der städtischen Bauverwaltung, nicht angemessen sein. Was uns bestimmt hat, Ihnen zu empfehlen, hier einen andern, als den bisherigen Weg einzuschlagen, ist der Umstand, daß die von der Stadt ausgeführten Bauten nach unserer Ansicht reichlich teuer sind und zu langsam zur Ausführung kommen. Dabei haben uns die Herren aber insofern mißverstanden, als wir nicht meinen, der eigentliche Bauakt gehe nicht schnell genug vor sich, sondern Sie werden aus den Akten finden, wie oft der Magistrat die städtische Bauverwaltung an die Einreichung eines Projektes und später an die Abrechnung über einen Bau erinnern muß. Mit Rücksicht hierauf haben wir uns gesagt, entweder die Beamten der städtischen Bauverwaltung sind überlastet, oder es wird dort zu langsam gearbeitet. Das können wir vom Magistrate aus nicht ohne weiteres übersehen. Tatsache ist es, daß ein Privatunternehmer schneller mit einem Projekte zur Stelle ist und auch mit der Ausführung eines Baues eher fertig wird, als die städtische Bauverwaltung, weil von ihm in einem Ruck gebaut werden kann, und er ist auch schneller mit der Rechnungslegung fertig. Ich gebe ohne weiteres zu, es läßt sich darüber streiten, ob der Modus richtig ist.

Wenn ich die Herren, die dagegen gesprochen haben, richtig verstehe, so haben sie gegen die Tendenz unseres Antrages nur einzutenden, daß sie sagen, die Handwerker werden dabei gedrückt. So oft aber die Stadt ihrerseits Arbeiten vergeben hat, habe ich fortwährend die Klage gehört, bei der Stadt verdienen wir nichts. Dann müssen die Herren doch aber bei einem Privatunternehmer verdienen, sonst könnten sie nicht leben. Mit Rücksicht hierauf habe ich mir gesagt, weshalb soll die Stadt nicht auch einmal den Versuch mit einem Privatunternehmer machen? Es hat eine Zeit gegeben, wo die Stadtverwaltung sehr schlecht gefahren wäre, wenn sie etwas in Generalentreprise gegeben hätte; wenn ich aber jetzt sehe, welche geradezu mustergültigen Bauwerke hier von Privaten gebaut sind, so kommt man doch schließlich zu der Ueberzeugung, daß die Privatleute das auch können.

Was soll nun der Magistrat unter den vorliegenden Verhältnissen machen? Soll er die Verzögerung bemänteln, oder soll er weitere Baubeamte anstellen? Sie werden anerkennen müssen, daß das Beamtenheer reichlich groß geworden ist, und es ist dabei weiter zu berücksichtigen, wenn wir einen Techniker einige Jahre beschäftigt haben, so folgt auch bald der Antrag auf lebenslängliche Anstellung, und das bringt uns gerade dahin, zu fragen, ob weiter in dieser Weise vorgegangen werden soll. Ich habe gehört, daß andere Städte anders vorgehen, sie engagieren sich bei Bedarf tüchtige Techniker, und wenn die Arbeit knapper wird, sagt man den Herren, wir haben keine Beschäftigung mehr, Sie müssen sich anderweit umsehen. Das läßt sich auch machen.

Die Herren haben hier fortwährend erklärt, sie wollten keinen Generalunternehmer. Worin besteht denn das Wesen der Generalunternehmer? Meiner Ansicht nach nur darin, daß der Unternehmer der Stadt dafür einzustehen hat, daß sein Kostenantrag innegehalten wird. Wie er das macht, ist seine Sache. Wir müssen bei Bauten in eigener Regie jede Ueberschreitung mit in Kauf nehmen und die Restsumme hinterher bewilligen, weil uns nichts anderes übrig bleibt. Anders liegt es bei einem Unternehmer. Wenn aber die Herren einen Unternehmer in dem Sinne, wie wir es uns gedacht haben, nicht wollen, so läßt sich die Sache auch noch anders machen, indem man sagt, du bist zwar der Unternehmer und hast für den Riß zu stehen, damit keine Ueberschreitung erfolgt, die Vergabung der einzelnen Arbeiten behalten wir uns aber vor. So haben wir es bei der Jakobikirche gemacht; ob sich jedoch noch ein zweiter Unternehmer findet, der das große Risiko übernimmt, scheint mir zweifelhaft zu sein. Man kann indessen den Versuch machen. Im übrigen erkenne ich an: Wenn Sie das bisherige Verfahren in Ihrer Mehrheit für allein richtig halten, so hat sich der Magistrat zu fügen, und es wird weiter danach verfahren.

Zu den Aeußerungen des Herrn Professor Lübke, der meinte, wir wären hier in bezug auf unsere Organisation außerordentlich rückständig, und es wäre bedauerlich, daß der Magistrat den Anregungen der Versammlung noch nicht Folge gegeben und ein Mitglied des Stadtbauamtes — es soll auch hier städtische Bauverwaltung heißen — in den Magistrat aufgenommen hätte, habe ich folgendes zu bemerken. Es ist richtig, daß die städtische Bauverwaltung sich seinerzeit über diesen Vorschlag geäußert hat, jedoch war der Magistrat mit den gemachten Vorschlägen nicht in allen Beziehungen einverstanden. Wir hatten aber unsererseits keine Bedenken, daß der Chef der städtischen Bauverwaltung Mitglied des Magistrates würde. Die Arbeit wird dadurch tatsächlich für uns vereinfacht: Das neue Mitglied des Magistrates würde seine Sachen hier selbst vortragen und vertreten können, zumal die Techniker ja den Juristen in technischen Sachen überlegen sind. Wir haben uns aber weiter gesagt, daß es ungerecht sein würde, wenn man nur einen Vertreter der städtischen Bauverwaltung in den Magistrat aufnehmen wollte, wir müßten vielmehr bei der großen Bedeutung, die unser städtisches Schulwesen hat, auch einen Vertreter der Schule in den Magistrat aufnehmen, wie andere Städte das auch getan haben. Dann würden also noch zwei besoldete Mitglieder in den Magistrat eintreten; die Folge davon würde sein, daß nach der Städteordnung auch noch unbesoldete Magistratsmitglieder gewählt werden müßten. Der Magistrat würde aber hierdurch so stark werden, daß das Stimmverhältnis in den gemeinschaftlichen Sitzungen von Magistrat und Stadtverordneten zugunsten des Magistrates wesentlich verschoben würde. Wir haben uns weiter gesagt, daß die Versamm-

lung mit solchem Modus schwerlich einverstanden sein würde. Jedoch haben wir bereits Veranlassung genommen, dafür einzutreten, daß bei der bevorstehenden Revision der Städteordnung hierauf Rücksicht genommen wird und zwar vielleicht in der Weise, daß der Magistrat ermächtigt wird, in die gemeinsamen Versammlungen nur einen Teil seiner Mitglieder zu entsenden. Daran ist die Sache vorläufig zum Stillstand gekommen, nicht aber sind es etwa langwierige Erwägungen des Magistrates gewesen, die ihn darüber noch nicht zum Abschluß kommen ließen. Herr Lübke kann sich also beruhigen: Die Frage wird bei Beratung der neuen Städteordnung wieder besprochen werden.

Herr S a n d e r: Wenn der Herr Oberbürgermeister meint, der Hauptgrund zum Widerstande liege für uns darin, daß wir bange wären, es könnte die Preisdrückerei dadurch überhand nehmen, so ist das für mich allerdings auch in erster Linie der Grund zu meiner Gegnerschaft gewesen. Ich kann aus meiner Praxis einen Fall erzählen. Ein Bekannter hat vor Jahren auf dem Damme ein Haus gebaut und wollte den ganzen Bau an einen Generalunternehmer vergeben. Ich war befreundet mit dem Herrn und sollte die Malerarbeiten erhalten. Der Kostenanschlag war eingereicht, jede Arbeit war darin einzeln aufgeführt und der Generalunternehmer hat die Arbeit zu dem auf diese Weise ermittelten Gesamtpreise übernommen. Ich wußte, daß der Anschlag für die Malerarbeiten 1800 *M* betrug und, da ich mir sagte, daß der Unternehmer dabei verdienen müsse, rechnete ich mir für ihn einen Nutzen von 5 bis 6 Prozent aus und stellte meine Forderung dementsprechend. Ich habe aber die Arbeit nicht bekommen, weil sie ein anderer für nicht ganz 1300 *M* gemacht hat. Wer bei solchem Verfahren geschädigt wird, wissen die Bauverständigen am allerbesten. Wenn auch nicht immer ein Vorgehen eingeschlagen wird, wie ich es eben an einem Beispiel zeigte, so wird die Sache doch in gewissem Umfange immer so gehandhabt werden.

Der Herr Oberbürgermeister hat ferner gemeint, die Handwerker hätten immer gesagt, es würde bei den städtischen Arbeiten nichts verdient, das hat der Herr Oberbürgermeister wohl selbst nicht geglaubt. (Heiterkeit.) Wenn ich bei den Arbeiten nichts verdiene, so bleibe ich eben davon. Der Handwerker muß verdienen, sonst kann er nicht leben.

Herr Stadtrat von Frankenberg hat gebeten, die Vorlage im Interesse der Schwestern und Kranken anzunehmen, und ich möchte bitten, sie im Interesse des kleinen Unternehmers abzulehnen. Daß durch solches Vorgehen immer mehr um sich greifende Abhängigkeitsverhältnis zu dem Großunternehmertum veranlaßt mich mit, dagegen aufzutreten. In den Handwerkerkreisen ist schon eine große Unruhe wegen der Vorlage vorhanden. Wenn gesagt wird, es möchte der Antrag schon um deswillen genehmigt werden, weil es nur ein Versuch sein

soll, so frage ich, warum? Hat der Versuch hinterher gefallen, so machen wir ihn weiter, und der dauernd Geschädigte ist dabei der kleine Handwerker. Der Handwerker hat sich mit dem Submissionsverfahren jetzt abgefunden, und hier will man eine bedeutende Verschlechterung dieses Verfahrens für den Handwerker einführen. Der Herr Referent ist in seiner zweiten Rede zu einem andern Schlusse gekommen, als in dem eigentlichen Referate. Wenn es sich bei der Vorlage nur um konkurrierende Entwürfe handeln soll, so würde ich nichts gesagt haben; ich halte mich aber an die Magistratsvorlage. Ich möchte Sie bitten, den zweiten Antrag abzulehnen, oder an die Kommission zurückzuverweisen.

**Vorsitzender:** Der Herr Referent hat einen Antrag eingebracht, der lautet: Punkt 2 der Magistratsvorlage ist wie folgt zu fassen:

- „2. sich damit einverstanden zu erklären, daß die Vergebung so vorbereitet wird, daß etwa 3 hiesige, als leistungsfähig bekannte Unternehmer aufgefordert werden, Entwürfe nebst Kostenanschlägen und Erläuterungen einzureichen, und daß alsdann im Einverständniß mit den Stadtverordneten bestimmt werde, welchem dieser Unternehmer die Ausführung unter entsprechenden Bedingungen übertragen werden soll.“

**Herr Wolters:** In einem Punkte werden wir alle einig sein: die Magistratsvorlage ist der Abschluß der Anregungen und Wünsche, die sowohl in den einzelnen Kommissionen, besonders in der Baukommission, als auch im Plenum der Versammlung geäußert worden sind. Es ist in den Kommissionen und im Plenum vielfach von zwei Punkten die Rede gewesen, man solle versuchen, daß nicht nur ein städtischer Baumeister die Ideen zu den städtischen Bauten gäbe, sondern auch von anderen Seiten solche Ideen vorgebracht würden, ferner, daß die Fertigstellung der Bauten, mit einem Worte das Bureauwesen der städtischen Bauverwaltung, nicht derartig gestaltet sei, daß wir den Gang der Arbeit gut heißen könnten. Aus beiden Wünschen heraus ist das Ergebnis in der Vorlage hervorgetreten. Ob man nun eine gewisse Kombination zwischen Entwurf und Ausführung herstellen wollte, oder nicht, erscheint zweifelhaft. Wir haben alle den Wunsch gehabt, daß neben den Projekten der städtischen Bauverwaltung noch andere Ideen zur Beratung gestellt werden möchten. Der Wunsch ist berechtigt, und ich kann die Idee nicht verwerfen.

Der zweite Punkt ist der Wunsch auf Beschleunigung der Bauarbeiten. Herr Professor Lübke hat eine Verbesserung der Beziehungen zu finden geglaubt in der Reorganisation der Oberleitung. Mag sein! Wir haben seinerzeit den Beschluß gefaßt, es möchte der Leiter der städtischen Bauverwaltung demnächst in

den Magistrat aufgenommen werden. Weßhalb das noch nicht geschehen ist, ist uns allen bekannt, ich brauche darüber hier nichts zu sagen, der Wunsch wird aber sicher demnächst erfüllt werden, und zwar bei Einführung der neuen Städteordnung. Ob die Reorganisation der Oberleitung den Fehler beseitigen wird, der hier erwähnt wurde, ist eine andere Frage. Wir haben den Wunsch gehabt, schon jetzt ein Mittel zu finden, um eine größere Beschleunigung der städtischen Bauten herbeizuführen, und dieses Mittel finde ich in dem hier vorgeschlagenen Wege. Wollten wir den Fehler durch Vermehrung der städtischen Baubeamten beseitigen, so wäre das falsch. Sollte dieser Versuch dahin führen, daß die Preise und der Nutzen der Handwerker dadurch gedrückt würden, so würde ich für eine solche Vorlage nicht zu haben sein, aber der hier gemachte Vorschlag bietet mir keineswegs so starke Bedenken, daß die ausgesprochenen Befürchtungen eintreten müßten. Die Deputation für die Vergebung städtischer Bauarbeiten ist übrigens mehrfach ähnlichen Anregungen ausgesetzt gewesen, aber wohl ohne Grund, und es ist nicht anzunehmen, daß dieselbe Deputation, die doch auch bei Annahme der heutigen Vorlage die Arbeiten vergeben würde, dem billigsten und schlechtesten Bewerber die Arbeit übergeben wird. Die Deputation wird die eingereichten Entwürfe zur Bearbeitung bekommen, aber dem Gesichtspunkte, dem billigsten und schlechtesten Bewerber die Arbeit zu übertragen, wird dabei nicht Rechnung getragen werden. Wenn wir aber imstande sind, die hier geäußerten Wünsche zu erfüllen, was hindert uns dann, die Magistratsvorlage anzunehmen? Ich sehe darin nur die Vorwegnahme eines Beschlusses, der heute hätte vielleicht noch unterbleiben können. Wenn wir die drei Entwürfe demnächst bekommen, so werden wir hinterher einem Unternehmer die Arbeit übertragen. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Antrages des Vorsitzenden der Baukommission in seiner neuen Fassung.

Herr Lü b k e: Als springender Punkt wurde vom Herrn Oberbürgermeister hervorgehoben, daß er rascher und wohlfeiler zu bauen wünsche. Rasch und gut verträgt sich aber nicht beim Bauen. Ich habe schon Bauten in dreiviertel Jahren fertiggestellt, und die regelmäßige Folge war, daß die Malerarbeiten wohl gemacht wurden, aber nach sechs Wochen schon anfangen, schlecht zu werden und noch einmal gemacht werden mußten. Die Stadt hat alle Veranlassung, nicht auf die Wohlfeilheit eines Baues zu sehen, sondern auf dessen dauerhafte Güte, und darf deshalb nicht dem Mindestfordernden, sondern dem leistungsfähigsten Unternehmer die Arbeit übertragen. Ich halte das jetzige Verfahren für so gut, daß ich den Versuch, ein anderes einzuführen, für verfehlt ansehe muß. Der Herr Oberbürgermeister hat auch selber zugegeben, daß eine Verschleppung der Vorbereitung von Bauten eintritt, wenn der Leiter der städtischen Bauverwal-



tung nicht Mitglied des Magistrates ist. Daß der Stadtbaurat, wenn er Mitglied des Magistrats wäre, ein Uebergewicht über die anderen Mitglieder erhielte, ist doch gewiß nicht zu befürchten. Bei der großen technischen Veranlagung des Herrn Oberbürgermeisters ist doch immer gleich ein Korreferent zur Stelle, so daß der Magistrat mit einer Vorlage weit schneller als bisher fertig werden würde. Warum wird z. B. der Leiter der städtischen Bauverwaltung nicht zu den Kommissionsitzungen gezogen? (Widerspruch.) In den 5½ Jahren meiner Zugehörigkeit zur Versammlung habe ich das noch nicht erlebt. Die Unterbeamten des Stadtbaurats sind gezogen, nicht aber der Leiter der städtischen Bauverwaltung. Man könnte in dieser und jener Vorlage manches beseitigen, wenn der Leiter in jeder Sitzung zugegen wäre und man auf sein Urteil hören kann, denn wir haben in ihm einen sehr tüchtigen Sachverständigen zur Stelle. Wenn die Vorarbeiten tatsächlich nicht schnell genug gehen, und der Magistrat nicht geeignete Beamte genug hat, so soll man doch junge Baumeister diätarisch beschäftigen, die einige Jahre hier bleiben und dann nach andern Städten gehen. Ein solcher junger Mann will sich die Sporen verdienen und noch etwas erreichen, er wird also schon den nötigen Eifer zeigen. Der hier vorgeschlagene Weg würde eine direkte Verschleppung der Ausführung herbeiführen. Wenn Sie jetzt erst das Resultat der Arbeit der städtischen Bauverwaltung drei Unternehmern preisgeben wollen, die neue Projekte und Kostenanschläge aufstellen sollen, so muß das länger dauern, als wenn die städtische Bauverwaltung auf Grund ihres Vorprojektes die Kostenanschläge und Projekte macht. Mir ist auch noch ganz klar geworden, ob das hier vorliegende Vorprojekt gültig sein soll oder nicht. Wenn der Vorentwurf mit dem Kostenanschlage hier genehmigt werden soll, so ist es doch ein Unding, noch ein Projekt machen zu lassen. Es würde außerdem allen Grundsätzen der Architekten widersprechen, gleich bei einem auszuschreibenden Wettbewerb ausführliche Kostenanschläge zu verlangen, es müßte vielmehr ein Kostenüberschlag genügen. Zwei der aufzufordernden Architekten würden jedenfalls unnütze Arbeiten machen, und die Stadt würde sie nicht bezahlen. Das wäre eine Ausbeutung eines Privatmannes, die einer Stadt nicht würdig ist. Das hier vorliegende Projekt scheint mir überhaupt nicht angetan zu sein, eine öffentliche oder beschränkte Konkurrenz auszuschreiben. Ich halte das für überflüssig, und bitte davon abzugehen. Wenn der Magistrat auch den Mittelstand nicht drücken will, so ist dieses Vorgehen doch dazu geeignet. Man will es nicht, aber man tut es. Es kommt noch hinzu, daß bei der Vergabung des Baues an einen Generalunternehmer die Aufsicht ungeheuer erschwert ist, denn wir wissen nicht, wen die Baubeamten beaufsichtigen sollen, den Unternehmer oder die einzelnen Handwerker. Ich empfehle, den ersten Teil des

Magistratsantrages anzunehmen, aber unter der Bedingung, daß die Ausführung des Projektes und der Arbeiten in der bisher bewährten Weise erfolge.

Herr R i e f e: Wenn ich in der Kommission für die Vorlage gestimmt habe, so geschah es, weil wir bislang zu teuer und langweilig gearbeitet haben. Wenn man einem Fremden den Pavillon im Stadtpark zeigt und sagt ihm, das Bauwerk kostet 6000 *M*, so wird er es nicht glauben. Ich wäre imstande, den Pavillon für 2000 *M* auszuführen. Derartige Fälle könnte ich noch mehr anführen. Herrn Meyerhoff habe ich nicht recht verstanden, will ihm aber nur bemerken, daß ich auf dem Standpunkte stehe, es macht jeder das, was er gelernt hat. Abhilfe von diesen Mißständen würde ich ebenfalls dadurch erhoffen, daß der erste städtische Baubeamte Mitglied des Magistrates würde, auch gehört der erste Schulmann in den Magistrat hinein. Weshalb das seither noch nicht geschehen ist, kann man sich wohl denken, den Stadtbaurat Winter wollte man nicht kränken, man hielt ihn aber für zu alt, und der Schuldirektor Schaarschmidt war auch wirklich schon zu alt. Auf das Geschrei der Handwerksmeister gebe ich sehr wenig. Ich habe auch noch nicht gehört, daß einer bei den städtischen Arbeiten etwas verdient haben will. Dieselben Herren waren seinerzeit die äußersten Scharfmacher dagegen, daß der damalige Stadtbaurat Tappe die Prinzenbrücke in eigener Regie bauen wollte; sie verlangten, daß die Schule am Prinzenwege rascher gebaut würde, wobei der Stadtbaurat Tappe in unliebsamer Weise angegriffen wurde. Die Verzögerung der Arbeiten durch die städtische Bauverwaltung wird hauptsächlich darin liegen, daß diese Verwaltung eine Sonderstellung insofern einnimmt, als dort jeder für sich auf seinem Bureau sitzt und zusammenhanglos arbeitet, also eine gemeinsame Arbeit nicht stattfindet. Wenn deshalb einmal für einen Bau eine Konkurrenz ausgeschrieben wird, so schadet das nichts. Der Herr Oberbürgermeister hat ganz recht: es gibt hier sehr schöne Privatbauten, weshalb es nur von Vorteil sein kann, wenn sich einmal Privatarchitekten daran machen, einen städtischen Bau zu entwerfen. Ob dazu gerade dieser Bau geeignet ist, will ich nicht entscheiden. Es wird indessen nichts geschehen, was die städtische Bauverwaltung beleidigen oder die Handwerker schädigen könnte, da wir die Bedingungen in der Hand haben, wenn uns die Vorlage zugegangen sein wird.

Herr A b m a n n: Diese Debatte ist zweifellos nach verschiedenen Seiten hin interessant. Was wir gehört haben, ist indessen nicht sehr erfreulich. Es wird darauf hingewiesen, daß die Erbauung der Baracke sehr notwendig sei, und trotzdem ist deren Ausführung auf Veranlassung des Herrn Meyerhoff hinausgeschoben worden. Herr Meyerhoff meint, wir müßten im Interesse der Ar-

beiter gegen die Magistratsvorlage sein. Ich glaube, bei der Hinausschiebung der Genehmigung der Vorlage ist hauptsächlich die Aussperrung der Arbeiter maßgebend gewesen: man wollte damit den Arbeitern in den Rücken fallen. Was die weitere Debatte anbetrifft, so hat es mich eigentümlich berührt, wenn gesagt wird, die städtische Bauverwaltung arbeite zu langsam, die Projekte lägen dort sehr lange, so daß wir schließlich nicht mehr länger warten könnten und Privatleute auffordern müßten, uns Projekte und Kostenanschläge einzureichen. Das ist an sich ein sehr bedauerlicher Zustand, aber der Vorschlag des Magistrates würde auch keine dauernde Abhilfe bedeuten. Es müßte der Teufel drein fahren, wenn da keine Abhilfe zu schaffen wäre, und es wäre unsere Schuld, wenn man in solchem Falle nicht gehörig dazwischen fahren wollte. Wir haben den Finger in die Wunde zu legen und zu prüfen, ob noch eine Besserung möglich ist. Es ist auch schon einmal darauf hingewiesen worden, daß bei unseren städtischen Bauten zu viel projektiert werde, und daß weniger durch die gefertigten Arbeiten, als durch die vielen Projekte das Geld ausgegeben werde. Privatleute haben auch schon Bauten hergestellt, die mehr gutes und schönes in sich verkörpern, als städtische Bauten. Wenn gesagt wird, die städtische Bauverwaltung lasse sich meist oft anmahnen, so müßte sich der Magistrat darüber orientieren, ob die betreffenden Beamten ihre Schuldigkeit tun, und wenn nicht, so müßte mit einem eisernen Besen dazwischen gefahren werden. Ich glaube aber nicht, daß die Beamten zu sehr belastet sind. Es ist früher Mode gewesen, daß ein Teil der städtischen Baubeamten Privatarbeiten in Hülle und Fülle übernahm, jedoch ist dieses ohne Genehmigung des Magistrates und der Versammlung nicht mehr erlaubt. Aus allen diesen Gründen weiß ich nicht, weshalb sich die Projekte jetzt so furchtbar verzögern sollen. Nach meiner Ansicht kann das vom Magistrate vorgeschlagene Mittel keine Abhilfe bedeuten, denn wenn ich Arbeiten zu vergeben hätte, so würde ich sie niemals im ganzen vergeben. Was in dieser Beziehung hier auf praktischem Gebiete erörtert worden ist, unterschreibe ich voll und ganz. Wir sollen mit unseren vielen Baubeamten nicht einen solchen Bau überwachen können? Bei den Bauten kommt es darauf an, daß die Handwerker ihre Arbeiten rechtzeitig liefern. Wenn man aber meint, daß das bei einem Generalunternehmer besser klappen soll, so bestreite ich das. Sofern die städtischen Baubeamten unsere Interessen richtig vertreten, muß es klappen; wenn das nicht geschieht, so klappt es eben bei der städtischen Bauverwaltung nicht. Wahrscheinlich wird nicht intensiv genug gearbeitet und viel vernachlässigt.

Was sonst gesagt wurde in bezug auf die Besetzung der Stellen beim Magistrate, ist ganz zutreffend. Wer in einer solchen leitenden Stellung ist, gehört auch in den Magistrat. Wenn der Herr Oberbürgermeister darauf hinwies, daß

dann das Zahlenverhältnis verschoben würde und die Zahl der Stadtverordneten dadurch zu klein würde, so kann ich darin kein Hindernis erblicken: die Zahlen werden eben erhöht! Oder sollte das vielleicht nicht möglich sein, weil unser Sitzungsaal dann zu klein ist? Darüber ließe sich noch reden. Jedenfalls könnte es kein Grund sein, deshalb davon abzusehen, wenn wir dadurch praktischer arbeiten könnten. Alle Achtung vor der Tätigkeit der Juristen im städtischen Betriebe, aber man kann ja nicht alles sein und wissen, und es wäre jedenfalls besser, wenn auch Baufachleute im Magistrate säßen. Wenn uns dann einmal eine Bauvorlage nicht gefiele, so würden wir dem betreffenden Magistratsmitgliede hier den Kopf waschen können, und der Herr würde seine Leute hinterher herankriegen und auch überwachen können. Ich möchte wünschen, daß diese Debatte Besserung im Gefolge hätte. Der zweite Antrag ist für mich nur ein Schlag ins Wasser gewesen und bedeutete, daß die städtische Bauverwaltung sich bankrott erklärte, indem sie nicht imstande wäre, solche Barade zu bauen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e r: Ich möchte Herrn Ahmann ersuchen, die Sache nicht zu interessant zu gestalten, insbesondere muß ich Verwahrung dagegen einlegen, zugegeben zu haben, daß die Beamten der städtischen Bauverwaltung nicht voll und ganz ihre Schuldigkeit täten. Wenn ich daran zweifelte, würde der Magistrat dazwischen fahren. Die Schuld liegt nicht an den Beamten, sondern am System: die Projekte wandern von einem Beamten an den anderen, dann wieder an die Deputationen usw. Meiner Meinung nach muß es schneller zum Ziele führen, wenn uns eine Mehrzahl von Projekten mit Kostenanschlägen vorgelegt wird, und wir suchen eins davon zur Ausführung aus. Die Bedingungen, unter denen wir es ausführen, stellen wir dann fest. Daß ein solches Verfahren für die Stadt vorteilhafter wäre und sie dabei auch Beamte sparen müßte, können Sie nicht bestreiten. Wenn Sie aber das Verfahren nicht probieren wollen, so müssen wir in bisheriger Weise weiter arbeiten.

Herr F r ü h l i n g: Der Sinn meines letzten Antrages liegt auch im Sinne meines Referates. Da ich aber den Beschluß der Baukommission nicht ohne weiteres ändern kann, so habe ich den Antrag als meinen persönlichen gestellt. Was die hier mehrfach erwähnte Beeinträchtigung der Handwerker betrifft, so habe ich schon besonders hervorgehoben, daß die nicht beabsichtigt ist. Andererseits glaube ich, daß es erwünscht wäre, das künstlerische Empfinden von Privaten, das an manchen schönen Bauten schon zur Geltung gebracht worden ist, für uns nutzbar zu machen. Wenn Herr Professor Lübke der Baukommission vorgeworfen hat, es wäre zu ihren Verhandlungen der Leiter der städtischen Bauverwaltung nicht zugezogen worden, sondern nur Unterbeamte, so ist das nicht richtig. Ueberall, wo in der Kommission der Wunsch geäußert worden ist,

den Verfasser eines Projektes zuzuziehen, ist auch immer der betreffende Herr zu den Verhandlungen zugezogen worden. Daß das in einzelnen Fällen nicht der Leiter gewesen ist, sondern meistens der Stadtbaurat Osterloh — der aber kein Unterbeamter, sondern ein Oberbeamter ist —, so hat das darin seinen Grund, daß in dem betreffenden Falle dieser das Projekt bearbeitet hatte und am besten über die Sache Auskunft geben konnte. Zuletzt ist noch bei den Besprechungen über die Umgestaltung des Neustadt-Rathhauses der Leiter der städtischen Bauverwaltung, Herr Geheimer Baurat Winter, zugezogen worden, weil er das Projekt bearbeitet hatte. Von einem Zuziehen von Unterbeamten ist demnach keine Rede gewesen.

Herr Meyerhoff: Der Herr Oberbürgermeister hat zugestimmt, daß es möglich wäre, bei den Bauten auch noch anders vorzugehen. Das war der Wunsch, den ich schon früher geäußert habe. Er sagte ferner, daß bei uns die Kostenanschläge überschritten würden, während sie ein Generalunternehmer nicht überschreite. Darin liegt etwas Bedenkliches. Was für Zwischenfälle kommen wohl bei einem Bau vor, z. B. bei der Fundamentierung? Ich würde beispielsweise einen Bau an der Osterböschung an keinen Generalunternehmer vergeben. Herr Stadtrat von Frankenberg meinte, es handele sich hier um unsere Schwestern, für die wir das Beste nehmen sollten. Glauben Sie denn, bei einem Kranken- und Schwesternhause, den Kranken und Schwestern einen Gefallen zu tun, wenn Sie das Haus so fertig schlagen, wie ein Warenhaus? Wie sorgfältig geht nicht die Militär-Bauverwaltung vor, die ihre Bauten sehr lange im Rohbau stehen läßt. Weshalb also die Galoppade bei diesem Hause? Ich habe übrigens die Vorlage nicht zurückgehalten; wir waren eben so überlastet in der betreffenden Sitzung der Baukommission und in der Stadtverordnetenversammlung, daß ich beantragte, die Sache zurückzustellen. Der Generalunternehmer wird sich immer auf irgend eine Weise von seinen abhängigen Unternehmern etwaige Differenzen zahlen lassen und sich schadlos halten. Das ist gerade gefährlich bei der Sache. Ich wollte noch darauf hinweisen, wir haben hier 24- und 26klassige Schulen. Sehen Sie einmal in den Etat, welche Unterhaltungskosten uns bei diesen Schulen entstehen, ich glaube bestimmt, sie sind geringer, als bei einem gewöhnlichen Wohnhause. Wenn dann der Herr Oberbürgermeister meint, er hätte hier so schöne Privatbauten gesehen, so müssen wir immer erst wissen, was sie gekostet haben und welche Unterhaltungskosten aufzubringen sind. Wenn unsere Schulen von einem Generalunternehmer gebaut wären, so möchte ich wohl wissen, was sie der Stadtverwaltung an Reparaturen kosten würden. Sie können ein Türschloß kriegen für 80  $\text{M}$  und für 3  $\text{M}$  80  $\text{S}$ , das ist ein Unterschied, und wir haben bei den

städtischen Bauten immer das Beste genommen, was zu haben war. Der Generalunternehmer will verdienen und zwar mehr, als sonst verdient wird. Wie die Vorlage uns vorliegt, ist sie für mich unannehmbar. Ich habe auch nicht gegen das Stadtbauamt gesprochen, sondern ich habe nur gesagt, es werde ein Keil in die städtische Baubewirtschaftung hineingetrieben, und das stimmt, es wird auch unter die Baubeamten Unzufriedenheit getragen werden. Läßt sich durch Hilfsbeamte Remedur schaffen, so wird die Versammlung auch die nötigen Mittel bewilligen.

Herr Lübbe (persönlich): Herr Baurat Frühling hat mir untergeschoben, oder wenigstens geäußert, ich hätte zu Unrecht behauptet, daß der Leiter der städtischen Baubewirtschaftung niemals in der Baukommission zugegen gewesen wäre; ich muß dazu bemerken, daß ich es nie erlebt habe, solange ich der Kommission angehört habe. Es ist mir ferner nicht in den Sinn gekommen, Herrn Baurat Osterloh als einen Unterbeamten anzusehen. Der Herr gehört selbstverständlich zu den höheren Beamten, er hat dieselbe Vorbildung wie diese. Mit solchen Mitteln kämpfe ich nicht. Ich mag wohl gesagt haben „seine Unterbeamten“, d. h. seine Untergebenen, weil ich angenommen habe, daß Herr Stadtbaurat Osterloh Herrn Geheimen Baurat Winter unterstellt ist.

Herr Frühling (persönlich): Ich möchte darauf erwidern, daß Herr Stadtbaurat Osterloh mehrfach in der Kommission zugezogen ist, während Herr Lübbe Mitglied der Baukommission war. Ich habe auch besonders bemerkt, daß immer derjenige zugezogen ist, der das zur Beratung stehende Projekt zu vertreten hatte, und das waren die Herren Baurat Osterloh oder Menadier. Daß Herr Geheime Baurat Winter nicht zugezogen ist, hat eben darin seinen Grund, daß kein einziges Projekt von diesem zur Beratung gestanden hat. Als aber das Projekt über den Umbau des Neustadt-Rathauses vorlag, ist Herr Geheime Baurat Winter in der Beratung zugezogen gewesen.

Herr Sander (zur Fragestellung): Ich möchte noch fragen, wer unter den Worten „leistungsfähige Unternehmer“ verstanden werden soll. Ist damit ein Maurermeister oder ein Architekt gemeint?

Herr Frühling: Es kommt darauf an, wer dazu geeignet ist und eine Aufforderung vom Magistrat erhält.

Herr Lübbe (zur Fragestellung): Wenn wir dem Punkte 1 zustimmen und den Kostenbetrag von 57 400 M bewilligen, so kann ein anderer Entwurf meiner Meinung nach gar nicht in Frage kommen.

Vorsitzender: Wer nicht für den Punkt ist, muß eben dagegen stimmen.

Herr Meherhoff (zur Geschäftsordnung): Wenn wir den Punkt 1 annehmen, so stimmen wir auch der Begründung dieses Punktes in der Magistratsvorlage zu.

Vorsitzender: Wir haben aber schon oft genug Vorentwürfe genehmigt, und hier handelt es sich um solchen Vorentwurf. Wir sind dann immer nur im Prinzip mit der Vorlage einverstanden. Damit legen wir uns nicht fest.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann der Auffassung des Herrn Vorsitzenden nur beistimmen. Die Ansicht des Herrn Meherhoff, als ob der Magistrat den Herren Stadtverordneten eine Mausefalle aufgestellt hätte, ist dagegen nicht zutreffend. Mit der Annahme des Punktes 1 der Vorlage haben Sie noch nichts getan, um auch Nr. 2 zuzustimmen. Schließlich darf ich noch darauf hinweisen, daß es stets gebräuchlich gewesen ist, mit der Zustimmung zum Vorentwurf diese und jene nicht erhebliche Aenderung gutzuheißen. Sämtliche Einzelheiten des Vorentwurfs sind also nicht unumstößlich mit der Annahme des Punktes 1 festgelegt.

Vorsitzender: Ich möchte feststellen, daß wir in eine Mausefalle nicht hineingehen und daß wir mit einer Stunde hätten die Debatte beenden können, statt mit zwei Stunden, wenn der Wortlaut der Vorlage prägnanter gefaßt wäre.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer will dem Punkte 1 der Magistratsvorlage zustimmen? — Der Punkt ist angenommen. Wer nimmt den Punkt 2 der Magistratsvorlage an? — Der Punkt 2 ist abgelehnt. Wer stimmt für den Antrag Frühling? — Der Antrag ist gegen 5 Stimmen abgelehnt.

## II. Zuschuß zum Verbandstage des Grundbesitzervereins.

Der Zentralverband der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands, bestehend aus 362 Vereinen mit 170 000 Mitgliedern, wird in den Tagen vom 5. bis 11. August d. Js. seine Verhandlungen in Braunschweig abhalten. Seitens des hiesigen gastgebenden Vereines wird der Magistrat gebeten, ihm zu den entstehenden Aufwendungen eine Beihilfe von 1000 M zu gewähren. Der Magistrat ersucht, einen Betrag bis zu 1000 M aus den Mitteln der Umsatzsteuer zur Verfügung zu stellen, damit den Teilnehmern am Grundbesitzertage durch Verabfolgung eines gedruckten Führers und Einrichtung einer Auskunftsstelle während der Festtage usw. Belehrung und Anregung geboten werden kann.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der zur Sitzung erschienenen beiden Mitglieder der Finanzkommission, für die Herr Wolters berichtet, genehmigt.

Herr Meyerhoff spricht hierauf der Versammlung im Namen des Grundbesitzervereins den Dank für die Bewilligung aus.

### III. Zuschuß zum Verbandstage der Deutschen Müller.

In der Zeit vom 9. bis 13. Juli d. Js. tagt die 38. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Müller in Braunschweig. An dieser Versammlung werden mindestens 400 Verbandsmitglieder teilnehmen. Der hiesige Festausschuß für diese Generalversammlung bittet, dem Verbands das im Verlage von George Westermann erscheinende Album von Braunschweig zur Verteilung an die fremden Festteilnehmer zu stiften. Der Magistrat beantragt, eine Summe von 400 M zur Beschaffung des Albums der Stadt Braunschweig zur Verfügung zu stellen.

Auf Empfehlung der beiden Mitglieder der Finanzkommission, für die Herr Wolters berichtet, wird der geforderte Betrag bewilligt.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich würde es für zweckmäßig halten, den zu Beginn der Sitzung vom Herrn Vorsitzenden erwähnten Antrag des Arbeiter-Sängerbundes hier zu verhandeln.

Vorsitzender: Wenn die Versammlung damit einverstanden ist, habe ich nichts dagegen. (Zustimmung.)

### IV. Zuschuß zum Sängersfeste des Harzer Arbeiter-Sängerbundes.

Der Harzer Arbeiter-Sängerbund feiert in Braunschweig vom 16. bis 18. Juli d. Js. sein Sängersfest. Der Bund zählt rund 4000 Mitglieder, davon 1500 in hiesiger Stadt. Er macht es sich zur Aufgabe, künstlerische Kultur in der Arbeiterschaft zu wecken und unter seinen Mitgliedern zu verbreiten. Ein Antrag des Bundes auf Bewilligung eines städtischen Zuschusses ist vom Magistrat abgelehnt worden mit der Begründung, daß der Text eines der vorzutragenden Chöre sozialdemokratische Tendenzen erblicken lasse. Die Vertretung des Bundes gibt zu, daß er außer Kleingewerbetreibenden nur aus Arbeitern bestehe und daß in einigen Chören der Arbeiterstandpunkt zum Ausdruck gebracht werde, aber der Zweck des Bundes sei nicht die Pflege der Politik, sondern die der Musik, und er würde nie an den textlichen Teilen von Musikstücken Anstoß nehmen. Die Braunschweiger Vereine fangen z. B. eine Komposition von Hans Wagner, Chöre von Max Bruch und ähnlichen gut bürgerlichen Komponisten. Die Versammlung wird gebeten, den Beschluß des Magistrates zu korrigieren und dem Bunde einen Festzuschuß zur Verfügung zu stellen. Der zu



erwartende Fremdenverkehr — man erwarte 8000 Teilnehmer — werde auch vielen hiesigen Geschäftsleuten Vorteile bringen.

**Vorsitzender:** Die Eingabe ist mir erst zugegangen, weshalb eine Kommission sich bisher nicht damit befassen konnte. Ich bin nicht in der Lage, über die Sache berichten zu können, weil ich die Ablehnungsgründe des Magistrates nicht kenne. Es wäre nur möglich, den Magistrat zu bitten, uns seine Gründe für die Ablehnung mitzuteilen, damit wir dann Stellung zu der Sache nehmen können. Die Eingabe geht jetzt noch einer Kommission zu überweisen, hat natürlich keinen Zweck.

**Herr Wolters:** Ich möchte die Frage an den Herrn Vorsitzenden richten, ob er solche Beratung überhaupt für zweckmäßig hält, nachdem der Magistrat erklärt hat, er gehe auf den Antrag nicht ein.

**Vorsitzender:** Den Antrag müssen wir beraten, weil wir eine Instanz bilden, an die sich jemand wenden kann, wenn er beim Magistrate kein Gehör gefunden hat. Wir sind natürlich nicht in der Lage, den Beschluß des Magistrates aufzuheben, sondern können diesen nur ersuchen, seinen Beschluß nochmals zu prüfen, oder aber wir erklären, daß wir mit dem Magistrate einverstanden sind. Selbstverständlich kann von einem Korrigieren des Magistratebschlusses keine Rede sein.

**Herr Altmann** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden zu folgen. Der Ausdruck in der Eingabe, „den Beschluß des Magistrates zu korrigieren“, ist natürlich unzutreffend, aber nicht böse gemeint.

**Vorsitzender:** Sind Sie damit einverstanden, daß wir die Sache hier einschließen? (Zustimmung.) Dann möchte ich die Frage an den Magistrat richten, ob er gewillt ist, uns die Gründe für seinen ablehnenden Standpunkt mitzuteilen?

**Herr Oberbürgermeister Netemeyer:** Ich bin dazu bereit. Der Magistrat hat eine ähnliche Eingabe von demselben Herrn Becker erhalten. Es waren im Magistrate Zweifel darüber entstanden, ob es richtig sei, daß der Sängerbund — wie einigen Mitgliedern zu Ohren gekommen war — sozialdemokratischen Tendenzen huldige. Ich habe darauf mit Herrn Becker persönlich verhandelt und seine Erklärung in Form einer Registratur aufgenommen. Hiernach hat der Genannte erklärt, daß der Deutsche Arbeiter-Sängerbund keine politischen Zwecke verfolge; er erkenne aber ohne weiteres an, daß die Mitglieder der hiesigen Vereine durchweg der sozialdemokratischen Richtung angehören, und daß

auch unter den Liedern, die auf dem Bundes-Sängerfeste im Juli hier gesungen werden sollen, solche seien, in denen die freiheitlichen Ideen im Sinne der sozialdemokratischen Partei verherrlicht würden. Er habe daher von Anfang an bezweifelt, daß der Magistrat dem Ersuchen um Bewilligung einer Beihilfe entsprechen werde. Auf die Frage, ob er in der Lage sei, die fraglichen Liedertexte zur Einsicht vorzulegen, erwiderte er, er wolle den Vorstehenden des Verbandes, Herrn Stadtverordneten Hesse, ersuchen, dieserhalb das Erforderliche zu veranlassen.

Zu dieser Verhandlung mit Herrn Becker bin ich im Auftrage des Magistrates aus folgenden Erwägungen veranlaßt worden: Wir stehen auf dem Standpunkte, daß es die Stadt mit Freuden begrüßen kann, wenn ihr Verkehr durch derartige Veranstaltungen gehoben wird. Selbstverständlich macht der Magistrat dabei keinen Unterschied, ob Arbeiter oder Arbeitgeber derartige Veranstaltungen treffen, jedoch glaubt der Magistrat, streng daran festhalten zu müssen, daß parteipolitische Tendenzen dabei nicht zum Ausdruck kommen, denn diese würden wir nicht unterstützen. Nun hatte ich den Herrn Becker gebeten, er möchte mir nachweisen, daß diese Vermutung nicht richtig wäre. Ich habe gewartet, daß Herr Becker oder Herr Hesse erscheinen würden, sie sind aber nicht gekommen. Inzwischen ist nun ein zweites Schreiben des Herrn Becker eingelaufen, dem der Text eines der vorzutragenden Massenschöre beigelegt war, und in dem er schreibt, daß er das in der Tendenz am stärksten hervortretende Lied besonders angemerkt habe. Es handelt sich um ein Lied von Uthmann: „Dem Lenz entgegen!“ In dem Briefe heißt es, man habe auf Gleichberechtigung gegenüber anderen Vereinigungen gerechnet, diese Illusion scheine indessen zerstört zu sein. Der Magistrat hat sodann noch weitere Erkundigungen eingezogen und dabei erfahren, daß der Verein durchaus sozialdemokratischen Tendenzen huldigt. Es ist besonders auch aus den Liedern zu vermuten, die eingereicht wurden und in denen u. a. von roten Fahnen die Rede ist, daß derartige Tendenzen in die Erscheinung treten werden. Wir haben uns deshalb gesagt, daß es für uns nicht angeht, Unternehmungen, die ausgesprochenenmaßen sozialdemokratischen Tendenzen huldigen, die wir im Interesse des Staates und der Gemeinde für gefährlich halten, zu unterstützen, und haben den Antrag, so leid es uns tat, ablehnen zu müssen geglaubt.

Herr Hesse: Der Herr Oberbürgermeister hat bereits erklärt, aus welchen Gründen die Ablehnung des Antrages erfolgt ist. Wenn wir nun auch diese Erklärung bekommen haben, so wird sie doch vielen nicht klar sein, zumal, wenn sie gehört haben, daß man für die Elektrotechniker — bei denen ich keine Garantie dafür übernehmen möchte, daß nicht ein großer Teil Sozialdemo-

kraten dazwischen ist — und den Grundbesitzerverein ansehnliche Summen bewilligt hat. Es ist darauf hingewiesen worden, daß der Sängerbund sozialdemokratischen Tendenzen huldigte und deshalb nicht unterstützt werden könnte. Der Grundbesitzerverein vertritt aber auch sozialpolitische Tendenzen und wird doch unterstützt. Wenn aber der Magistrat aus dem Grunde Bedenken gegenüber dem Sängerbunde trägt, weil ihm der Text eines Liedes sehr anstößig gewesen ist, so möchte ich mir erlauben, einen Vers des Liedes zu verlesen.

Vorsitzender: Das würde aber doch zu weit führen.

Herr Hesse: Da der Herr Oberbürgermeister das Lied erwähnt hat, so bleibt nichts anderes übrig, als durch Verlesen den Text bekannt zu geben.

Vorsitzender: Ein Vers würde dabei nichts beweisen, sondern es müßte schon das ganze Lied verlesen werden. Wenn die Versammlung nichts dagegen hat, so will ich die Verlesung auch nicht hindern.

Herr Hesse: Die beiden ersten Verse des vom Herrn Oberbürgermeister erwähnten Liedes lauten:

„Horch! Horch! Welch' Klirrflang in der Luft  
Wie von rasselndem Schwerterklingen!  
Es stürzet der Föhn in Schlucht und Klust  
Mit glutbefiederten Schwingen!  
Da bricht das Eis, wie rostiger Stahl,  
Latwinen und Wildbäche donnern zu Tal,  
Und wieder ringt sich vom Mutter Schoß  
Der Erde ein neues Leben los:  
Es geht dem Lenz entgegen, dem Lenz entgegen!  
Doch Nachts, wenn Nebel im Wetterbraus  
Zwischen Gräbern gespenstig wallen,  
Dann steigen viel' tote Helden heraus,  
Die im Kampfe ums Recht einst gefallen!  
Sie scharen sich wahrhaft kühn zu Hauf',  
Sie werfen Barrikaden auf!  
Und jede Brust durchzieht ein Lied,  
Das längst von erstorbenen Lippen schied:  
Der Freiheit Marseillaise!“

Das ist doch ganz harmlos. Wenn das Lied anstößig erscheint, so möchte ich an einige Lieder aus den 48er Jahren erinnern, die noch in den alten Kommerzbüchern zu finden sind. Auch andere, in dem Programme enthaltene

Lieder sind anstandslos von vielen bürgerlichen Gesangvereinen gesungen worden, ohne daß darin etwas gefunden ist, so z. B. auch vom Lehrer-Gesangverein. Wenn unter den verschiedenen Massenschören auch einige Tendenzschöre mit vorgetragen werden, so ist dagegen wohl nichts einzuwenden.

Ich will zugeben, daß ein großer Teil der Mitglieder des Sängerbundes Sozialdemokraten sind, aber es sind darin auch sehr viele kleine Geschäftsleute und Handwerker, die es von der Hand weisen würden, Sozialdemokraten sein zu sollen. Der Herr Oberbürgermeister sagte, Herr Becker hätte meinen Besuch in Aussicht gestellt. Letzterer hat mir aber nur erzählt, der Herr Oberbürgermeister hätte gesagt, ob er sich nicht auf einen Stadtverordneten berufen könne, worauf er meinen Namen genannt habe; der Herr Oberbürgermeister hätte dann erwidert: Das ist aber ein ausgesprochener Sozialdemokrat. (Heiterkeit.) Zu dem teilweise vorgetragenen Liede möchte ich noch bemerken, daß es sich dabei um eine Erinnerung an die 48er Bewegung handelt, die bekanntlich nicht die Sozialdemokraten, sondern bürgerliche Herren herborgerufen haben. Ich erinnere nur an Männer wie Lucius, Kronheim u. a., die diese Bewegung hier mit geleitet haben. Wir haben es nicht nötig, durch unsere Lieder die Empörung aufzustacheln, dafür wird schon von anderer Seite gesorgt. Die Herzogliche Polizeidirektion, die Hofmannkammer usw. sorgen schon dafür . . .

Vorsitzender: Ich möchte bitten, bei der Sache zu bleiben.

Herr Hesse: Wenn Sie berücksichtigen, daß nur 300 M. erbeten werden und die Arbeiter-Sängerschaft schon Opfer genug bringen muß, indem sie ein Programm mit den Sehenswürdigkeiten Braunschweigs herstellen läßt, so werden Sie dem Gesuche wohl stattgeben.

Vorsitzender: Ist Herr Hesse in der Lage, zu erklären, daß der Arbeiter-Sängerbund nicht in irgend einer Weise politisch organisiert ist, daß also die Politik mit der Zugehörigkeit zum Bunde selbst nichts zu tun hat?

Herr Hesse: In einer Generalversammlung des Sängerbundes in Köln a. Rh. war der Antrag gestellt worden, daß die Bundesmitglieder unter allen Umständen politisch organisiert werden müßten, der Antrag ist aber abgelehnt worden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es hat uns, wie ich vorhin erklärte, leid getan, den Antrag ablehnen zu müssen, weil ohne Frage die Auffassung an gewissen Stellen platzgreifen wird, als wenn der Magistrat mit seinem Beschlusse gegen die Arbeiterschaft Stellung nehmen wollte. Sie wissen, es wäre mir lieber gewesen, Sie hätten mit dem Kopfe geschüttelt. Daß ein Verein Sozialdemokraten zu seinen Mitgliedern zählt, würde für uns niemals

ein Ablehnungsgrund sein, aber Tendenzen zu unterstützen, die die Sozialdemokratie fördern, widerstreitet unserer Aufgabe. Wenn die Herren erklären können, daß in den Liedern durchaus nicht die Tendenz vorherrscht, die sozialdemokratischen Ideen zur Herrschaft zu bringen, so wird der Magistrat sagen, er sei mit Vergnügen bereit, den Verein zu unterstützen, da die Geldfrage dabei keine Rolle spielt.

Herr *Altmann*: Ich bedauere den Beschluß des Magistrates, und ich kann nur die Erklärung abgeben, daß die Arbeiter-Gesangvereine mit der politischen Bewegung nichts zu tun haben. Daß der größte Teil der Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes Sozialdemokraten sind, ist wohl begreiflich. Wenn der Herr Oberbürgermeister erwähnt, daß in einem Liede von roten Fahnen gesprochen würde, und dadurch politische Bestrebungen bekundet würden, so dürfte das zu weit gehen. Wenn jemand „Heil Dir im Siegerkranz“ singt, oder „Ich bin ein Preuße“, so würde das nach solcher Auffassung auch eine politische Betätigung sein. So dürfen wir aber derartige Sachen nicht auffassen. Der Magistrat ist in dieser Beziehung zu vorsichtig gewesen. Ich möchte bitten, dem Antrage stattzugeben, und ich hoffe, daß danach auch der Magistrat einsehen wird, daß eine politische Betätigung bei dem Sängerbunde nicht vorhanden ist. Die große Mehrheit der organisierten Sozialdemokraten gehört den Arbeiter-Gesangvereinen gar nicht an. Mit der Politik hat die Sache also nichts zu tun. Befremden müßte es jedenfalls, wenn ein Gesuch der Arbeiter-Gesangvereine zurückgewiesen würde, während anderen Vereinigungen im vollen Maße gegeben wird.

Vorsitzender: Es kommt mir vor allem darauf an, festzustellen, ob der Verein ein politischer ist. Ich würde ebensowenig einem konservativen, wie einem freisinnigen, oder nationalliberalen Vereine etwas bewilligen.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Ich kann der Ansicht des Herrn Vorsitzenden nicht beipflichten. Nicht darauf kommt es an, ob ein Verein ein politischer Verein ist, sondern welche Tendenzen der Verein durch seine Darbietungen verfolgt. Nun hat sich Herr Altmann sehr vorsichtig ausgedrückt, indem er sagt, der Sängerbund sei nicht politisch. Was ist heute alles Politik? Wir wollen es nicht von der Hand weisen, einen Verein zu unterstützen, der in seinen Bestrebungen die Politik einmal berührt. Wenn ein Gesangverein ein Lied vorträgt, in dem das Vaterland verherrlicht wird, so ist das in gewisser Weise auch Politik, deshalb sagen wir, wir wollen keine *partei* politischen Bestrebungen unterstützen. Dabei machen wir keinen Unterschied, ob es sich um die Parteipolitik der Sozialdemokraten oder anderer politischen Parteien handelt.

Vorsitzender: Wollen wir das Gesuch an den Magistrat richten, die Sache noch einmal zu prüfen und dem Sängerbunde 300 *M* zur Verfügung zu stellen? — Der Antrag ist mit 18 : 9 Stimmen angenommen. Ich werde in der Weise an den Magistrat schreiben.

### V. Instandsetzung der Lindentwete.

Unter Ueberreichung eines Entwurfs zur Instandsetzung der Lindentwete bemerkt die städtische Bauverwaltung, daß die Kosten zu 4200 *M* ermittelt sind, von denen 1500 *M* durch die Anlieger wieder zu erstatten sein werden. In den Haushaltsplan ist hierfür bereits ein Betrag von 5000 *M* eingestellt worden. Die Straße soll eine 3 m breite Fahrbahn erhalten, während man den Fußwegen eine Breite von 1,25 m bis 1,70 m beilegen will. Die Fahrbahn soll mit alten schiefwinkligen Pflastersteinen abgepflastert werden und die Fußwege sollen Belpfer Sandsteinplatten erhalten. Der Magistrat ersucht, sich mit der Instandsetzung einverstanden zu erklären.

Nach dem Berichte des Herrn Fr ü h l i n g empfiehlt die Baukommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr F r e d e: Die Anlieger der Lindentwete haben den dringenden Wunsch, daß die Fahrbahn nicht mit Reihensteinen, sondern mit Asphalt belegt wird. Es führen eine Menge Schlafzimmer nach der Straße hin, deren Insassen durch den Wagenverkehr gestört würden, wenn die Fahrbahn Steinpflaster erhielte. Außerdem trägt die Asphaltierung den hygienischen Verhältnissen mehr Rücksicht, als die Pflasterung. Dazu kommt noch, daß der Keller des angrenzenden Hotels zum „Blauen Engel“ sich unter der Fahrbahn hin erstrecken soll und dessen Gewölbe durch eine Pflasterung beschädigt werden könnte. Gegen die Asphaltierung wird die Steigung der Twete ins Feld geführt, jedoch ist diese dem Augenscheine nach nicht so stark, um solche Bedenken zu rechtfertigen. Ich stelle daher folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, statt der Pflasterung der Lindentwete mit Reihensteinen eine Asphaltierung anzuordnen.“

Herr Bürgermeister M e h r: Grundsätzliche Bedenken gegen eine anderweite Befestigung der Fahrbahn liegen nicht vor. Die Pflasterung ist in Aussicht genommen, um vorhandenes Steinmaterial mit zu verwenden, sodann aber auch, weil das Gefälleverhältnis die Verwendung von Asphalt nicht zuläßt. Bei letzterer Frage können nur die Messungen der Baubeamten ausschlaggebend sein. Wenn der Antrag Frede in der vorliegenden Form angenommen wird, so würde möglicherweise die Befestigung der Lindentwete auf längere Zeit hinausgeschoben

werden; ich gebe daher anheim, zu beschließen, es möchte die Asphaltierung der Straße in Erwägung genommen werden.

Herr Frede: Ich bin mit einer entsprechenden Aenderung meines Antrages einverstanden.

Herr Lübbe: Ohne eine genaue Nivellementskenntnis ist es schwer, etwas darüber zu sagen. Nach oberflächlicher Schätzung halte ich die Asphaltierung der Rindentwete wohl für möglich, und ich möchte wünschen, daß die kleinen Straßen der Innenstadt, wenn irgend angängig, sämtlich mit Asphalt belegt werden.

Herr Bürgermeister Meyer: Diesem Wunsche wird schon nach Möglichkeit Rechnung getragen, denn von den heute auf der Tagesordnung stehenden 6 Anträgen auf Straßenpflasterungen sehen meiner Erinnerung nach 5 Anträge die Asphaltierung vor.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit dem entsprechend geänderten Antrage Frede angenommen.

## VI. Instandsetzung der Abelnkarre.

Die im Etat bereits vorgesehene Instandsetzung der Abelnkarre wird einen Kostenaufwand von 8900 *M* erfordern, wovon 2500 *M* auf die Anlieger entfallen. Das vorgelegte Projekt sieht für die Fahrbahn Gußasphaltpflaster und für die Fußwege Belpfer Sandsteinplattenbelag in ganzer Breite vor. Auf die Fahrbahn entfallen 4 m und auf die beiderseitigen Fußwege 1,10 bis 1,80 m der Straße.

Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung der Instandsetzung, stimmt die Versammlung zu, nachdem ihn Herr Fröhling namens der Baukommission befürwortet hatte.

## VII. Instandsetzung der Kupfertwete.

Nach dem der Versammlung vorgelegten Entwürfe zur Instandsetzung der Kupfertwete werden sich die Kosten auf 6800 *M* belaufen, von denen 1900 *M* auf die Anlieger entfallen. Im städtischen Haushaltsplane sind hierfür 5300 *M* vorgesehen. Die Kupfertwete soll bei ihrer Instandsetzung eine 5 m breite Fahrbahn und Fußwege in einer Breite von 1,50 bis 1,75 m erhalten. Die Fahrbahn soll mit Stampfasphaltpflaster auf Betonunterlage befestigt werden, während die Fußwege Belpfer Sandsteinplatten erhalten. Auch hier ersucht der Magistrat um Zustimmung zur Instandsetzung der Straße.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fröhling berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

### VIII. Instandsetzung der Bodstwete.

Nach dem der Versammlung vorgelegten Entwurf über die Instandsetzung der Bodstwete werden die gesamten Kosten der Instandsetzung 8100 *M* betragen, wovon 2600 *M* den Anliegern aufzuerlegen sein werden. Im diesjährigen Haushaltsplane ist hierfür eine Ausgabe von 4400 *M* vorgesehen. Die Bodstwete soll auf ihrer westlichen Strecke eine Fahrbahnbreite von 1,80 bis 2,10 m, auf der mittleren Strecke eine solche von 3,20 m und auf der östlichen Strecke eine solche von 2,40 bis 2,60 m erhalten, während für die Fußwege eine Breite von 1 bis 1,35 m vorgesehen ist. Die Fahrbahn wird mit Gussasphalt auf Betonunterlage befestigt und die Fußwege erhalten in ihrer ganzen Breite Belpfer Sandsteinplatten. Dem Ersuchen des Magistrates, der Instandsetzung der Bodstwete zuzustimmen,

entspricht die Versammlung nach Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr F r ü h l i n g berichtet.

### IX. Ankauf einer Grundfläche beim Lagerplaze am Westbahnhofe.

Ein zu 22,34 a vermessen, mit einem großen Teile seiner Nordfront an das von der Stadt zur Erweiterung des städtischen Lagerplatzes am Westbahnhofe erworbene Gelände grenzendes Grundstück ist der Stadt von seinem Eigentümer, dem Kaufmann Wilhelm Eckhardt, zum Preise von 4,50 *M* pro qm zum Kauf angeboten. Wenn auch ein Bedürfnis zur Vergrößerung des Lagerplatzes zurzeit noch nicht vorliegt, so läßt doch die günstige Lage des Geländes und der geforderte billige Preis den Erwerb zweckmäßig erscheinen. Die Versammlung wird deshalb ersucht, sich mit dem stadtseitigen Ankauf des Grundstücks zu dem angeführten Preise einverstanden zu erklären und die auf 10 053 *M* berechnete Kaufsumme zu bewilligen,

was seitens der Versammlung auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr M e y e r h o f f berichtet, geschieht.

### X. Zuschuß an den Blindenverein.

Der Vorstand des hiesigen Blindenvereins bittet den Magistrat, ihm zwecks Ausbaues seiner Vereinsbestrebungen eine Beihilfe zu gewähren. Der Magistrat ersucht, zuzustimmen, daß bis auf weiteres dem Blindenvereine aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen ein Jahreszuschuß von 50 *M* gewährt werde.

Auf Empfehlung von Mitgliedern der Finanzkommission, für die Herr W o l t e r s berichtet, beschließt die Versammlung dem Antrage gemäß.



## XI. Auerweite Nuzung des am Auguſtplatze gelegenen Platzes.

Der Magistrat führt hierzu folgendes aus: Es wird nicht beſtritten werden können, daß das neben dem Auguſtplatze gelegene ſtädtiſche Bauerrain in ſeiner gegenwärtigen Beſchaffenheit der Stadt nicht zur Bierre gereicht. Nachdem die urſprüngliche Abſicht der ſtädtiſchen Behörden, den Platz zu Bauzwecken an Private zu veräußern, fallen geſaſſen war, iſt ſchon im Frühjahr 1904 an die Verſammlung das Erſuchen gerichtet worden, ſich mit der Einfriedigung des Platzes durch eine Planke einverſtanden zu erklären und zu dieſem Zwecke 700 *M* zur Verfügung zu ſtellen. Dieſer Antrag iſt derzeit abgelehnt worden und zwar aus der Erwägung heraus, daß der Platz einſtweilen als Kinderspielplatz Verwendung finden könne und als ſolcher beſſer uneingefriedigt bleibe. Der Magistrat würde hiergegen an ſich nichts zu erinnern gefunden haben, wenn ihm nicht ſchon derzeit Klagen der Anwohner des Platzes über Beläſtigungen durch die ſpielenden Kinder bekannt geweſen wären. Dieſe Beſchwerden haben inzwiſchen nicht nachgeſaſſen, ſondern ſind immer dringlicher geworden, und haben in letzterer Zeit einen Grad erreicht, der es geboten erſcheinen läßt, eine Aenderung der Verhältniſſe eintreten zu laſſen. Die Beläſtigungen erfolgen in der Hauptsache dadurch, daß Bälle und Steine über die Grenze des Platzes in die Nachbargrundſtücke hineingeworfen werden. Der Magistrat iſt der Anſicht, daß die Stadt den Anliegern den von dieſen erbetenen Schutz nicht verſagen darf und der Platz als Spielplatz aufgegeben und in anderer Weiſe genutzt werde. Es wird deſhalb der frühere Antrag wiederholt, die Mittel zur Einfriedigung des Platzes mit einem Harzzaun zur Verfügung zu ſtellen. Ferner wird vorgeschlagen, daß der Platz nach Vornahme von Rigolarbeiten bis auf weiteres zur Anlage von Schrebergärten verpachtet werde.

Um nach der Straße hin ein freundlicheres Bild zu ſchaffen, wird beabſichtigt, einen im laufenden Sommer noch zu beſaſſenden, dann aber mit Buſchwerk zu bepflanzen den Vorgarten einzurichten und nach deſſen Anlage und durch dieſe verdeckt einen Harzzaun etwas zurück im Grundſtücke aufzuſtellen. Die Beſchaffung der Staketerie würde etwa 135 *M*, das Rigolen und die Beſaſung des Vorgartens etwa 200 *M* und eine zum Schutze des letzteren aufzuſtellende beſcheidene Einfriedigung etwa 25 *M* koſten.

Die Verſammlung wird erſucht, ſich mit dem beabſichtigten Vorgehen einverſtanden zu erklären und die Summe von 360 *M* zu verwilligen.

Herr Nieſe: Die Baukommiſſion war in ihrer großen Mehrheit dafür, die Vorlage abzulehnen, und es wurde einſtimmig beſchloſſen, den Platz als Kinderspielplatz beizubehalten. Wenn die Anlieger durch die Bälle beläſtigt

werden, so können wir ihnen nicht helfen. Kinder machen einmal Dummheiten, und wir haben das auch getan. Die Baukommission ersucht, dem Magistrate anheimzugeben, den Platz zu berafen oder mit Kies befestigen zu lassen.

Herr Bürgermeister M e h e r: Nach meiner Auffassung ist die Baukommission zu einem andern Ergebnisse gekommen; sie hat beschlossen, dem Magistrate das Geld zur Herrichtung einer Staketerie und zur Berafung des Platzes zu bewilligen, sowie ihm daneben eine Summe von 500 *M* zu überweisen, um hiermit den Platz zu befestigen. Wenn ich nun auch anerkennen will, daß das gegenüber dem vor Jahren gefaßten Beschlusse schon ein großes Entgegenkommen ist, so entspricht es doch nicht ganz den Wünschen des Magistrates; immerhin läßt die Verwendung der bewilligten Mittel eine Besserung der Verhältnisse erhoffen. Ich möchte deshalb bitten, in Gemäßheit des Beschlusses der Baukommission dem Magistrate die beiden Beträge zur Verfügung zu stellen.

Herr R i e k e: Die Auffassung des Herrn Bürgermeisters Meher ist zutreffend; ich beantrage, die beiden Summen zu bewilligen.

Herr F r ü h l i n g: Es ist in der Kommission beschlossen, vorn an der Straße eine Abgrenzung des Platzes stattfinden zu lassen durch Rafen und leichtes Voskett mit folgendem Staket, während der hintere Teil des Platzes als Spielplatz belassen werden soll und zu dessen Herrichtung 500 *M* zur Verfügung gestellt werden.

Die Versammlung beschließt, 135 *M* für eine Staketerie und bis zu 500 *M* für Befestigung und teilweise Bepflanzung des Platzes zu bewilligen.

## XII. Stadtseitige Uebernahme eines Wegestreifens.

Der östlich des Parkhotels Café Lüch gelegene Straßenzug ist mit Ausnahme eines hart an dem bezeichneten Grundstücke sich entlang ziehenden 3,23 m breiten Streifens im städtischen Besitze. Die aus der Zwicherrschaft an dem Fußwege sich ergebenden Schwierigkeiten sind schon immer unangenehm empfunden und in jüngster Zeit besonders stark hervorgetreten, als von seiten des Anliegers eine auf seine Kosten vorzunehmende Verbreiterung des Fußweges gewünscht und später die Zulassung der Benutzung eines Teiles des Fußweges in der Sommerzeit durch Aufstellung von Tischen und Stühlen beantragt wurde. Zweck Herbeiführung einer Vereinfachung der Verwaltung ist der Magistrat deshalb mit Herzoglicher Baudirektion als der Eigentümerin des Streifens

wegen Uebernahme der 152 qm haltenden Grundfläche seitens der Stadt in Verbindung getreten. Die Herzogliche Baudirektion ist auch bereit, die Abtretung bei Herzoglichem Staatsministerium zu befürworten, wenn die Stadt auf Zahlung eines Ablösungskapitals für Erneuerung und Unterhaltung der Fußwegbefestigung verzichtet. Ueber die Höhe der eventuell zu fordernden Abfindung gehen die Ansichten weit auseinander: während die städtische Bauverwaltung sie auf rund 1400 *M* berechnet, schätzt Herzogliche Baudirektion solche schon mit rund 180 *M* für ausreichend. Unter eingehender Begründung hält der Magistrat es für angängig, den Wünschen Herzoglicher Baudirektion entgegenzukommen und auf die Zahlung eines Ablösungskapitals ganz zu verzichten. Die Versammlung wird daher gebeten, zuzustimmen, daß die betreffende Fläche ohne besondere Entschädigung von der Stadt übernommen werde.

Die Baukommission läßt durch Herrn *N i e k e* die Genehmigung der Vorlage anheimgen und die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

### **XIII. Antrag auf Entsendung von Beisitzern zu dem Verbandstage Deutscher Gewerbegerichte.**

Eine Anzahl Arbeitnehmer-Beisitzer des hiesigen Gewerbegerichtes hat sich an die Versammlung mit dem Ersuchen gewendet, zu beschließen, daß vier Beisitzer zu der vom 15. bis 17. September d. Js. in Köln a. Rh. stattfindenden Versammlung des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf Kosten der Stadt entsendet werden, nachdem der Magistrat einen derartigen Antrag abgelehnt hat. Der Antrag wird u. a. damit begründet, daß nach der in der Monatschrift des genannten Verbandes veröffentlichten Einladung eine sehr lehrreiche Tagesordnung aufgestellt sei.

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr *V o g e*: Diese Frage hat die Versammlung schon wiederholt beschäftigt. Vor mehreren Jahren ist der Verbandstag von hier aus beschickt worden, als dazu besondere Gründe vorlagen. In der Sitzung vom 14. Mai 1908 hat sich die Versammlung einem gleichen Gesuche gegenüber ablehnend verhalten, indem sie sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß bei der Menge von Gesuchen zur Beschickung von Verbandstagen in jedem einzelnen Falle geprüft werden müsse, ob der Vorteil, der aus solcher Beschickung der Stadt erwachse, so groß sei, um mit den verwendeten Mitteln auch im Einklang zu stehen. Die zur Verhandlung auf dem Verbandstage gestellten Punkte werden hinterher in der Monatschrift der gewerblichen und Kaufmannsgerichte veröffentlicht und den Beisitzern vom Magistrate zugänglich gemacht, so daß sie daraus ihren Nutzen ziehen können, auch wird in

einer gemeinschaftlichen Sitzung das Wissenstherte besprochen. Die Versammlung hat sich früher auf den Standpunkt gestellt, daß aus einer Beschickung des Verbandstages kein großer Vorteil für die Stadt herauskäme, zumal die einzelnen Beisitzer häufig wechselten. Zweckmäßig wäre es dagegen, wenn hier und da einmal der Vorsitzende des Gewerbegerichtes bei besonders wichtigen Punkten der Tagesordnung zum Verbandstage entsandt würde. Die Statutenkommission hat sich bei der jetzigen Beratung dieser Frage wieder auf den früheren Standpunkt gestellt, und hält eine Beschickung des Verbandstages auch diesmal nicht für erforderlich, sie gibt daher anheim, den Antrag abzulehnen.

Herr R i e k e: Ich möchte Sie ersuchen, dem Antrage der Kommission nicht stattzugeben. Wenn der Magistrat zur Begründung seines ablehnenden Standpunktes auch angegeben hat, daß die Beisitzer durch den später erscheinenden Bericht zum Verbandstage über die verhandelten Gegenstände unterrichtet würden, so sind die Verhandlungen doch so interessant, daß jemand entsandt werden müßte. Es handelt sich um Besprechungen über den Arbeitsvertrag, die Regelung der Akkordarbeit und der Tarifverträge usw. Wenn die Beisitzer zu dem Verbandstage abgeordnet werden, so sind sie in der Lage, hinterher über das Gehörte Vorträge in ihrem Kreise zu halten, wodurch das Wissen der Zuhörer erweitert wird. Wenn wir zu allen möglichen Veranstaltungen Mittel bewilligen, so wäre es auch am Platze, einige Beisitzer zu dem Verbandstage zu entsenden, mögen es nun vier oder weniger sein.

Der Antrag der Kommission auf Ablehnung des Antrages wird darauf genehmigt.

#### XIV. Anschaffung einer Koksbruchmaschine.

Bisher erfolgte das Brechen von Gasloks auf dem Gaswerke an der Bahnhofstraße durch eine von Hand betätigte Brechmaschine, die stündlich bei zwei Mann Bedienung 1000 kg Koks zerkleinern konnte. Diese Handarbeit soll durch Maschinenarbeit ersetzt werden, indem auch für dieses Gaswerk eine elektrisch betriebene Koksbruchmaschine für 4000 kg stündliche Leistungsfähigkeit beschafft wird, wodurch eine erhebliche Ersparnis an Lohn usw. eintritt. Die Anlagelkosten würden insgesamt 2700 M betragen. Der Magistrat gibt anheim, diesen Betrag zu bewilligen.

Herr W o l t e r s: Die in der Finanzkommission anwesend gewesenen Mitglieder haben sich mit der Vorlage einverstanden erklärt, und den vom Magistrat angeführten Gründen noch den fernereren Grund hinzugefügt, daß es zweifellos

auch aus hygienischen Rücksichten zu empfehlen sei, die Kofszerkleinerung durch Handbetrieb zu beseitigen. Gleichzeitig wurde angeregt, noch eine Sortierung des Koffes herbeizuführen, um ihn für die Zwecke der Industrie in noch höherer Weise als bisher nutzbar zu machen.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

### **XV. Anschaffung einer Turmuhr für die Jakobikirche.**

Dem Magistrat erscheint die Anbringung einer Uhr mit Schlagwerk an der Jakobikirche wünschenswert, deren Kosten von der politischen Gemeinde zu übernehmen sein würden. Eine Beleuchtung der Zifferblätter hält der Magistrat aber nicht für geboten, ebenso nicht die Anbringung einer elektrischen Aufzugsvorrichtung. Die Herrichtung des Schlagwerkes für die Betglöde wird dagegen der Kirchengemeinde zu überlassen sein. In der Voraussetzung, daß die Kirchengemeinde die Bedienung des Uhrwerkes übernimmt, wird anheimgegeben, die Summe von 4550 *M* zu bewilligen.

Herr **Leue** befürwortet die Genehmigung der Vorlage namens der anwesend gewesenen Mitglieder der Finanzkommission.

Herr **Kleinnecht**: Ich möchte bitten, auch die Beleuchtung der Zifferblätter zu beschließen, wenn die Kosten nicht gar zu hoch sind. Wir haben in der Gegend so wenig öffentliche Uhren, daß dies wünschenswert wäre.

Herr **Leue**: Die Kosten würden 2600 *M* betragen.

Die Magistratsvorlage wird hierauf gutgeheißen.

### **XVI. Aenderung des Fußbodenbelages in einer Turnhalle.**

Der Magistrat gibt anheim, zuzustimmen, daß in der Turnhalle der Schule an der Ottmerstraße der vorhandene Fußbodenbelag beseitigt und versuchsweise ein loser Belag (Sand, Sägepäne, Salz) unter Aufwendung von 900 *M* hergerichtet, auch für die Schüler und die Turnlehrer je ein Schrank für 160 und 80 *M* beschafft werde. Die Gesamtausgabe von 1140 *M* wird aus dem Ausgleichsfonds zu bestreiten sein.

Herr **Meyerhoff**: Die Baukommission gibt anheim, der Vorlage zuzustimmen; sie begrüßt die Aenderung und hofft, daß der Versuch weitere Folge haben werde.

Herr **Kleinnecht**: Ich begrüße es mit Freuden, daß der Magistrat einmal einen Versuch mit weichem Fußboden in einer Turnhalle machen will.

In der Turnhalle an der Eßternstraße habe ich mich wiederholt erkundigt, wie man dort mit dem weichen Fußboden zufrieden ist, und habe nur günstige Auskunft erhalten. Wenn mir früher auf meine Anregung vom Magistrate entgegengehalten wurde, daß gerade auf Anraten der Aerzte von der Anlegung weichen Fußbodens abgesehen sei, so kann ich dazu nur bemerken, daß weicher Fußboden, wenn er staubt, allerdings nicht hygienisch, sonst aber viel besser ist, als harter Fußboden.

Die Magistratsvorlage wird genehmigt.

## XVII. Instandsetzung einer Straße am Neustadtrathause.

Die städtische Bauverwaltung legt einen Entwurf vor über die Instandsetzung der Straße an der Westseite des Neustadt-Rathauses und eines Theiles der Jöddenstraße mit dem Bemerken, daß die Kosten zu 6400 *M* veranschlagt sind, welche Summe auch bereits im Haushaltsplan für diesen Zweck vorgesehen ist. Der Magistrat ersucht, das Projekt nebst Kostenanschlag mit der Maßgabe gutzuheißen, daß der neben dem Grundstücke Nr. 1379/80 befindliche Fußweg mit Granitoidplatten belegt werde. Nach dem Kostenanschlage soll die Straße an der Westseite des Neustadt-Rathauses in Anlehnung an die bereits im Jahre 1909 vorgenommene Instandsetzung des nordöstlichen Theiles der Küchenstraße mit 3 m breiten Fußwegen und einer im Mittel 9,20 m breiten Fahrbahn ausgebaut werden, wobei die Fahrbahn mit alten, noch brauchbaren schiefwinkligen Gabbropflastersteinen gepflastert und die Fußwege in ganzer Breite mit Welpfer Platten belegt werden sollen.

Nach dem Bericht des Herrn Fr ü h l i n g empfiehlt die Baukommission, der Vorlage zuzustimmen.

Herr S e n k i n g: Da das Neustadt-Rathaus demnächst Schulzwecken dienen soll, so möchte ich empfehlen, hier ein geräuschloses Asphaltpflaster zu nehmen.

Herr Fr ü h l i n g: Die Baukommission hat dagegen keine Bedenken; man wollte hier Steinpflaster nehmen, um die noch vorhandenen vielen Pflastersteine verwenden zu können.

Herr Bürgermeister M e h e r: Ich möchte empfehlen, hier einen gleichen Beschluß zu fassen, wie bei der Lindentwete. Ein Teil des Straßenzuges soll anlässlich der Befestigung der Küchenstraße schon neu gepflastert sein, und es würde wunderbar aussehen, wenn nun der anschließende Teil Asphaltpflaster erhalten sollte. Immerhin kann die Sache noch einmal geprüft werden.

Herr Meyerhoff: Die Föddenstraße kann nicht mit Asphalt belegt werden, so lange sich der Backhof an seiner jetzigen Stelle befindet, weil die Straße zu sehr steigt.

Die Vorlage wird genehmigt, jedoch der Magistrat dabei ersucht, zu erwägen, ob die Fahrbahn etwa mit Asphaltpflaster belegt werden kann.

### XVIII. Instandsetzung der Kaiserstraße.

Nach dem der Versammlung vorgelegten Entwurf zur Instandsetzung der Kaiserstraße zwischen Wollmarkt und Mickelnkulf werden die Kosten 22 000 *M* betragen, wovon 5500 *M* seitens der Anlieger zu erstatten sein werden. Die Versammlung wird ersucht, das Projekt zu genehmigen. Letzteres sieht für die Fußwege, deren Breite zwischen 1,56 bis 4,20 m schwankt, Belpfer Sandsteinsplattenbelag in ganzer Ausdehnung vor, während für die 4,50 bis 5,60 m breite Fahrbahn eine Befestigung mit Stampfasphalt vorgesehen ist.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Frühlings berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

### XIX. Aufhebung der Teilstrecke eines Interessentenweges.

Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß eine die Landesisenbahn in km 5,6 schneidende Teilstrecke des Interessentenweges Nr. 40 der Feldmark Wilhelmitor aufgehoben werde.

Auch diese Vorlage wird von der Versammlung nach Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr Frühlings berichtet, genehmigt.

### XX. Ankauf zweier Flächen zur Wallstraße.

Aus Anlaß der jetzt vollendeten Neubebauung des Ecke Wallstraße-Leopoldstraße gelegenen Grundstücks Nr. ass. 339 hat dessen Eigentümer, der Rentner Hoppe, die Abnahme der von dem Grundstück der Straße zuzulegenden 1,4 qm großen Fläche beantragt. Die städtische Bauverwaltung gibt anheim, nicht nur dem Antrage zu entsprechen, sondern noch eine weitere 0,8 qm große Fläche des Hoppe'schen Grundstücks zu erwerben. Der Magistrat ersucht, auch dieser Anregung Folge zu geben und beide Flächen zum Gesamtprice von 100 *M* zu erwerben.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

## XXI. Gehaltsaufbesserung für die städtischen Oberlehrer.

Nachdem der Staat dem Vorgehen von Preußen folgend die Gehälter der Oberlehrer wesentlich erhöht hat, wird sich die hiesige Stadt zu einer gleichen Maßnahme verstehen müssen, da andernfalls auf die Gewinnung tüchtiger Kräfte für die beiden Realanstalten und die städtische höhere Mädchenschule nicht zu rechnen ist. Dabei wird dann weiter zu erwägen sein, ob und eventuell in welchem Umfange auch andere Gehälter aufzubessern sind und wie für die sich ergebenden Mehrausgaben Deckung zu schaffen ist.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß es sich empfiehlt, mit der Prüfung und Begutachtung der einschlägigen Fragen eine gemischte Deputation zu betrauen, die etwa aus 10 Stadtverordneten und 2 Mitgliedern des Stadtmagistrates zusammenzusetzen sein dürfte und deren Beschlüsse als Grundlage der der Versammlung zu unterbreitenden Vorlage dienen würden. Die Freiheit jeder der beiden städtischen Körperschaften bei ihren Entschlüssen würde dabei aber selbstverständlich gewahrt bleiben. Es wird anheimgegeben, diesem Vorschlage zuzustimmen und die erforderliche Wahl eventuell vorzunehmen.

Eine Erledigung der Angelegenheit vor den üblichen Sommerferien wird nicht möglich sein. Es erscheint aber dringend wünschenswert, über die Gehaltsätze der Oberlehrer schon jetzt eine Verständigung zu erzielen, weil die Besetzung von vier Stellen bevorsteht, und es erklärlich ist, daß die Bewerber schon jetzt Gewißheit darüber zu haben wünschen, welches Gehalt ihnen hier gezahlt werden wird. Der Magistrat sieht sich deshalb genötigt, diese eine Frage vorweg zu erledigen.

Während die städtischen Oberlehrer jetzt ein Gehalt von 3400 bis 7000 *M* mit je 4 Zwischenstufen von 500 *M* und 400 *M* beziehen, ist dasselbe vom braunschweigischen und preussischen Staate auf 2700 *M* bis 7200 *M* mit 3 Zwischenstufen von je 700 *M* und 4 Zwischenstufen von je 600 *M* festgesetzt. Daneben wird der Wohnungsgeldzuschuß gezahlt.

Die vorstehend erwähnten Gehaltsätze und insbesondere die Erreichung des Höchstgehaltes in 21 (statt wie bisher in 24) Jahren wird die Stadt zugehen müssen. Fraglich ist nur, um wieviel die einzelnen Gehaltsstufen zur Deckung des Wohnungsgeldzuschusses, der in den Besoldungsordnungen der Stadt bislang nicht getrennt ausgeworfen war und zu dessen gesonderter Auswerfung auch kein hinreichender Grund vorliegt, zu erhöhen sind.

Während das Reich und Preußen ihren hier ansässigen, im Range der Oberlehrer stehenden Beamten einen Wohnungsgeldzuschuß von 800 *M* und bezw. 880 *M* gewähren, zahlt der Braunschweigische Staat den hier wohnhaften Oberlehrern nur 320 bis 600 *M* (je nach der Höhe des Gehalts in der Stufenfolge



von 320, 420, 450 und 600 *M*; die niedrigste Stufe von 210 *M* bei Gehältern unter 1500 *M*), doch kommen bei Bemessung des Ruhegehaltes nach § 136 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst nur die Wohnungsgeldzuschüsse für die Orte zweiter Klasse (150 bis 360 *M*) als pensionsfähig in Anrechnung. Eine Erhöhung dieser Zuschüsse steht in Aussicht, wobei indessen die allmähliche Steigerung beibehalten werden dürfte, während andererseits dem Vernehmen nach in Preußen die Anpassung an die Säge der Staffel der Wohnungsgeldzuschüsse erwogen wird, die den Reichsbeamten auf Grund des Reichs-Befoldungsgesetzes vom 15. Juli 1909 gezahlt werden.

Bei Bemessung der hier jetzt festzustellenden Gehaltssätze wird hiernach einerseits auf die Höhe der vom Reiche und Preußen gezahlten Wohnungsgeldzuschüsse, andererseits aber auch auf die Höhe der vom Braunschweigischen Staate gewährten Zuschüsse Rücksicht zu nehmen sein. Für unbedingt erforderlich kann der Magistrat Wohnungsgeldzuschüsse in Höhe von 800 und 880 *M* nicht halten, weil die Wohnungsmieten sich hier im Verhältnis zu zahlreichen anderen Städten noch immer in mäßigen Grenzen halten, und andererseits ist zu besorgen, daß eine erhebliche Ueberschreitung der Säge, welche der Braunschweigische Staat seinen Beamten zahlt, voraussichtlich die Billigung der Regierung nicht finden würde.

Da nun eine Ermäßigung des bisherigen Anfangsgehaltes von 3400 *M* — das den Mindestbetrag der staatlichen Bezüge (3020 *M*) um 380 *M* übersteigt — nicht wohl angängig ist, so ergibt sich naturgemäß ein Satz von 700 *M*, der unbedenklich für alle Gehaltsstufen gewählt werden kann. Das Gehalt der Oberlehrer würde danach auf 3400 bis 7900 *M* mit 3 Zwischenstufen zu je 700 *M* und 4 Stufen zu je 600 *M* zu bemessen sein.

Darüber, ob und eventuell von wann an eine Nachzahlung der sich hiernach ergebenden Gehaltserhöhungen erfolgen soll, wird bei Feststellung der neuen Befoldungsordnungen Beschluß gefaßt werden können.

Der Magistrat gibt für jetzt nur Zustimmung dazu anheim, daß das Gehalt der im städtischen Schuldienste beschäftigten Oberlehrer auf die eben erwähnten Gehaltssätze (3400 bis 7900 *M*) festgesetzt wird.

Die Finanzkommission folgt, wie Herr W o l t e r s berichtet, dem Vorschlage des Magistrates und empfiehlt, zur Bildung einer Deputation die Zustimmung zu erteilen. Sie hält es weiter mit dem Magistrate für notwendig, die Frage zu prüfen, ob nicht durch die wesentliche Erhöhung der Gehaltssätze der städtischen Oberlehrer auch eine Nachprüfung der Gehaltssätze solcher städtischen Beamten vorgenommen werden muß, die in ähnlichen Gehaltsverhältnissen stehen. Bekanntlich wird hier eine sehr wesentliche Gehaltsaufbesserung gewährt, wäh-

rend früher den städtischen Beamten nur eine Einkommensaufbesserung bis zu 500 *M* bewilligt worden ist. Wenn wir jetzt eine grundsätzliche Aufbesserung der Oberlehrergehaltsätze um 900 *M* beschließen, so würde naturgemäß die weitere Frage zu behandeln sein, ob wir nicht auch die Gehaltsätze anderer städtischen Beamten nachprüfen müssen.

Was die Deckungsfrage betrifft, so läßt sich annehmen, daß die durch die Gehaltsaufbesserungen entstehenden Mehrkosten durch eine Erhöhung des Schulgeldes gedeckt werden, und zwar ungefähr in derselben Höhe, wie das staatliche Schulgeld aufgesetzt worden ist.

Bei der zweiten Frage handelt es sich darum, bis zu welchem Zeitpunkte die Nachzahlung der Zulagen geschehen soll, ob in ähnlicher Weise, wie bei den übrigen Beamten, oder ob die Versammlung anders darüber denkt. Die Finanzkommission ist mit der Bildung einer Deputation einverstanden, nur schlägt sie vor, in diese Deputation die 7 Mitglieder der Finanzkommission und die Vorsitzenden der Statuten-, Bau- und Schulkommission zu wählen. Das sind aber nicht 10, sondern nur 9 Mitglieder, weil der Vorsitzende der Statutenkommission gleichzeitig Mitglied der Finanzkommission ist.

Was nun die Festsetzung des Gehaltes der Oberlehrer betrifft, so stimmt die Finanzkommission dem Vorschlage des Magistrates durchaus zu, sie weist aber darauf hin, daß ein bezüglicher Beschluß von außerordentlicher und weitgreifender Bedeutung auch in bezug auf andere Beamtenkategorien sein würde, und zwar einmal aus dem Grunde, weil eine Gehaltserhöhung um 900 *M* herauskommt, während die übrigen städtischen Beamten höchstens 500 *M* erhalten haben, und ferner, weil dann die städtischen Oberlehrer bereits in 21 Jahren ihr Höchstgehalt erreichen werden, während andere Beamtenkategorien erst in 24 bis 27 Jahren dazu kommen.

Herr L e u e: Zu der ersten Frage möchte ich meine Zustimmung geben. Was den zweiten Teil betrifft, so möchte ich wissen, ob wir durch einen derartigen Beschluß der Möglichkeit beraubt sind, später andere Gehaltsätze festzusetzen, namentlich, ob wir dadurch nach oben gebunden sind. Ferner glaube ich den Herrn Referenten dahin verstanden zu haben, daß durch solchen Beschluß auch die Zeit festgelegt wird, in der das Höchstgehalt erreicht wird. Es steht nämlich nirgends geschrieben, daß alle drei Jahre eine Gehaltszulage bewilligt werden soll.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e n e r: Wenn Sie dem Beschlusse der Finanzkommission zustimmen, so erfolgt allerdings eine Bindung. Der Magistrat legt auch Wert darauf, daß sich die städtischen Behörden jetzt binden, weil

andernfalls tüchtige Lehrkräfte zurzeit nicht zu erlangen sein werden. Die Herren, die sich für die zum 1. Oktober und 1. April ausgeschriebenen Stellen gemeldet haben, verlangen Auskunft darüber, was ihnen hier geboten wird; wir müssen daher den Herren die Verhältnisse auseinanderlegen. Auch können wir die Beschlußfassung über die neuen Gehaltsätze nicht bis zum äußersten hinausschieben, weil die Herren ihre jetzige Stellung kündigen müssen. Wenn Herr Reue meint, den untersten Gehaltsatz erhöhen zu müssen, so halte ich das nicht für nötig, und auch die Direktoren haben gegen den vorgeesehenen Mindestsatz nichts einzutenden. Der Staat bezahlt hier nur 3020 *M.* Ob Sie den Höchstsatz bewilligen wollen, hängt von Ihrem Ermessen ab. Wenn der Staat jetzt schon 7800 *M.* gibt und noch eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses in Aussicht genommen ist, so müßte bei gleicher Bemessung der städtischen Gehaltsätze bald eine weitere Erhöhung erfolgen. Aus diesem Grunde glaubt der Magistrat den Höchstsatz gleich auf 7900 *M.* festsetzen zu sollen. Was die letzte Anregung des Herrn Reue betrifft, so schreibt das Regulativ generell vor, daß die Gehaltszulagen alle drei Jahre stattfinden sollen.

Herr B ä h r: In der Sitzung vom 21. April 1909, als wir unsere Zustimmung gaben zur Erhöhung der Veränderungssteuer auf insgesamt 1 Prozent, richteten wir an den Magistrat das Ersuchen, unserm Beschlusse vom 3. Dezember 1908 auf Festsetzung der Gehälter der städtischen Beamten und Lehrer zuzustimmen. In der Sitzung vom 27. Mai 1909 erklärte sich der Magistrat hiermit einverstanden, jedoch mit der am 21. April beschlossenen Einschränkung, daß keine Gehaltssteigerung mehr als 500 *M.* betragen darf. Der Magistrat ging aber noch weiter, und machte bei den im Schuldienste beschäftigten Personen weitere Abstriche. Das von uns gemeinsam aufgestellte Prinzip, daß kein Gehaltsatz mehr als 500 *M.* Erhöhung erfahren darf, wird nun jetzt durch die Macht der Verhältnisse durchbrochen. Meines Erachtens wäre es besser, wenn wir der zu wählenden Deputation zunächst Gelegenheit geben würden, sich mit den einschlägigen Fragen vertraut zu machen und uns dann Bericht zu erstatten. Ich möchte daher beantragen, dem ersten Vorschlage des Magistrates auf Wahl einer Deputation zuzustimmen, dagegen den zweiten Vorschlag dahin abzuändern, daß gesagt wird: Das Gehalt der im städtischen Schuldienste beschäftigten Oberlehrer erfährt erst dann eine Neuregelung, wenn die gewählte gemischte Deputation nach eingehender Prüfung der einschlägigen Fragen der Versammlung der Stadtverordneten Bericht erstattet hat.

Die hier angeführten Gründe sind für mich nicht stichhaltig genug, um in eine Lösung der Frage schon jetzt einzutreten. Es ist eine eigentümliche Sache, wenn eine städtische Körperschaft sich nach den Wünschen von vier Bewerbern

richten soll. Der Magistrat kann die Bewerber darauf hinweisen, daß der braunschweigische Staat die Gehaltsätze der Oberlehrer geregelt habe und daher auch die Stadt in eine Regelung der Gehälter ihrer Oberlehrer eintreten müsse. Es handelt sich um junge Bewerber, die sich mit diesem Bescheide vorläufig zufrieden geben werden. Ich spreche mich also nicht gegen die Regelung der Oberlehrergehälter an sich aus, sondern bin nur gegen den Zeitpunkt der Regelung.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Herr Bähr hat nicht angegeben, welches das eigentliche Motiv dieses Antrages ist. Ich kann dafür nur das Motiv finden, daß er sich sagt: so lange ich nicht weiß, ob die städtischen Behörden den übrigen Beamten diejenigen Gehälter bewilligen, die ich für angemessen halte, so lange bewillige ich für die Oberlehrer auch nichts. Einen solchen Standpunkt würde ich für sehr bedenklich halten. Wir stehen vor der Frage, ob wir eventuell minderwertige Kräfte für unsere gut entwickelten Schulen in Kauf nehmen oder ob wir uns der Not fügen sollen, daß wir die Gehaltsätze unserer Oberlehrer entsprechend aufbessern, nachdem der preussische und der braunschweigische Staat verhältnismäßig hohe Sätze für ihre Oberlehrer bewilligt haben. Der Magistrat hat sich hierbei auf den Standpunkt gestellt, zu sagen: es bleibt nichts anderes übrig, als dem Vorgehen von Preußen und Braunschweig zu folgen. Herr Bähr irrt sich, wenn er meint, die Deputation solle erst der Versammlung Bericht erstatten. Nicht an die Versammlung richtet die Deputation ihre Beschlüsse, sondern der Magistrat soll sich darauf ein Urteil bilden, welche Sätze er für angemessen hält, und dann unterbreitet er der Versammlung seine Beschlüsse. Es bestimmt uns bei unserm Vorgehen lediglich die Rücksicht auf das Wohl der Schulen, die uns anvertraut sind, und wir lehnen jede Verantwortung ab, wenn Sie sich mit der Gehaltsfrage der Oberlehrer jetzt nicht befassen wollen und wir infolgedessen keine tüchtigen Lehrkräfte bekommen.

Herr W o l t e r s: Das Höchstgehalt der Oberlehrer soll nach der Vorlage in 21 Jahren erreicht werden. Herr Leue hat nun angefragt, ob die vom Magistrat beantragten Gehaltsätze noch nach oben hin geändert werden können. Eine solche Möglichkeit liegt jedenfalls vor, da es der Deputation überlassen bleiben soll, welche Vorschläge sie machen will. Entgegengesetzt hiervon will Herr Bähr nach unten ändern können. Die in der Mitte der Vorschläge beider Herren liegende Ansicht des Magistrates scheint mir die richtige zu sein. Auch wenn wir der Idee des Herrn Bähr gemäß erst später die Gehaltsätze festsetzen wollten, so würden wir zu niedrigeren Gehaltsätzen gleichfalls nicht kommen können, nachdem jetzt der Staat seine Sätze festgestellt hat. Was soll nun der Magistrat bei etwaiger Annahme des Antrages Bähr gegenüber den neu anzustellenden Oberlehrern machen? Es würde sich bei einfachem Versprechen

auf eine Neuregelung der Gehälter wohl keiner dazu verstehen, zu uns zu kommen. Wir müssen aber auch die Sätze nicht nur für die neuen Oberlehrer feststellen, sondern auch für die vorhandenen Kollegen dieser Herren. Wir dürfen die älteren nicht schlechter stellen wie die neuen. Die hier jetzt zu bewilligenden Gehaltsätze müssen grundsätzlich für sämtliche Oberlehrer gelten.

Herr **Eckhardt**: Ich möchte im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters anheimgeben, die Gehaltsätze der städtischen Oberlehrer so festzusetzen, daß die besseren Kräfte nicht nach Preußen gehen, sondern sich hier melden. Die Oberlehrer werden in Preußen zurzeit besser bezahlt, als hier, weshalb die Gefahr vorliegt, daß die tüchtigeren Kräfte dorthin gehen.

Herr **Möhle**: Ich möchte bitten, dem Antrage Bähr nicht stattzugeben. Wenn ich nicht sagen müßte, „der Not gehorchend, nicht dem eignen Trieb,“ so würde ich mich wohl auf den Standpunkt des Herrn Bähr stellen. In der Schulkommission sieht Herr Bähr so häufig, welche Not wir jedesmal haben, um einen tüchtigen Oberlehrer zu bekommen. Wenn wir jetzt die Magistratsvorlage nicht annehmen, so können wir tatsächlich am 1. April die drei neuen Oberlehrerstellen an der Oberrealschule nicht besetzen.

Die beiden Magistratsanträge werden darauf mit der Maßgabe angenommen, daß in die Deputation die Mitglieder der Finanzkommission mit den drei übrigen Kommissionsvorsitzenden gewählt werden.

## XXII. Uebernahme der Eisenbüttelerstraße.

Im Jahre 1894 sind die im äußeren Stadtgebiete gelegenen Staatsstraßen an die hiesige Stadt abgetreten, die gegen Zahlung einer Rente von jährlich 35 000 *M* die Unterhaltungspflicht übernommen hat. Diese Unterhaltungspflicht erstreckt sich auch auf die im Zuge der einzelnen Straßen liegenden Brücken, Durchlässe, Kanäle usw.

Das fragliche Abkommen ist jedoch einstweilen nicht zur Ausführung gebracht in Ansehung der Verbindungsstraße zwischen der Wolfenbütteler- und Frankfurterstraße (Eisenbütteler- und Fabrikstraße) und der Helmstedterstraße auf der Strecke von der westlichen Grenze der Braunschweig-Helmstedter Eisenbahn bis zum linksseitigen Beginne der Feldmark Riddagshausen. Wegen einstweiligen Ausscheidens der erstgedachten Straße ist die Rente von 35 000 *M* um 3250 *M* und wegen der Teilstrecke der Helmstedterstraße um 2800 *M* gekürzt, so daß bis jetzt nur 28 950 *M* gezahlt werden.

Die Hinausschiebung der stadtseitigen Uebernahme der beiden Straßenzüge „bis zu weiterer Vereinbarung“ ist seinerzeit vom Magistrate ausbedungen,

weil befürchtet wurde, daß der Stadt, wenn sie sofort Eigentümerin der beiden Straßen würde, ein erheblicher Teil der Kosten für den Umbau der beiden Eisenbahnübergänge zur Last fallen würde, die im Zuge der beiden genannten Straßen liegen. Bei Bemessung des Zuschusses, den jetzt die Stadt zu den Kosten des Umbaues der Staatsbahnhöfe zahlen soll, sind die vorgedachten Kosten der Beseitigung der Eisenbahnübergänge überhaupt nicht mehr gesondert geltend gemacht, und bei Lage der Verhältnisse erscheint es als ausgeschlossen, daß die Frage, wer Eigentümer der beiden Straßen ist, die Entscheidung über die stadtseitige Förderung des Bahnhofsumbaues so beeinflussen wird, daß dieserhalb die stadtseitige Uebernahme der beiden Straßen noch immer zu beanstanden wäre. Der Magistrat hat trotzdem kein Bedenken getragen, der stadtseitigen Uebernahme der Eisenbüttelerstraße und ihrer westlichen Fortsetzung bis zur Frankfurterstraße zuzustimmen, weil ihre Uebernahme jetzt aus einem anderen Grunde angezeigt erscheint. Es muß nämlich bei der Erbauung der Turbinenanlage in Eisenbüttel die vor der ehemals Krauseschen Mühle liegende Brücke durch eine neue ersetzt werden, und es wird ferner, wenn der zwischen der alten Mühle und dem Grundstücke „Heinrichshafen“ befindliche Okerarm zugeschüttet werden sollte, die in dessen Zuge liegende Brücke ganz beseitigt werden, während andernfalls die dort befindliche sehr mangelhafte Schleuse, die von der Stadt zu unterhalten ist, umgebaut werden müßte.

Hauptsächlich aber kommt in Betracht, daß es wünschenswert erscheint, die Straße — wenigstens innerhalb des sog. Mühlenhofes — so zu erhöhen, daß jede Hochwassergefahr beseitigt wird, und daß endlich aus Verkehrsrücksichten auf eine wesentliche Verbreiterung der Straße über kurz oder lang Bedacht zu nehmen sein wird. Alle diese Gründe sprechen für die stadtseitige Uebernahme des fraglichen Straßenzuges.

Von den vier innerhalb desselben liegenden hölzernen Brücken ist die östliche (Freiflutgraben) vertragsgemäß von der Preussischen Eisenbahnverwaltung zu unterhalten; der bauliche Zustand der beiden westlichen, die projektmäßig allein beibehalten werden sollen, ist kein guter; ihre Ersetzung durch solidere Bauwerke würde infolge der Zunahme des schweren Lastverkehrs über kurz oder lang nötig werden, auch wenn die Turbinenanlage nicht erbaut würde. Der Brückenbau und die Zuschüttung des Mühlengerennes, durch die die Beseitigung der dritten Brücke ermöglicht wird, bedingt die Aufwendung erheblicher Mittel. Die Herzogliche Baudirektion hat daher die stadtseitige Forderung, der Stadt im Falle der Uebernahme der Baulast eine entsprechend höhere Entschädigung zu bewilligen, als sie im Vertrage vom 12. September 1894 vorgesehen ist, als begründet anerkannt, wobei ausdrücklich darauf hinzuweisen ist,

daß es vom freien Belieben der Stadt abhängt, wann sie die Eisenbüttelerstraße übernehmen will.

Die Herzogliche Baudirektion ist bereit, den Abschluß eines Vertrages zu befürworten, wonach der Stadt

a) für Uebernahme der drei bisher vom Staate unterhaltenen Schützbrücken und des dazwischen liegenden Pflasters eine einmalige Entschädigung von 36 000 *M*

und

b) für Uebernahme der Unterhaltung des übrigen Teiles des fraglichen ganzen Straßenzuges eine Jahresrente von 2675 *M*

gezahlt wird.

Daß beide Entschädigungen, wenn man lediglich die finanzielle Seite betrachtet, der Stadt keinen Vorteil bieten, unterliegt keinem Zweifel; bei dem sinkenden Werte des Geldes wird weder die Kapitalabfindung noch die Jahresrente die Kosten decken, zu deren Auswendung die Stadt im Laufe der Jahre genötigt sein wird; aber die Rücksichten auf die Verwaltung und den Verkehr, die zum Abschlusse des Vertrages vom 12. September 1894 den Anlaß gaben, lassen es wünschenswert erscheinen, daß die Stadt auch die in Rede stehende Straße nebst Brücken übernimmt, auch wenn sie damit ihre finanzielle Lage verschlechtert. Es wird daher anheimgegeben,

dem Abschlusse des im Entwurfe vorgelegten Vertrages zuzustimmen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fr ü h l i n g berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

### XXIII. Beteiligung an der internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden.

Für das Jahr 1911 wird in Dresden eine internationale Hygiene-Ausstellung vorbereitet, deren Zweck es ist, die großen, im volkswirtschaftlichen Interesse liegenden hygienischen Aufgaben zur Anschauung zu bringen. Unter anderem wird der Gruppe „Wasserversorgung“ ein hervorragender Platz auf dieser Ausstellung zugewiesen werden. Der Vorsitzende dieser Abteilung, Herr Professor Dr. Gärtner in Jena, bittet, für die Ausstellung tunlichst ein Modell oder wenigstens instruktive Pläne des hiesigen Wasserwerkes zur Verfügung zu stellen. Herr Direktor von Feilisch bemerkt zu der Einladung, daß es ihm wünschenswert erscheine, nicht nur die wichtigsten Pläne des Grundwasserwerkes im Wieneroder Wege, sondern auch diejenigen des neu zu erbauenden zweiten Grundwasserwerkes zur Ausstellung zu bringen, weil die neu zu erbauende Ent-

eisenungsanlage und das neue Vorpumpwerk wieder originelle Konstruktionen darstellten. Es würden etwa 20 Blatt Zeichnungen für die Ausstellung neu herzustellen sein, die rund 2800 *M* Kosten verursachen werden. Von der Herstellung kostspieliger Modelle möchte er abraten, zumal für das Studium der verwickeltesten Bauwerke Zeichnungen vorteilhafter seien, als Modelle. Bei der Ausstellung müßten etwa 25 qm Tisch- und Wandflächen angemeldet werden.

Der Magistrat bemerkt hierzu, daß er eine Förderung des Unternehmens der Ausstellung seitens der hiesigen Stadt in der Weise für zulässig erachte, daß außer den vorgedachten Plänen auch ein Plan der Kiejsfelder nebst einer Nachweisung der Resultate von den Untersuchungen der Abwässer und der Kontrollbrunnen sowie endlich die Pläne von der Schule an der Diesterwegstraße ausgestellt werden. Die Kosten werden sich auf etwa 3000 *M* belaufen, deren Bewilligung aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden beantragt wird.

Herr W o l t e r s: Die Finanzkommission empfiehlt die Genehmigung der Vorlage. Es ist zuzugeben, daß aus solcher Beteiligung für die Stadt ein direkter Vorteil finanzieller Art nicht erwächst, trotzdem ist die Kommission der Ansicht, daß man eine solche Beteiligung nicht ablehnen dürfe. Eine derartige allgemeine Ausstellung ist eben nur dann zu erreichen, wenn jede größere Stadt ihre Beteiligung zusagt, und außerdem läßt sich annehmen, daß die Ausstellungsobjekte der Stadt Braunschweig im allerhöchsten Maße Ehre einlegen werden. Die Finanzkommission ist der Zustimmung der Versammlung sicher, wenn wir die auszustellenden Pläne der beiden Grundwasserwerke für durchaus muster-gültig und hervorragend erklären. Die Werke werden mutmaßlich von allen Fachleuten nicht nur mit Freuden begrüßt werden, sondern auch Bewunderung hervorrufen. Mit der Genehmigung der Vorlage würden wir auch eine gewisse Ehrung für Herrn Direktor von Zeilisch verbinden. Die Projektierung der neuen kostspieligen Anlage ist durch die Tätigkeit dieses Herrn fast kostenlos geschaffen, während die Ausarbeitung des Wasserwerkes am Bienroder Wege der Stadt viel Geld gekostet hat. Die Ausstellung der übrigen, durchaus muster-gültigen Einrichtungen wird ebenfalls empfohlen. Die Finanzkommission ersucht indessen, die Kosten dem Ausgleichsfonds zu entnehmen, der bekanntlich aus den Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke resultiert.

Herr R e i n k n e c h t: Ich begrüße es mit Freuden, daß sich die Stadt an der Ausstellung beteiligen will. Wer indessen solche Ausstellung schon besucht hat, der weiß, daß auf Pläne und deren Beschreibungen furchtbar wenig geachtet wird. (Widerspruch.) Nur wenige Besucher sehen sich solche Sachen genauer an, es gehören eben Modelle dazu. Ich würde daher vorschlagen, wenn es irgend



möglich ist, von den Wasserwerken Modelle anfertigen zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie wesentlich teurer werden, als Zeichnungen. Für die Städteausstellung in Berlin ist die Ausstellung von Modellen ebenfalls vorgesehen.

Herr R i e k e: Ich möchte das auch befürworten. Wenn wir Modelle haben können, so sind diese besser, als Pläne. In der Städteausstellung zu Dresden im Jahre 1903 waren auch viele Pläne ausgestellt, jedoch gingen die meisten daran vorüber, während die Modelle viel besichtigt wurden. Wir haben damals, wie ich schon früher hervorgehoben habe, mit unserer Ausstellung nicht gut abgeschnitten, gegenüber anderen Städten. Modelle veranschaulichen ein solches Bauwerk viel besser, als Zeichnungen.

Herr W o l t e r s: Von der Ausstellung solcher Modelle rät Herr Direktor von Zeiliksch ab wegen der etwa 20 000 M betragenden Kosten, auch sollen zum Studium derartiger Anlagen Pläne geeigneter sein, als Modelle. Auf den Einwand des Herrn Dr. Kleinfnecht will ich zugeben, daß für die große Masse der Ausstellungsbesucher solche Pläne zum Studium nicht zweckmäßig sind, während sie für die, bei denen es darauf ankommt, ein Urteil zu erhalten, am besten geeignet erscheinen. Ich habe mit Herrn Direktor von Zeiliksch die Wasserwerke in Magdeburg und Hannover besichtigt, bei welcher Gelegenheit Herr von Zeiliksch seine Pläne mitnahm, worauf sich die Fachleute schnell verständigten. Um zu urteilen, bedarf es nicht der Ausführung, es genügen die Pläne. Es ist das ebenso wie bei der Musik, wo ein Blick in die Partitur genügt, um dem Sachverständigen einen Ueberblick über ein Werk zu geben. Wir wollen aber mit unseren Bauwerken den Sachverständigen imponieren und nicht dem großen Publikum.

Herr K l e i n f n e c h t: Nur für Fachleute soll aber eine solche Ausstellung nicht sein, sondern auch für das große Publikum. Wir sind auch nicht alle Fachleute, aber trotzdem sehen wir uns solche Sachen gern an, damit unser Interesse erweckt wird. An Zeichnungen geht das Publikum, zu dem wir uns auch rechnen, achtlos vorüber. Der richtige Fachmann braucht dieserhalb nicht in solche Ausstellung zu gehen, sondern er läßt sich von den betreffenden Stadtverwaltungen die Zeichnungen kommen und studiert sie zu Hause. Wenn wir so denken wollten, könnten wir uns die ganze Ausstellung schenken. Ich möchte daher bitten, auch Modelle mit auszustellen.

Herr L ü b k e: Ich möchte empfehlen, die Zeichnungen auszustellen und außerdem noch einige Modelle hinzunehmen. Auch der Fachmann sieht sich solche Anlagen gern an Modellen an. Ein Modell regt immer an. In der Städtebau-Ausstellung in Berlin konnten Sie neben den Zeichnungen auch

Modelle sehen. Die Stadt Braunschweig will durch ihre Ausstellung nicht nur den Fachmann belehren, sondern sie will auch dem großen Publikum gegenüber glänzen. Ich bin dafür, die beantragte Summe zu bewilligen, daneben aber auch den Wunsch auszusprechen, daß der Ausstellung noch einige Modelle hinzugefügt werden.

Herr W o l t e r s: Man kommt bei dem Antrage mit sich in Konflikt. Wir alle haben das Bestreben, die Vorlage zu befürworten, Herr Professor Lübke geht aber noch darüber hinaus, und auch ich stehe auf dem Standpunkte, unsere Einrichtungen möglichst gut zur Geltung zu bringen. Dabei regt sich aber der Finanzmann und sagt: sollen wir unsere Vorliebe für uns selbst und unsere Ehrung für Herrn von Heiligsch so weit treiben, daß wir dafür über 20 000 *M* anwenden? Das glaube ich doch nicht.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

#### XXIV. Ausbau der Glückstraße.

Es wird beantragt, den Ausbau der Glückstraße nach dem vorliegenden Projekte unter Aufwendung von 25 000 *M* Grunderwerbs- und 26 700 *M* Baukosten zu genehmigen. Der Anliegerbeitrag würde hiernach auf 150,90 *M* für 1 m Frontlänge zu stehen kommen. Die Glückstraße soll derartig ausgebaut werden, daß 7,20 m auf die Fahrbahn und je 4,40 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Erstere soll mit Kleinpflaster abgepflastert werden, letztere erhalten einen Plattenbelag von je 2,50 m Breite. Außerdem will man auf den Fußwegen je eine Reihe Laubbäume anpflanzen. An der Fahrbahn werden gepflasterte Rinnen von je 0,30 m Breite aus Reihenspflastersteinen hergestellt.

Der Magistrat gibt anheim, die vorstehend bezeichneten Kosten zu bewilligen. Dabei wird bemerkt, daß die Versammlung bereits am 6. Mai 1909 ein Projekt über den Ausbau der Glückstraße genehmigt hat, daß jedoch der Magistrat dessen Ausführung hintangehalten habe, weil wenige Wochen darauf die inzwischen zum Abschluß gelangten Verhandlungen wegen Aenderung des Ortsbauplanes zwischen Glück- und Cellerstraße aufgenommen wurden, diese Verhandlungen aber auf das Projekt von Einfluß werden konnten und auch geworden sind. Es ist deshalb für notwendig gehalten, ein neues, die von den städtischen Behörden beschlossenen Aenderungen des Ortsbauplanes berücksichtigendes Projekt ausarbeiten zu lassen.

Herr F r ü h l i n g empfiehlt namens der Baukommission die Genehmigung der Vorlage und die Versammlung beschließt demgemäß.

## XXV. Instandsetzung des Radefflints und der Straße am neuen Petritore.

Unter Zurückziehung eines früher vorgelegten Entwurfs über die Instandsetzung des Radefflints und der Straße am neuen Petritore ersucht der Magistrat, dem zur Beratung gestellten neuen Entwurfe zuzustimmen. Hiernach ist der Einbau eines zweiten Gleises der Straßenbahn auf beiden Straßen, sowie eine Befestigung der Fahrbahn mit Pflaster aus Stampfasphalt und Holzpflaster aus australischem Hartholze im Gleiskörper der Straßenbahn vorgesehen. Die hierdurch entstehenden Kosten sind zu 50 200 *M* ermittelt, wovon 7600 *M* seitens der Anlieger zu übernehmen sein würden. Vom Magistrate wird hierbei vorausgesetzt, daß die Straßenbahngesellschaft zu den entstehenden Kosten einen angemessenen Zuschuß leisten wird.

Herr Fr ü h l i n g: Die Baukommission empfiehlt, der Vorlage zuzustimmen.

Herr S a n d e r: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob bei der Instandsetzung des Radefflints der dort stehende Brunnen beseitigt wird, der schon seit Jahren seinen Zweck nicht mehr erfüllt.

Herr Bürgermeister M e h e r: Die Verhandlungen über die Beseitigung des Brunnens spielen seit Jahren. Die Interessentschaft hat sich jetzt mit der Beseitigung einverstanden erklärt; er wird deshalb beseitigt werden. Es wird beabsichtigt, an der Stelle eine Injel zu schaffen.

Herr S e n k i n g: Ich halte es für einen prinzipiellen Fehler, einen Brunnen zuzurwerfen. Man kann nicht wissen, was einmal mit der Wasserleitung geschieht, weshalb man die vorhandenen Brunnen beibehalten sollte.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

## XXVI. Ankauf von Flächen an der Bodestraße usw.

Verhandlungen über Behauung der in dem Winkel gelegenen Grundstücke des Maurermeisters Gröpler, der von der Bodestraße und der projektierten Straße Nr. 100 gebildet wird, haben dem Eigentümer Veranlassung gegeben, der Stadt das von diesen Grundstücken zur projektierten Straße Nr. 100 abzutretende Terrain zum Kauf anzubieten, und gleichzeitig der Stadt das Geld zum Ankauf der entsprechenden Teilstrecke des neben diesem Terrain herlaufenden Interessentschaftsgrabens zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat hält es für unbedenklich, dieser Anregung Folge zu geben. Infolgedessen hat der Magistrat mit Herrn Gröpler und mit dem Vertreter der Feldmarksgemeinde Hagen einen notariellen Kaufvertrag abgeschlossen, in dem der Preis für das 207 qm

große Grabenterrain auf 10 *M* pro qm festgesetzt, der Preis für das Gröplerische Gelände im Umfange von 2,93 a aber offen gelassen ist und zwar in der Art, daß er gleich sein soll dem Durchschnittspreise, den die Stadt für die zur Straße Nr. 100 erforderlichen Flächen zu zahlen haben wird. Der Magistrat ersucht, dem stadtseitigen Erwerbe der bezeichneten Flächen zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

## XXVII. Ausbau der projektierten Straße Nr. 205a.

Die Braunschweigische Terraingesellschaft hat den Antrag gestellt, der eine Verbindungsstraße zwischen Schleinik- und Lampestraße darstellenden Straße Nr. 205 des Ortsbauplanes eine etwas veränderte Lage zu geben, sowie ihr als Unternehmerin den Ausbau dieses Straßenzuges zu gestatten. Da die gewünschte Straßenverschiebung Nachteile für den öffentlichen Verkehr nicht herbeiführen dürfte, sondern sogar eine Verschönerung des späteren Straßenbildes zur Folge haben würde, so hält sie der Magistrat für zulässig. Auch gegen die Zulassung des Ausbaues des Straßenzuges Nr. 205 a hat er grundsätzliche Bedenken nicht zu erheben. Gleichwohl stehen dem Ausbau der Straße zurzeit um deswillen Schwierigkeiten entgegen, weil das Straßengelände unterirdisch von einer Wasserrohranlage durchkreuzt wird, die von der Oker her zu dem nördlich der Wendenmäschtwete gelegenen Grundstücke der Zuckersiederei führt und an deren Belassung und Benutzung letztere ein dingliches Recht für sich in Anspruch nimmt. Nachdem jedoch die Antragstellerin sich bereit erklärt hat, nicht nur den Ersatz jeglichen etwa entstehenden Schadens zu tragen und auch die Kosten einer eventuell erforderlichen Zwangsenteignung der Anlage zu übernehmen, hat der Magistrat mit der Terraingesellschaft einen entsprechenden Vertrag geschlossen. Die Versammlung wird ersucht, sich mit der Aenderung des Ortsbauplanes bei gleichzeitiger Anordnung von 3 m breiten Vorgärten für den neuen Straßenzug einverstanden zu erklären, sowie dem Ausbau der zur Ortsstraße zu erklärenden Straße Nr. 205 a unter Genehmigung des vorgelegten Vertrages zuzustimmen.

Herr Fröhling: Die Baukommission empfiehlt, die beantragte Aenderung des Ortsbauplanes zu genehmigen. Zu dem Vertrage werden indessen im Einbernehmen mit dem Magistrate folgende Aenderungen vorgeschlagen:

1. Im § 4, letzter Absatz, soll es im Eingange heißen: „Bis zur Beseitigung bezw. bis zur Genehmigung der endgültigen Belassung der Rohranlage..“
2. Im § 7 soll der Eingang folgende Fassung erhalten: „Die Errichtung von Gebäuden an der auszubauenden Straße soll erst dann zulässig sein, wenn

die nach § 3 abzutretenden Flächen der Stadt aufgelassen sind und die Unternehmerin folgende Kautionen . . .“.

3. Im § 10 soll es heißen: „ . . . . erwachsenden R e i c h s = , Staats= und Gemeindesteuern . . . .“.

Mit diesen Aenderungen empfiehlt die Baukommission auch die Genehmigung des Vertrages.

Die Vorlage wird darauf nach den Vorschlägen der Baukommission genehmigt.

### XXVIII. Ausbau der projektierten Straße Nr. 541.

Der Maurermeister Dörl hat den Magistrat ersucht, die projektierte Straße Nr. 541 des Ortsbauplanes auf seine Kosten auszubauen. Der Magistrat hält es für zulässig, dem Wunsche des Genannten zu entsprechen und hat mit ihm einen notariellen Vertrag abgeschlossen. An die Versammlung ergeht das Ersuchen, dem Ausbau der Straße Nr. 541 unter Genehmigung des vorgelegten Vertrages zuzustimmen und zu genehmigen, daß diese Straße zur Ortsstraße erklärt werde.

Auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr M e h e r h o f f berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

Hierauf schließt der Herr Vorsitzende die Versammlung.

Dauer der Sitzung von 4 bis 8¼ Uhr.

# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 1. September 1910.

### **Tagesordnung:**

I. Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf dem Ruffäutchenplatze und dem Petritornwall . . . . .	Seite 123
II. Uebersicht über die bei den einzelnen städtischen Betrieben im Rechnungsjahre 1909/10 gezahlten Löhne . . . . .	" 124
III. Erhöhung der Armenunterstützungen . . . . .	" 125
IV. Erwerb von Grundflächen an der Korfesstraße . . . . .	" 129
V. Unterbringung der von Schülern der städtischen Realschule benutzten Räder . . . . .	" 130
VI. Anlegung eines Radfahrweges auf der Hamburgerstraße . . . . .	" 131
VII. Ausbau der Voigts-Rheßstraße zwischen Marienstraße und Kastanienallee . . . . .	" 132
VIII. Abänderung der Eingangstür im Neubau des Lehrlingsheims . . . . .	" 132
IX. Abschluß eines Haftpflichtversicherungsvertrages . . . . .	" 133
X. Befestigung der Lindentwete . . . . .	" 136
XI. Baulichkeiten auf dem Pflegehausgrundstücke . . . . .	" 138
XII. Abrechnung über die Kosten des Neubaus eines Schulhauses für die Hilfsschule . . . . .	" 138
XIII. Abrechnung über die Kosten des Neubaus der Realschule . . . . .	" 138
XIV. Abrechnung über die Kosten der Baulichkeiten auf dem Grundstücke der Direktion der Licht- und Wasserwerke und der höheren Mädchenschule . . . . .	" 138
XV. Beitritt der Stadt in den Niedersächsischen Ausschuß für Heimatschutz . . . . .	" 139
XVI. Uebertragung eines Ausgabepostens aus dem vorjährigen Voranschlag in den diesjährigen Voranschlag . . . . .	" 140
XVII. Kanalverlängerung auf der Helmstedterstraße . . . . .	" 140
XVIII. Inbetriebnahme dreier Laternen auf dem Riddagshäuserwege . . . . .	" 141
XIX. Inbetriebnahme einer Laterne an der Dieferwegstraße . . . . .	" 142
XX. Ankauf eines Grundstücks an der Broitzemerstraße . . . . .	" 142

XXI.	Austausch von Grundflächen an der Frankfurterstraße . . . . .	Seite 152
XXII.	Aufnahme eines Prozesses . . . . .	" 152
XXIII.	Ankauf eines Automobilwagens . . . . .	" 156
XXIV.	Schaffung einer neuen Messerkontrollurstelle . . . . .	" 159
XXV.	Erklärung der Voigts-Rheßstraße zwischen Marienstraße und Kastanienallee zur Ortsstraße . . . . .	" 159
XXVI.	Antrag Böschigk: Neupflasterung der Straße Am neuen Petritore bis zum Radeflint. . . . .	" 160
XXVII.	Antrag Sander: Belegung des südlichen Fußweges der Gelleistraße vom Amalienplatz bis zur Landeseisenbahn mit Platten . . . . .	" 160
XXVIII.	Anfrage Ackenhausen: Zurücksetzung der Front des Neubaus Ecke Rattreppehn und Münzstraße . . . . .	" 161

Am Magistratsstische die Herren: Oberbürgermeister K e t e m e h e r und die Stadträte von F r a n k e n b e r g und W a g n e r.

Entschuldigt die Herren: A k m a n n, M e h e r h o f f, M ö h l e, O h l e n d o r f, S c h m i d t, W e j e m e i e r.

Der Vorsitzende, Herr H a u s w a l d t, eröffnet die Sitzung und teilt den Eingang nachstehend aufgeführter Schreiben mit:

1. Ein Brief von Herrn Bernhard Stöcker, in dem beantragt wird, die Hundesteuer von 15 auf 80 *M* zu erhöhen.

Die Versammlung hat keine Gelegenheit, sich heute damit zu befassen.

2. Der Vorstand des Haus- und Grundbesitzer-Vereins der Stadt Braunschweig spricht seinen Dank aus für die dem Verein gewährte Unterstützung von 1000 *M* anlässlich des 32. Verbandstages der Grundbesitzervereine Deutschlands.

3. Eine Eingabe der hiesigen Ortsvereine des Vereins deutscher Kaufleute wegen Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Die Eingabe wird vorläufig zu den Akten genommen, da eine gleiche an den Magistrat gerichtet ist.

4. Ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 3. August des Inhalts, daß der Magistrat auf Grund des Ersuchens der Stadtverordneten vom 23. Juni, dem Antrage des Harzer Arbeiter-Sängerbundes zu entsprechen, erneut die Frage geprüft habe, ob anzunehmen sei, daß durch die auf dem Bundesfeste hier zum Vortrag kommenden Lieder die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei gefördert, die parteipolitischen Tendenzen der Sozialdemokratie verherrlicht würden. Da der Magistrat diese Frage bejahen zu müssen geglaubt habe und nach seiner Auffassung städtische Mittel nicht zur Unterstützung parteipolitischer Bestrebungen Verwendung finden dürfen, so habe er dem Gesuche keine Folge gegeben.

5. Eine Einladung des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen deutscher Apotheker, an den hier stattfindenden Versammlungen des Vereins am 4. und 5. September teilzunehmen.

6. Eine Anfrage der Herren Berghaus & Co., Generalvertreter von Poulain-Monoplanen, ob Interesse daran vorhanden sei, daß von ihnen in Braunschweig demnächst ein Monoplanflugtag veranstaltet würde.

7. Ein Schreiben aus Düsseldorf vom Verlage der Zeitschrift der deutschen Verkehrsvereine, „Deutschland“, mit der Aufforderung zum Abonnement.

Die Eingänge liegen für die Stadtverordneten zur Einsicht auf dem Tische des Hauses aus.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

## I Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf dem Ruhfäutchenplatze und dem Petritormalle.

Namens der Finanzkommission berichtet Herr L ö s c h i g k: Die Frage hat uns schon in der vorletzten Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt. Herr Sander stellte damals einen Erweiterungsantrag für die Laternen am Petritor, und die Sache wurde an die Finanzkommission zurückverwiesen. — Der Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf dem Ruhfäutchenplatze, die darin bestehen soll, daß der in der Mitte dieses Platzes stehende Radelaber mit einer doppelflammigen oder zwei einflammigen Preßgaslampen versehen wird, bittet die Finanzkommission zuzustimmen, dagegen die Beschlußfassung über die Verbesserung der Beleuchtung auf dem Petritormalle heute ausfallen zu lassen, weil die Angelegenheit noch einmal geprüft werden soll.

Herr K l e i n k n e c h t: Am Petritore wäre eine bessere Beleuchtung zweifellos wünschenswert; besonders möchte ich den Wunsch aussprechen, daß dort die Laternen ein klein wenig früher angesteckt würden. Gestern ist das erst nach 8 Uhr geschehen, das ist reichlich spät bei dem dortigen regen Verkehr. Der Mann fängt am Wilhelmitor mit Anstecken an und kommt zuletzt zum Petritor, wo gerade eine starke Wagenfrequenz herrscht. Ich bitte den Magistrat, zu veranlassen, daß das Anstecken vielleicht  $\frac{1}{4}$  Stunde früher geschieht.

Herr L ö s c h i g k: Ich habe über die Sache schon mit Herrn Direktor Feilisch gesprochen. Er sagte mir, daß der Laternenanstecker frühzeitig fortgegangen wäre, ein zu spätes Anstecken könne nur durch ein unglückliches Zusammentreffen entstanden sein. Ich habe ihm darauf erwidert, daß das nicht einmal, sondern sehr oft der Fall sei. Gestern um 8 Uhr waren die Laternen am „Wei-



gen Kasse" angesteckt und ich bin bis zur Brücke auf beleuchtetem Wege gefahren. Wenn man aber ins Tor hineinkommt, herrscht Finsternis. Man kann sich wundern, daß an der Ecke von der Inselpromenade die Leute noch nicht angefallen sind. (Seiterkeit, Widerspruch.) Diese Finsternis herrscht stundenlang. Es ist dort so dunkel, wie es in einer Großstadt nicht sein darf. Herr Direktor Feilich hat auch Abhilfe zugesagt.

Vorsitzender: Wir haben heute also nur über den ersten Teil der Vorlage abzustimmen, die Petritor-Angelegenheit wird erst in einer demnächstigen Sitzung spruchreif werden.

Die vorgeschlagene Verbesserung der Beleuchtung auf dem Ruhfäutchen-Platz wird angenommen.

## II. Uebersicht über die bei den einzelnen städtischen Betrieben im Rechnungsjahre 1909/10 gezahlten Löhne.

Berichterstatter der Finanzkommission, Herr Wolters: Die Uebersicht ist in den Händen aller Stadtverordneten. Wie aus der Zusammenstellung ersichtlich ist, sind gegenüber den im Vorjahr gezahlten Löhnen eine Anzahl Verbesserungen eingetreten. Ich weise besonders hin auf die Lohnerhöhungen, die den im Feuerdienst und den bei der Straßenbeleuchtung beschäftigten Personen gezahlt werden. Im übrigen sind bei dieser Zusammenstellung die Wünsche berücksichtigt, die die geehrten Herren in den Sitzungen vom 6. und 27. Mai vorigen Jahres ausgesprochen haben. Sie beziehen sich auf eine nähere Auskunft über Umfang und Zahlungsweise von Ueberstunden und von Sonntagsarbeit. Sie sehen aus der Zusammenstellung, daß der Umfang dieser Arbeiten verhältnismäßig klein ist. Die Finanzkommission hat in ihrer Sitzung über diese Punkte beraten und hält die Art der Zahlung sowohl für die Ueberstunden wie für die Sonntagsarbeit, ebenso auch im allgemeinen die hier gezahlten Löhne für angemessen. Ein Antrag ist bei der Beratung in der Finanzkommission nicht gestellt. Ich habe also der Uebersicht namens der Finanzkommission nichts hinzuzufügen und möchte empfehlen, daß wir hier, wie das auch in der Kommission geschehen ist, die Zusammenstellung im ganzen zur Beratung stellen.

Herr Nieke: Wenn auch auf Grund der Erörterungen vom vorigen Jahre eine kleine Erhöhung der Löhne Platz gegriffen hat, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß das noch lange nicht genügt gegenüber dem, was heute verlangt werden muß. Man hat uns gesagt, bei den Feuerleuten in der Gasfabrik die

8stündige Arbeitszeit einzuführen, gehe vor der Hand nicht, da dort alles mechanisch eingerichtet sei. Eine solche Arbeitszeit wäre aber besonders in Rücksicht auf die Gesundheit der Leute bei ihrer mühseligen Arbeit erwünscht. Daß der größte Teil der Arbeiter mit einem Stundenlohn von 40 bis 32  $\text{S}$  abgefunden wird, ist für einen solchen Betrieb kein idealer Zustand, und ich meine, wir sollten mehr bestrebt sein, daß diese Art Betriebe, die kommunalen und staatlichen Betriebe, auch in bezug auf Bezahlung mustergültig sind. Die Ueberstunden werden bezahlt nach einem Maßstabe, den heute in der modernen Arbeiterbewegung schon der größte Teil der Arbeiter überall erkämpft hat. Daß man die Feuerarbeiter besser bezahlt, liegt im Zuge der Zeit. Die Leute beklagen sich darüber, daß die 27 Arbeiter, die mit besserer Bezahlung aufgeführt sind, zum Teil gar keine Arbeiter sind. Es sind Aufseher dabei, die mit erhalten werden müssen und die eigentlich nur die Strafen aufzuschreiben haben. Wir haben ja erreicht, daß wenigstens eine Uebersicht gegeben wird, aber es wäre zu wünschen, daß auch den andern Anregungen, die wir gegeben haben, Rechnung getragen wird.

Es ist nun nicht angängig, daß man den ganzen Schwalg in kurzer Zeit übersehen kann und ein Urteil fällen. Dazu gehört längere Zeit, die uns hier fehlt, wo 36 Punkte auf der Tagesordnung stehen, was ich in der langen Zeit, wo ich Stadtverordneter bin, noch nicht erlebt habe. Da muß man staunen, was für riesige Arbeitstiere wir sind oder sein müssen, wenn wir das erledigen wollen.

Vorsitzender: Ich weise darauf hin, daß diese Uebersicht schon seit langen Wochen in Ihren Händen ist und die Herren Zeit gehabt haben, die einzelnen Punkte, die einer Besprechung würdig erscheinen, vorzumerken, um ihre Wünsche hier vorzutragen.

Durch Abstimmung beschließt die Versammlung im Einverständnis mit der Finanzkommission, daß nach Prüfung der Uebersicht Ausstellungen nicht zu machen sind.

### III. Erhöhung der Armenunterstützungen.

1. In der von den Stadtverordneten am 30. April 1908 genehmigten Magistrats-Vorlage vom 11. desselben Monats wegen der Erhöhung der Armenunterstützungssätze für alleinstehende Hilfsbedürftige und für Pflegekinder war bereits darauf hingewiesen, daß der bisher beibehaltene Höchstsatz der Unterstützung für eine aus zwei Köpfen bestehende Familie (18  $\text{M}$  monatlich) zu dem damals von 12  $\text{M}$  auf 15  $\text{M}$  heraufgesetzten Monatsätze für Alleinstehende in einem gewissen Mißverhältnis stehe, und daß es wünschenswert sei, in absehbarer Zeit hier gleichfalls ausgiebigere Hilfe zu gewähren. Weil jedoch die Armen-

direktion in Uebereinstimmung mit 80 Prozent der gutachtlich gehörten Armenbezirke damals die Erhöhung der Familiensätze noch nicht für geboten erklärte, und weil die Gefahr, durch Unterstützungen über das Maß des unbedingt Notwendigen hinaus den Zuzug ortsfremder hilfsbedürftiger Familien hierher zu befördern, sich nicht von der Hand weisen ließ, ist mit jener Maßregel einstweilen gewartet, zumal die Lage der städtischen Finanzen vor zwei Jahren als besonders ungünstig bezeichnet werden mußte.

Inzwischen hat nun die Armendirektion die Frage erneut geprüft und ist mit allen Armenbezirken übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, daß die Unterstützungssätze für Familien einer Aufbesserung bedürfen.

Nach den gegenwärtig geltenden, seit 1883 in Kraft befindlichen Grundsätzen erhält eine unterstützungsbedürftige Familie als Höchstsatz monatlich so viel mal 6 *M.*, als ihre Kopfszahl, vermehrt um eins, angibt.

Im Hinblick auf die Preissteigerung der Lebensbedürfnisse und auf die in anderen Städten jetzt gewährten Beträge hält der Stadtmagistrat eine Erhöhung dieser Sätze um ein Sechstel, also in folgender Weise für angemessen:

1.	für zwei Personen	Höchstsatz	21 <i>M.</i>
2.	" drei	" "	28 <i>M.</i>
3.	" vier	" "	35 <i>M.</i>
4.	" fünf	" "	42 <i>M.</i>
5.	" sechs	" "	49 <i>M.</i>

und für jede weitere zur Haushaltung der Familie gehörende Person 7 *M.* mehr. Die Familie würde demnach monatlich fortan so viel mal 7 *M.* erhalten, als ihre Kopfszahl, vermehrt um eins, anzeigt.

Mit der Armendirektion haben 23 von 26 Armenbezirken sich für diese Maßregel ausgesprochen und eine gesonderte Berechnung des Unterstützungssatzes für kleinere (noch nicht schulpflichtige) und größere Kinder nicht als zweckmäßig betrachtet.

Die neue Bemessung, die den Vorzug der Einfachheit in der Berechnung beibehält, wird der Armenkasse eine Mehrbelastung bringen, die wir mit annähernder Sicherheit auf rund 20 000 *M.* im Höchstbetrage schätzen. Denn nach dem letzten Vierteljahrsbericht der Städtischen Statistischen Stelle vom 19. April dieses Jahres (Seite 6—7) sind im Rechnungsjahre 1909/10 an baren Unterstützungen für Familienglieder 123 678,25 *M.* verausgabt. Etwa 10 Prozent dieser Summe entfällt auf Ortsfremde und Landarme, für die der Stadt von anderen Orts- oder Landarmenverbänden ihre Auslagen zu erstatten sind. Nach Abzug einer Summe von 12 000 *M.* bleiben demgemäß als endgültig von der hiesigen Stadtgemeinde zu tragende Familienunterstützungen 111 678,25 *M.*

jährlich übrig. Nimmt man ferner an, daß die in den letzten Jahren beobachtete Zunahme der Zahl der Unterstützten (1907/08: 2776; 1908/09: 3117; 1909/10: 3240 Personen) auch in Zukunft anhält, so läßt sich für absehbare Zeit die endgültig der Stadt zur Last fallende Familienunterstützung auf jährlich 120 000 *M* schätzen. Erhöht man die Unterstützungssätze wie vorgeschlagen um ein Sechstel, so sind 20 000 *M* mehr erforderlich. Trotz der mannigfachen Aufgaben, die im Laufe der nächsten Zeit an die Stadtverwaltung herantreten, glaubt der Magistrat doch, daß die Mehraufwendung mit Rücksicht auf das Wachsen der Steuerkraft getragen werden kann. Allerdings hält er es für ratsam, im laufenden Rechnungsjahre die Erhöhung nicht sogleich, sondern zu m. 1. Oktober d. J. in Kraft treten zu lassen, schon damit sich alle beteiligten Stellen, insbesondere die Armenpfleger und Armenbezirksausschüsse, rechtzeitig mit der Aenderung vertraut machen. Es kommt hinzu, daß im Sommerhalbjahre die Unterstützungen erfahrungsmäßig in geringerer Höhe angefordert werden, weil die Aufwendungen für Heizung, Beleuchtung und Kleidung geringer sind, und weil sich dann auch für Hilfsbedürftige häufiger Gelegenheit zum Arbeitsverdienst und zu anderen Einnahmen bietet.

2. Gleichzeitig empfiehlt der Magistrat die Einführung einer Maßregel, die eine Vergünstigung für arbeitende Frauen als Ernährerinnen der Familie bedeutet. Bisher ist regelmäßig jede Arbeitseinnahme in voller Höhe auf die zu 1 erwähnten Sätze („Ausschlußsätze“) angerechnet, nach denen das Geldbedürfnis für Anschaffung des zum Unterhalte unbedingt Notwendigen bemessen wurde. Das unterschiedslose Festhalten dieses Grundjages führt unter Umständen zu gewissen Härten, ja es veranlaßt möglicherweise manche Personen, wenn sie trotz ihres Verdienstes sich nicht besser stehen als bei ausschließlicher Inanspruchnahme der Armenpflege, zu der Einschränkung oder der völligen Aufgabe lohnender Tätigkeit. Es liegt auf der Hand, daß es demgegenüber zum Auffuchen von Verdienst anregt, wenn die Einkünfte daraus nicht im vollen Betrage bei der Bemessung der Armenunterstützung berücksichtigt werden. Dies hat die Armendirektion im Einvernehmen mit der überwiegenden Mehrheit (17) der Armenbezirke zu dem Vorschlage geführt, es möge fortan bei Arbeiterinnen (Mädchen, Frauen, geschiedene Ehefrauen, Witwen) mit Familie, wenn die Arbeiterin ganz oder zu einem wesentlichen Teile die Ernährerin der Familie ist, ihr Verdienst nicht voll, sondern nur teilweise, und zwar mit  $\frac{3}{4}$  des Verdienstbetrages, auf den Ausschlußsatz angerechnet werden.

Beispielsweise hat eine Witwe mit drei Kindern, die durch Waschen, Reinmachen oder andere Arbeit wöchentlich 9 *M* verdient, nach den gegenwärtig geltenden Vorschriften regelmäßig nicht auf Armenunterstützung zu rechnen, weil ihre Monatseinnahme ( $4 \cdot 9,00 = 36 \text{ M}$ ) über den Ausschlußsatz ( $5 \cdot 6,00$

= 30 *M* nach den alten Sätzen; 5 · 7,00 = 35 *M* nach den neu vorgeschlagenen Bestimmungen) hinausgeht.

Wird dies vom Stadtmagistrat empfohlene Zugeständnis gemacht, so kommt vom Monatsverdienst nur  $\frac{3}{4}$  mit 27 *M* in Anrechnung, so daß künftig eine Monatsunterstützung von (35 — 27) = 8 *M* gewährt werden kann. Es versteht sich von selbst, daß in besonderen Ausnahmefällen (z. B. wenn die Kinder kränzlich sind und nach ärztlicher Anordnung kräftigende Milchernährung nötig haben, wenn sie in einer Krippe, einem Kindergarten und dergleichen gegen Entgelt Aufnahme gefunden haben und dergleichen) mit Genehmigung der Armendirektion Abweichungen von den Regelsätzen zulässig sind, wie dies der bisherigen Handhabung entspricht.

Die Tragweite der Neuerung in bezug auf den Kostenpunkt läßt sich bei dem fortwährenden Wechsel der Unterstützungsfälle und der Verhältnißverhältnisse nicht genau übersehen. Eine sehr bedeutende Mehrbelastung aber wird dadurch schwerlich herbeigeführt, weil gleichzeitig durch die günstigere Berechnung arbeitsfähigen Frauen ein Anlaß zum Auffuchen von Beschäftigung gegeben und eine Entlastung der Armenkasse verursacht wird.

Der Stadtmagistrat ersucht die Stadtverordneten sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. Oktober d. J. ab

1. die Ausschlußsätze für die Armenunterstützung von Familien in der angegebenen Weise erhöht werden,
2. bei Arbeiterinnen, die ganz oder zu einem wesentlichen Teile Ernährerinnen ihrer Familie sind, ihr Verdienst nur mit  $\frac{3}{4}$  des Betrages auf den Ausschlußsatz angerechnet wird.

An der Befugnis der Armandirektion, in geeigneten Ausnahmefällen auch über diese Sätze hinaus Barmittel, Mietzuschüsse, Feuerung, Lebensmittel und dergleichen zu bewilligen, soll nichts geändert werden.

Namens der Finanzkommission berichtet Herr Bö h n e f i n k e über die Vorlage und führt dazu aus:

Ich begrüße es mit Freude, daß der Magistrat einer so wichtigen sozialen Angelegenheit, nämlich dem allmählichen Ausbau einer den Anforderungen der Zeit Rechnung tragenden Armenpflege, die ihr zukommende Bedeutung beimißt. Das Maß der künftig zu gewährenden Unterstützung entspricht zwar immer noch nicht dem, was wir den Armen unserer Stadt wohl gönnen möchten. Eine Anzahl deutscher Städte, z. B. Darmstadt, Duisburg, Erfurt, Worms, Kiel, stellt reichere Mittel in den Dienst der Armenpflege, wiederum aber eine Anzahl von Städten, und zwar sind es solche, mit denen Braunschweig wohl in Parallele gestellt werden könnte (Leipzig, Grefeld, Elberfeld), gewährt etwa dasselbe oder

annähernd dasselbe Existenzminimum wie Braunschweig. In den erwähnten Städten kommen ja überall ganz verschiedene Verhältnisse in Betracht, wie: Preise für Wohnung, für Lebensmittel usw. Jedes städtische Gemeinwesen hat sich natürlich nach seinen Mitteln zu richten.

Was die Frage der Deckung der Summe von 20 000 *M* anlangt, so kann diese wohl aus den laufenden städtischen Steuern erfolgen. Es ist uns ja allen die erfreuliche Tatsache bekannt, daß in den letzten Jahren die Steuerergebnisse ein wesentliches Wachstum aufwiesen. Ich bin überzeugt, daß dies Anwachsen wenigstens in absehbarer Zukunft anhalten wird, und würde kein Bedenken tragen, die Deckung auf die zu erhebenden Steuern abzuwälzen. Die Finanzkommission hat sich einstimmig in derselben Richtung ausgesprochen und gibt den geehrten Herren anheim, den ersten Punkt der Vorlage gutzuheißen.

Auch der zweite Teil der Vorlage wird hoffentlich bei den geehrten Herren als auch bei denjenigen Personen, die davon direkt betroffen werden, auf guten Boden fallen. Er bezweckt die teilweise Aufgabe eines bisher geübten Verfahrens, welches häufig zu Härten und dadurch gezeitigt zu Unzufriedenheit geführt hat. In bezug auf den zweiten Punkt hat jedoch die Finanzkommission einstimmig beschlossen, den Herren vorzuschlagen, statt des Wortes „mit“ „bis“ zu setzen, also den Arbeitsverdienst nur bis zu  $\frac{3}{4}$  auf die Ausschlußsätze in Anrechnung zu bringen. Es ist damit der Armdirektion und deren Organen immer ein gewisser Spielraum gelassen, wie weit sie die Anrechnung vornehmen will. Ich bitte also namens der Finanzkommission, der Vorlage mit dieser geringen Aenderung zuzustimmen.

Herr *Probst*: Ich verstehe die Aenderung so, daß es der Armdirektion bezugl. den Bezirksvereinen gestattet ist, den Arbeitsverdienst auch zu einem geringeren Satze in Anrechnung zu bringen, während sie über  $\frac{3}{4}$  überhaupt nicht hinausgehen sollen.

Vorsitzender (stimmt zu).

Die Versammlung beschließt Annahme der Vorlage mit der von der Finanzkommission vorgeschlagenen Abänderung.

#### IV. Erwerb von Grundflächen an der Korfesstraße.

Zu dem von den städtischen Behörden beschlossenen Ausbau der Korfesstraße ist der stadtseitige Erwerb von 19 einzelnen daselbst gelegenen Grundflächen erforderlich. Diese sind mit Ausnahme von 5 für den Preis von 12 *M* pro Quadratmeter zu haben. Auch der als Eigentümer von 3 Flächen in Betracht kommende Landwirt Klußmann ist grundsätzlich zur Abtretung des Ter-

rains zu dem genannten Preise bereit, doch stellt er daneben die nicht akzeptable Bedingung, für die Frontlänge seines Restgrundstücks nach dem gleichen Einheitsfusse zu den Straßenkosten-Beiträgen herangezogen zu werden, wie die ihm benachbarten, aber nicht einem *Platze* gegenüber gelegenen Grundstücke. Das von der Stadt zu zahlende Kaufgeld kann aber unmöglich von dem Straßenkostenbeitrage, der von den verschiedensten Faktoren bedingt wird, abhängig gemacht werden. Der Magistrat schlägt deshalb vor, die Einleitung der Zwangsenteignung vorzuziehen. — Der Eigentümer zweier Flächen, der Kaufmann Friedrich Sichter hatte zunächst einen Kaufpreis von 18 *M* pro Quadratmeter gefordert, sodann aber eine Ermäßigung auf 16 *M* für den Fall zugestanden, daß ihm die von demselben Grundstück zur Verbreiterung des Riddagshäuserweges abzutretenden 1,18 a zu dem gleichen Preise abgenommen würden. Da ein Preis auch von 16 *M* pro Quadratmeter für jene Stadtgegend noch außerordentlich hoch erscheint, so trug der Magistrat anfänglich Bedenken, selbst auf dieses ermäßigte Angebot einzugehen. Aber die von Sichter vorgebrachte Begründung, daß durch die Abtrennungen der Wert des Restgrundstücks wegen der eintretenden verhältnismäßig starken Beschränkung in der Bebauungsmöglichkeit ganz erheblich gemindert werde, mußte als zutreffend anerkannt werden, so daß es der Magistrat schließlich nicht nur für zulässig, sondern als im Interesse der Stadt wie der Beitragspflichtigen liegend angesehen hat, auf die von Sichter gestellten Bedingungen einzugehen.

Auf Grund dieser Sachlage hat der Magistrat mit den Eigentümern von 14 dieser Flächen Kaufverträge zum Preise von 12 *M* pro Quadratmeter abgeschlossen und in dem Kaufvertrage für die Sichter'schen Flächen einen Preis von 16 *M* pro Quadratmeter zugesagt. Er richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, 1. die unter Vorbehalt erfolgten Ankäufe zu genehmigen, 2. sich damit einverstanden zu erklären, daß wegen der Klufmann'schen Flächen das Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet wird.

Herr Frühling: Die Baukommission hat sich den Ausführungen des Magistrats in jeder Beziehung angeschlossen und beantragt, daß Sie der Vorlage in beiden Punkten zustimmen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

## V. Unterbringung der von Schülern der städtischen Realschule benutzten Fahrräder.

Der für den bezeichneten Zweck benutzte Raum in dem Nebengebäude auf dem Hofe der Schule hat sich als zu klein erwiesen. Es ist deshalb notwendig geworden, auch den unteren Flur des Schulhauses mit zur Aufstellung von

Fahrrädern zu benutzen. Da dieses bei der bevorstehenden Einrichtung neuer Schulklassen nicht mehr möglich ist, so wird auf die Schaffung eines andern geeigneten Raumes Bedacht genommen werden müssen. Als ein solcher kann der im südlichen Flügel des alten Gebäudes der angrenzenden Gewerbeschule gelegene Kellerraum bezeichnet werden, der noch Platz zur Unterbringung von etwa 40 Fahrrädern bietet. Um vom Realschulgrundstück aus dorthin gelangen zu können, würde es zweckmäßig sein, eine Türöffnung einzubrochen und vor dieser eine Rampe anzulegen. Es dürfte aber auch möglich sein, zu dem Zwecke die vom Schulgarten der Gewerbeschule in letztere führende äußere Kellertreppe zu benutzen, in welchem Falle in der den Hofplatz der Realschule abschließenden Planke eine Tür angelegt und der Schulgarten der Gewerbeschule durch einen Drahtzaun abgegrenzt werden müßte. Um das Eindringen der Realschüler in die übrigen Räume des Kellergeschosses der Gewerbeschule zu verhüten, würde außerdem eine Abschlußtür anzubringen sein.

Die Kosten der Herrichtung eines besonderen Kellereinganges nebst Rampe usw. belaufen sich auf 750 *M*, während für die obengedachten Abgrenzungen usw. bei Benutzung der vorhandenen Treppe (unter Verwendung teils vorhandener Materialien) nur etwa 200 *M* aufzuwenden sein würden. An weiteren Ausgaben würden in beiden Fällen noch etwa 250 *M* für Herrichtung von Ständern zur ordnungsmäßigen Aufstellung von Fahrrädern in Betracht kommen.

Der Magistrat gibt anheim, drei Kellerräume der Gewerbeschule für den Zweck freizugeben und die Kosten für die herzurichtenden Abschlüsse mit 200 *M* und für die Fahrradständer mit 250 *M* zu Lasten der Kasse der Städtischen Realschule zu verwilligen.

Herr B ä h r: Die Schulkommission hat die Angelegenheit beraten und empfiehlt der geehrten Versammlung, der Vorlage des Stadtmagistrats zuzustimmen.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

## VI. Anlegung eines Radfahrweges auf der Hamburgerstraße.

Sowohl der Radfahrer-Schutzverband als auch die Aktiengesellschaft Panthertwerke haben die städtischen Behörden um Anlage eines Radfahrweges auf der östlichen Seite der Hamburgerstraße zwischen Neustadtring und Ludwigstraße ersucht, letztere sich auch bereit erklärt, zu den Kosten einen Zuschuß von 50 *M* zahlen zu wollen. Da der Wagenverkehr der Hamburgerstraße besonders in den Morgen- und Abendstunden sehr stark ist, so erscheint im Interesse einer größe-



ren Sicherheit des Verkehrs eine Regelung desselben durch Schaffung eines Radfahrweges sehr erwünscht, auch hält die städtische Bauverwaltung die Anlage desselben unter Benützung eines Streifens des über 8 m breiten östlichen Fußweges für zulässig. Als Grenze zwischen Fußweg und Radfahrweg ist zweckmäßig, eine neue Baumreihe zu pflanzen.

Der Stadtmagistrat ersucht die Stadtverordneten, sich mit der Schaffung eines Radfahrweges in der angegebenen Lage einverstanden zu erklären, sowie die zu dessen Ausführung erforderlichen 1200 *M* zu Lasten des Fonds zur Unterhaltung der außenstädtischen Straßen zu vertwilligen.

Herr R i e e erstattet namens der Baukommission Bericht über den Gegenstand und beantragt, die Zustimmung zu der Vorlage auszusprechen.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage.

## VII. Ausbau der Voigts = Rheestraße zwischen Marienstraße und Kastanienallee.

Der Stadtmagistrat legt einen Entwurf über den Ausbau der bezeichneten Straße nebst Kostenanschlag und vorläufiger Kostenverteilungs-Berechnung vor und ersucht um Genehmigung dieses Ausbaues. Der letztere ist im diesjährigen Haushaltsplan vorgesehen. Die gesamten, zum größten Teil schon aufgewendeten Grunderwerbskosten betragen 175 000 *M*, die Baukosten 130 000 *M*, und der voraussichtliche Einheitspreis der Anlieger für jedes Meter Frontlänge 170,90 *M*.

Herr F r ü h l i n g ist von der Baukommission mit dem Bericht über diesen Punkt beauftragt. Die Kommission beantragt Genehmigung des Ausbaues.

Die Genehmigung wird durch die Versammlung erteilt.

## VIII. Abänderung der Eingangstür im Neubau des Lehrlingsheims.

Herr F r ü h l i n g: Der Magistrat beabsichtigt, beim Bau des seinerzeit genehmigten und jetzt ziemlich fertig ausgeführten Lehrlingsheims eine Aenderung vorzunehmen. Sie betrifft die Eingangstür. Bei dieser soll einem Wunsche des Herzog-Regenten entsprechend die Form der alten doppelteiligen Haustore des 16. und 17. Jahrhunderts besser gewahrt bleiben. Der Magistrat beantragt, dieser Aenderung bezüglich der Tür zuzustimmen.

Die Baukommission hat die Angelegenheit beraten und sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Ausgestaltung eines derartigen Einzelteiles nicht wohl der Beschlußfassung einer größeren Versammlung unterliegen kann, sondern

daß sie anheimgestellt werden muß dem Ermessen des ausführenden Architekten. Die Baukommission hat deshalb beschlossen, Ihnen zu empfehlen, ohne weiter auf die Frage, ob in der Aenderung eine Verbesserung zu erblicken ist, einzugehen, Ihre Zustimmung zu dem Antrage auszusprechen.

Die Zustimmung in der vom Referenten bezeichneten Weise wird erteilt.

### IX. Abschluß eines Haftpflichtversicherungsvertrages.

Die technische Vervollkommenung der städtischen Werke hat es mit sich gebracht, daß diese häufig von größeren Personengruppen, z. B. von Studierenden der Technischen Hochschule unter Führung ihrer Professoren, von Fachvereinen, Kongreßteilnehmern usw. besichtigt werden.

Die reichsgesetzliche Unfallversicherung gewährt nun nicht ohne weiteres Deckung für die Tötung oder Körperverletzung der besichtigenden Personen durch Unfälle, die sich im Betriebe ereignen. Hinsichtlich derartiger Unfälle gelten nach wie vor die Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juli 1871, welches bestimmt:

§ 2. Wer . . . eine Fabrik betreibt, haftet, wenn ein Bevollmächtigter oder ein Repräsentant oder eine zur Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder der Arbeiter angenommene Person durch ein Verschulden in Ausführung der Dienstverrichtungen den Tod oder die Körperverletzung eines Menschen herbeigeführt hat, für den dadurch entstehenden Schaden.

§ 5. Die in den §§ . . . 2 bezeichneten Unternehmer sind nicht befugt, die Anwendung der in den §§ 1—3 enthaltenen Bestimmungen zu ihrem Vortheile durch Verträge . . . im voraus auszuschließen oder zu beschränken.

Vertragsbestimmungen, welche dieser Vorschrift entgegenstehen, haben keine rechtliche Wirkung.

Es ist nicht zu leugnen, daß bei Besichtigung der Werke durch ein leichtes Versehen des Direktors, eines Betriebsingenieurs oder anderer verantwortlicher Beamter ein schwerer Unfall (z. B. Explosion) herbeigeführt werden könnte, der außerordentlich weittragende Folgen nach sich ziehen würde. Unter Umständen wären beträchtliche Renten an Unfallverletzte und Hinterbliebene der Getöteten zu zahlen. Der Magistrat hält es für die Stadt bedenklich, diese Gefahr zu tragen, und hat die Mittel zu ihrer Abwendung eingehend geprüft. Es bieten sich folgende Möglichkeiten:

1. **Verbot jeder Besichtigung.** Zu einem solchen kann der Magistrat sich nicht entschließen, da die Kenntnis mustergültiger Betriebe nicht nur für Fachkreise lehrreich und interessant ist.

2. Ausdehnung der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, welche in der Regel nur für Arbeiter und Betriebsbeamte gilt, auf die Besucher der Werke. Eine solche Ausdehnung könnte nach § 5 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes durch die Statuten der zuständigen Berufsgenossenschaften erfolgen, ist aber bisher nirgends ausgeführt. Es ist auch sehr zweifelhaft, ob die statutarische Ausdehnung, an der kleine Unternehmer kein Interesse haben, in absehbarer Zeit erreicht werden könnte. Ueberdies würde die reichsgesetzliche Unfallversicherung lediglich die Stadtgemeinde von ihrer Haftung befreien, der Berufsgenossenschaft aber das Recht des Rückgriffs auf den schuldigen Beamten geben, der somit durch ein leichtes Versehen dauernd schweren Vermögensschaden erleiden könnte. Der Magistrat hält es für eine Ehrenpflicht der Stadt, auch ihre Beamten zu decken.

3. Statutarische Versicherung der Stadtgemeinde und der ihr in bezug auf die Haftpflicht gleichgestellter Personen gegen diese Haftpflicht auf Grund des § 23 des Reichsgesetzes, betr. die Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze. Diese Versicherung ist allerdings durch das Statut der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke (§ 53) ermöglicht. Sie erstreckt sich aber nach reichsgesetzlicher Bestimmung auf höchstens  $\frac{2}{3}$  der Haftsumme und ist sehr teuer: der Genossenschaftsvorstand hat eine Jahresumlage von 1828,75 *M* nur für die Gas- und Wasserwerke hiesiger Stadt veranschlagt.

4. Die Beschränkung der Besichtigungserlaubnis auf solche Personen, die nachweisbar in ausreichender Höhe bei einer Privatgesellschaft gegen Unfall versichert sind, würde nichts nützen. Privat-Unfallversicherungsgesellschaften pflegen in ihren Versicherungsverträgen auszubedingen, daß die Entschädigungsansprüche der Verletzten gegen Dritte auf sie übergehen sollen. Eine Vereinbarung der Stadtgemeinde mit der Gesellschaft, daß diese auf Geltendmachung von Haftpflichtansprüchen gegen die Stadt und ihre verantwortlichen Betriebsbeamten verzichte, ist rechtsunwirksam. Ein Verzicht des Verletzten im voraus würde nach § 5 des Haftpflicht-Gesetzes ungültig sein, und dasselbe wird man von einem im voraus ausgesprochenen Verzicht seines etwaigen Rechtsnachfolgers sagen müssen.

5. Beitritt zum Haftpflichtverbande deutscher Städte. Dieser Verband ist erst in der Gründung begriffen. Er soll auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit beruhen und insbesondere auch Rückendeckung gegen die Haftung der Städte für Schäden bieten, welche bei öffentlichen Unruhen angerichtet werden. Der Magistrat trägt einstweilen, so lange noch keine Erfahrungen über die tatsächliche Belastung der beteiligten Städte durch Umlagen ge-

sammelt sind, Bedenken, dem Verbande beizutreten, zumal zu befürchten ist, daß die Stadt Braunschweig sich im Vergleich zu den durch öffentliche Unruhen weit stärker bedrohten Städten in reinen Industriebezirken (z. B. Rheinland, Westfalen), schlecht bei der Versicherung auf Gegenseitigkeit stehen würde.

6. Versicherung der Stadtgemeinde gegen Haftpflicht bei einer Privatgesellschaft kommt schließlich noch in Frage. Der Magistrat hat sich mit dem Allgemeinen Versicherungs-Verein, A.-G., in Stuttgart in Verbindung gesetzt, der allerdings auf Gegenseitigkeit aufgebaut, aber rückversichert und gut fundiert ist. Er ist bereit, im wesentlichen unter folgenden Bedingungen die Versicherung zu übernehmen:

a) Die Deckung erstreckt sich auf 1 Million Mark Gesamtsumme für einen bestimmten Schadensfall, auf 500 000 *M* für die einzelne verletzte oder getötete Person.

b) Die verantwortlichen Betriebsbeamten der Stadt sind durch die Versicherung mit gedeckt.

c) Die Prämien für die in Betracht kommenden städtischen Betriebe, nämlich Gaswerk Taubenstraße, Wasserwerk Wienrödertweg, Abwässpumpstation, Schlachthaus, Neustadtmühle, betragen jährlich bei 90 Proz. Schadendeckung, insgesamt 377,61 *M*, bei 100 Proz. Schadendeckung 477,47 *M*.

d) Bei 10jähriger Versicherungsdauer werden 10 Proz. Nachlaß auf die Prämien gewährt.

e) Die Versicherung betrifft nicht nur die bei Beschäftigungen der Werke entstehenden Körperschäden, sondern solche von allen Personen, die überhaupt auf den Werken verkehren, ohne zum reichsgesetzlich unfallversicherten Personal zu gehören (z. B. auch Kunden, die Koks abholen, Angehörige der Arbeiter, welche diesen das Essen zutragen).

Die Versicherungsbedingungen erscheinen dem Magistrat nicht ungünstig, so daß er den Stadtverordneten empfiehlt,

ihre Zustimmung zu erteilen, daß mit dem genannten Versicherungs-Verein eine Haftpflichtversicherung auf 100 Proz. Deckung für die Dauer von 10 Jahren zugunsten der obengenannten städtischen Betriebe abgeschlossen wird, und die Prämien zu Lasten der einzelnen Betriebe in deren Etats verbucht werden.

Eine Versicherung des alten Gaswerks an der Bahnhofstraße dürfte nicht nötig sein, weil dieses in vieler Beziehung veraltet ist und daher für Beschäftigungen durch größere Personengruppen nicht in Frage kommt. Das Risiko ist daher bei jenem Werke gering.

Herr **B o g e** berichtet im Auftrage der Statutenkommission über die Vorlage und schließt seinen Bericht mit den Worten:

Die Kommission gibt Ihnen anheim, dem Vorschlage des Magistrats zu entsprechen, aber die Versicherung nicht gleich auf 10 Jahre abzuschließen, sondern vorerst auf ein Jahr. Es wurde angeregt, daß man versuchen solle, wie das häufig in anderen Fällen bei derartig hohen Versicherungen erreicht würde, einen größeren Rabattsatz zu bekommen, event. erst einmal zu sehen, wie man mit der Versicherung fahre. Man könnte nach einem Jahre, wenn man weitere Erfahrungen gesammelt hätte, immer noch auf 10 Jahre abschließen.

Dem Abschluß einer Haftpflichtversicherung nach den Vorschlägen des Magistrats, jedoch vorerst nur auf ein Jahr, wird zugestimmt.

### X. Befestigung der Lindentwete.

Durch Beschluß der Stadtverordneten-Sitzung vom 23. Juni d. J. war der Magistrat ersucht, bei der Neubefestigung der Lindentwete die Asphaltierung der Straße in Erwägung zu ziehen. Da die genannte Straße aber ein Längsgefälle von 1 : 47 aufweist, wird eine Befestigung mit Stampfasphalt vom Stadtbauamte als unangebracht bezeichnet. Zu einer weniger Geräusch als Steinpflaster verursachenden Befestigung könnte vielleicht ein Pflaster aus scharfsgefinterten Steinen der Pflastersteinfabrik in Dresden-Leubnitz in Frage kommen. Durch eine derartige Befestigung würde aber gegenüber der früher veranschlagten Summe von 4200 *M* ein Aufwand von 5200 *M* erforderlich sein.

Der Stadtmagistrat empfiehlt, einen Versuch mit den Dresdener Pflastersteinen bei dieser Straße zu machen, und das entsprechend abgeänderte Projekt der Instandsetzung der Lindentwete zu genehmigen.

Herr **R i e f e** (als Berichterstatter der Baukommission) führt weiter aus:

Die Fahrbahn soll 3 m breit werden. Ich nehme an, daß diese Straße auch früher nur von einer Seite her befahren werden konnte. Der Fußweg soll eine Breite von 1,25 m bis zu 1,70 m — nach der Schützenstraße hin — erhalten. Wie ich höre, sind die Anlieger auch damit nicht einverstanden. Die Baukommission hat sich mit der Sache einverstanden erklärt und gibt die Genehmigung anheim.

Herr **L ö s c h i g k**: Der größte Anlieger an der Lindentwete ist Hermann Meyer, der an der südlichen Seite der Straße das Grundstück von der Gördelingerstraße bis zur Schützenstraße sein eigen nennt. Seine Fenster gehen nach außen auf. Er trägt Bedenken über die Breite der Fahrbahn und hat den

Wunsch, daß man das Trottoir schmaler und die Fahrbahn breiter macht. 3 m für eine Fahrbahn ist ziemlich schmal, auch wenn angeordnet wird, daß die Lindentwete nur von der Gördelinger- nach der Schützenstraße zu befahren werden kann. Ich habe das Bedenken nur vorgebracht, weil die Anlieger sie haben. Nun sagt mir der Herr Oberbürgermeister, daß gesetzliche Bestimmungen darüber vorliegen, daß unter Umständen bei dieser Sachlage die Fenster umgebaut werden müßten. Ich möchte nur angeregt haben, daß man die Fahrbahn etwas breiter macht und das Trottoir schmaler.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Wenn ich Herrn Böschigt recht verstehe, so will er durch Verbreiterung der Fahrbahn bezwecken, daß der Fußweg so schmal wird, daß dort keiner gehen kann. Das ist eine eigene Zumutung, daß die Stadt sich in dieser Weise richten soll nach den vorhandenen Anlagen des Anliegers. Wir haben über die Anbringung der Fenster eine besondere Vorschrift in das Baustatut aufgenommen. In Straßen, in denen ein größerer Verkehr herrscht, dürfen Türen, Tore, Läden und Fenster nur so angelegt werden, daß sie nicht nach außen aufschlagen; ferner sind vorhandene, nach außen aufschlagende Türen, Tore, Läden und Fenster so einzurichten, daß sie nach innen aufgehen und zwar binnen sechs Monaten, nachdem das Stadtbauamt mit Zustimmung des Stadtmagistrats die entsprechende Anordnung getroffen hat. Nun glaube ich ja nicht, daß die Lindentwete zu den verkehrreichen Straßen gehört. Wenn Herr Böschigt meint, sie gehöre dazu, dann wird die Folge die sein, daß der Magistrat seine Zustimmung dazu gibt, daß Herrn Meyer demnächst eine Auflage erteilt wird. Es wäre doch bedenklich, wenn wir uns hier bei unseren Entschlüssen darüber, was für den Verkehr nötig ist, beeinflussen lassen wollten durch vorhandene alte Fenster. Wenn die Stadt eine Straße neu pflastert, und der Verkehr von der Straßenmitte an die Seiten gelenkt wird, dann wird der einzelne die Konsequenzen zu tragen haben. Umgekehrt aber zu sagen: „Nun macht die Straße anders!“ das kann ich nicht anerkennen. Die Fahrbahn von 3 m wird, glaube ich, dem Verkehre genügen. Schmäler könnte man sie nicht gut machen. Damit würde man auch erreichen, daß der Fußweg so breit wird, daß Herr Meyer unbedenklich seine Fenster öffnen kann. Ich stelle mich auf den Standpunkt: Wenn jemand so lange das öffentliche Straßenterrain zu seinen Zwecken benutzt hat, dann können die Verhältnisse sich ändern, und er wird in Zukunft sich in sein Eigentum zurückziehen müssen und seine Fenster nicht aufsperrn. Er kann aber vielleicht eine andere Vorrichtung treffen, die Fenster vielleicht nur halb öffnen. Dann wird man dem Manne nicht ohne weiteres diese Auflage erteilen. Ich glaube aber, es ist nicht angebracht, wegen der Meyerschen Fenster das Projekt zu ändern.

Die Instandsetzung der Lindentwete in der vom Referenten vorgetragenen Weise wird genehmigt.

### **XI. Baulichkeiten auf dem Pflegehausgrundstücke.**

Herr **K o n e g e n** (im Auftrage der Baukommission): Es handelt sich um die Bewilligung einer Stallerweiterung und um Bau eines neuen Wagenschuppens auf dem Grundstücke des Pflegehauses. Es werden dort in dem bisherigen Stallgebäude 15 Kühe gehalten und in der Nebenabteilung eine größere Anzahl Schweine gemästet. Die Kühe geben aber bei Benutzung des neuen Krankenhauses für die gesteigerten Anforderungen die nötige Milch nicht mehr her. Es ist deshalb vom Inspektor des Pflegehauses beantragt, 4 Kühe mehr einzustellen. Um diese unterzubringen, ist ein Anbau nötig. Ferner wird beantragt, für die Bewirtschaftung der Ländereien des Pflegehauses ein zugfestes Ackerpferd anzuschaffen, um den Pfleglingen die schweren Lastfahrten abzunehmen und zugleich zu erreichen, daß noch mehr Pachtland für das Pflegehaus nutzbar gemacht werden kann. Außerdem ist der Neubau eines offenen Wagenschuppens dringend wünschenswert.

Der von der Städtischen Bauverwaltung ausgearbeitete Kostenanschlag für Erweiterung des Stalles beläuft sich auf 7000 *M.*, der für Neubau des Wagenschuppens auf 2700 *M.*

Der Magistrat ersucht, der Ausführung der Bauten zuzustimmen und die Kosten zu insgesamt 9700 *M.* zu Lasten der außerordentlichen Ausgaben der Rämmereikasse zu verwilligen.

Die Baukommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und gibt die Genehmigung des Magistratsantrages anheim.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

### **XII. Abrechnung über die Kosten des Neubaus eines Schulhauses für die Hilsschule.**

### **XIII. Abrechnung über die Kosten des Neubaus der Realschule.**

### **XIV. Abrechnung über die Kosten der Baulichkeiten auf dem Grundstücke der Direktion der Licht- und Wasserwerke und der höheren Mädchenschule.**

Herr **F r ü h l i n g** (namens der Baukommission über die drei Punkte der Tagesordnung zusammen): Es sind uns vom Magistrat die Abrechnungen über die genannten Bauten zur Kenntnisaufnahme vorgelegt. Die Ergebnisse sind folgende:

Die Kosten für den Umbau des Hauses Breitestraße 19 zwecks Einrichtung einer 12klassigen Hilfschule sind veranschlagt zu 56 300 *M.*, verausgabt sind 49 093,31 *M.*, mithin weniger verausgabt 7 206,69 *M.*

Die Errichtung eines Abortgebäudes daselbst war veranschlagt zu 6700 *M.*, verausgabt sind 5071,71 *M.*, also weniger ausgegeben 1628,29 *M.*

Für den Neubau des Realschulgebäudes waren veranschlagt 287 825 *M.*, es sind verausgabt 270 305,79 *M.*, erspart 17 519,21 *M.*

Der Gesamtbau der Realschule mit Nebengebäuden war veranschlagt mit 327 000 *M.* Es sind verausgabt 309 996,71 *M.*, also ist eine Minderausgabe von 17 003,29 *M.* zu verzeichnen.

Die Baulichkeiten auf dem Grundstücke der Direktion der Licht- und Wasserwerke sind veranschlagt mit 18 350 *M.*, es sind ausgegeben 19 236,90 *M.*, die Mehrausgabe beträgt 886,90 *M.*

Die Ueberschreitungen werden begründet damit, daß die Fundamente an dem Abbruch sich als größer erwiesen haben, als angenommen, auch ist ein Teil der alten Mauer nicht hinreichend fundiert gewesen, und um die Höhe für die neuen Kellerräume zu erzielen, war es nötig, einen Teil der alten Mauer zu unterfangen. Dagegen sind auch verschiedene Ersparnisse gemacht. Die Baukommission hat die Ueberschreitungen für durch die Sachlage gerechtfertigt gehalten.

Für Errichtung eines Abortgebäudes auf dem Grundstück der Höheren Mädchenschule waren veranschlagt 12 000 *M.*, ausgegeben sind 10 326,07 *M.*, also Minderausgabe 1673,93 *M.*

Die Rechnungen ergeben, daß die Bauten anschlagnmäßig ausgeführt sind und daß die Anschläge zutreffend waren. Die Abrechnungen sind in der Baukommission geprüft und gehen demnächst zu den Akten, wo sie von demjenigen, der sich dafür interessiert, eingesehen werden können. Die Baukommission hatte nichts dazu zu bemerken.

Vor s i e n d e r: Wir nehmen von den Mitteilungen Kenntnis und gehen zum folgenden Punkt über.

## XV. Beitritt der Stadt in den Niedersächsischen Ausschuß für Heimatschutz.

Der Niedersächsische Ausschuß für Heimatschutz hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, die Stadt möge diesem Ausschuß beitreten. Der Magistrat sieht allerdings ein Bedürfnis, dem Ausschuß beizutreten, um deswillen nicht als vorliegend an, weil die Stadt dem die gleichen Bestrebungen verfolgenden Landesverein für Heimatschutz im Herzogtum Braunschweig bereits angehört, hält jedoch den Beitritt mit Rücksicht auf die im Oktober hier stattfindende



Tagung des Niedersächsischen Ausschusses für einen durch die Verhältnisse gebotenen Akt der Höflichkeit und ersucht die Stadtverordneten, sich mit dem Vertreter der Stadt und der Zahlung eines jährlichen Beitrages von 10 *M* einverstanden zu erklären.

Herr L e u e berichtet namens der Finanzkommission, die sich zu der gleichen Ansicht wie der Magistrat bekannt hat.

V o r s i e h e n d e r: Der Beitrag von 10 *M* wird alljährlich im Etat als Ausgabe wiederkehren. Sollte sie dann später einmal gestrichen werden, dann wäre der Austritt die selbstverständliche Folge.

Die Versammlung entspricht dem Ersuchen des Stadtmagistrats.

## **XVI. Uebertragung eines Ausgabenpostens aus dem vorjährigen Voranschlag in den diesjährigen Voranschlag.**

Die Stadtverordneten hatten seinerzeit beschlossen, eine Autodrehleiter probeweise zu bestellen und in den vorjährigen Etat waren dafür 27 500 *M* eingestellt. Das Geschäft hat aber bis jetzt nicht erledigt werden können, weil die Lieferung der Leiter sich verzögert hat. Da nun der Abschluß der Jahresrechnung für 1909/10 bis zur Bezahlung der Drehleiter nicht verschoben werden kann, so ist es formell notwendig, daß eine Uebertragung des genannten Postens für das Feuerlöschwesen vom Jahre 1909/10 in den Haushaltsplan 1910/11 vorgenommen wird.

Der Magistrat ersucht, dem zuzustimmen, was nach dem Referate des Herrn J a s p e r, der namens der Finanzkommission die Genehmigung anheimgibt, geschieht.

## **XVII. Kanalverlängerung auf der Helmstedterstraße.**

Der Kaufmann Wagenführ hier selbst beabsichtigt, das an der Ecke Helmstedterstraße und der projektierten Straße Nr. 481 belegene Grundstück, zu bebauen. Um die Bauerlaubnis zu erhalten, hat Wagenführ beim Magistrat den Antrag gestellt, die Helmstedterstraße im Anschluß an den vorhandenen Kanal bis zu dem bezeichneten Grundstück auf seine Kosten zu kanalisieren. Nach dem Berichte der Städtischen Bauverwaltung stehen der gewünschten Kanalisation technische Bedenken nicht entgegen, die Kosten für die erforderliche Verlängerung von 50 m sind zu 2600 *M* veranschlagt. Der Magistrat will dem Antrage unter folgenden Bedingungen entsprechen:

1. Die Kosten für Herrichtung des Kanals trägt der Antragsteller, sie sind vor Beginn der Arbeiten bei der Stadthauptkasse einzuzahlen.

2. Die Stadt wird sofort Eigentümerin des Kanals, seine Unterhaltung und Reinigung geschieht seitens der Stadt auf ihre Kosten.

3. Für die an den Kanal angeschlossenen Grundstücke ist die übliche Kanalsteuer zu entrichten.

Der Antragsteller ist mit diesen Bedingungen einverstanden, hat aber gebeten, ihm daneben die Zusicherung zu geben, daß ihm die Baukosten erstattet würden, wenn und sobald sie sich durch die zu erwartende ordentliche Kanalabgabe mit  $2\frac{1}{2}$  Prozent verzinsten. Da die Gepflogenheit dahin geht, eine Rückzahlung von Kanalbaukosten nur dann eintreten zu lassen, wenn eine 5prozentige Verzinsung der Baukosten durch die Kanalabgabe eintritt, so stehen einer Berücksichtigung des Wagenführschen Antrags Bedenken entgegen. Andererseits würde ein Festhalten an der bisherigen Gepflogenheit im vorliegenden Falle einer Verweigerung der Rückzahlung fast gleichkommen, weil von dem dem Wagenführschen Grundstücke gegenüberliegenden Zentralfriedhofe die Einführung von Abwasser in die fragliche Kanalstrecke und damit die Zahlung einer Kanalabgabe für absehbare Zeit überhaupt nicht zu erwarten ist. Bei dieser Sachlage empfiehlt der Stadtmagistrat, über die Frage, ob und eventuell unter welchen Voraussetzungen eine Erstattung der Baukosten eintreten soll, erst dann Entscheidung zu treffen, wenn nach Bebauung des Wagenführschen Grundstücks der Umfang der für dieses zu zahlenden Kanalabgabe feststeht.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, sich hiermit einverstanden zu erklären, im übrigen aber die Zustimmung zur Ausführung des Kanals unter den angeführten Bedingungen zu erteilen.

Herr F r i e referiert über die Vorlage und teilt den Beschluß der Baukommission mit, die Vorlage zur Annahme zu empfehlen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

### **XVIII. Inbetriebnahme dreier Laternen auf dem Riddagshäuserwege.**

Nachdem die Verlegungsarbeiten des Gas- und Wasser-Hauptrohrs am Riddagshäuserwege beendet waren, sind die dort vorhanden gewesenen zwei Petroleumlaternen für Gasglühlicht eingerichtet und zusammen mit einer neu hinzugekommenen Gasglühlichtlaterne in Betrieb genommen.

Der Magistrat ersucht, die Inbetriebsetzung der fraglichen drei Laternen gutzuheißen,

was seitens der Versammlung geschieht, nachdem Herr L ö s c h i g t für die Finanzkommission die Genehmigung anheimgegeben hat.

## XIX. Inbetriebnahme einer Laterne an der Diefterwegstraße.

Von dem Bauunternehmer Boff war gebeten worden, die an der Nordostseite der Diefterwegstraße vor dem Hagemannschen Grundstück stehende Straßenlaterne in Betrieb zu nehmen. Der erwähnten Laterne gegenüber ist ein Doppelwohnhaus vom Wittsteller erbaut, welches in seinem ganzen Umfange bewohnt sein soll. Mit Rücksicht hierauf wie auf den Umstand, daß neben diesem Doppelwohnhaus zurzeit ein weiteres Doppelhaus errichtet wird und Bauutensilien auf der Straße lagerten, ist die fragliche Laterne auf Verfügung des Stadtmagistrats in Betrieb genommen. Es geht das Ersuchen an die Stadtverordneten, die Inbetriebnahme gutzuheißen.

Herr Rößigk berichtet namens der Finanzkommission auch über diesen Punkt in zustimmendem Sinne.

Die Inbetriebnahme wird genehmigt.

## XX. Ankauf eines Grundstücks an der Broihemerstraße.

Der dem Magistrat wiederholt, auch von den Stadtverordneten, unterbreitete Wunsch, im Gebiete der westlichen Außenstadt einen Spielplatz zu schaffen, hat erstgenannten veranlaßt, mit dem Inhaber der Dampfziegelei A. Runge & Comp., dem Kaufmann Fritz Pape hier selbst, wegen stadtseitigen Erwerbs der zur Ziegelei gehörigen Tongrube in Verbindung zu treten. Die Grube liegt südlich von den Ziegeleigebäuden, etwa 70 m von der Broihemerstraße entfernt, hat eine Flächenausdehnung von ca. 2 ha 17 a 79 qm und einen Raumgehalt von etwa 220—230 000 Kubikmeter. Der Magistrat hält das Grundstück bei seiner verhältnismäßig nahen Lage an dichtbevölkerten Stadtteilen nach seiner Vollfüllung und bei ausreichend gesicherter Zugänglichkeit zur Anlage eines Spielplatzes für durchaus geeignet. Die Vollfüllung des Grundstücks, für die hauptsächlich der Hausmüll in Betracht kommt, wird allerdings mehrere Jahre dauern, da der gesamte Hausmüll gegenwärtig nur etwa 45 000 bis 50 000 Kubikmeter jährlich beträgt, doch ist auf der andern Seite zu beachten, daß die Gewinnung eines zur Aufnahme einer größeren Menge von Hausmüll geeigneten Platzes in so großer Nähe der Stadt der städtischen Verwaltung nur sehr angenehm sein kann und daß der Ankauf einer während der nächsten Jahrzehnten nicht als Baulterrain zu bewertenden Grube ungleich billiger ist als der Erwerb von Terrain, welches seiner Beschaffenheit nach eine Bebauung jederzeit zuläßt. Der von Pape geforderte Preis von 2,50 M pro Quadratmeter erscheint nun dem Magistrat allerdings immer noch reichlich hoch, doch sind die

Bemühungen desselben, ihn herunterzudrücken, ohne Erfolg gewesen und in der Hauptsache wohl um deswillen, weil Bape schon jetzt einen Teil der Grube in Garten- und Obstkultur genommen hat und er sich hieraus besonders für die Zukunft einen erheblichen Nutzen verspricht. Der Magistrat hat deshalb zu diesem Preise mit Bape abgeschlossen und richtet nunmehr unter Vorlegung des notariellen Vertrages und einer Planfzisse an die Stadtverordneten des Ersuchen, 1. zwecks demnächstiger Anlage eines Spielplatzes sich mit dem Ankauf der Grube unter den im Vertrage angegebenen Bedingungen einverstanden zu erklären, sowie 2. die zum Ankauf erforderlichen Mittel (21 779 qm à 2,50 M = 54 447,50 M) zu Lasten des Ausgleichsfonds zu verwilligen.

Herr T o l l e erstattet den Bericht namens der Baukommission und befürwortet die Annahme der Vorlage:

Der Magistrat hat den Vertrag sehr vorsichtig abgefaßt, wie wir das gewohnt sind. Es ist alles berücksichtigt. Der Verkäufer verzichtet ausdrücklich auf das ihm aus Belästigung durch Staub, übeln Geruch oder andere Weise etwa erwachsende Recht auf Einsprache und Schadenersatz. Zur Sicherung dieser dem Käufer eingeräumten Rechte soll auf die sämtlichen an das verkaufte Grundstück angrenzenden Grundstücke des Verkäufers eine dingliche Last eingetragen werden. Der Verkäufer verpflichtet sich, der Stadt einen 6 m breiten Zufahrtsweg zur Verfügung zu stellen, bis die Stadt einen andern ausreichenden Eratzweg hat. Auch die Deckungsfrage aus dem Ausgleichsfonds ist in der Baukommission zur Sprache gekommen und gleichfalls genehmigt.

Herr K i e k e: Die Vorlage hat gestern die Baukommission beschäftigt, sie ist nicht gerade einstimmig angenommen worden, meine Wenigkeit war dagegen. So gern ich sehen würde, daß auch im Westen der Stadt ein Spielplatz errichtet wird und so notwendig dies wäre, so kann ich mich doch nicht entschließen, jenen Leuten behilflich zu sein, das Loch loszuwerden und es mit diesem ungeheuern Preise zu bezahlen. Wann soll denn die Grube als Spielplatz erschlossen werden? In 10 Jahren vielleicht. Sechs Jahre braucht man dazu, bis das Loch vollgefahren ist, dann muß doch erst der Grund und Boden fest werden und Anlagen gemacht werden. Während der Zeit fänden wir doch auch in jener Gegend einen passenden und besseren Spielplatz. So viel ich weiß, ist auch in anderen Preisen die Meinung verbreitet, daß der Magistrat hätte billiger dazukommen können. Zu bedenken ist noch folgendes: Wenn das Loch vollgefahren ist, werden auch andere Teile des Grundstücks Straßenbauterrain, erst dann kann von dem jetzigen Grundstücksbesitzer das Geschäft gemacht werden. Wie gestern muß ich auch heute beantragen, diese Vorlage abzulehnen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Wie überall, so ist auch hier das Bessere des Guten Feind. Wenn wir einen besseren Platz zu annehmbaren Bedingungen bekommen könnten, würde der Magistrat selbstverständlich den genommen haben. Wir würden sehr gern sehen, wenn es möglich wäre, dort einen vollständig ausgefüllten Komplex zu erwerben, daß sofort ein Spielplatz angelegt werden könnte. Wir haben uns umgehört nach allen Richtungen hin. Die Schwierigkeit liegt darin, daß das meiste in der Nähe der Stadt gelegene geeignete Terrain im Besitz verschiedener Leute ist; der eine will verkaufen, der andere nicht. Zu einem solchen Preise, wie er uns hier durch den Vertrag von Herrn Bape zugebilligt wird, ist in der Gegend so nahe der Stadt nichts zu haben. Es wäre mir lieb, wenn Herr Riese uns sagen könnte, wo ein geeigneter Platz zu finden ist. Das wird aber Herrn Riese auch nicht gelingen. Es ist ja unangenehm, daß durch die Ausfüllung die Einrichtung des Spielplatzes in jener Gegend auf mehrere Jahre verschoben wird. Man kann ja aber dann die Anfuhr auch forcieren. Es ist doch nicht allein der Hauskehricht, der dazu verwandt werden muß, es wird auch eine Menge anderes Material aus der Stadt herausgefahren. So ist es nicht ausgeschlossen, daß die Anfüllung der Grube in kürzerer Zeit zustande kommt. — Daß nach Ausfüllung der Grube die Umgegend sich im Preise hebt und dem Herrn Bape ein Vorteil zufallen wird, erkenne ich an; aber sollen wir sagen: deshalb kaufen wir nicht!? Die Unterbringung des Hausmülls im Bürgerpark wird nicht lange mehr möglich sein. Wir füllen jetzt eine Grube in Gliesmarode aus und es stehen noch andere Plätze zur Verfügung, aber eigentlich ist es gegeben, daß diese tiefen Gruben im Westen der Stadt vollgefüllt werden. Nun bin ich fest überzeugt, ihre Eigentümer würden sehr gern sehen, wenn die Stadt den Schutt dahinein brächte. Aber da steht der Magistrat auf dem Standpunkte: Der Vorteil, der dadurch für das Grundstück erzielt wird, kann auch der Stadt zugute kommen. — Ueber die Höhe des Preises zu streiten, halte ich für vergeblich. Das müssen Sie wissen, ob er angemessen ist, und diejenigen, die den Preis für zu hoch erachten, müssen dagegen stimmen. Was dann wird, ob dann Herr Bape sagt: „Ich gebe die Grube her“, das ist, wie stets, so auch bei dieser Verhandlung die allerschwierigste Frage. Schon vor Jahren war uns die Grube erheblich billiger angeboten, sobald wir aber abschließen wollten, ging der Preis in die Höhe. Die Verwendung der Grube zu Schrebergärten, die jetzt überall üblich werden, ermöglicht es dem Besitzer, das Grundstück verhältnismäßig gut zu verwerten, obgleich es zu andern Zwecken gar nicht zu gebrauchen ist.

V o r s i t z e n d e r: Ich möchte erwähnen, daß ein Herr Büttcher bei mir war mit einem Briefe, der Anschuldigungen gegen Herrn Bape enthielt. Er

forderte mich auf, ich sollte das heute hier vorlegen, was ich aber abgelehnt habe.

Herr F r e d e: Um einer Mythe von vornherein entgegenzutreten, fühle ich mich verpflichtet, der Versammlung einen Artikel des „Volksfreunds“ zur Kenntnis zu bringen, der mir vor der heutigen Sitzung zugestellt worden ist. Er ist vom heutigen Tage und überschrieben mit dem alarmierenden Titel: *Videant consules, ne quid res publica detrimenti capiat!* Man gebraucht bekanntlich diese Ueberschrift in solchen Fällen, wo das Gemeinwohl in Gefahr. Es ist da ausgeführt:

„In der Stadtverordnetenversammlung, die morgen stattfinden soll, steht als 21. Punkt die Erwerbung eines Grundstücks an der Broitzemerstraße auf der Tagesordnung. Die Sitzung der Baukommission, die über den Ankauf vorberaten soll, findet erst heute Mittwoch abend statt, und somit ist der Öffentlichkeit gar keine Gelegenheit gegeben, sich mit der Vorlage näher zu befassen. So weit wir informiert sind, handelt es sich um den Ankauf der ausgebeuteten Tongrube der Dampfziegelei A. K u n g e & Co., Inhaber Kaufmann F r i t z P a p e. Naturgemäß ist eine solche ausgebeutete Tongrube als ein durchaus minderwertiges Grundstück anzusehen, da es als Bauland niemals in Frage kommen kann. Selbst als Gartenland besitzt es einen sehr problematischen Wert, da die Grube erst ausgefüllt werden müßte, was mit mannigfachen Unkosten verknüpft ist. Gefordert wurde vom Eigentümer Pape bislang immer ein ungeheurer Preis für das Grundstück, der etwa dem fünffachen seines wirklichen Wertes entsprach. Zu welchem Preise die Tongrube jetzt von der Stadt gekauft werden soll, entzieht sich unserer Kenntnis, so viel bis jetzt aber davon durchgesiebert ist, soll der Preis weit über den realen Wert hinausgehen. Da nun aber die Stadt durchaus keine Veranlassung hat, dem Eigentümer, oder richtiger gesagt, den H y p o t h e k e n g l ä u b i g e r n, ein Geschenk zu machen, so empfiehlt sich für das Stadtverordnetenkollegium bei Beschlußfassung über die Vorlage die größte Vorsicht, damit die Stadt nicht übervorteilt wird. Bemerken wollen wir noch, daß als Hypothetengläubiger in der Hauptsache ein hiesiges Bankgeschäft in Frage kommt, dessen Procurist Stadtverordneter und Mitglied der Baukommission ist und daß sich für den Ankauf der Tongrube, die angeblich zur Anlage eines Spielplatzes dienen soll, einer unserer jüngsten Stadtverordneten mit allen möglichen Mitteln ins Zeug gelegt hat, der der intimste Freund des Eigentümers Pape ist und seine Wahl zum Stadtverordneten in erster Linie der energischen Agitation Papes zu verdanken hat.“

Die edle Rücksicht, die dies Blatt hier übt, indem es die Namen nicht nennt, ist vollständig überflüssig. Jedenfalls möchte ich nicht diesem edlen Blatte ver-

pflichtet sein. Für diejenigen, die einigermaßen über die Verhältnisse in dieser Sache Bescheid wissen, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß mit dem Stadtverordneten meine Wenigkeit und mit dem Prokuristen Herr Busch gemeint ist. Herr Busch ist hier anwesend und kann selbst für sich sprechen. Was mich anlangt, erkläre ich folgendes: Daß ich die Wahl zum Stadtverordneten der energischen Agitation des Herrn Pape zu verdanken haben soll, ist mir neu. Ich hätte das bis heute doch wohl erfahren haben müssen. Daß meine Wähler solchem Einflusse zugänglich sind, halte ich für ausgeschlossen und habe nur ein Lächeln für diese Behauptung, Sie, meine Herren, jedenfalls auch. Ich soll der intimste Freund des Herrn Pape sein. Die Behauptung ist ebenso falsch. Ich bin weder der intimste Freund des Herrn Pape, noch einer seiner intimen Freunde, noch überhaupt sein Freund, sondern ein Bekannter des Herrn Pape, wie tausend andere es wohl auch sind. Mit allen möglichen Mitteln habe ich mich ins Zeug gelegt, den Spielplatz zu errichten!! Ich habe allerdings ein besonderes Interesse für Schaffung eines solchen betätigt, weil mir das Bedürfnis eines Spielplatzes für diesen Stadtteil bekannt war. Das rechne ich mir zur Ehre an und nicht zum Nachteil. Die Longruhe soll ich dem Magistrat besonders angepriesen haben! Daß ich ein Terrain dem Magistrat angeboten oder sein Augenmerk darauf gerichtet habe, das liegt daran, daß der Magistrat sich an den Bezirksverein gewandt hat mit dem Ersuchen, ihm behilflich zu sein bei der Aufindung eines Terrains, das in der Größe, Lage und im Preise in Frage kommen könnte, und ich glaube, nach bestem Wissen das Terrain empfehlen zu können, denn es ist von den beiden Bezirken Wilhelmitor und Hohetor gleich bequem zugänglich. Ueber den Preis habe ich mich nicht zu äußern, habe auch vermieden, da überhaupt einzugreifen. Das ist Sache des Magistrats und des Herrn Pape. Wenn nun mit diesen Ausführungen im „Volksfreund“ angedeutet werden soll, daß ich irgend einen Vorteil davon gehabt habe, und sei es auch der kleinste, so erkläre ich das als infame Verleumdung.

Herr Böschigk: Wir haben, wie auch Herr Frede sagt, schon vor einigen Jahren in dieser Sache verhandelt. Ich war Vorsitzender des Bezirksvereins und hatte mir auch Mühe gegeben, einen Platz ausfindig zu machen, da der Herr Oberbürgermeister mir gesagt hatte, ich möchte mich einmal darnach umsehen. Ich habe mit Herrn Pape verhandelt. Es handelte sich auch um dasselbe Grundstück, welches er jetzt zu Schrebergärten verpachtet hat. Pape hatte damals meines Wissens einen bedeutend niedrigeren Preis gestellt, trotzdem wurde die Erwerbung abgelehnt. Wenn nun Pape heute einen höheren Preis fordert (ob einen zu hohen, darüber habe ich kein Urteil), so möchte ich Sie doch dringend bitten, dem Ankauf zuzustimmen. Die ganze Vergangenheit hat uns klargelegt,

daß wir, wenn wir Grundstücke brauchen, sie meistens zu teuer bezahlt haben. Wenn in diesem Falle der Magistrat frühzeitig — und das begrüße ich mit Freude — ein Grundstück wie dieses erwirbt, welches im Interesse der Stadt auch noch für die Abfuhr dienen kann und nachher einen geräumigen Spielplatz für die Außenstadt bildet, so wissen wir nicht, was er in 10 oder 20 Jahren wert ist. Wenn eine Preissteigerung zu erwarten ist, so ist es doch nicht zu teuer, wenn wir auch heute etwas mehr bezahlen. Auch im Interesse unseres Bezirks bitte ich, diesen Ankauf zu genehmigen. Zu bedenken ist, daß wir kein anderes Terrain haben, worüber wir verfügen können.

Herr Sander: Ich halte den Preis für eine derartige Longruhe für sehr hoch und bin der Meinung, den Platz kann überhaupt keiner weiter brauchen als die Stadt, denn Pape ist nicht in der Lage, den Platz anderweitig zu verwerten. Ehe er die Grube ausfüllen lassen kann, gehen 30 Jahre vorüber, also der Platz ist beinahe wertlos für ihn. Nun erinnere ich mich, daß ich vielleicht vor einem halben Jahre Herrn Bürgermeister Meyer ein Terrain angeboten habe, das dem Oekonomen Dreyes gehörte. Es liegt freilich weiter draußen, ist aber ein arrondiertes Terrain von 4 bis 5 Morgen. Dreyes hatte einen bescheidenen Preis gefordert, ich glaube, nicht viel mehr als für diesen hier gefordert wird. Ich bin der Meinung, daß der Preis im Vergleich zu dem der Longruhe ein außerordentlich billiger ist. Der Platz hat den einzigen Nachteil, daß er weiter hinausliegt, aber so weit liegt er doch nicht draußen, daß er als Spielplatz nicht benutzt werden könnte. Herr Bürgermeister Meyer meinte damals: Wenn wir den Platz billig bekommen könnten, dann müssen die Spieler eben etwas weiter hinausgehen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich kann nur wiederholen: Sie müssen wissen, welches der angemessene Preis ist. Es ist uns nicht möglich gewesen, den Preis herunterzudrücken. Wenn Sie der Ansicht sind, daß wir noch einmal versuchen sollen, einen billigeren Preis zu erlangen, dann möchte ich nur bitten, zu sagen: Wir halten soundso viel für angemessen, damit wir eine sichere Grundlage haben.

Herr Ribbentrop: Ich bitte, eins zu bedenken: Der Platz liegt nahe an der Stadt, er ermöglicht, den Schutt während mehrerer Jahre dorthin zu schaffen. Also: lassen Sie zu, kaufen Sie den Platz!

Herr Bues: Ich möchte nur erinnern an den vor einigen Jahren gekauften Platz am Mittelwege. Da waren ursprünglich 40 000 M gefordert, und nach-



dem dieser Preis abgelehnt war, ist der Platz für 30 000 *M* von der Stadt angekauft. Das sind 6 Morgen, also auf den Morgen 5000 *M*. Dazu kommt noch, daß er an der Straßenfront des Mittelweges liegt und daß ein Haus darauf steht. Den Preis für die Tongrube halte ich demnach für zu hoch.

Herr Sander: Es wird uns nicht möglich sein, heute zu sagen, wie hoch der genaue Wert der Grube ist; dazu gehören Tage und Wochen. Vielleicht ist diese Debatte Veranlassung, daß der eine oder andere Grundbesitzer jener Gegend sich meldet und einen andern Platz anbietet. Ich beantrage, die Vorlage heute zurückzustellen.

Herr Jasper: Warum Herr Frede sich für den Ankauf dieses Platzes besonders ins Zeug legt, das muß er mit sich selber ausmachen. Wenn Gerüchte über Herrn Frede entstehen in der Weise, wie er das hier vorgebracht hat, so mag er sich bedanken bei seinem Bekannten — Freund will ich nicht sagen —, der in dieser Weise sich hin und wieder zu äußern pflegt, daß man das Interesse des Herrn Frede von seinem Standpunkte aus begründen könnte. Das ist aber hier eine Sache für sich, die Herr Frede mit sich selber auszumachen hat. Es muß mich nur befremden, daß Herr Frede als Hausbesitzer, als jemand, der doch sonst mit Grundbesitzern in näherer Beziehung steht, so ganz und gar keine Ahnung haben will von den realen Grundstückswerten in der Gegend des Bezirks, in dem er sogar seinen Wohnsitz hat. Wir haben hier von andern Herren, wie Herren Sander und Bues, gehört, daß allerdings der Preis, der dort gezahlt werden soll, außergewöhnlich hoch ist, und das muß ohne weiteres jedem einleuchten, wenn man berücksichtigt, was aus solcher Tongrube an sich herauszuziehen ist. Gegenwärtig wird sie zu Schrebergärten benutzt, 150 *M* meinethwegen werden als Pacht erzielt. Kapitalisiert ist das nicht mehr als 3000 *M*. Wir sollen mehr als das Doppelte zahlen, und dabei muß man berücksichtigen, daß diese Tongrube, wie auch aus der Vorlage hervorgeht, als Baugrund überhaupt nicht in Betracht kommt. Denn wenn ich das Landesgesetz richtig verstehe oder richtig mich habe über die Technik belehren lassen, so ist es unmöglich, auf nicht gewachsenem Boden ohne weiteres ein Gebäude zu errichten, so daß andere Liebhaber für dieses Grundstück überhaupt einen solchen Preis nicht anwenden würden. Es ist also der Wert mit dem Preise weit überschritten, ohne daß wir so dringend Anlaß dafür haben. Ich habe Gelegenheit genommen, mit Herren meines engeren Berufskreises, die auch im Grundstücksgeschäft zu tun haben, Rücksprache zu nehmen. Sie haben gemeint, das wäre mehr als das Doppelte und Dreifache als der reelle Wert. Es kommt hinzu, daß diese Stelle überhaupt auch gar nicht als bebauungsfähig so ohne weiteres in Betracht kommt, denn in den letzten Jahren ist an der Straße sehr wenig gebaut; andere Straßenzüge

haben eher Liebhaber gefunden. — Ich schließe mich dem Antrage Sander an, die Sache zurückzustellen.

Herr E d h a r d t: Ich glaube, daß es für die Sicherheit der in der westlichen Außenstadt spielenden Kinder doch von hohem Wert ist, wenn dem Magistratsantrage, den Platz für 2,50 *M* pro Quadratmeter zu kaufen, Folge gegeben wird. Wenn man mit eigenen Augen sieht, welche großen Gefahren die spielenden Kinder auf der Weststraße ausgesetzt sind, dann kann man sich eines ängstlichen Gefühls nicht erwehren; man wünscht ihnen in allernächster Nähe einen Spielplatz, wo diese Gefahren nicht vorhanden sind. Die Väter sind tagsüber auf Arbeit und die Mütter suchen Beschäftigung in den benachbarten Konservefabriken, es fehlt somit jede Aufsicht; die Kinder sind mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen. Es ist deshalb dringend nötig, daß man ihnen einen Platz anweist, wo sie unbehelligt spielen können. Da es nun der Stadt auch darum zu tun ist, langer Hand für eine passende Abfuhrstätte für Haus- und Straßengefährte zu sorgen, so glaube ich, wir tun gut daran und bewilligen den Preis, auch selbst wenn derselbe heute als zu hoch erscheinen sollte. Nach Ablauf von zehn Jahren ist der Platz das Doppelte wert.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Ich glaube, auch wenn man kein Prophet ist, kann man vorher sagen: Der Antrag Sander wird angenommen, denn solche Sachen an den Magistrat zurückzuweisen, ist das angenehmste. Ich möchte auf folgendes hinweisen: Was soll der Magistrat anfangen? Herr Sander sagt: Die Debatte wird Anlaß geben, daß andere Eigentümer sich melden. Der ganze Bezirk weiß, daß wir seit Jahren nach einem Platze suchen. Es sind auch Angebote gemacht; auch das Dreweßsche Terrain ist begutachtet, aber wir sind zu der Ansicht gekommen, daß es für einen Spielplatz nicht zweckmäßig wäre. Nun möchte der Magistrat gern wissen, wenn Sie zurückverweisen: Sind Sie denn grundsätzlich gegen diese Grube, oder sind Sie nur gegen den hohen Preis? (Zuruf: Nur gegen den Preis!) Dann müßten Sie heute sich einigen können auf irgend einen Antrag eines Sachverständigen, der uns sagt: So viel ist die Sache wert. Dann weiß der Magistrat, wie er sich zu verhalten hat, ob er die Verhandlungen abbrechen soll und einen andern Platz suchen. Wozu denn lange beraten darüber; sagen Sie uns: Das hält die Versammlung für einen angemessenen Preis. Da erkennen wir ihr sachverständiges Gutachten als besser an als das unfrige.

Herr F r e d e: Herr Dr. Jasper hat ausgeführt, daß ich als Grundbesitzer wissen müßte, wie die Preisverhältnisse in dortiger Gegend seien. Gewiß weiß ich das. Ich weiß, daß das Terrain an der Broihemerstraße, auf dem das Haus,

welches hinter der Balhornschen Brauerei liegt, 15 *M* das Quadratmeter gekostet hat, ich weiß, daß Terrain hinter der Papeschen Ziegelei von Pape zu 12 *M* verkauft ist. Nun können die Herren selbst ausrechnen, ob 2,50 *M* zu hoch oder zu niedrig ist. Ich werde mich hüten und hier etwa sagen: Das ist ein angemessener Preis! — aus leicht begreiflichen Gründen, weil man mich dann verdächtigen möchte. Leider muß ich sagen, daß Herr Dr. Jasper in dieser Tendenz fortgefahren hat. Was er da gesagt hat, gibt mir leider nicht die Möglichkeit, zwischen ihm und den Ausführungen des „Volksfreunds“ einen Unterschied zu machen.

Vorsitzender: Ich möchte bemerken, daß der Herr Stadtverordnete Jasper Sie meines Wissens nicht verdächtigt hat. Wenn ich eine Verdächtigung in seinen Worten gefunden hätte, würde ich das sicher nicht zugelassen haben, denn wir sind hier nicht gewohnt, uns gegenseitig zu verdächtigen. In der Versammlung hier kann es nicht der Fall gewesen sein. Haben Sie es gefunden, mir ist es nicht aufgefallen, sonst hätte ich es entschieden nicht gelitten.

Herr Bues: In Anbetracht dessen, daß die Stadt die Abfuhr nach der Grube hin vornehmen kann, ist das Terrain für die Stadt mehr wert, als es sonst der Fall sein würde. Als Tongrube würde der Preis von 1,50 *M* für diesen Platz noch reichlich sein. Ich möchte beantragen, den Preis auf 2 *M* zu fixieren, das würde auf den Morgen etwa 5000 *M* betragen.

Herr Wolter: Wenn der Wunsch des Herrn Oberbüraermeisters, einen festen Preis zu nennen, den man dem Herrn bietet, auszuführen werden soll, so müßte wohl eins bedacht werden: Würde mit einem solchen Gebot die auf dem Grundstück liegende Hypothek gedeckt werden? Ich habe versucht, von Herrn Busch über die Hypothekenlast etwas zu erfahren, er hat mir aber keine Auskunft gegeben. Deshalb bezweifle ich, ob der Vorschlag des Herrn Oberbüraermeisters uns in diesem Falle zum Ziele führt. Die Hypothekenlast muß gedeckt werden, sonst fällt der Kauf in den Brunnen.

Herr Oberbüraermeister Netemeyer: Letzteren Grund halte ich nicht für berechtigt, weil dieses Grundstück einen Teil des Gesamtgrundstücks bildet. Es kommt darauf an, ob die Hypothekengläubiger es gern sehen, daß ein Teil ihrer Hypotheken abgestoßen wird, und jedenfalls werden sie dann die wertlose Grube sehr gern aus dem Hypothekenverbande entlassen. (Zustimmung.)

Herr Sander: Ich bin derselben Meinung. Was kümmert uns, wie hoch die Belastung ist, das mag der Verkäufer abmachen. Jedenfalls ist der Hypothekengläubiger froh, wenn er den Preis von 2 *M* für eine derartige Tongrube bekommt, da ein anderer das niemals zahlen kann.

Herr N i e k e: Wenn man erwägt, wie man früher die Grundstücke bezahlt hat, die die Stadt gekauft hat, z. B. am Dornesee, so muß man sagen, daß der heute geforderte Preis für dieses Loch ungeheuer ist. 2800 bis 3000 *M* war damals der Preis für den Morgen, hier das Doppelte. Das ist doch zu viel. Es kann niemand das Loch gebrauchen. Der Platz liegt 70 m hinter der Baufront, ist als Baugrund wertlos. Es wird angeführt, daß wir die Sorge um die Kehrichtabfuhr auf einige Jahre los werden. Da sage ich: Auf die Bullenwiese geht noch eine ganze Masse hin, und es findet sich auch noch anderes Terrain. Die Longrube könnte höchstens als Schwimmbassin gebraucht werden. Wenn dem Besitzer 1 *M* für das Quadratmeter angeboten werden, kann er das mit Rußhand annehmen. Ich beantrage, dem Besitzer ein Angebot von 1 *M* für das Quadratmeter zu machen.

Vor s i t z e n d e r: Es liegen drei Anträge vor: Antrag Sander auf Zurückverweisung, Antrag Bues auf Zahlung von 2 *M* für das Quadratmeter, und Antrag Niek e auf Zahlung von 1 *M*.

Herr S a n d e r: Ich ziehe nach dieser Aussprache meinen Antrag zurück.

Herr J a s p e r: Ich möchte vor der Abstimmung noch festgestellt sehen, daß es nach Äußerung des Herrn Dr. Wolters den Anschein hat, als ob Herr Busch an dem Verkauf persönlich interessiert ist. Herr Dr. Wolters sagt: „Ich habe mich eben bei Herrn Busch zu erkundigen versucht über die Hypothekenlast, habe aber keine Auskunft bekommen können.“ Es scheint mir darnach eine gewisse Orientiertheit und ein persönliches Interesse vorzuliegen. Ich möchte wünschen, daß das geklärt wird.

Vor s i t z e n d e r: Ich muß darauf aufmerksam machen, daß wir es immer so gehalten haben, daß ein Stadtverordneter, wenn er ein persönliches Interesse an einer Angelegenheit hatte, sich der Abstimmung enthalten hat. Daß wir alle samt und sonders uns nicht zutrauen, nach persönlichen Interessen abzustimmen, ist selbstverständlich. Die Vorschrift geht aber dahin, um die Neutralität der Versammlung aufrecht zu erhalten. Sollten Sie also, Herr Busch, ein persönliches Interesse an dem Kauf haben, so würde es nötig sein, daß Sie sich der Abstimmung enthalten. Haben Sie das nicht, so kann es Ihnen keiner verwehren, Ihre Stimme abzugeben.

Herr B u s c h: Ich möchte Herrn Dr. Jasper erwidern: Ich bin von meinen Wählern hier als Stadtverordneter gewählt und persönliche Interessen, die ich aber in dieser Angelegenheit nicht habe, stelle ich vollständig hintenan. Ich bin

nur als Stadtverordneter hier und tue meine Pflicht. Herrn Jasper aber möchte ich bitten, sich nicht um meine Sachen zu kümmern. — Um jeden Zweifel zu beseitigen, werde ich mich der Abstimmung in der vorliegenden Sache enthalten.

**Vorsitzender:** Die Abstimmung würde so zu fassen sein: Wir weisen den Antrag des Magistrats, einem Kaufpreise von 2,50 *M* pro Quadratmeter zuzustimmen, ab, und erklären uns mit dem Ankauf der Grube nur einverstanden, wenn der Kaufpreis auf 2 *M*, resp. 1 *M* herabgesetzt wird.

Ich gedenke, zuerst über den Antrag Rieke, 1 *M*, abstimmen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister **Netemeyer:** Wir nehmen es Ihnen gar nicht übel, wenn Sie sich bei der Abstimmung weit von uns entfernen. Es handelt sich aber um die Bewilligung von Mitteln, im allgemeinen ist da üblich, daß dabei erst über die größere Summe abgestimmt wird. Ich bitte also, zuerst über die Magistratsvorlage abzustimmen.

Für den Magistratsantrag stimmen 6 Abgeordnete, er ist demnach abgelehnt. Für den Antrag Bues (2 *M* pro Quadratmeter) erklären sich 19 der Anwesenden, er ist damit angenommen.

## XXI. Austausch von Grundflächen an der Frankfurterstraße.

Es hat sich herausgestellt, daß eine Fläche von 9 qm, die noch zu dem Neddermeherschen Grundstück an der Frankfurterstraße gehört, seit Jahrzehnten als Fußsteig benutzt ist, daher durch Ersitzung mit einer entsprechenden Servitut belastet ist. Neddermeyer bedarf eines Stückes von 1 qm städtischen Terrains und hat sich bereit erklärt, von seiner Forderung für die Ueberlassung der 9 qm an die Stadt Abstand zu nehmen, wenn ihm dagegen das 1 qm kostenlos überwiesen wird.

Der Magistrat ersucht um Genehmigung des Umtauschs unter den angegebenen Bedingungen.

Namens der Baukommission berichtet Herr Busch und empfiehlt, dem Antrage zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht,

## XXII. Annahme eines Prozesses.

Ueber diesen Punkt sagt die Vorlage des Magistrats: Am 31. Januar d. J. ist der Knabe Hermann Wolle, Schüler der 1. mittleren Bürgerschule, bei Ausführung von Experimenten in der Chemiestunde infolge einer Explosion an beiden Augen schwer verletzt; die Hoffnung, die Sehkraft des einen Auges zu

erhalten, ist leider nicht in Erfüllung gegangen, der Knabe vielmehr völlig erblindet. Die Stadt hat zunächst die Kosten der Krankenhausbehandlung gezahlt und sodann die Aufnahme des Knaben in die Blindenerziehungsanstalt veranlaßt. Zu weiteren Maßnahmen, insbesondere zur sofortigen Zahlung oder Zusage einer Geldentschädigung lag dagegen ein hinreichender Grund für die Stadt einstweilen nicht vor; doch ist den Eltern des verunglückten Knaben eröffnet, daß es die städtischen Behörden an Fürsorge für das Fortkommen ihres Sohnes nicht fehlen lassen würden. Mit dieser Erklärung ist der Vater des Knaben nicht zufrieden, er wünscht vielmehr vor Ablauf der dreijährigen Verjährungsfrist Feststellung der Schadenersatzpflicht und hat deshalb gegen die Stadt und den Lehrer Bürger, der den Unterricht am genannten Tage erteilte, Klage erhoben, in der Kläger für seinen Sohn vom 1. April 1915 an Renten in Höhe von 1000, 1200 bezw. 1600 *M* p. a. fordert.

Nach dem Berichte des Schuldirektors hat der Lehrer bei Ausführung des Experiments die allgemein üblichen Vorsichtsmaßregeln beobachtet, doch soll ohne weiteres anerkannt werden, daß die Anwendung weitergehender Schutzmaßregeln möglich gewesen wäre. Entscheidend für die Rechtsfrage, ob der Lehrer ersatzpflichtig ist, dürfte dieser Umstand übrigens nicht sein, da eine fahrlässig-schuldhafte und widerrechtliche Verletzung eines fremden Rechtskreises einem seminarisch gebildeten Lehrer nicht vorgeworfen werden kann, wenn er den Unterricht so erteilt, wie er es in dem staatlichen Seminar selbst gelernt hat. Und daß dies der Fall gewesen, wird von dem städtischen Schuldirektor ausdrücklich bezeugt.

Aber selbst bei einem schuldhaften Verhalten des Lehrers würde die Stadt zum Schadenersatz rechtlich nicht verpflichtet sein, da sie irgend welchen Einfluß auf den Schulbetrieb nicht hat. Dieser Einfluß ist dem Schulvorstande vom Gesetz nur in beschränktem Maße eingeräumt; der *Lehrplan* und die *Lehrmethode* werden durch Instruktionen und Anweisungen der staatlichen Schulaufsichtsbehörde festgesetzt und es würde daher unbillig sein, wollte man die Stadt für Schäden, die bei Befolgung der vorgeschriebenen Unterrichtsmethode entstehen, haftbar machen; aus diesem Grunde ist denn auch in das Gesetz Nr. 41 vom 28. Juli d. J. die von der Regierung vorgeschlagene Bestimmung, wonach die Gemeinden für die vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung der Amtspflicht seitens eines Gemeindegullehrers haften sollten, nicht aufgenommen.

Da der von p. Bolle gegen die Stadt erhobene Anspruch rechtlich nicht begründet sein dürfte, so ersucht der Magistrat, Abweisung der Klage zu beantragen.

Daß die Anstellung des Prozeßes die frühere Stellungnahme der städtischen Behörden gegenüber dem unglücklichen Knaben nicht beeinflusst, wird als selbst-

verständlich angesehen, und auch die Verjährungs-Einrede würde seitens der Stadt nicht vorgeschützt werden. Aber die Frage, wie dem Verletzten am nachhaltigsten zu helfen ist, kann nach Ansicht des Magistrats erst dann entschieden werden, wenn der Knabe in der Blindenerziehungsanstalt ausgebildet ist. Es wird noch darauf hingewiesen, daß manche Blinde einen Verdienst erzielen, der die vom Kläger geforderte Rente nicht unerheblich übersteigt.

Für jetzt gibt der Magistrat anheim, der Aufnahme des Prozesses zuzustimmen.

Herr B o g e berichtet über die Beratung der Vorlage in der Statutenkommission und führt dabei aus: Der Vorgang hat sich folgendermaßen zugetragen: Die Flasche, in der Wasserstoff entwickelt wurde, ist vom Lehrer beiseite gestellt worden, inzwischen sind Versuche mit Natrium angestellt. Als der Lehrer glaubte, daß die nötige Zeit verstrichen war, um das Knallgas entweichen zu lassen, hat er den ursprünglichen Versuch fortgesetzt. Beim weiteren Experimentieren ist die Flasche plötzlich explodiert und zwei Glassplitter sind dem Schüler Bolle, der in der ersten Reihe der Schüler saß, in die Augen geflogen. Die Klage stützt sich darauf, daß 1. der Magistrat nicht die nötigen Vorkehrungen getroffen habe, indem die Flasche vielleicht hätte durch Drahtgewebe geschützt werden können, also nach § 831 des B. G. B. habe die Stadt nicht die nötigen Gerätschaften gehalten, und 2. darauf, daß der Schüler gezwungen gewesen wäre, in den vorderen Reihen des Physikaals zu sitzen, und den Schülern nicht freigegeben gewesen wäre, sich eventuell auf die hinteren Bänke zu setzen. — Die Behandlung dieser Frage hat zwei Punkte: den rechtlichen und den moralischen. Bei der Klage ist zunächst der rechtliche Punkt zu erörtern. Die Statutenkommission schließt sich in diesem dem Magistrat an und gibt anheim, den Prozeß aufzunehmen. Aber ebenso wie es der Magistrat in seiner Vorlage betont, so steht auch die Statutenkommission auf dem Standpunkte, daß durch Anstrengung der Klage die Frage einer zukünftigen Fürsorge der Stadt für den Verletzten unberührt bleiben solle, daß aber doch abgewartet werden müsse, wie sich der Knabe entwickelt. Zurzeit ist auch gar keine Sorge um den Knaben vorhanden, später werden dann die städtischen Behörden, falls es nötig ist, für den Knaben Fürsorge treffen.

Herr J a s p e r: Gewiß hat der traurige Fall eine rechtliche und eine moralisch-sittliche Seite, und ich begrüße die Stellungnahme des Magistrats nach der letzteren Seite hin. Aber mir scheint, daß darnach der Antrag in rechtlicher Beziehung mit der Stellungnahme in moralischer Beziehung in einem gewissen unlöslichen Widerspruche steht. Wenn man sich, es mag das Recht liegen, wie es will, auf den Standpunkt stellt, daß man moralisch sich verpflichtet hält, in

gewisser Weise für den Verletzten zu sorgen, so ist das Natürliche ein Vergleich, eine Verständigung, und nicht eine Klage. So würde besonders jeder Privatmann handeln. Wenn nun hier die Klage bereits eingegangen ist und lediglich deshalb eine Verständigung über die Höhe der Summe jetzt nicht stattfinden kann, angeblich, weil noch nicht zu übersehen ist, wie groß der Schaden ist, so würde zum mindesten eine Verständigung in der Weise möglich sein, daß, um die Wirkung der Rechtlichkeit nicht zu verlieren, die Klage ruhen bleibt und das Weitere abgewartet und damit vermieden wird, was auch nicht im Sinne der Kommission ist, daß für die Dauer des Prozesses die Unterstützung wegfällt. (Widerspruch des Referenten: Das habe ich nicht gesagt.)

Herr Oberbürgermeister R e t e m e n e r: Wir haben doch aber keinen Einfluß darauf, ob der Prozeß ruhen soll oder nicht. Wir sind verklagt und können entweder den Anspruch anerkennen oder wir müssen gegen den Anspruch vor Gericht Stellung nehmen. Im übrigen hat Herr Jasper wohl überhört, daß die Forderung sich erst auf das Jahr 1915 bezieht. Also der Vater verlangt jetzt gar nichts. Jetzt haben wir den unglücklichen Jungen auf Kosten der Stadt in die Blindenerziehungsanstalt untergebracht und haben uns gesagt: Wir müssen abwarten, wie der Knabe sich da entwickelt. Ich habe gedacht, in solchem Falle wäre es durchaus angebracht, für den Knaben in Aussicht zu nehmen, ihn, wenn er Veranlagung dazu hat, ausbilden zu lassen, daß er später imstande ist, eine Organistenstelle zu versehen.

Eins möchte ich noch hervorheben; das ist die Stellung, die der Magistrat solchen Ansprüchen gegenüber einnehmen darf. Wenn wir in einem solchen Falle ohne weiteres anerkennen: wir bewilligen, was du forderst! dann sind wir in jedem Falle dazu verpflichtet, und das wäre bedenklich. Ich glaube, die Erklärung, die der Magistrat abgegeben hat, auch dem Vater des Knaben gegenüber, und die auch die Kommission sich voll angeeignet hat, müßte die Leute zu der Ueberzeugung bringen: Eurem Jungen wird die Stadt schon beistehen, so daß er nicht zugrunde geht.

Herr B o g e: Ich hatte auch gesagt, daß die Frage der Zahlung einer Entschädigung jetzt nicht springend wäre, da der Knabe in der Blindenerziehungsanstalt untergebracht ist. Eine Möglichkeit, die Sache so zu regeln, wie Herr Jasper sagt, wäre die folgende Weise: Wenn der Prozeß erhoben wird, müssen wir erst sagen: Wir nehmen ihn auf. Aber vor dem ersten Termin kann vereinbart werden: die Sache soll bis zum Jahre 1914 ruhen. Der Kläger hat ja die Absicht, die Verjährungsfrist nicht eintreten zu lassen. Aber erst muß der Prozeß aufgenommen werden.

Die Versammlung beschließt Aufnahme des Prozesses.



### XXIII. Ankauf eines Automobilwagens.

Der Magistrat ersucht um Bewilligung von 600 *M* für Ankauf eines gebrauchten Automobilwagens für das Wohnungsdesinfektionswesen und von 1000 *M* für Bereifung des Wagens.

Herr J a s p e r (namens der Finanzkommission): Der Unfalldienst hat sich in letzter Zeit derart vergrößert, daß die Wagen dafür den ganzen Tag unterwegs sind. Das zweite Sanitätspferd dient auch zum Ausführen der Transporte für die Wohnungsdesinfektion, außerdem für eilige Infektionskrankentransporte. Häufig werden auch noch abends Rücktransporte für die Wohnungsdesinfektion ausgeführt. Die Pferde sind diesem anstrengenden Dienst, sollen sie nicht frühzeitig verbraucht werden, auf die Dauer nicht gewachsen. Auch die zum Herbst vorgesehene Anschaffung eines Automobil-Krankenwagens wird daran nicht viel ändern. Um die Pferde, die meist noch nicht einmal eine ununterbrochene Futterzeit haben, wesentlich zu entlasten, wird vom Branddirektor die Anschaffung eines Automobil-Transportwagens für das Wohnungsdesinfektionswesen vorgeschlagen. Dafür liegt ihm ein vorteilhaftes Angebot eines zweizylindrigen Benz-Wagens von 8 PS. mit 4 Sitzen, aber ohne Bereifung, zum Preise von 600 *M* vor.

Es wird beantragt, diesen Wagen umzubauen und neu zu bereifen, und zwar mit der elastischen Radbereifung Patent Büßing, die sich nach den Angaben der Techniker sehr gut bewährt hat. Sie ist elastisch, nutzt sich sehr wenig ab, ist allerdings in der Anschaffung etwas teurer als Luftreifen, stellt sich aber im Betriebe billiger. Sie kostet für den kleinen Wagen ca. 1000 *M*, einschließlich der Umänderung der Felgen zur Aufnahme der Bereifung. Der Umbau des Wagens wird in der Werkstätte der Feuerwehr ausgeführt werden können, es werden also außer der Holzbeschaffung dafür besondere Kosten nicht in Anrechnung kommen. Die Sitze bleiben und die Kasten für die technische Einrichtung werden daraufgesetzt.

Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und befürwortet den Vorschlag mit der Maßgabe, daß der Wagen auch dem Branddirektor zur Verfügung stehen soll, wenn er eilig zur Brandstätte fahren muß.

Herr R ö s c h i g k: Wenn ich richtig verstanden habe, hat der Wagen jetzt noch Luftbereifung und soll mit der elastischen Radbereifung, Patent Büßing, versehen werden. Das ist ein Ersatz für Luftbereifung. Da befürchte ich, daß wir das Versuchskaninchen sein sollen. Ich habe gehört, die Sache habe sich nicht bewährt. Die Bereifung ist beim Fahren warm geworden und ist aus dem

Mantel herausgetrieben worden. Ich möchte bitten, die Luftbereifung um den Wagen zu belassen.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e y e r: Das wäre ganz schön, wenn es so wäre, wie Herr Löschigk annimmt; aber die Reifen will der Eigentümer nicht mit verkaufen. Wenn nun die Ansicht des Herrn Löschigk über die Tauglichkeit des Erfahmaterials für Gummi richtig ist, dann tun wir besser, wir bleiben davon. Wir haben allerdings Sachverständige gefragt, die empfehlen es sehr. Wer hat nun recht? Wir wollen Ihnen die Entscheidung überlassen.

Herr J a s p e r: In der Finanzkommission haben wir uns auch im wesentlichen auf die Sachkunde des Herrn Kreisbranddirektor verlassen. Er sagt: „Diese Bereifungsart, mit der ich selbst schon gefahren bin, hat Herr Dr.-Ing. Büßing an seinem Luxuswagen bereits seit ca. einem Jahre mit äußerst günstigem Erfolge ausprobiert. Den ersten Reifen, der ca. 4000 bis 5000 Kilometer gelaufen hatte, aber noch nicht abgängig war, habe ich während meiner Anwesenheit in der Fabrik gesehen, als er abmontiert wurde. Er hatte an Haltbarkeit und Elastizität noch nichts eingebüßt. Die Abnutzung ist gering, sog. Pannen werden vermieden. Wegen seiner Betriebssicherheit und Haltbarkeit stellt er sich im Betriebe billiger als Luftreifen.“

Auch Herr Dr. Wolters als Sachverständiger hat keinen Widerspruch erhoben.

Herr L ü b k e: Ich habe die Empfindung, daß man der Anschaffung eines Automobilwagens zustimmen müßte, nur kann es mir nicht ganz recht sein, daß man alte Sachen für den Zweck kauft. Ich habe mir immer ein neues Fahrrad gekauft, weil ich eine ganze Weile sicher darauf fahren wollte. Ich glaube, wenn man die Länge der Jahre bedenkt, in welchen der Wagen gebraucht werden soll, wäre es vielleicht rentabler, einen neuen Wagen für den Zweck konstruieren zu lassen.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Ich glaube, wir können getrost an die Anschaffung des alten Wagens herantreten. Selbst für den Fall, daß die ungünstigen Prophezeiungen des Herrn Löschigk zutreffen, würde das Opfer, da es sich um 600 M für den Wagen handelt, kein großes gewesen sein. Da ich jedoch weiß, daß der Herr Kreisbranddirektor sich mit diesen Fahrzeugen, mit ihrer Konstruktion, mit ihrer praktischen Brauchbarkeit, mit der Literatur über die Erfahrungen anderer Städte sehr genau befaßt hat, so habe ich das feste Vertrauen, daß die günstigen Angaben durchaus zutreffend sind und daß man es mit diesen 600 M versuchen soll. Was die Reifenfrage betrifft, so weise ich

noch darauf hin, welche Aufwendungen für den Krankentransportwagen zu machen sind; wir haben da bei der Luftbereifung Werte von 800 bis 900 *M* aufzuwenden gehabt, so daß der Preisunterschied nur gering ist, und wenn größere Haltbarkeit gewährleistet wird, so sollte man zugreifen.

Herr *Wolters*: Der geringe Preis von 600 *M* schien uns ein überraschend niedriger; das wird heute bei den geehrten Herren auch der Fall gewesen sein. Maßgebend bei der Anschaffung ist aber die Beschaffenheit des Objekts. Die Tatsache, daß nach der genauen Untersuchung sowohl der Motor wie auch das Getriebe in sehr guter Verfassung sein soll, unterliegt keinem Zweifel. Daher können wir der Anschaffung wohl zustimmen.

Vorsitzender: In der Finanzkommission wurde der billige Preis nur damit motiviert, daß der angebotene Wagen ein zweizylindriger ist, während jetzt vierzylindrige gebaut werden. Für unsern Zweck genügt aber ein zweizylindriger Wagen.

Herr *Frühling*: Ich kann mich nicht dafür erklären, alte Sachen anzukaufen, das ist immer ein schlechtes Geschäft und mit Verlust verknüpft. Wir gebrauchen den Wagen so lange, daß gerade der beste Wagen der billigste sein wird. Ich möchte beantragen: Lehnen Sie die Vorlage ab und ersuchen Sie den Magistrat, einen neuen für den Zweck besonders konstruierten Wagen anzuschaffen.

Herr *Döschigk*: Ich möchte bemerken, daß ich nicht Sachverständiger bin, sondern mir das vorhin von mir Vorgetragene von Sachverständigen habe sagen lassen. Ich selbst bin nur Interessent. Ich würde sofort zu der empfohlenen Bereifung greifen, wenn ich die Ueberzeugung hätte, daß das Material das leistet, was man heute beansprucht. Es sollte mich freuen, wenn der Herr Referent recht hätte. 600 *M* ist ein sehr niedriger Preis, er wird auch durch die 1000 *M* für die Bereifung nicht zu teuer. Uebrigens kauft man alte Wagen heute ziemlich billig, weil die Besitzer von Automobilen Freude am Fahren bekommen und bei Ankauf eines neuen vierzylindrigen Wagens, der ruhiger fährt, den zweizylindrigen billig fortgeben, auch wenn er noch tadellos ist. Dabei kann der zweizylindrige meinem Erachten nach vielleicht noch länger laufen als ein neuer vierzylindriger. — Wenn natürlich Herr Büßing den Reifen ausprobiert hat, dann stehe ich mit meinem Urtheile zurück, denn Herr Dr. Büßing ist Sachverständiger.

Herr *Fasper*: Es würde zu weit gehen, wenn wir wie Herr Frühling sagen wollten: Alte Sachen zu kaufen, ist ein Verlust. Man muß bei Ankauf alter Sachen allerdings etwas vorsichtig sein, und diese Vorsicht hat der Herr

Kreisbranddirektor walten lassen. Er hat vorher den Wagen sehr gründlich untersucht, nicht nur einmal, sondern hat ihn auch längere Zeit auf Wache genommen, ihn auseinandernehmen lassen und dabei gefunden, daß eine wesentliche Abnutzung nicht vorhanden ist. Insofern kann man einiges Zutrauen zu unsern Technikern haben, daß wir wagen können, einmal etwas nicht Funkelnagelneues zu kaufen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Der Herr Kreisbranddirektor hat sich nicht bloß darauf verlassen, was die Untersuchung ergeben hat, sondern er ist auch lange Strecken mit dem Wagen gefahren. Er sagt: Wagen, Federn und die empfohlenen Reifen sind tadellos. Was sonst noch an dem Wagen nötig ist, das wollen wir schon in eigener Werkstätte so instand setzen, daß die Herren nicht unterscheiden sollen, ob der Wagen alt oder neu ist.

Die 1600 *M* werden in der Abstimmung einstimmig bewilligt.

#### XXIV. Schaffung einer neuen Messerkontrollurstelle.

Herr H e n k i n g (als Berichterstatter der Statutenkommission): Seitens der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke wird die Schaffung einer neuen Messerkontrollurstelle als dringend notwendig erachtet. Es ist in dem Berichte die erfreuliche Tatsache verzeichnet, daß im letzten Jahre etwa 800 neue Abnehmer hinzugekommen sind, und daß ferner die Kontrolle mit den jetzigen Kräften nicht regelmäßig ausgeführt werden kann. Die Verwaltungsdeputation für die städtischen Licht- und Wasserwerke hat sich dafür ausgesprochen und ebenso der Stadtmagistrat. Letzterer erwähnt, daß die fraglichen Stellen den Militäranwärtern vorbehalten seien und es deswegen zweckmäßig sein würde, wenn der Verwaltungsdeputation das Recht zugestanden werde, eine geeignete Persönlichkeit auf Probe anzunehmen, und später, wenn die Probezeit günstig ausgefallen ist, die Versammlung sich mit der Anstellung befasse. Die Statutenkommission gibt anheim, dem Antrage des Stadtmagistrats zuzustimmen.

Die Schaffung der neuen Stelle wird beschlossen.

#### XXV. Erklärung der Voigts-*Rheß*straße zwischen Marienstraße und Kastanienallee zur Ortsstraße.

Herr F r ü h l i n g: Zu der unter VII der heutigen Tagesordnung erliegenden Sache liegt noch ein Nachtrag vor. Sie haben den Ausbau der Voigts-*Rheß*straße bewilligt, aber die fragliche Strecke ist noch nicht formell zur Orts-

straße erklärt. Der Stadtmagistrat ersucht, dies bewirken zu wollen. Die Baukommission empfiehlt Annahme.

Dem Ersuchen wird entsprochen.

## XXVI. Antrag Rößigk: Neupflasterung der Straße Am neuen Petritore bis zum Radeklint.

Der Antrag lautet:

Die Versammlung wolle beschließen, die Straße Neues Petritore bis Radeklint dem Magistrat zur Neupflasterung für das nächste Etatjahr zu empfehlen.

Herr Rößigk (zur Begründung): Ich glaube, ich brauche nicht viel zu begründen, denn wer den Weg kennt, der ins Neue Petritore hineinführt, und wer Fuhrwerk hat und die Straße damit passieren muß, dem sagt der Weg, trotzdem er umgepflastert ist, schon genug. Ich glaube, der Magistrat wird sich selbst sagen, wenn er sich den Weg ansieht, daß er sehr der Erneuerung bedarf. Es ist ja eine Schwierigkeit dabei: bis zum Neuenwege ist die Straße städtisch, und dann tritt die Verpflichtung des Staates in Kraft. Aber ich bin fest überzeugt, beim ernstlichen Willen des Magistrats wird er sich mit der Staatsbehörde schon dahin einigen, daß diese kolossalen Unebenheiten auf dem Wege sich glätten werden.

Der bereits unterstützte Antrag wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

## XXVII. Antrag Sander: Belegung des südlichen Fußweges der Cellerstraße vom Amalienplatz bis zur Landeseisenbahn mit Platten.

Der Antrag lautet:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, falls der Ausbau der Cellerstraße vom Amalienplatz bis zur Landes-Eisenbahn in diesem Jahre nicht ausgeführt wird, den südlich belegenen Fußweg mit Platten zu belegen.

Herr Sander: Seit Jahren haben wir schon im Etat den Ausbau der unteren Cellerstraße stehen, er ist aber bis jetzt noch nicht ausgeführt. Nun ist der südliche Fußweg, der zum Krankenhause führt, sehr schlecht; ihn mit Platten zu belegen, ist wirklich ein dringendes Bedürfnis. Sie werden alle wissen, daß

zu den Besuchszeiten des Herzoglichen Krankenhauses eine wahre Völkerverwanderung hinausgeht, und für die Besucher der Kranken ist es nicht angenehm, bei schlechtem Wetter dort warten zu müssen. Auch die Angestellten im Krankenhaus haben den Wunsch nach einer Besserung des Weges geäußert. Ich kann mich diesen Wünschen nicht verschließen, nachdem ich mich überzeugt habe, daß die Verhältnisse so liegen.

Der Antrag wird genügend unterstützt, und vom Vorsitzenden gleichfalls der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

### **XXVIII. Anfrage Adenhausen: Zurücksetzung der Front des Neubaus Ecke Rattreppe und Münzstraße.**

Herr Adenhausen: Ich möchte bitten, in Erwägung zu ziehen, ob nicht beim Neubau des Hauses Ecke Rattreppe und Münzstraße eine Zurücksetzung des neuen Hauses erreicht werden könnte. Bekanntlich sind die Ausfahrtstore des Feuerlöschgebäudes jetzt dazu eingerichtet, daß vier Wagen zugleich ausfahren können. Wenn sie um die Ecke nach der Friedrich-Wilhelmstraße zu umbiegen wollen und die Straßenbahn oder andere Fuhrwerke hinzukommen, so würde dadurch eine recht gefährliche Situation geschaffen werden können. Die Führer der verschiedenen Fuhrwerke sind dort nicht in der Lage, die Fahrbahn zu übersehen. Wäre es nicht möglich, daß der Magistrat dafür sorgt, daß der Bau weiter zurückgeführt wird? Ich möchte das jetzt hier zur Sprache bringen, da es später, wenn der Bau fortgeschritten ist, nicht mehr zu ändern ist.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Ueber die Verbreiterung dieser Strecke schweben Verhandlungen. Ich halte es aus diesem Grunde nicht für angemessen, heute hier Erklärungen abzugeben.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 6. Oktober 1910.

### Tagesordnung:

I.	Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf dem Petritorwall	Seite 164
II.	Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz	" 166
III.	Erwerb einer Fläche an der Wörth- und Kapellenstraße	" 167
IV.	Antrag des Stadtverordneten Sander auf Instandsetzung des südlichen Fußweges der Cellerstraße zwischen Amalienplatz und Landeseisenbahn	" 167
V.	Änderung der Ordnung des Stadthaushaltswesens	" 169
VI.	Erweiterung des Lichtwerks an der Wilhelmstraße	" 170
VII.	Um- und Erweiterungsbauten der Bürgerschule an der Wilhelmstraße	" 180
VIII.	Anschluß der Gemeinde Gliesmarode an das städtische Kanalsystem	" 180
IX.	Stadtseitige Beteiligung an der „Internationalen Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr“	" 192
X.	Abänderung der Fluchtlinie und Anordnung eines Vorgartens für eine Teilstrecke der Goslarischenstraße, bezw. der projekt. Straße Nr. 363	" 193
XI.	Gewährung eines außerordentlichen Zuschusses an den Männer-Turnverein	" 193
XII.	Erweiterung der Befugnisse einer Deputation	" 194
XIII.	Neuregelung der Besoldungsverhältnisse einiger städtischen Beamten, der Oberlehrer usw.	" 197
XIV.	Ausbau der Durchbruchstraße zwischen Vangelstraße und Hintern Brüdern	" 207
XV.	Bewilligung der Mittel zur Besoldung zweier Oberlehrer an der städtischen höheren Mädchenschule	" 212
XVI.	Antrag Ackenhausen: Befestigung des östlichen Fußwegs der Salz- dahlemerstraße von der Elmstraße ab	" 212
XVII.	Antrag Schmidt, betr. vermehrte Fleischproduktion auf dem Kieselgute	" 213
XVIII.	Anfrage Wesemeier, betr. Entlassung eines städtischen Maschinisten	" 214
XIX.	Anfrage Henking, betr. Ankauf der Pappeischen Tongrube	" 216

Am Magistratsstische die Herren: Oberbürgermeister *Netemeyer*, Bürgermeister *Meyer*, Stadträte von *Frankenberg*, *Wagner*.

Entschuldigt die Herren: *Bähr*, *Göde*, *Löhnefinke*, *Mohr*.

Es erscheint später: Herr Stadtverordneter *Jasper*.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn *Hauswaldt*, teilt derselbe mit, daß ein Einladungsschreiben des Vorstandes des Braunschw. Landes-Lehrervereins zum 82. braunschweigischen Lehrertage am 4. und 5. Oktober eingegangen sei. Er habe es den Mitgliedern der Schulkommission zugänglich gemacht. Ferner ladet die Verwaltung der Städtezeitung durch eine Zuschrift zum Abonnement ein.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

## I. Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf dem Petritorwall.

Die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke schlägt vor, daß zur bessern Beleuchtung des Petritorwalles in der Nähe der Petritorbrücke noch zwei Kandelaberlaternen aufgestellt werden. Der Magistrat beantragt, der Aufstellung der Laternen zuzustimmen, die Kosten dafür (etwa 224 *M*) aus dem Reservefonds zu bestreiten und von jeder weiteren Verbesserung der Beleuchtung in jener Gegend Abstand zu nehmen.

Berichterstatter der Finanzkommission, Herr *Döschig*: Es handelt sich um den Antrag *Sander*, der Vermehrung der Laternen dort gewünscht hatte. In der Finanzkommission habe ich den Wunsch ausgedrückt, die Laternen anders zu setzen, als von der Deputation beschlossen ist, ich wünschte sie nämlich da, wo die Gleise der Straßenbahn sich kreuzen. Wenn Fuhrwerke ins Petritor hineinkommen, müssen sie einen Bogen nach rechts machen. Die Beleuchtung dieser Seite scheint mir ausreichend, nicht ausreichend dagegen die an der gegenüberliegenden Seite, wo zwar zwei Laternen stehen, aber die eine zu weit nach der Inselpromenade hin, die andere mehr nach den Gebäuden der Straße hin, so daß an der Fahrbahn, wo die Straßenbahnwagen halten, absolut kein Laternenchein die Straße beleuchten kann. Es wurde noch der Wunsch von Herrn *Kleinfnecht* ausgesprochen, an die Fahrbahn an den Uebergang, also gegenüber der Laterne, die ich gewählt habe, noch eine hinzuzusetzen. Um die Sache aber nicht weiter aufzuhalten, möchte ich bitten, den vorliegenden Antrag anzunehmen, was auch die Finanzkommission vorschlägt.

Herr *Kleinfnecht*: Ich wohne seit Jahrzehnten am Petritor und habe immer bedauert, daß diese Straße so schmal angelegt ist. Wo die beiden Gleise



trischen sich kreuzen, ist gerade an beiden Seiten noch für einen Wagen mit Mühe und Not Platz, so daß dort schon ziemlich ernste Vorfälle sich ereignet haben. Ich habe schon mehrmals Leute dort weggerissen, die in die Straßenbahnwagen einsteigen wollten und beinahe übergefahren worden wären. Diese enge Stelle ist außerdem zu wenig beleuchtet, namentlich nach der Stadtseite zu, wo die nach der Stadt Fahrenden einsteigen. Ich möchte dringend bitten, daß die Herren bestimmen, es solle an jede Seite der Weiche eine Laterne gestellt werden. Die Stadt kann sich nicht auf das Licht der elektrischen Bahn verlassen, sondern muß die Straße selbst beleuchten. Ferner möchte ich bitten, das hier jetzt gleich zu beschließen ohne Rückverweisung an die Kommission.

**Vorsitzender:** Soll eine dritte Laterne aufgestellt werden, während in der Vorlage nur zwei vorgeschlagen sind, so möchte ich doch bitten, das als besonderen Antrag einzubringen.

**Herr Sander:** Ich habe gestern abend noch einmal Gelegenheit genommen, die Situation anzusehen. Es wurde früh dunkel und herrschte dort eine ägyptische Finsternis. Das Licht der einen Laterne versängt sich in den Bäumen, die andere steht direkt an der Straße, aber wenn die Straßenbahn dort hält, ist auf der andern Seite gar kein Licht. Hier ist der Hauptverkehrsweg vom Petrifore in die Stadt, und jeder Passant muß schräg über diese Straße hinweggehen an der Stelle, wo diese Laterne gewünscht wird. Es ist dort eine gefährliche Stelle, wenn sie nicht genügend beleuchtet wird. Ich möchte mich dem Antrage Kleinfnecht anschließen, daß drei Laternen bewilligt werden. Es ist doch kein großes Objekt, das genehmigt werden soll.

**Herr Wesemeier:** Mit mehr Licht an dieser Stelle bin ich selbstverständlich einverstanden. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine andere Stelle in der Stadt lenken, die zurzeit recht dunkel ist. Auf der Kröppelstraße wird augenblicklich ein Bau ausgeführt, und die eine Laterne ist beseitigt. Dort ist Montag abend ein schwerer Unfall passiert; ein Radfahrer ist mit einem Bierwagen zusammengefahren, vom Pferde getreten und überfahren worden. Es wird behauptet, nur die Dunkelheit an dieser Stelle trüge die Schuld. Ich selbst habe noch keine Zeit gehabt, mir den Ort anzusehen, aber ich nehme doch an, daß es notwendig ist, daß dort Abhilfe geschieht, wenn so etwas vorkommt.

**Herr Rönegen:** Ich würde gern den Antrag Kleinfnecht unterstützen. Um die Sache aber nicht aufzuhalten, möchte ich mich vorerst einmal mit zwei Laternen begnügen, und zwar für die Stelle, wo sie auf dem Plane eingezeichnet sind. Ich lege besonders Gewicht auf Errichtung der Laterne, welche die Ein-

mündung der Cellerstraße in die Wallpromenade beleuchtet. Die andern Wünsche können als Anträge eingebracht werden, damit sich die Finanzkommission mit ihnen beschäftigt.

Herr Aßmann: Ich möchte in Rücksicht auf die geringe Breite der Promenade dort den Antrag Kleinknecht unterstützen, denn der Weg dort ist gefährlich, sowohl wenn Radfahrer vorbeikommen, als wenn Passagiere aus der Straßenbahn aussteigen. Auch ich habe einen dunkeln Punkt in der Stadt aufgefunden. Das ist in der Mitte des Ruhfäutchenplatzes, wo die Rettungsinsel angelegt ist. Die Laterne dort ist, nachdem wir das große Preßgaslicht bekommen haben, nicht erleuchtet. Sowohl bei der langen Rettungsinsel wie bei der runden, auf der der Mast steht, ist die Beleuchtung ungenügend. Ich habe erlebt, daß Gefahr vorliegt, daß Fußgänger und Radfahrer dort verunglücken können. Erst gestern habe ich mich überzeugt, daß eine ziemliche Dunkelheit dort herrscht. Ich möchte bitten, darauf zu sehen, daß die Rettungsinseln nicht als ein Uebelstand für Passanten erscheinen können.

Vorsitzender: Wir sind uns wohl darüber einig, daß die zwei projectierten Laternen und auch die Plätze dafür genehmigt werden sollen. Als Wunsch unsererseits würde sich der Antrag des Abgeordneten Kleinknecht anschließen:

An den Magistrat das Ersuchen zu richten, daß er für Aufstellung von drei Straßenlaternen am Petritor zwischen Cellerstraße und Neues Petritor Sorge trägt.

Die Aufstellung der beiden Straßenlaternen nach den Vorschlägen des Magistrats wird genehmigt und der Antrag Kleinknecht angenommen.

## II. Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz.

Die Verwaltungsdeputation für die städtischen Licht- und Wasserwerke empfiehlt, die 5 Stück zweiflammigen Preßgaslampen von je 1400 Kerzen durch 5 Stück dreiflammige Lampen von je 2100 Kerzen zu ersetzen. Um 11 Uhr abends sollen von den drei Flammen zwei verlöscht werden. Die jährlichen Beleuchtungskosten erhöhen sich durch die Flammenvermehrung von 330 *M* auf 395 *M*. Der Magistrat beantragt Zustimmung dazu.

Herr Böschigk: Die Finanzkommission gibt durch mich Genehmigung anheim.

Auf die Anregung des Herrn Aßmann möchte ich noch bemerken, daß auf meine verschiedentlichen früheren Bitten der Herr Oberbürgermeister mir zugesagt hat, dafür zu sorgen, daß die fragliche Laterne angesteckt werden soll.

Herr K i e t e: Es scheint mir, als ob in der Stadt viel mit der Beleuchtung geknauert würde. Die Laternen stehen wohl, aber sie werden nicht angesteckt. Am Sonntag abend ging ich durch den Bürgerpark und mußte die Bemerkung machen, daß die Laternen dort nicht brannten. Da würde ein Privatbesitzer seinen Park besser beleuchten. Die Klagen darüber waren allgemein. Schon im Interesse der Sicherheit des Parks muß für eine ausreichende Beleuchtung dort gesorgt werden.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e h e r: Daß die Laternen im Bürgerpark nicht brennen, ist mir auch aufgefallen. Der Fehler hat seine Ursache aber nicht in der Sparsamkeit der Stadt, sondern die Mangelhaftigkeit der Laternen trägt die Schuld. Die Deputation für die Lichtwerke hat bereits beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, im Bürgerpark Gasrohre legen zu lassen, damit ordnungsmäßige Laternen dort aufgestellt werden können.

Die vorgeschlagene Beleuchtungsart für den Friedrich-Wilhelms-Platz wird genehmigt.

### III. Erwerb einer Fläche an der Wörth- und Kapellenstraße.

An der Ecke der genannten Straßen befindet sich ein 40 qm umfassender Terraintreifen und daneben vor der Kapellenstraße eine 4 qm große Fläche, welche beide dem Tischlermeister Kahle in Zimmer gehören. Während der Eigentümer 1908 pro qm 46,66 *M* forderte, hat er die Flächen der Stadt jetzt zu 15 *M* pro qm angeboten. Dieser Preis ist nach Ansicht der städt. Bauverwaltung angemessen. Da beide Flächen beim demnächstigen Ausbau der Wörthstraße als Ortsstraße erworben werden müssen, so ersucht der Magistrat, dem Erwerbe derselben zuzustimmen.

Im Auftrage der Baukommission empfiehlt Herr Meierhoff Zustimmung zu dem Magistratsantrage, und die Versammlung beschließt demgemäß.

### IV. Antrag des Stadtverordneten S a n d e r auf Instandsetzung des südlichen Fußweges der Cellerstraße zwischen Amalienplatz und Landeseisenbahn.

Herr L o l l e: Der Antrag Sander lautet:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, falls der Ausbau der Cellerstraße vom Amalienplatz bis zur Landeseisenbahn in diesem Jahre nicht ausgeführt wird, den südlich belegenen Fußweg mit Platten zu belegen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat vor längerer Zeit beschlossen, die Cellerstraße auszubauen. Das hat bis jetzt nicht ausgeführt werden können,

weil der Magistrat noch in Verhandlung mit der Gemeinde Delper steht, die jenseit der Landeseisenbahn an der Cellerstraße zuständig ist. Die Verhandlungen werden wohl demnächst einen günstigen Abschluß finden. Herr Sander bittet nun, wenn eine Verzögerung eintreten sollte, den Fußweg vorläufig mit Platten zu belegen. Das hat keine Schwierigkeiten, denn wenn der Fußweg provisorisch instand gesetzt wird, kann man den Anliegern nicht zumuten, die Kosten zu tragen. Der regelrechte Ausbau eines Teiles der Straße würde sich nicht empfehlen, weil die Niveauverhältnisse sich ändern werden. Die Baukommission gibt anheim, den Antrag Sander im Hinblick auf die ausgeführten Gesichtspunkte abzulehnen.

Herr Sander: Es ist insofern ein Fehler in dem Antrage, als es statt „südlich“ „westlich“ heißen muß. Es ist also der Fußweg gemeint, der an der Seite des Herzogl. Krankenhauses liegt. Ich habe mir wohl gedacht, daß mein Antrag derart verlaufen würde, denn die Straßenverhältnisse sind dort wirklich nicht einladend. Aber immerhin sehe ich nicht ein, weshalb diese Straße im Schmutz liegen bleiben soll. Ich habe schon bei der Begründung ausgeführt, daß die Frequenz der Straße besonders an den Besuchstagen des Krankenhauses enorm ist, und die schlechte Beschaffenheit des Weges läßt sich auch nicht bestreiten. Ich habe mir die provisorische Befestigung der Straße so gedacht, daß die verwandten Platten beim endgültigen Ausbau wieder gebraucht werden könnten. Es würde sich in diesem Falle nur um die doppelte Arbeit des Legens handeln. Der Weg ist zwar im vergangenen Jahre notdürftig mit Bockasche aufgebessert, so daß er auch bei nassem Wetter nicht ganz grundlos ist, aber auch bei trockenem Wetter staubt er. Er ist einer Stadt nicht würdig, und ich möchte bitten, doch irgend etwas zu tun. Wenn mein Antrag vom Plenum abgelehnt wird, dann möge er wenigstens den Zweck haben, zu veranlassen, daß die Verhandlungen über den endgültigen Ausbau der Straße gefördert werden, oder der Weg wenigstens mit Teer bestrichen würde; dann wäre erst einmal momentan Abhilfe geschaffen.

Herr Bürgermeister Meyer: Meine Herren! Sie haben vor  $\frac{3}{4}$  Jahren der damals vorgeschlagenen Instandsetzung der Cellerstraße zugestimmt. Die Verhandlungen haben sich dadurch verzögert, daß der Magistrat den Wunsch hatte, zunächst die Hinzulegung eines Teiles der Delper Feldmark zum städtischen Gebiet legalisiert zu sehen. Die eingeleiteten Verhandlungen sind so weit gediehen, daß der Ausschuß der Landesversammlung ihnen zugestimmt hat. In einigen Wochen werden wir also in der Lage sein, den Herren ein Projekt vorlegen zu können, bei dem auch die Anlieger beitragspflichtig erscheinen, die wir sonst nicht heranziehen können. Wenn aber der Gesamtausbau so nahe

bevorsteht, dann wäre es weggeworfenes Geld, noch vorher den Fußweg mit Platten zu belegen. Uebrigens ist schon in Aussicht genommen, wenn die Arbeiten nicht vor Beginn des Winters in Angriff genommen werden können, daß der Fußweg geteert werden soll. Herr Sander hat sich damit zufrieden gegeben, und ich möchte empfehlen, daß die Herren in ihrer Gesamtheit sich damit einverstanden erklären.

Der Antrag Sander wird abgelehnt.

## V. Aenderung der Ordnung des Stadthaushaltswesens.

Nach § 4, Abs. 2 der Ordnung des Haushaltswesens der Stadt gilt ein Ausgabeposten, der innerhalb des Rechnungsjahres Verwendung nicht gefunden hat, als erspart und bedarf daher zu seiner nachträglichen Verwendung der erneuten Verwilligung. Da die betr. Paragraphen vom Stadthaushalt handeln, so ist die Vorschrift bisher nur dann befolgt, wenn ein im Haushaltsplan ausgeworfener Betrag im Laufe des Rechnungsjahres nicht verwandt wurde, nicht aber auch dann, wenn die Bewilligung gesondert erfolgt war. Bedeutung hat die Vorschrift nur insofern, als sie der Stadtverordneten-Versammlung die Kontrolle darüber erleichtern soll, ob sich die Ausgaben des einzelnen Rechnungsjahres im Rahmen des festgesetzten Haushaltsplans gehalten haben. Eine strenge Uebereinstimmung zwischen Voranschlag und Jahresrechnung läßt sich aber Erfahrungsgemäß nicht erzielen, da die Anforderungen sehr oft erst im Laufe des Rechnungsjahres zutage treten; auf der andern Seite kommen auch regelmäßig endgültige Ersparungen vor. Die rechtzeitige Kontrolle der Jahresrechnung geschieht in einfacher und wirksamer Weise dadurch, daß nach Abschluß der Stadthauptkasse die Abschlußrechnungen der einzelnen Kassen den Stadtverordneten unterbreitet werden. Nach Ansicht des Stadtmagistrats würde es keinen Bedenken unterliegen, die Verwendung eines im Haushaltsplane ausgeworfenen Geldbetrages auch im anschließenden Rechnungsjahre zuzulassen. Daher gibt der Stadtmagistrat Zustimmung dazu anheim, daß in § 4, Abs. 2 der Ordnung des Haushaltswesens statt „des Rechnungsjahres“ gesagt wird „des laufenden oder nächstfolgenden Rechnungsjahres“.

Herr W o l t e r s erstattet darüber Bericht namens der Finanzkommission und fügt hinzu: Mit der Aenderung wird bezweckt, daß ein frühzeitigerer Abschluß der Haushaltsrechnungen erfolgen kann. In Rücksicht auf den jetzt bestehenden Zustand mußte bisher der Abschluß des laufenden Jahres hinausgerückt werden, so daß erst im August die Rechnung abgeschlossen werden konnte. Die Finanzkommission empfiehlt die Annahme.

Die Versammlung beschließt, die Aenderung zu billigen.

## VI. Erweiterung des Lichtwerkes an der Wilhelmstraße.

Der Stadtmagistrat hat der Sträßeneisenbahngesellschaft von dem Beschlusse der Stadtverordneten vom 22. April, betr. die Erweiterung des Lichtwerkes Kenntnis gegeben und dabei zugleich seine Bereitwilligkeit erklärt, für die Erbauung eines zweiten Werkes eventuell das Grundstück der Abwässerpumpstation zur Verfügung zu stellen. Dasselbe hat Gleisanschluß und liegt isoliert und dicht an der Oker, so daß Beschwerden der Nachbarschaft nicht zu befürchten sind und die Beschaffung von Kühlwasser keine Schwierigkeiten bieten würde. Der Magistrat hatte dabei zugleich eine Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes der Abwässerpumpstation im Auge, die sehr wohl durch elektrische Motoren betrieben werden kann; und wenn über den Preis des dazu erforderlichen Stromes eine Verständigung erzielt worden wäre, so hätte die Stadt unbedenklich das Grundstück nebst Gebäuden usw. unentgeltlich zur Verfügung stellen können.

In ihrer Eingabe vom 29. Juli c. hat die Sträßeneisenbahngesellschaft dieses Anerbieten abgelehnt und wiederholt um Genehmigung ihres früheren Antrages ersucht. Sie hat für beide Arten der Vergrößerung ihres Betriebes gesonderte Vorprojekte vorgelegt und unter Beifügung eines mit 496 895 *M* abschließenden Kostenanschlages (richtiger Kostenüberschlages) für die Erweiterung des vorhandenen Werkes die Kosten des zweiten Werkes — ausschließlich Grund und Boden — zu 1 000 000 *M* geschätzt. Die Gegenüberstellung dieser Endsummen mußte für das zweite Werk naturgemäß ungünstig ausfallen, weil für dieses viel umfangreichere Bauten und Kessel vorgesehen sind, als für den Erweiterungsbau. Da aber die Stadt die Erbauung eines zweiten Werkes nicht erzwingen kann, so erschien es zwecklos, über den Vorschlag des Magistrats weiter zu verhandeln. Er hat sich daher auf eine weitere Klärung der Frage beschränkt, ob der Erweiterungsbau an der Wilhelmstraße ohne Schädigung der städtischen Interessen zugestanden werden kann. Dazu sah sich der Stadtmagistrat um so mehr veranlaßt, als zufolge Schreibens Herzoglicher Polizeidirektion vom 13. Juli c. verschiedene Nachbarn des Lichtwerkes Beschwerden über Belästigungen, die der Betrieb verursache, vorgebracht haben, die, wie Herzogliche Polizeidirektion erklärt, „nach den bisherigen Ermittlungen nicht unbegründet zu sein scheinen“. Wenngleich die Sträßeneisenbahngesellschaft in ihrem Schreiben vom 29. Juli c. das Vorhandensein dieser Belästigungen bestreitet, und die Erwartung ausspricht, daß etwaige durch geringfügige Erschütterungen bewirkte Einwirkungen auf die Nachbargrundstücke im Falle der geplanten Erweiterung geringer werden würden, weil Turbodynamomaschinen verwandt werden sollen, so hat der Magistrat doch noch eine genaue Sachuntersuchung durch die städtische

Bauperwaltung vornehmen lassen. Nach deren Berichte vom 9. d. M. sind allerdings geringfügige Erschütterungen eines benachbarten Gebäudes bei einer  $\frac{3}{4}$ -Belastung der Dampfmaschine beobachtet, aber die Standfestigkeit der Gebäude erscheint nach Ansicht der genannten Verwaltungsstelle durch diese Erschütterungen nicht gefährdet; und es sei auch nicht anzunehmen, daß bei Verwendung von Turbodynamos eine Verschlimmerung des jetzigen Zustandes die Folge der geplanten Erweiterung sein werde; aber daß wegen der durch die Erschütterungen hervorgerufenen Belästigung Entschädigungsansprüche geltend gemacht werden würden, sei nicht ausgeschlossen.

Da weder dieser Bericht, noch die oben erwähnten Ausführungen der Straßeneisenbahngesellschaft die Zweifel des Magistrats darüber, ob es sich empfiehlt, die geplante Erweiterung des vorhandenen Werkes gutzubeißen, beseitigen konnten, so ersucht der Stadtmagistrat die Stadtverordneten wiederholt um gutachtliche Äußerung.

**V o r s i e n d e r:** Bei der Wichtigkeit der Vorlage ist sie zwei Kommissionen überwiesen. Herr Wolters hat das Referat für die Finanzkommission übernommen, Herr Frühling, gewissermaßen als Korreferent, das für die Baukommission.

**Herr Wolters:** Meine Herren! Beide Projekte haben ein gemeinschaftliches Ziel: sie wollen zu dem jetzt nötigen Energiebedarf ein Zusatzwerk schaffen. Sie basieren auf folgenden Grundlagen: Augenblicklich ist die Leistungsfähigkeit des alten Lichtwerks auf der Wilhelmstraße 2200 Kilowatt mit Benutzung und 2100 Kilowatt ohne Benutzung der Akkumulatorbatterie. Die Leistungsfähigkeit des Werkes ist bei weitem nicht ausgenutzt über den ganzen Tag und das ganze Jahr hinaus. Die ausgestellte kleine Skizze läßt erkennen, daß über den größten Teil des Tages die Beanspruchung des Werkes noch nicht einmal den fünften Teil der Leistungsfähigkeit ausmacht. So beginnt die Kurve nachts 12 Uhr bei 200 Kilowatt Leistung, steigt bis 600 bis 700 und sinkt bis Mittag wieder auf 200 bis 300. Ebenso ist es auch vor Mitternacht, so daß der größte Teil des Tages mit 400 Kilowatt ausgefüllt ist. Nur in den Abendstunden von 4 bis 8 Uhr ist eine plötzliche rapide Steigerung zu bemerken. Von 4 bis 6 und 7 Uhr geht eine so starke Beanspruchung des Werkes vor sich, daß gegen 6 und 7 Uhr die Leistung des Werkes 1800 Kilowatt betragen hat. Dann sinkt sie schnell wieder herunter. Diese Tatsache, daß um die Abendstunden eine Steigerung des Verbrauchs eintritt, ist die Ursache, daß der Neubau beantragt wird. Dabei ist die Vergrößerung der Leistung nur für drei Wintermonate: November, Dezember und Januar, nämlich für 78 Betriebstage notwendig. Es handelt sich

also um die Schaffung von elektrischer Energie für 78 Betriebstage um 800 Kilowattstunden. Das ergibt etwas über 60 000 Kilowattstunden. Das Lichtwerk nimmt nun an, daß in den nächsten Jahren die maximale Beanspruchung um 400 Kilowatt jährlich wachsen und die Steigerung in der nächsten Zukunft anhalten wird.

Beide Projekte sagen: Es soll zunächst ein Bau geschaffen werden, der eine Leistungsfähigkeit von 1200 Kilowatt Zusatzleistung erhält. Würde die Steigerung sich gleichmäßig auf drei Jahre verteilen, so würde der Bau in drei Jahren in seiner Leistungsfähigkeit wiederum erschöpft sein. Das Bild A stellt nach unten zu dar die Kessel und nach oben die Erweiterung des Maschinenhauses für die nächsten drei Jahre. Darauf allein hat man sich aber nicht beschränkt, sondern eine Erweiterung dahingehend vorgesehen, daß im Anschluß an die rotgezeichneten Stellen eine nochmalige Erweiterung zweimal um 1200 Kilowatt vor sich gehen kann, insgesamt also um 3600 Kilowatt. Rücksicht ist auch genommen auf die Erweiterung um einen Kessel, Neubau des Schornsteins und Aufstellung von Turbodynamomaschinen. Auf dieselbe Leistung ist nun auch das Projekt auf dem Grundstück der Pumpstation gedacht. Sie sehen das auf der andern Skizze. Die elektrische Energie würde in Drehstrom nach dem alten Werke hinübergeleitet und dort transformiert werden. Der finanzielle Unterschied bei beiden Werken ist bedeutend, die Erweiterung des alten Werkes auf der Wilhelmstraße kostet rund 500 000 *M.*, die Ausführung des Projekts auf der Pumpstation rund 1 100 000 *M.*

Daß auf dem Grundstück der Pumpstation nicht auch ein Gleichstromwerk gedacht wird, hat folgende Ursache. Es handelt sich um die Hinüberleitung von elektrischer Energie während eines kleinen Teiles des Jahres und zu wenigen Tagesstunden. Dazu ist am besten Drehstrom geeignet, der Verlust ist dabei geringer und wegen der Querschnitte für die Ueberleitungsdrähte der Anlage am billigsten, die Kosten für ein Gleichstromwerk würden also teuer im Betriebe und in der Anlage sein. Auch in der Beziehung muß man die Wahl eines Drehstromwerks als die richtige anerkennen, als man hierbei eventuell auf Stromabnahme durch die Industrie rechnen kann. Es ist nicht außer acht zu lassen, daß in dem alten Werk eine kolossale Reserve von Energie vorhanden ist, so daß es denkbar sein würde, während des Tages noch die vier- bis fünffache Strommenge für Motorzwecke abzugeben. Nichtsdestoweniger ist für das Projekt außerhalb der Stadt ein Drehstromwerk, nicht ein Gleichstromwerk, das richtige, da für die Großindustrie nur Drehstrom in Frage kommen kann. Nun lehnt aber die Straßeneisenbahngesellschaft die Errichtung des Drehstromwerks auf der Pumpstation ab, weil eine Abgabe von Strom an die Großindustrie in sehr weiter Ferne liege und die Ueberleitung von Drehstrom nach dem alten Werke mit



außerordentlichen Kosten verbunden seien. Es entstanden also größere Betriebskosten und Zinsverluste für die teurere Anlage. Allein für die Mehrausgabe von 600 000 *M* bei der Erbauung würde eine höhere Verzinsung von 40 000 *M* jährlich entstehen und an unnützen Betriebsmehrkosten 15 000 *M*. Die Straßenbahn ist aber bereit, der Idee des Drehstromwerks dann näher zu treten, wenn die Konzessionsdauer, die bekanntlich nach 35 Jahren abläuft, verlängert wird.

In der Finanzkommission war man ohne jede Ausnahme einstimmig der Meinung, daß von der Konzessionsdauer-Verlängerung in diesem Augenblicke keine Rede sein kann. Hiernach und nach der Stellungnahme der Straßenbahngesellschaft kommt nunmehr für die Beratung der geehrten Herren das Drehstromwerk ganz außer Betracht. Wir müssen uns nur darüber entscheiden: Sollen wir der Erweiterung des Lichtwerks auf der Wilhelmstraße zustimmen oder sie ablehnen.

Nun waren besonders in der Finanzkommission erhebliche Bedenken gegen die Erweiterung des Werkes an der Wilhelmstraße hervorgetreten. Zunächst wurde gesagt, es gehöre ein großes industrielles Werk nicht in die Stadt aus ideellen und praktischen Rücksichten. Jetzt schon sei das alte Werk für alle „ein Dorn im Auge“ wegen der Belästigungen, die es mit sich bringe. Die Freunde der Erweiterung des alten Lichtwerks aber sagen: Einem solchen Grunde muß man für andere Werke durchaus zustimmen, dagegen ist für das Lichtwerk kein günstigerer Platz als an der Wilhelmstraße denkbar, und zwar wegen seiner zentralen Lage und der geringen Uebertragungsverluste. Diese Ansicht der Freunde der Erweiterung scheint auch wohl, soweit wenigstens die Baukommission in Frage kommt, ausschlaggebend gewesen zu sein. In der Tat muß man sagen: Ein Elektrizitätswerk muß aus Betriebsrücksichten und in betreff des Punktes der Rentabilität in der Stadt liegen. Bei einem außerhalb derselben liegenden Werke wären die Anlagekosten größer, da der Kabeldurchschnitt ein stärkerer sein müßte, und die Betriebsverluste würden auch zu bedenken sein, denn bei der Ueberleitung geht Strom verloren.

Der zweite Punkt, der von den Gegnern angeführt wurde, war die Unbequemlichkeit der Kohlenanfuhr. Es wurde gesagt: Ein Werk, das außerhalb der Stadt liegt und Gleisanschluß erhalten kann, würde billiger arbeiten als das an der Wilhelmstraße, wo durch den Transport der Kohlen per Achse unnütz Kosten ausgegeben werden. Dagegen sagen die Freunde der Erweiterung: Die ganze Frage der Kohlenanfuhr ist vollständig unwesentlicher Natur, und zwar auf Grund einer einfachen Berechnung. Es wird sich zunächst für das erste Jahr um Ueberleitung von 400 Kilowatt, für das zweite Jahr um 800, für das dritte um 1200 Kilowatt

handeln, und zwar nur für 78 Tage und für ein paar Abendstunden. Zur Erzeugung von 1 Kilowatt elektrischer Energie bedarf es 4 Kilogramm Braunkohlen, zur Erzeugung der 400 Kilowatt für die betreffenden Stunden der 78 Tage insgesamt 249 600 Kilogramm Braunkohlen, also 25 Doppelladungen. Mit andern Worten: Für die Erweiterung des Lichtwerks auf der Wilhelmsstraße müßten im ersten Jahre 25 Doppelladungen Kohlen mehr angefahren werden, im zweiten Jahre 50, im dritten Jahre 75. Nun kostet eine Doppelladung anzufahren 12 *M.*, also die Kohlenanfuhr im ersten Jahre 300 *M.*, im zweiten 600 *M.*, im dritten 900 *M.* Die Herren sehen aus dieser Zusammenstellung, wie wenig die ganze Kohlenfrage mitspricht.

Von Bedeutung ist nun die Frage, daß durch den Betrieb der großen Maschine die Nachbarschaft belästigt werden könnte. Besonders wird gesagt, daß einige Nachbargrundstücke durch die Erschütterungen beim Betriebe schon gelitten hätten. Die Berechtigung solcher Klagen ist bisher nicht ersichtlich, wohl auch nicht festgestellt. Es ist schwer anzunehmen, daß bei ordnungsmäßigem Zustande der alten Maschine solch eine Belästigung eintreten kann. Die große Maschine, die dort vor einigen Jahren errichtet wurde, ist ein ausgezeichnetes Werk von Gebrüder Sulzer in Winterthur, einer hervorragend guten Maschinenfabrik. Sie ist so konstruiert, daß sie direkt an den elektrischen Generator angekuppelt ist. Erschütterungen bei Maschinen sind auf zwei Ursachen zurückzuführen, entweder auf eine Ueberlastung oder auf eine nicht genügende Instandhaltung der Maschine. Eine Ueberlastung kann eintreten, wenn sie mit zu großer Füllung arbeitet und beim Hubwechsel anfängt zu stampfen oder zu fauchen. Das ist hier aber ausgeschlossen, denn bei der direkten Kuppelung eines entsprechend dimensionierten Generators kann eine Ueberlastung nicht in Frage kommen. Nun ist es denkbar, wenn sich Erschütterungen gezeigt haben sollten, daß eine Maschine von dieser Größe nicht vollständig intakt gewesen ist. Dann kann ein Schlag in die Maschine kommen, der sich weiterverbreitet. Sollte das etwa der Fall gewesen sein, so sind solche kleinen Uebelstände ohne Schwierigkeit zu beseitigen, und es wird mutmaßlich wohl auch veranlaßt worden sein, sie zu beseitigen. Es könnte aber immerhin doch der Fall eintreten, daß mit Erfolg Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden, und die Kommission hatte auch das mit ins Auge gefaßt. Würden von seiten der Nachbarn solche Klagen geltend gemacht werden, so kann die Stadt denkbarerweise haftpflichtig gemacht werden deshalb, weil sie der Elektrizitätsgesellschaft die Konzession erteilt hat. Dieser Fall ist aber bereits im Vertrage vorgesehen, und da ist stipuliert, daß die Stadt im Falle des erfolgreichen Vorgehens von Nachbarn wegen Immission das Rückgriffsrecht auf die Gesellschaft hat. Ein anderer Fall ist bisher im Vertrage nicht aus-

drücklich vorgeesehen, nämlich der, daß etwa die Straßeneisenbahngesellschaft genötigt sein sollte, infolge eines erfolgreichen Prozesses des Nachbarn dessen Grundstück anzukaufen. Dann wäre die Stadt doppelt interessiert. Ich glaube aber nicht zu irren in der Annahme, daß bei einer früheren Gelegenheit der Punkt geregelt worden ist in der Weise, daß Ankauf von Nachbargrundstücken auf das Konto der Straßeneisenbahngesellschaft und nicht auf das Gewinnkonto des Lichtwerks geschrieben worden sind. Es bliebe noch die Frage der Wertübernahme übrig. Wenn eine Anzahl Grundstücke hinzugekauft sind, ist die Straßenbahn berechtigt, den Betrag dafür zu dem Uebernahmewert hinzuzuschlagen? Dieser Punkt hat seine Lösung gefunden, da nach Meinung der Kommission und auch unbestritten von der Straßeneisenbahngesellschaft solche Werte, die durch Ankauf von Nachbargrundstücken der Straßeneisenbahngesellschaft zuwachsen, nicht in den Uebernahmewert hineingerechnet werden.

Was nun die Frage der Wasserbeschaffung anbetrifft, so wird von den Freunden der Hinauslegung ausgeführt, daß sie hier Schwierigkeiten mache, bei der Pumpstation jedoch leichter sei. Es ist richtig, daß die Wasserbeschaffung durch den Wendenmühlengraben nicht mehr ausreicht, es würde also an eine andere Bezugsquelle zu denken sein. Sie ist gefunden, und es werden auch mutmaßlich behördlicherseits Behinderungen nicht entgegenstehen, daß unterhalb der Petritorschleuse eine entsprechende Wassermenge aus der Oker gezogen und wieder hineingeführt werden kann, denn es ist lediglich Kondensationswasser, das wieder abgeführt wird, also durchaus nicht verunreinigtes Wasser. Die Anlage der Wasserfassungstation ist bereits mit 50 000 *M* in dem Erweiterungsplan vorgeesehen.

Ein letzter Punkt ist der, daß die Herren, die dem Plane der Erweiterung des Werkes in der Stadt entgegenstanden, anführten, durch übernatürliche Gewalt könne ein einheitliches Werk ganz außer Kurs gesetzt werden, während eine solche Gefahr bei zwei getrennten Werken nicht vorliege. Auch dieser Grund kommt in Wegfall. Schon bei dem alten Werke ist eine Trennung herbeigeführt, daß die einzelnen Teile, Kessel, Maschine, selbständig arbeiten können. Noch mehr wird das der Fall sein bei der Erweiterung, so daß nach menschlichem Ermessen nicht anzunehmen ist, daß auch bei einem großen Unglück das ganze Werk stillgelegt werden würde.

Ein Punkt ist von der Bau- und Finanzkommission hinzugefügt. Die Straßeneisenbahngesellschaft hat sich bereit erklärt, daß demnächst die Kostenanschläge für Maschinenteile, Maurerarbeiten, Zimmerarbeiten usw. vorgelegt werden sollten. Sie will freilich das günstigste Projekt vorlegen, aber doch im Original. Hierauf legen die beiden Kommissionen nicht so viel Wert als

darauf, daß der nachgewiesene Gesamtbetrag von 491 000 *M* nicht überschritten wird.

Es wird also von der Mehrheit der Finanz- und Baukommission empfohlen, die gutachtliche Äußerung der Stadtverordneten dahin zu fassen:

die Erweiterung des jetzigen Werkes zu bewilligen, aber hinzuzufügen, daß zur Berechnung des Uebernahmewertes der Neubau die Kosten von 500 000 *M* nicht übersteigen soll.

Herr *Grühling*: Nach diesem ausführlichen Referate erübrigt es sich im großen und ganzen, daß ich noch etwas hinzufüge. Ich stimme im allgemeinen vollständig überein mit dem, was Herr Dr. *Wolters* vorgetragen hat. Ich beschränke mich darauf, kurz die Gründe zusammenzufassen, die die Meinung der Baukommission bestimmt haben. Wir sind der Meinung, daß nachgewiesen ist, daß eine Erweiterung des Lichtwerkes an und für sich notwendig ist, weil uns in Aussicht gestellt ist, daß 1911 weitere Anschlüsse an das Lichtwerk nicht ausgeführt werden können, wenn wir jetzt die Erweiterung ablehnen. Bei der Prüfung der beiden Projekte sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß bei beiden nicht etwa eine übermäßig ungleiche Verteilung von Licht und Schatten stattgefunden hat, ferner daß die Nachteile bei der Erweiterung des Lichtwerkes auf der Wilhelmstraße nicht schwer ins Gewicht fallen gegenüber den Nachteilen, die die Errichtung eines gesonderten Werkes hervorrufen würden. Wir können also nur empfehlen, der Erweiterung des vorhandenen Werkes zuzustimmen. Die Einwilligung müßte, wie auch Herr Dr. *Wolters* schon hervorgehoben hat, an die Bedingung geknüpft werden, daß die Kosten den Betrag von 500 000 *M* nicht überschreiten. Auf eine Verlängerung der Konzessionsdauer können wir uns nicht einlassen. Was die Erschütterungsfrage betrifft, so sind wir darüber hinweggegangen, weil wir annehmen, die Erschütterungen werden nicht größer, da Turbodynamomaschinen in Anwendung kommen werden. — Hinzufügen möchte ich, daß die Baukommission ihren Beschluß mit 6 gegen eine Stimme gefaßt hat.

*Vorsitzender*: Wenn wir zusammenfassen, was die beiden Kommissionen vorschlagen, so ergibt sich: Die Stadtverordneten äußern sich gutachtlich dahin: Sie halten eine Erweiterung des Lichtwerkes für nötig, sie stimmen zu, daß diese Erweiterung auf dem Terrain an der Wilhelmstraße ausgeführt wird, unter der Bedingung, daß die Kosten der geforderten Erweiterung 500 000 *M* nicht überschreiten.

Herr *Kieße*: Ich kann mich trotz des Referats keineswegs damit einverstanden erklären, daß wir zu diesem großen qualmenden Schornstein auf der

Wilhelmstraße noch einen zweiten nebenbei setzen. Wenn Sie auch sagen, das Elektrizitätswerk sei keine industrielle Anlage, es liege im städtischen Interesse, daß es im Zentrum der Stadt sich befinde, und die Erweiterung hier koste weniger. Immerhin bin ich überzeugt, es soll eine große Menge Kohlen hier verbrannt werden, das gibt Rauch, und ob die aufgestellte Rechnung nachher stimmt, das muß sich erst ergeben. Unser Pflaster leidet auch bei der Anfuhr. Ich halte es für viel richtiger, wenn ein solches Werk an der Bahn liegt und Gleisanschluß hat. Die Pumpstation ist nach meinem Erachten vollständig dafür geeignet. Ich bin geneigt, anzunehmen, daß die Stadt im Dunkel läge, wenn ein Brand auf dem einzigen elektrischen Lichtwerke stattfände. Um schöner Augen willen baut die Gesellschaft nicht, sondern um ein großes Kapital aus Braunschweig herauszuziehen. Sie wird schon wissen, wie sie auch bei dem Werke auf der Pumpstation zu ihrem Vorteil kommt. Wie es sich nachher mit der Entschädigung für die Erschütterungen stellen wird, bleibt abzuwarten. Ich bin fest überzeugt, daß die Erweiterung dort keineswegs etwas Angenehmes für die Umgebung ist. Es wird auch noch weiter vergrößert werden, dann haben wir den ganzen Stadtteil mit Braunkohlenqualm angefüllt, und wenn man gesehen hat, wie sich zeitweilig die Fensterladen bewegen, wenn das Werk im Betriebe ist, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß die Anwohner mit Klagen drohen. — Aus allen diesen Gründen bin ich gegen die Erweiterung an dieser Stelle.

Herr Henking: Bezüglich der Rauchbelästigung, die der Vorredner zur Sprache gebracht hat, möchte ich bemerken: Wenn die Anlage schlecht gemacht wird, dann hat allerdings Herr Riefe recht, wenn man aber nach modernen Grundsätzen die Heizanlagen baut, so ist selbstverständlich eine Rauchverbrennung notwendig, und man würde die Direktion für deren richtiges Funktionieren verantwortlich zu machen haben. Nach dieser Richtung hin werden uns also kaum Klagen zu Ohren kommen, denn die Heiztechnik hat große Fortschritte gemacht. Viel mehr leiden wir unter der Rauchbelästigung durch Bäckereien und den Hausbrand. Nichtsdestoweniger muß ich bedauern, daß die Herren in der Kommission zu dem mitgeteilten Ergebnis gekommen sind. Es wäre mir auch lieber, wenn derartige Anlagen nach der Peripherie der Stadt hinausgeschoben würden.

Herr Löffel: Ich gehöre auch zu denen, die in der Finanzkommission sich gegen die Erweiterung des alten Werkes ausgesprochen haben. Herr Riefe hat mit seiner Meinung vollständig recht. Ich stehe auch auf dem Standpunkte, daß man solche Industriefachen draußen hin bringen soll. Jedoch muß man be-

denken: Die Stadt selbst hat Interesse daran, daß das Lichtwerk in der Stadt bleibt. Ein Lichtwerk soll man anders beurteilen, als ein anderes Etablissement. Ich bescheide mich mit schwerem Herzen, doch ich sage mir: Wir haben das Lichtwerk damals genehmigt, und nach den Ausführungen des Referenten wird es auf lange Jahre genügen. Wir würden dieses Lichtwerk auch nicht zum alten Eisen werfen, wenn wir das Vergrößerungswerk nach der anderen Stelle legten. Was für mich der Hauptpunkt ist, dem Kommissionsvorschlage zuzustimmen, liegt darin, daß uns die Schäden, die durch Stoßen der Maschine verursacht werden, nicht belasten, sondern das muß das Werk selbst abmachen, wenn Klagen kommen. Die Maschine muß so fundiert werden, daß Erschütterungen nicht vorkommen, das muß Sache des Lichtwerks sein. Mit Freuden würde ich es begrüßen, wenn das Etablissement recht bald in die Hände der Stadt überginge.

Herr Meyerhoff: Ich gehöre zu denjenigen, die schon in der ersten Beratung der Vorlage dafür stimmten, daß das Werk an dem alten Plage vergrößert würde. Es ist so eingetroffen, wie ich damals sagte. Es wird fast eine Unmöglichkeit sein, ein anderes Werk draußen zu errichten, es wird scheitern an der Kostenfrage. Herr Rieße sagt von Rauchbelästigung. Wenn Sie den Schornsteinkopf der jetzigen Anlage ansehen, so bemerken Sie kaum, daß er schwarz ist, trotzdem Braunkohlen gebrannt werden. Es liegt an der Feuerungsanlage, sie ermöglicht Belästigungen zu vermeiden. Soweit mir bekannt ist, liegt in Hannover das Lichtwerk unmittelbar in der Nähe der Markthalle. Dort werden Deisterkohlen gebrannt, die eine viel stärkere Rauchbelästigung verursachen. Dabei ist das Elektrizitätswerk dort städtisch. In Hamburg liegt es auf dem Bleichen, nicht weit vom Rathause usw. Für ein solches Werk kommt gerade die zentrale Lage in Frage, um Strom aus dem Zentrum ohne große Verluste ausführen zu können. Aus dem Drehstromwerk verspreche ich mir im Betriebe keine Vorteile. Nur auf 3 Monate ist das Hilfswerk nötig, und dafür ein isoliertes, großes Werk zu errichten, vor solchen Streichen sollten wir uns hüten. Dagegen, die Konzessionsdauer zu verlängern, müssen wir entschieden Front machen. Wir haben genug getan mit der jetzigen Konzession, aber darüber hinauszugehen und uns mit 500 000 M mehr zu belasten, davor möchte ich warnen. Ich bitte, den Referenten zuzustimmen, wir handeln damit diesmal tatsächlich zum Wohle unserer Mitbürger.

Herr Frick: Ich möchte mich auch für den Antrag der beiden Kommissionen aussprechen. Ich hatte Gelegenheit in der Nachbarschaft des Lichtwerkes nach der Promenadenstraße hin zu beobachten, ob es belästigend wirkt, und muß

sagen, daß das gar nicht der Fall ist. Der Besitzer eines Parkes in der Gegend hat auf meine diesbezügliche Frage geantwortet: „Niemals! Es ist auffallend, daß ein so großes Werk mit so wenig Geräusch und Unruhe arbeitet.“ Wenn wir für die Hälfte haben können, was denselben Ansprüchen gerecht wird, so weiß ich nicht, wie wir dazu kommen sollten, das Werk vor die Stadt zu legen. Bei einem Maschinenwerk und einer Brauerei liegt die Sache ganz anders. Ich bitte Sie, den Kommissionsantrag anzunehmen.

Herr Sander: Ich war vor der heutigen Verhandlung anderer Meinung, aber nach dem ausführlichen Referat des Herrn Wolters bin ich auch zu der Ueberzeugung gekommen, daß es richtig ist, das Werk dort zu erweitern, wo es steht. Wenn nun Herr Rieke die Rauchbelästigung fürchtet, so bin ich der Meinung, wir werden bei der Anlage in der Pumpstation viel mehr Rauchbelästigung für die Stadt hervorbringen, als bei dieser Erweiterung, denn bei dem während dreier Viertel des Jahres herrschenden Westwinde und den hohen Schornsteinen, wird Rauch und Ruß von draußen mehr in die Mitte der Stadt hineingetrieben werden. Wenn es zulässig ist, möchte ich bei der Gelegenheit eine Frage an den Herrn Major richten: Würden bei der Erteilung der Genehmigung zur Vergrößerung die Sperrstunden fallen, die ungeheuer lästig bei der Industrie empfunden werden?

Vorsitzender: Ich halte es nicht für richtig, wenn wir das zufällige Hiersein des Direktors des Werkes zu Anfragen an ihn benutzen. Ebenso wie ein Stadtverordneter zu ihn betreffenden Sachen nicht sprechen und stimmen kann, ebenso möchte ich bitten, den als Stadtverordneten anwesenden Direktor der Straßenbahn nicht persönlich zu befragen. Wenn der Herr Referent Auskunft geben kann, so wäre eine Beantwortung möglich. Das wird wohl aber nicht der Fall sein.

Herr Wolters: Vielleicht ist es angebracht, um die aufgetauchten Bedenken wegen der Rauchbelästigung zu zerstreuen, hinzuzufügen, daß der neue Schornstein bedeutend höher werden soll als der alte, so daß von Rauchbelästigung nach heutigen Erfahrungen der Technik keine Rede sein kann. Wenn etwaige Rauchbelästigungen heute vorhanden sein sollten, so ist zu hoffen, daß sie mit der Inbetriebsetzung des neuen Schornsteins überhaupt verschwinden.

Bei der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit der Versammlung für den Vorschlag der beiden Kommissionen.

## VII. Um- und Erweiterungsbauten in der Bürgerschule an der Wilhelmstraße.

Herr Fr ü h l i n g: In der Sitzung vom 21. April haben Sie den Erweiterungs- und Umbauten in der Bürgerschule an der Wilhelmstraße zugestimmt mit der Maßgabe, daß bei der Ausarbeitung des definitiven Projekts die Aenderungen, die auf Vorschlag der Baukommission und mit Zustimmung der Bauverwaltung Ihnen hier vorgetragen waren, zugrundegelegt werden sollten. Diesem Beschlusse entsprechend liegt das ausgearbeitete Projekt vor. Irgendwelche Aenderungen sind darin nicht vorgenommen. Ich kann mich deshalb wohl auf die Darlegungen in der früheren Sitzung beziehen. Die Pläne sind ausgehängt und auch dargestellt, wie die Fassade gedacht ist. Nur eine kleine Aenderung ist vorgekommen, insofern, als für die Schulküche im Souterrain des Neubaus, um eine bessere Beleuchtung zu erreichen, ein Lichtschacht angeordnet ist. Die Turnhalle bekommt drei neue Fenster, der Eingang zu ihr wird verlegt. Was die Kosten betrifft, so wurde gleich damals darauf hingewiesen, daß sie durch die Beschlüsse, die die Versammlung gefaßt hat, steigen würden. Es waren zuerst 120 000 *M* veranschlagt. Die Steigerung ist in mäßigem Umfange eingetreten. Die Baukosten werden insgesamt betragen 135 700 *M*. Hinzukommt für Ausrüstung von vier neuen Klassen 10 000 *M*, so daß im ganzen 145 700 *M* zu bewilligen sein werden. Der Magistrat stellt der Versammlung anheim, der Ausführung der fraglichen Bauarbeiten zuzustimmen, die Beschaffung der Einrichtungsgegenstände zu genehmigen, und die Gesamtkosten zu Lasten des Ausgleichsfonds zu bewilligen. Die Baukommission empfiehlt Ihnen dies.

Die Vorlage wird angenommen.

## VIII. Anschluß der Gemeinde Gliesmarode an das städtische Kanalnetz.

Die Herzogliche Kreisdirektion hält eine ordnungsmäßige Entwässerung derjenigen Grundstücke in Gliesmarode, die an das städtische Wasserrohrnetz angeschlossen sind, für erforderlich und wünscht Auskunft darüber zu erhalten, ob und eventuell unter welchen Bedingungen der Anschluß an das städtische Kanalnetz zugestanden wird.

Nachdem der Gemeinde Gliesmarode Anschluß an das städtische Gasrohrnetz und an das städtische Wasserrohrnetz zugestanden ist, würde durch Aufnahme der Abwässer in das städtische Kanalnetz die Nachbargemeinde der wesentlichsten Vorzüge teilhaftig werden, die die Einwohner unserer Stadt vor denen der umliegenden Dorfgemeinden voraus haben, und die sich auf Ein-



richtungen gründen, für die unsere Stadt sehr erhebliche Aufwendungen hat machen müssen. Es kann der Gemeinde Gliesmarode nicht verdacht werden, daß sie diesen Anschluß zu erlangen sucht, der Magistrat weist aber auf die Bedenken hin, die dem erbetenen Zugeständnisse entgegenstehen.

Es unterliegt zunächst keinem Zweifel, daß dadurch die Eingemeindung erschwert wird. Diese zu betreiben, liegt zwar für die Stadt kein Anlaß vor, aber wie anderwärts, so wird auch hier die Eingemeindung nur eine Frage der Zeit sein, und wenn ihre Durchführung dereinst auch aus Rücksicht auf die Interessen der Stadt als wünschenswert erscheinen und gefordert werden sollte, so kann es für die Stadt naturgemäß nicht vorteilhaft sein, wenn sie die Vorzüge und Unnehmlichkeiten, die der Regel nach erst durch die Eingemeindung der benachbarten Dorfgemeinde zuteil werden, dieser schon vorher zugestanden hat.

Daneben aber ist auch zu berücksichtigen, daß die Stadt keinen Anlaß hat, den hiesigen Einwohnern das Wohnen in den umliegenden Dörfern dadurch zu erleichtern, daß sie ihrerseits das Wachstum dieser Gemeinde fördert. Es werden dadurch nicht nur unserer Stadt Steuern entzogen, sondern auch die wirtschaftlichen Interessen der hiesigen Einwohner in verschiedenen Richtungen beeinträchtigt.

Die Herzogliche Kreisdirektion hat nun zwar geltend gemacht, daß die Einwohner von Gliesmarode für das ihnen von hier gelieferte Trinkwasser 20  $\text{§}$  — statt des hier geltenden Preises von  $12\frac{1}{2}$   $\text{§}$  — pro cbm zahlen müßten, und sie hat unter Hinweis darauf, daß die Gemeinde Gliesmarode diese Belastung lediglich infolge der Wirkungen des Betriebes des städtischen Wasserwerks erwachsen sei, der Erwartung Ausdruck gegeben, daß nunmehr für den Anschluß an das Kanalnetz tunlichst humane Bedingungen gestellt werden würden. Demgegenüber weist der Stadtmagistrat darauf hin, daß die Stadt durch die Erbauung und den Betrieb ihres innerhalb des städtischen Gebietes liegenden Wasserwerkes niemandes Rechte verletzt, und daß die städtischen Behörden pflichtwidrig gehandelt haben würden, wenn sie nicht alles versucht hätten, um der hiesigen Einwohnerschaft brauchbares Trinkwasser so billig wie möglich zu liefern. Wenn gleichwohl die städtischen Behörden sich dazu verstanden haben, aus Billigkeitsgründen das im Stadtgebiete gewonnene Wasser auch den Einwohnern von Gliesmarode zu einem immer noch mäßigen Preise zu überlassen, so kann das kein Grund sein, von der Stadt noch weitere Zugeständnisse zu fordern.

Zu einem Entgegenkommen, wie es Herzogliche Kreisdirektion fordert, liegt nach Ansicht des Magistrats für die Stadt kein Anlaß vor.

Anderes liegt die Frage, ob die Stadt den Anschluß überhaupt verweigern soll. Die hier in früheren Zeiten gemachte Erfahrung hat gelehrt, daß die Ver-

forgung der Hausgrundstücke mit Leitungswasser regelmäßig zu argen Unzulänglichkeiten führt, wenn nicht gleichzeitig eine ordnungsmäßige Entwässerung ermöglicht wird. Die Einleitung der Schmutzwässer in die öffentlichen Flußläufe ist nicht zulässig, und Sickergruben und ähnliche Einrichtungen haben erfahrungsgemäß eine bedenkliche Verschlechterung der Beschaffenheit des Untergrundes im Gefolge. Es besteht deshalb die Gefahr, daß durch die fehlende ordnungsmäßige Entwässerung die Entstehung von Krankheiten gefördert wird; und daß die gesundheitlichen Verhältnisse der hiesigen Stadt gefährdet werden, wenn in ihrer unmittelbaren Nähe Seuchenherde sich bilden sollten, unterliegt keinem Zweifel.

Der Magistrat hat sich hiernach entschlossen, der Aufnahme der Abwässer aus Gliesmarode in das städtische Kanalnetz zuzustimmen, hält aber die Aufnahme auch des Himmelwassers weder für tunlich noch für erforderlich und kann auch aus den oben angegebenen Bedenken den Abschluß eines entsprechenden Vertrages nur auf eine bestimmte Reihe von Jahre zugestehen. Die Frist wird dabei so zu bemessen sein, daß der Gemeinde Gliesmarode eine angemessene Amortisation der von ihr aufzuwendenden Anlagekosten ermöglicht wird. Dazu dürfte ein Zeitraum von 25 Jahren genügen.

Eine im einzelnen ausgeführte, den Stadtverordneten zugegangene Berechnung ergibt, daß als Entschädigung für den Anschluß ein Einheitsatz von 2,50 *M* für den Kopf der Einwohnerschaft von Gliesmarode als angemessener Betrag zu fordern sein würde.

Der Stadtmagistrat gibt hiernach anheim, der Aufnahme der durch Niederschläge nicht verdünnten Abwässer der Gemeinde Gliesmarode in das städtische Kanalnetz auf die Dauer von 25 Jahren unter der Bedingung zustimmen zu wollen, daß vorbehaltlich der Heranziehung gewerblicher Unternehmungen zur Leistung besonderer Beiträge die Gemeinde Gliesmarode alljährlich an die hiesige Stadt eine Vergütung von 2,50 *M* pro Kopf der Einwohnerschaft der genannten Dorfgemeinde zahlt.

Herr *Leue* erstattet namens der Finanzkommission Bericht über die Vorlage, betont, daß sich nach Ansicht der genannten Kommission der Magistrat mit Recht dagegen verwahrt habe, als ob eine gewisse Verpflichtung der Stadt für den Kanalan Anschluß der Gemeinde Gliesmarode bestände, und empfiehlt im Auftrage der Kommission sowohl den Anschluß wie auch Annahme des vorgeschlagenen Einheitsatzes, jedoch mit der Bedingung, daß der Vertrag nur auf 25 Jahre abgeschlossen wird.

Herr *Frede*: Die Ausführungen, welche der Magistrat im ersten Teile seiner Vorlage macht, sind so einleuchtend und schwerwiegend, daß ich nicht im-

flande bin, für die Vorlage des Magistrats zu stimmen. Der Grund, welcher den Magistrat veranlaßt, nicht die Konsequenzen seiner ersten Ausführungen zu ziehen, ist der, daß hier die gesundheitlichen Bedenken aufgerollt werden. Es steht in der Schrift des Magistrats: (Redner verliest Absatz 7.) Daß die Versorgung des Ortes Glesmarode mit Leitungswasser hygienische Bedenken erzeugen soll, ist mir, offen gestanden, unklar. Als der Ort nur Brunnen hatte, da konnte man vielleicht sagen, daß das Brunnenwasser durch die Dunggruben und Abwässer schlecht wurde, wie das ja auch im Mittelalter in der Stadt der Fall war. Auf den Dörfern wird doch allgemein das Wasser den Brunnen entnommen, und es treten keine Seuchen ein, der Aufenthalt auf dem Lande wird dem in der Stadt doch als hygienisch überlegen gehalten. Jetzt hört man davon, daß die Verhältnisse dort im Dorfe besonders schlecht in gesundheitlicher Beziehung sind. Das Leitungswasser dort kann doch nicht verschlechtert werden durch Dunggruben. Ich kann wirklich keinen Zusammenhang konstatieren dahin, daß das Leitungswasser die hygienischen Verhältnisse in Glesmarode verschlechtert habe. Der Grund ist für mich bei weitem nicht so wichtig, daß er die Bedenken, die in den ersten Ausführungen des Magistrats mit Recht geltend gemacht werden, hinwegschaffen könnte. Wie sollten wir dazu kommen, eine Nachbargemeinde mit all den Vorzügen auszustatten, die für uns als Großstadt ins Gewicht fallen und einen Hauptanziehungspunkt bilden. Sie haben in Glesmarode Wasserleitung und Gas, sie haben die Elektrische vor der Tür, der Grund und Boden ist sehr billig dort, das wird Veranlassung sein, daß eine größere Kolonisation sich breit machen wird, und gerade von wohlhabenden Elementen. Wir müssen diese Leute entbehren und haben keine Veranlassung, das zu befördern. Ein Steuerausfall ist es nicht allein, sondern auch ein Ausfall bei den Geschäften. Auch werden Wohnungen leer stehen, das Interesse der Hausbesitzer würde gefährdet. Wenn Glesmarode schon eingemeindet wäre, dann läge die Sache anders. Ich bin am vergangenen Sonntag in Glesmarode gewesen und habe mich von dem Terrain überzeugt. Im sog. Himmelreich kommt das Quadratmeter auf 6 *M* zu stehen. Die älteren Braunschweiger werden sich erinnern, daß dort der Morgen mit 50 bis 100 *M* zu haben war, jetzt kostet er 10 000 bis 15 000 *M*. Das ist eine horrende Erhöhung des Preises für Grund und Boden, da würde die Wertzuwachssteuer angebracht sein. Auch ein Grund für die Eingemeindung! (Zuruf: Die Hausbesitzer sind ja Gegner der Zuwachssteuer!) Wir wenden uns gegen die Wertzuwachssteuer bei Gebäuden, aber nicht bei Grund und Boden.

Ich glaube, die Bedenken gegen den Kanalan Anschluß sind so groß, daß man nicht verantworten kann, dafür zu stimmen.

Herr F r i e d e: Mich bestimmen zwei Gründe gegen die Vorlage. Erstens sehe ich durchaus nicht, daß die Stadt dadurch Vorteil hat, im Gegenteil, wie der Vorredner schon angedeutet hat, es werden besser situierte Leute nach Gliesmarode verziehen, und ihre Steuerkraft wird der Stadt entzogen. Der zweite Grund ist die hygienische Seite. Wir haben in der Nähe von Braunschweig so viele Vororte ohne Wasserleitung und ohne Kanalisation, wie Delper, Rautheim usw. Wenn eine Gefahr bei dem kleinen Gliesmarode vorliegt, dann wären wir ringsherum eingeschlossen von lauter Gefahren. Ich kann mir unmöglich denken, daß die gesundheitlichen Gefahren wirklich so groß wären. Ich habe noch nie gehört, daß in Gliesmarode eine Epidemie ausgebrochen wäre, und wenn es einmal geschehen sollte, dann sind die paar Leute bald untergebracht. Ich kann mich nicht dazu verstehen, Gliesmarode, das sich sonst nie einverleiben lassen würde, schon jetzt die städtischen Vorteile zu geben. Delper würde vielleicht auch schnell den Anschluß haben wollen. Dann sind wir immer die Dummen. Lassen Sie uns die Vorlage ablehnen. — Dem Magistrat kann ich seine Stellungnahme nicht verdenken; er ist verpflichtet, uns auch die Rehrseite vorzuführen. Für den Fall, daß einmal eine Seuche dort auftritt, hat er sich den Rücken freigehalten.

Herr M ö h l e: Nach dem Referate sowohl, wie von den beiden Herren Vorrednern sind die Schattenseiten des Anschlusses hinlänglich geschildert. Ich möchte nur sagen: Ich habe bei Durchsicht der Vorlage das Gefühl gehabt, als ob der Stadtmagistrat selbst nicht gern an die Sache herangegangen wäre (Sehr richtig!), als ob er nur der Not gehorchend gehandelt habe. Die Wohlthöbliche Kreisdirektion hat sich erlaubt, einen Fühler auszustrecken und der Magistrat ist dem gefolgt. — Es sollen hier dem Nachbarorte Annehmlichkeiten geschaffen werden und der Stadt zugleich Konkurrenz. Ob nun jetzt gerade uns viel daran gelegen sein kann, die Eingemeindung vorzunehmen, das will ich dahingestellt sein lassen. Aber daß diese einmal kommen muß, ist ohne Zweifel, und wenn eine derartige Annehmlichkeit wie der Anschluß an die Kanalisation schon vorher geschaffen worden ist, dann wird Gliesmarode sich später mit Händen und beiden Füßen gegen die Eingemeindung wehren. Wir haben dann absolut keine Machtmittel mehr. Ich bitte Sie, uns wenigstens diese eine Waffe gegenüber diesem Orte zu erhalten.

Herr R i e f e: Nachdem ich die Vorlage gelesen hatte, war ich nicht gerade zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Magistrat widerwillig darangegangen ist, den Anschluß zu empfehlen. Was wir bisher hier gehört haben, ist die Angst der Grundbesitzer, daß alle vermögenden Leute nach Gliesmarode ziehen. Solche

Angst habe ich nicht. Wer sich das „Himmelreich“ ordentlich ansieht, der wird zu der Ueberzeugung kommen, daß dies gerade der gefährlichste Teil ist für die Entstehung einer Seuche, wenn da nicht rechtzeitig Vorsorge durch genügende Kanalisation getroffen wird. Darin hat der Magistrat vollständig recht. Das einzige Bedenken, welches ich dagegen habe, ist die Frage, ob unsere Kanäle bei dem geringen Gefälle die Abwässer von Gliesmarode noch aufnehmen können. Das Gefälle von Eisenbüttel nach der Pumpstation beträgt 2,5 m und muß sich auf die ganze Stadt verteilen. Ob unser Kanalisationssystem so funktioniert, wie es müßte, ist stark zu bezweifeln. Wenn man verschiedene Kanäle vor den Toren inspiziert und die Gerüche, die ihnen entsteigen, wahrnimmt, dann kommt man zu der Anschauung, daß da etwas geschehen muß. Aus diesem Grunde sind Bedenken vorhanden. Sie könnten aber dadurch beseitigt werden, daß vom Himmelreiche ab durch den Längen Ramp und die Nebenstraße ein großer Kanal gebaut wird. Dann wäre Gliesmarode geholfen. Es erhält Wasser und Gas von uns, und wenn Gliesmarode oder die Kreisdirektion Ansprüche wegen der Kanalisation machen, so ist das nur richtig. Wäre das Umgekehrte der Fall, so würde die Kreisdirektion ihre Schuldigkeit nicht tun, denn eine Gefahr ist doch hier viel leichter möglich als in Delfer oder in Rautheim. Da hat man mit andern Verhältnissen zu rechnen. Wer den Graben angesehen hat, der am „Himmelreich“ entlang fließt, und die Bauten, die lassen nicht auf Solidität schließen, ebenfalls auch nicht die angelegten Schmutzgruben. Darüber sind wir uns klar, wie das gemacht wird und was da abgefahren wird. Ich könnte der Vorlage nur zustimmen, indem ich mich auf die Zweckmäßigkeit berufe. Wir brauchen uns keine grauen Haare wachsen zu lassen darüber, ob einige geschädigt werden, wenn einige Leute hinausziehen. Das geschieht so wie so. Ich könnte der Sache nur zustimmen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Herr Möhle hat recht, wenn er sagt, das Gefühl hätte ihn zu der Ueberzeugung geleitet, daß der Magistrat nicht gern an die Vorlage herangegangen wäre. Ich glaube, das geht schon ohne weiteres aus der Vorlage hervor, denn mehr Gründe, die dagegen sprechen, konnte der Magistrat nicht gut anführen. Schließlich aber hat die Rücksicht auf die gesundheitlichen Zustände den Ausschlag gegeben. — Nun hat mich, offen gestanden, eins recht gewundert: daß Herr Frede der Ansicht Ausdruck gibt, als wollte der Magistrat das Leitungswasser der Stadt Braunschweig schlecht machen und sagen, das Leitungswasser in Braunschweig wäre schlechter als das Brunnenwasser in Gliesmarode. Der Magistrat ist noch immer von der Vorzüglichkeit des Braunschweiger Leitungswassers überzeugt. Aber das müßte Herr Frede doch auch wissen, das ist notorisch, daß, sobald die Wasserleitung in Grundstücke hinein-

geführt wird, der Wasserkonsum kolossal steigt. Das haben wir hier erfahren bei den Grundstücken an der Roßstraße. Das waren geradezu entsetzliche Zustände geworden, weil die Wasserleitung früher gelegt war, als man die Kanalisation ausgeführt hatte. Später hat man den Grundsatz aufgestellt, die Einführung der Wasserleitung von dem Anschluß an das Kanalnetz abhängig zu machen. Es ist ganz unzweifelhaft, daß bei starkem Wasserverbrauch die Unterbringung des Schmutzwassers im höchsten Grade erschwert wird, auch wenn die Leute Sickergruben anlegen und abfahren wollen. Wohin sollen denn die Leute ihr Wasser abfahren, wenn die Felder bestellt sind? Was ist die Folge davon? Das Wasser läuft — vielleicht mit Duldung der Behörden oder ohne diese in der Nacht — in die öffentlichen Flußläufe hinein, und ob nicht unser Wasserkwerk durch die Abwässer von Gliesmarode auch beeinträchtigt wird, will ich dahingestellt sein lassen. Jedenfalls sind die Verhältnisse auf dem Dorfe, wo in der Regel jedes Haus nur von einer Familie bewohnt wird und der Wasserverbrauch im einzelnen Hause verhältnismäßig klein ist, ganz anders, als wenn, wie im „Himmelreich“ große Mietskasernen gebaut werden, wo dann die Beseitigung des Wassers aus gesundheitlichen Rücksichten ein Gebot der Notwendigkeit wird. Man sollte solche Häuser in einer Gemeinde wie Gliesmarode überhaupt nicht zulassen, wenn keine genügende Entwässerung da ist. (Sehr richtig!) Nun, meine Herren, die Verhältnisse liegen einmal so, und wenn es uns auch durchaus fern liegt, die Interessen Gliesmarodes zu vertreten, so sind wir doch zu der Ueberzeugung gekommen: Es liegt die Zulassung der Kanalisierung im Interesse Braunschweigs.

Herr Möhle hat gesagt, er habe noch weiter das Gefühl gehabt, der Magistrat habe sich durch die Kreisdirektion beeinflussen lassen. Wir stehen mit unserer vorgesetzten Behörde sehr gut, aber daß wir uns durch sie beeinflussen lassen sollten in der Richtung, daß wir die Interessen der Stadt schädigen, das würde der Magistrat ablehnen.

Herrn Riese möchte ich noch erwidern, daß nach Angabe des Sachverständigen der städtischen Bauverwaltung die Aufnahme der bezeichneten Abwässer in den Kanal unbedenklich ist, zumal wir ja an dem Punkte an der Grenze des bebauten Gebiets angekommen sind. Eine wesentliche Erweiterung der Stadt wird hier nicht in Frage kommen. Der große Kanal muß allerdings angelegt werden, sobald auf beiden Seiten eine weitere Aufschließung von Bau terrain erfolgen sollte. Er ist schon projektiert und kostet gewaltiges Geld. Ehe er nicht unbedingt nötig ist, werden wir uns nicht dazu verstehen, den Kanal zu bauen; jedenfalls wegen Aufnahme der Abwässer von Gliesmarode ist er nicht nötig.

Wie Sie sich zu der Sache stellen, muß jeder mit seiner Ueberzeugung ausmachen. Wer nicht zu der Ansicht kommt, daß der Anschluß aus gesundheitlichen

Rücksichten, und zwar im Interesse der Stadt, wünschenswert ist, dem kann es der Magistrat nicht verdenken, wenn er die Vorlage ablehnt. Wir sind zu der Ansicht gekommen, daß es möglich und gut ist, auf die Sache einzugehen, um der Entstehung von Seuchen in unmittelbarer Nähe der Stadt vorzubeugen.

Herr B u e s: Ich habe das Gefühl gehabt, die Kreisdirektion wolle ihre Dorfbewohner nur in gutes Licht stellen. Weshalb hat die Kreisdirektion nicht Einsprache erhoben, als die Wasserleitung nach Gliesmarode gelegt wurde? Konnte sie nicht gleich sagen, daß dies auch den Anschluß des Ortes an das städtische Kanalnetz zur Folge haben würde? Wenn dieser Punkt hervorgehoben wäre, dann wäre damals die Abstimmung eine andere gewesen. Bei der Erbauung des neuen Wasserwerks sagte uns die Kreisdirektion: „Ihr müßt Rünningen Wasser geben für den Fall, daß dort das Wasser versagt.“ Riddagshausen hat genau ausgerechnet: soviel Verlust haben wir an Steuern, soviel müßt ihr bezahlen. Nun sagt die Kreisdirektion: „Ihr müßt auch Gliesmarode in die Kanalisation aufnehmen!“ Ich habe nicht das Gefühl gehabt, daß wir bei der Sache irgendeinen Nutzen haben. Jeder Landbewohner hat Acker und wird seine Jauchegrube nicht an das Kanalnetz anschließen, denn das ist ein wertvoller Artikel; das haben wir sogar auf der Elmstraße gehabt. In Wirklichkeit wird es wenig sein, was durch die Wasserleitung der Grund und Boden schlechter wird. Dafür ist die Luft um soviel gesunder als in der Stadt. Ich möchte sagen, man muß gegen die Vorlage stimmen, wenn man alle Punkte in Betracht zieht.

Herr Henking: Ich möchte als Arzt und Freund der Gesundheitspflege noch einige Worte zu der Vorlage sprechen. Es ist richtig: wenn man Wasser den Grundstücken zuleitet, muß man auch Gelegenheit geben, das Wasser schnell wieder loszuwerden, es besteht sonst entschieden eine Gefahr für die Brunnen. Da der Grundwasserstand in den Dörfern durch unser Wasserwerk tiefergelegt ist, so haben wir wohl dafür zu sorgen, daß sie Wasser erhalten. Ebenso erwächst uns auch die Verpflichtung, das Kanalwasser aufzunehmen, weil die Gefahr besteht, daß die Brunnen infiziert werden. Jeder, der den Gang des Typhus beobachtet hat, wird wissen, daß Grund und Boden durchseucht wird, wenn durch Hausabwässer die Grundstücke verunreinigt werden. Was für einen Einfluß das hat, hat Herr Frede vielleicht übersehen. Im Kreise Gandersheim hat im vorigen Jahre eine sehr häßliche Epidemie mit ca. 100 Krankheitsfällen geherrscht, und eine ganze Anzahl Todesfälle sind dort vorgekommen. Die betreffenden Ortschaften wurden zum Teil eine nach der andern infiziert durch verunreinigtes Wasser. Die Notlage bei Gliesmarode möchte ich konstatieren. — Den Entwurf des Herrn Bues halte ich für richtig: Warum ist die Anlage der

Wasserleitung gestattet und nicht gleichzeitig Kanalisation verlangt? Deswegen stehe ich auf folgendem Standpunkt zugleich im Hinblick darauf, daß wir vielleicht mit Künningen in einigen Jahren dieselbe Geschichte haben werden: Das Richtige wäre, einfach eingemeinden. Man sollte den Vorschlag machen: Wir sind einverstanden, aber ihr müßt zu uns kommen. Für eine Einzeldosis kann ich mich nicht begeistern. Ich werde gegen die Vorlage stimmen, aber dafür sein, wenn die Eingemeindung mit in Vorschlag gebracht würde.

Herr Meyerhoff: Die letzten Worte des Herrn Vorredners haben mich mit einer Bemerkung von ihm ausgesöhnt. Er sagt: Die Notlage möchte ich konstatieren. Wir befinden uns nicht darin und Gliesmarode auch nicht. Das kann nie kommen. Was läge Gliesmarode näher, als durch einen biologischen Apparat selbst seine Abwässer zu klären, denn die Dungstoffe werden sorgfältig aufbewahrt, die bekommen wir doch nicht. Was wir bekommen, ist Seifenwasser. Nun kommt ein zweites hinzu: Ich bin gegen die Vorlage aus dem Grunde, den der Vorredner eben anführte, wegen der Eingemeindung. Gewähren wir heute den Anschluß, dann ist die Eingemeindung für weite Jahre ausgeschlossen. Davor möchte ich die Stadt schützen. Will sich Gliesmarode nicht eingemeinden lassen, dann wollen wir es auch nicht im Kanalneße haben.

Herr Kleinknecht: Die Vorlage steht und fällt damit, ob wir anerkennen, daß wir vom hygienischen Standpunkte die Verpflichtung haben, der Gemeinde Gliesmarode Kanalan Anschluß zu geben. Eine Verpflichtung besteht meines Erachtens nicht, aber wünschenswert ist für Gliesmarode der Anschluß. Ob für uns so notwendig, wie ihn die Vorlage hinstellt, glaube ich nicht, denn es liegt doch etwas entfernt von uns. Ich glaube kaum, daß wir in Mitleiden schaft gezogen würden, wenn dort eine Epidemie ausbräche. Aber hygienische Verhältnisse dicht vor den Toren Braunschweigs zu haben, ist angenehm. Es ist sicher, daß da, wo Wasserleitung ist, mit dem Wasser gequast wird, das ist auch der Reinlichkeit wegen gut. Jedenfalls werden in Gliesmarode die Klosetts nicht mit angeschlossen werden, in der ersten Zeit gewiß nicht, denn wo die Häuser noch verteilt stehen, da ist Garten und Feld, dahin werden die Leute auch die Dungstoffe bringen. Wenn aber in Aussicht steht, daß große Mietshäuser dort gebaut werden, dann kommt der Zeitpunkt, wo die Kanalisation zur Notwendigkeit wird. Daß das in den nächsten Jahren kommen wird, das erfahren wir schon jetzt und werden wir in wenig Jahren auch sehen. Also, wie es jetzt ist, wäre der Anschluß nicht notwendig, aber wie es kommen wird, wird er wohl notwendig werden. Die Nachteile, die wir als Stadt haben, wenn wir eine große Anzahl Bewohner verlieren, sind genügend auseinandergelegt. Ich möchte deshalb auch sagen: Wir wollen den Gliesmarödern gern Anschluß



geben, aber erst über die Eingemeindung Sicherheit haben. Wenn wir ihnen sagen: „Ihr bekommt sofort Kanalananschluß, wenn ihr euch eingemeinden laßt, sonst nicht,“ so wird vielleicht Gliesmarode sagen: „Wir warten noch.“ Aber die Kreisdirection wird vielleicht sagen: „Ihr habt Wasser, aber keinen Kanalananschluß; ihr verseucht Grund und Boden. Die Stadt hat euch das Anerbieten gestellt, deshalb müßt ihr euch eingemeinden lassen.“ Da wird der Druck viel ausmachen. Daß die Eingemeindung jetzt vorteilhafter für uns ist als in 25 Jahren, werden Sie mir alle zustimmen. Jetzt wird sie leicht sein, später schwer werden, und in 20 Jahren werden wahrscheinlich eine große Anzahl steuerkräftiger Leute uns entgangen sein.

Herr M a n n: In der Debatte ist vielfach hervorgehoben, daß die Bautätigkeit in Gliesmarode wohl zunehmen würde, wenn wir die Kanalisation dorthin ausdehnen. Wir würden der Stadt dadurch steuerkräftige Bürger entziehen. Sollte das eintreten, so würde es an unserer verkehrten Politik liegen. Wenn einzelne der Herren ihre freudige Zustimmung ausgesprochen haben zu der Ansicht: Man solle solchen Orten, wo Wasserleitung, aber kein Kanal wäre, nicht gestatten, große Mietkasernen zu errichten, so zeigt das nur, daß sie Angst haben, daß die Bautätigkeit sich vor den Toren ausdehnen könnte. Der Allgemeinheit könnte es nur angenehm sein, wenn dem Bedürfnis nach kleinen Wohnungen Rechnung getragen würde. Sie werden alle davon gehört haben, wie viele Einwohner am 1. Oktober sich wieder geplagt haben, um eine Wohnung zu bekommen. Sie schütteln den Kopf? Am 3. Oktober hatte ich die unangenehme Situation, daß eine Frau, die recht sauber gekleidet war, zu mir kam und mich bat, ob ich ihr keine Wohnung nachweisen wollte. Sie hätte leider 5 Kinder und keiner wolle sie aufnehmen, 5 Kinder wiesen alle zurück. Da werden Sie wohl zugeben müssen, daß tatsächlich eine Not vorliegt. Es wird hier immer bestritten, daß kleine Wohnungen fehlten, es ist aber tatsächlich der Fall. Darum sollten wir mehr Sorge tragen, daß uns Terrain dafür erschlossen würde. Was Gliesmarode betrifft, so schließe ich mich der Ansicht von Kleinfnecht an, daß wir die Gelegenheit benutzen, um Gliesmarode einzugemeinden. Für die Zukunft wird dies zur dringenden Notwendigkeit, und ob wir es dann mit Vorteil tun können, ist eine Frage, die heute nicht beantwortet werden kann. Ich möchte da an die Zustände in Berlin erinnern, obgleich ich weiß, daß wir mit Berlin nicht verglichen werden können. Berlin möchte jetzt jedenfalls gern Millionen hingeben, wenn es seine Vororte eingemeinden könnte, denn viele steuerkräftige Bürger sind herausgezogen. Wir wissen nicht, was Gliesmarode tut. Falls es ein Willenviertel einrichtet, dann ziehen uns allerdings steuerkräftige Leute weg.

Herr F r e d e: Der Herr Oberbürgermeister hat mich wohl mißverstanden, wenn er meint, daß ich das Leitungswasser unserer Stadt habe schlecht machen wollen. Wenn er einen Schaden darin sieht, daß in Gliesmarode ein sehr großer Wasserverbrauch vor sich geht, dann ließe sich wohl ein Weg finden, den Verbrauch einzuschränken. Herr Kollege Henking hat die große Gefahr der Dungsgruben hervorgehoben und mit der möglichen Verseuchung der Brunnen auf dem Lande in Verbindung gesetzt. Das trifft hier nicht zu, denn die Dungsgruben werden nach wie vor bestehen, und in andern Dörfern wird das Wasser den Brunnen entnommen, in Gliesmarode aber nicht. Wenn Herr Ahmann die Hoffnung hat, durch Besiedelung von Gliesmarode eine Vermehrung der kleinen Wohnungen zu erzielen, so befindet er sich auf dem Holzwege. Ich habe am vergangenen Sonntage mit dem Vorsteher in Gliesmarode gesprochen, der recht sanguinische Hoffnungen hegt. Wenn man dem glaubt, dann wird Braunschweig einmal ein Anhängsel von Gliesmarode. Die Gliesmaroder wollen nur wohlhabende Leute dort haben. Sie werden das auch merken aus den Anzeigen in den Blättern: „Ein Villenviertel soll gegründet werden, meldet euch!“ An armen Leuten ist den Gliesmarädern nichts gelegen. Dagegen will ich zugeben: ein Mangel an Wohnungen für kleine Leute besteht in Braunschweig. Nur vermiße ich von Herrn Ahmann Angabe von Maßnahmen, wodurch das zu beheben ist. Uebrigens, so brutal, wie Sie meinen, sind die Hausbesitzer nicht. Darin stimmen wir alle überein, daß die Eingemeindung wünschenswert ist, und zwar vor Beginn der Kanalisation; wir geben sonst alle Gründe aus der Hand.

Herr L ö s c h i g k: Wir haben durchaus nicht nötig, uns den Kopf zu zerbrechen darüber, was die Kreisdirektion mit Gliesmarode machen wird, damit es seine Abwässer los wird. Wenn wir einfach die Vorlage ablehnen und eine Seuche entstehen sollte, so wird die Kreisdirektion schon Gliesmarode herankriegen, daß sie selbst ein Rieselgut anlegt. Wir sind seinerzeit auch dazu aufgefordert. Schlimmer ist das, wovon Herr Ahmann sprach. Ich weiß von meinen Leuten, wie schwer es hält, kleine Wohnungen zu erlangen. Es wäre besser, wenn statt der mittleren kleine Wohnungen gebaut würden, sie würden nie leer stehen. Lassen Sie uns die Vorlage ablehnen und abwarten, was die Kreisdirektion sagt.

Herr M e h e r h o f f: Wenn sich in Gliesmarode schon ein Mißstand durch das Fehlen der Kanalisation gezeigt hat, wer ist denn schuld daran als die Gemeinde Gliesmarode, die geduldet hat, Mietskasernen zu bauen. Dasselbe Bauunternehmertum, das sich bei uns mit dem Bau von Mietskasernen beschäftigt

hat, hat das in Gliesmarode fortgesetzt. Jetzt soll Braunschweig kommen und den groben Fehler bessern helfen. Ich gebe zu, es besteht ein Mangel an kleinen Wohnungen in der Stadt, aber auf dem Wege der Kanalisation von Gliesmarode wird keine Abhilfe geschaffen. Aus den Ausführungen des Herrn Frede geht hervor, der Gemeindevorsteher will ein Villenviertel errichten, aus dem Grunde wird der Wunsch gekommen sein, Anschluß zu erhalten. Nochmals möchte ich bitten, ohne Eingemeindung den Kanalan Anschluß nicht zu beschließen. Wenn Gliesmarode sich helfen will, kann es das selbst. In Harzburg arbeiten sie mit dem biologischen Verfahren ausgezeichnet, auch Wolfenbüttel hat den Weg beschritten. Das wäre für Gliesmarode nicht unerschwinglich; es hat Terrain dazu und das nötige Gefälle ist auch da. Aber die Leute dort meinen: „Der Anschluß an Braunschweig ist ein bequemer Weg, ihr seid dann ebensogut aufgehoben wie in der Stadt.“ Dazu kann ich die Hand nicht bieten. Ich spreche nicht nur als Grundbesitzer, sondern auch im Namen meiner Wähler.

Herr Lü b k e: Ich möchte auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der in der Debatte noch nicht erörtert worden ist. Es wird gesagt: Durch Einführung einer Wasserleitung würden die gesundheitlichen Verhältnisse in Gliesmarode verschlechtert. Ich halte das für einen Irrtum, denn es gibt so viel Dörfer, die Wasserleitung haben und keine Kanalisation besitzen — ich denke da an die Orte mit Quellwasserleitung im Harze, an die artesischen Brunnen im Flachlande — und doch ist mir von gesundheitlichen Schäden dort nichts zu Ohren gekommen, so lange die Leute in dörflichen Verhältnissen leben. Natürlich ist so etwas zu befürchten, wenn städtische Mietskasernen entstehen und Häuser, die keine Gärten mehr haben. Es ist klar, daß dann durch mangelhafte Abfuhr die gesundheitlichen Verhältnisse weniger günstig werden. Dann ist man in der Lage, die Anlage von Mietskasernen zu verbieten. Insofern ist die Stadt Braunschweig weder moralisch, noch sonstwie verpflichtet. Andererseits ist aber der Gesichtspunkt, daß es für Gliesmarode und für Braunschweig vielleicht noch vorteilhafter wäre, wenn Gliesmarode eingemeindet würde, nicht von der Hand zu weisen. Ich möchte deshalb den A n t r a g stellen, daß die Versammlung ihre Meinung dahin kundgibt, daß sie bereit wäre, die Gemeinde Gliesmarode an das Kanalnetz anzuschließen, wenn Gliesmarode sich eingemeinden lassen wolle.

V o r s i t z e n d e r: Vor Annahme eines solchen Antrags gleich heute möchte ich doch warnen. Ich bin persönlich völlig anderer Meinung, daß es nämlich absolut nicht in unserm Interesse liegen kann, Gliesmarode einzugemeinden. Heute gleich im Plenum zu beschließen, Gliesmarode zur Eingemeindung aufzufordern, halte ich für falsch.

Herr Leue: In der Finanzkommission, wo ich das Referat hatte, war ich sofort Gegner der Vorlage, und zwar aus dem Grunde, weil ich die hygienischen Bedenken nicht teilen konnte. Es wurde mir aber erwidert, daß doch namentlich nach Anlage der Wasserleitung eine solche Gefahr vorläge. Dann habe ich auch gleich in der Kommission die Frage der sofortigen Eingemeindung angeschnitten. Darauf wurde magistratsseitig erwidert, daß das doch seine großen Bedenken habe. Ich gebe auch dem Herrn Vorsitzenden recht, es würde nicht richtig sein, ohne weiteres zu beschließen: wir wollen eingemeinden. Dazu sind denn doch weitere Vorbereitungen nötig.

Herr Lübke: Ich sehe ein, daß ich etwas zu rasch vorgegangen bin; es kämen dabei doch wohl noch mancherlei Gesichtspunkte hinzu. In Anbetracht dessen ziehe ich meinen Antrag zurück.

Vorsitzender: Es ist nur ein prinzipieller Beschluß, den wir zu fassen haben. Ich bitte diejenigen Herren, die im Prinzip dafür sind, daß wir die Gemeinde Gliesmarode unter den in der Vorlage angegebenen Bedingungen an das Kanalnetz der Stadt anschließen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Majorität hat sich gegen einen Anschluß der Gemeinde Gliesmarode an das städtische Kanalnetz ausgesprochen.

## IX Stadtseitige Beteiligung an der „Internationalen Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr“.

In der Zeit vom 1. April bis 20. Juni 1911 findet in Berlin die oben bezeichnete Ausstellung statt. Das Herzogl. Staatsministerium hat eine Fläche von 150 qm des Ausstellungsgebäudes gemietet und mit den einzelnen Stadtgemeinden und andern Körperschaften Verhandlungen über die Beschickung eingeleitet. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, werden mittlere und kleinere Städte des Landes, Ortschaften des Harzes und des Wesergebiets von der Gelegenheit zum Teil unter namhaften Opfern Gebrauch machen. Da das Vorgehen des Staatsministeriums darauf abzielt, in Berlin eine Landesausstellung für das Herzogtum zur Anschauung zu bringen, und von einer Teilnahme der Stadt Braunschweig eine Hebung des Fremdenverkehrs und des Zuzugs zu erhoffen ist, so hat sich der Magistrat entschlossen, ein Eingehen auf die Angelegenheit zu empfehlen. Es wird geplant, in 6 Nischen, von denen die mittlere ( $10\frac{1}{2} \times 3$  m) für die Stadt Braunschweig bestimmt ist, Stadt- und Landschaftsbilder in Form von Dioramen darzustellen. Der Maler W. Obronksi in Berlin, der sich vor-

zugsweise mit Ausführung von ähnlichen Dioramen befaßt und auch für Wolfenbüttel und Holzminde die Ausführung bewirken wird, ist bereit, für den Betrag von 2500 *M* ein größeres Mittelbild und zwei kleinere Seitenbilder in Dioramenform herzustellen. Da die Veranstaltung mit ihrem erstrebten Einfluß auf die Hebung des Fremdenverkehrs und den Zuzug für die hiesigen Handwerker und den Kleinhandel von Vorteil sein wird, so schlägt der Magistrat vor, 3000 *M* aus der Umsatzsteuer für die Beschickung der Ausstellung aufzuwenden.

Herr *S a s p e r* berichtet über den Punkt und beantragt namens der Mehrheit der Finanzkommission, die 3000 *M* zu bewilligen, was seitens der Versammlung geschieht.

#### **X. Abänderung der Fluchtlinie und Anordnung eines Vorgartens für eine Teilstrecke der Goslarischenstraße, bezw. der projekt. Straße Nr. 363.**

Die Einfriedigung für die Jakobikirche hat sich hinsichtlich der Stellung zu den Straßengrenzen als unvereinbar mit dem zurzeit gültigen Teil-Ortsbauplan erwiesen. Der Stadtmagistrat ersucht deshalb die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Fluchtlinie der Goslarischenstraße an dem Grundstück der Jakobikirche abgeändert wird und für die nordöstliche Ecke des Kirchengrundstücks nach der Goslarischenstraße zu ein 7,5 m breiter Vorgarten, sowie für die Straße Nr. 363 ein 3 m breiter Vorgarten angeordnet wird.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr *B u s c h* berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

#### **XI. Gewährung eines außerordentlichen Zuschusses an den Männer-Turnverein.**

Der hiesige Männer-Turnverein, dem die städtischen Behörden in Anerkennung seiner gemeinnützigen Tätigkeit eine seit 1903 800 *M* betragende Beihilfe gewähren, hat in einem Gesuche an den Stadtmagistrat darauf hingewiesen, daß im laufenden Jahre wegen beträchtlicher Aufwendungen für die Erneuerung der Defen in seiner Turnhalle trotz aller Sparsamkeit der Voranschlag seiner Vereinskasse mit einem Fehlbetrage von 910 *M* abschließt. Wenn nun auch das Herzogl. Staatsministerium den Verein durch eine außerordentliche Beihilfe von 1000 *M* zur Deckung dieses Fehlbetrags instand gesetzt hat, so treten durch die im November d. J. bevorstehende Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins an diesen neue Forderungen heran, denen er sich bei seiner Stellung in der

Turnerschaft nicht entziehen kann. Es wird beabsichtigt, in einer Festschrift die Geschichte des Vereins darzulegen. Während die übrigen Unkosten durch eine Umlage auf die Mitglieder erhoben werden sollen, ist es der Wunsch des Vorstands, diese Festschrift den Teilnehmern kostenlos zu verabsolgen und dadurch der Turnsache in unserer Stadt nach Möglichkeit zu dienen. Der Magistrat ist der Meinung, daß es sich empfiehlt, dem Männer-Turnverein bei diesem Streben behilflich zu sein, und ersucht die Stadtverordneten, der Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses von 500 *M* aus der Kammereikasse zuzustimmen.

Herr Löschigk berichtet über die Vorlage. Die Finanzkommission gibt Genehmigung anheim.

Der außerordentliche Zuschuß wird bewilligt.

## XII. Erweiterung der Befugnisse einer Deputation.

Nach einem von den städtischen Behörden gefaßten Beschlusse ist der Rieselgutdeputation mit der Leitung und Beaufsichtigung der Verwaltung des Rieselguts auch die Ueberwachung der Pumpstation und der Druckrohrleitung übertragen und dabei bestimmt, daß die unmittelbare Leitung der Abwässpumpstation und die Unterhaltung der Druckrohrleitungen durch einen städtischen Ingenieur bewirkt werden solle. Mit diesen letztgedachten Arbeiten ist der Direktor der Gas- und Wasserwerke betraut. Ihrer Natur nach sind die fraglichen Arbeiten denen der Gas- und Wasserwerke völlig gleich, und es dürfte sich daher nach Ansicht des Magistrats empfehlen, die Beaufsichtigung der Deputation zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke zu übertragen, die nach ihrer Zusammensetzung der Regel nach zur fachmännischen Beurteilung der Einzelfragen, insbesondere der auf die maschinellen Einrichtungen bezüglichen, geeigneter sein wird als die Rieselgutdeputation. Die letztere hat sich daher bisher regelmäßig in bezug auf die Preise beim Einkauf der Kohlen und die Bemessung der Löhne der in der Pumpstation beschäftigten Maschinisten und Arbeiter den diesbezüglichen Beschlüssen der Gas- und Wasserwerksdeputation angeschlossen. In bezug auf Druckrohrleitungen werden Deputationsbeschlüsse selten erforderlich. Die Handhabung der Ventile wird nach wie vor Sache der Gutsverwaltung bleiben müssen und nur die Unterhaltung bezw. etwaige Erweiterungen sollen fortan zur Zuständigkeit der Gas- und Wasserwerksdeputation gehören.

Der Magistrat gibt anheim, die Aufsicht über den Betrieb der Pumpstation und die Unterhaltung der Abwässerdruckleitung der Deputation zur Verwaltung der Gas- und Wasserwerke zu übertragen.

Die Statutenkommission, für die Herr B u e s berichtet, hat beschlossen, die Annahme der Vorlage zu empfehlen.

Herr F r ü h l i n g: Mir ist die Sache insofern nicht ganz klar, als ich nicht erkennen kann, wie denn die Ressortverhältnisse werden sollen. Die Pumpstation gehört doch zur Kanalisation und kann doch nicht den Licht- und Wasserwerken zugelegt werden. Daß Vorteile für Kohlenbeschaffung und Maschinenbeaufsichtigung entstehen, ist richtig. Ich würde es aber für nachteilig halten, wenn der Betrieb der Kanalisation auseinandergerissen wird. Es führt leicht zu Kompetenzstreitigkeiten, wenn zwei verschiedene Herren bestimmen sollen über Kanäle, Maschinen. Ich weiß nicht, ob noch andere Gründe für die Abänderung vorliegen. Wenn die Deputation nicht sachverständig genug ist, dann wählen Sie doch ein Mitglied hinein, das fähig ist, die Sachen zu beurteilen. Worin die Vorteile liegen, kann ich nicht sehen.

Herr J a s p e r: Die Ausführungen des Herrn Berichterstatters scheinen mir insofern bedenklich als er sagt, die Deputation könne doch nicht anders als der sachmännischen Beurteilung des Herrn Direktors feilisch zustimmen. Wenn das richtig wäre, dann brauchten wir die Sache nicht der Deputation zu überweisen. Mir fehlt außerdem die Auskunft, wie sich die Deputation zur Schmälerung ihrer Rechte stellt. Herr Frühling hat ganz mit Recht darauf hingewiesen, daß es ein Armutszeugnis der Deputation wäre, wenn es auf ihren Antrag hin geschehen ist. Der technische Sachbeirat steht doch jeder Deputation zur Verfügung.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e y e r: Was die Ausführungen des Herrn Stadtverordneten Frühling betrifft, so muß ich demgegenüber erklären, daß an der technischen Leitung nicht das geringste geändert werden soll. Es ist auch bisher nicht der Vertreter des Kanalbaus derjenige gewesen, der die Pumpstation und das Druckrohr unter sich hatte, sondern Herr Direktor von Feilich. Ein Kompetenzkonflikt zwischen zwei städtischen Beamten kann also nicht hervorgerufen werden. — Wenn Herr Jasper fragt, ob denn die Deputation gehört wäre, so antworte ich: das hat der Magistrat nicht getan. Ich sollte meinen, daß die städtischen Behörden wohl in der Lage wären, selbst gegen den Willen der Deputation die Verhältnisse zu ändern. Bestimmend war lediglich, daß wir der Ueberzeugung sind, in der Gas- und Wasserdeputation sitzen regelmäßig Herren, die technische Fragen besser beurteilen können als die Mitglieder der Kieselgutdeputation — auch Herr Kiefe möge mir das nicht übelnehmen —. Die letzteren Herren sind doch gewählt, um den Wirtschaftsbetrieb auf dem Kieselgute zu

leiten. Wenn nun für die Pumpstation Kohlen eingekauft oder die Löhne der Maschinisten usw. geregelt werden sollten, dann hat die Kieselgutdeputation wohl formell die Genehmigung zu erteilen gehabt, aber sie hat sich regelmäßig nach den Beschlüssen der Gas- und Wasserwerksdeputation gerichtet, weil die sich fortgesetzt mit dem Ankauf von Kohlen beschäftigt und die Arbeiter auf der Pumpstation mit denen auf dem Kieselgute nicht gut zu vergleichen sind. Da liegt doch nichts näher als zu sagen: Wir überweisen die Sachen der Deputation, der auch Direktor von Feilich als Beirat beigegeben ist. Ich halte es für unbedenklich, der Kieselgutdeputation diesen Teil ihrer Kompetenz zu nehmen.

Herr Fr ü h l i n g: Nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters kann ich noch weniger den Grund der Aenderung einsehen, da nicht einmal eine technische Notwendigkeit vorliegt, die Aenderung vorzunehmen und die verschiedenen Deputationen so gut miteinander gearbeitet haben. Die Pumpstation gehört zum Kieselgut und zur Kanalisation. Lassen Sie es ruhig dabei und legen Sie nicht die Sachen dahin, wo sie nicht hingehören. Wenn Herr Direktor von Feilich zur Verfügung steht, so sind die Herren hinreichend beraten.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Dieser Ansicht muß ich doch widersprechen. Es ist im Interesse der Stadt nicht gut, wenn technische Beamte die Deputation sozusagen beherrschen. Ich habe es immer als einen großen Vorteil gefunden, daß, wenn technische Fragen in Betracht kommen, in den Deputationen technisch geschulte Herren sitzen. Der Kohleneinkauf ist es bei der Pumpstation nicht allein. Es handelt sich demnächst um die Frage: Soll der ganze Betrieb geändert werden? Da möchte ich den Herrn Baurat Fr ü h l i n g fragen, ob es angebracht ist, eine so wichtige Frage lediglich von Herren beurteilen zu lassen, die von maschinellen Einrichtungen sehr wenig verstehen. Ich halte das nicht für gut. Bei den Beratungen kommen häufig Gesichtspunkte heraus, an die der Magistrat gar nicht gedacht hat. Im übrigen irrt sich Herr Fr ü h l i n g, wenn er sagt: „Der Magistrat will die Pumpstation wegreißen von dem Kieselgute.“ Ja, wenn der Zusammenhang da wäre, dann möchte der Herr Baurat diesen Grund anführen können. Wo steht denn aber geschrieben, daß die Pumpstation zum Kieselgut gehört. Es sind zwei vollständig getrennte Betriebe, gesonderte Rechnungsführung, gesonderte Verwaltung. Man soll lediglich fragen: Was ist praktisch? und ich bleibe dabei: praktisch wird es sein, der sachverständigen Deputation diesen Betrieb zu unterstellen.

Herr B u e s: Ich muß auch sagen, als die Vorlage kam, habe ich von vornherein gesagt: So ist's richtig. In unserer Deputation ist kein einziger, der den



Betrieb der Pumpstation beurteilen kann. Wenn wir den Etat feststellen, müssen wir erst fragen: Was hat die andere Deputation für Löhne festgesetzt? Die müssen wir akzeptieren. Eine Sache, die man nicht beherrscht, kann man gern missen.

Herr W o l t e r s: Wie der Herr Berichterstatter, so haben auch die übrigen Mitglieder der Kieseldeputation zugestimmt, daß der Uebergang der Pumpstation in die Hände der Gas- und Wasserverkdeputation vor sich gehe. Der Kieselgutdeputation war, soweit sie mit der Pumpstation zu tun hatte, nicht erst jetzt, sondern schon lange vorher das Wasser abgegraben. Es blieb nur die Beratung des Stats. Die Fragen von Bedeutung, wie Anschaffung von Kohlen und Lohnfragen, sind fast ohne jede Ausnahme ohne Mitwirkung der Kieselgutdeputation entschieden. Wir haben nachher Mitteilung davon erhalten und unsere Zustimmung gegeben. Man muß also anerkennen, daß hiermit nur die Festlegung eines bisher schon lange obwaltenden Verhältnisses stattfindet.

Herr F r ü h l i n g: Der Herr Oberbürgermeister hat mich gefragt, wie ich mir dachte, falls die Betriebsverhältnisse auf der Pumpstation geändert werden müßten, wer darüber bestimmen müßte, ob besser die Gas- oder Kieseldeputation. Selbstverständlich die Kieseldeputation; die Deputation, die sich mit der Führung und Bewirtschaftung des Kieselfeldes beschäftigt hat, muß einen besseren Einblick darin haben als die Deputation der Licht- und Wasserwerke. — Wenn Herr Wolters sagt: Wir haben schon lange nicht mehr in Fragen von Bedeutung bei der Verwaltung der Pumpstation mitgewirkt, so ist das ein Zeichen, daß sich die Deputation seit langem die Verwaltung hat nehmen lassen und sie stillschweigend aus den Händen der Kieseldeputation übergegangen ist in andere. Dann mag die Kieseldeputation doch dafür sorgen, wofür sie eingesetzt ist und sich die Sache nicht entziehen lassen. — Das kann niemand behaupten, daß die Pumpstation zu den Licht- und Wasserwerken gehört.

Die Erweiterung der Befugnisse der Deputation für Licht- und Wasserwerke wird von der Versammlung gutgeheißen.

### XIII. Neuregelung der Befoldungsverhältnisse einiger städtischer Beamten, der Oberlehrer usw.

In der Sitzung vom 23. Juni c. haben die Stadtverordneten genehmigt, daß das Gehalt der städtischen Oberlehrer auf

3400	3 × 700	7900 M
	4 × 600	

festgesetzt und mit Prüfung der Frage, ob und eventuell in welchem Umfange noch andere Gehälter zu erhöhen seien, eine gemischte Deputation, bestehend aus Mitgliedern der städtischen Behörden betraut werde. Die Beschlußfassung der Deputation ging dahin, daß, abgesehen von der Regelung der Oberlehrergehälter,

- a) die Aufbesserung derjenigen Beamten, deren anderweite Besoldung bei der vorjährigen Gehaltsregelung vorbehalten wurde, vorzunehmen sei;
- b) die Gehälter der seminaristisch gebildeten Lehrerinnen und der Fachlehrerinnen ungeachtet der im vorigen Jahre erfolgten Erhöhung anderweit zu ordnen seien, weil die Sätze der im Vorjahre aufgestellten städtischen Gehaltsstaffeln die Gehaltsätze des inzwischen erlassenen Landesgesetzes Nr. 36 vom 21. Juni 1910 zum Teil nicht erreichen;
- c) die Nachzahlung der von der Deputation empfohlenen Gehaltserhöhungen vom 1. April 1910 an zu befürworten; dagegen
- d) weitere Gehaltserhöhungen ungeachtet der inzwischen eingegangenen und der Deputation unterbreiteten bezüglich der Besuche der Schulinspektoren, der pro rectoratu geprüften Lehrer der Oberrealschule und der beiden gehobenen Mädchenschulen sowie der Bürgerschullehrer zurzeit nicht zu empfehlen.

Bestimmend für diesen letzten Beschluß war die Erwägung, daß nach der erst im vorigen Jahre erfolgten Erhöhung der Gehälter um rund 150 000 *M* eine abermalige Gehaltserhöhung nach Verlauf so kurzer Zeit im Hinblick auf die Finanzen der Stadt und die wenig beneidenswerte Lage einer großen Zahl der minderbemittelten Steuerzahler nicht zu verantworten sein würde.

Zur Deckung der insbesondere durch die Erhöhung der Gehälter der Oberlehrer erwachsenden Mehrausgaben erschien der Deputation eine Erhöhung der bei den gehobenen Knabenschulen und bei der städtischen höheren Mädchenschule zur Hebung kommenden Schulgeldsätze in gleicher Weise, wie solche bei den staatlichen Gymnasien vom 1. Oktober c. an Platz greift, angezeigt, und zwar so, daß in den obersten drei Klassen 150 *M*, in den übrigen 136 *M* p. a. festgesetzt werden. Daneben soll das Schulgeld in der städtischen Mädchenschule von 80 auf 90 *M* und der Zuschlag für Ortsfremde von 30 auf 50 *M* erhöht werden. Das Schulgeld beim Seminar (96 *M*) soll dagegen unverändert bleiben.

Im einzelnen empfahl die Deputation folgende neue Gehaltsfestsetzungen:

### I. Ordentliche Lehrerinnen:

1400 | 7 × 150 | 2450 *M*.

## II. Fachlehrerinnen:

Anfangsgehalt 1200 *M*;

im übrigen unverändert, d. h. steigend nach Ablauf von je 3 Jahren um 100 *M* bis zum Höchstgehalte von 1900 *M*.

## III. Oberlehrerinnen:

2800	$\left  \begin{array}{l} 4 \times 400 \\ 2 \times 300 \end{array} \right $	5000 <i>M</i> .
------	--	-----------------

## IV. Schuldirektoren:

1. Die Direktoren der Oberrealschule, der Realschule und der Bürgerschulen:

6500 | 5 × 500 | 9000 *M*.

2. Die Direktoren der beiden gehobenen Mädchenschulen:

6000 | 5 × 500 | 8500 *M*;

daneben für den Direktor der städtischen höheren Mädchenschule eine pensionsfähige Zulage von jährlich 500 *M*, sofern ihm die Leitung des Lehrerinnen-seminars nebenamtlich übertragen wird.

## V. Stadthauptarchivar und Museumsdirektor:

4200 | 8 × 400 | 7400 *M*.

Mit diesen Gehaltsätzen, der Nachzahlung der Erhöhungen und ebenso mit der anderweiten Bemessung der Schulgeldsätze ist der Magistrat einverstanden, dagegen vermag er der Empfehlung der Deputation, von allen weiteren Gehaltserhöhungen zurzeit Abstand zu nehmen, nicht Folge zu geben.

Der Stadthauptarchivar erkennt nicht, daß gerade der Handel und Gewerbetreibende Mittelstand in unserer Stadt unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse leidet, weil durch die Nähe der Landesgrenze im Norden und Westen und durch die Nähe der konkurrierenden benachbarten preussischen Städte die Absatzverhältnisse und somit das ganze Erwerbsleben ungünstig beeinträchtigt werden. Aber auf der andern Seite läßt sich nicht bestreiten, daß die Gehaltsverhältnisse der an den Bürgerschulen beschäftigten Lehrpersonen und einzelner Beamtengruppen nicht unerheblich ungünstiger sind, als in zahlreichen anderen Orten; und wenn dieser Unterschied bei der Besoldung schließlich dahin führen sollte, daß sich nicht mehr, wie bisher, die besten Kräfte zum Eintritt in den Dienst der Stadt melden, so müßten sich hieraus für unser Gemeinwesen schwerwiegende Nachteile ergeben. Nun ist zwar dieser Gesichtspunkt schon bei den vorjährigen Verhandlungen erörtert, aber es war derzeit die preussische Gehalts-

reform noch nicht zum vollen Abschluß gebracht; insbesondere war derzeit noch nicht bekannt, welche Ortszulagen die größeren Städte ihren Bürgerschullehrern bewilligen würden, und daneben war völlig ungewiß, wie der Braunschweigische Staat die Gehälter bemessen würde. Besonders dringlich aber erscheint die weitere Erörterung der Gehaltsfragen im Hinblick auf die in Aussicht genommene Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse der staatlichen Beamten und die inzwischen erfolgte erhebliche Steigerung der Gehälter der Oberlehrer. Wenn deren Höchstgehalt 7900 *M* beträgt und in 21 Jahren erreicht wird, so kann man nicht wohl die Abteilungsvorstände der städtischen Bauverwaltung um 400 *M* im Endgehalte schlechter stellen und dieses erst in 24 Jahren erreichen lassen. Und ob durch die hier nach Ansicht des Magistrats unvermeidliche Aenderung nicht wieder andere Gehaltsätze beeinflusst werden, bedarf der eingehenden Erwägung. Die vorjährige städtische Gehaltsreform ist, wie sich immer mehr herausstellt, etwas zu früh eingeleitet und zu Ende geführt, und es bleibt daher nichts anderes übrig, als die Verhandlungen wiederaufzunehmen.

Daß dabei die Finanzfrage vornehmlich in Betracht kommt, ist selbstverständlich, und der Magistrat hielt es daher für geboten, den Stadtverordneten zunächst den vorjährigen Rechnungsabschluß über den städtischen Haushalt und die Ergebnisse der diesjährigen Steuereinschätzungen vorzulegen, was inzwischen geschehen ist. Daneben aber schien auch vortweg eine Prüfung der Frage erforderlich, welche sonstige dauernde Mehrausgaben etwa der Stadt durch Erhöhung von Zuschüssen oder Schaffung neuer Einrichtungen erwachsen werden und, auf welche Erträge andererseits aus den im vorigen Jahre beschlossenen neuen Steuern zu rechnen ist.

Dem Magistrat erscheint nun, zumal im Hinblick auf die oben erwähnte ablehnende Haltung der Gehaltsdeputation, völlig ausgeschlossen, alle diese Erörterungen binnen kurzer Frist zum Abschluß zu bringen; aber andererseits kann mit der Festsetzung und Auszahlung der von der Deputation empfohlenen Gehälter nicht wohl länger gewartet werden, wobei darauf hingewiesen wird, daß, während den an den Bürgerschulen beschäftigten Lehrerinnen wenigstens diejenigen Mehrbeträge bereits angewiesen werden mußten, die sie nach dem Gesetze zu beanspruchen haben, den an den gehobenen Mädchenschulen beschäftigten Lehrerinnen einstweilen nichts gezahlt werden konnte, da auf diese die fraglichen gesetzlichen Vorschriften keine Anwendung finden. Siernach legt der Magistrat die Entwürfe der in Betracht kommenden Vorschriften zur gefl. Beschlußfassung vor und zwar:

#### I. Statut zur Abänderung des Statuts über die Besoldung der Beamten der Stadt Braunschweig vom 23. September 1909.

- II. Nachtrag I zur Ordnung für die städtische Oberrealschule.
- III. Nachtrag I zur Ordnung für die städtische Realschule.
- IV. Nachtrag IV zur Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen der Stadt Braunschweig.
- V. Nachtrag IV zur Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig.

Durch Bewilligung der oben erwähnten, vom Magistrat im Einvernehmen mit der Gehaltsdeputation empfohlenen Gehaltserhöhungen würden, wenn die Nachzahlung vom 1. April d. J. an bewilligt wird, für das laufende Jahr folgende Mehrausgaben erwachsen:

bei der Oberrealschule . . . . .	14 000	M.
„ „ Realschule . . . . .	1 800	„
„ „ höheren Mädchenschule . . . . .	10 500	„
„ „ Mädchenschule . . . . .	1 950	„
„ den Bürgerschulen . . . . .	6 300	„
<hr/>		
überhaupt	34 550	M.

Dagegen würde mittels der oben erwähnten Erhöhung des Schulgeldes und des Zuschlages für Ortsfremde ausweislich der angeschlossenen Berechnung eine Mehreinnahme von jährlich 43 864 M erzielt werden.

Was endlich die oben erwähnten weiteren Gehaltserhöhungen betrifft, so wird es sich, falls nicht etwa die Stadtverordneten zurzeit jede weitere Gehaltserhöhung grundsätzlich ablehnen sollten, empfehlen, darüber zunächst nochmals die Gehaltsdeputation gutachtlich zu hören.

Der Magistrat gibt demnach anheim:

Die vorgelegten Entwürfe genehmigen und sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß über die Frage, ob und event. welche weiteren Gehaltserhöhungen Platz greifen sollen, die Gehaltsdeputation nochmals gutachtlich gehört werde.

Herr W o l t e r s: Die Vorlage der Gehaltsänderung für die Oberlehrer war schon angenommen, die Deputation hatte sich also nur mit den übrigen Beamten-Kategorien zu befassen. Das Resultat der Beratung der Deputation ist in der Vorlage eingehend dargelegt. Ich habe dem vorläufig nichts weiter hinzuzufügen und bitte den Herrn Vorsitzenden, die Beratung der einzelnen Teile der Vorlage vornehmen zu lassen.

Der Vorsitzende entspricht diesem Wunsche.

I. Statut zur Abänderung des Statuts über die  
Besoldung der Beamten der Stadt Braunschweig  
vom 23. September 1909.

(Betrifft das Gehalt des Stadtarchivars und des Museumsdirektors.)

Herr Kleinknecht: Die beiden Herren haben früher in derselben Gehaltsklasse gestanden, wie die Abteilungsvorstände der städtischen Bauverwaltung. Die letzteren sind vor ein paar Jahren im Gehalte erhöht, der Archivar und Museumsdirektor nicht. Die Herren, die dieselbe Vorbildung haben wie die Oberlehrer, sollen bei der jetzigen Gehaltsregelung immer noch 500 M weniger erhalten als die Oberlehrer. Ich glaube, das ist nicht gerechtfertigt. Es liegt kein anderer Grund dafür vor, als daß das Angebot für diese Stellen ein größeres ist als bei den Oberlehrern. Ich möchte beantragen, daß auch die beiden Herren, weil sie dieselbe Vorbildung haben wie die Oberlehrer, in die gleiche Gehaltsklasse kommen. Sollte das abgelehnt werden, so möchte ich bitten, daß sie wenigstens mit den Abteilungsvorständen der städtischen Bauverwaltung gleichgestellt werden, und da diese Herren später eine Erhöhung des Gehalts bekommen sollen, so möchte ich vorschlagen, daß wir so lange warten mit der Erhöhung, bis diese Abteilungsvorstände auch ihre Gehaltserhöhung bekommen.

Herr Wolters: Ich möchte bitten, dem Vorschlage nicht zu folgen. In der Finanzkommission wurde auch dieser angeführte Gesichtspunkt hervorgehoben, wir sind aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir zunächst die Verpflichtung haben, einen Abschluß herbeizuführen in Rücksicht auf eine Menge gesetzlicher Bestimmungen, die geltend gemacht worden sind. Dem Verlangen des Redners kann später entsprochen werden. Ohne irgendwie den Ausführungen des Herrn Vorredners sachlich entgegenzutreten, möchte ich der Form wegen doch bitten, die vorgeschlagenen Sätze zu genehmigen.

Vorsitzender: Ich bin anderer Ansicht. Was jetzt in dieser Frage von der Versammlung festgelegt wird, das kann wohl später geändert werden, aber jedenfalls ist die Ausführung einer Aenderung nicht sehr wahrscheinlich.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Der Magistrat hat sich bei Aufstellung dieser Entwürfe auf den Standpunkt gestellt, daß zunächst nur die Beschlüsse der Gehaltsdeputation ausgeführt werden sollen. Daneben hat er allerdings den Herren seine Ansicht dahin kundgegeben, daß weitere Gehaltserhöhungen von ihm erforderlich erachtet werden und deshalb, so leid es ihm tut, diese Frage wieder aufgerollt werden muß. Wenn also die städtischen Be-

hörden zu der Ansicht kommen sollten, daß die Sätze, die jetzt festgesetzt werden, nicht richtig sind, dann werden sie wieder geändert; eine Prüfung soll also später erfolgen.

Herr Kleinfnecht: Wenn es nicht eine definitive Festlegung sein soll, dann bin ich einverstanden.

Die Versammlung stimmt der Abänderung des Statuts zu.

## II. Nachtrag I zur Ordnung für die städtische Oberrealschule.

Herr Wolters: Die Tatsache, daß die Nachzahlung von Ostern 1910 an erfolgen soll, ist der Kritik unterworfen gewesen. Man hat in diesem Zeitpunkt eine gewisse schlechtere Behandlung gegenüber den sonstigen städtischen Beamten zu erblicken geglaubt. Die Finanzkommission und wohl alle Herren Stadtverordneten sind wohl aber der Meinung, daß von einer schlechteren Schätzung der betroffenen Herren nicht die Rede sein kann. Wir sind alle von der Lichtigkeit und Vorzüglichkeit sowohl der Leitung wie auch der übrigen in Betracht kommenden Kräfte erfüllt, haben uns aber nach dem Vorgehen des Staates zu richten. Wir haben gewartet, bis der Staat die Sache geregelt hatte, und er hat auch die Nachzahlungen von Ostern 1910 an eingeführt.

Herr Friede: Durch die Ausführungen des Herrn Referenten ist meine beabsichtigte Anfrage schon erledigt. Ich habe bei Durchsicht der Vorlage es tatsächlich als hart empfunden, daß man den Oberlehrern die Nachzahlungen erst vom 1. April 1910 ab geben will. Bei der Erhöhung der Gehälter der Volksschullehrer und Beamten im vergangenen Jahre geschah die Nachzahlung vom 1. April 1908 an. Wenn ich auch nicht angenommen habe, daß ich mit einem Antrage, die Nachzahlung auch für die Oberlehrer vom 1. April 1908 an vorzunehmen, durchgekommen wäre, aber doch mit der Nachzahlung vom 1. April 1909 an. Ich gehe von dem Standpunkt aus, daß die Oberlehrer sich bei der ganzen Gehaltsbewegung sehr dezent verhalten haben. Wenn wir die Kämpfe mit den andern Beamtenklassen damit vergleichen, dann müssen wir sagen, daß es eigentlich kein rechter Dank ist, wenn wir die Oberlehrer hierin zurücksetzen. Der Herr Referent hat aber erklärt, daß es diesmal nicht anders gehe, sonst hätte ich den Antrag gestellt, vom 1. April 1909 ab nachzuzahlen.

Herr Kleinfnecht: Die städtischen Oberlehrer haben länger als andere Beamten warten müssen nur aus dem Grunde, weil die Erhöhung der Gehälter der staatlichen Oberlehrer nicht geregelt war. Darunter können sie doch nicht leiden. Wenn die Verhältnisse der staatlichen Oberlehrer geregelt gewesen

wären, würden die städtischen Oberlehrer schon vor 1½ Jahren ihr erhöhtes Gehalt, also vom 1. Oktober 1908 an, bekommen haben. Daß sie haben warten müssen, liegt nicht an ihrer und nicht an unserer Schuld. Ich halte es aber für gerechtfertigt, daß die Erhöhung des Gehalts wenigstens 1 Jahr zurückdatiert wird, bis zum 1. April 1909. Sie werden mir sagen: „Daraus erwachsen der Stadt ungeheure Ausgaben.“ Es sind 34 000 *M* mehr. Um dies einzuholen, werde ich mir erlauben, bei der Festsetzung des Schulgeldes zu beantragen, daß die Schulgelderhöhung schon vom 1. Oktober dieses Jahres an beschlossen wird.

(Zuruf: Heute ist schon der 6. Oktober!)

Wenn das nicht möglich ist, möchte ich trotzdem bei dieser geringen Summe es für gerechtfertigt halten, die Nachzahlung wenigstens bis zum 1. April 1909 zurückzudatieren.

Herr Oberbürgermeister K etem e h e r: Es ist eine eigene Sache, sich gegen einen solchen Antrag auszusprechen, da der Verdacht entstehen könnte, als schäme der Magistrat die Oberlehrer nicht ebenso hoch wie die Stadtverordneten. Wenn Herr Kleinfnecht durchaus einen Vergleich ziehen will zwischen der vorjährigen Erhöhung und der jetzigen, dann muß er alles vergleichen und darf nicht unberücksichtigt lassen, daß die städtischen Behörden damals den Grundsatz aufstellten: Nicht mehr als 500 *M* Zulage, und jetzt sind die Oberlehrer — ich gönne es den Herren — auf einer Stufe erhöht mit dem Betrage von 1300 *M*. Da kann man doch zweifelhaft sein, ob noch Anlaß vorliegt, die Erhöhung zurückzudatieren. Dies Zurückdatieren von Vorlagen ist eine bedenkliche Sache. In Preußen hat man es uns vorgemacht und wir sind damit nachgeklappt. Ich wollte, es wäre anders gewesen.

Der Antrag Kleinfnecht, die Nachzahlungen statt vom 1. April 1910 vom 1. April 1909 an erfolgen zu lassen, wird abgelehnt, der Nachtrag I zur Ordnung für die städtische Oberrealschule angenommen.

### III. Nachtrag I zur Ordnung für die städtische Realschule.

Der Nachtrag wird genehmigt.

### IV. Nachtrag IV zur Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen.

(Den ordentlichen Lehrerinnen und den Fachlehrerinnen an den gehobenen Mädchenschulen wird neben dem Gehalte eine nicht pensionsfähige Aufwandszulage von 100 *M* gewährt.



Solange im Herzogtum eine staatliche oder eine vom Staate als gleichwertig anerkannte Prüfung für Zeichenlehrerinnen nicht stattfindet, kann den nicht staatlich geprüften Zeichenlehrerinnen auf Antrag des Schulvorstands eine nicht pensionsfähige Zulage bis 200 *M* jährlich bewilligt werden, wenn sie vor Einführung der erwähnten Prüfung zur Anstellung gelangt sind und wöchentlich wenigstens 18 Stunden Unterricht im Zeichnen erteilen).

Herr *Probst*: Soviel ich weiß, betragen die Gehaltsätze des Staates für die ordentlichen Lehrerinnen auf der höchsten Stufe 2400 *M* und gleichzeitig ist in dem Landes-Gesetze der Stadt das Recht verliehen, über diesen Höchstsat hinauszuweichen. Nun ist die Vorlage ja darüber hinausgegangen, die hiesigen Lehrerinnen sollen 2450 *M* bekommen. Das scheint mir doch ein sehr bescheidenes Ueberschreiten der Sätze des Staates zu sein. Ich möchte vorschlagen, den Lehrerinnen 2500 *M* zu bewilligen. Die Fachlehrerinnen haben 100 *M* über den festgesetzten Satz im Lande Braunschweig erhalten, aber das hatten wir überhaupt vorher schon beschlossen. Ich möchte der Willigkeit wegen auch noch vorschlagen, daß wir, wenn wir dazu kommen sollten, den ordentlichen Lehrerinnen 50 *M* mehr zu bewilligen als hier vorgeschlagen, den Fachlehrerinnen 1950 *M* gewähren.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Hier kann ich nur dasselbe wiederholen, was ich vorhin gesagt habe. Der Magistrat ist der Ansicht, daß auch die Frage, ob die Gehaltsätze der Lehrerinnen und Fachlehrerinnen angemessen seien, nochmals zu erörtern sei. Vorläufig glaubt er, sich der Ansicht der Deputation anschließen zu sollen, die diese Sätze empfohlen hat. Wenn wir an einer Stelle anfangen, das Prinzip zu durchbrechen, dann weiß ich nicht, was für eine Bedeutung später die allgemeine Durchberatung noch haben soll. Der Magistrat ist der Ansicht, daß auch diese Sätze später noch zu erhöhen sind.

(Für den durch ein augenblickliches Unwohlsein behinderten Referenten Herrn *Wolters* übernimmt der Vorsitzende den Schluß des Referats.)

Der Nachtrag IV zur Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen — mit der hinzugefügten Gehaltskala für die Oberlehrerinnen — wird von der Versammlung genehmigt.

#### V. Nachtrag IV zur Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen.

Der Nachtrag wird angenommen.

Vorsitzender: Wir gehen zurück zum Schlusse der Vorlage selbst. Dort heißt es: „Der Magistrat gibt anheim, sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß über die Frage, ob und event. welche weiteren Gehaltserhöhungen Platz greifen sollen, die Gehaltsdeputation nochmals gutachtlich gehört werde.“ Es ist also der Fall eingetreten, daß der Magistrat mit den Beschlüssen der Deputation nicht einverstanden war, sondern uns ersucht, die Sache nochmals an die Deputation zurückzuverweisen. Ob viel dabei herauskommt, wissen wir nicht. Ich möchte Sie bitten, nicht in eine sachliche Beratung einzutreten, ob und wieviel wohl zu bewilligen sei, sondern nur die formelle Frage zu entscheiden, daß wir auf Wunsch des Magistrats beschließen, die Deputation aufzufordern, sich mit der ganzen Gehaltsfrage nochmals zu beschäftigen und Bericht zu erstatten.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich werde dem Wunsche des Herrn Vorsitzenden folgen, möchte mir aber doch eine Bemerkung erlauben. Es ist mir gesagt, daß im Publikum, wohl speziell in den Kreisen der Beamten und der Lehrerschaft, die Auffassung Platz gegriffen habe, als hätte in den Beratungen der gemischten Deputation der Magistrat für die weitere Erhöhung der Gehälter eintreten wollen, aber die bösen Herren Stadtverordneten, soweit sie Mitglieder der Deputation waren, hätten diesen Wunsch vereitelt. Dieser Auffassung muß ich entgegentreten. Der Magistrat hat vorher sich mit der Sache überhaupt nicht befaßt, das tut er auch grundsätzlich nicht. In der Deputation waren zwei Magistratsmitglieder, die waren verschiedener Ansicht. Ich selber bin in der Deputation gegen weitere Erhöhung des Gehalts eingetreten, und als dann die Sache im Magistrat zur Sprache gebracht wurde, ist mein Antrag abgelehnt worden, und der Magistrat hat gegen meine Stimme beschlossen, eine weitere Erhöhung in Erwägung zu ziehen. Nun will ich offen gestehen, daß ich, seitdem die Abschlüsse der Rassen vorliegen, vor der Hand jetzt auf dem Standpunkt stehe, den der Magistrat eingenommen hat: daß eine weitere Gehaltserhöhung unbedenklich ist. Denn darüber sind wir alle einer Ansicht, daß, wenn es nicht lediglich immer die Sorge um die Finanzen der Stadt wäre, wir alle den sämtlichen Beamten der Stadt das geben würden, was sie haben wollen; aber die Finanzen der Stadt lassen das nicht zu. Wenn man aber zu der Ansicht kommt: es ist jetzt möglich, dann hat man auch Veranlassung, für Beseitigung von ungerechter Gehalts-Bemessung einzutreten. Das werde ich jetzt tun.

Die Versammlung beschließt, dem Vorschlage des Magistrats bezüglich der Prüfung der Gehaltsätze zu folgen.

#### XIV. Ausbau der Durchbruchstraße zwischen Langestraße und Hintern Brüdern.

Der Magistrat legt einen Teilortshauptplan für die Durchbruchstraße und ein Projekt über den Ausbau dieser Straße nebst vorläufiger Kostenverteilungsberechnung vor, ersucht, beides zu genehmigen und gleichzeitig damit sich einverstanden zu erklären, daß die Straße zur Ortsstraße erklärt wird.

Für den zu gewärtigenden Verkehr würde die gegebene Breite von 8,5 m genügen, aber nach der Straße Hintern Brüdern zu gestatten die Raumverhältnisse eine größere Breite. Der Magistrat ist der Ansicht, daß es weder einer Ueberbauung der Durchbruchstraße, noch eines Anbaus an den „Alten Konvent“ bedarf, wenn nur die Brandmauer des letzteren angemessen architektonisch umgestaltet wird. Die Höhe des Straßenkostenbeitrags von 765 *M* pro Lfd. m legt es nahe, die Kosten der Straße, wenn nicht ganz, so doch zu einem Teile auf die Stadt zu übernehmen. Zweckmäßig erscheint es, das in Aussicht genommene Stampfasphaltpflaster erst dann herzustellen, wenn die zu erwartenden Neubauten an der Straße ausgeführt sind, zunächst wird eine provisorische Fahrbahnbefestigung von alten Materialien genügen. Die Kosten hierfür sind zu 1500 *M*, die für eine beabsichtigte Chauffierung einer Restfläche zu 214 *M* veranschlagt.

Herr Frühling: In der Baukommission ist die Sache sehr eingehend geprüft. Die ästhetischen Bedenken sind hervorgehoben, vor allem aber, daß später eine Bebauung der Straße kaum möglich sein wird, wenn wir den Ortshauptplan jetzt wie vorgeschlagen festlegen. Es liegen eigentlich nur drei Grundstücke an der Durchbruchstraße, zwei davon würden wohl bebaut werden können, wenn die Stadt den Besitzern in weitestem Umfange bezüglich der Straßenbaukosten entgegenkäme. Hintern Brüdern bleibt aber ein Grundstück liegen, das absolut nicht zu verwerten ist. Wir würden lediglich darauf angewiesen sein, daß es uns der Nachbar abnähme. Wir sind deshalb der Meinung gewesen, daß wir uns jetzt durch Erklärung zur Ortsstraße die Hände nicht binden, sondern versuchen, dadurch eine Bebauung der Straße zu erreichen, daß wir den Anliegern in irgendeiner Weise entgegenkommen, so auch bezüglich der Führung der Straße. Wir sind andererseits der Meinung gewesen, daß der Straßenzug so, wie er jetzt ist, nicht liegen bleiben kann, vor allem eine provisorische Befestigung eingerichtet werden muß. Wir würden also beantragen, dem Vorschlage des Magistrats, zunächst eine provisorische Fahrbahnbefestigung von altem Material auszuführen, zuzustimmen, aber von einer Erklärung zur Ortsstraße, bevor es feststeht, wie die Straße nachher ausgebaut werden soll, abzusehen. Wir

lehnen auch das vorgelegte Projekt und den Kostenanschlag für den Ausbau ab und ersuchen den Magistrat, mit den in Betracht kommenden Personen, wenn irgend möglich, in Verbindung zu treten, um die baldige Bebauung zu beschleunigen.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich habe zwar gestern in der Sitzung der Baukommission erklärt, daß diese Lösung möglich ist und den Bedürfnissen des Verkehrs dadurch Rechnung getragen wird. Im übrigen aber glaube ich, wird durch diese Art Vorgehen ein Zustand verewigt, den Sie jedenfalls nicht haben möchten und den auch der Herr Referent schon bekämpft hat. Ich glaube, daß das schlechte bauliche Verhältnis der Grundstücke lange so bleiben wird, wenn jetzt in der angegebenen Weise vorgegangen wird. Wird diese Straße nicht in den Ortsbauplan aufgenommen, so ist es ausgeschlossen, daß an der Straße Neubauten errichtet werden können, denn so lange gilt dies Terrain als Privatterrain der Stadt, und nach dem Ortsbaustatut ist es nicht möglich, daß nach dem Nachbar hin, der in diesem Falle die Stadt ist, ein Bau aufgeführt wird, der mit dem Dache über die Grenze ginge ufm. Es ist dann tatsächlich ausgeschlossen, daß nach der Straßenseite hin ein Neubau aufgeführt wird, auch schon deshalb nicht, weil der Antrag der Baukommission die Führung der Straße von einem Bebauungsplane der ganzen umliegenden Grundstücke abhängig gemacht sehen will. Wie Sie das erreichen wollen, ist mir unerfindlich. Die Grundstücke sind zu einem Teil in Händen von Stiftungen, die zu einem Neubau schwerlich zu bestimmen sind, zu einem Teil in Händen von Privaten, die vielleicht sich zu einem Neubau verstehen werden, wenn sie wissen, wie die Straße liegt und welche Beiträge für diese sie zu zahlen haben. Daß eine Bebauung der Straße nicht möglich ist, wenn sie zur Ortsstraße erklärt ist, muß ich absolut bestreiten. Ich möchte die Herren bitten, sich den Plan anzusehen, und sie werden mir recht geben. Der Herr Vorredner ist davon ausgegangen, daß eine Bebauung erleichtert werden müßte, vielleicht in der Richtung, daß zunächst die beiden Grundstücke, die die Einmündung der Durchbruchstraße in die Langestraße flankieren, einheitlich bebaut würden und daß auch eine Ueberbauung der neuen Straße in ihrem südlichen Auslauf stattfände. Wenn wir jetzt aufs neue verhandeln und Ihnen neue Projekte unterbreiten sollen, dann müssen wir uns darüber klar werden: Ist eine solche Ueberbauung wünschenswert oder nicht. Die beregte Frage ist bereits im Magistrat verhandelt und durch die Tagesblätter bekannt geworden. Eine Bewegung ist im Gange, im Interesse des schönen Platzbildes die neue Straße nach Hintern Brüdern hin zu überbauen. Die städtische Bauverwaltung hatte sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Der Plan ist aber im Magistrat von vorn-

herein Schwierigkeiten begegnet. Wir konnten nicht anerkennen, daß die Schönheitsrückichten nicht ausreichend gewahrt werden, wenn der Durchbruch in ähnlicher Weise belassen wurde, wie er heute ist. Dadurch wird Zuführung von Licht und Luft nach der Längenstraße hin gewährt. Die städtische Bauverwaltung hat das anerkannt und in einem späteren Berichte ausgeführt, es wäre zwar schöner, aber es ginge auch anders. Die Finanzfrage kommt noch hinzu. Ein derartiger Bau kann nicht von Privaten ausgeführt werden und die Stadt müßte in den Säckel greifen. Wenn Sie das wollen, dann möchte ich wenigstens bitten, daß Sie das dem Magistrat zu erkennen geben. Bis jetzt hat er das abgelehnt und gemeint, es wäre nur nötig, einen Verkehrsweg zu schaffen und Licht und Luft in die Gegend einzuführen. Das würde durch das vorgelegte Projekt voll erreicht. Ich will nicht so weit gehen, daß ich sage: Dies ist die einzige gute Lösung, aber es ist eine praktische Lösung. Ich würde auch nichts gegen eine dilatorische Behandlung der Frage für heute haben. Wenn Sie den Straßenzug nicht in gerader Richtung haben wollen, so kann das leicht geändert werden. Ich bitte aber in erster Linie, den Antrag des Magistrats anzunehmen.

Herr Fr ü h l i n g: Die Baukommission steht auf dem Standpunkte des Herrn Bürgermeister insofern, als wir wünschen, die Straße werde bald bebaut. Nur haben wir uns gesagt: Die Bebauung der Straße ist nicht möglich, wenn wir sie jetzt, wie vorgeschlagen, zur Ortsstraße erklären, während wir den Anliegern das Bebauen ermöglichen, wenn wir zunächst mit den Interessenten einen Vertrag schließen, so daß sie vorteilhaft bauen können, und dann hinterher die Straße zur Ortsstraße erklären. In diesen Verhandlungen liegt allerdings eine Schwierigkeit, sie kann aber überwunden werden. — Was nun der Herr Bürgermeister wegen des Ueberbauens gesagt hat, so ist das ein Punkt, der m. E. hier besser nicht herangezogen wäre. Ich habe diesen Punkt in der Baukommission vorgebracht, aber nicht als einen bestimmten Vorschlag, an den ich meine Zustimmung binde, sondern um daran zu zeigen, wieviel Möglichkeiten für die Lösung dieser Frage vorhanden sind, während der jetzige Vorschlag eine baldige Bebauung in Rücksicht auf die kolossalen Kosten ausschließt. Auf dem Punkte der Ueberbauung stehe ich durchaus nicht. Wenn uns dagegen ein besonders gutes Projekt vorgelegt wird, würde ich auch für teilweise Ueberbauung zu haben sein. Ich bin nur der Meinung, daß es vor allem nötig ist, diese Wüste mit den freigeordneten häßlichen Wänden der Häuser zu beseitigen. — Was endlich den Wunsch anbetrifft, daß wir uns darüber äußern, wie die Bebauung ausgeführt werden soll, so haben wir die Beantwortung abgelehnt. Es kommen nur wenig Interessenten in Frage, die an der Straße bauen können und die eventuell große Vorteile durch einen Neubau haben können, wenn die Stadt sie ihnen gewähren

will. Denn ohne Entgegenkommen, und zwar energisches, und ohne wesentlichen Erlaß der Straßenbaukosten, werden sie nicht bauen. Vielleicht muß ihnen auch städtischerseits eine Hypothek gegeben werden. Wir haben für den Durchbruch über 100 000 *M* ausgegeben und können die Straße so nicht liegen lassen. Ich würde es nicht recht finden, wenn wir dem Magistrat eine Richtschnur geben würden.

Herr Meyerhoff: In der gestrigen Sitzung der Baukommission neigte ich auch erst der Ansicht zu, daß es richtig wäre, die Straße zur Ortsstraße zu erklären, bin aber davon abgekommen. Es bleibt uns so freie Hand, mit den Anliegern ein Abkommen über die Straße zu treffen. Ich glaube, das ist möglich, und möchte deshalb, daß wir die Frage so lange offen lassen. Alle aufgetauchten Fragen heute wieder vorzubringen, halte ich nicht für nötig. Ich bitte, dem Antrage der Baukommission zuzustimmen, die provisorische Befestigung zu genehmigen und das andere der Zeit zu überlassen.

Herr Lübke: Als wir seinerzeit beschlossen haben, zu diesem Durchbruch unsere Zustimmung zu geben, war maßgebend, daß die Verkehrsverbindung von der Langenstraße nach der Schützenstraße eine mangelhafte war. Es ist damals der Ausdruck gebraucht, Licht und Luft müsse geschaffen werden. Das habe ich damals für ein Schlagwort erklärt, denn Licht und Luft ist eine ganze Menge in diesem Viertel, nur der Verkehrsweg fehlte. Er ist geschaffen, aber augenblicklich ein kleiner Schandfleck für die ganze Gegend geworden, und wenn er lange so bleiben würde, so würde man sich im allgemeinen darüber wundern, daß man diesen alten Stadtteil in diesem mangelhaften Zustande läßt. Ich halte den Vorschlag, den die Baukommission gemacht hat, für einen Verlegenheitsvorschlag, weil man sich nicht entschließen konnte, sich für einen positiven Vorschlag zu entscheiden. Es wird nichts übrig bleiben, als daß die Stadt noch ein wenig in den Säckel greift, um Beihilfe zu gewähren, und damit diesen alten Stadtteil, der von vielen bewundert wird, zu einem Bilde zu ergänzen, wie es unserer Stadt zur Zierde gereicht. Ich glaube nicht, daß es genügen wird, sich darauf zu beschränken, den Unternehmern der Baupfandulation die Initiative zu überlassen. Sie würden mit dem raffinierten Ausnützen der Grundstücke vernichten, was dort Schönes und Erhaltenswertes ist. Ich möchte dringend davor warnen. Ich glaube, daß wir uns entschließen müssen, weiterzugehen, als die Baukommission gegangen ist, und den Magistrat auffordern, einen Vorschlag zu machen, wie eine endgültige Bebauung, würdig dem alten Braunschweig, zu erzielen ist — der Weg einer engeren Konkurrenz würde vielleicht der richtige sein —, und dann zu versuchen, wie weit man seitens der Stadt Mittel bewilligen will, damit dieser historische Teil der Stadt erhalten wird. Ich würde nicht davor zurückschrecken,

an dieser Stelle eine Ueberbauung der Straße vorzunehmen. Von seiten des Denkmalausschusses sind unsere jungen Leute an der Hochschule aufgefordert, Projekte darüber auszuarbeiten, und sie haben recht beachtenswerte Vorschläge gemacht. Es ist möglich, daß, wenn gereifte Fachmänner die Aufgabe bearbeiten, in praktischer Hinsicht doch noch etwas Besseres herauskommt. Ich glaube nicht, daß wir kurzer Hand uns beschränken dürfen, ein Provisorium zu schaffen und zu warten, bis der liebe Gott etwas tut; in diesem Falle müssen die Menschen etwas tun. Eine Verpflichtung der Stadt ist es, hier zu sagen: Wir sind bereit dazu.

Herr L e u e: Wir könnten doch wohl dem Vorschlage der Kommission zustimmen. Ich glaube nicht, daß bis in die Ewigkeit hinaus der unschöne Zustand erhalten bliebe. Man könnte sagen, daß nur für einen gewissen Zeitraum, vielleicht bis zu drei Jahren, den Anliegern der neuen Straße die Aussicht gegeben würde, sie sollten unterstützt werden, wenn sie bauten. — Ich möchte aber, anknüpfend hieran, ihre Aufmerksamkeit noch auf einen andern Schandfleck unserer Stadt richten. Das ist die Stephanstraße und die Ecke der Schützenstraße. Daß mitten in der Stadt eine solche alte Planke steht und ein unbebauter Fleck liegen bleibt, der sogar schon zur Aufstellung eines Karussells benutzt ist, das ist der Stadt nicht würdig. Ich weiß nicht, ob der Magistrat in der Lage ist, einen Zwang auf den Besitzer auszuüben, daß diesem Zustande ein Ende bereitet wird.

Es ist ein Schlußantrag gestellt. Der Vorsitzende läßt darüber abstimmen und der Schluß der Besprechung wird angenommen.

Herr F r ü h l i n g (Schlußwort als Referent): Es ist durchaus nicht die Meinung der Kommission gewesen, wie der Herr Bürgermeister annimmt, daß ein ganzer Behauungsplan vorgelegt werden soll. Wir sind froh, wenn wir an einer Stelle anfangen können. Ebenso ist es nicht die Absicht der Baukommission gewesen, wie Herr Lübke sagt, die Bauunternehmerkreise hineinzubringen. Wir sind vollständig mit den Vorschlägen des Herrn Lübke einverstanden; wir betrachten sie als einen von den Vorschlägen, die in unserm Sinne gemacht werden können, und wollen deshalb den Magistrat ersuchen, mit Interessenten, auch mit allen, die sich für Erhaltung der architektonischen Schönheiten der Stadt interessieren, in Verbindung zu treten und Vorschläge machen zu lassen. Von Lübke wird gesagt, wir sollten die Sache jetzt gleich in die Hand nehmen; das würde die Erledigung hinauschieben. Wir wollen aber zunächst wenigstens die provisorische Befestigung ausführen. Wir wollen die Sache durchaus nicht dem lieben Gott anheimstellen, sondern dem Magistrat.

**Vorsitzender:** Wir haben abzustimmen über folgende Punkte: 1. Die Erklärung der neuen Straße zur Ortsstraße wird abgelehnt. 2. Wir lehnen das Projekt des Ausbaus der neuen Straße ab. 3. Die Mittel zur vorläufigen Befestigung der Straße werden bewilligt. 4. Wir ersuchen den Magistrat, die Bebauung der neuen Straße zu beschleunigen.

Ich kann wohl über alle Punkte zusammen abstimmen lassen, oder wünscht einer der Herren Einzelabstimmung. (Das geschieht nicht.)

Darauf werden alle vier Punkte, wie vom Vorsitzenden zusammengefaßt, angenommen.

### **XV. Verwilligung der Mittel zur Befoldung zweier Oberlehrer an der städtischen höheren Mädchenschule.**

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, die Mittel zu verwilligen, welche erforderlich sind, um a) die durch den Abgang von Fräulein Haars erledigte Stelle an der genannten Schule mit einer Oberlehrerin oder, falls sich keine geeignete Oberlehrerin melden sollte, mit einem Oberlehrer zu besetzen, b) eine neue Oberlehrerstelle für Mathematik und Naturwissenschaften zu schaffen.

Nach dem Referat des Herrn Kleinfnecht, der namens der Schulkommission die Verwilligung der Mittel empfiehlt, stimmt die Versammlung dem Antrage des Magistrats zu.

Herr Kleinfnecht: Ich möchte der Versammlung noch die erfreuliche Mitteilung machen, daß der Magistrat und der Schulvorstand der höheren Mädchenschule im Interesse der hiesigen Einwohnerschaft die Schaffung einer Studienanstalt an der höheren Mädchenschule bezw. Seminar für wünschenswert hält und Herrn Schuldirektor Prof. Krüger beauftragt hat, einen entsprechenden Lehrplan aufzustellen und die Ordnung für die Anstalt zu entwerfen.

### **XVI. Antrag Adenhausen, betr. Befestigung eines Fußwegs.**

Der Antrag lautet: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die östliche Seite der Salzdhumerstraße von der Elmstraße ab ebenso zu befestigen, resp. instandzusetzen, wie die westliche Seite.

Herr Adenhausen (zur Begründung): Die eine Seite der Salzdhumerstraße von der Elmstraße an ist instandgesetzt, die andere aber nicht. Es ist das nur eine kurze Strecke, meiner Ansicht nach 60 bis 70 m, vor nur drei Häusern. Bei schlechtem Wetter wadet man dort im Schmutze. Ich möchte darum



bitten, daß dieser kleine Teil der Straße ebenso instandgesetzt wird wie der übrige Teil der Straße.

Der genügend unterstützte Antrag wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

## XVII. Antrag Schmidt, betr. vermehrte Fleischproduktion auf dem Rieselgute.

Der Antrag lautet: Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat aufzufordern, zu erwägen, ob nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, durch Schweinezucht oder Mästerei auf dem Rieselgute für eine vermehrte Fleischproduktion zu sorgen.

Herr Schmidt (zur Begründung): Sie wissen alle, daß Fleischnot vorhanden ist; schlimmer ist noch, daß die Gelehrten sich nicht darüber einig sind, wie sie zu beheben ist. Selbst die besten Nationalökonomten zerbrechen sich den Kopf darüber, worin sie begründet ist. Dabei stellt sich die Reichsregierung einer Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr entgegen und behauptet, die deutsche Viehzucht genüge dem Bedürfnis. Jetzt kommt das Ueberraschende heraus, daß das bayerische Ministerium eine Bresche in diese Anschauung legt, indem es öffentlich auffordert, für Vermehrung der Fleischproduktion zu sorgen. Es kommt auf den wunderbaren Gedanken, daß man zu dem Zwecke die Lappinzucht, die in Frankreich so beliebt ist, einführen solle, auch die Ziegenzucht. Nun möchte ich der Lappinzucht hier nicht das Wort reden, wir können unmöglich dem kleinen Mann und den Mietsbewohnern in der Stadt zumuten, eine solche anzulegen. Wir werden unsere Blicke weiter richten müssen, auf eine Frage, die auch hier schon erwogen ist, aber nicht angenommen, da der Herr Oberbürgermeister ausführte, die Fleishteuerung werde vielleicht nicht länger anhalten. Dieser Standpunkt ist dadurch hinfällig geworden, daß die Fleishteuerung dauernd geworden ist und dauernd einen größeren Umfang angenommen hat. Darum habe ich den früheren Gedanken wieder aufgenommen und bitte die Versammlung, zu erwägen, ob jetzt nicht daran zu denken ist, daß wir auf dem Rieselgute entweder durch Zucht oder durch Mästerei mit dazu beitragen, die Fleishteuerung zu beseitigen. Je größer das Angebot von Fleisch ist, um so mehr sinkt doch der Preis. Wir können es wagen, wenn wir auch in den Ueberschüssen vielleicht Augenblicklich etwas zurückgehen.

Der Antrag wird aus der Versammlung genügend unterstützt und vom Vorsitzenden im Einverständniß mit der Versammlung der Statutenkommission überwiesen.

# **XVIII. Antrag Wese meier, betr. Entlassung eines städtischen Maschinisten.**

Die Anfrage lautet: Ist dem Magistrat die Ursache bekannt und die Art, durch die ein Maschinist der Abwässerpumpstation nach fast 12jähriger Dienstzeit entlassen und aus der städtischen Wohnung entfernt worden ist? Ist dem Magistrat bekannt, daß der Entlassene durch Herrn von Zeilisch aufgefordert worden ist, das von ihm bestellte städtische Land bis zum 3. Oktober von den Geldfrüchten zu räumen? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu verhindern?

Herr Wese meier: Der Anfrage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Auf der Pumpstation ist ein Maschinewarter Homann über 11 Jahre beschäftigt. Im August d. J. soll der Mann einem Mitarbeiter gegenüber in der Nachtschicht eine Aeußerung gemacht haben: der Ingenieur Bonih sei betrunken nach dem Werke gekommen und sei über die Eisenbahnschienen gefallen. Diese Aeußerung ist durch Zwischenträgereien von einem Arbeiter zum andern und durch einen gewesenen Unteroffizier, der wegen Rekrutenmißhandlung entlassen worden ist — er soll die Leute gezwungen haben, aus einem Spudnapf zu trinken — und der jetzt auf dem städtischen Pumpwerke beschäftigt ist, zu Ohren des Ingenieurs Bonih gekommen. Dieser hat den Homann zur Rede gestellt, aber letzterer hat die Aeußerung bestritten. Der Ingenieur hat ihm nun aufgetragen, er solle gegen den Verbreiter der Aeußerung klagbar werden. Nach Beratung durch einen Rechtsanwalt hat der Arbeiter Homann davon Abstand genommen, weil bei der fraglichen Aeußerung keine Zeugen zugegen gewesen sind. Homann, der zur Zufriedenheit der Leitung 11 Jahre auf der Pumpstation gearbeitet hat, wurde nun aufgefordert, seine Stellung zu kündigen. Das hat er abgelehnt mit dem Bemerken, daß er keine Veranlassung dazu habe. Darauf ist ihm am 19. September wegen dieser Aeußerung gekündigt worden. Ich glaube, es wird keinen Privatunternehmer geben, der in seinem Werke einer solchen Lappalie wegen kündigt, noch dazu einem Manne, der 11 Jahre bei ihm beschäftigt gewesen ist. Es scheint mir, als wenn der Ingenieur Bonih nicht die nötige Einsicht (er ist ein unverheirateter Herr) von dem Leben eines Arbeiters habe und infolgedessen die Kündigung zustande gekommen ist. Ein anderer Unternehmer hätte vielleicht eine Warnung ergehen lassen und gesagt, wenn derartiges sich wiederhole, sei die Kündigung zu gewärtigen. Jedenfalls muß es verurteilt werden, daß aus solchem nichtigen Grunde ein Arbeiter entlassen werden kann. Aber die Sache kommt noch schlimmer. Der Mann wohnte in einer städtischen Wohnung auf der Pumpstation und am 19. September erhält er die telephonische Kündigung und muß am 1. Oktober heraus. Nun denken Sie sich die Wohnungsnot des Mannes bei dem Mangel an kleinen Wohnungen. Der Magistrat ist erst

kürzlich aufgefordert, für eine Anzahl Eisenbahnbedienstete Wohnung zu beschaffen, aber er hat das abgelehnt, weil es ihm unmöglich war. Die Stadt ist genau unterrichtet davon, daß die Wohnungsnot so groß ist. Am 30. September liefen nach Angaben, die mir gemacht worden sind, noch 189 Familien in der Stadt umher, die Wohnung suchten. Und unter solchen Umständen setzt ein städtischer Beamter diesen Mann 11 Tage vor dem Kündigungsstag auf das Pflaster und sagt zu dem Familienvater: Sie haben diese Wohnung zu räumen. Selbstverständlich hat Homann keine Wohnung gefunden. Seine Möbel sind teils in der Weberstraße, teils in der Mauernstraße untergebracht, aber die städtische Wohnung steht leer. Es kommt noch schlimmer; ich weiß nicht, wie ein städtischer Beamter dazu kommen kann. Der Mann hat zur Wohnung ein Stückchen Land gehabt und es bebaut. Nun erhält er von Herrn Direktor von Feilich einen Brief. Ich habe das Original des Briefes hier, und es ist bezeichnend, daß solch ein Brief abgesandt werden kann. Er lautet:

Braunschweig, den 27. September 1910.

Betriebswerk der Pumpstation.

Herrn Homann, hier.

Sie werden hiermit aufgefordert, Ihre Feldfrüchte aus dem Garten und dem dazugehörigen Lande bis zum 3. Oktober abzuernten. Es ist Ihnen von dem genannten Tage ab der Zutritt zu dem Werke verboten.

Achtungsvoll

Die Direktion der städt. Licht- u. Wasserverke.

gez. v. Feilich.

Denken Sie sich einmal hinein: Kein vernünftiger Mensch wird daran denken, diese Früchte vor der Zeit herunterzuernten. Hier wird durch Herrn von Feilich verlangt, was kein einziger Unternehmer in der Stadt machen würde. Das hat mich veranlaßt, diese Anfrage an den Magistrat zu richten, welche Maßnahmen getroffen werden sollen, daß in Zukunft solche Dinge, die wahrhaftig dem Ansehen der Stadt nichts nützen und nur Erbitterung hervorrufen können, unterbleiben.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Herr Wesemeier fragt, ob dem Magistrat die Vorgänge bekannt sind. Der Magistrat weiß von nichts.

(Zuruf des Herrn Wesemeier: „Ich habe an Sie geschrieben.“)

Sie haben allerdings an mich geschrieben. Der Brief ist mir vorgelegt, als ich in die Magistratsitzung gehen wollte. Da war es mir nicht möglich, Erkundigungen einzuziehen. Im übrigen nehme ich den Standpunkt ein, daß ich

nicht verpflichtet bin, sofort namens des Magistrats Schritte zu tun, wenn der Stadtverordnete Wesemeier an mich schreibt. Das ist nicht meine Aufgabe. Ich erkläre, daß der Magistrat von der Sache nichts weiß, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die städtischen Behörden dem Magistrat die Kompetenz genommen haben in bezug auf die Pumpstation, indem sie Deputationen als zuständig in solchen Angelegenheiten erklärten. Infolgedessen kümmert sich der Magistrat grundsätzlich nicht um solche Sachen. Er ist auch beim besten Willen nicht imstande, die ganze Verwaltung im einzelnen zu beherrschen. Aber ich weiß Bescheid darüber, besonders, daß die Entlassung erfolgt ist; die Erklärung darüber habe ich entgegengenommen. Es ist auch Frau Homann bei mir gewesen und hat gefragt, ob ihr Mann nicht wieder in städtische Dienste eintreten könnte. Ich mußte ihr antworten, das hielte ich augenblicklich für ausgeschlossen, nachdem der Mann soeben vom Direktor von Feilich entlassen worden ist.

Nun möchte ich aber etwas Grundsätzliches wiederholen, das ich schon vor ein paar Jahren ausgesprochen habe: Ich halte es für bedenklich, wenn wegen der Gründe, die die einzelnen Betriebsverwaltungen zur Entlassung eines bestimmten Arbeiters veranlaßt haben, jedesmal hier über die Direktion soll zu Gericht geseffen werden. Das muß die Autorität der Betriebsverwaltungen in ganz bedenklicher Weise schädigen. Wenn der Arbeiter glaubt, daß er zu Unrecht entlassen ist, weiß er ganz genau, wohin er sich zu wenden hat: an mich als den Vorsitzenden der Deputation! Dann würde ich die Deputation sofort veranlaßt haben, sich mit dem Falle zu befassen, und wenn er mit der Entscheidung der Deputation nicht einverstanden war, hätte er sich an den Magistrat wenden können. Aber einfach sich an irgendeinen Stadtverordneten zu wenden, das halte ich für bedenklich. — Ich kann nicht sagen, ob in diesem Falle die Direktion vollständig korrekt vorgegangen ist, insbesondere würde ich es nicht für angemessen erachten, daß dem Manne aufgegeben wird, die Früchte zu entfernen, ehe sie reif geworden sind. Das würde ich nicht gebilligt haben, aber im allgemeinen ist es nicht richtig, derartige Einzelfälle hier zum Gegenstand der Besprechung zu machen.

Herr B u n g e beantragt Besprechung der Anfrage. Dafür stimmen acht Stadtverordnete. Die Besprechung ist sonach abgelehnt.

## **XIX. Anfrage Henking, betreffend Ankauf der Papaschen Tongrube.**

Die Anfrage lautet: Wie weit sind die Verhandlungen über den eventuellen Ankauf der Papaschen Tongrube nahe der Broihemerstraße gediehen?

Herr Henking (zur Begründung): Ich möchte durch die Anfrage erfahren, ob der Kauf schon definitiv abgeschlossen ist. Ich habe, wenn ich das hinzufügen darf, inzwischen Gelegenheit genommen, mich noch einmal nach den Verhältnissen zu erkundigen und mir die Longrube anzusehen. Ich bedauere, daß ein Beschluß gefaßt ist, die Grube anzukaufen, und möchte wissen, ob es möglich ist, den Ankauf noch hinauszuschieben oder ganz zu verhindern.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Sache wird so wie so noch einmal an die Stadtverordneten kommen.

Schluß der Sitzung 8½ Uhr.

---

# **Bericht**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 20. Oktober 1910.

### **Tagesordnung:**

I. Nachruf für den verstorbenen Stadtrat Geheimrat Max Fiedel und Einsetzung einer gemischten Deputation zur Regulierung seines Nachlasses . .	Seite 220
II. Sicherung von Bauforderungen . . . . .	" 223
III. Ausbau des Cyriaksrings zwischen Helenen- und Blumenstraße . . . . .	" 233
IV. Antrag Ackenhausen: Instandsetzung einer Teilstrecke der Salzbadlumerstraße . . . . .	" 234
V. Rechnungsabschlüsse der städtischen Licht- und Wasserverke mit Einschluß der Mühlen . . . . .	" 234
VI. Mitteilung über den Ausfall zweier Prozesse . . . . .	" 239
VII. Bewilligung eines fortlaufenden Jahresbeitrages für die „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ . . . . .	" 239
VIII. Erhöhung des Zuschusses zur katholischen Schule . . . . .	" 240
IX. Rechnungsabschlüsse für 1909/10 . . . . .	" 243
X. Anschaffung einer Schreibmaschine . . . . .	" 247

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Hettemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner, sowie während eines Teiles der Sitzung die Stadträte Heymann, Lord und Seele.

Entschuldigt die Herren Löhnefinke, Mohr, Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung gegen 4½ Uhr.

# I. Nachruf für den verstorbenen Stadtrat Geheimrat Max Jüdel und Einfegung einer gemischten Deputation zur Regulierung seines Nachlasses.

Vorsitzender: Meine sehr geehrten Herren. Seit wir uns zuletzt an dieser Stelle versammelt hatten, ist unser früherer Kollege, der später zum Stadtrat gewählte Max Jüdel aus dem Leben geschieden.

Die Bedeutung des Verstorbenen für unser engeres und weiteres Gemeinwesen ist vor acht Tagen von berufener Seite besser gewürdigt, als ich es hier kann. Die Wirksamkeit des Verstorbenen in unseren Sitzungen beginnt im Jahre 1888, wo er als Stadtverordneter gewählt wurde; von 1892 an war er Vorsitzender der Finanzkommission. Erinnern möchte ich von dieser Stelle nur daran, daß Max Jüdel, als er den Vorsitz der Finanzkommission übernahm, uns zuerst gelehrt hat, über die vielen Kleinigkeiten den Etat der Stadt im ganzen zu verstehen, daß man ein Verständnis für das Gesamtbild der Finanzwirtschaft der Stadt gewinnen mußte, damit man daraus die nötigen Schlüsse für die Entwicklung der Stadt ziehen könnte. Wenn wir heute die Finanzwirtschaft der Stadt als eine gesunde und günstige ansehen können, so verdanken wir das nicht an letzter Stelle seinem klugen Rat und seiner treuen Mitarbeit.

Was uns aber den Verstorbenen als Menschen wert machte, das war, daß er nicht wie der Mann im Evangelium über seinem Reichtum seine Seele verloren hatte. Vor nacktem Reichtum würden wir und kein Aufrechter sich beugen, vor dem warmen Herzen aber, das einen so weitherzigen Gebrauch von seinem Besitz machte, darf sich jeder in williger Anerkennung beugen. Mir war der Verstorbene deshalb persönlich lieb geworden, weil, obgleich er doch so oft und viel die Menschen von ihrer niedrigsten Seite sah, niemals in sein Herz eine Spur von Menschenverachtung zog. Vielmehr bewahrte er sich trotz aller Erfahrungen immer, ich möchte sagen, ein glückliches Kindergemüt im Geben und Schenken. Stets glaubte er an die Menschen, denen er gab; er war in des Wortes schönster Bedeutung ein fröhlicher Geber.

Und als der Verstorbene schließlich merkte, daß er sein Haus bestellen mußte, da hat er seine Vaterstadt in hochherziger Weise zum Erben von dem größten Teil seines Besitzes lektwillig eingesezt, damit die Stadt, wenn seine Hand es nicht mehr könnte, in seinem Namen und seinem Sinne die Werke der Nächstenliebe und Werke zur Förderung des Guten und Schönen fortsetzen könnte. Ich bin sicher, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich den herzlichsten Dank der Bürgerschaft hier öffentlich zum Ausdruck bringe. Ich knüpfe daran die Versicherung, der Name Max Jüdel wird in unserer Stadt alle Zeit in Ehren gehalten werden. Ich bitte Sie, geehrte Herren, zur Ehre des Verstorbenen sich von den Sitzen zu erheben.

(Die Versammelten erheben sich von den Sitzen.)

Ich stelle dies behufs Aufnahme ins Protokoll fest.

Endlich habe ich der Versammlung noch mitzuteilen, daß Se. Hoheit der Herzog-Regent das herzlichste Beileid bei dem Tode unseres Mitbürgers mir durch seinen Herrn Vertreter hat ausdrücken lassen.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Meine Herren! Gestatten Sie mir, Ihnen im Namen des Magistrats herzlich zu danken für die Teilnahme, die Sie an dem Verluste unseres Kollegen bewiesen haben. Gestatten Sie mir aber auch ferner, an dieser Stelle nochmals den Gefühlen aufrichtigen Bedauerns des Magistrats über den Verlust unseres leider so früh heimgegangenen Kollegen Ausdruck zu geben und damit den herzlichen Dank — wie das auch Ihr Herr Vorsitzender schon ausgesprochen hat — zu verbinden für das, was der Verstorbene im Leben und über den Tod hinaus für seine Vaterstadt getan hat. Ich glaube, ich darf sagen: Glückliche Stadt, in der ein so hochherziger, edler Bürger Sinn sich betätigt. Aber, meine Herren, ich bin der Ansicht, daß wir uns nicht auf die Worte des Dankes beschränken sollen, sondern daß wir unserm Dank am besten dadurch Ausdruck verleihen, daß wir getreu der Anordnung, die der Verstorbene hinsichtlich seines reichen Vermögens zugunsten seiner nothleidenden Mitbürger getroffen hat, seinen Willen ausführen. Da ergeben sich allerdings, wie wir schon jetzt gesehen haben, nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Der Herr Vorsitzende hat vorhin schon gesagt: Er war ein fröhlicher Geber. Das war er nicht nur der Nothlage einzelner Personen, sondern auch geschäftlichen Unternehmungen gegenüber, und daraus kommen die Schwierigkeiten, daß diese Geschäfte abgewickelt werden müssen. Nun liegt rechtlich die Sache folgendermaßen: Wenn der Stadt, wie in diesem Falle, eine Erbschaft zufällt, die zur Errichtung einer Stiftung verwandt werden soll, so hat der Magistrat sich bisher auf den Standpunkt gestellt, daß es ihm überlassen bleibt, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, die zur Regulierung des Nachlasses nötig sind. Die Stadt als solche ist nur Vermittler zwischen dem letzten Willen des Verstorbenen und der ins Leben zu rufenden Stiftung. Auch an dieser Erbschaft ist die Stadt als solche verhältnismäßig nur wenig beteiligt. Sie hat als Eigentum nur bekommen das Grundstück und einen Teil der Sammlungen und des Mobiliars zur Ausrüstung des Hauses. Auch für das Museum ist ein Teil bestimmt, aber sonst fällt alles der zu errichtenden Stiftung zu. Der Magistrat könnte den erwähnten Standpunkt einnehmen und sagen: Soweit nicht zur formellen Erledigung die Zustimmung der Stadtverordneten nötig ist, wie zum Verkauf von Grundstücken, bedürfen wir der Mitwirkung der geehrten Herren nicht. Wir



stehen auch auf dem Standpunkte, daß es nicht sachgemäß sein würde, über die einzelnen Unternehmungen hier in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, sondern daß es richtig ist und auch dem Sinne des Verstorbenen entsprechend, wenn diese Sachen, soweit Beschlüsse gefaßt werden müssen, durch eine mit entsprechender Vollmacht zu versehende gemischte Deputation erledigt werden. Wenn irgendwie Fragen kommen sollten, die ohne Zustimmung der geehrten Versammlung nicht erledigt werden können — und das wird der Fall sein —, dann hat selbstverständlich die Deputation die Pflicht, die Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Es würde sich also jetzt fragen, ob die Herren der Ansicht des Magistrats beipflichten. Ich bin beauftragt, Ihnen diesen Wunsch des Magistrats zu unterbreiten und möchte bitten, Beschluß darüber zu fassen und eventuell sogleich die Wahl vorzunehmen. Schon jetzt gehen Gesuche über Gesuche beim Magistrat ein von Leuten, die bisher von dem Verstorbenen unterstützt sind und nun weiter auf Zahlung derartiger Unterstützung rechnen. Wir können nicht ohne weiteres derartige Gesuche bewilligen; das Inventar muß erst aufgenommen werden und eine gewisse Nachlaßregulierung erfolgen. Deshalb ist uns daran gelegen, daß baldigst das besprochene Organ gewählt wird. Der Magistrat hält eine Deputation von vier Mitgliedern für genügend, zwei Mitglieder des Magistrats und zwei Stadtverordnete.

Herr Wolters: Meine Herren. Es scheint mir, als ob der uns eben vorgetragene Vorschlag des Magistrats dem Sinne des Erblassers entspricht. Wir werden recht daran tun, die Erledigung dieser das Privatleben berührende Angelegenheiten nicht vor dem öffentlichen Forum zu verhandeln. Zu diesen Sachen rechne ich in erster Linie geschäftliche Beziehungen zu dem Verstorbenen. Es würde nicht recht sein, wenn man diejenigen, die seine Güte erfahren haben, jetzt in die Lage kommen sollten, hier gewissermaßen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Ich empfehle den geehrten Herren, sich auch Ihrerseits zu dieser Deputation zu entschließen.

Herr Rönegen: Ich möchte mich den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters voll und ganz anschließen und als Mitglieder der Deputation aus der Stadtverordnetenversammlung die beiden Vorsitzenden vorschlagen. Ich glaube, die beiden Herren haben das größte Vertrauen unter uns, was schon durch ihre Stellung hier dokumentiert wird.

Herr Ahmann: Ich möchte vorschlagen, drei Stadtverordnete in die Deputation, und zwar außer den beiden genannten Herren noch Herrn Dr. Jasper zu wählen.

Auf eine Anfrage des Vorsitzenden, ob durch Stimmzettel entschieden werden solle, zwei oder drei Herren zu wählen, bemerkt

Herr Fröhling: Es liegen zwei bestimmte Anträge vor; ich glaube deshalb, die Angelegenheit braucht nicht durch Stimmzettel, sondern kann als direkter Antrag erledigt werden.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Herren derselben Ansicht sind. — Sind die Herren bereit, eine gemischte Deputation mit allen den Vollmachten auszurüsten, um die Nachlassenschaft des verstorbenen Geh. Kommerzienrats Jüdel zu regeln und für die Stadt in Besitz zu nehmen? — Die Herren haben so beschlossen.

Die Versammlung entscheidet sich weiter dafür, nur 2 Stadtverordnete in die Deputation zu entsenden, und wählt durch Stimmzettel die Herren Hauswaldt (29 Stimmen) und Wolters (26 Stimmen). 7 Stimmen entfielen auf Herrn Jäpper.

Vorsitzender: Ich habe noch mitzuteilen, daß die beiden Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung den Verstorbenen namens der Stadt nach Ohlsdorf begleitet haben, und daß seitens der Familie Jüdel ein Dankschreiben eingegangen ist.

## II. Sicherung von Bauforderungen.

Herr Wolters: Das Reichsgesetz vom 1. Juni 1909 über die Sicherung der Bauforderungen hat den Zweck, dem im Bauhandwerk hervorgetretenen Bauschwindel zu steuern. Dieser ist nach zwei Richtungen hin besonders bemerkbar geworden. Zunächst haben sich die Beträge, die ein Geldgeber zum Zweck des Baus hingegeben hat, in vielen Fällen verloren: sie sind nicht zum eigentlichen Bauzwecke verwandt, sondern zu beliebigen andern Zwecken. Andererseits und hauptsächlich sind darin Schäden hervorgetreten, daß die Handwerker mit ihren Forderungen bei Zwangsverkäufen ausgefallen sind und entweder der Eigentümer oder noch häufiger der letzte Hypothekgläubiger die Früchte der Arbeit der Handwerker dabongetragen hat. Dem Zwecke, diese beiden Mißstände zu heben, sucht das Gesetz in zweifacher Richtung zu entsprechen, indem einerseits eine Anzahl persönlicher Verpflichtungen, in der Regel dem Bauherrn, auferlegt werden, andererseits Vorschriften festgelegt werden, um den Bauhandwerkern ein dingliches Recht zu sichern.

So hat das Gesetz zwei Teile. Die persönlichen Vorschriften gehen im großen ganzen dahin, daß zunächst dem Bauherrn vorgegeschrieben wird, wie das

Baugeld verwandt werden soll, daß ein Baubuch zu führen ist, und daß derjenige, der den Bau übernimmt, seinen Namen an leicht sichtbarer Stelle des Baus bekanntmacht. Zur Sicherung der Baugelder, die dem Unternehmer zur Bestreitung der Kosten des Baus gewährt werden, soll entweder eine eingetragene Hypothek dienen oder erst nach Beendigung des Baus das Eigentum des Grundstücks an den Herleiher übertragen werden. Das erste hat die Voraussetzung, daß der Bau auf einem dauernd fremden Grundstück ausgeführt wird, das zweite, daß demnächst der Bauende das Grundstück erwirbt. Als Baugeld gelten insbesondere solche Beträge, die ohne nähere Bestimmung des Zwecks der Verwendung nach Maßgabe des Fortschreitens des Baus, und solche, die gegen eine als Baugeldhypothek bezeichnete Hypothek gewährt werden. Die mißbräuchliche Verwendung des Baugeldes ist unter empfindliche Strafen gestellt. Es steht darauf Gefängnis nicht unter 1 Monat und nur im Falle mildernder Umstände kann auf Geldstrafe bis 3000 *M* erkannt werden. Die zweite Vorschrift betrifft die Führung des Baubuchs. Hierin sind einzutragen: die Namen der beteiligten Baugewerbetreibenden, die Lieferungen, die von ihnen zu machen sind, die vereinbarte Vergütung, Abzahlungen und dergl. Auch die Unterlassung der Führung des Baubuchs oder dessen ordnungswidrige Führung ist unter Strafe gestellt: es sind wahlweise Geldstrafen bis zu 3000 *M* oder Gefängnis bis zu einem Jahre festgesetzt. Gleichfalls bestraft wird auch die Unterlassung der Veröffentlichung des Namens an der Baustelle. Alle diese Strafen treffen aber nur unter einer Voraussetzung ein, nämlich daß der Baugeldempfänger seine Zahlungen eingestellt hat oder daß der Konkurs über sein Vermögen verhängt ist, und daß gleichzeitig ein Bauhandwerker mit seinem Gelde zu Schaden gekommen ist. Die Strafvorschrift ist also nicht eine allgemeine, sondern sie ist besonders gebunden an die Folge des beiderseitigen Vermögensverlustes.

Der zweite Teil des Gesetzes vom 21. Juni 1909 über die dingliche Sicherung der Bauforderungen hat nicht zwingende Gesetzeskraft, sondern er bedarf erst der Einführung durch landesherrliche Verordnung. Sie wird nicht ohne weiteres erlassen, sondern erst, nachdem zuvor die Gemeindevertretung, die amtliche Handelsvertretung, die Handwerkskammer des Bezirks und die gesetzliche Arbeitervertretung gehört sind. Selbstverständlich ist wohl möglich, aber nicht anzunehmen, daß die landesherrliche Verordnung auch erfolgt gegen ein etwaiges Gutachten der versammelten geehrten Herren.

In diesem zweiten Teile des Gesetzes werden Bestimmungen getroffen über den Baubeginn, über die Rechte und Pflichten der Baugläubiger, über Bauhypotheken und Baugeldhypotheken, ferner Bestimmungen über ein Bauschöffenamts, Sicherheitsleistungen und dergl. Alles dies hat zum Ziel die Herbeiführung einer dinglichen Sicherung auf den Bau.

Zunächst der Baubeginn. Augenblicklich ist die Bauerlaubnis nicht allzu schwierig zu erlangen, es sind nur wenige Formalitäten beim Stadtbauamt zu erledigen, auch nicht nötig, daß ein Vermögensnachweis seitens des Bauenden geführt wird. Nun soll aber die Sache im Falle des Erlasses der landesherrlichen Verordnung anders werden. Der Betreffende muß dann in zweifacher Weise sich ausweisen. Diese beiden Unterscheidungen bitte ich festzuhalten. Der erste Weg ist, daß der Bauende ein Drittel der Baukosten beim Bauschöffenamt, einer zu diesem Zwecke besonders berufenen Institution, hinterlegt. Es besteht aus einem Vorsitzenden und vier Beigeordneten, die in Städten vom Stadtmagistrat ernannt werden. Dieses Bauschöffenamt hat die Gesamtkosten des Baus zu schätzen und ein Drittel davon hinterlegen zu lassen. Gegen den Nachweis der Hinterlegung wird dann die Bauerlaubnis erteilt. Nach Vollendung des Baues ergibt sich in diesem Falle weiter keine Schwierigkeit für den Bauenden, auch im Falle von eingetretenen Differenzen werden von ihm irgendwelche Leistungen durch das Gesetz nicht verlangt. Das Kriterium für die beiden Wege ist die Behandlung von Differenzen, die in zweifacher Weise möglich sind: mangelhafte Lieferung des Bauhandwerkers oder Zahlungsschwierigkeiten des Bauenden. Bei der Wahl des ersten Weges hat in Zukunft der Bauherr Forderungen wegen mangelhafter Lieferungen einfach einzuklagen. Im Falle von Differenzen, die Zahlungsfähigkeit des Bauenden betreffend, bürgt aber nur das hinterlegte Drittel. Es wird darüber verfügt wie bei der Zwangsversteigerung mit dem Versteigerungserlös. Für die letzten zwei Drittel der Kosten ist keine dingliche Sicherung vorhanden, der alte Zustand wäre hierin also erhalten.

Die Bauerlaubnis kann nach Erlaß der landesherrlichen Verordnung aber auch unter folgender Voraussetzung erteilt werden. Wer den Nachweis über die Hinterlegung eines Drittels der Baukosten nicht bringen kann, muß sich gefallen lassen, daß das Stadtbauamt beim Grundbuchamt die Eintragung eines Bauvermerks beantragt. Der Bauvermerk muß einen solchen Rang erhalten, daß dingliche Lasten nur bis zu drei Vierteln des Baustellenwertes ihm vorangehen. Sonst ist Sicherheit zu hinterlegen. Die Eintragung des Bauvermerks ist dann die Voraussetzung der Bauerlaubnis und die Einleitung zur demnächstigen Umwandlung in eine Bauhypothek mit dem Charakter einer Sicherheitshypothek.

Nachdem der Ingebrauchnahme des fertigen Bauwerks nichts im Wege steht, hat die Baupolizeibehörde im Amtsblatte diese Tatsache bekannt zu machen und die Interessenten aufzufordern, ihre Forderungen beim Bauschöffenamte innerhalb vier Wochen anzumelden. Die Anmeldung geschieht unter Wahrung bestimmter Formalitäten: es muß der Lieferungsvertrag beigelegt, der Nachweis der ausgeführten Leistung erbracht, also die Rechnungen eingeliefert, und schließlich etwaige Zessionen usw. glaubhaft gemacht werden. Darnach folgt das, was

man im Prozeßrecht das Sühneverfahren nennt. Auf Antrag eines der beiden Beteiligten hat eine Verhandlung zwischen Bauherrn und Bauhandwerker stattzufinden, um etwaige Differenzen zu erledigen.

Werden sie nicht erledigt, so werden nach Verlauf von vier Wochen seitens des Bauschöffenamts die angemeldeten Forderungen dem Grundbuchamt zum Zwecke der Eintragung einer Bauhypothek mitgeteilt: es wird der eingetragene Bauvermerk in eine Bauhypothek umgewandelt. Sie umfaßt die Gesamtmenge der angemeldeten Forderungen. Darin werden die einzelnen Berechtigten mit der Höhe ihrer Forderungen besonders aufgeführt.

Von Bedeutung sind nun die Rangverhältnisse zwischen Bauhypotheken und Baugeldhypotheken. Im allgemeinen gilt der Grundsatz: Wer zuerst eine Eintragung bewirkt, hat das stärkere Recht. So würde auch die vor einer Bauhypothek eingetragene Baugeldhypothek ohne weiteres schon aus zeitlichen Gründen den Vorrang behaupten. Nun gestaltet sich aber für den Fall, daß ein Bauvermerk vor der Baugeldhypothek eingetragen ist, die Sache folgendermaßen: Allmählich und stückweise rückt die Baugeldhypothek, die der aus dem Bauvermerk hervorgegangenen Bauhypothek ursprünglich nachsteht, vor diese voran, je nachdem von der Baugeldhypothek einzelne Summen zugunsten der Bauhandwerker verwendet werden.

Im Falle von schlechten Lieferungen hat der betr. Bauherr die Hypothek auf seinem Grundstücke ruhen, ist also in seinem Eigentum gebunden, und der Bauhandwerker hat trotz mangelhafter Lieferung ein dingliches Recht an dem Bau. Die Bauhypothek wird erst gelöscht, wenn der Bauherr entsprechende Sicherheit hinterlegt und der Bauhandwerker nicht binnen 14 Tagen klagt. Im Falle der Zwangsversteigerung ergeben sich drei Möglichkeiten: die Bauhypothek wird vom Ersteher übernommen oder sie fällt aus oder die Baugläubiger erwerben das Grundstück zu Gesamteigentum.

Nachdem das Reichsgesetz zustande gekommen war, haben die interessierten Kreise, Körperschaften und Behörden, zu dem Gesetze Stellung genommen. In erster Linie hat der „Innungsverband deutscher Baugewerkmeister“ im vorigen September auf seinem Delegiertentage in Schwerin die Frage erörtert, ob der zweite Teil des Gesetzes, der die fakultative Einführung der dinglichen Sicherung behandelt, gefordert werden soll. Der Verband ist bei seinen Beratungen nicht einerlei Meinung gewesen, im ganzen hat aber die Meinung, die von dem Referenten, Baurat Enke aus Leipzig, auf dem Tage vorgetragen ist, die Oberhand behalten. Von ihm wird anerkannt, daß der erste Teil des Gesetzes von segensreicher Wirkung gewesen ist, aber Kritik daran geübt, daß die Strafvorschriften an eine Voraussetzung geknüpft sind, nämlich der Zahlungsunfähigkeit oder

Konkursverhängung und einer Schädigung der Bauhandwerker, ferner daran, daß der bisherige eifrige Wunsch der Bauhandwerker nach dinglicher Sicherung nicht erfüllt ist. Es wird mit großer Energie die Forderung erhoben, daß der zweite Teil eingeführt wird, freilich nicht ohne große Kautelen, denn es wird vom Referenten gesagt, daß wegen der tief einschneidenden Wirkung des zweiten Teils genau geprüft werden müsse, ob und in welchen einzelnen Gemeinden er eingeführt werden solle. Von einer allgemeinen Einführung könne wohl abgesehen werden schon wegen der verschiedenartigen lokalen Verhältnisse im Reich. Es sei die Einführung nur da zu empfehlen, wo erhebliche Mißstände es erfordern.

Der Innungsverband deutscher Baugewerkmeister hat nun an die Regierungen Petitionen erlassen um Einführung oder Nichteinführung des zweiten Teiles je nach den Umständen, soweit ich übersehen kann, wohl ausschließlich um Einführung. Im Oktober vorigen Jahres ist auch an das Herzogl. Staatsministerium eine Petition gerichtet, es möchte durch landesherrliche Verordnung der zweite Teil eingeführt werden. Nun hat im Auftrage des Herzogl. Staatsministeriums die Herzogliche Baudirektion beim Magistrat angefragt, wie die städtischen Behörden über die Einführung des zweiten Teils denken, dabei auch ihr Gutachten für organisatorische Maßregeln, das Bauschöffenamts und dergl. betreffend, eingefordert. Ehe der Stadtmagistrat antwortete, hat er zunächst die Meinung der hiesigen Baugewerkinnung und der Handwerkskammer eingeholt. In einer ausführlichen Eingabe sprechen sich beide sehr energisch für die Einführung von Teil 2 aus, ganz besonders ist dies der Fall bei der Baugewerkinnung. Sie sagt: „Das Unwesen des Bauschwindels bedeutet eine schwere Schädigung für große Teile der Bevölkerung. 20 Jahre lang ist versucht worden, diesem Uebelstande, diesem Ruin der Moral, entgegenzutreten. Stets ist die Sache an formellen Bedenken gescheitert, und nun, nachdem Reichstag und Regierung ein Gesetz zustande gebracht haben, welches nur des Vollzuges harret, sind schon wieder die Totengräber an der Arbeit, um die Ausföhrung des Gesetzes zu verhindern und die Handwerkerkreise wieder schuglos dem Schwindel preiszugeben.“ Als Gegner des zitierten Gesetzes werden die Händler mit Baugrund bezeichnet, ferner diejenigen Personen, welche die Bebauungspläne herstellen lassen und gegen entsprechende Vergütung die sog. Baugelder besorgen und die Stroh männer beschaffen. Als Motiv der Innung für Einführung des zweiten Teiles bei uns wird ferner angeführt, die Befürchtung, daß bei Freiwerden des alten Bahnhofsterrains eine wilde Spekulation einsetzen würde, und darauf verwiesen, daß schon jetzt am Madamentwege, vor dem Wendentore, im Hägener Gebiet, auf Glinzmaroder und Rautheimer Feldmark große Baupläne erschlossen seien. In ähnlicher Weise spricht sich die Handwerkskammer aus. Sie führt

dasſelbe Motiv, den Bahnhofſneubau, an und ſagt ſchließlich noch, daß außer der Stadt Braunschweig auch noch andere braunſchweigische Städte (Helmſtedt, Blankenburg, Harzburg) für die Einführung des zweiten Theiles in Frage kommen können.

Mit dieſem Material legte der Magiſtrat die Sache in Ihre Hand. Die Vorlage des Magiſtrats hat folgenden Inhalt:

Zunächſt wird dem Befremden darüber Ausdruck gegeben, daß nach Anſicht der Hochbauinſpektion des Herzogthums es als wünſchenswert erachtet wird, den zweiten Theil in Braunschweig einzuführen, da von ſeiten des Magiſtrats das Baugewerbe der Stadt trotz der in früheren Jahren ſporadiſch aufgetretenen Bauſchwindel für ſo geſund gehalten wird, daß es eines Kappziums entbehren könne. Es ſei anzuerkennen, daß die den Baugewerbetreibenden durch den erſten Theil des Geſetzes auferlegten Pflichten auf die Entwicklung des Baugewerbes einen günſtigen Einfluß ausüben werden. Ob ſie ſich im Bezirk der Stadt als ausreichend erweiſen werden zur Gewährung des den Lieferanten und Bauhandwerkern wegen ihrer Bauforderungen gewünſchten Schutzes, ſtehe zurzeit dahin, immerhin ſei ihnen eine ſo große Bedeutung beizumessen, daß ſie den Wunſch gerechtfertigt erſcheinen laſſen, vor Anwendung der in die wirthſchaftlichen Verhältniſſe der Beteiligten tief einſchneidenden Vorſchriften des zweiten Abſchnitts ihre Wirkung erſt einmal kennen zu lernen. Die Auffaſſung der Handwerkskammer und der Baugewerkeninnung über das freiwerdende Bahnhofsgelände hält der Magiſtrat dann für fehlſam, wenn — wie das erſtrebt würde — das mit dem Umbau des Staatsbahnhofs in Verbindung ſtehende Grundſtücksgelände von der Stadt gemacht wird. Außerdem ſtänden der Einführung des zweiten Abſchnitts nicht unerhebliche Bedenken entgegen. Die Maßnahmen des Geſetzes erſchienen ungemein einfach, ihre Durchführung aber ſei mit mancherlei Schwierigkeiten und Beſchwereniſſen verknüpft, von denen die folgenden hervorzuheben ſeien: Die vom zu bildenden Bauſchöffenamte vorzunehmenden Schätzungen, ſowie das ganze damit im Zuſammenhang ſtehende Verfahren würden in hohem Maße verzögernd auf die Ertheilung der Baugenehmigung einwirken, das Bauunternehmen würde dadurch wegen der Zins- und Kapitalverluſte verteuert werden. Es werde auch die Beſchaffung des Baukapitals inſolge der Enttragung des Bauvermerks erſchwert werden, während bei Hinterlegung des einen Drittels der Baukoſten bezüglich der dieſes Drittel überſteigenden Baukoſten dem Bauſchwindel nach wie vor Thür und Thor geöffnet bleibe. Schließlich wird darauf hingewieſen, daß bei Erlaß der landesherrlichen Verordnung für die Stadt es wünſchenswert erſcheine, ſie auf das ganze Herzogthum, jedenfalls aber auf die den Stadtkreis als Vororte umgebenden Dorſſchaften auszudehnen, da ſonſt wohl damit gerechnet werden müßte, daß gerade durch den

Unterschied der Bauvorschriften innerhalb und außerhalb des Stadtgebiets der Bauzwindel vor den Toren der Stadt gezüchtet werden würde.

Obwohl schon bei der Beratung der Baukommission im Juni eine Anzahl Bedenken lebhaft geltend gemacht wurden, erklärte sie sich damals ihrer Mehrheit nach schließlich bereit, als Gutachten der Stadtverordneten zu empfehlen, daß solche landesherrliche Verordnung erlassen werden möchte. Aber schon am Schlusse der Sitzung wurde vom Magistrat in Aussicht gestellt, daß noch sehr wertvolles Material zu erwarten sei. Später ist das Material eingelaufen und aus diesem Grunde hat die weitere Beratung über die Vorlage nicht vor den Ferien stattgefunden. Das Material ist im wesentlichen: die Auskunft von 15 deutschen größeren Städten über die Einführung des zweiten Teiles bei ihnen und ein im Ministerialblatt für Handel und Gewerbe abgedruckter Erlaß, den der Kgl. Preuß. Herr Minister der öffentlichen Arbeiten und der Herr Minister für Handel und Gewerbe gegeben haben.

Die Antworten der befragten Städte besagen übereinstimmend, daß entweder die Einführung des zweiten Teiles von ihnen schon abgelehnt sei oder daß sie die Ablehnung empfehlen würden, oder aber, die Angelegenheit habe sie noch nicht beschäftigt.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist der Erlaß der preussischen Herren Minister. Der Minister für Handel und Gewerbe sagt darin: Schon bei den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus habe er sich dahin ausgelassen, man möchte einstweilen von Einführung des zweiten Abschnitts des Gesetzes absehen, es müsse zunächst versucht werden, auf Grund des ersten Abschnitts, sowie vor allem durch Anwendung des § 35, Absatz 5 der Gewerbeordnung eine Besserung zu erreichen. Der § 35, Absatz 5 sagt folgendes: „Der Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter, sowie der Betrieb einzelner Zweige des Bau-gewerbes ist zu untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in bezug auf diesen Gewerbebetrieb dartun usw.“ Der Erlaß fährt fort: Die Wirkung der Vorschriften über die dingliche Sicherung der Bauforderungen auf den Bauplatz läßt sich in ihrer ganzen Tragweite schwer voraussagen. Eine Schädigung des soliden, aber nicht kapitalkräftigen Bauunternehmers, sowie eine Verteuerung und Verlangsamung der Bauten, letzten Endes auch eine höhere Anspannung der Mietpreise, sind nicht ausgeschlossen. Gelingt es, den unzuverlässigen Bauplatzbesitzer durch Unterfugung des Betriebes das Bauen unmöglich zu machen, so werden die Bauplatzbesitzer vor Schädigungen bewahrt, ohne daß auch die soliden Bauunternehmer den mit der Einführung des zweiten Abschnitts des Gesetzes verbundenen Erschwerungen und Gefahren ausgesetzt werden.



Dieser an alle Regierungspräsidenten ergangene Erlaß sagt weiter, die Polizeibehörde solle sich von den zuständigen Körperschaften eine Liste der unzuverlässigen Personen einreichen lassen, besonders solcher, die bereits in Zahlungsschwierigkeiten gewesen, deren Grundstücke subhastiert seien oder die bereits den Offenbarungseid geleistet hätten. Diesen Elementen solle sie die Erlaubnis zum Baubetrieb entziehen. Gegen eine solche Verfügung sei Beschwerde beim preußischen Bezirksausschuß und Klage beim Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht zulässig.

In der erneuten Beratung auf Grund dieses Materials ist die Baukommission zu einer entgegengesetzten Ansicht wie früher gekommen, und zwar nach folgenden Ermägungen:

Schon die Resolution des Innungsverbandes deutscher Baugewerkmeister führt starke Bedenken gegen die Einführung des zweiten Teiles auf. Bei dessen tief einschneidender Wirkung solle man von Fall zu Fall prüfen, ob die Einführung zu empfehlen sei. Dies ist durchaus zutreffend. Die tief einschneidende Wirkung tritt nicht allein für das bauende Publikum, sondern auch für die Mieter und in letzter Linie in hohem Maße für die Bauhandwerker selbst ein. Für das bauende Publikum ergibt sich durch den doppelten Weg des Gesetzes ein ganz merkwürdiger Widerspruch: Wer imstande ist, aus eigenen Mitteln oder durch Voranschuß anderer ein Drittel des Baugeldes zu hinterlegen, ist den ganzen Schwierigkeiten des zweiten Weges freilich überhoben. Wenn man aber annimmt, daß diese Hinterlegung eine volle oder wesentliche Hilfe dem Bauhandwerker bringen wird, so ist das ein Irrtum. Zunächst ist durch die Hinterlegung das Strohännerwesen nicht aus der Welt geschafft; im Gegenteil: zu Anfang des Baues werden interessierte Kreise das eine Drittel gern hergeben. Wegen der restlichen zwei Drittel ist aber eine dingliche Sicherung nicht vorhanden. In diesem Punkte ist der Referent des Innungsverbandes in einem starken Irrtum begriffen. Er sagte darüber: „Der Herr Vorredner setzte voraus, daß, wenn das Drittel Baukosten hinterlegt ist, die liefernden Handwerker sich keine während des Baues fälligen Zahlungen bedingen. Ich glaube, so vertrauensfelig ist bisher kein Handwerker gewesen und wird es auch in Zukunft nicht sein. — Ich kann mir aber nicht denken, daß sich jemand während der ganzen Dauer des Baues die bedungenen Abschlagszahlungen vorenthalten lassen wird.“ Das ist genau dasselbe, wie es heute schon ist, denn die Bauhandwerker haben sich bei der heutigen Sachlage auch schon Zahlungen ausbedungen. Eine andere Sache aber ist es, daß sie sie nicht bekommen. Das geschieht in diesem und dem andern Falle genau ebenso nicht; es fehlt eben die dingliche Sicherung.

Durch den zweiten Weg der Eintragung eines Bauvermerks werden eine Menge Schwierigkeiten erwachsen, solche ethischer Natur und solche, die den

Geldbeutel betreffen. Es ist nicht angenehm, daß sich jemand auf sein Grundstück einen Bauvermerk eintragen lassen soll. Unangenehm sind die Schwierigkeiten mit der Baupolizei, sie werden in Zukunft noch wachsen. Die Hauptsache aber ist: es kommen wesentliche finanzielle Schädigungen in Frage, die Konfiskation von einem Teile des Vermögens des Bauenden. Für Eintragung des Bauvermerks ist ein Viertel des Wertes der Baustelle freizuhalten; mit andern Worten: Ist die Baustelle 40 000 *M* wert, so kann bis zu 30 000 *M* das Grundstück anderweitig dinglich belastet sein, aber von diesen 30 000 *M* an muß der Bauvermerk eine freie Stelle finden. Hier widersprechen sich die Interessen des Grundbesitzers mit denen des Bauhandwerkers. Man sollte annehmen, daß für die Bauhandwerker als dingliche Sicherung der dingliche Wert der Lieferungen genügen müsse. Der zweite finanzielle Gesichtspunkt ist die Tatsache, daß das Baugeld schwieriger zu beschaffen sein wird. Jetzt ist freilich der Bauhandwerker ungünstig, aber der Baugeldgeber günstig daran; der Baugeldgeber läßt sich jetzt an guter Stelle die Bauhypothek eintragen. Durch Regelung nach dem zweiten Teil des Gesetzes tritt aber der entgegengesetzte Fall ein: an den Schluß kommen wird die Hypothek des Baugeldgebers, während die Bauhandwerker voranrücken. Schwierig wird die Erlangung des Baugeldes sein, wenn die Baukosten den Anschlag überschreiten. Das kommt beim Privatmann vor wie bei den feinsten Verwaltungen. Hinzu kommen die Schwierigkeit und die hohen Kosten des Grundbuchswezens.

Schließlich die lokale Frage bei uns: Die Baukommission steht auf dem Standpunkte, daß die Befürchtungen der Baugewerkeninnung und der Handwerkskammer bezüglich des Bahnhofsneubaus nicht zutreffen, sowohl, wenn die Stadt das Grundstücksgeschäft macht, als wenn der preußische Staat es übernimmt. Im ersten Falle haben es die Stadtverordneten in der Hand, den Verkauf des Geländes allmählich nach ihrem Ermessen zu bewilligen, im zweiten Falle ist von Preußen ein geregelter, allmählicher Verkauf auszubedingen. Das würde nach den vom preußischen Herrn Minister gegenüber unserm Herrn Oberbürgermeister bei der mündlichen Verhandlung gegebenen Erklärungen auch stattfinden. So sei auch in andern Fällen verfahren, z. B. in Frankfurt a. M.

Die Baukommission verwirft also die Einführung vom zweiten Teile des Reichsgesetzes, erblickt aber eine wesentliche Besserung der anerkannten Mißstände im Bauwesen darin, daß der von den preußischen Herren Ministern für jenen Bundesstaat gewiesene Weg auch im unsrigen beschritten wird. Damit erhält das Bauhandwerk eine Hilfe, ohne die starken Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, die die Einführung vom zweiten Teile des Reichsgesetzes nach sich ziehen würde.

Die Baukommission beantragt daher:

Die Versammlung wolle sich gutachtlich dahin aussprechen:

1. die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes werde nicht für empfehlenswert erachtet.
2. Der Magistrat möge den zuständigen Behörden gegenüber den Wunsch aussprechen, daß von § 35, Absatz 5 der Reichsgewerbeordnung ein recht ausgiebiger Gebrauch gemacht werde.

Herr K i e l e: Meine Herren! Als vor acht Wochen von Herrn Wolters in der Baukommissionsitzung die vorliegende Sache vorgetragen wurde, sagte ich schon damals, daß ich einem solchen Gesetze nicht zustimmen würde, schon lediglich aus der Begründung, daß dieses Gesetz 25 Jahre zu spät komme. Heute kennen wir keinen Bauschwindel in Braunschweig. Wenn damals davon die Rede war, so war das berechtigt in Rücksicht auf die traurige Bauweise, in betreff des Materials und derjenigen Elemente, die sich das Kapital zum Bauen auf leichte Weise verschafften. Ein solches Gesetz würde heute nur die Folge haben, daß die Mieten ins Unendliche emporstiegen und noch viel weniger gebaut würde. Damit schnitten sich die Handwerker ins eigene Fleisch, denn wenn nicht gebaut wird, können sie nicht existieren. Daß eine regelmäßige Bautätigkeit sich so schon nicht regt, sehen Sie daran, daß es vorgekommen ist, daß Beamte von der Bahn oder von der Post hier keine Wohnung finden konnten, geschweige denn die Arbeiter, die 200 oder 300 *M* für die Wohnung ausgeben wollen. Solcher Wohnungen standen im Wohnungsanzeiger zwei oder drei. Ich meine, ein gewisser Prozentsatz von leerstehenden Wohnungen muß in einer Stadt, die auf Zuzug rechnet, immer vorhanden sein, ohne daß man von einem Wohnungsüberfluß reden kann. Dem Bedürfnis nach kleinen Wohnungen ist heute keine Rechnung getragen, darum ist es am Platze, daß wir die Bautätigkeit durch erschwerende Bedingungen nicht noch mehr einengen. Davon haben alle Vorteil: der Kapitalist, der das Baugeld hergibt, kann sein Geschäft in ruhigen Bahnen machen, der Bauhandwerker macht sein Geschäft und für die Mieter können gesunde Wohnungen geschaffen werden. Ich stehe auf dem Standpunkte der Baukommission, die auch einstimmig beschlossen hat, von Einführung des zweiten Teiles abzusehen.

Herr S a n d e r: In erster Linie muß ich bedauern, daß über eine so wichtige Sache, wenn wir uns auch nur gutachtlich dazu äußern sollen, uns keine schriftliche Vorlage zugegangen ist. Wenn man den Punkt der Tagesordnung liest, weiß man nicht genau, was damit gemeint ist, kann sich infolgedessen nicht genügend auf solche Sachen präparieren. — Zur Sache selbst stehe ich ganz und

gar auf dem Standpunkte des Herrn Referenten. Er hat so ausführlich die Schäden klargelegt, daß es sich erübrigt, noch etwas hinzuzusetzen. Als Bauhandwerker bin ich auch der Meinung, die Herr Riefe ausgesprochen hat, daß sich die Bauhandwerker durch Erlaß des zweiten Teiles ins eigene Fleisch schneiden würden. Das Bauen würde erschwert werden nicht nur für die unlauteren, sondern auch für die soliden Bauunternehmer. Wer das Geld zum Bauen selbst besitzt, baut nur, wenn er für sich selbst eine Villa haben will, aber keine Häuser, um Wohnungen zu vermieten. Also auch die soliden Bauunternehmer sind auf fremdes Kapital angewiesen und werden durch den zweiten Teil in viel härterem Maße als die unlauteren Elemente getroffen. Das Baugeld zu bekommen, wird sehr erschwert werden. Ich schließe mich der Meinung der Baukommission an.

Vorsitzender: Daß Ihnen nichts Schriftliches über diesen Punkt zugegangen ist, liegt daran, daß mir weder von der Kommission noch vom Referenten Material zugegangen ist, das zu vervielfältigen war. Nur den Antrag des Magistrats zu vervielfältigen, hatte keinen Zweck. Wenn die Kommissionen den Wunsch aussprechen, daß Sachen vervielfältigt werden sollen, wird es selbstverständlich immer geschehen.

Der Antrag der Kommission wird einstimmig angenommen.

### III. Ausbau des Cyriaksringes zwischen Helenen- und Blumenstraße.

Ein Antrag des Malermeisters Schmitz, auf seine Kosten im Zuge des Cyriaksringes einen ordnungsmäßigen Zugangsweg einzurichten und diesen mit Kanal zu versehen, hat der städtischen Bauverwaltung Anlaß gegeben, erneut den Bau der betr. Strecke des Cyriaksringes zu empfehlen. Sowohl der in Betracht kommende Verkehr, als auch die vorhandene Baulust spricht für diesen Vorschlag. Das Projekt umfaßt auch noch die sich nördlich anschließende Strecke des Ringes bis 36 m über die Laffertstraße hinaus. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, genehm zu halten, 1. daß das Projekt zu Lasten des Extraordinariums zur Ausführung gebracht und der betr. Straßenzug zur Ortsstraße erklärt wird, 2. daß die zur Kanalisierung der Straße veranschlagten 7600 *M* zu Lasten des Neubau-Etats der Kanalbaukasse zur Verfügung gestellt werden.

Herr Riefe erstattet namens der Baukommission Bericht über die Vorlage und führt weiter aus: Die Straße soll eine Breite von 24 m erhalten, wovon 12 m auf die Fahrbahn und je 6 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Die Kosten belaufen sich auf 70 403 *M*, für das laufende Meter auf 270 *M*. Der Baukommission hat Vorlage nebst Projekt, Kostenanschlag und Kostenverteilungsberechnung vorgelegen; sie gibt Ihnen Genehmigung anheim.

Herr W e s e m e i e r: Es freut mich, daß man auch von seiten des Stadtmagistrats den Vorschlag macht, eine Straße über das angeforderte Terrain hinaus zu bauen. Es wäre hier Gelegenheit gegeben, weiter zu gehen und den Ring bis zur Broikemerstraße auszubauen. Ich möchte dazu die Anregung geben, weil in der vorigen Sitzung durch Mitteilung über die Anfrage der Eisenbahndirektion Magdeburg zum Ausdruck gekommen ist, daß die Wohnungsnot hier sehr groß ist und die Stadt alle Ursache hat, fördernd auf das Bauen einzugreifen. Hier wäre die beste Gelegenheit, Baulterrain, das als Garten- und Ackerland vorhanden ist, aufzuschließen, und ich zweifle keinen Augenblick daran, daß die Bautätigkeit sich dort beleben würde, wenn die Stadt den Cyriaksring bis zur Broikemerstraße ausbaute. Es müssen von seiten der Stadt einmal ordentlich Mittel angewandt werden, um die Kalamität der Wohnungsnot zu beheben, wenn auch die Stadt beim weiteren Ausbau der Straße etwas Zinsverlust hat. Ich möchte deshalb den Magistrat bitten, in recht kurzer Zeit einen weiteren Plan vorzulegen wegen Ausbau des Cyriaksringes bis zur Broikemerstraße, dann weiter bis zum Madamentwege, und so den Ring um die Stadt etwas schneller zu schließen, als heute beabsichtigt.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

#### IV. Antrag A d e n h a u s e n: Instandsetzung einer Teilstrecke der Salzdahlumerstraße.

Herr R i e k e: Der Stadtverordnete Adenhausen hatte folgenden Antrag gestellt: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die östliche Seite der Salzdahlumerstraße von der Elmstraße ab ebenso zu befestigen, resp. instandzusetzen, wie die westliche Seite.“ Bei der Verhandlung über diesen Antrag in der Baukommission, zu der Herr Adenhausen zur Begründung hinzugezogen war, hat er den Antrag zurückgezogen, weil der Herr Bürgermeister erklärte, daß schon von seiten des Magistrats die städtische Baubewertung er sucht sei, einen Kostenanschlag für die Befestigung zu machen. Es handelt sich nicht um eine Belegung mit Platten, sondern um eine Begrandung. Wenn die Baubewertung keinen weitergehenden Plan einreicht, hat sich der Magistrat mit der Begrandung einverstanden erklärt. Der Antrag Adenhausen wird also zurückgezogen.

#### V. Rechnungsabschlüsse der städtischen Licht- und Wasserwerke mit Einschluß der Mühlen.

Der Magistrat überreicht den Stadtverordneten den Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke und der städtischen Wasserwerke mit Einschluß

der städtischen Mühlen in der Zeit vom 1. April 1909 bis 31. März 1910. Der vereidete Bücherrevisor Heyne, hier, hat die betr. Rechnungen, Abschlüsse und die Bücher geprüft und berichtet, daß die sämtlichen Geschäftsbücher in ordnungsmäßiger, übersichtlicher und richtiger Weise geführt sind. Der Magistrat gibt anheim, der Entlastung der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke zustimmen zu wollen.

Die erzielten Ueberschüsse der Gas- und Wasserwerke im Betrage von 400 091,48 *M* sind bestimmungsgemäß mit  $\frac{1}{2}$  dem Ausgleichsfonds und mit  $\frac{1}{2}$  (80 018,30 *M*) dem Ordinarium der Rämmereikasse zu übertreiben, während der zu 32 154,49 *M* ermittelte Reinertrag der Neustadtmühle nach der Vereinbarung der städtischen Behörden dem Extraordinarium der Rämmereikasse diesmal noch in voller Höhe als teilweiser Ersatz der ihm zur Last gelegten Mühlenumbaukosten zuzuführen ist.

Herr W o l t e r s erstattet über die Vorlage Bericht und macht zunächst über die Rechnungssablage für das Gaswerk folgende Bemerkungen: Der Privatkonsum stellte sich 1909/10 auf 6 502 000 cbm gegen 6 442 000 cbm im Vorjahre. Es ist also ein Zuwachs von 60 000 cbm zu verzeichnen. In dem jetzt abgelaufenen ersten Halbjahr 1910/11 ist der Absatz von Gas wiederum etwas gewachsen. — Der Benzolzusatz ist im letzten Berichtsjahr geringer gewesen, das Gas ist also besser geworden. Die verbrauchte Kohlenmenge ist dieselbe geblieben. Die Gestehungskosten für die Stadt betrugen im abgelaufenen Jahre für 100 cbm erzeugtes Gas 9,45 *M*, für Ruhgas 9,95 *M*. Der Einheitspreis ist jetzt auf 14 *S* für das Kubikmeter festgesetzt. In den letzten beiden Jahren wurden durchschnittlich bezahlt 14,31 *S* und 14,43 *S*. Wir haben also einen Abfall in der Preisgestaltung um 0,31 *S*. Der Gewinn beläuft sich auf 287 000 *M* gegenüber 237 000 *M* im Voranschlage. Zu dem Anlage- und Grundstückskonto ist zu bemerken: Der Bestand vom 1. April 1909 ist unverändert aufgeführt; das entspricht dem Beschlusse vom November vorigen Jahres: der bisherige Wert der Gebäude an der Münzstraße soll voll in den Büchern verbleiben, dagegen der Wert des Neubaus in der Kleinen Burg nicht angerechnet werden. In der Gewinn- und Verlustrechnung finden wir eine Ersparnis an Kohlen von 36 000 *M* trotz des höheren Absatzes. In der Befoldung der einzelnen Personen ist eine Erhöhung eingetreten, dagegen ist die Gesamtmenge der Löhne um rund 10 000 *M* geringer geworden. Grund dafür ist die bekannte neue technische Ausrüstung des Gaswerks. — Der Gesamtwert der Werke steht am 31. März mit 1 186 000 *M* zu Buche. Dabei ist der ganze Neubau als Amortisation behandelt; das Werk haben wir also viel niedriger in den Büchern stehen, als es uns kostet. Sie erkennen daran die vorsichtige Buchführung.

Herr Tolle: Ich möchte anfragen, ob es nicht möglich wäre, den Gaspreis zu ermäßigen. Wenn wir die Einnahmen für die Nebenprodukte und die Rückstellungen abziehen, so betragen die Selbstkosten für die Stadt nach der vorliegenden Rechnung 6,54 *M* für 100 cbm. Wir erheben 14 *M* für dasselbe Quantum. Zu bedenken wäre doch, daß das Gaswerk nicht hauptsächlich dazu da ist, um aus den Einnahmen für die Stadt nötige Ausgaben zu bestreiten. Die Konsumenten haben doch ein Recht darauf, daß ihnen einigermaßen der Preis des Gases berechnet wird nach den Produktionskosten. Deshalb möchte ich bitten, den Magistrat zu ersuchen, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob der Gaspreis nicht auf 12 oder 13 *S* zu ermäßigen sein wird.

Vorsitzender: Eine solche Rechnung verstehe ich nicht. Sie können die Kosten für die Gaserzeugung doch nur erhalten, wenn Sie Betriebskosten, Zinsen, Tilgung zusammenrechnen und auch noch die Rückstellungen dazunehmen. Diese zu machen, sind wir gezwungen. Ich möchte wissen, wohin wir gekommen wären, wenn wir das nicht getan hätten und jetzt das neue Gaswerk auf Pump hätten bauen müssen!

Herr Tolle: Der Prozentsatz für die Rückstellungen beträgt 27 Prozent, und wenn ich die Einnahmen für die Nebenprodukte erst abziehe, so sind es sogar 44,5 Prozent. Ich meine also, daß der Betrag für die Rückstellungen etwas sehr hoch gegriffen ist.

Herr Löschigk: Ich wäre dafür, den Preis nicht mehr herunterzusetzen, wenn nur das Gas gut geliefert wird. Es wird viel geklagt, daß das Gas nicht mehr so gut sei wie früher. Deshalb hätte ich den Wunsch, daß darauf das Augenmerk mehr gerichtet wird.

Herr Wolters: Aus den Aufstellungen über den Reservefonds bitte ich zu ersehen: Es wurden ihm 240 000 *M* überwiesen und 143 000 *M* entnommen. Darunter befinden sich für die Erweiterung des Werkes an der Taubensstraße 78 000 *M*, für das Hauptrohr und für Laternenanlage 13 000 *M*, für die Preßgasanlage 29 000 *M*, für neubeschaffte Gasmesser 12 000 *M*. Sie sehen daraus, was alles im abgelaufenen Jahre aus dem Reservefonds geleistet werden mußte.

Herr Oberbürgermeister Nettemeyer: Ich erkenne ohne weiteres an, daß, nachdem wir die etwa 925 000 *M* betragenden Kosten der Erweiterung des Gaswerks aus Ueberschüssen, die wir allmählich angesammelt hatten, bestritten haben, der Reservefonds verhältnismäßig gut dotiert ist, auch, daß es möglich sein würde, den Gaspreis noch weiter zu ermäßigen, kann aber nicht anerkennen,

daß die Abnehmer ein Recht auf Herabsetzung des Gaspreises hätten. Wenn wir ein Gaswerk betreiben, sind wir doch als Kaufmann anzusehen. Kein Kaufmann wird sich gefallen lassen, daß seine Kunden sagen: „Du mußt den Preis für deine Ware heruntersetzen.“ Er wird erwidern: „Das habe ich mir zu überlegen.“ Für städtische Verhältnisse hat die Sache selbstverständlich eine Grenze insofern, als die Behörden den Preis nicht in den Tag hinein festsetzen werden, sondern angemessen den gemachten Leistungen. Aber eins bitte ich noch zu berücksichtigen. Es ist meinen Erfahrungen nach immer das Schlimmste für die Verwaltung der Stadt gewesen, wenn die Steuern erhöht werden mußten. Nichts ist leichter, als große Verwaltungen in Ordnung zu halten, wenn man den Bürgern sagt: „Zahlt, dann können wir verwalten!“ Da halte ich es für richtiger für die Stadt, wirtschaftliche Anstalten zu betreiben, die Ueberschüsse einbringen. Wenn die Einnahmen daraus sich mit den Leistungen decken, die die Stadt gewährt, dann können die Konsumenten zufrieden sein. Und wenn dann die Stadt einen höheren Preis für Gas festgesetzt hat, als durchaus erforderlich ist, so kommt das den Konsumenten wieder zugute, denn dann brauchen wir die Steuern nicht zu erhöhen. Eine Steuererhöhung bringt die Stadt am meisten in Mißkredit, wenn Fremde von außerhalb zuziehen wollen. Ob wir 14  $\text{M}$ , 13½ oder 12  $\text{M}$  für das Gas zahlen, bringt denn das für den einzelnen im Jahre so viel? Wenn es nicht gar zu sehr drückt, möchte ich Herrn Tolle bitten, die 14  $\text{M}$  für das Gas weiter zu zahlen.

Herr Henking: Der Herr Referent hat die Bemerkung gemacht, daß das Gas im letzten Jahre gut gewesen sei. Zu meinem Bedauern kann ich ihm nicht beipflichten. Wir haben in unserm Hause recht viel über das Gas zu klagen gehabt. Ob das nun an den Versuchen gelegen hat, neue Kohlen zu verwenden, oder an andern Verhältnissen, will ich dahingestellt sein lassen. Ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß Herr Direktor von Feilich nun mit Experimentieren aufhören und gutes Gas liefern möge, dann habe ich gegen den Preis nichts einzuwenden.

Herr Wolters: Der Direktor der Gaswerke ist schon auf dem Wege, der ihm gewiesen werden soll. Die Güte des Gases hängt mit der Menge des Benzolzusatzes zusammen. Dieser hat einige Mißstände zur Begleitung, von welchen der Herr Vorredner gesprochen hat. Es kommen dadurch Ablagerungen in den Gasrohren vor, sie resultieren aber jedenfalls nicht aus dem letzten Jahre. Der Benzolzusatz betrug 1906/07 879 000 kg, 1907/08 ging er auf 211 000 kg herab und beträgt nun 154 000 kg. Ich glaube also, der Gasfabrikdirektor schlägt den gewünschten Weg schon ein.



Ueber die Rechnungsablage für das Wasserwerk gibt der Referent, Herr Wolters, folgende Bemerkungen:

Die Wasserförderung ist im Rechnungsjahre geringer gewesen als im Vorjahre, jedoch seit März 1902 um 40 Prozent gewachsen. Im letzten Jahre betrug der Höchstabjaß in einem Tage 20 700 cbm. Einem Wunsche möchte ich namens der Finanzkommission Ausdruck geben, nämlich daß in diesem Bericht die schönen Tabellen von früher nicht fehlen möchten, die in ausgezeichnete Weise Aufschluß über zwei Punkte gaben: über den Wasserstand im Sammelbrunnen und die chemische Zusammensetzung des Wassers. Es lassen sich mit Sicherheit daraus Schlüsse ziehen auf die Ergiebigkeit des Geländes und aus welchen Tiefen das Wasser geholt ist. Beide wirken zusammen, um die zukünftige Ergiebigkeit des Geländes in Ueberschlag zu bringen. — Der Gehalt an Chlor im Leitungswasser ist in die Höhe gegangen, aber der Eisengehalt, obgleich er im Rohwasser um die dreifache Menge gestiegen ist (von  $2\frac{1}{2}$  auf 8), im Reinstwasser auf 0,05 lmg verblieben, ein Zeichen für die gute Arbeit der Filter. — Ein Teil der Kosten des neuen Wasserwerks bei Rünningen ist schon aus dem Reservefonds bestritten, der größte Teil ist aber noch rückständig. Den Herren ist wohl noch erinnerlich, daß das neue Werk ungefähr 600 000 M beanspruchen wird. Da der Reservefonds am 31. März 1910 nur einen Bestand von 490 864,66 M aufweist und hieraus die Kosten für den Neubau zu bestreiten sind, so hat die Finanzkommission beschlossen, den Herren zu empfehlen, außer der im Bericht schon verzeichneten Rückstellung von 100 000 M für den Reservefonds auch noch den verbleibenden Gewinn von 112 552,79 M dem Reservefonds zuzuführen, und nicht — wie es nach unserer Ordnung für die Verwendung der Gewinne normal wäre —  $\frac{4}{5}$  dem Ausgleichsfonds und  $\frac{1}{5}$  dem Ordinarium.

Das Privat-Einrichtungs-Geschäft hat einen Gewinn von 43 000 M eingetragen, das ist ein kleiner Rückgang gegenüber dem Vorjahre.

Ueber die Rechnungsablage für die Neustadtmühle bemerkt Herr Wolters:

Der Gewinn betrug im Rechnungsjahre 1909/10 32 000 M, gegen 15 000 M und 8200 M in den beiden Vorjahren. Er ist also innerhalb zwei Jahren auf die vierfache Höhe gekommen.

Vorsitzender: Ich bitte diejenigen Herren, die mit der Entlastung der Verwaltung der städtischen Gaswerke, der städtischen Wasserwerke und der Neustadtmühle einverstanden sind und den Magistrat ersuchen wollen, statt 100 000 M den ganzen Gewinn des Wasserwerks im Betrage von 212 552,79 M

dem Reservefonds zuzuführen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Die Herren haben so beschloffen.

## VI. Mitteilung über den Ausfall zweier Prozesse.

Herr Woge (für die Statutenkommission): Zwischen der Stadt und der Aktienbierbrauerei Streitberg haben zwei Prozesse geschwebt. Im ersten klagte die Brauerei auf Anerkennung, daß ihr ein Recht auf Benutzung der Hälfte der Wasserkraft des östlichen Okerarmes bei Eisenbüttel für ein Triebwerk auf dem Grundstück Heinrichshafen zustehe. Der Prozeß ist zugunsten der Stadt entschieden. Im zweiten Prozeß klagte die Stadt gegen die Brauerei, durch Urteil festzustellen, daß dem Grundstück Heinrichshafen ein Recht auf Mitbenutzung des Brunnens der vormalig fiskalischen Mühle in Eisenbüttel nicht zustehe. Auch in diesem Falle hat die Brauerei den Klageanspruch anerkennen müssen.

## VII. Verwilligung eines fortlaufenden Jahresbeitrages für die „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“.

Seit 1906 ist unter Beteiligung zahlreicher Behörden, Vereine, Körperschaften und Einzelmitglieder in Berlin die obenbezeichnete Veranstaltung geschaffen, die in ausgedehnterem Maße als die durch sie ersetzte „Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen“ gemeinnützig wirkt. Sie hat in erster Reihe den Zweck, durch Herstellung einer Verbindung zwischen den mannigfachen freien Organisationen auf dem Gebiete der Wohlfahrtsbestrebungen diese in ihrer Entwicklung zu unterstützen, Verbesserungen anzuregen, der schädlichen Zersplitterung der Kräfte entgegenzuarbeiten und im Bedarfsfalle die Begründung neuer Einrichtungen herbeizuführen. Sie gilt zugleich als Sammel- und Auskunftsstelle für Fragen der Volkswohlfahrt, erstattet auf Anfragen Gutachten, stellt Anträge, ist literarisch ein Mittelpunkt für Wohlfahrtsangelegenheiten, veranstaltet Vorträge, Tagungen, Besichtigungsreisen und dergl. Im Juni d. J. hat die Zentralstelle ihre gut besuchte Konferenz hier abgehalten. In Anerkennung der hohen Ziele, die sich die Zentralstelle gesteckt hat, ist die Stadt Braunschweig ihr mit einem Jahresbeitrage seit dem 1. April 1909 beigetreten. Der Magistrat ersucht, diesen Betrag bis auf weiteres vom 1. April 1911 ab in den Stadthaushaltsplan unter Kap. VII der ordentlichen Ausgaben der Räumereikasse einzustellen.

Herr Leue erstattet namens der Finanzkommission über diesen Punkt der Tagesordnung Bericht und erwähnt dabei: Eine Menge literarischer Veröffentlichungen der Zentralstelle sind mir als sehr zweckmäßig erschienen, z. B. Heft 12

über planmäßige Schwindsuchtsbekämpfung, Heft 7: Zweckmäßige Einrichtung und Ausgestaltung der Krankenkassen, ferner die Hefte über Fürsorge für Säuglinge, Belehrungen über Giftgefahren in gewerblichen Betrieben. Im ganzen sind schon mehr als 30 Hefte erschienen, die der Belehrung auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt dienen. Die Finanzkommission gibt durch mich Zustimmung zu dem Antrage des Magistrats anheim.

Die Einstellung der 100 *M* in den Haushaltsplan wird bewilligt.

### VIII. Erhöhung des Zuschusses zur katholischen Schule.

1. Seit dem 1. April 1901 wird aus der Kämmereikasse zu den Kosten der katholischen Schule hier ein Zuschuß von 25 *M* für jedes einheimische Kind gezahlt, während früher nur 15 *M* für jedes Kind zugesprochen wurden.

Der Kirchenvorstand der katholischen Kirche hat seit mehreren Jahren wiederholt an den Magistrat die Bitte um abermalige Erhöhung des Zuschusses gerichtet, während Anträge wegen der Uebernahme der Schule auf die Stadt neuerdings nicht mehr gestellt sind, übrigens auch bei den grundsätzlich entgegenstehenden schweren Bedenken keine Aussicht auf Erfolg haben würden.

Die Erhöhungsgesuche sind teils mit der verhältnismäßig starken Inanspruchnahme der katholischen Einwohner durch kirchliche Steuern infolge der Schulunterhaltungslast, die auf der katholischen Kirchengemeinde ruht, teils mit dem Verlangen begründet, den Unterricht, den Schulbetrieb und die gesundheitlichen Einrichtungen der Schule den hiesigen Bürgerschulen nicht nachstehen zu lassen.

Wenn Klagen über Unzulänglichkeit des Stadtzuschusses erhoben sind, so ist dabei nach den Beobachtungen des Magistrats in erster Reihe der Wunsch maßgebend, die Lehrkräfte der katholischen Schule in Zukunft ungefähr ebenso besolden zu können, wie dies bei den städtischen Lehrkräften geschieht. Der Stadtmagistrat verkennet nicht, daß dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen, falls nicht der Stadtzuschuß erhöht wird, nur durch eine fernere Steigerung der jetzt 24 Prozent Zuschlag zur Gemeindeeinkommensteuer betragenden Kirchensteuer der Katholiken möglich sein würde, und hält es für begreiflich, wenn sich der Kirchenvorstand hierzu nicht entschließen kann. Wird aber, nachdem vom 1. Oktober 1908 ab die städtischen Lehrkräfte aufgebessert sind, auf die Dauer von einer Aufbesserung der Lehrkräfte der katholischen Schule abgesehen, so ist zu befürchten, daß die Leistungen der Schule schließlich nicht mehr den zu stellenden Anforderungen entsprechen, und daß dadurch, neben sonstigen Nachteilen, der Schulbesuch bei jener Schule nachlassen, bei den städtischen Bürgerschulen aber unter Mehrbelastung der Stadtkasse zunehmen würde. Aus diesem Grunde

wird es sich empfehlen, eine Erhöhung des Stadtzuschusses an die Bedingung zu knüpfen, daß die katholische Schule ihre Lehrkräfte in einer nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Stadtmagistrats hinreichenden Weise besoldet.

Wie angestellte Berechnungen ergeben haben, wird bei einer Erhöhung des Zuschusses von 25 *M* auf 35 *M*, also bei einer Mehrbelastung der Kammereikasse um etwa 12 000 *M* jährlich für absehbare Zeit eine entsprechende Aufbesserung der Lehrkräfte durchführbar sein, zumal da auch eine Erhöhung des früher mit 5000 *M*, jetzt mit 7000 *M* jährlich gewährten Staatszuschusses nicht ausgeschlossen ist.

Der Magistrat ersucht deshalb die Stadtverordneten, sich mit der Erhöhung des Zuschusses der Kammereikasse zu den Kosten der katholischen Schule hier vom 1. April 1911 ab von 25 *M* auf 35 *M* jährlich für jedes die Schule besuchende einheimische Kind unter der Bedingung einverstanden zu erklären, daß die katholische Schule ihre Lehrkräfte in einer nach Ermessen des Magistrats ausreichenden Weise besoldet.

2. Mit Rücksicht auf verschiedene Uebelstände, die bei der Abortanlage in der katholischen Schule an der Friesenstraße zutage getreten sind und dem Stadtphysikus Sanitätsrat Dr. Roth zu einer dringlichen Vorstellung Anlaß gegeben haben, möchte der Stadtmagistrat bei der Maßregel der Zuschußerhöhung nicht stehen bleiben, sondern gleichzeitig durch eine einmalige außerordentliche Beihilfe dem unterhaltspflichtigen Kirchenvorstande bei der Beseitigung der vorgefundenen Mängel eine Erleichterung der Kostenlast zukommen lassen. Die städtische Bauverwaltung hält die Beseitigung des bisherigen und die Erbauung eines neuen Abortgebäudes mit ungefähr der doppelten Zahl der bisherigen Sitze unter Aufwendung einer Baukostensumme von 12 000 *M* für erforderlich, zu der, da der Spielplatz der Schule eine Einengung nicht zuläßt, für den nötigen Grund und Boden durch Ankauf von Nachbarhäusern etwa 28 000 *M* aufgewendet werden müßten, während der darüber hinausgehende Mehrbetrag der Ankaufsumme sich voraussichtlich verzinsen wird.

Der Magistrat hält die Verbesserungen, die durch die neue Abortanlage und durch die Erweiterung des Schulhofes infolge des Zurückerückens des neuen Gebäudes eintreten, für so erheblich, daß er die Bewilligung eines einmaligen Zuschusses in Höhe der Baukosten von 12 000 *M* aus dem Ausgleichsfonds empfiehlt.

Namens der Schulkommission erstattet Herr Fricke Bericht über die Vorlage:

Die Schulkommission hält es für gerechtfertigt, daß auch den Lehrern an der katholischen Schule nach der erfolgten Gehaltserhöhung im letzten Jahre

für die städtischen Lehrer eine Gehaltserhöhung zuteil wird. Die Kommission war zuerst der Ansicht, daß es angebracht sei, einen Druck auszuüben, daß die katholischen Lehrer die Gehaltzulage nicht nur von diesem 1. Oktober an bekämen, sondern ihnen auch eine Nachzahlung gegeben würde, wenn auch nicht vom 1. Oktober 1909 ab, sondern vom 1. April d. J. an. Da aber mit Stellung dieses Antrages die Genehmigung der Vorlage in den Brunnen fallen würde, so wird von seiten der Schulkommission der *d r i n g e n d e W u n s c h* ausgesprochen, der katholischen Gemeinde warm zu empfehlen, die Erhöhung vom 1. April 1910 an nachzuzahlen. Die Kommission erwartet, daß die katholische Gemeinde sich auf jeden Fall damit einverstanden erklären wird. Im übrigen bittet die Schulkommission, die Vorlage in beiden Teilen nach dem Vorschlage des Stadtmagistrats zu genehmigen.

Herr J a s p e r: Ich bitte, dem Antrage der Kommission nicht beizutreten, und zwar nicht etwa, weil ich den Lehrkräften nicht eine Gehaltserhöhung gönnte, oder weil ich nicht mit dem Herrn Referenten wünschte, daß auch die katholischen Kinder eine gedeihliche Erziehung erhalten möchten, sondern aus grundsätzlicher Auffassung über die Zweckbestimmung des Schulgeldes. Es ist nicht Aufgabe einer weltlichen Gemeinde, Konfessionschulen besonders zu fördern, und wenn die Stadtgemeinde aus diesem Grunde zu einem guten Teile sich auf den Standpunkt gestellt hat, städtische Mittel zu diesem Zwecke nicht zugänglich zu machen, so sehe ich nicht ein, weshalb nun den besonderen Wünschen eines Teiles der städtischen Bevölkerung entsprechend, hierzu Mittel bewilligt werden sollen. Die Pflege der Religion ist diesen Stadtangehörigen unbenommen; sie mögen das aber auf ihre eigenen Kosten tun. Wenn sie die städtischen Schulen deshalb nicht als in ihrem Interesse liegend ansehen, weil sie von dem lutherischen Unterricht nichts halten, so ist dies Bedenken wohl gerechtfertigt, aber nicht zu beseitigen dadurch, daß man für jede besondere Religionsauffassung Schulen errichtet und unterhält, sondern dadurch, indem man die Religion überhaupt aus der Schule beseitigt. Dahin mögen die Katholiken mitwirken, dann ist die Parität vollkommen gewahrt. Für besondere katholische Zwecke städtische Mittel zur Verfügung zu stellen, muß ich ablehnen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Man wird anerkennen müssen, daß die Magistratsvorlage dasjenige Maß an billigem Entgegenkommen gegenüber den Wünschen unserer katholischen Mitbürger einhält, das man verlangen kann. Die ganze katholische Schule hier und die Art, wie die städtischen Behörden sie unterstützen, ist nichts weiter als das Ergebnis eines gewissen Kompromisses. Es ist vollständig richtig, was Herr Dr. Jasper angedeutet hat, daß

die katholische Schule ein Mittel für unsere katholischen Mitbürger ist, das in der Hauptsache einem kirchlichen Zwecke dient, und ich kann es vom Standpunkte des Herrn Dr. Jasper vollständig verstehen, wenn er und seine politischen Freunde sich dafür nicht erwärmen können, sie durch städtische Mittel zu unterstützen. Das ist eine Ansichtssache, über die, wie ich glaube, die Mehrheit der geehrten Herren nicht mit Herrn Dr. Jasper einer Meinung sein werden. Auf der andern Seite wird man sagen müssen: Wenn auch die katholische Schule ein Mittel zur Erfüllung kirchlicher Zwecke ist, so entlastet sie doch bis zu einem gewissen Grade die städtischen Bürgerschulen, und es ist gerecht, daß man den katholischen Mitbürgern, die ohne das schwer unter der Last der Erhaltung dieser Schule zu leiden haben würden, bis zu einer gewissen Grenze entgegenkommt. Das soll geschehen, damit eine ausreichende Besoldung der Lehrkräfte auch in Zukunft geschehe, und ich hoffe, die geehrten Herren werden uns darin beipflichten, indem sie die weitere Entwicklung des bisherigen ganz befriedigenden Kompromisses befördern.

Herr F r i e d e: Im großen ganzen hat der Herr Stadtrat schon gesagt, was ich vorbringen wollte. Ich möchte noch auf eins hinweisen: Unsere katholischen Mitbürger sind so gut Steuerzahler wie wir und haben, was Herr Dr. Jasper übersehen hat, auch dieselben Rechte. Ich kann mich nicht dazu verstehen, die Religion bei der Besoldung der Lehrer in den Vordergrund zu stellen. Wir haben die städtischen Lehrer aufgebeffert und würden inkonsequent sein, wenn wir das Prinzip nicht auch bei den katholischen Lehrern befolgen wollten.

Herr J a s p e r: Um dem Herrn Referenten unsern Standpunkt klar zu machen, möchte ich ihm entgegnen: Wie würde der Herr Referent sich stellen, wenn der Freidenker-Verein mit demselben Antrage käme, für seine Schulen städtische Mittel in Anspruch zu nehmen mit der Begründung: Der Lehrer muß mehr Gehalt haben? Oder wenn die jüdische Gemeinde, die apostolische Gemeinde, die Mohammedaner oder sonst wer mit solcher Forderung käme, so würde das doch dasselbe sein.

Die beiden Punkte der Magistratsvorlage werden darauf genehmigt.

## IX. Rechnungsabschlüsse für 1909/10.

- A. Der Stadtmagistrat legt der Versammlung die Rechnungsabschlüsse
1. der Rämmereikasse und der mit derselben durch Zu- oder Ueberschuß in Verbindung stehenden Nebenkassen,
  2. des Ausgleichsfonds, früheren Schulhausbaufonds und der Umsatzsteuer sowie

3. der in selbständiger Verwaltung befindlichen Kassen, als: der Kanalbaukasse, der Schlachthauskasse, der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen und der Kasse für die städtischen Brausebäder für das Rechnungsjahr 1909/10 zur Prüfung vor.

Die Abweichungen des „Ist“ von dem „Soll“ finden sich, soweit erforderlich, in den Bemerkungen erläutert, auch sind daselbst nicht nur die auf Nachverwilligung beruhenden Ausgaben, sondern auch die Kreditüberschreitungen, sofern sich solche nicht in ganz geringfügiger Höhe halten, besonders hervorgehoben.

Dem Abschlusse des ordentlichen Etats der Rämmereikasse ist eine gedrängte Zusammenstellung der aus der Exekution sich ergebenden Abweichungen gegen den Voranschlag beigelegt.

Da der größte Teil der Mehrausgaben auf die im vorigen Jahre beschlossene Gehaltserhöhung zurückzuführen ist, so gibt der Magistrat hierüber die nachstehende Uebersicht:

#### I. Gehälter.

Dieselben betragen für 1909/10 mehr:

1. bei der Rämmereikasse . . . . .	25 816,66 M
2. „ „ Kasse der Licht- und Wasserwerke . . . . .	7 900,— „
3. „ „ Armenkasse . . . . .	3 600,— „
4. „ „ Straßenreinigung . . . . .	700,— „
5. „ „ Kasse des Schlachthauses . . . . .	1 400,— „
6. „ „ Kanalbaukasse . . . . .	1 850,— „
7. „ „ Neustadtmühle . . . . .	250,— „
8. „ „ Kasse der Pumpstation . . . . .	200,— „
9. „ „ Markthalle . . . . .	200,— „
10. „ „ Bürgerschulkasse . . . . .	96 404,17 „ *)
11. „ „ Fortbildungs- und Gewerbeschule . . . . .	100,— „
12. „ „ städt. höheren Mädchenschule . . . . .	3 150,— „
13. „ „ „ Mädchenschule . . . . .	3 133,33 „
14. „ „ „ Oberrealschule . . . . .	2 350,— „
15. „ „ „ Realschule . . . . .	1 350,— „
16. für verschiedene Beamte (Vorlage vom 14. Oktober 1909) . . . . .	1 250,— „
	<hr/>
	∑. 149 654,16 M.

\*) In dieser Summe sind die rund 10000 M betragenden „Vergütungen“ der Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen mit enthalten.

## II. Vergütungen für nicht fest angestellte Beamte.

Dieselben wurden für 1909/10 erhöht um zusammen 5165 *M*.

## III. Einmalige Feuerungszulagen

wurden verschiedenen Beamten mit überhaupt 4327 *M* bewilligt.

Die Summen unter I und II sind zugleich für das Halbjahr 1. Oktober 1908 bis 31. März 1909 nachgezahlt, und, sofern die Anstellung erst nach dem 1. Oktober 1908 erfolgt war, vom Tage der Anstellung an. Die durch diese verspätete Anstellung bezw. Annahme ersparte Summe beträgt 2162,49 *M*. Die Gesamtbelastung der vorjährigen Haushaltsrechnungen durch die Gehaltserhöhungen beziffert sich hiernach auf 234 393,25 *M*.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, die aus den vorgelegten Rechnungsabschlüssen sich ergebenden Ueberschreitungen, insoweit diese nicht bereits genehmigt sind, nachträglich genehm halten und danach die sämtlichen Rassenabschlüsse, vorbehaltlich der Rechnungsablage für gerechtfertigt erklären zu wollen.

B. Die Rechnung über die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben der Kammereikasse schließt ab mit einem Fehlbetrage von 106 474,72 *M*. Dabei ist jedoch zu beachten, daß einerseits auf Beschluß der städtischen Behörden an Stelle der beiden Einnahmeposten:

Rap. XI Zuschuß des Schulhausbaufonds . . . 100 000,— *M*  
(nicht geleistet) und

Rap. XIV Ueberschuß vom Jahre 1907/08 . . . 400 392,35 *M*

zusammen . . . 500 392,35 *M*

in Rap. XIV nur  $\frac{1}{2}$  des Gewinnes der Gas- und Wasserwerke mit 89 182,48 *M* (also 411 209,87 *M* weniger) vereinnahmt, auch in Rap. X sich infolge verspäteter Ausschreibung (beim innenstädtischen Straßenbau) eine Mindereinnahme von 34 984,38 *M* — der eine Minderausgabe von nur 15 666,15 *M* gegenübersteht, — ergeben hat, und daß andererseits für Gehaltserhöhungen nicht 200 000 *M* — wie bei Bemessung des Ausgabenposten Rap. XIV<sup>e</sup> angenommen wurde —, sondern, wie oben nachgewiesen, 234 393,25 *M*, und d a n e b e n zu Lasten des Rap. XIV<sup>e</sup> 35 174,17 *M* (darunter 10 000 *M* Hochzeitsgabe für das Regentenpaar) verausgabt sind. Als ungünstig kann somit der Abschluß ungeachtet des oben gedachten Fehlbetrages nicht bezeichnet werden.

Daß dieser Fehlbetrag aus dem Ausgleichsfonds gedeckt wird, erscheint um so gerechtfertigter, als sein verhältnismäßig hoher Bestand (819 781,63 *M*)



wesentlich durch die Zuführung des oben erwähnten Ueberschusses aus dem Jahre 1907/08 veranlaßt ist.

Der Magistrat gibt daher anheim, dieser Deckung des Fehlbetrages zustimmen zu wollen.

Herr Wolters (Berichterstatter der Finanzkommission): Die Vorlage befindet sich in Ihrer aller Händen. Es ist uns dann noch eine weitere Nachweisung vorgelegt: Zusammenstellung der größeren Ausgabenposten in Kap. XIV ( Insgemein) für 1909/10 zu insgesamt 35 174,17 *M.* Soweit sich in dieser letzten Ueberschreitungen ergeben, sind sie von der Kommission als gerechtfertigt anerkannt und durch Stadtverordnetenbeschlüsse gedeckt.

Kurze Bemerkungen über die vorgelegten Abschlüsse sind wohl noch am Plage: Bei dem Kämmerereivermögen sind in der Einnahme 19 000 *M.* mehr eingegangen, weil das Rieselgut einen höheren Betrag ergeben hat. An Gemeindesteuer sind 79 000 *M.* mehr eingegangen. Spezifikation darüber geben die Rechnungsabschlüsse auf Seite 9 und 11. Interessant dabei ist, daß die Gemeindeveränderungssteuer 21 000 *M.* erbracht hat. — Der Fehlbetrag in der Kämmererkasse ist dadurch hervorgerufen, daß der Ueberschuß aus dem Jahre 1907/08, der nach dem Anschlag in das Ordinarium dieses Jahres fließen sollte, in der Tat in den Ausgleichsfonds gekommen ist. — Für das Unterrichtswesen sind 146 000 *M.* mehr verausgabt; in der Armenpflege sind bei der Ausgabe 31 000 *M.* erspart, da die Rückerstattungen höher ausgefallen sind als angenommen. In dem Kapitel Gesundheitswesen sind 20 000 *M.* erspart, aber die Krankenträger noch nicht beschafft. Im Feuerlöschwesen sind 33 000 *M.* weniger ausgegeben, da die bewilligte Leiter noch nicht geliefert war. Für die Stadtverwaltung finden wir einen Mehrbetrag in der Ausgabe wegen der erhöhten Gehaltsätze der Beamten. Für den Posten Insgemein sind 183 000 *M.* weniger ausgegeben, weil ein Posten, der für Insgemein vorgesehen war, nicht erforderlich gewesen ist, nachdem unter den vorhergehenden Konten der Posten schon als verausgabt aufgeführt ist. — Der Ausgleichsfonds steht auf der erfreulichen Höhe von 819 000 *M.* Unser Beschluß, daß der Gewinn aus dem Wassertwerk ganz dem Reservefonds desselben zugeführt werden möge, findet auch hierin seine Unterstützung. — Die Umsatzsteuer hat wiederum einen Betrag von 9000 *M.* weniger ergeben, sie ist von Jahr zu Jahr im Ertrage geringer geworden.

Zu den Anträgen des Magistrats habe ich weiter nichts hinzuzufügen, als daß die Kommission empfiehlt, ihnen zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt darauf: Sie hält die Ueberschreitungen, insoweit sie nicht bereits beschlossen sind, nachträglich genehm, ist mit den Ab-

schließen einverstanden und stimmt der Deckung des Fehlbetrags aus dem Ausgleichsfonds zu.

### X. Anschaffung einer Schreibmaschine.

Herr Leue: Das städtische Armenbureau hat seit einigen Monaten zur probeweisen Benützung von der Rechtsauskunftsstelle eine Schreibmaschine leihweise überwiesen erhalten und war dadurch in den Stand gesetzt, eine rechtzeitige Anfertigung der herzustellenden Reinschriften zu erzielen und die Anhäufung von Rückständen zu vermeiden. Da in der Magistratskanzlei eine dritte Maschinenschreiberin eingestellt ist, hat die Maschine jetzt diesem Bureau überwiesen werden müssen. Die günstigen Resultate des Versuchs veranlassen den Magistrat zu dem Antrage, für Anschaffung einer weiteren Schreibmaschine die Summe von 368 M zu Lasten des Verfügungsfonds der städtischen Behörden zu verwilligen. — Ich habe wohl nicht nötig, auszuführen, wie wichtig in der heutigen Zeit eine solche Maschine für das Bureau ist. Die Finanzkommission bittet, dem Antrage zuzustimmen. Schließlich möchte ich noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Ausgabe solcher kleinen Beträge nicht immer erst in der Stadtverordnetenversammlung gutgeheißen werden muß. Ueber solche Sachen sollte der Magistrat ohne weiteres beschließen können.

Die Anschaffung der Schreibmaschine wird gutgeheißen.

Schluß der Sitzung 6½ Uhr.

**Bericht**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 18. November 1910.

---

**Tagesordnung:**

Beschlußfassung über das Begräbniß des Ehrenbürgers Dr. phil. Wilhelm Raabe.

---

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Schöttler.

Entschuldigt fehlen die Herren Aßmann und Wesemeier, später erscheinen die Herren Lübke und Eichardt.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung kurz nach 1 Uhr mittags.

Vorsitzender: Meine sehr geehrten Herren. Der Stadtmagistrat hat den Wunsch verlauten lassen, daß wir heute hier zusammenkämen, um mit ihm gemeinsam Beschluß zu fassen über die letzte Ehrung, die wir unserm verstorbenen großen Ehrenbürger Wilhelm Raabe zuteil werden lassen können. Sie werden von mir nicht erwarten, und es wäre auch nicht mein Amt, in eine Würdigung des Schriftstellers Raabe hier einzutreten, aber einige wenige Worte erlauben Sie mir wohl zu sagen. Das steht fest: Wer sich nach des Tages Last und Mühe in die Schriften unseres großen Verstorbenen versenkt, um Er-

holung in ihnen zu suchen, wird mir sicher rechtgeben, daß der Urquell des Raabe'schen Genies und Talentes seine große Menschenliebe war. Durch alle seine Werke zieht wie ein roter Faden die warme, herzliche Liebe zu seinen Mitmenschen, sein Mitleid mit den Kleinen, Armen und Leidenden. Der große Humorist liebte die Menschen, die er lächelnd in seinen Werken beschrieb. Solange die Deutschen in der Lektüre mehr suchen als eine vorübergehende Unterhaltung, sondern das, was man eigentlich darin finden soll: Erhebung über das Alltägliche und Trost, solange werden die Werke unseres verstorbenen Ehrenbürgers gelesen werden und die Leser erheben und trösten.

Der Herr Oberbürgermeister nimmt das Wort, um Ihnen den Antrag des Magistrats zu unterbreiten.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Meine Herren. Den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden kann sich der Magistrat nur anschließen. Auch im Namen des Magistrats möchte ich der Trauer Ausdruck geben über den Heimgang unseres verdienstvollen Ehrenbürgers. Aber, meine Herren, ich glaube, ich darf sagen: In diesem Falle überwiegt der Stolz, einen solchen Ehrenbürger gehabt zu haben, die Trauer über den Verlust, denn Wilhelm Raabe hatte das Lebensziel hier auf Erden erreicht. Wie wir den Verstorbenen schon bei Lebzeiten geehrt haben, so ist es unser Wunsch, ihn auch nach seinem Tode zu ehren, denn es gilt noch immer der Satz: Die Stadt und das Volk, das seine großen Männer ehrt, ehrt sich selbst. Der Magistrat hat beschlossen, Ihnen den Antrag zu unterbreiten, die Ehrung des verstorbenen Ehrenbürgers in der Weise stattfinden zu lassen, daß das Begräbniß auf Kosten der Stadt erfolgt. Meine Herren! Es würde nicht dem Sinne des Verstorbenen entsprechen, wenn wir bei dem Begräbniß einen großen Leichenpomp entfalten wollten; es soll in zwar würdiger, aber einfacher Weise vor sich gehen. Insbesondere liegt die Ehrung durch die Stadt nach Ansicht des Magistrats darin, daß wir dem Verstorbenen und seiner hinterbliebenen Gattin auf Kosten der Stadt einen würdigen Platz auf dem Friedhofe überweisen. Es ist uns gelungen, diesen Platz zu finden, und zwar in der Nähe des Rimpauschen großen Begräbnißplatzes. Wir haben diesen Platz wesentlich deshalb ausgesucht, weil in der Nähe dieser Stelle schon mehrere Familienangehörige des Verstorbenen begraben sind, und der Wunsch der Familie jedenfalls ein durchaus erklärlicher ist, daß der Entschlafene in der Nähe seiner vor ihm abgetrennten Familienangehörigen beigesetzt wird. Es ist wohl auch selbstverständlich, meine Herren, daß, wenn wir unserm verstorbenen Wilhelm Raabe einen Ehrenplatz auf unserm Friedhofe anweisen, wir gleichzeitig seiner hinterbliebenen Gattin die Möglichkeit gewähren, dereinst an seiner Seite ihre Ruhestätte zu finden. — Ich glaube, es wird nicht nötig sein,

meine Herren, daß ich mich näher über die Kosten ausspreche. Das werden Sie vertrauensvoll dem Magistrat überlassen können. — Ich möchte Sie also im Namen des Magistrats bitten, sich mit dem Vorschlage desselben einverstanden zu erklären.

Vorsitzender: Die Angelegenheit steht zur Beratung. — Ich schließe die Beratung und bitte diejenigen Herren, die dieser Ehrung zustimmen und gleichzeitig ihre eigenen Gefühle der Trauer über den Heimgang unseres Ehrenbürgers kundgeben wollen, sich von den Sitzen zu erheben.

(Die Versammelten erheben sich sämtlich von ihren Plätzen.)

Die Herren haben sich von den Sitzen erhoben und zu der Ehrung ihre Zustimmung ausgesprochen.

Morgen um 1 Uhr mittags findet das Begräbniß von der Zentralfriedhofs-Kapelle aus statt.

(Schluß der Sitzung.)

---

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. November 1910.

### Tagesordnung:

I.	Antrag des Stadtverordneten Schmidt auf Einführung einer Schweinezucht und -Mästerei auf dem Nieselgute . . . . .	Seite 254
II.	Anderweite Nutzung der Kellerräume der Schule an der Echternstraße . . . . .	" 261
III.	Austausch zweier Flächen an der Waterloostraße . . . . .	" 261
IV.	Berechnung des Staatszuschusses bezüglich des Feuerlöschgebäudes . . . . .	" 261
V.	Mitteilung über die Fortführung der Straßenbahnlinie Oliezmarode-Ruhfäutchenplatz bis Friedrich-Wilhelmsplatz . . . . .	" 262
VI.	Aufstellung einer Laterne am Nordende der Geyßstraße . . . . .	" 273
VII.	Desgleichen am Mittelwege . . . . .	" 274
VIII.	Uebernahme einer Laterne am Riddagshäuserwege . . . . .	" 274
IX.	Änderung des Randelabers auf dem Ruhfäutchenplatze . . . . .	" 275
X.	Anbringung von Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen . . . . .	" 276
XI.	Baulichkeiten auf dem Feuerlöschgrundstücke . . . . .	" 280
XII.	Anschluß eines auf Rühmer Feldmark gelegenen Grundstücks an das Lichtwerk . . . . .	" 281
XIII.	Ausbau der Straße Nr. 411 . . . . .	" 282
XIV.	Ankauf von Flächen an der Voigts-Rheßstraße . . . . .	" 282
XV.	Nutzung des Jüdelichen Hauses an der Adolfsstraße . . . . .	" 283
XVI.	Teilweise Uebernahme von Kosten für die Verlegung von Gas- und Wasserrohren auf dem Riddagshäuserwege auf die Stadt . . . . .	" 287
XVII.	Äbänderung der Lieferungsbedingungen und des Konzessionsvertrages des Lichtwerks . . . . .	" 288
XVIII.	Errichtung eines Neubaus auf dem Schulgrundstücke am Südklint . . . . .	" 290
XIX.	Erfahrungswahlen für Kommissionen und Deputationen . . . . .	" 291
XX.	Beitritt der Stadt zur Historischen Kommission für die Provinz Hannover . . . . .	" 292

XXI.	Zahlung eines Jahresbeitrages an den Verband niedersächsischer Arbeitsnachweise . . . . .	Seite 292
XXII.	Änderung des Teilortsbauplans bezüglich der Straße 44 a. . . . .	" 293
XXIII.	Annahme einer Hilfskraft für die Stadtbibliothek . . . . .	" 294
XXIV.	Anfrage Bunge: Arbeitsüberhäufung der Beamten in der städt. Rechtsankunftsstelle betreffend . . . . .	" 295
XXV.	Antrag Bunge: Herstellung einer Über- oder Unterführung des Weges an der Kreuzung der Weststraße mit der Landeseisenbahn . . . . .	" 297
XXVI.	Anfrage Fricke über den Stand der Bahnhofsfraße . . . . .	" 297

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner.

Entschuldigt die Herren Buchler, Göcke, Kalmes, Ohlendorf, Wejemeier.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung kurz nach 4¼ Uhr und macht Mitteilung über Eingang des „Kommunalblattes für Ehrenbeamte“. Das Blatt wird zur Einsicht auf den Tisch des Hauses niedergelegt.

### **I. Antrag des Stadtverordneten Schmidt auf Einführung einer Schweinezucht und -Mästerei auf dem Kieselgute.**

Herr Nitzmann (als Referent der Statutenkommission): Am 6. Oktober stellte Herr Stadtverordneter Schmidt den Antrag:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat aufzufordern, zu erwägen, ob nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, durch Schweinezucht oder Mästerei auf dem Kieselgute für eine vermehrte Fleischproduktion zu sorgen.“

Der Antrag lag der Statutenkommission in der letzten Sitzung zur Beratung vor. Die Mehrheit der Kommission stellte sich auf den Standpunkt des Magistrats. Aus dessen Ausführungen ging hervor, daß unser Kieselgut, welches früher in vermindertem Maßstabe Viehzucht getrieben hat, diese wegen der Unrentabilität seinerzeit aufgegeben habe. Für das Gut, welches jetzt gut prosperiere, erschiene es nicht zweckmäßig, in dieser Hinsicht wieder eine Änderung eintreten zu lassen. Es wurde ferner hervorgehoben, daß das Kieselgut heute zum größten Teile an kleine Landwirte verpachtet sei, auch deshalb erschiene es nicht angängig, Viehzucht einzuführen. Speziell die Schweinezucht bringe mancherlei Fährnisse durch Ausbruch von Krankheiten unter dem Viehbestande, wodurch die in Aussicht stehenden Erträgnisse besonders stark geschmälert werden könnten. Weiterhin wurde hervorgehoben, daß der Schweinebestand, den die

Stadt auf dem Nieselgute halten könnte, in keinem Verhältnis zu der Anzahl der in Braunschweig geschlachteten Schweine stehe. Im Jahre 1908/09 sind hier 82 138 Schweine geschlachtet, 1909/10 gleichfalls über 80 000. Wenn nun 200 bis 300 Schweine dort gezüchtet oder gemästet werden sollten, so würde das wie ein Tropfen auf einen heißen Stein sein. Andererseits lägen Erfahrungen aus andern Städten, der Fleischnot durch Einführung von Mästereien usw. zu wehren, nicht vor, speziell nicht, ob dieses sich irgendwie profitabel für die Kommunen gezeigt habe.

Von der Minorität der Kommission und von dem Antragsteller wurde angeführt, daß es sich hier nicht um eine profitable Einrichtung der Kommunen handeln könne, sondern lediglich um eine soziale Maßnahme. Die Fleischnot sei allgemein bekannt, sei dauernd, deshalb sei es wohl Pflicht der Kommunen, hier helfend einzugreifen. Von dem Antragsteller wurde in der Kommission auch darauf hingewiesen, daß im Herzogtum Braunschweig auf einen bestimmten Flächenraum eine gewisse Anzahl Vieh käme, ungefähr 300 Schweine auf das Nieselgut im Verhältnis zu seiner Größe. So würden wir dort logischer Weise ca. 300 Schweine züchten müssen, um im Verhältnis zu der Viehzucht der übrigen Landwirtschaft zu bleiben.

Diese Gründe wurden von der Mehrheit der Kommission bekämpft. Die Gemeinde hätte darauf zu sehen, daß das Gut rentabel bleibe, sie könne sich in solchen Fällen nicht immer in Mitteln verlieren, die doch nur ein Probieren wären, von dem man den Erfolg nicht voraussehen könne, und zu einem solchen Zweck solle man die Mittel der Stadt nicht verwenden. Vom Magistrat wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorstand des Deutschen Städtetages unter dem 24. Oktober eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet habe, in welcher auf die beständig gestiegenen und in ihrer Höhe stehengebliebenen Fleischpreise in Deutschland hingewiesen wird, ferner auf die Eingabe an das großherzogliche Ministerium des Innern für Baden von der Stadt Karlsruhe, weiter auf die der Direktion des städtischen Schlacht- und Viehhofs von Karlsruhe. Der Magistrat glaubt, daß damit wohl das, was im allgemeinen geschehen könne, geschehen sei. Nicht jeder einzelne könne hier eingreifen, eine Regelung müsse von Reich und Landes wegen geschehen.

Die Minorität stand auf dem Standpunkte, daß es zweckmäßig sei, auch einzugreifen, weil man nicht abwarten könne, bis alle übrigen Städte gemeinsam vorgegangen wären. Auch Karlsruhe, Lübeck, Charlottenburg, Berlin hätten Schweinemästerei eingerichtet; finanzielle Erfolge lägen allerdings wegen der Kürze der Zeit noch nicht vor, um die Gegner zu belehren. Ich kann hinzufügen, daß die Minorität der Kommission ich nur allein bildete.



In der Debatte wurde auch darauf hingewiesen, daß man nicht nur Fleisch als gutes Nahrungsmittel für das Volk empfehlen solle, sondern auch Fische und Hülsenfrüchte, durch deren Verbrauch zweifellos der Fleischkonsum eingeengt werde. Ich habe darauf erwidert, daß unser Volk mehr oder weniger an Fleischnahrung gewöhnt ist und alles Belehren, daß Fleisch nicht unbedingtes Nahrungsmittel ist, wenig helfen würde.

Ich resümiere kurz: Die große Mehrheit der Kommission empfahl, den Antrag abzulehnen, weil er nicht ausführbar erscheine, weil er viele Gefahren für die finanzielle Seite der Sache mit sich brächte, und weil die Majorität und der Magistrat befürchtet, daß die umliegenden Landwirte geschädigt würden, indem wir ihnen Futter entzögen, welches sie von uns beziehen.

Herr Schmidt: Ich habe nicht viel zu sagen. Da wir mitten in der Bewegung stehen und das deutsche Volk sich seit langer Zeit mit der Frage beschäftigt, so sind wir alle orientiert. Augenblicklich ist der Reichstag bei seiner Tagung mitten in der Bewegung, in der gestrigen und heutigen Sitzung wird darüber beraten. — Ich habe absichtlich nicht die Frage gestellt: Was gedenkt der Magistrat zu tun, um der Fleischnot abzuhelpen, wie das in verschiedenen Kommunen geschehen ist. Denn dann hätten wir in der Antwort vom Magistrat — wir kennen die gewandte Art und Weise des Herrn Oberbürgermeisters — einfach das erfahren, was wir nicht wissen wollen. Er hätte seinen Standpunkt klargelegt und gesagt: Es paßt für unsere Verhältnisse nicht, also wir brauchen keine Viehzucht. Ich wünschte, daß wir der Frage näbertreten, ob wir einen Teil dazu beitragen können, die Not zu lindern. Denn daß eine eigentliche Not vorliegt, kann wohl niemand bestreiten. Eine befriedigende Lösung kann die Frage nur finden, wenn wir sagen: Wir wollen bei der Fleischnahrung bleiben; Fische, Hülsenfrüchte usw. sind uns für die Ernährung nicht genügend. Wir haben den Beweis bei den Japanern. Sie sind degeneriert, wenn sie auch im Kriege mehr geleistet haben, als man erwartete. Sie gehen jetzt auch von dem Standpunkte aus: Wir müssen etwas tun, um größere Leute zu schaffen, sonst geht unser Volk zurück. Staatssekretär Delbrück hat bei den Reichstagsverhandlungen gesagt, daß der Fleischnot nur abgeholfen werden könne, wenn die Viehzucht in Deutschland vermehrt werde. Wo soll sie denn nun vermehrt werden? Wenn wir ein Gut mit 2000 Morgen besitzen, dann haben wir eine gewisse Verpflichtung dazu, denn diese Morgenzahl ist der übrigen Landwirtschaft entzogen. Wenn gesagt wird, ob wir dabei ein Geschäft machen, sei zweifelhaft, so habe ich von Sachverständigen gehört, daß bei den heutigen Preisen wohl zu verdienen sei. Die Materialien für die Mästung haben wir auf dem Kieselgute, denn Karloffeln und Mohrrüben werden dort gebaut. Die Gebäude sind zum Teil auch

für die Viehhaltung zu benutzen oder mit geringen Aenderungen dazu einzurichten. Der Anfang könnte ja mit zwei oder drei Sauen gemacht werden. Es gehört allerdings eine gewisse Intelligenz dazu, die Zucht einzuführen; ob die mit den jetzigen Beamten dort vorhanden ist, steht dahin.

Die Frage der Ernährung mit Hülsenfrüchten und Fischen ist wohl abgetan. Der landwirtschaftliche Minister Schorlemer scheint in der Statutenkommission Zuhörer gewesen zu sein, er regt dieselbe Frage an, wie die Statutenkommissionsmitglieder. Die Frage ist aber gar nicht diskutabel. Wir können unser Volk nicht auf eine andere Ernährungsweise hindrängen, wir müssen es dabei belassen, wohin es gewöhnt wurde. Die wenigste Fleischnahrung wird in den Kasernen und Kantinen für die fremden Arbeiter gegeben. Sie bekommen Hülsenfrüchte mit Speck (Ruf: Oho!), Fleisch alle Sonntage. Wenn sie es bezahlen müssen, weigern sich die Leute, Fleischnahrung anzunehmen. Italiener, Galizier verzichten überhaupt auf jede Fleischnahrung. Aber der Beweis ist zu führen, daß diese Leute keine kräftigen Knochen haben und nichts leisten können.

Ich glaube kaum, daß heute Aussicht auf Annahme meines Antrags ist. Vielleicht werden wir mit der Zeit dahin kommen, Viehzucht dort einzuführen. Es bleibt uns ja nichts weiter übrig, denn vom Auslande können wir uns nicht mehr abhängig machen. Das Oeffnen der Grenze hat nicht viel Zweck, im Auslande ist Vieh nicht mehr da, das es abschleppen könnte. Hauptzweck der jetzigen Politik scheint mir in dieser ganzen Frage zu sein: Das Fleisch muß und soll teurer werden, damit die Produktion bei den Landwirten Anklang findet dadurch, daß sie guten Erfolg dabei haben, und wir nachher wieder selbst soviel Fleisch züchten, wie wir brauchen. Ob der Gedanke im stillen bei der Regierung vorhanden ist, weiß ich ja nicht, scheinbar ist er aber der Grund für die Haltung der Regierung.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Meine Herren! Sie können alle überzeugt sein: wenn es in der Hand des Magistrats läge, die Fleischpreise in der Stadt herunterzudrücken, dann wäre es pflichtwidrig vom Magistrat gehandelt, wenn er nicht alle Mittel und Wege versuchte, um das zu erreichen. Ich möchte aber doch bezweifeln, daß der Weg, den der Herr Stadtverordnete Schmidt empfiehlt, zum Ziele führt. Es ist wohl unzweifelhaft, daß diese 300 Schweine, die da gezüchtet werden sollen, den Preis im allgemeinen in keiner Weise beeinflussen. Man könnte höchstens sagen: der Magistrat soll mit gutem Beispiele vorangehen, und darum werde ich auf die Sache selbst eingehen, wie weit dieses Mittel zum Ziele führen würde auch in dem kleinen Umfange, den Herr Schmidt angegeben hat. Wenn Herr Stadtv. Schmidt gesagt hat, es gehöre eine gewisse Intelligenz dazu,

um Schweinezucht und Mästung einzuführen, so erkenne ich an, daß der Magistrat auf dem Gebiete der Schweinezucht noch nicht so weit gekommen ist wie der Herr Stadtv. Schmidt, aber das kann ich Ihnen sagen, daß, wenn Sie Schweine züchten und mästen wollen, der ganze Betrieb des Kieselgutes, wie wir ihn jetzt — nach meiner Ueberzeugung mit gutem finanziellen Erfolge — eingerichtet haben, auf den Kopf gestellt wird. Wir würden von der tunlichst ausgedehnten Verpachtung der Ländereien übergehen zur eigenen Wirtschaft. Nun weiß Herr Schmidt ganz genau, daß das Risiko bei der eigenen Bewirtschaftung immer viel größer ist als bei einer Verpachtung der Ländereien. Man wird sich bei letzterer daher immer besser stehen, wenn man einigermaßen angemessene Pachtpreise erzielt. Nun ist schon in der Kommission ausgeführt: Wir haben 800 Morgen Ackerland verpachtet und beziehen dafür 64 000 *M* Pacht, mit Wiesen usw. bekommen wir jetzt 84 000 *M* Pacht. Bei dem Ackerland bringt das 80 *M* auf den Morgen. Es ist auch hervorgehoben: wir haben größere Flächen zu 100 *M* pro Morgen verpachtet und könnten noch höhere Preise erzielen. Ich halte es aber für eine Unmöglichkeit, bei Schweinezucht aus einem Morgen Land das herauszuwirtschaften, was wir hier erreichen. Weiter kommt in Betracht: Wenn wir lediglich, wie Herr Stadtv. Schmidt sagt, die Kartoffeln und Mohrrüben für die Mästung verwenden wollten, so würde damit nichts erreicht. Wir müßten Milch haben, Kühe halten, kurz die ganze Wirtschaft auf den Kopf stellen.

Eins ist noch sehr wesentlich. Ich erkenne ohne weiteres den guten Willen des Herrn Stadtv. Schmidt an, daß er mehr Vieh schaffen will, bitte aber doch, das folgende zu berücksichtigen: Wenn wir die Sache wirklich einrichten, so wird die unvermeidliche Folge sein, daß die Einwohner in den umliegenden Ortschaften, die jetzt mit Hilfe der Früchte und der Futtermittel, die auf dem Kieselgute gezogen werden, imstande sind, große Viehbestände zu halten, größere Bestände als vor der Expropriation, mit Notwendigkeit dazu kommen, ihre Viehbestände wieder einzuschränken. Was nachher unsere Schweine fressen, können nicht die Tiere in den umliegenden Dörfern fressen. Wenn wir auf der einen Seite den Viehbestand in der Nähe von Braunschweig erhöhen, vermindern wir ihn indirekt in den umliegenden Dörfern. Dem Ziele, das Herr Stadtv. Schmidt anstrebt, sind wir damit nicht um einen Schritt näher gekommen, aber in bezug auf unsere Finanzen stehen wir dann erheblich schlechter, weil Seuchengefahr, hohe Löhne und dergl. unsern Betrieb wesentlich ungünstig beeinflussen werden.

Ich habe noch auf ein Moment hinzuweisen. Wir haben mehr als hundert kleine Pächter, deren ganzer Haushalt mehr oder weniger darauf zugeschnitten ist, daß sie dauernd von uns Felder bekommen, um Konservenfrüchte zu ziehen. Die Leute sind in der Lage, dadurch, daß sie die Arbeit selbst verrichten, daß sie

mit Frau und Kindern, soweit diese abkommen können, die Früchte selbst ziehen, uns die hohen Pachtbeträge zu zahlen. Sollten wir einen großen Bestand an Schweinen und Kühen halten, so müßten wir einem großen Teil der Leute kündigen und dadurch eine große Zahl von Familien in der Umgebung des Rieselsguts vor die Frage stellen: Könn't ihr hier überhaupt noch weiter existieren oder müßt ihr Arbeit in den Fabriken der Stadt suchen? Das wäre keine richtige Politik. Sollte der Versuch, den der Herr Stadtverordnete Schmidt machen will, hinterher fehlschlagen, so wird die Heranziehung eines so guten Stammes von arbeitsamen Pächtern nicht leicht sein.

Ich möchte doch bitten, die Frage, die wir schon vor ein paar Jahren erörtert haben, einmal von einem andern Gesichtspunkte anzusehen und zu sagen: Wir stehen uns gut bei der jetzigen Wirtschaft, die Herabsetzung der Fleischpreise erreichen wir mit einer Minderung nicht, also wollen wir das Experiment lieber nicht machen.

Ich könnte auch dem Herrn Stadtv. Schmidt noch eine Einwendung machen: Wenn er durchaus dafür ist — und es ist dies ein Zeichen seines guten Herzens — den minderbemittelten Leuten die Erlangung von Fleisch zu billigerem Preise zu ermöglichen, warum greift er dann gerade diesen einen städtischen Betrieb heraus. Er könnte ebenso gut sagen: Wir nehmen aus den Erträgen des Gaswerkes soundso viel und geben das den unglücklichen Leuten, die die Preise nicht zahlen können. Ob der Betrieb etwas einbringt oder nicht, sagt er, ist mir einerlei, ich will nur den Preis des Fleisches herabdrücken.

Ich muß bitten, den Antrag abzulehnen.

Herr Bunge: Der Herr Oberbürgermeister hat durchblicken lassen, daß vor mehreren Jahren ein Antrag von mir vorlag, der sich auch mit der Einführung von Viehzucht auf dem Rieselsgute befaßte. Ich ging damals von einem andern Gesichtspunkte aus als Herr Schmidt. Der Stadtverordnete Ralms hatte einen Antrag eingebracht, betreffend Abhaltung von Fettviehmärkten in der Stadt. Ich wollte mit meinem Antrage bezwecken, einmal daß der Betrieb des Rieselsgutes rentabel gestaltet würde, dann aber auch, daß sich die Stadt, um die Viehmärkte ins Leben zu bringen und mehr daraus zu machen, als man sich versprach, an dem Antriebe mit beteiligte. Mein Antrag wurde abgelehnt, aber so glimpflich wie der Stadtverordnete Schmidt bin ich damals nicht behandelt worden. Der Herr Oberbürgermeister war nicht so gemüthlich wie heute, denn er sagte mir in seiner energischen Weise — ich nehme ihm das nicht übel —: „Und wenn Sie eine Schweinezucht einführen, Herrn Bunge nehmen wir doch nicht als Schweinemeister.“

(Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Das habe ich nicht gesagt!)

Herr Oberbürgermeister, das haben Sie damals bei der Kommissionsberatung gesagt. Ich wollte damit nur sagen, daß die Sache heute etwas anders liegt, heute wird mit andern Argumenten gearbeitet als damals. Jedes Kind sieht ein, daß eine Fleischnot vorhanden ist, wenn es vom Schlachter nach Hause kommt und sagt: „Heute ist das Fleisch wieder um 5 Pfennig teurer geworden.“ Der Herr Oberbürgermeister hat hier ausdrücklich gesagt, daß auch auf andere Weise den armen Leuten Gelegenheit gegeben werden könnte, billiger Fleisch zu kaufen. Die Verwendung der Ueberschüsse des Gaswerks zu dem Zwecke, das ist ein Ding, mit dem ich nicht einverstanden sein könnte (Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Ich auch nicht.), würde auch nicht zum Ziel führen. Aber ein anderes wäre es, wenn die Stadt selbst Schlachtungen vornähme, wie das bereits vor einigen Jahren geschehen ist. Wir haben bis heute noch nicht gehört, daß der Magistrat uns mitgeteilt hätte, in welcher vorteilhaften Weise er die Schweine und Rinder geschlachtet hat. Man sollte noch einmal den Versuch machen, Vieh von seiten der Stadt zu schlachten und das Fleisch zum Selbstkostenpreise abzugeben. Der Antrag des Herrn Schmidt geht von sozialen Gesichtspunkten aus. Herr Schmidt sagt, daß die Kommunen in erster Linie mit dazu verpflichtet sind, Sorge zu tragen, daß mehr Fleisch in Deutschland produziert und konsumiert wird. Er hat uns auch mitgeteilt, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, die Grenzen für die Vieheinfuhr zu öffnen, sondern daß sie verlangt: Produziert mehr Vieh. Ich muß sagen, daß dies alles nur Palliativmittelchen sind, wie uns der Herr Referent schon vorgeführt hat. Die Schuld an den teuren Fleischpreisen liegt nur an der verkehrten Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches. Man schafft auf diese Weise nur den preußischen Junkern die Taschen voll, als daß man den unbemittelten Bewohnern etwas zugute tut. Natürlich sagen die preußischen Junker: Das ist nicht wahr, schuld an der Fleischnot sind die schwankenden Futtermittelernten, die schwankende Nachfrage, die ungenügende Viehproduktion, der Profit des Zwischenhandels. Wir alle wissen, daß das nicht der Fall ist, daß jenseits der Grenzen, in Holland, Dänemark, Frankreich, Schlachtvieh genug vorhanden ist. In Süddeutschland hat man den Anfang gemacht und wöchentlich zweimal foundso viel Schweine eingeführt. Wenn die süddeutschen Regierungen sich dazu verstanden haben, dann sollte man in erster Linie auch in Norddeutschland Schritte tun und die Regierung angehen: Macht die Grenzen auf! Das wäre eine Pflicht unserer Landtagsabgeordneten, zu veranlassen, daß die braunschweigische Regierung dazu triebe und ihre Vertreter im Bundesrate entsprechend antweist. Zum Beweise, daß Vieh genug vorhanden ist, will ich anführen, daß in Argentinien 1500 bis 2000 Rinder bester Qualität zum Versand

stehen; ein Ochse von 700 Kilogramm Lebendgewicht kostet 160 *M.* Bedeutend billiger käme also von dort eingeführtes Fleisch zu stehen als hiesiges.

Wenn es auch ein Palliativmittel ist, was der Antrag Schmidt bezweckt, würde ich heute doch dafür sein können. Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

In der Abstimmung wird der Antrag Schmidt abgelehnt.

## II. Anderweite Nutzung der Kellerräume der Schule an der Götterstraße.

Die bisherige Pächterin der bezeichneten Kellerräume, die Firma Gebrüder Wagner, hat mit Ablauf des Mietverhältnisses die beiden Keller geräumt. Da die Räume zur Lagerung von Wein als nicht geeignet befunden sind und für Lagerung anderer Gegenstände kaum ähnlich hohe Mieten gezahlt werden, so wird der Mietzwert mit 200 bis 250 *M.* angenommen werden müssen. Schon seit langer Zeit hat sich der Mangel an Lagerräumen, in welchen gelegentlich des Umbaus oder Abbruchs alter Gebäude oder Gebäudeteile gewonnene Gegenstände geschützt und übersichtlich untergebracht werden können, fühlbar gemacht. Deshalb ersucht der Magistrat, der Hochbau-Abteilung der städtischen Bauverwaltung die fraglichen Kellerräume zu dem angegebenen Zweck zu überweisen. Der Zugang zu den Kellern findet von der Straße aus statt, eine Störung des Unterrichts läßt sich also vermeiden.

Im Auftrage der Schulkommission erstattet Herr F r i e Bericht über die Angelegenheit und empfiehlt Annahme des Magistratsvorschlages.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

## III. Austausch zweier Flächen an der Waterloostraße.

Nach dem von den städtischen Behörden angenommenen Projekt über den Ausbau der Waterloostraße zwischen Heinrichstraße und Karlstraße muß eine Fläche von 108,5 qm der Straße zugelegt werden, andererseits kann eine früher erworbene Fläche von 22 qm als entbehrlich wieder abgegeben werden. Der Eigentümer der zuerst genannten Fläche ist bereit, die 22 qm tauschweise gegen Hergabe eines gleich großen Stückes jener 108,5 qm zu übernehmen, den Rest der ihm gehörigen Fläche aber zum angemessenen erscheinenden Preise von 13,50 *M.* pro Quadratmeter der Stadt käuflich zu überlassen. Der Magistrat ersucht, den Tausch und Ankauf zu genehmigen, was nach Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr B u j ch berichtet, geschieht.

## IV. Berechnung des Staatszuschusses bezüglich des Feuerlöschgebäudes.

Zu den Beträgen für den Umbau des Feuerlöschgebäudes (34 650 *M.*) und Herrichtung neuer Ausfahrtstore (9000 *M.*) wird Herzogl. Staatsministerium

zufolge seiner Schreiben vom 24. Februar 1909 und 18. März 1910 den ver-  
tragsmäßigen Zuschuß ( $\frac{1}{8}$ ) zahlen. In Ansehung der Kosten von 5000 *M.* für  
Grunderwerb und 19 500 *M.* für ein neues Kesselhaus steht eine bezügliche Er-  
klärung noch aus, doch hat Herzogl. Polizeidirektion der Herrichtung der Heiz-  
anlage laut Schreiben vom 17. Juni 1909 grundsätzlich zugestimmt. Die Li-  
quidierung des staatsseitigen Zuschusses ist erst nach Abschluß der gesamten Bau-  
kostenrechnung möglich. — Neben dem einmaligen Zuschuß hat der Staat  
dauernd einen Beitrag ( $\frac{1}{8}$ ) zu den Kosten zu leisten, die der Stadt dauernd  
aus der Ueberweisung der bislang von den Licht- und Wasserwerken benutzten  
Geschäftsräume des Feuerlöschgebäudes an die Berufsfeuerwehr erwachsen. Es  
erscheint zulässig und sachgemäß, der Berechnung des Staatszuschusses den  
Mietswert der der Berufsfeuerwehr überwiesenen Räume zugrunde zu legen.  
Derselbe ist zu 2645 *M.* ermittelt. Hierzu kommt der Mietwert zweier kleineren  
Dienstwohnungen, die früher von den Beamten der Werke benutzt wurden, mit  
 $400 \text{ M.} + 300 \text{ M.} = 700 \text{ M.}$  Der Staatszuschuß würde also  $\frac{1}{8}$  von 3345 *M.*  
 $= 418,12 \text{ M.}$  jährlich betragen.

Nachdem sich Herzogl. Staatsministerium zur Leistung dieses Zuschusses  
vom 1. April d. J. an bereit erklärt hat, gibt der Magistrat den Stadtverordneten  
anheim, seiner endgültigen Feststellung zuzustimmen.

Herr J a s p e r: Die Finanzkommission hat sich auf den Standpunkt ge-  
stellt, daß die Art der Berechnung zutreffend ist, und schlägt Ihnen vor, der Fest-  
stellung des Zuschusses zustimmen zu wollen. Wegen der Baukosten und Grund-  
erwerbskosten für das Kesselhaus wird später eine andere Vorlage kommen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Zur letzten Bemerkung des Herrn  
Referenten möchte ich hinzufügen: Das hält der Magistrat nicht für erforderlich.  
Wenn der Staat zu dem, was die Stadt im Einvernehmen mit der Polizei-  
direktion für Feuerlöschzwecke aufwendet, sein verlagsmäßiges Ahtel beiträgt,  
dann brauchen wir die Zustimmung der Stadtverordneten nicht einzuholen.  
Wenn die Regierung sich aber weigern würde, dann würden wir allerdings eine  
Vorlage bringen.

Die Versammlung ist mit der Feststellung des Zuschusses einverstanden.

## V. Mitteilung über die Fortführung der Straßbahnlinie Glicsmorode- Ruhfäntchenplatz bis Friedrich-Wilhelmsplatz.

Unter dem 3. Februar haben die Stadtverordneten den Magistrat ersucht,  
auf eine Fortführung der Straßenbahnlinie Glicsmarode-Ruhfäntchenplatz bis

zum Friedrich-Wilhelmsplatz Bedacht zu nehmen. In den vom Magistrat mit der Strasseneisenbahn gepflogenen Verhandlungen hat die letztere sich grundsätzlich zur Erfüllung des ausgesprochenen Wunsches bereit erklärt, und zwar in der Weise, daß entweder die Fortführung durch die Neuestraße und Brabantstraße bis auf ein vor dem Gebäude der Braunschweigischen Bank einzurichtendes Standgleis erfolge, oder aber daß die Wagen über die Münzstraße und Friedrich-Wilhelmstraße bis auf den Bahnhof weitergeführt würden, letzteres jedoch nur dann, wenn die auf dem Bahnhofsplatze vorhandene Gleisanlage die Aufnahme einer dritten Linie gestattet, bezw. wenn eine etwa erforderliche Erweiterung dieser Gleisanlage von der Verwaltung der Preussischen Staatsbahn zugelassen werde.

Die Anlage eines Standgleises vor dem Gebäude der Braunschweigischen Bank ist vom Magistrat nicht weiter verfolgt, weil von den sich für die Angelegenheit besonders interessierenden Stadtverordneten die Fortführung der Giesmaroder Linie durch die Neue- und Brabantstraße als eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustande nicht angesehen wurde. Der Stadtmagistrat ist dagegen für die Weiterführung durch die Friedrich-Wilhelmstraße bis auf den Bahnhof eingetreten. Da haben nun die auch in Gegenwart eines Vertreters der Herzogl. Polizeidirektion und des Herrn Bürgermeisters Meyer angestellten Versuche ergeben, daß die daselbst vorhandene Gleisanlage so beschränkt ist, daß sie — bei Verwendung von Anhängewagen — den Einlauf einer dritten Linie nicht gestattet.

Es blieb deshalb nichts weiter übrig, als die Erweiterung der Gleisanlage anzustreben. Das hat die Strasseneisenbahngesellschaft getan, doch ist ihr darauf abzielender Antrag von der kgl. Eisenbahnbetriebs-Inspektion hier selbst zurückgewiesen. Der Magistrat sieht sich bei dieser Sachlage zu seinem Bedauern außerstande, den auch von ihm geteilten Wunsch der Stadtverordneten zu verwirklichen.

Herr R o n e g e n erstattet über die Angelegenheit namens der Baukommission Bericht und fügt hinzu:

Die Mitteilung, die ich machen muß, ist keine freudige und befriedigende, weder für die geehrten Herren, noch für die am meisten interessierten Anwohner des Gallersleeberbezirks. Die Baukommission kann natürlich im Augenblick auch nichts anderes tun. Ich habe mir aber in der gestrigen Kommissionsitzung den Antrag zu stellen erlaubt, das andere Projekt aufzunehmen und die Linie durch die Neuestraße-Brabantstraße nach dem Friedrich-Wilhelmsplatz und so wenigstens in die Nähe des Staatsbahnhofs zu führen, und allgemeine Zustimmung damit gefunden. Da das den Verhältnissen am meisten Rechnung tra-



gende Projekt nicht durchführbar ist, so sollte man die weniger gute Linienführung wählen. Auch die Direktion der Straßenbahn hat jetzt gemeint, daß die Verhältnisse so lägen, daß ein Versuch möglich ist. Die Verlängerung der beiden Gleise in der Görtelingerstraße bis über die Ecke der Neuenstraße hinaus ist bereits durchgeführt. Es wurde früher noch gefordert, durch Wegnahme des Brunnens in der Neuenstraße zu ermöglichen, die Weiche an jene Straße zu legen, aber auch wieder zugegeben, daß diese letzte Forderung nicht direkt notwendig ist, um den Versuch zu machen. Mit dem Fallen des ersten Projekts ist durchaus nicht gesagt, daß es überhaupt keine Lösung dieser Frage gibt. Wenn der Friedrich-Wilhelmsplatz auch bereits durch Gleisanlagen sehr beengt ist, und ein drittes Gleis besonders nach der Seite zwischen dem jetzigen Gleise und dem Monopolhotel die dortigen Verhältnisse zu sehr beengen würde, so gäbe es doch noch eine andere Lösung, vor allem eine solche durch Anlegung einer neuen Brücke über die Oker und einer direkten Verbindung nach dem Gelände des Staatsbahnhofs hin; oder man könnte statt links über die jetzige Gleisbrücke abzuschwenken, die Linie nach dem Rahlentwall führen und auf dem Güterbahnhof endigen lassen. Auf jeden Fall würde damit immer erreicht sein, daß das lästige Umsteigen auf dem Ruhläutchenplatze, welches bei schlechter Witterung den Passanten sehr unangenehm ist, wegfallen würde. — Es ist ja richtig, die Linie durch die Neuestraße-Brabantstraße ist um 200 m länger und die Zeitersparnis bei Benutzung der Straßenbahn würde nicht groß sein. Dagegen würde aber der Wegfall des Umsteigens nicht wenig in die Waagschale fallen.

Ich möchte Sie also bitten, dem Kommissionsantrage zuzustimmen, den Magistrat zu ersuchen, jetzt die Straßenbahndirektion zu veranlassen, versuchsweise den Betrieb durch die Neuestraße-Brabantstraße aufzunehmen.

Herr Mann: Es ist wunderbar, wir werden bei unserer Straßenbahn an alles gewöhnt. Wenn wir glauben, daß ein Verkehrshindernis beseitigt ist und wir dann sehen, daß das Gegenteil eintritt, so wird trotz allen Debattierens und Antragstellens nichts daran geändert, und im Laufe der Zeit werden wir daran gewöhnt. Die Verhältnisse in der Stadt Braunschweig sind zu einem Teil bedingt durch unsere krummen und kurzen Straßen. Das hat früher viel Veranlassung zu Klagen gegeben. Die Straßenbahndirektion wurde ersucht, einen zweigleisigen Betrieb einzurichten und die Weichen auszubauen. Die Straßenbahn hat auch vieles getan, um die Verhältnisse zu bessern, alles, was sich machen ließ. Man glaubte nun, daß der Betrieb sich besser abwickelte wie früher. Aber das ist nicht der Fall. Es wurde in der Debatte im Februar schon darauf hingewiesen, daß man die Straßenbahn

nicht benutzen dürfe, wenn man irgendwo zeitig hinkommen wolle. So ist es in neuerer Zeit wieder geworden durch die verquälte Zusammenlegung der Strecken. Wenn wir sehen, was durch die Baukommission in ihrem Bestreben, etwas zu tun, vorgeschlagen ist, die Führung durch die Neuestraße, so wird jeder zugeben müssen, daß dies das reine Angstprodukt ist. Das ist nicht etwa böse gemeint gegen die Baukommission, die in der Not nach dem Strohhalme gegriffen hat. Wenn man früher gesagt hat, die Führung von 3 Linien durch die Münzstraße-Friedrich-Wilhelmstraße sei nicht möglich, so wird jeder zugeben müssen, daß zwei Strecken durch die Neuestraße zu legen ein noch unglücklicherer Gedanke ist. Wozu soll die Elektrische dienen? Man nimmt an, den Verkehr zu heben. Aber die Verkehrsverhältnisse sind schlechter geworden dadurch, daß die Linie Westbahnhof-Gliesmarode jetzt auf dem Ruhfäutchenplatz endigt und die Linie Westbahnhof nach der Kastanienallee geführt ist. Dabei sollte man den kürzesten Weg gewählt haben. Weit gefehlt! Nach der Kastanienallee fährt man den Bückfahrs durch die Landstraße, da eine Führung der Linie auf der Kastanienallee durch Höchsten Befehl versagt war. Dieselbe Linie fährt den Damm herunter, erst zum Kohlmarkt und kommt dann glücklich wieder zur Friedrich-Wilhelmstraße und fährt nun nach dem Westbahnhof. Die gesamte Einwohnerschaft war sich einig darüber, daß die Zusammenlegung dieser Linie ein unglücklicher Gedanke war. Von der Kommission haben wir dann gehört, daß es aus betriebstechnischen Gründen anders nicht möglich war. Die einzige gute Linie ist jetzt Augusttor-Schützenhaus; früher war es daneben die Linie Gliesmarode-Westbahnhof, die viele gerade Strecken hatte und dadurch zu einer der schnellsten Linien wurde. Daß jetzt die Wagen auf dem Ruhfäutchenplatz liegen bleiben, ist ein unleidlicher Zustand. Wer vom Bahnhof nach Gliesmarode will, muß am Rathause umsteigen und auf dem Platze lange warten. Wer in Braunschweig Bescheid weiß, kommt zu Fuß ebenso früh hin. Damit ist weder dem Publikum noch der Elektrischen gedient. In dieser Beziehung ist unsere Straßenbahn wieder zum Gespött geworden, was unnötig war nach dem, was alles von der Gesellschaft aufgewandt worden ist. Jetzt kommt wieder ein Hindernis durch die Inspektion unseres Staatsbahnhofs! Durch die Neuestraße zu fahren und vor dem Bankgebäude einen Stellwagen stehen zu lassen, halte ich für keinen glücklichen Gedanken. Unsere Straßenbahnwagen sollen doch kein Aufenthaltsort für das Publikum sein, in dem es sich ausruhen und anwärmen kann! Zu dem Zwecke betritt keiner die Elektrische. Ich halte den Vorschlag der Kommission für keinen Ausweg. Die Wagen dieser Linie durch die Neuestraße zu führen, die sowieso schon überlastet ist, hieße kein Verkehrsfördernis, sondern ein Verkehrshindernis schaffen. Ich finde es für richtiger, den Magistrat zu eruchen, dringend bei der Direktion

der Staatsbahn vorstellig zu werden und zu ersuchen, die dritte Linie ihren Platz finden zu lassen. Die Kommission aber bitte ich, ihren Antrag zurückzuziehen.

Herr Kßmann stellt folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, wenn die Straßenbahnlinie Gliesmarode-Westbahnhof nicht wieder eingeführt werden kann, bei der Direktion der Staatsbahn dahin vorstellig zu werden, daß die Wagen der Linie Gliesmarode auch auf dem Staatsbahnhofe Platz finden können.

Herr Möhle: Ich unterschreibe jedes Wort der Ausführungen des Vorredners. Mich hat die Mitteilung der Kommission nicht überrascht, ich habe sie erwartet. Nur eine Freude ist mir dabei gewesen, daß der Magistrat ernstlich bemüht gewesen ist, diesem unglückseligen Zustande ein Ende zu machen, und sich ganz energisch mit der Direktion in Verbindung gesetzt hat. Daß ihm eine Abhilfe nicht gelungen ist, bedauere ich aufrichtig. Nun wird hier der Vorschlag gemacht, man möge den Magistrat ersuchen, um den Wünschen der Gliesmaroder Bewohner nachzukommen, die Linie über die Neuestraße zu führen. Ich habe schon früher erwähnt, daß ich diese Linienführung für höchst unglücklich halte, weil ich es nicht für möglich ansehe, daß die Neuestraße einen derartigen Straßenbahnverkehr aushält. Außerdem kann ich mir unmöglich denken, daß, wer von Gliesmarode kommt, diese Vergnügungsreise durch die Neuestraße machen wird. Es steht außer Zweifel, wie ich auch schon damals ausgeführt habe, daß mit der Aenderung der Linien ganz entschieden eine Ungerechtigkeit der Gliesmaroder Strecke gegenüber vollzogen ist. Wenn es damals hieß, die Linie müßte geändert werden, weil der Standwagen vor dem Rathause wegfallen müßte, so wäre es möglich gewesen, das auf andere Weise herbeizuführen. Falls nun aber ein derartiger Versuch mit der Neuestraße gemacht werden soll, dann möchte ich doch vorschlagen, lieber die Stadtparklinie durch die Neuestraße gondeln und die Gliesmaroder Linie direkt nach dem Bahnhof gehen zu lassen. Das würde ein gewisses Entgegenkommen der Gliesmaroder Linie gegenüber sein. Außerdem muß ich sagen: Ich habe bis jetzt immer gefunden, daß die meisten Passagiere der Stadtpark-Linie beim Rathause aussteigen und der Wagen leer oder mit wenig Leuten nach dem Bahnhofs weiterfährt, während die Strecke Nordbahnhof-Hauptbahnhof immer voll besetzt ist, nicht etwa nur bis zum Rathause, sondern bis zum Bahnhofs. Da diese Strecke den Hauptverkehr von Gliesmarode aufgenommen hat, so würde jedenfalls auch die Gliesmaroder Linie ein ähnliches Resultat zeigen. — Ich bin also nicht in der Lage, den Vorschlägen der Baukommission zuzustim-

men, möchte mich vielmehr dem Antrage Nßmann anschließen oder beantragen, daß die Stadtpark-Linie durch die Neuestraße geführt wird.

Antrag: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu veranlassen, daß die elektrische Straßenbahn-Linie Stadtpark durch die Neuestraße zur Bahn und die Giesmaroder Linie über die Münzstraße zum Bahnhof geführt werde.

Herr Lübke: Als Vertreter der Bewohner des Falterslebertorviertels, bezw. derjenigen, die am meisten genötigt sind, die fragliche Strecke zu benutzen, kann ich nur mein lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß die recht langen Verhandlungen von  $\frac{3}{4}$  Jahren dieses klägliche Resultat gehabt haben. Ich bedauere es umsomehr, da der Magistrat anscheinend den besten Willen betätigt hat. Es ist beklagenswert, daß die Verwaltung der Staatsbahn sich geweigert hat, die kleine Verlängerung der Gleise zu gestatten. Es scheint, als ob von der Direktion der elektrischen Straßenbahn mehr Eifer betätigt werden solle. Fast wöchentlich werde ich von hoch und niedrig darum angegangen, einmal wieder die Sache anzuregen; nicht einzelne Kreise, sondern die ganze Bevölkerung dieses Viertels leidet darunter. Ich weiß nicht, warum Wandel zu schaffen so schwer sein soll. Der Grund: die Münzstraße wäre zu eng, ist fallen gelassen. Nun kommt eine zweite Schwierigkeit: Wir können nicht auf den Bahnhof. Die Brücke, die vor 2 Jahren angelegt wurde, ist so klein, daß man bei den Windungen der Gleise nicht auf den Bahnhof kann, und die Gleise auf dem Bahnhof sind so kleinlich und den Verkehrsrücksichten widersprechend angelegt, daß man einen dritten Wagen nicht aufstellen kann. Wenn tatsächlich die Verhältnisse so trübe liegen, so würde auf dem Bahnhofs sehr leicht Abhilfe zu schaffen sein. Die Brücke ist nun allerdings zu klein, um den ganzen Verkehr aufzunehmen, und da die Kreuzung der nach dem Bahnhofs führenden Gleise mit der Linie Augusttor-Desper unmittelbar an der Brücke liegt, so ist tatsächlich ein Uebelstand vorhanden, der in der Disposition der Brücke begründet ist. Möchten doch alle in Frage kommenden Instanzen zu veranlassen suchen, daß die gänzlich unzulänglichen Bahnhofsbrücken umgebaut werden. Dazu müßte die Stadt selbst in den Säckel greifen. Es ist ein Fehler gewesen, daß man die kleine Brücke zu bauen der Straßenbahn überließ. Sie hat natürlich nur für ihre nächsten Bedürfnisse ausreichend gebaut. Daß auch dem Meyersfeldschen Grundstücke gegenüber nur eine Fußgängerbrücke existiert, davon hat damals niemand gesprochen, und das war vielleicht ein Fehler v o n u n s, denn auch an dieser Stelle wäre eine breite fahrbare Brücke dringend nötig, damit man vom Friedrich-Wilhelmsplatz aus ohne Umweg nach der Schalterhalle des Bahnhofs gelangen kann. Wir müssen deshalb Sorge tragen, diese festen Brücken zu schaffen. Das Beste wäre eine Neben-

brückung der Oser in der vollen Breite des Friedrich-Wilhelmsplatzes. Ich höre den Einwand des Magistrats schon voraus: Der Bahnhofsumbau steht vor der Tür! Wir haben auf die Verlegung des Bahnhofs schon lange gewartet und werden noch zehn Jahr zu warten haben. Wenn wir diesen Zustand zehn Jahr weitergehen lassen, so haben wir etwas versäumt. Auch später brauchen wir, um die neue Straße hinüberzuführen, dieselben Brücken. Warum sollen wir sie heute nicht bauen? Das würde eine glückliche und endgültige Abhilfe sein. — Wenn man sich heute nicht entschließen will, diesen Schritt zu tun, kann man auch auf andere Weise zum Ziele kommen. Warum will man die Linie von dem Ruhfäutchenplatz nicht weiterführen bis Gieselerwall? Dort ist Platz, so daß ein Stellwagen kein Verkehrshindernis bildet. Eine Ausweichstelle ist dort vorhanden; die Elektrische braucht also nur zu rangieren, was die Wagen der Straßenbahn am Friedhofe auch tun müssen. Die Möglichkeit ist also vorhanden, auf direktem Wege zum Bahnhofe zu kommen. Ich stelle deshalb folgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung erucht den Magistrat in erneute Verhandlungen mit der Straßeneisenbahn zu treten, zwecks direkter Durchführung der Linie Giesmarode-Ruhfäutchenplatz zum Hauptbahnhof durch die Münzstraße, wobei es der Straßenbahn überlassen bleiben soll, ob sie die Wagen am Friedrich-Wilhelmsplatz oder am Gieselerwall halten lassen will.“

Ein paar Worte gegen den Kommissionsantrag wollen Sie mir noch erlauben. Selbstverständlich geht es, daß man ohne Umsteigen durch die Neustraße nach dem Bahnhof fährt. Wer aber eilig zum Bahnhof will, wird aus eigenstem Interesse auf dem Hagenmarkte umsteigen. Die 200 m machen es nicht, aber die Wartestellen und Weichen. Man ist einem unsicheren Moment auf dem Wege zum Bahnhofe preisgegeben, ob an diesen zwei oder drei Ausweichstellen der andere Wagen pünktlich eintrifft. Man würde keine Zeit ersparen und einer Unsicherheit preisgegeben sein. Wegen dieser Schwierigkeit bitte ich, den Kommissionsantrag abzulehnen und die Linie direkt durchzuführen. Der Straßenbahndirektion können wir es überlassen, ob sie den Wagen auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz aufstellen will oder bis zum Gieseler durchführen. Uns genügt es jedenfalls, wenn wir in direkter Fahrt bis zum Friedrich-Wilhelmsplatz kommen können.

Herr Löschigk: Mich wundert gar nichts mehr bei der Straßenbahn. Wenn es Brei regnet, dann hat sie gewöhnlich keinen Löffel. Das können Sie jeden Tag wahrnehmen, Tausende von Leuten, die die Straßenbahn benutzen, können es Ihnen sagen. Mich wundert's nur, daß die Straßenbahn noch immer

ihre Dividende herausbekommt. Als der elektrische Betrieb eingerichtet werden sollte, war ich derjenige, der sich mit Händen und Füßen gegen die Verlängerung der Konzession gewehrt hat. Es hieß damals: „Dann bauen wir nicht elektrisch.“ Wenn die Straßenbahn ein wirkliches Verkehrsinstitut sein wollte, dann mußte sie ohne weiteres elektrisch bauen. Ich erinnere Sie daran, daß nicht diese Linie allein unser Schmerzenskind ist. Die Direktion der Straßenbahn hatte immer Ausflüchte; wir brauchen nur an die Strecke nach dem Friedhofe zu denken, da hat auch der Eisenbahnfiskus herhalten müssen. Ich bin fest überzeugt, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Ich bin heute noch überzeugt, daß es der Eisenbahndirektion ganz egal ist, ob der Wagen über ihre Gleise fährt, wenn er nur zur bestimmten Zeit übergesetzt wird. Wenn hier immer gesagt wurde: „Auf einer eingleisigen Linie können wir nichts ausrichten,“ so will man doch jetzt auf einer eingleisigen Bahn zwei Linien bilden. Es ist ja sehr liebenswürdig von der Kommission, zu glauben, daß sie etwas erreicht. Ich sage: „Wir können nichts erreichen auf diese Weise.“ Wie Herr Stadtverordneter Lübke gesagt hat: „Wer es eilig hat, geht vom Fällerslebertore, wenn er keinen Anschluß hat, ebenso schnell zu Fuß nach dem Bahnhofe.“ Ich bin am Totensonntag mit der Friedhofslinie gefahren, vormittags, als der Verkehr nicht groß war. Um nicht umsteigen zu müssen, bin ich durch die Neuestraße gegendelt. Wir haben volle 3½ Minuten in der Sack-Weiche gegessen, bis der andere Wagen kam. Jetzt haben Sie dort schon den unglücklichen Verkehr, und nun wollen Sie noch eine Linie hineinlegen? Da müssen Sie erst ein paar Häuser abreißen und die Linie zweigleisig machen. Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Möhle. Wir müssen gründlich fordern und mit allen Mitteln darnach streben. Der Grund, daß die Straßenbahn nicht mit der dritten Linie auf den Bahnhof kommen kann, kümmert mich gar nicht. Wir können auf unserm Terrain auch machen, was wir wollen und da sind Auswege genügend gezeigt. Am Giefelerwall ist Breite und Platz genug für die Straßenbahn. Ich möchte Sie bitten, den dahingehenden Antrag zu unterstützen.

Herr Deue: Es wird gesagt, das einzige Hindernis gegen die Durchführung der Fällerslebertorlinie sei die Weigerung der Staatsbahn, auf dem Gelände des Staatsbahnhofes weitere Einrichtungen treffen zu lassen. Nun ist aber schon im Februar bei der Debatte und auch gesprächsweise betont, daß, selbst wenn dieses Hindernis beseitigt würde, die Durchführung durch die Münzstraße nicht angängig sei. Vom Magistrat und von der Polizei seien schon Versuche vorgenommen und hätten ergeben, daß an die Führung einer weiteren Linie durch diese Straße nicht zu denken sei. Ich möchte bitten, daß uns von authentischer Seite über diese Frage Auskunft gegeben wird.

Herr Bürgermeister Meyer: Meine Herren! Ich möchte mich grundsätzlich auf den gleichen Standpunkt stellen, den Sie alle einnehmen, nämlich daß auch ich meine geringe Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Anordnung der Linien ausspreche. Auch ich habe die Empfindung, als ob da etwas besser gemacht werden könnte. Wir sind heute aber kaum in der Lage, der Straßenbahn einen Vorwurf zu machen, weil wir sämtliche Linien in ihrer heutigen Führung genehmigt haben. Vor allem haben wir genehmigt, daß die Linie vom Nordbahnhof nach dem Hauptbahnhof geführt wurde, anstatt bis zum Westbahnhof. Bestimmend ist für den Antrag der Straßenbahn gewesen, daß nach ihren Beobachtungen die Mehrzahl der Personen nicht nach dem Westbahnhof weiterfahren wollten, sondern nur bis nach dem Hauptbahnhofe. Umgekehrt ist die Erfahrung bei der Linie Kastanienallee die gewesen, daß bei vielen Fahrgästen ein Wunsch vorlag, über den Friedrich-Wilhelmsplatz hinaus weitergefahren zu werden nach dem Westbahnhofe. Die Beendigung der Linie Gliersmarode am Kuhfäutchenplatz ist neueren Datums. Sie ist auch durch Umschaltung der Linien entstanden und auch mit Genehmigung der geehrten Herren. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß es wünschenswert ist, die Linie bis zum Hauptbahnhofe durchzuführen, und der Magistrat hat seine früheren Bedenken, daß die Münzstraße durch Aufnahme dieser Linie überlastet würde, fallen gelassen, was Sie auch daraus ersehen, daß er in jüngster Zeit mit der Straßenbahngesellschaft verhandelt hat, ob nicht die Fortführung dieser Linie auf das Bahnhofsgelände möglich sei. Leider sind unsere Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Das liegt nicht an einer fehlerhaften Anlage der Brücke und der Gleise dicht vor oder hinter der Brücke, sondern daran, daß die Staatsbahn bei der Zulassung dieser gesamten Straßenbahn-Anlage schon von vornherein ihre Bedingungen gestellt hatte über die Art der Anlage auf dem Bahnhofsgelände selbst. Da ist unser Machtbereich zu Ende. Nun ist der Teil der Straßenbahnlinie von dem engen Paß beim Hotel Monopol bis dahin, wo sich die Gleise der Weiche befinden, nur eingleisig, so daß eine Belastung dieser Strecke mit dem Verkehr von drei Linien unter weiterer Berücksichtigung der vierten Linie, die diese Strecke zu kreuzen hat, nämlich der Linie Petritor nach Augusttor, ausgeschlossen erscheint. Es wird deshalb nichts anderes möglich sein, als daß darauf eingegangen wird, eine Vorstellung bei der Staatsbahn einzureichen, daß sie eine Verlegung des zweiten Gleises hart hinter der Brücke zulasse. Sollte die Staatsbahn das nicht tun, so wird die andere Lösung zu verfolgen sein, daß als Endpunkt der Linie nicht das Bahnhofsgelände ausgesucht wird, sondern ein Gelände in der Nähe. Der Magistrat hat sich auch damit schon befaßt, allerdings in beschränktem Umfange, nämlich ob es möglich wäre, auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze diesen Endpunkt zu schaffen. Die weitergehende Idee, die Linie

nach dem Kalenwall fortzuführen, ist neu. Ich erkenne ohne weiteres an, sie ist vielleicht der Prüfung wert. Es wäre nicht ausgeschlossen, wenn der Staat uns Entgegenkommen zeigt, daß da etwas zu machen wäre. Ich unterstütze die Ansicht durchaus, daß wir versuchen müssen, die Linie Fellerslebertor nach dem Friedrich-Wilhelmsplaze zu fortzuführen.

Herr Jasper: Es sind heute verschiedene Vorschläge gemacht, die vielleicht geeignet sein werden, eine Besserung herbeizuführen. Den Hauptpunkt hat der Herr Stadtverordnete Löschnitz berührt; das ist der Uebelstand, daß die Stadt der Straßenbahn die Konzession verlängert hat. Ich habe mich deshalb zum Wort gemeldet, um das mit Deutlichkeit auszusprechen, wo alle Redner, selbst der Magistratsredner, sich einig sind über die schweren Nachteile für den Verkehr in der Stadt. Wenn sonst von unserer Seite darauf hingewiesen wird, daß derartige Institute notwendigerweise in den Händen einer städtischen Behörde sein müssen und nicht in denen von privaten Ausbeutern, dann sind die Herren nicht zu Hause. Jetzt haben wir den Salat! Was die Mehrheit sich eingebracht hat, sehen wir jetzt.

Rein geschäftsordnungsmäßig möchte ich nun vorschlagen, da verschiedene neue Gesichtspunkte in der Debatte vorgekommen sind, nicht heute in dem einen oder andern Sinne abzustimmen. Was helfen uns Vorschläge und Beschlüsse! Der Direktor der Straßenbahn hat seinen Kopf für sich. Wir sind ohnmächtig, und mögen wir heute beschließen, was wir wollen, es wird uns nicht gelingen, den Mond vom Himmel herunterzuholen. Ich möchte vorschlagen, diese Vorlage mit den Anträgen an die Kommission zurückzuverweisen und ihr anheimzugeben, zu untersuchen, ob der Vertrag nicht Mittel finden läßt, der Straßenbahn Daumenschrauben anzulegen. Nicht nur Rechte hat sie, sondern auch Verpflichtungen hat sie übernommen. Hat sie vielleicht nicht in diesem Punkte, so hat sie vielleicht in einem andern Punkte so gefehlt, daß wir ihr auf die Finger klopfen und vielleicht ein Kündigungsrecht herleiten können und so Mittel und Wege zu finden, von dem unleidlichen Verhältnis loszukommen, daß wir nicht Herr im eigenen Hause sind. Wir können vielleicht auch dazu kommen, daß wir Gelegenheit haben, eigene Konkurrenzlinien zu bauen. Vielleicht bringt das die Straßenbahn zu mehr Entgegenkommen. Das alles muß erörtert werden, geht aber besser im Rahmen einer Kommission.

Vorsitzender: Herr Stadtverordneter Jasper, ich halte es nicht für parlamentarisch zulässig, eine Aktiengesellschaft in gehässiger Weise „Ausbeuter“ zu nennen.



Herr Eckhardt: Aus den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Meyer haben wir vernommen, daß der Vorschlag des Herrn Stadtverordneten Lübke, die elektrische Straßenbahn bis zum Gieseler zu führen, mit Wohlwollen aufgenommen ist. Ich hoffe, ein gleiches Entgegenkommen zu finden, wenn ich meinen Vorschlag dahin fasse, die Linie Giesmarode-Westbahnhof wieder einzuführen, die Linie Nordbahnhof-Hauptbahnhof bestehen zu lassen und die Linie Kastanienallee dahin zu führen, wo es Herr Stadtv. Lübke vorgeschlagen hat, also nach dem Gieseler. Dann ist man allen Wünschen gerecht geworden und die Aufregung der Giesmaroder, Delperer wird sich wieder legen. Es ist das nach meinem Erachten die leichteste Lösung dieser Frage.

Herr Möhle: Nach den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Meyer, die die Aussicht zulassen, daß auch drei Linien über die Münzstraße gehen, ziehe ich meinen Antrag zurück.

Der Herr Vorsitzende teilt noch einmal kurz den Inhalt der eingegangenen Anträge mit und bemerkt: Ich glaube auch, daß es das richtigste ist, wir stimmen nicht über die einzelnen Anträge heute gleich ab, sondern wir beschließen,

den Magistrat zu ersuchen, alle diese Anträge zu prüfen und mit allen Mitteln dahin zu streben, daß die Linie Giesmarode-Hauptbahnhof durchgeführt wird.

Auf diese Weise kann der Magistrat am besten arbeiten. Was wir wollen, hat er ja kennen gelernt. Ich fürchte, wenn wir die einzelnen Anträge annehmen oder ablehnen, setzen wir den Magistrat in eine schiefe Lage. Alle Anträge führen zu dem gemeinsamen Ziel: die Linie Giesmarode wieder durchzuführen bis nahe an den Hauptbahnhof.

Herr Meyerhoff: Meine Herren. Erlauben Sie mir, daß ich auf die Vergangenheit, die Konzessionsverlängerung der Straßenbahngesellschaft, kurz zurückkomme. Von den Herren, die damals der Kommission angehört haben, sind nur noch zwei in diesem hohen Hause: der Herr Oberbürgermeister Netemeyer und ich. Zwei Herren sind verstorben, die Herren Stadtrat Lange und Jüdel, ein Herr ist aus dem Stadtverordnetenkollegium ausgetreten. Wir Fünfe bildeten die Kommission, sind von der Versammlung überstimmt und haben das ertragen müssen. Wir waren so weit gekommen, daß der Herr Oberbürgermeister Netemeyer uns in der Kommission erklärte: „Ich habe keine Neigung

mehr, gegen den Strom zu schwimmen. Wie das Resultat ausfällt, wir überlassen es den Herren Stadtverordneten. Was sie sich einbrocken, müssen sie auch ausspeien.“ Soviel von der Vergangenheit. — Wenn die Baukommission gestern wußte, daß Geneigtheit vorhanden war (ich muß sie in Schutz nehmen), die dritte Linie über die Münzstraße zu führen, wären wir zu diesem Kompromißvorschlage nicht gekommen. Wir mußten bedenken, daß die neuen Ausfahrtstore für die Feuerwehr gebaut sind und wurden gewarnt, eine weitere Linie über die Münzstraße zu legen; so mußten wir versuchen, die Linie durch die Neustraße gehen zu lassen. Ich freue mich über die Debatte und hauptsächlich darüber, daß die Unmöglichkeit, die Münzstraße mit dieser Linie zu befahren, nicht vorhanden ist. (Sehr richtig!) Wenn man nach Berlin kommt, so sieht man auf einer Strecke Duzende von Linien laufen. Wenn weiter nichts herauskommt, als daß die Linie ebenso gut wie die beiden andern über die Münzstraße geführt werden kann, dann sind die Anwohner des Fällerslebertores aus aller Nothwendigkeit heraus.

Vorsitzender: Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, um die Abstimmung über die einzelnen Anträge zu vermeiden, daß die Herren Antragsteller sich einverstanden erklären, daß die Anträge dem Magistrat als Material überwiesen werden.

Herr Jasper: Den letzten Ausführungen stimme ich zu, möchte aber die Sache nicht an den Magistrat zurückverwiesen haben, sondern an die Kommission, so daß ein Gutachten aus unserer Mitte herauskommen kann.

Herr Lübke: Mir scheint der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden viel für sich zu haben. Wir gewinnen Zeit, wenn wir die Sache sogleich an den Magistrat zurückverweisen. Ich ziehe meinen Antrag zugunsten des Antrages des Herrn Vorsitzenden zurück.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Jasper mit 17 Stimmen angenommen.

Herr Jasper: Der Herr Vorsitzende hat mich gerügt, weil ich in gehässiger Weise die Aktiengesellschaft Ausbeuter genannt habe. Ich weise zurück, daß ich in gehässiger Weise gesprochen habe. Wenn ich den Ausdruck „Ausbeuter“ gebraucht habe, so habe ich das lediglich in volkswirtschaftlichem Sinne getan in gewolltem und bewußtem Gegensatz dazu, daß ein Privatunternehmer des privaten Nutzens halber ein Unternehmen ausbeutet, das in den Händen der Allgemeinheit liegen sollte.

## VI. Aufstellung einer Laterne am Nordende der Gehjoststraße.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, genehmigen zu wollen, daß unter Aufwendung von  $112 + 25 \text{ M} = 137 \text{ M}$  am Nordende der Gehjoststraße — die zu beleuchtende Strecke ist kürzlich an die Stadt abgetreten — eine Randelaberlaterne neu aufgestellt wird und eine Laterne im Zuge des Mittelweges umgesetzt wird, ferner daß die erstgedachte Laterne dauernd beleuchtet und hierfür jährlich 70 M verausgabt werden.

Herr Böschigk befürwortet namens der Finanzkommission die Genehmigung und die Versammlung beschließt demgemäß.

## VII. Aufstellung einer Laterne am Mittelwege.

Der Magistrat gibt der Stadtverordnetenversammlung anheim, der Aufstellung und dem Betriebe einer Laterne auf dem Mittelwege an der Ecke der Totentwete zuzustimmen und dafür einmalig 137 M und dauernde Betriebskosten von jährlich 70 M zu bewilligen.

Herr Böschigk empfiehlt namens der Finanzkommission Zustimmung zu dem Antrage.

Herr Bunge: Meine Herren! Ich bin damit einverstanden, daß die Laterne aufgestellt wird, kann aber nicht unterlassen, Ihnen heute den Wunsch der Anwohner der Maienstraße zu unterbreiten, die auch gern eine Gaslaterne dorthin haben möchten. Es ist jetzt dort ein lebhafter Fußgängerverkehr vorhanden und die Beleuchtung durch Oellaternen reicht nicht aus. Ich möchte bitten, auch hierfür die Mittel zu bewilligen.

Der Magistratsantrag wird genehmigt.

## VIII. Uebernahme einer Laterne am Riddagshäuserwege.

Herr Richard Sichler hatte seinerzeit sein Haus auf dem Riddagshäuserwege mit einer Straßenlaterne auf eigene Kosten versehen und die Laterne bis jetzt auf eigene Kosten erhalten. Nachdem die genannte Straße stadtseitig mit Straßenlaternen versehen ist, erscheint das Verlangen des Herrn Sichler, stadtseitig für Beleuchtung auch dieses Teiles der Straße zu sorgen, nicht unbillig. Die Direktion der Licht- und Wasserwerke schlägt vor, die Laterne auf ihrem Platze zu belassen und zu übernehmen. Der Magistrat gibt anheim, dem Vorschlage zuzustimmen unter Verwilligung der Betriebskosten von 70 M jährlich.

Im Auftrage der Finanzkommission berichtet Herr L ö s c h i g k über diesen Punkt der Tagesordnung und empfiehlt der Versammlung, ihre Zustimmung auszusprechen, was auch geschieht.

### IX. Aenderung des Randelabers auf dem Ruhfäntchenplatze.

Die auf dem genannten Platze an den Masten der Straßenbahn befindlichen drei Gasglühlichtlaternen sollen gegen zwei Arme mit Preßgaslampen ausgewechselt werden. Die Straßenbahn lehnt die Haftpflicht für die Preßgaslaternen selbst, wie für Schäden, die infolge des Vorhandenseins der Laternen an dem Straßenbahnmast entstehen könnten, ab. Der Magistrat gibt den Stadtverordneten anheim, in Ergänzung ihres Beschlusses vom 26. Mai d. J. für die Aenderung 150 *M* zu bewilligen, ferner der Abgabe der von der Straßenbahn geforderten Erklärung über die Haftpflicht zustimmen zu wollen, da der fragliche Mast für die Straßenbahn unentbehrlich ist und durch Aufstellung eines besonderen Randelabers der Verkehr beeinträchtigt werden würde.

Herr L ö s c h i g k erstattet Bericht über die Angelegenheit und erbittet im Auftrage der Finanzkommission die Zustimmung der Versammlung.

Herr F r ü h l i n g: Nach der ausgestellten Zeichnung sollen die Laternen in einer Höhe von 4,7 m über dem Straßenpflaster angebracht werden. Das scheint mir zu wenig. Einmal würde das blenden und dann ist auch der Leuchtkreis zu gering. Nun ist mir gesagt, es wären Schwierigkeiten vorhanden, die mit der Konstruktion des Mastes zusammenhängen. Das könnte doch nicht maßgebend dafür sein, daß wir die Laternen dauernd zu niedrig hängen. Ich möchte den Antrag stellen, daß die Laternen höher gehängt werden.

V o r s i e h e n d e r: Ich betrachte das als Anregung.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich möchte zu der Anregung des Herrn Frühling bemerken, daß wir uns in der Deputation mit dieser Frage öfter befaßt haben. Wir sind aber doch zu der Ansicht gekommen, daß die Direktion der Licht- und Wasserwerke mit Recht Bedenken trägt, Gaslaternen höher zu legen. Herr Baurat Frühling wird anerkennen müssen, daß bei Gaslaternen die Verhältnisse anders liegen als bei elektrischem Licht. Die Gaslaternen sitzen fest und dabei ist fortwährend an ihnen zu arbeiten: sie müssen gereinigt werden, neue Strümpfe müssen aufgesetzt werden usw. Unsere Laternenwärter in noch größerer Höhe auf schwankenden Leitern arbeiten zu lassen, tragen wir Bedenken. Ich glaube nicht, daß wir eine andere Konstruktion wählen können;

bewegliche Röhre anbringen zu lassen, würde auf der Straße nicht angängig sein. Deshalb wird die Deputation nicht in der Lage sein, der Anregung Folge zu leisten.

Der Forderung des Magistrats wird von der Versammlung zugestimmt.

Herr Böschigk: Diese Laternen-Sachen, wie wir sie eben behandelt haben, kommen verhältnismäßig häufig vor. Jetzt eben hat Herr Bunge wieder die Aufstellung einer Laterne angeregt. Ich bin auch ein Lichtfreund, der Magistrat ebenfalls, aber die Wege, die die Sachen durchmachen müssen, sind manchmal ziemlich lang. Das sehen Sie an dem Kandelaber auf dem Ruhfäutchenplatz. Wir haben früher schon den Magistrat ermächtigt, daß er uns bei der Verlegung von Gas- und Wasserrohren nicht um jede Einzelheit zu fragen braucht, sondern solche Sachen in der Deputation abmachen kann. Eine ähnliche Anregung habe ich mir erlaubt in der Finanzkommission zu geben. Im Interesse der Beschleunigung solcher Sachen möchte ich Sie bitten, folgenden Antrag anzunehmen:

Die Stadtverordneten beschließen:

den Stadtmagistrat und die Gas- und Wasserdeputation zu ermächtigen, die Aufstellung von einzelnen Laternen inklusive Betriebskosten, ohne jedesmal die Stadtverordneten zu befragen, zu beschließen.

Vorsitzender: Wir waren der Ansicht, daß unsere Rechte gewahrt werden dadurch, daß der Magistrat nur mit Zustimmung der Deputation diese Aufstellung von einzelnen Laternen beschließen kann.

Der Antrag wird angenommen.

## X. Anbringung von Schutzvorrichtungen an den Straßeneisenbahnwagen.

Herr Rönegen (namens der Baukommission): Von der Straßeneisenbahngesellschaft wird die Anbringung von Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen in dreierlei Form gefordert: 1. Gangvorrichtung an den Motorwagen, 2. Verbindungsgitter zwischen Motor- und Anhängewagen, 3. Räume für die Anhängewagen. Die dritte Forderung ist erledigt, indem diese Schutzvorrichtung seit dem 1. Oktober an sämtlichen auf den Linien der Stadt verkehrenden Wagen ausgeführt worden ist. Die zweite Forderung wird dadurch erledigt, daß die Direktion der Straßenbahn sich bereit erklärt hat, versuchsweise eine solche Vorrichtung an den Wagen einer besonderen Strecke, nämlich Augustor-Cellerstraße anzubringen. Für diese Schutzvorrichtung liegen Zeichnungen vor und machen einen vertrauenerweckenden Eindruck. Die Kommission hat

der probeweisen Anbringung zugestimmt und glaubt damit diese Frage gelöst zu haben.

Es bleibt noch übrig die an erster Stelle aufgeführte Fangvorrichtung an den Motormwagen. Der Magistrat hatte sich bezüglich der Schutzvorrichtungen an die Polizeibehörde gewandt, da dieser die Sicherung des Straßenbahnverkehrs obliegt, und diese hat sich mit der Direktion der Straßenbahn benommen und die Forderung gestellt, Abhilfe zu schaffen. Die Direktion der Straßenbahn ist, wie uns allen bekannt, von jeher gegen Anbringung der Fangvorrichtungen gewesen, hat sich aber schließlich doch mit dem Gedanken vertraut gemacht, nachgeben zu müssen. Sie stellt aber jetzt das Ansuchen, von den bis jetzt bekannten Modellen ihr eins nennen zu wollen, welches hier versuchsweise angewandt werden soll. Es sind von diesen Fangvorrichtungen diverse Konstruktionen theils in kleinerem, theils in größerem Maße in verschiedenen Städten angewandt. Soweit bekannt, hat sich am besten die in Hamburg-Altona angebrachte bewährt. Sie sind schon längere Zeit, über 10 Jahre, in Anwendung und soweit mir persönlich bekannt ist, haben sie durchschlagende Erfolge ergeben im Gegensatz zur Behauptung der hiesigen Straßenbahn. Es ist dann in neuerer Zeit, wohl seit 2 Jahren, ein System Lankwitz eingeführt, und zwar in Berlin, auch versuchsweise an 5 Wagen seit ca. 6 oder 8 Monaten, und in Nürnberg und Kassel an 10 Wagen. Diese Konstruktion soll derjenigen von Hamburg-Altona noch bei weitem überlegen sein. Nach den hier vorliegenden Zeichnungen, Illustrationen und Beschreibungen läßt sich das nicht ohne weiteres erkennen. In der Kommission ist dieser Gegenstand sehr eingehend besprochen worden. Es wurde unter anderem auch ausgeführt, daß durch den Vorschlag eines bestimmten Modelles seitens der Stadt die Stadtverwaltung auch eine gewisse Verantwortung der Straßenbahn gegenüber übernehmen würde. Ich persönlich bin ganz anderer Meinung. Wenn verschiedene Systeme bereits in verschiedenen Städten erprobt sind, so unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Konstruktionen auch für die Praxis bis zu einem gewissen Grade eine gute Verwendung gefunden haben und daß für eventuelle Verletzungen trotz der Anbringung der Fangvorrichtung nach wie vor auch die Straßenbahn haftbar ist. Die Kommission hat sich schließlich dahingehend geeinigt, Sie zu bitten, den Magistrat zu ersuchen, eine Deputation zu wählen, welche die beiden am meisten zu berücksichtigenden Ausführungen der Fangvorrichtung aus Hamburg und Berlin-Lankwitz zu prüfen und darnach der Direktion der Straßenbahn Vorschläge zu machen hat. Ich halte diese Art der Ausführung für die einzig richtige. Denn trotzdem von verschiedenen Seiten in der Kommission hervorgehoben wurde, daß es zu schwierig wäre und daß es keine Fachleute gäbe, die derartige Konstruk-

tionen beurteilen können, so bin ich als Mann der Praxis entgegengesetzter Ansicht. Ich glaube wohl, daß es Leute gibt, die — nicht an Modellen, sondern an ausgeführten Apparaten — durch Snaugensteinnahme ein maßgebendes Urteil sich werden bilden können. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag, eine Deputation zu wählen, die die in Frage kommenden Apparate besichtigt, anzunehmen.

Herr Löschigk: Ich freue mich, daß in der Kommission die Sache weitergekommen ist. Früher ist mir gesagt worden, die Einrichtung des Hauptwagens wäre so, daß überhaupt kein Mensch darunter kommen könnte, er würde weggeräumt. Leider ist uns vor nicht langer Zeit der Beweis erbracht, daß das nicht zutrifft, denn ein halbwichziger Mensch ist auf dem Steinwege unter dem Straßenbahnwagen zu Tode gekommen und eine ziemlich weite Strecke fortgeschleift. Ich wundere mich nur, daß die Kommission nicht an dem einen System, das sich in Hamburg 10 Jahre bewährt hat, festgehalten hat und jetzt andere Sachen noch proben will. Ich habe aber nichts dagegen, denn sollte sich neben diesem guten System das andere noch besser bewähren, so werde ich gewiß auch zustimmen. Ich möchte nur bitten, daß die Sache mehr Tempo bekäme, damit nicht noch so und so viel Wagen über Leichen weggehen. Auch darin ist unsere Straßenbahn nicht fortschrittlich gesinnt. Mir wurde persönlich gesagt: Die Straßenbahnverwaltung ist gegen jede Schutzvorrichtung, weil es eine vollkommene bis jetzt noch nicht gäbe. Vielleicht finden wir diejenige, die für uns paßt, auf dem Monde.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich halte mich doch für verpflichtet, in diesem Falle die Straßenbahn in Schutz zu nehmen. Die Anregung zu einer Besichtigung von vorhandenen Einrichtungen ist nicht von der Kommission ausgegangen, sondern von der Straßeneisenbahngesellschaft, und zwar war sie zunächst gerichtet an die Polizeidirektion, die in erster Linie berufen ist, die Sicherheitsmaßregeln zu überwachen. Diese hat die Anregung weitergegeben. Nach dem, was ich durch Bearbeitung der Sache an Ueberzeugung gewonnen habe, bin ich nicht in der Lage, der Straßenbahn aus dem gegenwärtigen Verhalten einen Vorwurf zu machen, denn so gut, wie der Herr Stadtverordnete Löschigk zu meinen scheint, sind die vorhandenen Einrichtungen nicht, sie sind nicht über jeden Zweifel erhaben und gewähren nicht absoluten Schutz vor Verletzungen oder vor dem Tode. Im Gegenteil: die Zahl der Verletzungen durch Wagen mit diesen Sicherheitsvorrichtungen soll größer sein als durch Wagen ohne dieselben. Ich bin ja Laie auf diesem Gebiete, das aber kann ich auch beurteilen, daß wir einen so großen Anlaß, Sicherheitsmaßregeln zu treffen, wie er in Berlin vorliegt, bei uns nicht haben. Und wenn Berlin sich nicht gezwungen

gesehen hat, solche für seinen Verkehr in Anspruch zu nehmen, wo der Verkehr größer ist und viel mehr dahin drängen würde, alles zur Sicherheit des Publikums anzuwenden, so zeigt das, daß die Schutzmaßregeln noch nicht auf der Höhe sind. Das ist auch für Hamburg erwiesen dadurch, daß Berlin noch Versuche anstellt und nicht die Hamburger Einrichtung einfach übernimmt, sondern nur unter gewissen Verbesserungen, jedenfalls mit einer umgearbeiteten Anlage, die auch nur erst an 5 Wagen angebracht ist. Nach dem, was ich glaubhaft mir habe versichern lassen, ist das in der Hauptsache nur geschehen, weil im Publikum — wie bei uns — der Wunsch laut geworden ist, es müsse etwas geschehen, um die Personen nach Möglichkeit zu schützen. Das ist verständlich. Die Straßenbahn hier hat sich bis jetzt auf den Standpunkt gestellt, daß der beste Schutz der wäre, eine gute Bremse zu besitzen, die von einem sichern Bremser geführt wird. Der Erfolg hat jedenfalls, was die Zahl der Unfälle anlangt, gezeigt, daß diese Einrichtung keineswegs hinter den andern Schutzvorrichtungen so sehr zurücksteht.

Grundsätzlich hat sich der Magistrat den Anregungen der Kommission angeschlossen in dem Sinne, daß es, um auch bei uns etwas zu tun, richtig wäre, an einer solchen Besichtigung teilzunehmen, damit wir sagen können: Das scheint uns das beste zu sein und wollen wir eingerichtet wissen. Ich unterstütze deshalb den Vorschlag des Referenten und bitte Sie, vielleicht zwei Herren zu wählen. Ich hatte mir gedacht, daß zur Beurteilung zwei Stadtverordnete und zwei Magistratsvertreter abgeordnet würden. Dazu würde kommen: die Polizeidirektion, der Eisenbahnkommissar und ein Vertreter von der Straßenbahn selbst. Ich halte es für selbstverständlich, daß wir der Straßenbahngesellschaft Nachricht geben und sie ersuchen, sich an der Auswahl zu beteiligen.

Herr Löschigk: Es hat mir ganz fern gelegen, die Straßenbahn vielleicht herabzusetzen. Ich stehe auf dem Standpunkte: Andere Städte, wie Hamburg, haben schon vor 10 Jahren die Gesellschaft veranlaßt, Schutzvorrichtungen zu treffen, und hier ist durch meine Anregung, die schon so lange zurückliegt, vergeblich versucht, die Sache in Fluß zu bringen. Da werden Sie mir nicht übel nehmen, wenn ich sage: „Etwas mehr Tempo!“ — Herr Bürgermeister Meyer hat gesagt, es werde von der Straßenbahn anerkannt, die beste Schutzvorrichtung sei eine gute Bremse. Halten Sie denn unsere Bremse für gut? Es ist Berlin als Beispiel vorgeführt, da seien auch keine Schutzvorrichtungen angebracht. Eine gute Schutzvorrichtung haben wir in Berlin: Das ist die Luftbremse. Die macht es. Sie hören von unsern Schaffnern selbst: wenn sie den Tag über die Handbremse gezogen haben, ist die Hand am Abend lahm. Die Schaffner, die eine Luftbremse am Wagen haben, die mit Daumen und



Beigefinger in Tätigkeit gesetzt wird, arbeiten den ganzen Tag, ohne belästigt zu werden. Wenn man so etwas hier eingeführt hätte, so wäre das wenigstens ein Entgegenkommen gewesen. Ich muß sagen: Sind sie jetzt geneigt unsern Wünschen nachzukommen, vorher sind sie nicht entgegenkommend gewesen.

Vorsitzender: Ich schlage vor, daß wir zwei Herren, die mit derartigen technischen Sachen vertraut sind, in die Deputation wählen.

Als Mitglieder der Deputation werden von der Versammlung die Stadtverordneten Konegen und Meyerhoff gewählt.

Der zweite Vorsitzende, Herr Wolters, übernimmt den Vorsitz.

## XI. Baulichkeiten auf dem Feuerlöschgrundstücke.

Der Stadtmagistrat beantragt im Einvernehmen mit der Feuerlöschdeputation einige auf Antrag des Kreisbranddirektors vorzunehmende Bauten, da sie dringlich sind, noch im laufenden Rechnungsjahre ausführen zu lassen und die Kosten dafür zu verwilligen. Es handelt sich dabei:

1. um Herrichtung einer Mädchenkammer für die Brandmeisterwohnung, veranschlagt zu 1250 *M.*,
2. Einrichtung einer mechanischen Dampfwäscherei-Anlage im vormaligen Krankenstalle, veranschlagt zu 2300 *M.*,
3. Einrichtung von zurzeit fehlenden Kellerräumen für die beiden kleineren Dienstwohnungen im Feuerlöschgebäude, veranschlagt zu 200 *M.*

Zu den unter 1 und 3 erwähnten Kosten wird der Staat den vertragsmäßigen Zuschuß ( $\frac{1}{8}$ ) beizutragen haben, in bezug auf den Posten unter 2 erscheint dagegen seine Beitragspflicht zweifelhaft, weil diese Anlage nach Schätzung des Kreisbranddirektors zu  $\frac{2}{3}$  im Interesse des Sanitätsdienstes nötig ist. Sie soll nebenher auch für die Zwecke der Berufsfeuerwehr benutzt werden, würde aber im Hinblick auf die Höhe der Kosten dann nicht hergerichtet werden, wenn lediglich dem Bedürfnisse der Berufsfeuerwehr genügt werden müßte. Es wird sich daher nach Ansicht des Magistrats empfehlen, die Wäschereianlage ausschließlich auf Kosten der Stadt herzurichten, dabei aber anzustreben, daß der Staat demnächst den üblichen Beitrag zu den Betriebskosten leistet, soweit diese der Betriebsrechnung der Berufsfeuerwehr zur Last fallen.

Herr Fröhling berichtet über den Gegenstand und schlägt namens der Baukommission Zustimmung zu allen drei aufgeführten Punkten vor.

Herr Riefe: Ich möchte zunächst hervorheben, daß die Aufwendung von 1200 *M* zur Anlage einer Mädchenkammer mir sehr hoch vorkommt. Andererseits ist mir die Anlage einer Dampfwäscherei längst nicht genügend begründet, so daß ich mich nicht dafür aussprechen kann. Jedenfalls wird man die Arbeit in der Wäsche den Feuerwehrleuten auf den Hals laden, ohne daß sie dafür eine Entschädigung erhalten. Schon heute wird das von ihnen befürchtet. Außerdem wird der für sie verfügbare Raum so eng werden, daß sie noch weniger Platz haben werden als früher. Gegen die Kelleranlage will ich nicht sprechen, auch nicht gegen die Herrichtung einer Mädchenkammer, nur ist mir da nicht erklärlich, wie die Kosten die Höhe von 1200 *M* erreichen können.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn Herr Riefe bei der Beratung in der Kommission diese Bedenken vorgebracht hätte. — Die verhältnismäßig hohen Aufwendungen für Herrichtung einer Mädchenkammer werden dadurch bedingt, daß, den Vorschriften der Bauordnung entsprechend, der Zugang zu dieser Kammer nicht über den freien Boden genommen werden darf. Das erfordert, daß besondere Wände gezogen werden müssen, um dem Statut zu genügen. Bisher war die Wohnung von Junggefellern bewohnt; wenn wir jetzt noch Bodenräume mit zu Hilfe nehmen müssen, so läßt sich das nicht vermeiden, es ist kein anderer Platz in der Wohnung vorhanden, um eine Mädchenkammer anzulegen.

Die Herrichtung einer Dampfwäscherei ist deshalb unbedingt erforderlich, weil wir Privatwäschereien diese Wäsche von den Desinfektoren nicht übergeben wollen. Man könnte die Dampfwäscherei ja auch an irgend einer andern Stelle unterbringen; aber wir haben hier gerade hochgespannte Dämpfe zur Verfügung und glauben nicht, daß der Betrieb sich anderswo so billig gestalten wird wie hier. Auch darin braucht Herr Riefe kein Bedenken zu finden, daß die Bedienung durch die Feuerwehr erfolgen soll. Ob das der Fall ist, kann ich im Augenblick nicht sagen; sie könnte ebensogut durch die Desinfektoren oder durch Waschfrauen stattfinden. Wir haben eine derartige Wascheinrichtung vor kurzem für die Wäsche der Waisenkinder im Herzoglichen Waisenhaus aufgestellt; der Betrieb ist so einfach, daß man ihn unbedenklich durch jede Waschfrau besorgen lassen kann. Er ist leicht und wirkt schnell und gründlich. — Daß die Feuerwehrleute beeinträchtigt werden sollten dadurch, daß ihnen ein Raum genommen wird, trifft nicht zu, denn es handelt sich um den Krankenstall, in dem früher die kranken Pferde untergebracht waren.

Ich möchte Sie bitten, dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage wird angenommen.

## XII. Anschluß eines auf Rühmer Feldmark gelegenen Grundstücks an das Lichtwerk.

Direkt an der Grenze der Stadt betreibt die Firma H. Müller sen. seit Jahren auf der Feldmark Rühme an der Hamburgerstraße eine Firnisfiederei und Lackfabrik. Durch den Betrieb des städtischen Wasserwerks am Dowesee ist ihr das Speisewasser für die Lokomobile entzogen, so daß die Fabrik zeitweise zum Stillstand gezwungen ist. Durch Legung des Kabels des Lichtwerks bis zum „Roten Kreuz“ ist der Fabrik die Möglichkeit gegeben, mittels Elektromotors die zeitweise fehlende Kraft zu ersetzen. Die Firma bittet, ihr den Bezug von elektrischer Energie vom Lichtwerk und die Herstellung der erforderlichen Zuleitung auf ihre Kosten gestatten zu wollen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß es bei Lage der Verhältnisse billig sein dürfte, den Anschluß zu gestatten, und richtet ein dahingehendes Ersuchen an die Stadtverordneten.

Herr F r i e empfiehlt im Auftrage der Baukommission, dem Ersuchen zu entsprechen, was seitens der Versammlung geschieht.

## XIII. Ausbau der Straße Nr. 541.

Die grundsätzliche Zustimmung zum Ausbau des fraglichen Straßenzuges haben die Stadtverordneten unter dem 23. Juni d. J. erteilt. Der Magistrat übersendet der Stadtverordnetenversammlung das Projekt für den Ausbau nebst Kostenanschlag und vorläufiger Kostenverteilungsberechnung und ersucht um Genehmigung desselben. Die Grunderwerbskosten betragen 16 800 *M.*, die Baukosten 15 700 *M.*, der voraussichtliche Beitrag der Anlieger für 1 m Frontlänge 163,80 *M.* Da die Straße nur wenig befahren werden wird, ist Befestigung mit einer Teer-Macadam-Art vorgesehen.

Dem Ausbau der Straße nach dem vorgelegten Projekt wird zugestimmt, nachdem Herr M e y e r h o f f dies namens der Baukommission empfohlen hat.

## XIV. Ankauf von Flächen an der Voigts-Rheßstraße.

Nach dem von den städtischen Behörden genehmigten Projekt über den Ausbau der Voigts-Rheßstraße zwischen Kastanienallee und Marienstraße sind stadtseitig noch drei Flächen zu 8 qm, 21 qm und 23 qm zu erwerben. Die Eigentümer sind bereit, die Flächen zu dem schon früher als angemessen anerkannten Preise von 16 *M.* pro Quadratmeter zu verkaufen, die Eigentümer der an zweiter Stelle genannten Fläche jedoch mit der Beschränkung, daß die Stadt bezüglich einer zu 7 qm vermessenen Teilfläche die in das Grundbuch einzutragende dingliche Last übernimmt, den auf dieser Fläche stehenden Gebäude-

teil bis zum Abbruch des betr. Gebäudes zu dulden. Die Uebernahme dieser Verpflichtung ist nach Ansicht des Stadtmagistrats unbedenklich, da der fragliche Gebäudeteil nur 25 bis 30 cm in die Straße vorpringt und dem öffentlichen Verkehr nicht hinderlich sein wird. Da es sich obendrein um ein älteres Haus von geringem Werte handelt, so ist anzunehmen, daß es nach Ausbau der Straße alsbald durch einen Neubau ersetzt wird.

Der Magistrat erucht um Genehmigung des mit den Anliegern abgeschlossenen notariellen Vertrages.

Herr Meyerhoff berichtet über die Vorlage und gibt namens der Baukommission Genehmigung anheim.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung aus.

### XV. Nutzung des Jüdelschen Hauses an der Adolfsstraße.

Ueber sein an der Adolfsstraße 52 belegenes Grundstück hat der verstorbene Geh. Kommerzienrat Stadtrat Dr.-Ing. Jüdel folgende Bestimmungen getroffen:

„Mein Grundstück Adolfsstraße 52 darf nicht veräußert werden. Ich wünsche, daß dasselbe vom Oberbürgermeister der Stadt oder einem der besoldeten Stadträte bezogen wird, wobei dem Dienstältesten der Vorrang zusteht. Als Miete ist höchstens  $\frac{1}{2}$  des jeweiligen Gehalts des Bewohners anzurechnen. Hat einer der genannten Herren einmal das Haus bezogen, so soll er auch berechtigt sein, in demselben bis zu seinem Tode zu wohnen. Als Miete ist in diesem Falle  $\frac{1}{2}$  des bezogenen Gehalts — nicht Pension — zu berechnen. Sollte kein Mitglied des Magistrats, das Gehalt bezieht, geneigt sein, das Haus zu beziehen, so soll dasselbe unter gleichen Bedingungen den Oberbeamten der Stadt zur Wohnung angeboten werden. Erst wenn diese das Angebot ablehnen, darf das Haus zu andern städtischen Zwecken benutzt oder anderweitig vermietet werden.“

Als dauerndes Zubehör des Hauses sind die in drei Zimmern befindlichen Möbel und Kunstgegenstände bezeichnet, deren Veräußerung gleichfalls ausgeschlossen ist.

Abgesehen von diesem Grundstück und einer wertvollen Porzellanammlung, die nebst einer Bronzegruppe dem städtischen Museum einverleibt werden soll, ist der ganze übrige Nachlaß nach Berichtigung der Legate und Lasten zur Errichtung einer Stiftung zu verwenden.

Der Stadtmagistrat behält sich hierüber weitere Mitteilungen vor und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß über die Verwendung des Grundstücks Adolfsstraße 52 von den städtischen Behörden schon jetzt entschieden werden möge, da das Haus nicht wohl längere Zeit leerstehen kann.

Aus der oben wiedergegebenen letztwilligen Verfügung ergibt sich nach dem Erachten des Stadtmagistrats unzweideutig, daß der Erblasser damit nicht sowohl eine lediglich materielle Zuwendung, sei es der Stadt oder einem ihrer Beamten machen, als vielmehr seiner Vaterstadt die Möglichkeit gewähren wollte, dem Vorsitzenden des Magistrats ohne finanzielle Belastung der Einwohner eine Dienstwohnung zu überweisen, die den an das Stadtoberhaupt in bezug auf Erfüllung von Repräsentationspflichten zu stellenden Forderungen in weitestem Maße genügt. Von diesem Gesichtspunkte betrachtet, erscheine die letztwillige Anordnung als eine auf Hebung des Ansehens der Stadtverwaltung abzielende hochherzige Gabe und das im Testament bestimmten städtischen Beamten eingeräumte private Recht, dessen Ausübung leicht zu Unzuträglichkeiten führen könnte, trete in den Hintergrund. Es werde sich empfehlen, diesen Sachverhalt dadurch festzustellen, daß das fragliche Gebäude mit Zubehör als die Dienstwohnung des Vorsitzenden des Stadtmagistrats bezeichnet werde. Ihre Ueberweisung soll, so schlägt der Stadtmagistrat vor, durch die städtischen Behörden erfolgen und diese auch die näheren Bedingungen für die Nutzung der Wohnung feststellen, wobei sie nur insoweit beschränkt sind, als die etwa zu zahlende Miete  $\frac{1}{2}$  des Gehalts nicht übersteigen darf. Sollte wider Erwarten ein Verzicht auf die Wohnung erfolgen, so würde danach allerdings nach der oben erwähnten letztwilligen Anordnung zu verfahren sein.

Wenn in dieser Weise die Angelegenheit geregelt wird, so empfiehlt es sich nach dem Schreiben des Magistrats, die Gehaltsbestimmungen demnächst durch eine entsprechende Vorschrift zu ergänzen. Dabei werde dann auch unschwer eine sachgemäße Erledigung der Frage möglich sein, ob der in den Ruhestand versetzte Wohnungsinhaber die Dienstwohnung weiter benutzen soll, was nach dem Erachten des Stadtmagistrats mit dem für die ganze Einrichtung maßgebenden Grundgedanken nicht verträglich sein würde.

Da die Angelegenheit ohne Frage gleichzeitig auch das finanzielle Interesse der besoldeten Magistratsmitglieder berührt, so richtet der Stadtmagistrat das Ersuchen an die Stadtverordnetenversammlung, falls sie den obigen Darlegungen beipflichtet, über die näheren Bedingungen, unter denen die Nutzung der Wohnung zugestanden werden soll, Beschluß zu fassen.

Herr Lö h n e f i n k e als Referent der Finanzkommission verliest zunächst das Magistratsschreiben und fährt dann fort:

Wie aus dem eben Verlesenen hervorgeht, sind für das Grundstück Adolfsstraße 52 verschiedene Verwendungsmöglichkeiten vorgesehen. Nach Auffassung der Finanzkommission dürfte es ohne weiteres einleuchten, daß der Erblasser an erster Stelle den Wunsch gehabt hat, seinen stets auf die Hebung des An-

lehens seiner Vaterstadt gerichteten Sinn auch in seinem letzten Willen noch dadurch zu bekunden, daß er den jeweiligen Vorsitzenden des Stadtmagistrats seinen vornehmen Wohnsitz als Dienstwohnung zur Verfügung stellt und damit die Möglichkeit einer selbst den weitesten Ansprüchen Rechnung tragenden Repräsentation der Stadt schuf. Wer den Verstorbenen gekannt hat, wird zu der Auffassung kommen, daß derselbe durch diese Zuwendung das Ansehen der städtischen Vertretung in repräsentativer Hinsicht hat stärken wollen. Wenn diese Absicht des Erblassers aus dem Wortlaute des Testaments nicht mit Schärfe hervorgeht, so glaubt doch die Finanzkommission nicht fehlzugreifen, wenn sie eine derartige Absicht unterstellt. Die Auslegung des Testaments in diesem Sinne dürfte wohl richtig sein, weil sie der ganzen Denkungsweise des Verstorbenen entspricht. Für unwahrscheinlich ist es anzusehen, daß der Erblasser mit der Möglichkeit gerechnet haben könnte, daß das Stadtoberhaupt es jemals ablehnen würde, seinen letzten Willen in bezug auf die Nutzung des Hauses zu erfüllen, und die für diesen unwahrscheinlichen Fall gegebene Bestimmung dürfte auch wohl niemals zur Anwendung kommen und damit auch, wie der Magistrat sagt, das Privatrecht gewisser städtischer Oberbeamten in den Hintergrund treten. Sollten die geehrten Herren dieser Auffassung der Kommission beipflichten, so habe ich namens der Kommission vorzuschlagen, daß schon heute beschlossen wird, das Haus Adolfsstraße 52 als die „Wohnung für den Vorsitzenden des Stadtmagistrats“ zu bezeichnen.

Ueber die Bedingungen, unter denen die Ueberlassung der Wohnung erfolgen soll, möchte ich erwähnen, daß der Erblasser bestimmt hat, daß als Miete „bis zu  $\frac{1}{3}$ “, also höchstens  $\frac{1}{3}$  des jeweiligen Einkommens des Bewohners des Hauses erhoben werden können. Dadurch hat der Erblasser zweifellos absichtlich den städtischen Behörden die Möglichkeit gegeben, innerhalb der Grenzen von  $\frac{1}{3}$  des jeweiligen Dienst Einkommens des Wohnungsinhabers eine etwaige Miete beliebig festsetzen und eventuell auf eine solche überhaupt Verzicht leisten zu können. Eingehende Beratungen in der Finanzkommission haben dazu geführt, daß die Kommission den geehrten Herren empfiehlt, von diesem uns stillschweigend eingeräumten Recht des Verzichts auf Erhebung von Miete Gebrauch zu machen und die Wohnung dem Herrn Vorsitzenden des Stadtmagistrats kostenfrei als Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen. Es ist bei den Kommissionsberatungen auch der Ausdruck gefallen, daß in Ansehung der großen Aufwendungen für Einrichtung der Wohnung, für Heizung, Beleuchtung und vermehrte Dienerschaft dies Haus immerhin in gewisser Weise als ein Danaergeschenk zu betrachten sei. Diese Ansicht wurde zwar nicht von allen Kommissionsmitgliedern geteilt, aber die Mehrheit der Herren gab doch zu, daß dieser Ansicht eine innere Berechtigung innewohne. Es wurde auch noch besonders

betont, daß die freie Ueberlassung der Dienstwohnung kein Äquivalent bieten könne für die notwendigen Aufwendungen und daher eine Erhöhung der Repräsentationsgelder des Stadtoberhauptes wohl unumgänglich sein dürfte. Diese Erörterung wurde jedoch abgebrochen, da die Kommissionsmitglieder der Meinung waren, daß es dazu wohl nicht die geeignete Zeit sei, sondern die Erörterung und Beschlußfassung darüber für später verschoben werden müsse. Die notwendige Instandsetzung des Hauses hat selbstverständlich auf Kosten der Stadt, und zwar im Einvernehmen mit der Baukommission zu erfolgen. Dergleichen dürfte es selbstverständlich sein, da es sich um einen städtischen Besitz handelt, die Instandsetzung des Grundstücks und die öffentlichen Lasten auf die Stadt zu übernehmen. Die Kommission hat es auch für angezeigt erachtet, dem betr. Vorsitzenden des Stadtmagistrats, der die Wohnung bezieht, die Umzugskosten zu ersetzen.

Ein anderer Vorschlag wurde noch eingebracht, nach welchem die Dienstwohnung dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats jetzt und mit Wirkung für alle Zukunft für die Dauer der Dienstzeit des betreffenden Herrn überwiesen werden soll. Dieser Vorschlag fand jedoch nicht die Genehmigung der Kommission, es wurde vielmehr von einer andern Seite hingewiesen auf die testamentarischen Bestimmungen, nach denen es dem Bewohner des Hauses freistehen soll, nachdem er in den Ruhestand getreten ist, in der Wohnung zu bleiben. Es wurden also rechtliche Bedenken erhoben und vorge schlagen, bei eintretendem Wechsel in der Besetzung der Stelle des Vorsitzenden des Stadtmagistrats die Anstellungsbedingungen immer von Fall zu Fall durch einen besonderen Dienst- und Anstellungsvertrag zu regeln. Dieser Weg erschien nicht gangbar, denn es ist zu bedenken, daß eine etwaige Neubesetzung der Stelle sich nur dann glatt und schnell vollziehen kann, wenn dem betr. Bewerber schon bei seiner Meldung die festumschriebenen Anstellungsbedingungen bekannt sind. Die Finanzkommission hat deshalb beschlossen, Ihnen anheimzugeben, in den Dienstvertrag des Herrn Vorsitzenden des Stadtmagistrats ganz bestimmte Bedingungen hinsichtlich der Nutzung der Dienstwohnung aufzunehmen.

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen die Annahme folgenden Beschlusses:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das der Stadt in Gestalt des Grundstücks und Wohnhauses Adolfsstraße 52 zugefallene Vermächtnis mit tiefgefühltem Dank an.

Sie stellt dasselbe dem jeweiligen Herrn Vorsitzenden des Stadtmagistrats während der Dauer seiner Dienstzeit kostenfrei als Dienstwohnung zur Verfügung. Die testamentarischen Bestimmungen des Erblassers treten in Kraft, sobald der jeweilige Vorsitzende

des Stadtmagistrats in den Ruhestand tritt. Die Kosten für die Grundstücksunterhaltung und öffentliche Lasten, sowie die Umzugskosten trägt die Stadt.

Herr Mohr: Es wird vorgeschlagen zu sagen: „Die testamentarischen Bestimmungen des Erblassers treten in Kraft, sobald der jeweilige Vorsitzende des Magistrats in den Ruhestand tritt.“ Es müßte nach meiner Ansicht heißen: „Die weiteren testamentarischen Bestimmungen . . . .“ Diese beziehen sich auf Berechnung von Miete bis zu  $\frac{1}{2}$  des Gehalts. Ich möchte anheimgeben, diesen präzisieren Ausdruck zu wählen.

Vorsitzender: Ich glaube, eine nähere Präzisierung ist nicht erforderlich.

Herr Fröhling: Mir scheint eine Lücke in dem Antrage zu sein. Es scheint doch nicht ausgeschlossen, daß diese oder jene kleine bauliche Aenderung vorliegen könnte. Die Kosten hierfür sollte auch die Stadt übernehmen, gerade so wie die Kosten für Grundstücksunterhaltung, öffentliche Lasten und Umzug. Ich bitte also noch einzufügen: „Instandsetzung des Gebäudes.“

Herr Jasper: Wir haben in der Kommission auch über den von Herrn Stadtv. Fröhling berregten Punkt gesprochen, allerdings in dem Sinne, daß nicht ohne weiteres der Magistrat ermächtigt werden soll, bauliche Aenderungen vorzunehmen, sondern daß dies der Baukommission in Gemeinschaft mit dem Magistrat überlassen werden sollte. Nach der Einbesserung von Herrn Fröhling würde die Sache jetzt anders geregelt werden sollen.

Herr Fröhling: Wenn die Auffassung in der Kommission eine derartige gewesen ist, daß die Sache im Einverständnis mit der Baukommission geregelt werden soll, dann ziehe ich meinen Antrag zurück und schließe mich der Ansicht der Kommission an.

Vorsitzender: Ich bitte diejenigen Herren, die dem Kommissionsantrage zustimmen, in betreff der Instandsetzung nach der Auslegung des Herrn Stadtv. Jasper, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Kommissionsantrag ist angenommen.

(Der erste Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz wieder.)

## XVI. Teilweise Uebernahme von Kosten für die Verlegung von Gas- und Wasserrohren auf dem Riddagshäuserwege auf die Stadt.

Auf Antrag und auf Kosten der Verlagsbuchhandlung von George Westermann ist mit Genehmigung der städtischen Behörden die der Einmündung der



Korresstraße gegenüber gelegene Straße des Riddagshäuserweges mit Gas- und Wasserrohren versehen. Die zur Begleichung der Kosten von 5475,05 *M* aufgeförderte Buchhandlung hält sich zur Zahlung folgender Posten:

137,00 *M* für einen Oberflurhydranten,

95,50 *M* für Aufstellung einer Randleberlaterne,

107,38 *M* für Auswechselung zweier Petroleumlaternen gegen Gaslaternen

nicht für verpflichtet und bittet, solche abzusetzen. Da die bezeichneten Anlagen in den Verhandlungen mit der Firma nicht besonders erwähnt, auch im öffentlichen Interesse ausgeführt sind, so richtet der Stadtmagistrat an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, zu genehmigen, daß die fraglichen Kosten mit 137 und 202,88 *M* zu Lasten des Reservefonds des Wasserwerks und des Gaswerks verrechnet werden.

Herr *Deue* berichtet über diesen Punkt der Tagesordnung und gibt namens der Finanzkommission Genehmigung anheim.

Die Versammlung beschließt diesem Vorschlage entsprechend.

## **XVII. Abänderung der Lieferungsbedingungen und des Konzessionsvertrages des Lichtwerkes.**

Die Straßeneisenbahngesellschaft wünscht für Großabnehmer elektrischen Stromes besondere Lieferungsbedingungen in bezug auf die Preis- und Rabattberechnung einzuführen, weil sie hofft, damit eine bessere Ausnutzung der Maschinen des Lichtwerkes in den Tagesstunden zu erzielen. Sie will den Strom, der über eine gewisse durch Höchstverbrauchsmesser nachzuweisende Menge hinaus entnommen wird, zum Preise von 0,5 und bezw. 0,4 *S* pro Kwst. abgeben, und zwar ohne Rücksicht auf den Verwendungszweck (Licht oder Kraft) und ohne Rücksicht auf die Zeit der Entnahme (keine Sperrstunden). Ob die Hoffnung der Gesellschaft, bei Einführung dieser Sätze, auf die außerdem noch bei Jahresrechnungen von über 15 000 *M* ein besonderer Rabatt zugestanden wird, größere Unternehmen als Abnehmer zu gewinnen, in Erfüllung gehen wird, läßt sich im voraus nicht entscheiden. Ein Unternehmen, für das die Neuerung jedenfalls von Vorteil sein würde, wird, wenn nicht sofort, so doch später bei wesentlicher Erweiterung ihres Bahnnetzes die Straßeneisenbahngesellschaft selbst sein, wobei der Stadtmagistrat aber darauf hinweist, daß die Abgabe von Strom seitens des Lichtwerkes zu Straßenbahnzwecken nach dem Konzessionsvertrage ohne weiteres nicht zulässig ist.

Wie immer sich aber auch die — allein in Frage kommenden — größeren Unternehmen zu der neuen Preisbemessung stellen werden, so ist doch soviel gewiß, daß einerseits die umfangreiche und noch zu erweiternde Lichtwerksanlage

zurzeit sehr ungleichmäßig beansprucht und insofgedessen mangelhaft und unwirtschaftlich ausgenutzt wird, und daß andererseits eine Verbilligung des Stromes für unsere Industrie von größter Bedeutung sein würde; und wenn es gelingen sollte, in zahlreichen Betrieben die Dampfkraft durch elektrische Energie zu ersetzen, so würde damit gleichzeitig eine Verminderung der Zahl der rauchenden Fabrikshornsteine erzielt, was vom gesundheitlichen Standpunkte aus von nicht zu unterschätzendem Werte sein würde.

Der Magistrat hält daher mit Rücksicht auf diese — einstweilen allerdings nur erhofften — Vorteile auch in bezug auf die Abgabe, welche die Gesellschaft von der Bruttoeinnahme zu zahlen hat, ein stadtseitiges Zugeständnis für zulässig, ohne daß die Gesellschaft die Einführung eines Preises von 0,4 und bezw. 0,5  $\text{§}$  pro  $\text{Hwstde.}$  für ausgeschlossen erklärt. Der Magistrat glaubt, daß die Stadt auf jede Abgabe von der aus diesen Preisen (0,5 und 0,4  $\text{§}$  pro  $\text{Hwstde.}$ ) erzielten Bruttoabgabe verzichten kann, hat aber doch ausbedungen, daß die Abgabe von der Bruttoeinnahme stets mindestens dem für 1909/10 gezahlten Betrage (104 560,98  $\text{M}$ ) gleich sein soll. Bei Berechnung der vom Reingewinne an die Stadt zu zahlenden Abgabe ( $33\frac{1}{3}$  und bezw. 50 Prozent von dem eine 6prozentige Dividende übersteigenden Betrage) kommt dagegen auch die vorgedachte Einnahme zur Verrechnung.

Der Magistrat überreicht den Stadtverordneten in einer Anlage den Entwurf von Zusatzbestimmungen zu den Stromlieferungsbedingungen (§ 5 c) und zu dem Konzessionsvertrage (§ 10) und gibt anheim, beide Entwürfe genehmigen zu wollen.

### Z u s a t z b e s t i m m u n g

zum Konzessionsvertrage vom 16. Juni 1898.

Im § 10 des zwischen der Stadt Braunschweig und der Straßeneisenbahngesellschaft in Braunschweig über die Errichtung und den Betrieb eines Elektrizitätswerkes abgeschlossenen Vertrages vom 16. Juni 1898 wird hinter Absatz 1 folgende Vorschrift eingeschaltet:

Für Strom, welcher nach den Vorschriften des § 5 c der Lieferungsbedingungen zum Preise von 0,5 und bezw. 0,4  $\text{§}$  für eine  $\text{Hwstde.}$  abgegeben wird, ist eine Abgabe von der Brutto-Einnahme nicht zu entrichten. Bei der Ermittlung der hiernach abgabefreien Einnahmesumme wird der auf die Jahresrechnung nach § 5 c Nr. 3 der Lieferungsbedingungen gewährte Rabatt auf die beiden Summen, welche sich nach den Preisen von 0,4 und 0,5  $\text{§}$  pro  $\text{Hwstde.}$  einerseits und nach den höheren Preissätzen ( $3\frac{1}{2}$ , 4 und 5  $\text{§}$  pro  $\text{Hwstde.}$ ) andererseits ergeben, nach Verhältnis ihrer Höhe verteilt.

Herr S a s p e r berichtet namens der Finanzkommission über die Vorlage, weist auf das den Stadtverordneten in autographischer Vervielfältigung zu-

gegangene, die Angelegenheit betreffende Schreiben des Stadtmagistrats, die gleichfalls vervielfältigten Zusatzbestimmungen zu den Stromlieferungsbedingungen und die Zusatzbestimmungen zum Konzessionsvertrage vom 16. Juli 1898 hin und erbietet sich, wenn nötig, noch Aufklärungen zu geben. Redner fährt darauf fort:

Die Finanzkommission hat diese Vorlage geprüft weniger vom rein technischen Standpunkte aus, als vorwiegend vom Betriebsinteresse des Werkes aus und vom Interesse der Stadt, die insofern ein Entgegenkommen zeigen soll, als sie die Aussicht auf Steigerung der Abgabe aus der Bruttoeinnahme für die Zukunft preisgeben soll. Dabei hat sich die Finanzkommission auf den Boden der Magistratsvorlage gestellt. Betriebstechnisch ist es wünschenswert, so zu verfahren, wie vorgeschlagen ist. In finanzieller Hinsicht sieht die Mehrheit der Finanzkommission keinen Schaden, weil sie der Ansicht ist, daß ohne ein solches Entgegenkommen die Bruttoabgabe doch nicht wesentlich gesteigert werden würde, wenigstens nicht durch Hinzutritt derartiger großindustrieller Unternehmungen, die Steigerung durch kleinere Abnehmer bleibt ja unberührt. Es entgeht der Stadt also kaum Nennenswertes, auf der andern Seite kommt aber der allgemeine wirtschaftliche Gesichtspunkt in Betracht, daß eine Erhöhung der Großindustrie für die Stadt im allgemeinen von Nutzen sein könnte. — Aus diesen Erwägungen heraus empfiehlt die Finanzkommission, den Vorschlägen des Magistrats beizutreten.

Die beiden Entwürfe werden genehmigt.

### XVIII. Errichtung eines Neubaus auf dem Schulgrundstücke am Südklint.

Herr Fr ü h l i n g (namens der Baukommission): Am 21. April d. J. haben die Herren das Vorprojekt für die Bauten auf dem Schulgrundstück am Südklint genehmigt. Jetzt ist das Projekt dem Vorprojekte entsprechend ausgearbeitet und die Zeichnungen sind hier ausgestellt. Das definitive Projekt hält sich durchaus im Rahmen des Vorprojekts, ich glaube deshalb auf weitgehende Erläuterungen verzichten zu können. (Redner gibt an Hand der Zeichnungen eine kurze Beschreibung der auszuführenden Arbeiten.)

Die Kosten werden betragen: 1. Errichtung des Neubaus mit Turnhalle, Brausebad, Schulküche und Klosettanlage einschließlich Aufwendungen für Turngeräte und Einrichtungsgegenstände für die Schulküche und das Brausebad 76 050 *M.* 2. Erweiterung des hinteren Hofplatzes, einschließlich Herstellung einer Eisenbetondielewand mit Schutzgeländer am Okergraben und Abbruch des alten Abortgebäudes und der jetzigen Grenzmauer 7350 *M.* 3. Bauliche Änderungen in den hinteren drei Gebäudeflügeln der Schule (Durchfahrt nach dem

hinteren Hofplatz, Aenderung des Daches über dem linksseitigen Treppenhause, Anlage einer Zentralheizung) 16 600 *M.*, in Summe 100 000 *M.*

Der Magistrat gibt Ihnen anheim, dieser Ausführung zuzustimmen und die 100 000 *M.* zu bewilligen. Die Baukommission hat die Sache geprüft und empfiehlt Annahme der Vorlage.

Hinzufügen möchte ich noch: Es ist auch über die Belegung des Fußbodens in der Turnhalle gesprochen; der Belag soll mit Korklinoleum ausgeführt werden. Ein loser Belag des Fußbodens ist hier nicht angebracht, weil es sich um eine Mädchenturnhalle handelt.

Herr Kleinnecht: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, wie sich der lose Belag in den Schulturnhallen bewährt hat. Ich habe ihn mir angesehen und von beteiligter Seite wurde mir gesagt, er wäre sehr angenehm. Staubentwicklung wäre ausgeschlossen, jedenfalls wäre er besser als Linoleumbelag. Ich hätte gern von autoritativer Seite einmal gehört, wie in betreff des Staubes und der Annehmlichkeit sich dieser Fußboden bewährt hat.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Darüber Auskunft zu geben, sind wir noch nicht in der Lage, da dem Magistrat vom Schulvorstande noch kein Bericht in der Sache zugegangen ist. Das ist auch kaum zu erwarten, denn der fragliche Fußboden ist erst kurze Zeit in Benutzung. Wir können nicht sagen: Er hat sich in den vier Wochen, in denen er benutzt ist, bewährt. Es kommt darauf an, ob ein derartiger Fußboden, der mit Sägepänen und Salz zurechtgemacht ist, sich auf die Dauer bewährt und ob die Schuldienere imstande sind, ihn sachgemäß zu behandeln. Ehe wir unbedenklich dazu übergehen können, ihn allgemein einzuführen, müssen wir noch etwas warten. Im übrigen hält der Leiter unserer Bürgerschulen einen solchen Belag für Mädchenturnhallen nicht für empfehlenswert mit Rücksicht auf die Uebungen, die die Mädchen vornehmen und die anders geartet sind als die der Knaben. Ich bitte, diesen Fußbodenbelag in der bisherigen Weise herrichten zu lassen.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

## **XIX. Ersatzwahl für Kommissionen und Deputationen.**

Vorsitzender: Der Herr Stadtverordnete Wesemeier hat dem Magistrat geschrieben, daß er in den nächsten acht Monaten nicht an den Sitzungen der Stadtverordneten teilnehmen kann. Da der Herr so lange Zeit verhindert ist, so ist es wohl nötig, in die Deputationen und Kommissionen, zu welchen er bisher gehörte, für ihn Ersatzmänner bis zum Ablauf der Wahlperiode zu wählen. Nach dem 1. April sind ja alle Kommissionen neu zu wählen.

Die Versammlung beschließt, die Erjagwahlen vorzunehmen und wählt durch Zuruf  
 in die Deputation für die städtische Gewerbechule Herrn Bunge,  
 in die Deputation für Anschließung von Quellwasser Herrn Hesse,  
 durch Stimmzettel in die Steuereinschätzungskommission für den Steintorbezirk Herrn Eckhardt.

Herr Kleinfnecht wird dafür in die Steuereinschätzungskommission für den Petritorbezirk eintreten.

## XX. Beitritt der Stadt zur Historischen Kommission für die Provinz Hannover.

Die Historische Kommission für die Provinz Hannover, das Großherzogtum Oldenburg, das Herzogtum Braunschweig, das Fürstentum Lippe und die Freie Stadt Bremen bittet die städtischen Behörden in einer Eingabe, die Bestrebungen der Kommission durch Beitritt als Patron zu unterstützen und ihr auf die Dauer von etwa 5 Jahren eine jährliche Beihilfe zu bewilligen. Der Stadtarchivar empfiehlt das Gesuch aufs angelegentlichste zur Berücksichtigung, da die Ausführung größerer kostspieliger Arbeiten zur deutschen Territorialgeschichte durch die Historischen Kommissionen sich schon längst als ein Bedürfnis herausgestellt habe. Die bestehenden Kommissionen in den verschiedenen Gegenden Deutschlands hätten hervorragende Erfolge aufzuweisen. Der Magistrat gibt der Stadtverordnetenversammlung anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Stadt der Kommission als Patron beitritt und ihr einen Jahresbeitrag von 200 M bis auf weiteres zahlt.

Herr J a s p e r berichtet über die Beratung der Vorlage in der Finanzkommission: Die Mehrheit der Finanzkommission schlägt vor, diesem Antrage beizustimmen, weil es eine Ehrenpflicht der Stadt sei, sich nicht auszuschließen. Ein Teil der Mitglieder war der Ansicht, daß man den Wunsch aussprechen sollte, daß durch die Historische Kommission nicht nur für die Geschichtsforscher etwas geschaffen werden möchte, sondern auch geschichtliche Werke gefördert, die dem gebildeten Laien verständlich und nützbringend sind.

Der Beitritt der Stadt und Leistung eines jährlichen Beitrages von 200 M bis zu einem weiteren Beschluß wird angenommen.

## XXI. Zahlung eines Jahresbeitrages an den Verband niederländischer Arbeitsnachweise.

Herr M o h r: Am 31. Oktober d. J. ist zu Hannover ein Verband niederländischer Arbeitsnachweise gegründet worden. Er umfaßt das Gebiet der

Provinz Hannover, des Großherzogtums Oldenburg, des Herzogtums Braunschweig und des Fürstentums Schaumburg-Lippe. Nach den Satzungen bezweckt der Verband bei Wahrung der vollen Selbstständigkeit seiner Mitglieder insbesondere: 1. eine Hauptgeschäftsstelle in Hannover zu unterhalten, 2. die Tätigkeit der vorhandenen Nachweisstellen zu beleben und die Errichtung neuer Nachweisstellen zu fördern, 3. die Arbeitsgesuche und Stellenangebote, welche von den einzelnen Nachweisstellen nicht erledigt werden können, regelmäßig zusammenzustellen und den andern Nachweisstellen mitzuteilen, 4. den Verkehr mit den benachbarten größeren Verbänden zu regeln, 5. die Lage des Arbeitsmarktes zu beobachten, 6. eine Statistik über die Arbeitslosigkeit und über die Ergebnisse der Arbeitsvermittlung zu geben.

Die Staatsbehörde, die Landesversicherungsanstalt, die Landwirtschafts- und Handwerkskammer haben sich bereit erklärt, dem Verbande beizutreten, die Handelskammer, die Kreiskommunalverbände und die mittleren und kleineren Städte verhalten sich noch abwartend, doch ist zu hoffen, daß auch sie sich an der gemeinnützigen Sache beteiligen werden.

Der Stadtmagistrat stellt den Antrag, daß die Stadtverordneten sich damit einverstanden erklären, daß bis auf weiteres an den Verband ein Jahresbeitrag von 300 M. geleistet werde.

Die Finanzkommission hat sich mit der Vorlage beschäftigt und empfiehlt Annahme derselben. Jedenfalls wird dieser Arbeitsnachweisverband und der Verkehr der einzelnen Verbände hinsichtlich Bedarf und Angebot uns den besten Ausgleich geben können.

Dem Beitritt der Stadt zu dem Verbande und der Zahlung eines jährlichen Beitrages von 300 M. wird zugestimmt.

## XXII. Aenderung des Teilortsbauplans bezüglich der Straße 44 a.

Herr Fr ü h l i n g: Es liegt ein Antrag vor von dem Privatmann Franz Hagemann, die projektierte Straße 44 a um etwa 5 m nach Süden zu verschieben. Die Straße liegt ausschließlich auf dem Grundstücke des Herrn Hagemann und beeinträchtigt in der projektierten Lage die Bebauungsfähigkeit seines Grundstücks. Da außer ihm niemand in Frage kommt, so hat die städtische Bauverwaltung sich dem Antrage angeschlossen. Der betreffende Plan ist ausgehängt. Der Magistrat empfiehlt, auf den Antrag einzugehen und die Aenderung zu genehmigen. — Die Angelegenheit hat die Baukommission noch nicht beschäftigt. Da aber die Sache so einfach ist und nur eine Persönlichkeit be-

trifft, so empfiehlt es sich, ohne Kommissionsberatung dem Antrage zuzustimmen.

Die Zustimmung wird ausgesprochen.

### XXIII. Annahme einer Hilfskraft für die Stadtbibliothek.

Herr Henking: Vom Herrn Stadtarchivar Dr. Maß ist das Ersuchen an den Magistrat eingegangen, daß ihm eine zweite Hilfskraft vom 1. April 1911 ab zugewiesen werde. Die Begründung des Antrages ist im wesentlichen folgende: Seitdem die Bibliothek und das Archiv in den Neubau übergesiedelt seien, müßte wegen der andern Einteilung der Räumlichkeiten zur Erledigung der Geschäfte mehr Arbeit aufgewandt werden. Während früher in der alten Bibliothek im Erdgeschoß die Bücherausgabe sowie die Lese- und Arbeitsplätze des Publikums sich befanden und der Registrator und der Schreiber in demselben Raume arbeiteten, müßte jetzt die Tätigkeit in verschiedenen Etagen und Räumlichkeiten stattfinden. Die Bücherausgabe befindet sich unten, der Lesesaal im Hochparterre, die Bibliothek und das Archiv wieder in anderen Räumen, so daß die vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausreichen, um die notwendige Aufsichtigung im Leseraum ausführen zu können. Es wird beantragt, neben dem Registrator, der schon angestellten Bibliothekarin und dem vorhandenen Schreiber noch einen zweiten Schreiber anzustellen, bezw. dem Bibliothekar eine weibliche Schreibkraft zur Verfügung zu stellen und die neue Stelle mit 800 M Remuneration zu dotieren. Der Stadtmagistrat hat sich mit dem Antrage einverstanden erklärt. Die Statutenkommission hat die Sache durchberaten, findet die Gründe für gerechtfertigt und gibt der Versammlung anheim, dem Antrage zuzustimmen, zumal alsdann das Entleihen der Bücher auch direkt, ohne Aufschub erfolgen kann.

Herr Bähr: Meine Herren! Ich habe selbstverständlich gegen den Antrag der Kommission nichts einzuwenden, ich bin damit einverstanden. Aber ich erlaube mir, den Magistrat auf die neue Bibliotheksordnung hinzuweisen.

Vorsitzender: Lassen Sie uns die Angelegenheit zu einer andern Zeit besprechen — es ist schon spät — wir kommen sonst mit dem besten Willen nicht weiter.

Herr Bähr: Um es kurz zu sagen: Es handelt sich um die Art der Geschäftsführung in der Bücherausgabe. Früher war es möglich, ohne weiteres ein Buch aus der Bibliothek zu erhalten. Heute muß man einen Leihzettel

schreiben und erfährt erst, wenn man zum zweiten Male hingehet, ob man das Buch bekommen kann oder nicht. Es sind also zwei Wege erforderlich, um ein Buch zu entleihen. Ich möchte nur anheimgen, ob es nicht angängig ist, den § 8 der Bibliotheksordnung zu ändern.

**Vorsitzender:** Wir müßten die Angelegenheit doch beraten und über die Abänderung sprechen! Das von Herrn Bähr Vorgebrachte gehört doch aber nicht zu der anstehenden Sache. Ich möchte Sie bitten, Ihren Wunsch in Form eines Antrages zu kleiden.

**Herr Bähr:** Ich wollte die Sache nicht besonders vorbringen, weil sie nebensächlicher Natur ist.

**Vorsitzender:** Wenn Sie mit dem Herrn Bürgermeister persönlich sprechen, kommt die Sache vielleicht auch so in Ordnung. —

Die Annahme der Hilfskraft soll nur prinzipialiter entschieden werden. Ich bitte die Herren, die für Annahme der Hilfskraft sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag der Kommission ist angenommen.

#### **XXIV. Anfrage Bunge: Arbeitsüberhäufung der Beamten der städt. Rechtsauskunftsstelle betreffend.**

Die Anfrage lautet: Ist dem Magistrat bekannt, daß die Beamten in der städtischen Rechtsauskunftsstelle dermaßen mit Arbeiten überhäuft sind, daß sie nicht in der Lage sind, die gestellten Anträge betreffs Erwerbung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit den Wünschen der Antragsteller gemäß zu erledigen? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um diesen Uebelstand zu beseitigen?

**Herr Bunge (zur Begründung):** Meine Herren! Mit dem 1. Januar nächsten Jahres sind es zwei Jahre, daß die hiesige Rechtsauskunftsstelle besteht. Im vergangenen Sommer erhielten wir ein Schreiben des Magistrats, in dem er uns sagt, daß diese Stelle bis jetzt sehr segensreich gewirkt hätte und die gesamte Bürgerschaft ist, soweit ich informiert bin, auch der Meinung, daß dort durch die Auskünfte, die dort erteilt werden, vielen geholfen worden ist. Nun ist aber die Sache in den zwei Jahren so vielseitig geworden, die Arbeit hat sich dort so angehäuft, daß — wenn man dort öfter hinkommt und es sieht — man sich sagen muß, daß die Hilfskräfte dort nicht ausreichen. Die Beamten haben Auskünfte zu erteilen, Schriftsätze anzu-



fertigen und außerdem noch die Anträge betreffs Erwerbung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit zu erledigen. Nun hatte ich im Laufe des Jahres Veranlassung genommen, um den Beamten die Arbeit etwas leichter zu machen, Formulare drucken zu lassen, die bei den Anträgen verwendet werden können. Es hat sich ergeben, daß das sehr praktisch ist. Es ist besser, als wenn die Beamten von den Anfragenden jede Antwort einzeln herausholen müssen. Es fehlen vielleicht dann die Urkunden, die Leute müssen zum zweiten Male wiederkommen, wissen auch manchmal eine Frage nicht zu beantworten. Ich habe eine ganze Zeitlang in der Weise gearbeitet, daß ich die Formulare einreichte. Jetzt hat sich ergeben, daß eine Reihe von Antragstellern ihre Militärpässe wiederhaben mußten, daß sie ihre Steuerzettel wieder brauchten, um die Steuern zu bezahlen. Als ich die wieder abholte, sah ich zu meinem Schrecken, daß annähernd hundert Anträge schon Monate dort liegen und nicht bearbeitet werden. Es kann doch unter keinen Umständen angehen, wenn Anträge eingereicht werden, daß sie so lange lagern sollen. Früher machten wir der Polizei den Vorwurf, daß die Sachen so lange unerledigt lagen; heute muß man es erleben, daß sie selbst in dem Rathause lagern, und zwar habe ich Sachen gesehen, die seit Oktober dort sind. Als ich dann einmal sagte: „Das geht doch aber nicht; die Leute, die mir ihre Sachen anvertraut haben, verlangen doch Rechenschaft von mir“, wurde mir eröffnet, daß ein Beschluß vom Magistrat gefaßt wäre, der ungefähr so lautete, daß Sachen, die in größerer Menge dorthin kämen, nur dann Erledigung finden können, wenn genügend Zeit dazu da wäre; das Personal solle nicht erweitert werden. Meine Ansicht ist die: Wenn wir eine Rechtsauskunftsstelle hier haben, dann sind wir auch verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Beamten nicht über Maß angestrengt werden, dann müssen wir so viel anstellen, wie zur Bewältigung der Arbeit nötig sind. Ich möchte mir deshalb die Frage an den Magistrat erlauben, was er zu tun gedenkt, um diesem Uebelstande abzuhelpen. Unsere Beamten werden durchweg hart mitgenommen, aber an dieser Stelle sind sie am meisten überbürdet.

Herr Stadtrat W a g n e r: Der Stadtmagistrat gedenkt in der Weise darauf hinzuwirken, daß diesem Uebelstande abgeholfen wird, indem er dem Herrn Stadtverordneten Bunge anheimgibt, mit den Anträgen auf Erwerbung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit nicht nur in der Zeit zu kommen, wenn die Wahlen vor der Thür stehen, sondern sie auch auf die ruhigere Zeit des Jahres mehr zu verteilen, so daß dann bei ordnungsmäßigem Geschäftsgange solche Anträge prompt erledigt werden können. Vom 6. bis 24. Oktober sind durch Herrn Bunge 102 solcher Anträge eingereicht. Es ist unmöglich, daß bei solcher Häufung die Beamten in regelmäßigem Geschäftsgange diese Zahl erledigen können.

Nun ist die Rechtsauskunftsstelle in erster Linie dazu da, um Rechtsauskünfte zu geben, die Anträge auf Erlangung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit werden nebenamtlich erledigt. Auf eine Klage des Bureaupersonal hat der Magistrat allerdings unter verschiedenen anderen Maßnahmen im Frühjahr dieses Jahres beschlossen: Wenn diese Anträge in größerer Menge eingehen, so müssen sie soweit zurückgestellt werden, als die Erteilung von Rechtsauskünften es verlangt. Es würde sich nicht rechtfertigen, dieses Umstandes wegen, der nur vor den Wahlen eintritt, einen neuen Beamten einzustellen.

## **XXV. Antrag Bunge: Herstellung einer Ueber- oder Unterführung des Weges an der Kreuzung der Weststraße mit der Landeseisenbahn.**

Der Antrag lautet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge tragen zu wollen, daß am Uebergang der Landeseisenbahn an der Weststraße eine Ueber- oder Unterführung für den Fußgängerverkehr hergestellt wird.

Herr Bunge: In einer kürzlich stattgefundenen Versammlung im Bezirk wurde von Anwohnern der Weststraße und Zahnstraße bitter Klage darüber geführt, daß sie, wenn sie nach der Arbeit gehen, 15, 20, sogar 25 Minuten an der Bahn stehen bleiben müssen, weil auf dem Westbahnhof rangiert wird. Die Leute können nicht rechtzeitig zur Arbeit kommen und teilweise zu Hause des Wartens halber kaum zu Mittag essen. Auch die Kinder, die zur Schule müssen, werden aufgehalten und auch am Abend soll es schlimm sein. Ich glaube doch, daß der Magistrat Vorsorge treffen könnte, daß der Uebelstand abgestellt wird, und zwar durch eine Unterführung oder Ueberführung.

Ich möchte Sie bitten, meinen Antrag zu unterstützen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

## **XXVI. Anfrage Friede über den Stand der Bahnhofsf Frage.**

Die Anfrage lautet: Ist der Magistrat in der Lage, mitzuteilen, wie weit die Bahnhofsf Frage gediehen ist, und ob Aussicht vorhanden, eine baldige Vorlage des neuen Bahnhofs zu erwarten?

Herr Friede (zur Begründung): Die Anfrage brauche ich wohl kaum zu begründen. Wir sind alle neugierig, nach der langen Zeit des Wartens wieder einmal von dem neuen Bahnhof etwas zu hören. Oft genug wird man gefragt:

Haben Sie noch keine Vorlage bekommen? Um nun die Sache aus der Luft zu schaffen, habe ich mir erlaubt, die Anfrage zu stellen.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e h e r: Der Stadtmagistrat kann leider nur erklären, daß ihm seit der letzten Beratung dieser Frage nichts Neues bekannt geworden ist.

(Schluß der Sitzung gegen 8 Uhr.)

---

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 5. Januar 1911.

### Tagesordnung:

I. Antrag des Stadtverordneten Bunge, den Uebergang über die Landes- eisenbahn an der Weststraße betr. . . . .	Seite 301
II. Herrichtung einer Beleuchtungsanlage und Anschaffung einiger Geräte für die Turnhalle an der Ottmerstraße. . . . .	" 302
III. Belassung des neugewählten Magistratsmitgliedes Dr. Koenigen in der Deputation für Prüfung der Schutzvorrichtungen an Straßenbahnwagen . . . . .	" 303
IV. Antrag der betr. Anlieger auf Herrichtung von geräuschlosem Pflaster für den Straßenzug Damm—Hutfiltern. . . . .	" 303
V. Verlegung und Auswechselung von Wasserhauptrohren und Neuverlegung von Gasrohren . . . . .	" 306
VI. Beteiligung der Stadt am Reingewinn des Lichtwerks . . . . .	" 307
VII. Umbau des Brausebades an der Kaiserstraße . . . . .	" 318
VIII. Instandsetzung der Treppenhäuser im Feuerlöschgebäude und eines Teiles des Hofes. . . . .	" 320
IX. Austausch von Flächen zweier Grundstücke an der Julius- und Hedwigstraße . . . . .	" 320
X. Erwerb eines Grundstücks zum Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Helmstedter- und Hochstraße. . . . .	" 322
XI. Bewilligung von Mitteln zur Errichtung eines Denksteins im Prinz- Albrecht-Park. . . . .	" 324
XII. Anderweite Regelung der Hundehaltung im Nachtwachdienste . . . . .	" 333
XIII. Nächtliche Bewachung des städtischen Museums . . . . .	" 336
XIV. Ausbau der Gellerstraße zwischen Neustadttring und Landeseisenbahn. . . . .	" 337

- |       |   |           |
|-------|---|-----------|
| XV.   | Aufnahme einer in nördlicher Fortsetzung des Hagenrings nach dem Bieneroderwege führenden Parallelstraße zum Bültenweg in den Ortsbauplan | Seite 339 |
| XVI.  | Ausbau der verlängerten Bammelsburgerstraße sowie der Straßen 235—236   | „ 340     |
| XVII. | Erwerb und Verkauf von Flächen zum Ausbau der Straßen 240—241 und 235—236. . . . .  | „ 341     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meyer, und Stadträte von Frankenberg, Heymann, Lord, Schöttler, Seele, Wagner, sowie Magistratsmitglied Dr. Ronegen.

Entschuldigt die Herren Göde, Henking, Wesemeier.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt: Ich eröffne die Stadtverordnetenversammlung und sage den hochgeehrten Herren auch in meinem Namen die besten Glückwünsche zum neuen Jahre. Ich bitte, sich nicht über die lange Tagesordnung, die Sie heute bekommen haben, zu erschrecken. Ich habe die wichtigsten Punkte an die Spitze gestellt, so daß wir jeden Augenblick mit den Verhandlungen abbrechen können. Aber gegenüber der großen Produktivität des Stadtmagistrats wollte ich unsere Arbeitsfreudigkeit nicht in den Schatten stellen, und habe sämtliche Punkte, die uns zugegangen sind, auf die Tagesordnung gestellt.

Eingegangen sind:

Eine Zuschrift des Deutsch-vaterländischen Arbeitervereins Braunschweig, in der die Stadtverordneten gebeten werden, den ortsüblichen Tagelohnsatz für männliche Arbeiter in der Stadt Braunschweig von 2,70 M auf 3 M zu erhöhen. Da diese Eingabe bei dem Magistrat nicht eingegangen ist, so überweise ich sie der Statutenkommission zur Vorberatung.

Ferner: eine Zuschrift der Bildhauerin Grete Dühffe aus Hamburg, welche sich bereit erklärt, ein Bronzeporträt des verstorbenen Schriftstellers Raabe herzustellen, falls ein Gedenkstein projektiert würde. Ich werde die Zuschrift ad acta nehmen, um sie später gegebenenfalls wieder vorzulegen.

Der Restaurateur Kohl, am Magnitor 8, sagt in einer Eingabe, es würde heute über sein Grundstück verhandelt. Da das nicht der Fall ist, nehme ich das Schriftstück zu den Akten, um, falls darüber eine Vorlage kommt, es dem betr. Referenten mit zu übergeben.

Endlich ist vom Braunschweiger Reit- und Fahrverein in einer Eingabe gebeten, die guten alten Verhältnisse in Braunschweig bezüglich der Reitwege

wiederherzustellen und zugleich, der Größe der Stadt entsprechend, neue Reitwege anlegen zu wollen. Unter anderm bittet er um einen Reitweg durch den Bürgerpark und erklärt sich bereit, einen jährlichen Zuschuß zu den Kosten der Instandhaltung der Wege an die Stadtkasse zu leisten. — Derselbe Antrag ist dem Magistrat zugegangen, ich nehme ihn, unserer Gepflogenheit entsprechend, zu den Akten.

Der an erster Stelle unserer Tagesordnung stehende Punkt, betreffend Fortführung der Straßenbahnlinie Gliesmarode, ist noch nicht vorberaten. Wir beginnen also mit Beratung des Antrages Bunge.

### **I. Antrag des Stadtverordneten Bunge, den Uebergang über die Landes-Eisenbahn an der Weststraße betr.**

Herr Meyerhoff: Der Antrag des Stadtverordneten Bunge lautet folgendermaßen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge tragen zu wollen, daß am Uebergange der Landes-Eisenbahn an der Weststraße eine Ueber- oder Unterführung für den Fußgängerverkehr hergestellt wird.“

Der Antrag hat der Baukommission zur Beratung vorgelegen. Sie ist zu dem Entschluß gekommen, Ihnen zu empfehlen, diesen Antrag anzunehmen. Derjenige, der die Situation kennt, muß zugeben, daß der Fußgängerverkehr unter dem Rangieren und dem Verkehr der Eisenbahnwagen schwer leidet. Ferner schlägt Ihnen die Baukommission vor, das, was hier für die Weststraße gewünscht wird, auch für den Mittelweg zu erstreben. Hier sind die Verhältnisse noch schlimmerer Art als auf der Weststraße. Auch der Mittelweg in seiner Verlängerung und seinen beiden Nebenstraßen bietet Wohnung für eine Menge Leute. Kinder, die zur Schule müssen oder von dort kommen, und andere Fußgänger können ihre Termine nicht innehalten, denn das Hin- und Herfahren von und zum Schlachthause geht fast den ganzen Tag. Ich bitte, den Antrag der Baukommission gefälligst zu unterstützen.

Vorsitzender: Der Antrag geht dahin, den Magistrat aufzufordern, die vorbereitenden Schritte möglichst schnell zu unternehmen, um für die Weststraße und den Mittelweg eine Ueber- oder Unterführung für den Personenverkehr zu schaffen.

Herr Riecke: Wenn auch die Notwendigkeit der Maßnahmen bereits betont ist, so möchte ich noch besonders darauf hinweisen, wie Herr Stadtv. Meyerhoff

schon gesagt hat, daß die Verhältnisse am Mittelwege noch dringlicher sind. Man sieht an dieser Stelle oftmals Fuhrwerke und Passanten, die wegen des Rangierens nicht durchkommen können. Man sieht, daß in den Zeiten des modernen Verkehrs sich auch immer wieder Hindernisse gegen den Verkehr auf-türmen, die sobald als möglich hinweggeräumt werden müssen. Ich nahm besonders deshalb das Wort, um zu bitten, daß man die Sache nicht lange liegen läßt, sondern sofort Erhebungen anstellt, damit die Sache bald geregelt wird. Wie es der Preussischen Staatsbahn gelungen ist, an der Helmstedterstraße einigermaßen für den Fußgängerverkehr zu sorgen, so muß es uns auch möglich sein.

Der Antrag der Baukommission wird einstimmig angenommen.

## II. Herrichtung einer Beleuchtungsanlage und Anschaffung einiger Geräte für die Turnhalle an der Ottmerstraße.

Die Vereinigungen der städtischen Turnlehrer und Turnlehrerinnen kommen unter Leitung des Overturnlehrers Somburg allwöchentlich zu besonderen Uebungen zusammen. Der Overturnlehrer hat gebeten, zu gestatten, daß für diese Uebungen in Zukunft die Halle der Schule an der Ottmerstraße benutzt wird. Schulseitig ist dagegen nichts einzuwenden, es hat im Gegenteil die Schule Ursache, die auf Fortbildung und Anregung der Turnlehrer und Turnlehrerinnen gerichteten Bestrebungen nach Möglichkeit zu unterstützen. Bisher haben die beiden Vereinigungen die Halle des Arbeitervereins benutzt, und die Stadt hat die daraus erwachsenen Unkosten (75 *M* jährlich) getragen. Diese Summe würde erspart werden. Notwendig würde aber die Anlage einer Beleuchtung der Turnhalle sein, die bisher nicht vorhanden ist und für die vier Hardtlampen anzubringen sind, deren Kosten zu 306 *M* veranschlagt sind. Außerdem würde eine Anzahl von Geräten zu beschaffen sein, da die vorhandenen für den genannten Zweck nicht ausreichen. Es sind dies: 4 Paar Schaukelringe, 40 Paar Reulen und ein Bört dazu, 1 Schwungseil und 4 kleine Sprungkasten. Daneben würden sich noch kleinere Ausgaben für Anstrich der Rohre u. ergeben. — Der Stadtmagistrat gibt anheim, für den erwähnten Zweck die veranschlagte Summe von insgesamt 735 *M* zu Lasten der Bürgerschulkasse zu bewilligen.

Herr B ä h r berichtet über die Vorlage und über ihre Beratung in der Schulkommission:

In Rücksicht darauf, daß diese Uebungen der Turnlehrer und Turnlehrerinnen im Interesse der Schule stattfinden, insbesondere die einheitlichen For-

men des Schulturnens dadurch gewahrt werden, was bei einem solch großen Schulorganismus nötig ist, gibt die Schulkommission der geehrten Versammlung anheim, der Vorlage des Stadtmagistrats zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

### **III. Belassung des neugewählten Magistratsmitgliedes Dr. Konegen in der Deputation für Prüfung der Schutzvorrichtungen an Straßenbahnwagen.**

**Vorsitzender:** Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß der von uns vorhin als Mitglied des Magistrats gewählte Herr Dr. Konegen eines der von den Stadtverordneten gewählten Mitglieder der gemeinsamen Deputation ist, welche sich über die Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen orientieren soll. Ich glaube wohl, daß es am richtigsten ist, Herrn Konegen, der Hochmann ist, in der Deputation zu belassen, obgleich er aus der Mitte der Stadtverordneten geschieden ist. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, daß Herr Konegen in unserm Auftrage der Deputation weiter angehört.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

### **IV. Antrag der betr. Anlieger auf Herrichtung von geräuschlosem Pflaster für den Straßenzug Damm—Hutfiltern.**

**Herr Frick:** Die Anwohner des Damms und Hutfilterns haben an die Herren Stadtverordneten ein Gesuch gerichtet, die Fahrbahn dieses Straßenzuges mit einem Pflaster zu belegen, welches weniger Geräusch verursacht, als das jetzt vorhandene. Die Baukommission hat sich mit dem Gesuche beschäftigt und ist zu dem Resultat gekommen, Ihnen vorzuschlagen, die Bitte abzulehnen, und zwar aus folgenden Gründen: Das Pflaster, welches dort liegt, ist noch in sehr gutem Zustande und die Erneuerung würde große Kosten verursachen. Die Folge davon, daß wir auf das Gesuch eingingen, würde sein, daß wir mit ähnlichen Gesuchen bestürmt würden, und wir unter Umständen einen schweren Stand haben würden, wenn Anwohner von Straßen, in denen das Pflaster schlechter ist, mit der Bitte um Erneuerung kommen, und wir aus anderen Gründen solche Anträge ablehnen müßten. Wenn das Pflaster schlecht wäre, so würde der Magistrat und jedenfalls auch die Stadtverordneten darauf eingehen, denn es wurde anerkannt, daß das Geräusch durch die vielen Wagen und die elektrische Straßenbahn dort sehr belästigend ist. Trotzdem muß die Kommission aus den angegebenen Gründen bitten, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen.



Herr Sander: Ich kann mich mit dem Vorschlage der Kommission nicht einverstanden erklären. Ich bin der Meinung, daß derartige Straßen, die einen so lebhaften Verkehr aufweisen, wie Damm und Hutfiltern und auch die Schuhstraße, auch modern hergerichtet werden müssen. Wenn man als Anwohner dieser Straßen täglich die kolossalen Erschütterungen durch das Fahren der Wagen mit durchzumachen hat, die hauptsächlich durch das Koppfpflaster hervorgerufen werden, und wenn man die Klagen der Anlieger hört, dann muß man sagen, daß sie berechtigt sind. Als die Münzstraße ausgebaut wurde, hieß es: Wir müssen vor dem Polizeigebäude Asphalt nehmen, weil die Herren dort sonst nicht arbeiten können. Die Ansicht ist ja richtig; es ist schwer bei einem derartigen Geräusch mit dem Kopfe zu arbeiten. Aber in diesen Straßen wohnen auch Leute, die ihre ganze Lebenszeit in diesen Wohnungen zubringen müssen, und nicht nur praktisch arbeiten, und stets und ständig durch den fortwährenden Verkehr und die Erschütterungen durch das schlechte Pflaster leiden. Ich bin der Ansicht, daß das gegenwärtige Pflaster für eine solche Straße nicht passend ist. Wir haben in mehreren engen Straßen der Stadt Asphaltpflaster aus sanitären Gründen eingeführt. Auch die Leute in diesen Straßen haben ein gewisses Anrecht, daß sie etwas geschenkt werden in dieser Beziehung. Das sind die Gründe, die mich veranlaßt haben, das Wort zu nehmen. Ich habe schon vor längerer Zeit, vielleicht vor 10 Jahren, den Antrag eingebracht, die Schuhstraße mit geräuschlosem Pflaster zu belegen, und bin damit abgewiesen, denn es hieß: das Pflaster ist noch zu gut! Ich bin fest überzeugt, daß nach Jahren bei einem gleichen Antrage wie heute, genau dasselbe Resultat herauskommen würde. So werden wohl noch Jahre hingehen, ehe wirklich Gelegenheit kommt, daß wir derartige Straßen einigermaßen großstädtisch herrichten. Ich möchte doch bitten, die Sache nicht so glatt abzulehnen, sondern die Wünsche dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen.

Herr Bürgermeister Meyer: Meine Herren! Ich meldete mich zum Wort, weil der Magistrat bereits vor wenig Wochen Erwägungen in dieser Sache angestellt hat, denn die Anwohner des Damms und Hutfilterns haben eine Eingabe gleichen Inhalts vor kurzem auch an den Magistrat gerichtet. Wir haben die Bauverwaltung gehört und über die Frage eingehend unterhandelt. Wir erkennen an, daß die Belästigung für die Anwohner des Damms und Hutfilterns in umfangreichem Maße vorhanden ist und möchten wünschen, daß wir den Interessenten entgegenkommen könnten. Wir würden aber für ungerecht halten, gegenüber andern Einwohnern, wenn wir dem Wunsche jetzt stattgeben wollten. Daß das Pflaster der Neuzeit gar nicht entspreche, kann ich nicht zugeben. Es ist kein Koppfpflaster, sondern ein Reihenspflaster erster Sorte ge-

wählt, und dies ist heute noch gut. Wenn wir in diesem Falle nachgeben, so wird später schwer eine Grenze zu finden sein. Ich möchte dabei auf den Bohlweg verweisen; da ist seit Jahr und Tag Klage geführt über das Geräusch, das von den städtischen Abfuhrwagen, die nach dem Bürgerparke fahren, verursacht wird. Wenn wir hier ja sagen, dann müssen wir auch den Bohlweg neu befestigen, und der Steinweg und andere Straßen werden nachfolgen. Der Hauptgrund für die Ablehnung ist aber, daß gegenwärtig eine Menge Straßen in der Stadt vorhanden sind, die bisher einer Neubefestigung noch ganz entbehren. Da stehe ich auf dem Standpunkte, daß bei Lage der Sache, es geradezu ungerecht erscheinen würde, wenn wir diese gewissermaßen vernachlässigten Straßen wieder zurückschieben wollten zugunsten der Anlieger des Damms und Gutfilterns. Der Magistrat hat ihnen den Bescheid erteilt, daß er für absehbare Zeit den Wunsch nicht zu erfüllen vermöchte. Daß wir bei einer eventl. Neubefestigung natürlich geräuschloses Pflaster nehmen werden, liegt auf der Hand. Die Kosten dafür sind jedoch ziemlich bedeutend.

Herr Tolle: Ich nehme einen Standpunkt ein wie Herr Sander, und kann mich nicht ohne weiteres von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß wir befürchten müßten, von den Anliegern anderer Straßen angegangen zu werden, das bisherige Straßenpflaster durch geräuschloses zu ersetzen. Wenn der Steinweg genannt ist, so muß ich erwähnen, daß dieser ungleich breiter ist, mindestens doppelt, wenn nicht dreimal so breit. Das Geräusch in engen Straßen macht sich stärker fühlbar als in breiteren Straßen. Wenn gesagt wird, die übrigen Einwohner haben daselbe Recht wie diejenigen des Gutfilterns und Damms, dann muß ich wohl sagen: Das ist richtig, aber Damm und Gutfiltern sind beides ein paar Straßen, die stark unter dem Fuhrwerksverkehr zu leiden haben. Bei einer Straße muß schließlich einmal der Anfang mit geräuschlosem Pflaster gemacht werden, wenn wir überhaupt dazu übergehen wollen. Warum sollen wir nicht gerade bei diesen Straßen anfangen. Ich möchte doch bitten, die Sache nicht kurzer Hand zu den Akten zu legen, sondern den Wünschen der Anlieger entgegenzukommen, umsomehr, als einige Anlieger der Straße mir persönlich erklärt haben, daß sie nicht abgeneigt sind, einen Teil der Kosten zu tragen. Das Pflaster, das beseitigt würde, könnte recht gut zur Pflasterung derjenigen Straßen benutzt werden, die der Herr Bürgermeister schon erwähnt hat, und die schon lange auf eine Neupflasterung warten.

Herr Altmann: Ich bedauere auch lebhaft den Beschluß der Kommission. Wer den Verkehr auf diesen Straßen sich ansieht, muß bemerken, daß das Trottoir nicht ausreicht, um den Personenverkehr aufzunehmen. Wiederholt

werden die Fußgänger gezwungen, auf die Jahrbahn zu gehen. Wie wir wissen, ist Steinpflaster veranlagt, leicht Schmutz zu bilden, und so ist es unangenehm für die Passanten, wenn sie das Trottoir verlassen müssen. Aus diesem Grunde schon wäre eine glatte Ebung der Jahrbahn vorzuziehen. — Die Gründe, die von den Anliegern angegeben sind, sind m. E. nach stichhaltig. Wenn gesagt wird, daß, wenn wir hier eine bessere Befestigung beschließen, wir das für die andern Straßen auch tun müssen, so zweifle ich daran gar nicht. Die schmalern Straßen haben es alle ebenso notwendig, ein geräuschloses Pflaster zu bekommen. So haben z. B. die Anlieger des Meinhardshofs wiederholt darum gebeten, weil die Straße schmal und das Geräusch störend ist. Das ist im Gutfiltern und auf dem Damme noch mehr der Fall, wo die elektrische Straßenbahn fährt. Das Geräusch der Straßenbahn wird allerdings durch ein anderes Pflaster nicht beseitigt, wenn man auch zugeben muß, daß die Pflastersteine auch in die Schienen hineinragen. Ich möchte doch bitten, den Antrag der Kommission nicht anzunehmen, sondern zu beschließen, dem Magistrat zu empfehlen, in kurzer Zeit eine dahingehende Vorlage zu machen. Nicht mit Unrecht ist darauf hingewiesen worden, daß die Legung von Asphalt vor dem Polizeigebäude mit dem störenden Geräusch begründet wurde. Was dort recht ist, sollte den Anliegern anderer Straßen auch billig sein. Ich stelle den Antrag:

„Der Magistrat möge erwägen, ob die Sache nicht baldigst durchgeführt werden könnte.“

Der Kommissionsantrag wird abgelehnt und der Antrag, die Eingabe dem Magistrat zur Berücksichtigung zu empfehlen, mit 16 von 31 Stimmen angenommen.

## V. Verlegung und Auswechselung von Wasserhauptrohren und Neuverlegung von Gasrohren.

Um dem in verschiedenen Stadtteilen herrschenden ungenügenden Wasserdruck abzuhelpfen, hält die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke für erforderlich:

1. eine Verlegung des Wasserhauptrohres a) auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz, b) an der Hamburgerstraße zwischen Wendenring und Ludwigstraße.
2. die Auswechselung des vorhandenen Wasserhauptrohres gegen ein weiteres Rohr a) auf dem Madamentwege, b) auf der Petristraße zwischen Cellerstraße und Rudolfstraße.

Die zu 12 800 M veranschlagenden Kosten würden zu Lasten des Reservefonds des Wasserwerks zu rechnen sein.

Ferner hat die vorgenannte Deputation zur bessern Gasversorgung der Beleuchtungsanlage der Gasmesserfleckmpnerie im Wasserwerk Bürgerpark und zur Beseitigung der Spiritusbeleuchtung im Zuge des Weges Bruchtorwall — verlängerte Hennebergstraße die Neulegung eines aus Mannesmannrohren bestehenden Gasleitung auf dem Parkwege (Bruchtorwall — Altes Wasserwerk) und auf der Hennebergstraße empfohlen. Die Kosten dafür sind zu 4100 *M* veranschlagt und würden dem Reservefonds des Gaswerks zur Last zu legen sein.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, die Ausführung der erwähnten Arbeiten zu genehmigen und die Berechnung der Kosten in der vorgeesehenen Weise gutheißen zu wollen.

Nachdem Herr Leue Bericht über die Vorlage erstattet und namens der Finanzkommission die Annahme beantragt hat, wird die Vorlage genehmigt.

## VI. Beteiligung der Stadt am Reingewinn des Lichtwerks.

Die hiesige Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft hat dem Stadtmagistrat angezeigt, daß erstmalig für das Jahr 1909/10 der hiesigen Stadt auch vom Reinertrage des Lichtwerkes eine Abgabe zu zahlen sei, und sie hat diese Abgabe zu 3149,79 *M* berechnet. Die von der Gesellschaft angewandte Berechnungsart ist vom Magistrat ohne Erfolg beanstandet, und da voraussichtlich von jetzt an in jedem Jahre die Stadt am Reingewinne des Lichtwerkes teilnehmen wird, so muß die streitig gewordene Frage in der einen oder anderen Weise erledigt werden.

Für die Beteiligung der Stadt am Reingewinn des Lichtwerkes soll verhältnismäßig, wie allgemein üblich, der beim Betriebe des Unternehmens erzielte Reingewinn maßgebend sein, jedoch mit der Beschränkung, daß der Gesellschaft die ersten 6 Prozent verbleiben. Beträgt aber der Reingewinn mehr als 6 Prozent, so soll die Stadt von einem Ueberschusse von 6 bis 10 Prozent  $33\frac{1}{3}$  Prozent und von mehr als 10 Prozent 50 Prozent erhalten. Bei Abfassung des Konzessionsvertrages vom 16. Juni 1898 war man überzeugt, daß die Bestimmung der Höhe der Dividende nicht dem Ermessen der Gesellschaft überlassen werden könne, zumal das Lichtwerk kein selbständiges, sondern ein Neben-Unternehmen der Straßen-Eisenbahngesellschaft werden sollte, mithin eine gesonderte Ermittlung der Dividende des Lichtwerkes für die Aktionäre nicht stattzufinden brauchte.

Für die Ermittlung des Reingewinnes des Lichtwerkes wurden deshalb besondere Vertragsbestimmungen vereinbart, und zwar dahin, daß

1. von dem nach Abzug der Betriebsausgaben von den Betriebseinnahmen verbleibenden Ueberschusse
  - a) die an die Stadt zu leistende Abgabe von der Brutto-Einnahme (bis 15 Prozent),
  - b) die  $3\frac{1}{2}$ prozentigen Zinsen von 40 Prozent des gesamten Anlagekapitals und
  - c) zur Deckung der Kosten für Erneuerung und Amortisation 6 Prozent des Wertes der ursprünglichen Anlage und ihrer späteren Erweiterungen (Grundstücke, Maschinen, Straßenkabel, Hausanschlüsse und Zähler) von der Gesellschaft sollten in Abzug gebracht werden dürfen, und daß
2. als dasjenige Grundkapital, welches im Verhältnis der Unternehmerin zu der Stadt Braunschweig als am Reingewinne teilnehmend und demgemäß für die Berechnung des Prozentjahres des Reingewinnes als maßgebend anzusehen ist, 60 Prozent des gesamten Anlagekapitals gelten sollten.

Streitig geworden ist die Frage, was unter Anlagekapital zu verstehen sei. Während nach Ansicht des Stadtmagistrats hierunter nichts anderes zu verstehen ist, als der Herstellungspreis der verschiedenen Teile der Gesamtanlage, der auch nach § 11 des Vertrages die Grundlage für die Berechnung des eventuell von der Stadt zu zahlenden Uebernahmepreises bildet, hat die Gesellschaft von diesem Herstellungspreise nur den vorstehend unter I 1 c erwähnten 6prozentigen Abzug (für Erneuerung und Amortisation), dagegen den daselbst unter I b erwähnten Abzug von  $3\frac{1}{2}$  Prozent Zinsen von einer Summe berechnet, die außer dem vorerwähnten Herstellungspreise der ersten Anlage auch den Anschaffungspreis für Vorräte, soweit diese am Tage der Aufstellung der Jahresbilanz (31. März 1910) vorhanden waren, umfaßt, und sie beansprucht ferner, daß diese letztere, naturgemäß höhere Summe als das für die Ermittlung des Prozentjahres der Dividende maßgebende Grundkapital angesehen wird. Die erstgedachte Summe ist zu 3 486 658,37 *M.*, die zweite aber zu 3 684 161,92 *M.* ermittelt.

Es ist klar, daß die von der Gesellschaft gewählte Berechnungsart für ihre Interessen günstiger ist, als wenn lediglich das Anlagekapital (im engeren Sinne) als maßgebend angesehen wird.

Im allgemeinen dürfte es nicht üblich sein, die für Beschaffung von Mobilien und Vorräten aufgewandten Summen als Anlagekapital zu bezeichnen, und der Einwand der Gesellschaft, daß sie nach dem Konzessionsvertrage verpflichtet sei, ihre Bilanz nach kaufmännischen Grundsätzen aufzustellen, trifft daher in dieser Beziehung nicht zu. Die Gesellschaft hat auch in die mit

3 486 658,37 *M* abschließende Bilanz den Wert der Mobilien und Vorräte nicht aufgenommen. Diese Bilanz, die nach dem Vertrage der Genehmigung des Stadtmagistrats unterliegt, ist nun zwar selbstverständlich von derjenigen verschieden, die von der Gesellschaft für ihre Aktionäre aufgestellt wird, und in der die vorgedachten Werte, soweit sie nicht abgeschrieben sind, erscheinen müssen. Aber für die vorliegende Frage ist dieser Umstand nicht entscheidend. Die Gesellschaft übersieht nach Meinung des Magistrats, daß diese letztere Bilanz für das Verhältnis des Lichtwerkes zur Stadt ohne jede Bedeutung ist, und es erscheint daher auch ihr weiterer Einwand nicht zutreffend, daß von der Straßenbahn billiger Weise nicht wohl gefordert werden könne, daß sie dem Lichtwerke die in Frage kommenden Sachen ohne Entgelt auf ihre Rechnung vorhalte.

Nach dem Erachten des Stadtmagistrats ist ausschlaggebend der Umstand, daß durchweg im Vertrage das Recht der Stadt gewahrt ist, die Höhe des Anlagekapitals zu bestimmen, da diesem nur solche Aufwendungen zugeschrieben werden dürfen, die zuvor vom Stadtmagistrat genehmigt sind. Dieser Grundsatz wäre durchbrochen, wenn auch der Anschaffungswert der bereitgehaltenen Utensilien, Mobilien und Vorräte beim Anlagekonto gebucht werden dürfte, da naturgemäß ihre Beschaffung ohne Mitwirkung des Magistrats erfolgen muß.

Die in Rede stehenden besonderen Werte sind schon früher Gegenstand der Erörterung und Beschlußfassung der städtischen Behörden gewesen. Die Gesellschaft hatte sie anfangs dem für das Unternehmen aufgewandten Herstellungspreise hinzugerechnet, und sie sollten im Falle der stadtseitigen Uebernahme des Lichtwerkes bei Bemessung des Uebernahmepreises Berücksichtigung finden. Auf Grund der Vereinbarung vom Jahre 1907 sind sie schließlich abgesetzt, und ihre Bezahlung erfolgt bei etwaiger Uebernahme des Werkes auf Verlangen der Stadt nach Schätzung.

Die städtischen Behörden haben schon damals anerkannt, daß ohne die Gegenstände das Werk nicht ordnungsmäßig betrieben werden könne, und daß daher ihre Beschaffung und Vereithaltung unvermeidlich sei, aber als eventuell zu erstattendes Anlagekapital könnten sie schon deshalb nicht gelten, weil sie zum größten Teile (Kabel, Zähler, Kohlen) zum Verbrauch bestimmt seien. Soweit für ihre Anschaffung im Laufe eines Jahres Ausgaben gemacht sind, werden diese — als Betriebsausgaben — beim Unkosten-Konto zu verrechnen sein, aber es erscheint dem Stadtmagistrat nicht angängig, daß die Summe, welche dem Anschaffungswerte der beim Rechnungsabschlusse zufällig vorhandenen Gegenstände entspricht, verzinst und dem für die Ermittlung des Prozentsatzes des Uberschusses maßgebenden Grundkapitale hinzugerechnet wird.

Hiernach muß der Stadtmagistrat vom Rechtsstandpunkte aus die streitige Frage zuungunsten der Gesellschaft verneinen, erkennt aber andererseits an,

daß es besser gewesen wäre, über die fraglichen besonderen Werte beim Abschlusse des Konzessionsvertrages eine unzweideutige Vereinbarung zu treffen, und daß ferner im Hinblick auf die Leistungen, zu denen der Vertrag die Gesellschaft zugunsten der Stadt verpflichtet, Billigkeitsgründe dafür sprechen, der Gesellschaft Entgegenkommen zu zeigen. Der Magistrat hat der Gesellschaft bekannt gegeben, daß er seinerseits hierzu bereit sei, aber er ist nicht in der Lage, auf den daraufhin gemachten Vorschlag einzugehen.

Denn während der Stadtmagistrat für zulässig hielt, eine zwar durchaus angemessene, aber feste Summe dem obengedachten Herstellungspreise zuzusetzen, wünscht die Gesellschaft, daß diese Summe auf 6 Prozent des jeweiligen Herstellungspreises bemessen wird. Hierauf kann die Stadt nicht eingehen. Es würde dem Grundgedanken des Vertrages nicht entsprechen, wenn ohne Genehmigung des Stadtmagistrats die Bemessung der Höhe des „Anlagekapitals“ erfolgte, und es kann auch nicht anerkannt werden, daß die in Rede stehenden Vorräte zwecks Sicherung eines ordnungsmäßigen Betriebes stets in solcher Menge auf Lager gehalten werden müssen, daß ihr Anschaffungswert 6 Proz. des Herstellungspreises der gesamten Lichtwerksanlage (Grundstücke, Betriebsgebäude, Straßenkabel, Hausanschlüsse und Zähler) ausmacht. Wenn z. B., wie jetzt beabsichtigt wird, die Zentrale unter Aufwendung von 500 000 *M* erweitert, oder wenn, wie vom Magistrat kürzlich gutgeheißen, für 100 000 *M* Kabelverstärkungen in der Außenstadt eingebaut werden sollen, so wird man nicht sagen können, daß dies erhalb für 36 000 *M* mehr Utensilien, Reservekabel usw. dauernd gehalten werden müssen.

Der Stadtmagistrat ist der Ansicht, daß eine gleiche Menge von Vorräten, wie sie jetzt das Lichtwerk zum Betriebe unterhält, und die einen Wert von etwa 200 000 *M* haben, auf eine längere Reihe von Jahren für Aufrechterhaltung eines ordnungsmäßigen Betriebes vollauf genügen dürften, und wenn der Umfang des Betriebes weiter wie bisher zunehmen und größere Vorräte der mehrgedachten Art auf Lager gehalten werden müßten, würde der Magistrat keine Bedenken tragen, ein höheres „Betriebskapital“ zuzugestehen.

Bei der nicht zu unterschätzenden Bedeutung, die der streitig gewordenen Frage beigemessen ist, legt der Stadtmagistrat Wert darauf, im Einvernehmen mit den Stadtverordneten die Entscheidung zu treffen. Die Stadtverordneten werden daher vom Magistrat ersucht, sich zu der Frage gutachtlich äußern zu wollen.

Herr Jasper (als Referent der Finanzkommission): Meine Herren! Ich denke, ich brauche nicht alle Einzelheiten der Angelegenheit vorzutragen, und kann mich auf das Wesentliche beschränken.

Es ist Ihnen bekannt, daß die Stadt bei den Erträgnissen des Lichtwerkes nicht nur an dem Bruttogewinn beteiligt ist, sondern auch am Reingewinn, und für Berechnung dieses letzteren bestimmte Abmachungen der Stadt mit dem Lichtwerk getroffen sind. Dabei kommt auch der Begriff des Anlagekapitals in Frage, von welchem gewisse Abzüge vorweg dem Lichtwerk gutzubringen sind. Es ist in diesem Jahre das erstemal praktisch der Fall eingetreten, daß ein Reingewinn im Vertragssinne erzielt worden ist. Bei dieser Gelegenheit ist es streitig geworden, wie der Reingewinn zu berechnen ist und in welchem Sinne der Begriff des Anlagekapitals zu bewerten ist. Der Stadtmagistrat hat diesen Begriff des Anlagekapitals im Sinne des Vertrages so gedeutet, daß darunter nichts anderes zu verstehen sei, als der Herstellungspreis der verschiedenen Teile der Gesamtanlage, wie das sonst auch im Vertrage schon näher gekennzeichnet ist. Demgegenüber hat das Lichtwerk den Standpunkt eingenommen, daß nicht nur dieses Anlagekapital im engeren Sinne zu berücksichtigen sei. Darüber hinaus sei das Werk gehalten, einen gewissen Vorrat an Kabeln, Zählern, Kohlen usw. an Lager zu nehmen, und die kaufmännischen Grundsätze, die anzuwenden seien, erforderten es, daß diese Vorräte mit zum Anlagekapital hinzugestellt würden. Ueber diese Differenzen können unter Umständen Weiterungen zwischen der Stadt und dem Lichtwerk entstehen. Um diese Weiterungen hinauszutragen, hat der Magistrat das Ersuchen an die Stadtverordneten gerichtet, ein Gutachten abzugeben, wie nach unserer Meinung die Frage zu entscheiden sei. Die große Mehrheit der Finanzkommission ist der Ansicht, daß nicht in erster Linie die kaufmännischen Grundsätze, auf die sich das Lichtwerk beruft, für die Deutung des Begriffs Anlagekapital zur Geltung zu bringen sind, sondern daß der Begriff Anlagekapital im kaufmännischen oder volkswirtschaftlichen Sinne ein Begriff für sich ist, daß es sich hier drehe um den Begriff des Anlagekapitals, wie er vertragsmäßig durch die vertragsschließenden Teile festgesetzt ist, für die Beziehungen der beiden untereinander. Die Mehrheit der Finanzkommission ist weiter der Ansicht, daß zwischen dem Begriff des Anlagekapitals, wie er in dem Vertrage für die Beziehungen der Vertragsparteien festgelegt ist, ein einheitlicher ist, der nicht in einem Paragraphen so, und in dem andern wieder anders ausgelegt werden kann, sondern daß von vornherein beide Teile sich ein Bestimmtes, Greifbares darunter gedacht haben. Und wenn auch vielleicht, wenn man Kaufmann ist (und das hat die Minderheit der Finanzkommission zum Ausdruck gebracht), zweifelhaft ist, wie es zu deuten ist, so sind alle Zweifel, die auch im Magistratschreiben erörtert sind, für die Mehrheit der Kommission zurückgetreten, gegenüber der Tatsache, daß vor einigen Jahren die Auslegung des Begriffs Anlagekapital im Sinne des Vertrages zwischen der Stadt und dem Lichtwerk bereits Gegenstand der Ver-



handlung gewesen ist, und daß da eine Auslegung unter Zustimmung des Lichtwerkes gegeben worden ist, die den gegenwärtigen Standpunkt des Stadtmagistrats billigt und den gegenwärtigen Standpunkt des Lichtwerks desavouiert. In dem Nachtrage vom Jahre 1907, bei dem es sich darum handelt, den § 11 authentisch auszulegen, nämlich, welches Anlagekapital in Betracht kommen sollte für Uebernahme des Elektrizitätswerkes insgesamt, da ist gesagt, daß alle diese Posten, die man als Vorräte bezeichnen kann, nicht zum Anlagekapital zuzurechnen sein sollten, sondern darüber besondere Vereinbarungen, die 1907 getroffen wurden, gelten sollten, z. B. sollten für die Uebernahme des Vorrates Schätzungen Platz greifen. Die Mehrheit der Finanzkommission empfiehlt Ihnen, ein Gutachten dahin abzugeben, daß vom Rechtsstandpunkte aus es gar keinem Zweifel unterliegen kann, daß dies Anlagekapital im Vertragsinne so auszulegen ist, wie es der Magistrat getan hat.

Diese vom Standpunkte des Lichtwerkes abwegige Auslegung ist im übrigen auch praktisch nicht unerheblich. Es ist Ihnen aus dem Bericht bekannt, daß, wenn man die Berechnung des Lichtwerks zugrunde legt, wir in diesem Jahre am Reingewinn mit unserm 3. Teil zu etwas mehr als 3000 *M* beteiligt sein würden, wenn wir aber die Auslegung zugrunde legen, die die Mehrheit der Finanzkommission für richtig hält, so würde ein Anteil am Reinertrage von 6000 *M* herauskommen, so daß man auch diese Frage nicht als etwas Belangloses leicht nehmen kann, im Gegenteil kann sie praktisch von nicht unerheblicher Bedeutung für die Zukunft sein.

Nun hatte der Magistrat, wie aus den Verhandlungen, die im Bericht wiedergegeben sind, hervorgeht, bekannt ist, aber doch dem Lichtwerk gegenüber anerkannt, daß das Lichtwerk technisch in gewissem Sinne gezwungen sei, derartige Vorräte zu halten, also ein Lager zu halten, und daß, soweit das Maß des technischen Gebots nicht überschritten ist, eine gewisse Billigkeit dafür spreche, diese Vorräte mit zur Verrechnung zu bringen, wenn man kaufmännisch verfahren wolle. In Rücksicht hierauf hatte der Magistrat das Lichtwerk ersucht, einen Vorschlag zu machen, durch den ein für allemal geregelt würde, in welchem Umfange dieses Vorratskonto, das ja verschieden ausgestaltet werden kann, zur Verrechnung kommen sollte. — Ist doch die Möglichkeit vorhanden, daß für einen Stichtag der Bilanzaußstellung besonders große Vorräte angenommen werden können, und so die Möglichkeit des *corriger la fortune* vorliegt. — Es sollten darnach irgendwelche bestimmten Grundsätze für die Verrechnung Platz greifen. Darauf hat die Verwaltung des Lichtwerks geantwortet: sie wäre ganz damit einverstanden, und sie hielte es für richtig, wenn 6 Prozent von dem Anlagekapital im engeren Sinne, wie das früher auch die Finanzkommission als berechtigt anerkannt habe, hierfür genommen werden sollte. Das bedeutet schon

gegenwärtig etwa 4000—5000 *M* mehr als buchmäßig dieser Vorrat belastet ist, und wie künftig dieses Verhältnis wirken wird, das hat auch verschiedenen Herren in der Finanzkommission sehr zweifelhaft gedäucht. Es läßt sich nicht verkennen, und das wurde von verschiedenen Seiten in der Kommission hervorgehoben, daß die Verhältnisse des Lichtwerkes durchaus nicht ein gleichmäßiges Steigen des Vorratskontos mit dem Steigen des Anlagekapitals im engeren Sinne erheische. Wenn beispielsweise die jetzt beschlossene Erweiterung durchgeführt wird, dann kommen Gebäude und Maschinen hinzu, und das Anlagekapital steigt ganz erheblich. Sollen dann zur Bestimmung des Vorratskontos 6 Prozent hiervon genommen werden, so würde von dem Bruttogewinn mehr abgezweigt werden, ohne daß eine wirtschaftlich oder kaufmännisch wichtige Notwendigkeit vorhanden wäre. Man wird beinahe sagen können, es werde nicht viel mehr an Vorräten da zu sein brauchen, als jetzt auch. Man kann sogar annehmen, daß ein Zeitpunkt eintreten wird, bei dem die Verhältnisse des Lichtwerks, das sich jetzt immer noch ausdehnt, neue Kabel legt und neue Zähler einbaut, stabilisieren werden, wo es nicht mehr erforderlich sein wird, so viel Vorräte am Lager zu haben, und daß es dann ganz ungerechtfertigt sein würde, von dem gesteigerten Anlagekapital im engeren Sinne die 6 Prozent zu berechnen. Das würde sehr erheblich zu Buche schlagen und der Stadt nachteilig sein. Deshalb hat nun der Magistrat seinerseits vorgeschlagen, gewissermaßen den Zeitpunkt, der jetzt hier Anlaß gegeben hat, diese Differenz zum Austrag zu bringen oder vielmehr die Sache zu klären, zugrunde zu legen und zu sagen: Wenn jetzt 200 000 *M* diesem Vorratskonto belastet sind, so wollen wir dem Lichtwerke zugestehen, allmählich 200 000 *M* anzurechnen.

Die Mehrheit der Finanzkommission, die sich diesmal allerdings anders zusammensetzte als die erste Mehrheit, ist der Ansicht, daß Grundzüge der kaufmännischen Buchführung und hauptsächlich Rücksichten der Billigkeit in gewissem Umfang dafür sprechen, diesem Vorschlage zuzustimmen, und die Mehrheit er sucht Sie aus diesem Grunde, nicht nur das rechtliche Gutachten in dem von mir erwähnten für das Lichtwerk ablehnenden Sinne zu erstatten, sondern auch den Magistrat zu ermächtigen, in den Verhandlungen mit dem Lichtwerk so weit zu gehen, daß 200 000 *M* für die Vorräte dem Anlagekapital im engeren Sinne ein für allemal bei jeder Berechnung des Reingewinns zugerechnet werden.

Es sind zwar auch von den Herren, die nachher die Mehrheit gebildet haben, verschiedene Bedenken geltend gemacht, besonders in der Weise, daß man verschiedene Durchschnitte nehmen müßte u. a. m. Aber die Gründe der Billigkeit haben dann doch dazu geführt, daß dieser Entschluß hier empfohlen wird, um ein für allemal klare Sache zwischen den beteiligten Faktoren zu machen. Gleichzeitig soll aber auch zum Ausdruck gebracht werden, daß — wenn das

Lichtwerk sich auf dieses weitgehende Gebot nicht einlassen sollte — die Stadt gar keinen Anlaß hat, irgendwie den Rechtsweg zu scheuen, da die große Mehrheit darüber nicht zweifelhaft ist, daß die Deutung, die der Magistrat der Bestimmung gegeben hat, zutreffend ist.

Herr A l f m a n n: Wenn ich den Herrn Referenten und seine Erläuterungen recht verstanden habe, so würde gegenüber den grundlegenden Bestimmungen vom Jahre 1907, in denen festgestellt wurde, daß die Vorräte bei der Uebernahme nach dem gemeinen Wert von der Stadt zu berechnen sein werden und nicht nach festen Abschreibungen, wie das beim Anlagekapital zu geschehen hätte, wieder eine andere Auslegung stattezufinden haben. (Widerspruch.) Damals ist festgelegt worden, daß die Stadt, wenn sie das Werk übernimmt, die Utensilien zu dem gemeinen Wert übernimmt. Wenn das Werk aber in der Lage ist, eine Anrechnung von rund 200 000 M vorzunehmen, dann würde der buchmäßige Wert dieser Utensilien niedriger sein können als der gemeine Wert. (Widerspruch.) Wir würden doch mit unserm jetzigen Abkommen eine andere Grundlage schaffen. Uebernehmen müssen wir diese Dinge nach dem gemeinen Wert, wie es auf §. 11 des Vertrages heißt, und im Buchwert könnten sie niedriger stehen.

V o r s i t z e n d e r: Um kurz darauf zu antworten: Der Vertrag vom Jahre 1907 hat mit dieser Sache an und für sich gar nichts zu tun. Die Berechnung des Uebernahmewertes bleibt genau so, wie 1907 bestimmt ist. Die vorliegende Frage betrifft nur den Punkt, wie pro Jahr am 31. Dezember — wie der Herr Referent auch klar ausgeführt hat — der Begriff des Anlagekapitals zu fassen ist, ob inklusive oder exklusiv der Vorräte. Der Herr Referent hat gesagt, daß die Finanzkommission beschlossen hat: Wir sind der Ansicht, daß es exklusiv der Vorräte verstanden wird, und nur aus Billigkeitsgründen soll eine imaginäre Summe von 200 000 M dem Anlagekapital zugerechnet werden. Wenn später einmal die Stadt das Lichtwerk übernehmen sollte, hat diese Berechnung mit dem Uebernahmepreise nichts zu tun.

Herr J a s p e r: Es erübrigt, noch zu bemerken, daß nach dem Vorschlage der Kommission, wenn Billigkeitsgründen nachgegeben wird, in der Praxis für die Berechnung des Reingewinns tatsächlich ein anderes Anlagekapital eingestellt wird als bei der Uebernahme einzusetzen ist. Für die Berechnung des Reingewinns gilt das Anlagekapital im engeren Sinne, wie es im § 11 gekennzeichnet ist, zuzüglich der aus Billigkeitsgründen festgesetzten Summe von 200 000 M.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich bitte, doch noch einen Unterschied zu beachten. Der Vertrag von 1907 kommt überhaupt nur zur Ausführung im Moment der Uebernahme des Lichtwerks durch die Stadt und er kann die Verhältnisse eventl. so vorfinden, daß wir gar nichts übernehmen. Also können wir unmöglich den Vertrag von 1907 mit dieser Vorlage verquicken, sonst erreicht das Lichtwerk gar nichts. Wir müssen streng auseinanderhalten, wie der Herr Vorsitzende schon gesagt hat: Was erfolgt bei der Uebernahme? und: Wie erfolgt die Berechnung des Reingewinns? Und da ist ein Ausgleich gesucht, indem wir uns fragten: Wieviel hat das Werk ungefähr an Mobilien und Vorräten nötig, um sein Geschäft zu treiben? Ob die angenommene Summe richtig ist, können wir nicht beurteilen; wir haben aber geglaubt, daß die Verhältnisse vom Lichtwerk wohl richtig dargestellt sind.

Herr W o l t e r s: Herr Ahmann setzt als möglich voraus, daß am Jahreschlusse, wenn die Bilanz gezogen wird, die Höhe der Vorräte, die zum Anlagekapital hinzugezogen werden soll, kleiner sein kann als 200 000 M. Wenn Herr Ahmann nun fragt: Sollen, gleichgültig, ob die Vorräte kleiner oder größer sind, immer 200 000 M zur Berechnung herangezogen werden, so ist die Antwort darauf: Es sollen immer diese 200 000 M mit zur Berechnung kommen.

Herr F a s p e r: Die Uebernahme des Werkes wird immer nach den Abmachungen von § 7 geregelt, auch wenn die Vorräte niedriger oder höher sind als 200 000 M. Diese Bestimmung soll durch die heutigen Abmachungen nicht geändert werden.

V o r s i t z e n d e r: Diese 200 000 Mark sind eine ganz und gar gegriffene Summe, die in keinem Geschäftsbuche erscheint, von der nicht abgeschrieben wird, sondern die nur jedes Jahr zu dem Anlagekapital zugezählt wird, um den Reingewinn für die Stadt zu berechnen. Diese 200 000 M werden auch angenommen, wenn weniger Vorräte da sind. (Zwischenruf.) Ich bin selbst in der Kommission gewesen. Wir haben gesagt: unser Gutachten soll dahingehen: Wenn der Magistrat es für angemessen erachtet, 200 000 M dafür einzusetzen, dann kann allemal die jetzt festzusetzende Summe angerechnet werden. Es soll das nicht ein Maximum, sondern ein Fixum sein und hat mit der Uebernahme nichts zu tun.

Herr A h m a n n: Aus den Ausführungen der Kommissionsmitglieder muß ich entnehmen, daß ich die Sache richtig aufgefaßt habe. Ich wollte nur wissen, ob ein Unterschied gegenüber den Bestimmungen vom Jahre 1907 besteht.

Damals handelte es sich um die Uebernahme. Wir unterscheiden hier doch, daß wir mit zweimaligen Aufwendungen für das Werk zu tun haben; mit dem festen Anlagekapital und den Aufwendungen für Mobilien und Inventar. 1907 wurde gesagt: Wenn die Stadt das Werk übernimmt, dann hat die Stadt die Mobilien zu dem gemeinen Werte zu übernehmen und nicht berechnet nach den Abschreibungen. (Zuruf: Sehr richtig!) Ich habe leider nicht die Möglichkeit gehabt, die ganze Sache weiter zu verfolgen. Damals hat das Lichtwerk gesagt: „Wenn die Stadt nach den Abschreibungen übernehmen will, dann werden wir geschädigt, indem wir die Abschreibungen alle zu euren Gunsten rechnen. Der Wert der Vorräte kann nun 200 000 *M* gewesen sein, das Lichtwerk hat aber 1 oder 2 Jahre die Sachen gelagert und Abschreibungen gemacht, dann rechnet ihr uns nur 180 000 *M* buchmäßigen Wert bei der Uebernahme. Wir würden geschädigt sein, weil wir euch von dem wirklichen Gewinne an diesen Mobilien, der über 6 Prozent hinauskommt, schon den Ertrag haben mitbezahlen müssen.“ Und darum wehrt sich das Lichtwerk gegen diese Bestimmung. Es sagt: „Grundsätzlich müssen die Mobilien und die Vorräte von dem Gebäude- und Maschinenkonto geschieden sein.“ Nachdem 6 Prozent Reingewinn zu verteilen ist, kommen wir auf eine andere Basis und sagen: Wenn das Lichtwerk nicht etwas abschreiben kann, dann würde das Lichtwerk geschädigt sein. — Ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß wir als Vertretung der Stadt hier irgendwie ein Unternehmen schröpfen sollten, aber wenn Billigkeitsgründe von der Kommissionsmehrheit herangezogen werden, so sage ich, daß dies Entgegenkommen unnötig wäre. Es ist früher ausdrücklich gesagt: Nach der Auslegung von 1907 sind diese Werte alle zu dem gemeinen Werte anzunehmen, aber nach unserm heutigen Beschluß haben wir dem Lichtwerk gestattet, eine Abschreibung zu machen. (Widerspruch.) Es ist doch erklärt, es solle dem Lichtwerk gestattet werden, die 6 Prozent für Abschreibungen in Rechnung zu stellen. Wenn das der Fall ist, so kann ich solche Billigkeitsgründe nicht für angebracht erachten, denn wir werden doch nicht dem Werke, das gut prosperiert, noch besondere Vergünstigungen gewähren.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Herr Stadtverordneter Altmann übersieht eins: Als im Jahre 1907 (eigentlich schon etwas früher) die Verhandlungen wegen der Mobilien begannen, — ich bitte Sie, wohl auf jedes Wort zu achten, da es möglich ist, daß es zu einem Prozeß kommt — da drehte es sich um die Frage: Was soll mit den Mobilien im Falle der Uebernahme des Werkes durch die Stadt gemacht werden? Das Werk sagte: Das Mobiliar ist ebenso zu behandeln wie die Grundstücke, Maschinen usw., d. h. es soll allmählich abgeschrieben werden, so daß nach Verlauf der Konzeptionsdauer alles unentgeltlich

in den Besitz der Stadt übergeht, also auch das Mobiliar. Wie das Lichtwerk dazu gekommen ist, der Stadt diese verhältnismäßig günstige Proposition zu machen, das weiß ich nicht. Es klingt das für den ersten Augenblick recht bestechend. Es stellt sich aber, wenn man einigermaßen darüber nachdenkt, sofort heraus, daß die ganze Amortisationstheorie, die in dem Vertrage enthalten ist, begrifflich gar nicht auf das Mobiliar paßt, denn es soll jeder einzelne Teilwert des Gesamtwertes der Anlage von dem Zeitpunkte der Aufwendung an amortisiert werden. Wie will man das nun machen bei Gegenständen, die überhaupt nur zum Verbrauch bestimmt sind. Da gibt es keine Erfüllung des Vertrages insofern, als diesem Werte, der dem Anlagekonto zugeschrieben werden soll, im Moment der Uebernahme kein Gegenwert gegenübersteht. Ich halte es für unrichtig, wenn gesagt ist, es sollte die Bestimmung vom Jahre 1907 eine authentische Interpretation sein. Wir haben vielmehr den Vertrag ergänzt und Lücken ausgefüllt. Herr Altmann kann nicht sagen, daß die beiden zur Erörterung stehenden Fragen einander widersprechen. Es handelt sich heute um eine Frage, die jetzt zum erstenmal auftaucht: Welcher Wert wird zugrunde gelegt bei der Ermittlung des Prozentsatzes, um die Dividende auszurechnen? Da muß man sagen: Auch in dieser Beziehung ist in dem Vertrage eine ausdrückliche Bestimmung über Mobiliar usw. nicht enthalten. Wie würden Sachverständige, die eventuell das Schiedsgericht bilden würden, über eine solche Frage entscheiden, wenn der Vertrag in dieser Beziehung lückenhaft gehalten ist? Wir haben uns gesagt: Gewisse Billigkeitsgründe sprechen für den Standpunkt der Gesellschaft. Man muß doch berücksichtigen: die Gesellschaft ist ein kaufmännisches Unternehmen, und wie jeder Kaufmann für die Aufwendungen, die er im Laufe des Jahres macht, sich Zinsen und Amortisation berechnen muß, so hat auch das Lichtwerk das Recht, das zum Ausdruck zu bringen. Wohin sollen denn schließlich diese Borräte in der Bilanz kommen? Deshalb dürfte es im allgemeinen durchaus zutreffen, wenn man sagt: Zwischen diesen Borräten und dem eigentlichen Anlage-, d. h. Herstellungs-Kapital besteht eine verwandtschaftliche Beziehung. Nur muß man berücksichtigen: Wir wollen dabei nicht von dem Lichtwerk insofern abhängig sein, daß es sagen kann: Nach unserem Ermessen haben wir die Borräte auf Lager gelegt und die rechnen wir dem Anlagekonto zu. Der Vertrag geht von der Ansicht aus, daß der Magistrat zu jeder Aufwendung seine Genehmigung zu erteilen hat; was nicht genehmigt ist, wird dem Anlagekonto nicht zugeschrieben. Das Lichtwerk kann aber doch nicht jedesmal, wenn es Kohlen oder Zähler ankaufen will, unsere Genehmigung einholen! Deshalb können wir nur mit Billigkeitsgründen operieren und sagen: Das wollen wir zugestehen, über das hinaus aber nicht. — Ich sollte meinen, Herr Altmann könnte über seine juri-

stische Bedenken hinauskommen, und braucht nicht zu denken, daß der frühere Vertrag über den Haufen geworfen ist, wenn wir hier nachgeben.

Herr **Wolter**: Die Ergänzung aus dem Jahre 1907 gehört zu § 11 des Vertrages. Dieser erledigt die Frage, wie bei der etwaigen Uebernahme des Werkes auf die Stadt es zu halten ist. Ganz unabhängig von diesen Bestimmungen des Jahres 1907 handelt es sich heute um eine Erweiterung des § 10, der bestimmen soll, wie mit Verlauf jeden Geschäftsjahres die Sache zu regeln ist. Der Magistratsvorschlag schien der Mehrheit der Kommission richtig, da Billigkeitsansprüche vorliegen. Man kann der Gesellschaft nicht das Recht zugestehen, die Vorräte beliebig einzustellen. Wenn beispielsweise kurz vor Schluß des Jahres eine Anzahl Maschinen vorhanden sind, die noch nicht eingebaut sind, so würde nach dem Wortlaut des Vertrages die Gesellschaft den gesamten Wert einsetzen können. Das würde eine Unbilligkeit sein. Nimmt man an, daß im folgenden Jahre Vorräte nicht nötig seien, so würde sie die Gesellschaft diesmal mit 6 Prozent berechnen können. Nach meiner Ansicht ist es nicht richtig, wenn Herr **Ägmann** sagt, daß man die Billigkeitsgründe nicht zuerkennen soll. Die Notwendigkeit der Verzinsung der zu haltenden Vorräte zwingt schon dazu. — Auf einen andern Punkt ist noch in der Kommission aufmerksam gemacht: Unter den auf S. 17 aufgeführten Gegenständen, deren das Lichtwerk zur Durchführung seines Betriebes bedarf, finden sich nicht nur verbrauchbare, sondern auch abnutzbare Gegenstände und solche, die zum Einbauen bestimmt sind. Auch aus dieser Rücksicht ist es richtig, ein Entgegenkommen zu zeigen. Dazu sagt die Kommission: 200 000 *M* dafür zu rechnen, ist ein gutes Mittel ding.

**Vorsitzender**: Ich schließe die Beratung. Diejenigen Herren, die ihr Gutachten dahin abfassen wollen, wie es der Herr Referent vorgetragen hat, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Die Versammlung hat so beschlossen.

## VII. Umbau des Brausebades an der Kaiserstraße.

Die Notwendigkeit der Instandsetzung des genannten Brausebades ist durch die Abgängigkeit der beiden Warmwasserbereitungsöfen mit den dazu gehörigen Rohrleitungen früher eingetreten als erwartet werden konnte. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß eine Reparatur dieser Öfen und Rohrschlangen wegen mangelnder Festigkeit keinesfalls empfohlen werden kann, und deshalb insbesondere jedenfalls eine von der städtischen Bauverwaltung überschläglich auf 8000 *M* geschätzte Neuanlage geschaffen werden mußte, scheint es dem Stadtmagistrat angezeigt, gleich alle zutage getretenen Mängel zu beseitigen.

Der von der Bäderdeputation empfohlene Umbau wird allerdings nach dem Kostenanschlag der städtischen Bauverwaltung 28 450 *M* kosten, jedoch soll durch die Umgestaltung nur die gleiche Einrichtung erzielt werden, wie sie in den beiden andern Bädern bereits vorhanden ist und sich dort bewährt hat. Als wichtige Aenderungen kommen in Betracht: Eratz 1. der Warmwasserbereitungsöfen und der vorhandenen Luftheizung durch eine Niederdruck-Dampfheizung, 2. der hölzernen Scheidewände der Badezellen durch Wände aus glasierten Steinen, 3. der unsauberen offenen Abflurinnen in den Zellen durch geschlossene eiserne Rohrleitungen. Daneben hat die Baddeputation in Verfolg einer von der städtischen Bauverwaltung gegebenen Anregung noch eine Verschiebung der Treppenanlage unter gleichzeitiger Herstellung einer massiven, feuer sichern Treppe beantragt. Bestimmend für diesen Wunsch ist die Erwägung gewesen, daß durch den Umbau nicht nur eine größere Sicherheit für die im ersten Obergeschoß sich aufhaltenden Personen erzielt, sondern auch noch Platz zur Einrichtung von 3 neuen Badezellen gewonnen werden könne. Die Herstellung des neuen Treppenhauses kann vom Magistrat allerdings nicht als dringendes Erfordernis angesehen werden, doch sind die sich daraus ergebenden Vorteile so groß, daß er kein Bedenken trägt, auch die Ausführung dieser Anlage zu empfehlen. Der Stadtmagistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich mit der Umgestaltung des Brausebades nach dem vorgelegten Projekte einverstanden zu erklären und die erforderlichen Kosten zu 28 450 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds zu verwilligen.

Herr Meyerhoff erstattet Bericht über den projektierten Umbau, verweist auf die im Saale ausgehängten Pläne und gibt im Namen der Baukommission anheim, die Genehmigung zu den Vorschlägen des Stadtmagistrats zu erteilen.

Herr Rieke: Wenn man sich die Badeanstalt in letzter Zeit einmal angesehen hat, muß man sagen, daß kein vernünftigerer Beschluß gefaßt werden konnte, als seinerzeit die Anstalt zu sperren. An dem jetzigen Zustand kann man erkennen, wie sorglos man damals diese Waschanstalt hergestellt hat. Daß statt der alten Balken und Bretter, die jedenfalls faul sind, Scheidewände aus glasierten Steinen hergerichtet werden sollen, kann man nur gutheißen, denn an den Brettern können sich leicht Pilze und Krankheitskeime festsetzen. Erst nach dem Umbau wird man sagen können, daß das Ding seinen Zweck erfüllt. Man sieht das an der Zunahme der Benutzung des Bades an der Ferdinandstraße. Ich möchte noch anregen, ob es nicht zu erwägen wäre, bei dem Volksbade an der Ferdinandstraße die Außenwände, die schlecht sind, mit einem Neuanstrich ver-



sehen zu lassen. Im übrigen gebe auch ich anheim, die geforderte Summe zu verwilligen.

Der Umbau nach den Anträgen des Stadtmagistrats und die beantragten Mittel dafür werden bewilligt.

### VIII. Instandsetzung der Treppenhäuser im Feuerlöschgebäude und eines Teiles des Hofes.

Wenngleich auch durch den Transport der bei dem Umbau des Feuerlöschgebäudes verwandten Materialien die Wandflächen der fraglichen Treppenhäuser an mehreren Stellen im Puße beschädigt sind, so würde doch ohnehin jetzt auf eine gründliche Instandsetzung dieser Räume Bedacht genommen werden müssen, da der Anstrich im Laufe der Jahre abgängig geworden ist. Die in der Durchfahrt vor den beiderseitigen Bordsteinen befindlichen unteren Treppenstufen der nach dem Erdgeschoß führenden Treppen sind bei der Einfahrt der neuen Feuerlöschgeräte hinderlich. Es ist deshalb notwendig, diese Stufen zu beseitigen und das Pflaster in der Durchfahrt zu heben. Gleichzeitig müßte das Pflaster auf dem mittleren Teile des Hofplatzes gehoben werden und eine Ausbesserung des übrigen Hofpflasters vorgenommen werden. Eine baldige Inangriffnahme der Arbeiten erscheint erforderlich. Der Stadtmagistrat gibt den Stadtverordneten anheim, für die gedachten Arbeiten die Summe von 1870 *M* zu Lasten des nächstjährigen Voranschlages mit der Maßgabe zu bewilligen, daß die Arbeiten schon jetzt (die Pflasterarbeiten, soweit solches die Witterung zuläßt) ausgeführt werden.

Herr F r i e d e (nach seinem Bericht über diesen Punkt): Die Feuerlöschdeputation hat die Vornahme der fragl. Instandsetzung empfohlen. Die Baukommission hat die Sache gründlich durchgearbeitet und sich überzeugt, daß die Arbeiten äußerst notwendig sind. Sie empfiehlt Ihnen daher ebenfalls Annahme der Vorlage.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

### IX. Austausch von Flächen zweier Grundstücke an der Julius- und Hedwigstraße.

Herr T o l l e: Der Tischlermeister Schöppe hier ist Eigentümer eines Grundstücks, das mit einem Teile seiner West- und Nordfront an den an der Juliusstraße gelegenen städtischen Spielplatz grenzt. Der Herr möchte auf seinem Grundstücke sein Werkstattsgebäude vergrößern. Er ist aber in einer

schwierigen Lage, weil der auszuführende Anbau der vorhandenen Werkstätte einen nicht unerheblichen Teil Tageslicht entziehen würde. Vermeiden ließe sich dieser Uebelstand, wenn der Anbau um 1—1½ m nach Westen verschoben wird, was aber nur angängig ist, wenn die Stadt von dem angrenzenden Spielplatz ihm eine Fläche von etwa 13 qm abtritt. Er richtet deshalb das Ersuchen an die städtischen Behörden, ihm dieses Terrain tauschweise gegen einen ihm gehörigen schmalen Zipfel von etwa gleicher Größe, der zur Erweiterung des Spielplatzes benutzt werden könne, zu überlassen. Der Stadtmagistrat steht der Sache günstig gegenüber. Er jagt sich: Wir wollen einem Industriellen in seinem Erwerbe hier helfen, und die Baukommission ist dem beigetreten. Bedingung für den Austausch ist, daß der Tischlermeister Schöppe die sämtlichen Kosten, die daraus entstehen, trägt. — Nun ist aber der Mann in der Lage, auch der Stadt eine Gefälligkeit zu erweisen. Die Stadt hat aller Voraussicht nach Schwierigkeiten, den Spielplatz an der Juliusstraße entwässern zu können, weil das Terrain an der Juliusstraße 3—4 m höher liegt als an der Hedwigstraße. Der Spielplatz fällt stark ab bis auf die Höhe der Hedwigstraße, so daß das ganze Wasser von dem über 1 Morgen großen Spielplatz sich an der Ostseite des Platzes sammelt und die benachbarten Grundstücksinhaber belästigt, weshalb diese schon wegen Abhilfe an die Stadt herangetreten sind. Herr Schöppe will der Stadt gestatten, daß sie über sein Grundstück einen Kanal legt, um das Wasser abzuleiten. Es waren zuerst Bedenken aufgetreten, ob er ohne weiteres diese Zusage geben könnte, ohne die Einwilligung der Hypothekgläubiger einzuholen. Ich selbst habe mit dem 2. Hypothekgläubiger gesprochen, er hat nichts dagegen einzuwenden. Die erste Hypothek hat die Katharinenkirche. An der Spitze der Verwaltung dieser Gelder steht der Herr Oberbürgermeister. Es wird auch da nicht schwierig sein, die Genehmigung einzuholen. Herr Schöppe ist einverstanden, daß die Berechtigung der Stadt, betr. die Entwässerung des Spielplatzes über sein Grundstück hinweg, als dingliche Last eingetragen wird.

Die Baukommission empfiehlt, dem Antrage des Magistrats gemäß zu beschließen unter der Bedingung, daß p. Schöppe die Legung des Entwässerungskanal über sein Grundstück gestattet, falls die städtische Bauverwaltung dieses für wünschenswert hält.

Herr Bürgermeister Meyer: Nach den von mir eingezogenen Erkundigungen ist es sehr wünschenswert, die Möglichkeit der Entwässerung nach der Hedwigstraße hin zu bekommen.

Dem Austausch der Grundstücke mit der angegebenen Bedingung wird von der Versammlung zugestimmt.

## X. Erwerb eines Grundstücks zum Ausbau der Verbindungsstraße - zwischen Helmstedter- und Hochstraße.

Wenn der projektierten Verbindungsstraße zwischen Helmstedterstraße und Hochstraße die durch den Ortsbauplan vorgeschriebene Lage gegeben werden soll, so ist — nach dem vor einigen Monaten erfolgten stadtseitigen Ankaufe des vormalig Hildebrandtschen Grundstücks — zu ihrer Ausgestaltung nur noch der Erwerb von etwa 30 qm des benachbarten Howaldtschen Grundstücks erforderlich. Da die Ausführung indessen die Niederlegung der auf dem Grundstück befindlichen, bei der Landesbrandkasse mit 39 100 *M* versicherten Baulichkeiten fordert und obendrein den Nachteil bringt, daß östlich der Straße eine etwa 120 qm große Teilfläche des städtischen Grundstücks liegen bleibt, welche infolge ihrer Form zu einer selbständigen Bebauung ungeeignet, und wegen der sie belastenden Straßenbaukosten auch schwer verkäuflich ist, so liegt es auf der Hand, daß das Unternehmen trotz der nur zu 10 000 *M* überschläglich berechneten Bau- und Nebenkosten verhältnismäßig recht teuer werden wird.

Eine Kalkulation gibt folgendes Bild:

### 1. Ausgabe:

a) Vormalig Hildebrandtsches Grundstück in Größe von 17 a 64 qm . . . . .	67 500 <i>M</i> ,
b) 30 qm vom Howaldtschen Grundstück pro qm 30 <i>M</i> =	900 "
c) Straßenbaukosten . . . . .	10 000 "
	Summe 78 400 <i>M</i> ,

### 2. Einnahme:

a) 650 qm Straßenterrain . . . . .	— "
b) östliche Restfläche 120 qm pro qm 10 <i>M</i> =	1 200 "
c) westliche Restfläche 994 qm pro qm 30 <i>M</i> =	29 820 "
	Summe 31 020 <i>M</i> .

Nach Aufrechnung verbleibt eine Ausgabe von 47 380 *M*.

Die Höhe dieser Summe in Verbindung mit dem Wunsche, die in den eventuell abzubrechenden Gebäuden enthaltenen Werte zu erhalten, drängen dahin, für die Straßenführung eine andere günstigere Lösung zu suchen. Der Stadtmagistrat ist in diesem Bestreben einer schon vor mehr als 2 Jahren gegebenen Anregung des Stein- und Fallerlebertor-Bezirksvereins näher getreten, wonach die Straße in ihrem südlichen Teile um etwa 10 m östlich verschoben und dann in einer Krümmung zwischen den vormalig Hildebrandtschen und den Howaldtschen Wohnhäusern hindurch der Hochstraße zugeführt werden soll. Der Straße diese Lage zu geben, hat allerdings den Nachteil, daß vom

Howaldtschen Grundstücke nicht nur 30, sondern etwa 350 qm erworben werden müssen, es ermöglicht aber die angestrebte Erhaltung des vormal's Hildebrand'schen Wohnhauses. Die vom Magistrat mit den Eigentümern des Howaldtschen Grundstückes wegen Ankaufs jener 350 qm angeknüpften Verhandlungen haben jedoch nicht den erhofften Erfolg gehabt: sie haben den Verkauf der für den Straßenbau erforderlichen Fläche abgelehnt, sich dagegen bereit erklärt, das ganze 12 a 90 qm große Grundstück zum Preise von 50 000 *M* an die Stadt zu verkaufen. Bei dieser Sachlage, und da ein Zwangsenteignungsverfahren nicht angezeigt erscheint, ipist sich die Prüfung der Angelegenheit auf die Frage zu: Wie stellen sich die Kosten, wenn die Straße in der angegebenen Weise verschoben und das ganze Howaldtsche Grundstück angekauft wird?

Für die Beantwortung dürfte die nachstehende Kalkulation von Bedeutung sein:

#### 1. Ausgabe:

a) Vormal's Hildebrand'sches Grundstück . . . . .	67 500 <i>M</i> ,
b) Howaldtsches Grundstück . . . . .	50 000 "
c) Straßenbaukosten . . . . .	10 000 "
	<hr/>
	Summe 127 500 <i>M</i> ,

#### 2. Einnahme:

a) 700 qm Straßenterrain . . . . .	— "
b) 600 qm des vormal's Hildebrand'schen Grundstückes, à 30 <i>M</i> mit dem Wohnhause (Brandkassentwert (38 000 <i>M</i> ) = . . . . .	43 500 "
c) 800 qm Restfläche desjenigen Grundstücks, à 30 <i>M</i> = .	24 000 "
d) 340 qm des Howaldtschen Grundstücks, à 25 <i>M</i> mit dem Wohnhause (Brandkassentwert 15 600 <i>M</i> ) . . . . .	24 000 "
e) 600 qm des Howaldtschen Grundstücks, à 20 <i>M</i> mit Werkstatt (Brandkassentwert 22 200 <i>M</i> ) = . . . . .	16 000 "
	<hr/>
	Summe 107 500 <i>M</i> .

Die Gegenüberstellung von Einnahme und Ausgabe ergibt eine Mehrausgabe von nur 20 000 *M*.

Die beiden Ermittlungen weichen in ihrem Ergebnisse um 27 380 *M* voneinander ab, und dieser Unterschied spricht zugunsten des letztbehandelten Projekts eine so beredte Sprache, daß nach Dafürhalten des Stadtmagistrats ein Zweifel darüber, welches Projekt den Vorzug verdient, nicht mehr bestehen kann. Um die Erledigung einfacher und in ihrem finanziellen Endeffekte sicherer zu gestalten, hatte der Magistrat mit verschiedenen Bauunternehmern über den Verkauf der besprochenen beiden Grundstücke abzüglich der für die projektierte

Straße erforderlichen Flächen verhandelt; doch waren dieselben nicht geneigt, die vorhandenen Wohnhäuser mitzuübernehmen und sind an dieser Weigerung die Verhandlungen gescheitert. Das hat indessen den Magistrat nicht abgehalten, den für richtig erkannten Weg weiter zu verfolgen und das Howaldtsche Grundstück, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten, zu dem uns angemessen erscheinenden Preise von 50 000 *M* anzukaufen. Er hat sich dabei mit von der Annahme leiten lassen, daß bei der gegenwärtigen Lage des hiesigen Grundstücksmarktes in Verbindung mit der regen Nachfrage nach Wohnungen, der Wiederverkauf der Wohnhäuser und der daneben gelegenen Baupläze unschwer gelingen wird. So richtet denn der Stadtmagistrat an die Stadtverordneten das Ersuchen, zuzustimmen, daß

1. der Ortsbauplan in der vorbezeichneten Weise geändert, und
2. das Howaldtsche Grundstück auf Grund des vorläufigen notariellen Vertrages von der Stadt zu Lasten des Extraordinariums zum Preise von 50 000 *M* erworben wird.

Herr Magistratsmitglied Dr. K o n e g e n: Die Baukommission hat sich eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Durch die Ihnen zugegangene Zusage des Stadtmagistrats sind Sie alle genau orientiert und durch das rechnerische Resultat ist Ihnen klar vor Augen geführt, daß die Stadt sich bedeutend günstiger bei diesem Projekte steht, als wenn wir das frühere Projekt mit der geraden Straße beibehalten. Die Kommission hat sich für den Antrag des Magistrats ausgesprochen und bittet Sie, demselben zuzustimmen.

Herr Bürgermeister M e y e r: Ich möchte den Antrag des Magistrats noch um einen ergänzen, indem ich bitte: die geehrten Herren möchten sich damit einverstanden erklären, daß der neue Straßenzug zur Ortsstraße erklärt wird. Sonst müßten wir noch einmal eine besondere Vorlage bringen.

Die Magistratsvorlage mit der vom Herrn Bürgermeister gewünschten Ergänzung wird angenommen.

## XI. Verwilligung von Mitteln zur Errichtung eines Denksteins im Prinz-Albrecht-Park.

Von hiesigen Einwohnern ist eine Geldsammlung veranstaltet, um im Prinz-Albrecht-Park einen Denkstein aufzustellen, der mit einer an den Schöpfer des Parkes erinnernden Inschrift versehen werden soll. Die aufgebrauchten Mittel genügen, um einen erratischen Block an einem der Parkwege aufzustellen, womit Herzogliche General-Hofintendantur einverstanden ist.

Im Laufe der Verhandlungen über die Ausgestaltung des Erinnerungszeichens ist auch die Frage erörtert, ob nicht die Aufstellung einer größeren Gruppe von Felsblöcken zu erreichen sei, und es ist dabei insbesondere auf eine als Naturdenkmal anzusprechende Felsgruppe hingewiesen, die sich im fiskalischen Forstorte Huthberg bei Herzburg findet und deren unentgeltliche Abtretung von Herzoglicher Kammer, Direktion der Forsten, in entgegenkommender Weise zugestanden ist. Diese Gruppe könnte an einer hervorragenden Stelle des Parkes, nämlich an der Ostseite des runden Spielplatzes am östlichen Ende der Husarenstraße Aufstellung finden, und würde hier dem Parke zur besonderen Zierde gereichen.

Es ist nun angeregt, die Aufstellung dieser Gruppe unter Aufwendung von etwa 10 500 *M* dadurch zu ermöglichen, daß zu den durch Sammlung beschafften Mitteln (rund 2800 *M*) die Stadt einen Zuschuß leistet.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß dieser Ansicht entsprochen werden kann. Der Prinz-Albrecht-Park, wenngleich zurzeit zum Gebiet von Riddagshausen gehörig, ist eine Schöpfung zugunsten der Stadt Braunschweig, die für ihre gesamte Einwohnerschaft in gesundheitlicher Beziehung von höchster Bedeutung ist. Die Stadt ist für diese hochherzige Gabe, deren dauernder Bestand keinem Zweifel unterliegt, dem verstorbenen ersten Regenten des Herzogtums zu tiefem Dank verpflichtet und erfüllt — wie der Magistrat schreibt — eine wohl von keiner Seite zu bestreitende Ehrenpflicht, wenn sie ihrem Dank durch die Aufstellung eines an den Schöpfer des Parkes erinnernden, zwar einfachen, aber würdigen Denksteins Ausdruck verleiht. Der Denkstein selbst aber dürfte in seiner naturwüchsigen Gestalt besonders dann, wenn die ihn umgebenden Bäume erst größer geworden sind, eine Zierde für den betreffenden Parkteil werden, die diesem einen besonderen Reiz verleiht.

Bei der Schwierigkeit der Beförderung und dem Wiederaufbau der schweren Felsblöcke ist eine jede Ueberschreitung ausschließende genaue Kostenermittlung im voraus nicht möglich, doch hofft der Magistrat, daß der mit 10 500 *M* abschließende Kostenanschlag nicht überschritten wird, und ersucht die Stadtverordneten, zu den Kosten der Aufstellung der Felsgruppe im Prinz-Albrecht-Park die Summe von 10 500 *M* — 2800 *M* = 7700 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds zu bewilligen.

Herr Löschigk erstattet namens der Finanzkommission über die Vorlage Bericht, macht auf das im Saale ausgestellte Bild und zwei Photographien der fraglichen Felsgruppe aufmerksam und schließt: Die Finanzkommission hat sich mit dieser Sache beschäftigt und die Majorität der Kommission gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Herr Lübbe: Meine Herren! Wer vorurteilslos die Wirksamkeit des verstorbenen Regenten betrachtet, wird nur sagen können, daß der Regent Prinz Albrecht der Stadt Braunschweig unendlich große Dienste geleistet hat. Nicht allein die Schaffung des Prinz-Albrechts-Parks, auch die Erhaltung der alten Burg Dankwarderode und die würdige Ausgestaltung unseres Domes sind seiner Initiative zuzuschreiben und teilweise aus seinen Mitteln bestritten. Er war von Geburt und von Gesinnung ein Fürst. Da so die Stadt eine große Dankeschuld abzutragen hat, so können wir alle nur mit Freuden zustimmen, daß endlich dem Regenten ein Denkmal errichtet werden soll. Mir will nur scheinen, daß die Form, die für dieses Denkmal gewählt werden soll, nicht ganz dem entspricht, was man bei Errichtung eines Denkmals sonst anzustreben hat, daß nämlich die Form des Denkmals dem Wesen des damit zu Ehrenden einigermaßen entsprechen muß. Einen rohen, unbehauenen Stein setzten die Volkskrieger ihrem Fürsten zur Zeit des Bronzezeitalters. Darüber sind wir längst hinaus; in neuerer Zeit pflegt man andere Denkmäler zu setzen. Man ist der verstorbenen Regent nicht regierender Landesfürst, nicht Herzog des Landes gewesen. Deshalb glaube ich auch, daß es verkehrt sein würde, wenn die Braunschweiger ihn in seiner Eigenschaft als Schlachtenleiter ehren würden und ihm ein Reiterdenkmal setzten. Unbehauene Steine als Denkmal würden wohl für Männer wie der Turnvater Rahn in seiner Volkstümlichkeit oder für einen Bismarck in seiner titanenhaften Größe, wenn die Steine groß genug gewählt werden, angebracht sein, aber nicht für diesen kunstfinnigen Fürsten. Wer den verstorbenen Regenten näher gekannt hat, der weiß, daß er ein Kunstkenner war, ein feinsinniger Kunstverständiger Herr. Ich meine, daß es angebracht ist, ihm ein seiner Natur würdiges Denkmal zu setzen, und daß wir als Stadtvertretung eine entsprechende Form für das Denkmal wählen müssen. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen, daß wir bereit sind, die nötigen Mittel zu bewilligen, aber den Magistrat ersuchen, eine mehr künstlerische Form, die mehr dem Wesen dieses Fürsten entspricht, zu finden. Mir schwebt in Gedanken ein Denkmal vor, wie es Friedrich Wilhelm III. im Tiergarten zu Berlin aufgestellt ist, in Form einer Denkfäule oder wie das Lessing- und das Büchtemann-Denkmal, nur muß die Idee anders aufgefaßt werden. Das wäre eine würdige Ehrung für den Schöpfer des Parks. Die Stadt kann sehr wohl aus allgemeinem Kunstinteresse derartige Aufwendungen machen und dem Prinz-Albrecht-Park würde es nicht zum Schaden sein, wenn dort einmal ein Kunstgegenstand aufgestellt würde und ihm damit eine höhere Weihe gegeben wird. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen, für den Prinzen Albrecht als dem Schützer der Kunst in Braunschweig ein wirklich künstlerisch ausgeführtes Denkmal zu setzen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Der Magistrat kann verschiedene von den Ausführungen des Herrn Stadtverordneten Lübke nur mit Freuden begrüßen. Auch wir erkennen ohne weiteres an, daß die Stadt dem verstorbenen Regenten zu hohem Danke verpflichtet ist. Aber ich muß doch offen bekennen, daß ich gegen den Antrag Lübke schwere Bedenken habe. Auf dem Gebiete der Kunst wird es dem Magistrat überhaupt schwer, mit Herrn Stadtverordneten Lübke einer Meinung zu sein. Ich fürchte, wenn Sie diesen Antrag annehmen sollten, wird so bald das Denkmal nicht zur Ausführung kommen. (Sehr richtig!) Auf eins mache ich noch aufmerksam: Unser Standpunkt ist insofern von dem des Herrn Professor Lübke grundsätzlich verschieden, als wir es nicht als Aufgabe der Stadt ansehen können, dem Regenten als solchem ein Denkmal zu setzen. Wenn jemand dazu berufen ist, so ist es nicht die Stadt, sondern das Land Braunschweig. Vielleicht wird von zuständiger Stelle darauf zurückgegriffen und später darüber verhandelt werden. Wenn jetzt die Stadt vorgehen wollte und sagen würde: Wir wollen ein dem verstorbenen Regenten würdiges Denkmal bauen, so wäre das für uns etwas voreilig; da sollte die Stadt warten, ob nicht ein Landesdenkmal errichtet wird. Wir haben nichts weiter im Auge gehabt, als ein Erinnerungszeichen an den Schöpfer dieses Parks aufzustellen. Obgleich uns auch andere Projekte vorlagen, waren wir in dem vorläufig eingesetzten Ausschuß durchweg der Ansicht — bis auf eine Stimme —, daß ein Naturdenkmal in solchem Falle das allerrichtigste sei. Es soll, dem einfachen Sinne des verstorbenen Regenten entsprechend, ein einfaches Denkmal errichtet werden, und wir haben dabei den Wunsch, eine Gruppe zu wählen, die auch dem Parke zur Zierde gereicht. Das kann der Herr Stadtverordnete Lübke nicht bestreiten, daß derartige Denkmäler, wie sie die Natur in verschiedenen Wäldern geschaffen hat, der Umgebung einen gewissen Reiz verleihen. Leider habe ich in der Kommission gehört, daß manche der Herren anderer Ansicht waren. Das ist immer so; über den Geschmack ist nicht zu streiten. Jedenfalls glaube ich, die Sache würde nur erschwert, wenn Sie dem Antrage des Herrn Professor Lübke folgen sollten, und dem Magistrat liegt daran, daß diese Sache, die schon lange gelegen hat, nicht noch weiter verzögert wird. Ich möchte bitten, den weitergehenden Antrag fallen zu lassen.

Herr R i e k e: Meine Herren! Ich stehe genau auf dem gegenteiligen Standpunkte und muß insofern dem Magistrat und dem Herrn Oberbürgermeister entgegentreten, als ich meine, daß wir gar keine Verpflichtung haben, dem Prinzen Albrecht ein Denkmal zu setzen. Ich verstehe wenig von Heraldik und Byzantinismus, und gegen den letzteren Vorwurf würde ich mich ganz entschieden verwahren. Wenn die Rede ist von Dankbarkeit, die wir dem verstorbe-



nen Prinzen Albrecht schuldig sind, so gilt auch für mich die Regel: Man soll über Tote nur Gutes reden. Wenn aber die Sache mit Erbauung der Burg Dankwarderode begründet wird, so muß ich sagen: Ich wünschte, und viele andere mit mir, daß sie seinerzeit nicht dorthin gekommen wäre, wo sie uns jetzt in den Weg gestellt ist, sondern daß sie sehr schön einen Platz im Rußberge gefunden hätte und dadurch die Entwicklung der Stadt besser vor sich gegangen wäre. Wenn es sich darum handelt, daß wir unsere Dankbarkeit zeigen sollen, daß der Prinz Albrecht sein Geld für die Schaffung des Parks verpulvert hat, so meine ich: nichts ist leichter als das, wenn man eine so hohe Zivilliste erhält. Wir bezahlen hier dafür, daß wir regiert werden, pro Kopf 2,56 *M*, in Preußen bezahlte man bis jetzt, vor der Zulage, 50 *§* pro Kopf. Da ist nichts leichter, als das Geld, das gezahlt wird, zum großen Teil wieder hier zu lassen. Wie war die Sache überhaupt damals, als es sich darum handelte, die Straßenbahn in die Kastanienallee hineinzulegen. Da mußte im Interesse des Regenten nach Einsprache der Hofhaltung, die Straßenbahn den großen Umweg machen und die Linie keineswegs zweckmäßig angelegt werden. Als unsrerseits der Antrag gestellt wurde, am Hoftheater eine notwendige Bedürfnisanstalt herzurichten, auch für Frauen, da wurde die Ablehnung damit begründet, daß nicht an den Prinzen Albrecht herangegangen werden könnte, daß er ein größeres Stück des Herzoglichen Parks dafür hergebe. Ich führe das an, um damit zu beweisen, daß es nicht angebracht ist, dem Prinzen Albrecht ein Denkmal zu setzen. Ich wundere mich nur, daß in der Begründung nicht auch noch darauf hingewiesen wird, daß es notwendig ist, das Denkmal zu setzen im Interesse des Fremdenverkehrs. In der Beziehung wäre etwas anderes nötig. Um diese Summe, die für das Denkmal nötig wird und die sich auf 10 000 *M* beläuft, aufzubringen, sollten sich die reichen Leute bemühen, die den Gedanken des Denkmals aufgebracht haben. Aber da heißt es: das kann die Behörde leicht machen. Das ist der Weisheit letzter Schluß, daß das, was aus freiwilligen Sammlungen nicht zusammenkommt, auf diese Weise aus dem allgemeinen Säckel herauszunehmen ist. Viel besser wäre es, wenn wir die Mittel für die Entwicklung der Stadt in anderer Beziehung anwendeten, wo es groß not tut, z. B. für den Bahnhof, oder wenn man am Magnitore eine Bedürfnisanstalt anlegen wollte. Da könnte ich noch Duzende von Dingen anführen. — Ich stehe auf dem Standpunkte, diese Summe nicht bewilligen zu können. Ich bin kein Byzantiner, sondern Republikaner und muß bedenken, daß die größte Zahl meiner Wähler größere und andere Dinge notwendig hat.

Herr Löschigk: Ich habe bedauert, daß Herr Stadtverordneter Lübke in die Debatte eingegriffen hat. Ich habe geglaubt, wir würden diese Sache schnell

erledigen. Wenn ich geahnt hätte, daß erst noch die Künstler an diese Vorlage herangehen würden, dann wäre ich auch in der Finanzkommission, wo ich in der Minorität geblieben bin, anderer Ansicht gewesen. Denn ich bin dort entgegenge-setzter Ansicht gewesen als jetzt. Die Mittel sind zum Teil da, und ich erkenne an, daß wir dem verstorbenen Regenten zu Dank verpflichtet sind. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß es ihm ein Leichtes gewesen wäre, das Geld, das er für Schaffung des Parkes — wie Herr Rieke sagt — verpulvert hat, für seine eigenen Interessen zu verbrauchen. Wie der Magistrat richtig schreibt, soll es nur ein einfacher Gedenkstein sein, der errichtet wird. Wenn nun gesagt ist, daß die Denkmalsfreunde, die mit den gesammelten Geldern nicht auskommen, die für den Denkstein nötigen Mittel jetzt von der Stadt zu erlangen trachten, so ist es in der Finanzkommission klargelegt, daß, wenn der Mensch auch sonst nicht muß, er in diesem Falle einmal müssen muß, wenn er sich einmal engagiert hat. Wenn ich sonst im großen ganzen der Sache auch abhold bin, so stelle ich mich, da mir die Gründe in der Finanzkommission klargelegt sind, auf den Standpunkt, daß ich heute für die Mittel stimmen werde. Nicht, weil ich sage: es ist notwendig, aber weil ich die Ueberzeugung habe, daß es, wie auch der Herr Oberbürgermeister schon gesagt hat, wünschenswert ist, daß die Sache erledigt wird. Ich stimme Herrn Rieke bei: Wenn solche Herren, die viel Geld haben, die Sache in Angriff nehmen, so sollten sie sie auch selber ausführen. Aber die Sache ist nun einmal so weit gediehen, und im Interesse unserer Stadt liegt es, jetzt die fehlenden Mittel zu bewilligen, um Unzuträglichkeiten zu vermeiden, die sonst entstehen könnten. Allerdings stehe ich auf dem Standpunkte, daß wir keinen Anlaß haben, Entgegenkommen für den Prinz-Albrecht-Park zu zeigen, da er dem Lande Braunschweig gehört. Dafür müssen die Vertreter des Landes sorgen, die in ihrer Mehrzahl für städtische Zwecke nie etwas übrig haben, wie wir bei den Bewilligungen für die Feuerwehr gesehen haben. Dennoch stehe ich auf dem Standpunkte, daß die Gründe, die in der Finanzkommission für die Gewährung des Zuschusses gesprochen haben, jetzt auch die meinigen geworden sind.

Herr Lübbe: Wer mich näher kennt, wird mich nicht in dem Verdacht haben, daß ich Byzantiner sei, und wenn ich hier das Wort ergreife, so geschieht es nicht aus der gekennzeichneten Gesinnung heraus, sondern in Rücksicht auf die Kunstinteressen, die ich kraft meines Berufes wahrzunehmen habe, auch wenn ich mich mit dem Magistrat nicht in Uebereinstimmung befinde. Ich glaube nicht, daß wir der Aufstellung eines Landesdenkmals vorgreifen würden, wenn wir ein einfaches, in künstlerischen Formen ausgebildetes Figurendenkmal im Prinz-Albrecht-Park setzten. Bei diesen bescheidenen Formen künstlerischer

Ausführung würde ein großes monumentales Landesdenkmal nicht überflüssig werden. Ich möchte nochmals bitten, nicht die Form des rohen, unbehauenen Steins zu wählen, die wohl für einen Helden, aber nicht für einen kunstsinnigen Fürsten paßt, der in seiner Charaktereigenschaft vornehme Zurückhaltung zeigte und mit roher Naturkraft nichts gemein hatte. Städte wie Braunschweig, die über einen großen Etat verfügen, haben — das läßt sich nicht bestreiten — auch die Pflicht, hier und da für Kunst und Kunstwerke etwas auszugeben. Wenn wir nun zur Förderung der Kunst und zur Beschäftigung der Künstler ein Denkmal in den gewünschten bescheidenen Formen aufstellen, so ist das kein weggeworfenes Geld. Ich habe den Antrag eingebracht, daß die Stadtverordneten den Magistrat ersuchen möchten, dieses Denkmal in künstlerischer Form ausführen zu lassen. Falls mein Antrag abgelehnt werden sollte, so liegt mir fern, gegen ein einfaches Denkmal Stimmung machen zu wollen. Ich halte es für sehr notwendig, daß die Stadt ihre Dankbarkeit zu erkennen gibt, so daß mir ein Denkmal in jeder Form angenehmer wäre als keines, aber ein künstlerisch ausgeführtes wäre das richtigere.

Herr S a s p e r: Herr Löschigt hat mich überrascht. Als er als Referent in der Kommission auftrat, und seine Gründe anführte, weshalb er gegen Gewährung des Zuschusses sei, hatte ich eine gewisse Achtung für ihn, als er aber heute seine zweite Rede hielt und nun erklärt, aus gewissen taktischen Gründen müsse er seine sachlichen Bedenken fallen lassen, da habe ich ihn nicht verstanden, und am allerwenigsten hat er damit der Sache, der er zu dienen vorgibt, einen Dienst getan. Diesen Standpunkt, auf den sich Herr Löschigt mit der Mehrheit der Finanzkommission stellt, nimmt Herr Löschigt, das will ich ihm zur Ehre sagen, nicht aus sich selbst heraus ein, sondern belehrt durch die Mehrheit der Finanzkommission. Um die Sache ins rechte Licht zu rücken, habe ich, nachdem Herr Löschigt die Wandlung seiner Ansicht und die Motive seiner Wandlung preisgegeben hat, das Wort ergriffen. Er sagt: Ich bin jetzt dafür, um Nachteile abzuwenden. Nichts von Dankbarkeit, nichts von Achtung, nichts von Anerkennung, nichts von Kunstfreude, nichts von sonstigen Interessen! Ich tue es, um Nachteile abzuwenden! Von wem fürchten Sie Nachteile, wenn Sie diese Vorlage nicht bewilligen? Sagen Sie das doch gerade heraus, von welcher Stelle aus das kommt! In Grund und Boden haben Sie die Stelle doch nicht zu suchen. Ich glaube nicht, daß Sie von Grund und Boden Nachteile zu erwarten haben, daß man Ihnen Vorwürfe machen wird, wenn Sie diese Mittel nicht bewilligen. Sie suchen dem gegenwärtigen Träger der höchsten Staatsgewalt nicht zu nahe zu kommen! Sie meinen, daß daraus der Stadt irgendwelche Nachteile erwachsen

könnten! Wenn das nicht die richtige Deutung Ihrer Worte ist, dann sagen Sie, welches die richtige Deutung ist! Ist es die richtige, so ist das eine nette Kennzeichnung des ganzen monarchischen Denkmälersezens. Um hier Vorteile zu gewinnen, aus Krämergeist macht man das, was man Monarchenverehrung heißt, und nachher gibt man vor, ein Akt der Dankbarkeit sei es, den man erfüllt hat! Das bedarf doch wohl ins richtige Licht gesetzt zu werden. Es ist gut, daß das hier so deutlich gesagt wurde.

Herrn Lübke stehe ich in gewissem Umfange recht nahe. Auch ich kann künstlerisch diesem geplanten Entwurf keinen Geschmack abgewinnen. Es würde mir nicht ansprechen, selbst wenn es einem Manne gesetzt werden sollte, den ich höher achte als den früheren Regenten dieses Landes, weil in der Art und Weise in diesem Park dies künstlich aufgehäufte Steinwerk doch auf Kunst sehr wenig Anspruch machen kann. Aber wenn Herr Lübke nur vom künstlerischen Standpunkte aus Kritik anlegt, dann verstehe ich nicht, wie er dann den Schluß folgern kann: Besser ein unkünstlerisches Denkmal als gar keins. Er scheint doch den Vorwurf des Herrn Rieke mehr zu verdienen; die Kunst kommt ihm in zweiter Linie, die Gunst von gewisser anderer Stelle steht dem Künstler höher, sonst müßte dies ein Grund für ihn sein, die ganze Vorlage abzulehnen.

Im übrigen schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Rieke an und möchte nur noch unterstreichen die Art und Weise, wie diese Vorlage zustande gekommen ist, daß die Monarchenfreunde und diejenigen, die an sich gut gestellt sind und ihren Liebhabereien und ihren Auffassungen sehr wohl freien Spielraum geben könnten, daß die nicht einmal diese verhältnismäßig nicht allzuhohe Summe für ein Denkmal haben aufbringen können, und dann ohne weiteres die Stadt einspringen und Mittel bewilligen soll, während die Mehrheit dieser Versammlung das Eintreten der Stadt für nützlichere Zwecke, wie für Speisung armer Kinder, für die Arbeitslosenfrage, abgelehnt hat aus Mangel an Mitteln.

Vorjickender: Ich habe Herrn Stadtverordneten Jasper aussprechen lassen, muß aber einzelnes aus seiner Rede monieren. Er hat gesagt, daß der Herr Stadtverordnete Löschnig „vorgibt“, der Stadt zu dienen. Es ist bei uns nie Sitte gewesen, zu sagen, daß ein Mitglied der Versammlung etwas „vorgibt“, daß seine Worte mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Sodann hat Herr Stadtverordneter Jasper von dem „Krämergeist“ derjenigen gesprochen, die das Denkmal setzen wollen. Ich habe nicht recht begriffen, wer das sein soll. Sollte die Bemerkung auf uns gehen, so muß ich sie zurückweisen. Ich halte es nicht für wünschenswert, daß man derartige persönliche Schärfen in die Versammlung hineinträgt.

Herr Ribbentrop: Ich muß dem Herrn Stadtv. Lübke entgegentreten. Der unbehauene Stein als Denkmal ist sehr gebräuchlich. Ich erinnere an das Denkmal, das dem Kaiser Wilhelm auf dem Schlachtfelde bei St. Privat bei Mogador gesetzt ist, und ich kenne noch verschiedene andere solche Denkmäler, die auf mich einen sehr guten Eindruck gemacht haben. Herrn Riefe erwidere ich: Die Pflicht der Dankbarkeit kommt zu dem Byzantiner und dem Republikaner. Wer ihr nicht nachkommt, schädigt sich selbst in seinem Ansehen. Ueber die einfache Sache ist schon viel zu viel gesprochen. Ich möchte Schluß der Debatte beantragen.

Herr Meyerhoff: Lassen Sie uns doch ruhig über den Punkt aussprechen. Warum jede weitere Unterhaltung darüber töten? Es ist jedenfalls gut, wenn sich die Versammlung über den Gegenstand gründlich äußert.

In der Abstimmung wird der Schluß der Debatte angenommen.

Vorsitzender: Der Antrag des Herrn Stadtv. Lübke ist schriftlich eingereicht und lautet:

„Die Stadtverordneten ersuchen den Magistrat, das dem verstorbenen Regenten zu errichtende Denkmal in einer künstlerischen Form auszuführen, und bewilligen die für die Vorbereitungen erforderlichen Mittel.“

Das ist eigentlich ein Antrag, über den wir ohne jede weitere Beratung kaum abstimmen können. Wenn ich nicht annehmen würde, daß er abgelehnt wird, so würde ich ihn jedenfalls nicht zur Abstimmung zulassen. Wer der Sache folgen will, müßte heute gegen den Antrag der Kommission stimmen und einen neuen Antrag einbringen, der diese neue Idee zur Unterlage eines ganz neuen Antrages macht.

Herr Lübke: Ich kann nicht einsehen, daß mein Antrag, der mit zur Debatte stand und enge Fühlung mit dem Antrage der Kommission hat, nicht zur Abstimmung gebracht werden kann. Es handelt sich doch nur darum, die Mittel für die Vorbereitung der Aufstellung eines künstlerischen Denkmals zu bewilligen.

Herr Leue: Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, über den Antrag abstimmen zu lassen. Ich glaube, daß das ungefährlich ist.

Herr Sander: Es handelt sich doch auch um die Mittel, die aus der Sammlung aufgebracht sind und die hier mit hinzugezogen werden sollen. Darüber können wir hier doch nicht entscheiden, ob diejenigen, die zu der Sammlung beigetragen haben, mit Herrn Lübke einverstanden sind.

**Vorsitzender:** Ich bin ganz der Ansicht des Herrn Leue, daß sich keine Mehrheit für den Antrag Lübbe finden wird. Wenn dieser Antrag angenommen wird, so ist damit der Antrag der Kommission gefallen.

In der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Lübbe abgelehnt, der Kommissionsantrag mit 21 Stimmen angenommen.

**Herr Löschigk** (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich möchte Herrn Kollegen Jasper auf seine Angriffe erwidern, daß ich tief bedauern muß, daß er auf diese Weise in öffentlicher Sitzung gegen mich vorgegangen ist und Fragen stellt, deren Beantwortung er von mir vorgestern in der Kommission gehört hat. Ich habe in meiner Erwiderung nur gesagt, daß ich mich den Anschauungen der Kommissionsmehrheit jetzt angepaßt hätte. Was Herr Jasper wissen wollte, weiß er aus der Kommissionssitzung. Ich kann nur bedauern, daß Herr Jasper in der Sitzung der Kommission nicht einen Ton zu der Sache gesagt hat und jetzt persönlich gegen mich vorgeht und behauptet, ich habe mich den Anschauungen der Kommission gegen meine Ueberzeugung angeschlossen, weil ich gesagt habe: Ich habe mich aus den in der Kommission geäußerten Gründen den Anschauungen der Majorität angeschlossen. Ich stimme nie gegen meine Ueberzeugung, aber die Gründe, die vorgebracht sind, liegen im Interesse der Stadt, die wir vertreten sollen. Meine politischen Interessen habe ich in meiner Stellungnahme in der Stadtverordnetenversammlung noch nie vertreten. Mit geschäftlichen Gründen hat es nichts zu tun, darum gehe ich weder nach Gmunden noch ins hiesige Schloß. Ich stehe als Mann in hiesiger Stadt so bekannt da, daß jeder weiß, daß ich kein Byzantiner bin. Ich bin aber auch nichts vom Gegenteil, sondern stehe auf bürgerlichem Standpunkte, wie jeder mir das nachfühlen kann.

## **XII. Anderweite Regelung der Hundehaltung im Nachtwachdienste.**

Seit dem 1. Januar 1909 ist ein Abkommen der Stadt mit Herzoglicher Polizeidirektion in Kraft, wonach sich letztere verpflichtet hat, dafür zu sorgen, daß bis auf weiteres 18 brauchbare Hunde während der Dauer des Dienstes der städtischen Wächter zur Verfügung gestellt werden. Bei dem Abkommen ist davon ausgegangen, daß Staat und Stadt gleichen Wert auf die Haltung von Wachhunden legen und zu gleichen Teilen an der Aufbringung der Kosten beteiligt sein sollen. Diese Auffassung wird auch heute noch von der Herzoglichen Polizeidirektion wie vom Magistrate festgehalten. Die Herzogliche Polizeidirektion ist aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß es, statt auf einen einzigen Unternehmer (bisher Polizeiiinspektor a. D. Bussenius) wegen Haltung geeigneter Hunde angewiesen zu sein, in Zukunft ratsamer sein werde, mit einer Reihe städtischer Wächter, die dazu bereit sind, die Haltung und Ausbildung von

Hunden auf deren eigene Kosten gegen entsprechende Vergütung zu vereinbaren. Erst wenn die Brauchbarkeit eines Hundes in einer Prüfung nachgewiesen ist, soll dieser Hund zum Dienstgebrauch zugelassen werden, und erst von diesem Zeitpunkte ab wird dem Wächter, der der Eigentümer ist und bleibt, eine Vergütung gewährt, deren Bemessung sich im übrigen nach den bisherigen Grundsätzen richten wird (Stadtzuschuß jährlich 36 *M* für den Hund, 12 *M* für dessen Führung). Die für das Abholen und Zurückbringen der Hunde gezahlten Beträge fallen in Zukunft fort. Gleichwohl ist es ratsam, die hierfür aufgewandten 180 *M* jährlich auch künftig auszuwerfen, um den Wächtern für besonders gut ausgebildete Hunde oder für hervorragende Leistungen der Hunde im Dienste Belohnungen zukommen zu lassen.

Herzogliche Polizeidirektion beabsichtigt, das Vertragsverhältnis mit dem Polizeiinspektor a. D. Bussenius zum 1. Juli 1911 zu lösen und nach der Lösung die Neueinrichtung der Hundehaltung an die Stelle treten zu lassen. In der Uebergangszeit, deren Dauer sich im Voraus nicht genau bestimmen läßt, wird die Einstellung von 9 Hunden (für jeden Polizeibezirk einer) genügen; allmählich soll aber die Zahl verstärkt werden bis der bisherige Bestand von 18 erreicht ist. — Für das neue Abkommen mit Herzoglicher Polizeidirektion schlägt der Magistrat wieder halbjährige Kündbarkeit zum Vierteljahrsersten vor.

Die neue Vereinbarung bietet nach Ansicht des Stadtmagistrats den Vorteil, daß die Hundehaltung besser als bisher überwacht, daß der einzelne Wächter, der sich daran beteiligt, für die Beschaffenheit des Hundes verantwortlich gemacht und daß die Ergänzung nach Bedarf leichter veranlaßt werden kann, ohne daß Mehrkosten daraus erwachsen.

Der Stadtmagistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß mit der Herzoglichen Polizeidirektion das vorgeschlagene Abkommen wegen der Hundehaltung geschlossen wird.

Herr Deue erstattet über die Vorlage Bericht und fährt fort: Wir haben uns in der Finanzkommission eingehend mit dieser Sache beschäftigt. Es sind dort auch Stimmen laut geworden, die Bedenken dagegen hatten, ob es richtig sei, ein solches Abkommen zu treffen, aber die Mehrheit ist doch zu dem Beschluß gekommen, daß dagegen nichts einzuwenden sei. Es wurde auch darüber gesprochen, daß die Anzahl von vorläufig nur 9 Hunden zu niedrig sei und eine Verschlechterung gegen den jetzigen Zustand bedeute. Darauf ist vom Magistrat erwidert, daß binnen ganz kurzer Zeit die Zahl der Hunde wieder auf 18 gelangen würde. Die Finanzkommission gibt Ihnen nun anheim, sich mit der Veränderung des Vertrages einverstanden zu erklären, soweit nicht eine dauernde Verringerung der Hundezahl und eine Erhöhung der Kosten damit verbunden

ist. Im übrigen will die Kommission die Festsetzung der Einzelheiten dieses Vertrages dem Magistrat überlassen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich halte die Wünsche, die die Kommission durch den Mund des Herrn Berichterstatters zur Sprache gebracht hat, für voll berechtigt und darf in Aussicht stellen, daß seitens des Magistrats bei den Verhandlungen mit der Herzogl. Polizeidirektion darauf hingewirkt wird, daß der volle Bestand von 18 Wachtunden beibehalten wird. Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß die Sicherheit in der Stadt durch die Verwendung der Wachtunde wesentlich gefördert wird.

Herr Bues: Auch ich begrüße den Wunsch, eine Aenderung in dem jetzigen Zustand herbeizuführen, mit Freude. Auch wenn wir in der ersten Zeit nur 9 Hunde haben sollten, dann werden wir ihrem Werte nach doch doppelt so viel haben als jetzt. Der jetzige Zustand war unhaltbar, die Hunde scheinen auch in letzter Zeit nicht mehr so viel zu leisten als früher. In Hamburg, Magdeburg, Düsseldorf und andern Städten hat man die Einrichtung getroffen, daß die Wächter die Hunde, die ihnen zur Begleitung dienen, selber ziehen, und daß die Hunde, wenn durch eine Prüfung nachgewiesen ist, daß sie gut sind, in den Besitz der Stadt übergehen. Dies wird aber erst erreicht durch eine dreimalige Prüfung. Dadurch, daß diese Städte Prämien für Hunde aussetzen, die sich in diesen Prüfungen auszeichnen, erreicht man, daß diese Städte nur gute Hunde haben. Auf alle Fälle ist die vorgeschlagene Neuerung ganz bestimmt dem vorzuziehen, was wir bis jetzt gehabt haben.

Herr Ackenhause: Ich möchte anfragen, ob nicht darauf Bedacht genommen werden kann, daß die Hunde abgerichtet werden, die Spuren zu verfolgen, wenn ein Verbrechen geschehen ist, wie das früher auch der Fall gewesen ist. Der Hund „Harras“ aus Braunschweig ist doch dadurch geradezu berühmt geworden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Daß dem Wunsche des Herrn Ackenhause Rechnung getragen werden soll, geht schon daraus hervor, daß das Gemeinschaftsverhältnis zwischen Stadtmagistrat und Polizeidirektion, wonach jeder Teil die Hälfte der Kosten trägt, aufrecht erhalten werden soll. Daraus ergibt sich ohne weiteres die Zweckbestimmung der Hunde. Der Stadtmagistrat hat Interesse an der sichern Bewachung der Stadt, und die Herzogliche Polizeidirektion bedarf der Hunde für die Kriminalpolizei und die Justizpflege. In geeigneten Fällen wird ganz nach dem Wunsche des Herrn Ackenhause verfahren



werden, und wir hoffen, daß die Wächterhunde ähnliche gute Erfolge zeigen werden, wie sie hie und da auch in andern Orten beobachtet sind.

Herr Kleinfnecht: Bei der Gelegenheit möchte ich die Anfrage stellen, ob wir überhaupt noch solche Polizeihunde haben, wie wir sie früher besessen hatten, nämlich der Sorte des früheren „Harras“. Mir ist aufgefallen, daß damals, als der Diebstahl im Vaterländischen Museum passiert war, von einer Verfolgung des Verbrechers durch einen Hund gar nichts bekannt geworden ist. Ob es geschehen oder unterlassen ist, weiß ich ja nicht, jedenfalls aber wäre es sehr wünschenswert, wo Braunschweig in dieser Beziehung seinerzeit vorgegangen ist, daß wir in Zukunft nicht zurückstehen. Es ist bekannt geworden, daß der „Harras“ nach Rußland geschickt ist. Falls wir also solche Hunde nicht mehr haben, so frage ich an, ob es nicht möglich wäre, solche Hunde wieder zu beschaffen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Hund, auf den Herr Stadtv. Kleinfnecht hinweist, war nicht unser Hund, sondern gehörte dem Polizeiinspektor Bussenius. Der Vertrag mit dem Herrn soll aber gerade zum 1. Juli gelöst werden, damit wir in Zukunft in sicherer Weise die Haltung der besten Hunde und ihre Verwendung für derartige Zwecke in die Hand bekommen. Wir haben die Hoffnung, daß auf diese Weise in Zukunft die Hundehaltung verbessert wird, die nach der Äußerung der Herzogl. Polizeidirektion in letzter Zeit nicht auf der Höhe gewesen ist.

Herr Akenhausen: Dazu möchte ich noch bemerken: Als vor etwa einem halben Jahre in Triangel eingebrochen war, setzten sich die Betroffenen telephonisch mit Herrn Polizeiinspektor Bussenius in Verbindung. Auf die versprochene Zusendung eines Spürhundes haben sie aber vergeblich gewartet, Herr Bussenius hat gar keinen Hund geschickt. (Heiterkeit.)

Vorsitzender: Das spricht für unsere Vorlage.

Die Versammlung nimmt den Antrag der Finanzkommission an.

### XIII. Nächtliche Bewachung des städtischen Museums.

Die in jüngster Zeit wiederholt vorgekommenen Einbrüche in Museen haben Anlaß gegeben, die beim Städtischen Museum vorhandenen Sicherungen zum Schutz gegen Einbruch einer Nachprüfung zu unterziehen. Der Stadtmagistrat ist mit der Museumsdeputation der Ansicht, daß eine gewisse Unsicherheit dadurch gegeben ist, daß es trotz der größten Aufmerksamkeit des Hausmeisters möglich

ist, daß jemand über Nacht sich im Hause einschließen läßt. Der daraus für die Museumschätze erwachsenden Gefahr kann wirksam dadurch vorgebeugt werden, daß nachts in den Sammlungsräumen des Museums sich ein Wärter mit einem wachsamem Hunde aufhält. Der Wärter würde nicht die Museumsräume andauernd oder auch nur in bestimmten Zeitabschnitten zu durchwandern, sondern sich in denselben nur in Wachbereitschaft aufzuhalten haben. Als geeigneter Raum dafür ist die Garderobe neben dem Haupteingange anzusehen, in welchem ein tagsüber zu verdeckendes Kastenbett aufgestellt werden kann.

Es werden dadurch einmalige Kosten für die Anschaffung des Kastenbetts und des Hundes, andauernde für die Entlohnung des Wächters (300 *M*) und die Fütterung des Hundes (100 *M* jährlich) erwachsen.

Der Stadtmagistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen: sich mit der erforderlichen Einrichtung einverstanden zu erklären und die erforderlichen Mittel zu Lasten des Kap. IV des ordentlichen Etats zur Verfügung zu stellen.

Herr *Leue* erstattet namens der Finanzkommission Bericht über die Vorlage und führt weiter aus: Der Mann, der nachts zur Bewachung des Museums anwesend sein soll, soll der Heizer sein, der jetzt schon im Museum beschäftigt wird. Er würde die Verpflichtung haben, abends das Museum mit dem Hunde abzupatrouillieren und so zunächst festzustellen, daß sich niemand eingeschlichen hat. Für einen etwa erforderlichen Fall würde der Mann nachts sofort zur Hand sein. Die Kommission hat sich mit der Angelegenheit eingehend beschäftigt und besonders ihr Augenmerk darauf gerichtet, ob nicht in erster Linie für die Münzsammlung eine größere Sicherheit dadurch geschaffen werden solle, daß ein besonderer Aufseher während der Besuchszeit dort anwesend sei. Mit dem Vorlage des Magistrats hat sich die Finanzkommission vollständig einverstanden erklärt, ist aber noch einen Schritt weiter gegangen, da sie glaubt, daß für die Sicherung unserer wertvollen Münzsammlung noch mehr geschehen müsse, und schlägt vor, daß dem Magistrat anheimgegeben werden möchte, noch weitere Maßnahmen zur Sicherung der Museumschätze in Erwägung zu ziehen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

#### **XIV. Ausbau der Cellerstraße zwischen Neustadttring und Landeseisenbahn.**

Herr *Frühling*: Im Juni 1908 haben die Stadtverordneten den Ausbau der Cellerstraße auf der fraglichen Strecke bereits im Prinzip genehmigt. Mit der Vorlegung des Projekts hat der Stadtmagistrat absichtlich gezögert, um erst die Verhandlungen über die Hinzulegung eines Teiles der Delfer Feldmark zum Bezirke der Stadt zum Abschluß kommen zu lassen. Das endgültige Projekt

ist hier im Saale ausgestellt. Es ist ein westlicher Fußweg von 4 m Breite vorgesehen, daneben ein Reitweg von  $2\frac{1}{2}$  m Breite, ein Fahrweg von  $10\frac{1}{2}$  m und ein östlicher Fußweg von 5 m Breite. Neben der Fahrbahn soll eine 70 cm breite, aus Schladensteinen herzustellende Gasse angelegt werden, welche gleichzeitig als Radfahrweg dienen soll. Der Reitweg erhält eine Kiesfüllung und die Fahrbahn soll in Kleinpflaster auf chauffierter Unterlage ausgeführt werden. Die Fußwege sollen mit je einer Baumreihe in Baumabständen von 11 m bepflanzt werden. Die Kosten betragen: für Grunderwerb 14 500 *M.*, für den Straßenbau 84 000 *M.*, zusammen 98 500 *M.* Infolge der neuen Quereinteilung und Aenderung der Höhen muß das vorhandene Straßenbahngleis verschoben werden, und zwar derart, daß nach der beabsichtigten Verlegung eines zweiten Straßenbahngleises zu beiden Seiten des Straßenkörpers eine für andere Fuhrwerke nutzbare Fahrbahnbreite von je 3 m verbleibt. Die Kosten der Gleisverlegung und der Abpflasterung des Bahnkörpers mit Großpflaster trägt die Straßenbahnbahngesellschaft, die Stadt gibt ihr einen Zuschuß in Höhe der Hälfte der Kosten, welche die Stadt aufzuwenden haben würde, wenn die fragliche Straßenfläche mit Kleinpflaster zu befestigen wäre.

Der voraussichtliche Einheitsbetrag für das laufende Meter Frontlänge ist 93,50 *M.*

Die Baukommission empfiehlt Ihnen Bewilligung der Vorlage, zumal die Herstellung des Weges sehr zweckmäßig ist. Auch den Wünschen der Herren Reiter ist hier Rechnung getragen. Vielleicht wird es einzelnen Herren aus der Versammlung auffallen, daß einige größere dreieckige Plätze bei dem Projekte ausgetrennt werden. Das soll jetzt mehrfach geschehen, um die Möglichkeit zu schaffen, dort eine Anschlagssäule aufzustellen oder Bedürfnisanstalten einzurichten, auch könnten Wartehallen oder kleine Läden dort Platz finden und so das Straßenbild in angenehmer Weise unterbrochen werden. Auch dem stimmt die Baukommission zu und empfiehlt Annahme des Projekts und Bewilligung der Kosten.

Herr *Eckhardt*: Ich danke dem Stadtmagistrat dafür, daß bei Neuanlage von Straßen den Wünschen der Reiter und Reitportfreunde entgegengekommen ist.

Herr *Sander*: Ich bin mit der Anlegung eines Reitweges einverstanden, aber nicht damit, daß für die Radfahrer nur eine Gasse mit 3 Reihen Steinen hingepflastert werden soll. Wer selbst Radfahrer ist, der weiß, daß diese sogenannten Radfahrerecken eine gewisse Gefahr in sich bergen. Sobald man auf dem schmalen Wege mit dem Pedal zu nahe an die Bordsteine kommt, gerät man in Gefahr zu stürzen. Es wäre wünschenswert, daß für die vielen Tausende von

Radfahrern, die die Cellerstraße benutzen, etwas mehr geschieht. Eine gewisse Gefahr ist bei dem starken Fuhrwerkverkehr auf der Cellerstraße auch vorhanden, wenn der Radfahrerweg ganz in den Fahrweg einbezogen wird. Wenn die großen Frickschen Wagen oder die Autoomnibusse kommen, weiß der Radfahrer vor Angst nicht, wohin er soll. Wenn noch etwas an dem Projekte zu ändern möglich ist, bitte ich, auf die Radfahrer etwas mehr Rücksicht zu nehmen, denn wenn jetzt die Straße neu befestigt wird, ist in absehbarer Zeit nicht daran zu denken, daß eine Aenderung gemacht wird. Die Anlage auf der Hamburgerstraße bietet für die Radfahrer eine große Annehmlichkeit, etwas Ähnliches würde auch beim Ausbau der Cellerstraße erwünscht sein.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist nicht möglich, allen Wünschen gerecht zu werden. Vor allen Dingen ist bei dieser Straße, die keine übermäßige Breite hat, die Konkurrenz des Reitweges mit dem Radfahrerwege vorhanden. Die Frage hat uns bereits beschäftigt. Der Magistrat ist vorsichtig genug gewesen, der Stadtverordnetenversammlung ein Vorprojekt vorzulegen, und die Herren haben damals grundsätzlich die Querteilung der Straße, wie sie heute projektiert ist, angenommen. Auf Grund dieses Beschlusses der Stadtverordneten ist das heutige endgültige Projekt Ihnen vorgelegt. Taktisch würde ich es nicht für richtig halten, wenn Sie den Beschluß, den Sie vor einem Vierteljahre gefaßt haben, mit Rücksicht auf die vorgetragenen Wünsche wieder über den Haufen werfen. Damals ist beschlossen worden, den Reitern einmal entgegenzukommen. Um gleichzeitig einen Radfahrerweg anzulegen, dazu reicht die Straßenbreite nicht aus. Ich empfehle Ihnen, die Vorlage anzunehmen, wie sie heute ausgearbeitet ist.

Herr Fröhling: Ich muß hinzufügen, daß es sich nicht etwa nur um 3 Steine handelt, sondern daß der Radfahrerweg in einer Breite von 70 cm vorgesehen ist, die für die Radfahrer wohl ausreicht. Im übrigen sind die Gründe maßgebend, die der Herr Bürgermeister ausgeführt hat.

Der Ausbau der fraglichen Strecke der Cellerstraße nach dem vorgelegten Projekt wird genehmigt und die nötigen Mittel bewilligt.

## **XV. Aufnahme einer in nördlicher Fortsetzung des Hagenrings nach dem Bienroderwege führenden Parallelstraße zum Büldenweg in den Ortsbauplan.**

Die städtische Bauverwaltung hat darauf hingewiesen, daß, nachdem die städtischen Behörden die Breite des Bienroderweges auf 22 m festgesetzt hätten, zwischen diesem und dem im wesentlichen mit dem gleichen Verkehr belasteten,

aber nur 16 m breiten Bültentwege ein Mißverhältnis entstanden sei, das zweckmäßig dadurch auszugleichen sei, daß in nördlicher Fortsetzung des Hagenringes eine zur Aufnahme des Verkehrs der östlichen Außenstadt nach dem Wienroderwege geeignete Parallelstraße zum Bültentwege geschaffen werde. Der Stadtmagistrat stimmt dieser Auffassung zu und auch der im Entwurf festgesetzten Lage und Breite der neuen Straße. Die Aufnahme dieser Straße übt naturgemäß auf das von ihr berührte Netz projektierter Straßen starken Einfluß aus, so daß Änderungen an demselben unvermeidlich sind. Diese sind in der von der städtischen Bauverwaltung empfohlenen Weise in einen den Stadtverordneten vorgelegten Plan eingetragen. Der Stadtmagistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, der Aufnahme der zuerst genannten Straße, sowie den hierdurch bedingten Änderungen zuzustimmen, jedoch mit der Beschränkung, daß, soweit nicht die neue Parallelstraße in Frage kommt, das östlich des Ersten Längen Ramps belegene Gebiet einstweilen außer Betracht bleibt.

Herr Fr ü h l i n g: Die neue Anlage hat viele Vorteile vor dem früheren Projekt, das in sehr schematischer Weise das Terrain aufgeteilt hat. Die Baukommission kann daher die Sache nur empfehlen. Aufgefallen ist, daß an verschiedenen Stellen Erweiterungen dieser Straße stattfinden sollen, die früher nicht üblich waren. Dadurch soll einmal das Straßenbild verschönert werden, dann aber auch Platz gewonnen werden, um vielleicht eine Anschlagsäule oder einen Brunnen aufzustellen, oder auch um kleine Anlagen zu machen, so daß das Auge nicht immer auf das enge Straßenbild angewiesen ist. Die Baukommission hat dem zugestimmt und empfiehlt auch, daß derartige Rücksichten beim Ausbau der Straße genommen werden.

Die Magistratsvorlage wird genehmigt.

## XVI. Ausbau der verlängerten Bammelsburgerstraße sowie der Straßen 235—236.

Der Stadtmagistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen: 1. das den Herren zugänglich gemachte Projekt über den Ausbau der projektierten Straßen 240 und 241 (verlängerte Bammelsburgerstraße) und 235—236 (Verbindungsstraße zwischen Pestalozzi- und Reichenbergstraße) zu genehmigen und die Kosten zu Lasten des Extraordinariums zu verwilligen, 2. sich damit einverstanden zu erklären, daß die gesamten Straßenzüge zu Ortsstraßen erklärt werden, und daß für die Straßen 240—241 die offene Bauweise vorgeschrieben wird.

Die Straßen sollen eine Breite von 14 m erhalten, die Fahrbahn mit Kleinpflaster auf chauffierter Unterlage befestigt werden und die Fußwege mit einem

Zementplattenbelag von 1,80 m Breite versehen werden. Die Grunderwerbskosten betragen 65 500 *M*, die Straßenbaukosten 57 500 *M*, der Einheitsbeitrag der Anlieger 162,50 *M* für jedes Meter Frontlänge. Die Kosten der Kanalisierung der verlängerten Bammelsburgerstraße, soweit diese noch auszuführen ist, werden sich auf 4200 *M*, und die der Kanalisierung der Straßen Nr. 235 bis 236 auf 5800 *M* belaufen.

Herr K i e f e: Die städtische Bauverwaltung weist am Schlusse ihres Berichtes darauf hin, daß zurzeit fast gar keine Arbeitsgelegenheit, soweit Straßen- und Kanalbauarbeiten in Frage kommen, mehr vorliegt, und bittet daher, die nötigen Mittel möglichst bald zur Verfügung zu stellen. Diesem Wunsche möchte ich mich anschließen und auch den Magistrat ersuchen, dem Bedürfnis nach Arbeitsgelegenheit baldmöglichst Rechnung zu tragen.

Die Baukommission hat die Sache geprüft und gibt Genehmigung der Vorlage anheim.

Die Magistratsvorlage gelangt zur Annahme.

## **XVII. Erwerb und Verkauf von Flächen zum Ausbau der Straßen 240—241 und 235—236.**

Herr P u f f: Die Magistratsvorlage, den Ausbau der Straßenzüge 240 bis 241 und 235—236 betr., machte einerseits den Ankauf verschiedener Parzellen notwendig, während andererseits kraft Gesetz der Stadt zugefallene Flächen — es handelt sich in diesem Falle um die Interessentenwege 127 und 128 — für den Verkauf frei wurden. Die Stadt hat diese Käufe resp. Verkäufe mit verschiedenen Kontrahenten in einem notariellen Vertrage festgelegt, ebenso haben die Kontrahenten unter sich Flächen gekauft und verkauft und ausgetauscht. Für die Stadt handelt es sich um den Erwerb von etwa 2800 qm, während ca. 1200 qm veräußert werden konnten. Ein Preis von 15 *M* bzw. 12 *M* pro Quadratmeter wurde für jene Gegend als angemessen betrachtet.

Die Baukommission hat sich mit der Vorlage eingehend beschäftigt und empfiehlt, den notariellen Vertrag zu genehmigen und die nötigen Aufwendungen aus dem Extraordinarium zu bewilligen.

Die Genehmigung der Vorlage durch die Versammlung wird ausgesprochen.

Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 19. Januar 1911.

### Tagesordnung:

I.	Herstellung des Verbindungsweges zwischen Biethenstraße und Kastanien- allee	Seite 345
II.	Anderweitige Befestigung des Amalienplatzes	" 348
III.	Zuschuß zur Unterhaltung einer Auskunfts- und Fürsorgestelle zur Be- kämpfung der Tuberkulose.	" 353
IV.	Wasserzufuhr für das Lichtwerk an der Wilhelmstraße	" 358
V.	Aufnahme der projektierten Straße Nr. 560 in den Ortsbauplan und An- ordnung von Vorgärten für dieselbe	" 359
VI.	Ankauf von Flächen zum Ausbau des nördlichen Teiles der Waterloo- straße	" 359
VII.	Anordnung von Vorgärten für verschiedene Straßen	" 360
VIII.	Bewilligung einer Entschädigung für einen von der Direktion der städti- schen Licht- und Wasserwerke an das Stadtselretariat abgetretenen Geld- schrank	" 366
IX.	Bewilligung von Mitteln für Einführung von Haushaltungsschulen an den mittleren Bürgerschulen	" 367
X.	Errichtung einer Knabenmittelschule	" 369
XI.	Umwandlung der städtischen Mädchenschule in eine Mittelschule	" 389
XII.	Anordnung offener Bauweise für die verlängerte Bammelsburgerstraße.	" 390
XIII.	Instandsetzung des Platzes vor der St. Jakobikirche	" 390
XIV.	Änderung der Fluchtlinie eines Teiles der Schöppenstedterstraße und Verkauf von Straßenterrain derselben Straße.	" 392

XV.	Antrag Frede: Ergänzung der Wohnungsaufsicht in der Richtung der Wohnungspflege . . . . .	Seite 393
XVI.	Antrag Ralms: Einführung von Haushaltungsunterricht an sämtlichen städtischen Mädchenschulen . . . . .	„ 394

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister K e t e m e y e r, Stadträte H e y m a n n, v o n F r a n k e n b e r g, S e e l e, W a g n e r, sowie als Magistrats-Kommissar Herr Schuldirektor Prof. Dr. R e h k u h.

Entschuldigt die Herren B u c h l e r, M e y e r h o f f, R i b b e n t r o p, T o l l e und W e s e m e i e r.

Der V o r s i t z e n d e, Herr H a u s w a l d t, eröffnet die Sitzung 4¼ Uhr und gibt den Einlauf folgender Schreiben bekannt:

Eine Eingabe des „Nationalen Arbeiterausschusses Braunschweig“, betreffend Einführung des obligatorischen Hauswirtschaftsunterrichts in die Schule. — Da ein gleiches Schreiben beim Magistrat eingegangen ist, wird die Eingabe vor der Hand zu den Akten genommen. Dasselbe gilt von dem eingelaufenen Schreiben des „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Ortsgruppe Braunschweig“, das die Bitte enthält, die obligatorische Fortbildungsschule für junge Mädchen im Handelsgewerbe nicht durch öffentliche Mittel zu unterstützen, dagegen die obligatorische Hauswirtschaftsschule durch Ortsstatut einzuführen.

Der Verlag der „Allgemeinen Zeitung“, Chemnitz, schickt einige Exemplare der Zeitung und die Aufforderung, darauf zu abonnieren. Beides liegt auf dem Tisch des Hauses zur Einsicht aus.

Außerhalb der Tagesordnung erhält Herr Stadtrat W a g n e r das Wort zu einer persönlichen Berichtigung und führt aus:

In einer vor einigen Tagen abgehaltenen Versammlung des Wenden- und Petritor-Bezirksvereins sind von verschiedenen Seiten gegen die Beamten unserer Rechtsauskunftsstelle Vorwürfe erhoben, indem angegeben ist, diese Herren wären denjenigen, die unsere Rechtsauskunftsstelle zum Zwecke der Erwerbung des Bürgerrechts in Anspruch genommen hätten, nicht in der Weise entgegengekommen, wie man dies von städtischen Beamten verlangen könne. Ich muß annehmen, daß diese Vorwürfe sich gegen die Rechtsauskunftsstelle gerichtet haben, weil diese nunmehr über zwei Jahre lang die Angelegenheit bearbeitet. Ich habe die betreffenden Beamten befragt und es ist mir von ihnen fest versichert worden, daß ihnen derartige Vorwürfe nicht gemacht werden könnten. Ich



kann nicht umhin, zu erklären, daß nach meiner festen Ueberzeugung die beiden Beamten, die in der Rechtsauskunftsstelle arbeiten, nicht dazu angetan sind, die Handhabe zu solchen Vorwürfen zu bieten. Verschiedene der geehrten Herren werden die beiden Beamten, vielleicht auch aus dem Gernerbegericht, kennen und werden mir beistimmen, daß sie stets in netter und zuvorkommender Weise mit dem Publikum verkehrt haben. Wenn sich die erwähnten Vorwürfe gegen diese Herren richten sollten, so möchte ich das hiermit zurückgewiesen haben.

## 1. Herstellung des Verbindungsweges zwischen Zietzenstraße und Kastanienallee.

Nachdem die im vergangenen Frühjahr von den städtischen Behörden beschlossene Aenderung des Ortsbauplans, wonach die zwischen Zietzenstraße und Kastanienallee projektierte 14 m breite Verbindungsstraße aufgehoben und durch einen 5 m breiten Fußweg ersetzt werden sollte, bestätigt, auch der gleichzeitig beschlossene Ankauf des an der Kastanienallee gelegenen vorm. Wilke'schen Grundstücks von seiten des Herzogl. Staatsministeriums genehmigt ist, erscheint dem Magistrat die alsbaldige Anlage jenes Fußweges im allgemeinen Verkehrsinteresse erwünscht. Die aus der Befestigung und Entwässerung des Weges erwachsenden Kosten sind zu 1680 *M.*, bezw. 260 *M.* ermittelt, die aus dem Abbruch des auf der Wegfläche stehenden Stallgebäudes mit Nebenarbeiten, sowie die aus den Anschlußarbeiten an den Straßenkanal an der Kastanienallee und der Zietzenstraße entstehenden Kosten zu 250 *M.* bezw. 220 *M.* geschätzt.

Der Stadtmagistrat richtet das Ersuchen an die Stadtverordneten, sich mit Vornahme der Arbeiten einverstanden zu erklären und den Gesamtbetrag von 2410 *M.* dafür zu Lasten des Ausgleichsfonds zu bewilligen.

Den Weg zur Ortsstraße zu erklären und darnach die Anlieger zu den Wegebaukosten heranzuziehen, empfiehlt sich um deswillen nicht, weil die Stadt alleiniger Anlieger des Weges ist und deshalb die Beiträge, sei es direkt oder indirekt, doch zu tragen haben würde.

Den Rest des Wilke'schen Grundstücks in städtischem Besitz zu behalten, liegt — soweit nicht durch den Ortsbauplan Flächen zur Verbreiterung der Kastanienallee bestimmt sind — nach Dafürhalten des Stadtmagistrats kein Anlaß vor; er empfiehlt deshalb dessen alsbaldige Veräußerung.

Nördlich sind dem Grundstücke zwei Flächen in Größe von 34 qm bezw. 22 qm vorgelagert, welche die Stadt anlässlich des Ausbaus der Howaldt- und Zietzenstraße erworben hat. Der Stadtmagistrat hält es für zweckmäßig, diese Flächen jetzt gemeinschaftlich mit den anstoßenden Teilen des Wilke'schen Grundstücks zu veräußern. Um die durch Aufhebung der Straße Nr. 47 in der Vor-

gartenordnung nach der Howaldtstraße zu entstehende Lücke auszufüllen, erscheint es dem Magistrat jedoch erwünscht, für die nördliche Front der 22 qm großen Teilfläche zuvor einen Vorgarten in 2 m Tiefe festzusetzen.

Wegen der östlich des neuen Weges liegenbleibenden 120 qm ist der Stadtmagistrat bereits mit dem Verwaltungsrat der angrenzenden „Geschwister Bornemann-Stiftung“ in Verbindung getreten. Dieser hat sich vorbehaltlich der Zustimmung seiner Aufsichtsbehörde bereit erklärt, jene Fläche der Stadt für den Fall abzukufen, daß sich die Stadt mit einem Preise von 10 *M* pro Quadratmeter zufrieden erklärt und dem Stifte zu den Kosten der Neueinfriedigung des Stiftsgrundstücks nach dem Wege hin einen Zuschuß von 100 *M* zahle. Da die Fläche zu einer selbständigen Bebauung nicht zu gebrauchen ist, so hält der Stadtmagistrat den Preis für angemessen und auch gegen den geforderten stadtseitigen — als Teil der Straßenbaukosten zu behandelnden — Zuschuß sei ernstlich nichts zu erinnern, wenn in Betracht gezogen werde, daß das Grundstück eine Tiefe von rund 50 m hat und die neue Einfriedigung unter 12 *M* pro laufenden Meter nicht zu haben sein wird.

Der Stadtmagistrat ersucht nun die Stadtverordneten, zu genehmigen, daß 1. der Ortsbauplan durch Anordnung der angegebenen Vorgärten nach der Biethenstraße zu ergänzt wird, 2. die Restteile des vorm. Wilkeschen Grundstücks, soweit sie nicht zur Verbreiterung der Kastanienallee demnächst Verwendung finden sollen, zum Verkauf gestellt werden, und 3. die östlich des zu schaffenden Weges gelegenen 120 qm unter den angegebenen Bedingungen an die Geschwister Bornemannsche Stiftung verkauft werden.

Herr Frühling erstattet über die Vorlage Bericht, verweist auf den im Saale ausgehängten Plan und führt weiter aus:

Die Hauptsache ist schon durch die früher ausgesprochene Bewilligung der Aufnahme der Straße in den Ortsbauplan genehmigt. Wenn wir die Straße für den Ortsbauplan festlegen, dann müssen wir den Weg auch befestigen. Die Bedenken, die von verschiedenen Seiten gegen die geringe Breite des Weges von 5 m erhoben wurden, sind eigentlich jetzt zu spät gekommen. Die Sache ist in der vorigen Sitzung nicht zur Beratung gekommen, weil diese Bedenken, die seitens der Herren von der Kastanienallee gegen den schmalen Durchbruch erhoben waren, eingehend in der Kommission geprüft werden sollten. Das ist geschehen und der Magistrat hat sich auch bereit finden lassen, die beteiligten Anlieger darüber zu hören, ob sie diesen Weg wünschen oder nicht. Es ist ein großer Teil der Eigentümer und Mieter der Biethenstraße darüber vernommen worden und diese haben sich in ihrem allergrößten Teile für Ausführung des Weges

erklärt. Die Anlieger der Kastanienallee sind natürlich nicht befragt, denn die brauchen die Straße nicht.

Auch über die übrigen Punkte der Vorlage hat die Baukommission eingehend beraten und empfiehlt Ihnen die Annahme der gesamten Vorschläge des Magistrats.

Herr Möhle: Ich habe gegen die Ausführung dieses Verbindungsweges schon in der Kommissionsitzung zu opponieren versucht, weil ich eine Ausführung, wie sie hier geplant ist, ob sie nun krumm oder halb krumm werden wird, nicht für gut halte. Vor allen Dingen kann ich nicht einsehen, daß eine derartige Ausführung zur Verschönerung des Straßenbildes beiträgt. Ich bin in der Kommission unterlegen und verzichte darauf, heute mit der Opposition im Plenum fortzufahren, da ich nicht die Hoffnung habe, damit durchzudringen. Aber eine Anfrage möchte ich mir erlauben: Das Willeke'sche Haus steht hart an der Grenze des Weges und ein demnächstiger Neubau wird ebenfalls hart auf die Grenze des Weges kommen. Dadurch wird das krumme Bild noch schlechter werden als jetzt. Wenn dieses Grundstück verkauft wird, ist es zweifellos, daß das alte Fachwerkhäus fällt und ein moderner Neubau aufgeführt wird. Würde es sich nicht machen lassen, daß wir die Baufluchtlinie für diesen Gang um 1 bis  $1\frac{1}{2}$  m nach Westen hinstücken und dann vielleicht später diesen Weg um  $1\frac{1}{2}$  m verbreitern oder den Anwohnern aufgeben, die  $1\frac{1}{2}$  m als Vorgarten liegen zu lassen? Dadurch würde der Weg ein freundlicheres Ansehen bekommen und jedenfalls, wenn auch in geringem Maße, das nachgebeffert werden, was durch den geraden Weg über das Grundstück veräußert wird.

Herr Ahmann: Ich möchte mich für Durchlegung des Weges erklären, bin aber dagegen, daß wir das Grundstück wieder verkaufen. Heute stehen wir auf dem Standpunkte, daß ein Fußweg genügen wird, ob aber später nicht einmal eine breitere Straße durchgelegt werden muß, wissen wir nicht. Früher haben wir gesagt: es ist zweckmäßig, eine Fahrstraße durchzulegen, später sind wir wieder auf Anlegung eines Fußweges gekommen. Wenn die Stadt Grundstücke besitzt, soll sie sie behalten, um sie in späterer Zeit zweckentsprechend verwerten zu können. Warum einige Anlieger gegen Durchlegung des Weges sind, kann ich nicht einsehen. Wenn er auch den Bewohnern der Kastanienallee keine großen Vorteile bietet, so ist es doch mit den Anliegern der Zietzenstraße eine andere Sache. Das habe ich auch von Anwohnern der Zietzenstraße gehört.

Bei der Gelegenheit möchte ich die Anfrage stellen, ob nicht in bezug auf die Verhältnisse in der sogenannten Voltchentwete eine Besserung vorgenommen werden soll. Die Straße liegt trostlos da, und doch ist sie an beiden Seiten

bebaut. Bei einem früheren Antrage von mir in dieser Richtung ist mir schon entgegengehalten, daß ein öffentliches Interesse daran nicht zu finden wäre und zu freiwilligen Beiträgen für die Instandsetzung hätten sich die Anlieger nicht erklärt. Dennoch muß ich heute wieder sagen: So, wie die Straße dort liegt, ist es ein unangenehmes Ding. Ich bitte, nach der Richtung Erwägungen anzustellen, ob mit dem Zustande nicht einmal aufgeräumt werden soll.

Herr Möhle: Ich halte mich für verpflichtet, hier eine Berichtigung eintreten zu lassen. Es ist falsch, zu sagen: Die Anwohner der Kastanienallee sind gegen Durchlegung der Straße. Die Anwohner der Kastanienallee sind sehr erfreut über diese Verbindung, aber nicht über die Art der Ausführung, weil sie die nicht für schön für die Gegend halten. Eine Verbindung, die mit der Biethenstraße gerade fortlaufend über das Grundstück ginge, würden sie mit Freude begrüßen.

Herr Fröhling: Der Vorschlag des Herrn Möhle, den Plan noch einmal zu ändern und die Straße gerade zu legen, würde der Stadt eine Masse Unkosten verursachen. Da die Stadt der einzige Anlieger ist, fallen die Kosten uns ausschließlich zu. Was den Verkauf des Grundstücks anbetrifft, so bemerke ich, daß es so klein ist, daß wir es nicht verwerten können; deshalb wird der Verkauf angezeigt sein.

Herr Oberbürgermeister Ketschmer: Der Dezernent des Magistrats für die vorliegende Sache ist durch eine Reise zur Besichtigung von Schutzvorrichtungen an Straßenbahnwagen heute behindert, daher nehme ich zu diesem Punkte das Wort. Ich glaube, Herr Ahmann hat sich geirrt. Wir wollen nicht das ganze Grundstück mit dem Hause verkaufen. Es handelt sich heute nur um den Verkauf des östlich dieser Straße liegenden verhältnismäßig kleinen Terrainstreifens. Für den Verkauf des Hauses liegt vorläufig kein Antrag vor. Wenn die Herren der Ansicht sein sollten, das Hausgrundstück zu behalten, dann können Sie demnächst, wenn unser Verkaufsantrag eingebracht sein wird, ihn ablehnen.

Die Vorlage des Magistrats wird angenommen mit Ausnahme des Punktes, daß die Restteile des vorm. Wilkeschen Grundstücks zum Verkauf gestellt werden sollen.

## II. Aenderweite Befestigung des Amalienplatzes.

Um die berechtigten Klagen über die durch den Amalienplatz entstehende Staubbelästigung abzuschneiden, hat die städtische Bauverwaltung vor einigen

Monaten den Platz mit einer Leerschicht überzogen. Sie hat dadurch den beabsichtigten Zweck allerdings erreicht, gleichzeitig aber für die sich auf dem Platze tummelnden Spieler die Gefahr des Ausgleitens und damit der Verletzung erhöht. Dieser letztere Umstand in Verbindung mit der Erwägung, daß es nicht zweifellos erscheint, ob nicht die Stadt für die auf die Leerbefestigung zurückzuführenden Schäden verantwortlich gemacht werden könnte, läßt erkennen, daß auch die Leerbefestigung trotz ihrer Vorzüge nicht einwandfrei ist. Der Stadtmagistrat ist zu der Ansicht gelangt, daß doch noch einmal der Versuch gemacht werden müßte, den Platz, wenn auch zunächst nur zu einem Teile, mit einer widerstandsfähigen Grasdecke zu versehen, die ja unbestritten als beste Befestigung von Spielplätzen angesehen wird. Nach Meinung der städtischen Bauverwaltung, die auch der Stadtmagistrat teilt, wird für die Erhaltung der vorzunehmenden Verasung nur dann Aussicht vorhanden sein, wenn die die Oberfläche des Platzes bildende Sandschicht bis zur Tiefe von mindestens 30 cm entfernt und durch lehmhaltigen, mit Straßenschlamm und Straßenebrüchten zu mischenden Mutterboden ersetzt wird, sowie, wenn die durch Einzäunung zu schützende Versuchsfläche während der Dauer von zwei Jahren dem Spielbetriebe entzogen bleibt. Es ist in Aussicht genommen, zunächst das westliche Drittel des Platzes (etwa 3000 qm) in der bezeichneten Weise umzugestalten.

Der Stadtmagistrat ersucht die Stadtverordneten, sich mit dem beabsichtigten Vorgehen einverstanden zu erklären und die auf 3000 *M* veranschlagten Kosten der Bodenbewegung, sowie die zu 2000 *M* angenommenen Kosten der Einfriedigung (250 lfd. m Front) zu Lasten des Kap. XIV, 6 des ordentlichen Etats zu verwilligen.

Herr **B u s c h** (nach seinem Bericht über die Vorlage): Die Baukommission hat sich in ihrer letzten Sitzung eingehend mit der Materie befaßt und schlägt Ihnen vor, zu dem Magistratsantrage Ihre Genehmigung zu erteilen.

Herr **S a n d e r**: Die Anlieger des Amalienplatzes haben sich recht gefreut, daß endlich die Staubentwicklung dort gehemmt werden soll. Durch das Leeren hat nun der Platz einigermaßen festen Grund erhalten. Ich selbst gehe täglich mehrere Male über den Platz, kann aber nicht sagen, daß er besonders glatt ist; das ist nur bei Glatteis der Fall, sonst ist er nicht glatter als andere Plätze. Ich will zugestehen, daß wenn der Platz mit grünem Rasen bemachsen wäre, das Bild ein freundlicheres wäre und noch weniger Staubentwicklung stattfände als jetzt. Aber ich befürchte, daß sich die Grasnarbe bei dem Spielen nicht lange halten wird. Als ich den Antrag stellte, den Platz neu herzurichten, hatte ich mir auch den Vorschlag erlaubt, dort Rosen zu säen. Darauf wurde mir vom

Magistrat gesagt, das würde keinen Zweck haben, weil durch das Spielen der Platz derart zertreten würde, daß Rasen nicht aufkommen könnte. Nun habe ich die Befürchtung, daß, wenn jetzt die Sache einigermaßen ist, der Rasen bald wieder verschwindet und die Anwohner den alten Belästigungen wieder ausgesetzt sein werden. Ich bin ja zufrieden damit, daß ein Versuch gemacht wird, möchte aber davor warnen, daß wir wieder den alten Zustand bekommen, den wir gehabt haben.

Herr D e u e: Ich kann mich auch nicht für das Besäen des Platzes erwärmen und denke dabei an den Zustand unseres Kleinen Exerzierplatzes. Ich habe dort früher jahrelang gewohnt. Vor 25 Jahren, als der Platz noch wenig zu Spielzwecken benutzt wurde, hatte er eine schöne Grasnarbe, sobald aber die Spiele eingerichtet wurden, verschwand das Gras. Sehen Sie sich einmal jetzt den Kleinen Exerzierplatz an, es ist kaum noch von Gras etwas zu bemerken. Es ist, glaube ich, nicht zweckmäßig, einen für Spielzwecke bestimmten Platz mit Rasen zu versehen. Das erste und zweite Jahr wird der Rasen aushalten, dann kommt wieder der Zustand, wie wir ihn auf dem Kleinen Exerzierplatz haben. Ich weiß nicht, ob die Stadt da zuständig ist, aber auf dem östlichen Teil des Platzes sind die Zustände heillos. Dort bilden sich große Sümpfe, die für die Kinder ja recht hübsch sind, indem sie ihre kleinen Schiffechen darauf fahren lassen können, aber für die Passanten ist es nicht schön. Ich befürchte, wenn wir den Rasen auf dem Amalienplatz anlegen, daß es nur ein Jahr lang und während der Zeit, in der der Platz umzäunt bleibt, sehr schön aussehen wird, wenn aber wieder gespielt wird, der alte ungenügende Zustand wieder eintritt.

Herr K l e i n e c h t: Der Amalienplatz macht uns viele Sorge; jahrelang haben wir darüber gesprochen und sind zu keinem Ziele gekommen. Ich habe mich gefreut, als wir zu dem Zustande des Platzes gekommen waren, wie er jetzt ist. Pflügen bleiben auf dem geteerten Platz wohl einmal stehen, aber nicht lange, und die Kinder können gut darauf laufen. Ich möchte mir die Anfrage gestatten, ob überhaupt Unfälle nach dem Teeren schon vorgekommen sind. Der Boden ist natürlich fester als Rasen, aber doch nicht so hart wie Asphalt und Steine. Wenn bisher keine Beschädigungen der Spieler vorgekommen sind und keine schweren Belästigungen, dann möchte ich dafür sein, daß wir den Platz vorläufig so lassen. Mit dem Säen des Rasens kommen wir doch wohl auf keinen grünen Zweig — oder vielmehr zu keiner grünen Fläche. Wenn die Einzäunung fort ist und das Publikum läuft wieder über den Platz — und das wird nicht ausbleiben — dann ist das Grüne wieder fort.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Was zunächst die Einfriedigung des Platzes betrifft, so waren wir der Ansicht, daß, solange ein regelmäßiger

Fußgängerverkehr sich über den Spielplatz bewegt, in der Richtung dieses Fußgängerverkehrs niemals ein grüner Rasen entstehen kann. Wer die Gegend kennt, wird zugeben, daß es nicht viel verschlägt, ob jemand über den Platz oder um ihn herum geht. Deshalb wollten wir die Einfriedigung nicht aus Latten bestehen lassen, sondern in ähnlicher Weise herrichten, wie am Kalenwall die Oker eingefriedigt ist. Es sollen eiserne Pfosten aufgestellt werden mit eisernen Querriegeln, die das Hinübergehen dauernd verhindern. — Dem, was nun Herr Stadtv. Kleinfnecht über die Befestigung selbst sagt, kann ich nur beistimmen: Dieser Platz, wie alle Spielplätze, machen uns schwere Sorge. Wir sind immer noch nicht dahin gekommen, zu sagen: „Dies ist etwas Gutes.“ Ein Unfall ist tatsächlich nach Leerung des Platzes vorgekommen. Wie in den meisten derartigen Fällen, hat der Magistrat die Kurkosten übernommen, weil immerhin gesagt werden kann, daß der Platz wegen seiner mangelhaften Einrichtung den Unfall indirekt veranlaßt hat. Jedoch ist dies nicht der alleinige Grund für die vorgeschlagene Umänderung des Platzes. Wenn Sie sich den Platz einmal genau ansehen, dann werden Sie finden, daß jetzt schon in der Leerdecke hier und da Röhren entstanden sind, und das ist bei einem derartigen Platz, der im allgemeinen eine harte Decke hat, sehr unangenehm, und je länger diese Leerdecke von spielenden Knaben betreten wird, desto schwerer werden die Schäden auftreten. Wenn man die Leerung der Plätze für angemessen erachtet — und bei den Schulhöfen erachtet sie der Schulvorstand für angemessen — dann wird nichts weiter übrigbleiben, als die Leerung in anderer Weise vorzunehmen. Es gibt ein neues Verfahren, wonach die ganze Befestigung bis zu einer gewissen Tiefe aus Material besteht, das in Leer getränkt ist, so daß sich eine kompakte, etwas federnde Masse bildet, und nicht, wie es hier versuchsweise geschehen ist, nur die Oberfläche mit einem Leerüberzug versehen wird, der natürlich nur solange von Bedeutung ist, wie die obere Schicht hält. Wir werden Ihnen bei Vorlegung des Etats auch einen Antrag des Schulvorstandes zur Kenntnis bringen, die Schulhöfe, wenn dieses neue Verfahren sich bewähren sollte, unter Anwendung sehr erheblicher Mittel aus dem Ausgleichsfonds durchweg so in stand zu setzen. Man könnte nun sagen, wenn die Herren zweifeln, ob der Versuch mit der Berausung des Amalienplatzes gelingt: Mag der Magistrat damit noch warten bis Erfahrungen über die neue Befestigungsart vorliegen! Dann werden wir uns selbstverständlich fügen. Das läßt sich aber nicht bestreiten: Für den eigentlichen Spielbetrieb, wo es manchmal lebhaft und wild hergeht, ist eine derartige Befestigung des Platzes, die hart und glatt ist, nicht angenehm. Es spielt sich ohne Frage am schönsten auf kurz geschnittenem Rasen. Wenn die übrigen Spielplätze, die wir haben, einen guten Rasenüberzug nicht aufweisen, so liegt das nach Ansicht des Magistrats an der Bodenbeschaffenheit unserer

sämtlichen Spielplätze, die ohne Ausnahme in der Oberfläche aus Sand bestehen. Darin kann sich keine Grasnarbe halten. Der Spielplatz an der Eisenbüttelerstraße, der aus Bauschutt besteht, hat sich in seinem Rasenüberzuge viel besser gehalten. Deshalb meinten wir, es wäre des Versuches wert, wenigstens einen Teil des Amalienplatzes in der Weise zu bearbeiten, daß man eine richtige Ackrume oder eine sonstige Kompostmasse hineinbringt und abwartet, ob sich auf solchem Boden der Rasen auch nicht hält. Vielleicht müßte auch eine Mischung des Grassamens mit Steinklee vorgenommen werden, der sich gut hält, auch wenn darauf gegangen wird. Es ist möglich, daß der Versuch nur unter der Voraussetzung gelingt, daß man die Plätze abwechselnd freigibt. Wenn wir, wie es die Absicht des Magistrats und auch Ihre Absicht ist, im Osten der Stadt einen großen Spielplatz schaffen, dann wäre es zu überlegen, ob man nicht in dieser Weise die kleineren Spielplätze behandelt und sozusagen ein Ruhejahr für sie einführt. Die Herren Landwirte machen es ja ebenso. — Ich muß die Entscheidung Ihnen anheimstellen.

Herr Sander: Dieser Spielplatz ist doch eigentlich nicht allein zum Spielen geschaffen, er ist doch auch mit für die Anlieger, überhaupt für die ganzen Bewohner dieses Stadtteils hergerichtet: er bildet gewissermaßen eine Lunge für die Stadt. Daß wir uns ganz und gar nach den Spielern richten sollen, kann ich nicht einsehen. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, daß oftmals die Wogen beim Spiel sehr hoch gehen. Die Beobachtung habe ich auch gemacht, daß es manchmal beim Spiel recht wild hergeht. Da mögen wir nun einen Platz mit Gras oder mit Teerüberzug haben, Unfälle werden doch vorkommen; der Magistrat muß doch bezahlen, selbst bei einem Grasplatz. Denn wie die Spieler sich mitunter gegen die Schienbeine treten, ist nicht mehr schön. Ich befürchte, daß durch die Einfriedigung des Platzes erst recht verursacht wird, daß Unfälle vorkommen. Ich kann mich mit einer Einfriedigung und Absperrung des Platzes nicht befreunden, denn ich halte sie für die Spieler gefährlich. Wenn das Spiel sich nach einer Seite herübergibt, dann sehen die Jungen wenig darnach, ob dort ein Geländer ist und brechen sich leicht die Beine. Mit dem Versuche der Verasung, wie ihn der Herr Oberbürgermeister angeführt hat, kann ich mich einverstanden erklären. Allerdings muß ich sagen, daß nach meiner Meinung der Spielplatz an der Eisenbüttelerstraße nicht so viel benutzt wird wie der hier in Frage stehende, doch entzieht sich das meiner genauen Beurteilung. Wenn es doch der Fall ist, dann muß man anerkennen, daß dort die Grasnarbe sich besser hält. Bedauern würde ich es aber, wenn der Platz zeitweilig gesperrt werden soll.



Herr Mohr: Den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeister möchte ich mich anschließen. Auch ich bin überzeugt: ein Rasenplatz ist und bleibt immer der beste Spielplatz. Ich möchte Sie einmal auf unsern St. Leonhardsplatz aufmerksam machen. In früheren Jahren ist er immer ein Schandfleck gewesen, aber schon seit längeren Jahren hat sich das gebessert. Das, was auf den Straßen zusammengefahren wurde, Lehm und Unrat, wurde am Friedhofe angefahren und nachher für die eine Hälfte des Platzes zum Auftragen verwendet. Trotzdem wohl kein Platz in Braunschweig mehr zum Spielen benutzt wird als der St. Leonhardsplatz, so ist dort die Grasnarbe eine vorzügliche. Ich möchte auch empfehlen, daß wir den Versuch machen und mit dem Amalienplatz in ähnlicher Weise verfahren.

Herr Henking: Ich möchte mich ebenfalls für diese letzte von Herrn Stadtv. Mohr geäußerte Ansicht aussprechen. Wenn wir nach dem Mutterlande der Spiele im Freien hinschauen, so finden wir dafür überall Grasplätze. Die Grasnarbe hält sich dort allerdings bei dem feuchten Klima besser als bei uns. Da müssen wir die Kosten nicht scheuen und ausgiebig sprengen, dann werden wir auch die Grasnarbe besser erhalten. Ich bin dafür, den Amalienplatz versuchsweise in der beschriebenen Weise herrichten zu lassen. Das Weitere wird sich dann finden.

Die anderweitige Befestigung des Amalienplatzes mit Rasen wird in der Abstimmung angenommen, die Einfriedigung jedoch abgelehnt.

### III. Zushuß zur Unterhaltung einer Auskunfts- und Fürsorgestelle zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Am 17. Februar v. J. haben die Stadtverordneten an den Magistrat die Bitte gerichtet, in eine nähere Prüfung der Frage einzutreten, ob sich die Errichtung einer oder mehrerer Auskunfts- und Fürsorgeanstalten zur Bekämpfung der Tuberkulose empfehle, und bejahenden Falls eine entsprechende Vorlage zu machen. Der städtische Gesundheitsausschuß hat in einer gutachtlichen Aeußerung vom 21. Oktober v. J. einstimmig die Errichtung einer solchen Anstalt befristet. Auch der Stadtmagistrat erblickt in der Schaffung dieser Stelle eine vortreffliche, Förderung verdienende Veranstaltung, die von hoher Bedeutung für die Volksgesundheit werden kann. Allerdings hält er es nicht für richtig, die Anstalt als ein städtisches Unternehmen ins Leben zu rufen, weil es außerordentlich schwer sein würde, ihre Aufgabe von der Tätigkeit der städtischen Armenpflege zu trennen, und weil die Berechnung der Kosten, deren Hälfte der Vorstand der hiesigen Landesversicherungsanstalt in dankenswertem Entgegenkommen übernehmen will, bei enger Verbindung mit der Stadtverwal-

tung sich kaum sachgemäß durchführen ließe. Auch in andern Städten, die eine Auskunftsz- und Fürsorgestelle für Lungenfranke besitzen, hat man es vielfach als zweckmäßig erkannt, gemeinnützige Vereine als Träger der Veranstaltung zu bestellen und ihnen einen städtischen Zuschuß zu gewähren. Die Entwicklung und die Wirksamkeit der Stellen an den betr. Orten sprechen für die Nachahmung dieses Vorbildes. Der Vorstand des hiesigen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege hat sich auf Anfrage des Magistrats bereit erklärt, alsbald eine derartige Einrichtung hier zu errichten und zu unterhalten, wenn ihm bis auf weiteres dazu ein Stadtzuschuß von jährlich 1500 *M* gewährt wird. In besonderen Räumen soll ein bestimmter Arzt allwöchentlich einmal oder mehrermale nach Bedarf Sprechstunden abhalten, Rat und Auskunft erteilen, auf die vorhandenen Fürsorgeeinrichtungen, mit denen er in ständiger Fühlung stehen wird, aufmerksam machen und Untersuchungen veranstalten. Er wird durch eine für diesen Dienst vorgebildete Krankenschwester unterstützt werden, die durch Besuche in den Wohnungen der Beteiligten, bei den zuständigen Behörden und sonstigen Stellen, durch Ratschläge und sachkundige Hilfe sich nützlich machen wird. — Die Gesamtkosten der Auskunftsz- und Fürsorgestelle im ersten Jahre ihres Bestehens sind auf etwa 3000 *M* veranschlagt. Der Verein für öffentliche Gesundheitspflege, der aus seinen bescheidenen Mitteln für die erste Einrichtung einen Zuschuß zu leisten bereit ist, rechnet damit, daß die hiesige Stadtgemeinde und der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Braunschweig, wie schon erwähnt, sich in die Betriebskosten teilen werden. Der Magistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, bis auf weiteres mit einem Zuschusse von jährlich 1500 *M* aus der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen sich einverstanden zu erklären.

Herr Löhnefinke: Meine Herren! Die im Februar 1910 von dem Herrn Stadtverordneten Kleinfnecht unter eingehender Begründung gegebene Anregung, auch in unserer Stadt eine oder mehrere Auskunftsz- und Fürsorgeanstalten zur Bekämpfung der Tuberkulose ins Leben zu rufen, fand damals lebhafteste Zustimmung in der Stadtverordnetenversammlung und ist, wie die heute zur Beratung stehende Vorlage des Magistrats zeigt, auch bei diesem auf guten Boden gefallen. Der damalige Antragsteller führte bereits aus, daß die in Stadt und Land zur Zeit zur Anwendung kommenden Abwehrmaßregeln gegen die Tuberkulose, einen der schlimmsten Feinde unserer Volksgesundheit und Volkswohlfahrt, nicht als ausreichend zu bezeichnen seien. Die durch Unterbringung und Verpflegung erkrankter Personen in Lungenheilstätten erwirkte Absonderung von gesunden Familienangehörigen bedeutet gewiß ein beachtenswertes Mittel gegen die Ausbreitung der Tuberkulose, aber ein Mittel von durch-

schlagendem Erfolge ist es nicht. Ein solches liegt vielmehr in einer ausgiebigen Prophylaxe und die Erkenntnis davon hat sich, wie die Statistik zeigt, in der größten Mehrzahl der deutschen Städte auch bereits Durchbruch verschafft. Der Zentralausschuß für Bekämpfung der Tuberkulose ist unermüdlich tätig, diese Erkenntnis in weitere Kreise zu tragen und den Boden für die Errichtung von Fürsorgeanstalten zu bereiten. Der Vorsitzende des Ausschusses Sc. Erzelenz Minister Delbrück und das Württembergische Ministerium des Innern hat in den letzten Jahren wiederholt darauf hingewiesen, daß allein von den polizeilichen Abwehrmaßregeln, als: Meldepflicht bei gewissen Fällen, Desinfektionszwang bei Wohnungswechsel, Todesfällen usw., eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose nicht zu erwarten sei. Solche polizeiliche Maßregeln sind im Königreich Bayern z. B. bereits in Anwendung, haben aber zu dem gewünschten Erfolge, wie man sich denken kann, nicht geführt. Auch der gebildete Laie wird sich sagen, daß in einer sachgemäßen, eingehenden Belehrung zusammenwohnender und in unmittelbarer Berührung miteinander befindlicher erkrankter und gesunder Personen über die beste Art, sich gegen Ansteckungsgefahr zu schützen, das wirksamste Besserungsmittel liegt. Erfahrungsgemäß werden solche Personen, die in der Umgebung eines Tuberkulosekranken in vorgeschrittenem Stadium und mit reichlichem Auswurf zu leben gezwungen sind, am leichtesten durch die Krankheit gefährdet oder von derselben gar befallen. Wie energisch in Deutschland der Krieg gegen die Tuberkulose, diesen schlimmen Volksfeind, geführt wird, ergibt die Tatsache, daß es neben 240 Heilstätten mit 22 000 Betten jetzt 321 Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke in Deutschland gibt außer den badischen Tuberkuloseausschüssen. Diese Zahl ist in fortwährendem Wachsen begriffen und auch die Stadt Braunschweig zeigt jetzt die Absicht, die Zahl mit vermehren zu helfen. (Der Herr Referent berichtet über die in der Magistratsvorlage vorgeschlagene Art der Einrichtung und Tätigkeit der Fürsorgestelle und fährt fort:) Von einer Seite wurde in der Finanzkommission der Wunsch geäußert, daß man diese Institution doch zu einer städtischen machen sollte. Die sich darüber entwickelnde Debatte und Abstimmung ergab aber, daß die Mehrheit der Kommission entgegengesetzter Ansicht war.

Meine Herren! Ich habe mich einmal zu informieren gesucht, in welcher Weise in andern Städten die Prophylaxis ausgeführt wird. Das geschieht z. B. durch eine entsprechende Fürsorge für die Wohnungen, Desinfektion derselben, Untersuchung des Sputums, Unschädlichmachung der Krankheitskeime, Absonderung der Kranken, wenn solches die Verhältnisse zulassen, Belehrung der Kranken über die geeigneten Mittel zum Schutze gesunder Personen, durch Unterstützung mittelloser Kranker, ferner durch Mitwirkung an den Schutzbestrebnungen seitens der Schulärzte und Lehrer in Verbindung mit den Elternhäusern, wodurch schon

im frühen Kindesalter eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose einsetzt und auch mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden kann. Vor allem geschieht die Ausführung der Prophylaxis durch Ueberwachung der ärztlichen Anordnungen in den Familien speziell durch dazu vorgebildete Krankenschwestern. In der Magistratsvorlage ist zwar nicht ausführlich alles dieses betont, was ich eben vorgetragen habe, aber ich habe in der Finanzkommission Gelegenheit genommen, mich bei dem Dezernenten des Magistrats zu informieren, und vernommen, daß die Tätigkeit der Fürsorgeanstalt sich nach allen diesen Richtungen hin entfalten solle. Die Betriebskosten für das erste Jahr sind als durchaus mäßig anzusehen und die Mittel in der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen in ausreichender Weise vorhanden. Ich erlaube mir, im Namen der Finanzkommission Annahme der Vorlage zu empfehlen. Wenn man einen Vergleich mit andern Städten zieht, so kann man konstatieren, daß diese zum Teil ganz erhebliche Summen für den Kampf gegen die Tuberkulose alljährlich verwenden, die vom Magistrat geforderten Mittel sind darnach wirklich nicht bedeutend.

Herr Jasper: Als seinerzeit Herr Stadtv. Kleinknecht die Anregung gab, in dieser Weise vorzugehen, habe ich mich über seine Ausführungen nur freuen können; um so weniger bin ich aber befriedigt von dem, was aus dieser Anregung seitens des Magistrats geworden ist. Ich möchte dem Herrn Referenten darin beistimmen, daß er sagt: Die Mittel sind wirklich nicht bedeutend. Nach den gründlichen Ausführungen des Herrn Stadtv. Kleinknecht, die wohl die Zustimmung der meisten Anwesenden gefunden haben, hätte man mehr erwarten können als eine derartige Kleinigkeit. Ich habe gegen die Vorlage besonders das einzuwenden, daß man wiederum sich nicht entschließen kann, städtischerseits selber die Angelegenheit zu regeln und in die Hand zu nehmen, sondern wieder vorzieht, ein Mittelglied, den Verein für öffentliche Gesundheitspflege, mit dieser Aufgabe zu betrauen und sich abzufinden mit einer „nicht bedeutenden Summe“, wie der Herr Referent sagt. Ich will selbstverständlich damit gegen den Verein für öffentliche Gesundheitspflege nichts Nachteiliges sagen. Aber es läßt sich doch nicht leugnen, daß ein Zusammenarbeiten der verschiedenen berufenen Instanzen viel besser gewährleistet ist, wenn sie näher beieinander im städtischen Betriebe sind, als wenn eine andere Person noch zwischen geschoben wird. Die Erfahrungen, die wir mit solchen Zwischengliedern gemacht haben, sind im allgemeinen nicht besonders glücklich. Ich erinnere die geehrten Herren daran, daß unsere Volkshadearanstalten zu einem guten Teil einem solchen freiwilligen Verein zu verdanken sind und so lange sie lediglich in den Händen des Vereins waren, ein verhältnismäßig beschauliches Dasein führten, sofort aber einen andern Umfang, Ausgestaltung und bessere Wirkung für die An-

gemeinheit annahmen, als reichere städtische Mittel zur Verfügung gestellt werden konnten. Mit diesen zu bewilligenden Mitteln für die Fürsorgestelle wird sich, auch wenn man die von der andern Seite, der Landesversicherungsanstalt, angebotenen hinzuzieht, gegenüber der großen Volkskrankheit, von der besonders die Arbeiterchaft zu leiden hat, nicht viel erreichen lassen. Ich bedauere, daß der Anregung des Herrn Dr. Kleinfnecht, der wir aus vollem Herzen zugestimmt haben, nicht mehr entsprochen werden konnte. Ich will keine weitergehenden Anträge heute stellen. Die Vorlage kann von mir nur begrüßt werden als ein gedeihlicher Anfang zu künftigem Mehr auf diesem Gebiete, das auch von städtischer Seite der Beachtung und Initiative besonders bedarf.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte nicht die Meinung aufkommen lassen, als ob nach Ansicht des Stadtmagistrats es mit den 1500 M., die zu bewilligen Sie heute gebeten werden, in Zukunft getan sein soll, soweit es sich um Bekämpfung der Tuberkulose handelt. Davon kann nicht die Rede sein. Es handelt sich nur darum, eine Mittelsperson zu finden, die die Auskunfts- und Fürsorgestelle übernimmt und die der Träger der verschiedenen Maßregeln bei der ersten Hilfe und bei der Raterteilung sein soll. Dieser Fürsorgestelle wird, wenn sie sich so entwickelt, wie wir von Herzen hoffen, eine sehr dankenswerte Aufgabe auch in der Beziehung zugewiesen sein, daß sie in unzähligen Fällen neue Mittel flüssig machen hilft, um helfend einzugreifen. Es stehen Mittel von Stiftungen, selbstverständlich von der städtischen Armenverwaltung, von Vereinen, Privaten, Krankenkassen, von Versicherungsanstalten, von allen den Trägern der Fürsorge, wie wir sie heute zur Verfügung haben, bereit. Es würde aber nach meiner Ansicht durchaus verfehlt sein, wenn an Stelle dieser mannigfachen Fürsorgeträger plötzlich die Stadt als Inhaberin dieser Fürsorge treten und alle diese anderen so dankenswert und ausgiebig wirkenden Stellen ausschalten wollte. Da wir in der Stadt den Verein für öffentliche Gesundheitspflege haben, der aus der Wohlfahrtskasse schon einen Zuschuß von ein paar hundert Mark bekommt, so wäre es durchaus un Zweckmäßig, wenn man die von ihm dargebotene Hand nicht freudig ergreifen wollte. Ich hoffe, es wird auf diesem Wege etwas sehr Zweckmäßiges erreicht. Das Beispiel, das der Herr Stadtv. Jasper anwandte, indem er auf die Volksbadeanstalten hinweist, scheint mir das Gegenteil von dem zu beweisen, was der Herr ausführte. Die Volksbadeanstalten haben sich zunächst in privater Obhut erfreulich entwickelt, bis die Stadt an Stelle der privaten Verwaltung getreten ist. Im übrigen kann man diese Anstalten durchaus nicht in Parallele stellen mit derartigen Anstalten, die in so mannigfacher Weise für Bedürftige, Kranke, Gebrechliche, Ratbedürftige eingerichtet sind. Ich bitte, die Summe anstandslos zu bewilligen, und hoffe, die

Herren werden binnen wenigen Jahren den Segen erkennen, der in dieser Einrichtung liegt.

Der Zuschuß von jährlich 1500 *M* an den Verein für öffentliche Gesundheitspflege zwecks Unterhaltung der fraglichen Fürsorgestelle wird bewilligt.

Herr Kleinknecht: Im Namen des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege danke ich Ihnen für die ausgesprochene Bewilligung. Ich bin überzeugt, daß durch diese Mittel manches Elend gestillt werden kann, manchem schwer Kranken seine Leidensstage erleichtert und manch unschuldiges kleine Kind vor Krankheit bewahrt werden kann. Die Fürsorgestellen werden uns, so hoffe ich, einen Schritt weiter bringen zu dem Ziele, die Tuberkulose zurückzudrängen und womöglich auszurotten. Wir wollen im Verein für öffentliche Gesundheitspflege mit der Einrichtung der Fürsorgestelle bald vorgehen. Leider treten uns dabei in der Lokalfrage Hindernisse in den Weg. Da möchte ich die geehrten Herren bitten, uns, wenn möglich, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

#### IV. Wasserzufuhr für das Lichtwerk an der Wilhelmstraße.

Herr Frühling: Um dem Lichtwerk an der Wilhelmstraße das für die geplante Vergrößerung erforderliche Wasser zur Dampsentwicklung zuzuführen, soll neben der Gaußbrücke ein Brunnen mit Heberanlage angelegt werden. Die technische Ausführung unterliegt nicht unserer Zustimmung und Begutachtung. Dafür ist allein das Lichtwerk verantwortlich und sie geschieht auch nur auf dessen Kosten. Die Herren müssen aber ihre Zustimmung geben, daß für diese Anlage die städtischen Straßen benutzt werden, namentlich auch ihre Zustimmung für Legung der Heberleitung. Der Magistrat stellt den Antrag, diese Anlage zuzulassen, soweit dabei die Benutzung der städtischen Straßen in Frage kommt. Die Baukommission hat die Sache geprüft und ein Bedenken gefunden. Der Brunnen neben der Gaußbrücke soll verschiedene Siebe und Schieber enthalten. Um diese bedienen zu können, ist ein eisernes Gerüst vorgesehen, auf dem eine Laufstake angebracht ist. Da diese Anlage nur in primitiver Weise projektiert ist, so würde die Ausführung in dieser Weise keinen besonders schönen Anblick gewähren. Die Baukommission empfiehlt, die Genehmigung an die Bedingung zu knüpfen, daß dies Gerüst eine Umkleidung erhält, die in architektonischer Beziehung nicht den guten Eindruck der Brücke stört, und daß dasjenige, was in der Richtung von Seiten des Lichtwerks zu geschehen hat, der Zustimmung der städtischen Bauverwaltung unterliegen soll.

Die Versammlung beschließt dem Antrage der Baukommission gemäß.

## V. Aufnahme der projektierten Straße Nr. 560 in den Ortsbauplan und Anordnung von Vorgärten für dieselbe.

Herr Fr ü h l i n g: Der Architekt Zinkeisen hat bei der Bauverwaltung angefragt, ob es im allgemeinen Interesse und aus Gründen der Aesthetik nicht besser sei, die Straße Nr. 560 in den städtischen Erweiterungsplan wieder aufzunehmen, da sonst das Hinterland hinter den Straßen 537, 538 und 540 zu groß werde, um den Baugrund auszunutzen, und führt noch weitere Gründe für die Wiederaufnahme der bezeichneten Straße in den Ortsbauplan an. Die städtische Bauverwaltung hat diese Gründe anerkannt und empfiehlt, die Verbindungsstraße 560 wieder in den Ortsbauplan aufzunehmen, und zwar in einer Breite von 10 m mit beiderseitigen 3 m breiten Vorgärten. Sie empfiehlt über diese Breite nicht hinauszugehen, damit dort nicht so hohe Häuser errichtet werden können. Der Magistrat erjudt uns, der Aufnahme der Straße in den Ortsbauplan sowie der Anordnung von 3 m breiten Vorgärten an dieser Straße zuzustimmen. Die Baukommission empfiehlt Ihnen Annahme der Vorlage.

Herr S a n d e r: Gegen Anlage der Straße habe ich nichts, aber gegen die geringe Breite möchte ich mich wenden. 10 m ist dafür nicht mehr zeitgemäß, es würde nur eine Gasse entstehen. Wenn 6 m von der Straßenbreite für den Fußweg in Wegfall kommen, dann können sich kaum noch zwei Wagen auf der Fahrbahn ausbiegen. Früher war man immer bestrebt, die Straßen recht breit anzulegen, jetzt scheint das Bestreben aufzukommen, die Straßen schmal zu machen.

Herr Fr ü h l i n g: Diese Bedenken sind auch in der Baukommission gewürdigt und wir sind dort zunächst auch derselben Meinung gewesen wie Herr Stadtv. Sander. Aber mit Rücksicht darauf, daß bei einer breiteren Straße auch eine hohe Bebauung ganz selbstverständlich stattfinden würde und dadurch die Bewohnung des ganzen Viertels eine größere sein würde, sind wir der Meinung gewesen, es bei der vorgeschlagenen Breite zu lassen, zumal die Straße niemals eine Durchgangsstraße werden, sondern immer nur eine Verbindungsstraße bleiben wird. Sie schließt eben nur das Hinterland auf. Ich möchte glauben, daß die Entscheidung der Baukommission richtig gewesen ist, und empfehle, ihr beizutreten.

Der Vorlage wird zugestimmt.

## VI. Ankauf von Flächen zum Ausbau des nördlichen Teiles der Waterloostraße.

Nach dem über den Ausbau dieses Straßenteiles angenommenen Projekt ist der stadtseitige Erwerb von 75, bezw. 74 qm Grabenfläche von der Feldmarkts-

gemeinde Hagen zu dem ihr schon mehrfach gezahlten Preise von 10 *M* pro qm erforderlich. Der Stadtmagistrat ersucht, dem Ankaufe zuzustimmen und die erforderlichen Mittel zu Lasten des Extraordinariums zu verwilligen.

Herr Fröhling befürwortet namens der Baukommission den Ankauf und die Versammlung beschließt demgemäß.

## VII. Anordnung von Vorgärten für verschiedene Straßen.

Herr Frick: Sie werden sich erinnern, daß wir im vergangenen Jahre im Prinzip beschlossen haben, die Anordnung von Vorgärten nicht für das ganze Stadtgebiet auf einmal, sondern allmählich für die verschiedenen Stadtteile vorzunehmen. Nachdem wir nun im vorigen Jahre die Vorgärten im nordwestlichen, nördlichen und nordöstlichen Stadtteile erledigt haben, soll heute die Anordnung der Vorgärten für die südöstliche, südliche und südwestliche Außenstadt erfolgen. Es ist wohl richtig, wenn wir jede Straße einzeln vornehmen. (Zustimmung.)

Vorjirender: Ich bitte den Herrn Referenten, die einzelnen Straßenzüge zu verlesen. Falls sich niemand zum Worte meldet, nehme ich an, daß die Versammlung mit Anlage von Vorgärten auf der betr. Straße einverstanden ist.

Herr Frick verliest mit kurzen Pausen die nachstehend verzeichneten Magistratsvorschläge für Vorgärtenanordnung.

Zsf. Nr.	Blatt	Bezeichnung der Straßen	Straßen- seite	Vorgarten- breite
				m
1	6, 7, 20	<b>Helmstedterstraße</b> von der Adolf- bzw. Parkstraße ab bis zur Feld- marksgrenze (ausschließlich Zentralfriedhof) . . . .	beiderseits	3
2	20	<b>Kautheimerweg</b> von der Helmstedterstraße bis zur Feldmarksgrenze	beiderseits	3
3	7	<b>Elmstraße</b> von der Salzdahlumerstraße bis zum Friedrichs- platz . . . . .	beiderseits	3
4	7	<b>Salzdahlumerstraße</b> von der Spohrstraße bis zur Elmstraße . . . .	Ostseite	3
5	8	<b>Campestraße</b> zwischen Wolfenbütteler- und Salzdahlumerstraße	Südseite	3



Zf. Nr.	Blatt	Bezeichnung der Straßen	Straßen- seite	Vorgarten- breite
				m
6	8	<b>Hennebergstraße</b> vor den Tennisplätzen . . . . .	Südseite	3
7	8	<b>Hennebergstraße</b> an dem Gebäude Verj.-Nr. 3653 . . . . .	Westseite	2
8	8	<b>Obergstraße</b> . . . . .	beiderseits	3
9	8, 23, 38	<b>Wolfenbüttelerstraße</b> von der Campestraße bis zur Feldmarksgrenze . .	Ostseite	3
10	8, 23, 38	<b>Wolfenbüttelerstraße</b> von der Hennebergstraße bis zum Bürgerparke und von der Eisenbüttelerstraße bis zur Feldmarksgrenze	Westseite	3

Herr Bues: Auf der Wolfenbüttelerstraße ist es mit den Vorgärten ein eigenartiges Ding. Der Fußweg gehörte früher zu den Grundstücken und ist bereits von den Besitzern an die Stadt abgetreten. Nun befinden sich unter den Gebäuden dort einige, z. B. das Bäckerhaus an der Ecke der Niedestraße, die durch Anordnung der Vorgärten in eine schwierige Lage kommen können. Wenn durch einen Brand das Haus zerstört würde und beim Wiederaufbau 3 m für einen Vorgarten liegen bleiben müßten, so wäre der Besitzer nicht in der Lage, dort wieder ein Haus hinzustellen, der Bauplatz würde zu klein. Die Wolfenbüttelerstraße ist doch nun aber in einer Breite angelegt wie selten eine im ganzen Stadtgebiet. Bis zum Hofjäger hin sind die früheren Vorgärten bereits als Fußweg von der Straße weggenommen. Wenn jetzt die Vorlage angenommen wird, dann würden außer diesen 3 m für den Weg noch einmal 3 m als Vorgarten den Grundstücken entzogen, die Häuser gegen früher also um 6 m zurückkommen. Dann kann natürlich leicht der Fall eintreten, daß solche Grundstücke nicht wieder neu bebaut werden können. Ich möchte bitten, daß diese Anordnung noch einmal geprüft wird.

Herr Frick: Die Baukommission hat auch diese Sache geprüft, ist aber zu dem Resultat gekommen, die Sache so zu empfehlen, wie von mir verlesen ist. Was den speziellen Fall angeht, den Herr Stadtv. Bues anführt, so ist zu bedenken, daß das Haus im nächsten Jahrhundert noch nicht wieder neu aufgebaut werden wird, es ist ja ein neues Haus.

Herr Lübke: Für eine Straße wie die Wolfenbüttelerstraße ist die durchgängige Anlage von Vorgärten außerordentlich erwünscht. Täglich nehmen

Spaziergänger ihren Weg über diese Straße, um nach dem Parke von Richmond zu kommen. Schon aus städtebaulichen Rücksichten ist es erwünscht, daß Straßen, die zu solchen Parkanlagen, wie wir sie vor dem Augusttore haben, hinführen, in ihrem Charakter auf den Park hinleiten. Dazu sind die Vorgärten bestimmt; gerade zwischen Richmond und der alten Stadt ist dieser Uebergang notwendig. Sonst läge ja keine Notwendigkeit vor, die Straße zu verbreitern. Aber die Straße würde verlieren, wenn sie diesen Vorstadtcharakter einbüßen würde. Ich glaube, daß wir der Kommissionsfassung unter allen Umständen zustimmen müssen.

Herr B u e s: Es ist doch ein Unterschied, ob man eine enge Straße hat oder eine 32 m breite, wie die Wolfenbüttelerstraße. Es ist mir unerfindlich, weshalb hier noch Vorgärten angeordnet werden sollen. Außerdem hat die Straße ausschließlich neue Häuser, die Maßregel würde also nur auf dem Papier stehen. Wenn aber wegen Blitzschlages oder Brand das Haus entfernt werden muß, dann tritt die ungeheure Sache ein, daß der so wie so schon geschädigte Mann nicht bauen kann. Ich möchte noch einmal bitten, die Sache von dieser Seite zu prüfen.

Herr F r ö h l i n g: Als vor einigen Jahren hier Vorgärten für die Promenaden und für mehrere andere außerstädtische Straßen festgesetzt wurden, kamen derartige Verhältnisse, wie sie Herr Stadtv. Bues anführt, nicht einmal, sondern vielleicht ein Duzendmal vor. Aber überall sind damals die Vorgärten bewilligt, keiner von diesen Einwänden ist seitens der Versammlung berücksichtigt. Deshalb muß ich mich heute auf den Standpunkt stellen: Was damals recht war, ist auch heute billig. Die Anordnung von Vorgärten ist allerdings für den Einzelnen unter Umständen mit Schwierigkeiten verbunden; trotzdem müssen wir, genau so wie damals verfahren ist, heute den Antrag Bues ablehnen.

Herr F r ö h l i n g: Ich glaube auch, daß wir an der Wolfenbüttelerstraße Vorgärten anordnen müssen und nicht dieses einen Hauses wegen die ganze Straße von der Bestimmung der Vorgärten ausschließen können. Heute weiß man noch nicht, wie sich die Grundverhältnisse für den Neubau gestaltet haben, wenn dieses Haus einmal neu gebaut werden soll. Wenn wirklich die Bebauung des Grundstücks durch die Vorgartenanlage erschwert oder unmöglich gemacht wird, dann bleibt immer noch die Möglichkeit, daß nach einer Eingabe in dem speziellen Falle dem Neubauer entgegengekommen und eine Ausnahme gemacht wird. Ich möchte empfehlen, die Sache, wie vorgelegt und seitens der Baukommission empfohlen, anzunehmen.

Herr Lösshigt: Ich bin doch entgegengeetzter Ansicht. Da wir früher Vorgärten bewilligt haben, bei denen die vorgebrachten Einwände nicht berücksichtigt sind, so sagt Herr Probst: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wenn sich hier aber Mißstände herausstellen werden und ich jetzt schon sehe, daß mit dem Eckgrundstück an der Riedestraße wie an der Elmstraße, falls es durch Bliksschlag oder Feuer zerstört wird, nichts anzufangen ist, und wenn ich dann noch bedenke, daß der Eigentümer schon früher 3 m hat liegen lassen müssen und bei einem Neubau noch einmal gezwungen wird, 3 m liegen zu lassen, dann muß es mir doch klar werden, daß durch Festsetzung der Vorgärten der Mann in seinem Eigentumsrechte beschränkt wird, und dann unterlasse ich lieber eine solche Bestimmung. Was die Einreichung einer Eingabe betrifft, so muß ich sagen: Wir haben schon so viel Scherereien mit Eingaben, daß wir die vermeiden sollten, wenn es irgend möglich ist.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e n e r: Wenn man dem Grundsatze folgt, den Herr Stadtv. Lösshigt aufgestellt hat, dann ist die Aufstellung eines Ortsbauplans überhaupt unmöglich. Sie werden auf jeder Straße einzelne Grundstücke finden, bei denen die Anordnung von Vorgärten im höchsten Grade die Interessen des betr. Grundbesizers schädigt. Nun hat Herr Lösshigt den Fall angeführt, daß der Betreffende durch Feuer sein Gebäude verliert und er zurückbauen muß. Ob dadurch wirklich eine so wesentliche Schädigung des Besizers hervorgerufen wird, wie Herr Lösshigt meint, können Sie im voraus nicht sagen. Kann das Grundstück überhaupt nicht mehr bebaut werden, so gibt es eine andere Art, sich zu helfen, vielleicht durch Zusammenlegung von Grundstücken. Man muß sich nicht auf den Standpunkt stellen, wenn man überhaupt die Beschränkungen der Bauordnung durchführen will, daß man nicht dem einzelnen in seinen Rechten zu nahe treten soll. Die Sache hat selbstverständlich eine gewisse Grenze, z. B. wenn eine Mehrzahl von Grundstücken benachteiligt werden sollte oder die erzielten Annehmlichkeiten nicht von entsprechender Bedeutung für die Straße sind. Aber es ist doch im höchsten Maße bedenklich, aus Rücksicht auf einige wenige Grundstücke zu sagen: Aus diesem Grunde soll die ganze Straße der Vorgärten entbehren.

In der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit der Versammlung für Anordnung von Vorgärten an der Wolfenbüttelerstraße.

Herr Fricke (fährt mit dem Verlesen der vorgeschlagenen Straßenzüge fort):

Zf. Nr.	Blatt	Bezeichnung der Straßen	Straßen- tiefe	Vorgarten- breite
				m
11	24 und 9	<b>Frankfurterstraße</b> von der Ebertstraße bezw. Weststraße bis zur Feldmarksgrenze . . . . .	beiderseits	3
12	9	<b>Projektierte Straßen Nr. 423, 424, 425</b> westlich der Bugenhagenstraße . . . . .	beiderseits	3
13	9	<b>Projektierte Straße Nr. 459</b> südlich des projektierten Platzes Nr. 454 . . . . .	Südseite	3
14	9	<b>Projektierte Straße Nr. 454</b> (verlängerte Luisestraße) . . . . .	Nordseite	3
15	9	<b>Projektierte Platz Nr. 458</b> östlich des Westbahnhofes . . . . .	beiderseits	3
16	9 und 10	<b>Projektierte Straßen Nr. 383, 384, 385</b> (Verbindungsstraße zwischen dem Madamenwege und der Broikemerstraße) . . . . .	beiderseits	3
17	9 und 10	<b>Projektierte Straßen Nr. 380, 381, 382</b> (Verbindungsstraße zwischen dem Madamenwege und der Broikemerstraße) . . . . .	beiderseits	3
18	9 und 10	<b>Broikemerstraße</b> von der projektierten Ringstraße bis zur Goslar- schenstraße bezw. bis zur Juliusstraße . . . . .	beiderseits	3
19	10	<b>Goslarischestraße</b> von der Broikemerstraße bis zum Madamenwege . . . . .	Westseite	3
20	10	<b>Wilmerdingstraße</b> am Rondel . . . . .	beiderseits	3
21	10	<b>Hohestieg</b> . . . . .	Nordseite	3
22	10	<b>Projektierte Straßen Nr. 365, 366, 367, 368</b> östlich vom Königstieg . . . . .	beiderseits	3

Herr Fricke: Die projektierte Straße Nr. 365 bitte ich auszuschließen. Hier hat das Haus gestanden, das jetzt auf dem Tennisplatz aufgestellt ist. Von dem Eigentümer des Grundstücks ist ein Gesuch eingegangen, in dem ausgeführt wird, daß es unmöglich sein würde Vorgärten anzubringen. Die Baukommission ist mit dem Gesuche einverstanden und bittet, die Nr. 365 fallen zu lassen.

(Widerspruch wird nicht erhoben.)

Herr Fricke (fortfahrend):

Fb. Nr.	Blatt	Bezeichnung der Straßen	Straßen- seite	Vorgarten- breite
				m
23	10	<b>Sidonienstraße</b> von der Oker bis zum Königstiege . . . . .	Nordseite	3
		von der Oker bis zum Schulgebäude Verj.-Nr. 4648	Südseite	3
24	10	<b>Königstiege</b> von der Sidonienstraße bis zur Pflegehausstraße .	Ostseite	3
25	10 und 11	<b>Pflegehausstraße</b> von dem Königstiege bis zur Nordgrenze der „Zuckerraffinerie Brunonia“ . . . . .	Ostseite	3
26	10 und 11	<b>Pflegehausstraße</b> von der Chemnitzstraße bis zur Nordgrenze des Grundstücks Verj.-Nr. 3803 . . . . .	Westseite	3
27	10 und 11	<b>Projektierte Straßen Nr. 363, 364</b> (westliche Verlängerung der Chemnitzstraße) . . .	beiderseits	3
28	11	<b>Chemnitzstraße</b> . . . . .	Nordseite	3
29	11	<b>Projektierte Straßen Nr. 352, 353</b> . . . . .	beiderseits	3
30	11	<b>Projektierte Straßen Nr. 354, 355, 356, 357</b> (Fortsetzung vorgenannter Strecke jenseits der pro- jektierten Ringstraße bis zur Feldstraße (Kälber- wiese) . . . . .	beiderseits	3
31	11	<b>Bruderstiege (Nr. 350, 351)</b> von der Goslarischenstraße bis zu den projektierten Straßen 330, 331 . . . . .	beiderseits	3
32	11	<b>Triftweg nach Lehndorf (projektierte Straße 348)</b> Strecke am Rudolfplatz . . . . .	Südseite	3
33	11	<b>Projektierte Straßen Nr. 321, 322, 323, 324</b> (Sackring) . . . . .	beiderseits	3
34	11	<b>Projektierte Straßen Nr. 297, 298</b> . . . . .	beiderseits	3
35	11	<b>Projektierte Straßen Nr. 292, 293, 294</b> (Verbindungsstraßen zwischen Petri- und Hildes- heimerstraße) . . . . .	beiderseits	3
36	11	<b>Petristraße</b> . . . . .	Südseite	3
37	11	<b>Thomaestraße</b> von der Petristraße bis zur Klosterstraße bzw. Höfenstraße . . . . .	beiderseits	3

Fb. Nr.	Blatt	Bezeichnung der Straßen	Straßen- seite	Vorgarten- breite
				m
38	11	<b>Klosterstraße</b> von der Thomaestraße bis zur Pflegehausstraße . .	Nordseite	3
39	11	<b>Cellerstraße</b> von der Oker bis zur Feldmarksgrenze . . . . .	Westseite	3
40	11	<b>Cellerstraße</b> von der projektierten Straße 534 bis zur Feld- marksgrenze . . . . .	Ostseite	3
41	11	<b>Projektierte Straße Nr. 256</b> Fortsetzung der Vorgärten bis zur Eulenstraße . .	beiderseits	3
42	11	<b>Hildesheimerstraße</b> von der Cellerstraße bis zur Feldmarksgrenze . .	beiderseits	3
43	12	<b>Kopfstraße</b> von der Hildesheimerstraße bis zur Landeseisenbahn	Ostseite	3
		<b>Kopfstraße</b> von der projektierten Straße Nr. 311 a bis zur Schäferbrücke . . . . .	Westseite	3
44	12	<b>Neustadtring</b> von der Oker bis zur Spinnerstraße . . . . .	Nordseite	3

Da kein Mitglied der Versammlung zu dem Punkte der Tagesordnung das Wort erbittet, gilt die Magistratsvorlage (mit Ausnahme der projektierten Straße Nr. 365) als genehmigt.

### VIII. Verwilligung einer Entschädigung für einen von der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke an das Stadtsekretariat abgetretenen Geldschrank.

Ein im Betriebe der Gas- und Wasserwerke entbehrlicher Geldschrank ist auf Veranlassung des Stadtmagistrats an das Stadtsekretariat überwiesen, wo er dringend erforderlich war. Um die Gas- und Wasserwerke für Hergabe des fraglichen Inventarstücks zu entschädigen, beantragt der Magistrat, die Summe von 350 M, die dem Reservefonds beider Werke einzuberleihen sein wird, zu Lasten des Kap. XIV, 6 der ordentlichen Ausgabe zu verwilligen, was nach Befürwortung des Antrags durch Herrn L e u e namens der Finanzkommission seitens der Versammlung geschieht.

## IX. Bewilligung von Mitteln für Einführung von Haushaltungsunterricht an den mittleren Bürgerschulen.

Der Direktor der städtischen Bürgerschulen hat an den Schulvorstand das Ersuchen gerichtet, mit Beginn des nächsten Schuljahres hauswirtschaftlichen Unterricht auch an den mittleren Mädchenbürgerschulen einzuführen. Zwar werde es nicht möglich sein, schon zu Ostern 1911 an alle Konfirmandinnen der mittleren Bürgerschulen Kochunterricht zu erteilen, da von den im Bau befindlichen bezw. von den städtischen Behörden genehmigten Küchen bis dahin nur zwei fertig werden, immerhin werde man aber in zwei Schulen (der 1. und 3. mittleren Bürgerschule) damit beginnen können. Es würde dazu die Genehmigung des Herzogl. Konsistoriums einzuholen und ein Posten von 2500 *M* für Lebensmittel, Heizgas usw., sowie für Beaufsichtigung einzustellen sein. Außerdem würde die Anstellung von zwei weiteren Hauswirtschaftslehrerinnen notwendig werden, deren jede bei ihrer vorläufigen Anstellung eine Vergütung von 1000 *M* zu empfangen hätte. Der Schulvorstand hat dem Antrage zugestimmt.

Der Stadtmagistrat bemerkt dazu, daß über die Nützlichkeit und hohe Bedeutung des Haushaltungsunterrichts kaum noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Es erscheine daher nur billig, ihn an den Schulen erteilen zu lassen, bei denen Schulgeld erhoben wird. Der Magistrat beabsichtigt, die erforderlichen Kosten von insgesamt 4500 *M* in den nächstjährigen Haushaltsplan einzustellen. Um die Erweiterungen des Unterrichtsplans rechtzeitig durchführen zu können, ersucht er die Stadtverordneten schon jetzt, die obigen Mittel zu bewilligen.

Herr Reinecht erstattet Bericht über die Vorlage und fügt hinzu: Daß ein hauswirtschaftlicher Unterricht für diejenigen Mädchen, welche die mittlere Bürgerschule verlassen, sehr erwünscht, ich möchte sagen, sehr notwendig ist, brauche ich wohl nicht auseinanderzusetzen. Ich will nur kurz daran erinnern, daß gerade in den Familien, wo die Frau von Hauswirtschaft nichts versteht, am meisten Not und Elend herrscht. Wo die Frau nicht kochen kann und sich um die Wohnung nicht kümmert, kann die Familie trotz des besten Verdienstes des Mannes nicht weiterkommen. Das ist wichtig in gesunden Tagen, besonders aber in Krankheitsfällen. Nun haben wir zwar für die Konfirmandinnen der unteren Bürgerschulen, wenigstens soweit sie aus der ersten Klasse entlassen werden, hauswirtschaftlichen Unterricht; aber auch für die aus den mittleren Bürgerschulen ist das nötig, denn auch die Kinder sind heutzutage in den meisten Fällen nicht in der Lage, von der Mutter genügend angehalten zu werden, die Hauswirtschaft zu lernen. Die Mutter hat vielleicht keine Zeit, versteht häufig selbst nicht viel von Hauswirtschaft, oder das Mädchen wird zur

Fabrik oder zum Kontor fortgeschickt, und wenn es sich nachher verheiratet, versteht es nichts von allen den Sachen. Deshalb halte ich es für sehr erwünscht, daß allen diesen Kindern hauswirtschaftlicher Unterricht zuteil wird. Ich bitte Sie sehr, die Bewilligung der nötigen Mittel auszusprechen. Die Schulkommission ist einstimmig dafür gewesen.

Herr K a l m s: Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß nicht bloß für diese Mädchen der Haushaltsunterricht sehr wichtig ist, sondern ich glaube, für alle schulpflichtigen Mädchen ist er sehr wichtig. Es wäre gewiß angebracht, sich zu überlegen, ob es nicht an der Zeit wäre, einen allgemeinen Haushaltsunterricht für alle Schulen, und zwar auch für die städtische Mädchenschule und auch für die höhere Mädchenschule einzuführen. Gerade für diese Kinder, für die Mädchen der höheren Mädchenschule, ist es recht gut angebracht, wenn sie von vornherein ein bißchen Ahnung vom Haushalt haben. Wer Töchter hat, weiß selbst, wie wichtig es ist, wenn sie früh genug in den Haushalt eingeführt werden. Andere Städte haben einen derartigen Unterricht in die höheren Mädchenschulen schon eingeführt. Ich weiß nicht, ob es vielleicht nicht angebracht ist, die Vorlage zurückzustellen und später einen Haushaltsunterricht für alle Mädchenschulen der Stadt einzurichten und dafür eine größere Summe in den Etat einzustellen. Ich möchte vielleicht den Antrag stellen, diesen Punkt so lange zurückzusehen, bis der Schulplan der höheren Mädchenschule revidiert ist. Es könnte gewiß noch manches andere darin geändert werden. Es ist nicht unwichtig, daß für die höhere Mädchenschule ein moderner Schulplan eingeführt wird; für die Stadt Braunschweig ist es von Wichtigkeit, das Schulwesen auf einer ganz besonderen Höhe zu halten. Es gilt das als besonderer Faktor mit für den Zuzug und den dauernden Aufenthalt steuerkräftiger Bürger.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Wir haben Sie gebeten, jetzt schon dieser Vorlage zuzustimmen, weil es sich für uns darum handelt, ob wir diese Summe in den nächstjährigen Etat einstellen sollen. Ich sehe nicht ein, was für einen Zweck es hat, zu sagen: So lange der Magistrat sich nicht schlüssig gemacht hat, für sämtliche Mädchenschulen Haushaltsunterricht einzuführen, sollen diese 4500 M nicht in den Etat eingestellt werden. Ich sollte meinen, auch wenn die Ansicht des Herrn Vorredners durchaus zutreffend wäre, stehe dem nichts entgegen. Im übrigen kann ich erklären, daß der Schulvorstand der städtischen Mädchenschule bereits beschlossen hat, auch an dieser Haushaltsunterricht einzuführen. Der Schulvorstand der höheren Mädchenschule hat sich mit dieser Frage noch nicht befaßt, doch will ich offen gestehen: Ich persönlich würde es auch für wünschenswert halten, daß der Haushaltsunterricht auch dort eingeführt wird. Eins allerdings möchte ich hervorheben: Die Mädchenfortbil-



ungsschule soll auch umgestaltet werden, und ob dadurch nicht dem Bedürfnisse Genüge geleistet wird, ist eine andere Frage. So gut gemeint der Antrag Kalm's ist, so liegt doch jedenfalls kein Grund vor, die vorliegende Sache von der Tagesordnung abzugeben und damit den Magistrat in Verlegenheit zu bringen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bitte die Herren dringend, die heutige Vorlage anzunehmen, und zwar aus dem Grunde, weil der Vorstand der städtischen Mädchenfortbildungsschule in der vorigen Woche eine Sitzung abgehalten hat, in der bereits ein Beschluß gefaßt ist, der den Wünschen des Herrn Stadtv. Kalm's entgegenkommt. Den Herren wird in nächster Zeit eine Vorlage des Stadtmagistrats zugehen, in der empfohlen wird, für Einführung des Hauswirtschaftsunterrichts bei der städtischen Mädchenfortbildungsschule Mittel zu bewilligen und den ganzen Unterricht nach der hauswirtschaftlichen Seite ausgiebig auszubauen. Im Einverständnisse mit Herrn Schuldirektor Prof. Dr. Rehtuh habe ich in diesen Tagen die Vorlage schon entworfen, und ich bin fest überzeugt, daß mancher Wunsch des Herrn Kalm's damit erfüllt werden wird.

Herr Kalm's: Nach dieser Erörterung ziehe ich meinen Antrag zurück. Ich möchte jedoch einen neuen Antrag stellen, dahingehend: den Hauswirtschaftsunterricht an sämtlichen städtischen Mädchenschulen, auch an den höheren, einzuführen.

Die geforderten Mittel für Einführung des Hauswirtschaftsunterrichts an den mittleren Bürgerschulen werden bewilligt.

## X. Errichtung einer Knabenmittelschule.

I. Durch Erlaß vom 3. Februar 1910 hat der Preussische Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten das Mittelschulwesen in Preußen neu geordnet. In den zu dem Zwecke erlassenen Bestimmungen wird darauf hingewiesen, daß die Entwicklung auf den Gebieten des Handwerks, des Kunstgewerbes, des Handels und der Industrie eine gesteigerte Ausbildung der Knaben und Mädchen für diese Erwerbszweige erfordere, und daß sich im Zusammenhange damit das Bedürfnis nach einer geeigneten Vorbereitung auf mancherlei mittlere Stellungen im Verwaltungsdienste des Staates und der Gemeinden, wie größerer Industrie- und Handelsgeschäfte geltend mache.

Diesem Bedürfnisse zu genügen, wird als Aufgabe der sogenannten Mittelschule, eines Zwischengliedes zwischen Volks- und Realschule bezeichnet, die, wenn voll ausgebildet, in neun aufsteigenden Jahreskurien „unter Ausscheidung alles fernerliegenden nur solche Unterrichtsstoffe behandeln soll, in denen die Schüler es zu brauchbarer, selbständiger Arbeit zu bringen vermögen.“

Die Ziele der Mittelschule bleiben hinter denen der Realschule zurück, und die Ausstellung von Zeugnissen, die zum einjährig-freiwilligen Militärdienst berechtigen, ist ihnen daher versagt — von der Volksschule aber unterscheiden sie sich wesentlich dadurch, daß sie eine von zwei Fremdsprachen (Englisch oder Französisch) und Mathematik als verbindliche Unterrichtsgegenstände in den Lehrplan aufzunehmen haben.

Die hiesige Stadt unterhält keine Mittelschulen; sie erschienen bisher entbehrlich, weil sich die Volksschule in untere und mittlere Bürger Schulen gliederte, und weil die Ziele der letzteren über die Lehrziele der Volksschule hinausgehen. Denn ebenso wie bei den sechstufigen unteren Bürger Schulen sind auch bei den siebenstufigen mittleren Bürger Schulen Oberklassen eingerichtet, so daß es sich bei ihnen tatsächlich um achttufige Unterrichtsanstalten handelt. Wenngleich sich nun diese Einrichtung durchaus bewährt hat, so erachten doch der Leiter der städtischen Bürger Schulen und der Schulvorstand mit Rücksicht auf die eingetretene Aenderung der Verhältnisse, wie sie in dem oben gedachten Erlasse des preussischen Kultusministers geschildert ist, jetzt ein Bedürfnis nach Einrichtung einer Knabenmittelschule für vorliegend, und sie empfehlen unter Verzicht auf eine voll ausgestaltete neunstufige Mittelschule diese in der Weise auszubauen, daß die Unterstufe der Mittelschule (Klassen 9, 8, 7) durch die drei untersten Klassen der mittleren Knabenbürger Schulen ersetzt und die eigentliche Mittelschule nur aus den die Mittel- und Oberstufe umfassenden obersten 6 Klassen gebildet wird. Dabei wird empfohlen, die Schule zweireihig aufzubauen und in der einen Hälfte der einzurichtenden 12 Klassen dem Unterrichte den allgemeinen Lehrplan der Mittelschulen zugrunde zu legen, in der anderen aber das Lehrziel durch Einfügung des wahlfreien Unterrichts in einer zweiten Fremdsprache (Englisch) weiter zu stecken, so daß begabteren Schülern der Uebergang in die Untersekunda der Realschule bezw. Oberrealschule und damit die Erlangung des Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisses ermöglicht wird.

Wie in Preußen an der Mittel- und Oberstufe als Klassenlehrer grundsätzlich nur solche Lehrer beschäftigt werden dürfen, die das Zeugnis der Befähigung zum Unterricht an Mittelschulen sich erworben haben, so sollten auch hier nur solche oder pro rectoratu geprüfte Lehrer mit dem fraglichen Amte betraut werden, deren Gehaltsverhältnisse gleich den an der städtischen Mädchenschule unterrichtenden Klassenlehrern der Oberstufe, die gleichfalls das Rektor-Examen bestanden haben müssen, zu regeln sein würden.

(2600 |  $7 \times 300$  | 4700 *M.*)

Auch zum Leiter der Anstalt würde ein pro rectoratu geprüfter Lehrer berufen werden können. Ein Schulgeld von jährlich 48 *M* (für Auswärtige 72 *M*) wird für angemessen erachtet.

Schließlich empfiehlt der Schulvorstand, mit dem Aufbau der Schule ohne Verzug zu beginnen, und zwar in der Weise, daß, sofern Herzogliches Konfistorium die alsbald vom Stadtmagistrat einzuholende Genehmigung erteilt, schon zu Ostern d. J. zwei unterste (d. h. sechste) Klassen der künftigen Mittelschule an der 5. und 2. mittleren Knabenschule (Comeniusstraße und Osterstraße), an denen je eine der dort vorhandenen vierten Klassen aufzuheben sein würde, eingerichtet werden. Da hierdurch 2 Lehrkräfte frei würden, so würden sich die erwachsenden Mehrkosten einstweilen nur auf nicht pensionsfähige Zulagen für die Lehrer in Höhe der Gehaltsunterschiede und etwaige Mehrkosten für Unterrichtsmittel beschränken.

Der weitere Aufbau würde sich dann in der Weise vollziehen, daß alljährlich zu Ostern zwei neue Klassen hinzukommen, so daß Ostern 1916 die eigentliche sechsstufige Mittelschule in zwei Klassenreihen mit 12 Klassen vollendet sein würde.

II. Das Unterrichtswesen der Stadt Braunschweig umfaßt schon jetzt 5 verschiedene Arten von Schulen, nämlich Oberrealschulen (eine in Entwicklung), gehobene Mädchenschulen, Bürgerschulen, Gewerbeschule und Fortbildungsschulen (für Knaben und Mädchen), deren Gesamtausgaben für das laufende Jahr zu 2 092 100 *M* veranschlagt sind; die Stadt unterstützt daneben die katholische Volksschule mit 25 *M* (fortan 35 *M*) pro Kind und die Jahnische höhere Lehranstalt mit jährlich 5000 *M*.

Nicht ungerechtfertigt erscheint daher die Frage, ob für die Stadt genügender Anlaß vorliegt, noch eine weitere Schulart ins Leben zu rufen und damit die Kosten für das Unterrichtswesen zu steigern.

Der Stadtmagistrat trägt kein Bedenken, diese Frage zu bejahen. Die für die Jugendbildung aufgewandten Summen sind, wenn die Unterrichtsanstalten ihrer Aufgabe gerecht werden, gut angelegte Kapitalien, die zwar dem Stadtsäckel keine Zinsen und Dividenden liefern, deren Aufwand aber zur Hebung des geistigen Niveaus der Einwohnerschaft unerläßlich erscheint. Guten Schulen kann aber ihre werbende Kraft auch auf rein finanziellem Gebiete insofern nicht abgesprochen werden, als neben mäßigen Steuern und tunlichst vollkommenen gesundheitlichen Einrichtungen leistungsfähige Bildungsanstalten eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft für Neuanziehende bilden. Und je vielgestaltiger sich in neuerer Zeit das wirtschaftliche Leben mit seinen zahlreichen Berufsarten gestaltet, desto anziehender wirkt naturgemäß ein Schulorganismus, der reich gegliedert ist und dem Einzelnen die Auswahl der Schule erleichtert, die er als für sein Kind am meisten geeignet erachtet. Nicht für die Schule, sondern für das Leben soll der Schüler lernen; folglich hat die Schule die Pflicht,

sich ihrerseits an das Leben und die Forderungen, die es an den Einzelnen stellt, anzupassen.

Die Stadt ist, wie wohl nicht zu bestreiten ist, bisher nicht ohne Erfolg bemüht gewesen, diesen Forderungen bei Ausgestaltung ihres Schulwesens gerecht zu werden, aber es muß anerkannt werden, daß andere, namentlich die großen Städte, ihren Einwohnern noch mehr bieten. Der Stadtmagistrat ist daher auch überzeugt, daß die Einrichtung einer Mittelschule mit den oben erwähnten Lehrzielen vielen Einwohnern höchst willkommen sein und der Stadt zum Vorteil gereichen würde.

Von Bedeutung würde übrigens die Mittelschule auch für den Stand der Bürgerschullehrer sein, und zwar insofern, als denjenigen Lehrern, die die Reifeprüfung bestanden haben, stadtseitig Gelegenheit geboten werden würde, ihre Fähigkeiten besser als es ihnen bisher möglich war, zu verwerten.

Die durch Einrichtung und Unterhaltung der Schule erwachsenden Kosten sind einstweilen gering; aber, wenn der Aufbau vollendet ist, wird ein besonderes Schulgebäude nicht zu entbehren sein. Hierfür Mittel aus dem Ausgleichsfonds aufzuwenden, erscheint gerade zurzeit um so unbedenklicher, als neue Bürgerschulen in den letzten Jahren nicht errichtet zu werden brauchten und der zeitgemäße Um- und Ausbau der älteren Schulgebäude nahezu beendet ist. Das neue — verhältnismäßig kleine — Schulgrundstück dürfte, da die Mittelschule für die begabteren Jüglinge aller Bürgerschulen bestimmt sein soll, nicht zu weit vom Mittelpunkt der Stadt entfernt sein. Der Bauplatz am Siegesplatz würde für dasselbe nach Ansicht des Magistrats sehr geeignet sein.

III. Gesetzliche Vorschriften für die von den Städten unterhaltenen gehobenen Schulen sind, abgesehen von den die staatliche Aufsicht über diese ihre Lehrer regelnden Gesetzen Nr. 37 vom 8. April 1876 und Nr. 28 vom 13. Juni 1890 bislang nicht erlassen. Nach § 5 des erstgedachten Gesetzes ist die Landesregierung ermächtigt, bei Errichtung gehobener Lehranstalten, zu denen auch höhere Bürgerschulen gehören sollen, über Leitung und Beaufsichtigung besondere Bestimmungen zu treffen.

Die Errichtung der Lehranstalt selbst aber ist eine rein städtische Angelegenheit und sie wird sich deshalb, zumal die Stadt Trägerin der Einrichtung ist, in den Formen eines städtischen Statutes zu vollziehen haben. Daraus folgt, daß die Lehrer, die als Volksschullehrer nicht gelten können, städtische Beamte sind, jedoch mit der Einschränkung, daß ihre Disziplinarverhältnisse besonders geregelt sind und daß, wie dies bei den übrigen gehobenen Schulen von der Regierung bisher stets ausbedungen worden, bei der Berufung die Bestätigung einzuholen ist.

Nun ist zwar bei den übrigen gehobenen städtischen Schulen anders verfahren. Die beiden Statute vom 23. Oktober 1870 (die Errichtung einer Gewerbeschule betreffend) und vom 28. Juni 1873 (die Organisation der städtischen Realschule II. Ordnung betreffend) sind aufgehoben, und die Rechtsverhältnisse der gehobenen städtischen Schulen — abgesehen von der Fortbildungs- und Gewerbeschule und der Mädchen-Fortbildungsschule — werden jetzt durch sogenannte Ordnungen geregelt, die zwar auch von den städtischen Behörden beschlossen und vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigt sind, die sich aber doch von den mit Gesetzeskraft ausgestatteten städtischen Statuten unterscheiden. Es wird sich empfehlen, diese Ordnungen allmählich durchweg durch Statute zu ersetzen und die Rechtsverhältnisse der Direktoren und Lehrer, soweit nicht die Landesgesetze etwas anderes vorschreiben, auf Grund und im Rahmen der Städteordnung zu regeln. Der Magistrat beabsichtigt, diese Aenderung in die Wege zu leiten, sobald eine der fraglichen Ordnungen einer Ergänzung oder Abänderung bedarf. Unter diesen Umständen aber wird es nach Ansicht des Magistrats zweckmäßig sein, falls die Errichtung einer Knabenmittelschule gutgeheißen werden sollte, ihre Rechtsverhältnisse durch Statut zu ordnen.

Ob Herzogliches Staatsministerium die vorstehenden Darlegungen billigen wird, steht dahin; aber auch wenn dies der Fall sein sollte, so sind doch verschiedene, aus der Eigenart der Verhältnisse sich ergebende zweifelhafte Fragen eingehend zu erwägen, und der Stadtmagistrat fürchtet, daß die Verhandlungen wegen Erlasses eines auf die Städteordnung sich stützenden Statutes, das wohl allein geeignet ist, Klarheit über die rechtliche Stellung der Schule und der an ihr unterrichtenden Lehrer zu schaffen, nicht so bald zum Abschluß zu bringen sein würden, daß mit dem Aufbau der Schule schon zu Ostern d. J. begonnen werden kann. An diesem Ziele aber möchte der Magistrat auf jeden Fall festhalten, da er von der hohen Bedeutung der in Rede stehenden Lehranstalt überzeugt ist und daher, wenn die oben angedeutete statutarische Regelung beanstandet werden sollte, den Erlaß einer der bisherigen Gepflogenheit entsprechenden Ordnung in der Erwägung für genügend erachten würde, daß ein umfassendes Landesschulgesetz über kurz oder lang wird erlassen werden müssen.

Solange aber weder Statut noch Ordnung erlassen sind, werden — im Einvernehmen mit Herzoglichem Konsistorium — die zunächst einzurichtenden Einzelklassen unbedenklich als Bestandteile der mittleren Knabenbürger Schulen angesehen und nach den für diese maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen behandelt werden können.

Der Stadtmagistrat legt den Stadtverordneten den Bericht des Schuldirektors Professor Dr. Rehkuh vom 2. Januar c. und ein Druck-Exemplar der

Bestimmungen über die Neuordnung des Mittelschulwesens in Preußen vor und gibt anheim:

1. der Errichtung einer in der oben angegebenen Weise auszugestaltenden Knabenmittelschule zuzustimmen;
2. genehmigen zu wollen, daß mit Einrichtung dieser Schule durch Bildung zweier Klassen zu Ostern dieses Jahres begonnen werde;
3. die Mittel bewilligen zu wollen, die zur Durchführung der Maßregel nach den obigen Vorschlägen vom Schulvorstande (i. I.) für erforderlich erklärt sind.

Herr Friede erstattet Bericht über die Vorlage und fügt hinzu:

Die Schulkommission hat sich in ganz eingehender Weise mit der Vorlage beschäftigt. Die Schule ist gedacht als Mittelglied zwischen Bürgerschule und Realschule. Es hat sich tatsächlich das Bedürfnis herausgestellt, daß eine solche Schule eingerichtet wird, um den Eltern, deren Kinder befähigt sind, die Möglichkeit zu gewähren, ihren Kindern eine bessere Ausbildung zu gewähren. Hauptsächlich ist die Schule bestimmt zur Vorbildung für kleinere Handwerker, Kaufleute und Beamte. Dazu bekommt die Schule einen erweiterten Lehrplan. Kinder, die in einer Prüfung ihre Befähigung nachweisen, soll Gelegenheit geboten werden, nach dem 15. Jahre zur Oberrealschule überzutreten und so in einem weiteren Jahre den Einjährig-Freiwilligen-Schein zu erwerben. Das ist ein bedeutender Fortschritt insofern, als auch die Kinder von weniger bemittelten Eltern dadurch in Besitz dieses Scheines kommen können. In Preußen existiert diese Schule schon länger; es gibt eine Menge kleiner Städte, die diese Schule eingeführt haben. Was sollen die Eltern machen, die hier zuziehen und deren Kinder eine preußische Mittelschule besucht haben, wenn sie die Mittelschule hier nicht vorfinden? Wir würden also ganz bestimmt zurückstehen, wenn wir die Schule nicht einrichten wollten. In der Kommission ist die Vorlage von allen Seiten beleuchtet. Dort wurde auch erwähnt, daß die neue Schule vielleicht unserer mittleren Bürgerschule Abbruch tun würde, doch ist die Kommission zu dem Resultat gekommen, daß das nicht der Fall sein würde. Allerdings sind wir davon überzeugt, daß allmählich einige mittlere Bürgerschulen eingehen müssen. Aber das ist durchaus kein Unglück, denn der Lehrplan in den beiden Bürgerschulgattungen bei uns ist ja fast der gleiche, und in Preußen kennt man den Unterschied zwischen mittleren und unteren Bürgerschulen überhaupt nicht. Nach vorläufiger Berechnung ist die Möglichkeit gegeben, daß uns durch die Einrichtung nicht sehr viel Kosten erwachsen werden. Allerdings müssen wir im Laufe der Zeit eine neue Schule bauen, aber das können wir uns ja leisten. Wir haben im Ausgleichsfonds so viel Geld angesammelt, daß die Schule sehr schön

gebaut werden kann. Wenn wir sie errichten, dann werden die in Frage kommenden Eltern frohen Mutes sagen: Der Junge ist befähigt, hier ist ihm Gelegenheit gegeben, für billiges Geld eine Allgemeinbildung zu erwerben, die ihm gute Aussicht bietet, im Leben fortzukommen. — Was die Besetzung der Schule mit Lehrkräften anlangt, so wird sie keine Mühe machen, denn nach Aussage des Herrn Schuldirektors sind so viel pro rectoratu geprüfte Lehrer in hiesiger Stadt, daß die Schule reichlich besetzt werden kann, und es ist Aussicht vorhanden, daß mehrere von unsern jüngeren strebsamen Lehrern noch die Rektoratsprüfung ablegen werden. Diese würde der Prüfung für Mittelschullehrer mindestens gleichstehen, denn die zuerst genannte Prüfung erstreckt sich auf zwei Fächer mehr als die preussische Mittelschullehrerprüfung. Die Lehrer an der Mittelschule erhalten in Preußen eine pensionsfähige Zulage von 300—800 *M.* Ueber die Besoldung unserer Mittelschullehrer würde das Nähere noch der geehrten Versammlung vorbehalten bleiben. Heute sollen wir uns nur schlüssig machen, ob diese Schule ins Leben gerufen werden soll oder nicht. Die Schulkommission ist nach gründlicher Durchberatung einstimmig zu dem Beschluß gekommen, Ihnen vorzuschlagen, den Magistratsanträgen zu folgen.

Herr Leue: Im allgemeinen bin ich sehr dafür, daß derartige Angelegenheiten, wie die uns vorliegende, nicht auf die lange Bank geschoben sondern schnell zu Ende geführt werden. In diesem Falle hätte ich es aber doch gern gesehen, wenn das Tempo nicht so schnell genommen wäre. Ich muß offen gestehen: Ueber diese Frage habe ich mir noch kein richtiges Urtheil bilden können, ich hätte gern noch mit Sachverständigen Rücksprache genommen und meine Meinung daran gebildet. Ich bin durchaus kein Gegner der Vorlage, sondern glaube gern, daß sie für unsere Bevölkerung etwas Gutes und Zweckdienliches schafft. Allerdings stehe ich nicht auf dem Standpunkte des Herrn Referenten, daß nicht zu befürchten sei, daß unsere mittleren Bürgerschulen, wie wir sie jetzt haben, darunter litten, glaube vielmehr, daß die mittleren Bürgerschulen wohl durch diese neue Schule aufgesogen werden. Das schadet aber nichts, dann haben wir eben neben den höheren Schulen noch zwei Klassen Schulen: untere Bürgerschulen (Volksschulen) und Mittelschulen. Wenn aber das Bedenken, das ich hege: Daß der eine oder der andere doch die Sache noch nicht reiflich genug überlegt hat und in Zweifel ist, wie er in dieser Sache stimmen soll, von verschiedenen Herren geteilt würde, dann würde ich sehr gern sehen, wenn wir uns mit der Abstimmung über die Vorlage noch Zeit ließen. — Es soll das nur eine Anfrage sein, die ich stellen möchte. Ich habe allerdings die Empfindung, ich hätte gern länger Zeit für diese Sache gehabt.

Herr Jasper: Den Ausführungen des Herrn Stadtv. Leue möchte ich zustimmen. Mir ist es ähnlich so gegangen. Ich habe die Vorlage am Montag

zu Gesicht bekommen, und da soll man sich in der nicht einfachen und einschneidenden Materie orientieren! Dazu ist die Zeit doch zu knapp bemessen. Wenn die Anregung von Herrn Leue ein Geschäftsordnungs-Antrag sein soll, dann möchte ich vorschlagen, die Sache so zu erledigen. Meine sachlichen Bedenken vorzubringen, behalte ich mir noch vor.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e r: Wir haben die Vorlage deshalb noch schleunig zu dieser Sitzung an die geehrte Versammlung gebracht, weil uns daran gelegen ist, baldigst Ihre Ansicht über die Angelegenheit kennen zu lernen. Ich erkenne aber ohne weiteres an, daß die Sache von derartiger Bedeutung und auch wohl in bezug auf schultechnisches und finanzielles Gebiet nicht so leicht zu beurteilen ist, daß ich es keinem von Ihnen verdenken kann, wenn er sich heute über die Sache noch nicht schlüssig machen möchte. Eine andere Frage aber ist, ob Sie gut tun, heute die Verhandlung abubrechen. Ich sollte meinen, daß es gut wäre, zwei Lesungen zu veranstalten. Heute sprechen sich die Herren, die sich schon schlüssig gemacht haben; aus und in der nächsten Sitzung wird weiterberaten und abgestimmt. Damit würde der Stadtmagistrat einverstanden sein müssen. Der Bericht an die vorgesetzte Behörde würde wohl aufgeschoben werden müssen, aber wir werden die Sache doch wohl noch fertig bekommen.

Herr Leue: In dem Sinne, wie der Herr Oberbürgermeister ausgeführt hat, war auch meine Anregung gemeint. Ich möchte nicht gern, daß heute Beschluß gefaßt wird, aber damit, daß wir uns über die Vorlage unterhalten und unsere Ansichten austauschen, bin ich sehr einverstanden. Ich möchte den Antrag stellen, zwei Lesungen stattfinden zu lassen und den Beschluß erst in der nächsten Sitzung zu fassen.

Vorsitzender: Es steht dem nichts im Wege, daß wir zwei Lesungen beschließen. Ich nehme an, daß die Herren damit einverstanden sind und auch damit, daß wir für die nächste Sitzung die Angelegenheit an den Kopf der Tagesordnung stellen.

(Widerspruch erfolgt nicht.)

Herr Jasper: Als ich die Vorlage gelesen hatte, habe ich keine reine Freude daran empfinden können, weil, wenn auch auf der einen Seite jede Verbesserung des Schulwesens freudig zu begrüßen ist, doch andererseits mir zweifelhaft schien, ob der gewählte Weg für die Verbesserung der richtige ist, besonders wenn man bedenkt, und wie auf Seite 5 der Vorlage vom Magistrat ausgeführt ist, wie vielgestaltig unser Schulwesen gegenwärtig schon ist, und bei dieser Vielgestaltigkeit noch ein weiteres Glied in unser Schulwesen eingefügt werden soll.



Wenn man die Vorlage genau beseht, sind es sogar eigentlich zwei Glieder, denn diese Mittelschule, die als Einheit uns vorgestellt wird, soll zweireihig aufgebaut werden, die eine Reihe lediglich mit einer Fremdsprache, die andere mit zwei Fremdsprachen, so daß dies eigentlich zwei selbstständigen Schulen mit verschiedenen Lehrzielen gleichkommt und wir, soweit wir nur städtische Schulen in Betracht ziehen, 7 verschiedene Schularten hier haben würden. Das Bild würde noch gemischter werden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß noch verschiedene Staatsanstalten für unsere Stadt in Betracht kommen, so daß an Mannigfaltigkeit das Schulwesen bei uns nichts zu wünschen übrig läßt. Ob das nun absolut von Vorteil ist, wie in der Magistratsvorlage steht, das scheint mir doch einigermaßen zweifelhaft. Gewiß mag ja manchen Eltern es angenehm sein, wenn sie die Auswahl zwischen verschiedenen Schularten haben; es fragt sich nur, in welchem Zeitpunkte sie die Auswahl zu treffen genötigt sind, ob sie schon in so frühem Alter der Kinder das tun müssen, wo sie über die Entwicklung der Fähigkeiten der Kinder wie über die weitere Zukunft ihrer Familie selber Abschließendes nicht sagen können. Die Möglichkeit, ein so frühes Urteil über die Fähigkeiten der Kinder zu fällen, bezweifeln doch viele Schulmänner. Jedenfalls schien mir diese Vorlage alles andere, als darnach angetan, dem Ziele näherzukommen, das viele Schulmänner vertreten: die Einheitsschule herbeizuführen. Der Gedanke der Einheitsschule ist der, daß man einen gemeinsamen Unterbau ausbildet und die Kinder, so lange es schultechnisch irgend möglich ist, in dieser Gemeinschaft zusammenhält und erst in den Jahren, wo die Wahl des Berufes und das praktische Leben in Betracht kommt, die Teilung eintreten läßt. Diese Vorlage kommt ja zu einem ganz geringen Teile diesem Gedanken nach, indem man wenigstens die drei unteren Klassen, die man in den preußischen Schulen als private Vorschule abteilt, hier noch an dem gemeinschaftlichen Unterbau teilnehmen lassen will, aber immerhin kommt die Teilung, dem Gedanken der Einheit unseres Schulwesens zuwider, doch sehr früh. Ich glaube aber dem richtigen Gedanken der Einheitsschule gegenüber meine Bedenken heute zurückstellen zu müssen, weil die durch die Vorlage zu erreichenden Verbesserungen unverkennbar sind und weil, wie der Herr Referent hervorgehoben hat, wir in einer gewissen Zwangslage sind in Rücksicht auf die uns umgebenden preußischen Verhältnisse und es sich nicht verkennen läßt, daß manche Eltern in eine eigenartige Situation kommen, wenn sie aus Preußen zuziehen. Allerdings würde mir unerläßlich sein, um dem Prinzip der Einheitsschule nicht untreu zu werden, daß diese Mittelschule allein befähigten Kindern freistünde. Darüber vermisse ich irgendwelche Angaben in der Vorlage. Es ist nicht gesagt, in welcher Weise die Auswahl der Kinder für die Mittelschule stattfinden soll; nach der Vorlage scheint es, daß lediglich der Geldbeutel

entscheiden soll. Die Kinder, die das Schulgeld von 25 Mark nicht haben, kommen in die untere Bürgerschule, wer 48 Mark bezahlen kann, schickt seine Kinder in die Mittelschule, die gegründet werden soll, und wer einen noch größeren Geldbeutel hat, in die Realschule, Oberrealschule oder Gymnasium. Wenn ich also dieser Vorlage überhaupt Sympathie abgewinnen kann, so ist es nur deshalb, daß sie eine Verbesserung der Lehrziele der mittleren Bürgerschulen bedeutet. Damit müßte aber notwendig verbunden sein, daß diese Verbesserung nicht durch eine Verteuerung des Schulgeldes erkauft wird. Ich könnte der Vorlage trotz grundsätzlicher Bedenken aus praktischen Gründen zustimmen für den Fall, daß Schulgeldfreiheit oder doch wenigstens das Schulgeld der mittleren Bürgerschulen für diese Schule beliebt würde, und daß ferner die Aufnahme in die neue Mittelschule nicht vom Geldbeutel abhängt, sondern lediglich von den Fähigkeiten der aufzunehmenden Knaben, und daß auch den Knaben, die durch die untere Bürgerschule gegangen sind, nach den drei ersten Schuljahren auch die Aufnahme freistünde. —

Sodann habe ich noch einige Anfragen: Es besteht ein Zweifel darüber, wie der erste Antrag in der Magistratsvorlage aufzufassen ist: „Wir geben anheim, der Errichtung einer in der oben angegebenen Weise auszugestaltenden Knabenmittelschule zuzustimmen.“ „Oben angegebene Weise“ nimmt Bezug auf die ganze Vorlage. Es wird da einmal gesagt, daß Lehrkräfte beschäftigt werden sollen, die entweder den „Mittelschullehrer gemacht“ oder die Prüfung pro rectoratu bestanden haben. Ich weiß nicht, ob ich richtig unterrichtet bin, daß in Braunschweig ein Mittelschullehrerexamen überhaupt nicht besteht. Ich möchte deshalb anfragen, ob man aus diesem Hinweis darauf schließen soll, daß in erster Linie Lehrkräfte aus Preußen bezogen werden sollen. — Ich habe dann anzufragen, ob die „oben angegebene Weise“, die auf die ganze Vorlage Bezug nimmt, auch darauf auszudehnen ist, daß vorgesehen ist, den Platz am Siegesplatze für das zu errichtende Schulgebäude zu verwenden. Wenn das der Fall ist, so möchte ich doch mein Bedenken dahin äußern, ob die Vorlage nicht in finanzieller Beziehung einer gründlicheren Aufstellung bedürfte. Wenn eine derartige finanzielle Mehrbelastung der Stadt beschlossen werden sollte, würde ich es für dringend geboten halten, daß sowohl hinsichtlich der Verwendung des Platzes, als auch der Gelder für den Bau, sowie auch der finanziellen Durchgestaltung hinsichtlich der Besoldung der Lehrkräfte uns mehr mit Material an die Hand gegangen würde, auch hinsichtlich der Frage, wie diese Mittelschule statutarisch oder ordnungsgemäß gedacht ist. Es sind längere Ausführungen in der Vorlage, die aber doch lediglich zu einem Verschiedenen kommen. Jetzt wollen wir etwas Dauerndes noch nicht schaffen, es sind noch Verhandlungen mit den staatlichen, vielleicht auch mit den kirchlichen Behörden

im Gange, wir wollen deshalb lediglich vorschlagen, heißt es in der Vorlage, die neuen Klassen als Bestandteile der mittleren Knabenbürgerschulen anzusehen. Es soll also ein Provisorium werden. Es scheint mir nicht unbedenklich, so sehr man die Verbesserung auch wünschen mag, auf eine derartige unsichere Grundlage in statutarischer Beziehung die ganze Ausgestaltung einer solch umfassenden Neuerung zu beschließen und ich bitte deshalb, auch hierüber Aufklärung zu geben. Ich möchte wünschen, daß eine gewisse Gewähr gegeben ist, wie die Schulordnung oder das Statut für diese neue Schule gehandhabt werden soll, und möchte wissen, ob eine Gewähr gegeben ist für die Selbstverwaltung der Schulangelegenheiten durch die Stadt, besonders dafür, daß der Einfluß des Konsistoriums und anderer Behörden in diesem Falle möglichst weit zurückgedrängt wird.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Auf diese Anfrage möchte ich erwidern, daß die Vorlage des Magistrats den Zweck hat, Sie zu bitten, sich grundsätzlich zu der Sache zu äußern. Herr Stadtv. Jasper hat schon angedeutet, was alles dabei in Frage kommen würde. Das ist gerade der Grund gewesen, weshalb der Magistrat wissen möchte, wie sich die Stadtverordneten zur Errichtung einer derartigen neuen Schule stellen. Sollte Ihre Erklärung dahin ausfallen, daß Sie grundsätzlich dafür sind, so ist es selbstverständlich Pflicht des Magistrats, eine entsprechende Vorschrift auszuarbeiten, sei es nun Statut oder Ordnung, und Ihnen zur Genehmigung vorzulegen. Die verschiedenen Fragen, die Herr Jasper angeregt hat, würden zu ihrem bei weitem größten Teile durch diese Vorschrift geregelt werden müssen und Ihrer Genehmigung unterliegen. Ich hoffe auch, daß, wenn Sie der Sache zustimmen, es uns möglich sein wird, alle diese Fragen durch Verhandlung mit den Staatsbehörden noch bis zum Beginn des nächsten Schuljahrs so weit zu klären, daß eine feste Grundlage für die Schule vorhanden ist. Aber, meine Herren, es ist nicht unmöglich — ich glaube, Sie werden das aus der Vorlage gesehen haben —, daß wegen der formellen Schwierigkeiten der Abschluß eines derartigen Statuts doch vielleicht sich etwas länger verzögern könnte, und da würden Sie sich die Frage vorzulegen haben: Wollen wir die Genehmigung des Statuts erst abwarten und damit ein Jahr für den Aufbau der Schule verlieren, oder halten wir die Schule für so wichtig, daß wir hoffen, wir werden uns mit dem Magistrat und dem Staat über die Einzelvorschriften verständigen, und stimmen vorläufig der Errichtung der Schule zu? Das muß Ihnen überlassen bleiben. Wenn Sie zustimmen, werden wir das Unrige tun, um die Sache zu beschleunigen.

Sodann hat Herr Stadtv. Jasper ein paar Einzelfragen gestellt; zunächst wegen der geprüften Lehrer, die — wie Herr Jasper meint — der Magistrat

aus Preußen holen wolle. Soweit geeignete Kräfte hier sind, würde das selbstverständlich nicht geschehen, sondern nach den Grundsätzen, die wir bisher ausgeübt haben, verfahren werden. Nun ist in der Vorlage gesagt, es solle, um den Knaben, die sich dafür eignen, den Uebertritt in die Realschule zu ermöglichen, die eine Klassenreihe mit etwas weiteren Klassenzielen ausgestaltet werden. Es würde eine zweite Fremdsprache in Betracht kommen. Ich höre von Herrn Schuldirektor Rehfuß — der hier zugegen ist und weitere Auskunft erteilen wird —, daß unter den jetzigen Direktoren keiner ist, der die Prüfung im Englischen bestanden hat. Ich hoffe aber, daß wenn die Stadt diese Schule einrichtet, diejenigen Lehrer, die später sich der Direktorsprüfung unterziehen, in Rücksicht hierauf sich der Prüfung im Englischen unterwerfen, so daß wir nicht nach auswärts zu gehen brauchen. — Weiter hat Herr Jasper die Frage gestellt, ob der Geldsack für die Aufnahme in die Schule entscheiden sollte. Ich habe bereits in der Finanzkommission erklärt, daß das nicht die Absicht des Magistrats wäre, sondern es sich empfehlen dürfe, einige Freistellen für diese Schule zu errichten, damit auch Knaben aus der unteren Bürgerschule, denen es an der nötigen Begabung nicht fehlt, aufgenommen werden können. Doch sind das Fragen, die ins einzelne gehen und demnächst in der Ordnung oder dem Statut Ihnen zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollen.

Herr B u e s: Als ich die Vorlage bekommen habe, habe ich eine gewisse Freude gehabt, weil tatsächlich ein Uebelstand vorhanden war. Wenn Schüler von auswärts aus Mittelschulen kamen, mußten sie immer in irgendeiner Form mit der Schule wechseln. Ich war schon zufrieden, daß die Vorlage überhaupt kam. Die Entscheidung über die Programmfragen, die Herr Stadtv. Jasper berührt hat, wird schon später kommen. Wenn man etwas geschenkt bekommt, soll man nicht gleich mit Mäkeln anfangen. In Preußen hat man nur Volksschule, Mittelschule, Realschulen und Gymnasium. Wenn das hier heute noch nicht so ist, so kann das noch werden, wenn die Mittelschule sich eingebürgert hat. Dann wird von selber mit Schulbauten innegehalten werden können, weil die Bürgerschulen dann überflüssig werden, denn daß die Mittelschule besser besucht werden wird als die mittleren Bürgerschulen, glaube ich schon im voraus sagen zu können. Ich würde für Annahme der Vorlage sein auf alle Fälle; was später kommt, haben wir noch in der Hand.

Herr F r ü h l i n g: Die Vorlage ist mir äußerst sympathisch, ich bin sehr erfreut gewesen, daß uns die Sache jetzt vorgelegt wird. Es ist ein Bedürfnis für uns, daß wir uns Preußen in seinen Schulverhältnissen anschließen. Ich würde dafür sein, daß wir uns grundsätzlich mit der Sache einverstanden er-

klären, vorbehaltlich der Einzelheiten, die uns noch zugehen werden. Ein Punkt erregt bei mir Anstoß, das ist die Zweiteiligkeit, die vorgesehen ist. Soviel mir bekannt ist, soll die Mittelschule eigentlich eine abgeschlossene Schule für bestimmte Kreise sein. Nun wird das durch die Zweiteilung mit dem Einjährig-Freiwilligen-Examen verkoppelt. Das, glaube ich, würde der Schule selbst nur Abbruch tun; sie muß eine in sich abgeschlossene Bildung geben. Dagegen würde ich es für ein Unglück für die Schule halten, das Einjährig-Freiwilligen-Examen als dasjenige hinzustellen, was für die Schule das Ziel sein soll. Ich glaube übrigens auch nicht, daß es nötig wäre, uns sofort mit der Zweiteilung festzulegen. Wir können ja erst einmal mit der wirklichen Mittelschule beginnen, und wenn es sich gezeigt haben sollte, daß eine größere Anzahl der Schüler wünschen, in die Realschule überzugehen, können wir immer noch die Zweiteilung einrichten. Doch möchte ich das nur als eine Anregung betrachtet wissen, denn selbstverständlich steht mir in den Sachen nicht die weite Erfahrung zur Verfügung, wie sie die Schuldirektion haben wird. Ich möchte aber noch die Frage aufwerfen: Hat sich die Zweiteilung und Verkoppelung mit dem Einjährig-Freiwilligen-Examen anderwärts so bewährt, daß wir sie sofort einführen können und es nicht besser schiene, die Mittelschule an sich vorerst einzuführen. Wenn ich auch den letzteren Weg für den richtigeren halte, so würde ich aber an diese Bedingung nicht etwa meine Zustimmung knüpfen, sondern halte die Mittelschule auch mit einer Zweiteilung für wünschenswert.

Noch eine Differenz ist mir aufgestoßen. In dieser zweiten Abteilung soll eine zweite Fremdsprache gelehrt werden, nämlich: Englisch fakultativ. Daraus ist zu schließen, daß in der ersten Abteilung Französisch gelehrt werden soll was auch daraus hervorgeht, daß gesagt ist: Für Englisch haben wir augenblicklich keine Lehrkräfte. Wenn meine Folgerung zutrifft, so würde ich den Entschluß bedauern. Ich glaube, für den Zweck der Schule, für das praktische Leben ist die englische Sprache ganz unverhältnismäßig wichtiger als die französische. Es gehen viele aus der Mittelschule ins Ausland und da sind alle unsere Verbindungen nach englisch sprechenden Ländern weit umfangreicher als nach französisch sprechenden. Mit Englisch finden unsere Schüler viel leichter ihr Fortkommen als mit Französisch. Es sind nur ganz wenige, die ihr Französisch anwenden können, aber eine Unmasse, die Englisch gebrauchen. Nehmen Sie allein die Schiffsfahrtsverhältnisse! Ich würde deshalb absolut dafür sein, daß nicht Französisch, sondern Englisch eingeführt wird, und möchte das zur Erwägung stellen.

Herr Schuldirektor Prof. Dr. R e h f u h (als Magistratskommissar): Ich möchte zunächst auf einige Ausführungen des Herrn Dr. Jasper, betreffend die

Lehrkräfte, erwidern. In den Bestimmungen über die Neuordnung des Mittelschulwesens in Preußen ist ausdrücklich gesagt, daß alle Lehrer auf der Mittel- und Oberstufe für die Mittelschule geprüft sein sollen. Wir haben am Orte geprüfte Mittelschullehrer nicht, wohl aber sind im Herzogtume einige vorhanden, die man für unsere Zwecke wohl würde heranziehen können. Daran, Mittelschullehrer aus Preußen kommen zu lassen, ist nicht gedacht; ich glaube auch versichern zu können, daß bis zu dem Zeitpunkte, wo wir sie nötig haben werden, genügend Lehrkräfte aus Braunschweig vorhanden sein werden, einstweilen müssen wir uns damit begnügen, pro rectoratu geprüfte Lehrer zu verwenden. Es ist kein Zweifel, daß diese Prüfung der Mittelschullehrerprüfung in Preußen gleichgestellt werden kann, um so mehr, als die Bestimmungen für die hier abzulegende Prüfung pro rectoratu, auch was die Forderungen in den einzelnen Lehrfächern betrifft, wörtlich denen angeglichen sind, die in Preußen für das Mittelschullehrerexamen bestehen. Es ist wohl auch gefragt worden, ob man nicht tüchtige Lehrer, die die Mittelschullehrerprüfung nicht abgelegt haben, an den Mittelschulen verwenden könnte. Ich bin sehr wohl der Meinung, daß wir eine große Anzahl tüchtiger Lehrer haben, die ohne weiteres den Unterricht — vielleicht abgesehen von dem fremdsprachlichen — an der Anstalt erteilen könnten, und ich würde gar kein Bedenken tragen, diesen Lehrern auch den Unterricht zu übergeben. Aber es wird erwartet werden müssen, daß in Preußen mit der Absolvierung der Mittelschule eine Anzahl von Berechtigungen verbunden werden wird, und ich glaube nicht, daß wir für unsere Schule diese Berechtigungen erlangen würden, wenn wir in dem Lehrmaterial nicht auch den Bestimmungen der preußischen Vorschriften folgten. Das ist der Grund, weshalb wir nur geprüfte Mittelschullehrer und pro rectoratu geprüfte Lehrer verwenden dürfen.

Was die vorgeschlagene Zweireihigkeit der Schule betrifft, so möchte ich hervorheben, daß eine eigentliche Zerteilung gar nicht stattfinden soll. Gemeint ist nur, daß Parallellassen vorhanden sein sollen, aber nicht, daß der Lehrplan der einen Abteilung vollkommen abweicht von dem der andern. Was Mittelstufe und Unterstufe anbetrifft, so würde der Lehrplan für beide Abteilungen vollkommen übereinstimmen. Nur in der Oberstufe würde eine Abteilung neben dem obligatorischen Unterricht auch noch fakultativen in der zweiten Fremdsprache erhalten. Wer nicht daran teilnehmen will, wird auch nicht dazu gezwungen. Vielleicht würde allerdings, um den Uebertritt in die Untersekunda der Oberrealschule zu ermöglichen, es notwendig sein, daß in der obersten Klasse auch der Unterricht in der Mathematik anders gestaltet würde, entsprechend dem Unterricht der Obertertia in der Oberrealschule. Die weiteren Möglichkeiten, welche die neuen preußischen Bestimmungen für den Ausbau der

Mittelschule noch lassen: Vorbereitung für das Gymnasium und Realgymnasium, Vorbereitung für den Handelsstand, haben wir von vornherein ausgeschlossen, um eine Vielgestaltigkeit der Schule nach Möglichkeit zu vermeiden. Aber den Uebergang auf die Realschule glaubten wir doch offen halten zu sollen. Denn wer mehrere Jungen hat, wird wegen der größeren Billigkeit vorziehen, sie zunächst die Mittelschule besuchen zu lassen. Oftmals wird dann der Wunsch vorliegen, den Kindern nachher eine weitere Ausbildung zu geben. Um diese Möglichkeit offen zu lassen, wird es genügen, daß wir den fakultativen Unterricht in der zweiten fremden Sprache einrichten.

Was die Wahl des Französischen anbetrifft, so ist das geschehen zuerst mit Rücksicht darauf, daß wir einstweilen Lehrer für die andere Fremdsprache nicht haben, dann aber mit Rücksicht darauf, daß die Möglichkeit des Uebergangs auf die Untersekunda der Ober-Realschule offengehalten werden soll. Die Grundsprache in der Realschule ist Französisch, und durch fakultativen Unterricht in den beiden obersten Klassen der Mittelschule würden wir niemals dasselbe Ziel erreichen können, das auf der Realschule im Laufe von fünf Jahren erreicht wird, und der Uebertritt in diese würde dann kaum möglich sein. Ich glaube jedoch, daß später, wenn die Klassen, die zunächst getrennt sind, einmal in einem Gebäude vereinigt werden, es sich wohl machen läßt, daß in der einen Abteilung wenigstens die Grundsprache Englisch wird. In den neuen Bestimmungen ist übrigens auch darauf hingewiesen, daß es wünschenswert sei, das Englische als Grundsprache zu wählen, und dem stimme ich auch vollkommen zu. Einstweilen liegt es bei uns an den Verhältnissen, die uns bewogen haben, Französisch für die neue Mittelschule zugrunde zu legen.

Herr Sander: Auch mir ist die Vorlage äußerst sympathisch. Die Bedenken, die vorgebracht sind, kann ich nicht teilen, mir ist die Begründung des Magistrats ausschlaggebend gewesen, für die Sache zu stimmen. Ich nehme gar keinen Anstoß daran, daß wir so mancherlei verschiedene Schularten haben, im Gegenteil, ich halte das nicht für unvorteilhaft. Die Auswahl desjenigen, wozu man den Jungen vorbereiten will, kann man auf diese Weise treffen, wie man will. Es ist selbstverständlich, daß der künftige Handwerker nicht die Schulen zu besuchen braucht, die derjenige aufsuchen muß, der studieren will. Sehr angenehm hat mich berührt, daß nur befähigte Schüler in diese Schule aufgenommen werden sollen und nicht Ballast. Das ist für meine Zustimmung mit ausschlaggebend gewesen. Was die Sprachen anbetrifft, stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Stadtv. Frühling. Ich halte es auch für viel richtiger, daß als obligatorischer Unterricht gleich von vornherein Englisch eingeführt wird, denn im Geschäftsleben ist Englisch wichtiger als Französisch. Auch in den Kreisen,

denen ich nahestehe, hat man die Vorlage mit Freuden begrüßt; es wird dadurch einem lange gefühlten Bedürfnisse abgeholfen.

Herr F r e d e: Nach den sympathischen Aeußerungen, die hier für die Vorlage verlautet sind, kann man annehmen, daß man sich damit abfinden muß, daß die mittlere Bürgerischeule allmählich zugunsten dieser neuen Gattung verschwinden wird. Ob das bedauert werden muß, möchte ich dahingestellt sein lassen. Ein Punkt ist bisher nicht berührt, das ist die Frage der Vorschulen. Ich möchte diese Frage hier aufrollen und würde mich freuen, wenn die Bedenken, die ich in dieser Richtung habe, beschwichtigt werden könnten. So ohne weiteres ist ein Verweis auf Preußen nicht angängig. Es wurde bemerkt, daß in Preußen durchweg sechsklassige Volksschulen bestehen und da kann man sehr wohl der Ansicht sein, daß zwischen diesen und den höheren Schulen ein Mittelglied berechtigt ist. In unserer Stadt ist das sicher nicht in dem Maße der Fall, da wir sieben- und achttufige Schulen haben, von welchen beiden in der Magistratsvorlage gesagt wird, daß sich diese Einrichtung durchaus bewährt hat. Trotzdem hat man den Vorschlag gemacht, eine Mittelschule einzurichten, weil der preußische Unterrichtsminister kürzlich einen Erlaß hat ergehen lassen, welcher die Einrichtung von Mittelschulen unter Bezugnahme auf gewisse Veränderungen im gewerblichen Leben empfiehlt. In Preußen besteht die sechsklassige Volksschule durchweg und die Mittelschule kann da berechtigt erscheinen. Es ist jedoch nicht überall entschieden, daß man sie für berechtigt hält, in Berlin z. B. soll keine Mittelschule bestehen, aber man kann das ja anerkennen. Die Folge jedoch von diesen Zuständen in Preußen sind die dortigen Vorschulen. Diese müßten aber von uns unter allen Umständen bekämpft werden, weil schultechnische Gründe dagegen sprechen und, wenn ich an braunschweigische Verhältnisse denke, wir es sehr zu bereuen hätten, wenn nicht alle Kinder durch die Bürgerischeule geführt werden. Es ist auch vom sozialen Standpunkte aufs wärmste zu begrüßen, daß das hier bei uns so ist, und das ist unser Stolz bisher gewesen. Ich fürchte, daß sich das in der Folge nicht mehr so machen lassen wird. Wir haben dadurch erreicht, daß das Interesse aller Bevölkerungskreise an den Bürgerischenulen erhalten geblieben ist und daß die Eltern in den ersten vier Schuljahren ihrer Kinder sich überlegen konnten, ob sie ihre Kinder für befähigt hielten oder nicht. Das ist sehr wenig möglich bei den Vorschulen in Preußen, die meist mit der höheren Schule organisch verbunden sind und die Kinder in drei Jahren der höheren Schule zuführen.

Wenn gesagt wird, die Mittelschule soll ihr Schültermaterial aus der mittleren Bürgerischeule nehmen, so befürchte ich, daß die Mittelschule einen solchen Andrang bekommen wird, daß in Kürze eine große Anzahl Mittelschulen entstehen und die mittleren Bürgerischenulen abnehmen werden, so daß die kleine Zahl der



noch bleibenden mittleren Bürgerschulen gar nicht mehr in stande sein wird, noch Schülermaterial für die höheren und die Mittelschule zu liefern. Dadurch würde dann das Institut der Vorschulen hervorgerufen werden. Das würde ich lebhaft bedauern und wenn es eine Möglichkeit gibt, die diese Bedenken aus dem Wege räumt, so würde ich dafür dankbar sein.

Die andern Punkte, die ich berühren wollte, scheinen mir nicht von geringerer Bedeutung zu sein. Es war erwähnt, daß besonders das Handwerk auf diese Mittelschule zurückgreifen solle. Ich glaube nicht, daß die Hoffnungen, die sich in dieser Beziehung an die Mittelschule knüpfen, sich erfüllen werden. In ähnlicher Weise wurde die Fortbildungsschule begründet. Ich glaube, daß der Gang von der mittleren Bürgerschule durch die Fortbildungsschule den Handwerkerfreien eine genügende Ausbildung verbürgt. Im übrigen sind genug Klagen aufgetreten, daß die mittleren Bürgerschulen schon dem Handwerk nicht genügend Zufluß geben, und ich befürchte, daß die Mittelschule das noch in geringerem Maße tun wird. Die Bildung in den Mittelschulen wird mit dem 15. oder 16. Jahre abgeschlossen, und ich glaube nicht, daß die Jungen dann noch Lust haben, sich dem Handwerk zuzuwenden.

Seite 7 der Magistratsvorlage wird die Frage des Uebergangs der begabteren Böglinge aller Bürgerschulen angeschnitten. Wenn die begabteren Böglinge aller Bürgerschulen der Mittelschule zugeführt werden sollen, dann wird die beabsichtigte Einrichtung von zwei Mittelschulklassen an Umfang gar nicht ausreichen, dann hätte man von vornherein auf Mehr Bedacht nehmen müssen. Es ist auch eine eigene Sache, die Begabung so junger Kinder festzustellen. Drei Jahre soll jeder in der mittleren Bürgerschule sein und dann soll schon ausgesucht werden können. Ich muß aufrichtig gestehen, daß ich mir nicht zutrauen würde, die Begabung da schon zu konstatieren. Die Kinder ändern sich in diesen jungen Jahren oftmals schon in einer Klasse in ganz unvorhergesehener Weise.

Herr Lübke: Es ist von allen Seiten so viel Zustimmung zu der Vorlage ausgesprochen, daß ich bitten möchte, die kleinen Bedenken zurückzustellen. Im allgemeinen scheint es doch, daß die Errichtung dieser Schulabteilung außerordentlich sympathisch begrüßt wird. Dem möchte ich mich anschließen, und zwar hauptsächlich um deswillen, weil diese Mittelschule zweifellos eine Entlastung der höheren Schulen von Ballast herbeiführen wird. Bedenken Sie, wieviel Schüler aus den Bürgerschulen auf die höheren Schulen übergehen und wie wenig das Ziel der höheren Schulen erreichen. Raum ein Drittel oder ein Viertel erlangt die volle Reife auf diesen Schulen, und die aus den mittleren Klassen der höheren Schulen abgehen, haben weniger als eine halbe Bildung.

Für unsere bürgerliche Bildung, für die Kreise von Handel und Industrie ist es wertvoll, daß die Jungen, mögen sie bis zum „Einjährigen“ kommen oder nicht, eine abgerundete, für das bürgerliche Leben brauchbare Bildung haben. Für diesen Teil unserer Bevölkerung scheint die Mittelschule ein gangbarer Weg zu sein. Nicht allein das spricht für die Errichtung der Mittelschule. Ich habe die Empfindung, daß die Entwicklung nach oben auch für den begabten Schüler, der aus der unteren Bürgerschule kommt, voll gewahrt ist. Er kann in die Mittelschule kommen, und zeigt sich dann, daß er Gaben hat, so ist es keine Schwierigkeit, ihn in die Oberrealschule zu bringen und ihm dort die volle Reife zu verschaffen. Das war bisher nicht der Fall und insofern füllt die neue Schule eine Lücke aus. Mit lebhafter Freude begrüße ich, daß die Möglichkeit geschaffen ist, daß die Kinder eine zweite Fremdsprache lernen, daß der Begabte sich an der andern fakultativen Sprache beteiligen kann. Damit ist ihm eine Entwicklungsmöglichkeit für sein ganzes Leben offen. Die Bedenken des Herrn Stadtv. Frühlings kann ich nicht teilen, ich glaube, der Magistrat hat mit der Vorlage das Richtige getroffen. Ich glaube, daß diese Gattung der Schulen sehr bald die mittleren Bürgerschulen an die Seite drücken wird, daß es die Gattung Schule sein wird, die der Mittelstand zu der seinigen erwählt.

Wenn die Schule aber von allen Seiten warm begrüßt ist, dann sollte man nicht mit kleinen Bedenken die Sache aufhalten, sondern heute schon der Vorlage zustimmen. (Sehr richtig!) Der Herr Oberbürgermeister hat mit Recht gesagt, daß es ein Unterschied ist, ob wir die Sache beschleunigen oder verzögern. Man hält mit langem Zögern die junge Generation um ein Jahr von der Schule zurück. Die Bedenken meines Herrn Vorredners wegen der Vorschule kann ich nicht teilen. Es ist schon jetzt möglich, daß die Kinder nach dreijährigem Besuche der mittleren Bürgerschule auf die höheren Schulen übergehen. Ich kenne eine ganze Reihe Knaben, die das gemacht haben. Da ist keine Schwierigkeit und die unteren Klassen der mittleren Bürgerschulen brauchen nicht in Vorschulen umgewandelt zu werden. Ich möchte warm dafür eintreten, die Sache nicht aufzuschieben, sondern zu beschließen: Wir genehmigen die Vorlage, die der Magistrat uns vorgelegt hat.

Herr Oberbürgermeister *Reinemeyer*: Nachdem sämtliche Redner außer Herrn *Frede* sich für die Vorlage ausgesprochen haben, darf sich der Magistrat wohl der Hoffnung hingeben, daß die Sache in der nächsten Sitzung von Ihnen angenommen wird. — (Zuruf: Heute!)

Wir werden die Sache wohl noch zur rechten Zeit fertig bekommen. — Da wäre es für den Magistrat von großer Bedeutung, wenn die eine Frage, die ohne Zweifel sehr wichtig ist und die Herr *Baurat Frühlings* aufgeworfen hat, durch

Ihre Beschlußfassung geklärt würde. Wir haben es vollständig in der Hand, wie wir die Schule einrichten wollen, und können wählen zwischen Englisch und Französisch. Nur beide Sprachen einzuführen ist nicht angängig. Welche von beiden Sprachen ist Ihnen die wichtigere? Wenn Sie vollständig auf die Möglichkeit verzichten, daß die Schüler von der Mittelschule demnächst unter verhältnismäßig leichten Umständen in die Oberrealschule aufgenommen werden, dann könnte man sich mit Englisch durchaus einverstanden erklären. Dann ist das Ziel: den Knaben eine gewisse abgeschlossene Bildung zu verschaffen, die für eine große Zahl von Berufen und Stellungen durchaus genügt. Ich sollte aber meinen: Wenn man die Sache so macht, wie der Magistrat vorschlägt, dann schadet das schließlich nichts. Der Unterricht im Englischen wäre dann ähnlich, als wenn junge Leute, die besondere Begabung haben und weiter wollen, Privatstunden nehmen, nur daß die Stadt den Unterricht im Englischen unentgeltlich nebenher erteilen läßt. Es ist das genau so, wie es auf der Oberrealschule schon jetzt mit dem Lateinischen ist. Das mögen sich die Herren bis zur nächsten Sitzung überlegen, in der eventl. Herr Baurat Frühling einen Antrag zu stellen hätte. Bei der Auswahl ist nicht außer Betracht zu lassen, daß der Unterricht im Französischen mehr Lehrthätigkeit als der im Englischen erfordert; die englische Sprache ist jedenfalls leichter im Nebenunterricht zu erlernen als die französische. Das würde bei der Wahl der Fremdsprache doch von Ausschlag sein müssen.

Herr Frühling: Ich möchte nur noch ein paar Worte hinzufügen. Die Erklärungen des Herrn Schuldirektors und das, was der Herr Oberbürgermeister mitgeteilt hat, lassen meine Befürchtungen, daß die Schule sehr stark beeinflusst werden wird durch die Rücksicht auf die Erreichung des Einjährigen-Examens, noch deutlicher erscheinen als zuerst. Der Herr Schuldirektor sagt: Die Schule muß Französisch wählen, weil sonst in der kurzen Zeit sich nicht der Anschluß für die Oberrealschule gewinnen läßt. Das bestärkt mich in meiner Anschauung, daß es besser ist, wir lassen diesen Hinblick auf das Einjährigen-Examen ganz heraus und gründen eine in sich abgeschlossene Mittelschule. Es steht dann dem gar nichts im Wege, daß man in den Oberklassen auch fakultativen Unterricht erteilt. Aber wenn wir die Anstalt zweiteilig machen, ist zu vermuten, daß der übrige Unterricht in der Oberstufe durch den Zwei-Sprachen-Unterricht sehr beschränkt wird, um Zeit für diese Sache zu gewinnen. Wenn das nicht der Fall sein sollte, hätte ich auch nichts dagegen einzuwenden. Soweit ich unterrichtet bin, besteht in Preußen jetzt eine energische Bestrebung, um für die Mittelschulen die Berechtigung zu erlangen, daß die Schüler nach Absolvierung dieser Schule sofort das Einjährigen-Examen machen können. Das war bis jetzt erst mit einem Alter von 17 Jahren möglich, die von der Mittelschule abgehen, sind aber

nur 15 Jahre alt. Auch mit Rücksicht auf diese Bestrebungen ist es wünschenswert, daß wir unsere Einrichtung nicht auf ein solches Ziel lenken, das mit der Schule an und für sich nichts zu tun hat, das aber sehr leicht dazu führt, daß das richtige Schulziel vernachlässigt wird. Ich muß mir deshalb vorbehalten, in der nächsten Sitzung einen derartigen Antrag zu stellen. Ich hätte auch nichts dagegen, daß die Sache dadurch geregelt wird, daß wir den Magistrat bitten, die Sache noch einmal zu erwägen, und wir erst bei der demnächstigen Vorlage des Statuts oder der Ordnung, die Sache weiter erörterten.

Vorsitzender: Ich handle wohl in Ihrem Sinne, wenn ich nur noch dem Herrn Schuldirektor das Wort erteile und wir dann für heute diesen Punkt verlassen. (Zustimmung.)

Herr Jasper (zu einer Anfrage): Würde es schultechnisch möglich sein, erst in einem späteren als dem 3. Schuljahre die Abzweigung nach der Mittelschule eintreten zu lassen und dennoch das gleiche Lehrziel zu erreichen?

Herr Schuldirektor Prof. Dr. Nehfuh: Auf die Ausführungen des Herrn Baurat Frühling möchte ich kurz erwidern: Ein fakultativer Unterricht im Französischen würde in einer Oberklasse der Mittelschule nach meiner Ueberzeugung zwecklos sein, denn er würde so viel Zeit erfordern, daß deswegen der andere Unterricht eingeschränkt werden müßte. Das ist bei dem fakultativen Unterricht im Englischen nicht der Fall.

Dann möchte ich doch dem vorbeugen, daß etwa die Meinung aufkäme, der geplante Unterricht zielle einzig und allein auf Erreichung des Einjährigen-Scheines ab. Das ist weder die Meinung im Magistrat noch im Schulvorstande gemeinen. Wenn der Uebergang auf die Oberrealschule mit als Möglichkeit vorgeschwebt hat, so ist besonders das dabei in Rücksicht genommen, daß es begabten Kindern von nicht begüterten Eltern ermöglicht werden soll, später sich eine weitergehende Bildung über das Einjährigen-zeugnis hinaus zu verschaffen. Uebrigens hat nach Zeitungsberichten der Kriegsminister in Preußen sein Einverständnis damit erklärt, daß Schüler der Mittelschulen ohne weiteres vor der Kommission die Prüfung ablegen könnten.

Was die Anfrage des Herrn Dr. Jasper, die spätere Abzweigung von der Bürgerschule betreffend, anlangt, so ist eine solche Maßnahme unmöglich, weil der fremdsprachliche Unterricht mit dem 4. Schuljahre einsetzt.

(Schluß der ersten Lesung.)

## XI. Umwandlung der städtischen Mädchenschule in eine Mittelschule.

Auf Antrag des Schuldirektors Prof. Peters hat der Schulvorstand der gehobenen Mädchenschulen beschlossen, die Umwandlung der städtischen Mädchenschule an der Heydenstraße in eine Mittelschule zu empfehlen. Die Gründe, welche die Einrichtung von Knabenmittelschulen geboten erscheinen lassen, sprechen — wie der Magistrat schreibt — auch für Schaffung einer Mädchen-Mittelschule, denn auch an das erwerbstätige weibliche Geschlecht werden heute vielfach Anforderungen gestellt, denen durch die Volksschulbildung nicht genügt wird. Nun sind zwar die Lehrziele der jetzigen städtischen Mädchenschule annähernd die gleichen wie die in Preußen für die Mittelschulen festgestellten, aber einerseits sind die letzteren neunstufig, während die städtische Mädchenschule in zwei Reihen nur je acht aufsteigende Klassen hat, und andererseits erscheint es schon wegen des Berechtigungswezens, das sich, soviel die Aufnahme in Reichs- und Staatsverwaltungen betrifft, immer mehr auch bei den gehobenen Mädchenschulen auszudehnen beginnt, geboten, die Mädchenschule in bezug auf Lehrziele, Lehrgang und Aufbau der preussischen Mädchenschule tunlichst gleich zu gestalten.

Daneben wird es sich empfehlen, durch Einrichtung wahlfreien Unterrichts in Mathematik und Englisch den begabteren Schülerinnen den Uebergang in die Oberstufe der höheren Mädchenschule und das Lehrerinnenseminar zu ermöglichen, wodurch einerseits eine Entlastung der stark besetzten Unterklassen der höheren Mädchenschule erzielt und andererseits den weniger bemittelten Einwohnern die Auswahl unter den beiden gehobenen Mädchenschulen bei der Einschulung ihrer Kinder erleichtert werden wird.

Durch diese Umformung würden wesentliche Mehrkosten überhaupt nicht erwachsen. Der wahlfreie Unterricht würde nebenamtlich von geeigneten Lehrern gegen entsprechende Vergütung, ähnlich wie an der Oberrealschule der Unterricht in der lateinischen Sprache erteilt werden können.

Durchaus wünschenswert erscheint es dem Stadtmagistrat endlich noch, den Haushaltungsunterricht auch an dieser Stelle einzuführen, doch würden die entsprechenden Räume, voraussichtlich im Kellergechoß, erst noch herzurichten sein.

Der Stadtmagistrat ist der Ansicht, daß es sich, wie bei der ins Leben zu rufenden Knabenmittelschule, empfehlen werde, auch die Rechtsverhältnisse der Mädchenmittelschule durch städtisches Statut zu ordnen, zur Umwandlung der Schule in eine Mittelschule aber schon zu Ostern d. J. durch entsprechende Aenderung des Lehrplans ohne Verzug die Genehmigung des Herzogl. Konsistoriums einzuholen. Wenn diese erteilt wird, woran zu zweifeln der Magistrat keinen Grund hat, so wird beabsichtigt, die beiden bisherigen 8. Klassen (je etwa

23 Schülerinnen) zu einer zu vereinigen und eine neue neunte Klasse einzurichten.

Der Magistrat gibt den Stadtverordneten anheim, diesen Vorschlägen zuzustimmen.

Herr Kleinknecht erstattet über die Vorlage namens der Schulkommission Bericht und bemerkt weiter:

Der Uebergang von der städtischen Mädchenschule nach der höheren Mädchenschule war bisher ziemlich schwer und ist infolgedessen nicht häufig vorgekommen, in den letzten Jahren vielleicht nur in 5 bis 7 Fällen, in früheren Jahren wohl etwas öfter. Da der Uebergang in Zukunft erleichtert würde, so würde es den Eltern ermöglicht, ihre Kinder in den ersten Schuljahren in die billigere Mittelschule zu bringen und so Vorteile in pekuniärer Weise zu erlangen, ferner aber würden auch die unteren Klassen der höheren Töchterschule etwas entlastet. Die Ueberfüllung ist dort ziemlich hochgradig, und Kinder unter 6 Jahren werden in die höhere Mädchenschule jetzt eigentlich überhaupt nicht mehr aufgenommen, weil der Andrang zu groß ist. Durch die Entlastung der Schule in den unteren Klassen würde vielleicht die Notwendigkeit erspart, schon in den nächsten Jahren eine zweite höhere Töchterschule zu erbauen. Durch die beabsichtigte Einrichtung des Haushaltsunterrichts in der städtischen Mädchenschule würde auch der größte Teil der Wünsche des Herrn Stadtv. Kalms befriedigt werden. Die Schulkommission empfiehlt Ihnen, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

## **XII. Anordnung offener Bauweise für die verlängerte Bammelsburgerstraße.**

Herr Rieke (namens der Baukommission): Es ist noch darüber Beschluß zu fassen, bis zu welcher Grundstückstiefe die Gebäude in der verlängerten Bammelsburgerstraße nur in Abständen voneinander errichtet werden dürfen. Der Magistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich nachträglich damit einverstanden zu erklären, daß dies Maß, der bisherigen Gepflogenheit entsprechend, auf 15 m festgesetzt wird. Die Baukommission schließt sich dem Wunsche an.

Die Zustimmung wird durch die Versammlung erteilt.

## **XIII. Instandsetzung des Platzes vor der St. Jakobikirche.**

Dem Stadtmagistrate sind von der städtischen Bauverwaltung die Pläne und Kostenanschläge für Instandsetzung des Platzes vor der St. Jakobikirche zugegangen. Die Kosten betragen danach: 1. für den neu auszubauenden öffent-

lichen Platz: a) Grunderwerbskosten 10 100 *M*, b) Baukosten 10 500 *M*, c) voraussichtlicher Einheitsbeitrag der Anlieger 245 *M* für jedes Meter Frontlänge.  
 2. Für den in Privatbesitz der Kirche übergehenden Platz: Baukosten 3100 *M*.  
 3. Für die vor der St. Jakobi-Kirche gelegene Teilstrecke der Goslarischenstraße: Baukosten 5100 *M*.

Da für die Befestigung der letztgedachten Fläche mit Kleinpflaster bereits eine Summe von 3400 *M* unter den Mitteln zur Unterhaltung der außerstädtischen Straßen im Jahre 1910/11 vorgesehen ist, würde es nur einer Nachverwilligung von 1700 *M* hierfür bedürfen.

Von den unter 1. aufgeführten Kosten von 20 600 *M* werden 3414 *M* von der Stadt zu übernehmen sein, während 17 186 *M* durch die Anlieger zu decken sind. Hiervon entfällt auf den Kirchplatz der Betrag von 9702 *M*. Für den Kirchenbauplatz sind außerdem für die südliche Teilfläche, welcher mit Längen von 19,5 m und 20,85 m an die bereits früher ausgebaute Strecke der Goslarischenstraße angrenzt, Straßenkosten in Höhe von 2863,23 *M* zu entrichten.

Die Kirchenbaudeputation von St. Jakobi erklärt sich mit dem Entwurfe in jeder Beziehung einverstanden, gibt aber dem Wunsche Ausdruck, daß der für die Rettunginsel auf dem dreieckigen Platze von dem Architekten Krackisch entworfene kleine Brunnen mit Laternenaufsatz, der zur Verschönerung des Straßenbildes wesentlich beitragen würde, zur Ausführung gebracht wird, oder aber, sofern diese Anlage nicht sogleich sich sollte ermöglichen lassen, daß wenigstens die dazu dienlichen Vorkehrungen, soweit sie unter das Fahrbahnpflaster zu liegen kommen, zur Vermeidung eines kostspieligen späteren Aufbruchs des Pflasters sogleich getroffen werden.

Der Magistrat überreicht den Stadtverordneten Projekt und Kostenanschlag

- a) über den oberirdischen Ausbau des Platzes vor der St. Jakobi-Kirche an der Goslarischenstraße,
- b) über die Befestigung der an der Ostseite der Jakobi-Kirche belegenen, zum Kirchengrundstück gehörigen Platzfläche,
- c) über die Befestigung der Fahrbahn der Goslarischenstraße vor der Jakobi-Kirche,

ersucht, sie zu genehmigen und zur Ausführung von a) und b) die angeforderten Kosten von 20 600 *M* bzw. 3100 *M* zu Lasten des Extraordinariums, zur Ausführung von c) 1700 *M* zu Lasten des Kap. X, 3 des Ordinariums pro 1910/11 zur Verfügung zu stellen, und im Falle der Annahme der vorstehenden Anträge sich damit einverstanden zu erklären, daß der unter a) behandelte Platz zum Ortsplatz erklärt wird.

Herr **B u s c h** erstattet über die Vorlage Bericht und erklärt, daß die Baukommission sich mit ihr eingehend befaßt habe und sich mit den Vorschlägen des Magistrats einstimmig einverstanden erklärt habe. Redner empfiehlt daher Annahme der Vorlage.

Herr **B u n g e**: Ich möchte bei der Gelegenheit bitten, in erster Linie darauf Bedacht zu nehmen, daß die Straßenstrecke von der Jakobi-Kirche bis zur Chemnitzstraße in einen bessern Zustand gesetzt wird, und zwar so bald als möglich. Unbedingt notwendig ist es, daß die großen tiefen Löcher in der Fahrbahn, wenn auch die übrige Sache noch zurückgestellt wird, zugeschüttet werden. Die Strecke ist für Milchwagen und Flaschenbierwagen kaum zu passieren. Selbst wenn die Flaschenbierwagen langsam gefahren sind, ist es vorgekommen, daß Kasten mit Flaschen vom Wagen heruntergefallen sind. Für Radfahrer ist die Strecke geradezu gefährlich. Deshalb bitte ich darum, daß hier in den nächsten Tagen schon etwas geschieht.

Herr **F r e d e**: Diese Anregung des Herrn Stadtv. Bunge möchte ich dringend unterstützen. Ich bin durch die Straße gegangen und muß sagen, daß es nicht zu begreifen ist, warum die Strecke bis zur Chemnitzstraße nicht mit Kleinpflaster belegt wird. Es herrschen dort wirklich schlimme Zustände.

Die Instandsetzung des Platzes vor der St. Jakobi-Kirche nach den Vorschlägen des Magistrats wird genehmigt und die angeforderten Mittel bewilligt.

#### **XIV. Aenderung der Fluchtlinie eines Teiles der Schöppenstedterstraße und Verkauf von Straßenterrain derselben Straße.**

Herr **F r ü h l i n g**: Der Allgemeine Konsum-Verein hat auf der Schöppenstedterstraße drei Grundstücke (Nr. 45, 46, 47) erworben, um hier ein Geschäfts- und Wohnhaus zu errichten, und bittet, damit für diese drei Grundstücke eine gerade Baufluchtlinie festgesetzt werden kann, um Genehmigung einer neuen Fluchtlinie. Nach dem Berichte der städtischen Bauverwaltung ist die Sache unbedenklich. Es müßte dann eine kleine Fläche von  $21\frac{1}{2}$  qm an den Konsumverein seitens der Stadt abgetreten werden. Der Stadtmagistrat schlägt vor, auf den Antrag des Konsumvereins einzugehen und bittet die Versammlung, sich einverstanden zu erklären, daß die Baufluchtlinie durch eine neue ersetzt wird und die  $21\frac{1}{2}$  qm zum Preise von 65 *M* pro qm an den Allgemeinen Konsumverein verkauft werden. Die Baukommission ist damit einverstanden, würde aber auch damit einverstanden sein, wenn mit dem Preise bis auf 55 *M* für das Quadratmeter heruntergegangen würde, damit hierdurch nicht ein Präzedenzfall



geschaffen wird, wenn einmal die Stadt wegen Straßenbaus hier Terrain erwerben muß.

Die Versammlung erklärt sich mit den Vorschlägen der Baukommission einverstanden.

## **XV. Antrag Frede: Ergänzung der Wohnungsaufsicht in der Richtung der Wohnungspflege.**

Der Antrag lautet: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf eine Ergänzung der bestehenden Wohnungsaufsicht in der Richtung der Wohnungspflege Bedacht zu nehmen und die Ausübung dieser Tätigkeit tunlichst einer weiblichen Kraft zu übertragen.

Herr Frede (zur Begründung): Die Bestrebungen, auf die ich hier verweisen möchte, stehen in enger Beziehung zu dem vorhin behandelten Antrage Kleinfnecht; mein Antrag bildet gewissermaßen eine Ergänzung zu demselben, denn auch durch ihn soll prophylaktisch gewirkt werden. Die Wohnungspflege und weiterhin die Wohnungsfürsorge bildet einen Teil der Wohnungsaufsicht, wie sie auch bei uns besteht. Da, wo die Wohnungspflege ausgeübt wird, wurde sie veranlaßt durch vielfach betrübende Ergebnisse der Wohnungsinpektion. So meldet z. B. der Bericht des Wohnungsinpektors in Meß Iakoniß: „Aus 727 Wohnungen wurde Schmutz und Unrat entfernt, aus 22 Wohnungen das Ungeziefer.“ Nun könnte man sagen: „Das kommt wohl nur in Meß vor?“ Das ist aber nicht der Fall. So berichtet z. B. das städtische Wohnungsamt der schönen Stadt Dresden: „Bei 156 Anzeigen über Feuchtigkeit der Wohnung wurde in 110 Fällen unpfleghche und unsachgemäße Behandlung seitens der Mieter festgestellt,“ ferner: 107 Wohnungen wurden sehr schmutzig vorgefunden und mußten gesäubert werden, 31 mit Ungeziefer vorgefundene Wohnungen mußten gereinigt werden.“ Durch solche Berichte sind verschiedene Städte zu der Erkenntnis gekommen, daß die Wohnungsaufsicht, die sich vorwiegend nur auf den baulichen Zustand richtet, nicht genügt. Man hat der Wohnungsaufsicht die Wohnungspflege angegliedert und ist in einigen Städten auf den sehr glücklichen Gedanken gekommen, diesen Zweig der Wohnungsaufsicht weiblichen Kräften anzuvertrauen. In der Tat eignet sich die Frau hierfür mehr als der Mann, denn die Wohnungshaltung, das eigentliche Wohnen, ist doch Sache der Frau, und auf die Frau wirkt in diesem Punkte die Frau mehr als der Mann. Diese Art Wohnungsaufsicht wird keine Strafen verfügen, „sie wird,“ wie es in dem Berichte der Wohnungsinpektorin Fräulein Dr. Conrad in Worms heißt, „vorwiegend belehrend, aufklärend, anregend und fördernd sein, und hat sich allmählich auf die soziale Fürsorge auszudehnen.“ Fräulein Dr. Conrad ist fest-

angestellte Wohnungsinspektorin in Worms und hat nicht nur die Stadt, sondern den ganzen Kreis unter sich. Sie äußert sich weiter in ihrem Berichte in sehr anerkennender Weise über die Wohnungspflege, wie folgt: „Nach allem ist das Aufgabengebiet der Kreis-Wohnungsinspektorin keineswegs auf die Besichtigung von Wohnungen und Feststellung der Mängel beschränkt, sondern es ist ein sehr vielseitiges, ja, es handelt sich um Wohlfahrtspflege in weitem Umfange. Um recht mit Erfolg arbeiten zu können, ist allerdings eine pekuniäre Hilfe aus öffentlichen Mitteln nötig, doch ist nicht zu verkennen, daß auch eine Gefahr vorliegt: daß mit reichlicher Gewährung von Hilfe das Verantwortlichkeitsgefühl der Bevölkerung gemindert wird. Den Schwerpunkt wird die Kreis-Wohnungsinspektorin ohne Zweifel darauf zu legen haben, die Leute zu lehren und anzuleiten, sich selbst zu helfen. Und wer den Stolz, die Tüchtigkeit, ja, den Heroismus kennen gelernt hat, mit dem manche schwer heimgesuchte Familie trotz widrigster Umstände sich schlecht und recht durchzubringen versteht, der weiß, es geht, und die, welche nicht allein fertig werden, müssen es lernen, und dazu soll ihnen die Kreis-Wohnungsinspektorin die Hand bieten. Nicht die Leute verwöhnen und begehrlieh machen, sondern sie aus ihrer oft großen Lethargie aufrütteln und ihr Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber ihren Angehörigen zu stärken, das wird ihre schönste und vornehmste Aufgabe sein.“

Meine Herren! Das sind gute Worte. Ich will noch darauf hinweisen, daß in Viefelfeld die Wohnungspflege von acht Frauen im Ehrenamt ausgeübt wird unter Leitung der städtischen Baupolizei. Sie sollen und wollen „den Sinn für gesundheitlich und moralisch einwandfreie Wohnungshaltung erwecken und pflegen.“ Stuttgart ist in 210 Bezirke eingeteilt. Dort inspizieren „Pfleger“ im Ehrenamt unter Zuziehung von Bauverständigen und dem Stadtarzte. — Ich glaube, daß auch bei uns eine Ergänzung der Wohnungsaufsicht in der angegebenen Richtung erwünscht ist, zumal, da bei der großen Menge von kleinen Wohnungen mit mittelalterlichem Charakter in unserer Stadt auch vielfach unbefriedigende Zustände anzutreffen sein werden. Es dürfte auch hier mit verhältnismäßig geringen Mitteln viel Gutes erreicht werden können.

Der Antrag wird genügend unterstützt und der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

## XVI. Antrag Kalms: Einführung von Haushaltungsunterricht an sämtlichen städtischen Mädchenschulen.

Der Antrag lautet: Die Versammlung wolle beschließen, den Haushaltungsunterricht an sämtlichen städtischen Mädchenschulen, auch an den höheren, einzuführen.

Herr R a l m s (zur Begründung): Von Herrn Dr. Kleinfnecht haben wir schon gehört, daß der Schulvorstand der städtischen Mädchenschule beabsichtigt, den Haushaltungsunterricht dort einzuführen. Meiner Ansicht nach ist es notwendig, daß unsere höhere Mädchenschule in ihren Lehrplan ebenso wohl den Haushaltungsunterricht mit aufnimmt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mir gestatten, die Frage anzuregen, ob es nicht notwendig ist, den ganzen Lehrplan der höheren Mädchenschule bei der Aufnahme dieses Unterrichts mit zu revidieren. In meiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des Verkehrsvereins habe ich sehr oft gehört, daß es notwendig wäre, unsere höhere Mädchenschule etwas zu modernisieren; dazu gehört auch Aufnahme des Haushaltungsunterrichts. Wenn Herr Dr. Kleinfnecht äußerte, daß namentlich die unteren Klassen der höheren Mädchenschule überfüllt sind, so möchte ich sagen: die oberen sind es auch. Ich bitte also (es soll das nur eine Anregung sein), daß der Magistrat Gelegenheit nimmt, zu erwägen, ob nicht im Interesse der Fortentwicklung der höheren Mädchenschule und zum Wohle unserer Jugend der ganze Lehrplan zugleich mit revidiert werden könnte.

Der Antrag wird genügend unterstützt und der Schulkommission zur Vorberatung überwiesen.

Schluß der Sitzung gegen 3/4 8 Uhr.

---

# **Bericht**

über die

**Verhandlungen der vereinigten Versammlung**

des

**Stadtmagistrates und der Stadtverordneten**

**zu Braunschweig**

**in deren Sitzung am 19. Januar 1911.**

---

## **Tagesordnung:**

Beschwerden wegen der Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen. . . . . Seite 1

---

Herr Oberbürgermeister **Ketemeier** eröffnet und leitet die Verhandlungen.

Herr Stadtrat von **Frankenberg**: Es ist gesetzliche Vorschrift, daß bei Aufstellung der Wählerlisten für die Stadtverordneten-Wahlen die sämtlichen direkten Gemeindesteuern berücksichtigt werden müssen, die der einzelne Bürger zahlt. Nun ist der Bäckermeister **Reese**, Frankfurterstraße, hier, darüber beschwerdeführend vorstellig geworden, daß er in der Wählerliste der 3. Wählerklasse geführt würde, während er als Miteigentümer des ihm und seiner Ehefrau gemeinschaftlich gehörenden Hauses Frankfurterstraße 32 bei Zurechnung der von ihm entrichteten Gemeinde-Grundsteuer in die 2. Wählerklasse gehören würde. Die Deputation, die für Vorbereitung dieser Wähler-Beschwerden eingesetzt ist, hat sich mit dem Antrage des Herrn **Reese** beschäftigt und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß Herr **Reese** vollständig im Rechte ist. Es

war nicht berücksichtigt worden, daß die Hälfte der Gemeinde-Grundsteuer zu seinen Gunsten seiner Einkommen- und Gewerbesteuer mit hinzugerechnet werden mußte. Geschieht das aber, dann rückt Herr Reese, wie er wünscht, aus der dritten in die zweite Wählerklasse auf. Im Auftrage der Deputation möchte ich die vereinigte Versammlung bitten, der Beschwerde des Herrn Reese stattzugeben und ihm die Brücke zum Uebergange aus der dritten in die zweite Wählerklasse zu schlagen.

Herr Jasper: Dem Vorschlage der Deputation will ich nicht widersprechen; ich möchte mir nur die Anfrage erlauben, ob dadurch, daß dieser Wähler einer andern Klasse zugeteilt wird, eine Verschiebung in der Zusammensetzung der Wählerklassen eintritt. Nach der Städteordnung muß eine Drittelung des gesamten Einkommens aller Wähler eintreten, und es könnte der Umstand, daß p. Reese in die zweite Klasse kommt, dazu führen, daß der am wenigsten Besteuerte der zweiten Klasse in die dritte Klasse herüberzurücken müßte. Aus den ausgelegten Wählerlisten war eine Nachprüfung nicht möglich, ob und inwieweit eine Drittelung vorgenommen war. Ich glaube, daß die Auslegung der Wählerlisten insofern zu Bedenken Anlaß gibt.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die einzige Verschiebung, die stattfinden wird, wenn die geehrte Versammlung dem Antrage der Deputation folgt, ist eben die, daß Reese aus der dritten Wählerklasse in die zweite aufrückt. Die Deputation hat auch die Frage geprüft, ob etwa, wie der Herr Stadtv. Jasper meinte, nun dieser Schritt des Herrn Reese Folgen für eine größere oder kleinere Anzahl von Wahlberechtigten nach sich zöge. Die Deputation ist aber der Meinung, daß davon nicht die Rede sein könnte. Wenn das der Wille des Gesetzgebers gewesen wäre, dann wäre die geehrte Versammlung bei Beschlüssen, wie sie heute vor uns stehen, vor eine unlösbare Aufgabe gestellt; dann würde man niemals fertig mit Aendern und Revidieren der Wählerlisten. So, wie die Drittelung seitens des Stadtmagistrats vorgenommen ist, so muß die Einteilung erfolgen. Der Umstand, daß die vorliegende die einzige Beschwerde ist, die eingegangen ist, beweist ganz deutlich, daß die übrigen Wähler mit der Aufstellung einverstanden sind. Im übrigen kann Herr Stadtv. Jasper überzeugt sein, daß dabei nach den Bestimmungen des Gesetzes verfahren ist. — Ich bitte, lediglich diesem Antrage der Deputation stattzugeben.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Die Beratung ist geschlossen. Ich bitte die Herren, die dem Antrage entsprechen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen. — Ich schließe die öffentliche Sitzung.

(Schluß gegen 8 Uhr.)

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 23. Februar 1911.

### Tagesordnung:

I.	Errichtung einer Knaben-Mittelschule . . . . .	Seite 399
II.	Umbau des Neustadtrathhauses . . . . .	" 407
III.	Antrag des Deutsch-vaterländischen Arbeiter-Vereins auf Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns für erwachsene männliche Arbeiter . . . . .	" 407
IV.	Reparatur eines Badeofens in der 5. unteren Bürgerschule . . . . .	" 410
V.	Antrag des Stadtverordneten Frede auf Ergänzung der bestehenden Wohnungsaufsicht . . . . .	" 411
VI.	Gewährung eines Zuschusses an den Verkehrsverein . . . . .	" 422
VII.	Gewährung eines Zuschusses an den Verband reisender Kaufleute . . . . .	" 423
VIII.	Legung eines Abzugskanals in der projektierten Straße Nr. 31 . . . . .	" 424
IX.	Anschaffung eines Schwimmbaggers . . . . .	" 424
X.	Erhebung einer Feststellungsflagge wegen Verwendung von Straßenbau- kautionen . . . . .	" 424
XI.	Ausführung von Bauarbeiten im Ratskeller . . . . .	" 428
XII.	Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Roß- und Cellerstraße . . . . .	" 430
XIII.	Ankauf eines Grundstücks an der Pflegehausstraße . . . . .	" 437
XIV.	Erweiterung der städtischen Mädchenfortbildungsschule . . . . .	" 440
XV.	Ausbau der Straße 205 a . . . . .	" 444
XVI.	Stadtseitige Beteiligung an der Herausgabe eines Werkes . . . . .	" 444
XVII.	Aufnahme eines Prozesses . . . . .	" 446
XVIII.	Entwässerung eines städt. Spielplatzes an der Juliusstraße . . . . .	" 447
XIX.	Stadtseitiger Verkauf eines Böschungstreifens am Wendenringe . . . . .	" 448
XX.	Antrag Leue, östliche Ausmündung der Nordstraße betreffend . . . . .	" 448

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meher, die Stadträte von Frankenberg, Ronegen, Lord, Wagner, sowie als Kommissar des Magistrats der Schuldirektor Prof. Dr. Rehküh.

Entschuldigt die Herren Buchler, Bues, Henking, Jasper, Lübke, Ribbentrop, Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt: Meine sehr geehrten Herren! Am 10. d. Mts. ist unser verehrter Kollege Hermann Möhle aus dem Leben plötzlich geschieden, für seine Freunde und für alle, die ihn kannten, zu früh. Herr Möhle war, wie Sie wohl wissen, nur vier Jahre in unserer Mitte, aber die Zeit hat genügt, um — ich glaube das aussprechen zu dürfen — ihm hier eine Stellung zu schaffen, wie sie sich nicht leicht jemand in so kurzer Zeit schafft. Denn unser verstorbener Kollege war wie kaum jemand geeignet, an den Arbeiten im öffentlichen Leben teilzunehmen. Er besaß einen klugen Verstand, er besaß die Gabe, seinen Gedanken klaren Ausdruck zu geben, er besaß ein gesundes, starkes Rückgrat, seine Meinung zu vertreten, und dabei ein lebenswürdiges Wesen, das von vornherein ausschloß, daß sachliche Differenzen in persönliche übertragen würden. Mit mir verbanden den Verstorbenen liebe und freundliche Erinnerungen aus der Jugendzeit, und deshalb beklage ich persönlich besonders seinen Heimgang. Aber auch Sie alle werden mit mir einverstanden sein, wenn ich hier die Versicherung abgebe, daß wir sein Andenken in Ehren halten werden. Ich bitte Sie, zu Ehren des Verstorbenen sich von den Sigen zu erheben. (Geschieht.)

Ich konstatiere das und bitte, es zu Protokoll zu nehmen. —

An Stelle des aus dem Stadtverordnetenkollegium ausgeschiedenen Herrn Stadtrat Ronegen ist Herr Hüttendirektor Wilhelm Tiemann von der ersten Wählerklasse des 3. Wahlbezirks zum Stadtverordneten gewählt worden. Ich heiße den Herrn hier in unserer Mitte willkommen und hoffe, daß wir gedeidlich mit ihm zusammen arbeiten werden.

Mitteilen möchte ich, daß eine Ausstellung für Tuberkulose im großen Saal des städtischen Kinderheims an der Pflegehausstraße eröffnet ist. Täglich um 5 und 6 Uhr nachmittags findet eine ärztliche Führung durch die Ausstellung statt und um 7 Uhr wird dort ein die Tuberkulose betreffender Vortrag gehalten werden. Die Herren werden gebeten, die Ausstellung anzusehen, da sie von großem Nutzen für jedermann sein kann.

Ein Schreiben ist eingegangen vom Vorsitzenden des Verbandes deutscher Kaufleute, betreffend Fortbildungsschule und Haushaltungsschule. Da derselbe Eingang an den Magistrat gelangt ist, nehmen wir ihn einfach zu den Akten.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

## I. Errichtung einer Knaben-Mittelschule.

Herr Friede (als Berichterstatter der Schulkommission): Meine Herren! Seit der letzten Sitzung der Stadtverordneten, in der wir die Errichtung einer Mittelschule besprochen haben, hat sich die Sache infolge der Aussprache der verschiedenen Herren etwas anders gestaltet, als sie vergangenes Mal hier vorlag. In der Debatte war von einem Redner angeregt, nicht Französisch als feststehende Sprache in der Mittelschule anzunehmen, da er es für richtiger hielt, die englische Sprache als obligatorisch in den Lehrplan aufzunehmen. Diese Anregung ist sowohl vom städtischen Schuldirektor aufgenommen, wie auch durch ein Gutachten der beiden Oberrealschuldirektoren unterstützt. Ich tue wohl am besten, wenn ich die betreffenden Schreiben verlese.

Herr Prof. Dr. Rehfuß schreibt:

„In der an die Herren Stadtverordneten gerichteten Vorlage, die Einrichtung einer Mittelschule betreffend, ist gesagt worden, daß empfohlen werde, die Schule so auszugestalten, daß der einen Hälfte der allgemeine Lehrplan der Mittelschule zugrunde gelegt werde, in der anderen aber durch Einfügung des wahlfreien Unterrichts in einer zweiten Fremdsprache die Ziele weitergesteckt und den begabteren Schülern der Uebergang in die Obersekunda der Oberrealschule und damit die Erlangung des Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisses ermöglicht werden solle.

Gegen die Berücksichtigung der letzteren Einrichtung schon bei Gründung der Schule sind mir nachträglich Bedenken gekommen, die ich dem Schulvorstand damit unterbreiten möchte.

1. In den beiden Oberrealschulen ist schon gegenwärtig der Unterricht in den Obersekunden dadurch erschwert, daß in diese aus den hiesigen Untersekunden dorthin versetzte Schüler, auch solche von andern (auswärtigen) Schulen kommen, die das Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis erlangt haben. Die Arbeit an aus verschiedenen Schulen stammendem Schülermaterial, das nach andern Büchern, andern Plänen und andern Methoden unterrichtet worden ist, hemmt die Unterrichtstätigkeit ungemein und beeinträchtigt die Erfolge. Würden nun aus der Mittelschule alljährlich eine größere Anzahl von Schülern der Untersekunda der Oberrealschule zugeführt, so würde außer der Obersekunda noch eine



zweite Stufe vorhanden sein, auf welcher die Zusammenarbeit verschieden vorbereiteten Schülermaterials den Unterricht erschwerte.

2. Die Untersekunden der beiden Oberrealschulen sind schon gegenwärtig fast voll besetzt. Es würde daher nicht möglich sein, einer größern Zahl anderer Schüler dort noch Platz zu gewähren. Es wäre daher nicht ausgeschlossen, daß man die von der Mittelschule kommenden Schüler entweder abweisen oder die Einrichtung eines weiteren Ausbaus für die Oberrealschule in Entwicklung ins Auge fassen müßte.

Es erscheint mir daher ratsam, die Mittelschule zunächst als reine Mittelschule einzurichten und abzuwarten, ob sich das Bedürfnis der Einrichtung einer besonderen Abteilung für solche Schüler, die auf eine Oberrealschule übergehen wollen, herausstellen wird. Am besten würde man eine Beschlufsfassung darüber hinauschieben, bis die jetzige Oberrealschule in Entstehung voll ausgebaut ist und man übersehen kann, ob und in welcher Weise die Unterbringung einer größeren Zahl von Mittelschülern in den vorhandenen Untersekunden sich ermöglichen läßt."

Der Stadtmagistrat hat darauf von den beiden Oberrealschuldirektoren ein Gutachten eingefordert, das in ähnlicher Weise wie vorstehende Eingabe. Der Wichtigkeit der Sache wegen möchte ich auch dies zur Verlesung bringen:

„Die Unterzeichneten teilen die von Herrn Kollegen Rehkuf geäußerten Bedenken in vollem Umfange und beehren sich, zur Mittelschulfrage noch folgendes hinzuzufügen:

I. Die Mittelschule kann eine äußerst segensreiche Anstalt werden, wenn sie ihrem eigentlichen Zwecke, auf das praktische Leben vorzubereiten, getreu bleibt. Dazu gehört unter anderem, dem augenblicklichen Stande der Weltwirtschaft entsprechend, daß Englisch und nicht Französisch als Fremdsprache eingeführt wird.

II. Eine Mittelschule, die Französisch als Fremdsprache einführt, hat allerdings den scheinbaren Vorteil, durch Angliederung von wahlfreiem Unterricht im Englischen oder Lateinischen ihren Schülern den Uebergang zu den höheren Schulen zu erleichtern. Demgegenüber steht aber der unverkennbare Nachteil, daß hierdurch die Mittelschule ihrem eigentlichen Zwecke entfremdet wird.

III. Die höheren Schulen werden selbstverständlich begabte Mittelschüler auf Grund einer besonderen Prüfung mit Freuden aufnehmen, doch sind sie nicht in der Lage, Massen von durchaus anders vorgebildeten Schülern unterbringen zu können. Es wäre sehr bedauerlich, wenn bei den Schülern oder deren Eltern die Ansicht sich verbreitete, daß die Mittelschule einen normalen Zugang zu den höheren Schulen bildete. Auf der Versammlung deutscher Oberrealschuldirektoren in Berlin am 4. und 5. Februar dieses Jahres wurde sogar auf

Grund reicher Erfahrungen hervorgehoben, daß selbst Mittelschüler, welche die Aufnahmeprüfung an höheren Schulen gut bestanden hatten, später große Lücken in der ganzen methodischen Durchbildung gezeigt haben und infolgedessen nach kurzer Zeit ganz abgefallen sind.

IV. Die hiermit dargelegten Ansichten entsprechen durchaus den Anschauungen der oben erwähnten Konferenz deutscher Oberrealschuldirektoren.“

Der Herr Oberbürgermeister als Dezernent in dieser Sache, wie auch der Stadtmagistrat hat diesen Gründen zugestimmt und empfiehlt nun, nicht Französisch, sondern Englisch als obligatorische Fremdsprache einzuführen. Wer nebenbei noch Unterricht im Französischen haben will, muß dies privatim tun.

Der Stadtmagistrat schreibt:

„Gegen unsern Vorschlag, die zu Anfang des kommenden Schuljahres ins Leben zu rufende Knaben-Mittelschule so auszugestalten, daß neben dem Unterrichte in einer Fremdsprache wahlfreier Unterricht in einer zweiten Sprache erteilt und so den begabteren Schülern der Uebergang in die oberen Klassen der Oberrealschule ermöglicht wird, sind in der Sitzung der Stadtverordneten vom 19. Januar 1911 insofern Bedenken erhoben, als der Unterricht in der englischen Sprache nur wahlfrei erteilt werden sollte; es wurde gefordert, diesen Unterricht in Pflichtstunden erteilen zu lassen. Vom unterzeichneten Dezernenten ist schon bei der Beratung hervorgehoben, daß die Frage, welcher der beiden modernen Sprachen (Englisch und Französisch) bei der Bestimmung des Pflichtunterrichts der Vorzug zu geben sei, nach dem Bedürfnisse zu entscheiden sein werde, daß aber, wenn den begabteren Schülern der Mittelschule der Uebergang in die oberen Klassen der Oberrealschule ermöglicht werden sollte, der Pflichtunterricht im Französischen nicht zu umgehen sein werde.

Inzwischen sind nun, wie wir aus den beigegeführten Verhandlungen zu ersehen bitten, von den Direktoren der beiden städtischen Realanstalten grundsätzliche Bedenken dagegen geltend gemacht, die Mittelschule von vornherein gleichsam als Vorschule der Realanstalten anzusehen, weil die Gefahr vorliege, daß hierdurch die gehobenen Schulen zu sehr belastet und bei Erreichung ihrer Lehrziele beeinträchtigt würden. Diesen Bedenken, die jetzt auch von dem Leiter der städtischen Bürgerschulen geteilt werden, wird man ihre Bedeutung nicht absprechen können, und man wird daher guttun, die neue Unterrichtsanstalt einstweilen lediglich als reine Mittelschule auszugestalten und die weitere Entwicklung abzuwarten. Die Möglichkeit, auch bei diesem Ausbau der Schule später in die Oberrealschule überzugehen, würde dadurch besonders begabten Mittelschülern nicht genommen werden, aber es müßte ihnen überlassen bleiben, sich die erforderliche Weiterbildung durch Privatunterricht anzueignen.

Wird diese Ausgestaltung der Mittelschule gutgeheißen, so wird dadurch naturgemäß die Entscheidung über die Wahl der nunmehr allein in Betracht kommenden einen Fremdsprache erleichtert und in Anerkennung der nicht zu leugnenden Tatsache, daß auf dem Gebiete von Handel und Industrie zurzeit die Kenntnis der englischen Sprache von größerer praktischer Bedeutung ist, pflichten wir dem Vorschlage, nur in dieser Fremdsprache die Mittelschüler (von der 5. Klasse an) unterrichten zu lassen, bei.

Wir wollen deshalb unsern Antrag vom 11. Januar c. dahin ändern:

daß in den Lehrplan der zu gründenden Mittelschule als fremdsprachlicher Lehrgegenstand nur der Unterricht im Englischen aufgenommen werde."

Meine Herren! In der Schulkommission ist diese Aenderung durchberaten. Schon in der ersten Beratung der Kommission war die Ansicht geäußert, daß die jungen Leute, die dem Kaufmannsstande sich widmen wollen und die Mittelschule besuchen, bei ihrem Abgange von der englischen Sprache mehr Nutzen haben werden als vom Französischen. Die jungen Leute gehen nicht nach Frankreich, um sich weiter auszubilden, sondern meist nach England oder Amerika, wo auch Englisch Umgangssprache ist. Da ist es jedenfalls vorzuziehen, daß wir Englisch als obligatorische Fremdsprache einführen. In diesem Sinne hat die Schulkommission beschlossen und bittet Sie, dem Beschlusse beizutreten.

Vorsitzender: Die Angelegenheit steht zur Beratung. Es war in der vorigen Sitzung ein Antrag von Herrn Stadtv. Jasper gestellt, der heute von Herrn Riefe aufgenommen ist. Er lautet:

„Ich beantrage, der Einrichtung einer der Vorlage des Magistrats entsprechenden Knabenmittelschule mit der Maßgabe zuzustimmen, daß

1. Schulgelder nicht erhoben werden, eventuell nur die Schulgeldsätze erhoben werden, die für die mittleren Bürgerschulen bisher gelten.
2. Die Aufnahme in die neue Mittelschule lediglich von den geistigen Fähigkeiten der aufzunehmenden Knaben abhängig gemacht und auch den bisherigen Schülern der unteren Knabenschulen freisteht."

Der Antrag ist in der vorigen Sitzung zurückgestellt worden, weil wir damals nur in die Generaldebatte eingetreten waren. Ich werde nachher Herrn Stadtv. Riefe Gelegenheit geben, den Antrag zu begründen.

Herr Frühlings: Ich begrüße es mit Freuden, daß die Anregungen, die ich in der vorigen Sitzung gegeben habe, im vollen Umfange zum Antrage des

Magistrats erhoben sind. Ich brauchte insofgedessen auf die Sache nicht näher einzugehen, wenn ich nicht noch auf eins besonders hinweisen möchte. Die Wendung im Magistratsantrage bezieht sich nicht lediglich darauf, daß Englisch statt Französisch als Pflichtunterrichtsgegenstand aufgenommen werden soll, sondern auch darauf, daß die (auf S. 3 der Vorlage bestimmte) Trennung der Mittelschule in zwei Hälften, von denen die eine ein erweitertes Lehrziel haben soll, wegfallen, also die Schule einheitlich als reine Mittelschule eingerichtet werden soll. Es ist wichtig, daß in der Rückäußerung seitens des Vorsitzenden an den Stadtmagistrat dieser Zusatz mit aufgenommen wird.

Herr Riefe: Wenn der Antrag von uns gestellt ist, so ging er von der Voraussetzung aus, daß aus der Vorlage hervorgeht, daß nicht nur den Besitzenden Gelegenheit geboten werden soll, die notwendige Bildung, die der moderne Verkehr und das moderne Leben verlangt, auf Universitäten und Gymnasien zu erwerben, sondern auch die Minderbemittelten Gelegenheit haben sollen, etwas Tüchtiges zu lernen. Das kann nur geschehen, wenn die höheren Schulgeldsätze auf der Mittelschule ganz wegfallen, oder mindestens nur der Schulgeldsatz angenommen wird, der heute für die mittleren Bürgerschulen gültig ist. Es handelt sich für die Mittelschule darum, die Lücke auszufüllen zwischen Bürgerschule und höheren Schulen. Sie kann ihre Aufgabe nur dann ganz erfüllen, wenn mit der alten Gewohnheit gebrochen wird, das Schulgeld zu erhöhen, wenn damit ausgeräumt wird, daß man immer kapitalistisch rechnet. Pflicht des Staates ist es, für solche Kulturaufgaben einzutreten, und auf Grund dieser Pflicht beantragen wir, daß man das Schulgeld entweder ganz und gar aufhebt oder mindestens nur die Schulgeldsätze für die mittleren Bürgerschulen maßgebend sein läßt. Erst wenn den fähigen Kindern der unteren Bürgerschulen — andere sollen natürlich nicht zugelassen werden, sie würden nur die Erreichung des Schulziels aufhalten — ebenfalls die Mittelschule offensteht, dann erst würde sie ihren Zweck als allgemeines Bildungsinstitut voll erfüllen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Die ganze Sache ist, wie Ihnen bekannt, etwas eilig gearbeitet. Wir wollten gern, daß es noch zu Anfang des neuen Schuljahres möglich wäre, die Schule ins Leben zu rufen. Die Punkte, die Herr Stadtv. Frühling hervorgehoben hat, werden selbstverständlich bei Ausarbeitung der Ordnung für diese Schule berücksichtigt werden. Diese Ordnung oder ein Statut werden wir Ihnen demnächst vorlegen. — Der Antrag des Herrn Riefe entspricht den Ansichten, die er schon früher vertreten hat. Es ist mir aber doch zweifelhaft, ob sie richtig sind. Mit demselben Grunde, mit dem er hier den Unterricht frei erteilen lassen will, kann er auch sagen, daß der Unter-

richt in allen höheren Schulen frei erteilt werden soll. Wo ist da die Grenze? Im allgemeinen haben wir auf dem Standpunkte gestanden, daß je mehr die Schule leistet und je mehr sie der Stadt kostet, um so mehr dementsprechend das Schulgeld erhöht werden muß. Nun sagt Herr Riefe, es sei Aufgabe des Staates, in der von ihm erwähnten Weise vorzugehen. Wenn er bei dem Staate damit Anklang findet, kann es uns lieb sein. Hier handelt es sich darum, was die Stadt tun soll. Wenn wir so viel ausgeben, um den Kindern eine höher zu bewertende Bildung zu verschaffen, so können wir auch höheres Schulgeld verlangen. Nun liegt die Sache auf diesem Gebiete aber etwas anders; der Magistrat hat schon erklärt, es solle den Böglingen der unteren Bürgerschulen nach Möglichkeit der Eintritt in die Mittelschule freigehalten werden. Das ist so gedacht, daß man bestimmen könnte, der Prozentsatz derjenigen Kinder, für welche das Schulgeld erlassen werden kann, wird bei dieser Schule etwas höher genommen; dann kommt ganz von selbst das Resultat heraus, daß auch Söhne von minderbemittelten bzw. ganz armen Leuten, wenn sie die nötige Begabung haben, in die Mittelschule aufgenommen werden können. Aber allen Leuten, auch denen, die es nicht nötig haben, das Schulgeld zu erlassen, bzw. für ein Schulgeld, wie es an den Bürgerschulen bezahlt wird, die Benutzung der Schule zu gewähren, das halte ich nicht für gerechtfertigt.

Vorsitzender: Ich möchte Herrn Stadtv. Riefe darauf aufmerksam machen, daß der 2. Absatz seines Antrages ganz besonders gewürdigt werden müßte. Es wird da gesagt: Jeder Knabe soll erst geprüft werden, ob er für die Mittelschule fähig ist oder nicht, ehe er aufgenommen wird.

Herr Schuldirektor Prof. Dr. K e h l u h: Das ist auch die Absicht des Magistrats, die Aufnahme der Schüler von einer Prüfung abhängig zu machen. Alle Schüler, die in die Mittelschule eintreten wollen, sollen vorher geprüft werden.

Herr A h m a n n: Mit den Ausführungen des Herrn Referenten, die auch vom Herrn Stadtv. Frühling bestätigt wurden, kommt ein anderer Zug als anfänglich beabsichtigt in die Vorlage. Man beabsichtigte zuerst, die Mittelschule gewissermaßen als Bindeglied zwischen Bürgerschule und Oberrealschule zu benutzen, um im Laufe der Schulzeit den Knaben, die eine bessere Befähigung hatten und deren finanzielle Verhältnisse es nicht gestatteten, sie sofort die höhere Schule besuchen zu lassen, die Möglichkeit zu geben, sich weiter emporzuarbeiten. Dazu war auch die Ausbildung der Mittelschule in zwei Sprachen vorgesehen. Das ist nun nach dem heutigen Antrage der Schulkommission anders geworden. Es

wird beabsichtigt, die Mittelschule als gesonderte Schule bestehen zu lassen. Wenn das geschieht, dann ist die erhoffte Einheitlichkeit nach der modernen Richtung zerrissen. Diejenigen, die in pädagogischer Beziehung behaupten viel zu verstehen, und ich glaube, auch das Gros unserer Lehrer steht auf dem Standpunkte, daß es nötig sei, die Schulbildung einheitlicher zu gestalten. Die Einheitschule wird doch von vielen Seiten gefordert und ist wissenschaftlich schon genug begründet. Ich hatte eine gewisse Freude und empfand Sympathie für die Vorlage, wie sie damals begründet wurde. Nachdem sie heute sich als etwas anderes entpuppt hat, bin ich nicht mehr so freudig dafür gestimmt, wenn ich auch anerkennen kann, daß eine solche Mittelschule im allgemeinen Lehrplan fehlte. Aber wie die ganze Sache sich jetzt gestaltet, werden wir mehr von dem abkommen, was wir moderne Schulentwicklung nennen. Zwischen die bestehenden Volksschulen und die höheren Schulen bringen wir die Mittelschule als weiteres Glied und die Zersplitterung wird noch größer als vorher.

Für vollständig gerechtfertigt halte ich, daß die bessere Schulbildung denen zukommen soll, die bessere Befähigung haben. Deshalb ist eine Prüfung der Kinder, die die ersten drei Klassen der mittleren Bürgerschule durchgemacht haben, nötig, um herauszufinden, ob der betreffende Knabe sich eignet, in die Schule aufgenommen zu werden. Wenn wir diesen Weg verlassen, dann wird allerdings eintreten, was der erste Antragsteller schon in der vorigen Sitzung befürchtete: daß der Besuch der Mittelschule sich nur nach dem Vermögen des Vaters richtet, und nicht so, wie der Herr Oberbürgermeister sagt: daß Minderbemittelte auch die Möglichkeit haben, ihre Kinder in die Schule aufgenommen zu sehen. Das würde so sein, wie es in dem Sprichwort heißt: Es kommt vor, daß eine blinde Taube auch einmal eine Erbse findet. Nur diejenigen, die besondere Befähigung beweisen, dürfen in die Mittelschule kommen. Ein eventl. Uebergang nach der Oberrealschule würde ja jetzt schon ausgeschlossen sein. Mir ist die Freude an der ganzen Vorlage vergällt, weil wir nicht eine größere Einheitlichkeit schaffen, sondern nur eine größere Zerreißung. Die Einheitschule ist keine Utopie, sie gründet sich doch auf ganz begründete und berechtigte Wünsche, und da gerade eine große Anzahl Pädagogen und hervorragende Männer sie fordern, wird man nicht sagen können, daß es nur eine Zukunftsmusik ist oder das Verlangen einer einzelnen politischen Partei, sondern sie gründet sich auf langjährige Erfahrung.

Herr Schuldirektor Prof. Dr. R e h f u h: Die Einheitschule hier zu erörtern, würde uns viel zu weit führen. Ich glaube aber nicht, daß wir gegenwärtig so weit sind, daß wir sie einführen könnten. Ich weiß gar nicht, wie man auf den Gedanken kommen kann, daß wir die Kinder der unteren Bürgerschulen

von dieser Schule zurückweisen wollen. In den preussischen Bestimmungen ist ausdrücklich gesagt, daß darauf Bedacht zu nehmen ist, bei jeder Mittelschule eine angemessene Zahl von Freistellen festzusetzen, und unser Stadtmagistrat hat sich auch auf denselben Standpunkt gestellt. Das wird in erster Linie den Kindern der unteren Bürgerschulen zugute kommen. Ich wäre der erste, der dafür wäre, begabte Kinder dieser Schulen ohne Entrichtung von Schulgeld in die Mittelschule überzuführen. — Was die Verknüpfung mit der Oberrealschule betrifft, so ist das gegenwärtig nicht möglich, bleibt jedoch nicht für immer ausgeschlossen. Fassen wir jetzt den Beschluß, es soll eine solche zweite Abteilung in der Mittelschule mit der Möglichkeit des Uebergangs in die Oberrealschule eingerichtet werden, so wäre das ein Schlag ins Wasser. Wir müssen jetzt erst einmal abwarten, wie in der zweiten Oberrealschule der Oberbau sich entwickelt. Würde eine große Anzahl von Mittelschülern in die Oberrealschule übergehen, dann müßte ohne weiteres ein zweiter Oberbau dort zur Einrichtung kommen. Gegenwärtig halte ich den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, dies zu beschließen. Die Bedenken, die von seiten der Direktoren der höheren Schulen geäußert werden, sind doch berechtigt. Jetzt schon hat man in der Obersekunda der Oberrealschule mit einem sehr ungleichartigen Schülermaterial zu kämpfen. Wollte man einer weiteren Stufe der Oberrealschule noch anders vorgebildetes Schülermaterial zuweisen, so würde das eine kolossale Arbeitslast für diese Schule bedeuten. Uebrigens ist es auch gegenwärtig nicht ganz ausgeschlossen, daß einzelne außergewöhnlich begabte Mittelschüler, die die Aufnahmeprüfung bestehen, auf die Oberrealschule übergehen. Der Direktor der einen Oberrealschule hat mir ausdrücklich gesagt, es stehe dem nichts im Wege, wenn vier bis fünf Jungen von der Mittelschule zur Oberrealschule kommen, aber einen ganzen Zug von 40 Schülern aufzunehmen, wäre eine Unmöglichkeit. Wenn jetzt beschlossen würde, die Schule mit der Möglichkeit des Uebergangs auf die Oberrealschule einzurichten, so würde das gleichzeitig involvieren, auch einen neuen Oberbau für die Oberrealschule einzurichten. Das ist der Grund, weshalb wir einstweilen diese Einrichtung in der Mittelschule nicht schaffen wollen. Für alle Zukunft davon abzusehen, davon ist keine Rede.

**Vorsitzender:** Der zweite Teil des Antrages Rieke, daß die Aufnahme in die Mittelschule lediglich von geistigen Fähigkeiten abhängig gemacht werden soll, darf wohl, nachdem dies zugesagt ist, als erledigt betrachtet werden; ich brauche wohl nicht darüber abstimmen zu lassen. Ich bitte den Antragsteller, sich darüber zu äußern. (Herr Rieke stimmt zu.) Wir würden zunächst über die (auf S. 9 der Vorlage beginnenden) drei Punkte der ersten Magistrate Vorlage abstimmen. (Widerspruch.)

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: In der Vorlage ist unter 1. gesagt „in der oben angegebenen Weise“. Im Texte war, wie auch Herr Stadtv. Frühling richtig hervorgehoben hat, die Teilung in zwei Reihen und der wahlfreie Unterricht in Französisch oder Englisch erwähnt. Das haben wir dahin geändert, nur die reine Mittelschule auszugestalten ohne die Zweiteilung, mit Pflichtunterricht im Englischen. Insofern ist die zweite Vorlage eine Aenderung der ersten.

In der Abstimmung werden die drei Anträge des Magistrats aus der ersten Vorlage über die Mittelschule mit der vom Magistrat gewünschten Aenderung des ersten Punktes angenommen, der Antrag Riefe mit seinen beiden Forderungen (1. Schulgeldfreiheit, 2. Schulgeld der mittleren Bürgerschulen) dagegen abgelehnt.

## II. Umbau des Neustadtrathhauses.

Herr Frühling: Der Umbau des Neustadtrathhauses ist von den geehrten Herren schon in der Sitzung vom 7. Januar im Prinzip gutgeheißen worden. Es waren damals für den Umbau überschläglich 35 000 bis 40 000 *M* gefordert. Auf Anregung der Baukommission sind verschiedene Aenderungen in dem jetzt vorliegenden speziellen Entwürfe berücksichtigt. Die genaue Veranschlagung hat eine Erhöhung der Kosten ergeben, sie betragen jetzt 49 600 *M*. Die größere Summe ist wohl erklärlich, da der Umbau zuerst nicht so genau veranschlagt werden konnte und in der jetzigen Vorlage die vorgeschlagenen Aenderungen ihre Erledigung gefunden haben. Nicht enthalten in dem Kostenanschlage sind die Ausgaben für die innere Einrichtung der Räume, die Büchergestelle, Schränke, Tische, Stühle, Fenstervorhänge usw. Darüber sollen erst später Ermittlungen unter Heranziehung der Herren, die das Gebäude benutzen werden, angestellt werden. — Die Baukommission empfiehlt Ihnen, das Projekt, wie es nunmehr festgestellt ist, zu genehmigen und die Summe von 49 600 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds zu verwilligen. Einen Wunsch spricht die Baukommission dabei aus, nämlich daß die Wohnung des Dieners in den zugehörigen Teilen vereinigt bleibt und von einem Korridor aus geschlossen werden kann.

Die Versammlung beschließt dem Antrage der Baukommission gemäß.

## III. Antrag des Deutsch-vaterländischen Arbeiter-Vereins auf Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns für erwachsene männliche Arbeiter.

Herr W o l t e r s: Durch Eingabe vom 19. November v. J. hat der Deutsch-vaterländische Arbeiter-Verein folgendes Ersuchen gestellt:



„Wir richten an die verehrlichen Herren Stadtverordneten die ergebene Bitte, für erwachsene männliche Arbeiter in der Stadt Braunschweig den ortsüblichen Tagelohn von 2,70 *M* auf 3,00 *M* zu erhöhen, weil das Einkommen vieler pensionierter Arbeiter und Invaliden die Summe von 810 *M* überschreitet und diese sonst eine Kürzung ihrer Alters- oder Invalidenrente zu erwarten hätten.“

Der letzte Satz ist so zu verstehen: Wenn zur Bildung der Lohnklasse der Jahresverdienst eines Arbeiters berechnet werden soll, so ist der ortsübliche Tagelohn (2,70 *M*) mit 300 zu multiplizieren; das würde 810 *M* ergeben. Würde jemand außer seiner Versicherungsrente noch Einkommen haben und das Gesamteinkommen 810 *M* übersteigen, so würde der überschießende Betrag von der Rente gekürzt werden. Deshalb bitten die Antragsteller, den Tagelohnsatz auf 3 *M* zu erhöhen.

Am 1. d. Mts. ist ein ähnlicher Antrag vom Nationalen Arbeiterausschuß eingegangen. In diesem wird folgendes gesagt:

„Der ergebenst unterzeichnete Nationale Arbeiterausschuß zu Braunschweig richtet an das verehrliche Stadtverordnetenkollegium die dringende Bitte, den ortsüblichen Tagelohn zu erhöhen, und zwar schlagen wir diesen, wie folgt, vor:

für männliche Arbeiter auf . . . .	3,00 <i>M</i> ,
für weibliche Arbeiter auf . . . .	2,00 <i>M</i> ,
für jugendliche Arbeiter auf . . . .	1,50 <i>M</i> .“

Der Ausschuß begründet dies Ersuchen damit, daß in einer großen Anzahl deutscher Städte die Sätze weit über 3 *M* betragen, daß speziell in Braunschweig, seitdem der ortsübliche Tagelohnsatz festgestellt sei, wesentliche Lohnerhöhungen eingetreten seien.

Meine Herren! Die Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns ist von Bedeutung, um die Zwecke zu erfüllen, die durch verschiedene Reichsgesetze vorgeschrieben sind. Es kommt hier in Frage das Krankenversicherungs-Gesetz, das Invalidenversicherungs-Gesetz, das Gewerbeunfallversicherungs-Gesetz, zum Teil auch die Gewerbeordnung und noch ein Reichsgesetz, von dem ich später sprechen werde. Durch das Krankenversicherungs-Gesetz ist vorgeschrieben, daß die Mitglieder der Gemeinde-Krankenkassen als Krankengeld die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns erhalten sollen, ferner, daß die Mitglieder als Beitrag nicht mehr als 1½ Prozent des Tagelohns entrichten sollen. Im Invalidengesetz ist der ortsübliche Tagelohn von Bedeutung für Feststellung der Lohnklasse; für ungelernte Arbeiter wird der Tagelohn multipliziert mit 300. Von der Lohnklasse wieder wird abhängig gemacht die Beitragszahlung in Marken und andererseits auch die Höhe der Rente. Nach dem Gewerbeunfallversicherungs-Gesetz wird die

Rentenzahlung auch abhängig gemacht von der Feststellung des Jahresverdienstes. Nach § 124 b der Gewerbeordnung schließlich kann ein Arbeitgeber einen kontraktbrüchigen Arbeiter auf die Dauer einer Woche bis zur Höhe des ortsüblichen Tagelohns schadenersatzpflichtig machen. Von Bedeutung ist die Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns auch für die Angehörigen eines zu Dienstleistungen einberufenen Wehrpflichtigen.

Der oberen Verwaltungsbehörde, der Kreisdirektion, liegt es ob, die ortsüblichen Tagelöhne festzusetzen. Zuletzt ist dies geschehen im Juni 1905. Die Herzogliche Kreisdirektion hat vor der Festsetzung dieser Sätze die Gemeindebehörden anzuhören und außerdem den Arbeitgebern und den Arbeitern Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Auf diese Weise kommen wir dazu, zu dieser Angelegenheit unser Gutachten abzugeben. Es sind seitens der Kreisdirektion und in ihrem Auftrage außerordentlich sorgfältige Erhebungen angestellt, die schon früher begonnen haben, als die hier vorliegenden Anträge gestellt sind, denn es ist Pflicht der Kreisdirektion, wenn sie glaubt, daß eine allgemeine Lohnerhöhung eingetreten sei, selbsttätig auf erneute Festsetzung zu halten. Das Ergebnis dieser einzelnen Umfragen, die erledigt sind, ist nun zusammengestellt. Sowohl an Arbeitgeber wie an Arbeiterverbindungen sind in weitem Umfange solche Anfragen erlassen und die Beantwortungen liegen hier in einer Tabelle vor, in welcher die einzelnen Branchen aufgeführt sind (Industrie der Steine und Erden, Metallindustrie, chemische Industrie, Industrie der Öle und Fette, Holzindustrie, Baugewerbe, graphisches Gewerbe, Handels- und Verkehrsgewerbe und andere). Unter diesen eingegangenen Auskünften ist wiederum eine Zusammenstellung in der Weise gemacht, daß innerhalb der Lohngrenzen von 10 zu 10  $\mathcal{M}$  aus den einzelnen Gewerben die Anzahl der zugehörigen Personen fixiert ist. Durch diese Zusammenstellung ist schlagend bewiesen, daß seit der letzten Festsetzung 1905 eine 10 prozentige Erhöhung des Tagelohns für männliche ungelernete Arbeiter eingetreten ist. Der alte Lohnsatz von 2,75  $\mathcal{M}$  würde sich also erhöhen auf 2,97  $\mathcal{M}$ , die Statutenkommission schlägt Ihnen daher vor, unsere gutachtliche Äußerung dahin abzugeben, daß für erwachsene ungelernete männliche Arbeiter der Satz auf 3,00 Mark erhöht werden möchte. — In ähnlicher Weise ist eine Zusammenstellung auch erfolgt für über 16 Jahre alte Arbeiterinnen. Auch in diesem Personenkreise ist anzunehmen, daß sich die Löhne um 10 Prozent erhöht haben. Der bisherige Satz war 1,75 Mark. Auch hier schlägt die Statutenkommission als gutachtliche Äußerung eine Erhöhung auf 2,00 Mark vor. Was die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahre anbetrifft, für die der Lohnsatz bisher 1,25 Mark betrug, so ist die Statutenkommission der Meinung, man sollte diesen Satz für beide nicht erhöhen. Wenn auch in einzelnen Branchen eine Lohnerhöhung eingetreten ist,

so ist das in mehreren andern nicht der Fall, insbesondere schien nicht eine völlig klare Scheidung zwischen ungelernten und einem speziellen Gewerbe angehörigen jugendlichen Arbeitern vorzuliegen. — Ich empfehle, den Anträgen der Statutenkommission zuzustimmen. Damit wären die beiden eingelaufenen Gesuche erledigt, wie zugleich unsere gutachtliche Äußerung an den Magistrat gegeben.

Herr B u n g e: Im großen ganzen muß man wohl sagen, daß diese Sätze den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend, nicht richtig bemessen sind. Mir ist der Lohnsatz von 3 Mark und 2 Mark nicht hoch genug. Immerhin ist es ein kleiner Fortschritt, den ortsüblichen Tagelohn auf 3,00 Mark und 2,00 Mark festzusetzen. Was mir aber nicht einleuchten kann, ist, daß die Sätze für männliche und weibliche Arbeiter unter 16 Jahren ganz ohne weitere Erhöhung bleiben sollen; ich meine, es wäre wohl angebracht, wenn hier in der gleichen Weise eine Erhöhung stattfände. Ich möchte Sie bitten, den Tagelohnsatz für männliche Arbeiter unter 16 Jahren und auch für jugendliche Arbeiterinnen auf 1,50 Mark festzusetzen. Das wäre doch wenigstens etwas. Es ist doch eine Zurücksetzung, daß man diese Abteilung ganz unberücksichtigt läßt, wenn einmal eine Erhöhung stattfindet.

V o r s i t z e n d e r: Ich muß dazu bemerken: wir erhöhen die Sätze nicht, sondern konstatieren nur, daß die Erhöhung eingetreten ist. Es wäre deshalb wünschenswert, daß Herr Stadtv. Bunge für seinen Vorschlag Unterlagen schaffe, sonst könnten wir eine Erhöhung der Lohnsätze für jugendliche Arbeiter nicht feststellen; mit Gefühlen können wir hier nicht auskommen.

Herr B u n g e: Eine solche Tabelle steht mir allerdings nicht zur Verfügung.

Herr Stadtrat W a g n e r: Hinsichtlich der Feststellung des Tagelohnes für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind wir in einer schwierigen Lage insofern, als die Statistik ein ziemlich geringes Zahlenmaterial zutage gefördert hat. Ob also der Durchschnitt, den man aus den zufällig uns zugegangenen Zahlen ziehen kann, richtig ist, kann man nicht mit Sicherheit sagen. Wenn man nun annimmt, daß eine 10prozentige Lohnsteigerung auch für die Jugendlichen eingetreten sein wird, so würde da eine Erhöhung um 15 Pf., also bis zu 1,40 Mark möglich sein. Festе Grundlagen kann aber der Magistrat auch nicht heranschaffen.

Die Anträge der Statutenkommission werden angenommen.

#### IV. Reparatur eines Badeofens in der 5. unteren Bürgerschule.

Herr M o h r: Die Rohrschlange des Heizofens der Brausebad-Anlage in der Bürgerschule an der Leonhardstraße ist an mehreren Stellen nach 18jähriger

Benutzung schadhast geworden, so daß eine Ausbesserung nicht mehr vorgenommen werden konnte, vielmehr eine neue Rohrschlange eingefetzt werden mußte. Die Kosten betragen 430 Mark. Der verfügbare Fonds ist verbraucht. Der Stadtmagistrat ersucht, die Ausbesserung nachträglich gutzuheißen und die Kosten zu Lasten der Bürgerschulkasse zu verwilligen. Die Schulkommission empfiehlt Ihnen, dem Gesuch des Stadtmagistrats zuzustimmen.

Die Bewilligung wird von der Versammlung ausgesprochen.

### **V. Antrag des Stadtverordneten Frede auf Ergänzung der bestehenden Wohnungsaufsicht.**

Herr W o l t e r s: In der letzten Sitzung haben die Herren Stadtverordneten Frede und Eckhardt folgenden Antrag gestellt:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf eine Ergänzung der bestehenden Wohnungsaufsicht in der Richtung der W o h n u n g s p f l e g e Bedacht zu nehmen, und die Ausübung dieser Tätigkeit tunlichst einer weiblichen Kraft zu übertragen.“

Meine Herren! Es wird hier gewünscht, daß die bestehenden Vorschriften über die Wohnungsaufsicht ergänzt werden. Wie unterscheiden sich die augenblicklich bestehenden Vorschriften über die Wohnungsaufsicht von dem diesem Antrage zugrunde liegenden Gedanken? Im Jahre 1905 ist von den städtischen Behörden eine Vorschrift über die Beaussichtigung der Wohnungen erlassen. Sie besagt, daß sich die Beaussichtigung erstrecken soll sowohl auf die Beschaffenheit als auf die Benutzungsart der Wohnungen. Bei der Prüfung über Beschaffenheit der Wohnungen sollen nicht bloß solche Mängel ins Auge gefaßt werden, welche Folgen ungenügender baulicher Unterhaltung sind, sondern auch Mißstände, die durch fehlerhafte Konstruktion, durch Luft- und Lichtmangel hervorgerufen sind. Bei der Beaussichtigung über die Benutzungsart soll, wie die Vorschriften besagen, in erster Linie die Ueberfüllung der einzelnen Räume geprüft werden, daneben aber auch Mißstände verhütet werden, die dadurch hervorgerufen werden könnten, daß in den Wohn-, Schlaf- oder Arbeitsräumen gesundheitschädliche Gegenstände aufbewahrt werden. Es werden dann in den Vorschriften diese beiden Zwecke: Prüfung der Beschaffenheit und der Benutzungsart der Wohnung, im einzelnen näher ins Auge gefaßt. Wegen des ersten Punktes wird folgendes gesagt: Als ungeeignet zum Bewohnen sollen gelten solche Räume, die nicht genügend gegen Feuchtigkeit von außen oder Grundfeuchtigkeit geschützt sind; Wohn- und Schlafräume sollen geschützt werden gegen unbefugtes Eindringen. Ungeeignet zum Benutzen sollen Wohn- und Schlafräume sein, die eine ungenügende Licht- und Luftzuführung haben und nicht wenigstens ein direkt ins Freie führendes Fenster, schließlich solche, die mit

Aborten in unmittelbarer Verbindung stehen oder an solche anstoßen und eine Auswechselung der Luft zur Folge haben könnten. Von Bedeutung ist noch die Bestimmung, daß von Fall zu Fall zu entscheiden ist, ob und in wie weit wegen anderer Bedenken Räume zum Bewohnen ungeeignet sind. In der Vorschrift wird auch gesagt, daß wenigstens ein Abort, der genügend gelüftet werden kann, im Hause vorhanden sein muß, es wird die Anzahl der Aborte festgesetzt nach der Zahl der Bevölkerung im Hause, ferner gesagt, es müsse genügend und gutes Trinkwasser vorhanden sein. Schließlich wird das Augenmerk darauf gelenkt, daß die Wohnung nicht überfüllt ist, insbesondere die Schlafräume nicht. Es soll für jeden Kopf auf die Anzahl der Bewohner soundso viel Kubikmeter Luftraum in Schlaf- und Wohnräumen vorhanden sein. Endlich wird darauf Gewicht gelegt, daß Zustände verhütet werden, die zur Gefährdung der Sittlichkeit führen können, also auf Trennung der Geschlechter geachtet. Zur Durchführung dieser einzelnen Bestimmungen ist als oberster Leiter berufen der Chef des Stadtbauamts, jetzt Herr Stadtbaumeister Röttcher. Die eigentliche Wohnungsaufsicht führen zwei Bauassistenten aus, die städtische Beamte sind und von den städtischen Behörden ernannt werden. Bezüglich der Durchführung der Aufsicht ist bestimmt: Es sollen zunächst die Wohnungsaufsicher, wo sie Mängel vorfinden, die betreffenden Eigentümer und die Benutzer, die Vermieter und die Mieter auf die Mängel aufmerksam machen, ihnen zunächst durch Rat und Tat zur Hand gehen, beiden Teilen eine Frist zur Beseitigung der Mängel setzen. Nach ergebnislosem Ablauf dieser Frist ist, was die baupolizeilichen Mängel betrifft, beim Stadtbauamt Anzeige zu erstatten, in andern Fällen soll Anzeige zur Veranlassung des weiteren bei Herzogl. Polizeidirektion erfolgen. In beiden Fällen würde sowohl das Bauamt als auch die Polizeidirektion nötigenfalls eine Schließung der Wohnung veranlassen können, insofern ist hier das Zwangsverfahren durchgeführt. — Wie unterscheidet sich nun von diesen jetzt geltenden Vorschriften der Antrag der Herren Frede und Eckhardt. Es wird in dem Antrage gesagt, es möchte eine Ergänzung der bestehenden Wohnungsaufsicht in der Richtung der Wohnungspflege stattfinden. Der Herr Antragsteller hat in der letzten Sitzung seinen Antrag begründet und dasselbe auch noch einmal in der Kommissionsitzung am vorigen Montag getan. Im wesentlichen dreht es sich hier um eine Ergänzung der Vorschriften nach der hauswirtschaftlichen Seite hin. Insbesondere soll der Mieter gehalten werden, in der Wohnung allgemeine Reinlichkeit und Sauberkeit durchzuführen. Die alten Vorschriften beschränken sich in zweifacher Hinsicht, 1. darin, daß sie nur solche Anordnungen erlassen, deren Erfüllung im öffentlichen Interesse liegt — alle diese Sachen, baupolizeiliche Mängel, Beschaffenheit und Benutzungsart sollen nur ein öffentliches Interesse berücksichtigen und erfüllen,

desgleichen die haupolizeilichen Vorschriften in sanitärer Hinsicht und zum Schutze der Sittlichkeit — 2. darin, daß sie nur solcher Art sind, daß sie im Verwaltungsverfahren durchgeführt werden können. In beiden Beziehungen unterscheidet sich der Antrag Frede dahin, daß zu einem allerdings vorliegenden öffentlichen Interesse die Erfüllung eines privaten Interesses hinzutritt. Das Mietverhältnis zwischen Eigentümer und Mieter wird verquickt mit einem öffentlichen Interesse. Es ist durchaus richtig, daß der Wunsch, es möchte die Wohnung reinlich und sauber erhalten und gepflegt werden, im öffentlichen Interesse liegt; wenn ich mich so ausdrücken soll, ist es ein erzieherisch-volkswirtschaftliches Interesse. Das hat der Antrag aber nicht allein, er greift vielmehr in das Mietverhältnis ein und damit in die Rechtssphäre privater Verhältnisse, und dies ist nach Ansicht der Statutenkommission unzulässig. Es mag ja für den Eigentümer einer Wohnung von außerordentlicher Bedeutung sein, wenn die Art, in der seine Wohnung benutzt wird, nicht ihm allein zu beobachten obliegt, sondern daß er einen kräftigen Bundesgenossen dafür in einer Behörde bekommt. Sehr wohl wäre darin zu unterscheiden das öffentliche und das private Interesse. Die Statutenkommission befürchtet eine unleidliche Verquickung der beiden und einen Eingriff in private Rechtsverhältnisse. Das möchte noch alles sein! Der Herr Antragsteller hat gesagt, es möchte diese Wohnungspflege, wie er sie im Sinne hat, doch durch Rat und Tat durch Wohnungsaufsichtsbeamte erfüllt werden. Im Antrage steht: eine Ergänzung der bestehenden Wohnungsaufsicht, die Aufsicht faßt aber in sich die Durchführung durch ein Verwaltungsverfahren. Der Antragsteller hat schon abgesehen davon, daß für dieses über das öffentliche Interesse hinausgehende Privatinteresse ein Verwaltungsverfahren eingeführt wird, er beschränkt sich lediglich darauf, zu fordern, es möchte nur durch Rat und Tat der Sinn seines Antrags erfüllt werden. Die Folge davon ist: die Wohnungspflege unter diese Vorschriften einzureihen, ist nicht möglich, denn sonst müßte das Verwaltungsverfahren weggelassen werden. Der andere Weg würde der sein, neue, besondere Vorschriften zu erlassen. Da ist die Statutenkommission der Meinung: Wenn eine Behörde Vorschriften erläßt, deren Befolgung sie nicht erzwingen kann, so schweben sie in der Luft, stehen lediglich auf dem Papiere. Die Unmöglichkeit, daß derartigen Verordnungen im Sinne des Antragstellers Nachdruck durch das Zwangsverfahren verliehen werden kann, hat in Verbindung mit dem erwähnten andern Uebelstande zur Folge, daß die Statutenkommission den Antrag des Herrn Stadtv. Frede ablehnt. Sie ist vielmehr der Meinung, daß es den im Dienste der Öffentlichkeit stehenden Vereinen und den Wohltätigkeitsvereinen überlassen bleiben müsse, in diesem Sinne helfend und fördernd einzuwirken. Diese selbe Meinung teilt auch der Magistrat. Inner-

halb der Kommission ist vom Magistrat darauf hingewiesen, daß vielleicht, wie schon in ähnlichen Fällen vielfach, der Braunschweigische Frauenverein sich für diese Zwecke zur Verfügung stellen möchte, oder daß die Arbeit dieser Damen etwa derjenigen der Waisenpflegerinnen angegliedert werden möchte. Diese Anregung hat auch die Statutenkommission angenommen und möchte ins Ermessen des Magistrats gestellt sehen, dahin zu wirken, daß etwa Mitglieder des Frauenvereins oder anderer in der Öffentlichkeit wirkender Vereine in der Art, wie es der Magistrat für richtig hält, den Gedanken des Antrages zu erfüllen versuchen.

Herr A b m a n n: Ich möchte zunächst um Entschuldigung bitten, daß ich als Mitglied der Statutenkommission zu der Sache spreche; ich war bei ihrer letzten Sitzung verhindert, da ich verreist war. — Der Antrag selbst interessiert mich sehr. Er geht darauf hinaus, den Leuten Wohnungspflege zu lehren, daß die Wohnungen reinlich gehalten werden, daß sie das sind, was sie sein sollen: ein angenehmer Aufenthalt, wo die Leute gesund bleiben können, denn wenn sie schlecht gehalten werden, ist das nicht möglich. Die Statutenkommission hat den Antrag allerdings abgelehnt und sich auf den prinzipiellen Standpunkt gestellt, daß wir in dergleichen Dinge nicht eingreifen können. Sie wissen, daß meine politischen Freunde und ich anderer Meinung darüber sind. Wo die Öffentlichkeit eingreifen könnte, da soll es geschehen. Das Hauptübel liegt in dem, was der Herr Referent zuerst angeführt hat, was durch unser Statut geregelt werden soll über die Benutzungsart der Wohnungen. Wenn wir rigoros vorgehen wollten, und das, was wir darin wünschen und feinerzeit hier schon ausführlich mitgeteilt haben, durchführen wollten, dann würden wir eine grenzenlose Kalamität bekommen. Wenn über alle die Wohnungen, die laut unserem Statut auf ihre Beschaffenheit und Benutzungsart geprüft werden sollen, entschieden würde, dann befürchte ich, daß wir tausend und mehr Wohnungen auf den Index setzen müßten. Ich habe in letzter Zeit Gelegenheit gehabt, viele kleine Wohnungen sehen zu müssen, und muß offen sagen: Wer das sieht, wundert sich nicht darüber, daß die Leute sich nicht entwickeln können und die Kinder krank werden. Wenn wir sehen, wie große Teile des Volkes wohnen müssen, dann dürfen wir uns nicht wundern, daß sie degenerieren und nicht gefunden. Darin ist viel zu tun. Sie werden ja sagen: Warum wohnen die Leute dort? Wenn sie nicht die Mittel dazu haben, können sie nicht große Wohnungen bauen. Wir haben andere Ansichten in bezug auf Wohnungspflege als Sie und sind deshalb lediglich schon in Konflikt mit ihnen gekommen. Wir sind der Meinung, wenn da eingegriffen werden soll und erreicht, was der Antrag Frede wünscht, dann müßte eine ganz andere Methode platzgreifen in bezug

auf Erbauung von Wohnungen. Es ist unmöglich, zu erwarten, daß die Wohnungen auf der Langenstraße, Weberstraße, Niekelnkull, Schöppenstedterstraße den gesundheitlichen Anforderungen entsprechen. Auf früher immerhin verhältnismäßig guten und von Leuten, die eine bessere Wohnung beanspruchten, bewohnten Straßen sind im Laufe der Zeit Verhältnisse eingetreten, die nicht den Anforderungen an eine gesunde Wohnung entsprechen. Wenn wir den Leuten aufgeben wollten, die Häuser leerstehen zu lassen, dann ist der größte Teil dieser Hausbesitzer ruiniert. Es ist schon früher darauf hingewiesen, daß die Stadt Braunschweig die hohen Brandkassenbeiträge aufbringt. Für die gesundheitlichen Zustände der Stadt ist aber die Wohnungsfrage von größter Bedeutung und da herrscht hier zweifellos ein Uebelstand. Je mehr aber die Einsicht kommt, daß wir uns um Wohnungspflege kümmern müssen, besonders in höhere Kreise, um so mehr wird die Ueberzeugung kommen, daß das Grundübel ausgerottet werden muß, und daß die Beseitigung der schlechten Wohnungen die erste Sorge sein muß, bevor wir das andere erreichen können, was der Antrag Frede erstrebt. Wenn Sie Gelegenheit hätten oder die Pflicht sie rief, in diese Wohnungen zu kommen, dann würden viele von Ihnen sagen: das hätten wir nicht geglaubt. Darum bin ich der Meinung: Mit allen diesen schönen Vorschriften kommen wir nicht weiter. Wenn ich sage: Denjenigen, die solche Häuser besitzen, in denen menschliche Wohnungen nicht gestattet sein dürften, denen müßte die Möglichkeit gegeben werden, mit ihren bescheidenen Mitteln wieder Häuser zu bauen, so werden Sie mir erwidern: Das ist leichter gesagt als getan! Wie die Sachen heute liegen, allerdings; auf eine großzügige Kommunalpolitik kann man sich von heute auf morgen nicht einlassen. Wir dürfen das Häuserbauen nicht den Spekulanten überlassen. Die Stadt müßte hier eingreifen und Mittel in dieser Richtung hin zur Verfügung gestellt werden. — Ich bedaure, daß wir nach dieser Richtung hin nicht weiterkommen können, als von seiten der Statutenkommission vorgeschlagen wird.

Herr Meherhoff: Ich bedaure auch, daß Herr Stadtverordneter Ahmann verhindert war, in der Kommissionsitzung zu erscheinen, dann hätte vielleicht der Beschluß der Statuten-Kommission etwas anderes zutage gefördert. Es ist auch für die Grundbesitzer erwünscht, daß die Frage der Wohnungspflege gelöst wird, und ich hoffe noch, daß der Antrag Frede angenommen wird, wenn auch nicht in der Form, wie er eingebracht ist. Aber ich vermissen eins, was der Herr Berichterstatter wohl vergessen hat. Ist nicht auch in der Kommission beschlossen, in der Stadt Worms, die eine angestellte Wohnungspflegerin hat, Erkundigungen einzuziehen, oder auch in Bielefeld? (Der Herr Referent verneint.) Nun, ich kann mich auch irren. Wir, die wir Wohnungen vermieten,



würden uns freuen, wenn die Stadt einen Schritt weiter gegangen wäre, ich meine, wenn sie versuchsweise eine weibliche Person verpflichtet hätte, die Arbeit zu tun. Es ist ja schön, wenn sich freiwillig Kräfte melden, aber ich weiß nicht, ob sie die Autorität haben werden, wenn sie gute Ratschläge geben, damit durchzubringen. Daß die Herren, die die Wohnungen zu beaufsichtigen haben, auf eine große Belehrung hinwirken können, das bezweifle ich entschieden. Sie können wohl anzeigen, aber auf den Frauencharakter hinzuwirken, daß sie eine Wohnung sauber halten, das bestreite ich den beiden Herren. Ich bedaure, daß wir diesen, so muß ich es nennen, kleinen Ausweg gefunden haben und uns darauf beschränken wollen, was der Frauenverein tut. Ich möchte doch den Magistrat dringend bitten, nachträglich sich einmal zu erkundigen, wie in anderen Städten die Sache gehandhabt wird. Ich glaube, der Herr Antragsteller wird sich auch gern zu Gebote stellen und in der Sache mitarbeiten. Es ist mir zu minimal, was jetzt herausgekommen ist.

Herr Kleinknecht: Daß die Wohnungsfrage eine ganz bedeutende Frage für das allgemeine Wohl ist, das zu erwähnen und zu beweisen, ist wohl nicht nötig. Es tut mir ungeheuer leid, daß aus diesem Antrag Frede, den ich mit großer Sympathie begrüßt habe, doch so recht wenig herauskommt. Es wird mir schwer, im Augenblick zu beurteilen, wie es wohl gemacht werden könnte, ich konnte aber zu der Sitzung der Statuten-Kommission, zu der ich nicht gehöre, nicht kommen, weil ich eine andere Kommissions-Sitzung hatte. So muß ich denn sagen, daß ich auch nicht in der Lage bin, feste Vorschläge zu machen. Ich habe aber Gelegenheit gehabt, unzählig oft in traurige Wohnungen hineinzukommen, so daß mir wirklich das Herz geblutet hat, das anzusehen und nicht helfen zu können. Das betrifft einmal das ethische Moment, dann aber auch die hygienischen Grundsätze, denen da in krasser Weise entgegengehandelt wird. Nun ist vom Herrn Referenten gesagt, daß wir Bauaufsicht haben, daß mehrere Bauassistenten die Verpflichtung haben, ohne daß sie gerufen werden und auch dann, wenn sie benachrichtigt werden, Wohnungen zu besichtigen und auf Abstellung von Mißständen zu dringen. Ich habe sehr viele Wohnungen gesehen, die lange Zeit hygienisch unzulässig waren. Ich habe in die Leute gedrungen, daß sie das ändern sollten, und auch den Wirt benachrichtigt. Ich hatte nicht das Recht, da ich als Arzt gekommen war, darüber auszulplaudern und eine Anzeige zu machen, habe aber mehrmals dem Wirt damit gedroht, und da hat es manchmal geholfen, manchmal auch nicht. Ich glaube aber, ich würde mit der Zeit keine Bedenken mehr tragen, doch einmal eine Anzeige zu machen, selbst wenn ich nur als Arzt einen Einblick gewonnen habe. Neulich habe ich wieder eine Wohnung gesehen, wo die Grube ohne Abzugsrohr auf dem Korridor aufgestellt war.

Einmal ist das feuergefährlich und dann auch gesundheitschädlich. Da kommen natürlich die Bauaufseher nicht hin und sehen das vielleicht auch gar nicht so. Ich bin überzeugt, wenn eine andere Person (ich will damit gegen die Herren Bauassistenten nichts Nachteiliges sagen), die mehr die einzelnen Wohnungen nach der hygienischen Seite hin beurteilen könnte, hinginge, würde vielleicht mehr erreicht werden. Ich hätte auch den Wunsch, daß eine weibliche Kraft hinginge und sich die Sachen ansähe. Sie könnte einmal auf das sehen, was unbedingt den Bauvorschriften nach geändert werden muß, könnte aber auch besonders — und darin sehe ich den Hauptwert — den Bewohnerinnen mehr mit Rat, wohl auch mit der Tat, zur Seite stehen, als das Bauassistenten möglich ist. Wir haben jetzt für eine besondere Krankheit, für die Tuberkulose, beschlossen, die Wohnungsaufsicht durch eine Schwester leiten zu lassen, und werden, hoffe ich, auch dazu kommen, bei andern Krankheiten durch eine andere Schwester eine Wohnungsaufsicht herbeizuführen. Es fehlt uns dann aber noch die Wohnungsaufsicht bei Gesunden, und da die Gesunden viel zahlreicher sind als die Kranken, ist also noch ein Mangel vorhanden. Ich kann mich auch nicht so recht mit dem, was die Statuten-Kommission beschlossen hat, es den Wohltätigkeitsvereinen zu überlassen, hier einzugreifen, einverstanden erklären, und möchte doch bitten, zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, eine geeignete Frau anzustellen, sei es ehrenamtlich oder mit Bezahlung, die die Pflicht hat, regelmäßig in die Wohnungen zu gehen und den Leuten mindestens mit Rat beizustehen. Wie es jetzt ist, kommen wir nicht weiter, und die Wohlfahrt und das Gedeihen unseres Volkes in gesundheitlicher und ethischer Beziehung hängt doch hauptsächlich von der Wohnungsfrage ab.

Herr Sander: Ich bin auch der Meinung, daß die Beratung in der Statuten-Kommission etwas anderes gezeitigt hat, als der Herr Referent vorgebracht hat. Es ist wohl richtig, daß offiziell der Antrag Frede in dieser Form nicht angenommen worden ist, aber es ist dabei ausdrücklich gesagt worden, wir wollten vorläufig der Versammlung empfehlen, die Wohnungspflege der privaten Mildtätigkeit zu überlassen, es sollte aber bei den Städten, die die Wohnungspflege eingeführt hätten, Erkundigungen eingezogen werden, und später, wenn diese eingegangen wären, wollten wir auf die Sache zurückkommen und wieder darüber beraten. Wir wollten also die Sache nicht glatt ablehnen.

Ich habe zu der Sache auch meine Meinung geäußert und glaube, daß eine derartige Pflege, wie sie Herr Dr. Kleinfnecht vorschlägt, unausführbar sein wird. Herr Dr. Kleinfnecht meint, der Stadtmagistrat möge Frauen anstellen, die die Pflicht haben, die Wohnungen zu inspizieren. Mit der Pflicht ist es nicht getan; wenn sie keine Rechte hat, dann kann sie nicht das erreichen, was die pri-

vate Mildtätigkeit oder private Wohnungsfürsorge erreichen würde. (Sehr richtig!) Ich stehe auch nicht auf dem Standpunkt, daß eine weibliche Beauftragte mehr erreichen würde, als die Bauassistenten. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß ein Bauassistent, der eine Wohnung inspiziert, eine Grube ohne Rohr nicht sieht. Einen solchen Bauassistenten könnte man einfach nicht gebrauchen (sehr richtig!), der muß das viel eher sehen, als eine Frau, er wird jeden Mangel der Wohnung eher erblicken können, als eine Frau. Allerdings ob Wohnungspflege geübt ist, wie sie der Antragsteller meint, ob richtig gelüftet wird und sauber gefegt, das entzieht sich wohl eher der Kenntnis eines Bauassistenten. Es kommen wohl auch Sachen in Frage, die die Bewohnerin dem Mann nicht mitteilen kann, da würde schon die Mitwirkung einer Frau bedeutend mehr am Platze sein. Ich muß noch einmal sagen, einer glatten Ablehnung des Antrags Frede hätte ich nicht zugestimmt, habe mich aber mit dem Ergebnis zufrieden erklärt, wie ich es im Anfang meiner Ausführungen andeutete.

Herr R i e f e: Wenn wir das Thema erschöpfen wollten, so würde das eine Sitzung allein in Anspruch nehmen. Sollte heute eine Statistik veröffentlicht werden über die Wohnungsverhältnisse in den deutschen Städten, dann wird Braunschweig — ich machte jede Wette — am schwächsten abschneiden. Nach dem, was ich darüber gelesen habe, hat man anderwärts mehr getan. Wie hier gewurfelt wurde, das haben die Anträge vor 20 Jahren dargetan, die in folgender Weise erledigt wurden. Als damals Wohnungen fehlten, wurde der Antrag gestellt, auf städtische Rechnung Wohnungen zu bauen. Das wurde damals abgelehnt und auch heute würden wir keine Majorität dafür zusammenbekommen. Lößlich wäre es, wenn ich mich irrte. An der Luiseustraße war Terrain aufgeschlossen; da gab die Stadt 84 000 *M* Darlehen zu 3 Prozent mit der Verpflichtung, Wohnungen zu bauen mit einem Mietspreise von 280 bis 300 *M*. Ohne daß Treppen darin waren, sind die Leute dort eingezogen, und das waren Leute, die nicht zu den ganz Armen gehörten. Später bot sich der Stadt Gelegenheit, an der Bergstraße billige Wohnungen zu bauen. Dort war Grund und Boden zu haben, der kostete 3,10 *M* das qm. Auch dort verhielt sich die Stadt wieder so und tat weiter nichts. Die Häuser sind längst der Privatspekulation verfallen, und die Wohnungen kosten heute dasselbe, was andere Wohnungen auch kosten. Unsere Wohnungskontrolle wird zu bureaukratisch betrieben. Es sei fern von mir, den Beamten daraus einen Vorwurf machen zu wollen, aber es liegt einmal so in der Sache. Wenn Sie heute in die alten Dinger hineinkommen — ich habe wohl am meisten Gelegenheit dazu —, dann können Sie reden, was Sie wollen, es hilft nichts. Sind Sie mit dem Mieter fertig, dann werden Sie in Widerstreit kommen mit dem Wirt. Beide sind in

der gleichen Lage, daß einer nichts besitzt und der andere auch nichts, und dann kommt man zu dem üblichen Ergebnis, daß nichts gemacht wird. Manche Wohnungen sind und bleiben Höhlen, die Mieter mögen noch so reinlich sein. Wenn man heute die unbrauchbaren Häuser alle abbrechen wollte, so müßten wir Baracken auf dem Exerzierplatze aufstellen, dann erst wäre es möglich, diejenigen, die wir expropriieren müßten, unterzubringen. Mit einem Male geht das nicht, das liegt auf der Hand. Wie der Antrag gestellt ist, da wird es vollständig beim alten bleiben, und auch von der privaten Kontrolle verspreche ich mir nichts. Derjenige, der damit betraut wird, muß amtliche Befugnis haben. So wird es in andern Städten auch ausgeführt, und dann gehören Männer und Fachleute dazu, die etwas davon verstehen. Mit dergleichen Palliativmittelchen, wie vorgeschlagen, kommen wir nicht weiter. Heute verlangt man auf den Gefangenen in Strafanstalten einen Luftraum von 20 Kubikmetern, ich kann Wohnungen anführen, die haben noch nicht einmal 5 Kubikmeter auf eine Person, sie haben oft nicht einmal ordentliche Fenster und sind überfüllt mit allem möglichen Kram. Soll Wandel geschaffen werden, dann müssen wir andere Maßregeln ergreifen als solche, mit denen der Antrag hier erledigt ist. — Wenn eine Frau in solche Wohnungen kommt, so wird sie in einem Duzend Fällen an zehn Stellen vom Hauswirt nicht ganz liebsam hinausgewiesen werden. Wir hatten schon einmal den Versuch gemacht, die Armenpfleger mit der Sache zu betrauen und haben Fiasko damit gemacht. Ich kann nur vorschlagen, statistisches Material aus andern Städten einzufordern und das zweckentsprechend zu erledigen.

Herr L e u e: Ich glaube, in der Debatte haben wir uns weit von dem entfernt, was der Antrag Frede will. Was hier vorgebracht ist, hat zum Teil mit dem eigentlichen Antrage wenig zu tun, ist aber herbeigeholt, weil sich Gelegenheit fand, um Wünsche, die man als berechtigt fand, vorzutragen. In dem Punkte sind wir uns wohl alle einig, daß es wünschenswert wäre, die Wohnungsverhältnisse, wie sie in den Straßen, die hier angeführt sind, vorliegen, gebessert werden müßten; niemand wird den jetzigen Zustand als Idealzustand betrachten. Der Antrag Frede will jedoch etwas anderes; er will, es soll Wohnungspflege in der Richtung getrieben werden, daß ordnungsmäßig gereinigt wird und derartiges. Lassen wir das andere doch erst einmal ganz beiseite; das würde eine Sache für sich allein sein und eine ganze Sitzung in Anspruch nehmen. Ich möchte mich nur auf den Antrag Frede beschränken. Da muß ich sagen: Es ist nicht möglich, das zu erzielen, was der Antrag Frede will. Dasjenige, was Herr Stadtv. Kleinfnecht sagt, bestätigt meine Ansicht. Wenn es schon dem Arzte, der doch immerhin eine gewisse Autorität Kranken gegenüber hat, nicht gelungen ist,

Wandel zu schaffen, glauben Sie dann, daß eine Frau oder ein Mann — das ist gleichgültig — die keine Exekutivgewalt haben, etwas erreichen werden? Wie Herr Stadtv. Kiefe schon richtig sagte, ein solcher wird zu großen Unannehmlichkeiten kommen. Wenn er sagt: Hier muß besser gereinigt werden, beim Regen müssen Sie die Fenster aufmachen, so wird man ihn erwidern: Das geht sie gar nichts an! oder: das weiß ich wohl! Daß wir etwas einführen, was wir nicht durchsetzen können, ist ein Schlag ins Wasser. Sollten Erkundigungen in andern Städten die Möglichkeit geben, daß, wenn wir Personen anstellen, wir auch das Recht haben, unsere Ansprüche durchzusetzen (ich bezweifle das, es wird eine Rechtsfrage sein), so wäre das ja zu begrüßen. Aber einstweilen muß ich dem Beschlusse der Statutenkommission zustimmen: So wünschenswert eine Aenderung ist, wie der Antrag Frede es will, geht es nicht.

Herr Wolters: Ich glaube, wir müssen uns darauf beschränken, anzuerkennen, daß wir über den Umfang unserer Vorschriften nicht hinausgehen können. Soweit der Antrag Frede den Geschäftskreis der Wohnungsaufsicht erweitern will, kann man ihm nicht stattgeben.

Ist es nun überhaupt möglich, daß nach den geltenden Vorschriften eine Frau zugelassen werden kann? Diese Möglichkeit sehe ich. Es ist in § 9 freilich folgendes gesagt:

„Die Wohnungsaufsesser haben die Wohnungen zu besichtigen; in erster Linie solche, in denen Mängel der oben gedachten Art zur Anzeige gebracht sind bezw. vermutet werden. Ergibt die örtliche Besichtigung das Vorhandensein von Mängeln und Mißständen, so haben die Wohnungsaufsesser auf deren baldigste Beseitigung durch Belehrung und Erteilung zweckentsprechender Ratschläge hinzuwirken. Für ihre Befolgung ist dem Hauseigentümer bezw. dem Wohnungsinhaber eine bestimmte angemessene Frist zu setzen, nach deren Ablauf festzustellen ist, ob die vorgefundenen Mängel beseitigt sind. Stellt sich hierbei heraus, daß der gegebenen Anregung keine Folge gegeben ist, so ist dem im § 8 genannten Baumeister schriftliche Anzeige, soweit nötig unter Beifügung von Plänen und Handzeichnungen zu erstatten. Derartige Anzeigen sind, soweit es sich um Mängel handelt, die durch eine mangelhafte bauliche Unterhaltung des Aeußeren der Gebäude hervorgerufen werden, an das Stadtbauamt, im übrigen aber an Herzogliche Polizeidirektion zur Veranlassung des Erforderlichen abzugeben.“

Wenn diese Vorschrift nicht wäre, dann würde ich einen Antrag stellen, den Magistrat zu ersuchen, uns eine Vorlage zu machen, wonach eine Frau als

Wohnungsaufsichtsperson bestellt würde. Ich nehme jedoch Anstand daran, diese zu einer städtischen Beamtin zu machen. Das ist auch nicht nötig; es kommt nur darauf an, daß sie zur Durchführung dieser Vorschriften autorisiert ist, und das ist sie, indem sie Auftrag vom Magistrat hat. Ich möchte meinerseits (nicht für die Statutenkommission) die Anregung geben, ob die Versammlung sich dahin schlüssig werden kann, daß zu diesem Zwecke eine Frau beschäftigt wird, ohne daß sie Beamtin wird.

Zurückkommen muß ich noch auf die von Herrn Meyerhoff und Herrn Sander geäußerte Ansicht. Es ist richtig, daß der Antragsteller im Beginn seiner Ausführungen und auch nachher geraten hat, man möchte nach Worms schreiben und Erkundigungen einziehen. Nachher aber hat die Statutenkommission beschlossen, zu erklären, daß inhaltlich der Antrag Frede nicht zulässig ist, sondern vielmehr den privaten Vereinen überwiesen werden müsse. Mit einer solchen Erklärung ist unvereinbar, daß die Stadt ihrerseits noch einmal in Worms Erkundigungen einzieht. — Wenn Sie sich auf den Standpunkt stellen, den ich vorhin für mich privatim zu präzisieren versucht habe, so kann ja die Erkundigung immer noch geschehen.

Vorsitzender: Nachdem ich die Debatte bis jetzt gehört habe, glaube ich, die Herren werden mir zustimmen, wenn ich Ihnen folgenden Antrag zur Annahme vorschlage:

den Antrag Frede zurzeit zurückzustellen, den Magistrat aber zu ersuchen, bei den Städten, die schon Wohnungspflege haben, Erkundigungen darüber einzuziehen, und nach Eingang dieser Nachrichten uns davon Kenntnis zu geben und dann auf den Antrag zurückzukommen.

Es würde damit allerdings Zeit vergehen, aber die Erfahrungen, die schon vorliegen, könnten wir uns dann zunutze machen. Wenn es Ihnen recht ist, wollen wir also den Antrag Frede nicht einfach totschlagen, sondern auf diese Weise in einer späteren Sitzung erledigen. (Zustimmung.)

Herr Wolters: Es wäre von außerordentlicher Wichtigkeit, wenn der Magistrat hier seine Ansicht äußerte.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Wir haben die Frage, ob die Maßregeln, die bei Erlass der erwähnten Vorschriften in Aussicht genommen waren, zwangsweise durchgeführt werden könnten, Ihnen seinerzeit in eingehender Weise unterbreitet. Sie wollen eins dabei berücksichtigen: Die Vorschriften haben nur die ordnungsmäßige Erhaltung der Wohnung im Auge. Den Zwang wollen sie mit Hilfe der Polizei ausführen, in der Weise, daß dem Hausbesitzer, wenn es nötig ist, das Recht genommen wird, die Wohnung be-

nutzen zu lassen. Auf einem andern Gebiete liegt es, wenn man ihn zwingen will, vielleicht nicht 5 Personen in einem Zimmer wohnen zu lassen, oder dieses und jenes zu unterlassen, damit die Wohnung nicht ungesund wird. Da bin ich mit dem Herrn Referenten der Ansicht, daß es zurzeit an Vorschriften und an der Möglichkeit fehlt, in dieser Beziehung einen Zwang auszuüben. Machen Sie sich doch einmal klar, wohin das führt, wenn in das private Leben so eingegriffen wird. Sind wir nicht alle, wie wir hier sitzen, schon in der Lage gewesen, daß wir die Mahnung des Arztes haben hören müssen, dies oder jenes in unsern Wohnungen zu unterlassen. Ich möchte Herrn Dr. Kleinfnecht fragen: Hat er nicht auch in unsern besseren Familien derartige Verhältnisse gefunden? Denn daß man immer im Leben Rücksicht auf seine Gesundheit nimmt, das ist doch nicht der Fall. Daraus folgt, daß man sich auf ein schwieriges Gebiet begibt, wenn man in derartiger Weise in das Privatleben eingreifen will; ich glaube, das ist durch Zwang nicht zu erreichen, weil es mit den Gesetzen nicht vereinbar ist. — Aber gleichwohl, wer wird leugnen, daß die vorliegende Sache hochbedeutungsvoll ist! Und wenn es den Städten, die genannt sind, gelungen sein sollte, derartige Vorschriften mit Erfolg einzuführen, wenn namentlich schon nachgewiesen werden könnte, daß die Gerichte derartige Vorschriften als verbindlich anerkannt haben, dann hätten wir selbstverständlich die Pflicht, unsererseits den Versuch zu machen, und insofern möchte ich namens des Magistrats erklären — ich glaube annehmen zu können, daß meine verehrten Kollegen mir zustimmen —, daß, wenn Sie den Wunsch haben, daß Erkundigungen eingezogen werden, dies geschehen wird. Auf einem andern Gebiete liegt es, wie Herr Stadtv. Frede das wollte, daß man nur Personen annimmt, die Anregungen erteilen, in die Häuser gehen, um zu belehren. Es ist nicht zu bestreiten, daß in den meisten Verhältnissen nicht der böse Wille die Ursache der vorhandenen Uebelstände ist, sondern der Mangel an Mitteln, an Zeit und die fehlende Affurateffe. Da hält es schwer, die Frau zu überzeugen und Abhilfe zu schaffen. Allerdings gebe ich zu: es gibt solche Frauen, die sich dieser Mühe mit Vergnügen unterziehen, und wenn dadurch Erfolge erreicht würden, wäre es mit Freuden zu begrüßen.

Der vom Vorsitzenden vorgeschlagene Antrag wird von Herrn Ohlendorf aufgenommen und dann angenommen.

## VI. Gewährung eines Zuschusses an den Verkehrsverein.

Am 6. Februar 1908 stimmten die Stadtverordneten dem Magistratsantrage zu, dem hiesigen Verkehrs-Verein auf Liquidation bis zu 4000 Mark aus den Erträgen der Umfabsteuer zu zahlen, um davon die Kosten der

Vervielfältigung, Verpackung, Versendung usw. des Reklameplakats „Burglöwe“ zu decken.

Unter dem 6. April 1909 sind auf Berechnung des Vereinsvorstands 3526,62 Mark auf das Jahr 1908/09 zur Zahlung angewiesen. Jetzt sind nachträglich an Kosten für Plakatversendungen aus der Zeit vom 1. Januar bis 1. Dezember vorigen Jahres noch 301,60 Mark liquidiert. Der Stadtmagistrat ersucht,

die Antweisung dieses Betrages auf den Haushaltsplan der Umsatzsteuer für 1910/11 gutzuheißen und ihn zu ermächtigen, bis zur Erreichung der früher festgesetzten höchsten Summe auch in Zukunft Zahlung auf Liquidation zu leisten.

Herr Löschigt referiert namens der Finanzkommission über den Antrag des Magistrats und empfiehlt seine Annahme. Die Versammlung erklärt sich mit der Vorlage einverstanden.

## VII. Gewährung eines Zuschusses an den Verband reisender Kaufleute.

Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands, Sektion Braunschweig, hat den Magistrat benachrichtigt, daß am 25. Mai 1911 hier die nächste Generalversammlung des Verbandes abgehalten werden solle, bei der mit einem Fremdenbesuche von 400—500 Personen zu rechnen sei. In seinem Schreiben führt der Verband weiter aus, daß durch diese Generalversammlung der Sektion Braunschweig General-Unkosten in Höhe von mindestens 4000 M entstünden; als Beihilfe zur Deckung dieser Unkosten wird eine Summe in Höhe von 1500 bis 2000 M erbeten. Die städtischen Behörden haben wiederholt beschlossen, derartige Unternehmungen auch pekuniär zu unterstützen; in ähnlichen Fällen sind Beihilfen bis zu 1200 M gewährt. Der Magistrat glaubt daher, auch im vorliegenden Falle eine Beihilfe gewähren zu sollen, und glaubt eine solche in Höhe von 1000 M für angemessen, deren Deckung zweckmäßig aus den Erträgen der Umsatzsteuer zu nehmen wäre. Der Magistrat glaubt es für angebracht, die Gewährung der Beihilfe von der Bedingung abhängig zu machen, daß sie nicht zu Bewirtungszwecken verwandt werden darf, und nur auf Liquidation erfolgt.

Außerdem hat der Verband die Bitte ausgesprochen, zu gestatten, daß die Teilnehmer an der Generalversammlung die Ehrenwürdigkeiten der Stadt, soweit sie unter städtischer Verwaltung stehen und nur gegen Gebühr zugänglich sind, unentgeltlich besuchen zu dürfen. Die Gewährung dieser Bitte hält der Magistrat für angemessen.



Herr **L e u e** erstattet Bericht über die Vorlage und ihre Beratung in der Finanzkommission und beantragt namens der Kommission, dem Magistratsantrage in beiden Punkten zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

### **VIII. Legung eines Abzugskanals in der projektierten Straße Nr. 31.**

Der Bädermeister Kühnhold, Grünstraße 16, bittet behufs Ermöglichung der Entwässerung seines auf seinem Grundstück an der projektierten Straße Nr. 31 im Bau begriffenen Wohnhauses zu genehmigen, daß der für später in betreffender Straße zu verlegende Abzugskanal schon jetzt in dem der Stadt gehörigen zur Straßenanlage bestimmten Terrain in einer Länge von etwa 30 m auf seine Kosten hergestellt wird. Die Kosten sind zu 600 *M* veranschlagt, für Bauleitung sind 30 *M* zu zahlen.

Der Magistrat beantragt, die Genehmigung unter den für solche Bauten üblichen Bedingungen zu erteilen.

Herr **M e y e r h o f f** berichtet über die Vorlage und schlägt namens der Baukommission vor, das Gesuch unter den mitgeteilten Bedingungen zu genehmigen, was seitens der Versammlung geschieht.

### **IX. Anschaffung eines Schwimmbaggers.**

Herr **F r ü h l i n g**: Zur besseren Reinigung der Oser und der Badeanstalten empfiehlt der Stadtmagistrat die Beschaffung eines kleinen Schwimmbaggers. Es haben längere Verhandlungen stattgefunden, die als Ergebnis die Auswahl des von der Firma Georg Otto Schneider in Leipzig zum Preise von 3800 *M* offerierten Baggers gezeitigt haben. Der Bagger ist für Handbetrieb eingerichtet, kann aber später, wenn nötig, für Maschinenbetrieb leicht umgeändert werden. Der Magistrat ersucht, der Anschaffung zuzustimmen und dazu (unter Berücksichtigung der zu erwartenden Nebenkosten) 4000 *M* zu Lasten des Kap. VI C 3b des ordentlichen Etats zu verwilligen. Die Baukommission hat die Sache eingehend geprüft und empfiehlt Annahme der Vorlage.

Die Vorlage wird genehmigt.

### **X. Erhebung einer Feststellungsklage wegen Verwendung von Straßenbaufantionen.**

Nachdem der von den städtischen Behörden beschlossene Ausbau des Bültenswegs zwischen der Nordgrenze des Grundstücks Nr. ass. 3752 und der projektierten Straße Nr. 168 a beendet ist, sind im Laufe des Monats Dezember 1910

die Anliegerbeiträge von seiten der Stadt angefordert. Die Eigentümer der Grundstücke Bültzenweg 66/66 a, 67 59, 60, 61, 62, 28, 28 a, 29, 30 58 b und 58 c haben darauf an den Stadtmagistrat das Ersuchen gerichtet, zur Deckung der städtischen Forderung zunächst diejenigen Werte zu versilbern, beziehungsweise zu verwenden, welche von dem Vorbesitzer der Grundstücke, dem Zivilingenieur Königsdorf hier selbst schon früher zur Sicherstellung jener Straßenbaukosten bei der Stadt hinterlegt seien. Der Magistrat würde diesem Antrage entsprochen haben, wenn nicht schon vor seiner Einbringung der Kautionsbesteller und hinterher dessen Ehefrau, welcher der eventuelle Anspruch auf Rückgewährung der Kautions abgetreten ist, gegen ein entsprechendes Vorgehen Einspruch erhoben hätte. Wenn der Magistrat denselben als begründet auch nicht ansehen kann, so scheint es nach seiner Ansicht zur Ausschließung späterer gegen die Stadt gerichteter Regressforderungen doch angezeigt, demselben zunächst insoweit Beachtung zu schenken, als die Entscheidung über den von den beitragspflichtigen Anliegern gestellten Antrag bis dahin ausgesetzt wird, daß auf Grund einer von der Stadt auszustellenden Feststellungsklage durch die ordentlichen Gerichte entschieden ist, ob ihr das Recht zur Verwendung der Kautions im Sinne der Antragsteller zusteht oder nicht. Zur Beurteilung dieser Frage kommt nach Ansicht des Magistrats folgendes in Betracht:

Die Stellung der Sicherheit ist erfolgt in der Zeit von 1895 bis 1903; veranlaßt ist sie durchweg durch Anträge auf Bebauung der bezeichneten Grundstücke, deren Genehmigung das Stadt-Bauamt von der zuvorigen Einzahlung, beziehungsweise Sicherstellung der nach dem zu erwartenden Ausbau des Bültzenwegs fällig werdenden Straßenbaukosten (in anschlagnmäßiger Höhe) abhängig gemacht hatte.

Der Magistrat hat stets die Auffassung vertreten, daß in Fällen der vorliegenden Art der Stadt das Recht zustände, bei Eintritt der Fälligkeit der Kosten sich ohne weiteres, das heißt ohne Durchführung eines eventuell fruchtlosen Zwangsbeitreibungsverfahrens, gegen den zahlungspflichtigen Anlieger, aus der gestellten Sicherheit in dem sich aus dieser ergebenden Umfange bezahlt zu machen und ist in ungezählten Fällen danach verfahren. Diese Ansicht stützt sich in der Hauptsache auf den die Grundlage für die Kautionsforderung bildenden und bis zum Erlaß des Orts-Bau-Statuts vom 8. Dezember 1905 in Kraft getretenen § 6 des Orts-Bau-Statuts vom 27. Dezember 1883, nach welchem unter bestimmten Voraussetzungen das Bauen von Wohnhäusern (ausnahmsweise) auch außerhalb der angelegten Straßen unter der Bedingung für zulässig erklärt ist, daß „der Bauende zuvor . . . die Verpflichtung übernimmt, zu den Kosten der späteren Herstellung der projektierten Straße ebenso beizutragen, wie er nach den §§ 8—11 des Statuts beizutragen haben würde,

wenn er erst nach Herstellung der Straße baute, und wegen Erfüllung dieser Verpflichtung eine nach dem Ermessen des Stadtmagistrats genügende Sicherheit bestellt.“ Es geht hieraus unzweideutig hervor, daß soweit diese Vorschrift zur Errichtung einer Bauerlaubnis Geltung gewann — und das hat sie bezüglich der oben aufgeführten vormals Königsdorffschen Grundstücke getan — die Kaution nicht Sicherheit bieten sollte für die erst nach Eintritt der Fälligkeit der Straßenbaukosten entstehende Zahlungsverpflichtung des Anliegers, sondern für eine schon vorher und unabhängig von jenem Schuldverhältnisse entstandenen obligatorischen Verpflichtung des Antragstellers beziehungsweise des Kautionsbestellers selbst. Der Kautionsbesteller steht zur Stadt in einem völlig selbständigen Schuldverhältnisse und die Bestellung der Sicherheit gewinnt gleichsam den Charakter einer Vorausbezahlung der vom Kautionsbesteller übernommenen Straßenbaukosten, deren endgültige Verrechnung natürlich erst nach Ausbau der Straße und nach Fälligkeit der Straßenbaukosten stattfinden kann.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß diese persönliche Haftung des Kautionsbestellers selbst dann besteht, wenn er die oben besprochene Verpflichtung nicht ausdrücklich übernommen hat; er ist sich bewußt gewesen, daß er zur Erreichung des von ihm beabsichtigten Zweckes, „die Erteilung der Baugenehmigung“, die durch das städtische Statut geforderte Vorbedingung erfüllen müsse, und er hat sie erfüllt durch Stellung der durch das Statut geforderten Kaution, das heißt der Kaution, welche Sicherheit bieten sollte für die eigene obligatorische Verpflichtung, die Straßenbaukosten zu zahlen. Es erscheint deshalb unzweifelhaft, daß in den bezeichneten Fällen, die Kautionsbestellung die Uebernahme der Straßenkostenzahlungspflicht umschließt.

Es ist nicht zu verkennen, daß durch eine Sicherheitsleistung der gedachten Art der Stadt die Einziehung der Straßenbaukosten ungemein erleichtert wird, und es empfiehlt sich schon um deswillen, nicht ohne weiteres auf die der Stadt aus der Kautionsbestellung erwachsenen Rechte zu verzichten.

Der Stadtmagistrat richtet daher an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich mit Anstellung der im Vorstehenden näher charakterisierten Feststellungsfrage einverstanden zu erklären.

Herr Wolters berichtet namens der Statutenkommission über die Vorlage und führt aus:

Der Streit dreht sich darum: soll einfach anerkannt werden: der jeweilige Eigentümer ist der Zahlungspflichtige, oder soll das Grundstück zahlungspflichtig sein? Wenn ausschließlich die §§ 8—11 des alten Ortsbaustatuts maßgebend sind, so müßte man ein gewisses Recht anerkennen, daß in der Tat

der jeweilige Eigentümer zahlen müßte. Nun ist aber die Vorschrift von §§ 8 bis 11 im Jahre 1883 nochmals geändert durch ein Abänderungs-Statut vom Dezember desselben Jahres. Später ist die Materie aus dem Orts-Bau-Statut ausgeschieden und in ein Straßen-Bau-Statut eingereiht. In allen diesen drei statutarischen Bestimmungen wird allerdings gesagt, daß der Eigentümer zahlungspflichtig ist, sobald die Grundstücke bebaut werden. Dieselbe Ausdrucksweise findet sich auch im Abänderungs-Statut vom Dezember 1893: „Kostenpflichtig sind die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke, wenn sie bebaut sind oder bebaut werden. Während jenes erste Satut nur den Fall ins Auge nimmt, daß sie noch nicht bebaut waren, kommt durch dieses Statut der zweite Gesichtspunkt hinzu: „bebaut sind oder bebaut werden.“ In derselben Weise entscheidet auch das Straßen-Bau-Statut: „Der Eigentümer ist zahlungspflichtig, sobald das Grundstück bebaut wird oder bereits bebaut war.“ Würden allein diese drei Statute maßgebend sein, so würde man in gewissem Zweifel sein können, ob man nicht eine andere Meinung als der Magistrat äußern könnte. Es trennt aber diese statutarischen Bestimmungen von den hier in Frage kommenden statutarischen Bestimmungen ein außerordentlich wichtiger Gesichtspunkt. Alle jene statutarische Bestimmungen von §§ 8—11 sind lediglich Ausführungsbestimmungen zu § 12 der Bauordnung und haben nicht zur Voraussetzung, daß zuvor schon Straßenbaukosten hinterlegt sind. Das ist der i p r i n g e n d e P u n k t. Während jene nicht mit der Voraussetzung rechnen, daß bereits Straßenbaukautionen hinterlegt sind, ist diese Bauordnung einfach von der Voraussetzung ausgegangen, daß schon hinterlegt ist. Daß diese Scheidung sehr intensiv ist, geht daraus hervor, daß durch das Orts-Bau-Statut von 1900 die bisherigen statutarischen Bestimmungen aufgehoben sind, dagegen sind bestehen gelassen die Paragraphen, aus dem die Verpflichtung zur Hinterlegung, sobald es sich um eine nicht ausgebaute Straße handelt, hervorgeht. Das Orts-Bau-Statut hat den § 6 weiterbestehen lassen, während es die übrigen aufhebt.

Ich glaube, die Statutenkommission war wohl einstimmig der Meinung, daß die Stellungnahme des Stadtmagistrats durchaus richtig ist, sie geht aber selbstverständlich nicht weiter als der Magistrat selbst, rät also nicht, ohne weiteres die Kaution in Anspruch zu nehmen, sondern hält es für angemessen, wie der Magistrat vorschlägt, die Vorsicht zu gebrauchen, durch eine Feststellungs-Klage Klarlegen zu lassen, ob der Standpunkt des Magistrats berechtigt ist. Die Statutenkommission empfiehlt also den verehrten Herren, sie möchten ihr Einverständnis damit erklären, daß der Magistrat diese Klage erhebt.

Seitens der Versammlung wird der Erhebung der Feststellungs-Klage zugestimmt.

## XI. Ausführung von Bauarbeiten im Ratskeller.

Der Ratskellerwirt Seumel hat bei dem Magistrat beantragt, zu veranlassen, daß zwecks angemessener Unterbringung seines Dienstpersonals die für die Dienerschaft im Ratskeller vorhandenen drei Räume durch Einbau von Trennungswänden vermehrt und gleichzeitig die Wohnräume des Wirts instand gesetzt würden.

Daneben hat er den Wunsch ausgesprochen, den an der Speise-Ausgabestelle des Ratskellers vorhandenen Tresen mit einem Durchgange zu versehen.

Gegen die auf den Wechsel des Mieters zurückzuführenden umfangreichen Instandsetzungsarbeiten in den Wohnräumen des Wirts, sowie gegen die geforderte Ueänderung des bezeichneten Tresens dürfte nach Ansicht des Magistrats Ernstliches nicht einzutwenden sein.

Nachdem der Antragsteller sich verpflichtet hat, die aus der Teilung der Dienerschaftsräume entstehenden Kosten der Stadt mit 4 Prozent zu verzinsen, hat der Magistrat gegen eine Berücksichtigung des ausgesprochenen Wunsches in dem von der städtischen Bauverwaltung empfohlenen Umfang nichts zu erinnern.

Der Stadtmagistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen: die bezeichneten Bauarbeiten genehm zu halten und die daraus erwachsenden Kosten zu Lasten des Kap. I des ordentlichen Etats zu verwilligen.

Herr R i e k e erstattet über die Vorlage Bericht und fügt hinzu: Die Trennungswände sind zu 600 *M* veranschlagt, die Ueänderung des Tresens zu 50 *M*. Die Arbeiten zur Instandsetzung der Wirtswohnung sind in dem Anschlage nicht enthalten. Die Baukommission hat die Sache geprüft und gibt durch mich Genehmigung anheim.

Herr Bürgermeister M e h e r: In der Vorlage steht auch, daß Sie auch die Instandsetzung der Wohnräume des Ratskellerwirts genehm halten, und wenn eine Ueberschreitung der im Etat vorgesehenen Mittel stattfinden sollte, das im voraus gutheißen möchten. Es sind dafür ja einige hundert Mark ausgeworfen, das wird aber nicht ausreichen. Wir sind durch den Wechsel des Wirts in eine gewisse Zwangslage versetzt. Der neue Wirt wollte einziehen, und da empfahl es sich, die Wohnung vorher instand zu setzen. Wir bitten also, auch dies nachträglich zu genehmigen und dem Magistrat Entlastung zu erteilen.

Herr M o h r: Ich möchte Sie bitten, die Verzinsung dieser Umbauten nicht in Anrechnung zu bringen. Sie haben schon selbst gesagt, daß die Miete Ihnen ungeheuerlich vorkäme. Weshalb hier also noch die Belastung mit einem Umbau, der notwendig war! Da eine gewisse Trennung des bei dem Wirt wohnen-

den männlichen Dienstpersonals von dem weiblichen erwünscht ist, so mußte die Einrichtung gemacht werden. Die andere Einrichtung, das Durchschneiden des Trezens, ist auch notwendig. Weshalb sollen wir dem Pächter diese 26 *M* Zinsen noch abdringen. Die Rechnung bei der Mietzahlung ist so schon kompliziert. Lassen Sie uns doch diese Sache auf die städtische Kasse nehmen!

Herr Bürgermeister Meyer: Dem Herrn Vorredner ist insofern ein Irrtum unterlaufen, als er meint, daß die 50 *M* für Aenderung des Trezens mit in die Verzinsung hineingerechnet werden sollen. Vor der Hand geht die Absicht nur dahin, daß der Betrag verzinst werden soll, der für Errichtung der Trennungswände verausgabt wird. Ob diese Einrichtung unbedingt nötig ist, wollen wir dahingestellt sein lassen; der vorige Wirt hat sie nicht für nötig befunden. Der Magistrat sagt: Es mag wünschenswert sein, dann kann uns der Wirt aber wenigstens die Kosten verzinsen. Er ist darnach gefragt worden und hat sich zur Verzinsung bereit erklärt. Es liegt also keine ausreichende Veranlassung vor, die Verzinsung zu streichen. Ich bitte, unsern Vorschlag anzunehmen.

Herr Kiefe: Gegen die Notwendigkeit, die Trennung der Räume vorzunehmen, läßt sich nichts sagen. Eine ältere Köchin ist gewohnt, ihr Zimmer anders herzurichten als die jungen Mädchen. Die großen, ungeteilten Räume halte ich für unzumutbar. Der eine Raum ist 5,70 m lang und 5,72 m breit, ein anderer 6 m lang und 4,86 m breit. Daraus kann man schon ermessen, was für 5 schöne Räume es geben wird, die vom Vorplatz aus zu erreichen sind. Wenn auch der vorige Wirt weniger Leute nötig hatte, so halte ich die Teilung doch für eine angenehme und berechtigte Verbesserung.

Vorsitzender: Ich halte es für seltsam, daß wir jemand etwas erlassen sollen, was er zu zahlen schon zugestanden hat.

Herr Deue: Wenn der Herr Vorsitzende sagt, daß er uns das schon zugestanden hat, so habe ich das Gefühl, daß der Wirt unter einem gewissen Druck gestanden hat, daß er sich gesagt hat: Erkläre dich dazu bereit, dann machen sie es dir. Da möchte ich mich doch dem Antrage Mohr anschließen, daß die 24 *M* Zinsen nicht erhoben werden. Die Einziehung eines so geringen Betrages sieht kleinlich aus.

Herr Sander: Die Verzinsung der Beträge, die für die Instandhaltung der Wirtschaftsräume verwendet werden, liegt doch wohl schon mit im Mietvertrage, wie auch im Stadtpark beispielsweise? Dann würde ich auch für den Antrag Mohr sein.

Herr Bürgermeister M e h e r: Die Frage, wie sie Herr Stadtb. Sander gestellt hat, glaube ich verneinen zu müssen. Ferner möchte ich zurückweisen, was Herr Stadt. Leue gesagt hat, daß er das kleinlich finde. Ein solcher Vorwurf würde den Magistrat treffen. Das Verfahren, welches der Magistrat eingeschlagen hat, ist an sich nicht neu und die Stadtverordneten haben wiederholt im Laufe der Jahre bei gleichem Anlaß dies Verfahren gebilligt, speziell im Stadtpark, wo eine besondere Aufwendung von 500 bis 600 *M* gemacht wurde. Immer hat man verlangt, daß neben der eigentlichen Miete noch eine Verzinsung für besondere Aufwendungen eintrete. Wenn wir hier davon absehen wollten, so würden wir, glaube ich, nicht ganz gerecht gegenüber jenem Wirte verfahren. Ich meine, die gleiche Behandlung der Wirte spreche dafür, daß Sie dem Antrage des Magistrats Folge geben.

Die Versammlung beschließt die Verwilligung der 600 *M* und der 50 *M*, stimmt auch der Instandsetzung der Wohnräume des Wirts zu, erklärt sich aber in ihrer Mehrheit dagegen, eine Verzinsung der 600 *M* durch den Ratskellertwirt zu verlangen.

## **XII. Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Roß- und Cellerstraße.**

Wiederholte Vorstellungen der Direktion der Landes-Eisenbahn-Gesellschaft über unbefugte Benutzung der zwischen Celler- und Roßstraße gelegenen, der Gesellschaft gehörenden Ladestelle als Durchgangsweg in Verbindung mit Klagen von Interessenten über das Fehlen eines Weges zwischen den genannten Straßen in der Gegend der von der Landes-Eisenbahn daselbst geschaffenen Ladestelle haben den Magistrat dahin geführt, anzuerkennen, daß ein Bedürfnis für Schaffung eines Verbindungsweges zwischen Celler- und Roßstraße in der bezeichneten Gegend tatsächlich vorhanden ist. Durch die Behauptung und Benutzung der in der Nähe der Landes-Eisenbahn gelegenen Grundstücke wird indessen die Berücksichtigung des Bedürfnisses ungemein erschwert, und es dürfte nach Ansicht des Magistrats, wenn nicht eine außer Verhältnis stehende Ausgabe erwachsen solle, kaum etwas anderes übrig bleiben, als einem Vorschlag der städtischen Bauverwaltung zu folgen und einen Fußweg hart nördlich der Landes-Eisenbahn auszubauen. Auch hier stehen der Ausführung schon mancherlei Schwierigkeiten entgegen, aber sie sind doch, wie die vom Magistrat geführten Verhandlungen ergeben haben, zu überwinden.

Das für den Weg in Betracht kommende Terrain steht bis auf die den westlichen Auslauf bildende 67 qm im Eigentum der ölperischen Pfarre; jene 67 qm gehören zu einem Teile dem Magazinarbeiter Grunewald, zum andern Teile dem Händler Fr. Albrecht hiersebst. Es wird genügen, dem Wege im allge-

meinen eine Breite von 3 m zu geben, für den westlichen Traktus ist die Breite durch die Entfernung, in welcher die Albrechtischen und Grunewaldschen Häuser zueinander stehen, mit 4,28 m gegeben. Da es sich um die Schaffung einer dauernden Anlage handelt, scheint es richtig, die zum Wege erforderliche Fläche nicht zu pachten, sondern zu kaufen.

Die Eigentümer des Terrains sind sämtlich zum Verkaufe an die Stadt bereit, und zwar die Pfarre zu Delper zum Preise von 6 *M* pro qm, die Anlieger Grunewald und Albrecht zum Preise von 10 *M* pro qm, doch stellen 6 daneben folgende Bedingung:

1. Grunewald und Albrecht fordern Befreiung von etwaigen Beiträgen zur Instandhaltung des Weges, der erstere daneben eine einmalige Abfindung von 300 *M* als Entschädigung für den Verlust der Möglichkeit, die in sein Haus einzuführenden Materialien wie Kohlen, Kartoffeln usw. bis vor seine auf der Rückseite des Hauses gelegene Haustür fahren zu können.

2. Die Delper Pfarre, beziehungsweise das Herzogliche Konsistorium verlangen mit Abnahme der südlich des Weges verbleibende Restfläche der Pfarrländerei zu 135 qm stadtsseitige Abfindung der Pächter, Abfriedigung des Weges gegen Norden und Unterhaltung dieser Einfriedigung, sowie Tragung der aus dem Verkauf entstehenden Kosten seitens der Stadt.

Der Magistrat kann weder den Preis noch die gestellten Nebenbedingungen für unbillig halten und glaubt solche zur Annahme empfehlen zu sollen, nachdem er inzwischen auch festgestellt hat, welche Leistung der Stadt aus der Uebernahme der Pächterabfindung erwachsen werden. Es handelt sich im ganzen um 2 Pächter, 1. den Landwirt Heinecke in Delper, welcher den mittleren Traktus der Wegefläche in Größe von 7 a 63 qm bis zum 1. Oktober 1914 gegen eine Jahrespacht von 82 *M* pro Morgen gepachtet hat, und 2. die Herzogliche Bau-Direktion, welche die nach der Cellerstraße zu gelegenen 3 a 38 qm zur Lagerung von Kohlen benutzt. Der erstere ist bereit, seine Fläche gegen eine einmalige Entschädigung von 60 *M*, die letztere die übrige unter der Voraussetzung, unentgeltlich aus der Pacht zu entlassen, daß die notwendige Versekung einer Planke, sowie des Torweges der Einfahrt zu den Gütergleisen der Haltestelle Cellerstraße auf Kosten der Stadt erfolgt, und die Höhenlage der durch den Verbindungsweg gekreuzten gepflasterten Einfahrt unverändert bestehen bleibt.

Der Magistrat hält mit der städtischen Bauverwaltung ein Eingehen auf diese Bedingung für unbedenklich und richtet deshalb unter gleichzeitiger Vorlegung eines mit den Anliegern Grunewald und Albrecht unter Vorbehalt abgeschlossenen Vertrages an die Stadtverordneten das Ersuchen,



1. sich mit der Anlage des geplanten Fußweges einverstanden zu erklären,
2. den Ankauf der vom Grunewaldschen und Albrechtischen Grundstücke abzutrennenden Teilflächen unter den in dem Vertrag enthaltenen Bedingungen zu genehmigen,
3. ihn zum Ankauf der bezeichneten Delper Pfarrländerei zum Preise von 6 *M* pro qm, sowie zur Uebernahme der angegebenen Abfindungen beziehungsweise Leistungen zu ermächtigen,
4. genehm zu halten, daß die nach dem vorstehenden daraus erwachsenden Aufwendungen, soweit sie nicht für Einrichtung der Beleuchtungsanlage erfolgen, zu Lasten des Extra-Ordinariums Kap. IV 3 B g verrecknet, daß jedoch die zu 2300 *M* veranschlagten Kosten der Gasrohranlage und der Aufstellung von Laternen auf den Reservefonds des Gaswerks übernommen werden.

Namens der Baukommission berichtet Herr *F r i e* über diesen Punkt der Tagesordnung und bemerkt weiter dazu: Die ganzen Kosten würden 20 100 *M* betragen, und zwar 9300 *M* die Grundentwerbskosten, 8500 *M* die Baukosten und 2300 *M* für das Gasrohr und Aufstellung von Laternen. Ich habe mir die Gegend angesehen und muß mich wundern, daß dort noch kein Unglücksfall vorgekommen ist. Da die ganze Grundfläche in der fraglichen Gegend jetzt der Stadt zugesprochen ist, so ist die stadtseitige Anlage des Weges eine sehr notwendige Sache. Die Baukommission beantragt, dem Magistratsvorschlage zu folgen und die Genehmigung auszusprechen.

Herr *M e h e r h o f f*: Es kommt selten vor, daß ich mich mit der Kommission, der ich selber angehöre, nicht in Uebereinstimmung befinde. Heute ist das der Fall und meine Bedenken habe ich schon gestern in der Kommissions-sitzung verlautbaren lassen. Die Sache liegt folgendermaßen: Wir wollen für den fraglichen Verbindungsweg von 3 m Breite über 20 000 *M* aufwenden. Wie der Herr Referent schon sagte, ist der Teil der Delper Feldmark, der hier in Betracht kommt, bis zu einem bestimmten Wege der Stadt zugeschlagen und ein Bebauungsplan über dieses Stück muß noch ausgearbeitet werden. Wenn das nun auch noch einige Wochen dauern sollte, so halte ich das nicht für schlimm. Ich habe gestern über die geplante Anlage ein kleines Exempel in der Baukommission aufgestellt. In diesen Fußweg wird ein Gasrohr von 5 cm lichter Weite verlegt, es muß zur Entwässerung auch ein Kanalkrohr von 200 mm Weite gelegt werden. Dabei wird es nicht unterbleiben können, daß wir ganz in der Nähe dieses Weges, den wir jetzt beabsichtigen anzulegen, eine neue breitere Straße durchführen müssen, denn wir haben auch den späteren Fuhrverkehr von der

Koßstraße nach der Cellerstraße und umgekehrt zu berücksichtigen. Die Länge der Strecke von der Cellerstraße hinter der Landes-Eisenbahn bis ebendahin auf der Koßstraße ist doch ganz beträchtlich und kann für solche bevölkerten Straßen nicht ohne eine nähere Verbindung für den Fahrverkehr bleiben. Wenn man nun auch den vorgeschlagenen Weg breiter machen, vielleicht auf ein Maß von 14 m ausdehnen wollte, so würde die Straße der Stadt immer noch zu teuer zu stehen kommen, weil an der einen Seite die Landes-Eisenbahn der Anlieger ist und dort keine Häuser errichtet werden. Deshalb möchte ich mir den Vorschlag erlauben, diese Vorlage heute zurückzustellen und den Magistrat zu ersuchen, uns eine neue Vorlage zu machen, die darauf basiert, daß als Verbindung eine Fahrstraße angelegt wird, die von beiden Seiten bebaut werden kann. Ich erachte die Ausgabe von über 20 000 *M* für einen Weg von 3 m Breite für zu hoch. Wenn ich auch alles berücksichtige, was wieder verkauft werden kann, auch das Baumaterial, das wieder herausgerissen und anderweitig verwandt werden kann, so gibt die Stadt doch mindestens 10 000 bis 12 000 *M* bei Anlage dieses Weges zu.

Herr B o g e: Ich schließe mich dem Antrage des Herrn Meyerhoff an. Nachdem ich von Anwohnern der dortigen Gegend auf die Sache aufmerksam gemacht war, habe ich mir die Verhältnisse dort angesehen. Der Verkehr an Fußgängern ist an der Stelle sehr stark besonders durch die Mühlenbauanstalt, auch ein nicht geringer Wagenverkehr findet statt. Hierdurch und auch, weil das Gelände der Stadt zugeschrieben ist, wird es eine Notwendigkeit sein, eine befahrbare Straße zu bauen, so daß für die vielen Arbeiter kleinere Wohnungen errichtet werden können. Ich habe mich überzeugt, daß etwa 100 m weiter nach Delper zu möglich ist, eine Straße anzulegen, ohne daß Häuser weggerissen zu werden brauchen. Die städtische Bauverwaltung wird uns schnell eine neue Vorlage ausarbeiten können.

Herr Bürgermeister M e y e r: Wir haben Anlaß genommen, diese Vorlage einzubringen, weil die Zahl der Beschwerden über die mangelnde Verbindung zu groß wurde. Speziell hat, wie der Herr Referent schon mitgeteilt hat, die Landes-Eisenbahn die Beschwerden der Interessenten insoweit unterstützt, als sie sagte, sie könnte eine Verantwortung für irgend welche Schäden, welche die Passanten, die ihren Weg über das Eisenbahngrundstück nehmen, erlitten, nicht tragen. Nun ist es uns nicht gelungen, eine Trace für den Weg zu finden, die auf beiden der Stadt, von der Bahn aus gedacht, läge. Durch das große Grundstück des Herzoglichen Krankenhauses ist die ganze Gegend so beeinflusst, daß es schwer ist, eine geeignete Trace für einen Weg zu finden. Deshalb war von vornherein

unsere Absicht dahin gerichtet, einen Weg hart neben der Landeseisenbahn zu schaffen. Die Angelegenheit ist für uns dadurch wesentlich vereinfacht worden, daß das Eigentum an den in Betracht kommenden Grundstücken fast ausschließlich in einer Hand ist. Auch die Anlieger, die nach der Koffstraße hin bebaute Grundstücke besitzen, haben sich bereit erklärt, den erforderlichen schmalen Streifen herzugeben, so daß es möglich war, eine volle Verbindung herzustellen. Dem Wege eine andere Lage zu geben, ist dadurch erschwert, daß an der Koffstraße noch hinter der Bahn viele Häuser in Reihenfolge stehen. Wenn wir eine Verbindungsstraße in größerer Breite herstellen wollen, wird sich als Folge ergeben, daß eins von diesen Häusern fortgenommen werden muß, und daß dann die Straße verhältnismäßig teuer werden wird. Es ist schon von Herrn Meherhoff angeführt, daß die Straße, wenn sie dahin gelegt wird, wo jetzt der Fußweg geplant ist, nicht günstig läge, weil wir von der Seite, auf welcher der Bahnkörper liegt, die Straßenbaukosten nicht zurückbekommen werden. Das ist ein wichtiges Moment, das uns bewegen sollte, eigentlich diesen Traktus auszuschließen. Wir werden also mit der breiteren Straße so weit hinausgehen müssen, daß wir hinter die bewohnten Grundstücke kommen. Das ist eine Entfernung von mindestens 100 m. Wenn wir dort den Weg hinbringen, so können wir den von uns empfohlenen Fußweg noch lange nicht entbehren. Die direkte Verbindung nahe der Bahn ist durchaus notwendig, und wir dürfen die aufzuwendenden Mittel nicht als weggeworfenes Geld ansehen, selbst wenn sie 20 000 *M* betragen. Wenn neben dem Fußwege später noch eine Ortsstraße nötig werden sollte und wir dann zu der Ueberzeugung kämen, daß der Fußweg überflüssig sein würde, so würden wir das Wegeterrain leicht wieder loswerden können. Niemals würden die 20 000 *M* ganz verloren sein. Wir wissen heute noch nicht, wann die Notwendigkeit der Errichtung einer Straße eintreten wird, jetzt liegt sie meines Erachtens noch nicht vor.

Herr Sander: Ich bin von der Notwendigkeit, eine fahrbare Verbindungsstraße dort zu schaffen, überzeugt. Ich wohne in der Gegend und habe häufig Gelegenheit, zu sehen, daß eine solche Straße unbedingt erforderlich ist. Ich muß aber gestehen, wenn ich das vorgelegte Projekt ansehe, dann kommt mir der Gedanke, daß es in gewisser Weise ein Angstprodukt ist. Etwas Gescheiters wird es sein Leben nicht. Für einen solchen Weg 20 000 *M* auszugeben, ist er nicht wert. Wenn der Herr Bürgermeister sagt, es sei augenblicklich keine Notwendigkeit vorhanden, dort eine fahrbare Straße zu errichten, so stehe ich auf einem andern Standpunkt. Wer den Verkehr dort sieht, sowohl den Wagen- wie den Fußgängerverkehr, der muß sagen, daß die Notwendigkeit vorliegt. Es läßt sich ja nicht bestreiten, daß für die Fußgänger, namentlich die Arbeiter der

Mühlenbauanstalt, dieser Weg günstiger liegt als eine Straße, die weiter hinausgelegt werden muß, es ist ferner richtig, daß die Roßstraße an der Stelle dicht bebaut ist, es ist aber nicht richtig, daß man über 100 m hinausgehen müßte, ehe man ein Grundstück findet, wo die Straße hindurchgelegt werden könnte. Es liegt dort ein Grundstück, ich glaube, es hat früher dem Herrn Klünder gehört, ungefähr 80 m von der Eisenbahn entfernt. Dort steht nur ein wertloses Stallgebäude und an der Stelle würde sich das Projekt mit der breiteren Straße ermöglichen lassen. Es ist möglich, daß bei Verschiebung der Anlage einer Straße das Grundstück einmal verkauft wird, dann wird die Gelegenheit nicht mehr so günstig sein wie jetzt, deshalb sollte man doch jetzt zugreifen. Ob die Straße 80 m weiter hinausliegt, das ist nicht wesentlich. Wenn Sie sich das Terrain ansehen, auf dem der Weg angelegt werden soll, dann werden Sie sich wundern. Es muß eine ganze Böschung abgetragen werden; nach der Böschung kommt ein tiefer Einschnitt nach dem staatlichen Kohlenlagerplatz und dann geht es wieder in die Höhe. Es müßte Erdreich abgetragen oder die Böschung befestigt werden, und die Kosten würden schließlich auf mehr als 20 000 *M* kommen. Sollte das auch nicht eintreten, so halte ich die Ausgabe nicht im Vergleich stehend zum Wert des Weges.

Herr Friede: Ich bin anderer Ansicht. Ich habe die Verhältnisse schon jahrelang angesehen, und für mich ist der Umstand maßgebend, daß die Passanten des Weges an der Eisenbahn jetzt immer Gefahren ausgesetzt sind. Wenn auch eine Straße 80 oder 100 m weiter hinausgebaut werden sollte, glauben Sie denn, daß die Arbeiter 80 m weiter heraufgehen würden? Sie werden doch nach wie vor an der Eisenbahn heruntergehen; wir hätten dann immer noch dieselbe Verantwortung, die wir heute haben. Dem möchte ich mich nicht aussetzen. Ich möchte bitten, dem Vorschlage der Herren Meyerhoff und Sander nicht zuzustimmen. Wenn später sich die Notwendigkeit für eine breitere Straße herausstellt, dann ist es immer noch Zeit, sie zu bauen. Genehmigen Sie den Weg und warten Sie nicht ab, bis ein Menschenleben zugrunde gegangen ist.

Herr Mann: Der Ortsbauplan für diese Gegend ist noch nicht festgelegt, die Bauverwaltung und die Herzogliche Kreisdirektion sind dabei, zwischen Dölpel und Braunschweig zusammen einen Ortsbauplan zu ermitteln. Wenn wir auf Beendigung dieser Arbeit warten sollen, dann werden wir nicht, wie Herr Meyerhoff und Herr Sander die Sache ansehen, mit Wochen auskommen; es dürfte wohl mehr als ein Jahr dauern. Im übrigen möchte ich mich der Ansicht des Herrn Bürgermeisters anschließen, die auch durch den Herrn Referenten unterstützt wird. Eine Gefahr, die 20 000 *M* zwecklos auszugeben, liegt nicht

vor, da das Terrain wieder zweckentsprechend an den Mann gebracht werden könnte.

Herr Meyerhoff: Herr Friede betont immer stark die vorhandene Gefahr. Ich weiß nicht, wie lange die Bahn existiert und wie lange die große Fabrik dort, die den Fußgängerverkehr bringt. Ich bin oft in der Gegend gewesen und möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß viel Fuhrwerk den Weg zur Bahn passieren muß. Wer sich auf der Abfuhrstraße bewegt, hat keine größere Gefahr auszustehen, als auf jeder Straße in der Stadt vorhanden ist. Die Gefahr ist also nicht so groß. Es hat schon 10 Jahr gut gegangen, und der Gefahr, die Verantwortung zu übernehmen, setze ich mich gern aus; wenn ich auch noch so weicherzig bin, hier sehe ich keine große Gefahr. Es befindet sich dort eine breite Abfuhrstraße, wo sich 3—4 Wagen ausbiegen können. Dann wurde gesagt, eine breitere Straße müsse um 100 m weiter hinaus. Das bezweifle ich. Ich hatte gestern gesagt, es möge die Straße um 30 m verschoben werden, damit wir auf beiden Seiten Baupläze bekommen. Gewiß ist es dann möglich, daß ein oder zwei Grundstücke fallen müssen; es handelt sich aber auch um eine Straße von 380 m Länge. Es wurde gestern auf die Ausgaben für die Waterloostraße hingewiesen, die recht hoch seien. Hier sind die Preise nur ein Drittel so hoch wie dort und wir erhalten rechts und links eine Menge Baupläze, die wieder zu verwerten sind. Gerade in der Gegend ist Bauterrain nötig. Das sieht man daran, wie die Koffstraße gebaut ist und wie jetzt in der Straße, wo die Schule steht, mit Macht gebaut wird, um für die Arbeiter Wohnungen zu schaffen. Ich möchte Herrn Altmann bitten, diesen Punkt ins Auge zu fassen. Ich befürchte, wir werden mit Anlage des breiteren Weges nicht mehr Jahre warten dürfen; der Stadtmagistrat wird bald damit kommen. Für uns liegt nur die Gefahr vor, wenn wir den kleinen Weg bewilligen, daß wir die Aufschließung des Bauterrains dort für geraume Zeit unterbinden. Es ist doch nicht schlimm, wenn wir die Sache zurückstellen, ich will ja gar keine Ablehnung beantragen.

Herr Kleinnecht: Ich möchte mich der Anregung des Herrn Stadtv. Meyerhoff anschließen. Ich habe seit 20 Jahren Gelegenheit, die Koffstraße und Cellerstraße zu befahren und habe seit Jahrzehnten das Verlangen gehabt, eine Fahrstraße zu haben, die diese beiden Straßen auf kurzem Wege verbindet. Dieses Verlangen wird um so mehr begründet, je mehr Häuser dort angebaut werden. Wenn wir erst nur einen Fußgängertweg anlegen, dann wird der Bau einer Fahrstraße sich mehr und mehr hinausziehen. Davor möchte ich dringend warnen. Ich glaube auch nicht, daß wir mit dem breiteren Weg weiter hinauszugehen brauchen. Ich kenne die Gegend ziemlich genau und glaube, daß das

Terrain noch verhältnismäßig billig zu haben ist, und daß der Ankauf der nötigen Häuser an der Roßstraße nicht so teuer sein wird, wie vielleicht in zehn Jahren, ist sicher. Wenn wir dort eine Straße aufschließen und Gelegenheit geben zum Bau von Wohnhäusern für die Arbeiter, namentlich für die von der Konservenfabrik und der Mühlenbauanstalt, so ist das auch mit Freuden zu begrüßen. Ich bitte, den Antrag Meherhoff anzunehmen.

Herr F r i e: Herr Meherhoff sagt, die Gefahr besteht nicht. Dem muß ich widersprechen. Wenn wir den Fußweg nicht bauen, so besteht die Gefahr der Verantwortung für die braunschweigische Landes-Eisenbahn. Die würde es sich nicht gefallen lassen, daß der Weg nicht gebaut wird. Wenn Herr Meherhoff selbst Eigentümer eines solchen Etablissements wäre, würde er den Bau des Weges auch verlangen, denn 80 m weiter hinausgehen werden die Arbeiter nicht, die Gefahr bleibt also bestehen und dem möchte ich vorgebeugt sehen. Ich bitte, den Fußweg zu genehmigen.

Herr M e h e r h o f f formuliert seinen Antrag dahin: Ich stelle den Antrag, die Frage der Anlegung des Fußwegs zurückzustellen und den Magistrat zu ersuchen, Erwägungen und Ermittlungen anzustellen, um zu ermöglichen, daß statt des Fußweges so rasch wie möglich eine Fahrstraße angelegt werden kann.

Für den Antrag des Magistrats stimmen von den 29 anwesenden Stadtverordneten 13, er ist damit abgelehnt. Der Antrag Meherhoff wird von der Mehrheit der Versammlung angenommen.

### XIII. Ankauf eines Grundstücks an der Pflegehausstraße.

Die Zuckerraffinerie Brunonia, die ihren Betrieb einstellen wird, hat der Stadt ihr an der Pflegehausstraße belegenes 1 ha 29 a 40 qm großes Grundstück zum Kaufe angeboten. Nach dem Gutachten der städtischen Bauverwaltung vom 15. Juni v. Js. kann der Wert des an der Straße liegenden Vorderlandes bis zu 30 m Tiefe (= 4800 qm) zu 30 *M* pro qm = 144 000 *M*, derjenige des Hinterlandes (8140 qm) zu 7 *M* pro qm = 57 000 *M* und der Wert der Gebäude, falls diese sämtlich beseitigt werden, zu etwa 10 Prozent des Brandkassentwertes = 22 500 *M* angenommen werden. Die städtische Bauverwaltung hält hiernach für zulässig, für den Erwerb des fraglichen Grundstücks einen Preis von 200 000 *M* bis 220 000 *M* aufzuwenden. Im Falle der Aufschließung des Grundstücks durch Anlegung einer hufeisenförmigen Straße würde sich nach Ansicht der genannten Verwaltungsstelle ein Erlös erzielen lassen, der die Zahlung eines noch höheren Kaufpreises rechtfertigen würde.

Nach Ansicht des Stadtmagistrats hat die Stadt an der Anlegung der fraglichen neuen Straße kein Interesse, da an geeigneten Bauplätzen kein Mangel ist; das Interesse der Stadt werde vielmehr in erster Linie durch den Umstand bedingt, daß ihr benachbartes Grundstück des Kranken und Pflegehauses in neuerer Zeit stark bebaut ist, so daß die zur Gewinnung von Gartenfrüchten geeignete Fläche erheblich verkleinert ist. Daneben erscheine es wünschenswert, daß in der Nähe der umfangreichen und für den Kranken- und Pflegehausbetrieb kaum zu entbehrenden Viehwirtschaft keine Privathäuser errichtet werden, da diese Wirtschaft leicht zu Klagen der Nachbarn Anlaß geben könne.

Die obige Summe von 220 000 *M* lediglich zur Erzielung der soeben erörterten Zwecke aufzuwenden, dürfte nach Ansicht des Magistrats nicht angängig sein; wohl aber hält er für zulässig, den größeren Teil des Vorderlandes des fraglichen Fabrikgrundstücks in Form von Bauplätzen wieder zu veräußern und das Hinterland dem Pflegehausgrundstücke zuzulegen. Ob für dessen Betrieb auch das eine oder andere der vorhandenen Gebäude zu verwenden ist, würde später entschieden werden können.

Auf Grund dieser Erwägungen hat der Magistrat das fragliche Grundstück laut Vertrages vom 17. d. Mts. zum Preise von 220 000 *M* zum 1. September d. Js. angekauft; die einzelnen Vertragsbestimmungen geben zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß.

Der Magistrat empfiehlt, den Kaufpreis einstweilen dem Extraordinarium der Rammereikasse zur Last zu legen, jedoch mit der Maßgabe, daß

- a) die künftig eingehenden Kaufpreise für verkaufte Bauplätze daselbst wieder vereinnahmt werden;
- b) derjenige Teil des Restkaufgeldes, der als Ertrag lieferndes und somit werbendes Vermögen anzusehen ist, aus dem Stammvermögen der Rammereikasse entnommen,
- c) der Rest aus dem Ausgleichsfonds gedeckt wird.

Hierüber würde eventuell später der Stadtverordneten-Versammlung eine besondere Vorlage zugehen.

Für jetzt ersucht der Stadtmagistrat die Stadtverordneten, den vorgelegten Vertrag genehmigen und die zu seiner Ausführung erforderlichen Mittel zu Lasten des Extraordinariums der Rammereikasse bewilligen zu wollen.

Herr W o l t e r s: Die Vorlage ist in Ihren Händen und der Plan des Grundstücks ist an der Wand ausgestellt.

Die Finanzkommission ist über die Vorlage sehr erfreut, sie ist, wie auch die Gesamtheit der hochgeehrten Herren, immer gern bereit, Geld auszugeben,

wenn es sich um den Ankauf von Grundflächen handelt, die die Stadt später nutzbar zu bebauen in der Lage ist. Die Aufgaben der Stadt in der Zukunft sind so umfassend, daß die Sorge, wie eine Bebauung eintreten kann, ausgeschlossen ist. Hinzu kommt noch die Nachbarschaft des städtischen Krankenhauses. Den Punkt, daß man den größeren Teil des Vorderlandes in Form von Bauplätzen wieder verkaufen könnte, hat die Finanzkommission nicht behandeln zu müssen geglaubt, da das augenblicklich nicht in Frage steht. Mit der Sache als solcher ist die Finanzkommission vollständig einverstanden und hat nur gebeten, eine Kleinigkeit zu ändern. Es betrifft das die Rechnungsweise: der Ausgleichsfonds soll herangezogen werden, um einen Teil des Restkaufgeldes zu decken. Es wurde in der Finanzkommission erwähnt, daß mutmaßlich ein Betrag von 40 000 Mark aus dem Ausgleichsfonds genommen werden sollte. Die Finanzkommission hat gebeten, die Verrechnungsweise so zu gestalten, daß vorweg gleich 40 000 M aus dem Ausgleichsfonds verwendet werden, alles übrige aber aus dem Extraordinarium verrechnet wird. Mit dieser unbedeutenden Aenderung empfiehlt die Finanzkommission der Vorlage zuzustimmen.

Herr B ä h r: Der Ankauf eines derartigen Grundstückes ist entschieden zu billigen. Was mich besonders interessiert, ist das umfangreiche Hinterland und die Verwendung desselben. Vielleicht nimmt der Magistrat eine Anregung entgegen, einmal zu erwägen, ob dieses Gartengelände, das an den Osterlauf grenzt, zur Anlage eines Zentralschulgartens geeignet ist, also um für die Schulen Pflanzen zu ziehen und für den Unterricht bereitzuhalten. Dieses Gelände würde sich jedenfalls dazu eignen, da es nicht allzuweit von der Stadt entfernt liegt und die Frage der Schaffung des Zentralschulgartens doch einmal kommen muß.

Herr A h m a n n: Mit dem Ankauf des Grundstückes bin ich auch einverstanden. Es steht ja heute über die Verwendung noch keine Beschlussfassung bevor, ich möchte aber doch schon im voraus den Magistrat bitten, nicht darauf Rücksicht zu nehmen, daß das Terrain verkauft werden soll. Herr Stadtverordneter Bähr hat schon einen neuen Gedanken in die Sache hineingetragen. Im Laufe der Jahre wird in sozialer Beziehung noch manches an die Stadtverwaltung herantreten, was einzurichten ist, und wir wissen heute noch nicht, wie notwendig wir solchen Platz noch einmal gebrauchen. Deshalb möchte ich bitten, auch die vorderen Plätze nicht verkaufen zu wollen, sonst stimme ich der Vorlage zu.

Der Ankauf des Grundstücks wird beschlossen und die von der Finanzkommission vorgeschlagene Verrechnungsweise gutgeheißen.



Der zweite Vorsitzende, Herr Wolters, übernimmt den Vorsitz.

#### XIV. Erweiterung der städtischen Mädchenfortbildungsschule.

Bei der städtischen Mädchenfortbildungsschule hat sich im Laufe der Zeit die Notwendigkeit herausgestellt, den bisherigen Lehrplan auszubauen und zu erweitern, den hauswirtschaftlichen neben dem gewerblichen Unterricht in den Vordergrund zu stellen und zugleich für die Aufgaben, die Leitung, die Unterhaltung und Verwaltung der Schule eine festere Grundlage als gegenwärtig zu gewinnen.

Mit dem Schulvorstande der Schule hält der Stadtmagistrat es für zweckmäßig, mit Rücksicht auf die durch städtische Zuschüsse geförderten, weitergehenden Unterrichtsziele, die von der hiesigen Handelskammer in besonderen Lehranstalten erstrebt werden, bei der gewerblichen Abteilung der städtischen Mädchenfortbildungsschule eine andere Abgrenzung vorzunehmen und statt einer rein kaufmännischen Ausbildung den Unterricht in allen weiblichen Handarbeiten (Schneidern, Weißnähen, Maschinennähen, Sticken, Flickern, Stopfen), sowie in der Korrespondenz, in der Buchführung, Stenographie und im Maschinenschreiben ins Auge zu fassen. Die Vereinigung dieser Kenntnisse wird in zahlreichen hiesigen Geschäften gefordert und wird den Mädchen die Erlangung einer Stellung erleichtern.

Neben der gewerblichen Abteilung ist die Errichtung einer hauswirtschaftlichen Abteilung mehr und mehr zum Bedürfnis geworden, um die Schülerinnen in den Pflichtenkreis der Frau innerhalb der Familie einzuführen. Das Ziel dieser Abteilung soll fortan die Befähigung zur wirksamen Betätigung in allen Zweigen der Hauswirtschaft sein. Einen breiten Raum muß das Kochen einnehmen, wobei auf die Herstellung einfacher, nahrhafter Kost, sowie auf die Zubereitung von Kranken- und Kinderkost und auf die Anleitung zu sparsamem Wirtschaften großes Gewicht zu legen ist. Neben der Ausbildung im Kochen, bei der eine Mitbenutzung der städtischen Schulküchen beabsichtigt ist, wird sich der Unterricht auf alle Arten von Reinigungsarbeiten, Waschen und Plätten, Schneidern, Stopfen und Ausbessern, sowie auf Rechnen und Hauswirtschaftsbuchführung erstrecken. Auch Kenntnisse in der Gesundheitslehre, in Lebens- und Bürgerkunde sind wünschenswert.

Die Mehrkosten, die sich aus der Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts ergeben, sind folgendermaßen zu veranschlagen:

1. für zwölf wöchentliche Unterrichtsstunden in Hauswirtschaft (je 1 <i>M</i> ), jährlich . . . . .	480 <i>M</i> ,
2. für 16 wöchentliche Unterrichtsstunden im Nähen, Sticken usw. (je 1 <i>M</i> ), jährlich . . . . .	640 "
3. für Unterricht im Deutschen, Rechnen, Buchführung usw. = wöchentlich 4 Stunden (je 2 <i>M</i> ), jährlich . . . . .	320 "
4. für Lebensmittel . . . . .	360 "
5. für Brennstoffe . . . . .	200 "
<hr/> Summe 2000 <i>M</i> .	

Dieser Ausgabe wird, wenn 20 zahlende Schülerinnen die Abtheilung besuchen und das Schulgeld, wie der Magistrat mit dem Schulvorstande empfiehlt, auf 20 *M* jährlich festgesetzt wird, eine Einnahme von  $20 \cdot 20 = 400$  *M* gegenüberstehen. Dazu kommt eine von den Schülerinnen zu zahlende Vergütung für Lebensmittel in Höhe von 200 *M* jährlich = 600 *M*, so daß 1400 *M* jährlich ungedeckt bleiben würden. Sollte die Zahl der Schülerinnen es gestatten, so wird durch Zusammenlegung des Unterrichts im Deutschen für beide Abtheilungen eine Ersparnis von 320 *M* eintreten, so daß die Mehrausgabe nicht 1400 *M*, sondern nur 1080 *M* jährlich betrüge.

In Verbindung mit dem Ausbau der Schule ist es erforderlich, für die Aufsichtsführung, soweit diese nicht für den innern Betrieb der wissenschaftlichen Lehrstunden dem Direktor der städtischen Bürgerschulen vorzubehalten ist, eine Lehrerin zu gewinnen, die zugleich die am 31. März d. J. ausscheidende aufsichtsführende Lehrerin zu ersetzen, bestimmt ist. Die Gewinnung einer geeigneten Kraft wird wesentlich erleichtert werden, wenn feste Anstellung bei auskömmlicher Bezahlung in Aussicht gestellt werden kann. Unter Zugrundelegung eines jährlichen Gehalts von 1100 bis 1900 *M* und einer jährlichen Aufsichtsbvergütung von 500 *M*, also unter Beibehaltung einer Gesamtaufwendung, die den bisher schon für die Aufsichtsführung gemachten Ausgaben ungefähr entspricht, wird es nicht schwer sein, eine geeignete Kraft zu finden, die zunächst probeweise beschäftigt und nach einem halben Jahre fest angestellt werden kann. Sollte wider Erwarten die Schule später so zurückgehen, daß die Beschäftigung entbehrlich wird, so läßt sich durch Uebernahme dieser Lehrerin auf die städtischen Bürgerschulen Rat schaffen.

Um im Einverständnis mit den Stadtverordneten den Schulbetrieb auch nach der vorgeschlagenen Erweiterung zu regeln, hat der Magistrat eine „Ordnung für die städtische Mädchenfortbildungsschule“ entworfen, und den Stadtverordneten zugehen lassen. Die Schule ist im Gegensatz zu anderen Anstalten,

insbesondere der Abendfortbildungsschule des Frauenvereins, als Tagesschule bezeichnet.

Die Ordnung lehnt sich im wesentlichen an die für die städtische Gewerbeschule vereinbarten, gleichartigen Vorschriften an. Soweit sich die bisherigen Einrichtungen der Schule (einschließlich der Schulgeldsätze) bewährt haben, sind sie beibehalten.

Von dem Erlaß eines Statuts über die Schule empfiehlt der Magistrat einstweilen aus dem Grunde abzusehen, weil sie in der Entwicklung begriffen ist, und weil es ratsam sein wird, die in der Uebergangszeit gesammelten Erfahrungen bei der Aufstellung statutarischer Vorschriften demnächst zu verwerten.

Der Stadtmagistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen:

1. dem Ausbau der städtischen Mädchenfortbildungsschule durch Hinzufügung der hauswirtschaftlichen Abteilung zuzustimmen und die Mittel hierfür bis zu 1400 *M* zu Lasten des nächstjährigen Voranschlags der Schule zu bewilligen,
2. ihn zur Annahme einer geeigneten aufsichtsführenden Lehrerin auf Probe unter Zusicherung fester Anstellung nach überstandener halbjähriger Probezeit zu ermächtigen,
3. sich mit dem Entwurf der Ordnung für die Schule gefälligst einverstanden zu erklären.

Herr Friede: Die Vorlage, die dem Zuge der Zeit folgt, haben Sie in Händen. Von verschiedenen Vereinen sind Eingaben eingegangen, in denen die Stadtverordneten gebeten werden, dafür einzutreten, daß Hochschulen errichtet werden. Die Bedürfnisfrage können wir also wohl als geklärt erachten. In der Schulkommission ist die Sache gründlich durchberaten. Es ist Ansicht der Schulkommission, daß die Sache befürwortet werden mußte, zumal die Kosten nicht sehr hoch sind. Sollte die Schule sich weiter ausbreiten, so bin ich überzeugt, daß wir vielleicht gar keine Mehrkosten davon haben. Ich bitte also, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Die Vorlage in ihren Punkten 1 und 2 gelangt zur Annahme, und die Versammlung tritt in die Beratung der „Ordnung für die städtische Mädchenfortbildungsschule“ ein. Die §§ 1, 2, und 3 werden ohne Debatte angenommen, bei Beratung des § 4 nimmt das Wort

der Vorsitzende: Die Fassung des § 4, wo von der Mitwirkung der Stadtverordneten die Rede ist, unterscheidet sich in einem Punkte von der Art und Weise, in der die Ordnung der ähnlichen städtischen Schulen geregelt ist. Es

wird in den Ordnungen für die Realschule, Oberrealschule und höhere Mädchenschule gesagt, übereinstimmend mit dem Wortlaut der Städteordnung, § 202: Der Magistrat ist bei der Regelung der die Schule betreffenden Angelegenheiten an die Mitwirkung der Stadtverordneten in gleichem Maße gebunden, wie solches für die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten vorgeschrieben ist, insbesondere hat er . . . das und das zu tun. In der vorliegenden Ordnung fehlt diese Generalbestimmung und was in den andern Ordnungen als „Insbesonders“ angeführt ist, wird hier als alleiniges Recht der Stadtverordneten hingestellt. Es scheint mir wünschenswert, daß wir dies den Stadtverordneten durch die Städteordnung gewährleisten und im übrigen auch in den ähnlichen Ordnungen aufrechtgehaltene Recht auch hier zum Ausdruck bringen. Vielleicht nimmt einer der verehrten Herren diese Anregung auf, daß dasjenige, was hier im Absatz 3 steht, mit „insbesondere“ eingeleitet wird.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Die geehrten Herren, die für diese Angelegenheit in den letzten Monaten sehr viel Aufmerksamkeit gezeigt haben, können überzeugt sein, daß dem Magistrat nichts ferner gelegen hat, als bei der Vorlage des Entwurfs dieser Ordnung die Rechte der Stadtverordnetenversammlung zu schmälern. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß der Schwerpunkt in der ganzen Leitung der Schule in den Händen des Schulvorstands liegen wird, daß bei der Zusammensetzung des Schulvorstandes, da dies nach § 7 derselbe sein soll wie der für die städtische Gewerbe- und Fortbildungsschule, der Einfluß der Herren Stadtverordneten bei der Auswahl der betr. drei Mitglieder ein sehr nennenswerter sein wird, und schon auf diese Weise das in Betracht kommende wichtige Recht, von dem der Herr Vorsitzende gesprochen hat, in der Ordnung enthalten ist. Ich habe aber, um die Beratung zu fördern, für meine Person gar keine Bedenken, wenn in Absatz 3 des § 4 das von dem Herrn Vorsitzenden warm befürwortete „insbesondere“ eingeschaltet wird, und hoffe, daß dadurch das gute Verhältnis zwischen den Herren Stadtverordneten und dem Magistrate nur gefördert wird.

V o r s i t z e n d e r: Ich darf wohl erklären, daß die Versammlung das Anerbieten dankbar entgegennimmt.

Der § 4 wird mit dieser Ergänzung angenommen. Gleichfalls angenommen werden die §§ 5 und 6. Zu § 7 beantragt Herr F r i e d e namens der Schulkommission statt der Worte: „oder zweier seiner Mitglieder“ zu setzen: „oder zweier anderer Mitglieder“.

Die Versammlung stimmt dieser Aenderung zu, genehmigt sodann § 7 und § 8, und beschließt auf Antrag des Herrn L e u e, in § 9 am Schlusse des

2. Absatzes zu fagen statt „den Weisungen derselben“ „ihren Weisungen“. Nachdem hierauf auch § 9, 10 und 11 genehmigt worden sind, wird der ganzen Ordnung in der beschlossenen Form von der Versammlung zugestimmt.

### XV. Ausbau der Straße 205 a.

Herr Tolle: Die Braunschweigische Terraingesellschaft hat zum Zwecke der besseren Verwertung eines von ihr erworbenen Grundstücks die Bitte an den Magistrat gerichtet, daß die auf dem Ortsbauplan mit 205 a bezeichnete Straße ausgebaut werden möchte. Schon im vorigen Jahre hat sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Führung dieser Straße einverstanden erklärt. Nunmehr ist vom Magistrat ein Kostenanschlag über den Ausbau vorgelegt. Demnach ist vorgesehen, die Straße in einer Breite von 17 m anzulegen, wovon 10 m auf die Fahrbahn und je 3,50 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Die Fahrbahn soll mit Stampfasphalt befestigt werden, die Fußwege sollen einen Zementplattenbelag von 1,80 m Breite erhalten und neben diesem soll geteilter Macadam verwandt werden. Ferner soll die Straße mit Bäumen bepflanzt werden und die Grundstücke Vorgärten von 3 m Tiefe erhalten. Die Straße führt von der Lampestraße nach der Hamburgerstraße und mündet gegenüber der Schleinitzstraße aus. Es wird eine hübsche, breite Straße werden. Die Kosten haben die Interessenten, das sind die Braunschweigische Terraingesellschaft und ein zweiter Anlieger, zu tragen. Die Grunderwerbskosten betragen 51 500 M, die Straßenbaukosten 42 000 M; auf 1 m Frontlänge entfällt ein voraussichtlicher Betrag von 282 M.

Der Magistrat bittet, das Projekt zu genehmigen und die Kosten zu bewilligen. Die Baukommission empfiehlt, im Sinne dieses Antrages zu beschließen.

Die Versammlung ist mit dem Projekt einverstanden und genehmigt die erforderlichen Mittel.

### XVI. Stadtseitige Beteiligung an der Herausgabe eines Werkes.

Der Verlag der Zeitschrift „Deutschland“, der amtlichen Zeitschrift des Bundes deutscher Verkehrsvereine, beabsichtigt, im März dieses Jahres eine große Propagandanummer dieser Zeitschrift in englischer Sprache zur Heranziehung des amerikanischen Touristenverkehrs herauszugeben. Diese Sondernummer, die in einer garantierten Auflage von über 50 000 Exemplaren den nach Europa reisenden Amerikanern und sonstigen Interessenten kostenlos zugestellt werden darf, soll neben einer Reihe fesselnder Aufsätze über Deutschland aus der Feder

namhafter Schriftsteller eine Darstellung einer Anzahl der interessantesten Städte- und Landschaftsbilder Deutschlands in Wort und Bild enthalten.

Der genannte Verlag hat sich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, das geplante Unternehmen durch ein zu bezahlendes Inserat über Braunschweig und außerdem durch Gewährung eines Extrabeitrages zu den Unkosten zu unterstützen, da zur Deckung der außerordentlich hohen Herstellungs- und Betriebskosten die Einnahme aus den Inseraten nicht ausreicht.

Da die Zeitschrift „Deutschland“ in vornehm-künstlerischer Weise geleitet wird, eine im vorigen Jahre erschienene, der beabsichtigten Amerikanummer entsprechende Propagandanummer für England für eine angemessene Ausfuhrung des geplanten Unternehmens durchaus Gewähr bietet, hat der Magistrat beschlossen, den Stadtverordneten die Beteiligung an demselben zu empfehlen, da es in der Tat eine außergewöhnliche und besonders wirkungsvolle Reklame für die Heranziehung des amerikanischen Touristenverkehrs zu werden verspricht. Diese Bedeutung geht auch daraus hervor, daß z. B. die preussische Eisenbahnverwaltung neben ihrer Mitwirkung einen Beitrag von 20 000 *M* und der Provinzialausschuß der Rheinprovinz einen Beitrag von 5000 *M* bewilligt haben, daß ferner verschiedene deutsche Städte Beiträge in Aussicht gestellt haben.

Der Stadtmagistrat ersucht deshalb die Stadtverordneten,

400 *M* für die eine Vollseitenannonce der Amerikanummer der Zeitschrift „Deutschland“ und außerdem einen Zuschuß von 250 *M* aus den Erträgen der Umsatzsteuer zu bewilligen, falls 1½ bis 2 Textseiten des redaktionellen Teiles der Stadt Braunschweig überlassen werden.

Der Entwurf des erforderlichen Textes und die Auswahl der Illustrationen sollen dem Verkehrs-Verein hier unter Vorbehalt der Genehmigung des Stadtmagistrats überlassen werden.

Herr Neue (nachdem er über die Vorlage berichtet hat): Ich darf mich über die Beratung in der Finanzkommission wohl kurz fassen und möchte nur darauf hinweisen, wie wichtig eine derartige Reklame ist, die ich weit höher schätze als jede andere. Nach eingehender Beratung empfiehlt Ihnen die Finanzkommission Zustimmung zu den Anträgen des Magistrats.

Die Beteiligung der Stadt an der Unterstützung des Unternehmens in der vorgeschlagenen Weise wird beschlossen.

## XVII. Aufnahme eines Prozesses.

Bei der im Juli 1899 erfolgten Einrichtung der Freibank beim städtischen Schlachthause wurde die Einrichtung getroffen, daß die Zerfleinerung des Freibankfleisches durch geeignete Hilfskräfte auf Rechnung der Eigentümer geschah, und daß die für Bezahlung der Hilfskräfte ausgelegte Summen von dem Erlös, der den Eigentümern zustand, durch die Schlachthausverwaltung abgezogen wurde, soweit nicht die Hilfskräfte direkt von den Eigentümern bezahlt wurden. Neben anderen Personen ist in dieser Weise gegen Vergütung der Schlachter Louis Kleimann im Schlachthause tätig gewesen. Später hat der im Dienste des Schlachthauses stehende Schlachter Gralle neben seinen sonstigen Obliegenheiten das Zerfleinern des Freibankfleisches auf Rechnung der Eigentümer besorgt und ist dafür in der angegebenen Weise durch sie entschädigt. Auch das am 1. November 1909 in Kraft getretene Schlachthausstatut Nr. 31 vom 3. August 1909 enthält in § 33 die Vorschrift, daß der aus dem Verkaufe des Fleisches erzielte Erlös nach Abzug der erwachsenen Ausgaben und Gebühren dem Eigentümer von der Schlachthausverwaltung ausbezahlt wird.

Der jetzt selbständig tätige Schlachtermeister Louis Kleimann hat nun nachträglich im April v. Js. geltend gemacht, es sei gegen sein Wissen und Willen die Vergütung für das Zerfleinern von dem Erlös des ihm gehörigen Freibankfleisches abgezogen, und verlangt, obwohl er vom Schlachthausausschuß darauf hingewiesen ist, daß er die bestehende Einrichtung wegen der Bezahlung der Tätigkeit des Zerfleiners genau gekannt habe, in der Klage von der Stadt 254 M 85  $\text{ $\frac{1}{2}$ }$  mit der Begründung, der Abzug der Vergütung für das Zerfleinern sei unbefugt erfolgt, und der ihm dadurch angeblich entstandene Schaden müsse ihm vom Stadtmaaiſtrat ersetzt werden.

Mit dem Schlachthausausschuß hält der Maaiſtrat diese Auffassung für unzutreffend. Der Kläger Kleimann ist sich ebenso wie die übrigen Beteiligten nicht darüber im Zweifel gewesen, daß er für das Zerfleinern eine Entschädigung zu zahlen hatte, falls er es nicht selbst besorgte, und kann sich nicht nachträglich auf Unkenntnis der bestehenden Einrichtungen und der im Verkehr des Schlachthauses getroffenen Maßregeln berufen.

Der Maaiſtrat gibt deshalb anheim:

sich mit der Aufnahme des Rechtsstreits, in dem der Stadtmaaiſtrat kostenpflichtige Abweisung der Klage beantragen wird, einverstanden zu erklären.

Herrr Sander teilt der Versammlung den Inhalt der Magistratsvorlage mit und fährt fort: Die Statutenkommission hat die Sache beraten, stellt sich

auf denselben Standpunkt wie die Schlachthausdeputation und der Magistrat, und empfiehlt Annahme der Vorlage.

Die Versammlung stimmt der Aufnahme des Prozesses zu.

### XVIII. Entwässerung eines städt. Spielplatzes an der Juliusstraße.

Herr **F r i e**: In der letzten Sitzung haben die Herren Stadtverordneten einem Abkommen zur Entwässerung des städtischen Spielplatzes an der Juliusstraße zugestimmt. Der Tischlermeister Schöppe, Hedwigstraße, hat demgemäß ein Servitut auf sein Grundstück eintragen lassen, daß die Stadt berechtigt sei, mit einem Abzugskanale durch dasselbe hindurchzugehen. Es hat sich nach nochmaliger Prüfung jedoch herausgestellt, daß es möglich ist, die Entwässerung auf eigenem Grund und Boden der Stadt nach der Juliusstraße hin auszuführen, was der Magistrat für besser hält, als die Inanspruchnahme eines fremden Grundstücks hierfür. Die Differenz in den Kosten ist nur gering. Die Herren haben für die zuerst geplanten Entwässerung 620 *M* bewilligt und die jetzt beabsichtigte, die sich nur auf städtischem Grunde bewegt, würde 110 *M* mehr kosten. Diesen Mehrbetrag zu bewilligen, schlage ich namens der Baukommission vor.

Herr **Bürgermeister M e h e r**: Der Herr Referent ist etwas weiter gegangen als der Magistratsantrag, und zwar insofern, als er gesagt hat, die Herren möchten noch 110 *M* bewilligen. Ein Antrag, Mittel zu bewilligen, ist den geehrten Herren von uns noch nicht unterbreitet. Die Entwässerung des Spielplatzes ist zur Sprache gekommen, als die Frage wegen Austausches von städtischem Terrain mit Herrn Schöppe gehörig zur Entscheidung stand, und die Herren Stadtverordneten hatten die Bedingung gestellt, daß der Austausch nur genehmigt werden sollte, wenn Herr Schöppe gestattete, daß wir die Entwässerungsanlage des Spielplatzes durch sein Grundstück hindurchführen dürften. Nun hat der Herr Referent schon auseinandergelegt, daß die Benutzung des Schöppe'schen Grundstücks nicht mehr nötig sei, weil die Entwässerung durch städtischen Grundbesitz möglich sei unter Aufwendung von nur 110 *M* Mehrkosten. Unser Antrag geht dahin, daß Sie die an den Grundstücksaustausch geknüpfte Bedingung fallen lassen, da die Entwässerung durch ein im Eigentum der Stadt stehendes Grundstück einer Entwässerung durch ein fremdes vorzuziehen ist.

Herr **S a n d e r**: Der Austausch des Terrains erfolgt wohl aber trotzdem?

Herr **Bürgermeister M e h e r** bejaht die Anfrage.

Die Versammlung entschließt sich dafür, die gestellte Bedingung fallen zu lassen.



### XIX. Stadtseitiger Verkauf eines Böschungstreifens am Wendenringe.

Herr Fr ü h l i n g: Der Bauunternehmer Sommer besitzt auf dem Damme am Wendenringe ein Grundstück, das er bebauen möchte. Zwischen diesem Grundstück und der Straße liegt ein 5 m breiter Böschungstreifen, der im Eigentum der Stadt steht. Der Herr beantragt, ihm diesen Streifen, der zu 95,5 qm bzw. 7,5 qm vermessen ist, zum Preise von 10 *M* pro qm zu verkaufen. Der Magistrat ist damit einverstanden und die Baukommission befürwortet den Antrag.

Die Versammlung stimmt dem Verkaufe zu.

### XX. Antrag Leue, östliche Ausmündung der Nordstraße betreffend.

Der Antrag lautet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Nordstraße an der Stelle, wo sie in den Bülttenweg mündet, in einen besseren Zustand zu setzen.

Herr Leue (zur Begründung): Die Begründung des Antrages kann sehr kurz sein. Er betrifft die Nordstraße an der Stelle, wo früher das Rehtopfsche Haus, das abgerissen ist, gestanden hat. Bei schlechtem Wetter sind die Zustände dort derartig, daß ohne große Beschwernis gar nicht durchzukommen ist. Bei Regenwetter bilden sich große Sümpfe, nirgends ist fester Boden; nicht nur die Fahrbahn, auch der Fußweg am Gereckeschen Grundstück ist derartig, daß sie einer Straße, die stark begangen wird, nicht würdig sind. Der Weg wird viel von Braunschweigern benutzt, die aus dem Querumer Holze kommen; sie pflegen bei der Nordstraße vom Bülttenwege abzuzweigen und nach der Gehstraße zu gehen, um von dort mit der Straßenbahn weiterzufahren. Auch von den Anwohnern der Gegend wird lebhaft Klage über diese kurze Strecke geführt. Ich glaube, es wird ein leichtes sein, dort Besserung zu schaffen, ich habe deshalb einen bestimmten Antrag, in welcher Weise das zu geschehen hätte, absichtlich nicht gestellt.

Der Antrag ist genügend unterstützt und wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

Schluß der Sitzung gegen 3/48 Uhr.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. März 1911.

**Tagesordnung:**

I.	Ergänzungswahl zur Schulkommission . . . . .	Seite 451
II.	Fortführung der Straßenbahnlinie Giesmarode-Ruhfäutchenplatz bis Friedrich-Wilhelmsplatz . . . . .	" 451
III.	Bauliche Aenderungen im Hause Kreuzstr. 111 a . . . . .	" 453
IV.	Beseitigung des Mühlengebäudes in Eisenbüttel . . . . .	" 454
V.	Antrag des Stadtverordneten Kalm's auf Einführung des Haushalts- unterrichts in sämtlichen städtischen Mädchenschulen . . . . .	" 455
VI.	Unterstützung des Braunschw. Frauenvereins . . . . .	" 457
VII.	Anderweite Befestigung des Damms und Gutfilterns . . . . .	" 458
VIII.	Antrag des Vereins der Haus- und Grundbesitzer des Hohe- und Wilhelmitor- bezirks wegen Ausbaues des Altstadtrings bis zur Broikemerstraße . . . . .	" 460
IX.	Antrag eines Interessenten auf Kanalisierung und Ausbau des Hasenwinkels . . . . .	" 461
X.	Erwerb einer Fläche zur Verbreiterung des Vierböckerweges . . . . .	" 462
XI.	Verlegung eines Wasserrohrs in der Helenenstraße . . . . .	" 462
XII.	Aenderung des Ortsbauplans bezüglich der Korfesstraße . . . . .	" 463
XIII.	Ankauf von Flächen zum Ausbau eines Teiles des Cyriaksringes . . . . .	" 463
XIV.	Verwilligung von Mitteln für Anschaffung von Hinweischildern auf Feuer- und Unfallmelder . . . . .	" 464
XV.	Sicherung des städtischen Archivs . . . . .	" 465
XVI.	Einsprache gegen den Ortsbauplan östlich des Bültenweges . . . . .	" 466
XVII.	Einsprachen gegen die Anordnung der offenen Bauweise für die verlängerte Bammelsburgerstraße . . . . .	" 466
XVIII.	Einsprachen gegen die Anordnung von Vorgärten für die Salzbadlumer- und Wolfenbüttelerstraße . . . . .	" 467

XIX.	Anderweitige Befestigung des Amalienplatzes . . . . .	Seite 468
XX.	Instandsetzung des Wohnhauses auf dem Schulgrundstücke an der Leopoldstr. . . . .	" 468
XXI.	Gewährung eines Zuschusses für den Kinderchor . . . . .	" 476
XXII.	Antrag des Stadtverordneten Bene auf Instandsetzung der Einmündung der Nordstraße in den Bülteweg . . . . .	" 478
XXIII.	Ankauf von Flächen an der Mönchstraße . . . . .	" 479
XXIV.	Verlegung des Gashauptrohres im östlichen Fahrwege des Eisenbahnparcs . . . . .	" 479
XXV.	Verkauf von zum Jüdel'schen Nachlasse gehörigen Grundstücken . . . . .	" 480
XXVI.	Maßnahmen gegen das Feilhalten von Schundliteratur . . . . .	" 482
XXVII.	Entscheidung über eine Einsprache gegen die Berechnung des Wassergeldes . . . . .	" 492
XXVIII.	Änderung im Betriebe der Volkstüche und bauliche Arbeiten im ehemaligen Standesamtsgebäude . . . . .	" 492
XXIX.	Erwerb eines Grundstückes . . . . .	" 494
XXX.	Zulegung des Grabens Nr. 721 zum Stadtgebiete . . . . .	" 496
XXXI.	Erweiterung der Beleuchtungsanlage im städtischen Museum . . . . .	" 496
XXXII.	Antrag Ribbentrop, die Veteranen von 1870 - 71 betreffend . . . . .	" 497
XXXIII.	Antrag Kals, Erbauung einer Badeanstalt mit Jahresschwimmbad betr. . . . .	" 498

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Netemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadträte Heymann, von Frankenberg, Dr. Koenigen, Lord, Schöttler, Wagner.

Entschuldigt die Herren Bues, Henking, Ohlendorf, Schmidt, Wejemeier.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt: Die Sitzung der Stadtverordneten ist eröffnet.

Eingegangen ist eine Bittschrift des Invaliden Eduard Schwabe zu Köln. Er teilt mit, daß er ein entfernter Verwandter des verstorbenen Stadtrats Jüdel sei und bittet, ihn zu unterstützen. Ich halte die Sache im jetzigen Augenblick nicht für spruchreif und darf mich wohl Ihrer Zustimmung versichert halten, wenn ich dieses Schriftstück demnächst dem Kuratorium der Jüdelstiftung zuweise. (Zustimmung.)

Ferner ist eingegangen eine Einladung zum Schauturnen vom hiesigen Männerturnverein.

Der Jahresbericht für das Jahr 1910 vom Verkehrs-Verein Braunschweig ist allen Herren Stadtverordneten zugegangen.

Unter dem 23. Februar ist von Herrn Wilhelm Junfer eine Eingabe an die Stadtverordneten gemacht. Er bittet, wir möchten dahin wirken, daß die Straßeneisenbahn-Gesellschaft veranlaßt wird, die Linie Schützenhaus—Rich-

mond bis zum Kurhause durchzuführen. Ich glaube nicht, daß wir die richtige Stelle für die Eingabe sind, und überweise sie dem Stadtmagistrat zu weiterer Verfolgung der Sache. Die Herren sind hiermit einverstanden.

Endlich ist eine Eingabe des hiesigen Gilboten-Instituts eingegangen, in der Beschwerde über verschiedene Sachen enthalten sind. Dieselbe Eingabe ist an den Stadtmagistrat gerichtet. Nach unserer Gepflogenheit nehmen wir die Eingabe solange zu den Akten, bis der Stadtmagistrat sich darüber ausgesprochen hat.

### I. Ergänzungswahl zur Schulkommission.

Vorsitzender: Es ist mir mitgeteilt, daß in der Schulkommission leicht der Fall eintreten kann, daß beim Fehlen zweier Mitglieder, nachdem der Stadtv. Möhle durch den Tod ausgeschieden ist, die Kommission nicht beschlußfähig ist. Es wird deshalb gewünscht, die Schulkommission wieder zu ergänzen.

Herr Friede: Ich möchte mir erlauben, Herrn Stadtv. Eckhardt vorzuschlagen. Nach dem 1. April würde sowieso die Neuwahl stattfinden.

Die Versammlung wählt durch Zuruf Herrn Eckhardt als Mitglied der Schulkommission.

Vorsitzender: Aus der 3gliedrigen Kieselgutdeputation ist der Rentier Saul durch den Tod ausgeschieden. Die Ersatzwahl können wir wohl bis zum April aufschieben. (Zustimmung.)

### II. Fortführung der Straßenbahnlinie Gliesmarode-Ruhfäntchenplatz bis Friedrich-Wilhelmsplatz.

Herr Meyerhoff: Die Angelegenheit hat uns zuletzt am 24. November vorigen Jahres beschäftigt. Es liegen eine Reihe von Anträgen zu der Frage vor. Der Antrag Eckhardt lautet: Die Linie Gliesmarode—Westbahnhof wieder einzuführen, die Linie Nordbahnhof—Hauptbahnhof bestehen zu lassen, und die Linie Kastanienallee nach dem Gieseler zu führen.

Der Antrag Ackmann: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, wenn die Straßenbahnlinie Gliesmarode—Westbahnhof nicht wieder eingeführt werden kann, bei der Direktion der Staatsbahn dahin vorstellig zu werden, daß die Wagen der Linie Gliesmarode auch auf dem Staatsbahnhofs Platz finden können.

Der Antrag Lübke: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, in erneute Verhandlungen mit der Straßeneisenbahn zu treten zwecks

direkter Durchführung der Linie Gliesmarode—Ruhfäutchenplatz zum Hauptbahnhof durch die Münzstraße, wobei es der Straßenbahn überlassen bleiben soll, ob sie die Wagen am Friedrich-Wilhelmsplatz oder am Gieselerwall halten lassen will.

Der Antrag des verstorbenen Stadtverordneten Möhle: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu veranlassen, daß die elektrische Straßenbahn-Linie Stadtpark durch die Neuestraße zur Bahn, und die Gliesmaroder-Linie über die Münzstraße zum Bahnhof geführt werde.

Meine Herren! Die Angelegenheit hat eine Zeitlang geschlummert und hat gestern der Beratung der Baukommission unterlegen. Die Baukommission ist in ihrem Gesamtbeschluss dahin gekommen, Ihnen zu empfehlen, einerlei wie die Frage am Ende gelöst wird, doch aber den Beschluss zu fassen:

den Magistrat zu ersuchen, in Verhandlungen darüber einzutreten, die Linie Gliesmarode nicht mehr auf dem Ruhfäutchenplatz endigen zu lassen, sondern als dritte Linie durch die Münzstraße über Kalenwall bis zum Gieselerwall zu führen.

Die Bedenken, die früher gegen diese Linienführung geäußert sind, kann die Kommission nicht teilen. Da laut Antwortschreiben von seiten der Straßenbahnverwaltung und auch laut Antwortschreiben der Staatsverwaltung es unmöglich ist, den 3. Wagen auf dem Staatsbahnhof aufzustellen oder die 3. Linie dort endigen zu lassen, meint die Kommission, daß es angebracht wäre, die Linie über Kalenwall bis auf den Gieselerplatz zu führen. Auf dem Gieselerwall ist die Bahn vollständig zweigleisig, und zwar von der Brücke, respektive von der Einfahrt zum Hauptbahnhof bis fast vor die Brücke am Wilhelmitor. Die Kommission hält es für möglich, ohne Veränderung der Gleise auf dem Kalenwall auch diese Linie bis auf den Gieselerwall hinzuleiten und das dort vorhandene 2. Gleis nicht als Standgleis, sondern als Ausziehgleis zu benutzen, und dadurch den Wünschen der Passanten aus dem Osten gerecht zu werden. Gegen den Antrag Möhle, die eine Linie zugunsten der andern umzulegen, spricht als bedeutendes Moment mit, daß den Passanten der Stadtparkbahn die Freude geraubt wird, bis zum Hauptbahnhof durchfahren zu können. Diese würden sich beschwert fühlen, und wir würden mit der Sache nicht zu Ende kommen.

Als Referent der Kommission empfehle ich Ihnen den Kommissionsantrag zur Annahme.

Herr Eckhardt: Es ist schon so manches Wort über diese Angelegenheit gesprochen, daß ich mich kurz fassen will. Ich möchte nochmals meinen Wunsch, respektive Antrag zur Annahme empfehlen, der dahin geht, die Linie Glies-

marode—Westbahnhof wieder einzuführen, die Linie Nordbahnhof—Hauptbahnhof bestehen zu lassen und die Linie Kastanienallee bis zum Gieselerwall zu führen, was durch Anordnung einer Weiche am Gieselerwall möglich ist, und auf diese Weise den Fahrplan so zu gestalten, daß der Straßenbahn-Gesellschaft Gelegenheit gegeben ist, einen Verkehr zu schaffen, der allen Wünschen gerecht wird.

(In der Abstimmung wird der Kommissionsantrag angenommen.)

### III. Bauliche Aenderungen im Hause Kreuzstr. 111 a.

Herr Frühling: In der Schule an der Bürgerstraße kann eine Klasse nicht untergebracht werden. Um diesem Mangel abzuhelpfen, wird die Einrichtung eines neuen Klassenzimmers in der jetzigen Schuldiener-Wohnung im Erdgeschoß des Schulgebäudes geplant. Außerdem soll dort ein Raum zur Schulküche und im Keller die Vorratsräume dafür eingerichtet werden. Wenn das geschieht, so lassen sich diese Räume nicht an die bisherige Luftheizung anschließen, sondern es muß eine besondere Heizung gebaut werden. Dafür ist eine Niederdruckdampfheizung in Aussicht genommen. Durch diese kann gleichzeitig das über diesen Räumen liegende Inspektor-, das Lehrer- und das Lehrerinnenzimmer mit beheizt werden, was wünschenswert ist. Der Schuldiener muß aus seiner Wohnung heraus; er erhält einen kleinen Raum zum Aufenthalt im Schulhaus, im übrigen soll seine Wohnung in dem angrenzenden früher Panzerischen Wohnhaus, Kreuzstraße 111 a untergebracht werden. Dieses Haus enthält in den beiden Obergeschossen 4 Wohnungen, die je aus 2 Stuben, 1 Kammer und Küche bestehen. Eine solche Wohnung wäre für den Schuldiener zu klein. Dem Schuldiener 2 Stuben, 2 Kammern und Küche zu geben, läßt sich erreichen, wenn man in einer oberen Etage zwei Wohnungen zusammennimmt. Die beiden übrig bleibenden Räume sollen dem Schularzte als Zimmer für ärztliche Untersuchungen zur Verfügung gestellt werden. Die beiden Wohnungen im Parterregechoße sollen weiter vermietet werden. Von den beiden Wohnungen im Dachgeschoß soll eine vermietet und die andere aufgeteilt werden. Das Kellergeschoß kann erhalten bleiben und weiter benutzt werden.

Was die Kosten betrifft, so sind für die Aenderungen im Schulhaus erforderlich:

für Bauarbeiten einschließlich der Heizungsanlage . . .	5 500 M,
für Mobiliar für die neue Klasse . . . . .	1 550 "
an Inventar für die Schulküche . . . . .	2 500 "
für den Aufenthaltsraum des Schuldieners . . . . .	70 "

zusammen 9 620 M.

Der Betrag erhöht sich um 1500 *M*, wenn die Heizung für die oberen Räume nutzbar gemacht werden sollen, was der Magistrat und auch die Baukommission empfiehlt.

Für die Umänderungen in dem Panzerischen Hause sind notwendig:

für Einrichtung der Schuldienerwohnung und der beiden Räume für den Schularzt . . . . .	1 350 <i>M</i> ,
für Instandsetzung der Wohnungen im Erd- und Dachgeschoß . . . . .	800 "
für Arbeiten am Aeußern des Hauses (die im Ziegelrohbau ausgeführten Außenseiten sollen mit Putz überzogen werden) . . . . .	1 000 "
für Nebenanlagen: damit der Schuldiener von seiner Wohnung aus einen möglichst freien Blick über den Spielplatz erhält, wird beabsichtigt, einen Teil der Einfriedigungsmauer des letzteren niederzulegen, und durch ein niedriges Eisengitter zu ersetzen, auch ist ein etwa 2 m breiter Zugangsweg zu dem Hause vorsehen. Für diese Nebenanlagen sind ausgesetzt . .	1 100 "
und außerdem für Anschaffung von Mobiliar für die Räume des Schularztes . . . . .	200 "

Die gesamte Ausgabe für das Panzerische Haus beträgt hiernach 4 450 *M*.

Der Magistrat ersucht, der Ausführung des fraglichen Projekts zuzustimmen und die Kosten zu insgesamt 15 570 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds zu verwilligen. Die Baukommission hält die vorgeschlagenen Arbeiten für wünschenswert und zweckmäßig, die veranschlagten Kosten für angemessen und empfiehlt die Verwilligung der geforderten Summe zur Ausführung des Projekts.

Die Versammlung genehmigt die Ausführung des Projekts und bewilligt die veranschlagten Kosten.

#### IV. Beseitigung des Mühlengebändes in Eisenbüttel.

Herr Tolle: Durch den Neubau unseres Turbinenhauses in Eisenbüttel für das Wasserwerk bei Rüningen und die dadurch bedingten Anschüttungen ist die ganze Umgebung des alten Gebäudes erhöht, das Gebäude selbst aber so tief in den Erdboden gekommen, daß es nicht möglich sein wird, es in seinem jetzigen Zustande auf die Dauer zu erhalten. Das Gebäude hat durch seine tiefe Lage

seinen malerischen Reiz verloren und wird in keiner Weise mehr nutzbringend zu verwenden sein. Ursprünglich hatte man die Absicht, dieses Gebäude selbst als Turbinenhaus zu verwenden. Eine nähere Untersuchung aber hat ergeben, daß es unmöglich war, das Gebäude hierfür zu verwerten, da es nach Ansicht der Bauverwaltung vollständig abgängig ist. Infolgedessen hat der Magistrat der städtischen Bauverwaltung Auftrag gegeben, genaue Zeichnungen von dem Gebäude anzufertigen. Das ist geschehen, indem drei Zeichnungen und zwei Photographien von dem Gebäude angefertigt sind. Der Magistrat empfiehlt nun der Versammlung, zuzustimmen, daß das alte Mühlengebäude niedergelegt wird. Er hat auch zugesagt, daß für Erhaltung der architektonisch wertvollen Bauteile Sorge getragen werden soll. Es kommen da in Frage: alte Türumrahmungen, Balkenköpfe, Füllhölzer, ein Wappen aus dem Jahre 1537. Vielleicht können die Sachen später an anderer Stelle wieder verwertet werden.

Die Baukommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt, sich auf den Standpunkt des Magistrats gestellt und empfiehlt Ihnen Annahme des Vorschlags des Stadtmagistrats, das Gebäude zu beseitigen.

Der Niederlegung des Gebäudes wird von der Versammlung zugestimmt.

## **V. Antrag des Stadtverordneten Kalms auf Einführung des Haushaltsunterrichts in sämtlichen städtischen Mädchenschulen.**

Herr B ä h r: Meine Herren! Als in Deutschland vor etwa 20 Jahren zum erstenmal der Weg theoretischer Erörterungen über die etwaige Nützlichkeit und Notwendigkeit der Einführung des Haushaltsunterrichts an den Mädchenschulen verlassen wurde, da war der Widerstand gegen diese neue Bewegung ein großer. Es gab der Feinde und Gegner gegen diese Einrichtung mehr als der Befürworter. Inzwischen ist nun in Hunderten von deutschen Volksschulen der Haushaltsunterricht eingeführt worden, die gegnerischen Stimmen sind allmählich verstummt. Der rasche Kulturfortschritt, die veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß überall solche Haushaltsschulen zur Einführung kamen. Auch wir in Braunschweig haben seit dem Jahre 1904 den Haushaltsunterricht in den unteren Bürgerjahren zur Einführung gebracht. Gegenwärtig wird er schon in zwei verschiedenen Schulküchen betrieben, und wir haben heute gehört, daß auch in der Kreuzstraße eine neue Schulküche gebaut werden soll. Die Erfahrungen, die hier gesammelt worden sind, sind ungemein günstig. Wenn man ursprünglich meinte, der Haushaltsunterricht würde ein Fremdkörper in der Schule sein, der das Maß der Leistungen herabdrücken würde, so hat man sich geirrt und ist jetzt allgemein



für Einführung des praktischen Unterrichts. Auch wir haben diesen Unterricht verbreitert und beschlossen, daß Haushaltskurse auch in die mittleren Bürgerschulen eingeführt werden sollen und in einer Februar-Sitzung ist der Beschluß gefaßt, daß gelegentlich der Umformung der städtischen Mädchenschule in eine Mädchen-Mittelschule ebenfalls hier die Einführung des Haushaltsunterrichts stattfinden solle. Wir befinden uns da in Uebereinstimmung mit dem preussischen Kultusminister. Er sagt: „Die Schule soll mit dafür eintreten, daß die Mädchen zu verständiger Arbeit in Wohnung und Küche angeleitet werden, und soll für die in Betracht kommenden Arbeiten, namentlich durch Einrichtung einer Schulküche, Gelegenheit schaffen. Das Kind soll sich bei allem häuslichen Tun der Gründe dafür bewußt werden.“

Meine Herren! Indem wir also bereits Beschlüsse dahingehend gefaßt haben, daß der Haushaltsunterricht in den unteren und mittleren Bürgerschulen, sowie in der 9stufigen Mädchen-Mittelschule eingeführt werden soll, ist ein wesentlicher Teil des Antrages Kalms erledigt worden. Er würde sich jetzt also auf Einführung des Haushaltsunterrichts an der höheren Mädchenschule zu beschränken haben. Wenn man dieses Thema flüchtig untersucht, so könnte man leicht zu der Anschauung kommen, daß hier andere Verhältnisse vorliegen, die die Einführung eines derartigen Unterrichtszweiges verbieten. Man könnte sagen: Hier herrschen andere gesellschaftliche, andere wirtschaftliche Verhältnisse, die Familien sind meistens selbst in der Lage, für den Haushaltsunterricht ihrer Töchter Sorge zu tragen. Wenn das nicht der Fall sein sollte, so ist Gelegenheit da, die Töchter in Pensionen zu schicken, und alle die zahlreichen Pensionen haben ja den Hauswirtschaftsunterricht in ihrem Programm mit aufgenommen. Es soll auch nicht verkannt werden, daß von dem Verein ehemaliger Schülerinnen der höheren Mädchenschule eine Kochschule an der Schöppenstedterstraße eingerichtet ist. Trotzdem aber gibt es Stimmen genug, und zwar gewichtige, die für Einrichtung des Haushaltsunterrichts auch in der städtischen höheren Mädchenschule laut werden. Die Verzweigkeit und der Luxus der Haushalte, die Repräsentationspflicht der Mütter, bringt es mit sich, daß in manchen Haushaltungen es sehr schwierig, fast unmöglich ist, die Töchter in der Haushaltskunde anzuleiten. Außerdem mögen auch viele Mütter nicht in der Lage sein, einen Haushaltsunterricht, wie er in der Schule erteilt werden wird, auszuführen. Es kommt nicht allein auf das Kochen an, der Schulküchenunterricht bildet eine Verbindung theoretischen Wissens mit praktischem Können. Der Schulküchenunterricht würde auch für die höheren Mädchenschulen ein Gegengewicht gegen die geistigen Ansprüche an die Schülerinnen bilden. Sie müssen einen großen Teil des Tages sitzen, hier ist eine Bewegung vorhanden, die entschieden der körperlichen Ausbildung zugute kommt. Die jungen

Mädchen werden darauf hingeführt, daß es außer Turnen, Spiel und Sport noch eine andere körperliche Betätigung gibt, nämlich eine praktische, nützliche Tätigkeit, die für den Hausfrauenberuf vorbereitet. Die rein geistige Schulung in unseren höheren Mädchenschulen, auch das ausschließliche Betonen des Buchwissens, bringt es mit sich, daß leicht eine Mißachtung alles dessen stattfindet, was außerhalb dieses Lernprozesses liegt. Denn je wissenschaftlicher die Lehrweise und je akademischer der Zuschnitt der Schule ist, desto eher ist das junge Mädchen geneigt, alles das minder zu achten, was außerhalb des geistigen Lernprozesses liegt. Das ist, wenigstens für mich, einer der wichtigsten Gründe für Einführung des Haushaltsunterrichts in der höheren Mädchenschule. Mag eine Schülerin in der gesellschaftlichen Skala unten oder oben stehen, mögen die wirtschaftlichen Mittel gering oder größer sein: das ist für jede Familie von Vorteil, wenn die Hausfrau in der Lage ist, selbst mit Hand anzulegen und mit Sachverständnis die häuslichen Arbeiten beaufsichtigen zu können. Wenn einerseits unser höherer Unterricht bestrebt ist, den geistigen Interessentkreis der jungen Mädchen in literarischer, sprachlicher, ästhetischer, naturkundlicher Beziehung auszudehnen, so darf doch eine wirkliche Ergänzung auf dem Gebiete der praktischen Tätigkeit nicht außer acht gelassen werden. Wird der Unterricht für Haushalt in den Lehrplan der Höheren Mädchenschulen eingefügt, so lernt das Mädchen von Jugend auf schon die praktische Hausfrauentätigkeit schätzen und ehren, wird vorbereitet für die spätere praktische Tätigkeit und wird die Hausfrauengeschicklichkeit, Hausfrauengut und -tätigkeit achten und lieben. Aus allen diesen Erörterungen heraus ist die Schulkommission dahin gelangt, den Antrag Ralms in folgender Fassung der geehrten Versammlung zur Annahme vorzulegen:

Die Versammlung der Stadtverordneten wolle den Magistrat erjuchen, darauf hinzuwirken, daß der Haushaltsunterricht, wenn irgend möglich, in den Lehrplan der städtischen Höheren Mädchenschule eingefügt wird.

Die Versammlung stimmt dem Antrag der Schulkommission zu.

## VI. Unterstützung des Braunschw. Frauenvereins.

Herr Leue: Ich werde dasselbe Thema, das der Herr Vorredner behandelt hat, in einer andern Richtung wieder behandeln, nämlich den Kochunterricht der jungen Mädchen. Der Vorstand des hiesigen Frauenvereins hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, ihm zur Einrichtung von Kochkursen an der Abendfortbildungsschule, die dieser Frauenverein unterhält, in der Weise behilflich zu sein, daß dem Verein eine Schulküche zur Verfügung gestellt und

außerdem ein jährlicher Zuschuß von 700 *M* gewährt wird. Der Stadtmagistrat hat die Förderung des Unternehmens seitens der Stadt für zweckmäßig gehalten. Nach einer Rücksprache mit dem Schulvorstand ist es möglich, daß eine oder auch mehrere solche Küchen zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzkommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt, stellt sich auf den gleichen Standpunkt wie der Stadtmagistrat, daß derartige Bestrebungen, wohl der Unterstützung wert sind, und ersucht Sie, dem Vorschlage des Stadtmagistrats zuzustimmen, daß dem braunschweigischen Frauenverein

1. eine der städtischen Schulküchen, im Bedarfsfalle auch mehrere, zur Benutzung und Unterhaltung überlassen,
2. vom 1. April dieses Jahres an ein Zuschuß von jährlich 700 *M* aus der Kasse für die Wohlfahrtseinrichtungen zu den dem Verein erwachsenden Kosten gezahlt werden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur noch den Wunsch aussprechen, daß die Anstrengungen, die wir jetzt in jeder Richtung machen, den Mädchen Gelegenheit zu Haushalts- und Kochunterricht zu geben, von Erfolg begleitet sein mögen. Den künftigen Ehemännern wird dann wohl bald ein goldenes Zeitalter erblühen, wenn das Ergebnis unseren Bestrebungen entspricht.

## VII. Anderweite Befestigung des Dammes und Hutfilterns.

In der obenbezeichneten Sache ist den Herren Stadtverordneten folgendes Schreiben vom Stadtmagistrate zugegangen:

Unterm 5. d. Mts. haben uns die geehrten Herren ein von den Anwohnern der Straßen Damm und Hutfiltern wegen Befestigung der genannten Straßen mit geräuschlosem Pflaster an sie gerichtetes Gesuch zur Berücksichtigung empfohlen. Wie wir in der der dortigen Beschlußfassung zugrunde liegenden Beratung mitgeteilt haben, war ein von den Anliegern des Dammes und des Hutfilterns an uns gerichtetes gleiches Gesuch schon vor der dortigen Stellungnahme unter Hinweis auf die große Zahl der noch mit Kieselplaster befestigten Straßen sowie auf die durch die gewünschte Neubefestigung von Damm und Hutfiltern zu gewärtigenden hohen Kosten durch uns abschlägig beschieden. Durch das Ersuchen der geehrten Herren veranlaßt, haben wir den von den interessierten Einwohnern vorgebrachten Wunsch einer nochmaligen Prüfung unterzogen, — wir sind dabei jedoch zu dem gleichen Ergebnis wie vordem gelangt. Von den zum Gebiete des ehemaligen Allgemeinen Pflasterfonds gehörigen Straßen sind seit der im Jahre 1899 erfolgten stadtseitigen Uebernahme der Verwaltung dieser Straßen 35 mit rund 700 000 *M* neu befestigt — die in der anliegenden Zusammenstellung angeführten 45 Straßen harren noch der ordnungsmäßigen

Instandsetzung. — Nach der von der städtischen Baubewertung angestellten überschläglichen Kostenermittelung wird dieselbe einen Aufwand von rund 884 100 M erfordern. Daß es im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie auch der Anlieger der noch unausgebauten Straßen liegt, daß die Instandsetzung derselben nicht zu weit hinausgeschoben wird, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Diese Hinausschiebung ist aber wegen der Beschränktheit der für die Straßenbauarbeiten jeweilig zur Verfügung stehenden Mittel unausbleiblich, wenn jetzt dem Verlangen der Anlieger von Damm und Gutfiltern nachgegeben wird, sie ist aber auch unabsehbar, weil die Wiederholung der Neubefestigung nicht auf Damm und Gutfiltern beschränkt bleiben wird, aus den für jene Straße maßgeblichen Gründen auch nicht wohl beschränkt bleiben kann.

Abgesehen von diesen allgemeinen Gründen sprechen gegen eine gegenwärtige Berücksichtigung des vorgetragenen Wunsches aber auch noch die weiteren Erwägungen, daß 1. es wünschenswert ist, vor der Neubefestigung die nach dem Ortsbauplane für Damm und Gutfiltern noch ausstehenden Straßenverbreiterungen möglichst zur Durchführung zu bringen, sowie daß 2. die im Gutfiltern und Damm befindlichen Straßenbahngleise sogleich entfernt und durch eine immerhin kostspielige Neuanlage ersetzt werden müßten, während sie bei einstweiliger Belassung des zeitigen Pflasters noch eine Lebensdauer von 4—5 Jahren haben würden.

Wir bedauern daher, aus den angegebenen Gründen dem Ersuchen vom 5. d. Mts. nicht entsprechen zu können.

Herr Fröhling: Ich kann auf den Bericht des Stadtmagistrats, der in Ihren Händen ist, wohl Bezug nehmen und deshalb die Sache kurz erledigen. Das Ersuchen der Versammlung, dem Antrag der Anwohner des Dammes und Gutfilterns zu entsprechen, hat der Magistrat abgelehnt aus denselben Gründen, aus welchen damals die Baukommission vorgeschlagen hat, die Sache abzulehnen. Die Angelegenheit hat der Baukommission nochmals zur Beratung vorgelegen, sie hat aber keine Veranlassung gehabt, sich anders zu ihr zu stellen, als vorher, und schlägt vor, sie damit als erledigt zu erachten.

Herr Kleinfnecht: In der uns gegebenen Zusammenstellung vermiße ich eine Straße, die mich näher angeht, die Straße Am neuen Petritor. Dort sind augenblicklich der Fahrweg und die Fußwege so mangelhaft, daß ich annehmen muß, diese Straße ist in der erwähnten Aufstellung vergessen. Oder sind andere Gründe gegen die Aufnahme der Straße in das Verzeichnis vorhanden?

Herr Bürgermeister M e h e r: Die genannte Straße ist zum Teil Staatsstraße und nur zum Teil städtische Straße. Soweit das letztere der Fall ist, ist die Neupflasterung bereits beschlossen.

Vorsitzender: Einen Beschluß brauchen wir über diesen Punkt der Tagesordnung nicht zu fassen. Wir nehmen die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

### VIII. Antrag des Vereins der Haus- und Grundbesitzer des Hohen- und Wilhelmitorbezirks wegen Ausbaues des Altstadtrings bis zur Broihemerstraße.

Herr Friede: Der Haus- und Grundbesitzerverein des Hohen- und Wilhelmitorbezirks hat sich an die Stadtverordneten gewandt, nicht an den Magistrat, mit der Bitte, eine mäßige Aufschließung des Bezirks in der Weise in die Wege zu leiten, daß vorläufig der Altstadtring bis zur Broihemerstraße verlängert würde, also eine Verbindung zwischen Broihemer- und Juliusstraße herzustellen. Er motiviert das damit, daß für den Fußgänger- wie für den Fahrverkehr der bisherige Weg zu weit wäre. In dieser industriereichen Gegend bestände ein großer Mangel an solchen Wohnungen, wie sie für die dortige Bevölkerung vorzugsweise in Betracht kommen. Wenn Baugrund aufgeschloffen würde, so würden Arbeiterwohnungen hergestellt werden können.

Die Baukommission hat sich mit dem Antrag beschäftigt, kann aber keinen Beschluß fassen, weil sich der Grundbesitzerverein nur an die Stadtverordneten gewandt hat und diesen keine Unterlagen zur Verfügung stehen. Wir wissen nicht, welche Kosten entstehen werden; haben keine Zeichnungen usw. Die Kommission schlägt Ihnen vor, das Gesuch dem Magistrat zur Prüfung zu überweisen.

Vorsitzender: Es liegt hier ein Irrtum von mir vor. Wir hätten es mit der Eingabe machen sollen wie mit dem heutigen Junkerschen Antrage und sie gar nicht der Baukommission überweisen sollen.

Herr Bunge: Da die Angelegenheit einmal zur Beratung gestellt ist, möchte ich mir einige Worte erlauben: Nach dem Beschluß der Kommission ist dem Antrag ein anständiges Begräbniß bereitet. (Widerpruch.) Wenn das nicht der Fall ist und der Magistrat eine Vorlage machen wird, dann erübrigt es sich, heute näher darauf einzugehen.

Vorsitzender: Der Magistrat wird sich zurückäußern und uns eventuell eine Vorlage zugehen lassen.

Herr Bürgermeister M e h e r: Die Auffassung des Herrn Vorsitzenden ist nicht ganz zutreffend. Wenn die Eingabe seitens der Stadtverordneten an den Magistrat gegeben wird, so wird dieser in eine Beratung der Sache eintreten und prüfen, ob er dem Wunsch Folge geben kann und soll. Ob seine Antwort in dem Sinne der Gesuchsteller ausfällt oder nicht, ist ganz und gar eine offene Frage. Ich weiß nicht genau, wie die geehrten Herren ihren Antrag uns gegenüber formulieren wollen. Die normale Entwicklung würde sein, daß der Stadtmagistrat, wenn er Stellung genommen hat, seine Auffassung den Interessenten zu erkennen gibt. Für den Fall, daß wir ablehnen, auf das Gesuch einzugehen, würden die Interessenten in die Lage verjett, sich mit einem Gesuch an die Stadtverordneten zu wenden. Das ist das Verfahren, welches sonst beobachtet ist.

Vorsitzender: Wenn der Stadtmagistrat zustimmt, haben die Antragsteller ja kein Interesse daran, sich an uns zu wenden, und ein Projekt würde uns dann sowieso zugehen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Ueberweisung des Gesuchs an den Stadtmagistrat einverstanden.

### **IX. Antrag eines Interessenten auf Kanalisierung und Ausbau des Hasenwinkels.**

Herr M e h e r h o f f: Dieser Antrag ist gleichzeitig dem Magistrat und den Stadtverordneten zugegangen. Der Antragsteller (J. Sommer) hat im Jahre 1909 das Grundstück Ecke Wendenring und Hasenwinkel erworben, um dasselbe mit Wohnhäusern zu bebauen. Die Ecke des Hasenwinkels ist bereits zum Teil bebaut, und er beabsichtigt, nun die nordöstliche Seite ebenfalls mit einem Wohnhause zu bebauen. Schon vor zwei Jahren hat er ein Gesuch um Zulassung des Neubaus eingereicht, das wir aber haben ablehnen müssen aus dem Grunde, weil der Hasenwinkel noch keine entwässerte und befestigte Straße im Sinne des Gesetzes ist. Aus demselben Grunde müßte ich Ihnen als Berichterstatter der Baukommission heute vorschlagen, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen. Eine Kanalisation und der Ausbau des Hasenwinkels zeigt aber so viele Vorteile, daß der Vertreter des Stadtmagistrats uns in der Sitzung der Baukommission mitgeteilt hat, daß dem Projekte des Ausbaus des Hasenwinkels nähergetreten und das Stadtbauamt beauftragt werden soll, ein Projekt auszuarbeiten, schon in Ansehung dessen, daß die Karl Schmidt-Straße, welche von der Hamburgerstraße aus in den Hasenwinkel einmündet, einen lebhafteren Verkehr dort hervorruft. Erst wenn der Ausbau stattgefunden hat,

kann dem Wunsche des Herrn Sommer nähergetreten werden. Namens der Baukommission beantrage ich, über das Gesuch des Herrn Sommer in dieser Form zur Tagesordnung überzugehen.

Vorsitzender: Der Herr Referent irrt; das Gesuch ist nicht gleichzeitig dem Stadtmagistrat und den Stadtverordneten zugegangen, sonst hätten wir es ad acta gelegt, wie wir das immer getan haben, und hätten gewartet, bis der Magistrat gesprochen hat. Bei uns eingehende Anträge, die wir gleich ohne weiteres beurteilen können, werden durch uns erledigt, solche, die wir nicht gleich beurteilen können, überweisen wir dem Magistrat. —

Die Versammlung geht, dem Kommissionsantrage entsprechend, über das Gesuch zur Tagesordnung über.

### X. Erwerb einer Fläche zur Verbreiterung des Vienröderweges.

Herr Busch: Nach dem von den städtischen Behörden angenommenen Projekt über die Verbreiterung und Instandsetzung des Vienröderweges ist es notwendig, eine Fläche von 1,62 a, die der Landes-Eisenbahn gehört, in den Weg hineinzuziehen. Die städtischen Behörden haben sich mit der Landes-Eisenbahn in Einvernehmen gesetzt und einen Preis von 2,61 *M* als angemessen festgestellt. Außerdem haben sie das Verlangen der Landes-Eisenbahn als berechtigt anerkannt, daß die Kosten der notwendigen Verlegung und Veränderung der Wegschränken stadtheitig übernommen werden sollen. Der hierfür anzusetzende Betrag von 3197,50 *M* wird von der städtischen Bauverwaltung als einwandsfrei berechnet bezeichnet.

In der Baukommission haben wir uns gestern mit diesem Projekte befaßt, und sind zu dem Beschlusse gekommen, daß der für das qm verlangte Betrag angemessen ist und außerdem die Vergütung für die Verlegung der Schrankenanlage ebenfalls zu befürworten sei. Namens der Baukommission stelle ich den Antrag, die Genehmigung zu dem Ankauf der bezeichneten Flächen zu dem genannten Preise zu erteilen, und außerdem die Kosten für Verlegung der Schranken zu bewilligen, beides zu Lasten des Extraordinariums.

Die Genehmigung wird ausgesprochen.

### XI. Verlegung eines Wasserrohres in der Helenenstraße.

Herr Mohr: Der Dekorationsmaler Schmitz beantragt die Auswechslung des bisherigen provisorischen Bleirohres für die Wasserleitung in der Helenenstraße bis zu seinem dort unter Nr. ass. 7720 gelegenen Hause gegen ein Haupt-

wasserrohr. Die Direktion der städtischen Wasserwerke empfiehlt die Auswechslung nach Maßgabe der Grundsätze vom 27. Mai 1907 vorzunehmen und die Anlagekosten im Betrage von 320 *M* stadtseitig zu übernehmen. Der Magistrat befürwortet diese Rohrauswechslung zu Lasten des Reservefonds des Wasserwerks und die Finanzkommission empfiehlt ebenfalls Annahme der Vorlage.

Die Auswechslung wird beschlossen.

## XII. Aenderung des Ortsbauplans bezüglich der Korfesstraße.

Herr Fröhling: Bezüglich der Festsetzung der Breite der südlichen Korfesstraße ist ein Irrtum unterlaufen. In dem Teilortsbauplan ist sie auf 14 m festgesetzt, bei der Projektaufstellung ist aber ein alter Plan vom Jahre 1895 benutzt, der für die Breite der südlichen Korfesstraße nur 13,70 m annimmt. Bei der Beibehaltung einer Breite von 14 m würde die Abtretung weiterer Flächen erforderlich sein, auch würde der Entwurf vom Oktober 1909 abzuändern sein. Dies ließe sich vermeiden durch Festsetzung der Straßenbreite für diesen Teil auf 13,70 m. Das ist einfacher und empfiehlt sich zur Ausführung. Der Magistrat schlägt diesen Ausweg vor und beantragt: einer Aenderung des Ortsbauplans dahin zuzustimmen, daß die Breite der Korfesstraße von der Nordgrenze des Grundstücks Nr. ass. 4503 bis zur Abzweigung der Straße 44 b von 14 m auf 13,70 m herabgesetzt und zu dem Ende die östliche Fluchtlinie dieses Straßenzuges vorgerückt wird. Die Baukommission empfiehlt Ihnen diesen jedenfalls praktischeren und einfacheren Weg.

Die beantragte Aenderung des Ortsbauplanes wird angenommen.

## XIII. Ankauf von Flächen zum Ausbau eines Teiles des Chriatsringes.

Nach dem von den Stadtverordneten unter dem 20. Oktober 1910 genehmigten Projekte über den Ausbau des Chriatsringes zwischen Helenenstraße und 36 m südlich der Laffertstraße müssen vier Grundflächen (zu 400, 120, 180 und 70 qm) stadtseitig erworben werden. Die drei ersten stehen im Eigentum der Ehefrau des Generalmajors Freiherrn von Bernewitz, die letzte gehört der Feldmark-Gemeinde Wilhelmitor. In den eingeleiteten Kaufverhandlungen hat Frau von Bernewitz 11,50 *M* pro qm, die Feldmark-Gemeinde 10 *M* pro qm gefordert. Die Preisstellung der Frau von Bernewitz ist durchaus angemessen: 11,50 pro qm sind dem Bauunternehmer Malermeister Schmiß für das angrenzende Gelände von der Stadt schon vor einigen Jahren zugebilligt. Nicht so einwandfrei ist der von der Feldmark-Gemeinde geforderte Preis, da es sich



um Grabenterrain handelt, welches den Charakter als Baugrund nicht schlechthin hat, sondern erst dadurch gewinnt, daß die Stadt durch Verlegung des Straßenkanals dem Grabengewässer ein anderes Bett schafft und die Aufhebung des Grabens ermöglicht. Bei der Geringfügigkeit des Objectes hält es der Stadtmagistrat indessen für zulässig, die Zweifel über die Ungemessenheit des Preises beiseite zu stellen und auf die Forderung von 10 *M* pro qm einzugehen.

Wegen des von Bernerwisch'schen Geländes hat der Magistrat bereits einen notariellen Vertrag abgeschlossen; er ersucht, denselben zu genehmigen und die darnach erforderlichen Mittel von 11,50 *M* pro qm, sowie daneben für Abfindung des Pächters der Länderei eine Summe von 20,50 *M* zu Lasten des Extraordinarium zu verwilligen.

Bezüglich des besprochenen Grabenterrains bittet der Magistrat, ihn zum Ankauf gegen einen ebenfalls zu Lasten des Extraordinarium zu verrechnenden Kaufpreis von 10 *M* pro qm zu ermächtigen.

Herr T o l l e erstattet über die Vorlage Bericht und empfiehlt namens der W a u k o m m i s s i o n, dem Antrage des Stadtmagistrats stattzugeben.

Die Vorlage wird genehmigt.

#### XIV. Verwilligung von Mitteln für Anschaffung von Hinweisschildern auf Feuer- und Unfallmelder.

Herr W o l t e r s: Es liegen in dieser Sache zwei Anträge des Magistrats vor. Der erste Antrag besagt, daß 600 *M* zur Anschaffung von Hinweisschildern auf Feuer- und Unfallmelder, welche an 65 Briefkästen der Reichspost befestigt werden sollen, verwilligt werden möchten. Es sind in der Stadt 219 Briefkästen vorhanden, an 144 davon sind Hinweisschilder angebracht, bei 10 Briefkästen befinden sich die Hinweisschilder an den Häusern, es fehlen solche Schilder somit noch an 65 Briefkästen. Ein Schild kostet 6,50 *M*, dazu kommen 1,50 *M* für einen Zinkfuß zur Straßenbenennung, 85 *§* für Anstrich und die Kosten für Befestigung der Schilder. Die F i n a n z k o m m i s s i o n empfiehlt, die 600 *M* zu bewilligen.

Nach dem zweiten Antrage sollen den Hauseigentümern zum Selbstkostenpreise Hinweisschilder abgegeben werden, die in jedem Hauseingange aufgehängt werden können. Die Kosten werden sich auf 25—30 *§* für ein Schild belaufen. Ein Prob Schild ist angefertigt; es handelt sich aber nur um den ersten Entwurf, da hierzu noch verschiedene Wünsche in der Feuerlöschdeputation und der Finanzkommission geäußert sind. Die nähere Ausführung wird dem Preis-

branddirektor überlassen werden können. — Auch diesen Antrag des Magistrats empfiehlt die Finanzkommission zur Genehmigung.

Die Versammlung stimmt den beiden Anträgen des Magistrats zu.

### XV. Sicherung des städtischen Archivs.

Herr Fr ü h l i n g (namens der Baukommission): Gelegentlich der Verhandlungen über die bessere Sicherung des städtischen Museums gegen Diebstahl ist man bedenklich geworden, ob auch die Schätze des städtischen Archivgebäudes hinreichend sicher verwahrt sind. Es handelt sich in erster Linie um die Vergitterung einer Zahl von Fenstern, die von außen her verhältnismäßig leicht zu erreichen sind. Die Kosten würden 1000 *M* betragen. Man könnte einen Teil der Fenster unvergittert lassen, wenn die Besitzerin des Nachbarhauses, Magnitor 8, veranlaßt würde, die in seiner Grenzwand befindlichen, dem Archiv zugekehrten Fenster zu vergittern. Der Magistrat will die fraglichen Fenster des Archivs aber doch vergittern lassen, weil keine Gewähr vorhanden ist, daß die vom Nachbar etwa angebrachten Vergitterungen ausreichend sicher sein würden. Die Baukommission stimmt dem zu.

Die Vergitterung der benachbarten Fenster des Hauses Magnitor 8 soll aber trotzdem gefordert werden. Bei dieser Forderung hat sich ein Widerstreit ergeben, indem die Besitzerin des Nachbargrundstücks sich weigert, die Vergitterung ihrer in Frage kommenden Fenster vorzunehmen, weil ihrer Behauptung nach das Archivgrundstück über die städtische Grenze um 60 cm hinausreiche, so daß sie zur Vornahme der Sicherung nicht verpflichtet wäre. Der Magistrat ist anderer Ansicht, da der Rechtsvorgänger der Eigentümerin des Grundstücks ausdrücklich anerkannt hat, daß diese Fenster zum Teil in die Luftsäule des städtischen Grundstücks hinein aufschlagen. Um von den Rechten der Stadt nichts unnötig preiszugeben, richtet der Stadtmagistrat an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß gegen die Eigentümerin des Nachbargrundstücks Klage erhoben wird zu dem Ende, 1. festzustellen, daß das ihr gehörige Wohngebäude nicht hinter der Grenze zurücksteht, 2. sie zur Vornahme der von der Stadt geforderten Vergitterung der Fenster zu zwingen.

Die Baukommission ist der Ansicht, daß es notwendig sei, hierüber Klarheit zu schaffen, und empfiehlt, der Anstellung der Klage zuzustimmen.

Die Versammlung bewilligt die 1000 *M* zur Vornahme der Sicherungsmaßregeln und stimmt der Anstellung der bezeichneten Klage zu.

## XVI. Einsprachen gegen den Ortsbauplan östlich des Bülttenweges.

Herr **R i e f e**: Vor einiger Zeit ist von den städtischen Behörden der Ortsbauplan für die Straßenzüge östlich des Bülttenwegs festgestellt. Einige Anlieger dieser Straße, die Herren Gebrüder Grahe, Clemens Wagner und Albert Becker haben nun Einsprache dagegen erhoben. Alle drei Einsprachen beziehen sich darauf, daß die Beschwerdeführer die Drafewitzwete nicht aufgehoben wissen wollen. Das letztere ist von uns noch gar nicht beschlossen. Aus diesem Grunde ersucht uns der Stadtmagistrat, diese Einsprachen zu verwerfen. Die Baukommission gibt anheim, dem Vorschlage des Magistrats zu folgen.

Die Einsprachen werden verworfen.

## XVII. Einsprachen gegen die Anordnung der offenen Bauweise für die verlängerte Bammelsburgerstraße.

Herr **M e y e r h o f f**: Der Privatmann Böpel, Wendenmarchstraße, hat im Rathause vorgetragen, daß er sich durch Anordnung der offenen Bauweise für die genannte Straße in seinem Eigentum beschwert finde. Er gibt an, sein Grundstück dort hätte nicht die Tiefe, um es in gehöriger Weise ausnützen zu können, welcher Umstand eine möglichst ausgedehnte Bebauung an der Straßenflucht erfordere. Nach Prüfung der Sachlage berichtet das Stadtbauamt dazu, daß die Errichtung von zwei Doppelwohnhäusern auf dem Grundstück wohl angängig erscheine. Der Herr beabsichtigt, vier Häuser unter einem Dach zu bauen. Das ist nach dem Baustatut hier nicht zulässig. Der Antrag hat der Baukommission zur Beratung vorgelegen. Sie kann nicht anerkennen, daß der Herr durch Anordnung der offenen Bauweise sehr beschwert wird, und gibt durch mich anheim, die Einrede, wie auch der Magistrat beantragt, abzulehnen.

Die Einrede wird verworfen.

Herr **M e y e r h o f f**: Desgleichen ist vom Obermeister Edmund Richter, der gegenüber dem vorerwähnten Herrn wohnt, eine gleiche Einsprache erhoben unter derselben Begründung: Die Tiefe seines Grundstückes reiche nicht aus, um die Bebauung lukrativ zu gestalten. Dieselben Gründe, die den Stadtmagistrat und die Baukommission im ersten Falle zur Ablehnung bewogen haben, würden auch hier maßgebend sein. Ich gebe auch in diesem Falle namens der Kommission Ablehnung anheim.

Die Einsprache wird gleichfalls verworfen.

Der zweite Vorsitzende, Herr **W o l t e r s**, übernimmt den Vorsitz.

### XVIII. Einsprachen gegen die Anordnung von Vorgärten für die Salzdhulner- und Wolfenbüttelerstraße.

Herr Tolle: Gegen die von uns kürzlich beschlossene Anordnung von Vorgärten an der Salzdhulner- und Wolfenbüttelerstraße haben einige Herren Einsprache erhoben. — Herr Adolf Zeppenfeld hat das Grundstück Salzdhulnerstraße 110 erworben, welches einen 9 m tiefen Vorgarten hat. Hier möchte Herr Zeppenfeld ein Gebäude errichten, was aber nicht möglich sein würde, wenn er den vorgeschriebenen Vorgarten liegen lassen müßte. Das Stadtbauamt hat trotzdem einem Antrage, in dem Vorgarten von 9 m ein Gebäude zu errichten, stattgegeben und den Neubau bewilligt. Die Baukommission ist der Ansicht, daß wir der Einsprache des Herrn nicht zustimmen sollen. Wenn er darauf besteht, das Gebäude auf diesen kleinen Fleck zu stellen, so müssen wir ihn gewähren lassen, die Baukommission hofft aber, daß er den Bau nicht ausführen wird.

Die Einsprache wird verworfen.

Herr Tolle (fährt fort): Herr Fleischermeister Mädge, Salzdhulnerstraße 14, kommt mit einem ähnlichen Antrage. Er hat ein Grundstück mit einem 3 m breiten Vorgarten und beabsichtigt, demnächst ein Gebäude direkt an die Straße zu stellen. Weil sein Nachbar vor 10 oder 15 Jahren das Eckhaus auf diese Straßengrenze gesetzt hat, glaubt er sich in seinem Geschäft benachteiligt. Die Baukommission ist der Ansicht, daß man auch diese Einrede zurückweisen soll. Der Mann könnte vielleicht, da er sich augenblicklich geschädigt glaubt, mit einem Gesuche kommen, damit ihm gestattet wird, solange das Nachbarhaus steht, einen provisorischen Laden bis an die Straßengrenze zu bauen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Magistrat einem solchen Antrage stattgibt, aber dieses Gesuch wünscht die Baukommission abgelehnt zu sehen.

Die Versammlung verwirft die Einsprache.

Herr Tolle (fortfahrend): Der Bäckermeister Bertram besitzt ein Grundstück an der Ecke der Wolfenbütteler- und Niederstraße. Er sieht sich benachteiligt dadurch, daß, falls das Haus neugebaut werden sollte und ein Vorgarten abgetrennt werden müßte, dann sein Grundstück so klein würde, daß es unmöglich wäre, hier ein Wohnhaus aufzustellen. Er bittet, ihn von der demnächstigen Anlage eines Vorgartens zu dispensieren. Die Sache wird kaum von großer Bedeutung sein. Das Gebäude wird noch reichlich 100—200 Jahre stehen, da es 1890 neu gebaut ist. Der Magistrat ist der Ansicht, daß auch in

diesem Falle dem Gesuche nicht stattzugeben ist, und die Baukommission ist der gleichen Ansicht.

Die Verwerfung der Einsprache wird beschlossen.

### **XIX. Anderweitige Befestigung des Amalienplatzes.**

Der Stadtmagistrat hat unter dem 14. Dezember vorigen Jahres den Stadtverordneten mitgeteilt, daß es wünschenswert erscheint, auf der westlichen Teilfläche des Amalienplatzes durch Umgestaltung der oberen Bodenschicht eventuell den Versuch zu machen, eine widerstandsfähige Grasnarbe zu gewinnen, und hat daran den Antrag geknüpft, für die Bodenbewegung und Beraufung 3000 *M* und für die Einfriedigung der Versuchsstäche 2000 *M* zu bewilligen. Die Versammlung hat am 18. Januar den Versuch gutgeheißen, auch die für Bodenbewegung angeforderten 3000 *M* bewilligt, die für Einfriedigung erbetenen 2000 *M* aber versagt.

Da es nach an anderer Stelle gemachten Erfahrungen ausgeschlossen erscheinen muß, auf einem Teile eines öffentlichen Spielplatzes der Stadt ohne gleichzeitige Einfriedigung desselben eine brauchbare Grasnarbe zu erhalten, so würde durch die alleinige Aufwendung der für Erdarbeiten und Beraufung zur Verfügung gestellten 3000 *M* der verfolgte Zweck nach Ueberzeugung des Magistrats nicht erreicht werden. Er trägt deshalb Bedenken, bei der veränderten Sachlage den Plan weiter zu verfolgen und hat sich deshalb entschlossen, nunmehr von der Anstellung des Versuchs einstweilen gänzlich abzusehen.

Herr Fr ü h l i n g (nachdem er über vorstehendes Bericht erstattet hat): Die Baukommission hat zu der Sache nichts weiter zu bemerken. Sie stimmt in diesem Falle durchaus mit der Ansicht des Magistrats überein, hat demgemäß damals berichtet und gibt anheim, die Sache vorläufig als erledigt zu erachten.

Die Versammlung nimmt von der Nachricht des Magistrats Kenntnis.

### **XX. Instandsetzung des Wohnhauses auf dem Schulgrundstücke an der Leopoldstraße.**

Herr Fr ü h l i n g: Für die Schule an der Leopoldstraße ist gegenüber dem Schulgrundstück eine Turnhalle gebaut. Den Eingang dazu bildet ein kleines Gebäude. Da dieses in seinen Hauptbestandteilen so beschaffen ist, daß sein Ausbau wohl empfohlen werden kann, so ist in Aussicht genommen, einige der

alten Zwischenwände zu beseitigen und ein neues massives Treppenhaus herzustellen. Durch Fortnahme des alten Zwischengeschosses soll das Erdgeschoß erhöht und zur Anlage einer Durchfahrt verwandelt werden. Für Wohnzwecke bleiben die beiden Obergeschosse verfügbar, in welchen 1 Stube, 2 Kammern, Küche nebst Speisekammer sich herrichten läßt. Ein Neubau empfiehlt sich nicht, er würde unnötig Geld kosten. — Die Baukommission hat die Sache beraten und ist im Prinzip damit einverstanden, daß der Ausbau, wie er vorgeschlagen ist, ausgeführt wird, nur scheinen ihr die Kosten, die angefordert sind (6000 *M*), übermäßig hoch. Die hohen Kosten entstehen dadurch, daß das riesig feuer sichere Treppenhaus eingebaut werden soll. Die Baukommission schlägt Ihnen deshalb vor, im Prinzip den Umbau zu genehmigen, auch für Bewilligung der 6000 *M* sich bereit zu erklären, aber den Magistrat zu ersuchen, in eine Prüfung einzutreten darüber, ob bei Umbau eines derartigen Hauses, wo eine Treppe schon vorhanden ist, den Bestimmungen der Bauordnung nach erforderlich ist, solche großen, für den gewöhnlichen Menschenverstand nicht nötig erscheinenden Bauten auszuführen, und ob wir da nicht mit einer einfacheren Ausführung abkommen können. Die Baukommission glaubt, daß sich das wohl erreichen ließe, und hofft, daß die Prüfung der Bauordnung nach dieser Seite hin von gegensreichen Folgen für weitere Bauten begleitet sein würde.

Herr M a n n: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrage der Kommission nicht zuzustimmen. Wer dieses Häuschen stehen sieht und seinen Zustand betrachtet, wird erstaunen, daß der Magistrat den Antrag stellt, es auszubauen. Der Magistrat befindet sich jetzt allerdings in einer Zwangslage: bei der geringen Breite des Grundstücks läßt nach der heutigen Bauordnung dort nicht gut ein neues Haus bauen. Interessant ist es auch, daß die Stadt einsieht, wie schwer es ist, der neuen Bauordnung zu entsprechen und daß die Baukommission vorschlägt, den Magistrat zu ersuchen, etwas anderes machen zu lassen, als die Bestimmungen des Ortsbaustatuts vorschreiben. Wenn man das Häuschen selbst ansieht, so muß man sagen: Es ist der Stadt unwürdig, daß sie ein solches Haus ausbauen will. Es erhebt sich nun die Frage: Was ist zu tun? Als das Haus angekauft werden sollte, war meinerseits beantragt, das ganze Grundstück anzukaufen. Wir würden dann in die Lage gesetzt sein, zweckmäßig zu bauen und bautechnische Zweifel könnten jetzt nicht bestehen. Bei Annahme meines Antrages wären Räume mit vernünftiger Zimmerhöhe entstanden; die hier vorhandenen sind nur 2,30 m hoch. Welchem Einwohner der Stadt Braunschweig werden Sie gestatten, solche Zimmer noch auszubauen? Welcher Hausbesitzer würde noch 6000 Mark für ein solches Haus anwenden? Das wird sich nicht rentieren. Ein anderer dürfte in solche Räume keine Leute hin-

einstecken. Ich möchte dringend bitten, die Sache noch einmal zu prüfen. Sehen Sie nur die Fenster an, das ist kein Zustand für eine vernünftige Wohnung, wenn sie auch nur für den Wärter der Turnhalle bestimmt ist.

Herr Fr ü h l i n g: Es ist richtig, wenn man Bedenken hat, das alte Gebäude noch zu erhalten. Eine gewisse Zwangslage ist aber vorhanden, denn es muß eine Aufsicht für die Turnhalle geschaffen werden. Ein neues Haus hinzubauen, würde anslagsmäßig wenigstens 12 000 *M* kosten und würde sich nicht lohnen, weil es zu klein werden würde. Das einzige Bedenken ist die Stagenhöhe, sie beträgt im ersten Obergeschoß 2,50 m und im zweiten 2,30 m. Es gibt in der Stadt eine Unmasse Wohnungen von dieser Höhe, und es ist nicht zu leugnen, daß die Leute dort nicht ungern wohnen, weil sie billig zu heizen sind. Die Baukommission hat auch das geprüft und keinen besseren Vorschlag machen können. Die Ausführung in der Weise ist auch rentabel, denn die 12 000 *M* für einen Neubau würden sich genau so rentieren wie die 6000 *M* für den Umbau.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Einen andern Vorschlag hat auch Herr Stadtv. Kßmann nicht machen können als den, daß wir das Wohnhaus des Herrn Kleinschmidt zukaufen und einen Spekulationsbau machten. Für die Turnhalle müssen wir jemand haben, der die Aufsicht führt, sie aufschließt usw. Das einzige Bedenken, das vielleicht begründet wäre, ist die Höhe der Zimmer, wie auch der Herr Referent angegeben hat. Nun frage ich Sie: Wie viele Leute in der Stadt wohnen in Räumen, die noch nicht 2,50 m hoch sind. Die Schlafkammern etwas niedriger zu machen, hat keine Bedenken; wenn die nur ordentlich lustig sind, wird die geringe Höhe nicht schaden. Im übrigen kommt es bei jeder Wohnung nicht sowohl auf die Höhe an, sondern darauf, daß nicht zu viel Menschen in jedem einzelnen Raume sind; darauf müßten wir allerdings achten. Ein derartiges kleines Haus allein zu bewohnen, hat doch auch etwas für sich; selbstverständlich werden wir nur eine Familie hineinsetzen. Wir wissen keinen besseren Vorschlag. Wenn Sie auch nichts Besseres wissen, dann möchte ich Sie bitten, uns zu ermächtigen, das Haus ausbessern zu lassen. Das Unangenehmste würde sein, wenn das Haus heruntergerissen würde und zwischen den beiden älteren Häusern eine Schluppe entstünde, wodurch das Straßenbild ungünstig beeinflusst würde. Der Hauptpunkt bleibt für mich, daß jemand zur Beaufsichtigung der Turnhalle in der Nähe sein muß.

Was nun die Frage betrifft, ob das Treppenhaus massiv gebaut werden muß, so kommt da die Vorschrift des § 20 der Landesbauordnung in Betracht: „Soweit das Gesetz nicht besondere Bestimmungen trifft, finden die baupolizei-

lichen Vorschriften auf bestehende Bauten Anwendung, wenn eine Reparatur zur Ausführung kommen soll, welche dem Bauwerke wesentlich andere Zweckbestimmungen gibt oder bei der die Durchführung der Vorschriften ohne unverhältnismäßig hohe Opfer von seiten des Bauenden möglich ist."

Der erste Grund trifft nicht zu; eine wesentlich andere Zweckbestimmung soll das Haus nicht bekommen. Es ist bisher Wohnhaus gewesen und soll es bleiben. Ueber den zweiten Grund muß man sich schlüssig machen: Ist es ein unverhältnismäßig hohes Opfer für ein altes, nicht wertvolles Haus, wenn in dasselbe noch ein massives Treppenhaus hineingebaut werden soll? Ich nehme keinen Anstand, für meine Person zu erklären: Ich halte das für ein unverhältnismäßig hohes Opfer, das gebracht werden muß, und würde mich nicht auf den Standpunkt stellen, den der Herr Stadtv. Altmann einzunehmen schien, daß der Magistrat für seine Bauten etwas Besonderes herausbeissen will und sagt: Die Bürger mögen teuer bauen! Wenn Sie den Antrag annehmen, werde ich sehr dafür eintreten, eventuell mit einer Beschwerde, soweit das möglich ist. Wenn wir nicht sofort ausbauen können, müssen wir noch warten. Der Magistrat hat alle Veranlassung, einer scharfen Auslegung entgegenzutreten, weil er hoffen kann, daß auch den Bürgern dadurch Vorteile erwachsen. In allgemeinen können die Vorschriften nicht milder gefaßt werden; für große Mietkasernen sind sie durchaus am Platze, aber sehr wohl kann man bei kleinen Gebäuden eine mildere Praxis walten lassen. Wenn man sich auf ein Gesetz berufen kann und dieses selber eine mildere Praxis zugelassen hat, so sehe ich nicht ein, warum nicht auch die Stadt davon Gebrauch machen soll.

Herr Altmann: Meinen beiden geehrten Herren Vorrednern möchte ich erwidern: Daß die Stadt in diesem Falle in eine Zwangslage kommen würde, konnte jeder Blinde mit dem Stocke fühlen, und die städtische Bauverwaltung sollte nicht gesehen haben, daß man mit dem Häuschen nichts anfangen konnte! Gewußt hat unsere städtische Bauverwaltung zweifellos, daß sie in eine Zwangslage kam. Ich kann nicht sagen, daß es eine Unmöglichkeit wäre, das Haus höher zu bauen. Ich glaube, unsere hygienischen Anschauungen sind bisher andere gewesen, als wir heute hier gehört haben. Wir haben immer geglaubt, daß Wohn- und Schlafräume hoch sein müssen, und daß auch die Beleuchtung entsprechend sein soll. Warum gilt denn bei anderen Bauunternehmern nicht der Grundsatz, daß man auch in niedrigeren Räumen schlafen kann. Nicht ein einziger Einwohner Braunschweigs würde diese Gründe gelten gemacht haben, die hier geltend gemacht wurden. — Dem andern, was der Herr Oberbürgermeister zum Schluß behandelt hat, stimme ich zu und bin auch dafür, daß es in Zukunft ändern gegenüber angewandt würde. Wenn das neue massive Treppen-



haus einzubauen beschlossen würde, dann wäre das eine unverhältnismäßige Aufwendung. Ich stimme dem bei, daß die Vorschrift der Landesbauordnung im Sinne des Herrn Oberbürgermeisters ausgelegt werden muß, im übrigen bitte ich, die Vorlage abzulehnen.

Herr R i e k e: Diese Dinge sind in der Baukommission auch zur Sprache gekommen. Wenn man sich das Ding ansieht, so hat man ein recht schönes Bild: es sieht aus wie ein großer Kleiderschrank, ebenso breit ist es. Da eine verhältnismäßig hohe Summe hineinzustecken, wäre ein Skandal; dem habe ich auch in der Baukommission Ausdruck gegeben. Wenn wir derartige Duseleien unserer Baumeister zufrieden lassen, dann ist das sehr bedauerlich. Ich kann meine Zustimmung dazu nicht geben. Eine gute eichene Treppe wird dem Feuer ebenso viel Widerstand leisten, wie der massive Plunder. Wozu diesen Ballast in das kleine Haus hineinstecken! Darum bin ich der Ansicht der Baukommission: den Magistrat zu ersuchen, eine Revision dieses Planes zu veranlassen. Damit können wir für die Allgemeinheit auch bessere Zustände erhalten. Selbstredend ist es auch mein Standpunkt, daß es besser wäre, das Ding ganz herunterzureißen.

Herr L ü b k e: Es ist wohl von allen Seiten anerkannt, daß der Aufwand, der getrieben werden soll, ein unverhältnismäßig großer ist, und mir scheint er besonders unverhältnismäßig, wenn ich alte Häuser ansehe, die in derselben Breite gebaut sind, als Einfamilienhäuser bestanden haben und nicht eine 1 m breite, sondern nur 60 cm breite Treppen haben. Ich kann aus Erfahrung reden, denn ich habe eine ganze Reihe alter Häuser vor einigen Jahren untersucht. Wenn uns nun allen das so scheint, dann dürfen wir nicht den Weg gehen, den die Baukommission vorschlägt, und die Sache im Prinzip genehmigen, sondern müssen sie ablehnen. Dadurch setzen wir den Magistrat in die Notwendigkeit, einen andern Vorschlag zu machen, und dann mag er sich mit der Bauordnung auseinandersetzen. Es ist ganz gut, wenn der Magistrat an seinem eigenen Bau fühlt, daß die Bauordnung revisionsbedürftig ist. Uebrigens wissen das die Baumeister auch. Ich würde mich freuen, wenn dieser krasse Fall einmal Veranlassung sein würde, daß der Verein für Denkmalspflege die Sache nach dieser Richtung hin recht gründlich bearbeiten würde. Ich stelle den Antrag, die Vorlage abzulehnen, da die Aufwendung uns zu weitgehend erscheint.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Mit diesem Antrage möchte ich mich einverstanden erklären. Aber es ist ein Unterschied, ob Sie die Vorlage ablehnen aus Gründen, wie sie die Herren Stadtv. Ahmann und Rieke angeführt haben, oder ob Sie dem Magistrat anheimgeben wollen, zu versuchen, vor

der Umgestaltung eine mildere Auslegung der Bauordnung zu erreichen. Die beiden genannten Herren haben ziemlich grobes Geschütz angefahren. Herr Altmann sprach von „unwürdig“ und Herr Kiefe von „Skandal“ und „Unsinn“. Lassen Sie uns doch in aller Ruhe über die Angelegenheit sprechen und uns nicht derartige Vorwürfe machen. Wenn die Herren meinen, daß es taktisch richtig ist, so lehnen Sie die Vorlage bitte ab und sagen Sie: die Stadtverordneten-Versammlung ist der Ansicht, daß die Bauordnung anders auszulegen ist. Es ist nicht richtig, was Herr Kiefe und Herr Altmann sagen, daß wir jetzt in eine Zwangslage gekommen sind. Die Bauverwaltung hat von Anfang an darauf hingewiesen, daß demnächst über dieses Haus zu befinden sein werde. Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten: Sie können das Haus ausbauen, auch niederreißen und ein neues hinsetzen. Ich bin der Ueberzeugung, wir stehen uns bei der Beschreitung des ersten Weges besser. Wenn nachher das Haus fertig ist und ich gehe mit Herrn Kiefe hin und wir besichtigen es, dann wird er sagen: „Sie haben recht, es ist ganz gut darin zu wohnen.“

Herr Fr ü h l i n g: Ich wollte nur auf einen Vorwurf des Herrn Altmann zurückgreifen, nämlich, daß der städtischen Bauverwaltung der Vorwurf gemacht wird, sie sei an der Sachlage schuld. Das ist nicht der Fall, die Schuld trifft die geehrte Versammlung selbst, denn die Versammlung hat damals das Projekt so genehmigt und nicht die Bauverwaltung. Von vornherein war in Aussicht genommen, das Haus zur Wohnung für eine Aufsichtsperson zu benutzen. Was nun den Antrag Lübke betrifft, so hat die Baukommission aus dem Grunde nicht einfach Ablehnung vorgeschlagen, weil wir die Sache nicht aufhalten wollten. Wir sind mit dem Ausbau, wie er uns vorgelegt ist, im Prinzip vollständig einverstanden. Die Baukommission schlägt Ihnen nur eine Veränderung in der Herstellung des Treppenhauses vor: das scheint mir kein Grund zu sein, die ganze Sache abzulehnen. Nachdem der Herr Oberbürgermeister die Erläuterung zu dem Paragraphen der Bauordnung gegeben hat, ist die Sache wohl noch wesentlich geklärt, und ich zweifle nicht, daß diese Auslegung, die ich gleichfalls teile, als maßgebend angenommen wird. Ich möchte nochmals empfehlen, sich prinzipiell mit dem Ausbau einverstanden zu erklären, andernfalls müßten wir die ganze Sache noch einmal von vornherein behandeln. Eventuell würde ich den Antrag der Baukommission dahin ändern (und ich glaube, mich im Einverständnis mit den Mitgliedern der Baukommission zu befinden), daß wir nicht sagen: wir sprechen den Wunsch aus, daß dies geändert wird, sondern: die Zustimmung wird an die Bedingung geknüpft, daß das geändert wird. (Sehr richtig!)

Herr Aßenhausen: Ich möchte auch nicht dafür sein, daß die 6000 *M* hineingesteckt werden, glaube auch nicht, daß das Haus dies wert ist. Wäre es nicht richtiger, das andere Grundstück von Herrn Kleinschmidt noch hinzuzukaufen? Es soll das nur ein Vorschlag sein.

Herr Meyerhoff: Durch die letzten Worte des Herrn Referenten hat sich die Sache bedeutend geklärt. Es war gestern auch die Rede davon, das ganze Ding wegzureißen und den gewonnenen Platz für ein Eingangstor zu verwenden. Da kam aber wieder der recht hohe Giebel auf der einen Seite und der nicht ganz niedrige auf der andern in Frage. Dazwischen einen kahlen Fleck einzurichten, schien nicht genehm. Ich glaube, die Baukommission ist auch nur unter der Voraussetzung, daß dieses massive Treppenhaus nicht ausgeführt wird, zu ihrem Entschlusse gekommen. Zu dem jetzigen Antrage, daß wir die Verbindung daran knüpfen, den Ausbau nicht in dieser schwerfälligen Art auszuführen, möchte ich auch um Ihre Zustimmung bitten. Die Baukommission wird auf dem *Qui vive* sein und der Magistrat auch, daß die Sache billiger gestaltet wird.

Herr Lübke: Ich möchte in keiner Weise gegen den Ausbau des Hauses sprechen und glaube, daß die Herren Kiefe und Ahmann viel zu weit gehen. Wenn Sie alte Bürgerhäuser durchwandern, wie ich das aus Kunst- und technischen Rücksichten getan habe, so finden Sie häufig, z. B. in der Neuen Knochenhauerstraße, keine höheren Stodwerke. Die Leute sind alle mit ihren Wohnungen außerordentlich zufrieden und wohnen darin gut und gesunder als in den großen Mietskasernen. Ich bin überzeugt, daß sich das Haus sehr gut ausbauen ließe, und halte für richtig, den vom Magistrat vorgeschlagenen Weg zu gehen. Wogegen ich mich aber wenden möchte, ist das massive Treppenhaus. Es ist nicht richtig, daß wir unsere gegenteilige Meinung nur aussprechen, aber die Vorlage doch genehmigen. Der Magistrat steht in seiner Position, die er einnehmen will, besser, wenn wir die Vorlage ablehnen.

Der erste Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz wieder.

Herr Deue: Für mich kommt in Frage: Wenn wir den Antrag der Kommission annehmen, haben wir dann auch schon die 6000 *M* bewilligt, oder kommt eine neue Vorlage. Ich möchte unter keinen Umständen, daß wir uns auf 6000 *M* festlegen. Ist aber mit Annahme des Kommissionsantrages verbunden, daß eine neue Vorlage kommt, dann würde ich für diesen Antrag stimmen.

Herr Wolterz: Ich möchte vorschlagen, damit uns die Vorlage nicht wieder ganz neu eingebracht zu werden braucht, zu sagen: Wir bewilligen bis

zu 6000 *M.* (Widerspruch.) Im übrigen sind die Wünsche der Versammlung in technischer Hinsicht allseitig geklärt, es scheint sich nur noch um den Kostenpunkt zu handeln.

Herr *Vogel*: Auf die vorgeschlagene Weise bekommen wir die Vorlage nicht wieder, indem nachher vielleicht 5999 *M.* für den Ausbau ausgegeben werden. Es ist praktisch, wenn wir unsere Rechte wahren wollen, daß wir die Vorlage ablehnen.

Herr *Sander*: Ich beantrage, daß wir uns dahin aussprechen: Die Versammlung erklärt sich im Prinzip einverstanden; wir weisen aber das Projekt als solches zurück mit dem Ersuchen, ein anderes Projekt vorzulegen, das billiger ist.

Vorsitzender: Wenn wir die Vorlage einfach ablehnen, so könnte der Magistrat auf den Gedanken kommen, das Haus herunterzureißen und neu zu bauen. Darum meine ich, der Antrag *Sander* empfiehlt sich zur Klärung der Sache.

Herr *Frühling*: Der Antrag der Kommission lautet jetzt: Wir bewilligen den Umbau im Prinzip, wie er uns hier vorgelegt ist, unter der Bedingung, daß ein anderes Treppenhaus eingefügt wird. Die 6000 *M.* bewilligen wir nicht, und müssen erst noch einmal eine andere Vorlage bekommen. Dann ist doch wenigstens so viel gegeben, daß nicht wieder die ganze Sache von vorn angeht. Das Projekt liegt dann fest und wir bekommen nur die Entscheidung über die Kosten.

Vorsitzender: Soweit ich übersehe, decken sich die Anträge in ihren Absichten vollkommen.

Herr *Sander* (hält seinen Antrag aufrecht).

Herr *Lübke* (zieht seinen Antrag zugunsten des Antrages *Sander* zurück).

Herr *Frühling*: Nach dem Antrage *Sander* müssen wir noch einmal ein neues Gesamtprojekt bekommen und nach dem Kommissionsantrage nur einen neuen Kostenanschlag. Der Kommissionsantrag genehmigt die Einteilung der Räume, der Antrag *Sander* schafft ganz Neues.

Herr *Jasper*: Der Vorschlag der Kommission ist unannehmbar, wie schon Herr Stadtv. *Vogel* dargetan hat. Ich möchte mich auch gegen den Antrag *Sander* wenden. Es ist nicht üblich, die Gründe der Ablehnung mit in den Antrag hineinzubringen. Die verschiedenen Stadtverordneten können aus den

verschiedensten Gründen zu ihrer Stimmabgabe für oder wider kommen, deshalb ist es nicht richtig, die Gründe aufzunehmen. Es würde also über den schlechtthin ablehnenden Antrag allein abzustimmen sein. Im andern Falle würde ich den Antrag Lübbe aufnehmen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Mag es üblich sein oder nicht, daß bei dieser Sachlage es einzig richtig ist, dem Magistrat durch Majoritätsbeschluß zu erkennen zu geben, ob das Haus stehen bleiben soll oder nicht, ist nicht zu bestreiten.

V o r s i t h e n d e r: Sollte es nicht richtig sein, die Anträge in einzelne Teile zu zerlegen:

1. wir wollen das Haus stehen lassen,
2. wir wollen keine massive Treppe,
3. wir lehnen infolge dessen die Vorlage, wie sie jetzt ist, ab und bitten um eine neue Vorlage.

Herr F r ü h l i n g: Ich glaube namens der Baukommission erklären zu können, daß sie mit dem Vorsitzenden einverstanden ist.

Den drei vom Vorsitzenden formulierten Punkten wird von der Versammlung zugestimmt.

## **XXI. Gewährung eines Zuschusses für den Kinderchor.**

Herr B ö h n e f i n k e erstattet Bericht über folgende Magistratsvorlage:

Zu Beginn des Schuljahres 1909/10 hat der Schuldirektor Professor Dr. Rehfuh einen aus Kindern der hiesigen unteren und mittleren Bürgerschulen zusammengesetzten Kinderchor ins Leben gerufen. Zweck der Einrichtung ist einerseits die Pflege eines guten Kindergesangs und der Darbietung desselben in dazu besonders veranstalteten Konzerten, andererseits die durch Erheben von kleinen Eintrittsgeldern ermöglichte Beschaffung von weiteren Mitteln zur Entsendung von erholungsbedürftigen Kindern in Sommerpflegen. Im Schuljahr 1909/10 wurden zwei Konzerte veranstaltet, welche einen Reinertrag von 684,15 M ergaben. Da diese Summe nicht ausreichte, um eine volle Ferienkolonie in den Harz zu entsenden, und da außerdem die in den Orten unserer Sommerpflegen (Wildemann und Hahnenklee) vorhandenen Decken, Matratzen usw. Eigentum des Vereins für Sommerpflegen sind, ist es für richtig gehalten, den ganzen Betrag dem Verein zur Verfügung zu stellen, mit der Bestimmung jedoch, daß eine Kolonie mehr als im Vorjahr nach dem Harz entsandt wird. Das ist geschehen; es ist bereits im Juni eine Kolonie von 20 Knaben nach

Hahnenflee entsandt worden. Da aber die Mittel des Vereins für Sommerpflegen auch kaum ausreichen, um die Unkosten für die bis dahin eingerichtete Zahl von Sommerpflegen zu bestreiten, so vermag er den vollen Betrag für die neu eingerichtete Kolonie nicht zu tragen. Es erscheint daher wünschenswert, dahin zu streben, daß die aus den beiden im Laufe jeden Winters zu veranstaltenden Kinderkonzerten erzielten Reinerträge die Unkosten für die neu eingerichtete Ferienkolonie vollkommen decken. Das ist einstweilen nicht möglich, weil aus den Einnahmen auch das Honorar für den Leiter des Chors im Betrag von 240 *M* und die Miete für den Saal im Betrag von 200 *M* (für zwei Konzerte) gedeckt werden müssen. In diesem Jahr ist beim ersten Konzert noch eine größere Ausgabe für das Orchester hinzugekommen, so daß der Reinertrag des ersten Konzerts nur 250,50 *M* beträgt. Die Bitte des Schuldirektors geht nun dahin, es möchten die aus der Leitung des Kinderchors und aus der Vermietung des Saales erwachsenden Unkosten, solange der Kinderchor Konzerte für den genannten Zweck veranstaltet, von der Luise-Ottmer-Stiftung gedeckt werden, damit die Mittel ausreichen für die Unterhaltung einer vollen Ferienkolonie.

Der Stadtmagistrat empfiehlt diesen Antrag und ersucht, den Betrag von 440 *M* aus der Luise-Ottmer-Stiftung für die Veranstaltungen des Kinderchors im laufenden Rechnungsjahr und fortan bis auf weiteres wiederkehrend zu bewilligen.

Herr Bö h n e f i n k e (fährt fort): Die Finanzkommission schließt sich dem Ersuchen des Magistrats an und war der Meinung, daß sich dieser Antrag von selbst empfiehlt, da in Ansehung des guten Zweckes die Stadtverordnetenversammlung — wie ich annehmen darf — wohl geneigt ist, weitere Aufwendungen zu machen.

Herr J a s p e r: Gewiß werden wir alle den Wunsch haben, kranken und mittellosen Kindern zu helfen, und wenn das aus Mitteln einer Stiftung geschehen kann, die für diesen Zweck gegeben ist, so kann uns das nur recht sein. Es scheint mir nur ein sonderbarer Umweg zu sein, wenn wir für die Sommerpflegen etwas tun wollen, den Kinderchor zu unterstützen, den Dirigenten desselben und den Saal zu bezahlen. Dann könnten wir doch die Mittel aus der Stiftung direkt zur Verfügung stellen. Ich weiß nicht, weshalb wir dieses eigenartige Zwischenglied haben müssen.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Ich möchte empfehlen, dem Magistratsvorschlage trotz der Bedenken, die der Herr Vorredner geltend gemacht hat, zuzustimmen. Es handelt sich in diesem Falle darum, daß es der Wunsch des Schuldirektors ist, möglichst selbständig und unabhängig von den Unkosten

die der Herr Berichterstatter erwähnt hat, vorgehen zu können. Es ist keineswegs notwendig und nicht erwünscht, daß die Vermittlung des Vereins für Sommerpflegen in der Weise weiter erfolgt, daß wir diesem Vereine direkt das Geld geben, sondern es wird für zweckmäßig gehalten, daß der Schuldirektor die Einrichtung von Sommerpflegen selbständig bewirken kann. Durch den Zuschuß der Luise-Ottmer-Stiftung ist zweifellos die beste Lösung der Frage gefunden. Ich darf den Herren in Erinnerung rufen, daß wir ohnehin dem Verein für Sommerpflegen jährlich 1000 *M* zur Verfügung stellen. Hier handelt es sich darum, denselben Zweck durch Gewährung von 440 *M* aus der gemeinnützigen Abteilung der genannten Stiftung zu fördern, aber es geht die Bitte an die verehrten Herren, diese Mittel durch die Hand des Herrn Schuldirektor fließen zu lassen. Es ist klar, daß die Freudigkeit aller Mitwirkenden bei diesen Veranstaltungen um so größer sein wird, wenn sie mit dieser Beihilfe imstande sind, selbständig dieses Liebeswerk zu fördern.

Der Gewährung eines Zuschusses für den Kinderchor wird von der Versammlung zugestimmt.

## XXII. Antrag des Stadtverordneten Leue auf Instandsetzung der Einmündung der Nordstraße in den Büldenweg.

Herr Kieße: In der vorigen Sitzung ist von Herrn Stadtverordneten Leue folgender Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Nordstraße an der Stelle, wo sie in den Büldenweg mündet, in einen besseren Zustand zu setzen.“

Wer die Gasse da gesehen hat, wird sich leicht überzeugt haben, daß es so notwendig war wie irgend etwas, hier Abhilfe zu schaffen. Am Tage nachher, als der Antrag eingebracht war, sind dort zwei Fuhrer Bodasche angefahren und der Fußweg dadurch trocken gelegt. Aber der Fahrweg ist noch in demselben Zustande, wie er vorher gewesen. Auch da würde sich eine Besserung empfehlen. Der Magistrat hat zugesagt, das Nähere zu veranlassen, zumal die Gasse durch die Fuhrwerke, die von der Spargelstraße und vom Nordbahnhof kommen, sehr leidet. Dadurch, daß das Rehkopfsche Haus weggerissen ist, ist der Zustand noch schlimmer geworden. Es ist aber Aussicht vorhanden, daß in allernächster Zeit die Verhandlungen über Terrainerverb vom Besitztum Müller ins klare gebracht sind und dann endgültig die Nordstraße in ihrem geschlossenen Charakter weitergeführt und auf diese Weise der ungenügende Zustand dauernd beseitigt werden

kann. Mit dieser Lösung der Frage hat sich auch der Herr Antragsteller zufrieden gegeben und damit wäre der Antrag erledigt.

Die Versammlung beschließt in dem zuletzt aufgeführten Sinne.

### XXIII. Ankauf von Flächen an der Mönchstraße.

Herr **B u j**: Nach dem Ortsbauplan sollen von den Grundstücken Mönchstraße 11 und Auguststraße 22 Flächen von 1,6 qm, beziehungsweise 1,2 qm der an erster Stelle genannten Straße zugelegt werden. Die gegenwärtige in Ausführung begriffene einheitliche Neubebauung der beiden Grundstücke haben für den Eigentümer derselben, den Kaufmann E. Börner, Veranlassung gegeben, mit dem Magistrat wegen Verkaufs dieser Flächen sowie des an der Ecke der Mönchstraße und Auguststraße gelegenen 1,6 qm großen Fläche, die er freiwillig unbebaut gelassen hat, in Verbindung zu treten. Die städtische Bauverwaltung hat den Ankauf auch dieser letzteren Fläche für wünschenswert erklärt und den Wert der nach der Mönchstraße zu gelegenen Parzelle auf 35 *M* pro qm, sowie den Wert der Eckfläche auf 80—100 *M* pro qm geschätzt. Der Magistrat ist der Auffassung der städtischen Bauverwaltung beigetreten und hat, nachdem Herr Börner sich bereit erklärt hatte, alle 3 Flächen zu einem Gesamtpreise von 180 *M* zu verkaufen, mit demselben einen notariellen Vertrag abgeschlossen.

Der Magistrat ersucht, den Vertrag zu genehmigen und die Ausgabe zu Lasten des außerordentlichen Etats zu verwilligen.

Die Baukommission hat sich gestern mit dieser Sache beschäftigt und empfiehlt der geehrten Versammlung Annahme dieses Vertrages.

Der Ankauf der Flächen und die dazu erforderlichen 180 *M* werden bewilligt.

### XXIV. Verlegung des Gashauptrohres im östlichen Fahrwege des Eisenbahnparks.

Herr **F r i e**: Die Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke hält es für nötig, ein größeres Gasrohr durch den Eisenbahnpark zu legen. Da dieses ein fiskalisches Grundstück ist, so war es nötig, eine Erlaubnis einzuholen. Der Fiskus gestattet die Legung des Gasrohres unter folgenden Bedingungen:

1. In Rücksicht auf das Wurzelwerk der vorhandenen und späteren etwa noch anzupflanzenden Gesträucher und Bäume ist das neue Gasrohr in der Mitte der Fahrbahn zu verlegen.



Die Aufstellungspunkte der Gaslaternen sind im Einvernehmen mit der Promenadenverwaltung so zu wählen, daß durch das Ausströmen der Verbrennungsgase die Baumkronen nicht geschädigt werden.

2. Die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke läßt die aufgebrogene Wegoberfläche auf ihre Kosten wiederherstellen. Die Beseitigung der später sich zeigenden Versenkungen usw. geschieht durch die Promenadenverwaltung gleichfalls auf städtische Kosten.

3. Falls durch Ausströmen von Leuchtgas eine Beschädigung der Bäume und Gesträucher eintreten sollte, so hat dafür die Stadt aufzukommen.

Beim Verlegen der Gasröhren sind die Wurzeln der Gesträucher und Bäume tunlichst zu schonen.

Sollten bei diesen Arbeiten Rasenflächen usw. berührt werden müssen, so hat die Stadt die Kosten der Instandsetzung des Rasens zu tragen.

4. Die Genehmigung zu dieser Gasrohranlage innerhalb des fiskalischen Eisenbahnparkes wird nur auf Widerruf erteilt: Erfolgt derselbe, so ist die gesamte Gasleitung nebst Laternen binnen 3 Monaten zu beseitigen und der frühere Zustand des Weges auf städtische Kosten wieder herzustellen.

Kommen an den fiskalischen Anlagen Aenderungen vor, welche eine Aenderung an der Gasrohrleitung sowie an den zugehörigen Laternen erforderlich machen sollten, so hat hierfür die Stadt ebenmäßig aufzukommen.

5. Um Beschädigungen beziehungsweise Grabungen in den gärtnerischen Anlagen und in den Fußwegen zu vermeiden, bleibt das alte vorhandene 50 mm weite Gasrohr auf der Westseite des Eisenbahnparkes bis auf weiteres unberührt.

Die Baukommission hat die Sache durchberaten. An den Bedingungen können wir nichts ändern, sondern müssen uns fügen, denn es ist nicht unser eigener Grund und Boden. Der Magistrat empfiehlt, die Erfüllung der aufgestellten Bedingungen zuzugestehen und die Baukommission schließt sich dem an.

Die Versammlung erklärt sich mit den gestellten Bedingungen einverstanden.

## **XXV. Verkauf von zum Jüdelischen Nachlasse gehörigen Grundstücken.**

Herr Wolters: Zum Jüdelischen Nachlaß gehören fünf Wohnhäuser, vier auf der Riedestraße und eins auf der Hildesheimerstraße. Die geehrten Herren haben die Deputation ermächtigt, den Nachlaß zu regeln. Es handelt sich aber jetzt um den Verkauf einiger dieser Häuser und um Zustimmung der geehrten Herren zur Auflassung, die andernfalls nicht geschehen könnte. Die Zustimmung ist jetzt noch notwendig, da die Stiftung noch nicht errichtet ist.

Die Gebäude, deren Wohnungen an 20 verschiedene Familien vermietet sind, befinden sich nach dem Gutachten der städtischen Bauverwaltung durchweg in einem mangelhaften baulichen Zustande, und zu ihrer ordnungsmäßigen Instandsetzung würden nicht unerhebliche Mittel aufzuwenden sein. Mit Rücksicht hierauf und im Hinblick auf die erhebliche Belastung, die durch die Verwaltung der Grundstücke erwächst, hat die zur Erhaltung des Fudelschen Nachlasses berufene Deputation beschlossen, die Grundstücke bei sich bietender Gelegenheit zu veräußern. Für drei aufgeführte Grundstücke haben sich Käufer gefunden, aber es ist nicht einmal gelungen, überall Kaufpreise zu erzielen, die dem von der städtischen Bauverwaltung ermittelten Nutzwerte entsprechen. Es sind bereit zu kaufen:

1. der Rentner Kirchhof das Grundstück Niedestraße 2 für 25 000 *M* (bei 5000 *M* Anzahlung, geschätzter Nutzungswert 26 400 *M*).

2. Der Bureauvorsteher Klauenberg das Grundstück Niedestraße 2a für 38 000 *M* (bei 5000 *M* Anzahlung, geschätzter Nutzungswert 43 400 *M*).

3. Der Ingenieur Zell das Grundstück Hildesheimerstraße 6 für 27 000 *M* (bei 5000 *M* Anzahlung und gegen Befreiung von dem Beitrag zu den Kosten des Ausbaus der Hildesheimerstraße. Geschätzter Nutzungswert 27 000 *M*).

Der Stadtmagistrat ist im Einvernehmen mit der Deputation der Ansicht, daß es sich empfiehlt, die erwähnten drei Grundstücke zu den dafür gebotenen Preisen zu verkaufen.

Die Beratung der Finanzkommission über diese drei Fälle hat schon stattgefunden und sie empfiehlt dem Verkauf zuzustimmen.

Dem Verkauf der drei Häuser wird von der Versammlung zugestimmt.

Herr W o l t e r s (fortfahrend): Mit dem Verkauf des vierten Hauses hat sich die Finanzkommission noch nicht beschäftigt. Der Antrag ist uns erst vorhin überreicht. Es soll das an der Niedestraße 1 gelegene Haus an die Eheleute Mütthel zum Preise von 40 000 *M* bei 5000 *M* Anzahlung verkauft werden. Soviel ich sehe, liegt eine Schätzung der städtischen Bauverwaltung nicht vor. Ich meinerseits habe keine Bedenken, diesem Verkauf zuzustimmen.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Ich glaube, der Nutzwert des Hauses war zu etwa 43 000 *M* ermittelt. Der Deputation haben die näheren Verhältnisse zur Beratung vorgelegen und sie hat sich auch früher damit einverstanden erklärt, daß dieses Haus für 40 000 *M* verkauft werden solle, aber bei höherer Anzahlung. Der Verkauf hat sich aber zerschlagen wegen besonderer Forderungen, die der Käufer noch gestellt hatte. Ich meine, wir tun gut, das

Haus zu 40 000 *M* wegzugeben. Die ganzen Häuser an der Niedestraße sind in ihrem Grundriß nicht günstig gestaltet. Man braucht kein Sachverständiger zu sein, um das zu erkennen. Darin liegt hauptsächlich die Minderwertigkeit dieser Häuser neben der ungenügenden Erhaltung derselben. Auf die Fehler werden die Käufer sämtlich hingewiesen. Es soll jedem Käufer ein Bericht der Bauverwaltung in die Hände gegeben werden, damit uns nicht der Vorwurf gemacht werden kann, wir hätten die Mängel verschwiegen.

Auch der Verkauf dieses Hauses wird angenommen.

## XXVI. Maßnahmen gegen das Feilhalten von Schundliteratur.

Auf eine Anfrage des Vorsitzenden erklärt Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Der Magistrat legt Wert darauf, daß diese Sache öffentlich verhandelt wird.

Herr Friede: Wir sind uns einig geworden, daß die Schundliteratur mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden muß. Es sind verschiedentlich Versuche in der Richtung gemacht, die aber bis jetzt nicht ganz zum Ziele geführt haben. Die Schulkommission begrüßt es mit Freuden, daß der Magistrat sich der Sache sehr warm angenommen hat und uns verschiedene Vorschläge macht, die, wenn sie zur Ausführung kommen sollten, voraussichtlich mit Erfolg gekrönt sein werden. Als ein brauchbares Mittel hatte der Magistrat auf Vorschlag der „Vereinigung zur Bekämpfung der Schundliteratur“ es angesehen, sämtliche in Frage kommenden Buchhändler und Buchbinder aufzufordern, nicht mehr die Erzeugnisse der Schundliteratur in ihren Läden feilzuhalten. Er hatte ein Verzeichnis der Bücher der Schundliteratur aufstellen und gleichzeitig in diesem Verzeichnis die Bücher aufnehmen lassen, die er für geeignet zur Lektüre unserer Jugend erachtet, und es den obengenannten Personen zugehen lassen. In dankenswerter Weise ist die große Mehrzahl der angegangenen Geschäfte der Aufforderung des Magistrats nachgekommen, insbesondere hat die Buchbinderinnung sich geschlossen für die Berechtigung der Forderung des Magistrats erklärt und ihren Mitgliedern aufgegeben, demgemäß zu verfahren. Einige Geschäfte jedoch sind der Forderung nicht nachgekommen und halten nach wie vor Produkte der Schundliteratur feil.

Der Magistrat hat sich nun entschlossen, seiner Forderung diesen genannten Geschäften gegenüber dadurch Nachdruck zu verschaffen, daß, wenn eine nochmalige Forderung nicht befolgt wird, der Schulvorstand ersucht werden soll, den Schulkindern solange das Betreten der betreffenden Geschäfte verbieten zu lassen, als in ihnen Schriften dieser Art feilgehalten werden.

Der Magistrat rechnet allerdings mit der Möglichkeit, daß der eine oder andere der erwähnten Geschäftsinhaber sich durch das Verbot beschwert fühlt, und klageweise gegen den Magistrat vorgeht. Nach Ermessen des Magistrats dürfte derartigen Klagen der Erfolg versagt bleiben, aber die Möglichkeit, daß von den Gerichten anders entschieden wird, gibt er zu. Gleichwohl muß nach Erachten des Magistrats der Versuch gemacht werden, unsere Schuljugend vor dem Feind der Schmutz- und Schundliteratur mit Erfolg zu schützen.

Der Magistrat legt Wert darauf, hierbei im Einvernehmen mit den Stadtverordneten vorzugehen, und ersucht diese deshalb, sich zu dem vom Magistrat geplanten Vorgehen äußern zu wollen.

Gestern ist in der Schulkommission die Sache gründlich durchberaten worden. Die Meinungen waren zuerst geteilt. Eine Meinung ging dahin, es wäre ganz gut, heute gleich die Firmen hier zu veröffentlichen, und ich bin auch der Ansicht, daß wir fest fassen müssen, sonst haben wir keinen Erfolg. Eine andere Meinung war die, man solle die Firmen erst noch einmal auffordern, sich nun zu erklären, daß sie in Zukunft keine solchen Bücher mehr feilhalten wollen. Wir sind schließlich dazu gekommen, Ihnen vorzuschlagen, noch eine kurze Zeit zu warten, aber den Leuten zu zeigen, daß die Sache ernst wird, und hoffen, daß sie die geforderte Erklärung abgeben werden. Die Leute müssen sich doch sagen, daß sie geschäftlich ganz enorm geschädigt werden würden, wenn sie verweigern wollten, die Erklärung zu geben. In dem Falle wollten wir die Firmen veröffentlichen und das weitere abwarten. Der Magistrat mußte jedoch unsere Genehmigung haben, damit er eventuell eine Klage, die gegen ihn gerichtet würde, zur Entscheidung bringen kann.

Herr J a s p e r: Ich möchte zunächst einmal die Frage stellen, ob der Magistrat nur zu diesem Vorschlage eine Meinungsäußerung zu haben wünscht, oder ob dem Magistrat auch daran gelegen ist, aus der Versammlung heraus weitere Anregungen für eventuell einzuschlagende Schritte zur Bekämpfung der Schmutzliteratur zu empfangen.

Herr F r i e: Dem Magistrat ist gerade daran gelegen, die Meinung der Versammlung zu hören, um darnach weitere Schritte einzuleiten.

V o r s i z e n d e r: Zuerst will der Magistrat unsere Ansicht über seine Vorschläge erfahren, sodann aber bleibt es den Herren unbenommen, auch noch weitere Anregungen zu geben.

Herr J a s p e r: Gewiß sind wir alle für die Bekämpfung von Schund und Schmutz in der Literatur! Wir dürfen aber nicht verkennen, daß die Be-

Kämpfung nicht ganz leicht ist und daß man dafür nicht solche Mittel ergreifen darf, die bedenklich in ihrer Anwendung sind. Schwierig ist zuerst einmal die Entscheidung der Frage: Was ist Schmutz- und Schundliteratur. Ich habe vom Herrn Referenten nicht gehört, welche Stelle darüber zu entscheiden berufen sein soll, ob die Schulkommission, ob der Magistrat allein oder etwa wir uns eine Art Zensuramt anmaßen sollen. Ebenso bedenklich ist, ob der Weg eines polizeilichen Eingreifens, wie er von seiten der Kommission befürwortet wird, das richtige sein würde. Es ist ja sehr beliebt, nach der Polizei zu rufen und dann Uebertretungs- und Schulstrafen zu verhängen, wenn die Kinder trotz des Verbots einen dartigen Raum betreten. Ich bezweifle auch, daß hier die rechtliche Grundlage dafür gegeben sein würde. Wir sollten jedenfalls vorsichtig an derartige polizeiliche Maßnahmen herangehen und uns mehr auf den moralischen und sittlichen Einfluß der Behörde und Schulverwaltung verlassen, nicht mit Strafen vorgehen, sondern durch das Ansehen, das die Schulverwaltung hat, durch Aufklärung der beteiligten Kreise, sowohl der Buchhändler wie der Eltern, unser Ziel zu erreichen suchen, wie das schon zu einem gewissen Teile geschehen ist. Aber eine Zensur hervorzurufen, scheint mir bedenklich und würde nicht zum Ziele führen.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Soweit ich mich erinnere, sind das dieselben Gründe, die im Reichstage bis jetzt jeden Versuch, die Schund- und Schundliteratur zu bekämpfen, zunichte gemacht haben. Es ist irrig, wenn Herr Jasper meint, daß das hier gesprochene Wort (und wenn wir hier auch einen einstimmigen Entschluß fassen) diejenigen von ihrem verbrecherischen Treiben abbringen wird, die sich jetzt auf den Verkauf der Schundliteratur legen. Ich halte diesen Verkauf, um ein paar Pfennige zu verdienen, geradezu für ein Verbrechen an der Jugend. Damit, daß die Leute nur abgeschreckt werden, erreichen wir nichts. Wir haben den Versuch gemacht und den einzelnen Firmen unser Schreiben zugehen lassen, und es hat sich hier ein Verein gebildet, der sich eifrig bestrebt hat, besondere Schäden zu beseitigen, der Erfolg war immer zweifelhaft, einige Händler bleiben immer übrig. Wenn nur einzelne Händler einer derartigen Aufforderung Folge leisten, so werden die Kinder dann erst recht den hohnlachenden übrigen Geschäften zugeführt, die dann den Vorteil haben. Da heißt es zugreifen. Wir wollen nicht mit Strafen vorgehen. Das ist sehr zweifelhaft, ob man das Kind deswegen bestrafen kann, aber ich hoffe, daß die Schule soweit ihre Kinder noch im Zaume hat, daß die große Mehrzahl der Kinder folgt, wenn der Lehrer sagt: das Lokal wird nicht betreten. Diese Maßregel sollten wir doch einmal versuchen! Das einzige wäre, daß man sich dadurch, daß man den Laden boykottiert, einmal einem Ersatz-

anspruch aussetzen könnte. Aber der Magistrat steht auf dem Standpunkte: selbst wenn wir vorhersehen, daß wir in einem solchen Prozeß unterliegen, sollten wir es doch darauf ankommen lassen. Erst wenn dann von allen Seiten deutlich gezeigt wird: es gibt kein nachhaltiges Mittel, um die Schundliteratur aus der Welt zu bringen, wird man sich von Reichs wegen dazu verstehen, ein Gesetz zu erlassen, das die Polizei tatsächlich ermächtigt, einzugreifen. An der Ausführung eines derartigen Gesetzes sollte es doch wohl nicht fehlen. Da müßten Mittel und Wege gefunden werden, um zu sagen: Das hier ist Schundliteratur. Die Frage, wer das entscheiden soll, ist nicht leicht zu beantworten. So wie die Sache hier liegt, wird der Magistrat seine Haut zu Markte tragen müssen. Allerdings denke ich mir nicht, daß wir es in der Weise machen, daß wir uns in die Schundliteratur teilen, sondern wir werden uns selbstverständlich im wesentlichen auf den Verein zur Bekämpfung der Schmutzliteratur verlassen können, der sich hier gebildet hat. In dem Verein befinden sich sehr sachverständige Herren und wenn die erklären: Hier wird Schundliteratur vertrieben, dann wird der Magistrat keine Bedenken tragen einzugreifen. Ich bitte Sie, einmal die juristischen Bedenken fallen zu lassen. Stellen Sie sich lieber auf den Standpunkt der unglücklichen Jugend, der geholfen werden muß. Und wenn wir wirklich reinfallen sollten, so wird das die Wirkung haben, daß vom Reiche Hilfsmittel gegeben werden, um den Krebschaden zu beseitigen.

Herr Löhnefink: Den jetzt zur Verhandlung stehenden Punkt halte ich für den allerwichtigsten von der ganzen Tagesordnung. Es ist wahrlich an der Zeit, daß unsere städtischen Behörden einmal wieder Front machen gegen die schädlichen Einflüsse, welche unsere Jugend und darüber hinaus unser Volk in seinen sittlichen Empfindungen bedrohen. Was der Herr Referent der Schulkommission zur Sache vorgetragen hat, ist mir völlig sympathisch, und ganz besonders die Aufforderung zur Boykottierung dieser 14 leider ungenannt gebliebenen Firmen. Ich würde absolut nicht vor einem solchen Schritte zurückschrecken. Mögen sie dann ruhig prozessieren, das kann nur zu ihrem eigenen Schaden führen. (Sehr richtig!) Daß die Verbreitung dieser Schmutzliteratur überhaupt einen solchen Umfang angenommen hat, das hat — ich glaube, das mit Recht sagen zu können — die große Indolenz und Indifferenz weiter Schichten der Bevölkerung verschuldet, die ruhig mit zusehen, daß ihre Kinder solche Literatur in die Hand nehmen, und daß sie solange mit dem Feuer spielen, bis sie selbst davon ergriffen oder verzehrt werden. Gerade hier soll die Behörde eingreifen, und nicht nur die kommunale Behörde, sondern auch die staatliche und kirchliche Behörde. Ich glaube, auch so weit gehen

zu dürfen, daß ich sage: Gerade hier liegt ein weites Arbeitsfeld für unsere innere Mission. Die möchte ich viel stärker gefördert sehen, ohne damit etwas gegen die äußere Mission gesagt zu haben. Mögen die sogenannten „armen Heiden“ zu ihren Götzen und Fetischen beten und auf ihre Fasson selig werden, wenn nur unser Volk nicht gefährdet wird! Ich möchte jedes Mittel mit Freude begrüßen, welches eine bessere literarische Erziehung unserer Jugend bezweckt. Dazu rechne ich z. B. eine weitere Förderung unserer Volkslesehalle und Versorgung derselben mit solcher guten Jugendlektüre, welche die Phantasie der Jugend in geeigneter Form anregt, so daß die Jugend nicht mehr gedrängt wird, zu Räuber- und Indianergeschichten ihre Zuflucht zu nehmen. Diese Lektüre sollte aus städtischen Mitteln, wenn es nicht durch private Wohltätigkeit geschieht, beschafft werden. Ferner möchte ich auch in Anregung bringen, daß eventuell die städtischen Behörden bei den staatlichen Behörden einmal vorstellig würden, daß die Bestimmungen des Strafgesetzbuches gegen die Schundliteratur schärfer gefaßt und gehandhabt würden. Es würde unmöglich sein, daß in allen begangenen Straßen solche Schundläden sich aufthun, wenn die polizeilichen Organe schärfer bei der Hand wären. Ich glaube auch, daß wir den von mir erwähnten Zweck wohl förderten, wenn unsere Buchhandlungen veranlaßt würden, mehr als bisher geschehen, zu Weihnachten Ausstellungen von guten Jugendschriften einzurichten, speziell von billiger Lektüre, die sich bei einer Massenverbreitung billig herstellen ließe. Auch würde ich für wünschenswert halten, daß unsere sämtlichen Schulen, speziell die unteren, Schulbibliotheken erhielten, welche unter Aufsicht des Schulleiters stehen. Ich habe mich dahin informiert, daß sogenannte Klassenbibliotheken vorhanden sind, aber für ihre Benutzung wird, wie ich höre, immer noch ein gewisser Obulus gefordert. Dies könnte man in Fortfall bringen; wenn es auch nur wenige Pfennig sein mögen, so wird manches Kind deshalb nicht dazu kommen, diese Bibliotheken zu benutzen. Auf diese geringe Einnahme sollte man ruhig verzichten. Ich glaube, nicht zuviel zu sagen, wenn ich sage: Unser Volk ist in Gefahr, und wir haben alle Ursache, das beste Gut, welches unser Volk besitzt, unsere Jugend, vor solchen Einflüssen zu schützen.

Herr A h m a n n: Es wurde bemängelt, daß mein Freund Jasper hier anregt, die Sache doch in anderer Weise zu machen, als vorgeschlagen, daß er den Weg als gefährvoll und nicht zum Ziel führend betrachte. Darüber sind wir uns ja alle klar, daß die Schund- und Schmutzliteratur bekämpft werden muß. Ich glaube, aus den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeister gerade herausgefunden zu haben, daß er inszeniert wissen möchte, was wir vermeiden wollen. Er führt an, daß leider Gottes mit dem, was der Stadtv. Jasper ge-

sagt habe, der Reichstag operiert hätte und dadurch und durch Erwägungen verhindert habe, etwas zu erreichen. Es bliebe deshalb nichts anderes übrig, als den vorgeschlagenen Weg einzuschlagen, um die Schundliteratur zu bekämpfen. Ein anderer Redner hat darauf hingewiesen, daß die Kirche und die Behörden darauf hintwirken möchten, daß solche Literatur nicht vertrieben werden darf. Wenn man erwägt, was der Herr Oberbürgermeister wünscht, dann ist es begreiflich, daß dem die Parteien im Reichstage nicht zustimmen. Wenn die Kirche oder die Polizei die berufenen Instanzen sein sollen, um zu entscheiden, was Schundliteratur ist oder nicht, dann muß ich doch darauf hinweisen, daß die Auffassung über Kunst und Theaterstücke sehr verschiedenartig ist. Die gebildeten Kreise, die selbst die Schundliteratur bekämpfen, die finden es unbegreiflich, wenn einzelne Theaterstücke, sei es von kirchlichen Behörden oder von der Polizei, verboten werden. Wenn wir da so weit auseinandergehen in dem Begriff, was zuträglich ist, was vorgeführt werden kann, und was der Oeffentlichkeit nicht dienlich ist, dann darf es uns auch nicht wundernehmen, was dabei herauskommt, wenn die Polizeibehörde in der vorliegenden Sache die maßgebende Behörde sein soll. Das sind doch Befürchtungen, die wir mit Recht haben. Wir sind wohl dafür, daß den Kindern mit allen möglichen moralischen Mitteln beigebracht werden soll, wie verwerflich die Schundliteratur ist. Erziehung durch Eltern und Lehrer ist besser als Beaufsichtigung durch die Polizei. Mit Zwangsmassregeln kommen Sie nicht zum Ziel. Wenn Sie den Kindern das Betreten der betreffenden Läden verbieten und ihnen mit Strafen drohen, so wird es anders kommen, als der Herr Bürgermeister wünscht. Er jagt: Das Verbieten wird schon genügen, daß die große Mehrzahl der Kinder solche Läden meidet. Das bezweifle ich; ich glaube nicht, daß das Verbot maßgebend für die Kinder sein wird, wenn Sie die Kinder nicht dahin bringen, aus ihrer Ueberzeugung solche Läden und Bücher zu meiden. Wenn das Endresultat das sein soll, daß die Behörden ein Gesetz bekommen, in dem die Polizei gegen diese Art Literatur einschreiten kann, dann werden wir lustige Dinge erleben, was alles als unmoralische Schriften angesehen werden kann.

Herr F r e d e: Ich halte die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters für hocherfreulich, und seine Worte werden ihren Eindruck nicht verfehlen. Wenn die Herren Stadtverordneten Jasper und Almann sagen, daß eine Menge Bücher als Schundliteratur schwierig zu charakterisiren seien, so kann sich das nur um solche handeln, die auf der Grenze stehen, und um die wird es sich wenig handeln. Die 14 Geschäftsinhaber, die sich geweigert haben, der Aufforderung des Magistrats nachzukommen, die wissen ganz genau, um welche Literatur es sich handelt. Ob es von großer Wirkung sein wird, wenn das



Verbot an die Schüler ergeht, die in Frage kommenden Geschäfte nicht zu betreten, möchte ich nach den Erfahrungen, die ich gemacht habe, bezweifeln. Für viel wichtiger halte ich dagegen, daß die Bibliotheken, die den Kindern zugänglich sind, mit solchem Lesestoff angefüllt werden, der sich für Kinder paßt, interessant und bildend ist. Diese Bibliotheken müssen den Kindern frei zur Benutzung stehen. Wenn jetzt die Kinder in den unteren Bürgerschulen gehalten werden, jedesmal einen Pfennig für ein geliehenes Buch zu bezahlen, so weiß ich, daß das ein Hemmnis für die Benutzung der Bibliothek ist. Aber die Lese lust ist da. Wenn die Kinder allenfalls für eine außerordentliche Abnutzung der Bücher herangezogen würden oder für Abhandenkommen des Buches, so mag das richtig sein. In den mittleren Bürgerschulen werden 25 Pfennig vierteljährlich für die Bibliothek erhoben, auch das könnte wohl fallen. Auch da sind Kinder, deren Eltern das Geld notwendig haben. Also: man wolle für guten, reichlichen Lesestoff sorgen und diese Lese stoffe völlig frei zur Benutzung stellen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Das sind wohl erwägenswerte Anerkennungen, ob man noch größere Mittel für die Schülerbibliotheken aufwenden soll; wir könnten uns in der nächsten Schulvorstandssitzung mit der Frage befassen. Ich bin durchaus der Meinung, daß das dem Ziele näher führt, aber doch nicht vollständig zum Ziele. Es ist doch traurig, daß es Leute gibt, die ein Geschäft aus dem Verkauf der Schundliteratur machen. Was will ich denn, wenn ich sage, es würde mich freuen, wenn ein Gesetz dagegen erlassen würde? Ich will nur erreichen, daß man derartige widerspenstige Leute, die nur des Geldes wegen die unglücklichen Kinder in Gefahr bringen, mit Zwangsmaßnahmen anfassen kann. Herr Altmann hat es so dargestellt, als ob ich die ganze Vorlage nur deshalb vertrete, um endlich wieder einen neuen Polizeizwang zu bekommen. Da hat er mich gründlich mißverstanden. Ich habe kein Wort davon gesagt, daß die Polizei das Zensuramt ausüben sollte. Ich könnte mir die Sache so denken, daß in jeder Gemeinde eine Kommission niedergesetzt wird, der die Entscheidung darüber, was als Schundliteratur gelten solle, in die Hände gelegt wird. Dann wäre die Polizei vollständig ausgeschaltet, und ein Erfolg wird doch erreicht. Ich bitte, mir nicht Motive unterzuschieben, die ich weiß Gott nicht habe. Ich habe lediglich den Schutz der Kinder im Auge gehabt.

Herr L e u e: Ich bin auch der Ansicht, daß ohne äußere Maßnahmen nichts zu machen ist. Darin, daß die Schundliteratur bekämpft werden muß, sind wir uns alle einig, auch die Herren hinter mir, sind derselben Ansicht. Nicht zustimmen kann ich aber der Meinung des Herrn Altmann, daß man die Kinder

dahin bringen könne und müsse, daß sie aus innerer Ueberzeugung von der Schmutzliteratur lassen. Dazu sind sie noch zu unreif; für Kinder gehört sich ein gewisser Zwang. Einem Kinde muß man sagen: Das darfst du tun und das nicht. Ich würde bedauern können, daß heute noch nicht die Namen der 14 Geschäftsinhaber verlesen werden; das würde ein gutes Mittel sein. Bezüglich der Frage, von wem die Zensur ausgeführt werden soll, halte ich die Ausföhrung in der Weise für zweckdienlich, wie sie der Herr Oberbürgermeister zuletzt angeführt hat: Eine Kommission kann bestellt werden aus Stadtverordneten und Bürgern der Stadt und jede Kunst- und Parteirichtung kann man dabei berücksichtigen. Wenn man immer Bedenken trägt, hier scharf einzugreifen, so kommt mir das vor, als wenn man sagen wollte: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.

Herr J a s p e r: Herr Leue hat ganz richtig gesagt: Im Ziel sind wir alle einig. Aber es kommt vor, daß etwas anderes unter Schmutzliteratur verstanden wird, wenn man solche Debatten mit Herren außerhalb dieses Saales pflegt. Uns dem Ziel näher zu bringen, das wir anstreben, dazu sind die Mittel geeignet, die Herr Stadtverordneter Löhnesinke und auch Herr Frede angeführt haben: Man muß versuchen, die vorhandene Leselust nicht durch Zwangsmaßnahmen, sondern durch Erziehung und Leitung in die richtigen Wege zu lenken, den Kindern besonders auch Gelegenheit geben, gute Lektüre unentgeltlich zu bekommen. Da ist es für mich überraschend gewesen, zu hören, daß eine Sperre für die Schülerbibliotheken besteht, eine Sperre, die in den höheren Schulen nicht eingeföhrt war. (Widerspruch aus der Versammlung.) Tintengeld habe ich wohl bezahlt, aber Bibliotheksgeld habe ich nicht zu bezahlen brauchen. — Auch durch Eröffnung der Lesehalle möglichst zu solchen Zeiten, wo die Kinder die Halle besuchen können, müßte den Kindern Gelegenheit zu guter Lektüre geschaffen werden. In anderen Städten ist das eingeföhrt. Das würde schneller zum Ziele führen als die Maßnahmen, die hier vorgeschlagen sind, denn Polizei bleibt Polizei und ich habe begründetes Mißtrauen, auch gegenüber irgendeiner von den gegenwärtigen Behörden einzusetzenden Kommission. Man muß doch blind sein, und die ganze Bewegung gegenüber der Schundliteratur nicht verfolgt haben, wenn man nicht sieht, welch ein freiheitswidriger Hauch durch diese Preßäußerungen weht und wie man unter diesen Maßnahmen etwas bekämpfen will, was an sich nicht bekämpfungswürdig ist: das ist die Regung, die besonders unter der Arbeiterjugend sich geltend macht. Genau so, wie man versucht, das Fortbildungsschulwesen zu einer Stütze der Kirche auszugestalten, und auch da dem Religionsunterricht mit eine Hauptbedeutung beilegen will und diese Fortbildungsschule sucht als ein Mittel zu verwenden gegen die Zusammenfassung der Arbeiterjugend, so habe ich das Mißtrauen gegen die Behörden, daß

sie auch bei solchen Gelegenheiten etwas als Schmutz und Schund bezeichnen, was vielleicht nicht ganz kirchlich einwandsfrei ist oder vielleicht nicht ganz den politischen Anschauungen entspricht, die man in gewissen Kreisen pflegt und die auf die Verherrlichung der bestehenden Fürstenthümer und eine Anpreisung des Gottesgnadentums hinausgehen, wie sie in den Meritzbüchern gepflegt wird. Weil das in manchen Schriften nicht enthalten ist, so sagt man: das ist Schmutz, das ist Schund, das können wir den Kindern nicht anvertrauen. Damit kommen sie auf eine falsche Fährte. Das ist nicht Theorie, sondern das hat sich selbst in die Blätter der Jugendschriftentwarte verirrt und ist dort zur Sprache gekommen. Es ist nicht zu leugnen, daß die Erfahrung gemacht wird, daß man angibt oder bemüht ist, den Schund bekämpfen zu wollen und die freiheitliche Bewegung der Arbeiterjugend unterdrücken will. Die Arbeiterjugend ist an sich genau so wie die andere Jugend, aber sie hat gegenüber der Schundliteratur aus sich heraus Abhilfe zu schaffen versucht, indem zum Teil die Vorschläge, die bei den jungen Leuten besser verfangen als polizeiliche Maßnahmen, in die Praxis umgesetzt sind. Sie haben es dort nach einer Aussprache unter der Leitung erwachsener Arbeiter nicht bei den Beschlüssen gelassen, die Schundliteratur zu bekämpfen, sondern es ist ihnen auch Gelegenheit gegeben, Vorträge zu haben, die nicht in dem Rahmen der Schundliteratur liegt, um so zu einem gewissen Teile, soweit die Mittel es erlauben, eine Bekämpfung der Schundliteratur zu ermöglichen. Diese Selbsthilfe nebst der Hilfe der Schule und Lehrer führt besser zum Ziel als der alten Ermägung heraus: Durch polizeiliche Maßnahmen ist das Ziel nicht zu erreichen, denn verbotene Früchte reizen immer am meisten. Das wissen wir aus unserer Jugenderfahrung. Wenn gesagt wird, das darfst du nicht lesen, dann wollen die jungen Leute einmal gar zu gern den Vorhang heben und sehen, was darunter ist, um ins verbotene Paradies hineinzukommen. Wenn kein Vertrauen zwischen Eltern und Kindern, zwischen Lehrern und Schülern besteht, wenn nicht ein geistiger Austausch in der Erziehung stattfindet, dann sind die polizeilichen Maßnahmen für die Raube.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e n e r: Das habe ich nicht voraussagen können, daß die Debatte auf das politische Gebiet kommen würde. Ich habe wirklich angenommen, in diesem Punkte würden wir alle einig sein. Herr Stadtv. Jasper sagt: Zwischen Vätern und Kindern, Lehrern und Schülern sollte Uebereinstimmung herrschen! Das Unglück ist ja gerade, daß die Kinder gegen den Willen und ohne Wissen der Eltern in diese Läden gehen. Die Eltern sind vernünftig genug, aber sie können ihre Kinder nicht davon abhalten, weil sie bei der Arbeit sind, und nun kommen die unzuverlässigen Händler und

locken die Kinder durch Aushang von Bildern in ihre Läden hinein. Wenn man sich dagegen nicht soll wehren können, dann würde man die Staatsordnung auf den Kopf stellen. Das kommt mir so vor, als wenn man verbieten wollte, die Brunnen zuzudecken und nur das Recht hätte, den Kindern zu sagen: „Kinder, ihr müßt euch das vorher überlegen, und nicht so nahe an die Brunnen herangehen!“ Die Sache ist jetzt wohl eingehend besprochen. Ich möchte nur noch betonen: Der vorgeschlagene Weg ist derselbe, der in andern Städten auch schon beschritten ist, und wie ich höre, mit gutem Erfolge. Das einzige, was uns vielleicht hindern könnte, wäre, daß wir eine Drohung auszusprechen in der Lage wären, die uns einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen könnte. Ich glaube aber nicht, daß der Staatsanwalt uns alle beim Kragen nimmt.

Herr Lü b k e: Den Vorschlägen, die die Kommission uns gemacht hat und die der Herr Oberbürgermeister unterstützt hat, bitte ich zuzustimmen, und die kleinen Bedenken nicht groß werden lassen. Es ist von Beschränkung der Freiheit gesprochen und eine politische Rede daraus gemacht. Das verstehe ich nicht, denn einen Unterschied zwischen Arbeiterjugend und anderer hat nur Herr Jassper gemacht, uns liegt das Wohl der ganzen Jugend am Herzen. Der Vorstand der Volkslesehalle geht in mustergültiger Weise voran. Wir müssen uns darauf besinnen, daß es eine gewisse Sorte von Literatur gibt, die uns allen als schädlich deutlich erkennbar ist. Solche Literatur kann man kennzeichnen und unterscheiden ohne Polizei. Wenn dafür ein Organ gefunden würde, wie es beispielsweise der Vorstand der Volkslesehalle ist, dann sind wir doch von aller Polizei weit entfernt. Lassen Sie doch diese Unterschiede fallen und stimmen Sie dafür, daß man solchen Geschäften den Handel gründlich legt.

Herr F r i e d e: Ich möchte nur noch erwähnen, daß die Namen der 14 Geschäfte, die von mir heute nur als Zahl genannt sind, wenn sie nach der Aufforderung die gewünschte Erklärung nicht abgeben, von uns hier in der Stadtverordneten-Versammlung veröffentlicht werden sollen. Es liegt der Schulkommission viel daran, hierzu Ihre Zustimmung zu erhalten.

V o r s i t z e n d e r: Wenn heute schon die Namen genannt würden, so hätten wir schon einen Teil von unsern Druckmitteln vergeudet. Wir brauchen den Geschäften meiner Ansicht nach unsere Absicht auch gar nicht mitzuteilen, würden dann also auch keine Drohung ausgesprochen haben.

Die große Mehrheit der Versammlung erklärt sich mit dem vom Magistrat beabsichtigten Schritte einverstanden.

## XXVII. Entscheidung über eine Einsprache gegen die Berechnung des Wassergeldes.

Herr **Wolters**: Nach unserm Wasser-Regulativ ist die Erhebung des Wassergeldes so geordnet, daß wir zunächst eine feste Summe für die Wasserlieferung erheben, zugleich aber nach Angabe des Wassermessers die Zahl der entnommenen cbm dazu als Wasserverbrauch berechnen. Diese Art und Weise ist in vielen Städten ähnlich wie bei uns eingeführt, z. B. in Köln. Eine solche Berechnung ist von mehreren Seiten mit Erfolg bekämpft. Das preußische Oberverwaltungsgericht hat sich dahin ausgesprochen: Es ist unstatthaft die Kombinierung einer Pauschalsumme mit der Berechnung einer auf Grund eines Wassermessers bestimmten Wasserentnahme. Das Gericht hat deshalb so erkannt, weil in § 6 des preußischen Kommunal-Abgabengesetzes gesagt wird: Gebühren sind nach festen Normen und Sätzen zu berechnen. Ähnlich wie das preußische Kommunalabgabengesetz lautet auch unser braunschweigisches Gemeindeabgabengesetz. Wir würden also riskieren, daß unsere Art und Weise der Berechnung von unserm Verwaltungsgerichtshofe als hinfällig bezeichnet wird. Nachdem nun im Oktober vorigen Jahres die Intendantur des 10. Armeekorps gegen die Wasserberechnung Einsprache erhoben hat, ist veranlaßt, daß die Regierung und der Landtag zum braunschweigischen Abgabengesetz eine authentische Erklärung erlassen haben. Diese geht nun dahin, daß angenommen werden soll, daß die Ausdrucksweise in § 6, wonach Gebühren im voraus nach festen Normen und Sätzen zu bestimmen sind, dahin ausgelegt wird, daß bei Bemessung von Gebühren die Anwendung verschiedener Maßstäbe und bei ihrer Berechnung die Anrechnung der nach verschiedenen Maßstäben ermittelten Gebührensätze aufeinander nicht ausgeschlossen sein sollen. Nachdem nun diese authentische Erklärung feststeht, können wir kein Bedenken mehr hegen, daß etwa die Einsprache als berechtigt wird anerkannt werden können. Die Statutenkommission beantragt demgemäß, die Beschwerde zurückzuweisen.

Die Zurückweisung der Beschwerde wird beschlossen.

## XXVIII. Uenderung im Betriebe der Volkssküche und bauliche Arbeiten im ehemaligen Standesamtsgebäude.

Herr **Frühling**: Im Jahre 1905 ist das ehemalige Standesamtsgebäude dem Frauenhilfsverein Elisabeth zum Betriebe der Volkssküche bis auf weiteres überwiesen. Der Verein wünscht jetzt von der Verpflichtung zur Unterhaltung der Volkssküche entbunden zu werden, da die entstandene Unterbilanz den Bestand des Vereins gefährdet. Der Magistrat glaubt, diesem Ge-

nach entsprechen zu müssen, ist aber der Meinung, daß der Betrieb der Volksküche aufrecht erhalten werden muß, und ist mit der Frauengruppe Braunschweig des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und deren Leiterin, Frau Professor Goeke, wegen Uebernahme der Volksküche in Verbindung getreten. Der Magistrat hält diese Vereinigung zur Fortführung des Volksküchenbetriebes für besonders geeignet, weil sie durch die Einrichtung der Volkskaffeehallen gezeigt hat, daß sie für das auf dem fraglichen Gebiete zutage tretende Bedürfnis Verständnis hat und die zwischen Volkskaffeehallen und Volksküchen bestehenden Konkurrenz aus der Welt geschafft wird. Die bezeichnete Frauengruppe hat sich zur Uebernahme der Volksküche bereit erklärt und der Magistrat beantragt: 1. sich damit einverstanden zu erklären, daß das ehemalige Standesamtsgebäude zum 1. April der Frauengruppe zu dem genannten Zweck unentgeltlich überwiesen werde, 2. die zur Vornahme baulicher Aenderungen und Instandsetzungsarbeiten erforderlichen 1350 *M* zu Lasten der Luise Ottmerstiftung zu verwilligen.

Die Baukommission kann die Annahme nur empfehlen und ist der Ansicht, daß ein Aufblühen der Volksküche wohl zu erwarten sein werde.

Die Versammlung stimmt der Magistratsvorlage zu.

Herr Fr ü h l i n g (fortfahrend): Der Frauenhilfsverein Elisabeth hatte seinerzeit von dem Verein für das Wohl der arbeitenden Klasse den Rest seines Vermögens überwiesen erhalten und gibt jetzt die verbliebene Summe mit 12 000 *M* an den Magistrat zurück, damit diese dem Zwecke des Stifters weiter dienstbar gemacht werde. Der Magistrat beantragt, hiervon 2000 *M* der Frauengruppe Braunschweig als Betriebsfonds für die Volksküche zu übergeben, und die weiteren 10 000 *M* der Absicht des Stifters entsprechend, für die Zwecke der Volksküche später zu verwenden. Frau Professor Goeke hat erklärt, sie hoffe, eine Unterstützung für später nicht nötig zu haben, sondern glaubt, daß die Volksküche sich aus sich selbst würde erhalten können. Die Baukommission glaubt, dieses Vertrauen, das der Verein in sich selbst setzt, anerkennend hervorheben zu müssen und befürwortet auch den zweiten Vorschlag des Magistrats.

Herr L ö s c h i g k: Die bisherige Volksküche hat auch Krankenküche geführt; ich weiß, daß manchem Kranken damit geholfen ist, daß er sich das Essen dort hat holen können. Nun habe ich gehört, diese Krankenkost solle nicht weiter geführt werden. Ist es nicht möglich, daß Frau Professor Goeke auch in Zukunft Krankenkost verabreichen läßt.

Herr Bürgermeister M e h e r: Frau Professor Goeke will die Krankenküche nicht weiterführen, weil ihren Erfahrungen nach, die Speisen, die durch die

Vollsküche zubereitet werden sollen, so gut wären, daß sie auch an Kranke verabreicht werden könnten. Es wird beabsichtigt, Speisen zu verschiedenen Preisen von 30—70  $\text{S}$  zu bereiten. Speisen zu diesem letzten Preise kämen der Krankenkost gleich. Auch jetzt ist die Krankenkost teurer; in der Praxis kommt also beides auf dasselbe hinaus.

Herr Stadtrat von **F r a n k e n b e r g**: Ich halte auch vom Standpunkte der städtischen Wohltätigkeitseinrichtungen diesen Weg, den Frau Professor Goehe gehen will, für durchaus gangbar. Die Persönlichkeit der Leiterin des Vereins wie auch die ganze Einrichtung scheinen mir Gewähr dafür zu bieten, daß, soweit von der Krankenküche Gebrauch gemacht werden soll, das Richtige erreicht wird.

Herr **L o e j i g k**: Ich wollte mit meiner Anfrage hauptsächlich bezwecken, daß öffentlich bekannt wird, daß auch Kranke das Essen weiter holen können.

Ueber die 12 000  $\text{M}$  wird dem Antrage des Magistrats entsprechend Bestimmung getroffen.

## XXIX. Erwerb eines Grundstücks.

Herr **F r ü h l i n g**: Als die Jakobikirche gebaut werden sollte, kam der Erwerb des Rüdenschen Grundstücks in Frage. Es ist dies nur ein kleines Grundstück, aber es schnitt in den Bauplatz ein. Es wurde mit den Besitzern in Verhandlung getreten, sie forderten 27 000  $\text{M}$ , während die städtische Bauverwaltung es zu 8700  $\text{M}$  taxiert hatte. Daran ist seinerzeit der Kauf gescheitert und die Gebäudeanlage auf dem Kirchenplatze so eingerichtet, als ob das Grundstück nicht dazu gehörte. Nachdem nun die Kirche fertig ist, bieten es die Besitzer wieder der Stadt an und fordern 15 000  $\text{M}$ . Für den Ankauf spricht, daß der größte Teil des Grundstücks in die demnächstige Straße fällt und daß ein kleines Stück in das Kirchengrundstück einschneidet. In der Baukommission ist die Meinung eine geteilte gewesen. 3 Stimmen waren dafür, daß augenblicklich kein Bedarf vorliege, das Grundstück zu erwerben, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die fragliche Straße noch nicht gebaut werde, daß der Erwerb auch für das Kirchengrundstück nicht notwendig sei, und auch deshalb, weil der Kaufpreis mit 15 000  $\text{M}$  zu hoch sei, die höchste Summe dafür sei 12 000  $\text{M}$ . — Die beiden andern Herren waren der Meinung, daß man das Haus kaufen solle, um die Sache zu erledigen. Wenn es in späterer Zeit wegen Straßenbaus zu einer Expropriation komme, würde die Stadt noch mehr zu zahlen haben.

Herr **M e y e r h o f f**: Ich gehöre zu der Minorität, die also wünschte, daß das Grundstück gemäß dem Vorschlage des Magistrats angekauft werde. Ich

habe gestern betont, man möchte einmal die Sache von der idealen Seite betrachten. So lange das alte Grundstück da ist, ist die Ansicht der Kirche von Norden her immer noch nicht so, wie sie sein sollte, erst durch Erwerb des Grundstücks würde der Blick von der Seite frei werden. Zweitens bewegt mich zu meinem Vorschlage die Erfahrung, die ich als Stadtverordneter gemacht habe, daß die Stadt sich bei einem freihändigen Verkauf immer besser gestanden hat, als bei einer Expropriation. Es ist richtig: nötig haben wir das Grundstück augenblicklich noch nicht, und es ist auch möglich, daß es dem Besitzer, dem, soweit mitgeteilt ist, das Grundstück subhastiert werden soll, schwer fallen wird, es zu 15 000 *M* zu verwerten, aber daß wir es zu 12 000 *M* bekommen, das glaubt auch der Vertreter des Magistrats nicht. Was nützt es also, daß wir 12 000 *M* bieten, wenn wir von vornherein überzeugt sind, wir bekommen das Grundstück dafür doch nicht. Es sind 840 qm; wenn wir die Beulichkeiten mit rund 4000 *M* bewerten, bleiben 11 000 *M*, also rund 11 *M* für das qm. 12 *M* haben wir an der Goslarischenstraße auch schon bezahlt. Stimmen wir dem Vorschlage der Kommissionsmehrheit zu, so werden wir später eine größere Summe bezahlen müssen.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Grund dafür, daß das Grundstück jetzt wieder der Stadt zum Kauf angeboten wird, liegt weniger darin, daß die Familie das Grundstück verkaufen möchte, als darin, daß die Zwangsversteigerung eingeleitet ist. Es sind Gebote bis zu 14 400 *M* und schließlich aus der Familie zu 14 700 *M* abgegeben, und der Zuschlag für letztere steht zu erwarten, wenn die Stadt nicht noch in das Gebot eintritt. Der Magistrat ist durchaus in Kenntnis über den Wert des Grundstücks, hat sich aber bestimmen lassen, Ihnen den Ankauf zu 15 000 *M* zu empfehlen, weil im öffentlichen Verkaufstermin von unbeteiligter Seite ein derartiger hoher Preis geboten ist. Daß die Stadt auch jetzt noch Interesse an dem Erwerbe des Grundstücks hat, ist schon mitgeteilt, zum Ausbau der Straße wird der Ankauf erforderlich und wir wissen nicht, ob wir das Grundstück nicht teurer bezahlen müssen, wenn es zu einer Zwangsenteignung käme. Der Magistrat ist der Ansicht, daß 15 000 *M* ein angemessener Preis ist.

Herr Loeßigk: Ich bitte die Vorlage anzunehmen. Ob wir später einmal billiger oder teurer kaufen, ist ungewiß. Ich meine, es ist angebracht, zu handeln, wo 14 600 *M* anderweitig geboten sind. Beim Straßenbau würde auch noch ein Zweifel liegen bleiben, dadurch würde die Sache noch komplizierter werden. Beim Erwerb des Grundstücks würden wir Herr im eigenen Hause bleiben.



Der Erwerb des Rickenschen Grundstücks zu einem Preise bis 15 000 *M* wird von der Mehrheit der Versammlung beschlossen.

### XXX. Zulegung des Grabens Nr. 721 zum Stadtgebiete.

Herr *Leue* berichtet über nachstehende Vorlage des Magistrats und empfiehlt namens der Finanzkommission ihre Annahme.

Durch das Gesetz vom 5. Oktober 1910 ist eine Anzahl von Grundstücken, die bislang zum Gemeindebezirk Delper gehörten, dem Stadtbezirke Braunschweig zugelegt.

Nach dem Willen aller Beteiligten sollte auch der 2,3 a große Grenzgraben Nr. 721 nördlich des Planes Nr. 171 in den Stadtbezirk Braunschweig aufgenommen werden. Er ist in dem genannten Gesetze nur aus dem Grunde nicht namentlich aufgeführt, weil er als Bestandteil des Planes Nr. 171 angesehen worden ist.

Wie sich nun nachträglich herausgestellt hat, haben zwar die Eigentümer des Planes Nr. 171 den Graben bereits lange Jahre in Benutzung, das Eigentum an dem Graben steht jedoch noch immer der Feldmarksinteressentschaft Delper zu.

Um im Wege der landesherrlichen Verordnung die Verlegung jenes Grabens zum Stadtbezirke Braunschweig ermöglichen zu können, ersucht der Stadtmagistrat, nachdem bereits die Gemeinde und die Feldmarksinteressentschaft Delper der Verlegung des Grabens zugestimmt haben, die Stadtverordneten, ihre Zustimmung erteilen zu wollen, daß der Graben, der bislang zum Gemeindebezirk Delper gehört, dem Stadtbezirke Braunschweig zugelegt werde.

Die Zustimmung wird erteilt.

### XXXI. Erweiterung der Beleuchtungsanlage im städtischen Museum.

Seitens der Museumsdeputation ist beschlossen, zur Sicherung der Sammlungen des städtischen Museums neben der bereits eingeführten nächtlichen Ueberwachung noch einige weitere Schutzmaßregeln zu treffen. Es sollte zunächst eine elektrische Beleuchtung des dem Wächter zum Aufenthalt angewiesenen Garderoberraums und des Lichthofs bezw. des Treppenaufgangs beachtet genommen und außerdem die bereits vorhandene Beleuchtung der Gänge in den drei Hauptgeschossen des Gebäudes derartig eingerichtet werden, daß diese vom Wächterraum ein- und ausgeschaltet werden kann. Ferner sollte vom Wächterraum eine Klingelleitung nach dem Schlafzimmer des Hausmanns angelegt werden, damit dieser im Fall der Not herangerufen werden kann.

Endlich ist noch in Aussicht genommen, an der eisernen Tür das Münzkabinetts einen elektrischen Sicherheitsapparat „Argus“ anzubringen. — Der Kostenanschlag beläuft sich auf 445 *M*.

Herr Loeßhigt (nach seinem Bericht über die Vorlage): Der Herr Museumsdirektor und die Museumsdeputation halten die vorgeschlagenen Sicherheitsmaßnahmen für sehr wichtig, und der Magistrat beantragt, die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Die Finanzkommission hat die Sache geprüft und gibt durch mich Genehmigung anheim.

Herr Lübke: Gegen die vorgeschlagene Sache möchte ich in keiner Weise sprechen, sondern nur Ihr Augenmerk darauf richten, daß die Umgebung des Museums nachts vollkommen im Dunkeln liegt. Es würde einer Stadt wie Braunschweig entsprechen, wenn die Umgebung des Museums wie auch des Archivs durch eine erheblich stärkere Beleuchtung vornehmer gestaltet würde; ihre Lage würde dadurch auch eine geschütztere werden. Ich möchte dem Stadtmagistrat dringend anheimgeben, auf Verbesserung dieser mangelhaften Beleuchtung zu finnen.

Die vorgeschlagenen Sicherungsmaßnahmen werden genehmigt und 445 *M* dafür bewilligt.

### XXXII. Antrag Ribbentrop, die Veteranen von 1870—71 betreffend.

Der Antrag lautet:

Die Versammlung der Stadtverordneten wolle den Stadtmagistrat ersuchen, zuzustimmen, daß den Veteranen aus den Jahren 1870/71 Steuerfreiheit verwilligt werde, soweit sie eine Einnahme unter 1500 *M* versteuern, und außerdem, daß denjenigen Veteranen, welche 600 *M* und darunter versteuern, alljährlich eine Ehrengabe gewährt werde.

Herr Ribbentrop (zur Begründung): Viele Worte brauche ich wohl nicht zu machen, denn ich darf wohl annehmen, daß der Antrag Ihnen allen aus der Seele gesprochen ist. Wenn bei den Veteranen eine Not vorliegt, so springt Staat und Stadt erst in letzter Linie ein. Es liegt eine gewisse Billigkeitsrücksicht vor, daß wir da eintreten und unsere Unterstützung nicht als Almosen, sondern als eine Ehrengabe auffassen. Die Höhe will ich dahingestellt sein lassen und hoffe, daß die Kommission das rektifizieren wird.

Der Antrag wird unterstützt und der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

### XXXIII. Antrag Kalm's, Erbauung einer Badeanstalt mit Jahresschwimmbad betreffend.

Der Antrag lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: die Erbauung einer in jeder Beziehung nach den heutigen gesundheitlichen Ansprüchen eingerichteten Badeanstalt mit Jahres-Schwimmbad.

Herr K a l m's (zur Begründung): Diese Anregung war von mir auch schon verschiedene Jahre früher gemacht worden. Die Notwendigkeit dafür stellt sich heraus bei Anfragen von solchen Personen, die hier dauernden Aufenthalt nehmen wollen. Jedesmal erhalten wir da Anfragen über unsere Schulverhältnisse und über die Einrichtungen eines städtischen Schwimmbades. Wenn wir auch unsere Badeeinrichtungen für den Sommer haben, so liegt doch die Notwendigkeit vor, daß wir auch ein vom gesundheitlichen Standpunkte aus allen Ansprüchen gerecht werdendes Jahreschwimmbad errichten. Andere Großstädte haben das schon getan, namentlich die, die fortschrittlich mitgehen und den Zuzug fördern, wie Stuttgart, München, Hannover, Hildesheim, Halberstadt, Halle. Auch unsere großen Nachbarstädte haben ein solches Bad. Die Notwendigkeit für uns hat auch der Magistrat schon eingesehen und sich verschiedentlich damit befaßt, aber aus finanziellen Gründen ist die Sache immer zurückgestellt worden. — Die Frage, die jetzt wohl zuerst an mich gerichtet werden könnte, ist die: „Es ist sehr leicht, wenn Sie aus der Stadtverordnetenversammlung herausgehen, einen solchen Antrag zu stellen, aber haben Sie auch die Deckungsfrage im Auge gehabt?“ Was diese Frage betrifft, so möchte ich bemerken: Wir haben eine Lesehalle eingerichtet und jahrelang dafür gearbeitet, auch in den verschiedensten Kreisen dafür Wohltäter gefunden, die Summen gespendet haben. Die Städte München, Stuttgart, Königsberg und andere nehmen die Mittel für diese Einrichtungen nicht aus dem Etat, sondern haben Lotterien dafür in Szene gesetzt. Das hat in verschiedenen Städten gut gezogen und sie entlastet. Die Hauptsache ist, daß die Stadtverordneten den Beschluß fassen, ein solches Bad zu bauen. Bei der Entscheidung, wann es gebaut werden soll, kommt vielleicht die Finanzfrage in Betracht. Das aber muß im Prinzip feststehen, daß die Stadtverordnetenversammlung beschließt, ein Bad zu bauen und jährlich aus dem Etat eine bestimmte Summe zurückzustellen. Es werden sich dann auch Wohltäter finden, und Leute, die ihr Testament machen, werden einmal eine Summe dafür zurückstellen. Aber die Anregung muß jedenfalls von dieser Stelle ausgehen.

Vorsitzender: Ich habe dem Herrn Antragsteller vergeblich auseinanderzusetzen versucht, daß der Antrag in einem andern Wortlaute hätte gestellt

werden müssen. Wie wir als Stadtverordnete ein Bad bauen können, ist mir rätselhaft. Nach unserer Gepflogenheit können wir nur den Beschluß fassen: „Wir halten es für wünschenswert oder nötig,“ etwas anderes können wir nicht.

Der Antrag wird unterstützt und vom Vorsitzenden der Finanzkommission zur Beratung überwiesen.

Dauer der Sitzung von 4¾ bis 8¼ Uhr.

# Bericht

über die

Verhandlungen der vereinigten Versammlung

des

Stadtmagistrates und der Stadtverordneten  
zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. März 1911.

---

**Tagesordnung:**

- |  |         |
|--|---------|
| I. Ersatzwahl von drei unbesoldeten Magistratsmitgliedern . . . . .  | Seite 3 |
| II. Aenderung der Uniformierung der Berufsfeuerwehr . . . . .  | " 4     |
| III. Einsprache gegen das Projekt über den Ausbau der Gellerstraße zwischen<br>Neustadttring und Landesbahn. . . . . | " 5     |

~~~~~

Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Sitzung ist eröffnet. Entschuldigt sind die Herren Stadtverordneten Bues, Henking, Ohlendorf, Schmidt, Wesemeier. Als neues Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und somit auch der „Vereinigten Versammlung“ begrüße ich Herrn Munte. Der Herr ist hier erschienen. Wir treten in die Tagesordnung ein.

## I. Ersatzwahl von drei unbesoldeten Magistratsmitgliedern.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Meine sehr geehrten Herren! Nach den Satzungen der Stadtverwaltung scheiden alle sechs Jahre drei unbesoldete

Mitglieder aus dem Magistrate aus. Es handelt sich diesmal um die Herren Stadträte Schöttler, Seele und Dr. Konegen, den letzteren aus dem Grunde, weil er als Ersatz für den bis Ende dieses Monats gewählten Kollegen Fiedel eingetreten ist. Ich würde Ihnen vorschlagen, die drei ausscheidenden Herren durch Zuzuf wiederzuzuwählen.

Vorsitzender: Die Städteordnung sagt darüber: (Redner verliest § 70 der Städteordnung.) Es würde also eine Wahl durch Zuzuf, wenn überhaupt, nur zulässig sein, wenn kein Einspruch erfolgt. Erhebt einer der Herren Einspruch gegen die Anregung, die Wahl durch Zuzuf vorzunehmen? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Herren, die dem Antrage des Referenten zustimmen und die drei genannten Herren wiedewählen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; die drei Herren sind gewählt. Ich frage die aufs neue gewählten Herren, ob Sie von dem Ablehnungsrecht Gebrauch machen wollen. Das ist nicht der Fall, die Herren nehmen die Wiederwahl an.

## II. Aenderung der Uniformierung der Berufsfeuerwehr.

Herr Wolter: Sie werden vielleicht überrascht fragen, wie die feierliche Aufmachung der „Vereinigten Versammlung“ dazu kommt, über eine Frage zu entscheiden, die die Berufsfeuerwehr angeht, während wir doch im allgemeinen diese Fragen nicht den „Vereinigten Versammlungen“ zu überweisen haben. Als Grund werden die verehrten Herren vielleicht vermuten, daß es sich um ein Objekt von ganz erstaunlicher Höhe handelt. Die geehrten Herren wissen, daß unser Etat des Feuerlöschwesens in Einnahme und Ausgabe mit 150 000 M. balanciert, und da werden die Herren fragen: Ist die Summe vielleicht weit höher als die, die im Etat steht? Eine solche Meinung ist nicht richtig; es handelt sich nur um 25 M. (Seiterkeit.) Dann werden die hochverehrten Herren vielleicht weiter fragen: Sollte vielleicht der Grund der sein, daß es sich um entscheidende, prinzipiell wichtige Fragen handelt, zu deren Entscheidung die Stadtverordneten allein nicht berufen sind? Auch dies ist nicht der Fall; es handelt sich ausschließlich um neue Achselklappen für die Feuerwehr, um Achselklappen, die ein Metallschild erhalten sollen, auf dem sich das Wappen der Stadt Braunschweig befindet. Nun möchte man weiter fragen: Entspinnt sich vielleicht ein heraldischer Streit, wie das Wappen aussieht? Auch das trifft nicht zu; wie das Stadtwappen aussieht, steht unabänderlich fest. Der wahre Grund ist ein anderer: ein Gesetz aus dem vorigen Jahrhundert. In der Gesetz- und Verordnungsammlung findet man für das Feuerhilfs-gesetz allerdings die Jahres-

zahl 1874, vertieft man sich aber in den Inhalt dieses Gesetzes, so sagt man unwillkürlich: Hat denn der Seher sich nicht geirrt und das ganze Gesetz um hundert Jahre vordatiert? denn das Gesetz vom Jahre 1874 ist nach verschiedenen Richtungen hin sowohl veraltet als auch fehlerhaft. Es enthält eine Anzahl technischer Bestimmungen, über die sich im Laufe der Jahrzehnte die Technik souverän hinweggesetzt hat. Es war von Anfang an insofern unrichtig angelegt, als in dieses Gesetz Spezialbestimmungen aufgenommen sind, die besser entweder der Ausführungsanweisung der Regierung überlassen blieben oder der Statutargesetzgebung der Gemeinde vorbehalten sein sollten. Man kann noch weiter gehen: es enthält Bestimmungen, die weder in ein Gesetz gehören, noch durch Statutargesetz zu regeln sind, sondern deren Regelung aus dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde hervorgeht. Der Wunsch der Stadt Braunschweig, daß das Feuerhilfsgesetz geändert werden möchte, ist alt, sehr alt, uralte, meine Herren. Es ist jetzt Anfang März. Wenn der Landtag wieder zusammenkommt, werden inzwischen 8 oder 9 Monate vergangen sein. Vielleicht wird diese kostbare Zeit benutzt, bis dahin einen neuen Entwurf auszuarbeiten!

Zur Sache selbst möchte ich folgendes vortragen: Hier sind die Gegenstände! Es handelt sich darum, daß die 9 Chargierten der Berufsfeuerwehr andere Abzeichen bekommen als bisher. Nach dem Vorschlage der Feuerlöschdeputation sollen sie Achseklappen, auf denen ein Metallschild mit Wappen angebracht ist, erhalten. Die Unterscheidung der Chargierten soll in der Weise erfolgen, daß der Feldwebel, dessen Stellung mutmaßlich demnächst eingerichtet wird, außer den Achseklappen vier versilberte Winkel am Oberarm erhält, der „Oberfeuermann von Dienst“ zwei silberne Winkel, der Oberfeuermann einen solchen und der Gefreite einen Wappenknopf am Kragen. Die Aenderung der Abzeichen hat sich im dienstlichen Interesse deshalb als nötig erwiesen, weil die bisherigen Abzeichen sich als unpraktisch gezeigt haben und im Falle der Eile die einzelnen Kommandoführer nicht schnell genug unterschieden werden konnten. Die Kosten für ein Paar Achseklappen betragen 2,60 M., die Kosten für die versilberten Streifen sind unbedeutend. Namens der Feuerlöschdeputation und der Finanzkommission habe ich die Genehmigung zu beantragen.

Die Versammlung stimmt der Aenderung der Abzeichen zu.

### III. Einsprache gegen das Projekt über den Ausbau der Cellerstraße zwischen Neustadtring und Landesbahn.

Herr Bürgermeister Meher: Die städtischen Behörden haben vor einer Reihe von Wochen den Ausbau der Cellerstraße zwischen Neustadtring und Landesbahn beschlossen. Die Quereinteilung der Straße war so gedacht,

daß der östliche Fußweg eine Breite von 5 m erhalten sollte, die Fahrbahn eine Breite von 10,50 m, der dann folgende Reitweg eine Breite von 2,50 m, und der westliche Fußweg eine Breite von 4 m. Das Projekt nebst Kostenanschlag hat öffentlich ausgelegen, und während der Zeit ist von fast sämtlichen Anliegern Einsprache erhoben worden. Diese richtet sich zum Teil gegen das Projekt selbst, zum Teil gegen die Kostenverteilungs-Berechnung. Es wird im ersten Teil der Eingabe, die von den meisten Personen, die Einsprache erhoben haben, unterzeichnet ist, darauf hingewiesen, daß es nicht angebracht sei, für diesen Teil der Straße einen Reitweg einzurichten. Das Bedürfnis dafür wird verneint; es wird daneben bemängelt, daß der Reitweg zu schmal sei, daß er auch darunter zu leiden habe, daß er durch die Einfahrten für die anliegenden Grundstücke zu häufig durchquert würde. Diese Einfahrten müßten gepflastert werden und würden so eine unliebsame Unterbrechung des Reitweges zur Folge haben. Es wird dann auch auf die Belästigung der Anwohner durch den Reitweg hingewiesen und gebeten, man möchte von dieser Anlage Abstand nehmen und an Stelle dessen eine andere Art der Befestigung wählen. Die Anwohner meinen auch, nicht verpflichtet zu sein, zu den Kosten des Reitweges beizutragen und stützen sich dabei auf eine bestimmte Vorschrift des Straßenbaustatuts, in der aufgezählt wird, was von den Anliegern zu tragen ist, wenn es sich um den Ausbau von Straßen handelt. Da ist nun richtig, daß bei dieser in § 4 des Straßenbaustatuts erfolgenden Aufzählung zwar die Fahrbahn und der Fußweg genannt sind, aber der Reitweg nicht erwähnt wird. Die Auffassung im Magistrat und auch in der Deputation geht indessen dahin, daß die Ansicht der Anlieger fehlerhaft sei, daß der im Statute gebrauchte Ausdruck „Fahrbahn“ auch eine Abschränkung und Ausgestaltung der Fahrbahn zum Reitwege mit umfasse und daß die Anlieger deshalb grundsätzlich zur Zahlung auch der Fahrbahnbefestigung verpflichtet seien. Es empfehle sich daher, die Einsprache insoweit als begründet nicht anzuerkennen. Es ist dann in der Eingabe weiter bemängelt, daß die Fahrbahn, die neben dem Reitwege eingerichtet werden soll, keine genügende Breite habe. Die Herren werden sich erinnern, daß die 10,50 m breite Fahrbahn durch die Straßenbahnanlage geteilt wird. Jetzt liegt auf der Straße nur ein Gleis, es ist aber in Aussicht genommen, daß anlässlich des Ausbaus der Straße ein zweites Gleis verlegt werden soll, so daß später inmitten der Fahrbahn zwei Gleise liegen werden. Die Folge davon ist, daß die neben dem Straßenbahnkörper dem öffentlichen Verkehr dienende Fahrbahn in zwei Teile zerlegt wird, so zwar, daß auf jeder Seite der Bahn 3 m verbleiben. Es wird in der Eingabe darauf hingewiesen, daß diese Breite von 3 m für die Art des Verkehrs auf der Cellerstraße nicht genüge; es verkehrten dort sehr viele landwirtschaftliche Fuhrwerke, insbesondere auch beladene Heu- und Strohswagen, landwirtschaftliche



Geräte usw., die mehr als 3 m breit seien und wäre es deshalb erwünscht, daß man die Breite der freien Fahrbahn vergrößerte. Es wäre sonst notwendig, daß bei Begegnungen mit der Straßenbahn ein fortwährendes Hin und Her der andern Fuhrwerke erfolgen müßte. Dieser Grund ist von der Deputation als beachtenswert angesehen, und da sie andererseits anerkennen mußte, daß die vorausgeführten Bemängelungen des Reitweges nicht ganz unbegründet seien, auch dem Reitwege wegen seiner Kürze keine große Bedeutung beizumessen sei, so war sie geneigt zuzugestehen, daß ausreichender Grund zu einer Aenderung des Projekts vorliege, und zwar derartig, daß der Reitweg aufgehoben und ein wesentlicher Teil der dadurch gewonnenen Fläche der Fahrbahn zugelegt würde. Auf Anregung der städtischen Bauverwaltung war man der Ansicht, zu empfehlen, daß man von den gewonnenen 2,50 m 1 m dem westlichen Fußwege und 1,50 m der Fahrbahn zuteile. An Stelle einer Breite von 3 m der für den allgemeinen Verkehr freien Fahrbahn würde danach eine Breite von 3,75 m treten. Nach Meinung der Herren, die Kenntnis von den gesamten Verhältnissen haben, wäre eine solche Verbreiterung so erheblich für den öffentlichen Verkehr, daß damit die berechtigten Wünsche erfüllt würden. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß zur Fassung des Beschlusses mitgewirkt hat auch der Umstand, daß das Projekt die Pflanzung von Bäumen auf den Fußwegen vorsieht. Wenn die Bäume größer geworden sind, werden sie dazu beitragen, den Verkehr der Wagen auf der Fahrbahn zu beengen, besonders dann, wenn hochbeladene Fuder dort gefahren werden. Es ist bei Beurteilung der Baumpflanzung auch zu beachten, daß die Bauverwaltung schon früher ausgesprochen hat, eine Fußwegbreite von 4 m, wie sie für den westlichen Fußsteig der Cellerstraße projektiert ist, sei bei Baumanpflanzungen nicht ganz genügend. Wenn die Baumkronen sich kräftig entwickeln, käme es wegen der Belassung des Baumes bald zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Anliegern und der Stadt. — So ist die Deputation denn aus all den angegebenen Gründen zu dem Entschlusse gekommen, der „Vereinigten Versammlung“ zu empfehlen, die Einsprache, insoweit sie sich gegen die Anlage des Reitweges richte, als begründet anzuerkennen.

In dem zweiten Teile der Beschwerden wird ausgeführt, daß es billig sei, die Anlieger zu den Kosten des Ausbaus der Straße nicht allein heranzuziehen, sondern daß die Stadt einen größeren Beitrag zuzahle, und zwar deshalb, weil der Ausbau der Straße wenig oder gar nicht im Interesse der Anlieger, wohl aber im allgemeinen Verkehrsinteresse liege. — Wenn das Projekt zur Aufhebung gelangt, wie ich namens der Deputation anheimgegeben habe, würde dieser Teil der Einsprache überhaupt hinfällig werden. Es würde dann ein neues Projekt und eine nochmalige öffentliche Auslegung nötig sein. Sollte aber die Ansicht der „Vereinigten Versammlung“ dahingehen, daß das Projekt

bestehen bleibe, so würde jetzt auch schon über diesen Teil der Eingaben zu entscheiden sein. Die Deputation ist der Ansicht, daß die „Vereinigte Versammlung“ nicht zuständig sei, über den Antrag der Anlieger auf Befreiung von den Straßenbaukosten zu befinden. In gleicher Weise ist auch in früheren ähnlichen Fällen entschieden. Wer das Straßenbaustatut kennt, weiß, daß in Fällen, wo die Öffentlichkeit besonders interessiert ist, die Stadt die Kosten in beliebiger Höhe übernehmen kann, und darüber haben die städtischen Behörden zu entscheiden. Auch heute wird die Lage vom Stadtmagistrat und von der Deputation so aufgefaßt, daß der Magistrat und die Stadtverordneten gesondert darüber zu befinden hätten. Wenn das richtig ist, was früher schon anerkannt ist, dann würde heute die Einsprache in ihrem zweiten Teile wegen Unzuständigkeit der „Vereinigten Versammlung“ abzuweisen sein. Die Deputation gibt Ihnen anheim, zu beschließen, daß die Einsprache insoweit aus dem zuletzt angegebenen Grunde zurückgewiesen wird.

Herr Meyerhoff: Ich kann nur mit Befriedigung begrüßen, daß beschlossen werden soll, den Reitweg aufzuheben. Bei mir ist der Besitzer des „Weißen Rosses“, Herr Thier, gewesen und hat mir mitgeteilt, daß ihm bei dem geplanten Ausbau der Cellerstraße 6 m von seinem Grundstücke abgeschnitten würden. Dadurch würde die Einfahrt mit Fuhrwerken (er führte besonders Automobile an), die bei Hochzeits- und anderen Festlichkeiten durch seinen Garten geschehen müßte, sehr erschwert. Er bittet, die Straße möglichst so zu gestalten, daß er nach wie vor eine genügende Einfahrt behält. Ich habe die Sachlage nicht an Hand des Planes prüfen können, halte mich aber für verpflichtet, die Klage zur Kenntnis der „Vereinigten Versammlung“ zu bringen.

Herr Sander: Ich habe schon bei Beratung des Projekts in der Stadtverordnetenversammlung den Standpunkt eingenommen, daß ich die Anlage des Reitweges nicht für richtig halte und freue mich, daß der Magistrat jetzt eventuell darauf verzichten will. Wer den Verkehr auf der Cellerstraße kennt und die Breite an der Stelle, muß sich sagen, daß durch Anlage des Reitweges der Verkehr mit den großen Heu- und Strohwagen erheblich gestört würde. Es wäre nicht zu vermeiden gewesen, daß Unglücksfälle vorkommen würden. — Ueber die Reitwege selbst ist mir von einem Herrenreiter gesagt, daß diese Wege so, wie sie in Braunschweig angelegt werden, höchst unpraktisch und für den Reiter gefahrbringend sind. Ich reite nicht, kann also darüber nicht urteilen, aber immerhin leuchtet mir ein, daß das mir Gesagte richtig sein muß. Der Herr behauptete, es sei ausgeschlossen, daß zwei Personen nebeneinander reiten können, wenn die Bordsteine vorhanden wären. Es komme leicht, daß das Pferd auf den einen Bordstein tritt und dadurch der Reiter gefährdet wird. In

keiner andern Stadt seien die Reitwege derartig angelegt. Darauf möchte ich hingewiesen haben, damit, wenn später Reitwege eingerichtet werden sollen, hierauf Rücksicht genommen wird.

Was den zweiten Teil der Beschwerde betrifft über die Verteilung der Kosten, bezw. die Inanspruchnahme des § 4 des Baustatuts betrifft, so bin ich der Ueberzeugung, daß diese Straße vorwiegend im Interesse der Allgemeinheit ausgebaut werden muß. Die Anlieger selbst haben sehr wenig Nutzen davon, einige nur Schaden, beispielsweise der Wirt, auf den Herr Stadtv. Meyerhoff schon hingewiesen hat. Er verliert einen nicht unbeträchtlichen Teil seines Gartens, der doch zu seinem Erwerbe mit nötig ist. Außerdem wird auch die Einfahrt etwas verändert werden müssen. Es ist ja nicht der Fall, wie es der Herr Stadtv. Meyerhoff darstellt, daß in Zukunft Fuhrwerke nicht mehr oder nur unter erschwerten Umständen hineinfahren könnten. Es läßt sich wohl einrichten, daß diese Gasse etwas coupiert wird, so daß die Einfahrt ähnlich wird, wie es jetzt ist, und die Wagen mit einer Viertelschwenkung links hineinfahren. Dann ist da der andere Nachbar . . . .

Vorsitzender (unterbricht den Redner): Ich hätte besser getan, schon Herrn Stadtv. Meyerhoff darauf aufmerksam zu machen, daß die „Vereinigte Versammlung“ sich nur mit rechtzeitig vorgebrachten Beschwerden befassen darf. Wir haben eine lange Tagesordnung zu erledigen und müssen uns heute durchaus auf unser Thema beschränken. Einsprachen, die nicht rechtzeitig erfolgt sind, können hier nicht erörtert werden.

Herr Sander: Ist denn die Einsprache des Herrn Thier nicht rechtzeitig eingebracht?

Vorsitzender: Soviel ich weiß, ist diese Einsprache überhaupt heute nicht zur Erörterung gestellt. Es handelt sich nur um die beiden Einsprachen gegen Anlegung des Reitweges und die Kostenverteilung. Wenn die Herren gestatten, kann sich der Herr Referent darüber aussprechen, ob Herr Thier seine Einsprache rechtzeitig erhoben hat. Wenn er das nicht getan hat, halte ich das einzelne Mitglied unserer Versammlung nicht für berechtigt, heute im Namen eines Anliegers Beschwerden gegen das Projekt vorzubringen.

Herr Sander: Nur eine kleine Bemerkung: Ich spreche absolut nicht für den einen oder andern Anlieger; ich spreche hier als Stadtverordneter und weil ich das Unrecht einsehe.

Vorsitzender: Sie sind hier nicht Stadtverordneter, sondern Mitglied der „Vereinigten Versammlung“. Als Stadtverordneter konnten Sie derartige Sachen gegen das Projekt vorbringen, als die Stadtverordnetenversammlung

sich mit dem Projekte befaßte. Wir sind nur berufen, über Beschwerden zu entscheiden, die gegen das Projekt vorgebracht sind. — Ich mache aber darauf aufmerksam: Wenn die Versammlung dem zustimmt, was der Herr Referent vorge schlagen hat, so bekommt die Stadtverordnetenversammlung ein neues Projekt, und dann steht es Ihnen frei, sich darüber zu äußern.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich möchte mein Referat noch etwas ergänzen. Es ist schon erwähnt, daß die Interessenten Anstoß daran genommen haben, soviel Kosten bezahlen zu sollen. Wenn die Aenderung des Projektes eintritt, wie sie die Deputation empfohlen hat, dann würde die finanzielle Folge die sein, daß 4000 M. gespart würden. Ich bin davon überrascht gewesen, daß die Umwandlung des Reitweges in eine andere Art der Befestigung diese Folge haben wird, welche für die Anlieger den Vorteil bringt, daß der Einheitsbeitrag sich um 5 M. pro laufendes Meter Front verringert. Insofern würde also bei Annahme des von mir eingebrachten Antrages dem Wunsche der Anlieger auf Ermäßigung ihres Beitrages Rechnung getragen werden. — Was die Anregung von Herrn Meyerhoff anlangt, so ist richtig, daß Herr Thier wiederholt Eingaben gemacht hat. Er hat die große Eingabe mit unterschrieben und in einer andern Eingabe, die nicht als Einsprache bezeichnet ist, ganz allgemein gewünscht und beantragt, daß man Abstand davon nehmen möchte, sein Grundstück anzuschneiden. Das hat aber mit dem Projekte gar nichts zu tun. Die Breite der Straße ist schon vor 15, 20 Jahren durch den Ortsbauplan festgelegt, das Projekt nimmt Herrn Thier das Terrain überhaupt nicht. — Ich kann nur meinen Antrag wiederholen.

Vorsitzender: Wir würden über die beiden Anträge des Herrn Referenten getrennt abzustimmen haben. Der Herr Referent hat noch angedeutet, daß die durch Beseitigung des Reitweges aus dem Projekte ersparte Breite der Fahrbahn zuzulegen sei. Es war das wohl mehr eine gelegentliche Aeußerung. Wenn die Versammlung dieses Projekt kassiert, wird dem Magistrat freie Hand gelassen, wie er demnächst das neue Projekt ausarbeiten lassen will. — Wer ist dafür, daß dem Antrage des Referenten und der Beschwerdeführer entsprechend beschloffen wird, daß der Reitweg aus dem Projekte verschwindet? — Der erste Antrag des Referenten ist angenommen.

Der zweite Antrag geht dahin, die Einsprache der Anlieger, soweit sie gegen Heranziehung zu den Kosten gerichtet ist, zu verwerfen. Wer für diesen Antrag des Referenten ist, möge die Hand erheben. — Das ist auch die Mehrheit.

Die gemeinschaftliche Sitzung ist geschlossen.

(Dauer der Sitzung von 4¼ bis 4¾ Uhr.)

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 20. März 1911.

---

### Tagesordnung:

- |                                                                                    |           |
|------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Beratung des Stadthaushaltsplans für 1911/12. . . . .                           | Seite 502 |
| II. Verwilligung eines Beitrages zu den Kosten des 12. deutschen Historikertages „ | 536       |
| III. Antrag Loeischigk, betreffend die Verbreiterung der Okerbrücken . . . . .     | „ 536     |

~~~~~

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer,  
Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Akenhausen, Ohlendorf, Meyerhoff,  
Wesemeier, Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Versammlung  
und teilt mit, daß vom Niedersächsischen Schutzverbände für Handel und Ge-  
werbe ein Einladungsschreiben zu dem vom 25.—27. März einberufenen Nieder-  
sächsischen Mittelstandstage eingegangen ist.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

## I. Beratung des Stadthaushaltsplans für 1911/12.

Herr Wolters: Die Form des uns heute vorgelegten Haushaltsplans unterscheidet sich nicht unwesentlich von der des vorjährigen. Es sind in das Ordinarium einzelne Etats aufgenommen, die bisher selbständig waren, es sind innerhalb des Ordinariums Verschiebungen eingetreten und es sind auch innerhalb der einzelnen Kapitel Verschiebungen eingetreten. Die geehrten Herren sehen, daß der bisher selbständige Etat der Pumpstation nunmehr dem Ordinarium einverleibt ist (Seite 12 und 13). Dasselbe ist der Fall mit dem bisherigen Etat der Neustadtmühle, der bisher dem Etat für das Wassertwerk angehängt war. Ebenso ist der bisher selbständige Etat des Straßenreinigungsinstituts nach Kapitel II des Ordinariums übergeführt. Dann hat auch das frühere Kapitel II: Markthalle, den Platz gewechselt und ist in Kapitel I hineingerückt; an seine Stelle ist der Etat des Straßenreinigungsinstituts getreten. Auch einzelne Posten innerhalb des Ordinariums sind verschoben, so ist der Marstall, der bisher in Kapitel IX stand, in Kapitel II übergeführt, der Zuschuß der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen wegen der Unterhaltung der öffentlichen Badeanstalten nach Kapitel VI: Gesundheitswesen, hinübergebracht. Diese Verschiebungen haben einige wichtige Folgen gehabt. Das Ordinarium, besonders das Kapitel I, weist erhöhte Einnahmeziffern, auch erhöhte Ausgabeziffern auf, die zum Teil auf diese Einverleibung zurückzuführen sind; andere Gründe sind natürlich auch dafür maßgebend. So ist allein beispielsweise durch den 174 000 M. betragenden Ausgabeposten der Straßenreinigung der Ausgabeetat wesentlich gewachsen. Das Ordinarium ist in der Einnahme gegenüber dem Vorjahre um rund 100 000 M. gestiegen, in den Ausgaben um rund 240 000 M. Allein bei Kapitel I ist die Einnahme um rund 110 000 M., die Ausgabe um rund 160 000 M. höher. Durch diese Verschiebung innerhalb der einzelnen Etats ist zum Teil in Wegfall gekommen die Abbildung sowohl der einzelnen Posten für 1909/10 in der wirklichen Ausgabe, als auch in der Wiederholung der Voranschläge in Ein- und Ausgabe für 1910/11. Es hat sich als unzweckmäßig erwiesen, nachdem diese vielfachen Verschiebungen ausgeführt waren, die Addition durchzuführen, da sie ein vollständiges Bild doch nicht ergeben haben würde. Die Finanzkommission hat den Wunsch ausgedrückt, soweit in Zukunft die Abbildung auch der vorhergehenden Jahrgänge möglich ist, diese in den künftigen Haushaltsplänen durchzuführen.

Der Magistrat hat mit diesem Haushaltsplan dem früher ausgesprochenen Wunsche der geehrten Herren, möglichst viele selbständige Etats dem Ordinarium einzuverleiben, weiter stattgegeben. Es ist auch durchaus richtig, künftig diese Einverleibung in derselben Weise fortzusetzen. Je mehr die selbständigen

Etats schwinden, um so übersichtlicher wird der ganze Haushaltsplan. Ganz besonders würde sich das beziehen auf den Etat der Armenkasse. Bisher war es aus verwaltungstechnischen und persönlichen Gründen nicht möglich gewesen, diesen Etat einzuberleiben; sollte das später geschehen können, so würden wir das mit Freude begrüßen.

Einiges aus den Einnahmen und Ausgaben verdient an dieser Stelle hervorgehoben zu werden. Die Gemeinde-Einkommensteuer ist im vorgelegten Haushaltsplan um 95 000 *M* höher veranschlagt als im laufenden Steuerjahr, nämlich auf 2 635 000 *M*, gegenüber 2 540 000 *M* im Vorjahre. Dieser Griff beruht auf den Erfahrungen im laufenden Steuerjahr. Soweit bis jetzt die Berechnungen möglich waren und soweit die Schätzungen zu den Berechnungen es als einigermaßen sicher hinstellen, ist anzunehmen, daß der Einnahmeposten an Gemeinde-Einkommensteuer wesentlich höher ausfallen wird. Man nimmt an, wie aus einer mir vom Magistrat zur Verfügung gestellten Aufstellung hervorgeht, daß er im laufenden Jahre um 140 000 — 150 000 *M* höher sein wird. Daher ist auch diese Erhöhung um 95 000 *M* am Platze. Es ist interessant zu wissen, wieviel die Stadt Braunschweig an Einkommensteuer für Staat und Gemeinde zusammen im laufenden Jahr 1910/11 aufgebracht hat und diese Summe mit der vor 10 Jahren, also 1901, aufgebrachten zu vergleichen. Nach der Schätzung, die ich vorhin genannt habe, hat die Stadt im laufenden Jahre 2 687 000 *M* Gemeindeeinkommensteuer aufgebracht, an staatlichen Einkommensteuern waren 1 851 000 *M* ausgeschrieben. Diese Summe darf man wohl zugrunde legen: einerseits wird von der ausgeschriebenene Einkommensteuer ein Teil abgesetzt, andererseits kommt die nicht unerhebliche Erhöhung hinzu, die seit dem 1. Oktober eingetreten ist. Zieht man aber den ausgeschriebenene Posten der Staatseinkommensteuer für das Jahr 1910/11 mit den tatsächlichen Leistungen an Gemeinde-Einkommensteuer zusammen, so bringt die Stadt Braunschweig im laufenden Jahr an Einkommensteuer über 4½ Millionen Mark auf, genau 4 538 970 *M*. Vor 10 Jahren brachte die wirkliche Ausführung des Etats an Gemeinde-Einkommensteuern 1 907 000 *M*, an Staatssteuern waren ausgeschrieben 650 000 *M*, zusammen 2 557 000 *M*. Es hat also innerhalb 10 Jahren die Leistung der Stadt Braunschweig lediglich an Einkommensteuern um rund 2 Millionen Mark zugenommen.

Die Abgabe des Elektrizitätswerkes ist um 20 000 *M* höher angenommen, das Einkommen aus der Wertzuwachssteuer um 4000 *M*. Nach dem Reichsgesetz werden die Gemeinden von der Wertzuwachssteuer nur 40 Prozent erhalten, es ist aber der Zeitpunkt, von der die Berechnung des Wertes eintritt, weiter zurückdatiert, insolgedessen kommt auch für uns eine höhere Einnahme zustande.

Von Wichtigkeit sind auch die in den Plan als vermehrt eingefegten Staatszuschüsse. Das bezieht sich auf den Zuschuß für die Fortbildungsschule und auf den Zuschuß wegen der Mehraufwendung für die Lehrergehälter. Es ist im vorigen Jahr im Staatshaushaltsplan für sämtliche Fortbildungsschulen im Herzogtum ein Mehrbetrag von 40 000 *M* für die zweijährige Periode, also für das einzelne Jahr ein solcher von 20 000 *M*, eingefegt. Davon entfällt auf die Stadt Braunschweig eine Mehreinnahme von jährlich 7400 *M*. Von noch größerer Bedeutung ist die erhöhte Beisteuer des Staats für die Mehraufwendungen für die Lehrergehälter. Sie finden auf Seite 197 des vorliegenden Etats, daß für das Jahr 1911/12 ein Staatszuschuß von 202 000 *M* zu erwarten ist, gegenüber dem bisherigen Zuschuß von 117 000 *M*, also ein Mehr von 85 000 *M*. Diese Mehreinnahme beruht auf einer Vereinbarung, die im vorigen Jahre gelegentlich des Gesetzes vom 21. Juni 1910 zwischen Regierung und Landtag erfolgt ist. Es sind die Lehrergehaltssätze in den letzten Jahren dreimal gesetzlich geändert worden, zuletzt durch das Gesetz vom 21. Juni 1910, zuvor durch das Gesetz vom 28. Juni 1902 und vorher noch durch das Gesetz vom 27. Oktober 1898. Vor dem Gesetze von 1910 galt folgender Zustand: Von den Mehraufwendungen, die die Gemeinde für Lehrergehälter nach dem Gesetz von 1902 gegenüber dem von 1898 aufzubringen hat, schoß der Staat 75 Prozent zu, die Gemeinde mußte also 25 Prozent selbst tragen. Im vorigen Jahre ist die Sache durch das Gesetz dahin geregelt, daß von den Mehraufwendungen, die nach dem Gesetze von 1910 gegenüber dem von 1898 geschehen, 65 Prozent der Staat und 35 Prozent die Gemeinde trägt. Gelegentlich dieser Vereinbarung hat die Regierung bezüglich der Stadt Braunschweig in ihrer Vorlage folgendes bemerkt: „Die Stadt Braunschweig, die bereits 1909 mit einer neuen Festsetzung der Lehrergehälter vorgegangen ist, wird, der Billigkeit entsprechend, in derselben Weise zu berücksichtigen sein, wie dies 1902 geschehen ist. Die ihr zu gewährenden Zuschüsse werden daher in der Annahme zu ermitteln sein, als ob ihre Bürgerschullehrer nach den gesetzlichen Gehaltsstufen besoldet wären.“ Es hat dieses zur Wirkung: einmal bezieht sich dieser Zuschuß schon auf die im Jahr 1909 von uns erhöhten Gehaltsätze, andererseits aber auch ist dieser Zuschuß nicht 65, sondern weniger Prozente von dem, um das wir sie 1909 erhöht haben. Ich weise auf die Ausdrucksweise der Regierung hin: Es sind die Zuschüsse nur in der Annahme geschehen, als ob wir unsere Lehrer nur nach den gesetzlichen Bestimmungen besoldet hätten.

Bezüglich der Ausgabe ist zu bemerken: Zum ersten Male erscheint auf Seite 55 ein Tilgungsbetrag 60 000 *M* auf die Anleihe von 1891 im Betrage von 3 Millionen Mark. Erhöhte Ausgaben erfordern auch in diesem Jahr besonders die Armenpflege und das Unterrichtswesen. Die Armenpflege hat in



dem vorgelegten Haushaltsplan eine Mehrausgabe von 65 000 *M* vorgesehen, nämlich gegenüber 587 000 *M* im Vorjahre eine Ausgabe von 652 000 *M*. Vor 10 Jahren betrugen die Ausgaben für Armenpflege 329 000 *M*, wir haben also innerhalb 10 Jahren unsere Leistungen zur Armenkasse verdoppelt: jedenfalls eine anerkennenswerte Tatsache.

Die Ausgabe für das Unterrichtswesen ist noch von größerer Bedeutung. Es kommen da hauptsächlich die städtischen Realschulen und die Bürgerschulen in Betracht. Die städtischen Realschulen erfordern 1911/12 33 000 *M* mehr als im laufenden Jahr. Vor 10 Jahren betrug unsere Ausgabe für die städtische Oberrealschule 127 000 *M*, jetzt 283 000 *M*, sie haben sich also innerhalb 10 Jahren mehr als verdoppelt. Es ist im Landtag im vorigen Jahr davon die Rede gewesen: während der Staat den Bedarf an humanistischen Gymnasien decken, hätten die Gemeinden für die Realanstalten zu sorgen. Dieser Verpflichtung, die von den Vertretern der Stadt Braunschweig im Landtage willig anerkannt ist, wird in der Tat schon jetzt im hohen Maße genügt. Die Schülerzahl der Realanstalten, die vor 10 Jahren sich auf 490 beliefen, beträgt nunmehr 1047, darunter 170 Ortsfremde. Jeder Schüler der Oberrealschule erfordert einen gesamten Kostenaufwand von 304 *M*. Wenn die geehrten Herren hiervon das Schulgeld abziehen, so ergibt sich ein Zuschuß auf den Kopf für die untern Klassen von 154, für die höheren Klassen von 168 *M*. Ich führe das an, um darzutun, wie die Stadt bemüht ist, dieser ihr zugeteilten Verpflichtung nachzukommen.

Die Bürgerschulen erfordern 1½ Millionen Mark. Gegenüber der Zeit vor 10 Jahren sind die Ausgaben um 50 Prozent gestiegen. 1901/02 betrug die Ausgabe 1 053 000 *M*, jetzt 1 545 000 *M*.

Was den Abschluß des Haushaltsplans betrifft, so steht im Ausgleichsfonds das jetzt abgelaufene Steuerjahr mit dem veranschlagten Fehlbetrage von 152 000 *M* zu Buche. Da nach der Schätzung über die Gemeinde-Einkommensteuer hier ein wesentlich höherer Eingang zu erwarten ist, so ist zu erhoffen, daß der Fehlbetrag wesentlich geringer sein, vielleicht ganz verschwinden wird. Der vorgelegte Haushaltsplan 1911/12 schließt ab mit einem Fehlbetrage von 140 800 *M* der Etat ist mit der gewohnten großen Vorsicht aufgestellt, deshalb ist vielleicht zu hoffen, daß dieser Fehlbetrag sich nicht in voller Höhe einstellt. Ob und an findet sich auch im Haushaltsplan dasjenige, was der Kaufmann „Stille Reserven“ nennt. Weiter ist folgendes zu betonen: Es hat eine Anzahl städtischer Beamten und auch die städtischen Lehrer erneut um Erhöhung ihrer Gehaltsätze nachgesucht. Sollte die mit der Vorberatung dieser Anträge betraute Kommission zu einem zusagenden Standpunkt kommen, so ist selbstverständlich der jetzige Haushaltsplan als solcher mit den jetzigen Einnahmen

nicht in der Lage, die etwa entstehenden Kosten zu decken, sondern es müßte dann in einer andern Weise Rat geschafft werden, besonders angesichts des jetzt schon feststehenden Fehlbetrages von 140 000 *M*.

Zum Schluß noch einiges über die technischen Werke. Wir haben vor 1½ Jahren den Einheitspreis von 14 Pfennig für das cbm Gas eingeführt. Diese Maßregel hat sich, sowohl was den Absatz betrifft, als auch betreffs der Einnahme, als gut und richtig erwiesen. Der Absatz für das laufende Steuerjahr wird, soweit die Abgabe durch Messer festgestellt wird, nach den als zuverlässig scheinenden Schätzungen der Direktion der Licht- und Wasserwerke um rund 100 000 cbm höher sein als der von 1909/10. Damals betrug er 6 502 000 cbm, jetzt 6 600 000 cbm. Was den Gewinn einschließlich der Rückstellung betrifft, so ist anzunehmen, daß er nicht kleiner sein wird als der des vorhergehenden Jahres. 1909/10 hat er betragen 527 000 *M*, während er jetzt auf wenigstens 510 000 *M* geschätzt wird. Diese Tatsache ist um so bedeutsamer, als im laufenden Steuerjahr die Ausgabe an Kohlen einschließlich Zusatzmaterial nur um 55 000 *M* kleiner gewesen ist, als anschlagsmäßig. Veranschlagt waren die Kosten für Kohlen 1910/11 auf 605 000 *M*, während sie sich auf 550 000 *M* belaufen werden. Im Jahre 1909/10 ist aber an Kohlen und Zusatzmaterial 148 000 *M* erspart, also der große Ueberschuß des Vorjahres ist wesentlich zustande gekommen in den Kosten für Kohlen und Zusatzmaterial.

Es wird angenommen, daß Anfang April das neue Wasserwerk Münden in Betrieb kommt. Für beide Werke sind Einnahmen und Ausgaben angenommen. Trotz der durch den Betrieb der beiden Werke entstehenden Mehrkosten wird der Gewinn nicht geringer veranschlagt als für das Jahr zuvor, nämlich mit 208 000 *M* gegenüber 205 000 *M* im Vorjahre.

Auf Antrag des Herrn Stadtv. J a s p e r tritt die Versammlung in eine allgemeine Besprechung des Etats ein.

Herr J a s p e r: Dem, was der Herr Berichterstatter im Eingang seiner Ausführungen über die formelle Gestaltung des Etats gesagt hat, möchte ich entgegentreten. Es ist an sich ganz recht, es als wünschenswert zu bezeichnen, daß durch Einverleibung der einzelnen selbständigen Etats in die Kammereiabteilung eine größere Uebersichtlichkeit herbeigeführt würde. Der Herr Berichterstatter hat auch angedeutet, daß diese Umgestaltung nicht nur in diesem Jahr vorgenommen, sondern auch schon früher angefangen wäre und auch noch fortgesetzt würde. Dem kann man an sich nur beipflichten, nur möchte ich zu bedenken geben, ob es nicht ein unpraktisches Verfahren ist, so stückweise vorzugehen und ob es nicht ratsamer wäre, einmal gründlich alles nach der Uebersichtlichkeit und der Zusammengehörigkeit einzuordnen. Wenn man stückweise vorgeht, so wird zwar

im einzelnen eine Uebersichtlichkeit erlangt, aber die Vergleichbarkeit der einzelnen Haushaltspläne untereinander wird ungeheuer erschwert, und da die einzelnen Haushaltspläne in Beziehung stehen, ist es eine große Arbeit, die einzelnen Posten wiederzufinden. Deshalb möchte ich wünschen, daß gleich gründliche Abhilfe für absehbare Zeit hier geschafft werden möchte.

Sodann möchte ich den Beschluß und den Wunsch der Finanzkommission hinsichtlich des Zusammenzählens auch der beiden ersten Spalten, der wirklichen Ausgabe des vorjährigen Kostenanschlages unterstreichen und dringend befürworten. Wenn die einheitliche Umgestaltung bald durchgeführt wird, dann werden die Bedenken, die jetzt dagegen geltend gemacht werden, wohl nicht mehr stichhaltig sein, und es wird beim Durcharbeiten des Haushaltsplans für jeden einzelnen Posten eine größere Erleichterung hinsichtlich der Vergleiche ermöglicht. Zu dieser Vergleichbarkeit würde auch dienen (und das möchte ich dem Wunsche der Kommission noch hinzufügen), wenn die Erneuerungen, die in den einzelnen Vorschlägen enthalten sind, in der einen oder anderen Weise kenntlich gemacht werden, wie es zum guten Teile in einzelnen Kapiteln geschieht. Andere Kapitel schweigen sich vollkommen darüber aus, obwohl ganz wesentliche Neubewilligungen und Einstellungen bewirkt werden sollen. Früher war auch in größerem Umfang davon Gebrauch gemacht worden. Wenn dort eine kurze Notiz angebracht wird: „der Posten ist zurückzuführen auf den Beschluß von der und der Versammlung“, dann weiß jeder: er ist von den Stadtverordneten bewilligt.

Ergänzend möchte ich in formeller Beziehung noch den Wunsch vortragen, daß die Anmerkungen laufend durchgeführt werden möchten, denn es wirkt sehr störend, wenn die Nummern verwechselt werden, wie das in der Kommission schon zutage getreten ist.

In sachlicher Beziehung kann ich dem nicht beipflichten, was der Herr Bericht-erstattet ausgeführt hat. Gewiß ist es zunächst ganz hübsch, wenn man hört, die Steuern sind in dieser Weise gestiegen, und zwar ohne daß im letzten Jahr die Einkommensteuer erhöht werden mußte. Es bedeutet das eine größere Leistungsfähigkeit der Einwohnerschaft, die erfreulich ist. Diese Freude wird dadurch für mich etwas getrübt, wenn man sieht, daß so sehr wenig Fortschritte, so wenig Neuerungen in dem Haushaltsplan vorhanden sind, die einer größeren Leistungsfähigkeit der Stadt der Allgemeinheit gegenüber Rechnung tragen, daß dieser Erfolg im wesentlichen auf einem Stillstehen in der Erfüllung der Aufgaben der Allgemeinheit gegenüber zurückzuführen ist. Man findet vieles, was wohl im Haushaltsplan stehen mußte, wenn man den Wünschen der Einwohner Rechnung tragen will. Ich will nicht groß davon reden, daß die Frage nach der Umgestaltung des Bahnhofes unter Umständen mit Vorarbeiten in

einem Ausgabeposten zum Ausdruck kommen sollte, wenn die Verhandlungen schon weiter gediehen wären. Man könnte entgegnen: „Das muß außerhalb des ordentlichen Etats erledigt werden!“

Es wird viel Wesens davon gemacht, daß in dankenswerter Weise der verstorbene Stadtrat Südel die Stadt mit einer großen Erbschaft bedacht hat. Es werden doch wohl, wenn dem so ist, — über diese Erbschaft ist ja das möglichste Geheimnis noch von den Herren bewahrt, die darüber zu sagen haben — es werden doch wohl im kommenden Etat Jahreseinnahmen für die Interessen der Stadt an sich flüssig werden, und es fehlt auch der geringste Hinweis, wie die Stadt darüber zu verfügen gedenkt. Der Vorsitzende dieser Kommission lächelt still über sein besseres Wissen. Bisher aber ist über seine Lippen nichts herausgekommen, wie es mit der Erbschaft der Stadt, von der man im allgemeinen redet, tatsächlich ist. Ich rege besonders auch diese Frage an, nicht nur, um der wünschenswerten Aufklärung halber, sondern, weil der Verstorbene auch den Wunsch gehabt und durchgeführt hat, daß seine irdischen Reste eingäschert werden sollten und nicht der Erde übergeben. Es ist bekannt geworden, daß eine gewisse Summe aus diesem Nachlaß für die Schaffung einer Leichenverbrennungsanstalt zur Verfügung gestellt sein soll. Wenn ich recht unterrichtet bin, sind auch die landesgesetzlichen Bedenken überwunden. Wir haben ein Landesgesetz, das jetzt den Gemeinden an sich ermöglicht, solche Anstalten zu errichten. Gerade in diesem Zusammenhange wäre es nicht nur ein Akt der Pietät, sondern auch die Erfüllung eines in vielen Kreisen der Einwohnerschaft lange gehegten Wunsches, wenn im kommenden Etatjahr, das uns hier zur Beratung vorliegt, man daranginge, das zu schaffen, was für die Leichenverbrennung notwendig ist, wenn auch vielleicht nicht in einem Jahr, sondern vielleicht durch Zurückstellung einer ersten Rate für den Zweck. Davon finde ich im Etat gar nichts. Ebenso sind andere Wünsche hier in unserer Mitte laut geworden, wie etwa die Schaffung einer Badeanstalt, die Beseitigung der sehr unzureichenden Verhältnisse bei unserer Müllabfuhr, die nachgerade unter gewissen Umständen zu einer gesundheitlichen Gefahr werden kann. Auch hierüber findet sich kein Vorschlag, keine Verbesserung: Stillstand, der unter Umständen zum Rückschritt werden kann, auch vom Gesichtspunkt der Herren aus, die gerade die Steuern zahlen, Fremde hierher ziehen wollen und in anderen Städten diese Einrichtungen finden, bei uns aber das altbewährte von Anno dazumal.

Es ist dann von dem Herrn Berichterstatter erwähnt, daß der Voranschlag sich vollkommen darüber ausspricht, wie es mit der Aufbesserung der Löhne der Arbeiter, die dringend notwendig ist, wie es mit der Aufbesserung der Gehälter der Lehrer und Beamten gehalten werden soll. Lediglich der persönlichen Mitteilung des Herrn Berichterstatters können die Interessenten es verdanken,

soweit die Beamten und Lehrer in Betracht kommen, daß sie gehört haben: Es wird die Deputation noch Vorschläge machen, vielleicht für das laufende Jahr, und dann müssen wir über neue Mittel zur Deckung dieser erhöhten Ausgaben sinnen. Gerade diese Frage ist seit langem vom Magistrat und auch von den Stadtverordneten erörtert und wenn anerkannt wird, daß in Beziehung auf die Entlohnung, die hier vorhanden ist, noch etwas geschehen muß, so nimmt es mich wunder, daß hierüber weder im Voranschlag noch im Begleitschreiben das geringste gesagt ist.

Der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß die Einnahme aus unsern technischen Werken, den Gas- und Wasserwerken, in erfreulicher Weise trotz großer Aufwendungen, ähnlich hat eingesetzt werden können, wie früher. Ich möchte ergänzend hinzufügen, daß auch ein anderes städtisches Werk sich ähnlich glänzend entwickelt, das durchaus nicht so nebenbei hier behandelt werden darf: das ist unsere städtische Mühle. Ich führe das bei dieser Gelegenheit besonders an, weil es ein Beweis ist, daß auch in städtischer Regie, durch Leitung und Durchführung technischer Werke seitens der Stadt Ueberschüsse für das Gemeinwesen gewonnen werden können, die für die Steuerzahler angenehm sind, und daß infolgedessen die Vorsicht, die man an gewissen leitenden Stellen gegenüber der Uebernahme irgendwelcher technischer Einrichtungen in städtische Verwaltung hegt, unter Umständen etwas zu weitgehend erscheinen könnte. Um das näher in der Praxis zu illustrieren, will ich hinweisen auf die Gestaltung des Elektrizitätswerkes und auf die Gestaltung der Straßenbahn. Es ist seit langem ein Wunsch in großen Kreisen der Bürgerschaft, daß diese beiden Einrichtungen, die der Allgemeinheit zu dienen bestimmt sind, auch in städtische Verwaltung genommen werden. Im Etat ist auf Seite 110 zu lesen, daß der Anteil, den wir an dem Gewinn des privaten Elektrizitätswerkes haben, nach den vorsichtigen Voranschlägen auf 103 000 *M* im kommenden Jahr eingeschätzt ist, um 20 000 *M* mehr als im Vorjahre. Es bedeutet das unter Umständen nicht nur eine Gefahr für unser Gaswerk, dem gegenüber das Elektrizitätswerk ein Wettbewerber ist, sondern es bedeutet auch, daß es vielleicht nicht ganz richtig gewesen ist, diese Konzession so lange Zeit einer Privatgesellschaft zu übergeben, und daß es deshalb gerade bei dieser Entwicklung wohl am Platze wäre, dem Gedanken näher zu treten, ob nicht in absehbarer Zeit eine derartige ergiebige Einnahmequelle, die an sich im Interesse der Allgemeinheit verwaltet werden muß, in die Verwaltung der Stadt übernommen werden kann. Dringend ist dieses weniger aus Einnahmerücksichten als aus technischen Rücksichten bei der Straßenbahn. Wir haben uns wiederholt darüber unterhalten, so daß ich dem nichts mehr hinzuzufügen habe.

Der Herr Berichterstatter führte auch die Steigerung der Wertzuwachssteuer an; und das gibt mir Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie sehr unzureichend und vorsichtig vom bodenreformerischen Sinne aus unsere Steuerordnung gewesen sein muß, obwohl wir den ganzen Ertrag der Steuern bekamen, wenn unsere Einnahme aus der Steuer sich steigert, trotzdem wir jetzt nur einen Anteil, nur 40 Prozent von dem im ganzen aufkommenden Betrage der neuen Steuer erhalten, die gleichfalls von der linken Seite des Reichstages als unzureichend im bodenreformerischen Sinne bezeichnet worden ist.

Der schließliche Fehlbetrag macht mir mit dem Herrn Berichterstatter wenig Sorge. Ich habe auch den Eindruck gewonnen, daß der Haushaltsplan sehr vorsichtig aufgestellt ist und er die stille Reserve in größerem Umfange enthält als es äußerlich den Anschein hat.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Bei der Rede des Herrn Dr. Jasper habe ich das Gefühl gehabt: Kritifizieren ist leicht, Bessermachen aber schwer. Denn wie Herr Dr. Jasper, wenn er an meiner Stelle säße, den Etat anders hätte einrichten wollen, hat er nicht gesagt. Wir im Magistrat haben auch manche Wünsche, die wir nicht gleich realisieren können, aber darum ist das, was wir nun einmal haben und treiben, noch nicht schlecht.

Es handelt sich bei der zunächst angeregten Frage nicht um eine vollständige Verschiebung des Etats, sondern nur darum, daß die Sonderetats, die bisher in dem Hauptetat nur mit dem Nettoertrag erschienen, in Zukunft als Anhang verschwinden und eingereiht werden, z. B. die Straßenreinigung in den Hauptetat. Praktisch ist es genau dasselbe, ob so verfahren wird oder wie früher, aber wie der Magistrat schon hervorgehoben hat, erleichtert es die Uebersicht, wenn die einzelnen Etats in dem Gesamtetat mit ihren vollen Beträgen aufgeführt werden; deshalb werden wir es fortsetzen, soweit es möglich ist. Herr Dr. Jasper scheint allerdings von der Anschauung auszugehen, daß er, wenn der Magistrat nicht mit einem Schlage alle Sonderetats beseitigt, dagegenstimmen werde. Wir haben die Schwierigkeiten auseinandergelegt und der Herr Referent hat sie auch hervorgehoben, welche sich dem Wunsche entgegenstellen, den Armenkassenetat in den Hauptetat aufzunehmen. Ist die Stadt dazu berechtigt? Herr Dr. Jasper wird ja wissen, daß über den Armenetat besondere Vorschriften bestehen, es wird zu entscheiden sein, ob es rechtlich zulässig ist, diesen Etat verschwinden zu lassen. Dieselbe Sache ist es mit den Bürgerschulen, doch hoffe ich, daß wir über diese Schwierigkeiten hinwegkommen werden. Auch bei anderen Etats ist eine solche Aufnahme unmöglich, namentlich bei denen, wo eine gesonderte Rechnungsführung eintreten muß, wie beim Kieselgute. Diese Einverleibungen sind immer nur möglich, wenn der betreffende Rechnungsführer

dem Rechnungsführer des Hauptetats, das ist der Stadtkämmerer, unterstellt ist, und wir können doch nicht gut den Rechnungsführer der Kasse des Kieselgutes dem Stadtkämmerer unterstellen, denn um öfter zur Kontrolle nach dem Kieselgut zu fahren, dazu hat der Stadtkämmerer zu viel zu tun! Soweit es aber möglich ist, werden wir die Einverleibung in den Hauptetat fortsetzen.

Der geäußerte Wunsch über das Zusammenzählen der Zahlen links auf der Seite wird erfüllt werden, obgleich ich keinen Wert darin erkennen kann, weil verschiedene Sachen einander gegenübergestellt werden, denn wir können nicht alle erledigten Sachen des Vorjahres in den Voranschlag aufnehmen, dadurch würde die Uebersichtlichkeit leiden.

Herr Dr. Jasper hat sodann noch die verschiedensten Wünsche vorgebracht. Er hat eine Bemängelung unseres Etats vorgenommen, weil er einige von ihm gewünschte Positionen darin vermißt: Zunächst den Bahnhof. Ich frage Sie: Was soll der Magistrat in den städtischen Etat für 1911/12 in bezug auf den Bahnhof einstellen, selbst wenn er der Ueberzeugung wäre, daß im nächsten Etatjahr die Verhandlungen in Gang gebracht würden, ja schon zum Abschluß kämen? Ich erkläre mich vollständig außerstande, auch nur annähernd etwas darüber zu sagen, und bin weiter der Ansicht, daß ein solches Geschäft, wie es bei dem Bahnhofsumbau in Aussicht steht, sich nicht im Rahmen des Etats abwickeln kann. Jetzt im voraus irgendeine Summe anzunehmen, halte ich für ganz falsch. Dann hat Herr Dr. Jasper den Füdelschen Nachlaß mit in die Etatbesprechung gebracht. Ueber diesen Nachlaß und über die Nachlaßregulierung schon jetzt Näheres in die Oeffentlichkeit hineingelangen zu lassen, halte ich für unangebracht. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß der Verstorbene ein Vergnügen daran gefunden hat, Geschäfte zu unterstützen, die der Unterstützung in erhöhtem Maße bedürftig waren, und diese Sachen öffentlich zu verhandeln, würde nicht dem Sinne des Verstorbenen entsprechen. Solange ein Abschluß in der Regelung nicht erfolgt ist, — ich wollte einmal sehen, ob Herr Dr. Jasper schneller damit zustande käme — kann es nicht helfen, daß wir mit mutmaßlichen Zahlen herauskommen. Die Hoffnung aber, die Herr Dr. Jasper zu hegen scheint, daß in Zukunft im Etat irgendwelche Mittel der Füdelschen Stiftung erscheinen werden, kann er fahren lassen. Nicht ein Pfennig davon wird meiner Ansicht nach in den Etat eingestellt werden, weil das den Anordnungen des Verstorbenen widerspräche. Er hat ausdrücklich bestimmt: Meine Mittel sind nicht zu solchen Zwecken zu verwenden, für welche die Steuern aufgebracht werden. Darnach werden wir uns richten, und soweit es erforderlich ist, wird eine Mitwirkung der Herren Stadtverordneten stattfinden. Das ist vorgesehen in bezug auf diejenigen Mittel, die zu gemeinnützigen Zwecken verwandt werden sollen. — Wozu soll ferner das Krematorium in den Etat eingestellt werden? Das

zuerst ausgearbeitete Projekt ist vom Magistrat verworfen, die Ausarbeitung des zweiten noch nicht beendet; wir hoffen aber, es Ihnen in nächster Zeit vorlegen zu können. Mittel für das Krematorium in den Etat einzustellen, halte ich für falsch, ebenso auch für eine Aenderung in der Müllabfuhr und dergleichen. Es ist unmöglich, alle die Projekte, die man unter der Feder hat, die aber noch nicht ausgearbeitet sind, in den Etat aufzunehmen. Das würde selbstverständlich nur andeutungsweise mit imaginären Größen stattfinden können. Der Etat soll uns ein Bild bieten darüber, was im nächsten Jahr an Einnahmen erforderlich ist, und über die vom Magistrat bereits in Aussicht genommene Ausgabe. Es wäre töricht, wenn man sich zum Sklaven des Stats machen wollte, und sagen: Was nicht darin aufgenommen ist, darf auch nicht aufgewendet werden. Das nenne ich eine Verdrehung der Tatsachen. Je nach dem Bedürfnis, wie es sich im Laufe des Jahres herausstellt, müssen die Mittel beschafft werden, und wir sind durch den Ausgleichsfonds in der glücklichen Lage, Ihnen im Laufe des Jahres Vorlagen zu unterbreiten, die Hunderttausende kosten, ohne daß unser Etat im geringsten ins Schwanken kommt. Ist das nicht besser, als wenn der Magistrat Andeutungen macht und Zurückstellungen vorschlägt! Wenn wir Ihnen nachher rechtzeitig die Vorlagen bringen, könnte auch Herr Dr. Jasper wohl zufrieden sein. Als wir den Etat aufstellten (das war im November oder im Oktober schon), da wußten wir beim besten Willen nicht, wie weit die Sache mit den Lehrergehältern gedeihen würde. Herr Dr. Jasper weiß als Kommissionsmitglied ja ganz genau, wie weit jetzt die Sache ist. Als wir vor acht Tagen zusammenkamen und unsern Beschluß faßten, lag der Etat schon vor. Auch in diesem Falle sage ich: Wenn wir uns mit Ihnen verständigen über eine Erhöhung der Gehälter, und zwar schon vom 1. April an, dann wird es den Lehrern einerlei sein, ob die Mittel schon in den Etat aufgenommen sind oder nicht. Wenn sie das Geld nur bekommen, dann werden sie schon zufrieden sein.

Weiter hat Herr Dr. Jasper die Straßenbahn und das Elektrizitätswerk zum Gegenstand seiner Besprechung gemacht. Ich weiß ja, das ist ein Lieblingswunsch des Herrn Dr. Jasper, diese Sachen in städtische Regie zu bringen. Dazu möchte ich erklären: Soweit ich die Stimmung im Magistrat kenne, besteht bei ihm eine Neigung dafür nicht. Wir fahren, glaube ich, bei der Sache in finanzieller Beziehung entschieden besser, wenn wir sie in privaten Händen lassen und ob in sozialer Beziehung die Einrichtungen dieser beiden Werke so sehr schlecht sind, weiß ich nicht. Nach dem, was ich gehört habe, ist es nicht der Fall, wenigstens kann man nicht sagen, daß aus diesem Grunde eine Verstaatlichung dieser Werke geboten erschiene. Deshalb meine ich, solange wir vom Lichtwerk eine Einnahme erzielen, wie sie uns hier geboten ist, sollen wir es ruhig weiter arbeiten lassen und nur sehen, daß wir unser Gaswerk auf der



Höhe erhalten. Nach dem, wie sich bis jetzt das Geschäft im Gasbetriebe gestaltet hat, glaube ich, daß die Zeiten hierin wenigstens nicht schlechter werden. Auf eine derartige Zunahme des Gasverbrauchs und der Einnahmen wie in früheren Jahren werden wir freilich nicht zu rechnen haben. Das ist auch kein großes Unglück. In früheren Jahren wurden die Ueberschüsse zum großen Teil wieder in die Werke hineingesteckt, um Erweiterungsbauten vorzunehmen. Jetzt können wir uns darauf beschränken, Vervollkommnungen im Betriebe zu erreichen. Ich sollte meinen: Wenn auch die Einnahmen aus dem Gaswerke sich nicht mehr erhöhen, so werden wir wenigstens einen Ersatz dafür finden durch das Elektrizitätswerk, das uns bereits einen schönen Ertrag liefert, der viel leichter eingeht, als die Einnahmen aus dem Gaswerk. Wenn die Stadt ohne jede Mühe über 100 000 *M* pro Jahr von diesem Werk einnimmt, so steht sie sich nicht schlecht dabei.

Vorsitzender: Ich bitte jetzt den Herrn Referenten, in die Materie selbst einzutreten.

Herr Wolters gibt als Referent der Finanzkommission an der Hand des Haushaltsplans bei einzelnen Punkten kurze Erläuterungen.

## **1. Vorausschlag der Kämmereikasse.**

### **A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben.**

#### **Kapitel I. Kämmercivermögen.**

##### **Abteilung V: Neustadtmühle.**

Herr Wolters: Herr Jasper erwähnte, daß ich nicht den Mehrge Gewinn der Neustadtmühle angeführt habe. Wie Sie sehen, beträgt er 10 000 *M*.

Herr Riecke: Wenn der Herr Referent meinen sollte, 10 000 *M* wären belanglos, so möchte ich bemerken, daß für mich die Sache eine besondere Wichtigkeit hat. Früher war die sogenannte Neustadtmühle eine Ruine, jetzt ist sie eine moderne Mühle, die in keiner Weise hinter anderen zurücksteht. Ich möchte mich auch im Sinne des Herrn Dr. Jasper aussprechen, der darauf hinwies, daß der Magistrat ziemlich engherzig ist, wenn es sich darum handelt, industrielle Sachen in eigene Regie zu übernehmen. Es zeigt sich jetzt, wo die Anlage der Mühle der Neuzeit entsprechend ausgeführt ist, daß ein Gewinn herausgekommen ist, der immerhin schon zu Buche schlägt. Das sollte den Magistrat anregen, daß er auch auf anderen Gebieten nicht so engherzig zu sein braucht. Wenn die Sachen nur energisch in die Hand genommen und modern

ausgestaltet werden, dann werden sie nicht nur für die Stadt rentabel sein, sondern die Stadt selbst gewinnt dadurch auch an Ansehen. Das ist für mich der wichtigste Punkt.

### Abteilung IX: Kapitalschulden.

#### B. Tilgungsbeträge.

Herr Wolters (Seite 54): Wir haben in der Finanzkommission darum gebeten, es möchte in dem nächstjährigen Etat eine bessere Klarstellung darüber erfolgen, wo diese Tilgungsbeträge bleiben. Die Posten auf Seite 52, 1—4, sind keine eigentlichen Einnahmeposten, sie sind als Ausgabenposten wieder enthalten auf Seite 53.

### Abteilung V, 5: Neustadtmühle.

Herr Wolters (Seite 19): Mit Ablauf des Jahre 1911/12 werden aus den Ueberschüssen die Umbaukosten sämtlich gedeckt sein, dann wird mit Abtragung der unter 1 der Ausgabe erwähnten Restschulden wieder begonnen.

### Abteilung VI, unbebaute Grundstücke.

Herr Hesse (Seite 23): Unter Nummer 10 stehen die Aufwendungen für den Bürgerpark. Ich setze voraus, daß der Spielplatz dauernd in Benutzung bleiben wird. Dann möchte ich darauf aufmerksam machen, daß dort eine Bedürfnisanstalt fehlt.

Herr Wolters: Der Antrag kommt noch. Die Finanzkommission hat gebeten, die Versammlung möge an den Magistrat die Bitte richten, daß an der Ecke des Eisenbüttelerweges und der Wolfenbüttelerstraße eine Bedürfnisanstalt errichtet wird, besonders in Rücksicht auf den benachbarten Spielbetrieb.

Herr Hesse: Es freut mich, daß die Kommission bereits darauf Rücksicht genommen hat, und möchte nur noch die Bitte hinzufügen, daß die Errichtung nicht lange hinausgeschoben wird. Auch mit dem Platz könnte ich einverstanden sein. Vielleicht könnte auch die Anstalt so eingerichtet werden, daß bei ungünstigem Wetter die Gäste der Straßenbahn dort ein Unterkommen finden.

Der Antrag der Finanzkommission gelangt zur Annahme.

### Abteilung VIII, 2: Gerechtsame.

Herr Niese (Seite 27): Sie wissen, daß seit einiger Zeit die Messen von den Straßen unserer Stadt verschwunden sind. Wer nun bei der letzten Messe

den Platz bei dem ungünstigen Wetter und bei Regenwetter sich angesehen hat und bedenkt, daß der Platz im Ueberslutungsgebiet der Oker liegt, der wird mir zugestehen, daß nicht nur eine Befestigung des Platzes, sondern auch eine Auffüllung desselben notwendig ist. Ich habe gesehen, daß die Leute bis an die Knöchel im Kot gesteckt haben. In andern Städten, wie Magdeburg, Frankfurt am Main, Leipzig, hat man die Messe noch innerhalb der Stadt behalten. Die Hinauslegung selbst will ich nicht kritisieren. Aber wenn man einmal die Messe hinausgelegt hat, so ist man auch verpflichtet, den Verkäufern solche Plätze anzutweisen, die menschenwürdig sind. Die jetzigen Zustände können nicht kraß genug geschildert werden. Leider hat man in Braunschweig auch bei dieser Angelegenheit mit 4—5 Behörden zu tun. Der Platz gehört der Schützengesellschaft, die Stadt bringt die Buden dahin, bezieht Miete und muß Miete bezahlen. Ich meine, die Stadt täte besser, entweder den Platz zu erwerben, oder die Messe vielleicht auf dem Leonhardplatz stattfinden zu lassen.

Andere mittelalterliche Institutionen, die auf Privilegien beruhten, hat man abgeschafft, wie das Privileg der Apotheker und Schornsteinfeger. Dafür aber hat man andere Privilegien eingeführt zugunsten der Budenverleiher Becker in Beltenhof und Wilkens in Wolfenbüttel. Die alten Buden, die schon so mancherlei Zwecken gedient haben, und die schon mehrere Jahrhunderte alt sind, werden immer den Leuten aufgetroyiert, die sie nicht wollen. Die Buden sind in einem derartigen Zustande, daß sich die Leute nicht mehr darin bewegen dürfen, sie finden auch nicht den nötigen Platz darin für ihre Kisten und Waren; sie können die Ware nicht geschützt auslegen, damit sie nicht verdirbt und einmal im Winde davonfliegt. Es ist ja richtig, daß eine Anzahl Buden vorhanden sein muß für die Leute, die von außerhalb kommen, dann muß aber darauf gedrungen werden, daß die Buden in einem Zustande sind, welcher der heutigen Zeit entspricht. Seinerzeit wollte man, daß die Marktkörbe für die Markthalle nach einer besonderen Zeichnung angefertigt werden sollten. Wenn wir heute uns die Sache ansehen, so merkt man, daß sich solche Dinge nicht schematisieren lassen. Aber immerhin kann etwas dafür geschehen. Verschiedene Verkäufer haben sich anständige Buden, in denen sie Platz haben und sicher sind, daß ihre Waren nicht gestohlen werden und nicht verderben, anfertigen lassen. Denen wird einfach verboten, diese Buden aufzustellen oder es wird ihnen gestattet, sie in irgendeinem Winkel aufzustellen, nach der Devise, die in der Markthalle angewendet wurde: „Beim Klopsett können Sie sich aufstellen!“ Es wäre wert, daß sich der Verkehrsverein um die Sache bekümmerte, daß wäre wichtiger als die Veranstaltung von Promenadenkonzerten. Die Messe hat doch noch eine Bedeutung und bietet der Stadt die Gewähr, daß sie eine Einnahme davon hat. Hier ist eine Bekanntmachung, die von der Herzoglichen Polizeidirektion er-

lassen ist, in der unter andereni folgendes bestimmt wird: Die Meßverkäufer, die keine eignen Buden aufstellen wollen, sollen sich an die bezeichneten Herleiher wenden. Die eigenen Buden werden den geschlossenen Buden-Reihen angereiht, soweit möglich wird bei Zuteilung der Plätze auf ausgesprochene Wünsche Rücksicht genommen, eine Zusicherung in dieser Hinsicht kann aber nicht erfolgen.

In Hannover ist man kulanter. Hier wird in den Bereich der Möglichkeit gerückt, daß man den Leuten nicht entgegenkommt. Wer in Hannover eine Bude mietet und nicht zur Messe kommen kann, schickt eine Postkarte: „Ich bin behindert wegen Krankheit“. Dann bleibt ihm der Platz für das nächste Jahr aufgehoben. Warum macht man es hier nicht ebenso, so zahlreich sind die Schausteller doch nicht. Jedenfalls müßte aber die Stadt für bessere Buden sorgen. Das würde auch in ästhetischer Beziehung einen besseren Eindruck machen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ueber die Errichtung der Meßbuden und über die Einnahmen aus den Standgeldern von der Messe und den Meßviehmärkten besteht zwischen der Stadtverwaltung und der Schützen-gesellschaft einerseits und der Stadtverwaltung und der Regierung andererseits ein Abkommen, das berührt ist durch die Hinauslegung der Messe aus der Innenstadt nach dem Schützenplatze. Der Magistrat hat sich im Laufe dieses Winters davon überzeugen müssen, daß die Vielheit der Behörden, die bei der Angelegenheit beteiligt sind, allerdings, wie Herr Riefe ganz richtig hervorgehoben hat, zu mancherlei Unzuträglichkeiten führt. Der Magistrat hat nun das mit dem Staat getroffene Abkommen zum 1. Juli dieses Jahres gekündigt und wird bis dahin zu einem neuen Abkommen schreiten müssen. Wenn die Verhandlungen, wie ich als sicher annehmen darf, zum Abschluß kommen, so wird den geehrten Herren im Laufe der nächsten Monate eine Vorlage zugehen, die darin gipfelt: Das Anrecht des Staats auf Mitgenuß eines Teiles der Messeinkünfte soll abgelöst werden durch eine Summe, die dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre entspricht, so daß dann die Stadt allein mit der Schützen-gesellschaft zu tun haben wird. Es wird sich unmöglich einrichten lassen, daß die Stadt der Schützen-gesellschaft auch noch den Schützenplatz abkauft, denn der Schützenplatz steht in so enger Verbindung mit den Veranstaltungen der Schützen-gesellschaft, daß man nicht an eine Uebertragung des Eigentums an die Stadt denken kann.

Von dem, was Herr Riefe über ein Privileg gewisser Budenbesitzer ausgeführt hat, ist mir nichts bekannt, und ich müßte doch etwas davon wissen, wenn es bestände. Wohl ist mir bekannt, daß ein beteiligter Unternehmer, Herr Wilkens in Wolfenbüttel, sich mit einer Beschwerde über das Verfahren der

Stadtverwaltung ihm gegenüber an den Landtag gewandt hat, in der er sich ausläßt: Er hätte früher mehr Befugnisse ausüben können und empfände sich darin geschmälert. Der Landtag hat jedoch Herrn Wilkens Sonderwünschen kein Gehör angedeihen lassen und entschieden: sie beständen nicht zu Recht. Mit allen derartigen Sonderwünschen, die sich im Laufe der Zeit eingeführt hätten, aufzuräumen, hat der Magistrat für seine Pflicht gehalten. Besonderes Gewicht wird man in Zukunft darauf legen müssen, daß den Anforderungen der Feuerpolizei mehr als das früher der Fall gewesen ist, bei Aufbau und Einrichtung der Buden Rechnung getragen wird. Es ist seitens der Herzoglichen Kreisdirektion, seitens des Ministeriums und neuerdings auch seitens des Stadtbauamts, die Ansicht vertreten worden, daß Buden als Bauwerke anzusehen sind, also eine baupolizeiliche Genehmigung erforderlich ist. Dann muß auch eine Prüfung stattfinden, die auf die Gesamtheit der Platzverteilung Rücksicht nimmt. Das ist in letzter Zeit geschehen und wird auch in Zukunft geschehen. — Was die Ausgestaltung des Platzes anbetrifft, so hoffe ich, daß wir zu einer Verständigung mit der Schützengesellschaft dahin kommen, daß der Platz hinsichtlich seiner Befestigung besser hergestellt wird. Wenn es gelingt, ein Abkommen auf 10 Jahre zu schließen, dann wird man wagen dürfen, den Platz besser herzustellen, auch wenn man nicht Herr des Platzes ist.

#### Abteilung IX, A IIb: Kapitalschulden (Zinsen).

Herr **Wolters** (Seite 35): Auf Seite 282 ist für diese Verzinsung der Betrag von 4000 *M* angegeben. Um eine Uebereinstimmung herbeizuführen, kann auf Seite 282 der Betrag auf 3680 *M* abgeändert werden.

#### Abteilung IX, A IV: Kapitalschulden (Zinsen).

Herr **Wolters** (Seite 45): Die Finanzkommission hat die Bitte, daß auch unter a und f die Abträge mit genannt werden möchten. Der Grund für die Unterlassung ist, daß bei diesen beiden Anleihen von 1880 und 1900 die Verzinsung vom 1. Januar läuft.

### Kapitel II. Straßenreinigungs-Institut.

Herr **Aßmann** (Seite 60): Wir finden bei der Verwertung des Hauskehrichts eine Summe eingesetzt. Ich möchte um Auskunft bitten, ob die Frage, betreffend die Normal-Rübel für Straßenkehricht noch nicht erledigt ist. Es war angekündigt, daß Versuche angestellt werden sollten, wir hatten auch schon das Vergnügen, eine Anzahl Normal-Rübel zu sehen, aber das ist schon recht lange her, vielleicht  $1\frac{1}{2}$ —2 Jahre. An zuständiger Stelle scheint man sich dar-

über noch nicht einig geworden zu sein. Einzelne Straßenzüge sollten auch veranlaßt werden, ihre Kübel auf den Hof zu stellen. Wir schwärmen wohl für Altertümer, aber nicht in dieser Richtung. Ich möchte bitten, daß uns über diese Frage Aufklärung gegeben wird.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Frage ist heute schon einmal angeschnitten worden, und ich kann nur mit den beiden Herren Vorrednern wünschen, daß eine Aenderung in dem System eintritt. Ich bedaure, daß die Vorarbeiten noch nicht beendet sind. Es geht hier, wie es häufig geht: Das Bessere ist des Guten Feind. Der Ausführung einer Aenderung stehen nicht unerhebliche Bedenken entgegen. Wenn wir etwas Vollkommenes schaffen wollen, dann werden die Ausgaben so hoch, daß wir zur Deckung derselben vermutlich eine Abgabe einführen müßten, es sei denn, daß eine Steuererhöhung vorgenommen würde. Wenn wir eine Einrichtung treffen, die billiger ist, wird sie gewisse Mängel haben. Die Herren werden mir recht geben: Die Entscheidung ist nicht leicht, doch kann ich in Aussicht stellen, daß im Laufe des nächsten Finanzjahres die Angelegenheit zur Erledigung kommt. Aus dem Auge verloren war sie keineswegs. Die Versuche, von denen Herr Ahmann sprach, sind nicht zu voller Zufriedenheit des Magistrats ausgefallen. Es waren Anwohner verschiedener Straßen ersucht worden, die Abfuhrkübel auf ihren Grundstücken zu belassen. Hierfür wurden von innenstädtischen Straßen eine Geschäftsstraße (Damm und Münzstraße) und eine stark bewohnte Wohnstraße (Bedenwerkerstraße) und von den außenstädtischen Straßen eine mit Vorgärten (Wolffstraße) ausgesucht. Die Anwohner haben sich zunächst entgegenkommend verhalten. Schwierigkeiten aber sind in der Bedenwerkerstraße sehr bald dadurch entstanden, daß die Anwohner die Müllgefäße nicht längere Zeit in den Hausfluren stehen haben wollten und konnten, und so kam es schon nach Verlauf von zwei Wochen dahin, daß hier die Müllgefäße wieder auf die Straße gestellt wurden. Auf dem Damm und in der Münzstraße hat sich die Sache gut bewährt. Auf der Wolffstraße mußte auf einem den Vorgarten entbehrenden Grundstücke der Müllkasten im Hause stehen bleiben, und das wurde unangenehm empfunden. — Wie sich die Sache entwickeln wird, kann ich heute noch nicht sagen. Eine Vorlage wird Ihnen demnächst zugehen.

#### **Kapitel IV, IV. Kunst und Wissenschaft.**

Herr W o l t e r s (Seite 77): dem hiesigen Kunstverein werden seit langen Jahren Beiträge von der Stadt bezahlt, dagegen übergibt der Kunstverein der Stadt für die städtische Bildergalerie wertvolle Bilder. Solange ich die Ehre habe, Rassenführer des Vereins zu sein, hat die Stadt große Zuwendungen er-

halten, Bilder im Werte von 5000, 6000 *M.* Allein in den letzten 3 Jahren hat die Stadt Bilder im Wert von 12—13 000 *M.* überwiesen erhalten. Der Zuschuß ist von 900 auf 1200 *M.* erhöht, was vom Verein mit großer Freude und Dank entgegengenommen wird. Der Zuschuß blühe, wachse und gedeihe!

### Kapitel VIII 2b. [Feuerlöschwesen.

Herr Bunge (Seite 94): Unter kk steht: Vergütung für Vertretung erkrankter und beurlaubter Mannschaften: 1200 *M.* Diese Summe sieht ganz klein und harmlos aus. Als ich zuerst den Etat durchlas, habe ich mir dabei auch nichts gedacht, nachdem ich aber das Begleitschreiben in die Hand nahm, erhielten die 1200 *M.* eine ernstere Bedeutung für mich. In dem Begleitschreiben finden Sie ausgeführt, daß vielfach eine Reihe von Mannschaften am Dienste durch anderweitige Besorgungen verhindert sind, so daß das zweite Gespann vielfach nicht besetzt werden kann. Wir wären also tatsächlich bei einem zweiten Brande nicht imstande, des Feuers Herr zu werden. Nun will der Magistrat versuchen, die dienstfreien Mannschaften heranzuziehen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß das nicht richtig ist, denn wer Wache gehalten hat und soll dann nachher sofort wieder Dienst tun, wird nicht genügend dazu imstande sein, und die Schlagfertigkeit der Feuerwehr würde leiden. Ich möchte deshalb den Antrag stellen, daß wir 6 neue Feuerwehrleute annehmen und anstatt 1200 *M.* 7200 *M.* in den Etat einstellen, denn das Anfangsgehalt der Feuerwehrleute beträgt 1200 *M.*

Herr Wolters: Diese Anregung ist bereits von Herrn Dr. Gasper in der Finanzkommission gegeben worden. Mit der Vermehrung des Personals würde jedoch der Zweck des Herrn Vorredners nicht erfüllt werden. Es soll ja nur für etwa erkrankte oder beurlaubte Mannschaften Ersatz geschaffen werden. Wenn wir die Zahl von 54 auf 60 erhöhen, so können auch die 6 nicht dauernd bloß zur Verfügung gehalten werden, falls jemand erkrankt. Der Wunsch, die Anzahl der Feuerwehrleute zu vermehren, ist wohl auch von dem Herrn Kreisbranddirektor geäußert, aber wir sehen hier, daß die Mehrkosten, die der Feuerlöschetat verursacht, nicht unbedeutend sind, und haben uns zu beschränken versucht. Die Ausgabe beträgt jetzt 150 000 *M.*, im Vorjahre waren 139 000 *M.* veranschlagt.

Herr Bunge: Die Ausführungen des Herrn Referenten haben mich keines Besseren belehrt, sondern mich in meiner Ansicht bestärkt, daß die Vermehrung eine Notwendigkeit ist. Wenn der Herr Kreisbranddirektor selbst diese Forderung stellt, dann sind wir erst recht verpflichtet, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Ich gehe davon aus, daß bei einem solchen großen Bestande von

Feuerwehrleuten immer etwas vorliegt, wo Reservemannschaften zur Stelle sein müssen, und daß es nicht angängig ist, immer dieselben heranzuziehen, die dienstfrei sind. Ich bitte nochmals, meinen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender: Es würde diese Bestimmung über die Vergütung für Vertretung erkrankter und beurlaubter Mannschaften doch bestehen bleiben müssen, denn bei einer Erhöhung der Mannschaftszahl von 54 auf 60 würde die Möglichkeit, etwa 12 erkrankte Feuerwehrleute zu ersetzen, auch eintreten können.

Herr Bunge: Meine Meinung geht dahin: Wenn 2 oder 3 Feuerwehrleute erkrankt sind, so werden sie von diesen Reservemannschaften ersetzt. Die Feuerwehr verrichtet doch auch andere Dienste. Wenn wir genügend Mannschaften bereit haben, dann wird auf diesem besseren Wege das 2. Fahrzeug besetzt werden. Das ist besser, denn die Leute haben vorher Ruhe gehabt.

Herr Loeschigk: Wenn der Magistrat das machen läßt, was in dem Begleitschreiben gesagt wird, nämlich, daß um hier Abhilfe zu schaffen, die Leute, die zum Desinfizieren gebraucht werden, durch andere ersetzt werden, die für den Dienst bei der Berufsfeuerwehr nicht mehr geeignet sind, dann sind wir einen Schritt weiter. Wie Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, ist die Ausführung in dieser Weise schon in die Wege geleitet, so daß also schon hierdurch Abhilfe geschaffen ist.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann die Erklärung, auf die Herr Stadtverordneter Loeschigk Bezug nahm, bestätigen. Ich habe in den letzten Wochen mit dem Kreis-Branddirektor darüber verhandelt, daß ein anderer Plan für das Desinfektionswesen eingerichtet wird, in der Weise, daß unter einem Oberdesinfektor eine ganze Anzahl Leute tätig sind und nur die Oberaufsicht dem Kreis-Branddirektor bleibt. Geschieht das, dann können Sie versichert sein, daß ein wesentlicher Teil der Zeit, die von dienstfreien Feuerwehrleuten mit der Desinfektion verbracht wurde, frei wird. Die Einstellung der 1200 M ist nur eine vorsorgliche Maßnahme für den Fall, daß sich die Erkrankungen häufen sollten. Damit ist keineswegs gesagt, daß das ganze Geld ausgegeben werden muß oder der Betrag nicht überschritten wird.

Herr Bunge: Sollte eine Besserung in dieser Weise eintreten, so ziehe ich meinen Antrag zurück. — Ich möchte mir noch eine Anfrage an den Herrn Referenten erlauben: Unter Punkt d sind 1000 M aufgeführt für außerordentliche Übungen unter Leitung des Kreis-Branddirektors. Ich bin nicht klug daraus geworden, wozu das Geld verwandt wird, ob für diejenigen freiwilligen



Feuerehrleute, die ihre Arbeit versäumen, oder ob das Geld der Kreis-Branddirektor erhält.

Vorsitzender: Es wird an die Leute verteilt, die in ihrem Arbeitsverdienst geschädigt sind.

## Kapitel X. Straßenbau.

Herr Probst (Seite 105): Auf Seite 105 sind die Straßen aufgeführt, die im Laufe des Etatjahres neu instand gesetzt werden sollen. Ich vermiße darunter den Platz an der Martinikirche. Er ist erwähnt in dem Anschreiben des Magistrats, das wir vor wenigen Wochen erhalten haben, und ist einer der wenigen Plätze, die noch mit Kopfpflaster versehen sind. Ich weiß sehr wohl, daß einige Leute wünschen, daß das Kopfpflaster erhalten bleibe, aber ich glaube, die Mehrzahl der Herren und auch der Magistrat stehen nicht auf diesem Standpunkte. Ich stelle den Antrag, daß der Platz an der Martinikirche unter die instand zu setzenden Straßen aufgenommen wird, und zwar mit 42 000 *M* für die Stadt und 7000 *M* für die Anwohner.

Dann möchte ich noch anfragen, ob bei der Instandsetzung der Schternstraße zwischen Prinzenweg und Michaeliskirche auch der Platz an der Michaeliskirche mit in der Summe von 15 500 *M* enthalten ist. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, dann möchte ich beantragen, auch diesen Platz instand zu setzen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Was zunächst den ersten Antrag des Herrn Stadtverordneten Probst betrifft, so gebe ich zu, daß der Wunsch an sich gerechtfertigt ist, aber ich weiß nicht, ob die Mehrheit der Versammlung sich auf den gleichen Standpunkt stellt, daß dieser Platz allen andern sonst bedürftigen Straßen vorhergehen soll. Der Etat schließt mit einem Fehlbetrage von 140 800 *M* ab. Ein solcher ist uns reichlich groß erschienen, so daß wir ihn nicht noch durch Hinzunahme der Instandsetzung dieses Platzes vermehren wollten. Nun möchte ich auf eins hinweisen. Ich bin im Laufe des letzten Jahres verschiedentlich bei schlechtem Wetter durch ältere Straßen gegangen und habe gefunden, daß der Platz an der Martinikirche, wenn schmutziges Wetter war, durchaus rein war, während andere Straßen, auf denen lebhafter Verkehr herrschte (ich habe besonders die Schöppenstedterstraße im Auge), fast regelmäßig starken Schmutz aufwiesen. Deshalb bin ich zweifelhaft geworden, ob es richtig ist, einen derartigen Platz den Verkehrsstraßen vorzuziehen. Sollte aber die Versammlung auf Antrag des Herrn Probst beschließen, daß zunächst dieser Platz instand gesetzt werden muß, dann wird der Magistrat zu dem Beschluß Stellung nehmen.

Was den weiteren Antrag betrifft, den Platz an der Michaeliskirche einzustellen, so möchte ich davon abraten. Die Plätze an den Kirchen, die ursprünglich Kirchhöfe gewesen sind, stehen zum Teil noch im Eigentum der Kirchen. Es sind wegen der Regelung der Eigentumsverhältnisse der fraglichen Plätze Verhandlungen eingeleitet, die nicht leicht zum Abschluß kommen, weil selbstverständlich die Kirchen Anspruch auf die Plätze erheben. Setzt aber die Stadt erst einmal den Platz instand, dann hat die Kirche keine Veranlassung mehr, den Platz abzutreten. Wir tun deshalb besser, wir gehen auf Einsetzung des Postens in den Etat nicht ein. Der Platz bedarf der Instandsetzung allerdings, es ist auch ein Antrag des Kirchenvorstandes eingegangen, die Mittel aus der Kirchenkasse zu bestreiten. Darüber wird in der nächsten Zeit entschieden werden.

Herr Wolters: Wünscht der Herr Antragsteller, daß wir den Platz an der Martinikirche an Stelle einer andern Straße einsetzen, oder sollen wir die Instandsetzung dieses Platzes ganz neu aufnehmen?

Herr Sesse: Ich möchte den Antrag des Herrn Probst, betreffend den Platz an der Michaeliskirche unterstützen. Ich komme häufig dort vorbei und finde, daß der Zustand trostlos ist.

Herr Wolter s: Die Finanzkommission hat diesen Antrag natürlich nicht beraten können. Meine persönliche Meinung ist folgende: die Beträge für Instandsetzung der Straßen in diesem Jahre sind ohnehin schon recht knapp. Es stehen hier 73 000 M, für das Vorjahr sind 113 000 M und für das Jahr zuvor 165 000 M angesetzt gewesen. Diese äußerste Beschränkung ist geschehen, da der jetzige Voranschlag mit einem Fehlbetrage schließt. Ich persönlich möchte, so leid es mir tut, dem verehrten Herrn Probst widersprechen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich möchte darauf hinweisen, daß die Stadt in den letzten Jahren in bezug auf Erneuerungen des Pflasters in der Innenstadt voll und ganz ihre Schuldigkeit getan hat. Ich habe mir eine Zusammenstellung machen lassen über die Ausgaben dafür in den letzten 12 Jahren, seitdem der Vertrag wegen Uebernahme der innenstädtischen Straßen durch die Stadt besteht. Das gibt seit 1898 532 000 M, das sind pro Jahr 44 000 M. Die ganze Staatsrente, die wir bekommen, und die die Erneuerungs- und die Unterhaltungskosten betrifft, beträgt aber nur 39 000 M jährlich. Man sieht daran, ein welch schlechtes Geschäft die Stadt macht, wenn sie Naturalleistungen ablöst. Die Hauptkosten fallen auf das letzte und vorletzte Jahr. Im Etatjahr 1907/08 sind ausgegeben 71 000 M, 1908/09 29 000 M und 1909/10 116 000 M. In den letzten Jahren ist also reichlich viel geschehen. Nun hat der Magistrat den

Standpunkt angenommen, daß die Straßenpflasterungen wünschenswert sind, daß man aber nicht sagen kann: Das schnelle Tempo der Instandsetzung ist unbedingt erforderlich. In einer Zeit, wo wir die Mittel, die in den Ausgleichsfonds fließen sollen, beschränken müssen wegen der Bauten für das Gas- und Wasserwerk, schien es angebracht, auf diesem Gebiete ein langsameres Tempo einzuschlagen. Dieses Kapitel bietet uns die Handhabe zu züchtigen oder loszulassen, und da ein Fehlbetrag von 140 000 *M* bereits vorhanden ist, so müssen wir sagen: Wir stellen die Ausgabe einstweilen zurück.

Herr *Probst*: Ich würde auch schon zufrieden sein, wenn ich die Hoffnung hätte, daß die Pflasterung dieses Platzes an der Martinikirche im nächsten Jahr im Etat erschiene.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Der Magistrat hat ja gerade, um Ihnen Gelegenheit zu geben, sich selber ein Bild über den Bedarf zu machen, Ihnen die Vorlage vom 25. Januar d. J. zugehen lassen. Nun möchte ich Herrn *Probst* ersuchen, wenn er diesen Platz so liebt, einen selbständigen Antrag zu stellen, damit die Stadtverordnetenversammlung erklärt: Wir wünschen, daß in folgender Reihe vorgegangen wird. Ich habe früher die Erklärung abgegeben: Ich hoffe, daß im nächsten Jahr auch dieser Platz an die Reihe kommen wird, habe mich aber in letzter Zeit reformiert und erwähne nochmals, daß ich z. B. die Neupflasterung der Schöppenstedterstraße für eher nötig erachte als die des Platzes an der Martinikirche.

Herr *Bunge*: Es ist richtig, daß die Verkehrsstraßen in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Aber hier an der Martinikirche werden doch Wochenmärkte abgehalten, da sind viele Leute, die sich durch die Ablehnung getroffen fühlen, und das Schimpfen über den schlechten Zustand des Platzes können Sie öfters hören. Der Herr Oberbürgermeister wird zugeben, daß auch ein Marktplatz, wo viel Publikum verkehrt, bald in besseren Zustand gesetzt werden muß.

Herr *Hesse*: Ich lege größeren Wert auf die Instandsetzung des Michaelis-Kirchplatzes, und möchte den Antrag stellen, ihn instand setzen zu lassen.

Herr *Frede*: Mit Herrn *Probst* möchte ich auch sagen: Wenn man bestimmte Aussicht hätte, daß der Platz an der Martinikirche im nächsten Jahr herankäme, dann möchte ich mich bescheiden. Das, was heute hier ausgeführt wird, ist nur eine getreuliche Wiederholung dessen, was im vorigen Jahr bei diesem Kapitel gesagt ist. Damals wurde auch beinahe die Aufnahme des Platzes in den Etat beschlossen, aber da haben wir uns durch die Aussicht, daß in diesem Jahr der Platz an die Reihe käme, beschieden. Wenn die erforderliche hohe

Summe gegen die Instandsetzung spricht, so werden dieselben Gründe, die in diesem Jahre dagegen stimmen, auch im nächsten Jahr dagegen geltend gemacht werden. Der Herr Oberbürgermeister rühmt den trockenen Zustand bei schlechtem Wetter. Das hat seinen Grund in den außerordentlich hervorstechenden Steinen, von denen das Wasser schnell wieder abläuft. Diese Steine sind aber gerade „die Steine des Anstoßes“ geworden. Wenn sie auf der einen Seite die Trockenheit des Platzes herbeiführen, so sind sie andererseits auch die Erzeuger zahlreicher Krähenaugen. Es ist tatsächlich ein sehr unangenehmer Zustand dort, auf den mit Recht die Teilnehmer des Marktes hinweisen. Ich spreche mich für den Antrag Probst aus.

Der Antrag des Herrn Stadtverordneten Probst wird von der Versammlung abgelehnt, ebenso der Antrag Hesse.

Herr W o l t e r s: Auf Seite 109 steht unter 10) als Beitrag zu den laufenden Ausgaben der Kanalbaukasse 83 750 *M.* Im Etat der Kanalbaukasse auf Seite 288 ist dieser Betrag etwas anders angegeben. Die Kammereikasse hat bekanntlich die Hälfte der Beträge unter III a und c zuzuschließen. 167 300 + 1500 *M.* : 2 gibt 84 400 *M.* Es differieren also die beiden Angaben um 650 *M.* Um diese auszugleichen, sind zwei Wege möglich. Der folgende würde der einfachste sein: Wir kürzen auf Seite 288 den Posten a oder c direkt um 1300 *M.* Das ist vielleicht nicht ganz korrekt insofern, als wir sagen müssen, die Reste aus dem Vorjahr werden mehr betragen als 200 *M.* und die Beiträge der Hauseigentümer werden mehr sein als 166 000 *M.*, aber wir haben den Vorteil, daß mit dieser einzigen Korrektur sich der Etat aufrecht erhalten läßt. Der zweite Weg wäre der, daß wir im Ordinarium eine Menderung machten: Der Betrag auf Seite 109 müßte erhöht werden auf 84 400 *M.* Damit würde der ganze Etat wachsen, das ganze Ordinarium würde wachsen um 650 *M.*, die Wiederholung müßte korrigiert werden und der Fehlbetrag würde auch um 650 *M.* wachsen. Ich nehme keinen Anstoß daran, die erste Art und Weise der Menderung zu empfehlen.

Die Versammlung spricht sich für die zuerst vorgeschlagene Menderung aus.

## Kapitel XII. Staatsbedürfnisse.

Herr B u n g e: Auf Seite 115 steht unter Ziffer 6 Kosten der Wahltermini usw.: 500 *M.* Ich halte diesen Betrag für etwas zu niedrig, wenn wir in Betracht ziehen, daß wir nicht nur die Landtagswahlen, sondern auch die Reichstagswahlen vor der Tür stehen haben. Bei den Stadtverordnetenwahlen haben

wir die Wähler durch Karte benachrichtigt, und ich möchte mir erlauben, beim Magistrat anzufragen, ob sich diese Einrichtung bewährt hat und er gewillt ist, auch bei der nächsten Reichstagswahl dieses Verfahren zur Anwendung zu bringen. Ich glaube nicht, daß Unannehmlichkeiten sich ergeben haben, jedenfalls ist wohl keiner von den Herren Stadtverordneten wie von den Herren des Magistrats dafür, den alten Zustand wieder herbeizuführen. Ich bitte, anstatt 500 *M* 4000 *M* hier einzustellen, das würde wohl dem Bedürfnis entsprechend sein. — Wenn der Magistrat hierzu seine Zustimmung gibt, möchte ich bitten, bei der zukünftigen Wahl darauf hinzuwirken, daß der Wahlvorstand von vornherein angewiesen würde, sich von den Wählern zu allererst die Nummer der Liste sagen zu lassen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich halte die Erhöhung des ausgeworfenen Postens nicht für erforderlich. Der Stadtmagistrat ist gesetzlich verpflichtet, sowohl für die Landtags- wie für die Reichstagswahl die erforderlichen Schritte zu tun. Wenn der von Herrn Bunge beantragte höhere Betrag auch nicht ausgeworfen ist, so müssen die nötigen Schritte doch getan werden. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage der geehrten Versammlung will ich auf den Punkt nicht näher eingehen und nur erklären, daß wir, soweit es möglich ist, den Wünschen der Versammlung in dieser Beziehung gern entgegenkommen werden.

Herr Jasper: Da die Stadtverwaltung nur gezwungen ist, die gesetzlich vorgeschriebenen Schritte für Vorbereitung der Wahlen zu tun, die Verendung der Karten sich aber bewährt hat und auch der Magistrat in Aussicht gestellt hat, daß er darnach verfahren würde, so ist der Antrag wohl sachgemäß.

Die Erhöhung der Summe auf 4000 *M* wird abgelehnt.

### Kapitel XIII. Stadtverwaltung.

Herr Wolters (Seite 129): Es ist in der Finanzkommission angeregt, ob es sich nicht empfehlen würde, daß die Stadt an Stelle der Ausgabe d<sup>3</sup> selbst einen Elektrotechniker anstellt. Es ist jetzt eine Anzahl elektrischer Maschinen für die Stadt hinzugekommen, so daß für den Posten genügend Arbeit vorhanden ist. Es war das aber nur eine Anregung, irgendein Antrag ist nicht gestellt.

### Kapitel XIV. Insgemein.

Herr Wolters (Seite 134): In den Zinsen unter Nummer 3 ist ein Posten der Kanalbaukasse auf Seite 192 enthalten. Auch hier werden von der Kanalbaukasse die Vorschüsse verzinst, diese stecken mit in den angegebenen 30 000 *M*.

Herr Hesse (Seite 135): Ich vermissе eine Auskunft über die Anschlagssäulen. Soviel ich weiß, sind sie städtisches Eigentum, und sie stehen auch auf städtischem Grund und Boden. Ich möchte bitten, Auskunft darüber geben zu wollen, wo das hierfür eingenommene Geld bleibt.

Herr Bürgermeister Meyer: Das ganze Anschlagwesen ruht in den Händen eines Privatinstituts. Dieses hat die Anschlagssäulen aus eigenen Mitteln beschafft und von der zuständigen Stelle sich die Benutzung derselben zusichern lassen. Der abgeschlossene Vertrag läuft noch bis zum Jahre 1919. Bis dahin werden wir die Verhältnisse, die allerdings änderungsbedürftig sind, ertragen müssen. Finanzielle Vorteile zieht die Stadt aus dem Vertrage nicht; da ein öffentliches Interesse vorlag, hat die Stadt die Plätze zur Aufstellung der Anschlagssäulen unentgeltlich hergegeben. Der Vertrag ist in der Hauptsache zwischen der Polizeidirektion und dem Unternehmer abgeschlossen.

Herr Hesse: Es ist mir interessant, zu erfahren, daß hier die Polizei einzureden hat. Ich habe mich immer gewundert, daß die Polizei ein Exemplar der anzuschlagenden Plakate verlangt und eine Kontrolle ausübt. Die Zensur wird mitunter recht scharf beliebt. So ist meinen Parteifreunden passiert, daß ihnen verboten wurde, ein Plakat von bestimmter Farbe zu veröffentlichen.

Herr Jasper: Ich finde es unerfreulich, daß die Polizei darüber zu sagen hat, denn dies ist doch eine Angelegenheit, die weniger die Polizei angeht, als eine Angelegenheit im Interesse des Verkehrs. Aus der Zeit vor 1848, wo die Polizei die Zensur ausübte, sollten wir doch jetzt allgemein heraus sein. Wenn auch der Polizeipräsident großen Wert auf die Zensur legt . . . . .

Vorsitzender: (unterbricht den Redner): Das hat doch aber mit dem Etat nichts zu tun. Im Etat kommen keine Anschlagssäulen vor. Bei der Knappheit der Zeit möchte ich bitten, die nicht zum Etat gehörigen Sachen fortzulassen.

Herr Jasper: Wenn Sie mich hätten ausreden lassen, so würde ich jetzt schon geendet haben.

Vorsitzender: Das kann ich doch nicht, wenn ich Sie unterbrechen will.

Herr Jasper: Also mein Wunsch geht dahin, daß der Magistrat darauf hinwirken möchte, diese Mißstände zu beseitigen, die der Herr Bürgermeister ja auch anerkannt hat. — Im übrigen wird ja nie der Etat in einer Sitzung durchgetrieben.

## B. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.

### Kapitel IV. Bauten und öffentliche Anlagen.

Herr Loeßigk: Sie wissen, daß uns eine Vorlage wegen Ausbau der Cellerstraße zugehen wird. Da ist es wunderbar, wenn ein dringendes Bedürfnis vom Magistrat und von den Stadtverordneten anerkannt ist, zu sehen, daß die Petritorbrücke mit ihrer Enge den ganzen Verkehr aufnehmen muß. Es ist bekannt, daß hier viel Heu und Stroh angefahren wird. Da wäre es nötig, zuerst einmal den Staat heranzunehmen, daß endlich einmal diese Brücke verbreitert wird. Ich verweise auf meinen Antrag vom 20. März 1902, der von Ihnen allen unterstützt worden ist und in dem wir den Magistrat ersuchten, an die Regierung heranzutreten, daß Braunschweigs Brücken verbreitert würden. Der Antrag wurde der Baukommission überwiesen, nachher zurückgestellt und das Resultat war, daß wir glücklich die neue Fallerlebertorbrücke bekamen. Damals wurde gesagt: Die Verhandlungen sind im Gange und werden in nächster Zeit erledigt. Zu meinem Bedauern habe ich gehört, daß jetzt die Sache noch auf demselben Fleck steht. Die Schwierigkeiten, die Verhältnisse zwischen Staat und Stadt zu regeln, erkenne ich nicht. Ich habe neulich aus hohem Munde gehört: In Geldsachen wahren wir uns die erste Instanz.

Vorsitzender (unterbricht den Redner): Die Verbreiterung der Brücken hängt wirklich mit dem Ausbau der Cellerstraße in zu loser Verbindung.

Herr Loeßigk: Sonst hieß es immer: Die Wünsche können Sie beim Stat bringen. Ich werde mit einem selbständigen Antrage noch kommen, aber bei Bewilligung der Summe für die Cellerstraße stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir diese Gelder für die Brücken nötig haben. Ich habe nicht für die beantragte Bewilligung für den Martinikirchplatz gestimmt aus dem einfachen Grunde, daß wir erst einmal reine Bahn machen müßten, daß wir Verkehr in die Stadt bekommen. Sehen Sie doch unsere Brücken an. Nach zehn Jahren sollten endlich die Verhältnisse geklärt sein, so daß die Verkehrsverhältnisse einer Stadt wie Braunschweig gebessert würden.

(Bravoruf von seiten eines Stadtverordneten.)

Herr Rieke: Wenn ich nicht irre, sind wir auf Seite 149. Dort ist aufgeführt: Durchbruchstraße zwischen Langestraße und Hintern Brüdern. Diese ist ja soweit fertiggestellt; ich vermissen aber, daß ein Posten ausgeworfen ist für die Weiterführung der Straße nach der Beckenwerkerstraße resp. nach der Kupferlwete hin, wie in Aussicht gestellt ist. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob der Magistrat die Sache weiter verfolgt hat und ob darauf zu rechnen ist, daß diese Durchführung zustande kommt.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich kann die Erklärung abgeben, daß im abgelaufenen Jahr wegen Ankaufs von Grundstücken, die zur Fortführung der Straße erforderlich gewesen wären, verhandelt ist. Die Verhandlungen sind aber gescheitert. Zum Teil lag das daran, daß uns die Grundstücke nicht genehm lagen, zum Teil waren die Forderungen uns zu hoch.

## **2. Vorausschläge der mit der Kammereikasse in Verbindung stehenden Kassen.**

### **I. Vorausschlag des städtischen Kieselguts Steinhof.**

Herr Bunge (Seite 162): Unter Kapitel I d steht: Erträge der Weidenkulturen: 5027 M. Da habe ich nun aus dem Begleitschreiben gesehen, daß man dazu übergegangen ist, mit einer leistungsfähigen auswärtigen Firma einen langfristigen Vertrag abzuschließen über die sämtlichen Erträge der Weidenkulturen. Es ist nicht ausgeführt, wie lange dieser Vertrag läuft, immerhin möchte ich doch fragen, weshalb man einem einzelnen das in die Hand gegeben hat, wodurch den kleineren Unternehmern die Sache nur verteuert wird, und möchte meinen Mißmut hierüber ausdrücken.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Der Grund lag darin, daß die Veräußerung der Weiden an verschiedene kleinere Unternehmer Schwierigkeiten bereitet hat. Es kamen Jahre vor, wo wir die Weiden nicht glatt los werden konnten. Es bot sich eine günstige Gelegenheit, den gesamten Weidenertrag zu einem annehmbaren Preise an einen zahlungsfähigen Unternehmer zu vergeben; deshalb hat die Kieselgutsdeputation empfohlen, man möchte diesen Vertrag eingehen, und der Magistrat hat keine Bedenken getragen, diesen Vertrag abzuschließen.

Herr Wolters: Von Interesse ist, zu erwähnen, daß auch einige auf preußischem Gebiete gelegene Ländereien mit Kieselanlagen versehen werden sollten, daß aber von seiten des preußischen Landrats Einsprache dagegen erhoben ist. Nach der Erklärung des Magistrats wird aber der erhobene Einspruch nicht von Erfolg sein, wenn auch die definitive Entscheidung noch nicht getroffen ist.

Herr Wolters (Seite 166): Ich bin von der Finanzkommission beauftragt, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß der zuletzt aufgeführte Ueberschuß kein faktischer Ueberschuß ist. Verschiedene Kosten sind überhaupt nicht in Rücksicht genommen, zunächst nicht die Verzinsung der Anlage, die allein 110 000 M jährlich beansprucht. Ferner sind nicht berücksichtigt die Kosten der Pumpstation, die zum Kieselgut gehört, wenn die Verwaltung auch formell der Gas- und



Wasserwerk-Leitung überwiesen ist. Von einem wirklichen Ueberschuß kann auch nicht im entferntesten die Rede sein.

## **II. Voranschlag der städtischen Oberrealschule.**

Herr Wolters: Die städtischen Gesamtkosten für einen Schüler betragen 304,38 *M.*

An Zuschüssen sind erforderlich:

- für die auswärtigen Schüler, die 186 *M* Schulgeld bezahlen, 118,38 *M*,
- für die auswärtigen Schüler, die 200 *M* Schulgeld bezahlen, 104,38 *M*,
- für die ortsangehörigen Schüler, die 136 *M* Schulgeld bezahlen, 168,38 *M*,
- für die ortsangehörigen Schüler der oberen Klassen, die 150 *M* Schulgeld bezahlen, 154,38 *M*.

## **III. Voranschlag der städtischen Realschule.**

Herr Wolters: Es betragen die gesamten Kosten der Stadt für einen Schüler: 208,919 *M.*

An Zuschüssen sind erforderlich:

- für die auswärtigen Schüler, die 186 *M* Schulgeld bezahlen, 22,919 *M*,
- für die auswärtigen Schüler, die 200 *M* Schulgeld bezahlen, 8,919 *M*,
- für die ortsangehörigen Schüler, die 136 *M* Schulgeld bezahlen, 72,919 *M*,
- für die ortsangehörigen Schüler der oberen Klassen, die 150 *M* Schulgeld bezahlen, 58,919 *M*.

## **IV. Voranschlag der städtischen höheren Mädchenschule und des damit verbundenen Lehrerinnenseminars.**

Herr Wolters: Die gesamten Kosten der Stadt für eine Schülerin betragen: 198,705 *M.*

- Zuschuß für auswärtige Schülerinnen (186 *M* Schulgeld) 12,705 *M*,
- Zuschuß für auswärtige Schülerinnen in den oberen Klassen (200 *M* Schulgeld) nicht erforderlich.
- Zuschuß für ortsangehörige Schülerinnen (136 *M* Schulgeld) 62,705 *M*,
- Zuschuß für ortsangehörige Schülerinnen (150 *M* Schulgeld) 48,705 *M*,
- Zuschuß für die Böglinge des Seminars 102,705 *M*,
- Zuschuß für die Böglinge des Seminars, denen das Schulgeld erlassen ist, 198,705 *M*.

### V. Voranschlag der städtischen Mädchenschule.

Herr W o l t e r s: Die städtischen Gesamtkosten für eine Schülerin betragen 167,016 *M*.

Zuschuß für ortsfremde Schülerinnen 27,016 *M*,

Zuschuß für einheimische Schülerinnen 77,016 *M*,

Zuschuß für einheimische Schülerinnen, denen das Schulgeld erlassen ist, 167,016 *M*.

### VI. Voranschlag der Bürgerschulen.

Herr W o l t e r s: Die städtischen Gesamtkosten betragen pro Kopf 71,937 *M* (gegenüber 73,6563 *M* in den Vorjahren).

Für 11 558 zahlende Kinder ist ein Zuschuß von 647 000 *M* zu zahlen, für 6080 nicht zahlende Kinder ist ein Zuschuß von 437 000 *M* erforderlich. Aus der Kammereikasse ist insgesamt ein Zuschuß von 1 084 000 *M* zu zahlen.

Die Anzahl der Lehrer beträgt 284 gegen 276 im Vorjahre, dagegen ist die Anzahl der Hilfslehrer gesunken. Der Besuch der Bürgerschulen hat etwas nachgelassen, er beträgt 17 638 Kinder gegen 17 884 und 17 951 in den Vorjahren.

Auf Seite 209 unter f wird aufgeführt: Gewährung freier Schulbücher und sonstiger Unterrichtsmittel an die die unteren Bürgerschulen besuchenden Kinder. Dazu hat die Finanzkommission beschlossen, folgenden Antrag zu empfehlen:

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, zu erwägen, ob nicht durch eine kräftigere Unterstützung der Schulbüchereien die Schundliteratur erfolgreich bekämpft werden könne, eventuell möge der Magistrat den Stadtverordneten demnächst eine entsprechende Vorlage machen.

In der vorigen Sitzung haben wir über die Angelegenheit ausgiebig verhandelt. Der Vorschlag wird jedenfalls im Sinne der geehrten Herren sein.

Der Kommissionsantrag wird einstimmig angenommen.

### VII. Voranschlag der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule.

(Nichts zu bemerken.)

### VIII. Voranschlag der städtischen Mädchen-Fortbildungsschule.

(Nichts zu bemerken.)

### IX. Voranschlag der Armenkasse.

Herr J a s p e r (Seite 245): Hier ist ein Betrag für die Berufsvormundschaft vorgeesehen. Die Berufsvormundschaft ist eine neue Einrichtung. Ich möchte mir erlauben anzufragen, wie sich diese Einrichtung bewährt hat, und ferner möchte ich den eigenartigen Vorgang in Erinnerung rufen, daß damals, als zuerst eine Ausgabe für diesen Posten gefordert wurde, nicht nur von mir, sondern auch von andern Herren erklärt wurde: Der Herr, der mit diesem Posten betraut werden solle, wird nicht als geeignet dafür gehalten. Es wurde damals vom Magistratsrath erwidert, es drehe sich hier nicht um die Person, sondern um die Sache, die Berufsvormundschaft einzurichten. Wir haben dann erlebt, daß, ohne daß weiter angefragt wurde (wenn ich mich recht erinnere), trotzdem dieser Herr Rühlmann zu diesem Posten bestellt wurde. Ich höre nun, daß der bisherige Berufsvormund vom 1. April d. J. ab das Amt nicht mehr versehen will, und möchte deshalb die Anfrage an den Magistrat richten, ob dieser Wechsel ohne Einfluß der Stadtverordnetenversammlung stattfinden soll. — Mir sind aus der verfloffenen Amtsperiode des abgehenden Berufsvormundes allerlei Klagen zu Ohren gekommen.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Ich kann Herrn Dr. Jasper außerordentlich dankbar dafür sein, daß er diese Sache zur Sprache gebracht hat. Denn ich bin sehr erstaunt darüber, daß es ihm nicht bekannt geworden ist, daß inzwischen mit voller Zustimmung der hochverehrten Herren der Magistrat eine andere Regelung herbeigeführt hat. Nachdem der Beschluß gefaßt war, einen städtischen Beamten mit der Berufsvormundschaft zu betrauen, haben die geehrten Herren mit Zustimmung des Magistrats in der vorigen oder vorvorigen Sitzung einstimmig beschlossen, dem städtischen Bureauassistenten Jorns vom Armenbureau dieses Amt zu übertragen. Es ist als dankenswert anzuerkennen, daß der bisherige Berufsvormund, Herr Rat Rühlmann, in den letzten Wochen bemüht gewesen ist, den neuen Berufsvormund in sein Amt einzuführen. Bewährt hat sich die Einrichtung sehr und es wurde auch vor Jahresfrist, als wir eine vertrauliche Anfrage an das Landgericht gelangen ließen, von diesem anerkannt, daß die Tätigkeit des Berufsvormundes sich als eine nützliche Ergänzung der richterlichen Tätigkeit und der der Vormünder bewährt habe. Die Sache ist also in schönster Ordnung.

### Anhang zum Voranschlag der Armenkasse.

Herr W o l t e r s (Seite 249): Zu einigen der unter A und E aufgeführten Posten, nämlich A 1 (3700 M für Einbauung je eines Speiseaufzuges im südlichen und nördlichen Flügel), A 2 (1800 M für Belegen des großen Männer-

saals im Erdgeschoß mit Linoleum, Errichtung einer Trennungswand, Einbau einer Tür vom Flur aus), A 6 (1500 *M* für Einrichtung von Teeküchen im ersten und zweiten Obergeschoß), E 3 (200 *M* für Abbrechen eines alten Dampf-schornsteins), E 4 (1900 *M* für Herrichtung eines überdachten Kohlenlagers), E 5 (1500 *M* für Beschaffung einer neuen und Instandsetzung der alten Wäsche-zentrifuge), bittet die Finanzkommission, den Magistrat zu ersuchen, da die Sachen nicht so schnell übersehbar sind, besondere Vorlagen zu machen. Die Auf-wendung von 20 000 *M* auf die Gebäude erscheint doch hoch, nachdem erst in dem Jahr 1909/10 25 000 *M* verbaut sind. Vielleicht ist möglich, daß sich diese Aus-gaben niedriger gestalten lassen oder teilweise in Fortfall kommen. Die Finanz-kommission hat diese Fragen nicht näher prüfen können.

Herr Stadtrat von Franenber: Es ist zweifellos das gute Recht der Stadtverordneten, derartige Vorbehalte zu machen, und ich glaube auch kaum, daß seitens des Magistrats Bedenken darüber obwalten. Am einfachsten ließe sich die Sache durchführen, wenn bei diesen Punkten der Vermerk gemacht wird: „Zur Verfügung der städtischen Behörden.“ Mir liegt daran, daß die Arbeiten im Laufe dieses Sommers ausgeführt werden, ich glaube auch nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß der geehrten Versammlung es recht sein wird, wenn sie von seitens des Magistrats dann gleich mit einem endgültigen Projekt bedacht wird.

Die Versammlung stimmt zu.

### 3. Hauptabschluß für 1911/12.

Herr Wolters: Der Magistrat richtet an die Stadtverordneten das Er-suchen:

den vorgelegten und begründeten und erläuterten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1911/12 festzustellen und die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre

an Gemeindecinkommensteuer 10½ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,

an Gemeindegrundsteuer 7,5 Prozent vom Grundsteuerkapitale und

an Gewerbesteuer 75 Prozent der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer ausgeschrieben werden.

Alle Sätze entsprechen denen des Vorjahres, die Finanzkommission emp-fiehlt, dem Ersuchen des Magistrats zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Magistratsantrag gemäß.

#### 4. Vorausschlag der selbständigen Verwaltungen.

##### a) Vorausschlag der städtischen Gaswerke.

Herr Hesse (Seite 261): Unter XXVI sind die Laternenwärter mit 44 000 *M* aufgeführt. Die Summe ist gegen das Vorjahr um 1000 *M* geringer eingesetzt. Ich habe nun gefunden, daß seit dem Jahr 1907 der Lohn für die Laternenwärter nicht aufgebeffert ist. Ich halte ihn den heutigen Verhältnissen für nicht entsprechend und bitte, ihn aufzubessern und 50 000 *M* in den Etat hierfür einzusetzen. Wenn angegeben wird, daß die Arbeitsdauer für diese Leute nicht lang ist, so trifft das nicht zu. Die eigentliche Dienstzeit dauert vielleicht nicht lange, aber zur Empfangnahme von Materialien vergeht oftmals eine lange Zeit, und zwar gerade am Mittag, so daß es den Leuten nicht möglich ist, dann noch andere Arbeit zu verrichten. Auch möchte ich zu bedenken geben, daß die Leute viel den Witterungsunbilden ausgesetzt sind, und anregen, daß ihnen Wettermäntel oder Schutzfragen, wie sie von den Kanalarbeitern getragen werden, geliefert würden. Ferner möchte ich mir die Anfrage erlauben, wie weit wir mit den Gasautomaten gekommen sind. Der Herr Oberbürgermeister versprach seinerzeit, wenn das neue Gaswerk fertig sei, würde darauf zurückzukommen sein.

Herr Wolters: In der uns im vorigen Jahr vorgelegten Uebersicht über die 1909/10 gezahlten Löhne sind die Einkommensverhältnisse genau angegeben. Die Löhne sind bemessen auf monatlich 70 *M*, die Arbeitsdauer auf 4—5 Stunden. Zu bemerken ist noch, daß dazu die Bezahlung für Ueberstunden kommt. Ich möchte bitten, solche Anträge auf Lohnerhöhung zu stellen, wenn die Uebersicht für 1910/11 vorgelegt wird. Der Stichtag für die Lohnaufstellung ist der 15. Januar, im April—Mai wird uns die neue Uebersicht vorgelegt, und es ist bisher die Gepflogenheit der Stadtverordnetenversammlung gewesen, dann festzustellen, ob die bisherige Entlohnung für sämtliche Arbeiter richtig gewesen ist.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Ich möchte das um so mehr unterstützen, als die Erhöhung des Etatpostens für die Leute ohne Nutzen ist, wenn Sie nicht sagen, jeder Laternenwärter soll in den 4 oder 5 Stunden soundso viel verdienen. Wenn die Deputation für die Gaswerke eine Erhöhung für nötig halten sollte, dann wird sie sich an den Etatposten nicht streng gebunden halten, sondern ihn nötigenfalls überschreiten.

Was die Anfrage wegen der Gasautomaten betrifft, so hat die Deputation in ihrer letzten Sitzung in voriger Woche beschlossen, auf ihre Einrichtung zu verzichten. Dabei ist der Umstand bestimmend gewesen, daß auf Antrag des Herrn Direktors von Zeilisch die Mischung des Gases mit Benzol fallen gelassen werden soll. Durch diese Maßnahme wird eine Verschlechterung des Gases in bezug auf Leucht- und Heizkraft hervorgerufen werden, und, um den Abnehmern ein entsprechendes Äquivalent für die geringere Ware zu bieten, hat die De-

putation empfohlen, auf die Gasmessermiete in Zukunft überhaupt zu verzichten, soweit es sich nicht um Nebemesser handelt. Jeder, der Gaskonsument werden will, kann das in Zukunft erwirken, indem er einfach beim Gaswerk beantragt, ihm für seine Wohnung einen besonderen Gasmesser aufzustellen. Der Magistrat wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dieser Frage befassen, und wenn er auf die Sache eingeht, kann schon vom 1. April an die Gasmessermiete in Wegfall kommen. Wenn den Abnehmern in dieser Weise entgegengekommen wird, so würde zur Einführung der Automaten kein genügender Grund vorliegen. Auch wenn die Herren hier der Ansicht sein sollten, daß man gleichwohl auf die Gasautomaten nicht verzichten sollte, so könnten Sie sich wenigstens damit einverstanden erklären, daß vorläufig mit den erwähnten Maßregeln ein Versuch gemacht wird, der von einem großen Teile der Abnehmer mit großer Freude begrüßt werden wird. (Sehr richtig!)

Herr *Hesse* zieht seinen Antrag zurück.

Herr *Frede*: Ich wollte anfragen, ob die Anschlußkosten in Zukunft überhaupt in Wegfall kommen sollen. Ich glaube das aus den Worten des Herrn Oberbürgermeisters herausgehört zu haben.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Das Nähere darüber wird die Vorlage enthalten.

#### **b) Voranschlag der städtischen Wasserwerke.**

(Nichts zu bemerken.)

#### **c) Voranschlag für den Ausgleichsfonds.**

Herr *Wolters* (Seite 219): In dem Begleitschreiben ist gesagt, der Magistrat beabsichtigt, den Abtrag der Restschuld des Museums vom 1. April 1912 ab auf 40 000 *M* zu erhöhen und bei Aufstellung des Voranschlags für 1912/13 demgemäß verfahren, falls die Herren Stadtverordneten nicht anders beschließen. Die Finanzkommission hat beschlossen, den Herren zu empfehlen, darüber eine Erklärung noch nicht abzugeben, weil sie befürchtet, es könnte damit eine Bindung unseres Beschlusses für den Haushaltsplan 1912/13 bestimmt werden. Die Finanzkommission will es dem Magistrat überlassen, den Haushaltsplan 1912/13, so oder anders zu gestalten und sich selbst und der Versammlung das weitere für später vorbehalten.

Die Versammlung hat nichts gegen den Beschluß der Finanzkommission einzuwenden.

#### **d) Voranschlag der Umsatzsteuer.**

Herr *Wolters*: Nach unserem Beschluß wird die Einnahme 2 c von 4000 *M* umgeändert in 3680 *M*.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich darf die geehrte Versammlung bitten, die Finanzkommission zu ermächtigen, im Verein mit dem Magistrat die Veranlagung zur Umsatzsteuer durchzuberaten und im Auftrage der Versammlung zu beschließen, damit wir dann in der Lage sind, der Herzoglichen Kreisdirektion Vorschläge zu machen.

Die Versammlung ist mit Ermächtigung der Finanzkommission einverstanden.

### e) Vorausschlag der Kanalbaukasse.

Herr Jasper (Seite 289): Nachdem bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder darauf hingewiesen ist, daß beim Etat es nicht angebracht sei, Lohnerhöhungen für die einzelnen Arbeiterschichten zu beantragen, sondern das bei Vorlage der Statistik zu machen, haben wir davon Abstand genommen, in dieser Beziehung Anträge zu stellen, obwohl wir eine Aufbesserung der Arbeitslöhne für Kanalreinigungsarbeiter für dringend notwendig halten. Es sind nun Mißstände anderer Art mir bekannt geworden, die ich zur Erörterung stellen möchte. Es dreht sich darum, daß die Leute eine sehr wenig zureichende Waschgelegenheit haben sollen und angewiesen sind, zu 4 Mann ein Handtuch zu benutzen. Die Arbeit, die die Leute verrichten müssen, ist nicht gerade sehr sauber, so daß man die Zustände, die sich hierbei entwickeln können, sich ohne besondere Sachkenntnis schon vorstellen kann. Ferner sind nach Ausweis der Statistik feste Lohnzulagen für diese Kanalarbeiter nicht vorgesehen, sämtliche Arbeiter bekommen einen von dem ihrer Mitarbeiter verschiedenen Lohn. Es ist der Wunsch laut geworden, die Bezahlung einheitlich zu regeln und dafür zu sorgen, daß die Lohnzahlung nicht in 14tägigen Perioden oder in noch längeren Zeitabschnitten erfolgt, sondern wöchentlich, und zwar, wie das in vielen Betrieben üblich ist, nicht am Sonnabend, sondern am Freitag oder einem andern Wochentage. Bei der auszuarbeitenden Arbeitsordnung für diese Schicht möchte ich bitten, die vorgetragenen Wünsche zu berücksichtigen.

Herr Kiefe: Erst heute sind mir wieder Klagen von den Leuten mitgeteilt. Sie haben jedenfalls eine ungesunde Arbeit zu verrichten. Die Leute klagen darüber, daß sie sich erst alte Gardinenbüchsen, die sie aus dem Schutt aufgelesen haben, zusammentragen müssen, um sich warmes Waschwasser machen zu können. Für 4 Mann alle 14 Tage ein reines Handtuch, das ist zu wenig. Ein solches Sparsystem sollten die Vorarbeiter nicht treiben dürfen.

Herr Wolters: Der Magistrat beantragt: Die Vorausschläge der zuletzt genannten Rassen nach Maßgabe des Entwurfes festzustellen und gleichzeitig die Zustimmung dazu erteilen zu wollen, daß die Kanalabgabe wiederum auf den

diesjährigen Betrag von 2,5 Prozent des Grundsteuerkapitals festgestellt werde.  
— Die Finanzkommission empfiehlt Zustimmung hierzu.

Die Versammlung beschließt den Anträgen gemäß.

**Vorsitzender:** Die Beratung des Haushaltsplanes für 1911/12 ist damit beendet. Ich darf wohl auch in Ihrem Namen dem Herrn Referenten für seine fleißige Arbeit den besten Dank aussprechen. (Beifall.)

## II. Verwilligung eines Beitrages zu den Kosten des 12. deutschen Historikertages.

**Herr Leue:** In der Zeit vom 17. bis 21. April findet in Braunschweig die 12. Versammlung Deutscher Historiker statt, zu der ein Besuch von etwa 200 bis 300 auswärtigen Teilnehmern erwartet wird. Der Ortsausschuß hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, für diese Versammlung eine Unterstützung bis zu 500 M zu gewähren, die verwandt werden soll zur Verteilung eines wissenschaftlich gehaltenen, vom Museumsdirektor Professor Dr. Meyer und Dr. Steinacker verfaßten Führers durch die Baudenkmäler Braunschweigs, zur Vornahme der Beleuchtung des Altstadtrathauses am Abend und zur Einrichtung einer Auskunftsstelle während der Dauer der Tagung. — Die Finanzkommission hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und steht konform mit früher gefaßten Beschlüssen bei derartigen Tagungen auf dem Standpunkt, daß es gerechtfertigt ist, die erbetene Summe zu bewilligen, was auch der Magistrat beantragt. Die Deckung erfolgt aus den Erträgen der Umsatzsteuer.

Die Unterstützung im Betrage bis zu 500 M wird bewilligt.

## III. Antrag Loeschigk, betreffend die Verbreiterung der Osterbrücken.

Der Antrag lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu veranlassen, die Herzogliche Landesregierung zu ersuchen, die Brücken am Petritore, Wendentore, Steintore, Augusttore, Gieseler, Wilhelmitore und Hohentore den heutigen Verhältnissen entsprechend zu verbreitern.

**Herr Loeschigk** (zur Begründung): Sie ersparen mir wohl die Begründung, denn alle Herren, die hier versammelt sind, werden die Zustände kennen, die absolut nicht dem Verkehr entsprechend sind.

Der Antrag ist genügend unterstützt und wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Beratung überwiesen.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7½ Uhr.



# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 30. März 1911.

### Tagesordnung:

I.	Antrag des Stadtverordneten Kalmß auf Errichtung einer Badeanstalt mit Jahresschwimmbad . . . . .	Seite 538
II.	Kanalisation einer Teilstrecke der Straße Nr. 353 . . . . .	" 544
III.	Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Nordstraße zwischen Spargelstraße und Bültensweg . . . . .	" 544
IV.	Ausdehnung der sonntäglichen Besuchszeit des städtischen Museums . . . . .	" 545
V.	Auswechslung des Wasserhauptrohrs in der Eulenstraße . . . . .	" 546
VI.	Verlegung eines Wasserhauptrohrs in der Gellerstraße . . . . .	" 546
VII.	Antrag eines Einwohners auf Rückerstattung einer hinterlegten Straßen- baukaution . . . . .	" 547
VIII.	Antrag des Stadtverordneten Boeschigt auf Verbreiterung der staatlichen Brücken . . . . .	" 547
IX.	Ausbau des Altstadtringes bis zur Droißkemerstraße . . . . .	" 550
X.	Ausbau des Verbindungsweges zwischen Biethenstraße und Kastanienallee . . . . .	" 556
XI.	Ueberlassung des Platzes am Eisenbütteler Wege an den Verband Braun- schweiger Kegelflubs zum 15. deutschen Bundesfesten . . . . .	" 557
XII.	Erwerb einer Fläche an der Karlstraße . . . . .	" 558
XIII.	Abrechnung über den Ausbau verschiedener Straßen . . . . .	" 558
XIV.	Festsetzung der Gemeinde-Kirchensteuer für das Jahr 1911/12 . . . . .	" 559
XV.	Abjchluß von Unternehmer-Verträgen . . . . .	" 559
XVI.	Erlaffung eines Teiles der Straßenbaukosten für ein Grundstück an der Katharinenstraße . . . . .	" 560
XVII.	Antrag des Stadtverordneten Kiele, Bau von kleinen Wohnungen seitens der Stadt betreffend . . . . .	" 562

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Netemeyer, Bürgermeister Meyer, die Stadträte von Franckenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Adenhausen, Buchler, Hauswaldt, Henking, Ohlendorf, Schmidt, Wesemeier; Herr Jasper erscheint später, unentschuldigt fehlt Herr Probst.

Der zweite Vorsitzende, Herr Dr. Wolters, eröffnet die Sitzung und teilt den Eingang folgender Schreiben mit: 1. einer Einladung des Vereins „Frauentwohl“ zu einem am 4. April stattfindenden Vortrage, 2. einer Einladung des Vorstandes der hiesigen Ortsgruppe deutscher Bodenreformer zu einem Vortrag im „Wilhelmsgarten.“

### **I. Antrag des Stadtverordneten Kalms auf Errichtung einer Badeanstalt mit Jahresschwimmbad.**

Herr Deue: Meine Herren! Der Herr Stadtverordnete Kalms hat folgenden Antrag gestellt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Die Erbauung einer in jeder Beziehung nach den heutigen gesundheitlichen Ansprüchen eingerichteten Badeanstalt mit Jahresschwimmbad.

Dieser Antrag hat der Finanzkommission vorgelegen und man war dort einstimmig der Ansicht, daß die Einrichtung eines solchen Jahresschwimmbades in der Stadt Braunschweig durchaus wünschenswert sei, einige Herren glaubten sich auch auf den Standpunkt stellen zu sollen, die Errichtung des Bades als eine Notwendigkeit zu bezeichnen. Man verkannte durchaus nicht die Schwierigkeiten, welche die Errichtung eines solchen Schwimmbades bietet, insbesondere nicht die finanziellen Schwierigkeiten. Als vor Jahren ein ähnlicher Antrag gestellt war, sind weitgehende Erhebungen vorgenommen und Erkundigungen eingezogen über die Einrichtung und die Kosten derartiger Bäder in anderen Städten. Die Sache ist jedoch damals zu einem Abschluß nicht gekommen. Jedenfalls liegt die Sache jetzt insofern anders, als durch die Fübelsche Erbschaft eventuell der Stadt Mittel zur Verfügung stehen, mit Hilfe derer der Errichtung eines Schwimmbades näher getreten werden könnte. Im Hinblick aber darauf, daß die Errichtung der Fübelschen Stiftung noch nicht abgeschlossen ist, sondern noch 2 bis 3 Monate vergehen können, ehe man einen klaren Blick über die Verhältnisse dieser Stiftung haben kann und sich übersehen läßt, ob aus dieser Stiftung Gelder für den angeregten Zweck verwendet werden können und dürfen, empfiehlt die Finanzkommission der Versammlung im Einvernehmen mit dem Herrn Antragsteller, die Frage noch nicht zu einem Abschluß zu bringen, sondern den

Beschluß zu fassen: „Die Stadtverordnetenversammlung ist der Ansicht, daß die Errichtung eines Jahresschwimmbades dringend wünschenswert ist, daß aber die Errichtung der Jüdel'schen Stiftung abzuwarten ist, da aus ihr eventuell Mittel zur Verfügung stehen werden, um ein derartiges Projekt ins Leben zu rufen oder doch zu fördern.“

Die Finanzkommission glaubt vorläufig nicht weiter gehen zu können, da sich jetzt noch nicht übersehen läßt, ob und in welchem Umfang Mittel aus der Jüdel'schen Stiftung verwandt werden können, insbesondere, ob etwa das Kapital mit angegriffen werden könnte oder nur die Zinsen für den beregten Zweck in Anspruch genommen werden dürfen. Ich betone nochmals, daß in der Kommission die Errichtung einer solchen Schwimmanstalt einstimmig als dringend wünschenswert anerkannt ist, nicht nur vom hygienischen Standpunkt aus, sondern auch im Hinblick darauf, daß wir durch eine solche Badeanstalt vielleicht mehr Personen veranlassen, ihren Wohnsitz nach hier zu verlegen, als es ohne ein solches Bad der Fall sein würde, denn es gibt eine Menge gut gestellter Personen, die in der Lage sind, ihren Wohnsitz frei zu wählen und eine Stadt vorziehen, die eine wohleingerichtete Badeanstalt besitzt. Ich bitte Sie, zu dem Vorschlage der Finanzkommission Ihre Zustimmung zu geben.

Herr Kleinkecht: Meine Herren! Als im Jahr 1905 hier in der Stadtverordnetenversammlung der Antrag gestellt wurde, es möchte ein Schwimmbassin erbaut werden, da wurde der Antrag von der Finanzkommission abgelehnt mit der Begründung, daß ein Bedürfnis nicht in dem Maße vorhanden sei, als von vielen Seiten behauptet würde; es sei zwar wünschenswert, daß eine Schwimmhalle erbaut würde, aber die Finanzen der Stadt seien nicht derartig, daß es ohne große Mehrbelastung der Bürger möglich wäre, der Erbauung näher zu treten. Deshalb wurde die Sache damals abgelehnt. Heute sind wir ein bißchen weiter gekommen. Die Finanzkommission hat wenigstens die Bedürfnisfrage anerkannt und gesagt, die Errichtung sei dringend wünschenswert. Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen und möchte behaupten, daß die Erbauung einer Schwimmhalle notwendig ist.

Es ist Ihnen allen bekannt, daß die Sehnsucht nach einem Schwimmbade für das ganze Jahr bei einem großen Teile der Bevölkerung besteht. Sie hören das in Privatgesprächen, in Versammlungen, wo Resolutionen darüber gefaßt werden, auch in den „Eingefandts“ unserer Tagesblätter. Wenn immer noch von verschiedenen Seiten gesagt wird, daß das Bedürfnis hier nicht ein ganz großes wäre, so möchte ich dem doch mit ein paar Worten entgegentreten. Es wird wohl gesagt, dem Badebedürfnis könne durch unsere neueren städtischen Badeanstalten entsprochen werden. Wir hätten in der Stadt auch Brausebäder und

Privatbadeanstalten. Ich möchte hier doch noch einmal darauf aufmerksam machen, daß zwischen den Bannen- und Brausebädern und den Schwimmbädern ein ganz ungeheurer Unterschied besteht, so daß die beiden Badesformen nicht in Vergleich gestellt werden können. Die Brause- und Bannenbäder dienen zu nichts anderem als nur der Reinlichkeit, die Brausebäder vielleicht auch noch zur Abhärtung. Ganz anders die Schwimmbäder. Sie dienen auch zur Reinlichkeit, in der Hauptsache aber zur Entwicklung des jugendlichen Körpers und zur Festigung und Kräftigung des Körpers der Erwachsenen. Auf diesen Umstand wird verhältnismäßig zu wenig Gewicht gelegt. Dazu kommt noch die Anregung des Stoffwechsels, die Kräftigung der Atmung, des Herzens, der Elastizität der Gefäße usw. Das Schwimmen mit dem dazugehörigen Tauchen und Springen ist ein Turnen in staubfreier Umgebung, bei dem die Muskulatur in besserer und gleichmäßigerer Weise in Anspruch genommen wird als bei gewöhnlichem Turnen. Rechnen wir dazu, daß vom Schwimmer auch moralische Eigenschaften erworben werden, wie: Geistesgegenwart, Mut, Beherrztheit, Aufopferungsfähigkeit, so wird sich auch derjenige, der für die Jugendberziehung zu sorgen hat, für Einrichtung von Schwimmbädern interessieren. Wenn gesagt wird, daß Turnhallen notwendig sind, so muß man auch sagen, daß Schwimmhallen nötig sind, denn die Zeit, wo die Luft- und Wasserverhältnisse uns zum Baden im Flusse einladen, ist doch hier in Norddeutschland, namentlich in den letzten Sommern, verhältnismäßig kurz. Ich halte also die Errichtung einer Schwimmhalle für notwendig und hätte gern gesehen, wenn diese Ueberzeugung auch in dem Kommissionsbeschlusse zum Ausdruck gekommen wäre. Was für kleinere Gemeinden vielleicht nur wünschenswert ist, muß für uns als großstädtische Gemeinde als notwendig anerkannt werden. Unsere Stadt ist sonst mit ihren Einrichtungen immer voran gewesen und hat andern Städten als Vorbild gedient; ich erinnere an unsere vorzüglichen Erziehungsinstitute, an unsere großartigen Einrichtungen für die öffentliche Hygiene, so daß wir wirklich das Zeugnis, das uns vor einiger Zeit in einer auswärtigen Zeitung ausgestellt war, nicht verdienen und berechtigt sind, die Verunglimpfung entschieden zurückzuweisen. Vollkommenes gibt es in der Welt nicht, der einzelne Mensch ist nicht vollkommen und auch das Gemeinwesen nicht. Daß aber unsere städtischen Körperschaften das Bestreben haben, alles zu schaffen, was zum Besten der Stadt dienlich ist, davon sind wir doch alle vollständig überzeugt. Mit der Errichtung einer Schwimmhalle aber sind wir tatsächlich gegenüber anderen und kleineren Städten im Rückstand geblieben, wenn wir auch wohl die Gründe, die dafür angeführt sind, als berechtigt anerkennen müssen. Nachdem uns aber jetzt durch den hochherzigen Gönner der Stadt die Mittel voraussichtlich zur Verfügung stehen, möchte ich doch die Versammlung bitten, mit aller Macht darauf zu drin-

gen, daß wir diese Einrichtung bekommen, und wenn die Mittel, die von hochherziger Seite dafür gegeben sind oder die zurückgestellt werden können, nicht ausreichen, so bitte ich, sich nicht zu scheuen, zu dem Zwecke auch einmal in den Stadtsäckel selbst zu greifen.

**V o r s i t z e n d e r:** In Anbetracht des Wunsches der Finanzkommission, daß in eine sachliche Erledigung nicht eingetreten werden möchte, bitte ich die geehrten Herren, sich möglichst kurz zu fassen.

**Herr R i e k e:** Der Antrag beschäftigt uns vielleicht zum dritten Mal. Vor ungefähr 15 Jahren hat hier der Stadtverordnete Günther einen ähnlichen Antrag gestellt, wie er heute vorliegt. Er hatte dasselbe Schicksal, welches der Antrag von heute haben wird. Wenn man auch allgemein anerkennt, daß ein solches Schwimmbassin notwendig ist aus den Gründen, die von dem Herrn Vorredner angeführt sind, so wird es wohl noch lange dauern, bis zur Errichtung geschritten wird. In anderen Städten, z. B. Stuttgart, Bremen, Hamburg, Lübeck, Dessau hat man die Notwendigkeit schon längst anerkannt, und sie besitzen Schwimmbäder schon seit langer Zeit. Soll es bei uns zur Errichtung eines Schwimmbades kommen, dann muß es genau in derselben Weise geschehen, wie wir zu einem Volks-Beseinstitut gekommen sind, nämlich dadurch, daß wir einfach Mittel in den Etat stellen. Wir hätten das müssen schon lange tun. Ich hatte früher schon angeregt, als die Umänderung auf dem alten Wasserwerk zur Debatte stand, man solle die Klärbassins, die nicht mehr gebraucht wurden, zu einem Schwimmbade ausbauen, und sollte eins nicht ausreichen, so könnte man eine Wand wegnehmen und aus zwei Bassins eins machen. Wenn man sich die Sache genau überlegt und richtig kalkuliert, kann der Bau nicht ungeheuer teuer werden. Geheizt werden muß natürlich im Winter, das kann aber den Hals nicht kosten. Wollen wir bald zu einer Schwimmhalle kommen, und den andern Städten nicht nachstehen, so kommen wir nicht darüber hinweg, jedes Jahr eine gewisse Summe in den Etat einzustellen.

**Herr M e y e r h o f f:** Ich wollte nur das Eine berichtigen. Der Herr Vorredner, Herr Dr. Kleinfnecht, meinte, die Finanzkommission hätte seinerzeit den Antrag abgewiesen aus dem Grunde, daß keine Mittel für ein Schwimmbassin vorhanden waren. Die Sache lag aber wesentlich anders. Wenn Herr Dr. Kleinfnecht die Verhandlungen durchsieht, wird er sehen, daß die Wasserfrage das bedeutendste Moment war, das uns an der Anlage hinderte. Wir waren nicht in der Lage, damals das nötige Wasser zu schaffen. Die Zeit hat gelehrt, daß unser Doweiseewerk nicht ausreicht zum Beprengen der Straßen. Soweit mir er-

innerlich, habe ich damals gesagt: Wenn wir das Wasser aus dem Domesee nehmen, so kostet uns jedes Bad allein an Wasser 8 Pfennig. Auch ich möchte die Errichtung eines Schwimmbades sehr gern verwirklicht sehen, da es wünschenswert und auch notwendig ist für viele. Ich möchte aber doch bitten, erst damit zu warten, bis wir wissen, wie unser Wasserwerk in Nünningen arbeitet. Bekommen wir in Nünningen Wasser genug, so ist die Finanzfrage nach meiner Ansicht auch zu erledigen. Wenn die Herren allerdings die früheren Verhandlungen verfolgen, so werden sie sehen, daß ein Schwimmbad mit Männer- und Frauen-Abteilung, mit römischen Bädern, Wannen-, Brause- und Fußbädern usw. eine Summe von mindestens  $\frac{3}{4}$  Millionen erfordert. Es sollte mich freuen, wenn aus der Fudelsiftung ein Teil der nötigen Mittel genommen werden könnte, und die Stadtverordneten und der Magistrat würden jedenfalls auch den Weg beschreiten, den Herr Nieke vorschlug, und Summen in den Etat für demnächstige Erbauung des Bades oder für Abtragung der Schulden dafür einstellen. Vor allen Dingen aber möchte ich, daß die Herren erst einmal beachten möchten: Wo nehmen wir das Wasser her.

Herr A l m s: Ich bin anderer Meinung als Herr Meyerhoff. Wenn wir auf dem Standpunkt stehen, zu sagen: Ein Schwimmbad ist notwendig, dann muß das Wasser auch geschafft werden. Wenn Herr Meyerhoff sagt, das Wasserwerk vom Domesee hätte nicht Wasser genug geliefert, so ist das doch nur an den heißen Tagen der Fall gewesen. Zu der Zeit haben wir auch die Bäder im Freien, aber in der Zeit, wo hauptsächlich das bedeckte Bad benutzt werden soll, da hat meines Erachtens und nach der Statistik ein Wassermangel nicht geherrscht. Ich möchte empfehlen, die Frage der Errichtung des Bades nicht von dem Wassermangel abhängig zu machen.

Herr R e i n k e h t: Zu der Berichtigung des Herrn Meyerhoff möchte ich erwidern, daß ich hier schriftlich habe, was damals die Kommission berichtet hat und nur vorlesen möchte, was der Herr Referent Schmidt gesagt hat:

„Es ist nicht daran zu denken, das Bad rentabel zu machen. Nach der Finanzlage unserer Stadt kann man unmöglich . . . solche Anlage ins Leben rufen. Vorläufig empfiehlt die Finanzkommission Ablehnung des Antrages auf Einrichtung einer Zentralsbadeanstalt, und zwar in erster Linie aus finanziellen Gründen und in zweiter Linie aus dem Grunde, weil ein unbedingtes Bedürfnis für eine Schwimmanstalt nicht anerkannt werden kann.“

Nur Herr Meyerhoff war derjenige, der damals gesagt hat, es würde zu viel kosten und es wäre zu wenig Wasser da. Aber wir sind ja so eilig noch nicht und

wollen doch auch in die Einzelheiten nicht eintreten. Ich will gern warten, bis die Jüdel-Stiftung vollständig geordnet ist, dann werden wir ja auch wissen, wieviel Zuschuß wir von dort haben, und dann wird sich auch herausgestellt haben, wieviel Wasser wir von Rünigen bekommen werden. Heute kommt es nur darauf an, daß die Versammlung sich prinzipiell für baldige Errichtung eines Bades erklärt.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e r: Zu den Erklärungen der beiden Herren Vorredner möchte ich einiges bemerken. Herr Ralms irrt sich, wenn er meint, es wäre nur an heißen Tagen Wassermangel eingetreten. Wir haben vor kurzem, also am Schluß des Winters, einen Tiefstand der Brunnen am Domesee gehabt, wie niemals vorher. Es kommt eben weniger darauf an, ob wir viel oder wenig Niederschläge überhaupt gehabt haben, als vielmehr darauf, ob wir im Winter Schnee gehabt haben, denn Regen bewirkt niemals ein Steigen des Grundwassers in dem Maße wie ein hoher Schneestand, der allmählich schmilzt. Wenn wir nicht genügend Wasser haben, können wir ein derartiges Bad beim besten Willen nicht bauen. Herr Dr. Kleinfnecht hat gemeint, in drei Monaten könnten wir wissen, ob Rünigen genug Wasser liefert. Meine Herren! Drei Monate spielen bei einem solchen Werk noch keine Rolle. Ich habe das Wort ergriffen, weil, wenn Sie heute den Antrag der Kommission annehmen, Sie wahrscheinlich zum Teil erwarten werden, daß der Magistrat, sobald die Jüdel-Stiftung in Ordnung gebracht ist, ein Projekt ausarbeiten läßt. Ich warne aber davor, die Sache in Angriff zu nehmen, ehe die Wasserfrage geklärt ist. So wünschenswert es erscheinen möchte, ein derartiges Bad zu bauen, so unangenehm ist es, ein Bad in geschlossenem Raum zu halten, wenn nicht genügend Wasser da ist. Ich finde, das ist noch unangenehmer, als wenn die Oker einmal nicht ganz rein ist. Die Badenden sind dann wenigstens in fließendem Wasser und jeder bekommt seine besondere Welle, während es geradezu unappetitlich ist, in einem großen Bassin zu baden, in dem das Wasser nicht genügend erneuert werden kann. Ich bitte Sie also, den Magistrat nicht zu drängen. Wir werden, wenn Sie den Antrag annehmen, ihn wohlwollend prüfen, und wenn es die Verhältnisse gestatten, wird sich der Magistrat nicht ablehnend verhalten.

Herr D e u e: Ich will nicht in die Einzelheiten eingehen und möchte nur betonen, daß der Schwerpunkt in der Wasser- und in der Finanzfrage liegt. Ich sehe nicht ein, warum wir jetzt schon in Erörterungen darüber eintreten wollen. Herr Riefe meinte, es wäre notwendig, Rückstellungen in das Ordinarium zu machen. Das ist schön und gut, und ich würde auch dafür stimmen, aber wenn

wir die Aussicht haben, die Mittel auf andere Weise zu bekommen, so sollten wir das doch erst einmal abwarten. Ich freue mich, daß Herr Dr. Kleinknecht noch einmal vom hygienischen Standpunkt aus die Bedeutung eines Schwimmbades für unsere Stadt hervorgehoben hat. In der Kommission waren auch alle Mitglieder der Ansicht, daß die Errichtung wünschenswert sei, und wie ich in meinem Referat schon gesagt habe, wurde sie auch teilweise als notwendig bezeichnet. Die Kommission konnte aber im Hinblick auf die bevorstehende Regelung der Südel-Stiftung nicht zu einem andern Beschluß kommen; ich bitte deshalb, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

## II. Kanalisierung einer Teilstrecke der Straße Nr. 353.

Herr P u s c h: Seitens der städtischen Bauverwaltung ist dem Magistrat ein Schreiben zugegangen, dahin gehend, daß bei den Vorbereitungen zum Ausbau des Platzes vor der Jakobikirche sich herausgestellt hat, daß die in diesen Platz fallende östliche Teilstrecke der Straße 353 mit einem gemauerten Sammelkanal versehen werden muß, welcher einen Kostenaufwand von 5600 *M* erfordert. Man hatte geglaubt, mit einem kleineren Tonröhrenkanal auszukommen, es hat sich aber herausgestellt, daß dieser Kanal durch die Bürgerstraße und den Sackring stark belastet wird. Der Magistrat hat sich den Ausführungen der Bauverwaltung angeschlossen. Die Baukommission hat sich gestern eingehend mit der Angelegenheit befaßt und empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen und die erforderlichen 5600 *M* zu Lasten des Neubauetats der Kanalbaukasse zu bewilligen.

Die erforderlichen Mittel werden bewilligt.

## III. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Nordstraße zwischen Spargelstraße und Bültentweg.

Herr P u s c h: Nach dem von den städtischen Behörden angenommenen Projekt über den Ausbau der östlichen Teilstrecken der Nordstraße zwischen Spargelstraße und dem Bültentweg ist der Erwerb einer Frau Majorin von Blottnik gehörenden Fläche von 143 qm notwendig geworden. Nach langen Verhandlungen hat der Magistrat mit dieser eine Einigung erzielt und diese in einem notariellen Vertrage festgelegt. Darnach ist für das Quadratmeter ein Preis von 31 *M* zugrunde gelegt, und außerdem hat man es für billig erachtet, der Frau von Blottnik für Verlegung der Grenze eine Entschädigung von 340 *M* zu bewilligen. Dieses zusammen würde etwa einen Betrag von 4800 *M* aus-



machen. Nun soll aber das Geld nicht ausgezahlt werden, sondern demnächst bei Regulierung der Straßenbaukosten mit Verrechnung finden. Man hat auch hier einen Mittelweg gefunden und einen Preis von 200 *M* für das laufende Meter Frontlänge zugrunde gelegt. Der Einheitspreis für das laufende Meter ist eigentlich höher, weil aber das fragliche Grundstück nicht bebaut ist und auf Jahre hinaus unbebaut bleiben wird, und deshalb die Zahlung der Straßenbaukosten auf Jahrzehnte in Frage gestellt werden könnte, glaubt der Magistrat, auf die Ermäßigung eingehen zu müssen. Für den Straßenbau würden hiernach 5600 *M* zu zahlen sein, so daß die Stadt demnächst etwa 820 *M* erhalten wird.

Die Baukommission hat sich gestern eingehend mit dieser Sache beschäftigt und empfiehlt Ihnen auch hier, dem Magistratsantrage und dem damit verbundenen notariellen Vertrage Ihre Zustimmung zu erteilen.

Die Versammlung ist mit den vorgetragenen Abmachungen einverstanden.

#### IV. Ausdehnung der sonntäglichen Besuchszeit des städtischen Museums.

Herr L ö h n e f i n k e: Die Besuchszeit des städtischen Museums ist gegenwärtig, wie folgt, festgesetzt: Sonntags von 11—2 Uhr, Dienstags und Freitags von 10—2 Uhr. Nun ist beim Magistrat in Anregung gebracht worden, die Besuchszeiten auszudehnen, um gewissen Kreisen der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich an den Kunstschätzen unseres Museums zu erfreuen und zu bilden. Der Magistrat hat Veranlassung genommen, die Museumsdeputation zu einer gutachtlichen Äußerung aufzufordern. Diese Äußerung geht dahin, daß seitens der Deputation vorgeschlagen wird, in Zukunft das Museum an Sonntagen im Winterhalbjahr von 11—4 Uhr und im Sommerhalbjahr von 11—2 Uhr zu öffnen. Der Magistrat hat sich dieser Auffassung angeschlossen und auch die Finanzkommission hält diesen Weg für richtig. Meine Herren, wenn wir heute den Beschluß fassen sollten, an den Sonntagen die Besuchszeit, wie eben von mir vorgetragen, auszudehnen und dadurch z. B. den Kreisen der kaufmännischen Angestellten und den häuslichen Angestellten Gelegenheit zu schaffen, sich einmal in das Gebiet der Kunst zu flüchten und sich dort neue Anregungen zu holen und sich an den Kunstschätzen zu erfreuen, so glaube ich, daß wir den Dank weiter Kreise dadurch verdienen werden. Mit der Ausdehnung Hand in Hand geht eine Erhöhung der Jahresausgabe um etwa 600 *M*, und zwar dadurch, daß das Aufsichtspersonal des Museums längere Zeit als bisher beschäftigt sein wird. Nun, meine Herren, diese 600 *M* sind eine sehr geringfügige Summe, die wir wohl zur Erreichung des gedachten Zweckes aufwenden können. Es geschieht heutzutage sehr viel zur Hebung der allgemeinen Volksbildung und zur Hebung des Kunstverständnisses, man ergreift alle Mittel, die sich bieten, diesen Zweck

zu erreichen, und die Finanzkommission glaubt, daß auch die Ausdehnung der Besuchszeit des städtischen Museums dahin führen wird, die Volksbildung zu heben. Sie gibt Ihnen daher durch mich anheim, die Genehmigung dieser erhöhten Ausgabe zu Lasten des Kap. IV des ordentlichen Etats aussprechen zu wollen.

Die Versammlung genehmigt die Ausdehnung der Besuchszeit und bewilligt die beantragten Mittel dafür.

### V. Auswechslung des Wasserhauptrohrs in der Eulenstraße.

Herr Mohr: Die Direktion der Licht- und Wasserwerke hat dem Magistrat mitgeteilt, daß die Konservenfabrik von Th. Lampe, Eulenstraße, berechnete Beschwerde über mangelhafte Wasserversorgung führt. Der jährliche Wasserverbrauch der Fabrik betrug im Jahre 1910 14 516 cbm und stieg allein im Monat Juni auf 3620 cbm. Da zur besseren Wasserversorgung der später auszubauenden Gartenstraße so wie so schon ein 150 mm weites Wasserrohr projektiert ist, so hat die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke am 10. März beschlossen, den städtischen Behörden zu empfehlen, das zur Zeit liegende 80 mm-Rohr schon jetzt gegen ein Rohr von 150 mm Weite auszutauschen. Die erforderlichen Kosten, abzüglich des Wertes des alten Materials, betragen 1700 M. Der Magistrat gibt anheim, diesen Betrag zu Lasten des Reservefonds des Wasserwerkes zu bewilligen. — Der Finanzkommission hat der Antrag zur Beratung vorgelegen und sie empfiehlt, die Auswechslung nach dem Antrag des Magistrats vorzunehmen. Die Zeichnung ist hier zu sehen.

Die Auswechslung des Wasserrohrs wird genehmigt.

### VI. Verlegung eines Wasserhauptrohrs in der Cellerstraße.

Herr Mohr: In gleicher Weise wie die Konservenfabrik Lampe hat auch die Konservenfabrik von Meinecke und die Zuckerrfabrik Gichtal über mangelhafte Wasserversorgung Klage geführt. Der jährliche Wasserverbrauch der erstgenannten Firma beträgt 16 000 cbm und der der Zuckerrfabrik 5600 cbm. Außerdem bezieht das Herzogliche Krankenhaus noch jährlich 8200 cbm Wasser aus der vorhandenen 100 mm weiten Hauptrohrleitung. Da ein Ausbau der Cellerstraße bevorsteht, so hat die Verwaltungsdeputation der Wasserwerke beschlossen, den städtischen Behörden die Verlegung eines 200 mm weiten Wasserrohres vom Neustadttringe bis zur Zuckerrfabrik Gichtal zu empfehlen. Der Plan ist hier ausgehängt. Die Kosten betragen 12 000 M, sie würden zu Lasten des Reservefonds der Wasserwerke zu bewilligen sein. Die Finanzkommission schließt sich

auch in dieser Sache dem Magistrat an und empfiehlt die Bewilligung dieser 12 000 *M.*

Die Legung eines weiteren Wasserhauptrohres auf der bezeichneten Straßens-  
trecke wird beschlossen.

### VII. Antrag eines Einwohners auf Rückerstattung einer hinterlegten Straßenbaukaution.

Herr Tolle: Es liegt ein Gesuch vor von dem Restaurateur Karl Lange, Inhaber von „Knippings Garten“. Der Herr hat vor 6 Jahren, als die Thomaestraße ausgebaut wurde, eine Kaution von 4400 *M* hinterlegen müssen und bittet nun um Rückerstattung dieser Kaution. Der Mann behauptet, er sei durch den schlechten Geschäftsgang in den hintereinander folgenden schlechten Sommern, durch Erhöhung der Bierpreise und durch die Straßenbauten auf der Höfenstraße derartig zurückgekommen, daß er dieser 4400 *M* benötigt wäre, um sich damit zu helfen. Auf ein gleichartiges Gesuch an den Magistrat ist er abschlägig beschieden. Die Baukommission hat sich mit der Sache befaßt, sie genau untersucht und hat zu erfahren bekommen, daß seinerzeit dem Manne wegen Geschäftsschädigung außer den ziemlich hohen Kosten für Abtretung von Gebiet zur Straße noch 15 000 *M* gezahlt worden sind, so daß er wohl in der Lage gewesen wäre, diese Summe zu benutzen, die Straßenbaukosten an der Thomaestraße wie an der Höfenstraße zu bezahlen. Sie sieht sich deshalb außerstande, dem Magistrat zuzumuten, dem Mann die Kaution zurückzuzahlen und damit jede Sicherheit aus der Hand zu geben. Die Kommission hat deshalb beschlossen, Ihnen zu empfehlen, das Gesuch des Herrn abzulehnen.

Die Versammlung beschließt, das Gesuch abzulehnen.

### VIII. Antrag des Stadtverordneten Loeschigt auf Verbreiterung der staatlichen Brücken.

Herr Rieße: Der Herr Stadtverordnete Loeschigt hat in voriger Sitzung folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu veranlassen, die Herzogliche Landesregierung zu ersuchen, die Brücken am Petri-, Wenden-, Stein-, August-, Gieseler, Wilhelmi-, Hohetor den heutigen Verkehrsverhältnissen entsprechend endlich zu verbreitern.“

Die Baukommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt, und zwar nicht zum erstenmal. Sie wissen, daß bereits früher ähnliche Anträge gestellt

sind. Es sind vielleicht keine zwei Jahre her, daß uns hier die Sache beschäftigt hat, weil wir damals veranlassen wollten, daß die Straßenbahnstrecke am Augusttore zweigleisig hergerichtet werden sollte, damit auch jener Stadtteil eines lebhafteren Verkehrs theilhaftig werden sollte. Das ist daran gescheitert, weil die Augusttorbrücke nicht breiter ist und wir nicht in der Hand haben, sie breiter zu machen, da wir hierbei mit der Herzoglichen Baudirektion zu rechnen haben. Daß eine Verbreiterung sämtlicher Brücken notwendig ist, liegt klar auf der Hand. Jeder, der am Petritor sich bewegt, wird das zugestehen müssen, auch, daß die Brücke am Wendentore viel zu schmal ist. Bei der letzteren Brücke hat man sich vor längeren Jahren damit geholfen, eine geringe Verbreiterung vorzunehmen, wozu die Ufermauern stark genug waren. Jetzt würde aber eine Verbreiterung am Wendentore durch Aufrichtung einer Ufermauer größere Kosten mit sich bringen. Genau so geht es mit der Brücke am Augusttor, wiewohl es auch mit geringeren Kosten möglich wäre, Anlagen zu schaffen, wie die Straßenbahnbrücke am Bahnhof. Immerhin aber wird gesagt: Wenn wir nicht Herr des Grund und Bodens sind, so können wir nichts unternehmen. Die Unterhandlungen mit dem Staat, uns die Promenaden und Brücken abzutreten, sind gescheitert; man will uns die Brücken überlassen, aber die Promenaden nicht, und die Zuschüsse, die uns der Staat zahlen will, reichen nicht aus. Das haben wir bei der Fallerslebertorbrücke gesehen, wo der gezahlte Zuschuß um die Hälfte überschritten werden mußte, denn mit den 50 000 *M.*, die wir erhalten haben, konnte die Brücke nicht gebaut werden. In dieser Beziehung ist der Staat immer so hartnäckig, wie nur möglich, und bis jetzt war mit unserm Staat in dieser Beziehung kein Staat zu machen. Es hapert immer daran, daß wir gezwungen sind, uns mit der Herzoglichen Baudirektion auseinander zu setzen, ehe die Brückenfrage gelöst werden kann. Im Auftrag der Baukommission muß ich jedoch bitten, davon Abstand zu nehmen, den heutigen zur Behandlung stehenden Antrag anzunehmen und den Magistrat jetzt zu drängen, weil das den Gang der eingeleiteten Verhandlungen nur schädigen würde. Wir müssen wohl oder übel den Magistrat ersuchen, weiter zu verhandeln, damit wir endlich zu einem besseren Zustand kommen. Deshalb gibt die Baukommission anheim, den Magistrat zu ersuchen, die Verhandlungen weiterzuführen und Bedacht darauf zu nehmen, daß dem Bedürfnis baldmöglichst Rechnung getragen wird.

Herr Lübbe: Ich vermiße unter den aufgeführten Brücken die Brücke am Bahnhof. Sie haben in letzterer Zeit erst gehört, daß es für die elektrische Straßenbahn schwierig ist, zum Bahnhof zu gelangen; und daß uns allen der Weg zum Bahnhof mit Umwegen verknüpft ist, weiß jeder, der mit einer Droschke zum Bahnhof gefahren ist. Es ist das ein so umständlicher Weg, wie ich ihn in

andern Städten nie gefunden habe. Ich bitte, den Antrag dahingehend zu erweitern, daß der Magistrat auch diese Brücke mit in Betracht ziehen möchte.

Ob es Zweck hat, den Magistrat zu drängen, kann natürlich nur der wissen, der die Verhandlungen führt. Wir müssen uns damit bescheiden, von neuem zum Ausdruck zu bringen, daß etwas geschehen müßte, damit die Brücken zeitgemäß erneuert werden.

Herr Sander: Die Antragsteller, wozu auch ich gehöre, sind sich wohl bewußt gewesen, daß der Magistrat in dieser Sache allein keine Abhilfe schaffen kann, hat es aber nichtsdestonemiger nicht unterlassen wollen, wieder einen derartigen Antrag einzubringen, um immer wieder darauf hinzuweisen, wie unzulänglich die Verkehrsverhältnisse auf diesen Brücken sind. Wer, wie ich, jahrelang am Petritor wohnt, muß sich wirklich wundern, wenn er den Verkehr dort täglich sieht, daß so wenig Unglück auf der Brücke passiert. Ein Schlachter, der dicht an der Brücke wohnt, hat mir gesagt, es käme alle Monate ein- oder zweimal vor, daß Leute, die auf der Brücke durch Anfahren irgend einen Schaden erlitten hätten, in seinen Laden kämen und sich verbinden ließen. Jedenfalls ist der Verkehr dort äußerst gefährlich. Nun sagt der Herr Referent: Die Brücke ist schon einmal verbreitert. Das ist jedenfalls nicht richtig. Ich wohne seit 20 Jahren an der Cellerstraße, in dieser Zeit ist an der Brücke nichts geschehen, dagegen ist die Augusttorbrücke wohl einmal um Fußwegbreite erweitert worden. Das Augusttor und das Petritor sind diejenigen, die den meisten Verkehr mit schweren und breit beladenen Wagen aufzuweisen haben, und erfordern somit breite Verkehrsverhältnisse. Mir ist erklärt, daß vor 20 Jahren vom Bezirksverein des Petritors eine Eingabe an die Regierung und zugleich an den Magistrat gerichtet wurde. In den Antwortschreiben ist von beiden Behörden anerkannt, daß schon zu der Zeit die Breite der Brücke dem Verkehr nicht mehr entspräche und daß demnächst an eine Verbreiterung gedacht werden müsse. Der Verkehr hat meiner Meinung nach um das Doppelte zugenommen. Wenn es unbedingt notwendig ist, daß etwas geschieht, dann ist doch nicht richtig, wenn man immer stillschweigt und niemals seine Wünsche äußert. Ich bin gegenteiliger Meinung: Wir müssen uns oft äußern und immer wieder darauf hinweisen, wie gefährlich die Zustände sind und wie notwendig die Verbreiterung ist. Schließlich müssen doch die Klagen einmal an gegebener Stelle Gehör finden.

Herr Vogt: Was Herr Sander sagt, ist insofern nicht ganz richtig, als die Bedürfnisfrage in dem Schreiben der Herzoglichen Baudirektion, das aus dem Jahre 1879 herrührt, wohl anerkannt ist, aber in den späteren Schreiben, die dem Bezirksverein zugegangen sind und die auch durch die Hand des Stadtmagi-

strats gelaufen sind, wird immer betont, daß bei sämtlichen Torbrücken die Anlage der Gleise der elektrischen Bahn lediglich im Interesse des städtischen Verkehrs gestattet wäre, die Torbrücken wären aber dazu da, um den Verkehr von Stadt und Land zu vermitteln. Solange die Herzogliche Baudirektion einen derartigen Standpunkt vertritt, ist es nötig, daß wir mit unsern Wünschen oft und eindringlich wiederkommen. Wir können uns nicht damit begnügen und sagen: Wir müssen unsern Wunsch noch einmal zurückstellen und vorsichtig vermitteln. Wenn wir nicht alljährlich einmal kommen, so werden wir in dieser so nötigen Frage nicht vorwärts kommen. Ich hoffe, daß unsere Anregung endlich dahin führen wird, die städtischen und staatlichen Behörden zu überzeugen, daß derartige Zustände in einer Stadt von der Größe der unsrigen nicht weiter stattfinden können.

Die Versammlung stimmt dem Kommissionsantrage zu.

### **IX. Ausbau des Altstadtrings bis zur Broikemerstraße.**

Der Alterspräsident, Herr Meyerhoff, übernimmt wegen einer augenblicklichen Behinderung des Vorsitzenden die Leitung der Versammlung.

Herr Tolle: Es liegt ein Gesuch des Vorstandes des Vereins der Haus- und Grundbesitzer des Hohen- und Wilhelmitores vor, das bereits neulich die Versammlung beschäftigt hat. Das Schreiben war zunächst dem Magistrat zur Prüfung übergeben und ist jetzt zurückgekommen. Es lautet:

„In den Hauptversammlungen des Vereins der Haus- und Grundbesitzer des Hohen- und Wilhelmitorbezirks ist wiederholt ein Notstand des Bezirks in seinem Außenteile hervorgehoben worden: Der Mangel von öffentlichen Verbindungsstraßen zwischen dem Hohen- und Wilhelmitor im Anschluß an die Broikemerstraße. Es ist das sehr zu beklagen im Interesse des Fußgänger- wie des Fuhrverkehrs, der nur über die Juliusstraße einerseits und über die Goslarischestraße andererseits geleitet werden kann. In sehr vielen Fällen bedeutet dieses einen argen Zeitverlust.

In der außerordentlichen Beschränkung der Verkehrsmöglichkeiten in dieser Gegend liegt auch die Erklärung dafür, daß der Westen und Südwesten der Stadt in der Entwicklung nicht vorwärts kommen. Das ist nicht nur im Interesse des Verkehrs zu bedauern, nicht nur im Interesse der Fortentwicklung des Bezirks, worauf dieser wohl auch Anspruch machen darf, sondern es hat sich aus dem Umstande, daß der Bezirk nicht aufgeschlossen wird, nachgerade eine andere Kalamität entwickelt, die sicher ernster Beachtung wert ist. Es besteht nämlich in dieser industriereichen Gegend ein großer Mangel an solchen Wohnungen, wie sie für

die dortige Bevölkerung vorzugsweise in Betracht kommen. Die Wohnungen würden erstehen, wenn das Gebiet aufgeschlossen würde.

Wir befürchten, wenn dieser Aufschluß in dem von uns gewünschten Umfang geschieht, durchaus noch nicht die übeln Erscheinungen, wie sie durch den Hinweis auf die möglicherweise noch sehr lange ausstehende Uebergabe des Bahnhofsterrains angedeutet werden könnten.

Wir richten daher an die hochverehrliche Stadtverordnetenversammlung die Bitte, eine mäßige Aufschließung des Bezirks in der Weise in die Wege leiten zu wollen, daß vorläufig der Altstadttring bis zur Broikemerstraße verlängert werde und zwar, da hier ein hervorgehendes Allgemeininteresse vorliegt, einstweilen auf Kosten der Stadt."

Der Magistrat hat das Schreiben mit dem Ersuchen um Neußerung an die städtische Bauverwaltung gegeben. Die städtische Bauverwaltung schreibt:

"Die Herstellung einer weiteren Verbindungsstraße zwischen der Frankfurterstraße und der Broikemerstraße einerseits und der Broikemerstraße und dem Madamentweg andererseits ist im Interesse des dortigen Verkehrs schon lange wünschenswert und schon öfters von der unterzeichneten Verwaltung in Anregung gebracht. Ob in der fraglichen Gegend, wie in der nebenstehenden Eingabe angeführt ist, ein Mangel an den für dieselbe erforderlichen Wohnungen besteht, entzieht sich der diesseitigen Beurteilung, auch ist zu bezweifeln, ob einem solchen Mangel durch die Herstellung der Ringstraße allein abgeholfen werden würde. Diese Wohnungen dürften vielmehr erst an den Querstraßen entstehen, deren Aufschließung durch die Anlage der Ringstraße allerdings erleichtert wird. Die Anlage des Altstadttrings zwischen Madamentweg und Broikemerstraße würde etwa die nachfolgenden Kosten verursachen:

1. Grunderwerb . . . . .	90 000 M,
2. Gas- und Wasserleitung . . . . .	15 000 " ,
3. Kanalisierung . . . . .	20 000 " ,
4. Oberirdischer Ausbau . . . . .	60 000 " ,

Zusammen 185 000 M.

Zur Anlage des Chriakrings zwischen Blumenstraße und Broikemerstraße würden etwa aufzutwenden sein:

1. Grunderwerb . . . . .	150 000 M,
2. Gas- und Wasserleitung . . . . .	25 000 " ,
3. Kanalisierung . . . . .	40 000 " ,
4. Oberirdischer Ausbau . . . . .	100 000 " ,

Zusammen 315 000 M.

Außerdem würde das Terrain der verlängerten Luisenstraße und Alandstraße behufs Verlegung der Vorflutkanäle erworben oder gepachtet werden müssen.

Angeichts dieser bedeutenden Kosten kann die alsbaldige Herstellung dieser Straßenzüge auf alleinige Kosten der Stadt wohl kaum in Aussicht gestellt werden, wenigstens dürfte zu fordern sein, daß die Besitzer des Straßenterrains und der an dasselbe angrenzenden Flächen das Straßenterrain unentgeltlich zur Verfügung stellen, zumal die wenigen in Frage kommenden Besitzer den größten Nutzen von dem Anschluß des Terrains haben werden."

Infolge dieses Gutachtens äußert sich der Magistrat folgendermaßen:

"Zur gefälligen Kenntnisnahme des von der städtischen Bauverwaltung erstatteten Berichts mit dem Bemerken, daß wir angesichts der durch Ausbau der bezeichneten Straßenzüge entstehenden hohen Kosten Bedenken tragen müssen, dem Wunsche des Bezirksvereins zu entsprechen und den Ausbau der Straßen zu Lasten der Stadt vorzunehmen, und zwar um so mehr, als wir keinerlei Gewißheit haben, ob die an den Straßen gelegenen Baupläze alsbald bebaut und die Straßenkostenbeiträge in absehbarer Zeit zur Einzahlung gelangen würden. Da wir indes grundsätzlich gegen die Schaffung der gewünschten Verbindung nichts einzuwenden haben, würden wir mit dem Ausbau der Straßen durch einen Unternehmer einverstanden sein."

Meine Herren! Die Baukommission hat sich mit dieser Sache ebenfalls befaßt und hat vor allen Dingen den Standpunkt des Magistrats eingenommen. Wir haben noch genug zu tun mit den Straßenbaukosten vom Wendenring und Neustadtring. Diese beiden Straßen sind immer noch nicht vollständig bebaut. Seit 15 Jahren stecken erhebliche Beträge in diesen Straßenbauten und wir warten vergebens, daß sie an uns zurückgezahlt werden. Hier könnte uns dasselbe passieren. So angenehm und wünschenswert es ist, daß die Ringstraße ausgebaut wird, so können wir doch nicht verkennen, daß ein Risiko vorliegt. Dieses mag der Magistrat nicht übernehmen, und wir können es ihm schlechterdings nicht verdenken. Die Baukommission empfiehlt daher der Stadtverordnetenversammlung, den Ausbau der bezeichneten Straßenzüge auf Kosten der Stadt abzulehnen, dagegen mit dem eventuellen Ausbau durch einen Unternehmer sich einverstanden zu erklären.

Der zweite Vorsitzende, Herr W o l t e r s , übernimmt den Vorsitz wieder.

Herr B u n g e: Meine Herren! Als dieses Gesuch hier eingelaufen war, hatte ich schon vorausgesehen, daß der Magistrat nicht darauf eingehen würde, weil schon damals, als ich den Antrag stellte, die Ringstraße bis zur Hilbes-



heimerstraße auszubauen, gesagt wurde, das würde über 400 000 *M* kosten. Hier sollen es 315 000 *M* sein. Ich nehme den Standpunkt ein, daß hier sich doch ein ganz anderes Bild bietet, als bei meinem Antrag von damals. Ich bin der Meinung, wenn der Grundbesitzerverein Stellung nimmt, daß nun der Magistrat sagen müßte: „Gut, jetzt bauen wir den Ring durch, und zwar nicht nur bis zur Hildesheimerstraße, denn jetzt liegt die Garantie vor, daß das Terrain nach der Weststraße zu in Angriff genommen wird.“ In Wirklichkeit erwartet eine ganze Anzahl von Bauunternehmern die Stunde, wo der Magistrat seine Zustimmung gibt, daß das Terrain aufgeschlossen wird. Der Vorstoß der Stadt wäre nur auf eine kurze Zeit geleistet und die Bedenken, daß vielleicht 20 Jahr ins Land gehen könnten, würden an dieser Stelle nicht zutreffen. In dem Gesuch ist schon angeführt, wie notwendig im Interesse des Verkehrs der Ring ist. Wenn wir die Ringstraße vollständig ausgebaut haben, wird auch die Ringbahn möglich sein, und dann bekommen wir ganz andere und bessere Verkehrsverhältnisse als jetzt. Tatsächlich fehlt es auch an kleinen Wohnungen; es herrscht nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern eine Wohnungsnot. Eine ganze Reihe von Leuten können keine Wohnung finden, beim nächsten Umzugstermin wird sich klar herausstellen, wieviel Familien obdachlos sind. Hier müßte der Magistrat einen andern Standpunkt einnehmen und die 315 000 *M* erst einmal in das Unternehmen hineinstecken. Ich habe die volle Gewißheit, daß sofort auf dem erschlossenen Terrain gebaut werden wird. Ich bitte, das Gesuch an den Magistrat zurückzuverweisen, vielleicht wird er sich eines Besseren belehren lassen und einmal für den Westen etwas übrig haben, damit dort anderer Verkehr und andere Wohnungsverhältnisse Platz greifen.

Herr F r e d e: Ich möchte auch bitten, nicht kurz über das Gesuch des genannten Vereins hinwegzugehen und einfach Ablehnung zu beschließen. Man muß zugestehen, daß die Gründe der Kommission beachtenswert sind, aber sehr beachtenswert sind auch die im Gesuch aufgeführten Gründe. Es ist hier eine Rechnung über die Kosten aufgestellt, die durch Anlage der Straße verursacht würden. Gewiß sind die Kosten sehr erheblich, und diejenigen, welche sich besonders für den Ausbau des Teilringes ausgesprochen haben, haben wohl nicht geglaubt, daß die Kosten so erheblich sein würden. Die Strecke zwischen Altstadtring und Broihemerstraße kostet 185 000 *M*, die Anlage des Thyriakrings bis zur Blumenstraße hin 315 000 *M*. Diese letztere Strecke kann vorläufig noch außer acht gelassen werden. Man kann nicht sagen, daß die zuerst genannte Altstadtringstrecke wertlos ist, wenn sie nicht nach der Frankfurterstraße weiter fortgesetzt wird. Die Gründe für den Bau der Straße sind schon in dem Gesuch hervorgehoben, und auch Herr Bunge hat schon darauf hingewiesen. Es ist durch-

aus keine Uebertreibung, wenn man sagt, das Bedürfnis besteht wirklich in diesem Bezirk. Das ausgegebene Geld bedeutet für die Stadt doch nur einen Vorstoß, der wieder einkommt, und wenn auch anerkannt werden muß, daß der jetzige Etat die Einstellung einer solchen Summe nicht mehr verträgt, so möchte ich doch bitten, daß wenigstens beschlossen wird, das Gesuch dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen und möglichst in den nächstjährigen Etat eine Summe für den Ausbau einzustellen.

Wenn darauf hingewiesen wurde, daß man es gern sehen würde, wenn sich Unternehmer fänden, die den Ausbau der Straße ausführten, so bemerke ich, daß sich ein solcher wohl nicht finden wird. Vielleicht könnten sich wohl einige Unternehmer zusammethun, aber es ist den Herren, die in die Verhältnisse eingeweiht sind, bekannt, daß das immer ein großes Wagnis ist. Die Lasten auf Grund und Boden sind so ungeheuer geworden, daß dies für die Unternehmer abschreckend wirkt, sich auf solche Sache einzulassen. Für den Magistrat aber bedeutet die Ausführung wirklich keinen Sprung ins Dunkle wie bei dem Wendenring. Es ist bestimmt anzunehmen, daß die Baupläge, die hier in Frage kommen — am verlängertem Altstadttring und später an der Fortführung desselben — bald Abnehmer finden, denn die Not an Wohnungen ist dort groß.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich kann es verstehen, daß die Herren, die aus jenem Stadtviertel gewählt sind, eine Lanze für den baldigen Ausbau des Neustadtringes brechen. Aber auch diese Herren werden nicht verkennen, daß die vom Magistrat ins Feld geführten Gründe für den Aufschub des Ausbaus sprechen. Wir haben uns im Magistrat nicht grundsätzlich gegen den Ausbau ausgesprochen, sondern nur gesagt, daß es nicht angeht, daß die Stadt jetzt auf ihre Kosten den Ausbau vornimmt. Wenn die Sache so läge, wie Herr Bunge annimmt, nämlich daß es sicher wäre, daß die Grundstücke bald ihre Abnehmer fänden, dann wird sich auch bald ein Unternehmer für den Ausbau der Straße finden. Nach dem, was der Magistrat gehört hat, ist das Baulterrain in festen Händen und durchaus nicht so ohne weiteres zu haben. Sollten sich Unternehmer finden, die es fertig bringen, von den Eigentümern das nötige Terrain zu erwerben, so würde der Magistrat gern das Unternehmen unterstützen und eine Vorlage zum Ausbau des Ringes machen. Ich halte es nicht für richtig, mit dem Grunde zu operieren, daß eine Wohnungsnot vorhanden ist. Es ist mir auch bekannt, daß durch Zuzug gegenwärtig eine Knappheit an Wohnungen eingetreten ist und zum 1. April unangenehme Verhältnisse für einige Familien eintreten werden. Denen wird aber damit nicht geholfen werden, wenn wir jetzt beschließen, daß wir diesen Straßenzug ausbauen wollen. Ich will auch bemerken, daß die Baugenossenschaft auf der Arndtstraße und Kramerstraße

eine ganze Reihe von Häusern bauen lassen wird, und dadurch schon einem bescheidenen Bedürfnisse Genüge geleistet wird. Deshalb möchte ich bitten, den Magistrat nicht weiter zu drängen, dagegen aber die näherstehenden Kreise aufmerksam zu machen, so daß sich die Herren zusammentun, um als Bauunternehmer aufzutreten.

**Vorsitzender:** Falls Herr Stadtverordneter Frede die Absicht hatte, einen Antrag einzubringen, so bitte ich, ihn schriftlich einzureichen.

**Herr Sander:** Ich möchte auch bitten, nicht ohne weiteres über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen. Sie haben schon von verschiedenen Seiten gehört, wie notwendig es ist, in jener Gegend Terrain aufzuschließen. Daß eine wirkliche Wohnungsnot dort herrscht, läßt sich nicht bestreiten. Nun ist von der städtischen Bauverwaltung ein Weg gegeben. Es wird gesagt, die Interessenten möchten das Terrain gratis abtreten, dann läßt sich vielleicht ein Weg finden. Wenn die Interessenten wirklich solch großes Interesse an dem Ausbau der Straße haben, so liegt nichts näher, als daß sie sich dazu bereit erklären. Sollen wir der Sache näher kommen, so müssen von jener Seite gewisse Opfer gebracht werden, die doch im Interesse der Beteiligten liegen.

**Herr Lübke:** Ich möchte nicht speziell zum Ausbau des Altstadtrings sprechen, sondern den Mangel an kleinen Wohnungen berühren. Ich habe bestimmte Gründe, ihn darauf zurückzuführen, daß unsere Straßen in den Außenbezirken viel zu breit angelegt sind. Infolgedessen sind die Straßenbaukosten unverhältnismäßig hoch und der Bau von kleinen Wohnungen wird erschwert. Für jemand, der nicht ganz große Mietkasernen bauen will, ist es augenblicklich schwierig, die Straßenbaukosten in ein kommensurables Verhältnis zu den Kosten der Wohnung selbst zu setzen, und aus diesem Grunde haben die Unternehmer keine Lust, kleine Arbeiterwohnungen zu bauen. Da hier die Gelegenheit sich dazu bietet, möchte ich das aussprechen, und hoffe, daß es keine vergebenen Worte sind, wenn ich die Herren vom Magistrat darauf aufmerksam mache, daß es zweckmäßig wäre, Wohnungsviertel mit schmälere Straßen zu errichten. Es hat keinen Wert, für Straßen, die keinen Durchgangsverkehr haben, die Straßenbreite auf 13 bis 15 m anzunehmen, für solche Wohnungsviertel genügt eine Straßenbreite von 8 m. Damit würde der Bau von großen Mietkasernen hinten gehalten und der Bau von Einfamilien-Wohnungen befördert. Das ist ein gesunder Weg, der von anderen Städten vielfach beschritten ist und zu guten Wohnungsergebnissen geführt hat. Die Leute wohnen tatsächlich in kleinen Häusern viel gesunder als in den großen Mietkasernen. Ich glaube, daß es nicht

falsch wäre, unsern Bebauungsplan nach dieser Seite hin zu untersuchen, und einer Neubearbeitung zu unterziehen. Große Verkehrsstraßen müssen natürlich eine gewisse Breite haben.

Vorsitzender: Es liegt ein Antrag des Herrn Stadtverordneten Frede vor:

„Die Versammlung wolle beschließen, das Gesuch, betreffend Ausbau des Altstadttringes dem Magistrat zur nochmaligen Erwägung zu überweisen.“

In der darauf folgenden Abstimmung melden sich 12 von 26 anwesenden Stadtverordneten für den Antrag der Kommission; er ist damit gefallen. Der Antrag Frede wird mit 14 Stimmen angenommen.

### X. Ausbau des Verbindungswegs zwischen Biethenstraße und Kastanienallee.

Herr Friede: Im Anfang dieses Jahres haben die verehrten Herren genehmigt, einen 5 m breiten Verbindungsweg zwischen Kastanienallee und Biethenstraße herzustellen. Das anfängliche Projekt, den Weg in größerer Breite auszuführen, ist hinfällig geworden, weil eine breitere Fahrstraße, die die Helmstedterstraße entlasten soll, ganz wenig unterhalb dieses neuen Fußwegs hergerichtet werden soll. Es ist Ihnen bekannt, daß im Zuge dieses Weges ein Haus steht, das die Stadt hat ankaufen müssen. Vom Magistrat wird nun an uns das Ersuchen gerichtet, ihn zu ermächtigen, dieses Haus, nachdem das für den Fußweg erforderliche Terrain von dem Grundstück abgetrennt ist, jetzt wieder zu verkaufen. Die Stadt hat für das Haus keine eigene Verwendung, sie könnte es nur durch Vermietung nutzen und die Instandsetzungskosten würden ziemlich hoch sein. Der Kaufpreis des gesamten Grundstücks betrug seinerzeit 28 000 M, und für Instandsetzung würden jetzt 2800 M zu zahlen sein; außerdem würde noch die Neuerrichtung einer Grundstückseinfriedigung eine Ausgabe von 450 M verursachen. Die Ausgaben würden in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen stehen. Es bleibt nach Abtrennung des Wegeterrains immer noch ein Stück von 972 qm zu verkaufen und der Erwerb würde für einen Unternehmer kein ungünstiges Geschäft bedeuten, weil eventuell zwei Baupläze daraus gemacht werden können.

Die Baukommission hat die Sache gründlich beraten, und bittet die geehrten Herren durch mich, den Magistratsantrag genehmigen zu wollen.

Die Versammlung stimmt dem Kommissionsantrage gemäß dem Verkauf zu.

Der Vorsiehende teilt den Eingang eines Antrages des Herrn Stadtverordneten Kiefe mit, der am Schluß der Versammlung begründet werden wird.

## XI. Ueberlassung des Platzes am Eisenbüttelerwege an den Verband Braunschweiger Kegelclubs zum 15. deutschen Bundeskegeln.

Herr Mehrhoff: Es ist folgendes Anschreiben des Stadtmagistrats an die Stadtverordneten-Versammlung ergangen:

„Der Verband Braunschweiger Kegelclubs beabsichtigt, Anfang Juli 1912 hier das 15. deutsche Bundeskegeln abzuhalten, welches 6—7 Tage dauern soll.

Wie die beigegefügte Abrechnung vom 14. deutschen Bundeskegeln in Kiel ersehen läßt, ist darauf zu rechnen, daß die Zahl der Festteilnehmer sehr groß sein wird. Da ein zum Festplatz geeignetes privates Grundstück nicht zur Verfügung steht, hat der festgebende Verband gebeten, ihm einen öffentlichen Platz, und zwar den noch nicht mit Anlagen versehenen südlichsten Teil des Bürgerparkes an der Eisenbüttelerstraße zu überlassen.

Nachdem der Ausschuß für Volks- und Jugendspiele und der Direktor der städtischen Bürgerschulen sich gegen die Hergabe der in der Hauptsache als Spielplatz benutzten Fläche ausgesprochen hatten, hegten wir zunächst Bedenken, der Bitte des Keglerverbandes stattzugeben, und legten diesem nahe, den Schützenplatz an der Hamburgerstraße zu benutzen. Der Verband glaubt jedoch, dieser Anregung nicht folgen zu können, einmal, weil Masch und Sommermesse die Aufführung und Beseitigung der für das Keglerfest erforderlichen umfangreichen Bauten aufs unangenehmste stören würden, und ferner, weil Lage und Umgebung des Schützenplatzes auf die Gäste keinen günstigen Eindruck machen würden. Wir müssen diese Gründe als berechtigt anerkennen und haben uns daher entschlossen, den geehrten Herren die Ueberlassung des Platzes am Eisenbütteler Wege doch zu empfehlen, und zwar im Einverständnis mit der Pardeputation.

Der Platz wird von Mitte Mai bis Ende Juli dem Keglerverbande mit der Auflage zu überweisen sein, daß am 1. August der Spielplatz wieder in durchaus betriebsfähigem Zustande sein muß. Den Schulen würde der Platz 6 Wochen lang bis zum Beginn der großen Ferien entzogen werden. So bedauerlich dies ist, man wird sich damit abfinden müssen, wenn man dem für die hiesige Geschäftswelt und alle sonstigen an der Hebung des Fremdenverkehrs interessierten Kreise bedeutsamen Feste eine Stätte verschaffen will, welche geeignet ist, die Vorzüge Braunschweigs wirksam hervortreten zu lassen.

Die in Betracht kommenden Schulen werden, wie der Overturnlehrer Somburg erklärt hat, während der 6 Wochen, soweit sie nicht auf anderen Spielplätzen unterzubringen sind, durch kleinere Wanderungen oder ähnliche Veranstaltungen, die im Spielbetrieb entstehende Lücke einigermaßen ausfüllen können.

Wir bitten unter diesen Umständen, der Ueberlassung des Platzes am Eisenbüttelerwege an den Reglerverband von Mitte Mai bis Ende Juli 1912 gefälligst zuzustimmen."

Es wird von Interesse für die Herren sein, einmal zu hören, wie weit die Stadt durch Abhaltung von solchen Festen Nutzen hat und zu Geld kommen kann. Die Abrechnung vom Kieler Verbandsfeste ergibt die Summe von 149 000 M. Für Wertpreise sind über 31 000 M. ausgegeben und eine ganze Menge Wertpreise werden in der festgebenden Stadt gekauft. Die Bau- und Dekorationskosten ergaben einen Betrag von ungefähr 44 000 M., für die Presse sind 3400 M., vom Vergnügungsausschuß 7500 M. ausgegeben usw. Die Einnahme für Schubkarten betrug über 102 000 M. Es kommen über 3000 Teilnehmer zum Feste und daß das ein Vorteil für unsere Stadt und unsere Industrie sein wird, ist nicht zu verkennen. Es werden neue Geschäftsverbindungen angeknüpft, Waren selbst mitgenommen und vor allen Dingen haben die Gastwirte und die Hotels auf Nutzen zu rechnen. Ich möchte die geehrten Herren bitten, dem Beschluß der Baukommission zuzustimmen und darin einzuwilligen, daß dieses Feld von Mitte Mai bis Ende Juli 1912 dem Reglerverbande überwiesen wird. Wir werden jedenfalls auch in die Lage kommen, später noch ein Opfer zu bringen.

Die Ueberlassung des Platzes wird bewilligt.

## XII. Erwerb einer Fläche an der Karlstraße.

Herr R i e k e: An der Karlstraße liegt vor dem Grundstück des Bauunternehmers Knoche ein etwa 2 m breiter Streifen, den der Besitzer des Grundstücks verpflichtet ist, der Stadt ohne Anspruch auf Entschädigung zur Verbreiterung der Straße aufzulassen. Sie werden wohl mit dem unentgeltlichen Erwerb der 50 qm einverstanden sein.

Die Versammlung stimmt dem Erwerb zu.

## XIII. Abrechnung über den Ausbau verschiedener Straßen.

Herr F r i e k e: Es ist uns die Abrechnung über den Ausbau verschiedener Straßen zugegangen.

Der Ausbau der Hildesheimerstraße zwischen der Goslarischenstraße und der Landeseisenbahn war veranschlagt zu 31 000 *M*, die Ausführungskosten betragen 30 565,55 *M*, die Ersparnis 434,45 *M*.

Die Instandsetzung der Lindentwete ist veranschlagt mit 5200, die Ausführung hat 5275,08 *M* gekostet, der Voranschlag ist somit mit 75 *M* überschritten. Die Mehrkosten sind durch die nötig gewordene Anlage eines weiteren Einfallschachts und durch größere Veränderungen an den Kanalschächten entstanden.

Für die Bockstwete waren ausgesetzt 8100 *M*, verausgabt sind 7047,91 *M*, Ueberschuß 1052,09 *M*.

Für die Kupfertwete waren veranschlagt 6800 *M*, ausgegeben sind nach Abhebung des Erlöses aus der Veräußerung der alten Materialien 5651,97 *M*, Ueberschuß 1148,03 *M*.

Vorsiehender: Die Abschlüsse sind uns lediglich zur Kenntnissnahme mitgeteilt, eine Abstimmung ist darüber also nicht nötig.

#### XIV. Festsetzung der Gemeinde-Kirchensteuer für das Jahr 1911/12.

Herr D ö h n e f i n k e: In dem Voranschlag der Gemeinen Kirchenkasse für 1911/12 ist die Gemeinde-Kirchensteuer mit 150 000 *M* im Ordinarium angesetzt worden. Im laufenden Rechnungsjahr figuriert die Gemeinde-Kirchensteuer mit 140 000 *M* in der Einnahme, das sind 7½ Prozent der Gemeinde-Einkommensteuer. Tatsächlich wird der Ertrag dieser Steuer sich auf einige tausend Mark höher belaufen, vielleicht auf 144 000 *M*. Trotzdem dieser Betrag den für das künftige Etatjahr angesetzten nicht erreichen wird, glaubt doch der Magistrat im Einvernehmen mit dem Kirchenkassenkollegium mit 7½ Prozent auskommen zu können. Die Finanzkommission schließt sich dem an und gibt den geehrten Herren anheim, darein zu willigen, daß wiederum 7½ Prozent der auf die Pflichten entfallenden Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werden.

Die Gemeinde-Kirchensteuer fürs kommende Jahr wird in der beantragten Höhe festgesetzt.

#### XV. Abschluß von Unternehmer-Verträgen.

Herr M e y e r h o f f: Zwischen dem Architekten Zinkeisen und der Stadtverwaltung ist ein Kontrakt abgeschlossen über Anlage der Raabestraße. Wie aus dem ausgehängten Plan zu sehen ist, ist das eine Verbindungsstraße zwischen Riddagshäuserweg und Scharnhorststraße. Aus dem vom Herrn Notar Engelbrecht aufgenommenen Kontrakt möchte ich nur das Wesentlichste an-

führen: Herr Architekt Zinkeisen trägt sämtliche Kosten der Straßenanlage und gibt das Straßenterrain unentgeltlich ab. Zur Deckung der Straßenbaukosten hat er ein Depot von 50 000 *M* niederzulegen zum jeweiligen Abheben nach dem Vorschreiten der Arbeiten, für Bauführung hat er 4 Prozent zu zahlen und außerdem noch 8700 *M* für Reinigung, Erleuchtung der Straße usw., solange sie nicht voll bebaut ist. Sobald durch Anschluß von Grundstücken an diese Anlagen eine 5prozentige Verzinsung gesichert ist, werden von der Bausumme dem Herrn die Kosten für Kanal, Gas- und Wasserrohr wieder zurückerstattet, die übrigen Kosten aber nicht. Ich gebe namens der Baukommission Genehmigung des Kontrakts anheim.

Der Antrag wird genehmigt.

Herr Meyerhoff (fortfahrend): Der zweite Kontrakt ist unter denselben Bedingungen abgefaßt, nur die Summen sind anders formuliert. Die Bauunternehmer Weinhausen und Utermann beabsichtigen den Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Kasernen- und Hagenstraße. Die Kautions beträgt 28 000 *M*, für Reinigung, Erleuchtung usw. 5000 *M*. Auch für diesen Vertrag gebe ich namens der Baukommission Genehmigung anheim.

Der Antrag wird gleichfalls genehmigt.

## XVI. Erlassung eines Teiles der Straßenbaukosten für ein Grundstück an der Katharinenstraße.

Herr Bürgermeister Meyer: Diese Sache ist von der Kommission noch nicht vorberaten, erheischt aber nach Mitteilung der Interessenten eine gewisse Eile. Ich bitte, mir zu gestatten, den Sachverhalt vorzutragen. — Die Herren werden sich erinnern, daß vor einer Reihe von Jahren auf Kosten der Stadt die Katharinenstraße ausgebaut ist. Zu den Kosten hatte auch ein Grundstück an der Schleinitzstraße beizutragen, das nach der Katharinenstraße durchgeht und dem Lotteriekollekteur Dahlgrün gehört. Der Beitrag ist von der Stadt gestundet mit der Bedingung, daß als Sicherung für die Schuld auf dem Grundstück eine Hypothek zu 800 *M* eingetragen werden sollte. Diese städtische Hypothek ist die dritte. Voran geht eine solche für die Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank mit 30 000 *M* und eine Hypothek zugunsten der Lotteriedirektion der Braunschweigischen Lotterieverwaltung über 6000 *M*. Hinter der städtischen Hypothek steht noch eine Hypothek zugunsten des Fabrikanten Röber im Betrage von 5000 *M*. Da der Eigentümer des Grundstücks nicht in der Lage gewesen ist, die Hypothekenzinsen regelmäßig zu zahlen, so ist von dem ersten Hypothek-



gläubiger vor kurzem die Zwangsversteigerung des Grundstücks beantragt. Einstweilen ist Aussetzung dieses Zwangsverfahrens gewünscht, weil Verhandlungen wegen freihändigen Verkaufs des Grundstücks eingeleitet waren, die jetzt zum Abschluß gebracht werden sollen. Es ist nun erforderlich, daß die Stadt sich mit dem freihändigen Verkauf einverstanden erklärt, denn der Kaufpreis ist nicht so hoch normiert, daß die städtische Hypothek dadurch gedeckt wird. Das Grundstück ist seinerzeit von der städtischen Bauverwaltung auf 62 000 *M* geschätzt, der Pfandwert desselben jedoch nur zu 25 000 *M*. Wir waren uns also von vorn herein darüber nicht im unklaren, daß unsere Hypothek nicht sicher stand. Das Haus soll nicht in guter Beschaffenheit sein, jedenfalls haben sich Bewerber nicht gefunden, die auch nur annähernd den geschätzten hohen Preis bezahlen wollen, wohl aber ist ein Käufer vorhanden, der 32 000 *M* geboten hat. Die Braunschweigische Hypothekenbank hat großes Interesse daran, das Grundstück zu diesem Preise verkauft zu sehen, und meint, daß sie sich bei diesem Preise noch besser stände als bei Durchführung des Zwangsversteigerungsverfahrens, bei dem sie gehalten ist, den Wert zu akzeptieren, der als Höchstgebot sich ergibt. Die Hypothekenbank ist deshalb mit den anderen Hypothekengläubigern in Verbindung getreten und es ist ihr gelungen, mit der Lotterieverwaltung eine Einigung zu erzielen, daß ein erheblicher Teil der Forderungen gestrichen wird. Auch an uns ist sie herangetreten mit der Forderung eines Nachlasses. Am liebsten würde sie natürlich sehen, wir verzichteten auf alles. Dazu liegt aber keine ausreichende Veranlassung vor; wir haben uns aber magistratsseitig dahin verständigt, daß wir 300 *M* schwinden lassen wollten, wenn wir die übrigen 500 *M* jetzt bekommen können. Der Magistrat befürchtet, daß bei einer Zwangsversteigerung niemals mehr als 36 000 *M* geboten werden werden. Der Verkaufspreis würde sogar nicht unerheblich höher werden müssen, wenn wir überhaupt zum Zug kommen sollten, denn die aufgelaufenen rückständigen Zinsen machen schon allein ungefähr 1000 *M* aus. Der Magistrat sagt sich also, daß der Sperling in der Hand mehr wert ist als die Taube auf dem Dache, und bittet um Ihr Einverständnis dazu, daß die Stadt 300 *M* von ihrer Forderung schwinden läßt und sich mit der Zahlung von 500 *M* begnügt.

Herr Lübke: Ich möchte mir die Anfrage gestatten, wie hoch die Mieten in dem Hause sind. Es stehen doch dreigeschossige Häuser auf dieser Straße, die Schätzungen kommen mir niedrig vor.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich kann nur sagen, daß die Mieten gepfändet sind, aber nicht, wie hoch sie sind.

Die Versammlung erklärt ihre Zustimmung zu dem zu treffenden Abkommen.

## XVII. Antrag des Stadtverordneten Riefe, Bau von kleinen Wohnungen seitens der Stadt betreffend.

Der Antrag lautet: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Anbetracht des dringenden Bedürfnisses nach kleinen Wohnungen den Bau kleiner Wohnungen städtischerseits unverzüglich zu fördern.

Herr Riefe: Meine Herren! Sie haben bereits in der Debatte verschiedentlich anerkannt und Zeugnis darüber abgelegt, daß ein ungeheurer Mangel an kleinen Wohnungen besteht. Es ist auch nicht das erste Mal, daß die Frage hier verhandelt wird. Auch schon frühere Magistrate haben sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und verschiedene Anträge in dieser Richtung sind von meiner Seite gestellt worden. Es handelte sich in einer früheren Periode darum, Baulterrain an der Bergstraße zu beschaffen. Dort wurde das qm zu 3,10 *M* zur Verfügung gestellt und wer noch kapitalkräftig war oder auch von den Ziegeleien unterstützt wurde, konnte sich da billige Wohnungen bauen. Die dort errichteten Häuser gingen dann aber in den allgemeinen Verkehr über und die Gelegenheit hat auf die Dauer nichts gefruchtet. Wenn das der Fall sein soll, dann muß auf andere Weise vorgegangen werden. Das zweite Mal handelte es sich um Terrain an der Luisenstraße, und hier wiederholte sich mein Antrag. Man kam zu dem Palliativmittel, den Erbauern der Häuser 84 000 *M* zum Zinsfuß von 3 Prozent zu überweisen mit der Verpflichtung, Wohnungen im Preise von 280—300 *M* zu bauen. Diese sind jetzt ebenso teuer wie allenthalben. Damals war die Wohnungsnot so groß, daß Leute in Häuser eingezogen sind, wo weder Treppen noch Fußböden fertig waren; sie sind auf Leitern eingezogen und haben in den Küchen und mit einer Stube und Kammer erst einmal gehaust. Das waren nicht Arbeiter allein, sondern auch Leute aus andern Ständen, die gezwungen waren, in diese unfertigen Häuser infolge des Wohnungsmangels einzuziehen.

Wenn ich heute den Antrag wiederhole, so möchte ich darauf den Nachdruck verlegen, daß die Stadt endlich einmal sich entschließt, in dieser Beziehung vorbildlich vorzugehen, wie man das in andern Städten bereits gemacht hat, und zwar in der Weise, daß Häuser städtseitig gebaut werden und in städtischem Besitz bleiben. Damit eine Sicherheit vorhanden ist, daß dem Magistrat keine Nachteile daraus entstehen, könnte eine Mietergenossenschaft gegründet werden. Für

eine ganze Masse Leute, die der Magistrat in eigener Regie beschäftigt, hätte er die Verpflichtung, Wohnung zu schaffen. Damit wäre schon ein bedeutendes erreicht. Es kommt hinzu, daß eine große Zahl Häuser mit kleinen Wohnungen wert wäre, im Abbruch zu fallen. Ich könnte gleich über 150 hennennen, die ich aus dem Kopfe weiß. Ferner kommt hinzu, daß kleinere Wohnungen aus verschiedenen Gründen nicht mehr gebaut werden können, nicht allein, weil das Material teurer geworden ist, sondern hauptsächlich schlägt zu Buche, daß der Grundstück- und Gebäudewucher sich dem entgegenstellt. Andererseits liegt es auch daran, daß ein Jahrzehnt lang auf Drängen der Versammlung mit Bauten überhaupt stoppgemacht wurde, weil nach der Statistik Ueberangebot in Wohnungen von 600—1000 *M* vorhanden war. Damit ist jedoch heute auch ziemlich ausgeräumt. Leute mit einem Jahreseinkommen von 1000—1500 *M* können Dreizimmerwohnungen für 625 *M*, wie sie jetzt angepriesen werden, nicht bezahlen. Selbst der Reichste rechnet nicht anders, als daß er höchstens den 5. Teil seines Einkommens für seine Wohnung übrig hat. Und auch diese Rechnung ist ziemlich stramm, sonst bleibt für den andern Komfort des Lebens nichts übrig. Soll dauernd Wandel geschaffen werden, so hat die Stadt die Verpflichtung, einzugreifen, Terrain zu beschaffen und dieses nicht dem Bauunternehmertum zur Ausbeutung zu übergeben, sondern die Häuser im Besitz der Stadt zu lassen und selbst zu vermieten. Was bis jetzt geschehen war, ist nicht gehauen und nicht gestochen. Es scheint der Fall zu sein, daß man eine gewisse Furcht hat, ja nicht den städtischen Betrieb aus dem Leim gehen zu lassen und ihn der Zeit entsprechend zu vergrößern. Man scheint zu glauben, je enger der Kreis der Geschäfte ist, desto besser wären die Verwaltungseinrichtungen. Es muß aber doch den Ansprüchen der Zeit Rechnung getragen werden und es wäre am Platze, daß in Beziehung auf das Wohnungswesen der Magistrat einträte, um solche Kalamitäten zu beheben. Er hat nicht allein die Verpflichtung, für solche zu sorgen, die hohe Steuern bezahlen, sondern in erster Linie für die Unbemittelten einzutreten. Soll das dauerhaft geschehen, so kann es nur in der Weise sein, wie ich beantragt habe. Ich möchte Sie ersuchen, meinen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender: Die Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, mögen die Hand erheben. Die Unterstützung ist erfolgt. Ich überweise den Antrag der Baukommission zur Vorberatung und schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4½ — 6¼ Uhr.